



Gesine Meißner MdEP

Newslettersammlung 2009 – 2019

gesine-meissner.de



2010

Januar 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dieser ersten Ausgabe meines Newsletters möchte ich Ihnen zunächst meine besten Wünsche für das neue Jahr 2010 überbringen. Möge es Ihnen Gesundheit, viel Freude und eine glückliche Hand in allem was Sie tun bescheren!

Seit dem Sommer 2009 sitze ich als niedersächsische Abgeordnete im Europäischen Parlament. Nachdem nun endlich die Büros eingerichtet, mein Team komplett und wir alle einigermaßen eingearbeitet sind, folge ich mit dem Newsletter meinem Vorsatz und meinem Versprechen, regelmäßig über aktuelle Themen aus meiner Arbeit im Europäischen Parlament zu berichten. Aus einem turbulenten Hin und Her über die Besetzung der Ausschüsse ging ich als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Tourismus und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales hervor. Soweit zeitlich möglich bringe ich mich zusätzlich im Frauenausschuss und bei menschenrechtlichen Themen ein.

Am ersten Arbeitstag in diesem Jahr wurde ich von der Liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments (ALDE) für die Funktion der Verkehrspolitischen Sprecherin gewählt. Ich freue mich sehr auf diese Aufgabe, denn sie gibt mir die Möglichkeit über die Verantwortung im EP hinaus im Zusammenspiel mit deutschen Landesministern und Fachpolitikern liberale Akzente zu setzen.

Das derzeit am heftigsten diskutierte Thema ist, ob eine europaweite Regelung zur Einführung von Körperscannern getroffen werden sollte. Ich hoffe dabei auf eine sachliche Debatte, die die vielen Fragen, die sich hier auftun, auslotet und so zu einer ausgewogenen Lösung führt. Für mich kommen Scanner, die den Körper 1:1 wiedergeben, nicht in Frage. Pictogramm-Scanner könnten die Lösung sein, denn auch intensiveres Abtasten der Fluggäste ist entwürdigend. Dennoch dürfen Fragen wie die nach dem Datenschutz und nach möglichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Passagiere nicht hinter dem Aspekt der Sicherheit in den Hintergrund gedrängt werden. Zurzeit können die Mitgliedsstaaten selbst entscheiden, ob sie stärkere Kontrollen auf ihren Flughäfen anwenden möchten. Wir brauchen aber im Interesse der Verbraucher eine europaweite Lösung, damit sich Flugreisende europaweit auf einheitliche Sicherheitskontrollen einstellen können.

Hier in Brüssel verläuft die Debatte über die Scanner diese Woche noch etwas im Hintergrund, da die Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Anhörungen der designierten Kommissare in den Ausschüssen gerichtet ist. Nachdem die Kandidaten für die neue Kommission bereits ihre Antworten auf die schriftlichen Fragen der Parlamentarier abgeliefert haben, müssen sie sich diese Woche in Person den parlamentarischen Ausschüssen ihres Fachgebiets stellen. Mit dem liberalen Kandidaten Siim Kallas aus Estland werden wir einen neuen Verkehrs-Kommissar bekommen, der praxisorientierte Lösungen schätzt. Nach der Wahl der Kommission

sollten dann alle größeren personellen Fragen geklärt sein, so dass sich die Politik in Brüssel wieder ganz den politischen Inhalten widmen kann.

Ihre Gesine Meißner

Februar 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Debatte um das SWIFT-Abkommen mit den USA wurde im Europäischen Parlament mit großer Aufregung geführt. Auch wenn grundsätzlich die Notwendigkeit anerkannt wurde, dass eine Zusammenarbeit mit den USA im Kampf gegen den Terrorismus für die Sicherheit diesseits wie jenseits des Atlantiks unabdingbar ist, war die Kritik am Ablauf der Verhandlungen zu dem Abkommen heftig. Das Parlament wurde nicht hinreichend informiert und seinen Forderungen nach konkreterer Formulierung einiger Bestimmungen nicht nachgekommen. Vor allem die darin enthaltene Blockübertragung von Daten stieß auf große datenschutzrechtliche Bedenken der Europäer. Die deutliche Ablehnung des Abkommens im EU-Parlament war daher nur folgerichtig. Im Umgekehrten Fall hätte der amerikanische Kongress sicher ähnlich reagiert.

Um in den für unsere Region wichtigen Fragen der europäischen Landwirtschaftspolitik am Ball zu sein, bin ich in der ALDE- "Arbeitsgruppe zur Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013" aktiv. Die Arbeitsgruppe tagt in regelmäßigen Abständen, um detaillierte Vorschläge für die ALDE zu entwickeln.

Im Verkehrsausschuss werde ich im Frühjahr als Berichterstatterin einen Initiativreport des Parlaments zur "Integrierten Meerespolitik" vorlegen. Ziel dieser Politik ist, alle Themen, die mit dem Meer in Zusammenhang stehen, - Seeverkehr, Hafenwirtschaft und Hinterlandanbindung, Fischerei, Meeresökologie, Küstenschutz, Wind- und Wasserenergie, Tourismus, Meeresbergbau und blaue Biotechnologie - aufeinander abzustimmen und gemeinsam weiterzuentwickeln. So können wir die Ressourcen, die uns die See bietet, effizienter, schonender und nachhaltiger nutzen. In den vergangenen Jahren sind hier bereits große Fortschritte erzielt worden. Ich sehe den Beginn der neuen Wahlperiode von Kommission und Parlament als Chance, die verschiedenen Instrumente, die auf EU-Ebene für die Querschnittsaufgabe integrierte Meerespolitik zur Verfügung stehen, noch besser einzusetzen. Für Norddeutschland ein wichtiges Thema!

Ein ebenfalls umfassendes Konzept - jedoch auf regionaler Ebene - wird Gegenstand einer halbtägigen Konferenz zum Jade-Weser-Port sein, die ich für dieses Jahr plane. Inhalt der Gespräche soll der zukünftige Beitrag des neuen Hafens zum nordeuropäischen Hafennetz und zur Entwicklung einer nachhaltigen maritimen Wirtschaft sowie die Möglichkeiten zur Entwicklung einer effizienten Hinterlandanbindung sein. Die europäischen Liberalen (ELDR) haben für diese Konferenz ihre finanzielle Unterstützung genehmigt.

Einige weitere Themen, an denen ich zurzeit arbeite: Passagierrechte im Bus- und Schiffsverkehr, Wirtschaftsethik (Managergehälter), Gleichstellungsbericht, Vorbe-

reitung eines Seminars über "Double Discrimination of Women" und natürlich die Sinnhaftigkeit von Körperscannern.

Ihre Gesine Meißner

März 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

dieser Newsletter wird länger als die bisherigen, weil seit der Februarausgabe viel passiert ist, über das es sich zu berichten lohnt. Wie immer gehe ich dabei weniger auf abgeschlossene Vorhaben als vielmehr auf aktuell diskutierte Themen ein, die dann mit späteren Beschlüssen unseren Alltag betreffen könnten.

In der letzten Plenarsitzung in Brüssel wäre es fast zu einer Neuauflage der Vorschrift für die Gurkenkrümmung gekommen. Bei den Abstimmungen zu einem Initiativbericht zur Qualität für Agrarerzeugnisse konnte ein Vorschlag zur Maßfestlegung dann aber doch mit Mehrheit abgewehrt werden. Nicht verhindern konnten wir die breite Zustimmung für verpflichtende Herkunftsbezeichnung von Lebensmitteln, die nur aus einer Zutat bestehen. Wenn das zum Maßstab würde, müssten beispielsweise Molkereien, die grenzübergreifend Milchlieferungen entgegennehmen und abfüllen, die genaue Herkunft der Lieferungen angeben, was kaum leistbar ist (sofern man den Binnenmarkt nicht wieder abschaffen will) und zusätzlich Bürokratie und Kosten bedeuten würde. Ich nehme aber an, dass dieser impraktikabler Vorschlag am Rat scheitern wird.

Eine Einigung konnte auf europäischer Ebene erzielt werden über eine im Notfall zu leistende Unterstützung für Griechenland. Der Fall ist heikel, da der damalige griechische Finanzminister vor Aufnahme seines Landes in die Eurozone der EU gegenüber nachweislich falsche Zahlen angegeben hat. Mein saarländischer Kollege Jorgo Chatzimakakis hat dies zu Recht in den Medien verschiedentlich gerügt und dadurch heftige Debatten ausgelöst. Griechenland ist jetzt zunächst gefordert, durch strikte Einsparungen mit eigenen Kräften den Weg aus der Finanzkrise zu suchen. Der von Ministerpräsident Papandreou eingeschlagene Reformkurs muss von den anderen Mitgliedsstaaten unterstützt werden. Aus unserer Sicht wäre es erforderlich, durch einen Sonderbeauftragten kontrollieren zu lassen, ob in Griechenland EU-Gelder sachgerecht verwendet werden.

Am 25.03.2010 stellte die Außenbeauftragte der EU, Baronin Catherine Ashton, offiziell ihren Entwurf für Funktion und Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) vor. Obwohl dem Entwurf ausführliche Beratungen mit den EU-Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament vorausgegangen waren, sind wesentliche Forderungen des Parlaments nicht berücksichtigt worden. Fraktionsübergreifend wird an dem Entwurf eine fehlende politische und haushalterische Verantwortlichkeit des Auswärtigen Dienstes gegenüber dem Parlament kritisiert. Vermisst wird auch ein Mechanismus, der eine kohärente Außenpolitik garantiert. So sollen in der Entwicklungspolitik die Kompetenzen zwischen Kommissionsabteilungen und Auswärtigem Dienst aufgeteilt werden. Nach Meinung der Abgeordneten birgt ein solches Konzept eine zusätzliche Gefahr von Inkohärenz

in einem Europa, das ohnehin noch zu oft danach ringt, mit einer Stimme zu sprechen. Kritisiert wird von Seiten des Parlaments auch die Allmachtsposition, die dem Generalsekretärsamt als Stellvertreter der Außenbeauftragten zukommen soll. Als Verwaltungsposition besitzt es nicht die demokratische Legitimation, die politische Vertreter an dieser Stelle hätten.

Zu begrüßen ist die in der letzten Woche erzielte Einigung zwischen den USA und der EU über einen erweiterten Open-Sky-Vertrag. Das bedeutet nicht nur einen wichtigen Schritt zur weiteren Liberalisierung des Transatlantik-Flugverkehrs, sondern ermöglicht auch in Zukunft nach Schätzung der Kommission zusätzliche Umsätze in Höhe von bis zu 12 Milliarden Euro und kann bis zu 80.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Die USA und die Europäische Union haben zusammen einen Anteil am globalen Luftverkehr von ca. 70 %. Eine enge Zusammenarbeit ist darum für uns von großer Bedeutung. Dies war auch Thema bei der Delegationsreise nach Washington, bei der ich als eine von vier Abgeordneten – der Vorsitzende des Verkehrsausschusses und die Obleute für Verkehr der drei größten Fraktionen, zu der die ALDE gehört - das Europäische Parlament vertreten durfte. Wir konnten bei dem Arbeitsbesuch mit amerikanischen Verkehrspolitikern und Luftfahrtexperten Irritationen unserer Gesprächspartner über die Ablehnung des SWIFT-Abkommens ausräumen und den Weg für den erweiterten Open-Sky-Vertrag bereiten.

Bei der USA-Reise spielte auch neben der Luftsicherheit im Allgemeinen die gemeinsame Abwehr terroristischer Übergriffe auf Personenflüge eine Rolle, und zwar insbesondere durch den Einsatz von Bodyscannern. Unsere amerikanischen Gastgeber stellten uns am Flughafen in Washington zwei Varianten vor, die mit unterschiedlichen Methoden arbeiten: eine Version mit niedrig dosierten Röntgenstrahlen, die andere mit Millimeterwellen. Die USA nutzen bereits Bodyscanner an einigen Flughäfen und sind an einem Gleichklang mit der EU sehr interessiert. Ich habe mir am 26. März bei einem Besuch im Bundesinstitut für Luftsicherheit an der Polizeiakademie in Lübeck die aktuell im Auftrag der Bundesregierung getesteten Geräte ausführlich vorstellen lassen. Bodyscanner mit Röntgenstrahlen kommen in Deutschland nicht in Frage, da unsere Röntgenverordnung nur für medizinische Zwecke das Röntgen erlaubt. Nur mit Röntgenstrahlen könnten explosive Gegenstände, die Passagiere im Innern des Körpers mit sich tragen, entdeckt werden, dann allerdings mit sehr viel höherer (und dann nicht unbedenklicher) Strahlung als bei den amerikanischen Geräten. Für Deutschland kommen daher nach derzeitigem Stand nur die mit Millimeterwellen scannenden Geräte in Betracht, die schon heute in Amsterdam und in Großbritannien an Flughäfen eingesetzt werden. Positiv ist, dass die Scanner nicht mit realistischen Bildern arbeiten, sondern ein grünes OK geben oder – wenn etwas Auffälliges entdeckt wurde – in einem Piktogramm rot die Körperstelle markieren, an der eine Nachuntersuchung angezeigt ist. Und die Daten werden sofort nach Erfassung wieder gelöscht. Wohl gemerkt: Aus meiner Sicht können Bodyscanner – wenn wir uns denn auf einen europaweiten Einsatz einigen sollten - nur eins von verschiedenen Mitteln für mehr Sicherheit im Flugverkehr darstellen.

Mein letztes Thema für heute sind die Meldeformalitäten für den Schiffsverkehr in europäischen Häfen. In erster Lesung haben wir im Verkehrsausschuss einer aktualisierten Richtlinie zugestimmt, die unter anderem in folgenden Punkten deutliche Fortschritte verspricht: Vereinfachung und Harmonisierung bestehender

Meldeformalitäten noch 2010, elektronische Datenerfassung in allen Häfen spätestens ab 2013, Verwendung einer gemeinsamen Sprache (Englisch) und die Vereinfachung der Abgabe einer Bescheinigung über die Befreiung von der Lotsenannahmepflicht. Wenn die Bestimmungen dann auch noch auf die Hafenhinterlandanbindung und damit die Binnenschifffahrt angewendet werden, ist ein entscheidender Schritt zu einem europäischen Seeverkehrsraum ohne Grenzen und zu einer Besserstellung des Frachtverkehrs per Schiff erreicht.

Ich wünsche allen ein schönes Osterfest und grüße herzlich!

Ihre Gesine Meißner

April 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den vergangenen beiden Wochen gab es zwei Ereignisse, die aufgrund ihrer Unvorhergesehenheit und Tragweite in ganz Europa zu Analysen und Diskussionen führten: der Absturz der polnischen Präsidentenmaschine und der Vulkanausbruch in Island. Über die Reaktionen dazu im Europäischen Parlament möchte ich in dieser Ausgabe genauso berichten wie über die Themen, die darüber hinaus meine Arbeit betreffen.

Der Absturz der polnischen Regierungsmaschine auf dem Weg zur Trauerfeier anlässlich des Jahrestages des Massakers von Katyn hat auch im Europäischen Parlament große Betroffenheit ausgelöst. Während der Gedenkfeier im vollständig gefüllten Plenarsaal in Brüssel wurden die Namen aller Opfer des Flugzeugabsturzes verlesen. Die Tatsache, dass der polnische Politiker, der nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon auf einen der zusätzlichen Sitze des EP nachrücken sollte, ebenfalls verunglückte, brachte das Unglück quasi in das Parlament hinein. Der Verlust eines großen Teils der Führungsschicht im politischen, geistlichen und militärischen Bereich und einiger Mitbegründer von Solidarnosc ist zweifellos ein schwerer Schlag für Polen.

Ein schwerer Schlag für die europäische Luftfahrt ist der Vulkanausbruch in Island mit seinen Folgen. Das Europaparlament wurde durch die Sperrung des Luftraums stark beeinträchtigt. Für meine Kollegen aus den entfernten europäischen Regionen war es zum Teil unmöglich auf dem Landweg nach Straßburg zu kommen. Es wurde daher diskutiert, ob die Plenarwoche in Straßburg abgesagt werden sollte. Andererseits sind wir Abgeordnete verpflichtet, unsere Arbeit zu tun und uns auch nicht von erschwerten Reisebedingungen davon abhalten zu lassen. Etwas über die Hälfte der Abgeordneten schafften es, nach Straßburg zu kommen, zum Teil nach zweitägiger Autofahrt. Auch wenn damit das zu Abstimmungen notwendige Drittel-Quorum erreicht war, beschloss die Fraktionsvorsitzendenkonferenz die Plenarwoche ohne Abstimmungen durchzuführen. Unter den Anwesenden waren diejenigen aus den Straßburg nächstgelegenen Mitgliedsstaaten überproportional repräsentiert, was zu einem verzerrten Abbild in den Abstimmungsergebnissen geführt hätte.

Der Vulkan führte überdies zu einer Änderung der Tagesordnung für die Plenarwoche. Es wurde eine zweistündige Debatte über die Auswirkungen der Unterbrechung des Flugverkehrs in Europa eingefügt. Die Schwierigkeiten bei der Verlagerung des Personentransports auf andere Verkehrsträger hat gezeigt, dass europäische Transportwege noch nicht koordiniert genug sind. Die europäischen Verkehrsminister werden daher demnächst darüber beraten, wie dies verbessert werden kann. In meinem Redebeitrag bemängelte ich, dass seit zwanzig Jahren über einen einheitlichen europäischen Luftraum und einen reibungslos grenzüberschreitenden innereuropäischen Eisenbahnverkehr gesprochen wird, in der Realität aber z. B. nach wie vor keine Bahntickets quer durch Europa selbständig gebucht werden können. Zur Untersuchung der wirtschaftlichen Folgen des Flugausfalls wird eine Task Force unter Leitung des Verkehrskommissars Siim Kallas eingerichtet. Thema ist auch der millionenschwere Geldverlust der Airlines - über Möglichkeiten zur Abfederung des Verlusts soll ebenfalls beraten werden.

Für die Sicherheit vor Terrorangriffen im Flugverkehr sollen die Abkommen SWIFT zur Übertragung von Bankdaten und PNR (Passenger Name Record) zur Übertragung der Fluggastdatensätze zwischen der EU und den USA sorgen. Das bereits einmal durch die Europäische Kommission ausgehandelte SWIFT-Abkommen wurde im Februar durch das Europaparlament abgelehnt (vgl. Newsletter 2/2010). Nun liegt ein neuer Entwurf vor, über den diese Woche erstmalig im Plenum debattiert wurde und der den Datenschutzbedenken des Parlaments besser Rechnung trägt. Ähnlich gelagert ist die Debatte über das PNR-Abkommen. Die europäischen Abgeordneten sind sich einig, dass geprüft werden muss, welche und wie viele Daten tatsächlich gebraucht werden und wie lange sie gespeichert werden. Derzeit werden von jedem Fluggast 19 Einzeldaten erfasst - genug also, um ein detailliertes Persönlichkeitsprofil zu erstellen. Es wurde auch darüber diskutiert, ob und wie weit die Daten zur Bekämpfung international organisierter Kriminalität und Terrorismus verwendet werden dürfen. Die Abstimmung über das PNR-Abkommen hat das Europaparlament zunächst erst einmal vertagt, um diese Fragen ausführlicher diskutieren zu können.

Diese reine Debattenwoche war für mich aufgrund der Dichte an Verkehrsthemen mit sechs Redebeiträgen eine "beitragsreiche" Woche. Auf dem Programm standen eine Mündliche Anfrage zur "Schwarzen Liste" von in Europa nicht freigegebenen Fluglinien, Berichte zu Sicherheitsentgelten im Luftverkehr, zur Revision der Transeuropäischen Netze und zur Seeverkehrsstrategie bis 2018, die Debatte über die Folgen des Flugausfalls und über die Strategie der EU für die Beziehungen zu Lateinamerika. Die Videoclips meiner Redebeiträge können auf meiner Homepage abgerufen werden.

Aus Straßburg grüßt

Ihre Gesine Meißner

Mai 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

dieser Newsletter kommt mit reichlich Verspätung, aber das hat einen guten Grund: In den letzten Wochen lief – neben vielen anderen Terminen und Aufgaben – der „Count-down“ für meinen ersten Bericht im Europaparlament, Thema „Integrierte Meerespolitik“. Am 2. Juni war Abgabetermin, jetzt ist er in der Übersetzung. Ende Juni werde ich ihn im Transportausschuss vorstellen, und dann geht die eigentlich Arbeit erst richtig los – mit Anmerkungen der anderen Fraktionen, aus verschiedenen mitberatenden Ausschüssen (Fischerei, Regionalpolitik, Umwelt), Einigungsrunden mit den Schattenberichterstellern, Rücksprache mit der Kommission und schließlich Abfassen des endgültigen Berichts für die Abstimmung im Plenum, die für Oktober vorgesehen ist.

Für alle, die das „Berichtswesen“ des EP noch nicht kennen: Als Reaktion auf eine Initiative der Europäischen Kommission (Richtlinie, Weißbuch o.ä.) erstellt jeweils 1 Europaabgeordnete/r – im folgenden dann „Berichtersteller/in“ - aus dem thematisch zuständigen Ausschuss ein Arbeitspapier zu dem entsprechenden Thema, das dann in alle Sprachen übersetzt und veröffentlicht wird. Im zuständigen Ausschuss und auch in den mitberatenden Ausschüssen gibt es dann jeweils einen Schattenberichtersteller jeder anderen Fraktion. Die Schattenberichtersteller kommentieren den Bericht und machen Änderungsvorschläge. Der Berichtersteller hat dann die Aufgabe, in Verhandlung mit den Schattenberichterstellern zusammenfassende Ergänzungen, evtl. auch Kompromisse, auszuhandeln. Ziel ist es, für die Schlussabstimmung des Berichts eine (möglichst deutliche) Mehrheit im Plenum zu erreichen.

Und nun zum Thema: Die Integrierte Meerespolitik (IMP) wurde vor 5 Jahren von der Europäischen Kommission „erfunden“. Ziel ist es, alle Bereiche, die mit dem Wasser zu tun haben – z.B. Schiffsverkehr, Schiffsbau, Hafenwirtschaft, Fischerei, Offshore-Anlagen, Küstenschutz, Tourismus, Meeresforschung, Ökologie des Meeres, Meeresbergbau, Küstenwache, Klimaschutz – in einem abgestimmten Rahmen weiter zu entwickeln, um Überschneidungen und Konflikte zu vermeiden, mehr Effizienz zu erreichen, die Ressource Meer schonender zu behandeln und im Interesse aller Beteiligten langfristig zu erhalten. Meeresforschung und maritimer Wirtschaft mit allen nachgelagerten Gebieten wird großes Wachstumspotential prognostiziert. Walter Hirche hat schon lange die Küstenregionen als Boomregionen der Zukunft bezeichnet und Hans-Heinrich Sander betonte am 20. Mai auf dem Deutschen Tag der Meere, dass alles rund ums Wasser noch deutlich unterschätzt wird.

Dieser europäische bzw. auch zeitgleich nationale Tag der Meere wurde im Zusammenhang mit der IMP ins Leben gerufen, um die Öffentlichkeit mit dem Thema vertraut zu machen. Als Berichterstellerin war ich auch an Podiumsdiskussionen am Tag der Meere im nordspanischen Gijon und später in Cuxhaven beteiligt. Ebenfalls gesprochen habe ich im Ausschuss der Regionen (EU-Organ für europäische Kommunal-, Regional- und Landespolitiker), wo der Bürgermeister eines Küstenortes auf Malta eine Stellungnahme zur IMP im Mittelmeerraum vorgestellt hat. Weitere Termine werden folgen, bei denen ich natürlich auch norddeutsche Positionen und Interessen vertrete. Letzte Anmerkung zu diesem jetzt sehr ausführlich behandelten

Thema: Der Bericht (vorläufig noch in Englisch) wird demnächst in der deutschen Version auf meiner Homepage zu finden sein.

Einige weitere Themen werde ich jetzt nur kurz ansprechen:

Als Schattenberichterstatlerin für Passagierrechte im Busverkehr war ich in den letzten Wochen an mehreren Verhandlungsrunden mit Kommission und Rat (in diesem Fall Vertretern der spanischen Ratspräsidentschaft), den sogenannten „Trilogien“, beteiligt. Eine Einigung auf einen gemeinsamen Text der Verordnung konnte noch nicht erzielt werden, am 15. Juni in Straßburg folgt die nächste Runde. Dazu später mehr.

Im Mai und Anfang Juni konnte ich neben einer Wirtschaftsdelegation aus der Küstenregion mit liberaler Beteiligung gleich mehrere von mir eingeladene Besuchergruppen begrüßen: In Straßburg eine liberale Delegation aus dem Westen Niedersachsens, in Brüssel die FDP-Landtagsfraktion aus Niedersachsen und eine Gruppe vom Landfrauenverband.

Zum Thema Landwirtschaft arbeite ich aktuell in der ALDE-Arbeitsgruppe zur Zukunft der Agrarpolitik nach 2013 mit. In einer Sondersitzung des Agrarausschusses am 18. Mai fand ein erster Meinungs austausch über einen parlamentarischen Initiativbericht zu diesem Thema statt. Es wurden von Seiten der Abgeordneten 782 Änderungsanträge zu dem Initiativbericht gestellt, von denen einige in Kompromissanträgen zusammengefasst werden sollen. Die Diskussion dreht sich hauptsächlich um die Frage, ob die Zwei-Säulen-Struktur der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zugunsten eines 5-Bausteine-Modells aufgegeben werden soll, sowie um den Vorschlag des Berichterstatters, einen Teil der Direktzahlungen zunächst zurückzubehalten und unter bestimmten Bedingungen als Umweltbonus auszuzahlen. Dabei muss man allerdings beachten, dass Landwirte aus den stillgelegten "Umwelt-Flächen" keinen Ertrag erzielen, der Bonus jedoch nur die zurückbehaltene Direktzahlung und nicht den fehlenden Ertrag ausgleicht. Die Abstimmung im Plenum wird für die 2. Juli Woche erwartet.

Zum neuen Programm der Kommission Europa 2020 als Nachfolge der Lissabonstrategie haben wir (Lena Ek aus Schweden, Dirk Sterckx aus Belgien und ich) Anfang Juni ein ALDE-Seminar zur Zukunft des Verkehrs unter Berücksichtigung der Klimaschutz-Ziele durchgeführt und anschließend Passagen als Ergänzung zur ALDE-Resolution zu diesem Thema formuliert. Ein Video zu der Veranstaltung wurde auf der Homepage der ALDE-Fraktion eingestellt unter:

http://www.alde.eu/en/details/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=23190&cHash=ef517191ed

Mit meiner britischen Kollegin Diana Wallis habe ich ein Seminar zur Gleichstellung in Europa und der Türkei veranstaltet. Eine kurze Zusammenfassung finden Sie unter:

http://www.alde.eu/en/details/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=22558&cHash=94135ccdde

Ein besonderes Ereignis im parlamentarischen Ablauf stellte die Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden am 6. Mai in Brüssel dar.

Bei einem EUROLAT-Treffen in Sevilla haben wir von der europäischen Delegation gemeinsam mit Vertretern der lateinamerikanischen Parlamente Grundsätze für die künftige Zusammenarbeit formuliert.

Und natürlich begleitet uns seit einigen Wochen das Thema Euro-Krise und Rettungsschirm für Griechenland. Das stand auch bei meinen Terminen in Niedersachsen, Hamburg und Bremen im Mai im Mittelpunkt jeder Diskussion. Da dazu viel in den Medien geschrieben wurde und wird, hier nur soviel: Aus meiner Sicht muss sich in dieser durchaus schwierigen Zeit zeigen, wie gut der Zusammenhalt in Europa wirklich ist. Und für mich steht außer Frage, dass die Europäische Union gerade auch für uns Deutsche in Zukunft von großer Bedeutung sein wird. Ein Rückfall in Nationalstaatlichkeit wäre kontraproduktiv.

Bis zum nächsten Mal, mit besten Grüßen aus Brüssel!

Ihre Gesine Meißner

Juni 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

Mit der Zurückweisung des Kommissionsentwurfs zur Änderung der Richtlinie über die Arbeitszeit von Lastwagenfahrern hat das Plenum des Europäischen Parlaments eine Zäsur im zähen Ringen um diese Regelung gesetzt. Ich bedaure diese Entwicklung sehr, denn sie bedeutet, dass nun wieder einige Zeit verstreichen wird, bis dieses Thema auf europäischer Ebene eine Chance auf Neuregelung bekommt. Hauptstreitpunkt ist die Frage, ob selbständige Kraftfahrer in die strengeren Regelungen und Kontrollmechanismen zu Fahrzeit, Zeiten für Verwaltungsarbeit und Ladezeit mit einbezogen werden sollen oder nicht. Ich stimme dem Ansatz der Kommission zu, der Selbständige ausnimmt, um ihnen unter Einhaltung der allgemeinen Lenk- und Ruhezeiten für gewerbliche Fahrer die nötige unternehmerische Freiheit zu lassen, die ein Kleinstunternehmen braucht, um im Wettbewerb mit Größeren zu bestehen. Dem Phänomen der Scheinselbständigkeit, d.h. dem Einsatz von de facto Fahrpersonal als selbständige Vertragspartner um Schutzbestimmungen für angestellte Fahrer zu umgehen, sollte nach dem Kommissionsentwurf durch klare Definition und ausdrücklichen Einbezug Scheinselbständiger in die Richtlinie entgegengewirkt werden. Nach der Zurückweisung des Änderungsvorschlags gilt nun die Richtlinie in bisheriger Form - die Selbständigen eingeschlossen. Für sie könnte sich in nächster Zeit einiges ändern, vor allem was den Verwaltungsaufwand betrifft, denn bisher hatte eine Übergangsregelung sie von der Richtlinie ausgenommen.

Die Abstimmung über die Richtlinie zur Lebensmittelkennzeichnung sorgte ebenfalls für große Aufregung. Die liberale Fraktion hatte die Ampelkennzeichnung entschieden abgelehnt, da sie zu irreführenden Angaben über den Nährwert von Lebensmitteln führen kann. So hätte natürlicher Apfelsaft aufgrund des hohen Fruchtzuckergehaltes einen roten Punkt erhalten. Nachdem die Farbkennzeichnung herausgefallen war, stimmten die europäischen Liberalen größtenteils für den Bericht von Frau Sommer. Die FDP-Abgeordneten sind auch mit der sogenannten GDA (Guidelines Daily

Amount)-Kennzeichnung nicht zufrieden. Anstatt neutrale Nährwertmengen in Bezug auf 100 Gramm oder Milliliter lesbar auf Verpackungen drucken zu lassen, wurde diskutiert, ob der Tagesbedarf einer 40-jährigen Frau als Bezugsgröße dienen kann oder ob die farbliche Kennzeichnung von Nährwerten eine sinnvolle Entscheidungshilfe ist. Überdies stieß die im Bericht enthaltene Vorschrift zur Herkunftsbezeichnung von Lebensmitteln auf Kritik. Für Fleisch-, Gemüse- und Molkereiprodukte verarbeitende Unternehmen sind die weitgehenden Pflichten zur Herkunftsbezeichnung praktisch nicht umsetzbar. Die FDP-Delegation stimmte daher fast geschlossen gegen den Bericht. Auch wenn die FDP im Europaparlament damit ihre Standpunkte nicht vollständig durchbringen konnte, bin ich zufrieden, dass die Ampel verhindert werden konnte und mit der GDA-Kennzeichnung nun eine europaweit einheitliche Regelung getroffen werden konnte. Sie gibt zwar den Konsumenten keine sachliche Information über den Gehalt von Lebensmitteln, aber immerhin eine sinnvolle Orientierungshilfe. Untersuchungen in Großbritannien haben gezeigt, dass nach Einführung der GDA-Kennzeichnung sich das Kaufverhalten der Konsumenten hin zu gesünderen fett- und zuckerärmeren Lebensmitteln gewandelt hat.

Bis zum nächsten Mal, mit besten Grüßen aus Brüssel!

Ihre Gesine Meißner

Juli 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit diesem Sommer sitze ich ein Jahr im Europäischen Parlament. Ein guter Zeitpunkt für eine Bestandsaufnahme über die Vorsätze, mit denen ich gestartet bin, und über meine Arbeit, die ich daran orientiere. Außerdem berichte ich wie immer über aktuell abgeschlossene oder in Arbeit befindliche Themen.

I. Bestandsaufnahme nach einem Jahr im Europäischen Parlament

Mit 40 Sitzungswochen ist das Europäische Parlament das mit Abstand zeitaufwändigste. Als Obfrau der ALDE für Transport und Tourismus liegt mein Schwerpunkt natürlich in diesem Ausschuss, da ich alle Themen koordinieren muss. Meine bisherigen fachlichen Arbeiten verteilen sich aber über alle Zuständigkeiten. Im TRAN (Verkehrsausschuss): 1 Bericht (integrierte Meerespolitik), 8 Schattenberichte, 1 "cross-delegation" Seminar zur Zukunft des Verkehrs (zusammen mit einer schwedischen und einem belgischen Liberalen); im EMPL (Beschäftigungs- und Sozialausschuss) 6 Schattenberichte, im FEMM (Ausschuss für Frauen und Gleichstellungsfragen) 2 Schattenberichte und 2 "cross-delegation" Seminare (zur Doppel-Diskriminierung von Frauen mit Kolleginnen aus Spanien und Bulgarien und zur Gleichstellung in der EU und der Türkei mit einer britischen Liberalen), im EUROLAT (Delegation für europäisch-lateinamerikanische Zusammenarbeit) 1 Schattenbericht. Dazu kommen verschiedene Vorträge, Podiumsdiskussionen und natürlich Plenardebatten. Inhaltlich wichtig ist mir auch die Mitarbeit in der ALDE-Arbeitsgruppe zur Zukunft der Agrarpolitik.

Als Vertreterin der Bürgerinnen und Bürger meines großen norddeutschen Wahlkreises im Europaparlament sehe ich meine zentrale Aufgabe darin, die Belange der Menschen der europäischen Politik und die europäische Politik den Menschen nahe zu bringen. Fast 80% aller Vorschriften für unseren Alltag stammen aus der EU. Gemäß unserem Wahlkampf-Slogan "Stark vor Ort" gilt: Was in Brüssel und Straßburg diskutiert wird, muss mit Liberalen in Bundestag und Länderparlamenten besprochen werden und auch Zuhause Thema sein.

Sehr wertvoll sind daher Gespräche mit Vertretern verschiedenster Interessengruppen vor Ort, die ich an 61 Terminen im vergangenen Jahr in meiner Region Niedersachsen, Hamburg und Bremen und 7 Veranstaltungen in anderen Bundesländern geführt habe. Der Meinungs austausch mit denjenigen, an die sich die Politik, die in Brüssel gemacht wird, richtet, hilft mir zu erfahren, welche Regelungen nötig und sinnvoll sind, was in der Praxis gut läuft und wo noch nachgebessert werden muss.

Eine gute Möglichkeit zum Austausch bieten auch Besuchergruppen, die entweder auf eigene Initiative oder auf meine Einladung hin nach Brüssel und Straßburg kommen. Koordiniert werden die Reisen durch mein Büro in Wennigsen (Kirsten Zander, fdp-wk-hannover@web.de). In den vergangenen zwölf Monaten konnte ich fünf Gruppen begrüßen und "Europapolitik zum Anfassen" anbieten. In der zweiten Jahreshälfte 2010 stehen 3 weitere Besuchergruppen auf meinem Programm. Vor der parlamentarischen Sommerpause hatte ich zwei Lokalredakteure aus meinem Wohnort Wennigsen zu Gast. Sie begleiteten mich einen Tag lang bei meiner Arbeit in Brüssel und schilderten nachher ihre Eindrücke in Berichten, die zu vielen positiven Rückmeldungen geführt haben.

Neben Presseartikeln ist es mein Ziel, regelmäßig über die aktuellen Themen meiner Arbeit zu berichten, und zwar nicht erst wenn ein Thema abgeschlossen ist und nicht mehr beeinflusst werden kann, sondern insbesondere auch während der Beratungsphasen. Anfang dieses Jahres habe ich diesen – aus Zeitgründen noch unregelmäßig erscheinenden – Newsletter begonnen, um durch besseren Informationsfluss aus Brüssel und Straßburg für Interessierte den "direkten Draht" zu europäischen Entscheidungen anzubieten.

Als liberale Abgeordnete setze ich mich seit langem für weniger Vorschriften und mehr Freiraum zur Entwicklung für Menschen, Forschung und Unternehmen ein. In Brüssel ist es zusätzlich wichtig, sich nicht nur bei jeder anstehenden Richtlinie zu fragen, ob sie wirklich nötig ist, sondern auch, ob dieses Thema oder auch einzelne Teilaspekte auf europäischer Ebene behandelt werden muss oder – im Sinne der Subsidiarität – national oder auf Bundesländerebene angesiedelt werden sollte. Und dann muss die Auswirkung unserer Entscheidungen auf Wirtschaft und Gesellschaft zu Hause immer hinterfragt werden; hierbei haben sich meine Erfahrungen aus dem Landtag, wo regelmäßig europäische Entscheidungen umgesetzt werden müssen, als sehr wertvoll erwiesen.

Die Freiheit des Menschen als Grundlage der europäischen Werteordnung ist für mich das höchste Gut, das auf allen Ebenen und in allen Bereichen zu schützen ist. Diesem Prinzip folge ich bei all meinen Tätigkeiten, in meinen Ausschüssen und bei Debatten über Menschen- und Bürgerrechte.

Nach der Bestandsaufnahme nun zur aktuellen Arbeit:

II. Einige aktuelle Beschlüsse

Richtlinie für die Untersuchung von Luftverkehrsunfällen

Zentrales Anliegen war es, die Ursachen von Luftverkehrsunfällen so genau wie möglich zu ergründen, um derart Schlussfolgerungen für die Vermeidung von künftigen Unfällen abzuleiten. Das Parlament hat sich daher mit großer Mehrheit für die Unabhängigkeit der Untersuchungsbehörde ausgesprochen und dafür, dass Inhalte von Zeugenaussagen zum Unfallhergang nicht strafrechtlich gegen diese Zeugen verwendet werden dürfen.

Häfen

Im September habe ich in Wilhelmshaven ein ELDR-Seminar zum JadeWeserPort durchgeführt. Auf meine Einladung hin wird im Frühjahr 2012 der Verkehrsausschuss den JadeWeser-Port, den Hamburger Hafen und das Wattenmeer besuchen.

Integrierte Meerespolitik (Bericht)

Mein Bericht (vgl. Juni-Newsletter) ist im Oktober in Straßburg mit großer Mehrheit angenommen worden. Bezüglich der Schwefelemissionswerte in Nord- und Ostsee haben wir uns darauf geeinigt, dass Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU durch Grenzwertfestlegungen in bestimmten Regionen genauso vermieden werden sollen wie eine Verlagerung vom Wasser auf die Straße. Konsens fand, dass mit einer europäischen Schiffsbaustrategie das vorhandene Know-how erfolgreich für eine Vorreiterfunktion und Arbeitsplatzsicherung im "green shipping" genutzt werden soll. Und auch das Ziel, den maritimen Transport in den Emissionshandel einzubeziehen fand breite Zustimmung. Ein legislativer Folgebericht zur Finanzierung erforderlicher Maßnahmen zur IMP steht als nächstes an.

Haushalt

Auch der Haushalt 2011 wurde im Oktoberplenium verabschiedet. Uns war dabei besonders wichtig, dass Gelder von der EU vor allem in Zukunftsbereiche wie Forschung und Entwicklung, erneuerbare Energien und Bildungsmobilität eingesetzt und effizient ausgegeben werden. Ziel muss es sein, dass durch die Förderansätze Europa seine Position im weltweiten Wettbewerb sichert.

Mutterschaftsrichtlinie

Der Ausschuss für Frauen und Gleichstellungsfragen hatte mehrheitlich vorgeschlagen, EU-weit einen verpflichtenden Mutterschaftsurlaub von 20 Wochen bei vollem Lohnausgleich, auch für Selbstständige, und zusätzlich einen bezahlten 2-wöchigen Vaterschaftsurlaub einzuführen. Eine Folgekostenschätzung hatte ergeben, dass dadurch Mehrkosten in erheblicher Höhe auf die Mitgliedsstaaten zukommen würden. Trotzdem fand weder die FDP-Position (weitgehend den bestehenden deutschen Regelungen entsprechend) noch die Kompromisslinie der ALDE (18 Wochen mit 75 % Lohnausgleich, kein Vaterschaftsurlaub, nicht gültig für Selbstständige) bei der Abstimmung in Straßburg eine Mehrheit. Der EP-Beschluss

wird aber von den Mitgliedsstaaten im europäischen Rat im weiteren Verfahren sicher so nicht akzeptiert werden. Meines Erachtens ist es zwar richtig über bessere Bedingungen für junge Mütter, vor allem bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa nachzudenken – nicht nur der Betroffenen wegen, sondern auch, da wir durch den demographischen Wandel mehr Frauen und Mütter im Arbeitsmarkt brauchen. Dies muss aber in einem konstruktiven Prozess erfolgen und auch praktisch umsetzbar sein.

Menschenrechte

LAOGAI-Produkte: Gemeinsam mit Abgeordneten aus anderen Fraktionen habe ich die Kommission in einer Plenardebatte aufgefordert, die Einfuhr in die EU von Produkten, die unter menschenunwürdigen Bedingungen in chinesischen Strafgefangenenlagern produziert und unter größtenteils bekannten Firmennamen weltweit verkauft werden, zu verbieten. Die USA hat die Einfuhr bereits verboten, die EU noch nicht.

III. Aus der aktuellen Arbeit

Passagierrechte im Busverkehr (Schattenbericht)

Nachdem der Trilog während der spanischen Ratspräsidentschaft kurz vor der Sommerpause gescheitert ist, läuft zurzeit das Vermittlungsverfahren in einem extra dafür konstituierten Ausschuss, dem neben mir als Schattenberichterstatteerin noch 2 weitere ALDE-Mitglieder angehören. Mittlerweile halte ich eine Einigung für möglich, da die Belgier die Richtlinie unbedingt während ihrer Ratspräsidentschaft abschließen wollen.

- Noch bestehende Differenzen:

Zuständigkeitsbereich der Richtlinie (der Rat hat alle Busfahrten über 500 km vorgeschlagen, das Parlament ab 50 km, die Kommission ab 100 km)

Entschädigungsfragen

Umfang der Passagierrechte, die auch für den städtischen Busverkehr gelten sollen (hierbei habe ich vorgeschlagen eine Formulierung aus der 1. Lesung wiederaufzunehmen, nach der Mitgliedsstaaten dies bei bereits bestehendem vergleichbaren Schutz für Passagiere ausnehmen können).

Finanzierung der IMP-Maßnahmen (Schattenbericht, wie bereits erwähnt)

Eurovignette

Auch hier ist es Ziel der Belgier, die Einigung über die Inhalte der Richtlinien in 2. Lesung so weit voranzubringen, dass während der ungarischen Ratspräsidentschaft

alles abgeschlossen werden kann. Im aktuellen Vorschlag ist die Zweckbindung von durch die Eurovignette erzielten Einkommen für Ausgaben im entsprechenden Verkehrsbereich nicht mehr enthalten. Aus Sicht der Bundesregierung ist dies nicht zustimmungsfähig, da es einen Eingriff in das Haushaltsrecht der Mitgliedsstaaten bedeutet.

Luftverkehrsabkommen (Schattenbericht)

Zurzeit werden nacheinander Abkommen zwischen der EU und anderen Staaten verhandelt, die dann die bestehenden Abkommen der entsprechenden EU-Mitgliedsstaaten ersetzen.

Sicherheit an Flughäfen (Schattenbericht)

Im November starten die Verhandlungen über die Verbesserung der Sicherheit an Flughäfen, unter anderem durch Bodyscanner. Auch Luftfrachtsicherheit wird auf der Tagesordnung stehen.

Finanzierung Transeuropäischer Netze

Der Vorschlag einen gesonderten Transportfonds einzurichten ist vom Tisch. Die Kommissionen für Transport und Regionalentwicklung erarbeiten zurzeit einen Vorschlag, wie der Kohäsionsfonds, der nicht ausgeschöpft wird, gezielt für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur genutzt werden kann. Darüber hinaus sollen ab 2015 Gelder für Projekte zurückgezogen werden können, wenn Mitgliedsstaaten ihrer Ko-Finanzierungsverpflichtung nicht nachkommen. Diese Mittel sollen dann in andere Projekte fließen.

Liberalisierung im Eisenbahnverkehr

Nachdem nur vier Mitgliedsstaaten (Deutschland war nicht dabei) ihren Verpflichtungen aus dem gemeinsam unterzeichneten ersten Eisenbahnpaket nachgekommen waren, wurden vom liberalen Transportkommissar Siim Kallas "blaue Briefe" verschickt. Zusätzlich wurde eine Neuauflage der Marktöffnungsmaßnahmen gestartet. Neben Frankreich gilt für viele Mitgliedsstaaten auch Deutschland als "Bremsen" des Prozesses

Stuttgart 21

„Europa baut keine Bahnhöfe, aber wir begrüßen, wenn Bahnhöfe gebaut werden“, sagte der für die Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris-Bratislava, an der Stuttgart liegt, zuständige Koordinator im Verkehrsausschuss. Die Demonstrationen haben im EP Unruhe ausgelöst, da befürchtet wird, dass künftig alle Großprojekte bestreikt werden könnten. Die deutschen Grünen haben in Brüssel eine Demo veranstaltet; die Gegendemo von FDP und CDU hatte aber erheblich mehr Teilnehmer...

Frauenarmut (Schattenbericht)

In diesem nicht legislativen Bericht, federführend im Frauenausschuss und mitberatend im Beschäftigungsausschuss, geht es darum, sich über Möglichkeiten zur Reduzierung von Frauenarmut auszutauschen und gemeinsame Zielvorgaben zu beschließen.

Mit besten Grüßen aus Brüssel!

Ihre Gesine Meißner

Oktober 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Europäischen Parlament befinden wir uns im Endspurt vor der Weihnachtspause. Im November gab es neben wichtigen Beschlüssen auch das große Scheitern der Haushaltsverhandlungen - der Dezember wird nun die letzte Chance dieses Jahres zur Einigung bieten.

I. Einige aktuelle Beschlüsse

Haushalt

Trotz hitzigen Verhandlungen bis in die Nacht hinein sind am 17. November die Haushaltsverhandlungen zwischen Europaparlament und Rat der Mitgliedsstaaten vorerst gescheitert. Die Folge ist, dass die EU nun ohne Haushaltsbeschluss in das neue Haushaltsjahr 2011 geht. Für diesen Fall gilt die Regelung, dass die Mittel für die EU Monat für Monat von den Mitgliedsstaaten abgerufen werden. Insgesamt aber dürfen die Zahlungen höchstens so viel ergeben wie nach dem diesjährigen Haushalt zur Verfügung gestanden hat. Das Europaparlament stieß beim Rat auf Granit mit seinen Forderungen, künftig von Anfang an in Haushaltsplanungen eingebunden zu werden, über neue Wege zu einer zusätzlichen Direktfinanzierung des EU-Budgets zu sprechen sowie eine gewisse Flexibilität bei den Einnahmen und Ausgaben festzuschreiben, um für unvorhergesehene Aufgaben gerüstet zu sein. Am 1. Dezember möchte die Kommission mit einem neuen Vorschlag zum Haushalt einen letzten Versuch in diesem Jahr starten. Es bleibt zu hoffen, dass er am 6. Dezember doch noch Grundlage einer Einigung werden kann.

Agrarpolitik

Am 18. November hat die Europäische Kommission ihre Mitteilung zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 veröffentlicht, die den Fokus auf die zukünftigen Herausforderungen des Sektors legt sowie darauf, wie die europäische Politik ihnen

begegnen kann. Der Reformvorschlag der Kommission sieht vor, auf weniger Land mehr Nahrungsmittel zu produzieren und dabei gleichzeitig Ressourcen zu schonen und wettbewerbsfähig zu bleiben. Agrar-Kommissar Ciolos ist für die Beibehaltung der Zwei-Säulen-Struktur der GAP (Direktzahlungen und Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums). Dabei soll es als Neuerung eine Obergrenze für Direktzahlungen geben und sie sollen in eine Basis- und eine Umweltprämie aufgespalten werden. Insgesamt soll der Unterschied in den Agrarzahlungen zwischen den alten und den neuen Mitgliedsstaaten verringert werden. Damit müssten sich die deutschen Landwirte auf eine deutliche Kürzung der Gelder von der EU einstellen. Würde dem Vorschlag von Finanz-Kommissar Lewandowski gefolgt, den Anteil der Agrarzahlungen am Gesamthaushalt ab 2013 deutlich herunter zu fahren, käme dies erschwerend hinzu. Aus Sicht der ALDE ist der Vorschlag von Ciolos enttäuschend: Er sieht zwar mehr Wettbewerb vor, aber keinen Bürokratieabbau und mehr Umweltauflagen.

Der Bericht des Europäischen Parlaments zur GAP nach 2013 soll im Frühjahr 2011 abgestimmt werden, ein Legislativvorschlag der Kommission wird für Mitte 2011 erwartet.

Patienteninformation

Mit der Abstimmung über den Richtlinienentwurf zur Patienteninformation im Internet hat das Europaparlament am 24. November die Informationsmöglichkeiten für Verbraucher über Inhaltsstoffe von Medikamenten ausgeweitet. Nach dem Entwurf sollen Patienten nun auch im Internet von zertifizierten Stellen detaillierte Informationen über verschreibungspflichtige Medikamente erhalten können. Werbung soll weiterhin verboten bleiben. Um einseitige Informationen und damit indirekte Werbung zu verhindern, sollen alle Angaben von nationalen Behörden und der Europäischen Arzneimittelagentur überprüft und zugelassen werden.

Ukraine

Fraktionsübergreifend wurde eine Resolution verabschiedet, die Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine ausdrückt. Die sehr positiven Demokratisierungsprozesse des potentiellen Beitrittslandes nach der "orangenen Revolution" haben bei der Kommunal- und Regionalwahl einen Einbruch erlitten, und auch um die Pressefreiheit ist es derzeit nicht zum besten bestellt.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Passagierrechte im Busverkehr (Schattenbericht)

Das Vermittlungsverfahren geht am 30. November in die entscheidende Runde. Sollte sich keine Annäherung zwischen Rat und Parlament ergeben, wird das Verfahren entweder scheitern oder auf die ungarische Ratspräsidentschaft vertagt. Ausschlaggebend wird der Zuständigkeitsbereich sein. Das Parlament kann dem Vorschlag des Rates, die Gültigkeit auf lange Strecken ab 300 km zu beschränken und grenzüberschreitende Fahrten unberücksichtigt zu lassen, nicht zustimmen, da dann ein großer Teil der Mitgliedsstaaten herausfallen würde. Darunter wären auch osteuropäische Staaten, die bislang gar keine nationalen Passagierrechte haben,

Sicherheit im Luftfrachtverkehr/ an Flughäfen (Schattenbericht)

Nach den Sprengstofffunden in der Luftfracht Anfang November wurde von den EU-Innenministern eine Expertengruppe eingesetzt, die über Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit berät. Vorschläge werden für Anfang Dezember erwartet. Auch wenn hundertprozentige Sicherheit nie möglich sein kann, muss etwas getan werden, um diese offensichtliche Sicherheitslücke zu schließen. Dabei muss aber auch bedacht werden, dass wir von einem ungehinderten Warenverkehr abhängen, wie bereits Anfang des Jahres der Vulkanausbruch in Island und seine Folgen gezeigt haben. Es ist daher keine einfache Aufgabe, den geeigneten Mittelweg zwischen einem Mehr an Sicherheit und einem freien Warenfluss zu finden. Der Bericht "Sicherheit an Flughäfen" wurde um den Aspekt "Luftfracht" erweitert.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Adventszeit! Mit besten Grüßen aus Brüssel

Ihre Gesine Meißner

November 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Europäischen Parlament befinden wir uns im Endspurt vor der Weihnachtspause. Im November gab es neben wichtigen Beschlüssen auch das große Scheitern der Haushaltsverhandlungen - der Dezember wird nun die letzte Chance dieses Jahres zur Einigung bieten.

I. Einige aktuelle Beschlüsse

Haushalt

Trotz hitzigen Verhandlungen bis in die Nacht hinein sind am 17. November die Haushaltsverhandlungen zwischen Europaparlament und Rat der Mitgliedsstaaten vorerst gescheitert. Die Folge ist, dass die EU nun ohne Haushaltsbeschluss in das neue Haushaltsjahr 2011 geht. Für diesen Fall gilt die Regelung, dass die Mittel für die EU Monat für Monat von den Mitgliedsstaaten abgerufen werden. Insgesamt aber dürfen die Zahlungen höchstens so viel ergeben wie nach dem diesjährigen Haushalt zur Verfügung gestanden hat. Das Europaparlament stieß beim Rat auf Granit mit seinen Forderungen, künftig von Anfang an in Haushaltsplanungen eingebunden zu werden, über neue Wege zu einer zusätzlichen Direktfinanzierung des EU-Budgets zu sprechen sowie eine gewisse Flexibilität bei den Einnahmen und Ausgaben festzuschreiben, um für unvorhergesehene Aufgaben gerüstet zu sein. Am 1. Dezember möchte die Kommission mit einem neuen Vorschlag zum Haushalt einen letzten Versuch in diesem Jahr starten. Es bleibt zu hoffen, dass er am 6. Dezember doch noch Grundlage einer Einigung werden kann.

Agrarpolitik

Am 18. November hat die Europäische Kommission ihre Mitteilung zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 veröffentlicht, die den Fokus auf die zukünftigen Herausforderungen des Sektors legt sowie darauf, wie die europäische Politik ihnen

begegnen kann. Der Reformvorschlag der Kommission sieht vor, auf weniger Land mehr Nahrungsmittel zu produzieren und dabei gleichzeitig Ressourcen zu schonen und wettbewerbsfähig zu bleiben. Agrar-Kommissar Ciolos ist für die Beibehaltung der Zwei-Säulen-Struktur der GAP (Direktzahlungen und Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums). Dabei soll es als Neuerung eine Obergrenze für Direktzahlungen geben und sie sollen in eine Basis- und eine Umweltprämie aufgespaltet werden. Insgesamt soll der Unterschied in den Agrarzahlungen zwischen den alten und den neuen Mitgliedsstaaten verringert werden. Damit müssten sich die deutschen Landwirte auf eine deutliche Kürzung der Gelder von der EU einstellen. Würde dem Vorschlag von Finanz-Kommissar Lewandowski gefolgt, den Anteil der Agrarzahlungen am Gesamthaushalt ab 2013 deutlich herunter zu fahren, käme dies erschwerend hinzu. Aus Sicht der ALDE ist der Vorschlag von Ciolos enttäuschend: Er sieht zwar mehr Wettbewerb vor, aber keinen Bürokratieabbau und mehr Umweltauflagen.

Der Bericht des Europäischen Parlaments zur GAP nach 2013 soll im Frühjahr 2011 abgestimmt werden, ein Legislativvorschlag der Kommission wird für Mitte 2011 erwartet.

Patienteninformation

Mit der Abstimmung über den Richtlinienentwurf zur Patienteninformation im Internet hat das Europaparlament am 24. November die Informationsmöglichkeiten für Verbraucher über Inhaltsstoffe von Medikamenten ausgeweitet. Nach dem Entwurf sollen Patienten nun auch im Internet von zertifizierten Stellen detaillierte Informationen über verschreibungspflichtige Medikamente erhalten können. Werbung soll weiterhin verboten bleiben. Um einseitige Informationen und damit indirekte Werbung zu verhindern, sollen alle Angaben von nationalen Behörden und der Europäischen Arzneimittelagentur überprüft und zugelassen werden.

Ukraine

Fraktionsübergreifend wurde eine Resolution verabschiedet, die Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine ausdrückt. Die sehr positiven Demokratisierungsprozesse des potentiellen Beitrittslandes nach der "orangenen Revolution" haben bei der Kommunal- und Regionalwahl einen Einbruch erlitten, und auch um die Pressefreiheit ist es derzeit nicht zum besten bestellt.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Passagierrechte im Busverkehr (Schattenbericht)

Das Vermittlungsverfahren geht am 30. November in die entscheidende Runde. Sollte sich keine Annäherung zwischen Rat und Parlament ergeben, wird das Verfahren entweder scheitern oder auf die ungarische Ratspräsidentschaft verlagert. Ausschlaggebend wird der Zuständigkeitsbereich sein. Das Parlament kann dem Vorschlag des Rates, die Gültigkeit auf lange Strecken ab 300 km zu beschränken und grenzüberschreitende Fahrten unberücksichtigt zu lassen, nicht zustimmen, da dann ein großer Teil der Mitgliedsstaaten herausfallen würde. Darunter wären auch osteuropäische Staaten, die bislang gar keine nationalen Passagierrechte haben, Sicherheit im Luftfrachtverkehr/ an Flughäfen (Schattenbericht)

Nach den Sprengstofffunden in der Luftfracht Anfang November wurde von den EU-Innenministern eine Expertengruppe eingesetzt, die über Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit berät. Vorschläge werden für Anfang Dezember erwartet. Auch wenn hundertprozentige Sicherheit nie möglich sein kann, muss etwas getan werden, um diese offensichtliche Sicherheitslücke zu schließen. Dabei muss aber auch bedacht werden, dass wir von einem ungehinderten Warenverkehr abhängen, wie bereits Anfang des Jahres der Vulkanausbruch in Island und seine Folgen gezeigt haben. Es ist daher keine einfache Aufgabe, den geeigneten Mittelweg zwischen einem Mehr an Sicherheit und einem freien Warenfluss zu finden. Der Bericht "Sicherheit an Flughäfen" wurde um den Aspekt "Luftfracht" erweitert.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Adventszeit! Mit besten Grüßen aus Brüssel

Ihre Gesine Meißner

Dezember 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit meinem letzten Bericht vor Weihnachten melde ich mich diese Woche aus dem winterlich verschneiten Straßburg.

I. Einige aktuelle Beschlüsse

Haushalt

Sozusagen in letzter Minute ist mit dem Votum des Europaparlaments nun doch noch der Haushalt 2011 in trockenen Tüchern. Die Einigung kam zustande, nachdem das Parlament gegenüber dem Rat dahingehend nachgegeben hat, dass seine Forderungen nun nicht in den legislativen Text eingebunden, sondern in einer separaten nicht bindenden Erklärung der Mitgliedsstaaten aufgenommen werden. Es handelte sich dabei um die Forderungen, künftig von Anfang an in Haushaltsplanungen eingebunden zu werden, über neue Wege zu einer zusätzlichen Direktfinanzierung des EU-Budgets zu sprechen sowie eine gewisse Flexibilität bei den Einnahmen und Ausgaben festzuschreiben, um für unvorhergesehene Aufgaben gerüstet zu sein. Im Gegenzug konnte das Parlament erreichen, dass für das kommende Jahr 126 Milliarden Euro, 1,01 Prozent des Bruttonationaleinkommens, für EU-Programme zur Verfügung stehen und dass ein großer Teil davon in Forschungs-, Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungsprogramme fließen wird - ganz im Sinne der Liberalen.

Europäische Bürgerinitiative

Eine weitere Einigung zwischen Rat und Parlament gab es diese Woche über die Europäische Bürgerinitiative. Bereits vor einem Jahr mit dem Lissabon-Vertrag im Europarecht verankert, ging es nun endlich darum, zu regeln, wie die Bürgerinitiative praktisch umgesetzt werden soll. Der Kompromiss erlaubt nun die Initiative bei 1 Million Unterschriften europäischer Bürger aus mindestens 7 verschiedenen EU-

Ländern. Erfüllt das Bürgerbegehren alle Voraussetzungen, um zugelassen zu werden, und ist die Unterschriftensammlung erfolgreich, so haben Vertreter der Bürgerinitiative das Recht, ihr Anliegen dem Europaparlament und der Europäischen Kommission in einer öffentlichen Anhörung vorzutragen. Beide Institutionen müssen dann eine ausführliche Stellungnahme abgeben. Das Parlament konnte durchsetzen, dass an dieser Stelle nicht nur ein einfacher Brief der Kommission genügen soll. Wir Liberalen konnten auch durchsetzen, dass die Zulässigkeit der Initiative vor der Unterschriftensammlung geprüft wird und nicht erst danach. Leider konnte nicht europaweit verhindert werden, dass mit den Unterschriften die Passnummer angegeben werden muss. Auch wenn Deutschland diese Anforderung nicht stellen wird, ist das in mehr als 20 EU-Ländern vorgesehen.

Menschenrechte in der Welt 2009 und die Politik der EU in diesem Bereich

Mit großer Mehrheit wurde ein ausführlicher Bericht über die aktuelle Situation der Menschenrechte beschlossen. Das Parlament spricht sich dafür aus, dass entsprechend der Grundrechtecharta der Europäischen Union bei allen außenpolitischen Kontakten Menschenrechte gebührend berücksichtigt werden sollen.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Passagierrechte im Busverkehr (Schattenbericht)

Nach schwierigen Verhandlungen zwischen Vertretern von Parlament, Rat und Kommission kam am 1. Dezember 2010 um 1:00 Uhr (!) endlich eine Einigung zustande. Danach werden die Fahrgastrechte für Busfahrten ab 250km gelten. Das ist insofern enttäuschend, als dadurch kleinere Mitgliedsstaaten, von denen einige keinerlei nationale Passagierrechte haben, ausgenommen sind. Im Linienverkehr auf kürzeren Distanzen erhalten Passagiere Basisrechte, die sich vor allem auf Hilfeleistungen für Personen mit eingeschränkter Mobilität beziehen. Mit Ausnahme dieser Basisrechte können Mitgliedsstaaten die Anwendung der Passagierrechte im nationalen Linienverkehr bis zu acht Jahre aussetzen. Prozedural muss diese Einigung nun noch vom Ratsgremium und vom Plenum des europäischen Parlaments bestätigt werden.

Einheitliche Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Drittstaatsangehörige (Schattenbericht)

In einer knappen Abstimmung hat das Plenum des Europaparlaments den Bericht zu einem Richtlinienentwurf abgelehnt, der ein einheitliches Antragsverfahren für Drittstaatsangehörige, die in der EU legal leben und arbeiten, festlegen soll. Ich bedaure diese Entscheidung sehr, denn das vereinfachte Verfahren wäre der erste Schritt hin zu einer gemeinsamen und an den europäischen Bedürfnissen orientierten Zuwanderungspolitik gewesen. Die europäischen Gesellschaften schrumpfen und altern. Daher sind wir auf Zuwanderung auch geringer qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Die EU-Mitgliedsstaaten hatten bereits 1999 in Tampere erklärt, dass sie die Einwanderungs- und Asylpolitik aufeinander abstimmen wollen. Die entsprechende Rahmenrichtlinie ist nun diese Woche zum zweiten Mal gescheitert. Dennoch besteht Hoffnung, dass eine Einigung im Februar doch noch zustande

kommt. Die Berichterstatterin des Parlaments wird einen neuen "bereinigten" Bericht vorlegen, mit der Hoffnung, dass dieser eine Mehrheit finden wird. Wenn sie nicht mehr darauf besteht, dass neben dem einheitlichen Verfahren nationale Sonderwege zugelassen sind - an dieser Forderung war die Zustimmung gescheitert, da dies das einheitliche Verfahren in Frage stellen würde -, dürfte die Mehrheit sicher sein.

Türkei und Geschlechtergleichstellung (Schattenbericht)

Im FEMM-Ausschuss habe ich diesen Monat einen Schattenbericht zum Thema Türkei und Geschlechtergleichstellung übernommen. In einem Seminar, das ich zu diesem Thema dieses Jahr veranstaltet habe, habe ich viele Einsichten erhalten, die ich mit meinen Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen in den Endbericht einbringen möchte. Zunächst einmal muss ich jedoch bis nach dem Jahreswechsel auf das Arbeitspapier der Berichterstatterin warten.

Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachtsfeiertage und alles Gute für 2011!

Ihre Gesine Meißner

2011

Januar 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,
auch wenn derzeit Griechenland und der Euro-Rettungsschirm - nicht nur beim Mitgliederentscheid der FDP, sondern auch in allen europäischen Debatten - im Vordergrund stehen, geht die Arbeit im Europaparlament auf allen Gebieten weiter. Über die Debatten und Abstimmungen der Oktober-Plenarwoche und meine derzeitige Ausschussarbeit berichte ich in dieser Ausgabe.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Debatte über Ergebnisse des Europäischen Rates

In einer Plenardebatte über die Ergebnisse des Gipfels der Staats- und Regierungschefs, der am 23. Oktober 2011 stattfand, diskutierte das EU-Parlament mit Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Während Van Rompuy den Inhalt der erzielten Einigung zwischen den Mitgliedsstaaten hervorhob und lobte und Barroso weitere Reformvorschläge ankündigte, äußerten sich die meisten Fraktionsvorsitzenden zwar erleichtert, aber mahnten mehr europäische Integration an. Angesichts der sich fast überschlagenden Meldungen aus Griechenland bleibt zu hoffen, dass die beschlossenen Maßnahmen bald eine stabilisierende Wirkung zeigen.

Haushaltsvorschlag für 2012

In seinem Standpunkt zum EU-Haushalt 2012, den das Europaparlament im Oktober verabschiedet hat, hat es im Wesentlichen die gleichen Schwerpunkte gesetzt wie die EU-Kommission in ihrem Vorschlag. Danach soll der Gesamthaushalt um 5,23% erhöht werden mit deutlich mehr Mitteln für Forschung und Entwicklung sowie für die Kohäsions- und Strukturfonds. Auch dem Bereich Justiz und Inneres möchte das Parlament im nächsten Jahr mehr Mittel zukommen lassen, um dem erweiterten Aufgabenbereich der Grenzschutzagentur Frontex (vgl. Newsletter Sept. 2011) gerecht zu werden. Hier übten die Abgeordneten Kritik am Standpunkt der EU-Finanzminister vom Juli, der in diesem Bereich Kürzungen vorsieht, obwohl der Grenzschutz zu den Top-Prioritäten des Rates gehört. In der Landwirtschaft befürwortet das Europaparlament die Einrichtung eines Notfallfonds von 250 Mio. Euro für Obst- und Gemüseproduzenten, um künftig für Krisen wie die um EHEC und Entschädigungszahlungen gewappnet zu sein. Darüber hinaus stimmte das Parlament für mehr Geld für Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit und für Hilfsmaßnahmen in Krisengebieten. Einsparungen sieht es durch Umschichtungen im EU-Haushalt und vor allem durch Kürzung des eigenen Haushalts vor. 74,1 Millionen Euro möchte das Europaparlament trotz Mehrbelastung durch zusätzliche Abgeordnete und einen größeren Aufgabenbereich nach dem Vertrag von Lissabon einsparen, indem es seine Verwaltung effektiver organisiert.

Härtere Strafen für Kinderschänder und Kinderpornographie in der EU

Mit großer Mehrheit nahm das Plenum des EU-Parlaments eine neue "Richtlinie zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs und der Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie" an, auf die sich zuvor bereits die Verhandlungspartner von Rat und Parlament geeinigt hatten. Die neue Richtlinie enthält EU-weite Regelungen zu Prävention, Strafverfolgung und Opferschutz. Höhere Strafen erwarten vor allem Vertrauenspersonen oder Personen mit Entscheidungsbefugnis oder Einfluss auf das Kind, die es missbrauchen, sowie der Missbrauch von aufgrund einer Behinderung oder Betäubung besonders gefährdeten Kindern. Da ungefähr 20 Prozent der Sexualstraftäter nach ihrer Verurteilung weitere Straftaten begehen, schreibt die Richtlinie vor, dass verurteilte Straftäter "zeitweise oder dauerhaft daran gehindert werden sollen, berufliche Tätigkeiten auszuüben, die direkten und regelmäßigen Kontakt mit Kindern beinhalten". Arbeitgeber haben das Recht, wenn sie jemanden einstellen, Informationen über Verurteilungen für sexuelle Straftaten an Kinder anzufordern. Mitgliedstaaten dürfen weiterreichende Maßnahmen wie beispielsweise die Erfassung von verurteilten Tätern in "Sexualstraftäter-Registern" ergreifen. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen außerdem dafür sorgen, dass sich auf Servern auf ihrem Hoheitsgebiet keine Internetseiten befinden, die Kinderpornographie enthalten oder verbreiten. Es ist ein Verhandlungserfolg der Liberalen, dass der Vorschlag einer EU-weiten Sperrinfrastruktur keine Mehrheit bekam und stattdessen die Verantwortung für die Umsetzung dieser Regelung - ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips - bei den Mitgliedsstaaten liegt. Befindet sich der Server einer kinderpornographischen Internetseite in einem Staat außerhalb der EU und ist der Staat nicht zur Zusammenarbeit in dieser Sache bereit, können EU-Staaten die entsprechenden Seiten für die Internetuser auf ihrem Hoheitsgebiet sperren. Die Anzahl von kinderpornographischen Internetseiten wächst stetig. Schätzungen zufolge werden täglich 200 kinderpornographische Bilder in Umlauf gebracht. Immer jüngere Kinder werden pornographisch dargestellt, und die Bilder werden expliziter und gewalttätiger. Sich pornographisches Material von Kindern im Internet anzusehen, wird nach der neuen Richtlinie mit mindestens einem Jahr Gefängnis bestraft.

Diesjähriger Sacharow-Preisträger gewählt

Die diesjährigen Gewinner des Sacharow-Preises für geistige Freiheit wurden in der vergangenen Plenarwoche in Straßburg vom Parlamentspräsidenten Buzek und den Fraktionsvorsitzenden gewählt und im Plenum verkündet. Die Wahl fiel auf fünf Vertreter des "Arabischen Frühlings", Aktivisten aus Ägypten, Libyen, Syrien und Tunesien. Nach den Worten des Parlamentspräsidenten möchte das Europäische Parlament mit seiner Entscheidung seine Solidarität mit der arabischen Welt und seine Unterstützung in ihrem Kampf für um Freiheit, Demokratie und Beendigung autoritärer Regime zum Ausdruck bringen. Der Preis sei ein "Symbol für all diejenigen, die sich in der arabischen Welt und darüber hinaus für Würde, Demokratie und Grundrechte einsetzen." Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit ist nach dem sowjetischen Physiker und Menschenrechtsaktivisten Andrei Sacharow benannt und wird seit 1988 jährlich vom EU-Parlament an Individuen oder Gruppen verliehen, die einen wichtigen Beitrag zum Kampf für Menschenrechte und Demokratie geleistet haben. Er ist mit 50 000 Euro dotiert und wird dieses Jahr am 14. Dezember in einer feierlichen Plenarsitzung des Parlaments in Straßburg überreicht werden.

Vereinfachte Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe

EU-Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe sollen vereinfacht werden, um die Teilnahme an europaweiten Ausschreibungen auch für kleine und mittelgroße Unternehmen attraktiver zu machen. Eine entsprechende Entschließung hat das Europaparlament in Straßburg angenommen. Nach dem Willen des Parlaments sollen Vergabebehörden bei der Zuschlagserteilung neben dem Preiskriterium verstärkt auch die Qualität der zu beschaffenden Waren und Dienstleistungen berücksichtigen. Der Linie der Liberalen entsprechend wurden verbindliche Zuschlagskriterien für öffentliche Auftraggeber abgelehnt. Sinnvoll ist auch, dass Vergabebehörden bei der Bewertung des günstigsten Angebots künftig die gesamten Lebenszykluskosten betrachten sollen, denn das zunächst billigste Angebot erweist sich am Ende nicht immer als das wirtschaftlich günstigste.

Wir Liberalen haben vor allem Vorschläge zur Verbesserung des Zugangs für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützt, denn KMU erhalten immer noch weniger öffentliche Aufträge als ihrem Anteil an der Wirtschaft entsprechen würde. Außerdem konnten wir die Forderung nach einer Abschottung des europäischen Beschaffungsmarktes von Bietern aus Drittstaaten verhindern, was den Handelsbeziehungen mit unseren internationalen Partnern sehr schaden würde. Kritisch ist jedoch aus Sicht der FDP im Europaparlament eine Erhöhung der Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen. Studien belegen, dass die Kostenersparnis durch den größeren Wettbewerb den zusätzlichen Aufwand rechtfertigt, den europaweite Ausschreibungen mit sich ziehen.

Konkrete Vorschläge der EU-Kommission zur Überarbeitung der Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe sind bis Jahresende angekündigt.

Europäische Strategie für den Einsatz von Antibiotika

Der zunehmenden Unwirksamkeit der Antibiotika und die damit verbundene Gefahr der Ausbreitung von Viren und Bakterien muss mit strengeren Regeln entgegengesteuert werden. In einer rechtlich nicht bindenden Resolution fordert das Parlament eine europäische und internationale Gesamtstrategie, um den unsachgemäßen Gebrauch von Antibiotika in der Tier- und Humanmedizin zu verhindern und Anreize für die Entwicklung neuer Antibiotika zu geben.

Dazu sollen öffentliche Aufklärungskampagnen von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten gehören, da die Hälfte der Bevölkerung nach wie vor irrigerweise annimmt, dass Antibiotika zur Behandlung von Erkältungen, Virus- und Grippeerkrankungen geeignet sind. Außerdem soll die EU-Kommission Anreize zur Intensivierung der pharmazeutischen Forschung in diesem Bereich setzen, da in den vergangenen Jahrzehnten kaum neue Antibiotika auf den Markt gekommen sind.

Die Verwendung von Antibiotika als Wachstumsförderer in der Tierzucht ist in der EU bereits verboten, nun sollte aber auch deren systematischer "prophylaktischer" Einsatz eingeschränkt werden. Die Resolution fordert eine weitgehende Trennung der bei human- und tiermedizinischen Arzneimitteln eingesetzten Wirkstoffe, damit die Antibiotikaresistenzen nicht vom Tier auf den Menschen übergehen. Zudem sollte die EU den landwirtschaftlichen Einsatz von Antibiotika, die bei problematischen Fällen als „letztes Mittel“ gelten, überwachen.

Gesundheits-Kommissar John Dalli kündigte an, dass die Kommission einen fünfjährigen Aktionsplan im November vorstellen wird.

Globale Wirtschaftsordnung

Die weltweite Koordinierung von Wirtschaftssystemen muss radikal reformiert werden wie Ungleichheiten im Handel, beschleunigtes oder langsames Wirtschaftswachstum und ein stark verflochtenes Bankensystem aufzeigen. Das Europaparlament hat in Straßburg eine Resolution angenommen, die eine Strukturreform des Internationalen Währungsfonds, das Ende von politischer Einmischung in Wechselkurse und Regeln zur Trennung von Spekulationsgeschäften und traditionellen Bankfunktionen fordert.

EntschlieÙung zur Unterstützung alleinerziehender Mütter

Die rechtlich nicht bindende EntschlieÙung, die das Parlament in Straßburg annahm, enthält konkrete Vorschläge zur besseren Unterstützung alleinerziehender Mütter. Danach sollten die EU-Mitgliedstaaten Familienzentren einrichten, in denen junge alleinerziehende Mütter ohne oder mit wenig Einkommen eine zeitweilige Unterkunft finden sowie Beratung und Bildungsangebote nutzen können. Zudem werden Wohnungsbeihilfen, Priorität auf Wohnungswartelisten und Steuererleichterungen für Alleinerziehende sowie finanzielle Anreize für Unternehmen, die Betriebskindergärten einrichten, vorgeschlagen. Die EntschlieÙung enthält auch Vorschläge für Bildungs- und Weiterprogramme, die aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert werden könnten. Angesichts der Tatsache, dass statistisch alleinerziehende Mütter in ganz Europa weniger gebildet sind als verheiratete, ist Bildungsförderung ein wichtiges Instrument, um Mütter vor Armut zu schützen.

Selbstverbrennung von Nonnen und Mönchen in Tibet

Mit einer von vier Fraktionen eingebrachten gemeinsamen Resolution zur Menschenrechtssituation in Tibet brachte das Europaparlament seine Besorgnis über die jüngsten Meldungen zur zunehmenden Gewalt an tibetischen Mönchen zum Ausdruck. In der zugehörigen Plenardebatte forderte ich unsere europäischen Regierungsvertreter zum Handeln auf. Wenn junge Menschen im Alter von 18 und 19 Jahren keinen anderen Weg des Protestes mehr sehen als sich selbst zu verbrennen und dadurch für die Religionsfreiheit ihrer Mitmenschen zu kämpfen, müssen wir etwas tun. Die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zu China für die Europäische Union darf kein Grund sein, zu diesem Thema zu schweigen. Der Dalai Lama und seine Anhänger setzen ihre Hoffnung auf uns in Europa.

Schärfere Regeln gegen mafiöse Unterwanderung

Um sicherzustellen, dass mafiöse Organisationen nicht auf EU-Mittel zugreifen können, fordert das EU-Parlament in einer Resolution schärfere Regeln. Sie sollen die Rückverfolgbarkeit von EU-Mitteln durch Institutionen, Bürger und Presse festlegen, wobei besonderes Augenmerk auf die lokalen Verwaltungen gelegt werden sollte, da diese am anfälligsten sind. Unternehmen mit Verbindungen zu organisiertem Verbrechen sollen durch neue Gesetze und Transparenz in den Finanzströmen abgehalten werden, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen. Das Parlament soll zudem eine Sonderkommission einrichten, die untersucht, wie kriminelle Organisationen den öffentlichen Sektor und die legale Wirtschaft unterwandern. Neue Vorschriften und Ehrenkodizes der Fraktionen sollen ausschließen, dass verurteilte

Mitglieder krimineller Organisationen für das Europäische Parlament kandidieren können.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Neue Verkehrsnetze, neue Chancen für das Exportland Deutschland

Die Europäische Kommission hat am 19. Oktober 2011 den Vorschlag für eine Überarbeitung der Leitlinien für die transeuropäischen Verkehrsnetze präsentiert. Darin wird sowohl das „Kernnetz“ der wichtigsten Verkehrsachsen durch Europa als auch das „Gesamtnetz“ der grundlegenden Verbindungslinien neu festgelegt. Lückenlose Verbindungswege durch Europa sind zugleich logische Konsequenz und Bedingung für einen gut funktionierenden Binnenmarkt.

Mit den neuen Leitlinien erhält endlich auch der bisher vernachlässigte Norden Deutschlands die nötige Aufmerksamkeit durch die EU. Das wirtschaftliche Potenzial unserer Nordseehäfen und ihrer guten Hinterlandanbindung ist von der Kommission erkannt worden. Die Häfen Bremen, Bremerhaven, Hamburg und Wilhelmshaven wurden ins "Kernnetz" aufgenommen. Ebenso die West-Ost-Achse Amsterdam-Hannover-Berlin-Warschau mit ihrer Transportkapazität, die man bereits jetzt fast dreifach nutzen kann: auf Straße, Schiene und Wasserstraßen. Darauf habe ich in Verkehrskreisen immer wieder hingewiesen. Die EU-Kommission veranschlagt für die Transportinfrastruktur im Zeitraum 2014 bis 2020 Finanzmittel von 31,7 Milliarden Euro. Insgesamt stehen im Programm Connecting Europe Facility 50 Milliarden Euro für europäische Infrastrukturprojekte in den Bereichen Transport, Energie und Breitband zur Verfügung. Nun müssen wir in Deutschland die Chance nutzen, europäische Finanzhilfen für den Ausbau zu bekommen.

Ausschuss für Frauen und Gleichstellung

Delegationsreise nach Israel und Palästina

Obwohl bei der Delegationsreise vom 1. bis 4. November vor allem Themen aus der Arbeit im Frauenausschuss auf dem Programm standen, spielte natürlich der Antrag von Palästinenserpräsident Abbas auf Anerkennung Palästinas bei der UN und der Unesco eine Rolle. In Jerusalem trafen wir Ausschussvorsitzende in der Knesset, in Ramallah diskutierten wir mit dem Regierungspräsidenten Dr. Fayyad, mit fünf Ministerinnen aus seinem Kabinett und der Bürgermeisterin von Ramallah, die gerade kurz vor Abschluss einer Städtepartnerschaft mit Bonn steht. Die meiste Zeit entfiel auf Gespräche mit Vertreterinnen von NGOs - im Gazastreifen und in der Westbank, aber auch in Jerusalem und Tel Aviv. Fazit: Die Situation in diesem durch Mauer, Wachtürme und umfangreiche Checkpoints geteilten Landstrichs erinnert baulich sehr an die ehemalige deutsch-deutsche Grenze, wobei Israel in der deutlich stärkeren Position ist. Die Fronten der Regierungsvertreter auf beiden Seiten sind verhärtet, die Anerkennung Palästinas durch die Unesco hat die Situation noch verschärft. Insbesondere im Gazastreifen sind die Menschen erheblichen Entbehrungen ausgesetzt, die Arbeitslosigkeit ist extrem hoch, Kinder und Jugendliche haben kaum Entwicklungschancen. Bei den Frauen in den NGOs gibt es auf beiden Seiten großes Engagement für eine friedliche Lösung des Konfliktes und vielfältige Versuche, die

Lebenssituation für Familien in den besetzten Gebieten zu verbessern. Bei Machsom Watch haben sich auf israelischer Seite 500 Frauen (teilweise deutscher Herkunft) ehrenamtlich organisiert, um auf menschenunwürdige Vorgänge an den Checkpoints hinzuweisen. Sowohl die EU als Mitglied des "Quartetts" in den Nahostverhandlungen als auch Deutschland mit seiner historisch besonderen Stellung zu Israel sind gefordert, auf eine friedliche Lösung dieses Dauerkonflikts hinzuwirken.

Teamklausur in Goslar

In der dritten Teamklausur meiner Büros waren wir nach Klausuren auf Baltrum/ Wattenmeer und in Stade/ Hamburg dieses Mal in Goslar und im Harz. Bei den Führungen im Nationalpark Harz und im Rammelsberg wie auch am Abend beim Treffen mit Parteifreunden standen - passend zu meinem Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr - touristische Fragen im Mittelpunkt. Bei Cutec in Clausthal-Zellerfeld und in einem Gespräch mit dem Goslarer Bürgermeister diskutierten wir innovative Projekte im Wirtschaftsstandort Harz und Fördermöglichkeiten durch die EU. Die nächste Teamklausur wird im März in Papenburg stattfinden.

Herzliche Grüße aus Brüssel!

Ihre Gesine Meissner

Februar I 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

die vergangenen parlamentarischen Arbeitswochen waren geprägt durch Ausschüsse, Fraktionssitzungen und das "Mini-Plenum", bei dem ich auch wieder eine Besuchergruppe begrüßen konnte. Es tagten meine drei Ausschüsse gleichzeitig, so dass ich mich so effizient wie möglich "dreiteilen" musste. Nachdem ich im letzten Newsletter ausschließlich über aktuelle Beschlüsse aus Straßburg berichtet hatte, fokussiere ich diesen Bericht auch auf die laufende Arbeit.

I. Aktuelle Beschlüsse und Diskussionen

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der europäischen Finanzaufsicht
Mit unserem Positionspapier "Stabilität und Wachstum in Europa - Wege aus der Krise hin zu einem sicheren Euro" (zu finden auf meiner Homepage unter "Europa") haben wir FDP-Abgeordnete im Europaparlament Wege zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie zur Verbesserung der europäischen Finanzaufsicht vorgeschlagen. Unser Ziel ist es, eine Stabilitätskultur nach deutschem Vorbild in Europa zu erreichen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedsländer insgesamt zu steigern. Deshalb schlagen wir in dem Papier unter anderem vor, dass bei Verletzungen der Regeln über den europäischen Währungsraum Sanktionen automatisch und früher ansetzen, gegebenenfalls auch kontinuierlich erhöht werden sollen. Das Papier regt darüber hinaus eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild in allen EU-Staaten an. Des Weiteren sind wir der Auffassung, dass Staatsschulden

schneller und in größerem Umfang abgebaut werden müssen. Eurobonds sind kein Ausweg aus der aktuellen Krise. Nur unter der Voraussetzung, dass die Reform zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit Früchte trägt und die Mitgliedstaaten ihre Haushaltsdisziplin verbessern, kann mittel- oder langfristig auch über die gemeinsame Auflegung von Euroanleihen nachgedacht werden. Ein solches Eurobondssystem müsste auf einem starken institutionellen Rahmen gegründet sein, der insbesondere eine Schuldenbremse für die Europäische Union vorsieht und die Mitgliedstaaten zur Einhaltung der Defizit- und Verschuldungsgrenze verpflichtet. Das Eurobondssystem dürfte die Auflegung gemeinsamer Staatsanleihen bis höchstens 40 % der Staatsverschuldung erlauben und keine gemeinsame Haftung der Mitgliedstaaten für den Ausfall anderer Mitgliedstaaten beinhalten. Für Schulden über 40 % müssten die Länder weiterhin national Anleihen ausgeben, deren Zinsen weitaus höher liegen würden. Dadurch könnte ein liquiderer Markt für Anleihen in Europa geschaffen werden, der sowohl Anreize für die Reduzierung der Staatsschulden setzt als auch ein Übertragen der Risikohaftung verhindert.

Aufstand in Ägypten und Tunesien

Im Miniplen nahmen die Diskussionen über die aktuelle Situation in Ägypten und Tunesien breiten Raum ein. Unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt warf der EU-Außenbeauftragten Baroness Ashton vor, zu wenig zu unternehmen, um die Entwicklung zu mehr Demokratie zu unterstützen. Einigkeit bestand darüber, dass die EU und die einzelnen Fraktionen des EP gefordert sind, den Ruf nach mehr Freiheit und Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten in der arabischen Welt (entsprechend der EU-Grundrechtecharta) zu begleiten.

Pensionssysteme

Als Antwort auf das Renten-Grünbuch der Kommission im Juli 2010 beschloss das EP einen Bericht über die Sicherung der Rentensysteme in der EU. Natürlich bleiben Renteneintrittsalter und Rentenfinanzierung Aufgabe der Mitgliedsstaaten. Im Zuge der größeren Mobilität von Arbeitskräften ist es aber erforderlich, sich in dieser Frage besser abzustimmen.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Eurovignette

Bisher können in Europa Straßenbenutzungsgebühren (z.B. deutsche Autobahnmaut für LKW) erhoben werden, um Kosten für Bau und Instandhaltung der Infrastruktur an den Nutzer weiterzugeben. Gebühren zur Entschädigung sogenannter „externer Kosten“ der Straßenbenutzung (z.B. Lärmbelästigung, Luftverschmutzung, Stauverursachung) dürfen bisher in Europa nicht erhoben werden. Hierfür soll mit der "Eurovignetten"-Richtlinie eine rechtliche Grundlage geschaffen werden. Sie soll europaweit einheitliche Rahmenbedingungen festlegen, unter denen Mitgliedsstaaten solche Gebühren einführen können. Im Rat hat es dazu eine Einigung gegeben, über die das Parlament noch vor der Sommerpause in zweiter Lesung abstimmen muss. Strittig ist, für welche LKW es Ausnahmen geben soll (z. B. besonders

umweltfreundliche), welche "externe Kosten" eingerechnet werden sollen und wer über die Einnahmen aus der "Eurovignette" verfügen soll. Das Europaparlament, wie auch viele nationale Verkehrspolitikern, will die Einnahmen der Eurovignette für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur verwenden, um externe Kosten in Zukunft zu reduzieren. Mitgliedstaaten wollen sich jedoch nicht in ihre Budgethoheit reinreden lassen, Einnahmen sollen in den nationalen Haushalt fließen und nach Belieben von den Mitgliedstaaten weiterverwendet werden. Der Rat stimmt höchstens einer europäischen Empfehlung zur Mittelbindung an die Mitgliedsstaaten zu. Der Berichtsentwurf zur Eurovignette wird demnächst vom Berichterstatter vorgelegt. Bis Juni soll die zweite Lesung abgeschlossen sein.

Luftverkehrsabkommen (Schattenberichte)

Die bilateralen Luftverkehrsabkommen zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten und Drittstaaten werden nach und nach durch Abkommen der EU mit den entsprechenden Drittstaaten ersetzt. Durch den Lissabonvertrag ist das Parlament in die Abstimmung einbezogen, kann aber nur zustimmen oder ablehnen, nicht den eigentlichen Vertragsprozess beeinflussen. Die Abkommen sind in ihrem Inhalt sehr unterschiedlich. Mit Kanada wurden z. B. sehr weitreichende Absprachen getroffen, die auch Klauseln über wirtschaftliche Zusammenarbeit enthalten. Dem Abkommenstext mit den USA haben wir im Ausschuss erst nach langer Diskussion zugestimmt, da er unter anderem den USA einen höheren Marktzugang in der EU einräumt als umgekehrt und damit nicht in allen Punkten einem Partnerschaftsabkommen gerecht wird. Da aber viele andere Themen gemeinsam weiterentwickelt werden konnten und dieses Abkommen besondere Bedeutung hat (EU und USA haben über 60% Anteil am weltweiten Luftverkehr), haben wir dennoch zugestimmt, allerdings mit einer ergänzenden Stellungnahme. Die Abkommen werden regelmäßig überarbeitet und aktuellen Erfordernissen angeglichen.

Schiffsemissionen

Die Reduzierung von Schiffsemissionen beschäftigt mich seit einiger Zeit im Austausch mit Experten aus der Wirtschaft und auch in Gesprächen mit Liberalen aus dem Bundestag und den Ländern. Laut International Maritime Organization (IMO)-Beschluss darf der Schwefelgehalt von Schiffsemissionen ab 2015 in besonders sensiblen Meereszonen (SECA-Gebieten) wie Nord- und Ostsee nur noch 0,1% betragen. Um das zu erreichen, müssen die Reeder ihre Schiffe umrüsten - nicht nur ein Kosten-, sondern auch ein Zeitfaktor. Dass dies zu Wettbewerbsverzerrung zwischen nord- und südeuropäischem Schiffstransport führt, war bereits Bestandteil meines Berichts zur Integrierten Meerespolitik. Zurzeit plane ich eine Veranstaltung zu diesem Thema.

Arbeits- und Sozialausschuss

Arbeitsbedingungen beim Umgang mit radioaktivem Abfall (Schattenbericht)

Bei dieser Stellungnahme, die der Arbeits- und Sozialausschuss für den Umweltausschuss verfasst, geht es um die Frage, ob der Gesundheitsschutz und die Sicherheit der Menschen, die mit dem Transport, Aufbereitung und Endlagerung

radioaktiver Substanzen in Europa zu tun haben, ausreichend ist oder verbessert werden muss. Auch Fortbildungsbedarfe spielen eine Rolle.

Es grüßt Sie herzlich aus Brüssel

Ihre Gesine Meißner

Februar II 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

von der Februar-Plenarwoche des Europäischen Parlaments in Straßburg habe ich einige Highlights ausgewählt, über die ich in dieser Ausgabe berichte. Mein persönlicher Schwerpunkt lag in dieser Woche auf der Regelung der Buspassagierrechte, für die ich die Berichterstattung in meiner Fraktion übernommen hatte.

I. Aktuelle Beschlüsse und Diskussionen

Fahrgastrechte für Buspassagiere (Schattenbericht)

Mit der Annahme durch das Plenum ist der Weg frei für EU-weit einheitliche Fahrgastrechte im Busverkehr. Nach monatelangen schwierigen Verhandlungen mit gescheitertem Trilog (Rat, EP, Kommission) und anschließendem Vermittlungsverfahren war in einer Nachtsitzung Ende November eine Einigung über den Text erzielt worden (Vgl. Newsletter 7_2010 und 8_2010). Positive Aspekte der Regelung sind Informationspflichten gegenüber den Passagieren, Hilfeleistungen und Entschädigungszahlungen bei Verspätung oder Ausfall von Bussen sowie besondere Hilfeleistungen und Rechte für Passagiere mit eingeschränkter Mobilität. Gut ist auch, dass die Entschädigungen für kleine und mittlere Unternehmen im Gegensatz zum ursprünglichen Kommissionsvorschlag jetzt zumutbar sind. Doch geht uns Liberalen im Europaparlament die Verordnung nicht weit genug. Es ist keine kostenlose Mitnahme einer Begleitperson für Behinderte vorgesehen. Auch die Einführung einer Klausel, die Ansprüche auf Schadenersatz im Falle von höherer Gewalt nicht gelten lässt, geht zu Lasten der Verbraucher. Damit sind die Hürden für Schadenersatz im Busverkehr höher als im Flugverkehr. Und das, wo im Bus in der Regel Passagiere mit kleinerem Geldbeutel reisen als im Flugzeug. Die Regelung verdient außerdem faktisch das Attribut "europäisch" nicht. Die darin enthaltenen Verbraucherschutzbestimmungen gelten - mit Ausnahme von wenigen Basisrechten - nur für Busfahrten ab 250 Kilometern. Es gibt EU-Mitgliedsstaaten wie Estland, Luxemburg, Malta oder Zypern, die gar keine Busstrecken in dieser Länge haben. Auch wichtige internationale Busstrecken wie Wien-Budapest oder Luxemburg-Straßburg sind dadurch nicht erfasst. Die liberale Fraktion hat sich aus diesen Gründen in der Abstimmung enthalten. Mein Fazit: wenn CDU/EPP und SPD/S&D vor der Sommerpause unter spanischer Präsidentschaft zum Einlenken bereit gewesen wären, hätten wir eine wesentlich ausgewogenere Regelung erreicht. FDP/ALDE hatten sich dafür ausgesprochen. Jetzt verkaufen die beiden größten Fraktionen einen faulen Kompromiss als Sieg.

CO2-Regelung für leichte Nutzfahrzeuge

Rat, Kommission und Parlament einigten sich nach längeren Verhandlungen auf den Kompromiss, der nun vom Europäischen Parlament in Straßburg verabschiedet wurde. Ab 2020 soll der Kohlendioxidausstoß bei Kleintransportern auf 147 Gramm pro Kilometer begrenzt werden. Im Jahr 2008 haben die europäischen Kleinlaster im Durchschnitt 202 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer in die Luft geblasen. Das jetzt vereinbarte Ziel entspricht hierzu einer Reduktion von 27 Prozent. Der Kompromiss verlangt damit eine Emissionsreduktion, die mit verhältnismäßigem Aufwand erreichbar ist. Zu strenge Limits wären kontraproduktiv, denn die nötige Technologie würde neue Nutzfahrzeuge so teuer machen, dass sie sich keiner mehr leisten kann und stattdessen die Alten länger gefahren werden. Bei der Verfehlung des Ziels werden Strafzahlungen von 95 Euro pro Gramm Kohlendioxid fällig. Im Vorschlag EU-Kommission waren ursprünglich 135 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer gefordert.

Ungarisches Mediengesetz

Nach der Ankündigung der ungarischen Regierung, das Mediengesetz in den von der Europäischen Kommission kritisierten Punkten zu ändern, hat das Parlament die Abstimmung über eine Resolution zu diesem Thema vertagt. Damit möchte es signalisieren, dass die Kompromissbereitschaft von ungarischer Seite honoriert wird. Der Resolutionstext soll aber weiterhin auf dem Tisch bleiben, um den Druck auf die ungarische Regierung nicht vollständig fallen zu lassen. Auch wenn die angekündigten Änderungen am ungarischen Mediengesetz umgesetzt werden, bleibt die Gefahr bestehen, die von der Macht des ungarischen Medienrats für die Pressefreiheit in Ungarn ausgeht (vgl. Newsletter 1_2011).

Donaustrategie

Mit seiner EntschlieÙung zur EU-Strategie für den Donauroaum betonte das Europäische Parlament das noch ungenutzte Potenzial, das die Strategie bietet, um entlang der Donau grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern und die nachhaltige wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Zentral- und Osteuropas zu beschleunigen. Die Donaustrategie zielt auf eine gemeinsame Verbesserung der Mobilität, der Energieversorgung, der Sicherheit, des Umwelt- und Katastrophenschutzes, auf soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie kulturellen Austausch ab. Dafür sollen keine neuen Strukturen oder Fördertöpfe gebildet werden, sondern durch bessere Koordinierung und Zusammenarbeit der Anrainerregionen bestehende Ressourcen effizienter genutzt werden. Eine verstärkte Koordinierung wäre etwa bei mit EU-Mitteln geförderten Projekten und strategischen Investitionen in benachbarten Regionen denkbar oder bei Umweltschutz und touristischer Erschließung der Donau.

EU-Patent

Mit deutlicher Mehrheit hat das Europaparlament in Straßburg die Schaffung eines EU-Patents beschlossen. Dem Beschluss muss erst eine Ausarbeitung der EU-Kommission folgen, der dann der Rat noch zustimmen muss. Dieser Prozess wird noch ein paar Jahre dauern. Mit dem EU-Patent würde das seit 1973 bestehende

europäische Patentübereinkommen abgelöst, in dem derzeit 39 Staaten ihre nationalen Patente bündeln. Dieses System ist so komplex, dass daraus hohe Verfahrens- und Übersetzungskosten entstehen, die eine Patentanmeldung in Europa teuer machen. In Japan oder USA, wo keine Übersetzungen in andere Sprachen notwendig sind, sind Patente billiger. Das billigere einheitliche EU-Patent könnten sich dann auch kleine und mittelständische Unternehmen eher leisten. Der Beschluss des Europaparlaments sieht vor, dass EU-Patente nur noch in Englisch, Französisch und Deutsch übersetzt werden. Der Patentantrag kann jedoch in jeder EU-Sprache gestellt werden. Aufgrund der Sprachregelung verweigern Italien und Spanien die Zusammenarbeit in diesem Vorhaben.

Arzneimittelfälschungen

Das Fälschen von Arzneimitteln und der Handel mit den Fälschungen wird künftig deutlich erschwert. Zum Schutz der Verbraucher verabschiedete das Europaparlament vergangene Plenarwoche eine Regelung, die fälschungssichere Kennzeichnungen vorsieht, zum Beispiel Hologramme. Außerdem sollen Packungen individuell identifizierbar werden, etwa durch eine Seriennummer. Die konkrete Ausgestaltung der Merkmale liegt in der Verantwortung der Kommission. Die Richtlinie gilt für rezeptpflichtige Arzneimittel. Nicht-verschreibungspflichtige werden nur in bestimmten Ausnahmefällen einbezogen. Hier muss entweder ein besonders hohes Fälschungsrisiko bestehen oder es müssen bereits Fälschungsfälle beobachtet worden sein. Es muss nicht jede Aspirin-Schachtel automatisch ein teures Sicherheitsmerkmal bekommen. In der Regel sind kostengünstige, verschreibungsfreie Medikamente eher nicht von Fälschungen betroffen. Teure Medikamente, die es nur gegen Rezept gibt, wie etwa Viagra, bieten einen großen Anreiz zum Betrug, Sicherung gegen Fälschung ist daher wichtig.

Es grüßt Sie herzlich aus Brüssel

Ihre Gesine Meißner

März 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

Höhepunkte der März-Plenarwoche in Straßburg waren der 100. Internationale Frauentag am 8. März, der Besuch des ungarischen Staatspräsidenten und ein gemeinsamer Entschließungsantrag zu Libyen.

I. Aktuelle Beschlüsse und Diskussionen

Internationaler Frauentag

Mit einer Feierstunde und Debatten zu Frauenarmut und Gleichstellung der Geschlechter hat das Europaparlament den Internationalen Frauentag gewürdigt. Die Plenarsitzung wurde am 8. März ausschließlich von den Vize-Präsidentinnen geleitet. In der hochrangig besetzten Feierstunde betonten der Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso und Parlamentspräsident Buzek die Bedeutung des Beitrags, den

Frauen für die europäische Demokratie in der Vergangenheit geleistet haben und heute leisten. Gleichzeitig wurde angemahnt, dass eine Chancengleichheit der Geschlechter immer noch nicht erreicht ist. Obwohl Frauen in der EU im Schnitt sogar besser ausgebildet als Männer, sind sie in Führungspositionen noch immer deutlich unterrepräsentiert. Der Vorschlag, mit Quoten einen höheren Frauenanteil gerade in der Politik zu erreichen, fand eine deutliche Mehrheit im Parlament. Statistisch werden Frauen schlechter bezahlt als Männer und sind stärker von Armut bedroht. Wenn auch hier in Europa in Richtung Gleichstellung noch viel zu tun bleibt, sollten wir doch die Errungenschaften der vergangenen 100 Jahre seit dem ersten Frauentag nicht unter den Teppich kehren. Für viele Regionen in der Welt müssen wir als gutes Beispiel vorangehen und uns weiter für Frauenrechte einsetzen.

Landwirtschaft und internationaler Handel

Beim Import von Agrarprodukten in die EU sollen nach dem Willen des Europaparlaments bezüglich Umwelt, Lebensmittelsicherheit und Tierschutz dieselben Standards gelten wie für die Produktion innerhalb der EU. Auch wenn das für die Verbraucher gut klingt, warnen Kritiker, dass solche Regelungen zur Marktabschottung der EU führen würden. Die europäischen Agrarproduzenten blieben dann auf ihrer Qualitätsware sitzen und könnten auch keine günstigen Rohstoffe zur Veredelung mehr einkaufen. Die EU sollte daher Standards aus Drittstaaten anerkennen, wenn sie unseren Ansprüchen genügen, aber nicht verlangen, dass Handelspartner EU-Gesetze einführen oder umsetzen. Des Weiteren verabschiedete das Europaparlament einen Initiativbericht, der eine Strategie zur Beseitigung des Proteinpflanzenmangels in der EU verlangt. Vorgeschlagen wird unter anderem, die Nulltoleranzregelung gegenüber gentechnisch veränderten Pflanzen in Futtermitteln zu überdenken und stattdessen einen niedrigen Schwellenwert einzuführen, um den Import zu erleichtern. Der Anbau proteinhaltiger Pflanzen ist in der EU in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen, so dass heute rund 70% dieser Pflanzenprodukte importiert werden. Die daraus resultierende Abhängigkeit von schwankenden Preisen auf dem Weltmarkt betrifft vor allem die europäische Viehwirtschaft, da Pflanzen wie Soya und Mais in erster Linie als Futtermittel verwendet werden.

Bürgerkrieg in Libyen

Auf Einladung der Liberalen Fraktion haben zwei führende Mitglieder des libyschen Nationalen Übergangsrates das Europäische Parlament in Straßburg besucht. Im Gespräch warben sie für ihre internationale Anerkennung als legitime Übergangsregierung Libyens. Bevor die EU sie als solche anerkennen kann, muss sie so bald wie möglich eine Delegation nach Benghazi schicken, um zu prüfen, wie stark ihr Rückhalt in der libyschen Bevölkerung wirklich ist. Grundsätzlich möchte das Europaparlament dieses Zeichen seiner Unterstützung für die Freiheitsbewegung in Libyen gerne senden. Auch die mögliche Einrichtung einer Flugverbotszone wurde sowohl von Seiten des EU-Parlaments als auch von den libyschen Oppositionsvertretern befürwortet. Man ist sich aber auch darin einig, dass ein solcher Einsatz auf einem klaren Mandat beruhen muss - entweder durch den UNO-Sicherheitsrat, oder durch eine breite internationale Koalition unter Beteiligung regionaler Organisationen wie der Arabischen Liga, der Afrikanischen Union und der

EU. In der Plenardebatte des Parlaments forderten alle Fraktionen außerdem eine Verstärkung der humanitären Hilfe vor Ort.

Fortschrittsbericht Türkei

Der Türkeibericht des EU-Parlaments fiel diesmal ziemlich kritisch aus. Das Reformtempo sei zu langsam und drohe sogar zu einem Stillstand zu führen. Entsprechend bleiben in den Beitrittsverhandlungen 18 Verhandlungskapitel derzeit unangetastet, hieß es in der Debatte. Alexander Graf Lambsdorff kritisierte als Berichterstatter unserer Fraktion, dass gerade bei den zentralen liberalen Werten wie Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit allgemein sogar eine Verschlechterung der Lage in der Türkei festzustellen ist. Diese Grundrechte der Demokratie sind jedoch nicht nur irgendein Kapitel des Beitrittsprozesses, sondern die Grundwerte der EU, die sich nicht nur als Wirtschafts-, sondern vor allem auch als Wertegemeinschaft versteht. Dennoch dürfen sich die EU und die Türkei jetzt nicht aus den Augen verlieren. Vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen in Nordafrika ist eine enge Abstimmung der Außen- und Sicherheitspolitik bedeutender denn je. Die Türkei und die EU waren hier einander bisher verlässliche Partner, zum Beispiel in der Flüchtlings- und Asylpolitik. Die Türkei hat als demokratisches Vorbild für die arabische und islamische Welt eine Schlüsselrolle, weshalb von Seiten der EU die Hoffnung groß ist, dass sie dieser Vorbildfunktion auch gerecht wird. Es ist an der Zeit, dass beide Partner die gegenseitigen Beziehungen überprüfen und die Beitrittsverhandlungen wieder auf festere Beine stellen.

Fehlender Krisenplan ein Jahr nach der Aschewolke

Als verkehrspolitische Sprecherin der Liberalen im Europäischen Parlament war ich Mitverfasserin einer mündlichen Anfrage an die Kommission zum Krisenplan im Luftverkehr im Fall von Naturkatastrophen. Von Seiten des Parlaments wurden fehlende Fortschritte der Kommission seit dem Vulkanausbruch vor einem Jahr bemängelt. So wird seit 20 Jahren über einen einheitlichen europäischen Luftraum gesprochen. Das Chaos im Luftverkehr infolge des Vulkanausbruchs hat glasklar gezeigt, dass er endlich verwirklicht werden muss. Die Instrumente zur Datenerhebung und der Datenaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten sind mangelhaft. In einer Krisensituation wie der Aschewolke brauchen wir aktuelle Daten und ein gut koordiniertes Vorgehen aller verantwortlichen Akteure. Der anwesende Kommissar Hahn beteuerte, die Kommission sei in diese Richtung bereits tätig geworden. Zusammen mit der europäischen Luftsicherheitsagentur Eurocontrol habe sie eine Arbeitsgruppe zur Krisenkoordinierung im Luftverkehr eingerichtet. Diese wird auch Teil einer entsprechenden Katastrophenübung im April sein. In meinem Redebeitrag kritisierte ich, dass die Arbeitsgruppe zwar eingerichtet wurde, aber keine Ergebnisse sichtbar sind. Wie vor einem Jahr forderte ich außerdem bessere alternative Transportmöglichkeiten über die Entwicklung eines funktionierenden EU-weiten Verkehrsnetzes sowie eine Überarbeitung der Passagierrechte für den Luftverkehr.

Anfang vom Ende des parlamentarischen Wanderzirkus?

Bei der Abstimmung über die Sitzungswochen des Europaparlaments in den kommenden beiden Jahren wurde endlich eine langjährige Forderung der Befürworter eines einzigen Parlamentssitzes in Brüssel erfüllt. Das Plenum stimmte für die Zusammenlegung zweier Plenarsitzungen in einer Arbeitswoche. Vertraglich ist das EU-Parlament verpflichtet zwölf Sitzungen pro Jahr in Straßburg abzuhalten. Da im August wegen der Sommerpause nicht getagt werden kann, fielen bislang in einen der restlichen Monate des Jahres sogar zwei getrennte Sitzungen in Straßburg. Ab 2012 werden diese in einer verlängerten Arbeitswoche zusammengefasst. Das bedeutet einmal Reisen der Abgeordneten, Mitarbeiter und Beamten zwischen den Arbeitsorten weniger, womit eine Menge Geld, Zeit und CO2 eingespart wird. Einer Studie zufolge würde eine Mehrheit der Abgeordneten gerne nicht nur über die Arbeitszeit, sondern auch über den Arbeitsort abstimmen. Dies ist aber aufgrund der Gründungsverträge der EU den Regierungen der Mitgliedsstaaten vorbehalten.

Es grüßt Sie herzlich aus Straßburg,

Ihre Gesine Meißner

April 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach eineinhalb Tagen sogenanntem "Mini-Plenum" in Brüssel Ende März und dieser Plenarwoche in Straßburg habe ich eine Menge "Aktuelles" im Gepäck:

I. Einige aktuelle Beschlüsse und Diskussionen

Gewalt gegen Frauen

Das Europäische Parlament fordert in einem Initiativbericht, den das Plenum in Straßburg angenommen hat, die Verbesserung des Schutzes von Frauen gegen Gewalt. Dazu sollen die zusätzlichen Möglichkeiten zur Schaffung gemeinsamer Rechtsrahmen, die der Lissabonvertrag zulässt, genutzt werden. Zwar sind alle Formen von körperlicher Gewalt in den europäischen Mitgliedsstaaten strafrechtlich verboten. Die Realität ist aber, dass Frauen bei uns Opfer von geschlechtsbezogener Gewalt werden. Mindestens 20 Prozent aller Frauen in der EU haben Gewalt in nahen Beziehungen erlebt. Sie ist eine der häufigsten Todesursachen bei Frauen und die häufigste Ursache für Tot- und Fehlgeburten. Frauen werden durch Gewaltanwendung oder -androhung physisch und psychisch beeinträchtigt. Sie verlieren das nötige Selbstvertrauen, um ihre Freiheitsrechte auszuüben. Wir Europäer sind stolz auf unsere Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Wir können daher vor dieser Form von Benachteiligung nicht die Augen verschließen. Ziel ist es bei Straftaten, die eine grenzüberschreitende Dimension haben, EU-weite Standards zu schaffen, was Mindeststrafen und Opferschutz betrifft. Dies ist eine gute Möglichkeit, um Menschenhandel und Zwangsprostitution und Ehrenmorde wirksamer zu bekämpfen. Es ist entscheidend,

die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken. Der gemeinsame Rechtsrahmen wäre dafür eine gute Grundlage.

Tourismusstatistik

Europäische Tourismus-Statistiken sollen modernisiert werden, um den Anforderungen des dynamischen Wirtschaftszweigs besser gerecht zu werden. Die Erhebungen sollen künftig auch neue Trends berücksichtigen, zum Beispiel Kurzreisen oder Buchungen über das Internet. Darüber hinaus sollen die Daten unter den Mitgliedsstaaten vergleichbar gemacht und vollständiger werden. Die entsprechende Verordnung hat das Europäische Parlament diese Woche in Straßburg verabschiedet. Wenn wir Maßnahmen ergreifen wollen, um den europäischen Tourismussektor zu stärken, müssen wir wissen, warum die Menschen nach Europa reisen, wie sie reisen und was sie erwarten. Dafür brauchen wir eine aktualisierte und transparente Bestandsaufnahme. Europa ist das weltweit beliebteste Reiseziel. 40 Prozent aller Touristen reisen hierher. Hier steckt ein großes Entwicklungspotenzial für die vor allem kleinen und mittleren Unternehmen in diesem Sektor, aber auch für entlegene und ländliche Gebiete. Eine harmonisierte und vollständige Statistik macht es Entscheidungsträgern auf allen Ebenen einfacher, die Entwicklung wirksam zu unterstützen.

Luftverkehrsabkommen (Schattenbericht)

Ende März hat das Europaparlament mehrere Luftverkehrsabkommen verabschiedet. Während das Abkommen zwischen der EU und Kanada als umfassend und beispielhaft begrüßt werden kann, lässt das mit den USA zu wünschen übrig. Ziel ist es, alle bilateralen Abkommen zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten der EU und Drittstaaten durch EU-Abkommen zu ersetzen. Geregelt werden Marktzugänge, Luftverkehrsdienste, Umweltschutz, Passagierrechte, Arbeitsbedingungen, Sicherheit im Flugverkehr und Bürokratieabbau. Profitieren können nicht nur die Fluggesellschaften, sondern auch die Passagiere - durch reibungslosere Abläufe und günstigere Flugpreise. Das Abkommen mit Kanada hat Modellcharakter, insbesondere mit Bezug auf fairen Wettbewerb. Europäische Investoren können sich mit bis zu 49 Prozent kanadischen Luftfahrtunternehmen beteiligen und umgekehrt, weitere Marktöffnung wird verhandelt. Die USA dagegen beanspruchen 49 Prozent Marktzugang in Europa, wollen aber im Gegenzug den europäischen Partnern nur 25 Prozent zugestehen. Das ist keine faire Partnerschaft. Wir haben dem Abkommen letztlich trotzdem zugestimmt, da es viele Fortschritte enthält und den Weg zu weiteren Verhandlungen öffnet.

EU-Standards für Asylverfahren

Mit knapper Mehrheit hat sich das Europäische Parlament diese Woche für die Einführung EU-weiter Mindeststandards bei Asylverfahren ausgesprochen. Die Richtlinie soll den Menschen, die verfolgt werden, schnell und fair Asyl gewähren. Aber auch Antragsteller, die kein Recht auf Asyl haben, sollen schnell darüber Bescheid wissen. Bis 2012 soll ein gemeinsames europäisches Asylsystem eingerichtet werden. Derzeit hängt die Genehmigung eines Asylantrages stark davon ab, in welchem Mitgliedsstaat der Antrag gestellt wird. Auch der Umgang mit den Flüchtlingen und die Verfahren unterscheiden sich zwischen den Mitgliedsstaaten

deutlich. Das Europäische Parlament setzt mit der Richtlinie ein Zeichen, dass die EU für ihre Werte einstehen muss und der Schutz Hilfsbedürftiger und die Solidarität unter den Staaten zu unseren Prinzipien gehören. Laut Beschluss sollen besonders Schutzbedürftige, darunter Minderjährige, überall dieselben Rechte und Unterstützung erfahren. Beschleunigte Verfahren sollen möglich sein, wenn Asylsuchende zum Beispiel eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen. Die neue Asylverfahrensrichtlinie ist Teil des "Asylpakets". Die darin enthaltenen fünf Richtlinien sollen zur Schaffung eines europäischen Asylsystems beitragen.

Binnenmarktakte

Die Empfehlungen des Europaparlaments zur sogenannten Binnenmarktakte, die diese Woche in Straßburg verabschiedet wurden, werden im Rahmen eines Konsultationsprozesses an die Europäische Kommission weitergeleitet, die Mitte April ihre überarbeitete Mitteilung vorlegen wird. Das Parlament betont darin, dass der Binnenmarkt für Unternehmer neue Absatzchancen eröffnen und damit neue Arbeitsplätze schaffen soll. Dabei steht der Mittelstand im Zentrum: der Zugang zu Kapitalmärkten und der elektronische Handel sollten erleichtert und die öffentliche Auftragsvergabe entbürokratisiert werden. Unterschiedliche Steuervorschriften in den Mitgliedstaaten wirken wie eine angezogene Handbremse für Dienstleister, die auch im Nachbarland gerne arbeiten würden. Die Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen würde hier helfen. Auch für den einzelnen EU-Bürger ist ein harmonisierter Binnenmarkt von Vorteil: je mobiler sich Arbeitnehmer im Arbeitsmarkt bewegen können, desto besser ist das für ihre Jobaussichten und das Wirtschaftswachstum. Deshalb sollten Qualifikationen und Bildungsabschlüsse in der EU gegenseitig anerkannt werden. Ein ganz alltägliches Problem wie Roaming-Gebühren beim Surfen im Internet könnte durch die Ausweitung der geltenden Roaming-Verordnung auf mobile Internetdienste gelöst werden. In einem gemeinsamen Markt ist außerdem eine europäische Marktaufsicht nötig, die den Verbraucher vor gefährlichen Produkten schützt.

Mehr Sparpotenzial im Haushalt des EP

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat diese Woche seinen Haushaltsplan 2012 abgestimmt. Ursprünglich sollte der Parlamentshaushalt um 5,2 Prozent gegenüber dem Haushaltsplan 2011 steigen. Da die Kürzungsvorschläge der Liberalen aufgenommen wurden, konnten immerhin auf vielen von uns identifizierten Haushaltslinien Einsparungen erzielt werden. Der Haushalt des Europäischen Parlamentes erhöht sich infolge der vorgenommenen Kürzungen um 2,3 Prozent. Dies ist mehr als eine Halbierung des ursprünglich angesetzten Wertes und somit geringer als der europäische Inflationsdurchschnittswert. Die gesamte Haushaltsrubrik für die Administration aller EU-Institutionen macht etwa 6 Prozent des Gesamthaushaltes aus; dies entspricht etwa 8,2 Milliarden Euro. Das Parlament hat sich freiwillig verpflichtet, nicht mehr als 20 Prozent dieser Mittel für die eigene Administration zu beanspruchen und bleibt dem mit den nun verabschiedeten Zahlen, 19,7 Prozent, auch treu. Der haushaltspolitische Sprecher der FDP im Europaparlament, Alexander Alvaro, kritisiert jedoch, dass es noch viel mehr Möglichkeiten zu sparen gäbe: Die Kürzungen der Mittel, unter anderem für das Bauvorhaben eines neuen Gebäudes in Luxemburg, sind lediglich in das nächste Haushaltsjahr verschoben worden und keine wirklichen Einsparungen. Die Haushaltszahlen, die uns vorgelegt werden, betreffen

nur die Linien, auf denen Veränderungen vorgesehen werden. Es wäre an der Zeit, den Gesamthaushaltsplan des EP komplett zu durchkämmen, um weiteres Einsparpotenzial zu realisieren. Dennoch kann man mit dem nun vorgelegten Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2012 zufrieden sein.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Weißbuch Verkehr der Kommission

Die Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen im Strassen-, See- und Flugverkehr um 60 Prozent bis 2050, die Verlagerung von 30 Prozent des Güterfernverkehrs auf Schiff und Bahn bis 2030 und bessere Vernetzung der Verkehrsträger. Das sind die Kernforderungen im Weißbuch Verkehrssysteme, das die Kommission letzte Woche vorgestellt hat. Den darin gemachten Vorschlägen stimme ich im Großen und Ganzen zu. Der Ausbau einer effizienteren und umweltfreundlicheren Infrastruktur ist sinnvoll, damit alle Verkehrsträger optimal genutzt werden können. Gerade durch eine bessere Anbindung der Binnenschifffahrt könnte deren Potential noch besser genutzt werden. Allerdings ist das Ziel, 30 Prozent des Güterverkehrs auf Strecken über 300 Kilometer auf die Bahn und Schifffahrt zu verlagern, zu pauschal und sehr ambitioniert. Es hängt vom Einzelfall ab, ob Schiene, Fluss oder Straße der Transportweg mit der besten ökonomischen und ökologischen Bilanz ist. Beides muss eine Rolle spielen, damit die ehrgeizigen Ziele der Kommission vor allem für kleine und mittlere Unternehmen umsetzbar sind.

Arbeits- und Sozialausschuss

Einheitliche Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung (Schattenbericht)

In einem zweiten Anlauf hat das Plenum des Europäischen Parlaments Ende März mit deutlicher Mehrheit für die Richtlinie über eine einheitliche Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung für Arbeitskräfte aus Drittstaaten gestimmt. Das Ergebnis der Abstimmung entspricht im Wesentlichen der Einigung mit dem Rat. Ein erfolgreicher Abschluss der ersten Lesung ist daher zu erwarten. Mit der Annahme unseres Berichts hat der Rat die Möglichkeit, ein einfaches und europaweit einheitliches Verfahren für Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen zu schaffen. Das war längst überfällig, denn das vereinfachte Verfahren ist der erste Schritt hin zu einer gemeinsamen und an den europäischen Bedürfnissen orientierten Zuwanderungspolitik. Die europäischen Gesellschaften schrumpfen und altern. Daher sind wir auf Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Die legale Zuwanderung muss vereinfacht werden, wenn wir im Wettbewerb um die besten Köpfe nicht verlieren wollen. Der Abstimmung gingen schwierige Verhandlungen mit dem Rat voraus. Auch innerhalb des Parlaments gab es heftige Diskussionen darüber, wie weit die Gleichberechtigung der Nicht-EU-Bürger gehen soll - vor allem wie weit über das Arbeitsverhältnis hinaus. Natürlich wäre es wünschenswert, alle in allem gleich zu behandeln, auch was Sozialversicherung und Berufsbildung angeht. Jedoch hätten die Forderungen der Sozialdemokraten und Linken zum einen dazu geführt, dass Drittstaatsangehörige

vollen Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen haben ohne einen Tag gearbeitet zu haben. Zum anderen wären aus Drittstaaten entsendete Arbeitnehmer rechtlich besser gestellt als innerhalb der EU entsendete. Diese Forderungen fanden glücklicherweise in der Plenarabstimmung keine Mehrheit. Wir müssen realistisch sein und mit Blick auf die Finanzlage der EU-Mitgliedsstaaten ihnen auch entgegenkommen. Nur so können wir nach zehn Jahren Diskussion mit den Regierungsvertretern endlich zu einer Einigung kommen.

Ausschuss für Frauen- und Gleichstellungsfragen

Equal Pay Day

Rund drei Monate mussten Frauen dieses Jahr länger als ihre männlichen Kollegen arbeiten, um auf deren Vorjahresgehalt zu kommen. Diesen Tag markierte am 25. März der Equal Pay Day. Noch immer geben sich Frauen in Gehaltsverhandlungen zu leicht zufrieden, dabei sollte gleiche Bezahlung inzwischen eine Selbstverständlichkeit sein. Außerdem sind Frauen für gut bezahlte Spitzenpositionen mindestens so gut qualifiziert wie Männer, sie werden aber ausgebremst. Europaweit verdienen Frauen im Durchschnitt 17,5 Prozent weniger als Männer. Deutschland, mit einem Lohngefälle von 23 Prozent, befindet sich nur knapp vor den Schlusslichtern Österreich, Tschechien und Estland. Noch immer überwiegt in Unternehmen die 'Präsenzkultur'. Das heißt, derjenige Mitarbeiter ist der bessere, der die meisten Stunden im Büro absitzt. Von dieser Sichtweise müssen wir uns abkehren: Ergebnisorientierung bei Unternehmen ist der Weg, Frauen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir brauchen flexible Arbeitszeitmodelle - eine echte Alternative zur Teilzeit. Laut Eurostat liegt die Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern in der EU bei lediglich 62,4 Prozent gegenüber 91,4 Prozent bei Männern. Mehr als ein Drittel der Frauen arbeitet in Teilzeit und nur 8 Prozent der Männer. Wichtig ist, familienbedingte Erwerbsunterbrechungen auch für Väter gesellschaftsfähig zu machen und insgesamt zu reduzieren, um die Karrierechancen von Frauen zu stärken. Dafür ist der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten in Deutschland zentral. Nur so verfügen Frauen über die nötige Flexibilität, um Familie und Karriere erfolgreich zu verbinden.

Es grüßt Sie herzlich aus Straßburg
Ihre Gesine Meißner

Mai 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

unter dem Eindruck der aktuellen Krisen in Nordafrika und dem Nahen Osten stand in der Mai-Plenarwoche des Europäischen Parlaments in Straßburg die Diskussion zur Außen- und Sicherheitspolitik der EU im Zentrum der Debatten:

I. Einige aktuelle Beschlüsse und Diskussionen

Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Die Handlungsweise der EU Nordafrika und den Nahen Osten betreffend zeigt die Defizite, die noch in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bestehen. In Syrien geht Assads Regime mit brutalsten Methoden gegen seine demonstrierende Bevölkerung vor, die EU friert lediglich 13 Konten ein und unternimmt sonst zunächst nichts gegen Assad. An den Mittelmeergrenzen der EU kommen immer mehr Flüchtlinge aus Nordafrika an, die EU-Mitgliedsstaaten drohen mit Wiedereinführung der Kontrollen an Binnengrenzen – wie jetzt in Dänemark geschehen - anstatt sich gemeinsam dieser Herausforderung zu stellen. Ein europäisch gedachter Ansatz wäre, sich miteinander abzusprechen und Wege zu einer effektiveren Kontrolle der EU-Außengrenzen zu suchen. Dazu gehört auch der Wille, zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Tenor der außenpolitischen Debatte im Europaparlament war eindeutig: die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist zu schwach und zu wenig gemeinsam. Während es von allen Seiten Kritik an der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton hagelte, wiesen wir Liberalen auch auf den mangelnden politischen Willen und nationale Alleingänge in den Mitgliedsstaaten hin, die Ashtons Handlungsfähigkeit einschränken. Ein Beispiel dafür ist die fehlende Bereitschaft, den EU-Staaten, bei denen die meisten Flüchtlinge ankommen, stärker unter die Arme zu greifen. Ein Deal zweier Staatschefs - Berlusconi und Sarkozy - ist nicht gerade das, was man von einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik erwartet. Ebenso kritisiert wurde die Zurückhaltung der EU gegenüber Syrien. In einer Videokonferenz mit unserer Fraktion rief ein syrischer Regimekritiker und Internetaktivist zu größerem politischen Druck und gezielten Sanktionen gegen die Regimemitglieder auf. Er riet jedoch von Sanktionen ab, die die breite Bevölkerung treffen. Auch eine militärische Intervention lehnen die syrischen Oppositionellen ab, da das Militär in Syrien bisher regimetreu geblieben ist und somit wenig Chancen auf einen Erfolg einer Intervention bestünden. Die Frage nach der europäischen Reaktion wird noch für viel Gesprächsbedarf in der EU sorgen. In Straßburg forderten wir Abgeordnete in Übereinstimmung mit Frau Ashton eine neue EU-Außenstrategie, die den Fokus auf europäische statt nationaler Interessen legt und zu einem einheitlicheren Auftreten der EU führt. Einstweilen jedoch, forderte das Europaparlament, müssen die Instrumente besser ausgenutzt werden, die die EU hat. Je stärker die EU ihre Kompetenzen ausschöpft, desto weniger sehen sich die Mitgliedsstaaten gezwungen, eigenständig zu handeln.

Haushaltsführung der EU-Kommission in 2009

Das Europäische Parlament hat in Sachen Haushaltsführung gegenüber den anderen EU-Institutionen eine regelmäßige Prüfungscompetenz. In dieser Funktion hat es jetzt die Haushaltsführung der EU-Kommission in 2009 genehmigt. Außerdem hat das Europaparlament erreicht, dass die Kommission in Zukunft bessere Kontrollinstrumente über die Ausgaben des EU-Budgets in den Mitgliedsstaaten hat, wo 80% der Mittel ausgegeben werden. Davon versickert immer noch zu viel unkontrolliert. Immerhin können künftig regelwidrige Zahlungen von der Kommission automatisch gestoppt werden.

Transparenzregister

Der jüngste Skandal um vier Europaabgeordnete, die Geldzahlungen für Einflussnahme in der Gesetzgebung entgegengenommen haben sollen, hat Überlegungen zur Arbeitsweise im Europäischen Parlament erforderlich gemacht. Mit seinem Plenarbeschluss bestätigte das Europaparlament eine Vereinbarung mit der EU-Kommission über ein gemeinsames öffentliches Register der bei ihnen aktiven Interessenvertreter. Die Offenlegung der bei Europaparlament und EU-Kommission registrierten Lobbyisten ist ein wichtiges Instrument für Transparenz in der Gesetzgebung. Allerdings ist es nicht im Sinne dieser Transparenz Regeln aufzustellen, die nicht um- und durchsetzbar sind. Wir Liberale setzen uns stets für Bürokratieabbau und gegen übertriebene Regelungswut der EU ein. Wir haben daher in der Plenarabstimmung zum Transparenzregister den Vorschlag nicht unterstützt, Europaabgeordnete über alle ihre Gesprächstermine mit Lobbyisten öffentlich Buch führen zu lassen. In Anbetracht der Tatsache, dass Informationen schriftlich, telefonisch und über Mitarbeiter übermittelt werden können und dass sich Gespräche auch spontan ergeben können, ist eine solche Regelung überzogen und bürokratisch. Und es wäre absurd alle Abgeordneten unter Generalverdacht zu stellen.

Fischereibeihilfen

In dem von den Fraktionen EVP und S&D eingebrachten Entschließungsantrag fordert das Europäische Parlament eine Anhebung der Höchstgrenzen für die sog. De-Minimis-Beihilfen im Fischereisektor. Diese nationalen Beihilfen müssen bis zu der festgelegten Obergrenze nicht von der Kommission genehmigt werden, können jedoch von ihr kontrolliert werden. Mit dem erhöhten Beihilfevolumen soll den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit gegeben werden, mit erhöhten Subventionen die schwierige Situation der Fischer infolge der gestiegenen Treibstoffpreise ab zu mildern. Von den Liberalen wurde dieser Vorstoß abgelehnt, da er keine dauerhafte Lösung für eine Situation bietet, die sich mittelfristig nicht wesentlich ändern wird. Statt die Subventionen zu erhöhen sollte eine Fischereipolitik gemacht werden, die eine Anpassung des Fischereisektors an die veränderten Gegebenheiten fördert.

Kostensenkung für grenzüberschreitend tätige mittelständische Unternehmen

Für eine schnelle Umsetzung des 'Small Business Act' für Europa sprach sich das Plenum in einer Entschließung aus. EU-Kommission und Mitgliedsstaaten hatten sich darin 2008 unter anderem zur Umsetzung von vier Gesetzesvorhaben zur Unterstützung des Mittelstands verpflichtet. Allein beim Statut für die 'Europäische Privatgesellschaft' konnten sich die Mitgliedsstaaten bisher nicht einigen, hauptsächlich aufgrund des Widerstands Deutschlands. Hauptstreitpunkte sind das für eine Gründung erforderliche Mindeststammkapital, die mögliche Aufspaltung von Verwaltungs- und Registersitz, der Schwellenwert für die Mitbestimmung und die mögliche Errichtung durch Spaltung und Fusion. Für grenzüberschreitend tätige mittelständische Unternehmen würde die 'Europäische Privatgesellschaft' (EPG) jedoch große Erleichterungen mit sich bringen. Sie könnten endlich ihr Unternehmen EU-weit in derselben Gesellschaftsform betreiben. Bisher müssen sie hierzu noch Tochtergesellschaften in den unterschiedlichen Gesellschaftsformen der jeweiligen

Mitgliedstaaten errichten. Zudem kann die EPG helfen, Kosten der Gründung, aber auch der laufenden Rechtsberatung, der Rechnungslegung und der Erstellung der Jahresabschlüsse für den Mittelstand deutlich zu senken. Deshalb ist es wichtig, dass die Mitgliedstaaten möglichst schnell pragmatische Lösungen für die verbleibenden Streitpunkte finden.

Mehr Mobilität für junge Menschen in Europa

In einem Bericht, den das Europaparlament in Straßburg verabschiedet hat, fordert es eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Mobilität junger Menschen und zur Verbesserung der Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten. Laut dem Bericht ist eines der größten Hindernisse für die Mobilität von Studenten, dass eine zwingende Vorschrift zur vollständigen Anerkennung der Studienleistungen während eines Studentenaustausches fehlt. Das bestehende freiwillige Kredit-Punkte-System ist nicht ausreichend. Gerade in Zeiten knapper Kassen versuchen Studenten ihre Ausbildung so schnell wie möglich durchzuziehen. Verlorene Semester durch fehlende Anerkennung nehmen Studenten daher seltener in Kauf und bleiben lieber an einem Ort. Mobilität aber erhöht die Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt. Wir sollten daher die Mobilität junger Menschen fördern und europäische Austauschprogramme weiter finanziell unterstützen. Bessere Vermittelbarkeit soll außerdem durch eine bessere Anpassung der Ausbildungen an den Bedarf auf dem Arbeitsmarkt und die Förderung unternehmerischer Fähigkeiten junger Menschen erreicht werden. Zur Erreichung dieses Ziels ruft das Parlament in seinem Bericht Mitgliedsstaaten und Kommission zu größeren Anstrengungen über die bestehenden Programme hinaus auf.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Sicherheit an Flughäfen und in der Luftfracht (Schattenbericht)

Ein umfassender Bericht zu verschiedenen Aspekten der Sicherheit an Flughäfen wird nächste Woche im Verkehrsausschuss des Europaparlaments abgestimmt. Grundlage des Berichts ist eine Mitteilung der Kommission, die Vorschläge enthält, wie die Sicherheit an europäischen Flughäfen erhöht werden kann. Zu diesem Zweck sollen Body Scanner auf die Liste der Kommission für mögliche Kontrollinstrumente aufgenommen werden. Mitgliedsstaaten haben dann die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie Körperscanner einsetzen wollen oder nicht. Dabei werden auf europäischer Ebene Kriterien festgelegt, die die eingesetzten Scanner erfüllen müssen – z.B. gesundheitliche Unbedenklichkeit, Datenschutz, Schutz der Privatsphäre. Als Schattenberichterstatterin setze ich mich dafür ein, dass die Scanner keine Röntgenstrahlentechnik anwenden (in Deutschland darf ohnehin nur zu gesundheitlichen Zwecken geröntgt werden), die Ergebnisse nur mit einem grünen OK oder mit Pictogrammen - also schematische Darstellungen und keine Körperbilder - anzeigen und keine Daten speichern. Passagiere sollten außerdem die Wahlmöglichkeit haben, statt durch den Scanner zu gehen sich wie bislang üblich abtasten zu lassen. Es darf nicht sein, dass – wie in den USA geschehen – Menschen nicht mitfliegen dürfen, weil sie aus bestimmten (religiösen/kulturellen) Gründen den Scanner ablehnen und alternative Überprüfungen nicht mehr angeboten werden. Der

Einsatz des Bodyscanners soll auch dazu dienen, die Sicherheitskontrollen zu beschleunigen und Warteschlangen zu verkürzen. Daher müssen sie auch technisch in der Lage sein, dies zu leisten.

Wenig Fortschritt ist bisher bei den Flüssigkeitskontrollen zu verzeichnen. Eigentlich sollten die Mitgliedsstaaten bis Ende April dieses Jahres die Voraussetzungen geschaffen haben, dass zumindest Transitpassagiere unbeschränkt Flüssigkeiten, die sie im Duty-free-Bereich erworben haben und in speziellen fest versiegelten Tüten bei sich tragen, mit in die Kabine nehmen können. Da es den Mitgliedsstaaten bis dato nicht gelungen ist und einige sich weigern, die dafür von der Kommission vorgeschriebenen zusätzlichen Flüssigkeitsscanner zu kaufen und an ihren Flughäfen einzusetzen, hat die Kommission diese Bestimmung vorerst außer Kraft gesetzt. Derzeit wird beraten, wie nun weiter verfahren werden soll. Eine vollständige Aufhebung der Beschränkung für Passagiere, nur Flüssigkeiten bis zu 100 ml bei sich zu haben, ist bis 2013 vorgesehen.

Arbeits- und Sozialausschuss

EU und China - ungleicher Handel?

Zu einem Initiativbericht des Ausschusses für Internationalen Handel zum Thema Handel EU-China hat der Arbeits- und Sozialausschuss eine Stellungnahme abgegeben. Darin werden zum einen die Bedeutung des Handels zwischen den beiden Regionen und die daraus erwachsenen wirtschaftlichen Vorteile für beide Regionen betont. Allerdings wird in diesem Zusammenhang China auch aufgerufen, gegen die parallel zur Zunahme des Handels ansteigende Zahl menschenunwürdiger Arbeitsverhältnisse vorzugehen. Die Einhaltung arbeitsrechtlicher Vorschriften muss besser kontrolliert und das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation geachtet und gewährt werden. In meinem Änderungsantrag mache ich explizit darauf aufmerksam, dass die Einfuhr von Waren aus Zwangsarbeitslagern in die EU strikt unterbunden werden muss (in einem früheren Newsletter hatte ich über die Plenardebatte zu diesem Thema berichtet). Kunden in Europa erwarten, dass die Waren, die sie einkaufen, unter Einhaltung der internationalen arbeitsrechtlichen Konventionen und der Menschenrechte produziert werden. Es ist jedoch erwiesen, dass in China in Zwangsarbeitslagern Waren produziert werden, die unter verschleiern den Markennamen auch nach Europa exportiert werden. Die USA verweigern bereits seit einiger Zeit die Einfuhr der entsprechenden Produkte.

Ausschuss für Frauen- und Gleichstellungsfragen

Mobilität und Integration von Menschen mit Behinderung (Schattenbericht)

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter arbeitet derzeit an einer Stellungnahme zu einem Bericht über Mobilität und Integration von Menschen mit Behinderungen im Hinblick auf die Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020. In meinen Änderungsanträgen weise ich auf die doppelte Benachteiligung hin, mit welcher Frauen mit Behinderung insbesondere auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen haben - sowohl auf Grund ihres Geschlechts als eben auch auf Grund ihrer Behinderung.

Außerdem ist es mir als Koordinatorin im Verkehrsausschuss sehr wichtig, gerade die Mobilität von Menschen mit Behinderungen zu erhöhen. Ein besserer Zugang zum öffentlichen Verkehr in ganz Europa wie auch eine Stärkung ihrer Rechte als Passagiere sind Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration von behinderten Menschen auch im Bezug auf das Recht der Freizügigkeit in Europa.

Es grüßt Sie herzlich aus Straßburg
Ihre Gesine Meißner

Juni I 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

während der Plenarwoche des Europäischen Parlaments in Straßburg haben EHEC, der Mehrjährige Finanzrahmen der EU ab 2014 und der AKW-Stresstest für hitzige Debatten gesorgt. Über die Plenarbeschlüsse und über aktuelles aus meinen letzten drei Arbeitswochen berichte ich in dieser Ausgabe.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

EHEC

Die Spurensuche nach der Herkunft der gefährlichen EHEC-Erreger läuft auf Hochtouren. Trotzdem gibt es noch keine Gewissheit über die Ursachen der schweren Erkrankung, die schon Menschenleben gekostet hat. Von den Warnungen, Salat und rohes Gemüse zu meiden, sind Landwirte in vielen Ländern Europas betroffen. Gegenseitige Schuldzuweisungen, wie sie in der Plenardebatte im Europäischen Parlament von einigen Abgeordneten ausgesprochen wurden, helfen aber nicht weiter. Entscheidend sind Hilfe für die Erkrankten, die Sicherheit der Bevölkerung und schnellstmögliche Aufklärung, damit unter anderem die Gemüsebauern in Niedersachsen ihre Produkte wieder vermarkten können. Daran sollten alle gemeinsam arbeiten.

Mehrjähriger Finanzrahmen der EU

In der Diskussion um das Budget der EU bahnt sich wieder eine Konfrontation zwischen Europaparlament und den Mitgliedsstaaten an. Während die Mitgliedsstaaten für die nächste Haushaltsperiode 2014-2020 den EU Haushalt auf dem Stand von 2013 einfrieren möchten, fordert das Parlament eine Erhöhung des Haushalts um 5%. Ein entsprechender Initiativbericht des Parlaments wurde diese Woche mit deutlicher Mehrheit - allerdings gegen die Stimmen von uns Liberalen - angenommen. Die Abgeordneten fordern außerdem von den Mitgliedsstaaten, dass sie klar benennen sollen, an welchen Prioritäten und Projekten sie in Zukunft kürzen wollen, wenn sie den Haushalt ab 2013 einfrieren. Es ginge nicht, sich auf europäischer Ebene ambitionierte Ziele zu setzen ohne eine entsprechende Finanzierung zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls kritisiert wurde das Finanzierungssystem der EU in Gänze. Es ist im Laufe der Jahre durch Ausnahmen, Rückzahlungen und Korrekturmechanismen kompliziert geworden und im Bezug auf

die Verteilung zwischen den Mitgliedsstaaten unsolidarisch. Dass das EU-Budget fast ausschließlich auf den Beiträgen der Mitgliedsstaaten beruht und kaum Eigenmittel aufweist, ist nach überwiegender Meinung des Europäischen Parlaments nicht mehr zeitgemäß und verstößt gegen den Wortlaut des EU-Vertrags. Da wir FDP-Abgeordneten mit einigen Aussagen, die eine Mehrheit fanden, nicht einverstanden sind, haben wir uns in der Schlussabstimmung enthalten.

'Eurovignette'

Mitte Mai hatten sich Rat und Parlament in einem Trilog auf einen gemeinsamen Text zur Revision zur Eurovignetten-Richtlinie geeinigt, der jetzt vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Der Schwerlastverkehr als Verursacher von Lärm und Umweltverschmutzung kann künftig für die entsprechenden Kosten zur Kasse gebeten werden. Das Europäische Parlament fordert in seinem Bericht, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um neben den bisher üblichen Maut-Gebühren für Bau und Instandhaltung von Autobahnen auch Umweltkosten für Lärmbelästigung und Luftverschmutzung durch LKWs zu erheben. Leider konnte sich das Parlament mit seiner auch von unseren Verkehrspolitikern in Berlin gestützten Forderung nicht durchsetzen, dass die Einnahmen aus den Umweltkosten zu 100 Prozent wieder in die Straße fließen. In Zeiten knapper öffentlicher Haushalte muss man dringend neue Ansätze finden, um Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren. Gut ist allerdings, dass die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit haben, LKW unter 12 Tonnen auszunehmen. Sonst wären vor allem kleine und mittlere Unternehmen oder Handwerksbetriebe hart getroffen worden.

Auswärtige Dimension der Sozialpolitik (Schattenbericht)

Die EU sollte sich für eine bessere Verbreitung und Einhaltung von Sozialstandards und Menschenrechten weltweit einsetzen. Das fordert das Europaparlament in einem Initiativbericht, der diese Woche vom Plenum angenommen wurde. Die Kommission wird dazu aufgefordert, in internationalen Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten regelmäßig Sozialklauseln zu integrieren und auf ihre Einhaltung zu achten. Wir ziehen Nutzen aus der Globalisierung und tragen somit auch die Verantwortung, sie sozial zu gestalten. Die Einhaltung international anerkannter Kernarbeitsrechte und Diskriminierungsverbote sollte überall möglich sein. Deshalb habe ich als Berichterstatterin für die liberale Fraktion den Bericht unterstützt. Allerdings lehnt die liberale Fraktion (ALDE) Forderungen nach radikalen Regelungen ab, die nicht umsetzbar oder am Ende sogar kontraproduktiv sind. Wenn man beispielsweise mit Ländern, die mit der EU vergleichbare Sozialstandards nicht einhalten, gar nicht erst Verhandlungen aufnimmt, verspielt man die Chance, im Rahmen einer eventuellen Zusammenarbeit auf die Regierungen der Länder einzuwirken. Abgelehnt haben wir auch die Forderung nach rechtlich bindender sozialer Verantwortung von Unternehmen (CSR), da sie das Wesen des bestehenden CSR - Systems aushöhlen würde. Der Erfolg gründet gerade darauf, dass Unternehmen freiwillig CSR anwenden und sich damit einen Wettbewerbsvorteil verschaffen können. Das spornt wiederum dazu an, sich immer weiter sozial zu engagieren. Dieser Anreiz würde durch verordnete Solidarität verloren gehen.

Bulgarien und Rumänien in den Schengen-Raum

Mit einer Plenarabstimmung hat das Europaparlament sich für die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in den Schengen-Raum ausgesprochen. Nachdem die beiden Länder nach eingehender Prüfung die Kriterien für eine Aufnahme erfüllen, sollte dem nichts mehr im Wege stehen. Der Einwand, dass Grenzen auch bei technischer Absicherung durchlässig bleiben, solange die Korruptionsbekämpfung im Polizei- und Justizwesen mangelhaft ist, ist zwar berechtigt. Allerdings besteht dieses Problem bei einigen Staaten, die bereits Mitglied des Schengen-Raums sind, genauso. Konsequenterweise sollte daher bei der Evaluierung des Schengen-Systems der Korruptionsbekämpfung mehr in den Focus gerückt werden.

Entschließungsantrag zur Ukraine

Mit Blick auf die Festnahme der ukrainischen Oppositionspolitikerin Yulia Timoschenko hat die liberale Fraktion einen Entschließungsantrag zur Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit eingebracht. Das Europaparlament ruft darin die ukrainischen Behörden auf, die Unabhängigkeit der Justiz zu wahren und warnt vor der Gefahr, die Veruntreuungsanklagen gegen Timoschenko und andere Mitglieder ihrer ehemaligen Regierung für politische Zwecke zu missbrauchen. Als Mitglied des parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Ukraine unterstütze ich diesen Entschließungsantrag. Es ist wichtig, dass die Menschen in der Ukraine spüren, dass es uns in der EU nicht egal ist, was in unserem östlichen Nachbarland passiert. Natürlich werfen die negativen Entwicklungen im Land die Ukraine in ihren Bemühungen um den EU-Beitritt zurück.

Zukunftsperspektiven der Ratingagenturen

Der Bericht des FDP-Europaabgeordneten Wolf Klinz über die Ratingagenturen in Europa, den das Europäische Parlament diese Woche angenommen hat, zeigt nicht nur die Mängel des bestehenden Systems auf, sondern macht konkrete Vorschläge zu deren Beseitigung. Zentrales Problem ist die Doppelrolle, die Ratingagenturen auf dem Finanzmarkt spielen, und der daraus folgende Interessenkonflikt. Zum einen bewerten sie komplizierte Finanzprodukte, zum anderen beraten sie die Emittenten dieser Finanzprodukte. Daher schlägt der Bericht vor, dass andere wichtige Akteure auf dem Finanzmarkt wie Zentralbanken, Investoren oder private Bankhäuser verstärkt selber finanzielle Risiken der Produkte analysieren sollen und Zugang für die dafür notwendigen Informationen erhalten sollen. Mit Blick auf das Gewicht, das die Bewertungen von Ratingagenturen auf dem Finanzmarkt haben, sollten klare Haftungsregeln für die wirtschaftlichen Folgen ihrer Bewertungen eingeführt werden, wenn sie dabei grob fahrlässig handeln. Um den fehlenden Wettbewerb unter den Ratingagenturen aufzubrechen - derzeit dominieren drei US-amerikanische Agenturen das Geschäft - schlägt der Bericht vor, eine unabhängige europäische Rating-Stiftung einzurichten.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Europäischer Tag der Meere in Danzig

Als Berichterstatterin zur Integrierten Meerespolitik der EU war ich zum zweiten Mal als Rednerin zum European Maritime Day eingeladen, bei dem sich europäische Reeder, Schiffsbauer, Hafenbetreiber, Meeresforscher, Kommission und Verbandsvertreter treffen und der in diesem Jahr in Danzig stattfand. Schwerpunktthema der Tagung waren Arbeitsmarktentwicklung, Attraktivität maritimer Berufe offshore und onshore und Ausbildungsanforderungen für die maritime Wirtschaft und marine Forschung der Zukunft. Der europäische Tag der Meere wird 2012 in Göteborg stattfinden und 2013 in Bremen.

Körperscanner (Schattenbericht)

Ende Mai hat der Verkehrsausschuss des Europaparlaments mit deutlicher Mehrheit für „Bodyscanner“ als ein mögliches Mittel zur Sicherheitsüberprüfung an europäischen Flughäfen gestimmt und gleichzeitig vorgegeben, welche Bedingungen an den Einsatz geknüpft sein sollen. Als Schattenberichterstatterin habe ich mich für unsere Kernforderungen eingesetzt: gesundheitliche Unbedenklichkeit, insbesondere keine Anwendung von Röntgenstrahlen (in Deutschland darf ohnehin nur zu medizinischen Zwecken geröntgt werden), Schutz von Daten und Privatsphäre und Wahlfreiheit. Alle unsere Änderungsanträge wurden übernommen.

Ziel des Scannens ist das Erkennen von am Körper mitgeführten gefährlichen Gegenständen. Dazu reichen Modelle, die – je nachdem ob etwas Auffälliges entdeckt wurde - ein grünes OK oder ein Piktogramm anzeigen und keine Daten speichern. Passagiere sollten außerdem die Wahlmöglichkeit haben, statt durch den Scanner zu gehen sich einer alternativen Überprüfung zu unterziehen. Es darf nicht sein, dass – wie in den USA geschehen - Menschen nicht mitfliegen dürfen, weil sie aus persönlichen Gründen den Scanner ablehnen und alternative Sicherheitschecks nicht mehr angeboten werden. Der Einsatz des Bodyscanners soll auch dazu dienen, die Sicherheitskontrollen zu beschleunigen und Warteschlangen zu verkürzen. Daher müssen sie technisch in der Lage sein, dies zu leisten, was bislang in Feldversuchen wie z.B. am Hamburger Flughafen häufig noch nicht der Fall war. In der Abstimmung haben sich die beiden großen Fraktionen mit dem Vorschlag durchgesetzt, die Bezeichnung „Sicherheitsscanner“ anstatt „Körperscanner“ einzuführen. Wir Liberale halten das für wenig hilfreich, denn eine andere Bezeichnung ändert nichts an den ethischen, gesundheitlichen und datenschutzrechtlichen Fragen der Menschen, die natürlich bei einem Einsatz der Scanner umfassend informiert werden müssen. Nach der Plenarabstimmung im Juli sollen Bodyscanner auf die Liste der Kommission für mögliche Kontrollinstrumente aufgenommen werden. Mitgliedsstaaten haben dann die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie Körperscanner einsetzen wollen oder nicht.

E-Race Tallin-Monaco

Gemeinsam mit meiner estnischen Kollegin Kristiina Ojuland habe ich ein europäisches „E-Race“ von Estland nach Südfrankreich unterstützt und jeweils eine kurze Strecke begleitet. Ziel ist es, die Vielfalt von Elektrofahrzeugen bekannter zu

machen und durch Aufladestopps auf Marktplätzen verschiedener (Klein-) Städte zu zeigen, inwieweit schon heute Reisen durch Europa mit Elektroantrieb möglich ist.

Lateinamerika-Delegation (EUROLAT)

Arbeitstreffen mit Liberalen aus Lateinamerika

Auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung trafen sich Liberale aus Lateinamerika und Europa vergangene Woche in Brüssel, um sich über Themen auszutauschen, die Europa und Lateinamerika gleichermaßen betreffen, Bilanz über die bisherige Zusammenarbeit zu ziehen und festzulegen, wo noch mehr zusammengearbeitet werden könnte. Liberale aus Europa und Lateinamerika treffen sich seit eineinhalb Jahren regelmäßig in diesem Rahmen. In Arbeitsgruppen zu den fünf Themenbereichen Wirtschaftliche Integration und Wachstum, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Bildung, Migration, Umweltschutz und Energie findet jeweils ein Austausch darüber statt, welche Projekte in diesen Bereichen unterstützt werden sollten und welche Ergebnisse sie bereits erzielt haben.

Ausschuss für Frauen- und Gleichstellungsfragen

Anhörung zu sexueller Gewalt in Bewaffneten Konflikten

Gewalt gegen Frauen spielt weiterhin eine zentrale Rolle in der Ausschussarbeit. Gemeinsam mit dem Entwicklungsausschuss wurde kürzlich eine Anhörung zu sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten veranstaltet. Im Mittelpunkt stand dabei die Demokratische Republik Kongo. Insbesondere im Osten des Landes tobt seit Jahren ein Kampf um die Vorherrschaft und die Bodenschätze des Landes. Hierbei kommt es zunehmend systematisch zu Massenvergewaltigungen. Inzwischen berichten Krankenhäuser sogar von mehr Opfern eines sexuellen Missbrauchs als anderweitig verwundeten Zivilisten und Soldaten.

Die enorm aufgeheizte Stimmung im Land und die Verzweiflung der Opfer bekamen die Zuhörerinnen und Zuhörer im Sitzungssaal direkt zu spüren. Mehrere Anwesende sorgten durch lautstarke Zurufe in Richtung des Botschafters der Demokratischen Republik Kongo für einen Abbruch der Veranstaltung. Erst nachdem diese hinausbegleitet worden waren, konnte die Anhörung fortgesetzt werden. Die Anhörung unterstrich die Notwendigkeit auch außereuropäische Themen auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen.

Religionsfragen

Auf Initiative von Parlamentspräsident Buzek fand erstmalig im Europäischen Parlament ein Austausch führender Religionsvertreter mit Abgeordneten über die Grundwerte der EU, den Stellenwert des Glaubens in der Gesellschaft und aktuelle Themen statt. Gekommen waren Repräsentanten der Kirchen (evangelisch, katholisch, orthodox), des jüdischen Glaubens und des Islam. Dieser Austausch soll in Zukunft regelmäßig stattfinden.

Ankündigung:

23. Juni 2011: Diskussion mit den Europaabgeordneten Gesine Meißner und Britta Reimers in Hamburg

Um europäische Themen ausführlich mit der Parteibasis diskutieren zu können haben wir als deutsche Liberale beschlossen, in Deutschland 8 regionale Diskussionsrunden durchzuführen. Wegen der zentralen Lage und guten verkehrstechnischen Erreichbarkeit haben Britta Reimers und ich unserer gemeinsame "Nordkonferenz" für die fünf Küstenländer nach Hamburg gelegt. Die Einladung ist Ihnen ja bereits zugegangen. Ich würde mich freuen, möglichst viele von Ihnen dort zu treffen!

Ansonsten werde ich auch vom 18.-22. Juli und 22.-26. August eine Sommerreise in meinem "Wahlkreis" unternehmen. Die genaue Route werde ich, sobald sie feststeht, auch noch über den Newsletter bekannt geben.

Es grüßt Sie herzlich aus Straßburg
Ihre Gesine Meißner

Juni II 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Mini-Plenarwoche in Brüssel war geprägt durch eine Vielzahl von Abstimmungen. Neue Verbraucherrechte, die Zukunft der Agrarpolitik und das Wirtschaftspaket wurden im Vorfeld heftig diskutiert.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Neue Verbraucherrechte

Eine neue Verbraucherrichtlinie wurde diese Woche vom Plenum des EP angenommen. Der Abstimmung waren harten Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission vorausgegangen. Für die Verbraucher bedeutet das in erster Linie europaweit bessere Rechte beim Einkauf über Online-Händler, am Telefon, per Email oder an der Haustür. Hier sollen Kunden egal, in welchem EU-Land der Händler ansässig ist, ein zweiwöchiges Rückgaberecht erhalten. Dieses Recht verlängert sich sogar auf ein Jahr, wenn der Verkäufer nicht vorher über die Rückgaberegung informiert hat. Alles was der Käufer vor der Rückgabe bereits überwiesen hat, muss er innerhalb von 14 Tagen wieder zurückbezahlt bekommen. Des Weiteren können Käufer das Geschäft fallen lassen, wenn die Ware nicht innerhalb von 30 Tagen geliefert wird. Bei einem Onlinekauf muss nun europaweit bindend der Endpreis des Geschäfts angezeigt werden - für versteckte Kosten zahlt der Verkäufer. Er soll auch dafür haften, wenn die Ware beim Transport beschädigt wird. Die neue Richtlinie sieht Ausnahmen für digitale Produkte, die innerhalb kurzer Zeit kopiert werden können, sowie für Kleider, Möbel und Maßanfertigungen vor.

Gemeinsame Agrarpolitik

In einem Bericht zur Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik, den das Plenum des EP diese Woche gegen die Stimmen der FDP und der liberalen Fraktion angenommen hat, fordert es unter anderem eine Obergrenze für die Direktzahlungen der Europäischen Union an einen Landwirt. Wir deutsche Liberale teilen diese Forderung nicht. Direktzahlungen dienen als Entlohnung für die Erbringung von Leistungen, die der Gesellschaft zugute kommen, wie der Pflege der Kulturlandschaft. Diese Leistungen werden aber über den Markt nicht vergütet. Deshalb droht die Kappung der Direktzahlungen für große landwirtschaftliche Betriebe gerade in Ostdeutschland weitreichende finanzielle Einschnitte nach sich zu ziehen. Die Deckelung der Direktzahlungen schwächt damit eine bestimmte Gruppe Betriebe und bedroht die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Landwirtschaft. In der zukünftigen Agrarpolitik sollte zudem der Förderung moderner Technik ein größerer Stellenwert eingeräumt werden. Dazu gehört auch eine Stärkung der Biotechnologie, um auf dem globalen Markt nicht in eine Außenseiterposition zu kommen, in der konkurrenzfähiges Handeln nicht mehr möglich ist.

Economic Governance

Der Text des Regelungspakets "Economic Governance", den das Europaparlament diese Mini-Plenarwoche angenommen hat, soll zu einer Stärkung des europäischen Wirtschafts- und Währungsraums beitragen, um künftig für Wirtschaftskrisen in Europa besser gewappnet zu sein bzw. sie möglichst verhindern zu können. Dazu soll nach dem Votum des Parlaments das Augenmerk stärker als zuvor auf die Schuldengrenze (60% des BIP) gelegt und ein automatischer Sanktionsmechanismus eingeführt werden: während bisher eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedsstaaten entscheiden musste, dass Sanktionen gegen einen Mitgliedsstaat eingeleitet werden sollen, der gegen die Defizitregeln verstößt oder zu verstoßen droht, werden diese zukünftig automatisch eingeleitet. Einzige Ausnahme: eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedsstaaten beschließt, sie nicht einzuleiten ("umgekehrte qualifizierte Mehrheit"). Gerade in der Frage der umgekehrten qualifizierten Mehrheit gibt es noch keine Einigung mit dem Rat, allerdings hofft das Parlament durch die frühzeitige Annahme des Textes zusätzlichen Druck auszuüben, um diese Forderung durchzusetzen. Endgültig abgestimmt wird über das Regelungspaket der "Economic Governance" dann bei der Plenarsitzung im Juli in Straßburg, nachdem der Rat hoffentlich an diesem Wochenende auf diese Kernforderung der ALDE und insbesondere der FDP eingegangen ist.

Entsorgung radioaktiven Abfalls

Die am Mittwoch vom Parlament angenommene Richtlinie zur Entsorgung von abgebrannten Brennelementen und anderen radioaktiven Abfällen ist ein wichtiges Signal, dass der Schutz der Gesundheit der Arbeiter bei der Nutzung der Kernenergie Priorität haben muss. In Zukunft gelten die Schutzvorschriften auch für indirekt betroffene Arbeiter, wie beispielsweise Sicherheitskräfte, die bei Castor-Transporten zum Einsatz kommen. Vorgesehen sind unter anderem eine regelmäßige Weiterbildung aller Beteiligten sowie eine bessere Transparenz, welche Art von radioaktiven Abfall wo gelagert wird. Diese Informationen sind essentiell, um in

entscheidenden Situationen adäquate Entscheidungen treffen zu können und Strahlenschutzvorschriften angemessen anzuwenden. Zudem wird festgelegt, dass es in jedem Mitgliedsstaat eine unabhängige Kontrollbehörde gibt, die über die Einhaltung der Schutzvorschriften wacht und relevante Aspekte dokumentiert, um im Haftungsfall für angemessenen Schadensersatz zu sorgen.

AKW-Stresstests - Nachtrag zur Juni-Plenarwoche in Straßburg

Zu den Stresstests europäischer Atomkraftwerke fand im Europäischen Parlament in Straßburg eine zweistündige Plenardebatte statt. Kommissar Oettinger wies zunächst auf den Widerspruch hin, dass er einerseits als Energiekommissar gemeinsam mit den Mitgliedstaaten an einem nachhaltigen, sicheren europäischen Konzept arbeitet, diese aber bei der Frage AKW-Stresstest mit dem Hinweis auf nationale Kompetenz - die er gar nicht in Frage stellt - zunächst wenig Bereitschaft zur Kooperation zeigten. Er stellte für den europaweiten Stresstest folgende Überprüfungskriterien vor: 1) alle Naturereignisse und natürlichen Risiken, 2) der Faktor Mensch und menschliches Versagen. Nicht überprüft werden soll Einfluss durch "Mensch und Verbrechen", da die Atomaufsichtsbehörden dafür nicht zuständig sind. Der Stresstest soll Transparenz schaffen und Daten und Fakten liefern, kein "Stresstest light" sein und in 3 Stufen erfolgen: 1) Aufforderung an alle AKW-Betreiber, einen Prüfbericht anhand der Kriterien zu erstellen ("Gründlichkeit vor Schnelligkeit"), 2) erneute Überprüfung durch die nationalen Atomaufsichtsbehörden, 3) "Peer-Review", Einsetzen eines europäischen Expertenteams, das entsprechende Schlüsse zieht. In der Diskussion wurde von der ALDE auf die Notwendigkeit hingewiesen, Unabhängigkeit zu gewährleisten und anhand der Ergebnisse die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Insgesamt ist in der europäischen Diskussion festzustellen, dass die derzeitige deutsche Energiepolitik bei einigen Mitgliedsstaaten und auch innerhalb der liberalen Fraktion auf Unverständnis stößt.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Europäische Straßenverkehrssicherheit 2011-2020

Der Bericht des CDU-Europaabgeordneten Dieter-Lebrecht Koch enthält viele ausgewogene Vorschläge zur weiteren Reduzierung der Zahl der Verkehrstoten auf Europas Straßen und wurde mit großer Mehrheit im Ausschuss angenommen. Einige aus liberaler Sicht überzogene Forderungen fanden allerdings nicht unsere Zustimmung, so der Vorschlag, eine neue EU-Agentur für Straßenverkehrssicherheit einzurichten. Leider gab es eine breite Mehrheit im Verkehrsausschuss für diesen unnötigen Zuwachs an Bürokratie. Auch habe ich mich gegen eine Gängelung der Radfahrer ausgesprochen, die zum Tragen von Helmen und Sicherheitswesten verpflichtet werden sollen.

Luftverkehrsabkommen mit Mexiko (Schattenbericht)

Ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen wurde das Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und Mexiko, das bisherige bilaterale Abkommen einzelner Mitgliedstaaten mit Mexiko ersetzt. Geregelt werden darin insbesondere der Zugang

zu den Luftverkehrsräumen und die Zuständigkeit für Sicherheitskontrollen. Da Mexiko ein wichtiger Handelspartner der EU ist, sollte im nächsten Schritt ein umfangreicheres, detaillierteres Luftverkehrsabkommen nach dem Vorbild der bereits erzielten Übereinkunft mit Kanada erarbeitet werden.

Weißbuch Verkehr: Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum (Schattenbericht)

Nachdem die Kommission Ende März ihre Vorstellungen für die nachhaltige Optimierung der Verkehrsflüsse in Europa unterbreitet hat (vgl. Newsletter April 2011), fand jetzt der erste Meinungs austausch zwischen den Fraktionen dazu statt. Als nächstes wird der belgische Berichterstatter Mathieu Grosch voraussichtlich im September einen Entwurf für die Stellungnahme des Parlaments vorlegen. Das Weißbuch skizziert eine Strategie für die europäische Verkehrspolitik bis 2050. Die Kommission schlägt 40 konkrete Maßnahmen vor mit dem Ziel, ein integriertes multimodales europäisches Verkehrsnetz zu schaffen.

Trilog über den Finanzrahmen für die Weiterentwicklung der Integrierten Meerespolitik (Schattenbericht)

Beim zweiten Trilog wurde an einigen Punkten eine Einigung zwischen Rat, Kommission und Parlament erzielt, insbesondere bezüglich der Zielsetzung von Projekten, die in den nächsten zwei Jahren im Bereich der integrierten Meerespolitik durchgeführt werden sollen. Bedauerlich ist, dass einige Mitgliedsstaaten die bereits eingeplanten 50 Mio. Euro für die Finanzierung der Maßnahmen blockieren bzw. auf 20 Mio. reduzieren wollen. Über die nächste Verhandlungsrunde berichte ich im nächsten Newsletter.

TRAN-Delegationsreise

Bei der Ausschussreise in der vergangenen Woche haben wir von unserem Quartier in Aachen aus Verkehrsprojekte im Dreiländereck Deutschland-Belgien-Niederlande besichtigt und mit europäischen Experten diskutiert. Neben dem DB-Projekt Lichtenbuschtunnel, wo gerade parallel zum modernisierten historischen Eisenbahntunnel ein zweiter Tunnel mit Hochgeschwindigkeitstrasse für die Gegenrichtung fertiggestellt wird, standen u.a. eine Fahrt auf der Maas mit Diskussion der europäischen Binnenschiffahrtskapazitäten und eine Besichtigung der polizeilichen LKW-Kontrollen an der deutsch-belgischen Grenze auf dem Programm. Beeindruckend war in Maastricht der Besuch des Luftverkehrkontrollzentrums, von wo in Absprache mit den Towern der Flughäfen die Flüge in unserem Teil Nordeuropas koordiniert werden.

23. Juni 2011: Diskussion mit den Europaabgeordneten Gesine Meißner und Britta Reimers in Hamburg

Bei unserer "Nordlandkonferenz" haben Britta Reimers und ich aus der aktuellen Arbeit in unseren jeweiligen Ausschüssen berichtet. In der anschließenden lebhaften Diskussion mit den Teilnehmern aus Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein kamen auch viele andere Themen wie Energiepolitik, Stabilitätspakt,

gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Asyl und Elbvertiefung zur Sprache. Die Veranstaltung fand durchweg ein positives Echo.

Es grüßt Sie herzlich aus Brüssel
Ihre Gesine Meißner

Juli 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

bevor das Europäische Parlament nächste Woche in die Sitzungspause geht, berichte ich über aktuelle Debatten und Abstimmungen der letzten vorsommerlichen Plenarwoche.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Lebensmittelverordnung

Nach langen und zähen Verhandlungen mit dem Rat der Mitgliedsstaaten hat das Europaparlament die Verordnung zur Lebensmittelkennzeichnung verabschiedet. Danach sollen künftig EU-weit auf Lebensmitteln bestimmte Nährwerte in einer Tabelle bezogen auf 100 Gramm oder 100 Milliliter angegeben werden: Energie, Fett, gesättigte Fettsäuren, Kohlenhydrate, Zucker, Proteine und Salz. Außerdem ist die Herkunftskennzeichnung für frisches Fleisch und Geflügel sowie frisches Obst und Gemüse Pflicht. Für alle anderen Lebensmittel muss die Kommission zunächst eine Folgenabschätzung durchführen. Alkoholische Getränke bleiben von der Verordnung vorerst ausgenommen. Für kleine Verpackungen gibt es eine Ausnahmeregelung: Bei weniger als 25 Quadratcentimetern Fläche müssen Nährwerte nicht ausgewiesen werden. Bei Verpackungen von weniger als 10 Quadratcentimeter Fläche müssen lediglich Namen, Allergen-Hinweise und Verfallsdatum angegeben werden. Neu sind ebenfalls Regelungen gegen irreführende Verpackungen bei verarbeiteten Lebensmitteln. Was auf der Verpackung abgebildet ist, muss auch darin enthalten sein, z. B. die entsprechenden Früchte bei Fruchtjoghurt. Klebefleisch und mit Pflanzenfett hergestellter sogenannter "Analogkäse" müssen auf der Verpackung als solche kenntlich gemacht werden. Mit der neuen Regelung ist ein guter Kompromiss gefunden worden, der dazu dient Verbraucher zu informieren ohne sie mit "Gut - Schlecht" - Pauschalisierungen in Ampel-Format zu bevormunden.

Zulassung genveränderter Organismen (GVO)

Die EU-Mitgliedsstaaten sollen in Zukunft die Möglichkeit haben, den Anbau von GMO auf ihrem Territorium aus Umwelt- oder landwirtschaftlichen Gründen auf Grundlage von EU-Regeln zu verbieten. Den entsprechenden Bericht hat das Plenum des EU-Parlaments in Straßburg im Juli angenommen. Der Abstimmung waren hitzige Debatten und lange Verhandlungen vorangegangen. Auch die liberale Fraktion ist in

diesem Dossier gespalten. Wir deutsche Liberale kritisieren die Entscheidung, da sie faktisch zu einer Einschränkung des GVO-Anbaus in der EU führen wird. Nationale Sonderwege schwächen den europäischen Binnenmarkt und damit die Position der EU bei künftigen WTO-Verhandlungen. Große Produzenten von Futtermitteln für Landwirte, wie Brasilien, beliefern dann China, Europa zieht den kürzeren. Tatsächlich lässt sich das derzeitige Defizit an Eiweißfuttermitteln nur durch Importe decken und spätestens hier lässt sich die grüne Gentechnik nicht mehr aussperren.

Transmissible spongiforme Enzephalopathien (TSE) und die diesbezüglichen Futter- und Nahrungsmittelkontrollen

In einem rechtlich nicht bindenden Initiativbericht sprach sich das Europaparlament für eine Aufhebung des Verbots von Tiermehl als Futtermittel für Allesfresser, die nicht Wiederkäuer sind, aus. Weiterhin verboten bleiben soll also die Verfütterung an Rinder, Schafe und Ziegen - der Tierarten, deren Tiermehl die BSE-Seuche ausgelöst hatte. Um die Gesundheit der Verbraucher zu schützen, sollte nach Meinung des EU-Parlaments nicht erlaubt sein, das Tiermehl an die gleiche Tierart zu verfüttern, aus der es gewonnen wurde, sowie die Produktionskanäle für aus unterschiedlichen Arten stammende verarbeitete Tierproteine vollkommen getrennt sein. Die Trennung dieser Produktionskanäle sollte zudem von den zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten kontrolliert und von der Kommission geprüft sein. Die sogenannte "Überkreuzfütterung" hingegen gilt als ungefährlich. Um den europaweiten Eiweißmangel im Tierfutter eindämmen zu können, halten Parlament und Kommission eine Lockerung des Tiermehlverbots für notwendig.

Roaming-Gebühren

Die für die Digitale Agenda zuständige EU-Kommissarin Neelie Kroes hat in einer Fraktionssitzung der ALDE den Vorschlag der Kommission zur weiteren Senkung der Roaming-Gebühren inklusive der Datennutzung vorgestellt. Neben einer schrittweisen Senkung der zulässigen Obergrenzen bis 2015 soll die Struktur des Mobilfunkmarktes in der EU verändert werden, um mehr Wettbewerb zu erreichen. Ab 1. Juli 2014 sollen Mobilfunknutzer die Möglichkeit haben, unabhängig von ihrem nationalen Mobilfunkanbieter einen anderen Anbieter für ihre internationale Kommunikation zu wählen. Dabei sollen sie wie gewohnt ihre nationale Nummer, SIM-Karte und Telefon benutzen können. Durch die Trennung von nationalem und Roaming-Anbieter soll die Abhängigkeit der Nutzer von den vorgegebenen Roaming-Preisen ihrer nationalen Anbieter aufgebrochen und der Wettbewerb unter den Roaming-Anbietern belebt werden. Mit steigendem Wettbewerb werden sinkende Roaming-Preise für die Nutzer erwartet. In der grenzüberschreitenden Kommunikation bietet sich ein neuer Markt vor allem für kleine und mittelständische Unternehmer. Neben dem "Roaming" sieht die Kommission die neue Technologie "Cloud Computing" als eine große Chance für Industrie und mittelständische Unternehmen und stuft dieses kreative Geschäftsmodell als guten Ansatz für die erfolgreiche Förderung von Technologien in der Zukunft ein. Dem Kommissions-Vorschlag müssen noch EU-Parlament und die Mitgliedsstaaten zustimmen.

Parteiendiskriminierung in Russland

Im Vorfeld der Wahlen zur russischen Staatsduma im Dezember sind bereits neun legale politische Parteien zur Wahlregistrierung nicht zugelassen worden. Darunter ist auch die liberale Partei PARNAS, deren Vorsitzende während der Plenarwoche in Straßburg in der Fraktionssitzung der ALDE über die schwierige Situation ihrer politischen Arbeit in Russland berichteten. Sie warnten davor, dass die Bevölkerung in Russland irgendwann die Einschränkung ihrer politischen Freiheitsrechte nicht mehr tolerieren und ihre Rechte nach arabischem Vorbild einfordern wird. Das Europaparlament nahm in der Juli-Plenarwoche in Straßburg eine Entschließung über die Vorbereitung der Duma-Wahlen an, in der es das russische Justizministerium zur Rücknahme seiner Entscheidung aufrief und sich für eine OSZE-Beobachtungsmission aussprach.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Körperscanner (Schattenbericht)

In der Abstimmung in Straßburg hat nach dem Verkehrsausschuss nun auch das Plenum des Europaparlaments für „Bodyscanner“ als ein mögliches Mittel zur Sicherheitsüberprüfung an europäischen Flughäfen gestimmt. Mit der Annahme des entsprechenden Berichts macht das Parlament deutlich, welche Bedingungen an den Einsatz geknüpft sein sollen. Als Schattenberichterstellerin hatte ich mich für unsere Kernforderungen eingesetzt: gesundheitliche Unbedenklichkeit, insbesondere keine Anwendung von Röntgenstrahlen, Schutz von Daten und Privatsphäre und Wahlfreiheit (Vgl. Newsletter 7_2011). Wenn Körperscanner auf die Liste der Kommission für mögliche Kontrollinstrumente aufgenommen werden, haben Mitgliedsstaaten die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie Körperscanner einsetzen wollen oder nicht.

Grenzüberschreitender Austausch von Informationen über Verkehrsdelikte

Auch bei geringen Verkehrsverstößen im Ausland müssen sich Autofahrer künftig auf ein Bußgeld einstellen, das ihnen an ihre Heimatadresse zugeschickt wird. Nach 2 Jahren haben sich Kommission, Parlament und Ministerrat auf einen Kompromiss zum elektronischen Datenaustausch geeinigt. Den entsprechenden Bericht hat das Plenum des Europäischen Parlaments noch vor der Sommerpause angenommen. Die neue Richtlinie gilt für Verkehrssünden wie Geschwindigkeitsübertretungen, Alkohol am Steuer, Fahren ohne Gurt oder Überfahren einer roten Ampel. Ziel ist es, durch die neuen Möglichkeiten des Datenaustauschs die Zahl der Verkehrstoten in der EU weiter zu senken, indem dem straffreien Rasen auf ausländischen Autobahnen ein Riegel vorgeschoben wird. Es obliegt dabei weiter den Mitgliedsstaaten, ob sie die Möglichkeit der Datenweitergabe nutzen, um Verstöße ausländischer Fahrzeuge zu verfolgen. Wichtiger Erfolg für uns Liberale war, dass wir gegenüber dem Rat strenge Vorgaben beim Datenschutz durchgesetzt haben.

Abgesagte Sommerreise

Wegen einer Bandscheibenoperation musste ich die für Ende Juli und Ende August geplanten 2 Wochen Sommerreise leider wieder absagen. Alle angefragten Termine werde ich baldmöglichst nachholen.

Herzliche Grüße aus Brüssel und eine schöne Urlaubszeit!
Ihre Gesine Meißner

September I 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit einer kontroversen Debatte über die Krise in der Eurozone stieg das Plenum des Europaparlaments in die zweite Jahreshälfte ein. Daneben berichte ich wie immer über weniger laut diskutierte, aber ebenso wichtige Beschlüsse dieser Plenarwoche.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Europäische Kontrolle an den Außengrenzen der EU

Ab Ende 2011 werden europäische Grenzkontrollteams zusammen mit den nationalen Grenzpolizeien die äußeren Grenzen der EU kontrollieren. Das hat das Europaparlament diese Woche in einer Plenarabstimmung über das Frontex-Mandat entschieden. Darüber hinaus wird neu ein Sonderinspekteur eingesetzt, der darüber wachen soll, dass die EU-Grundrechte bei Einsätzen der Grenzschutzagentur - auch bei Rückführungen von Flüchtlingen - gewahrt bleiben. Ihm wird ein Konsultationsforum für Grundrechtsfragen zur Seite gestellt. In der Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei den Grenzkontrollen kann so gewährleistet werden, dass an allen EU-Außengrenzen europäische Standards einheitlich umgesetzt werden. Werden Grundrechte verletzt, kann die Frontex-Mission in dem entsprechenden Land abgebrochen werden. Nach den neuen Regelungen wird Frontex eigene Ausrüstung, wie Autos und Helikopter, erwerben oder leasen können. Bisher war die Agentur bezüglich ihrer Ausrüstung auf Zuweisungen der Mitgliedstaaten angewiesen.

Mehr Transparenz bei Energiepreisen

Das europäische Parlament hat für eine neue Verordnung gestimmt, die Missbrauch im Energiegroßhandel vorbeugen und damit den Endkunden schützen soll. Die Regelungen betreffen insbesondere Liefer- und Transportverträge von Erdgas und Elektrizität und deren Derivate. Darin werden Gebrauch von Insider-Informationen, Absprachen hinter den Kulissen und Versuche, den Markt zu manipulieren, verboten, um eine transparente Preisbildung zu garantieren. Verbraucher sollen so vor zu hohen Energiepreisen geschützt werden. Verstößen Energiegroßhändler gegen diese Verbote, soll das nationale Recht der Mitgliedsstaaten Sanktionen vorsehen, die dem tatsächlichen Schaden, der beim Endkunden entstanden ist, Rechnung tragen. Die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) wird EU-

weit alle Geschäfte überwachen und den Mitgliedstaaten die nötigen Daten bereitstellen, um die Einhaltung der Wettbewerbsregeln zu überwachen. Zusätzlich hat das Europaparlament beantragt, dass alle Energiegroßhändler in der EU in einem EU-Register eingetragen werden, das auf nationalen Registern beruht. Kein Marktteilnehmer wird künftig ein Geschäft eingehen können, solange er nicht registriert wurde.

Debatte über die Krise in der Eurozone

In einer Generaldebatte hat das Parlament mit Vertretern von Kommission und Rat über die andauernde Krise in der Eurozone diskutiert. Dabei kamen sowohl unmittelbare Interventionsmöglichkeiten wie die Erweiterung des EU-Rettungsmechanismus als auch langfristige Lösungen zur Wahrung der Stabilität in der Eurozone - etwa Eurobonds und Economic Governance - zur Sprache. Fast einstimmig war der Ruf für mehr Regulierung auf europäischer Ebene. EU-Kommissionspräsident Barroso und Währungskommissar Rehn bekamen für ihre Kritik am bremsenden Verhalten der Mitgliedsstaaten Unterstützung vor allem von den linken und grünen Fraktionen. Barroso kündigte ein Grünbuch zu Euroanleihen an, das er demnächst dem Parlament vorstellen möchte. Es soll zwei Optionen zur Einführung von Eurobonds aufzeigen: eine mit der Notwendigkeit, die EU-Verträge zu ändern, eine ohne Vertragsänderung. Zu diesem Thema steht die liberale Fraktion im Europaparlament gespalten, wobei die FDP Eurobonds als Krisenreaktionsmittel gemeinsam mit den dänischen, niederländischen, rumänischen und anderen Liberalen ablehnt. Barrosos Aufruf an Parlament und Mitgliedsstaaten, endlich den Stabilitätspakt zu reformieren, wurde unterdessen schneller gehört als er wahrscheinlich gedacht hatte. Noch am selben Abend einigten sich Parlament und Rat auf das Reformpaket. Danach werden zukünftig automatisch Sanktionen gegen einen Mitgliedsstaat eingeleitet, wenn er gegen die Stabilitätskriterien verstößt - außer, der Rat stimmt ausdrücklich dagegen. Dieser quasi-automatische Mechanismus soll in allen Bereichen des Stabilitätspakts greifen - ein großer Verhandlungserfolg der Liberalen.

Plenardebatte zu Libyen und Syrien

In der Debatte zu den neuesten Entwicklungen in Libyen und Syrien wurden bezüglich Libyen Maßnahmen diskutiert, wie das libysche Volk unterstützt und welcher Beitrag zum Wiederaufbau des Landes geleistet werden kann. Mit Nachdruck verlangte das Parlament schärfere Sanktionen gegen Syrien. Zwar hat die EU vor kurzem Ölimporte aus Syrien in Reaktion auf Präsident Bashar al-Assads Niederschlagung der pro-demokratischen Demonstrationen verboten. Dennoch gehen diese Sanktionen offenbar nicht weit genug. Die Krise besteht fort und droht sich in einem religiösen Bürgerkrieg zu verfestigen. Die EU ist Syriens wichtigster Handelspartner. Daher fordern auch die Liberalen im EU-Parlament, dass der Handel mit allen Geschäftspartnern, die in Verbindung mit al-Assad stehen, unterbunden wird, um ihn ganz zu isolieren.

Rede des polnischen Präsidenten vor dem Europäischen Parlament

In einer feierlichen Sitzung sprach Polens Präsident Bronislaw Komorowski zu den Europaabgeordneten in Straßburg. Polen hat derzeit den Ratsvorsitz der EU inne, der

turnusmäßig alle sechs Monate wechselt. Präsident Komorowski erinnerte daran, dass die Geschichte Europas von Teilungen und Kriegen geprägt ist, aber auch von einem "unzerstörbaren Willen zur Einigung" und Frieden. Er rief in seiner Rede dazu auf, den europäischen Erfolgsweg weiter zu gehen und der gegenwärtigen Euro-Krise gemeinsam zu begegnen, da "nur ein starkes und vereintes Europa die richtige Antwort geben kann".

Verstärkter Umweltschutz bei Offshore-Bohrungen

Diesen Herbst wird die Europäische Kommission einen Gesetzentwurf für Offshore-Bohrungen nach Öl oder Gas vorlegen. Im Hinblick darauf hat das Europaparlament diese Woche eine Entschließung angenommen, in der es verschiedene Maßnahmen zur Stärkung des Umweltschutzes fordert. Zum einen soll ein Unternehmen erst die Lizenz zum Bohren erhalten, wenn es den nationalen Aufsichtsbehörden einen dem Risiko angemessenen Notfallplan vorgelegt hat. Zum anderen muss das Unternehmen belegen, dass es über ausreichende finanzielle Reserven verfügt, um mögliche Umweltschäden, die durch seine Tätigkeit entstehen, ausgleichen zu können. In diesem Zusammenhang fordert das Parlament außerdem, dass die Regeln der Umwelthaftung ausgeweitet werden, dass das Verursacherprinzip und eine strenge Haftungsregelung auf alle in Meeresgewässern und in Hinblick auf biologische Vielfalt verursachten Schäden angewandt werden können. Auch sollten Informanten geschützt werden und Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, den zuständigen Behörden Sicherheitsmängel oder -risiken unter Wahrung ihrer Anonymität und damit geschützt vor innerbetrieblichem Druck zu melden.

Bessere Unterstützung für Unternehmerinnen in KMUs und für ältere Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Nur eine von zehn Frauen in der EU leitet ein Unternehmen. Bei Männern hingegen ist es einer von vier. Um diesen Unterschied auszugleichen forderte das EU-Parlament mit einer Entschließung diese Woche mehr Anstrengungen von der Kommission, den Mitgliedsstaaten sowie von den regionalen und lokalen Behörden. Vor allem sollten Frauen besser darüber informiert werden, welche Fördermöglichkeiten es für sie gibt, wenn sie ein Unternehmen gründen. So bietet etwa das Europäische Progress-Mikrofinanzierungsinstrument Kleinst-Darlehen von bis zu 25.000 Euro an. Hat eine Unternehmensgründerin keinen Zugang zu traditionellen Bankdienstleistungen, kann sie dieses Darlehen in Anspruch nehmen. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit sollte das wirtschaftliche Potenzial eines jeden genutzt werden.

In einer weiteren Entschließung forderte das Parlament verbesserte Maßnahmen zur Integration von älteren Frauen in den Arbeitsmarkt. Denkbar wären Programme zum lebenslangen Lernen und flexible Umschulungsprogramme speziell für Frauen über 50. Frauen sind allgemein stärker von Altersarmut bedroht als Männer, da ihre Karrieren in der Regel langsamer, kürzer und länger unterbrochen sind und sie dadurch weniger in die Rentenkassen einzahlen. Die EU hat sich in ihrer Europa-2020-Strategie das Ziel gesetzt, eine Beschäftigungsquote von 75% zu erreichen. Dies ist nur möglich, wenn es gelingt, den Anteil der Frauen auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu steigern.

Trauerstunde zum Massaker in Norwegen

Am Mittwoch hielt das Europaparlament eine Trauerstunde zum Terroranschlag in Norwegen am 22 Juli ab. Parlamentspräsident Jerzy Buzek sprach den Familien der Opfer sein Beileid aus und verurteilte den heimtückischen Anschlag als Angriff auf die Werte Europas. Er betonte, dass gerade die größtenteils jugendlichen Opfer die Zukunft Europas verkörperten. Sie waren das junge Europa der Freiheit, der Vielfalt und des Friedens; Kinder Norwegens, das jährlich den Friedensnobelpreis vergibt und in Friedenseinsätzen die Werte Europas bewahrt. Der hasserfüllte, fremdenfeindliche Angriff des Attentäters kam aus der Mitte der norwegischen Gesellschaft. Er zeigt, wie wichtig es ist, jeden in die Gesellschaft zu integrieren, um Hass nicht entstehen zu lassen. Buzek versicherte, dass Terrorismus das europäische Wertesystem niemals ändern kann. Es ist Teil unseres kulturellen Erbes, das wir ehren und bewahren.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Weißbuch zur Zukunft des Verkehrs (Schattenbericht)

Der Verkehrsausschuss diskutiert derzeit einen eigenen Bericht zum Weißbuch zur Zukunft des Verkehrs, das die EU-Kommission im Frühjahr herausgegeben hat. Der Berichterstatter spricht sich u.a. für eine klare Zielsetzung in der europäischen Verkehrspolitik aus. Es sollte regelmäßig überprüft werden, welche Fortschritte die Mitgliedsstaaten in Richtung der gesetzten Ziele gemacht haben. Hauptthemen der Diskussion sind zum Einen die Internalisierung externer Kosten des Verkehrs, d.h. Unternehmen, die aus dem Transport verdienen, sollen für die Kosten aufkommen, die durch Luft- und Bodenverschmutzung, Lärm etc. entstehen. Des Weiteren wird diskutiert, wie der Verkehr in Europa wirtschaftlich effizienter, umwelt- und sozialverträglicher und sicherer gemacht werden kann. Innereuropäisches Reisen soll durch Hochgeschwindigkeitsnetze und die Möglichkeit, Online-Tickets auch grenzüberschreitend kaufen zu können, erleichtert werden. Aus liberaler Sicht gibt es einiges zu ändern. Vorschläge habe ich bereits eingereicht. Ich werde Sie über die weitere Diskussion auf dem Laufenden halten.

Automatischer Notruf in Autos (e-call)

Werden Notdienste zu einem Verkehrsunfall gerufen, zählt jede Minute, um Leben zu retten und um die Schwere von Verletzungen zu verringern. Bei einem Unfall haben die verletzten Personen jedoch nicht immer den Reflex oder sind physisch nicht mehr in der Lage, sofort die Notrufzentrale zu verständigen. Mit den eCall-Geräten lässt sich dieses Problem überwinden, indem die Notdienste sofort alarmiert werden, auch wenn Fahrer oder Beifahrer bewusstlos sind oder aus anderen Gründen nicht anrufen können. Mit dieser Technik verkürzt sich die Zeitspanne bis zum Eintreffen der Notfalldienste in Stadtgebieten um etwa 40 % und in ländlichen Gebieten um 50 %. Sobald eCall weit genug verbreitet ist, können jedes Jahr in Europa hunderte von Leben gerettet und kann in zehntausenden von Fällen die Schwere von Verletzungen und Traumata verringert werden. Die EU-Kommissarin für digitale Medien, Neelie Kroes, stellte im Verkehrsausschuss den Plan der Kommission vor, eCall europaweit

einzuführen. Ziel ist ein bis 2015 voll funktionsfähiger eCall-Dienst in der gesamten Europäischen Union (sowie in Kroatien, Island, Norwegen und der Schweiz). Angestrebt wird, dass alle neuen Modelle von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen ab 2015 mit dem lebensrettenden eCall-System ausgestattet werden. Bei einem schweren Unfall wählt eCall automatisch die Notrufnummer 112 und übermittelt Daten zum Standort des Fahrzeugs an die Notrufzentrale. Auf meine Nachfrage hin versicherte die liberale Kommissarin, dass der Datenschutz in allen Aspekten berücksichtigt wird.

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) (Schattenbericht)

Vor dem IStGH werden Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und demnächst auch Verbrechen der Aggression verhandelt. Dabei leistet der Internationale Strafgerichtshof einen entscheidenden Beitrag Kriegsgräueltaten auf neutralem Territorium und unter internationaler Aufsicht aufzuarbeiten. Im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten wird derzeit an einem Bericht gearbeitet, welcher sich einer weiteren Unterstützung dieser Institution durch die Europäische Union widmet. Gerade Frauen und Mütter gehören dabei als Teil der Zivilbevölkerung zu den wehrlosen Opfern von Kriegsverbrechen. Durch den zunehmenden Einsatz von sexueller Gewalt gegen Frauen und Kinder als Kriegsmittel erhöht sich die Zahl der weiblichen Opfer in kriegerischen Auseinandersetzungen weiter. Deshalb ist es wichtig, dass der Ausschuss für die Rechte der Frauen in Form einer Stellungnahme die Aufmerksamkeit der Arbeit des IStGH noch stärker auf diesen Aspekt zu lenken versucht, um mitzuhelfen, die Rechte der Zivilbevölkerung auch in Kriegen weiter zu stärken.

Parlamentarische Versammlung Euronest

Die Parlamentarische Versammlung Euronest setzt sich aus Mitgliedern des Europaparlaments und der Parlamente der östlichen Nachbarn der EU zusammen. Als Nachbarstaaten gelten hier die Staaten, mit denen die EU in Programmen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik zusammenarbeitet: Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien und die Ukraine. Dieses Gremium, dem ich als stellvertretendes Mitglied angehöre, hielt diese Woche in Straßburg seine erste Plenarsitzung ab. Seine Konstituierung hatte sich verzögert, da Uneinigkeit darüber bestand, wie die Teilnahme Weißrusslands gestaltet werden sollte. Die versammelten Abgeordneten betonten die Bedeutung des Gremiums als Forum des Dialogs und der Zusammenarbeit auf Basis des gemeinsamen europäischen Erbes und der Grundwerte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die Arbeit an diesen Themen ist nicht nur

für die östlichen Partner wichtig. Auch für die EU ist es von fundamentalem Interesse, dass in ihrer Nachbarschaft Frieden und Stabilität herrschen.

Herzliche Grüße aus Straßburg!
Ihre Gesine Meißner

September II 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

da im August aufgrund der Sommerpause keine Plenarwoche stattfand, reiste das Europaparlament diesen Monat zweimal nach Straßburg. Folgende Themen waren Schwerpunkte dieser zweiten September-Plenarwoche.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Mehr Stabilität durch "Sixpack" für die Eurozone

Einen Tag vor der mit Spannung erwarteten Abstimmung im Deutschen Bundestag über die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms stimmte das Europaparlament in Straßburg über richtungsweisende Vorgaben und Sanktionsmechanismen für mehr Finanzstabilität ab. Das EU-Parlament nahm schließlich mit knapper Mehrheit - gegen die Stimmen von Sozialdemokraten, Grünen und Linken - den sogenannten "Sixpack" (6 Berichte) zur Economic Governance an. Die darin vorgesehenen Maßnahmen sollen die Mitgliedsländer der Eurozone davon abhalten, Kommissionswarnungen zur Korrektur der Haushaltspolitik und Aufforderungen zu schnellerem Vorgehen gegen ökonomische Ungleichgewichte einfach zu ignorieren. Rats- und Parlamentsunterhändler hatten sich vor zwei Wochen auf dieses Reformpaket geeinigt (vgl. letzten Newsletter). Nun hat das Plenum des Parlaments die Einigung bestätigt. Danach kann in Zukunft die Kommission eine Warnung an einen Mitgliedsstaat senden, wenn der Rat der Mitgliedsstaaten nicht innerhalb von 10 Tagen mit qualifizierter Mehrheit dagegen stimmt. Tut er dies, dann muss er seine Entscheidung vor dem Parlament öffentlich rechtfertigen. Einige Mitgliedsstaaten - angeführt von Frankreich - hatten bis zum Schluss auf dem umgekehrten Verfahren bestanden, nämlich dass der Rat eine Warnung grundsätzlich erst genehmigen muss. Eine solche Regelung hätte dem Handel "hinter den Kulissen" Tür und Tor geöffnet. Dass sie letztendlich nicht durchkam, ist ein großer Verhandlungserfolg der Parlamentsunterhändler mit maßgeblicher Beteiligung der Liberalen.

Weitere Erfolge sind das neue Recht des Parlaments, Finanzminister von "verwarnten" Ländern zu öffentlichen Anhörungen einzuladen sowie das Recht der Kommission, nicht nur EU-Staaten mit Handelsbilanzdefiziten, sondern auch solche mit Handelsbilanzüberschüssen unter die Lupe zu nehmen und zu Maßnahmen aufzufordern. Grund dafür ist die Tatsache, dass auch diese Länder Ursache für Instabilität sein können. Der reformierte Stabilitätspakt verbessert auch die Erstellung von Wirtschaftsdaten auf der Basis unabhängiger und genauerer Statistiken für gute Haushaltspolitik und -überwachung.

Barrosos Rede zur "Lage der Union" im Europäischen Parlament

In seiner alljährlichen Rede zur Lage der Union, die Kommissionspräsident Barroso an das Plenum richtete, warnte er vor einer zerstrittenen EU, da nur eine vereinte EU zukunftsfähig sein kann. Auch eine gemeinsame Währung funktioniert nicht ohne eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Um diese zu gewährleisten, müsse die EU mehr Kompetenzen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik erhalten. Die Kommission hat am Mittwoch einen Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Der europäische Steuerzahler habe bereits 4 Milliarden Euro für Garantien und Hilfszahlungen aufgebracht, nun sei es an der Zeit, dass Finanzunternehmen ebenfalls einen Beitrag leisten. Besondere Sorge bereitet Barroso die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Folge der aktuellen Krise. Er rief daher die europäische Wirtschaft dazu auf, mehr für die Schaffung von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen zu tun.

Mitgliedsstaaten nutzen EU-Strukturfonds zu wenig

Aus einem Initiativbericht über die Abrufquote der Strukturmittel durch die Mitgliedsstaaten, den das Europaparlament diese Woche verabschiedete, wird deutlich, dass ein nicht gerade kleiner Teil aus dem EU-Haushalt von den Mitgliedsstaaten ungenutzt bleibt. Nach etwas mehr als der Hälfte der laufenden Förderperiode waren Anfang 2011 je nach Land nur zwischen 11 und 44% der vorgesehenen Mittel abgerufen worden. Als Hauptgründe nennt der Bericht zum Einen komplizierte Regeln zur Beantragung der Mittel auf europäischer wie auf nationaler Ebene. Daher müssten dringend leistungsorientiertere und kosteneffizientere Verwaltungsverfahren im Rahmen der Strukturfonds eingeführt werden. Zweiter Grund ist das Unvermögen vieler Mitgliedsstaaten, ihren Anteil an der Finanzierung der Strukturprojekte aufzubringen. Da gerade in Krisenzeiten, die Haushaltskassen leer sind, Strukturprojekte aber helfen könnten, die Wirtschaften wieder anzukurbeln, wird im EU-Parlament auf Ausschussebene diskutiert, ob man den Anteil der EU-Finanzierung in dieser Situation nicht für befristete Zeit erhöhen sollte.

Palästinas Antrag auf Vollmitgliedschaft

Das Recht Palästinas auf Selbstbestimmung und gleichzeitig das Recht Israels auf sichere Grenzen hat das Europaparlament in einer Resolution bekräftigt, die es diese Woche annahm. Der Text enthält außerdem Empfehlungen für die laufenden Verhandlungen in der UN-Generalversammlung nach dem Antrag Palästinas auf Staatsanerkennung. Eine Endabstimmung, die die Versammlung in Gewinner und Verlierer spaltet, sollte vermieden werden. Stattdessen sollten die Unterhändler eine einvernehmliche Lösung bis Juni 2012 anstreben. Das EU-Parlament spricht sich für eine 2-Staaten-Lösung innerhalb der Grenzen von 1967 aus und ruft Israel auf den Siedlungsbau außerhalb dieser Grenzen zu stoppen. Beide Seiten sind aufgefordert, gewaltsame Feindseligkeiten zu beenden und zu den Verhandlungen zurückzukehren. Die EU-Außenkommissarin, Baroness Catherine Ashton, und die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten sollten ihre Bemühungen fortsetzen, um zu dem Antrag Palästinas bei der UNO eine gemeinsame Position zu erreichen.

Handelsabkommen mit Palästina

Ab 2012 sollen die palästinensischen Gebiete Landwirtschafts- und Fischereiprodukte direkt in die EU importieren können. Das Europäische Parlament hat diese Woche ein entsprechendes Handelsabkommen mit der Palästinensischen Behörde gebilligt. Bislang läuft der Handel mit Palästina unter unmittelbarer Kontrolle der israelischen Zollbehörden ab. Ab 2012 werden palästinensische Produkte direkt, zollfrei und weitgehend kontingentfrei in die EU einführbar sein. Am Handelsvolumen gemessen sind die palästinensischen Gebiete der kleinste Handelspartner der EU im euro-mediterranen Raum. Die Erleichterung in den Handelsbedingungen soll diesen Gebieten nun die Möglichkeit geben, die eigene Wirtschaft anzukurbeln. Im unwahrscheinlichen Falle, dass palästinensische Landwirtschafts- und Fischereiimporte so stark ansteigen, dass sie den EU-Binnenmarkt verzerren, kann die EU Schutzmaßnahmen einführen.

EU-Parlament fordert Ende der Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch in einer Resolution, die mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen wurde, dazu aufgerufen, die alltägliche Diskriminierung von und Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Menschen innerhalb und außerhalb der EU zu beenden. Die Resolution fordert, dass die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen innerhalb der EU umfassend gewahrt und in den Außenbeziehungen der EU systematisch verteidigt wird. Sie verlangt auch, dass Homo-, Bi- und Transsexualität aus der Klassifikation der Weltgesundheitsorganisation von psychischen und Verhaltensstörungen herausgenommen wird. Das Parlament verurteilt entschieden, dass dies immer noch in einigen Ländern, unter anderem in manchen EU-Mitgliedstaaten, als mentale Störung angesehen wird, die psychiatrische Behandlung benötigt.

Das Parlament weist auf die Pflicht der EU-Mitgliedstaaten hin, Menschen aus außereuropäischen Ländern, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung vor Verfolgung flüchten, Asyl zu gewähren. Die Abgeordneten fordern auch die Mitgliedstaaten auf, Freizügigkeit für gleichgeschlechtliche Paare und deren Familien, sowie Zugang zur Gesundheitsvorsorge und ärztlicher Behandlung auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen sicherzustellen.

Weg frei für EGF-Hilfen für entlassene Arbeiter in Deutschland, Dänemark und Portugal

Am Mittwoch hat das Parlament über Hilfen des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) in Höhe von 9 741 974 Euro abgestimmt, um 1 783 entlassenen Arbeitnehmern in Deutschland, Dänemark und Portugal zur Seite zu stehen. Da wir in der FDP-Delegation gegen die dauerhafte Beibehaltung des Globalisierungsfonds sind, haben wir uns bei der Abstimmung enthalten.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Kommission erlaubt 'Nacktscanner' (Schattenbericht, aktuell mündliche Anfrage)

In einer Plenardebatte hat die Kommission ihre Entscheidung, 'Nacktscanner' an europäischen Flughäfen zuzulassen vor dem Europäischen Parlament verteidigt. Derzeit gäbe es auf dem Markt überwiegend Körperscanner, die 'reale' Körperbilder produzieren. Der Schutz der Privatsphäre sei dadurch gewährleistet, dass die Bilder verschwommen sind und kein Augenkontakt zwischen dem Passagier und der Person am Monitor erlaubt ist. In meinem Redebeitrag kritisierte ich, dass die Intimsphäre auch dann verletzt wird, wenn die Person, die den nackten Körper sieht, in einem anderen Raum sitzt. Wir hatten uns im Juli bei der Abstimmung über den Bericht zur Sicherheit an Flughäfen klar gegen Körperbilder und für schematische Abbildungen ausgesprochen. Trotzdem hat die Europäische Kommission in einer Verwaltungsentscheidung die Nutzung von 'Nacktscannern' erlaubt, bei denen Körperabbildungen vom Kontrollpersonal begutachtet werden. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass bisher nur ein Hersteller Geräte mit Piktogrammdarstellung anbietet und eine daraus resultierende Monopolstellung nicht gewünscht sei. Anpassungen könnten später gemacht werden, wenn es neue Entwicklungen auf dem Markt gibt. Meiner Überzeugung nach bestimmt jedoch die Nachfrage das Angebot. Blieben wir unserer Forderung nach Piktogramm-Scannern treu, würde das weitere Hersteller anspornen, diese ebenfalls zu produzieren und der Wettbewerb wäre bis zur möglichen europaweiten Einführung der Geräte gewährleistet.

Mehr Sicherheit auf Europas Straßen

Mit dem Ziel die Anzahl der Toten und Schwerverletzten auf den europäischen Straßen drastisch zu reduzieren, hat das Europäische Parlament diese Woche einen Initiativbericht angenommen. Darin wird ein EU-Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen für mehr Straßenverkehrssicherheit gefordert. Die FDP-Delegation hat sich bei der Endabstimmung enthalten. Dieser nicht-legislative Text gibt eine große Anzahl von Empfehlungen, um die Sicherheit auf Europas Straßen zu erhöhen. Selbstverständlich unterstützen wir dieses Ziel - auch wir wollen die Zahl der Verkehrstoten und -verletzten senken. Einige Maßnahmen sind jedoch deutlich überzogen, wie die Forderung einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in Städten oder das verpflichtende Mitführen von Warnwesten für alle Fahrzeuginsassen von PKW. Auch rückwärtsgewandte Sitze für Kinder bis zu drei Jahren sind unrealistisch, weil sie diesen nicht genug Beinfreiheit bieten könnten. Stattdessen sollte sich der Gesetzgeber auf tatsächlich relevante Risiken konzentrieren. Ein großer Teil der Verkehrsunfälle wird durch Fahranfänger verursacht. Projekte wie das begleitete, in Niedersachsen erstmals eingeführte, Fahren ab 17 Jahren zeigen, dass auch sinnvolle Regelungen für die Verkehrssicherheit möglich sind.

Europa als weltweit beliebtestes Reiseziel

Mit modernen Kommunikationstechniken, Innovation und Ausbildung im Tourismussektor und einem einheitlichen europäischen Gütezeichen will das Europäische Parlament 'nachhaltigen, verantwortungsbewussten und hochwertigen Tourismus' fördern. Eine entsprechende Resolution hat das Parlament am Europäischen Tag des Tourismus verabschiedet.

Europa ist das weltweit beliebteste Reiseziel. 40 Prozent aller Touristen reisen hierher. Hier steckt ein großes Entwicklungspotenzial für vor allem kleine und mittlere Unternehmen, aber auch für entlegene und ländliche Gebiete. Denn Europa hat viel mehr zu bieten als Sehenswürdigkeiten in Hauptstädten. Zum Beispiel im naturnahen Tourismus am Wattenmeer oder Radwanderwegen sind wir führend. Auch stillgelegte Industrieanlagen oder Bergwerke wie im Ruhrgebiet oder im Harz sind sehenswert und bieten hervorragende Möglichkeiten, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen nachzuvollziehen.

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Die Zukunft des Europäischen Globalisierungsfonds (EGF)

Um die Zukunft des EGF ging es in einer EntschlieÙung, die das Europäische Parlament diese Woche annahm. Der darin enthaltene Vorschlag, die laufenden aus dem Fonds finanzierten Maßnahmen bis Ende 2013 laufen zu lassen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Diese Maßnahmen zielen auf die Wiedereingliederungshilfe von Arbeitnehmern in den Arbeitsmarkt ab, die Opfer von Massenentlassungen aufgrund der Globalisierung oder gegenwärtigen Finanzkrise werden. Das EU-Parlament unterstützte auch den Vorschlag der EU-Kommission, den EGF auch in der kommenden europäischen Finanzperiode (2014-2020) weiter zu führen. Allerdings wurde der Vorschlag dem EGF eine eigene Haushaltslinie im EU-Budget zu geben abgelehnt. Da wir FDP-Abgeordnete - wie auch einige liberale MdEPs aus anderen Mitgliedsstaaten - es für sinnvoller halten, den ursprünglich auf Zeit eingerichteten EGF wieder aufzulösen und die Mittel dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zuzuführen, der auch für Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt wird, haben wir uns bei der Schlussabstimmung enthalten.

Herzliche Grüße aus StraÙburg!
Ihre Gesine Meißner

November I 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch wenn derzeit Griechenland und der Euro-Rettungsschirm - nicht nur beim Mitgliederentscheid der FDP, sondern auch in allen europäischen Debatten - im Vordergrund stehen, geht die Arbeit im Europaparlament auf allen Gebieten weiter.

Über die Debatten und Abstimmungen der Oktober-Plenarwoche und meine derzeitige Ausschussarbeit berichte ich in dieser Ausgabe.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Debatte über Ergebnisse des Europäischen Rates

In einer Plenardebatte über die Ergebnisse des Gipfels der Staats- und Regierungschefs, der am 23. Oktober 2011 stattfand, diskutierte das EU-Parlament mit Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Während Van Rompuy den Inhalt der erzielten Einigung zwischen den Mitgliedsstaaten hervorhob und lobte und Barroso weitere Reformvorschläge ankündigte, äußerten sich die meisten Fraktionsvorsitzenden zwar erleichtert, aber mahnten mehr europäische Integration an. Angesichts der sich fast überschlagenden Meldungen aus Griechenland bleibt zu hoffen, dass die beschlossenen Maßnahmen bald eine stabilisierende Wirkung zeigen.

Haushaltsvorschlag für 2012

In seinem Standpunkt zum EU-Haushalt 2012, den das Europaparlament im Oktober verabschiedet hat, hat es im Wesentlichen die gleichen Schwerpunkte gesetzt wie die EU-Kommission in ihrem Vorschlag. Danach soll der Gesamthaushalt um 5,23% erhöht werden mit deutlich mehr Mitteln für Forschung und Entwicklung sowie für die Kohäsions- und Strukturfonds. Auch dem Bereich Justiz und Inneres möchte das Parlament im nächsten Jahr mehr Mittel zukommen lassen, um dem erweiterten Aufgabenbereich der Grenzschutzagentur Frontex (vgl. Newsletter Sept. 2011) gerecht zu werden. Hier übten die Abgeordneten Kritik am Standpunkt der EU-Finanzminister vom Juli, der in diesem Bereich Kürzungen vorsieht, obwohl der Grenzschutz zu den Top-Prioritäten des Rates gehört. In der Landwirtschaft befürwortet das Europaparlament die Einrichtung eines Notfallfonds von 250 Mio. Euro für Obst- und Gemüseproduzenten, um künftig für Krisen wie die um EHEC und Entschädigungszahlungen gewappnet zu sein. Darüber hinaus stimmte das Parlament für mehr Geld für Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit und für Hilfsmaßnahmen in Krisengebieten. Einsparungen sieht es durch Umschichtungen im EU-Haushalt und vor allem durch Kürzung des eigenen Haushalts vor. 74,1 Millionen Euro möchte das Europaparlament trotz Mehrbelastung durch zusätzliche Abgeordnete und einen größeren Aufgabenbereich nach dem Vertrag von Lissabon einsparen, indem es seine Verwaltung effektiver organisiert.

Härtere Strafen für Kinderschänder und Kinderpornographie in der EU

Mit großer Mehrheit nahm das Plenum des EU-Parlaments eine neue "Richtlinie zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs und der Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie" an, auf die sich zuvor bereits die Verhandlungspartner von Rat und Parlament geeinigt hatten. Die neue Richtlinie enthält EU-weite Regelungen zu Prävention, Strafverfolgung und Opferschutz. Höhere Strafen erwarten vor allem Vertrauenspersonen oder Personen mit Entscheidungsbefugnis oder Einfluss auf das Kind, die es missbrauchen, sowie der Missbrauch von aufgrund einer Behinderung

oder Betäubung besonders gefährdeten Kindern. Da ungefähr 20 Prozent der Sexualstraftäter nach ihrer Verurteilung weitere Straftaten begehen, schreibt die Richtlinie vor, dass verurteilte Straftäter "zeitweise oder dauerhaft daran gehindert werden sollen, berufliche Tätigkeiten auszuüben, die direkten und regelmäßigen Kontakt mit Kindern beinhalten". Arbeitgeber haben das Recht, wenn sie jemanden einstellen, Informationen über Verurteilungen für sexuelle Straftaten an Kinder anzufordern. Mitgliedstaaten dürfen weiterreichende Maßnahmen wie beispielsweise die Erfassung von verurteilten Tätern in "Sexualstraftäter-Registern" ergreifen. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen außerdem dafür sorgen, dass sich auf Servern auf ihrem Hoheitsgebiet keine Internetseiten befinden, die Kinderpornographie enthalten oder verbreiten. Es ist ein Verhandlungserfolg der Liberalen, dass der Vorschlag einer EU-weiten Sperrinfrastruktur keine Mehrheit bekam und stattdessen die Verantwortung für die Umsetzung dieser Regelung - ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips - bei den Mitgliedsstaaten liegt. Befindet sich der Server einer kinderpornographischen Internetseite in einem Staat außerhalb der EU und ist der Staat nicht zur Zusammenarbeit in dieser Sache bereit, können EU-Staaten die entsprechenden Seiten für die Internetuser auf ihrem Hoheitsgebiet sperren. Die Anzahl von kinderpornographischen Internetseiten wächst stetig. Schätzungen zufolge werden täglich 200 kinderpornographische Bilder in Umlauf gebracht. Immer jüngere Kinder werden pornographisch dargestellt, und die Bilder werden expliziter und gewalttätiger. Sich pornographisches Material von Kindern im Internet anzusehen, wird nach der neuen Richtlinie mit mindestens einem Jahr Gefängnis bestraft.

Diesjähriger Sacharow-Preisträger gewählt

Die diesjährigen Gewinner des Sacharow-Preises für geistige Freiheit wurden in der vergangenen Plenarwoche in Straßburg vom Parlamentspräsidenten Buzek und den Fraktionsvorsitzenden gewählt und im Plenum verkündet. Die Wahl fiel auf fünf Vertreter des "Arabischen Frühlings", Aktivisten aus Ägypten, Libyen, Syrien und Tunesien. Nach den Worten des Parlamentspräsidenten möchte das Europäische Parlament mit seiner Entscheidung seine Solidarität mit der arabischen Welt und seine Unterstützung in ihrem Kampf für um Freiheit, Demokratie und Beendigung autoritärer Regime zum Ausdruck bringen. Der Preis sei ein "Symbol für all diejenigen, die sich in der arabischen Welt und darüber hinaus für Würde, Demokratie und Grundrechte einsetzen." Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit ist nach dem sowjetischen Physiker und Menschenrechtsaktivisten Andrei Sacharow benannt und wird seit 1988 jährlich vom EU-Parlament an Individuen oder Gruppen verliehen, die einen wichtigen Beitrag zum Kampf für Menschenrechte und Demokratie geleistet haben. Er ist mit 50 000 Euro dotiert und wird dieses Jahr am 14. Dezember in einer feierlichen Plenarsitzung des Parlaments in Straßburg überreicht werden.

Vereinfachte Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe

EU-Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe sollen vereinfacht werden, um die Teilnahme an europaweiten Ausschreibungen auch für kleine und mittelgroße Unternehmen attraktiver zu machen. Eine entsprechende EntschlieÙung hat das Europaparlament in Straßburg angenommen. Nach dem Willen des Parlaments sollen Vergabebehörden bei der Zuschlagserteilung neben dem Preiskriterium verstärkt auch die Qualität der zu beschaffenden Waren und Dienstleistungen berücksichtigen.

Der Linie der Liberalen entsprechend wurden verbindliche Zuschlagskriterien für öffentliche Auftraggeber abgelehnt. Sinnvoll ist auch, dass Vergabebehörden bei der Bewertung des günstigsten Angebots künftig die gesamten Lebenszykluskosten betrachten sollen, denn das zunächst billigste Angebot erweist sich am Ende nicht immer als das wirtschaftlich günstigste.

Wir Liberalen haben vor allem Vorschläge zur Verbesserung des Zugangs für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützt, denn KMU erhalten immer noch weniger öffentliche Aufträge als ihrem Anteil an der Wirtschaft entsprechen würde. Außerdem konnten wir die Forderung nach einer Abschottung des europäischen Beschaffungsmarktes von Bietern aus Drittstaaten verhindern, was den Handelsbeziehungen mit unseren internationalen Partnern sehr schaden würde. Kritisch ist jedoch aus Sicht der FDP im Europaparlament eine Erhöhung der Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen. Studien belegen, dass die Kostenersparnis durch den größeren Wettbewerb den zusätzlichen Aufwand rechtfertigt, den europaweite Ausschreibungen mit sich ziehen.

Konkrete Vorschläge der EU-Kommission zur Überarbeitung der Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe sind bis Jahresende angekündigt.

Europäische Strategie für den Einsatz von Antibiotika

Der zunehmenden Unwirksamkeit der Antibiotika und die damit verbundene Gefahr der Ausbreitung von Viren und Bakterien muss mit strengeren Regeln entgegengesteuert werden. In einer rechtlich nicht bindenden Resolution fordert das Parlament eine europäische und internationale Gesamtstrategie, um den unsachgemäßen Gebrauch von Antibiotika in der Tier- und Humanmedizin zu verhindern und Anreize für die Entwicklung neuer Antibiotika zu geben.

Dazu sollen öffentliche Aufklärungskampagnen von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten gehören, da die Hälfte der Bevölkerung nach wie vor irrigerweise annimmt, dass Antibiotika zur Behandlung von Erkältungen, Virus- und Grippeerkrankungen geeignet sind. Außerdem soll die EU-Kommission Anreize zur Intensivierung der pharmazeutischen Forschung in diesem Bereich setzen, da in den vergangenen Jahrzehnten kaum neue Antibiotika auf den Markt gekommen sind.

Die Verwendung von Antibiotika als Wachstumsförderer in der Tierzucht ist in der EU bereits verboten, nun sollte aber auch deren systematischer "prophylaktischer" Einsatz eingeschränkt werden. Die Resolution fordert eine weitgehende Trennung der bei human- und tiermedizinischen Arzneimitteln eingesetzten Wirkstoffe, damit die Antibiotikaresistenzen nicht vom Tier auf den Menschen übergehen. Zudem sollte die EU den landwirtschaftlichen Einsatz von Antibiotika, die bei problematischen Fällen als „letztes Mittel“ gelten, überwachen.

Gesundheits-Kommissar John Dalli kündigte an, dass die Kommission einen fünfjährigen Aktionsplan im November vorstellen wird.

Globale Wirtschaftsordnung

Die weltweite Koordinierung von Wirtschaftssystemen muss radikal reformiert werden wie Ungleichheiten im Handel, beschleunigtes oder langsames Wirtschaftswachstum und ein stark verflochtenes Bankensystem aufzeigen. Das Europaparlament hat in Straßburg eine Resolution angenommen, die eine Strukturreform des Internationalen Währungsfonds, das Ende von politischer Einmischung in Wechselkurse und Regeln zur Trennung von Spekulationsgeschäften und traditionellen Bankfunktionen fordert.

EntschlieÙung zur Unterstützung alleinerziehender Mütter

Die rechtlich nicht bindende EntschlieÙung, die das Parlament in Straßburg annahm, enthält konkrete Vorschläge zur besseren Unterstützung alleinerziehender Mütter. Danach sollten die EU-Mitgliedstaaten Familienzentren einrichten, in denen junge alleinerziehende Mütter ohne oder mit wenig Einkommen eine zeitweilige Unterkunft finden sowie Beratung und Bildungsangebote nutzen können. Zudem werden Wohnungsbeihilfen, Priorität auf Wohnungswartelisten und Steuererleichterungen für Alleinerziehende sowie finanzielle Anreize für Unternehmen, die Betriebskindergärten einrichten, vorgeschlagen. Die EntschlieÙung enthält auch Vorschläge für Bildungs- und Weiterprogramme, die aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert werden könnten. Angesichts der Tatsache, dass statistisch alleinerziehende Mütter in ganz Europa weniger gebildet sind als verheiratete, ist Bildungsförderung ein wichtiges Instrument, um Mütter vor Armut zu schützen.

Selbstverbrennung von Nonnen und Mönchen in Tibet

Mit einer von vier Fraktionen eingebrachten gemeinsamen Resolution zur Menschenrechtssituation in Tibet brachte das Europaparlament seine Besorgnis über die jüngsten Meldungen zur zunehmenden Gewalt an tibetischen Mönchen zum Ausdruck. In der zugehörigen Plenardebatte forderte ich unsere europäischen Regierungsvertreter zum Handeln auf. Wenn junge Menschen im Alter von 18 und 19 Jahren keinen anderen Weg des Protestes mehr sehen als sich selbst zu verbrennen und dadurch für die Religionsfreiheit ihrer Mitmenschen zu kämpfen, müssen wir etwas tun. Die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zu China für die Europäische Union darf kein Grund sein, zu diesem Thema zu schweigen. Der Dalai Lama und seine Anhänger setzen ihre Hoffnung auf uns in Europa.

Schärfere Regeln gegen mafiöse Unterwanderung

Um sicherzustellen, dass mafiöse Organisationen nicht auf EU-Mittel zugreifen können, fordert das EU-Parlament in einer Resolution schärfere Regeln. Sie sollen die Rückverfolgbarkeit von EU-Mitteln durch Institutionen, Bürger und Presse festlegen, wobei besonderes Augenmerk auf die lokale Verwaltungen gelegt werden sollte, da diese am anfälligsten sind. Unternehmen mit Verbindungen zu organisiertem Verbrechen sollen durch neue Gesetze und Transparenz in den Finanzströmen abgehalten werden, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen. Das Parlament soll zudem eine Sonderkommission einrichten, die untersucht, wie kriminelle Organisationen den öffentlichen Sektor und die legale Wirtschaft unterwandern. Neue Vorschriften und Ehrenkodizes der Fraktionen sollen ausschließen, dass verurteilte

Mitglieder krimineller Organisationen für das Europäische Parlament kandidieren können.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Neue Verkehrsnetze, neue Chancen für das Exportland Deutschland

Die Europäische Kommission hat am 19. Oktober 2011 den Vorschlag für eine Überarbeitung der Leitlinien für die transeuropäischen Verkehrsnetze präsentiert. Darin wird sowohl das „Kernnetz“ der wichtigsten Verkehrsachsen durch Europa als auch das „Gesamtnetz“ der grundlegenden Verbindungslinien neu festgelegt. Lückenlose Verbindungswege durch Europa sind zugleich logische Konsequenz und Bedingung für einen gut funktionierenden Binnenmarkt.

Mit den neuen Leitlinien erhält endlich auch der bisher vernachlässigte Norden Deutschlands die nötige Aufmerksamkeit durch die EU. Das wirtschaftliche Potenzial unserer Nordseehäfen und ihrer guten Hinterlandanbindung ist von der Kommission erkannt worden. Die Häfen Bremen, Bremerhaven, Hamburg und Wilhelmshaven wurden ins "Kernnetz" aufgenommen. Ebenso die West-Ost-Achse Amsterdam-Hannover-Berlin-Warschau mit ihrer Transportkapazität, die man bereits jetzt fast dreifach nutzen kann: auf Straße, Schiene und Wasserstraßen. Darauf habe ich in Verkehrskreisen immer wieder hingewiesen. Die EU-Kommission veranschlagt für die Transportinfrastruktur im Zeitraum 2014 bis 2020 Finanzmittel von 31,7 Milliarden Euro. Insgesamt stehen im Programm Connecting Europe Facility 50 Milliarden Euro für europäische Infrastrukturprojekte in den Bereichen Transport, Energie und Breitband zur Verfügung. Nun müssen wir in Deutschland die Chance nutzen, europäische Finanzhilfen für den Ausbau zu bekommen.

Ausschuss für Frauen und Gleichstellung

Delegationsreise nach Israel und Palästina

Obwohl bei der Delegationsreise vom 1. bis 4. November vor allem Themen aus der Arbeit im Frauenausschuss auf dem Programm standen, spielte natürlich der Antrag von Palästinenserpräsident Abbas auf Anerkennung Palästinas bei der UN und der Unesco eine Rolle. In Jerusalem trafen wir Ausschussvorsitzende in der Knesset, in Ramallah diskutierten wir mit dem Regierungspräsidenten Dr. Fayyad, mit 5 Ministerinnen aus seinem Kabinett und der Bürgermeisterin von Ramallah, die gerade kurz vor Abschluss einer Städtepartnerschaft mit Bonn steht. Die meiste Zeit entfiel auf Gespräche mit Vertreterinnen von NGOs - im Gazastreifen und in der Westbank, aber auch in Jerusalem und Tel Aviv. Fazit: Die Situation in diesem durch Mauer, Wachtürme und umfangreiche Checkpoints geteilten Landstrichs erinnert baulich sehr an die ehemalige deutsch-deutsche Grenze, wobei Israel in der deutlich stärkeren Position ist. Die Fronten der Regierungsvertreter auf beiden Seiten sind verhärtet, die Anerkennung Palästinas durch die Unesco hat die Situation noch verschärft. Insbesondere im Gazastreifen sind die Menschen erheblichen Entbehrungen ausgesetzt, die Arbeitslosigkeit ist extrem hoch, Kinder und Jugendliche haben kaum Entwicklungschancen. Bei den Frauen in den NGOs gibt es auf beiden Seiten großes Engagement für eine friedliche Lösung des Konfliktes und vielfältige Versuche, die

Lebenssituation für Familien in den besetzten Gebieten zu verbessern. Bei Machsom Watch haben sich auf israelischer Seite 500 Frauen (teilweise deutscher Herkunft) ehrenamtlich organisiert, um auf menschenunwürdige Vorgänge an den Checkpoints hinzuweisen. Sowohl die EU als Mitglied des "Quartetts" in den Nahostverhandlungen als auch Deutschland mit seiner historisch besonderen Stellung zu Israel sind gefordert, auf eine friedliche Lösung dieses Dauerkonflikts hinzuwirken.

Teamklausur in Goslar

In der dritten Teamklausur meiner Büros waren wir nach Klausuren auf Baltrum/Wattenmeer und in Stade/ Hamburg dieses Mal in Goslar und im Harz. Bei den Führungen im Nationalpark Harz und im Rammelsberg wie auch am Abend beim Treffen mit Parteifreunden standen - passend zu meinem Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr - touristische Fragen im Mittelpunkt. Bei Cutec in Clausthal-Zellerfeld und in einem Gespräch mit dem Goslarer Bürgermeister diskutierten wir innovative Projekte im Wirtschaftsstandort Harz und Fördermöglichkeiten durch die EU. Die nächste Teamklausur wird im März in Papenburg stattfinden.

Herzliche Grüße aus Brüssel!
Ihre Gesine Meißner

November II 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Plenarwoche war für mich besonders arbeitsintensiv. Mit dem Eisenbahnpaket und der Finanzierung der Integrierten Meerespolitik kamen gleich zwei wichtige Themen aus dem Verkehrsausschuss in Straßburg zur Abstimmung. Darüber hinaus erhielt eine von mir mit initiierte Schriftliche Erklärung eine überwältigende Mehrheit.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Mehr Wettbewerb im Bahnbetrieb

Bisher verhindern nicht nur Unterschiede in der Gleisbreite und technischen Ausstattung, dass Eisenbahngesellschaften wie die Deutsche Bahn in ganz Europa fahren können, sondern auch rechtliche und politische Hürden. Das Europäische Parlament hat diese in erster Lesung eine Position zu den Vorschlägen der Kommission verabschiedet. Vorgesehen sind strengere Vorschriften für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums und einen besseren Zugang zum Eisenbahnnetz. Wir haben uns im Verkehrsausschuss geeinigt, die schwierige Frage der Trennung von Netz und Betreiber aus der Revision des ersten Eisenbahnpakets auszuklammern. Da diese Frage in der derzeitigen Praxis nicht ausschlaggebend für den Marktzugang ist, wurde dieser Aspekt vorläufig aus der Richtlinie herausgelassen. Die Kommission wird hierzu nächstes Jahr einen separaten Gesetzesvorschlag machen. Entscheidend für mehr Wettbewerb ist ein starker unabhängiger Regulator

auf nationaler und europäischer Ebene. Dieses zentrale Anliegen der Liberalen ist einer der Hauptbestandteile des Gesetzestextes. Bei der Finanzierung habe ich mich federführend für die ALDE für getrennte Kreisläufe innerhalb einer Holding eingesetzt. Wir wollten sicherstellen, dass staatliche Zuschüsse und Gewinne der Infrastruktursparte ausschließlich für den Schienenausbau verwendet werden und nicht, um sich einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen oder Konkurrenten aufzukaufen. Bedauerlicherweise fand dieser Aspekt keine Mehrheit. Das Dossier wird ab Vorliegen der Ratsposition in zweiter Lesung erneut verhandelt.

Integrierte Meerespolitik jetzt fester Bestandteil der EU-Politik (Schattenbericht)

Das Europäische Parlament in Straßburg hat die Finanzierung für die Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik in der EU verabschiedet. Erst mit dieser Verordnung, die auf meinem Bericht im letzten Jahr aufbaut, wird die Integrierte Meerespolitik in der EU-Politik verankert. Das ist wichtig, denn 40 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts werden in und um das Meer erwirtschaftet - im Seetransport, durch Fischfang, Offshore-Energien, Küstentourismus und in zunehmendem Maß durch Forschung und Innovation. Klare Programmziele und ihre Finanzierung sind Voraussetzungen für konkretes Handeln. In den Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission haben wir darauf gepocht, dass das Europäische Parlament auch bei künftigen Entscheidungen im Rahmen der Integrierten Meerespolitik Mitspracherecht hat. Ziel der Integrierten Meerespolitik ist es, bei der Verwaltung und Politikgestaltung betreffend Ozeane, Meere und Küstengebiete in der EU koordiniert vorzugehen. Die Verordnung sieht Finanzmittel in Höhe von 40 Millionen Euro vor, mit denen die seit 2007 in diesem Bereich geleistete Arbeit fortgesetzt werden soll. Bislang wurden mehrere Initiativen als vorbereitende Maßnahmen und Pilotvorhaben für zwei oder drei Jahre finanziert. Der Verordnungsvorschlag enthält nun ein Programm als einen stabilen Rahmen, mit dem die Unterstützung dieser Maßnahmen von 2011 bis 2013 gesichert und eine Fortsetzung ab 2014 vorgegeben ist.

Barrierefreier Notruf für alle

Nach einer mehrmonatigen Unterschriftenkampagne wurde diese Woche eine schriftliche Erklärung zur Einrichtung einer barrierefrei zugänglichen Notrufnummer 112 vom Plenum in Straßburg angenommen. Das ist für mich als Mitinitiatorin der Erklärung ein großer Erfolg, denn so konnten wir öffentlichkeitswirksam auf ein seit langem bestehendes Problem hinweisen. Bisher ist das Absetzen von Notrufen in der Europäischen Union ausschließlich unter der Verwendung der Stimme möglich. Eine Möglichkeit Botschaften per Texteingabe oder Videotechnologie zu übermitteln gibt es nicht. Dadurch werden Menschen mit Behinderungen wie Schwerhörige oder Taubstumme ausgerechnet in Notsituationen ausgeschlossen. Das verstößt nicht nur gegen das von der EU ratifizierte Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sondern es kann im Ernstfall sogar lebensgefährdende Konsequenzen haben. In den vergangenen zwei Monaten warb ich daher mit vier weiteren Abgeordneten aus anderen Mitgliedsstaaten und Fraktionen und dem europäischen Taubstummenverband für die Unterstützung eines Aufrufs an die Kommission, diesbezüglich tätig zu werden. Bis zur Mitte der Woche hatten insgesamt 480 Europaabgeordnete den Appell unterschrieben und damit ist die schriftliche

Erklärung die erfolgreichste seit den Europawahlen 2009. Sie wurde daraufhin von Parlamentspräsident Jerzy Buzek in Plenum verlesen und damit angenommen. Die Erklärung wird nun an die Kommission, den Rat und die Regierungen der Mitgliedsstaaten übermittelt. Die breite Unterstützung der Parlamentarier zeigt die Bedeutung des Problems. Ich hoffe, dass nun die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um gegen diese Diskriminierung vorzugehen. In einer alternden Gesellschaft sind schließlich zunehmend mehr Menschen von Schwerhörigkeit betroffen und damit in der Gefahr in Notfallsituationen für sich aber auch für andere von der Möglichkeit eines Hilferufes abgeschnitten zu sein.

Verbot ungedeckter Leerkäufe

Ungedeckte Leerverkäufe von Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen werden ab November 2012 verboten. Die entsprechende Bestimmung hat das Europäische Parlament als Teil eines Kompromisspakets mit dem Rat diese Plenarwoche in Straßburg verabschiedet. Gleichzeitig bekommen die Mitgliedstaaten das Recht, das Verbot auszusetzen, wenn auf der Basis eines Kriterienkatalogs begründet werden kann, dass der Zugang zum Kapitalmarkt nicht ausreichend gewährleistet und das Verbot Ursache dieses Problems ist. Zu den Kriterien gehört ein Ansteigen der Renditen bzw. Zinsen für Anleihen im Vergleich zu anderen Staaten oder eine Verteuerung der Kreditausfallversicherungen. Die Verordnung führt zudem Regeln für Leerverkäufe von Aktien und Anleihen ein, mittels derer die Transparenz solcher Geschäfte erhöht werden soll und um den Aufsichtsbehörden die Möglichkeit zu geben, sogenannte systemrelevante Risiken oder Missbrauch festzustellen. Künftig muss bei Eingehen einer Short-Position sichergestellt sein, dass die entsprechenden Wertpapiere tatsächlich im Besitz des Händlers oder zumindest verfügbar sind. Dies richtet sich gegen die Praxis des ungedeckten Leerverkaufs bei dem mit Papieren gehandelt wird, die nicht im Besitz des Händlers sind. Leerverkäufe werden u.a. für den Anstieg der Volatilität auf den Finanzmärkten verantwortlich gemacht. Sie sollen überdies zu einer Verschärfung der Griechenland-Krise beigetragen haben.

Gemeinsame Standards für Online-Glücksspiele

In einer Entschließung, die das Parlament mit großer Mehrheit annahm, fordert es neben verstärkter Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auch gemeinsame Standards für den Verbraucherschutz und die Verbrechensbekämpfung. Für erfolgreiche Suchtprävention, Jugendschutz und Betrugsbekämpfung müssen die Mitgliedstaaten besser zusammenarbeiten, denn Online-Glücksspiele finden nicht nur innerhalb von Staatsgrenzen statt. Leider lehnen viele Mitgliedstaaten eine europäische Initiative in diesem Bereich bisher ab, weil sie ihre Glücksspielmonopole in Gefahr sehen. Mit dem deutlichen Abstimmungsergebnis sendet das Parlament ein starkes Signal an die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten. Einheitliche Qualitätsstandards für nationale Lizenzierungsmodelle würden einen wichtigen Beitrag zu mehr Transparenz, Wettbewerbsgleichheit und Rechtssicherheit schaffen. Außerdem könnten unnötige bürokratische Hürden für das grenzüberschreitende Angebot von Glücksspielen im Binnenmarkt abgebaut werden. Mit Blick auf die zukünftige Regulierung von Glücksspielen im Binnenmarkt führte die die EU-Kommission von März bis Juli 2011 auf der Grundlage eines Grünbuchs eine öffentliche Konsultation durch, die derzeit ausgewertet wird.

EU-weites Bienensterben bedroht Lebensmittelproduktion

Schätzungsweise 84% der Pflanzenarten und 76 % der Lebensmittelproduktion in Europa sind von der Bestäubung durch Bienen abhängig. In einer vom Plenum in Straßburg verabschiedeten Resolution äußert sich das Europaparlament daher besorgt über das verbreitete Bienensterben und fordert Kommission und Mitgliedsstaaten zu Maßnahmen auf. Dazu zählen die Einrichtung nationaler Kontrollsysteme sowie harmonisierte und verbesserte Standards bei der Datensammlung, um koordiniert handeln zu können. Zusätzlich soll die Forschungsförderung gestärkt und Anreize für Pharmaunternehmen geschaffen werden, neue Medikamente gegen Bienenkrankheiten zu entwickeln, die es ermöglichen auf Antibiotika zu verzichten. Darüber hinaus schlägt das Parlament Schulungen für Landwirte, Ärzte und Imker vor, um über die Auswirkungen von Giftstoffen auf die Bienenpopulation und einen bienenfreundlichen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu informieren.

Diskriminierungsfreier Zugang zu Internetdiensten

Das Europaparlament hat sich in einer Entschließung für die Förderung eines neutralen und offenen Internets ausgesprochen. Ein transparenter und diskriminierungsfreier Zugang zum Netz und zu Internetdiensten muss gewährleistet sein, wenn die Innovationskraft des Netzes erhalten bleiben soll. Dies soll mit einem intelligenten und transparenten Netzwerkmanagement kombiniert werden, um den jeweiligen Ansprüchen der Endnutzer gerecht zu werden und sicherzustellen, dass sie auch das erhalten, wofür sie bezahlen. Das Parlament beruft sich auf den offenen Charakter des Internet als eine zentrale Triebkraft für Wettbewerbfähigkeit, Wirtschaftswachstum und gesellschaftliche Entwicklung. Dabei sollen Meinungsfreiheit, der freie Zugang zu Informationen, die Wahlfreiheit der Verbraucher sowie der Medienpluralismus sichergestellt werden. Das Parlament fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Internetdiensteanbieter keine Sperrungen, Diskriminierungen oder sonstige Einschränkungen für Nutzer vornehmen, Inhalte, Anwendungen oder Dienste im Internet nach freier Wahl in Anspruch zu nehmen.

Neues Europäisches Kulturerbe-Siegel

Das EU-Parlament hat eine Entschließung für ein freiwilliges Europäisches Kulturerbe-Siegel für symbolische Stätten europäischer Geschichte oder Integration angenommen. Ab 2013 kann jeder EU-Staat alle zwei Jahre zwei Kandidatenstätten vorschlagen. Eine Jury aus 13 unabhängigen Experten wählt dann eine pro Land aus. Besondere Aufmerksamkeit gilt den "länderübergreifenden" Stätten angesichts ihrer speziellen Symbolik für die gemeinsame europäische Geschichte. Das Siegel garantiert die Qualität der ausgewählten Stätten. Nominiert werden können Denkmäler, natürliche, versunkene, archäologische, ländliche oder industrielle Stätten, kulturelle Landschaften, Gedenkstätten sowie materielles oder immaterielles Kulturerbe, das mit einem Ort in Verbindung gebracht wird. Das können auch an zeitgenössische Kulturerbe-Stätten sein. Das neue Modell des Europäischen Kulturerbe-Siegels baut auf dem gleichnamigen zwischenstaatlichen Siegel auf, das 2006 eingeführt wurde. Die Stätten, denen seit 2006 das Siegel unter dem alten Programm verliehen wurde, können sich für das neue Siegel bewerben.

Anerkennung von Berufsqualifikationen

Mit einer EntschlieÙung zur Anerkennung von Berufsqualifikationen hat das Europaparlament Vorgaben zu einer Überarbeitung der Richtlinie von 2005 gemacht. Im Dezember will die Kommission einen entsprechenden Gesetzesvorschlag machen. Die Richtlinie soll die Freizügigkeit von Ärzten, Ingenieuren und anderen Fachkräften innerhalb der EU garantieren und gleichzeitig durch einen besseren zwischenstaatlichen Informationsaustausch die Standards für Sicherheit und Zuverlässigkeit ihrer Arbeit für die Bürger gewährleisten. Sobald eine Fachkraft in ihrem Heimatland von den zuständigen Aufsichtsbehörden suspendiert oder aus dem Register gestrichen wird, sollen die anderen Mitgliedsstaaten über einen Warnmechanismus darüber informiert werden. Mit einer Vereinfachung des Systems zur Anerkennung der Qualifikationen soll der Arbeitsmarkt flexibler, die Wirtschaft angekurbelt und damit dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

Illegaler Fischfang

In einer in dieser Woche angenommenen EntschlieÙung fordert das EU-Parlament Maßnahmen gegen illegalen Fischfang. Um europäische Fischer zu schützen, die sich an Recht und Ordnung halten, und um die biologische Vielfalt der Weltmeere zu erhalten, muss die EU internationale Anstrengungen vorantreiben wie verstärkte Kontrollen auf dem Meer, Verhinderung des Marktzugangs für illegalen Fang und Sanktionen gegen nachlässige Staaten. Schätzungsweise 15% des weltweiten Fischfangs stammen aus illegalen Quellen. Da zwei Drittel der Weltmeere außerhalb staatlichen Regelungsbereichs liegen und Fischschwärme und Fischerflotten sehr mobil sind, kann illegaler Fischfang nur in internationaler Zusammenarbeit bekämpft werden. In meinem Redebeitrag wies ich daher auf die notwendige bessere Vernetzung der europäischen Küstenwachen hin, die hier eine wichtige Rolle spielen könnten. Des Weiteren gab ich zu bedenken, dass die Fischerei in Europa ein altes Handwerk ist, in dem viele kleine und mittlere Unternehmen aktiv sind. Dieser Aspekt darf bei den geplanten Maßnahmen nicht aus den Augen verloren werden. Die EntschlieÙung schlägt für die EU ein Register für autorisierte Fischerboote und eine "Schwarze Liste" für illegale vor.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit in den Ausschüssen werde ich beim nächsten Mal wieder berichten.

Herzliche Grüße aus StraÙburg!
Ihre Gesine Meißner

Dezember 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

die letzte StraÙburger Plenarwoche in diesem Jahr war geprägt von den turbulenten Nachrichten aus Deutschland. Nachfolgend berichte ich über aktuellen aktuelle Beschlüsse und Debatten aus dieser Woche.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Abgeordnete bewerten EU-Gipfel und polnische Ratspräsidentschaft

Das Europäische Parlament hat sich in einer Plenardebatte am Dienstag mit dem vom 8. bis 9. Dezember tagenden EU-Gipfel, dessen Schwerpunkt mögliche Lösungen der EU und der Mitgliedstaaten zur Krisenbewältigung war, beschäftigt. Die Beschlüsse wurden mit großer Mehrheit begrüßt. Hitzige Debatten gab es mit den britischen Konservativen, die sich immer mehr isolieren. In der Aussprache am Mittwoch wurde auch ein Fazit der sechsmonatigen Ratspräsidentschaft Polens, die Ende 2011 abläuft, gezogen.

EU-weiter Schutz für Opfer von Gewalttaten

Gewaltopfer, die in einem EU-Mitgliedstaat vor ihren Tätern geschützt werden, könnten die gleichen Schutzmaßnahmen auch dann in Anspruch nehmen, wenn sie in einen anderen EU-Staat reisen. Das Parlament hat über die neuen Regeln, auf die sich die Parlamentsdelegation bereits mit nationalen Regierungen geeinigt hatte, am Dienstag abgestimmt. Demnach wären Opfer auch in anderen EU-Staaten vor geschlechterbezogener Gewalt, Belästigung, Entführung, Stalking oder versuchtem Mord geschützt.

Einheitliche Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung für Drittstaatsangehörige (Schattenbericht Sozialausschuss)

Arbeitnehmer aus Drittstaaten, die in der EU leben und arbeiten möchten, können die Genehmigungen für Aufenthalt und Arbeit künftig in einem Anlauf beantragen. Das Europäische Parlament hat den entsprechenden Richtlinienvorschlag für die 'einheitliche Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis' diese Woche gebilligt. Außerdem bekommen Arbeitsmigranten zusätzliche Rechte, um sie weitgehend mit EU-Arbeitnehmern gleichzustellen. Damit wird der Rahmen für eine Vereinfachung und eine gemeinsam gesteuerte Einwanderungspolitik in der EU verwirklicht, die die Mitgliedsstaaten schon 1999 in Tampere beschlossen hatten. Gerade mit Blick auf den demographischen Wandel ist dieser Schritt ungeheuer wichtig. Unsere Bevölkerung in Europa schrumpft, wir brauchen in Zukunft Arbeitnehmer von außerhalb der EU. Daher sollten wir zusehen, dass die legale Zuwanderung erleichtert wird und nicht der illegale Weg der einzige bleibt. Der Richtlinienentwurf garantiert Arbeitnehmern aus Drittstaaten ein gemeinsames Bündel an Rechten und weitestgehende Gleichbehandlung mit den Angehörigen des jeweiligen EU-Staates. Der Kompromiss macht nach 10 Jahren Diskussion endlich eine Einigung mit dem Rat möglich. Die Richtlinie muss nun von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden und soll Anfang des Jahres 2014 greifen.

Weniger Bürokratie für Kleinunternehmen

Das Europäische Parlament hat den mit dem Rat vereinbarten Kompromiss zur Ausnahme von Kleinunternehmen von der Pflicht der Erstellung von Jahresabschlüssen angenommen. Dafür haben wir Liberale im Europäischen Parlament zwei Jahre lang engagiert gestritten. Nach dem mit dem Rat

ausgehandelten Kompromiss ist vorgesehen, dass solche Unternehmen von der Offenlegungspflicht befreit werden können, welche 2 der 3 folgenden Kriterien erfüllen: (1) Bilanzsumme von max. 350.000 Euro, (2) Nettoumsatzerlös von max. 700.000 Euro, (3) max. 10 Beschäftigte. Während das Parlament den Vorschlag der Kommission, der sehr hohe Schwellenwerte beinhaltete, in den Beratungen ausdrücklich unterstützte, versuchte der Rat, diese zu halbieren. Letztlich ist es uns jedoch gelungen, die Schwellenwerte möglichst hoch zu halten. Die endgültige Entscheidung über die Einführung der Befreiung obliegt aber den Mitgliedstaaten. Da Deutschland zu den großen Unterstützern des Richtlinienvorschlags zählt, kann man mit der Einführung der Ausnahmeregelung für Kleinunternehmen in Deutschland rechnen.

Neuer Präsident und neue Abgeordnete

Die Amtszeit des Parlamentspräsidenten Jerzy Buzek wird am 17. Januar 2012 enden, wenn das Parlament den neuen Präsidenten für die zweite Halbzeit der Legislaturperiode wählt. Während der letzten Plenarsitzung unter seiner Führung zog Buzek daher in einer Plenarrede Bilanz seiner zweieinhalbjährigen Präsidentschaft. Drei Tage zuvor teilte er dem Plenum die Ankunft von 14 neuen Abgeordneten aus Österreich, Italien, Malta, Spanien, Schweden, Bulgarien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich mit. Nach einer Entscheidung des Europäischen Rates von Juni 2010 in Folge des Vertrages von Lissabon, der einen neuen Verteilungsschlüssel vorsieht, wird das Europaparlament um insgesamt 18 neue EU-Abgeordnete erweitert. Die verbleibenden fünf Mitglieder werden aufgenommen, sobald die nationalen Regierungen dem Parlament die Namen mitgeteilt haben.

Eindeutigere Kennzeichnungsregeln für Fruchtsäfte

Das Parlament hat in Straßburg der Novellierung der bestehenden Gesetzgebung von 2001 zur Kennzeichnung von Fruchtsäften zugestimmt. Der neuen Regelung zufolge ist es in Zukunft untersagt, Säfte und Nektare missverständlich zu etikettieren. Z.B. müssen bei Saftmischungen aus dem Produktnamen alle Säfte hervorgehen, die darin enthalten sind. Nektare, denen Süßstoffe anstatt Zucker beigefügt sind, dürfen nicht mehr die Aufschrift „ohne Zuckerzusatz“ tragen. Die neue Gesetzgebung sieht auch eine Änderung der Definition von Säften vor. Saft darf zukünftig nur genannt werden, was keinen Zucker oder Süßstoff enthält. Nach Zustimmung des Rates haben die nationalen Parlamente 18 Monate Zeit, ihre Gesetzgebung entsprechend zu aktualisieren.

Reinigungsmittel werden EU-weit nahezu phosphatfrei

Am Mittwoch hat das Parlament über die erlaubte Maximalmenge an Phosphaten in Spül- und Waschmitteln entschieden. Aus Gründen des Umweltschutzes ist ab Juni 2013 in einer normalen Dosierung Waschmittel maximal eine Menge von 0,5 Gramm Phosphor zulässig, in Spülmitteln eine von 0,3 Gramm. Einige Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, haben bereits heute Beschränkungen. Mit dem EU-Gesetz werden sich nun aber Unternehmen in allen 27 Mitgliedsstaaten einheitlichen Regeln unterwerfen müssen. Phosphorhaltige Abwässer stellen eine Umweltbelastung dar,

da der Stoff übermäßiges Pflanzenwachstum in Gewässern stimuliert und dadurch Fische und andere Wasserlebewesen zu ersticken drohen.

Haftbedingungen und Rechte von Gefangenen in der EU

Am Donnerstag hat das Parlament eine Resolution verabschiedet, in der es seine Besorgnis über die Lage der Haftbedingungen in der EU äußert. Mit der Resolution fordern die Abgeordneten die Kommission auf, einen Legislativvorschlag zu den Rechten von Häftlingen und Mindestnormen für Haftbedingungen vorzulegen. Zudem heißt es in der Resolution, dass Entschädigungen für Personen die zu Unrecht inhaftiert oder verurteilt würden vereinheitlicht werden sollen.

Derzeit, das geht aus dem Grünbuch der Kommission zum Freiheitsentzug hervor, leben große Teile der schätzungsweise 630000 Inhaftierten unter besorgniserregenden Zuständen. Besonders die Überfüllung vieler Haftanstalten wird zu einem immer größeren Problem. In diesem Zusammenhang fordert die Resolution eine neue Haushaltslinie, um die Mitgliedsstaaten, die häufig auf fehlende Mittel zur Verbesserung der Haftzustände hinweisen, zu hohen Standards anzuhalten

EU-Seesicherheitsagentur soll Meeresverschmutzung besser bekämpfen

Das Europaparlament hat diese Woche beschlossen, das Mandat der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) auch auf Öl- und Gasplattformen auszuweiten. Bisher verfolgt die Agentur lediglich die Meeresverschmutzung durch Schiffe. Die EMSA hat Ölbekämpfungsschiffe auf Abruf bereit stehen. Es ergibt keinen Sinn, dass diese Schiffe eingesetzt werden, wenn ein Öltanker leckt, aber untätig liegen bleiben, wenn das Öl aus einer Offshore-Anlage ausläuft. Wir müssen die Verschmutzung unserer Meere mit allen Kräften verhindern. Ich habe bereits in meinem Bericht zur Integrierten Meerpolitik gefordert, das Potenzial der EMSA in dieser Hinsicht besser zu nutzen. Sie sollte darüber hinaus Kommission und Mitgliedsstaaten im Bereich der Ausbildung von Seeleuten beraten und beim Küstenschutz unterstützend tätig werden. Mit der Entscheidung fordert das Parlament für die Agentur außerdem einen größeren Spielraum zur Unterstützung der EU-Nachbarländer. Ölteppiche machen nicht an unseren Grenzen halt. Die EMSA soll daher ausdrücklich den Auftrag bekommen, in regionalen Gremien mit unseren Nachbarländern zusammenzuarbeiten, um Verschmutzungsrisiken zu verringern und auf Unfälle effektiv zu reagieren. Nach der Stellungnahme des Rates wird der Vorschlag in die zweite Lesung gehen.

Für einen effizienten umweltfreundlichen Verkehr in Europa (Schattenbericht Verkehrsausschuss)

Mit dem Initiativbericht „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Wege zu einem wettbewerbsbestimmten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ nahm das Europaparlament Stellung zum Weißbuch Verkehr, das die Kommission Ende März diesen Jahres veröffentlicht hat. Grundsätzlich begrüßen wir Liberale das Weißbuch. Der europäische Binnenmarkt, unser Kernelement, braucht europaweit funktionierende Verkehrswege unter Einbeziehung aller Transportmittel. Ein Ziel der Europäischen Union ist die freie Mobilität für Menschen,

Waren und Dienstleistungen. Nur mit einer ausgewogenen Mischung der Transportmittel und intermodalen Plattformen erreichen wir gleichzeitig Wahlmöglichkeit, Wettbewerb, Effizienz, Umweltfreundlichkeit und Sicherheit. Bei einigen von der Kommission vorgeschlagenen Zielen mussten wir jedoch gegensteuern, zum Beispiel bei der Pflicht zur Verlagerung des Güterverkehrs über Distanzen von mehr als 300 Kilometern ausschließlich auf Schiene und Wasserwege. Hier brauchen wir einen flexibleren Ansatz. Welcher Transportweg die beste ökonomische und ökologische Bilanz hat, hängt immer vom Einzelfall und den regionalen Gegebenheiten ab. Da in einigen Regionen längere LKWs die beste Lösung darstellen können, lehnen Liberale deren Ausschluss aus Gründen, die rein ideologischer Natur sind, ab. Neue Regelungen für Hafendienstleistungen brauchen wir nicht, wohl aber einen Vorschlag der Kommission für eine Trennung von Netz und Betreiber im Eisenbahnverkehr. Im Weißbuch Verkehr wird die europäische Verkehrspolitik für das kommende Jahrzehnt und auch darüber hinaus bis zum Jahr 2050 skizziert.

Gesundheitsschutz und Sicherheit an Arbeitsplatz verbessern

Eine Resolution zum besseren Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmern hat das Parlament ebenfalls am Donnerstag verabschiedet. Jedes Jahr sterben 168000 EU-Bürger infolge von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, sieben Millionen verletzen sich bei Unfällen. Um diese Zahlen zu senken und einen einheitlichen Arbeitnehmerschutz in der Europäischen Union zu ermöglichen, fordert das Parlament in seiner Resolution die Kommission auf, Auswirkungen neuer Technologien und schädlicher Stoffe zu überprüfen, sowie das bereits 2004 verabschiedete Rahmenprogramm zu arbeitsbedingtem Stress in jedem Mitgliedsstaat ordnungsgemäß umzusetzen.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

LNG (Flüssiggas)-Seminar

Am 30. November habe ich ein Seminar zum Thema Flüssiggas als umweltfreundliche Alternative im Schiffsverkehr veranstaltet. Unter den Referenten waren Vertreter der Kommission, der Schiffbauindustrie, der Reeder, sowie der Häfen.

Flüssiggas stellt einen möglichen Weg zur Senkung der Emissionen im Schiffsverkehr dar. Durch Flüssiggas ist eine Senkung der Kohlendioxidemission (CO₂) von bis zu 25 % möglich, sowie eine Senkungen des Ausstoßes an Kohlenmonoxid (NO_x) und Schwefel (SO_x). Hauptanliegen des Seminars war es Wege aufzuzeigen, wie Flüssiggas auf dem Treibstoffmarkt eine größere Rolle einnehmen kann. Dabei ist das größte Problem die Schaffung neuer Infrastrukturen, damit Flüssiggas in den Häfen für Schiffe verfügbar wird.

Das Seminar fand bei Besuchern aus Parlament und internationalen Verbänden großen Zuspruch.

Einen Empfang für Violet Banda aus Malawi

Am Abend des 6. Dezember habe ich in Brüssel eine Veranstaltung mit Violet Banda, einer jungen Menschenrechtsaktivistin aus Malawi, gegeben. Violet Banda, seit Geburt HIV-positiv, setzt sich in ihrem Heimatland und über seine Grenzen hinaus für die Einhaltung von Menschenrechten, besonders für die Rechte von Frauen ein. In sehr persönlichen und emotionalen Schilderungen ermöglichte sie den Gästen einen Einblick "aus erster Hand" über die zum Teil menschenverachtenden Zustände in ihrer Heimat. Die Gäste der Veranstaltung waren, ebenso wie ich, von dem selbstlosen und mutigen Engagement Frau Bandas beeindruckt.

Blaues Wachstum - Die Zukunft der Meere und maritime Entwicklungen in Europa

Der Europäische Rat hat den Schutz der Europäischen Meere zu einer vorrangigen gesellschaftlichen Aufgabe erklärt. Für mich als Norddeutsche hat Wasser darüber hinaus, wie wohl für die meisten "Nordlichter" eine besondere Bedeutung. Deshalb war ich am 7. Dezember Gastgeberin einer hochkarätig besetzten Veranstaltung. Neben der Kommissarin für Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Maria Damanaki, und der schleswig-holsteinischen Staatssekretärin für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Dr. Cordelia Andreßen, waren es Wissenschaftler wie Régis Kalaydjian vom Meeresforschungsinstitut IFREMER die darüber berieten, wie die Förderung der Meeresforschung, auch im Zusammenhang mit dem Forschungsrahmenprogramm 2020, zukünftig einen auf Nachhaltigkeit und Effizienz fokussierter Umgang mit Gewässern gewährleisten kann.

Herzliche Grüße aus Straßburg verbunden mit den besten Wünschen für frohe Weihnachtstage und ein gutes Neues Jahr 2012!
Ihre Gesine Meißner

2012

Januar 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Beginn des neuen Jahres 2012 war für das Europaparlament zugleich der Beginn der zweiten Hälfte der laufenden Legislaturperiode. Traditionell wird zu diesem Zeitpunkt das Parlamentspräsidium neu gewählt und - soweit gewünscht - die Ausschusssitze neu verteilt.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Martin Schulz neuer Parlamentspräsident

Der deutsche SPD-Europaabgeordnete Martin Schulz ist mit 387 Stimmen zum neuen Präsidenten des Europaparlaments gewählt worden. Er wird nun bis zur nächsten Europawahl im Sommer 2014 dem Parlament vorsitzen. Traditionell teilen sich die beiden größten Fraktionen, EVP (Konservative) und S&D (Sozialdemokraten), den Parlamentsvorsitz während einer Wahlperiode hälftig. Gegen die Anfang der Wahlperiode getroffene Absprache der beiden Fraktionen, gegenseitig den Kandidaten des anderen mit zu unterstützen und damit die Mehrheit für den Deal zu sichern, regte sich bei einigen Abgeordneten der anderen Fraktionen Widerstand. Dennoch hatten die beiden Gegenkandidaten Diana Wallis (ALDE) und Nirij Deva (EKR) keine Chance.

In seiner Antrittsrede betonte er, dass er dem EU-Parlament eine stärkere Stimme verleihen möchte. Als einzige direkt gewählte EU-Institution vertritt es die Interessen der Bürger. Daher muss das Europaparlament die Macht, die es seit dem Vertrag von Lissabon hat, in Zukunft noch besser ausfüllen. In Zeiten wachsender Euroskepsis ist es wichtiger denn je, den Interessen der Bürger eine laute Stimme zu verleihen.

Debatte über Ungarn

Nachdem tags zuvor die EU-Kommission beschlossen hatte, Vertragsverletzungsverfahren in drei Punkten gegen Ungarn zu eröffnen, fand in Straßburg eine mit Spannung erwartete Debatte statt, an der auch Ungarns Ministerpräsident Orban teilnahm. Die rechten Fraktionen schlugen gemäßigte Töne an und mahnten, man solle das Prüfungsverfahren durch die Kommission abwarten, bevor man Orbans Regierung verurteilt, und ihn nicht persönlich diffamieren. Die linken Fraktionen warfen Orban vor, die Zweidrittelmehrheit seiner Regierung zu missbrauchen, um alle gesellschaftlichen Bereiche zu kontrollieren und seine Macht über die laufende Amtszeit hinaus zu zementieren. Die Redner der ALDE warnten davor, die Debatte in Rechts- Links- Lager zu polarisieren, und wiesen auf die Fakten hin, die auf dem Tisch liegen, und schwer genug wiegen, um die Kommission dazu zu veranlassen, ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Der Fraktionsvorsitzende Guy Verhofstadt wies auf eine Liste von 30 demokratisch bedenklichen Punkten der neueren ungarischen Gesetzgebung hin, die von offiziellen Stellen und Regierungsorganisationen geäußert wurden. Wir Liberale fordern geschlossen ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags, dessen Einleitung ein Drittel des

Parlaments dem Rat vorschlagen kann. Der Rat kann dann eine "schwerwiegende Verletzung" der europäischen Grundwerte feststellen und auf dieser Basis Empfehlungen an Ungarn beschließen, die in der Folge regelmäßig überwacht werden. Im Extremfall ermöglicht Artikel 7.2 und 3 Sanktionen bis hin zum Entzug des Stimmrechts.

Die von der Regierung Orban verabschiedeten Gesetze betreffen nicht nur den von der Kommission monierten Status der ungarischen Zentralbank und der Datenschutzbehörde, sondern auch die Unabhängigkeit der Justiz und damit europäische Grundwerte. Hinzu kommt, dass einfache steuer- und arbeitsrechtliche Sachverhalte als 'Kardinalgesetze' faktisch auf Verfassungsrang gehoben wurden und nur noch mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit geändert werden können. Da eine solche Mehrheit unter gewöhnlichen Politikverhältnissen nur schwer erreicht wird, können diese Gesetze in Zukunft schwer geändert werden. Das macht das Recht der Bevölkerung auf einen Politikwechsel an der Wahlurne zunichte. Auch hier werden europäische Grundwerte berührt.

Neuregelung der Elektroschrottrichtlinie

Nach einer neuen Richtlinie, die das Parlament diese Woche angenommen hat, sollen alte oder kaputte Elektrokleingeräte künftig beim Elektronikhändler entsorgt werden können. Händler, die eine Verkaufsfläche von über 400 Quadratmetern haben, werden verpflichtet, Geräte bis 25 Zentimeter Außenmaß zurückzunehmen. Zwar schreibt die bestehende Richtlinie bereits für alle EU-Staaten vor, Sammelstellen einzurichten, die alte Elektrogeräte kostenfrei entsorgen. Vor allem außerhalb von Städten, wo solche Sammelstellen nicht immer in nächster Nähe verfügbar sind, wandern gerade Kleingeräte oft dennoch in den Hausmüll.

Der illegale Export von Elektroschrott in Drittländer ist nach wie vor ein Problem. Schrottexporte werden oft als Ausfuhren zur Wiederverwendung verschleiert. Nach der neuen Regelung sind daher für jede Ausfuhr von Elektrogeräten aus der EU folgende Papiere Pflicht: Rechnungskopie und Vertrag über den Verkauf, der besagt, dass das Gerät für den direkten Gebrauch bestimmt und voll funktionsfähig ist; Nachweis über Tests der Funktionsfähigkeit über jedes Gerät in der Lieferung; Erklärung, dass keines der Materialien oder Geräte Schrott sind. Wir Liberale bezweifeln allerdings, dass diese Regelungen wirklich die gewünschte Wirkung entfalten können, und ob nicht Kriminelle die geforderten Nachweise einfach fälschen werden. Die neue Regelung soll ab Mitte des Jahres 2014 gelten.

Verschwendung von Lebensmitteln bekämpfen

Statistisch wirft jeder Europäer 100 Kilogramm Lebensmittel pro Jahr in den Müll. Das EU-Parlament stimmte diese Woche einer Resolution zu, die fordert, diese Lebensmittelverschwendung zu verringern. Zumindest sollten durch bessere Abfalltrennung, -sammlung und Verwertung weggeworfene Lebensmittel zu Kompost verarbeitet werden, der als natürlicher Dünger dient und den Boden optimiert. Weit besser wäre es natürlich, mit unseren Lebensmitteln bewusster umzugehen und weniger wegzuworfen. In Europa und Nordamerika werden jährlich pro Kopf der Bevölkerung 95 bis 115 Kilogramm größtenteils genießbare Lebensmittel entsorgt, während in Afrika, südlich der Sahara nur 6 bis 11 Kilogramm pro Person und Jahr weggeworfen werden - nach Zahlen der Food and Agriculture Organisation (FAO) der

Vereinten Nationen. Der größte Teil der Nahrungsverschwendung in den entwickelten Ländern passiert am Ende der Handelskette und beim Verbraucher, etwa weil das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist. Die in der Resolution vorgeschlagenen Maßnahmen setzen daher vorwiegend auf die Aufklärung der Verbraucher und verbesserte Verwertung noch genießbarer Lebensmittel.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Gesine Meißner ab jetzt im Entwicklungshilfesausschuss

Mit der Halbzeit der Legislaturperiode habe ich meine stellvertretende Mitgliedschaft im Arbeits- und Sozialausschuss gegen den Entwicklungshilfesausschuss getauscht. Die Arbeit im Entwicklungshilfesausschuss wird sich mit meiner Arbeit im Ausschuss für Frauen und Gleichstellung und meiner Mitgliedschaft in der EU-Lateinamerika-Delegation sehr gut ergänzen. Gleichzeitig freue ich mich auf eine enge Zusammenarbeit mit Dirk Niebel und seinem Team im Bundesministerium sowie mit Christiane Ratjen-Damerau in der Bundestagsfraktion.

Berichterstattungen im Frauen- und Gleichstellungsausschuss

In der ersten Jahreshälfte 2012 werde ich die Berichte "Situation der Frauen in Nordafrika" und "Menschenrechte Weltweit 2010 und die Menschenrechtspolitik der EU" für die Liberalen im Frauen- und Gleichstellungsausschuss bearbeiten. Ein genauer Zeitplan für die Beratungen und Abstimmungen liegt noch nicht vor.

Neue Herausforderungen für die Deutsche Flugsicherung

Vor wenigen Tagen habe ich die Zentrale der Deutschen Flugsicherung in Langen, in der Nähe des Frankfurter Flughafens besucht. Sie ist seit 1993 als privatrechtliches Unternehmen organisiert, wo zivile und militärische Fluglotsen gemeinsam unter einem Dach arbeiten. Das ist einzigartig in Europa. Die EU plant gerade einen einheitlichen europäischen Luftraum, wobei der europäische Luftraum über die nationalen Grenzen hinweg in neue, funktionale Luftraumblöcke eingeteilt werden soll (z.B. Deutschland mit Frankreich, Schweiz, Belgien, Niederlande und Luxemburg). Heute müssen Flieger aufgrund der nationalen Einteilung der Flugsicherungen und diverser militärischer Sperrgebiete in der Luft häufig Umwege fliegen. Mit den geplanten grenzüberschreitenden Luftraumblöcken könnten direkte Flugrouten geflogen werden. Das spart Kosten und senkt CO₂-Emissionen. Diese Pläne haben natürlich auch Auswirkungen auf die zukünftige Arbeit der nationalen Flugsicherungen. Man muss sich z.B. auf gemeinsame Qualitätsstandards und eine gemeinsame Preisstruktur für die angebotenen Dienstleistungen einigen.

Natürlich haben wir auch über die aktuellen Auseinandersetzungen um den gestiegenen Fluglärm am Frankfurter Flughafen gesprochen. Nach der Öffnung der neuen Landebahn Nordwest hat die Flugsicherung die An- und Abflugrouten neu organisiert. Dabei wurden bisher besonders stark von Fluglärm betroffene Gebiete entlastet, was im Gegenzug zu mehr Fluglärm in bisher kaum betroffenen Städten und Gemeinden geführt hat. Frankfurt ist einer der größten Verkehrsflughäfen der Welt, ein zentraler Knotenpunkt in Europa für viele Umsteiger. Dennoch müssen bei Planung und Betrieb von Flughäfen auf Umwelt und Anwohner Rücksicht genommen werden. Die EU-Kommission hat in diesem Zusammenhang gerade einen

Gesetzesvorschlag zu lärmbedingten Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen veröffentlicht. Darin sollen für die Einführung von Flugverboten EU-weit gültige Regeln festgelegt werden, z.B. einheitliche Lärmbewertungsmethode, gemeinsame Liste an möglichen Maßnahmen gegen Fluglärm, vorgeschriebene Konsultationen der Betroffenen. Innerhalb dieser Vorgaben kann jeder Flughafen aufgrund der lokalen Gegebenheiten vor Ort entscheiden, wie er Fluglärm reduziert. Die Diskussion hierzu laufen im Parlament gerade an.

Herzliche Grüße aus Straßburg und einen guten Start in das Jahr 2012 !
Ihre Gesine Meißner

Februar 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

bereits vor zwei Wochen gab es in Brüssel Plenarsitzungen im Rahmen des sogenannten "Mini-Plenums". Dort sprach unter anderem Catherine Ashton als Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik über die Entwicklungen in Nordafrika und auch in Straßburg empfing das Europäische Parlament in der vergangenen Plenarwoche hohen Besuch.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Italienischer Ministerpräsident Mario Monti im Plenum

Der italienische Regierungschef Mario Monti erläuterte diese Woche vor dem EU-Parlament die Situation in seinem Land. Bei der Diskussion mit den Fraktionsvorsitzenden ging es vor allem um Wirtschaftskrise, Wachstum und Beschäftigung in Italien und Europa. Der Premierminister hat zur Lösung der europäischen Schuldenkrise eine Kombination von Haushaltsdisziplin und Wachstumsinitiativen empfohlen. Monti ging ferner streng mit Griechenland ins Gericht. Dabei nannte er vor allem Korruption, Vetternwirtschaft und eine fehlende ordentliche Steuerpolitik als Beispiele für die Probleme des Landes. Abschließend sprach sich der Regierungschef dafür aus, dem Europäischen Parlament mehr Macht zu geben, um das häufig diskutierte Demokratiedefizit der EU zu reduzieren. Monti erntete dabei viel Lob der Abgeordneten und wurde am Ende seiner Rede mit stehenden Ovationen gefeiert. Der ALDE Fraktionsvorsitzende Guy Verhofstad lobte vor allem die beeindruckende Arbeit Montis, die Italien innerhalb weniger Wochen auf den richtigen Weg gebracht habe.

Lage in Syrien

Auch die eskalierende Gewalt in Syrien wurde debattiert. Der Fraktionsvorsitzende der liberalen Fraktion vermisst eine klare Strategie der EU. Die EU sollte sich eindeutig positionieren für eine Humanitäre Intervention in Syrien, für eine Flugverbotszone und u.U. sogar für Waffenlieferungen an die kämpfenden Oppositionellen. Die ALDE-Fraktion hatte zuvor einen Regimegegner eingeladen, der die Kämpfe in Homs überlebt hat, sowie ein Mitglied des Syrischen Nationalrats, eine Vereinigung der verschiedenen Oppositionsgruppen in Istanbul.

Grenzüberschreitende Zahlungen sollen einfacher und schneller werden

Gute Nachrichten für Bankkunden bringt die Verordnung zum Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA), die diese Woche vom Parlament verabschiedet wurde. Grenzüberschreitende Bankzahlungen sollen dadurch für EU-Bürger ab Februar 2014 schneller, billiger und sicherer werden. Die EU-weiten Regeln sollen sicherstellen, dass Banken in fairem Wettbewerb zueinander stehen und versteckte Gebühren abschaffen. Durch schnellere Überweisungen könnten Kunden, Banken und Unternehmen binnen sechs Jahren 123 Milliarden Euro sparen.

Für EU-Bürger wird es keinen Unterschied mehr machen, in welchem Mitgliedstaat das Bankkonto unterhalten wird. Beispielsweise könnten EU-Bürger, die innerhalb der EU umziehen, ein einziges Eurokonto benutzen, auf welches ein Gehalt aus einem anderen Land überwiesen werden könnte. Sie könnten zudem Rechnungen in einem Land über ein Konto in einem anderen Land überweisen.

Milchpreise: Parlament sichert Milchbauern bessere Verhandlungsposition

Die in dieser Woche vom Parlament verabschiedete Verordnung soll Milchbauern eine bessere Ausgangsposition in Preisverhandlungen mit der Abnehmerindustrie verschaffen und sie damit auf das Auslaufen der Milchquotenregelung im Jahr 2015 vorzubereiten. Sie ermöglicht ihnen, den Zusammenschluss in Verbänden, denen es erlaubt wird, Rohmilchpreise auszuhandeln, ohne in Konflikt mit dem Kartellrecht zu geraten.

Die FDP im Europäischen Parlament ist zufrieden weil das Milchpaket ein wichtiger Schritt in Richtung eines fairen Wettbewerbs ist. Es erhöht die Planungssicherheit für Milcherzeuger und macht mit den verarbeitenden Betrieben Verhandlungen auf Augenhöhe möglich. Wichtig ist aber, dass Erzeugerorganisationen nur dann Verträge für ihre Mitglieder aushandeln dürfen, wenn die Verträge nicht einen zu großen Teil der nationalen und der EU-Produktion betreffen. Für uns Liberale war vor allem von Bedeutung, dass jeder Mitgliedstaat selbst entscheiden darf, ob er eine Vertragspflicht im Milchsektor einführt.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

Bericht zu Menschenrechten in der Welt

Als Schattenberichterstatteerin der ALDE begrüße ich die Vorstellung des jährlichen Berichts zu Menschenrechten in der Welt. Besonders wichtig finde ich, dass darin die sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten herausgestellt wird. Vor allem in kriegesischen Auseinandersetzungen in Afrika leiden Frauen zunehmend in großer Zahl unter sexuellem Missbrauch, der quasi als Waffe eingesetzt wird.

Ein anderes großes Problem, insbesondere in Afrika, ist weiterhin Female Genital Mutilation (die Beschneidung weiblicher Genitalien), welche in der Stellungnahme ebenfalls erwähnt wird. Ich werde mich hier für eine noch stärkere Betonung des Problems einsetzen, denn wenngleich es hier Fortschritte gibt, sind wir noch weit von einer wirklichen Abkehr von einer kulturellen Rechtfertigung dieser frauenverachtenden Eingriffe entfernt. Daher ist es wichtig, diese Stellungnahme zu nutzen, um noch mehr Menschen für dieses Thema zu sensibilisieren.

Eine zukunftsweisende Perspektive für die Frauen in der Türkei bis 2020

Bereits seit fast einem Jahr arbeitet der Ausschuss für Frauen und Gleichstellung an einem Bericht zur Situation von Frauen in der Türkei. Die Arbeit an dem Bericht wurde unterbrochen, um durch eine Reise in die Türkei mehr Informationen vor Ort zu sammeln. Die Schwerpunkte des Berichts bilden Gewalt gegen Frauen, Bildung, die politischen Partizipation sowie die Situation von Frauen im Berufsleben. Zwar gibt es inzwischen einige Gesetze in der Türkei, welche die Rechte der Frauen stärken, doch hapert es an der Umsetzung dieser Vorschriften. Insbesondere im Bereich von Gewalt gegen Frauen besteht großer Handlungsbedarf. Es gibt eine Vielzahl von Fällen häuslicher Gewalt. Studien sprechen davon, dass 42% der türkischen Frauen Opfer von physischer oder sexueller Gewalt durch ihren Partner oder Ehemann werden. Diese Fälle werden strafrechtlich oftmals nur halbherzig verfolgt und auch auf Unterstützung aus dem familiären Umfeld warten die Betroffenen meist vergebens. Daher ist es von großer Bedeutung, mehr Frauenhäuser und andere Einrichtungen, die den Betroffenen einen Ausweg aus ihrer Situation ermöglichen können, aufzubauen und die türkische Gesellschaft insgesamt stärker für das Problem zu sensibilisieren.

Verkehrsausschuss

Schiffsunglück der Costa Concordia

Die Nachricht vom verunglückten Kreuzfahrtschiff Costa Concordia vor der Küste Italiens hat mich sehr betroffen gemacht. Bei der Havarie des Schiffes kamen vermutlich 32 Menschen ums Leben und noch immer wird Treibstoff aus dem Schiff abgepumpt, um eine ökologische Katastrophe zu verhindern. Selbstverständlich wurde der Vorfall auch ausführlich im Verkehrsausschuss thematisiert, hierzu wurde auch der zuständige Kommissar für Verkehr, Siim Kallas, eingeladen. Er kündigte an, dass die Kommission eine Überprüfung der Sicherheitsvorschriften für Passagierschiffe auf der Ebene der IMO (Internationale Seeschiffahrtsorganisation) unterstützt, damit sichergestellt ist, dass sich EU-Bürger auf Sicherheitsvorkehrungen verlassen können, gleichgültig, wo sie ein Passagierschiff besteigen. Die Kommission wird erforderlichenfalls Vorschläge zur Anpassung der bestehenden Vorschriften vorlegen. Diese müssen etwaige neue Erkenntnisse aus dem Unfall der Costa Concordia in vollem Umfang berücksichtigen.

Alle waren sich jedoch einig, dass erst einmal die Untersuchungsergebnisse des Costa Concordia Unglückes vorliegen müssen, bevor vorschnell Schlüsse gezogen werden und gegebenenfalls neue Gesetze und Regelungen erlassen werden. Laut EU-Recht müssen die Untersuchungsergebnisse spätestens innerhalb eines Jahres der EU und den Mitgliedstaaten mitgeteilt werden.

Digitaler Tachograph im Straßenverkehr

In Europa müssen seit 2006 alle neu zugelassenen Nutzfahrzeuge über 3,5 Tonnen Gesamtgewicht und alle Busse mit mehr als neun Sitzplätzen mit einem sogenannten digitalen Tachographen ausgestattet sein. Mit diesem Kontrollgerät können z.B. Fahrt- und Ruhezeiten eines Fahrers elektronisch festgehalten werden. Auf diese Weise kann man bei Kontrollen leicht überprüfen, ob Fahrer die vorgeschriebenen Ruhepausen einhalten. Um Manipulationsmöglichkeiten an den Geräten zu verringern, hat die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Änderung der geltenden Verordnung vorgelegt.

Ich betreue dieses Thema für meine Fraktion und setze ich mich dabei besonders für Ausnahmeregelungen für alle ein, deren Hauptgewerbe nicht das Transportieren ist (z.B. Handwerker, Schausteller, Marktleute). Einbau und Wartung eines digitalen Tachographen sowie das vorgeschriebene Auslesen und Archivieren der Daten bedeuten für diese Unternehmen nur zusätzliche Kosten. Digitale Tachographen machen nur für Berufsfahrer Sinn, die jeden Tag viel Zeit auf der Straße verbringen.

Letzte Notiz: Schachweltmeister im Europaparlament

Der ehemalige Schachweltmeister und bekannte russische Oppositionsaktivist Garri Kasparow hat das Europäische Parlament in Straßburg besucht. Er ist damit der Einladung der European Chess Union gefolgt, die sich für die Einführung von Schach an europäischen Schulen einsetzt. Bei seinem Besuch spielte Kasparow abwechselnd gegen Kinder und gegen Europaabgeordnete. Gleichzeitig machte er auch auf die von ihm initiierte Kasparov Chess Foundation Europe aufmerksam.

Herzliche Grüße aus Straßburg
Ihre Gesine Meißner

März 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit den Schlussfolgerungen aus dem Europäischen Gipfel Anfang März und der Gleichbehandlung von Frauen in der EU standen diese Plenarwoche vieldiskutierte innereuropäische Themen auf der Tagesordnung. Aber auch Außenthemen wie Fortschrittsberichte dreier Kandidatenländer und eine Resolution gegen Kinderarbeit im Kakaosektor wurden debattiert.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Debatte zum Europäischen Gipfeltreffen

Anfang der Woche fand in Straßburg im Plenum die traditionelle Nachbesprechung des Europäischen Ratsgipfels mit Ratspräsident Herman Van Rompuy und

Kommissionspräsident José Manuel Barroso statt. Dies war das erste Gipfeltreffen seit zwei Jahren, das nicht ausschließlich vom Krisenmanagement beherrscht war, merkte Parlamentspräsident Martin Schulz an. Dennoch kritisierten viele Abgeordnete die von den europäischen Staats- und Regierungschefs angekündigten Maßnahmen zur Ankurbelung des Wachstums als zu schwach.

Debatte zu EU-Kandidatenländern

In den Debatten zu den drei Beitrittskandidaten Island, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina drängte das Europaparlament auf die nächsten Schritte im Beitrittsprozess. Zwischen Island und der EU herrscht nur noch über einige wenige Fragen - wie der Makrelenfischerei und beim Walfang - Uneinigkeit. Mehr Fortschritte fordern die Abgeordneten auch bei der Verringerung des staatlichen Einflusses im Banken- und Finanzsektor sowie in der Energiewirtschaft und in der Luftfahrt- und Transportindustrie. Island muss allerdings vor allem noch innenpolitische Differenzen zum EU-Beitritt beseitigen.

Bezüglich der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien bestehen von EU-Seite Sorgen wegen der anhaltenden Korruption und der Machtkonzentration im Bereich der Medien. Dennoch forderte das EU-Parlament, dass endlich ein Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen festgesetzt wird, damit eine Vorprüfung der Vereinbarkeit der Gesetzgebung des Landes mit EU-Gesetzen begonnen werden kann.

Bosnien und Herzegowina wird nur als geeintes Land der EU beitreten können. Das kam in der Plenardebatte klar zum Ausdruck. Voraussetzungen sind außerdem effektive gesamtstaatliche legislative, budgetäre, exekutive und juristische Institutionen. Eine Untergrabung der staatlichen Institutionen würde hingegen alle Bürger um die Vorteile der EU-Integration bringen.

Europäisch erben

Ein diese Woche vom Plenum angenommener Gesetzentwurf soll künftig das Vererben in Europa einfacher regeln. Danach wird der gewöhnliche Aufenthalt des Erblassers dafür ausschlaggebend sein, welches Erbrecht gilt. Gleichzeitig bekommt der Erblasser grundsätzlich das Recht, sein Heimatrecht als Erbstatut wählen zu können. Damit verbunden kann der Vorgang an ein Gericht des Heimatstaates überwiesen werden. Die derzeitige Rechtslage ist durch verschiedene nationale und internationale Bestimmungen sehr unterschiedlich geprägt. Dadurch ist oft nur schwer bestimmbar, welches nationale Erbrecht gilt, wenn ein Erblasser bei seinem Tod seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht in seinem Heimatland hat und über Vermögen in mehreren Ländern verfügt. Mit der neuen Regelung wird sich das Erbrecht beispielsweise für Bürger, die auf Mallorca lediglich wenige Monate überwintern, automatisch nicht nach spanischem Recht bestimmen. Europaweit einheitliche Anknüpfungskriterien für die gerichtliche Zuständigkeit und das anwendbare Recht in Erbsachen sind in Zeiten innereuropäischer Mobilität wichtig.

Weitere Senkung von Kohlendioxid in der EU

Das Plenum des Europaparlaments hat diese Woche die Strategie der EU-Kommission, die Kohlendioxid-Emissionen in Zehnjahresschritten zu senken, bestätigt. Danach soll der Ausstoß bis 2030 um 40 Prozent, bis 2040 um 60 Prozent und bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent verringert werden. Die Stellungnahme des Parlaments zur entsprechenden Mitteilung der Kommission fordert darüber hinaus, das Handelssystem für Emissionszertifikate anzupassen, um den Preis für die Papiere zu erhöhen.

Wir Liberale sehen jedoch keine Notwendigkeit Energieeffizienz in dieser Form vorzuschreiben. Die Unternehmen werden allein schon aus Gründen des Wettbewerbs entsprechend handeln. Den Preis für die Zertifikate zu manipulieren und so in den Markt einzugreifen, lehnen wir daher ab. Langfristziele bis 2050 zur CO₂-Minderung sind zudem willkürlich und in diesen Größenordnungen wirklichkeitsfremd. Einseitige EU-Initiativen zur Senkung der Kohlendioxidemissionen führen ab einem gewissen Grad nicht zur gewünschten grünen europäischen Industrie, sondern zum Export von Arbeitsplätzen. So etwas ist nur im Rahmen von Abkommen sinnvoll, die alle maßgeblichen Industriestaaten einschließen. Solche Abkommen sind jedoch jüngst kläglich gescheitert.

Russischer Import-Stopp aufgrund des Schmallenberg-Virus

Die russische Regierung hat am 2. März erklärt, den Import von lebenden Rindern aus der EU vom 20. März an zu verbieten. Hintergrund hierfür sind die in mehreren EU-Staaten - auch Deutschland - aufgetretenen Fälle des Schmallenberg-Virus. Während das durch Mücken übertragene Virus bei erwachsenen Tieren nur milde klinische Symptome hervorruft, wird es im Fall von Jungtieren mit verstärkten Missgeburten und Fehlbildungen in Verbindung gebracht. Bereits Ende Januar hat Russland den Import von Schafen aus den Niederlanden, Deutschland, und Belgien gestoppt, wo das Schmallenberg-Virus zuerst auftrat.

In einer Fragestunde forderte das EU-Parlament diese Woche die EU-Kommission zu raschem Handeln auf, um eine Aufhebung des russischen Importstopps für lebende Rinder aus der EU zu ermöglichen. Russland ist für uns ein wichtiger Handelspartner. Der Import-Stopp sorgt in der europäischen Viehwirtschaft für empfindliche Verluste. Daher sollte die EU die nötigen Schritte zur Bekämpfung des Virus unternehmen. Es ist wichtig, dass die EU gegenüber Drittstaaten mit einer Stimme spricht und zeitnah und kompetent über den Sachstand informiert.

Gegen Kinderarbeit im Kakaosektor

Die EU ist der weltweit größte Schokoladenkonsument. In einer in Straßburg diese Woche angenommenen Entschließung fordert das EU-Parlament faire Bedingungen bei Kakaoernte und -handel sowie entschiedenes Vorgehen gegen Kinderzwangsarbeit in diesem Sektor. Mit der gleichzeitigen Annahme des Internationalen Kakao-Übereinkommens verpflichten sich die EU-Mitgliedsstaaten dazu, die Arbeitsbedingungen im Kakaosektor zu verbessern.

Artikel 42 des Übereinkommens besagt: "Die Mitglieder tragen der Verbesserung des Lebensstandards und der Arbeitsbedingungen der im Kakaosektor tätigen Menschen im Einklang mit dem jeweiligen Entwicklungsstand Rechnung und berücksichtigen dabei die international anerkannten Grundsätze und die geltenden IAO-Normen. Ferner sind sich die Mitglieder darüber einig, dass Arbeitsnormen nicht für protektionistische Zwecke genutzt werden dürfen."

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) verrichten weltweit mehr als 215 Millionen Kinder Zwangsarbeit. Studienberichte vermuten, dass einige auf Kakaoplantagen in Ghana und der Elfenbeinküste arbeitende Kinder durch Menschenhändler dorthin gekommen sind.

Besorgnis um Unterdeckung des EU-Haushalts

In den diese Woche angenommenen Leitlinien zum Haushalt 2013 legt das Europaparlament seine Standpunkte und Prioritäten für das nächste Budget dar. Darin wird große Besorgnis über die drohenden Zahlungsausfälle für 2012 geäußert. Im Dezember 2011 weigerte sich der Rat, Zahlungsforderungen von insgesamt 10 Mrd. Euro nachzukommen, da manche Mitgliedstaaten Zweifel an den von der Kommission zur Verfügung gestellten Finanzdaten hegten, ohne eine Alternativlösung vorzuschlagen. Diese Zahlungen mussten auf 2012 verschoben werden und werden vermutlich Ende des Jahres erneut zu einem Zahlungsmittelengpass führen. Das Parlament fordert daher die Kommission auf, Vorschläge zur Lösung dieses Problems zu machen. Der Schwerpunkt des EU-Haushalts sollte nächstes Jahr besonders auf Arbeitsplätze für junge Menschen und auf Initiativen zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen liegen, heißt es in der Entschließung. Derzeit bereitet die EU-Kommission den Haushaltsentwurf für 2013 vor, der Mitte April vorgestellt wird.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Fragen an die Kommission zu Piraterie

Mit einer mündlichen Anfrage hat der Verkehrsausschuss des Europaparlaments die bisherige Aktivität der EU gegen die Piraterie am Horn von Afrika kritisch hinterfragt und eine Debatte im Europäischen Parlament angestoßen. Rund 200 Seeleute und Fischer werden derzeit von Piraten, die vor der somalischen Küste und dem westindischen Ozean ihr Unwesen treiben, in Geiselnhaft gehalten. Die EU NAVFOR Schutzflotte ist seit 2009 von 35 auf 10 Schiffe reduziert worden, obwohl die Piratenüberfälle in den letzten Jahren noch zugenommen haben. In der zugehörigen Debatte wurde der Kommissionsvertreter aufgefordert, darzulegen, welche Maßnahmen getroffen wurden, um die Ursachen der Piraterie zu bekämpfen und Lösegeld- und Finanzkreisläufe der Hintermänner zu blockieren. Auch die Frage wie die künftigen Operationen des Marine-Schutzeinsatzes mit reduzierter Flotte aussehen sollen, wurde gestellt. Ich bin davon überzeugt, dass ein wirksames Vorgehen gegen die Piraterie nur als Querschnittsaufgabe gelingen kann. Wir müssen durch entwicklungspolitische Zusammenarbeit die wirtschaftliche Situation in den

Heimatstaaten der Piraten stärken. Wir brauchen aber auch harmonisierte Gesetze auf EU Ebene und eine bessere Ausstattung der Mission Atlanta.

Schiffscontainerverkehr in den Nordseehäfen

Auf meine Einladung und die der Abgeordneten Knut Fleckenstein (Hamburg/S&D), Peter van Dalen (Niederlande/EKR) und Kathleen van Brempt (Belgien/S&D) fand Ende Februar im Europaparlament eine Mittagsveranstaltung mit den Nordseehäfen statt. Die Vorsitzenden der drei größten europäischen Seehäfen Rotterdam (Hans Smits), Antwerpen (Eddy Bruyninckx) und Hamburg (Jens Meier) legten ihre Positionen zum EU-Kommissionsvorschlag zur künftigen Gestaltung der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) dar. Grundlage der Diskussionsveranstaltung waren Ergebnisse der Studie „The Balance of Container Traffic amongst European Ports“, die die drei Hafenbehörden bei dem niederländischen Institut NEA in Auftrag gegeben hatten. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der Containerumschlag in den nordeuropäischen Häfen im Verhältnis zu den südeuropäischen Häfen fast viermal so hoch ist. Grund dafür sind wirtschaftliche Faktoren wie eine höhere Wirtschaftsaktivität in Nordeuropa, geo- und topographische Faktoren wie Transportengpässe durch die Alpen, sowie ökologische und externe Faktoren. Das Zusammenspiel dieser Faktoren legt es laut der Studie nahe, dass unabhängig von etwaigen Investitionen in die Südhäfen auch künftig rund 70 % des europäischen Containerumschlags auf die Nordhäfen entfallen werden. Die Ausbalancierung der künftigen TEN-V zwischen den Bedürfnissen der Marktteilnehmer einerseits und politischen Zielvorstellungen andererseits wird Aufgabe des laufenden Gesetzgebungsverfahrens sein.

Ausschuss für Frauen und Gleichstellung

Plenum fordert EU-weite Quoten

In den letzten Jahren haben die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen langsam abgenommen. Dennoch verdienen in EU-Ländern tätige Frauen im Durchschnitt noch immer 17,5% weniger als ihre männlichen Kollegen. Nur 12% aller Führungskräfte sind weiblich, und nur 3% haben einen Vorstandsvorsitz inne. Obwohl 35% aller EU-Abgeordneten weiblich sind, bleibt der Anteil von Frauen in nationalen Parlamenten unverändert bei 24%. Nur 23% aller Minister sind weiblich. Basierend auf den Ergebnissen des Jahresberichts zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU von 2011 fordert das EU-Parlament in einer Entschließung neue Gesetze zur Einführung von Quoten. Der Frauenanteil in Firmenvorständen soll demnach bis 2015 auf 30% und bis 2020 auf 40% zu steigern, sofern dies nicht auf nationaler Ebene gelingt. Das EU-Parlament hatte zum letzten Mal in einer im Juli 2011 verabschiedeten Resolution solche verbindlichen Maßnahmen gefordert. Eine von der Kommission am 5. März gestartete öffentliche Befragung gilt als wichtiger Schritt in diesem Prozess. Eine zweite Entschließung fordert auch bei politischen Entscheidungsfindungsprozessen künftig mehr Gleichberechtigung, gleiches soll für Wahllisten und Spitzenpositionen in den EU-Institutionen gelten. Die Resolution sieht unter anderem die regelmäßige Überwachung der beschlossenen Maßnahmen und

bindende Korrekturmaßnahmen in Fällen vor, in denen die angestrebten Ziele nicht erreicht werden.

Entwicklungsausschuss

Neue Aufgabengebiete verteilt

Innerhalb der liberalen Fraktion im Europaparlament haben wir uns darauf verständigt, dass ich zukünftig im Entwicklungsausschuss für die Themen Landwirtschaft, Fischerei, Lateinamerika und Frauen zuständig bin. Vor allem die Bereiche Lateinamerika und Frauen ergänzen sich hervorragend mit meiner bisherigen Arbeit im Ausschuss für Frauen und Gleichstellung und meiner Mitgliedschaft in der EU-Lateinamerika-Delegation.

Herzliche Grüße aus Straßburg
Ihre Gesine Meißner

April 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

eine höhere Besteuerung von Diesel-Kraftstoff in der EU und die Frage nach dem Datenschutz für Flugreisende im Rahmen eines Abkommens mit den USA sorgten diese Plenarwoche für die größten Meinungsverschiedenheiten. Über diese und andere Themen der Woche berichte ich in dieser Newsletter-Ausgabe.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

12 beobachtende Mitglieder aus Kroatien neu im Europaparlament

Das kroatische Parlament hat diese Woche erstmals 12 Mitglieder in das EU-Parlament entsandt. Hier sollen sie sich als beobachtende Mitglieder mit ihrer Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen auf ihre Arbeit als Europaabgeordnete vorbereiten, die sie nach dem Beitritt Kroatiens in die EU voll aufnehmen werden. Parlamentspräsident Schulz eröffnete die Plenarsitzung mit der Begrüßung der 12 Kroaten und äußerte die Hoffnung, dass es am 1. Juli 2013 tatsächlich so weit sein werde. Dieser Tag werde "ein historischer Tag für Kroatien, für die EU und für den westlichen Balkan insgesamt".

Erneute Debatte über die Bekämpfung der Wirtschaftskrise in der Eurozone

Auf Initiative der ALDE-Fraktion hat sich das Europäische Parlament aus aktuellem Anlass erneut mit der Wirtschaftskrise befasst. Zum Meinungsaustausch im Plenarsaal waren auch die Präsidenten von Europäischer Kommission und Zentralbank hinzugeladen.

Die jüngsten Zinssteigerungen besonders für Spanien zeigen, dass die Krise noch lange nicht vorbei ist. Wir Liberale drängen zur nachhaltigen Bekämpfung der Krise auf einen Schuldentilgungsfonds, wie ihn der Rat der Wirtschaftsweisen vorgeschlagen hat.

Diskussion über eine höhere Besteuerung von Diesel-Kraftstoff

Die EU-Kommission denkt über eine neue einheitliche Besteuerung von Kraftstoffen in der EU auf der Basis der Energiedichte und des CO₂-Ausstoßes nach. Mit diesem Thema befasste sich das Europaparlament in einer Entschließung.

Die langfristig angelegten Pläne für die Besteuerung sehen vor, dass Diesel seine steuerlichen Vorteile schrittweise einbüßen und künftig gleich hoch wie Benzin besteuert werden soll. Dies hätte in der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten zur Folge, dass Steuern auf Diesel stark ansteigen würden. Der Vorschlag wird vor allem von deutscher Seite sehr kritisch gesehen, da die hiesige Automobilindustrie ihre Entwicklung stark auf energieeffiziente Dieselmotoren ausgerichtet hat. Eine Erhöhung der Dieselbesteuerung würde die Nachfrage nach deutschen Autos und den deutschen Industriestandort bedrohen.

Wir FDP-Abgeordneten haben die entsprechenden Textteile der Entschließung in der Abstimmung abgelehnt und somit eine Plenarmehrheit gegen diese Pläne ermöglicht.

Passagierdatenabkommen zwischen EU und den USA

In einer Generaldebatte setzte sich das Europäische Parlament mit der umstrittenen Weitergabe von Fluggastdaten an die Sicherheitsbehörden der USA auseinander. Aufgrund ernster Datenschutzbedenken plädierte die Liberale Berichterstatterin Sophie In't Veld dafür, das Abkommen abzulehnen, fand jedoch außerhalb unserer Fraktion zu wenig Unterstützung. Die Plenarmehrheit sprach sich für die Annahme aus. Vor allem Konservative und Sozialdemokraten stimmten für das Abkommen.

Das Passagierdatenabkommen in der vorliegenden Form ermöglicht den USA die beinahe uneingeschränkte Speicherung hochsensibler Daten europäischer Bürger ohne klaren Verwendungszweck. Amerikanische Behörden behalten sich zudem die Möglichkeit vor, sich in Europäische Computersysteme einzuloggen, um auf diese Weise Informationen zu "ziehen".

Die Befürchtungen, eine Ablehnung des Abkommens würde den Flugverkehr zwischen Europa und den USA einschränken, sind völlig aus der Luft gegriffen. Real ist dagegen die Festschreibung von Datenschutzverletzungen für europäische Bürger, da die US-Behörden ihre neuen Möglichkeiten intensiv nutzen und Daten auch an Drittländer weitergeben werden. Darunter fallen zum Beispiel Reisepassnummern, Kreditkarteninformationen und Hinweise auf Reiserouten. Das Abkommen entspricht nicht den Standards, auf die sich das EU-Parlament im Jahr 2010 verständigt hat und widerspricht nach Einschätzung juristischer Experten europäischem Recht. Wir Liberale lehnen es aus diesen Gründen ab.

Mehr Unterstützung für Infrastrukturprojekte in Krisenländern

Mit einem diese Woche vom EU-Parlament angenommenen Gesetzesvorschlag soll sichergestellt werden, dass in Krisenländern wie Griechenland, Irland, Portugal oder Rumänien wichtige von der EU geförderte Infrastrukturprojekte nicht auf Eis gelegt werden müssen. EU-Gelder dürfen nur zur teilweisen Förderung privater Projekte genutzt werden. Doch in krisengeplagten Ländern sind viele Banken und Investoren nicht mehr bereit oder in der Lage, Gelder für neue Projekte bereitzustellen. Der Verordnungsvorschlag sieht daher vor, dass bestehende Mittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds auf die Europäische Investitionsbank übertragen werden und als Kredite oder Garantien an Unternehmen vergeben werden, die Partner in EU-Projekten sind. Das soll verhindern, dass Projekte scheitern, die neues Wachstum und neue Einnahmen schaffen können, wie etwa mautpflichtige Autobahnen oder Hafenanlagen. Das neue Risikoteilungsinstrument sorgt außerdem für eine effektivere Nutzung der Strukturmittel, die die EU ohnehin zur Verfügung stellt, die aber ohne private Mitfinanzierung ungenutzt blieben. Dieses neue Instrument ist jedoch nur eine bis Ende 2013 befristete Maßnahme. Gelder aus EU-Struktur- und Kohäsionsfonds dürfen laut Europäischem Recht normalerweise nicht für eine so weitreichende Unterstützung des Privatsektors genutzt werden.

EU-Exportregelungen für Technologien zur Internet-Zensur gefordert

In einer diese Woche verabschiedeten Resolution zum Jahresbericht über die Menschenrechte 2010 fordert das EU-Parlament eine gesetzliche Grundlage zur Überwachung von Internet-Zensur durch autokratische Regimes. Das Parlament will damit auch die Rechenschaftspflicht von EU-Unternehmen festschreiben, die Anwendungen, Geräte oder Dienstleistungen exportieren, die zur Sperre von Webseiten oder zur Überwachung mobiler Kommunikation dienen können. In seiner EntschlieÙung fordert es bis spätestens 2013 einen Kommissionsvorschlag zur Überwachung des Exports von Gütern und Dienstleistungen aus der EU, die der Zensur oder Zugangssperre von Webseiten sowie der Überwachung mobiler Kommunikation dienen können. Der "Arabische Frühling" hat das Potenzial aufgezeigt, das Internet und soziale Medien als Träger der freien MeinungsäuÙerung haben können. Dieses Potenzial gilt es zu schützen, damit es nicht von Diktaturen erstickt werden kann. In diesem Zusammenhang fordert die Resolution auch mehr EU-Unterstützung zur Wahrung der Medienfreiheit und zum Schutz unabhängiger Journalisten und Blogger. Die vom Parlament lang geforderte und mittlerweile geplante Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte wird im Resolutionstext ausdrücklich begrüÙt.

GAP-Reform - Rechnungshof kritisiert erwarteten Anstieg der Bürokratie

Der Europäische Rechnungshof hat festgestellt, dass die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Reformen zu einem Anstieg an Bürokratiekosten führen werden. So würden mit der Reform beispielsweise die Verwaltungskosten für die Direktzahlungen um 15% zunehmen, die Kommission macht aber keine Vorschläge, die diesen Mehraufwand durch Entbürokratisierung in anderen Bereichen

ausgleichen würden. Junglandwirte müssen sechs bis sieben verschiedene Regelkataloge durcharbeiten, um einen Zuschuss aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) bei dem Aufbau ihres Betriebs zu erhalten. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union ab 2014 soll anhand von sieben Verordnungsvorschlägen, die die Kommission im Oktober 2011 vorgelegt hat, überarbeitet werden. Der Europäische Rechnungshof überprüfte diese Vorschläge auf Linderung von Schwachpunkten, die in der Vergangenheit durch den Rechnungshof aufgedeckt worden sind.

Die Stellungnahme des Europäischen Rechnungshofs (1/2012) wird am 23./24. April im Ausschuss für Haushaltskontrolle offiziell präsentiert und danach veröffentlicht.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Verkehrsausschuss besichtigt große Verkehrsinfrastruktur-Projekte in Norddeutschland

Auf meine Einladung wird eine Delegation des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments und Vertretern der Europäischen Kommission von Mittwoch, 25. April 2012 bis Freitag, 27. April 2012, eine Studienreise nach Norddeutschland unternehmen. Zu den Objekten, die wir auf dieser Reise besichtigen, gehören der JadeWeserPort in Wilhelmshaven und die geplante feste Fehmarnbelt-Querung. In Puttgarden werden wir uns mit dem dänischen Verkehrsminister, Henrik Dam Kristensen, zur Fehmarnbelt-Querung austauschen. In Niedersachsen stehen ein Besuch des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer sowie des Offshore-Basishafens in Cuxhaven auf dem Programm. Ich freue mich, dass wir als Gesprächspartner unseren niedersächsischen Umweltminister und Landesvorsitzenden Dr. Stefan Birkner und Staatssekretär Dr. Oliver Liersch aus dem Wirtschaftsministerium gewinnen konnten. Die Delegation wird auf dieser "Nord-Tour" mit Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft über konkrete verkehrspolitische Maßnahmen diskutieren, die auf EU-Ebene derzeit auf der Agenda stehen. Wir werden beispielsweise die Zugfahrt von Cuxhaven nach Hamburg mit der Metronom Bahngesellschaft nutzen, um mit dessen Geschäftsführer über die Lage des Wettbewerbs auf dem deutschen Bahn-Markt zu diskutieren. In Hamburg werden wir mit Vertretern des Managements der Deutschen Bahn AG unter anderem die sogenannten Hinterland-Verbindungen zu den großen Häfen sowie die Revision der milliardenschweren EU-Programme für die transeuropäischen Transport-Verkehrsnetzwerke (TEN-T) thematisieren. In Hamburg lädt der Senator für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Frank Horch, zu einem gemeinsamen Abendessen, wo unter anderem über die anstehenden Gesetzgebungsverfahren zu Hafendienstleistungen (das sogenannten Port Package III) gesprochen werden wird. Abgeschlossen wird die Delegationsreise in Hamburg mit Besuchen bei Kuehne+Nagel und dem Container-Hafenbetreiber EUROGATE.

Parlamentarische Versammlung Euronest

Zweite parlamentarische Versammlung der Euronest-Gruppe

Die parlamentarische Versammlung Euronest, in der ich stellvertretendes Mitglied bin, wurde am 3. Mai 2011 gegründet und besteht aus Abgeordneten des EU-Parlaments sowie der Parlamente der östlichen Partnerländer Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien und Ukraine. Anfang April fand in Baku, der Hauptstadt Aserbaidschans, die zweite Euronest-Versammlung statt. Im Gegensatz zur ersten Versammlung letztes Jahr, in der keine Einigungen gefunden werden konnten, wurden diesmal vier Berichte zu Menschenrechten, Energie, Handel und Sozialordnungen verabschiedet. Das ist erfreulich, denn es zeigt, dass alle Beteiligten gelernt haben, die richtige Atmosphäre für Entscheidungen und Kompromisse zu schaffen. Die Versammlung richtete außerdem einen Appell an die ukrainische Regierung, Julija Tymoschenko die notwendige medizinische Versorgung zukommen zu lassen. Jedoch ist auch im Gastgeberland Aserbaidschan die Menschenrechtssituation nicht perfekt. Die Situation muss dringend verbessert werden. Demnächst findet in Aserbaidschan der Eurovision Song Contest statt, der das Land ins europäische Rampenlicht rücken wird. Es bleibt zu hoffen, dass die aserbaidschanische Regierung dies zum Anlass nimmt, der Kritik entsprechend, den Schutz der Menschenrechte im eigenen Land zu verbessern. Für die nächste Sitzung 2013 in Brüssel steht ein Bericht über die Sicherheitslage in der Region auf dem Programm. Darin wird auch der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region Berg Karabach angesprochen werden. Eine Lösung für dieses sensible Thema zu finden, ist keine leichte Aufgabe. Euronest versucht aber, durch mehr vertrauensbildende Massnahmen und Kommunikation zwischen den Konfliktparteien einen Beitrag zu leisten.

Herzliche Grüße aus Straßburg
Ihre Gesine Meißner

Mai 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

in Einklang mit dem parallel in Brüssel stattfindenden informellen Ratsgipfeltreffen standen in Straßburg während der Plenarwoche des Europaparlaments Wirtschaftsthemen im Zentrum der Debatten.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Bericht über den Binnenmarktanzeiger

Nach wie vor befinden wir uns in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Die Krise gefährdet das wirtschaftliche Potenzial Europas und den Binnenmarkt als Kern der europäischen Integration und des Wachstums. 2012 besteht der Binnenmarkt seit 20 Jahren, aber der Weg zur Vervollständigung ist noch nicht zu

Ende. Eine Voraussetzung für den Binnenmarkt ist der unverzerrte Wettbewerb und die 4 sogenannten "Grundfreiheiten". Um gleiche Chancen für alle zu schaffen, braucht man gleiche Spielregeln in ganz Europa. Das ist nur dann zu erreichen, wenn alle Mitgliedstaaten rechtzeitig und korrekt den *acquis communautaire* (die Rechtsakte der EU) umsetzen. Am Montag, den 21. Mai wurde im Plenum die Entschließung des Maltesers Busuttil diskutiert und fast einstimmig angenommen. In seinem Bericht geht es um die Umsetzungsprobleme in Mitgliedstaaten, die die Rechtsakte immer noch zu lange oder unkorrekt durchsetzen, was die volle Ausschöpfung des Binnenmarktpotenzials behindert. Da die Zahl der europäischen Rechtsakte mit zunehmenden Regelungskompetenzen der EU anwächst, verlängern sich die Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedsstaaten bei unzureichender Umsetzung. Der Berichterstatter schlägt deshalb vor, dass die EU einen Binnenmarktankläger einsetzt und ihn bevollmächtigt, ein beschleunigtes Verletzungsverfahren zu initiieren. Der Bericht fokussiert auch die Verstärkung von Informations- und Problemlösungsinstrumenten, wie etwa das Your Europe Portal oder das SOLVIT Netzwerk, das den Bürgern und Unternehmen die Möglichkeit bietet, die durch fehlerhafte Anwendung von Binnenmarktregeln verursachten Probleme informell und schnell zu lösen. Ein gut funktionierender und vollständig umgesetzter Binnenmarkt kommt letztendlich Bürgern und Unternehmen zugute.

Zugang von KMU zu den Strukturfonds und Definition des Begriffs KMU

Der Zugang von KMUs (Kleinen und Mittelständischen Unternehmen) zu den europäischen Strukturfonds wurde diese Woche im Plenum debattiert. Da die Wirtschaftskrise die KMUs, worunter in der EU 99% der Unternehmen fallen, besonders stark getroffen hat, benötigen sie mehr Unterstützung. Jürgen Creutzmann, der die ALDE-Kampagne "Boost SME" koordiniert, kritisiert, dass es beim Zugang zu den Fördermitteln klare Schwächen gibt: zu viel Bürokratie, fehlende Harmonisierung von Regelungen und Verfahren verschiedener Förderprogramme sowie keine Unterscheidung zwischen verschiedenen Typen von KMUs, was besonders Kleinunternehmen benachteiligt. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Studie des Europaparlaments.

Wir Liberalen fordern daher mit der ALDE-Kampagne für den Mittelstand eine verstärkte Berücksichtigung von KMUs in der laufenden Debatte zur Reform der Strukturfonds. Unbedingt von Nöten sind vor allem Bürokratieabbau, Kreditgarantien und vereinfachter Zugang zu Strukturfondsmitteln. Darüber hinaus sollte der Begriff KMU klarer definiert werden.

Die KMU-Kampagne der ALDE wurde am 29. Februar dieses Jahres unter Teilnahme von Kommissar Tajani und dem Fraktionsvorsitzenden der ALDE Guy Verhofstadt offiziell eröffnet. Weitere Informationen, die Forderungen der Liberalen und zahlreiche Links zum Thema KMU-Förderung finden Sie hier.

Die Lage in der Ukraine und der Fall Julia Timoschenko

Drei Wochen vor Beginn der Fußball-Europameisterschaft war das Thema in Straßburg wieder auf der Agenda. Der ALDE Vorsitzende Guy Verhofstadt kündigte in Straßburg an, dass er noch am Freitag in der Ukraine an der Konferenz über die

EU-Ukraine Beziehungen teilnehmen wird. Nach einem Treffen mit der Tochter von Julia Timoschenko forderte er offiziell auch einen Termin mit der ehemaligen ukrainischen Ministerpräsidentin während seines Besuchs in der Ukraine. Im Gegensatz zum einstimmigen Boykott der Fußball-EM durch die EU-Kommission, gingen innerhalb des Parlaments während der Plenardebatte die Meinungen bezüglich eines Boykotts auseinander. Die Mehrheit der Liberalen sowie der Vorsitzende der EU-Ukraine-Delegation sind gegen den Boykott und betonen, dass jeder Politiker selbst darüber entscheiden sollte, ob er die Fußball-EM besucht. Einig war man sich bei der Diskussion über die Kritik an den Haftbedingungen Julia Timoschenkos. Die Abgeordneten forderten die ukrainischen Behörden dazu auf, der Oppositionsführerin adäquate medizinische Versorgung zu gewährleisten. Da der Fall Timoschenko keine Ausnahme ist, gilt auch die Aufforderung zu einer Reform des ukrainischen Justizsystems. Sollte der ukrainische Präsident Janukowitsch weiterhin nicht auf die Kritik reagieren, würde das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine gefährdet.

Vorbereitung des informellen EU-Gipfels - Investitionen, Wachstum und Beschäftigung

Das Europaparlament debattierte im Vorfeld des informellen EU-Gipfels zum Themenbereich Investitionen, Wachstum und Beschäftigung. Der Grossteil der Redebeiträge rief nicht nur nach Sparmaßnahmen, sondern auch nach Wachstumsanreizen. Der Vertreter der dänischen Ratspräsidentschaft argumentierte, dass es ohne Haushaltskonsolidierung kein Wirtschaftswachstum in der EU geben kann. Darüber hinaus seien Reformen des Binnenmarktes nötig. Der Kommissions-Vizepräsident Olli Rehn betonte die Notwendigkeit weiterer wirtschaftlicher Integration und des Abbaus von Staatsschulden: "Jeder Euro, der für Schulden aufgebracht werden muss, fehlt für Investitionen."

Wir Liberale forderten die EU-Spitzenpolitiker dazu auf, eine echte Wirtschafts- und Wachstumsunion zu schaffen. Unserer Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt sprach sich für die Vergemeinschaftung von Schulden- und Rückzahlungsfonds aus. Die Europaabgeordneten sind sich einig, dass das Problem Griechenlands zurzeit mehr von den Griechen selbst abhängt als von der EU. Da der EU-Gipfel diese Woche ein informelles Treffen ist, handelt es sich erst um Vorbereitungsgespräche für das offizielle Treffen der Staats- und Regierungschefs im Juni.

Gleiches Entgelt für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit

Bereits seit Jahren ist das Thema "Equal Pay" und die Frage nach entsprechenden Regelungen auf der europäischen Agenda. Jedoch erhalten Frauen in der EU immer noch durchschnittlich 16-17% weniger Lohn als Männer für die gleiche Arbeit. In seiner Empfehlung an die EU-Kommission schlägt das Europaparlament vor, nicht nur Strafen für Nichteinhaltung des Prinzips "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" einzuführen, sondern auch positive Anreize in Form eines europäischen Qualitätszertifikats oder eines Preises für Arbeitgeber, die sich für die Förderung weiblicher Führungskräfte einsetzen. Die Resolution wurde im Plenum mit überwältigender Mehrheit angenommen.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Europäischer Tag der Meere in Göteborg, Schweden

Der Europäische Tag der Meere wird seit 2008 jährlich am 20. Mai gefeiert mit dem Ziel, europaweit auf die Bedeutung der Meere aufmerksam zu machen. Zentrale Veranstaltung ist jeweils eine von der EU-Kommission organisierte Experten-Konferenz, an der ich seit 2010 regelmäßig als Referentin teilnehme. Dieses Jahr fand die Konferenz in Göteborg statt, wo ich zusammen mit der schwedischen Umweltministerin und ehemaligen Fraktionskollegin Lena Ek in einem Podium über Zukunft und Potenzial unserer Meere diskutierte. Nur 10% des Potenzials der Meere sind bisher erforscht. Mit dem wachsenden Bedarf an Rohstoffen müssen wir für eine nachhaltige und umweltschonende Nutzung dieses Potenzials sorgen. Von großer zukünftiger Bedeutung ist dabei die Maritime Raumordnung, mit der man verschiedene Nutzungsformen wie Energiegewinnung, Fischerei, Transport und Tourismus besser koordinieren und grenzüberschreitend planen könnte. Es läuft beispielsweise bereits das Experiment, in Offshore-Windparks Fischzucht zu betreiben. So könnte man gleichzeitig die Nachfrage nach Energie und Speisefisch befriedigen und Kosten sparen, indem man die Wartung der Windräder mit der Fischfütterung verbindet.

Digitaler Tachograph (Schattenbericht)

Der Gesetzgebungsprozess im Verkehrsausschuss zur europaweiten Einführung eines digitalen Fahrtenschreibers ist kurz vor der Abstimmung und wurde diese Woche in zwei Sitzungen diskutiert. Einig sind wir uns über die technischen Fragen und die Berücksichtigung des Datenschutzes. Entscheidend gerade für kleine und mittelständische Unternehmen ist aber für wen das Gesetz gilt: nur für Berufsfahrer und Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen oder auch für Unternehmer, die ab und zu selbst als Fahrer im Einsatz sind zur Anlieferung der Arbeitsmittel oder Ausstattung einer Baustelle (Gerüsttransport durch einen Dachdeckermeister). Bislang kann ein Mitgliedstaat per Gesetz Ausnahmen genehmigen – zur Zeit gilt das in Deutschland beim Einsatz analoger Fahrtenschreiber für alle, deren Haupttätigkeit nicht das Fahren ist und die sich nicht weiter als 50 km vom Sitz des Unternehmens wegbewegen. Die Distanz betreffend ist für die heutige Praxis ein Umkreis von 150 km angemessen, und das ohne Gewichtsbeschränkung. Dieser Vorschlag des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (ZDH) hat 2009 als bester von 500 Vorschlägen durch die Stoibergruppe und die Kommission einen Entbürokratisierungspreis gewonnen. Ich setze mich für entsprechende Berücksichtigung ein und versuche gerade dafür Mehrheiten zu organisieren. Alternativ wäre auch möglich, von vornherein festzulegen, dass dieses Gesetz nur für Berufsfahrer Anwendung finden darf. Über die Abstimmungsergebnisse werde ich demnächst berichten.

Schwefelgehalt im Treibstoff von Schiffen

Rat und Parlament haben sich diese Woche darauf geeinigt, die Rechtsvorschriften zum Schwefelgehalt in Schiffsdiesel zu aktualisieren. Die neuen strengeren Grenzwerte stimmen nun mit den im Rahmen der IMO (International Maritime

Organisation) vereinbarten Werten überein. Schätzungen zufolge führt die Verschmutzung der Meere durch die Schifffahrt jährlich zum vorzeitigen Tod von 50.000 Menschen in Europa. In den Verhandlungen mit dem Rat konnte das Parlament erreichen, die Übergangsphasen bis zur Einführung des strengeren Grenzwerts von 0,5% für den Schwefelgehalt auf 2015 zu verkürzen. Für Ost-, Nordsee und Ärmelkanal werden strengere Limits mit der Schwefelhöchstgrenze von 0.1% bereits ab 2015 gelten.

Die Umweltverschmutzung durch die Schifffahrt ist besonders in Küstennähe ein Problem und könnte in Zukunft noch strengeren EU-Regeln unterworfen werden. Auf Verlangen des Europaparlaments wird im Rahmen der Überprüfung der EU Politik zur Luftreinhaltung nächstes Jahr die Möglichkeit untersucht, den Grenzwert von 0,1%, der für Schiffe im Hafen gilt, auf die gesamte Küstenzone der EU auszuweiten.

Ausschuss für Frauen und Gleichstellung

Situation von Frauen in der Türkei (Schattenbericht)

Der Initiativbericht zur Situation von Frauen in der Türkei, der diese Woche vom Plenum des EU-Parlaments angenommen wurde, weist besonders auf die Bedeutung der Gleichstellung von Frauen für die europäische Integration des Landes hin. Damit spricht das Parlament in einer Stimme mit dem Erweiterungskommissar, der vergangene Woche mit der "Positiven Agenda" einen neuen Anlauf im Erweiterungsprozess mit der Türkei gestartet hat und darin die Frauenrechte als ein Schlüsselthema betrachtet.

Gleichzeitig wird von EU-Seite anerkannt, dass sich die Situation von Frauen in der Türkei zweifellos verbessert. Die Gleichstellung in der Grundschulbildung ist hergestellt, die Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt ist auf ca. 30% angestiegen und die Zahl der weiblichen Abgeordneten im türkischen Parlament hat sich in den letzten Wahlen von 9 auf 14 Prozent erhöht. Gelobt wird außerdem die Einrichtung eines Spezialbüros innerhalb der Staatsanwaltschaft in Ankara für Fragen um häusliche Gewalt.

Stärkung von Unternehmerinnen in der EU

Mitte Mai nahm ich als Rednerin an einer Podiumsveranstaltung über die Stärkung von Unternehmerinnen teil, die im EU-Parlament stattfand. Die von dem Bundesverband der Unternehmervereinigung und der Europäisch-Türkischen Wirtschaftsvereinigung (UNITEE) organisierte Podiumsdiskussion fokussierte Wege zur Förderung weiblichen Unternehmertums. Da Kreativität und Multitasking bei Frauen meist stärker ausgeprägt sind als bei Männern, sind Frauen sehr gut für die Arbeitgeberrolle geeignet. Ein weiterer Vorteil der Selbständigkeit ist für Frauen die Flexibilität, die eine eigene Firma bietet, um Privatleben und Karriere miteinander zu verbinden. Der Vertreter der Europäischen Kommission wies darauf hin, dass Geschäfts-Frauen vorsichtiger als Geschäfts-Männer agieren, wodurch zwar einerseits ihre Firmen im Vergleich langsamer wachsen, aber andererseits seltener bankrottgehen als die von ihren männlichen Kollegen geleiteten Unternehmen. Diskutiert wurde auch die verbindliche Einführung von Quoten in Aufsichtsräten beziehungsweise die Frage, ob dies zur Verbesserung der Situation für Frauen im Geschäftsleben führen würde. Ich persönlich war lange Zeit gegen Quoten, muss aber

inzwischen feststellen, dass sich in den letzten 20 Jahren ohne verbindliche Quoten ernüchternd wenig in Richtung Gleichstellung der Geschlechter getan hat.

Mexiko-Delegation

Diese Woche waren die mexikanischen Mitglieder – Senatoren und Abgeordnete - unserer gemeinsamen Delegation zu Gast im Europaparlament. Bei dem dreitägigen Treffen wurden verschiedene Berichte – wobei es immer jeweils für jede Seite 1 Berichterstatter/in gibt - diskutiert und verabschiedet, u.a. zur Frage der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf das föderale Mexiko und die Europäische Union. Auch ein Abschlussbericht über die Ergebnisse der bisherigen Zusammenarbeit lag vor: In Mexiko sind im Juli Wahlen, und da – anders als bei uns – Wiederwahl in der Regel ausgeschlossen ist, wird die Delegation auf der mexikanischen Seite ab Herbst komplett neu besetzt sein. Das nächste – für die Neugewählten dann erste – Treffen wird voraussichtlich im Oktober in Mexiko stattfinden.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Pfingstfest!
Herzliche Grüße aus Straßburg
Ihre Gesine Meißner

Juni 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenige Tage vor den wiederholten Wahlen in Griechenland, das unter seinen finanziellen Problemen zusammenzubrechen droht, debattierte das Europaparlament in Straßburg über Wege zu mehr Stabilität im Euroraum. Beschlossen wurde ein Schuldentilgungs- und Wachstumspakt, der dazu die nötigen Instrumente reichen soll.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

"Two-Pack" für die Länder der Euro-Zone

Nach dem im vergangenen Jahr beschlossenen "Six-Pack" (6 Gesetze), das die makroökonomischen Rahmenbedingungen für mehr Stabilität in der Eurozone gesetzt hat, hat das Europaparlament diese Woche dem "Two-Pack" zugestimmt. Es handelt sich hierbei um zwei Gesetzesdossiers zum Umgang mit Mitgliedsstaaten mit großen finanziellen Schwierigkeiten und zur Finanzberichterstattung der Euro-Länder. Mit dem vom Plenum angenommenen Text bietet das Parlament Lösungen zur Schuldentilgung: unter anderem durch die Einführung eines Schuldentilgungsfonds, der die Schulden aller Länder der Eurozone ab dem Grenzwert von 60% ihres BIP umfasst - derzeit eine Summe von rund 3,2 Mrd. Euro. Die Euro-Länder sollen die Möglichkeit bekommen diese Schulden über einen verlängerten Zeitraum von 25 Jahren zurückzuzahlen, was ihnen vorerst eine kleine Atempause verschafft und ihnen Zeit gibt sich aus der finanziellen Abwärtsspirale zu lösen und notwendige Strukturreformen vorzunehmen. Mit knapper Mehrheit wurde die Aufforderung an die EU-Kommission in den Text aufgenommen, einen Fahrplan zur Einführung von

Eurobonds - dies gegen die Stimmen der FDP - und einen Vorschlag für ein Instrument zur Förderung nachhaltigen Wachstums vorzulegen. Der Text zielt außerdem auf eine Ausweitung der Kontrollbefugnisse der Kommission, verlangt aber gleichzeitig eine strengere demokratische Kontrolle, indem die Kompetenzübertragung alle drei Jahre erneuert werden muss und von Rat oder Parlament jederzeit widerrufbar sein soll. Das Two-Pack soll die EU mit den notwendigen Handlungsinstrumenten ausstatten, um präventiv in einem Mitgliedsstaat in Schwierigkeiten einzugreifen, bevor er die Stabilität der gesamten Eurozone gefährdet. Die Europäische Kommission erhält zusammen mit der EZB die Aufgabe, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Der nächste EU-Gipfel am 28./29. Juni verspricht bzw. droht wieder von größter Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Union zu werden. Wir Liberale erwarten vom Präsidenten des Rates, dass er einen umfassenden Plan für eine echte Fiskal- und Wirtschaftsunion vorlegt, verbunden mit einer klaren Roadmap hinsichtlich seiner Umsetzung.

Ringens um den Schengen-Raum

Am 8. Juni haben die Regierungsvertreter der EU-Mitgliedsstaaten beschlossen, in der bereits laufenden Diskussion um die Überprüfung des Schengen-Mechanismus die Rechtsgrundlage zu ändern. Die EU-Kommission hatte ihren Gesetzesvorschlag auf die Basis des Mitentscheidungsverfahrens gestellt und das Europaparlament sowie die EU-Kommission hatten in den vergangenen Monaten mitverhandelt. Mit der Änderung der Rechtsgrundlage entzieht der Rat nun dem Parlament die Möglichkeit, mit zu entscheiden. Nach der neuen Rechtsgrundlage können Parlament und Kommission keine Vorschläge einbringen, kein Gegengewicht bilden und werden lediglich über die Beschlüsse des Rates informiert. Ein Affront, der das Parlament diese Woche zu einer Dringlichkeitsdebatte veranlasste. Darin wies unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt darauf hin, dass 62% der EU-Bürger die Reisefreiheit im Schengen-Raum für das positivste Ergebnis der europäischen Integration halten. 400 Millionen Europäer profitieren davon. Der Ausschuss für Justiz und Inneres des Europaparlaments hat beschlossen, beim Europäischen Gerichtshof gegen die Ratsentscheidung zu klagen und sie einstweilen nicht anzuerkennen. Die zwei Gesetzentwürfe zur vorübergehenden Einführung von Grenzkontrollen und zur Überprüfung des Schengen-Mechanismus wurden im Ausschuss bereits angenommen. Die Plenarabstimmung ist für die Juli-Plenarwoche in Straßburg vorgesehen.

EU-Haushalt

Im Hinblick auf den Gipfel der EU-Regierungschefs am 28. und 29. Juni, bei dem der Rat seinen Verhandlungsvorschlag zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für die Jahre 2014-2020 vorstellen wird, verabschiedete das Europaparlament diese Woche eine Resolution dazu. Der mehrjährige Finanzrahmen sollte flexibel sein, um auf neue Herausforderungen und sich ändernde Gegebenheiten und Prioritäten reagieren zu können, heißt es darin. Größere Flexibilität sei sowohl innerhalb der einzelnen Rubriken als auch zwischen verschiedenen Rubriken sowie zwischen den Haushaltsjahren des MFR von Nöten. So war es zum Beispiel sehr kompliziert, Finanzierungsmöglichkeiten für das Kernfusionsprogramm ITER zu finden, das als neues vorrangiges Projekt im Laufe des derzeitigen Finanzrahmens hinzugekommen ist. Das EU-Parlament fordert in der Diskussion um den Haushalt außerdem, dass

die Beiträge aus nationalen Kassen durch andere Finanzierungsquellen abgelöst werden. Derzeit besteht der EU-Haushalt zu 75% aus Direktbeiträgen der Mitgliedsstaaten. Nach Meinung des Parlaments kann dieser Anteil auf 40% gesenkt werden, wenn man das bestehende System reformiert und alternative Einnahmequellen wie eine Finanztransaktionssteuer oder eine EU-Mehrwertsteuer einführt, wobei wir Liberale es vorziehen würden, an der Ausgabenseite zu arbeiten und das EU-Geld effizienter einzusetzen. Das EU-Parlament droht sogar, der Verordnung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen nicht zuzustimmen, bevor es eine politische Einigung über eine solche Reform gibt. Die Zustimmung des Parlaments ist notwendig, damit der Rat den mehrjährigen Finanzrahmen einstimmig verabschieden kann. Das Parlament fordert daher umfassende Verhandlungen mit dem Rat über alle Aspekte des MFR.

Die Zukunft der Binnenmarkt-Akte

In einer Resolution zur Binnenmarkt-Akte, die diese Woche vom Plenum des EU-Parlaments angenommen wurde, weist es auf die noch unausgeschöpften Potenziale des Europäischen Binnenmarkts für die Schaffung von Wachstum hin. Gerade in Zeiten der leeren Kassen gilt es, unnötige administrative Hürden für den Binnenmarkt abzubauen und die mangelhafte Umsetzung von Bestimmungen in nationales Recht, etwa bei der Dienstleistungsrichtlinie, anzugehen. Nachholbedarf nennt der Text vor allem in den Bereichen Energie, Transport, Einzelhandel, Forschung und Entwicklung, Mobilität der Arbeitskräfte und Finanzdienstleistungen. Noch nicht einmal im Internet ist es möglich unbehindert EU-weit einzukaufen. Dadurch, dass Verbraucher abhängig von ihrem Standort unterschiedliche Preise für das gleiche Produkt zahlen müssen, werden sie im Internet in ihrer Auswahl eingeschränkt. In der Resolution fordert das Europaparlament einen jährlichen Bericht über den Binnenmarkt, der aufzeigt, in welchen Bereichen er den Verbrauchern Vorteile bringt und in welchen noch immer Schwierigkeiten bestehen.

Bessere Vorsichtsmaßnahmen um Chemiebetriebe

Im Nachgang zu dem verheerenden Chemieunfall in Ungarn im Jahr 2010 beschloss die EU, die sogenannte „Seveso“-Gesetzgebung zum Schutz vor Chemieunfällen zu überarbeiten. Diese Woche hat das Europaparlament der „Seveso-III“ Richtlinie zugestimmt, die verschärfte Kontrollen in Chemiebetrieben vorsieht. Industrieanlagen hoher Risikostufe müssen danach mindestens einmal jährlich einer Routinekontrolle unterzogen werden, weniger riskante Betriebe mindestens alle drei Jahre. Die neuen Bestimmungen zur Einstufung von Chemikalien beinhalten ein detailliertes Klassifizierungssystem, das auf internationalen Standards beruht, um Gefahren für die menschliche Gesundheit und die Umwelt besser zu identifizieren. Die neue Richtlinie garantiert darüber hinaus einen besseren Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen über die Industrieanlagen und Notfallpläne. Die Informationen müssen klar und online verfügbar sein. Bürger erhalten bei Betriebserweiterungen und der Erstellung von Notfallplänen ein Mitspracherecht.

Handlungsbedarf in Tibet

Das EU-Parlament befasste sich diese Woche in der Debatte über Menschenrechtsverletzungen u.a. mit der katastrophalen Menschenrechtssituation in Tibet. In einer Resolution forderte es von den chinesischen Behörden den Verbleib der Opfer von Selbstverbrennungen in Tibet zu veröffentlichen sowie den Medien und Menschenrechtsbeobachtern ungehinderten Zugang zu erlauben. Seit 2009 sollen sich 38 Tibeter – meist Nonnen und Mönche – selbst verbrannt haben. Ihr Verbleib und weiteres Schicksal ist größtenteils unbekannt. Das Parlament rief die Außenkommissarin Catherine Ashton auf, einen Sonderkoordinator für Menschenrechte in Tibet zu ernennen, der dort die Menschenrechte fördern, regelmäßig über die Situation berichten und tibetischen Flüchtlingen Hilfe zukommen lassen soll.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Digitaler Tachograph - Ausnahme für das Handwerk (Schattenbericht)

Bislang unterliegen alle Handwerker, die die zur Erledigung eines Auftrags erforderliche Ausrüstung mit ihrem eigenen Nutzfahrzeug weiter als 50 Kilometer transportieren, der Fahrtenschreiberpflicht. Dies verursacht nicht nur Kosten, sondern auch einen hohen Verwaltungsaufwand für diese eher kleinen Betriebe und ist nicht mehr zeitgemäß. 2009 wurde ein Vorschlag des Zentralverbands des deutschen Handwerks von der Stoiber-Gruppe zum Bürokratieabbau ausgezeichnet, der eine Ausweitung der zulässigen Entfernung auf 150 km vorsieht, sofern Fahren nicht die Hauptbeschäftigung des Fahrers ist. Ein entsprechender Änderungsantrag zum Gesetzentwurf fand Ende Mai mit den Stimmen der Liberalen eine knappe Mehrheit im Verkehrsausschuss. Als Berichterstatterin der ALDE für das Dossier habe ich für die Ausnahmeentfernung von 150 km hart gekämpft. Positiv ist auch, dass es künftig möglich sein soll, Fahrzeuge zur Belieferung von Baustellen von den Lenk- und Ruhezeiten auszunehmen. Dies erleichtert vor allem den Transport von leicht verderblichen Materialien wie Zement und Asphalt. Unsere Unternehmen brauchen flexible und praxisnahe Rahmenbedingungen.

Die Abstimmung im Plenum über die Verordnung zum Tachographen und den Lenk- und Ruhezeiten ist für die Sitzung Anfang Juli in Straßburg vorgesehen.

Einheitlicher Europäischer Luftraum (Schattenbericht)

Die EU arbeitet schon seit Jahren an dem Projekt eines einheitlichen europäischen Luftraums. Heute müssen Flugzeuge aufgrund der nationalen Einteilung der Lufträume und großer militärischer Sperrgebiete in der Luft häufig Umwege fliegen. Daher soll der europäische Luftraum über die nationalen Grenzen hinweg in neue, funktionale Luftraumblöcke eingeteilt werden (z.B. Deutschland mit Frankreich, Schweiz, Belgien, Niederlande und Luxemburg). Mit den geplanten grenzüberschreitenden Luftraumblöcken könnten direkte Flugrouten geflogen werden. Das spart Kosten und senkt CO₂-Emissionen. Leider ist die Zusammenlegung der Lufträume in der Praxis ein sehr langwieriger Prozess. Die Flugsicherungen sind in jedem Land ganz unterschiedlich organisiert, in Deutschland ein privatwirtschaftliches

Unternehmen, in Frankreich eine Behörde und in anderen Staaten wird der Luftraum ausschließlich von Militärs überwacht. Man muss sich aber nicht nur auf eine Organisationsform für die neue gemeinsame Flugsicherung einigen, sondern es müssen auch einheitliche Qualitätsstandards und Preisstrukturen für die angebotenen Dienstleistungen eingehalten werden. 2012 ist für den Einheitlichen Europäischen Luftraum ein entscheidendes Jahr, bis Ende des Jahres sollen die transnationalen Luftraumblöcke eingerichtet sein. Deswegen steht dieses Thema im Transportausschuss gerade ganz oben auf der Agenda. Wir versuchen, das Projekt voranzubringen, um die Luftfahrt in Europa effizienter und auch umweltfreundlicher zu machen.

Entwicklungsausschuss

Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien (Schattenbericht)

Im Oktober soll das EU-Parlament seine Zustimmung zum Freihandelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien geben. Da im Fall von internationalen Abkommen der EU das Europaparlament keine Änderungen am Text vorschlagen kann, sondern lediglich den Text als Ganzes annehmen oder ablehnen kann, gab es diese Woche seine Vorschläge und Kritik in einer Resolution ab. Während grundsätzlich Zustimmung zu dem Abschluss des Freihandelsabkommens besteht, gilt die Hauptsorge dem ungenügenden Menschenrechtsschutz in den beiden lateinamerikanischen Ländern. Daher fordert das Europaparlament in seiner Resolution klare Signale in Form eines transparenten und verbindlichen Fahrplans zum Schutz von Gewerkschaftsmitgliedern, Menschenrechtsverteidigern und Umwelt von Peru und Kolumbien, bevor das Abkommen in Kraft tritt. Außerdem fordert der Text eine effektive Wahrung der Versammlungsfreiheit und des Rechts auf Kollektivverhandlungen sowie strenge Kontrollen der Arbeitsbedingungen. Die Kommission wird aufgefordert, die beiden Länder im Rahmen des Abkommens in diesen Bereichen zu unterstützen. Zwar lobt der Entschließungsantrag die kolumbianische und peruanische Regierung für ihre bisherigen Bemühungen und die grundlegenden Verbesserungen bei der Strafverfolgung. Sie weisen jedoch darauf hin, dass noch Erhebliches geleistet werden müsse, um "alte Probleme" wie Armut, Korruption, Gewalt und vor allem Morde an Gewerkschaftsmitgliedern zu lösen. Kolumbien hat weltweit den höchsten Anteil an derartigen Morden, die zu 90 % unbestraft bleiben. Die FDP ist für das Abkommen und baut darauf, dass „Wandel durch Handel“ am besten gelingt.

Zukunft der Gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik (Schattenberichte)

Zu diesen beiden großen Dossiers werden im Entwicklungsausschuss derzeit Stellungnahmen bearbeitet. Entsprechend meiner Zuständigkeiten habe ich hierfür die Berichterstattung für die Fraktion übernommen. Die Stellungnahmen werden nächste Woche im Entwicklungsausschuss abgestimmt.

Parlamentarische Versammlung EU-Lateinamerika (EUROLAT)

Meinungsaustausch mit dem Präsidenten von Peru

Diese Woche war der peruanische Präsident Ollanta Humala zu Gast im Europaparlament. An dem Tag, an dem das Plenum über eine Resolution zum Freihandelsabkommen der EU mit seinem Land abstimmte, sprach er im Europaparlament von seinen Bemühungen für mehr soziale Integration, Bildung, mehr Demokratie und weniger Armut. In einem Meinungsaustausch mit uns europäischen Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung EUROLAT, der am selben Tag stattfand, stand er allen Fragen offen Rede und Antwort. Er betonte, dass das Freihandelsabkommen wichtig für die Wirtschaft seines Landes ist, das gerade mit Bergbauerzeugnissen eine 500-jährige Handelstradition hat. Bezüglich der Risiken des Bergbaus für die Umwelt kündigte er Maßnahmen zur Eindämmung an.

Herzliche Grüße aus Straßburg
Ihre Gesine Meißner

Juli 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit ACTA, dem europäischen Einheitspatent und dem digitalen Fahrtenschreiber sollten in dieser letzten Plenarwoche vor der parlamentarischen Sommerpause gleich mehrere vieldiskutierte Texte zur Abstimmung stehen. Was daraus geworden ist lesen sie nachfolgend.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Zypern übernimmt EU-Vorsitz

Zypern hat ab 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft für das zweite Halbjahr 2012 übernommen. Der Vorsitz der Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union wechselt turnusmäßig alle 6 Monate. Zyperns Präsident Demetris Christofias erklärte diese Woche vor dem Plenum des EU-Parlaments, dass Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung das Hauptziel der zyprischen Präsidentschaft sein wird. Daneben stehen ein erfolgreicher Abschluss der Budgetverhandlungen, intensivere politische Arbeit in den Bereichen Energie, Forschung und Innovation, sowie die Reformen in der gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik hoch auf der Agenda. Mir gefällt besonders gut, dass auch die Weiterentwicklung „meines Themas“ Integrierte Meerespolitik eine Priorität Zyperns darstellt.

In der Aussprache ermutigten wir Liberale die Zyprioten dazu, die Präsidentschaft zu nutzen, um die politischen Probleme der Insel zu lösen. Wie sehr die Situation dort im geteilten Land stagniert, konnten wir kürzlich bei einer Reise der ALDE-Obleute nach Zypern zur Vorbereitung der Ratspräsidentschaft feststellen. Wir haben dort sowohl

im türkischen Nordzyprien als auch im griechischen Hauptteil der Insel Gespräche mit hochrangigen Repräsentanten geführt.

Digitaler Fahrtenschreiber: Leere Versprechen beim Bürokratieabbau (Schattenbericht)

Ein enttäuschendes Ergebnis ergab die Plenarabstimmung in erster Lesung zum digitalen Fahrtenschreiber. Sinnvolle Ausnahmen für Handwerker, die wir Liberale im Verkehrsausschuss erkämpft hatten, sind vom Plenum eingeschränkt worden. So sind Fahrten von Handwerkern nur in einem Radius von 100 km von der Tachographenpflicht ausgenommen. Zusätzlich müssen nun schon Fahrzeuge ab 2,8 Tonnen (vorher 3,5 t) einen Fahrtenschreiber einbauen. Das entspricht nicht dem Vorschlag, den die Stoiber-Gruppe zum Bürokratieabbau prämiert hatte. Alle nicht hauptberuflichen Fahrer, die lediglich Material zu ihrem Arbeitsplatz transportieren, sollten grundsätzlich von der Fahrtenschreiberpflicht ausgenommen werden oder sich zumindest in einem Radius von 150 km ohne Tachographen bewegen können. Ich bin sehr enttäuscht, dass auch die Kommission sich nicht mehr für den Stoiber-Vorschlag einsetzt. Ebenso hätte ich erwartet, dass zumindest die deutschen Abgeordneten von CDU und CSU geschlossen gegen die zusätzliche Belastung von kleinen Unternehmen stimmen.

2009 wurde ein Vorschlag des Zentralverbands des deutschen Handwerks von der Stoiber-Gruppe zum Bürokratieabbau ausgezeichnet, der eine Ausweitung der zulässigen Entfernung auf 150 km vorsieht, sofern Fahren nicht die Hauptbeschäftigung des Fahrers ist. Zielgruppe für den Tachographen sind die Berufsfahrer, nicht die Handwerker. Ich werde bei den kommenden Verhandlungen mit dem Rat auf jeden Fall weiterkämpfen, um überflüssige Bürokratie für kleine Unternehmen abzubauen, denn unsere Unternehmen brauchen flexible und praxisnahe Rahmenbedingungen.

Einheitlicher Europäischer Eisenbahnraum

Nach langwierigen Verhandlungen im Trilog zwischen Europaparlament, Ministerrat und Kommission stimmte das Plenum diese Woche der Revision des 1. Eisenbahnpakets zu - ein Durchbruch für mehr Wettbewerb im Bahnbetrieb. Seit über zehn Jahren ist die Eisenbahnwirtschaft in der EU auf dem Papier liberalisiert. In der Praxis jedoch kann man keinesfalls von einem einheitlichen europäischen Eisenbahnmarkt sprechen. Wir haben uns in den Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten dafür eingesetzt, dass sich hier etwas bewegt. Nach wie vor sind die nationalen Bahnunternehmen in den jeweiligen nationalen Netzen vorherrschend und lassen Wettbewerbern zu wenig Chancen, Fuß zu fassen. Daher habe ich mich im Verkehrsausschuss federführend für die ALDE für getrennte Finanzierungskreisläufe eingesetzt - auch innerhalb einer Holding. Wir wollten sicherstellen, dass staatliche Zuschüsse und Gewinne der Infrastruktursparte ausschließlich für den Schienenausbau verwendet werden und nicht, um sich einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen oder Konkurrenten aufzukaufen. Eine europäische Vergabestelle für Bahntrassen soll jetzt für eine effektive Überwachung des fairen Wettbewerbs sorgen. Ende des Jahres will die Kommission das 4. Eisenbahnpaket vorlegen. Mit weiteren Vorschlägen zur Trennung von Netz und Betreiber sollen Liberalisierung und Wettbewerb vorangetrieben werden.

Abstimmung über ACTA

Da zur Zeit noch der EuGH die Rechtmäßigkeit des Vertragstextes prüft, beantragte die konservative Fraktion – unterstützt auch von einem Teil der Liberalen, insbesondere den meisten FDP-Vertretern - eine Verschiebung der Abstimmung. Nachdem die Mehrheit der Abgeordneten die Verschiebung abgelehnt hatte, lehnte das Europaparlament diese Woche ACTA mit großer Mehrheit ab (39 Ja, 478 Nein, 165 Enthaltungen). Damit ist dieses internationale Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums erst einmal vom Tisch. Dennoch ist es wichtig hervorzuheben, dass ACTA nicht am Versuch gescheitert ist, gegen Verletzungen geistigen Eigentums effektiver vorzugehen, sondern daran, dass die Sorgen der Menschen über die Einschränkung der Freiheit im Internet zu wenig ernst genommen wurden. Kritisiert wurde außerdem, dass das ursprüngliche Ziel des Abkommens der Kampf gegen Produkt- und Markenpiraterie war, aber China und Indien – die Staaten, in denen 90 % dieser Fälle passieren – gar nicht Vertragspartner waren, da sie sich verweigert haben.

Es besteht nach wie vor der Bedarf, dass wir unsere Rechtslage der neuen Internetwirklichkeit anpassen. ACTA mag zwar erledigt sein, aber wirksamen Schutz gegen Produkt- und Markenpiraterie haben wir auch noch nicht.. Wir Liberale werden hierfür Vorschläge machen. Mangelnde Transparenz und Kommunikation führt jedoch zu Ängsten und Zweifeln, die jede fundierte Argumentation ins Leere laufen lassen. Bereits im Februar 2010 haben wir Liberale davor gewarnt, dass ACTA insbesondere wegen der intransparenten und bürgerfernen Art des Zustandekommens abgelehnt werden könnte. Dies ist nun geschehen, obwohl die EU-Kommission auf Druck des Parlaments und der Öffentlichkeit bereits entscheidende Nachbesserungen erwirkt und die größten Kritikpunkte der Liberalen herausgenommen hatte. Das waren die Einführung verpflichtender Internetzugangssperren ("three strikes Modell"), Dritthaftung für Internetserviceprovider, sowie die Möglichkeit der Überprüfung der Inhalte von Laptops bei internationalen Reisen. Nun muss, nach der erneuten Ablehnung eines internationalen Vertrages durch das Europäische Parlament, die EU-Kommission endlich nachhaltige Konsequenzen ziehen. Internationale Abkommen dürfen zukünftig nicht über die Köpfe der Bürger hinweg und ohne volle Parlamentsbeteiligung entschieden werden. Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat das Europäische Parlament nur aber immerhin das Recht, internationale Abkommen, die durch die EU-Kommission verhandelt werden, anzunehmen oder abzulehnen. Die Europäischen Verträge müssen in diesem Punkt deutlich nachgebessert werden.

Abstimmung zum EU-weiten Patent in letzter Minute verschoben

Das Europäische Parlament sah sich diese Woche gezwungen, kurzfristig eine anberaumte Abstimmung über das EU-Patent zu verschieben. Die britische Regierung kündigte erst am Morgen der geplanten Abstimmung an, sich nicht weiter an den nach über dreißig Jahren Diskussion zwischen Rat und Parlament vereinbarten Gesetzestext zu halten, und forderte statt dessen die Streichung dreier wesentlicher Artikel. Durch die Streichung versuchen insbesondere die europaskeptischen Briten, den Europäischen Gerichtshof in seiner Auslegungskompetenz zu beschränken. Auch wenn man dem Gerichtshof aufgrund mangelnder Expertise zum jetzigen Zeitpunkt keine Urteile in komplexen Patentstreitigkeiten zutraut, wäre dieses Problem durch die Einrichtung von Spezialkammern mit der nötigen Fachexpertise lösbar. Nationalstaatliches Denken zeigte sich auch in den jahrelangen Diskussionen um den

Sitz des geplanten EU-Patentgerichtes. Ergebnis des gefundenen Kompromisses war daher: Der formale Sitz sowie die Amtsräume des Präsidenten des Gerichts in Paris, daneben Fachabteilungen in London und München. Nähme man die Anzahl Fälle gerichtlicher Patentstreitigkeiten als Maßstab, hätte der Sitz klar in Deutschland sein müssen.

Landwirtschaftliche Direktzahlungen auch 2013

Die Weiterführung von landwirtschaftlichen Direktzahlungen in 2013 hat das EU-Parlament diese Woche in erster Lesung beschlossen. Der abgestimmte Bericht ist der erste von sieben Berichten der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP-Reform). Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe sind für die europäische Landwirtschaft von zentraler Bedeutung, um für die vielfältigen zukünftigen Herausforderungen gewappnet zu sein. Erfreulich ist, dass die Möglichkeit erhalten werden konnte, in Deutschland nicht genutzte Mittel der 1. Säule weiter in die 2. Säule übertragen zu können, so dass diese Mittel dem ländlichen Raum weiter zur Verfügung stehen und nicht in den allgemeinen Haushalt zurückfließen. Dieser Beschluss fördert das Ziel, die Entwicklung der ländlichen Gebiete und den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen zu fördern.

Verhandlungsmandat für den Haushalt 2013 (Berichterstatterin im Verkehrsausschuss)

Mit einer Plenarabstimmung legte das Europäische Parlament diese Woche sein Verhandlungsmandat für das EU-Budget 2013 fest. Das Parlament kündigt damit den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission zum Verhandlungsauftritt seine politischen Ziele an, die über den EU-Haushalt verwirklicht werden sollen. Der Schwerpunkt liegt auf Investitionen in die EU 2020 Strategie zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum in Europa. Wir Liberalen wollen für 2013 vor allem Investitionen in zukunftsfähige Wirtschaftszweige fördern. Investment ist entscheidend für Wachstum, und wir wollen vor allem dort investieren helfen, wo Wachstum notwendig ist. Dabei müssen besonders Forschung und Innovation gefördert werden. Dadurch soll auch der Marktzugang für Start-ups und KMU in der wissensbasierten Wirtschaft erleichtert werden. Deshalb folgen wir einer Strategie, die klug investiert und die Bürokratie reduziert. In Zeiten knapper Kassen gilt es intelligent zu haushalten und Mittel dort einzusetzen, wo sie am meisten Mehrwert bringen. Die zentralen Programme in den Bereichen Wachstum und Investition, kleine und mittlere Unternehmen, Beschäftigung und Jugend und neue Initiativen – z. B. die geplante Pilotphase für Projektanleihen in den Bereichen Verkehr, Energie und IKT – sollen helfen, Liquiditätsprobleme zu beheben und auf diese Weise Investitionen und Wachstum zu fördern, etwas das Europa in diesen Zeiten dringender denn je braucht. Den Auftakt für die Haushaltsverhandlungen 2013 bildet ein Trilog zwischen EU-Parlament, Rat und Kommission am 9. Juli. Darauf folgt Ende Oktober die Haushaltslesung des Parlaments und ein Vermittlungsverfahren im November.

Reform des Statuts des Europäischen Gerichtshofs (EuGH)

Der Europäische Gerichtshof ist einer ständigen Mehrbelastung ausgesetzt. Das liegt vor allem an der ständigen Kompetenzerweiterung, aber auch der Erweiterung der EU um 12 Mitgliedstaaten. Wie sich die Arbeit des EuGH angesichts seiner chronischen Überlastung besser organisieren lässt, haben das Europäische Parlament, der Rat, die Kommission und der EuGH im Mai ausgehandelt. Neben der Einrichtung des Amtes des Vizepräsidenten wird durch Strukturänderungen in der Besetzung der Großen Kammer deren Entscheidungsfähigkeit effizienter gestaltet. Beim Gericht für den öffentlichen Dienst sollen sogenannte Richter ad interim eingestellt werden, die im Krankheitsfall der regulär zuständigen Richter ersatzweise eingesetzt werden. Bedauerlicherweise gab es jedoch keine Einigung über eine Erhöhung der Richternzahl. Bürger und Unternehmen haben einen Anspruch darauf, dass europäische Rechtsprechung in angemessener Zeit erfolgt. Eine zu lange Verfahrensdauer von teilweise über 5 ½ Jahren verstößt gegen die Grundrechtecharta der EU und gegen die europäische Menschenrechtskonvention und verursacht finanzielle Schäden bei Bürgern und Unternehmen. Darum ist es leichtsinnig, dass die Mitgliedstaaten sich angesichts der vorliegenden und sehr ausgewogenen Vorschläge zur Auswahl der zusätzlichen Richter nicht einigen und damit langfristig einen Vertrauensverlust in das Europäische Rechtssystem riskieren.

Wasserressourcen besser schützen

Sauberes Wasser und verlässliche Wasserressourcen sind in Europa und dem Rest der Welt eine entscheidende Herausforderung für die Zukunft. Wasser spielt auch eine tragende Rolle im Klimazyklus. Daher müssen alle Wasser-Ökosysteme wie Flüsse, Seen und Bäche besser geschützt werden. Die EU-Wassergesetzgebung als horizontale Aufgabe ist notwendig, da Fragen rund ums Wasser oft Staatsgrenzen überschreiten und EU-weit abgestimmte Maßnahmen erfordern. Das EU-Parlament nahm diese Woche eine Resolution an, die zu besserer Umsetzung der geltenden Gesetzgebung sowie zur Definierung von Regelungslücken und neuen Herausforderungen für nachhaltige Wasserressourcen aufforderte. Wasser von guter Qualität und in ausreichender Quantität zu gewährleisten ist das Hauptziel des Berichts. Dazu fordert das Parlament unter anderem den Schutzbereich der Gesetze auf alle Gewässer auszuweiten, effizienteres Wassermanagement und Kontrollmechanismen zur Einhaltung des Prinzips "wer verschmutzt muss zahlen".

Automatischer Notruf in Autos (e-call)

Werden Notdienste zu einem Verkehrsunfall gerufen, zählt jede Minute, um Leben zu retten und um die Schwere von Verletzungen zu verringern. Bei einem Unfall haben die verletzten Personen jedoch nicht immer den Reflex oder sind physisch nicht mehr in der Lage, sofort die Notrufzentrale zu verständigen. Mit den eCall-Geräten lässt sich dieses Problem überwinden, indem die Notdienste sofort alarmiert werden, auch wenn Fahrer oder Beifahrer bewusstlos sind oder aus anderen Gründen nicht anrufen können. Mit dieser Technik verkürzt sich die Zeitspanne bis zum Eintreffen der Notfalldienste in Stadtgebieten um etwa 40 % und in ländlichen Gebieten um 50 %. Sobald eCall weit genug verbreitet ist, können jedes Jahr in Europa hunderte von

Leben gerettet und in zehntausenden von Fällen die Schwere von Verletzungen und Traumata verringert werden. In einer Resolution forderte das Europaparlament diese Woche, eCall europaweit einzuführen. Ziel ist ein bis 2015 voll funktionsfähiger eCall-Dienst in der gesamten Europäischen Union (sowie in Kroatien, Island, Norwegen und der Schweiz). Angestrebt wird, dass alle neuen Modelle von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen ab 2015 mit dem lebensrettenden eCall-System ausgestattet werden. Bei einem schweren Unfall wählt eCall automatisch die Notrufnummer 112 und übermittelt Daten zum Standort des Fahrzeugs an die Notrufzentrale.

Neue Schutzregelungen für geistiges Eigentum

Für ein stärkeres Durchgreifen europäischer Zollbehörden gegen Waren, die Rechte geistigen Eigentums verletzen, hat das Plenum des Europaparlaments diese Woche in erster Lesung gestimmt. Gleichzeitig betont der angenommene Text, dass der Kampf gegen gefälschte Arzneimittel die Versorgung mit Generika in Entwicklungsländern nicht beeinträchtigen darf. Der freie Handel mit Arzneimitteln und insbesondere Generika, die sich im Durchgangsverkehr in der EU befinden, darf nicht auf der Grundlage behindert werden, dass sie in Europa geschützte Rechte verletzen. Zuvor war es zu Verstimmungen mit Indien und Brasilien gekommen, nachdem europäische Zollbehörden wiederholt Generika auf dem Weg von Indien nach Brasilien beschlagnahmt hatten. Nach der neueren Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, die in die Verordnung mit aufgenommen wurde, dürfen Zollbehörden nur dann aktiv werden, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Waren für den Verkauf in der EU bestimmt sind. Gefälschte Produkte schaden nicht nur der Wirtschaft und Arbeitsplätzen, sondern gefährden häufig auch die Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher. Die Zollbehörden sind an den EU-Außengrenzen in der besten Position, illegale Waren aufzuhalten, bevor sie in den Binnenmarkt gelangen. Künftig sollen sie auch illegale Kopien von geschützten Gebrauchsmustern und Halbleitertopografien beschlagnahmen können. Ein neues, vereinfachtes Verfahren soll die Vernichtung der Waren ohne die gerichtliche Feststellung einer Rechtsverletzung ermöglichen, sofern der Rechteinhaber die Rechtsverletzung bestätigt und der Importeur keinen Widerspruch einlegt. Ein spezielles Verfahren für Kleinsendungen erleichtert die Vernichtung von Waren zusätzlich, weil der Zoll den Rechteinhaber im Einzelfall nicht mehr kontaktieren muss.

Bankkonto für Jedermann

Ein Zehntel der EU-Bürger sind von grundlegenden Bankdienstleistungen ausgeschlossen. Betroffen sind zum Beispiel Obdachlose, Menschen mit niedrigem Einkommen, Studenten und im Ausland tätige Arbeitnehmer. Das Europäische Parlament sprach sich diese Woche in einer Resolution für einen Rechtsanspruch der bislang Ausgeschlossenen auf solche Dienstleistungen aus. Das Basiskonto sollte günstiger als sämtliche anderen von einer Bank angebotenen Produkte sein. Banken und anderen Einrichtungen sollte es untersagt werden, die Eröffnung eines solchen Kontos abzulehnen etwa aufgrund der Höhe oder Regelmäßigkeit des Einkommens, des Beschäftigungsverhältnisses, der in Anspruch genommenen Darlehen, oder der Höhe der Verschuldung. Besonders wichtig ist, dass Banken unter keinen Umständen den Zugang zu einem Basiskonto an den Erwerb anderer Dienstleistungen oder Produkte knüpfen dürfen. Das Basiskonto sollte dem Nutzer erlauben, den Erhalt von Einkommen oder sonstigen Leistungen, die Bezahlung von Rechnungen oder Steuern

sowie den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen abzuwickeln, sowie seine Kontoauszüge auszudrucken.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Gesetzespaket zum Luftverkehr

Um Effizienz und Qualität im Luftverkehr zu steigern, hat die Kommission 3 Gesetze vorgeschlagen: 1) Zu den Bodenverkehrsdiensten an Flughäfen, 2) zum Fluglärm und 3) zu den Landerechten. Die Berichte dazu aus dem Parlament werden erst nach der Sommerpause vorliegen, zum Jahresende soll die Abstimmung in Straßburg erfolgen.

Passagierrechte jetzt auch als App

Die EU-Kommission hat diese Woche eine Webpage gestartet, von der man die europäischen Passagierrechte als App auf sein iPhone oder iPad laden kann. Pünktlich zur Urlaubszeit kann man damit auf seinem iPhone oder iPad jederzeit nachsehen, welche Rechte man EU-weit bei Verspätung oder Ausfall von Flug, Zug oder Bus hat.

Links:

iPhone

<http://itunes.apple.com/us/app/your-passenger-rights-for/id535428814>

iPad

<http://itunes.apple.com/us/app/your-passenger-rights-for/id535430172>

Da die Beratungen zu vielen Themen aus meinen Ausschüssen gerade erst begonnen haben und nach der Sommerpause fortgesetzt werden, berichte ich im September darüber.

Terminankündigung: Sommerreise 16.-27. Juli 2012

Sie erhalten demnächst einen Sondernewsletter mit Details zu den Terminen.

Herzliche Grüße aus Straßburg, eine gute Ernte und erholsame Sommerferien!
Ihre Gesine Meißner

September 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit der „Rede zur Lage der Union“ von Kommissionspräsident Barroso, meinem Ausschusswechsel vom Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter zum Fischerei-Ausschuss und den Abstimmungen zur Reform der gemeinsamen Fischereipolitik ging es in der ersten Plenarwoche nach der parlamentarischen Sommerpause gleich spannend weiter. Doch lesen Sie nachfolgend selbst.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Kommissionspräsident Barroso hält dritte „Rede zur Lage der Union“ in Straßburg

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, hat am Mittwochmorgen im Europäischen Parlament in Straßburg seine dritte „Rede zur Lage der Union“ gehalten. Mit großer Spannung wurde seine jährliche Ansprache über die Schwerpunkte und strategischen Ziele für das nächste Jahr vom Europäischen Parlament erwartet. Nach einer einführenden Analyse der Lage der EU und dessen Herausforderungen, lieferte Barroso Antworten zur Verbesserung der derzeitigen Situation: Er fordert von den EU-Mitgliedsstaaten, in Zukunft noch mehr politische und wirtschaftliche Kompetenzen an die Europäische Union abzugeben. Um die Fortentwicklung der EU zu einem „Staatenbund der Nationalstaaten“, aber dennoch keinem "Superstaat" voranzubringen, versprach Barroso noch vor den nächsten Europa-Wahlen, Vorschläge für nötige Änderungen des Ende 2009 in Kraft getretenen Lissabon-Vertrages zu unterbreiten. Bereits jetzt kann eine enge und echte Wirtschafts- und Währungsunion auf Grundlage der geltenden Verträge in Angriff genommen, doch erst eine Änderung der Verträge kann diese auch vollenden. Er unterstrich in seiner Ansprache, dass geteilte Souveränität im Zeitalter der Globalisierung mehr und nicht weniger Macht bedeute. Nur durch das Teilen von Souveränität in dem von ihm gewollten "demokratischen Staatenbund der Nationalstaaten", könnten Probleme so angegangen werden, dass jedes Land und dessen Bürger besser ausgestattet wären, um ihr eigenes Schicksal kontrollieren zu können. Abschließend forderte Barroso - trotz heftigen Widerstands aus Berlin - ab Januar 2013 die Einrichtung einer mächtigen europäischen Bankenaufsicht. Demnach soll die EZB mehr als 6000 Geldhäuser zentral kontrollieren. Diese Aufsicht steht im Mittelpunkt der geplanten Bankenunion auf europäischer Ebene. Für die Kontrolle soll die EZB laut Kommissionsvorschlag mit Durchgriffsrechten bis hin zum Entzug der Bankenlizenz ausgestattet werden.

Im Anschluss an Barrosos Rede fand im Plenum mit den Vorsitzenden der politischen Gruppen und anderen Mitgliedern des Europäischen Parlaments eine Debatte "Zur Lage der Union" statt. Zeitgleich wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Fiskalpakt verkündigt, was noch während der Ansprache von dem ALDE Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt auch das Plenum in Straßburg erreichte und sehr positiv aufgenommen wurde.

Verschärfte Schwefelnormen mit überwältigender Mehrheit angenommen

Am Mittwoch hat das Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg die Grenzwerte für Schwefel in Schiffstreibstoffen stark verschärft. Mit überwältigender Mehrheit von 606 zu 55 Stimmen wurde der Vorschlag, auf den sich bereits im Mai Vertreter der drei EU-Institutionen in Sonderverhandlungen geeinigt hatten, angenommen: Ab 2015 darf der Schwefelanteil in Treibstoffen bei Schiffen, die auf der Nord- und Ostsee sowie im Ärmelkanal fahren (einer sogenannten Schwefel-Emissions-Kontrollzone, SECA), nicht mehr als 0,1% übersteigen. Für Schiffe, die in den übrigen Meeressgewässern der EU unterwegs sind, soll er bis 2020 immerhin auf 0,5% sinken. Damit werden die Bestimmungen des internationalen MARPOL-Umweltübereinkommen umgesetzt. So sah das Abkommen schon seit 2008 eine

Reduzierung des Schwefelanteils für alle MARPOL-Vertragsstaaten bis 2020 auf maximal 0,5% vor.

Auf lange Sicht gesehen sollten diese strengeren Grenzwerte für die SECAS auf die gesamte Europäische Union ausgeweitet werden. Unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen zwischen der Schifffahrt, z. B. in der Ostsee und im Mittelmeer, wären sonst die Folge.

Überarbeitete EU-Energieeffizienzrichtlinie ist ein guter Kompromiss für alle Seiten

Nach langen Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission kam das Europäische Parlament am Mittwoch schließlich zu einer Einigung. Die überarbeitete Energieeffizienzrichtlinie strebt ein EU-weites Energieeinsparvolumen von 17% bis 2020 an, schreibt den einzelnen Ländern aber keine verbindlichen Ziele vor. Alle Mitgliedsstaaten können souverän entscheiden, mit welchen Maßnahmen sie dieses Ziel erreichen und umsetzen können. Es wird ihnen somit freigestellt, ob sie Einsparverpflichtungen für Energieversorger einführen oder alternative Maßnahmen, wie zum Beispiel Förderprogramme zur Erreichung dieser Quote, ergreifen. Doch wer bereits in den letzten Jahren in Energieeffizienz investiert hat, kann sich bisher geleistete Energieeffizienzmaßnahmen anrechnen lassen. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis bleibt somit gewahrt. Große Erleichterung brachte auch die zunächst geforderte energetische Sanierung von jährlich 3% aller öffentlichen Gebäude und die damit ersparte weitere Belastung für ohnehin angespannte Haushalte, denn diese Verpflichtung bezieht sich nunmehr nur noch auf die Gebäude, die von der "Zentralregierung" genutzt werden - Regierungsgebäude von Ländern und Kommunen werden nicht berücksichtigt. Das Endergebnis ist somit ein vernünftiger Kompromiss, denn die ursprüngliche Parlamentsposition hätte für den Industriestandort Deutschland massive Kosten und Nachteile bedeutet.

Europäische Fischereipolitik am Wendepunkt

Die Abstimmungen zur Reform der gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Union am Mittwoch in Straßburg sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die jahrzehntelange Überfischung gefährdet in ihrer Konsequenz die Zukunft des gesamten europäischen Fischfangs: Die bisherige Gemeinsame Fischereipolitik ist ein Fehlschlag und hat großen Schaden angerichtet. So sind drei Viertel aller Fischbestände zurzeit überfischt, denn 88% der wirtschaftlich genutzten Bestände in den Gemeinschaftsgewässern sind Opfer einer Entnahme, die höher als ihre Erneuerungsfähigkeit ist. Eine Reform war unbedingt notwendig, um die Fischerei wirtschaftlich, sozial und ökologisch wieder zu stabilisieren. Ziel der neuen Reform muss es nun sein, Weichen für eine nachhaltige Fischereipolitik zu stellen und Fischbestände wieder auf ein stabiles Niveau zu bringen. Leider ist das Abstimmungsergebnis diesbezüglich eher enttäuschend. So wurde es am Mittwoch versäumt, ein noch stärkeres Signal in Richtung einer langfristig sinnvollen Nutzung der europäischen Fischbestände zu senden. Es wäre wichtig gewesen, die Fangquoten so zu beschränken, dass die Fischbestände oberhalb des höchstmöglichen Dauerertrages und nicht nur in deren Nähe gehalten werden. Den kurzfristigen wirtschaftlichen und nationalen Interessen darf nicht eines der ältesten wirtschaftlichen Gewerbe des Kontinents zum Opfer fallen, denn schließlich verursacht die heutige Überfischung große Probleme. Zudem sollte ein noch größeres

Augenmerk auf die Aquakultur gelegt werden. Eine sinnvolle maritime Raumordnung unter Einbindung einer umfangreichen Aquakultur, eventuell auch in Kombination mit Offshore-Windparks, ist ein Schlüssel, um der weltweit steigenden Nachfrage nach Fisch zu begegnen und gleichzeitig eine noch stärkere Überfischung zu verhindern. So stammt beispielsweise der Großteil der bei uns gehandelten Lachse bereits aus der Zucht.

Syrische Augenzeugen aus Aleppo zu Besuch im Europäischen Parlament in Straßburg

Anfang dieser Woche trafen sich die Liberalen im Europaparlament in Straßburg im Zuge einer öffentlichen Fraktionssitzung mit zwei syrischen Aufständischen. Es wurde mit Ramin Al Jarrah and Deiaa Aldin sowie Ahmad El-Harriri, Vorsitzender der Partei "Zukunft des Libanon", über die Lage in Syrien gesprochen. Wie erwartet ist die Bilanz des Konflikts erschreckend: weit über 20.000 Menschen sind den Angriffen des syrischen Regimes zum Opfer gefallen, von den Dunkelziffern, den ‚Verschwundenen‘, in Gefängnissen Gefolterten und den vielen Verletzten ganz zu schweigen. Bisher war die EU schlicht und ergreifend zu schwach. Nun ist es Zeit zu handeln - Zeit dringende Maßnahmen umzusetzen. Die Aufstockung der humanitären Hilfe für Flüchtlinge ist wichtig, doch das allein reicht nicht. Neben der Einführung einer Flugverbotszone über Syrien, sicherer Häfen auf dem Boden sowie humanitärer Korridore, darf die versprochene "wirkliche" Unterstützung der Freien Syrischen Armee nicht nur eine fromme Aussage bleiben. Die Verstärkung von Sanktionen ist zwar im Prinzip richtig, doch alle bisherigen Sanktionsrunden haben leider nur geringe Wirkung gezeigt. Es hakt an der strikten Umsetzung, aber auch am Boykott Russlands, Chinas und Irans, sich am Waffenembargo zu beteiligen. Noch steht der Sturz Assads nicht unmittelbar bevor, doch es ist bereits jetzt an der Zeit, dass sich die EU mit Vorbereitungen für einen politischen Übergang beschäftigt. Doch es gibt erste Schritte in die richtige Richtung: Es laufen bereits Diskussionen über die Anerkennung einer Übergangsregierung und auch Bundesaußenminister Guido Westerwelle berief diese Woche ein Treffen einer internationalen Arbeitsgruppe, zur Vorbereitung eines wirtschaftlichen Neuanfangs nach Ende der syrischen Führung, in Berlin ein.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Ausblick: Flughafen-Paket

Im Verkehrsausschuss beraten wir gerade über das sogenannte Flughafen-Paket, das sind drei Gesetzgebungsvorschläge, die die Kommission Ende letzten Jahres veröffentlicht hat, um die Arbeitsweise von europäischen Flughäfen besser zu organisieren. Da man weiter mit einem Anstieg des Flugverkehrs rechnet, der Bau von neuen Start- oder Landebahnen aus unterschiedlichsten Gründen aber sehr schwierig geworden ist, bleibt nur, die Abläufe am Boden zu optimieren. Die Vorschläge der Kommission sind allerdings sehr umstritten. Bei der Idee, die Vergaberegeln für Start- und Landeslots für Flugzeuge strenger zu gestalten, um mehr Flugzeuge in einer Stunde abfertigen zu können, gibt es größte Widerstände von Fluggesellschaften, die

ihr Geschäftsmodell in Gefahr sehen. Eine weitere Liberalisierung einiger Bodenverkehrsdienste (z. B. Gepäckabfertigung, Betankung von Flugzeugen), mit dem Ziel, die Qualität dieser Dienstleistungen zu erhöhen, wird wiederum von den deutschen Flughäfen heftig abgelehnt, die keine weiteren Wettbewerber zulassen möchten. Auch bei dem sensiblen Thema Fluglärm und der Frage, welche Maßnahmen man am besten zur Vermeidung und Reduzierung des Lärms empfehlen sollte, gibt es Streit. Leisere Flugzeuge, angepasste Bebauungspläne oder generelle Schließung des Flughafens für die Nachtstunden? Gleichzeitig muss man auch bedenken, dass gerade die großen deutschen Drehkreuze wie Frankfurt und München überwiegend außer-europäische Strecken in andere Zeitzonen bedienen. Da wird es schwierig, alle Starts und Landungen auf die Tagesstunden zu konzentrieren. Um hier tragbare Lösungen für alle Seiten (Fluggesellschaften, Flughäfen und Anwohner) zu finden, steht uns noch viel Arbeit bevor.

Entwicklungsausschuss

Fischereiabkommen mit Grönland und Guinea-Bissau (Berichterstatte(r)in)

Meine Arbeit im Entwicklungsausschuss steht derzeit bereits ganz im Zeichen der Fischerei. Als Berichterstatte(r)in zweier Stellungnahmen zu Fischereiabkommen mit Grönland und Guinea-Bissau beschäftige ich mich gerade intensiv mit der Neuverhandlung von den bisherigen Abkommen über Fischfang in den Hoheitsgewässern der beiden Gebiete. Inhalt der Übereinkünfte ist die vertraglich festgelegte Menge Fisch, welche von Fischern aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in den jeweiligen Hoheitsgewässern gefangen werden darf. Dabei sind diese beiden Abkommen in ihrer Ausgangssituation sehr unterschiedlich. Während das Abkommen mit Grönland weitgehend unstrittig ist und die reduzierten Fangmengen allgemein anerkannt werden, ist das Abkommen mit Guinea-Bissau ein Politikum. In dem Land fand im Rahmen der Präsidentschaftswahlen im April ein Putsch statt. Die anschließend vom Militär eingesetzte Übergangsregierung wird international nicht anerkannt und die EU hat wiederholt dazu aufgefordert, die unterbrochenen Präsidentschaftswahlen demokratisch zu Ende zu führen. Einem neuen Fischereiabkommen mit Guinea-Bissau zuzustimmen wäre daher in der derzeitigen Situation ein fatales Signal für die Bemühungen eine demokratische Grundordnung in dem Land wiederherzustellen.

Ausschusswechsel - von der Gleichstellung der Frauen zur Fischerei

Ich freue mich Ihnen mitteilen zu dürfen, dass ich seit Anfang dieser Woche in Nachfolge von Jorgo Chatzimarkakis die FDP-Delegation im Fischerei-Ausschuss vertreten werde. Da ich mich bereits seit langem mit dem Thema Integrierte Meerespolitik beschäftige und die Fischerei-Politik bereits einer der Schwerpunkte meiner Arbeit im Entwicklungsausschuss ist, freue ich mich sehr auf die bevorstehende intensive und spannende Arbeit im Fischerei-Ausschuss. Und als Abgeordnete aus Niedersachsen, Hamburg und Bremen bietet sich auch aus geografischer Sicht dieser Ausschusswechsel an.

Havarierte "MSC Flaminia" - Richtlinien für den Havariefall sollten überarbeitet werden

An Bord des mit 2876 Containern - davon 151 Gefahrgut - beladenen Schiffs "MSC Flaminia" war am 14. Juli auf dem Atlantik ein Feuer ausgebrochen, einige Teile der Ladung explodierten sogar. Ein Seemann kam dabei ums Leben, ein Crewmitglied wird seitdem vermisst und drei weitere wurden verletzt. Die Feuer in den Laderäumen des 289 Meter langen Frachters wüteten tagelang unkontrolliert. Der Grund des Ausbruchs ist noch immer unklar. Am 24. Juli konnten die Feuer letztlich unter Kontrolle gebracht werden. Auf der Suche nach einem Nothafen wurde die "MSC Flaminia" allerdings von allen betroffenen Staaten (Frankreich, UK, Niederlande, Spanien, Portugal) abgewiesen. Nach wochenlangen Verhandlungen erklärte sich letzten Endes Deutschland als verantwortlicher Flaggenstaat bereit, den Frachter in seine Gewässer zu schleppen, um die Ladung dort zu bergen.

Am 9. September schließlich passiert das Schiff das Wattenmeer und erreicht um 17:45 Uhr sicher den Jade-Weser-Port. Doch der Verlauf des Ereignisses ist erschreckend. Obwohl die IMO Resolution A 949(23) nicht ausdrücklich ein Hafenzugangsrecht festlegt, sondern lediglich Verhaltens- und Verhaltensregelungen vorgibt, hat die Rettung eines gefährdeten Menschenlebens höchste Priorität. Laut Art. 195 und 225 des Seerechtsübereinkommen (SRÜ) der IMO wird von jedem Küsten- oder Hafenstaat erwartet, das Schiff einlaufen zu lassen, wenn es dabei zur Rettung eines Lebens beiträgt. Deutschland hat nun das Nothafenrecht, das früher lediglich im Ermessen lag, rechtlich verankert, um so ein erfolgreiches Unfallmanagement sowie eine rasche und koordinierte Unfallbekämpfung zu gewährleisten. Auch auf europäischer Ebene sollten die Richtlinien zur Nachbarschaftshilfe überarbeitet und klare Zuweisungen von Notliegeplätzen gegeben werden. Außerdem muss die Ausstattung und Einsatzfähigkeit des Havariekommandos regelmäßig überprüft und sogar eine eigene Küstenfunkstelle werden.

Terminankündigung: Teamklausur in Bad Pyrmont 4.-6. Oktober 2012

Herzliche Grüße aus Straßburg
Ihre Gesine Meißner

Oktober 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese doppelte Plenarwoche in Straßburg war für mich besonders arbeitsintensiv. Neben drei wichtigen Abstimmungen im Verkehrsbereich, standen auch Beschlüsse über ein Thema aus dem Entwicklungs- sowie über ein Thema aus dem Fischereiausschuss auf der Tagesordnung. Darüber hinaus wurde über den Haushalt der EU für 2013 abgestimmt, bei dem erfreulicherweise ein von mir eingereichtes Projekt zum "Bau von Hafeninfrastruktur für Liquefied Natural Gas (LNG)" im Plenum angenommen wurde.

Doch lesen Sie nachfolgend selbst.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Single Seat: Abgeordnete fordern die Abschaffung des "Reisezirkus"

Bei der Abstimmung am Dienstag über den EU-Haushalt 2013 haben viele Abgeordnete die Gunst der Stunde genutzt, um den Europäischen Rat aufzufordern, den aus historischen Gründen offiziellen "Sitz" des Europäischen Parlaments in Straßburg als Arbeitsort abzuschaffen. Denn: Das Europäische Parlament hat zwei Arbeitsplätze, sowohl in Brüssel (Belgien) als auch in Straßburg (Frankreich). Und daher ist das Europaparlament laut EU-Verträgen dazu verpflichtet, zwölf Mal pro Jahr in Straßburg zu tagen. Doch das bedeutet natürlich nicht nur einen erheblichen finanziellen Mehraufwand von rund 180 Millionen Euro pro Jahr, sondern gleichzeitig auch eine zusätzliche Belastung für die Umwelt. 19.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid werden durch diesen "Reisezirkus" jährlich produziert. Viele Abgeordnete fordern deshalb eine Abschaffung der monatlichen Pendelei nach Straßburg.

Allerdings liegt die Entscheidung über Änderungen der EU-Verträge bei den Mitgliedsstaaten und nicht bei den Abgeordneten, doch Frankreich und Luxemburg wehren sich natürlich vehement dagegen, Straßburg als Arbeitsort des Parlaments abzuschaffen. Die beiden Staaten haben auch gegen den diesjährigen Sitzungskalender geklagt, wo jetzt im Oktober zwei Plenarsitzungen nacheinander in einer Woche stattfanden statt in zwei unterschiedlichen Wochen. Dies sparte schon mal eine Reiseweche nach Straßburg ein.

Alexander Alvaro (FDP) setzt sich deshalb gemeinsam mit McMillan-Scott intensiv für die sogenannte überparteiliche "Single-Seat-Kampagne" ein, die für nur einen Arbeitsort des Parlaments wirbt und kämpft. Am letzten Mittwoch wurde diesbezüglich in Straßburg auch ein Seminar mit dem Thema "Towards 2014: A Single Seat and the European Parliament Elections" veranstaltet. Weitere Informationen zur Kampagne erhalten Sie unter www.singleseat.eu/.

EU-Haushalt 2013: Parlament stimmt für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung

Am Dienstag hat das Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg über den EU-Haushalt für 2013 abgestimmt. Das Abstimmungsergebnis mit 492 Ja- zu 123 Gegenstimmen zeigt, dass das Parlament den Vorschlag der Europäischen Kommission für "einen verantwortungsbewussten und realistischen Haushalt 2013" in weiten Teilen unterstützt. Gefordert wird für das kommende Jahr ein EU-Haushalt in Höhe von knapp 138 Milliarden Euro. Damit stehen dem Haushaltsausschuss jetzt schwierige Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten bevor, denn das sind 5,3 Milliarden Euro mehr, als diese zur Verfügung stellen wollen. Bereits im Juli schlug der Rat erhebliche Einschnitte am Kommissionsentwurf vor, z. B. Kürzungen bei der Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Das Europäische Parlament lehnt diese Kürzungen ab, um damit gerade beliebte EU-Programme wie Erasmus Mundus und den Sozialfonds vor Zahlungsausfällen zu schützen. Gefährdet würden durch die

vorgeschlagenen Einsparungen auch die neu eingerichteten europäischen Behörden zur Bankenaufsicht oder zur Wertpapieraufsicht. Ein deutliches Zeichen gab das Parlament im Bezug auf die Mittel, die für Palästina und den Nahost-Friedensprozess vorgesehen sind. Nicht nur wurden die vom Rat vorgeschlagenen Kürzungen abgelehnt, vielmehr wurde eine Aufstockung um 100 Millionen Euro gefordert. Bei sich selbst war das Parlament aber durchaus zu Einsparungen bereit, so wurde dafür gestimmt, den Parlamentshaushalt um 8,9 Millionen Euro gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsentwurf zu reduzieren.

Mir persönlich war zudem wichtig, dass das von mir eingereichte Projekt für das Budget 2013 zum "Bau von Hafeninfrastruktur für Liquified Natural Gas (LNG)" im Plenum angenommen wurde. Diese Entscheidung, mit LNG einen alternativen und umweltfreundlichen Schiffstreibstoff zu fördern, ist ein wichtiger Schritt den Ausstoß von Emissionen in der Schifffahrt weiter zu reduzieren.

Bereits drei Tage nach der Abstimmung beginnt das Vermittlungsverfahren zwischen Parlament und Rat zum Haushalt 2013. Sollte in der abschließenden Sitzung am 9. November diesen Jahres jedoch keine fristgemäße Einigung gefunden werden, droht ein so genannter Zwölfstel-Haushalt, bei dem man sich monatlich einigen müsste.

EU-Finanzplanung 2014-2020: Parlament fordert höhere Mittelausstattung

Bei den Verhandlungen am Dienstag über den Zwischenbericht zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 (MFR) wurde folgendes deutlich: Nicht nur die Kommission fordert eine höhere Mittelausstattung des Haushalts, sondern auch das Europäische Parlament und unterstützt damit die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Ausgaben in Höhe von 1,1 Billionen Euro für den Zeitraum von 2014 bis 2020. Hinzu kommt eine Erhöhung der Haushaltsflexibilität. Um möglichen Förderengpässen angesichts der relativ geringen Mittelausstattung des Haushalts entgegen wirken zu können, soll man auf nicht ausgegebene Mittel anderer Haushaltslinien zurückgreifen können, die bisher an die Mitgliedstaaten zurückfließen.

Ende Oktober werden konkrete Zahlen der Mitgliedstaaten erwartet, um diese bei einem Sondergipfel am 22. November 2012 zu verhandeln. Spätestens bis zum Frühjahr 2013 sollte dann eine Einigung erzielt sein, um einen reibungslosen Übergang zum nächsten MFR (2014-2020) zu gewährleisten.

Verzögerungen beim Einheitlichen Europäischen Luftraum kosten Milliarden

Das Europaparlament hat ebenfalls am Dienstag eine EntschlieÙung zum Einheitlichen Europäischen Luftraum verabschiedet, in der die Mitgliedstaaten ermahnt werden, bis Ende des Jahres ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Flugzeuge fliegen nämlich nicht die gerade Linie von Flughafen A nach Flughafen B, wie man es auf den Bildschirmen an Bord immer verfolgen kann. In Wirklichkeit müssen die Maschinen aufgrund der nationalen Einteilung der Lufträume und diverser militärischer Sperrgebiete in der Luft häufig Umwege fliegen. Die EU möchte diese

Grenzen in der Luft aufheben und den europäischen Luftraum über die nationalen Grenzen hinweg in neue, funktionale Luftraumblöcke (FABs) einteilen. Somit könnten direkte Flugrouten geflogen werden. Das spart nicht nur Flugbenzin und somit Kosten für die Fluggesellschaften, sondern schont gleichzeitig die Umwelt. CO₂-Emissionen aus dem europäischen Flugverkehr könnten damit um 10 % gesenkt werden. Doch die Mitgliedstaaten müssten sich jetzt bewegen und die FABs einrichten, denn jede weitere Verzögerung kostet die EU Milliarden.

Parlament fordert eine verkehrsträger-übergreifende Regelung bei Passagierrechten

Nachdem Passagierrechte für Fluggäste und Bahnreisende schon seit Jahren existieren, soll es sie schon bald auch für Fernbusse und Schiffe geben. Das Europaparlament hat am Dienstag in Straßburg in seiner Entschließung zu Passagierrechten eine übergreifende Regelung gefordert, in der grundlegende Rechte auf Entschädigung, Erstattung und Information für alle Verkehrsträger gemeinsam festgelegt sind. Mit dem geltenden Regeln haben beispielsweise Kunden bei Bahnfahrten schon nach einer einstündigen Verspätung Anspruch auf Entschädigung, bei Flugreisen erst ab zweistündiger Verspätung. Allerdings dürfen auch die Besonderheiten eines jeden Verkehrsträgers nicht außer Acht gelassen werden. So kann an kleinen Bahnhöfen ohne Personal z.B. nicht garantiert werden, dass Menschen mit eingeschränkter Beweglichkeit ohne Anmeldung beim Umstieg geholfen wird, was an Flughäfen z.B. einfacher zu bewerkstelligen ist.

Auch eine gemeinsame Beschwerdestelle für Passagierrechte jeglicher Verkehrsträger würde die Abwicklung für Reisende erleichtern. Dringend geklärt werden müsste zudem die Definition des Begriffs "außergewöhnliche Umstände", der derzeit häufig für Streit bei der Regelung von Ansprüchen zwischen Passagieren und Beförderern sorgt. Bei Verspätung oder Ausfall aufgrund "außergewöhnlicher Umstände" fallen für das Transportunternehmen nämlich keine Entschädigungszahlungen an.

Die Neuausrichtung der Entwicklungspolitik

"Den Herausforderungen der Entwicklungspolitik neu begegnen" - unter diesem Motto lassen sich die letzte Woche in Straßburg abgestimmten Berichte zur Neuausrichtung der Entwicklungspolitik und der Kohärenz europäischer Entwicklungspolitik zusammenfassen. Doch nicht erst durch die Krise, zunächst in den USA und dann in Europa, hat sich die Welt in den letzten Jahren verändert. Der enorme wirtschaftliche Erfolg einiger Schwellenländer hat in einigen Regionen der Welt für einen Entwicklungsschub gesorgt. Dem gilt es auch in der europäischen Entwicklungspolitik Rechnung zu tragen. Denn es ist sehr schwierig, heute noch spanischen oder portugiesischen Jugendlichen zu erklären, dass die EU Entwicklungshilfe an China oder Brasilien zahlt. Schließlich geht es diesen Ländern gerade wirtschaftlich und finanziell deutlich besser als den europäischen Krisenstaaten. Die Zeit traditioneller Entwicklungshilfe ist nun vorbei, vielmehr geht es darum, Entwicklungsländer durch wirtschaftliche Zusammenarbeit so zu stärken, dass diese möglichst bald den weiteren Weg allein gehen können.

In Deutschland wurde hierauf bereits mit einem neuen Entwicklungspolitischen Konzept reagiert. Erfreulicherweise zielen die Vorhaben auf europäischer Ebene nun in die gleiche Richtung. Sehr wichtig ist dafür der Vorschlag der Kommission zu einer selektiveren Mittelvergabe, um die europäische Entwicklungspolitik effizienter zu gestalten. Einerseits sollen Projekte nur noch in den wirklich armen Regionen gefördert werden, andererseits sollen auch nur noch einige wenige Bereiche pro Land gefördert werden.

Handlungsbedarf lässt sich aber auch im Bereich der Kohärenz feststellen. Oftmals wird Entwicklungshilfe isoliert betrachtet. Die Beziehungen zwischen der EU und den Entwicklungsländern ist aber viel differenzierter. Die Finanzierung bestimmter Entwicklungsprojekte ist nur eine Seite der Medaille. Handelsbeziehungen und der Bereich der Landwirtschaft und Fischerei sind inzwischen viel wichtiger, gerade auch um langfristig enge Wirtschaftsbeziehungen mit den Staaten aufzubauen, von denen letztlich beide Seiten profitieren.

Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten

Die Schifffahrt war schon immer ein internationales Geschäft. Besatzungen, die auf dem gleichen Schiff Dienst tun, kommen oft aus verschiedenen Ländern und sind nach verschiedenen Systemen ausgebildet worden. Dennoch sollten alle Besatzungsmitglieder über die erforderlichen Kenntnisse verfügen, um ihre Aufgaben an Bord zuverlässig und sicher erfüllen zu können. Zu diesem Zweck hat die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO) das sogenannte STCW-Übereinkommen über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten geschlossen. Welche Fähigkeiten und Zeugnisse muss z.B. der "Erste Offizier" nachweisen? Wie wird die "Seediensttauglichkeit" geprüft?

Das STCW-Abkommen wurde kürzlich überarbeitet. Dabei wurde z.B. das Profil des "Beauftragten für die Gefahrenabwehr auf dem Schiff" geschaffen, da Piraterie - zumindest in manchen Regionen - immer verbreiteter ist. Das Europaparlament hat nun zugestimmt, die Neufassung dieses internationalen Abkommens in das EU-Recht aufzunehmen. Der Seeschiffahrt fehlt zurzeit Personal, die langen Reisen und Arbeitszeiten schrecken junge Leute aus Europa ab. Daher ist es umso wichtiger, die Ausbildungsstandards hoch zu halten. So erreicht man gute Qualität an Bord, erschwert die Ausbeutung von Seefahrern und macht auch das Berufsbild attraktiver. Schließlich erfolgen 95% des außereuropäischen Gütertransports auf dem Schifffahrtsweg und allen Prognosen zu Folge gibt es hier noch ein großes Entwicklungspotential.

Fischereipolitik: Zehnjährige Verlängerung der 12-Seemeilen-Zone

Zur Abstimmung in Straßburg stand eine zehnjährige Verlängerung der 12-Seemeilen-Zone als nationale Hoheitsgewässer, die von den Mitgliedsstaaten selbst verwaltet werden. Die bisherige Vereinbarung, die eine stark lokale Verwaltung der 12 Seemeilen vor der Küste vorsieht, läuft Ende des Jahres aus und muss daher verlängert werden. Aus diesem Grund wurde die Abstimmung aus der allgemeinen Fischereireform ausgegliedert, damit sie rechtzeitig bis Jahresende abgestimmt werden konnte.

Eingeführt wurde diese Regelung mit der ersten Fischereireform 1983 und ist eine der wenigen Erfolgsgeschichten der bisherigen gemeinsamen europäischen Fischereipolitik. Sie sieht vor, dass innerhalb dieser Zone die jeweiligen Mitgliedstaaten den Zugang auf bestimmte Fischereifahrzeuge beschränken können. Das hat zu einer deutlich nachhaltigeren Nutzung dieser Fanggebiete geführt.

Arbeitsprogramm 2013 der Kommission: Tiefgreifende Maßnahmen sind nötig

Letzte Woche stellte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso dem Plenum in Straßburg das Arbeitsprogramm der Kommission für 2013 vor. Bereits am 12. September sprach Barroso in seiner Rede zur Lage der Union über die ehrgeizigen Zukunftsziele der EU und sah nachhaltiges Wachstum als die Hauptaufgabe. Tiefgreifende Maßnahmen sowie ein Umdenken in zentralen Politikbereichen sind Voraussetzung, um erfolgreich auf die Ziele der Union, die durch rund 50 neue Initiativen erreicht werden sollen, hinzuarbeiten. Dazu zählen beispielsweise die Schaffung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion durch neue Rechtsvorschriften im Finanzsektor, die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch Initiativen zur Reduzierung der Unternehmenskosten und zum Abbau von Handelshindernissen oder auch die Schaffung einer besseren gegenseitigen Vernetzung durch Liberalisierung des Energiesektors und Modernisierung des europäischen Verkehrs- und Logistiksektors.

Abkommen zwischen Israel und der EU (ACAA): Lange Verhandlungen finden ein Ende

Die über zweijährigen Verhandlungen im Europäischen Parlament über das kontroverse Rahmenabkommen zwischen der EU und Israel über die Konformitätsbewertung und Zulassung industrieller Produkte (ACAA), fanden letzten Dienstag in Straßburg ein Ende. Bereits im Mai 2010 wurde das Abkommen zusammen mit einem Zusatzprotokoll zu pharmazeutischen Erzeugnissen unterzeichnet und noch im selben Monat vom Rat gebilligt. Immer wieder geriet jedoch die Einigung darüber im Europäischen Parlament aufgrund politischer Einwände ins Stocken. Mit 379 zu 240 Gegenstimmen wurde die technisch-kommerzielle Vereinbarung nun letzten Endes auch im Plenum ratifiziert.

Zum Hintergrund: Das ACAA mit Israel ist ein Rahmenabkommen, das industrielle Standards in Israel als Äquivalente zu den europäischen Standards erkennt. Zur Abstimmung stand sowohl das Abkommen, als auch ein Anhang zu pharmazeutischen Produkten, der besagt, dass die Europäische Union die israelische Pharma-Norm anerkennt und israelische Pharma-Produkte ohne Verzögerung oder weitere Inspektion innerhalb der EU vermarktet werden können.

20 Jahre Europäischer Binnenmarkt: Europa feiert Geburtstag

Nicht nur in Brüssel, sondern in ganz Europa wurde im Oktober Geburtstag gefeiert. Denn vor 20 Jahren wurde unter dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors, in Maastricht der gemeinsame Binnenmarkt ins Leben gerufen. Damals stellten zwölf EU-Staaten ihre Grenzkontrollen ein - sowohl für

Personen, als auch für Waren. Freier Kapital-, Waren-, Personen- und Dienstleistungsverkehr - diese vier Grundfreiheiten sind für viele Menschen und vor allem auch für die Wirtschaft heute selbstverständlich geworden. Er zählt zu den größten Errungenschaften der Europäischen Union, denn der EU-Binnenmarkt ist mit rund 500 Millionen Menschen der größte Wirtschaftsraum der westlichen Welt. Er ermöglicht seinen Bürgern nicht nur, sich an jedem beliebigen Ort innerhalb der EU niederzulassen und zu arbeiten, sondern bietet gleichzeitig einen hohen Lebensstandard durch seine vielfältigen Vorteile wie beispielsweise Passagierechte, günstigere Roaming-Gebühren, besserer Schutz für Ersparnisse oder schnellere Entschädigungen für Verbraucher. Gemeinsame Regeln wie einheitliche Qualitätsklassen, Umweltstandards oder Dienstleistungsrichtlinien - sorgen dann dafür, dass der Binnenmarkt auch wirklich funktioniert. Um Europa auch in Zukunft weltweit konkurrenzfähig zu machen, ist es nun an der Zeit, notwendige Strukturreformen zu verwirklichen, steuerliche Hindernisse und praktische Hürden abzubauen und den Euro zu stabilisieren.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Fischereiausschuss

Europäischer Fonds für die Meeres- und Fischereipolitik der EU

Im Zusammenhang mit der mehrjährigen Finanzplanung und der Reform der gemeinsamen Fischereipolitik hat die Europäische Kommission beschlossen, einen neuen Fonds für Meeres- und Fischereipolitik für den Zeitraum 2014-2020 einzurichten. Schwerpunkt des Europäischen Fonds für die Meeres- und Fischereipolitik (EMFF) ist eine Förderung der kleinen Küstenfischerei, der Aquakultur und eine Zusammenführung von Integrierter Meerespolitik (IMP) und Fischerei. Die IMP war bereits in meiner Arbeit im Verkehrsausschuss ein wichtiges Thema, so habe ich mich als Berichterstatterin sehr für den Ansatz einer integrierten Meerespolitik stark gemacht. Das Problem ist, dass die IMP von der Fischerei häufig als Konkurrent für die Fördermittel angesehen und nicht als integrativer Ansatz verstanden wird, um die verschiedenen maritimen Interessen besser zu koordinieren. Deswegen werde ich mich auch in den anstehenden Verhandlungen im Fischereiausschuss dafür stark machen, IMP als Chance zu verstehen, Interessen der Fischerei, der Schifffahrt und der Rohstoffgewinnung im Rahmen einer maritimen Raumordnung besser miteinander zu vereinbaren.

Fischereiabkommen (Schattenberichte)

Meine Arbeit im Fischereiausschuss und im Entwicklungsausschuss steht zudem weiter im Zeichen der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen der Europäischen Union. Im letzten Newsletter habe ich bereits über die Fischereiabkommen mit Grönland und Guinea-Bissau berichtet. Inzwischen haben die Verhandlungen über eine Verlängerung der Fischereiabkommen mit Mauretanien, hier bin ich Berichterstatterin einer Stellungnahme im Entwicklungsausschuss, sowie der Elfenbeinküste, Madagaskar und Kiribati begonnen. Dabei stehen nicht nur der Zugang zu den fischreichen Gewässern der Staaten im Vordergrund, sondern auch die schwierigen politischen Verhältnisse in einigen dieser Staaten und ihr extrem niedriger

Entwicklungsstand. Insbesondere das Abkommen mit Mauretanien bietet großes Konfliktpotential.

Neue Impulse für Integrierte Meerespolitik (Schattenbericht)

Im Anschluss an unsere Teamklausur in Bad Pyrmont Anfang Oktober, ging die Reise für mich direkt weiter. Auf Einladung der Zypriotischen Ratspräsidentschaft flog ich vom 7. bis 8. Oktober für eine informelle Ministerkonferenz über Integrierte Meerespolitik nach Zypern. In diesen zwei Tagen wurde in Limassol unter Anwesenheit des Staatspräsidenten Zyperns, Herrn Demetris Christofias, sowie Kommissionspräsident José Manuel Barroso die sogenannte "Limassol-Deklaration" verabschiedet. Die Deklaration soll neue Impulse für die künftige Entwicklung und Umsetzung dieser innovativen sektorenübergreifenden Politik vermitteln.

Die liberale ALDE-Fraktion in Rumänien

Die liberale Fraktion im Europaparlament hält einmal im Jahr eine auswärtige Fraktionssitzung in einem der EU-Mitgliedsstaaten ab. Diesmal wurde aus aktuellem Anlass Rumänien als Zielort gewählt, wo die liberale Partei sich auf die Parlamentswahlen im Dezember vorbereitet. In Rumänien wurde im Mai diesen Jahres die konservative Regierung durch ein Bündnis von Sozialdemokraten und Liberalen gestürzt. Hintergrund waren Massenproteste gegen das unpopuläre Sparprogramm, das die damalige Regierung aufgrund der Wirtschaftskrise aufgelegt hatte. Nach dem Regierungswechsel stürzte Rumänien in eine politische Krise. Der amtierende Premierminister Victor Ponta erließ - am Parlament vorbei - eine Reihe von Eildekreten, um die Amtsenthebung seines konservativen Gegenspielers Staatspräsident Traian Basescu zu forcieren. Dieses Vorgehen rief u. a. die EU auf den Plan. Auch unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt mahnte die liberalen Kollegen in Rumänien daraufhin, für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit zu sorgen. Im Juli scheiterte ein Referendum über die Absetzung des Staatspräsidenten an einer zu niedrigen Wahlbeteiligung.

Aufgrund dieser Turbulenzen, die dem Besuch der ALDE-Fraktion vorangegangen waren, wurden neben der üblichen Fraktionssitzung zu den laufenden Arbeiten im Europaparlament in Bukarest auch zwei Seminare zu der aktuellen politischen Lage in Rumänien organisiert. Die Hoffnung ist, dass mit den Neuwahlen des Parlaments im Dezember, stabilere Verhältnisse in Rumänien einziehen. Das wäre auch dringend nötig, denn die jüngsten Ereignisse haben sich weiter negativ auf die Wirtschaft des Landes ausgewirkt. Rumänien ist schon jetzt auf Hilfskredite vom Internationalen Währungsfonds (IWF) in New York angewiesen. Eine schlechte Organisation der Verwaltung vor Ort verhindert überdies, dass Rumänien Geld aus den üblichen EU-Fördertöpfen abrufen kann. Die regierende sozial-liberale Koalition führt übrigens zurzeit die Umfragen an.

Terminankündigung: ELDR Kongress in Dublin vom 8.-10. November 2012

Herzliche Grüße
Ihre Gesine Meißner

November 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Plenarwoche in Straßburg stand für mich vor allem im Zeichen der Fischereipolitik. Gleich über sechs Berichte des Fischereiausschusses wurde diese Woche im Plenum abgestimmt. Doch neben diesen Abstimmungen standen auch Beschlüsse über das umstrittene Schiefergas und die Benennung des Nachfolgers des zurückgetretenen EU-Gesundheitskommissars John Dalli auf der Tagesordnung.

Doch lesen Sie nachfolgend selbst.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Keine Einigung über EU-Haushalt und Mehrjährigen Finanzplan

Die Verhandlungen zwischen Parlament und Rat über den EU-Haushalt 2013 sind in der vergangenen Woche vorerst gescheitert. Grund dafür ist die Uneinigkeit zwischen Parlamentariern und Mitgliedsstaaten über zwei Punkte: Streit besteht über die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, für die Kosten eines Nachtragshaushaltes für das Jahr 2012 in Höhe von rund 7,6 Milliarden Euro aufzukommen. Der EU droht damit, dass sie ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Der zweite Konflikt dreht sich um die Höhe des EU-Budgets für das Jahr 2013. Während der Vorschlag von Kommission und Parlament einen Etat von rund 138 Milliarden Euro vorsieht, fordern die Mitgliedsstaaten Kürzungen in Höhe von mindestens fünf Milliarden Euro.

Nun muss die Kommission einen neuen Vorschlag erarbeiten. Sollte auch dann keine Einigung zustande kommen, muss die EU im kommenden Jahr zunächst mit einem so genannten "Zwölfelhaushalt" arbeiten. Demnach kann jeden Monat nur ein Zwölfel des Haushaltes des Vorjahres ausgegeben werden. Da es damit keine Planungssicherheit für langfristige Projekte gäbe, wäre das auch für Mitgliedsstaaten und Bundesländer schlecht.

Gleichzeitig stecken auch die Haushaltsverhandlungen über die mehrjährige Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2020 fest. In diesen Tagen kommen die Vertreter der Mitgliedsstaaten sowie des Parlamentes wieder in Brüssel zusammen, um über den Finanzrahmen zu diskutieren. Die größte Streitfrage betrifft die Höhe des Etats, die im Vorschlag der Kommission mit etwa einer Billionen Euro veranschlagt ist. Die Geberländer - darunter auch Deutschland, vor allem aber Großbritannien - fordern Kürzungen in Höhe von über 130 Milliarden Euro.

Die ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament befürchtet unausgewogene Einschnitte im Investitionshaushalt. Während die Verwaltungskosten nur etwa 6% der Gesamtausgaben betragen, fließt der Löwenanteil des Etats in Investitionsvorhaben wie etwa die "Connecting Europe Facility" zur Stärkung der europäischen Infrastruktur, an der ich im Rahmen meiner Tätigkeit als Mitglied des Transportausschusses derzeit arbeite. Um Europa zukunftsfähig zu machen, statt es in die Bedeutungslosigkeit zu sparen, hoffe ich auf einen ausgewogenen Kompromiss zwischen Parlament und Mitgliedsstaaten in den aktuellen Verhandlungen.

EU-Parlament stimmt für Tonio Borg als neuen EU-Gesundheitskommissar

Am Mittwochmittag hat das Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg für den umstrittenen maltesischen Außenminister Tonio Borg als neuen EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz gestimmt. Mit einer überraschend deutlichen Mehrheit von 386 Ja- zu 281 Gegenstimmen (28 Enthaltungen) wurde der designierte Borg somit als Nachfolger des zurückgetretenen John Dalli bestätigt. Bereits in einer Anhörung vor dem Parlament Mitte November wurde deutlich, dass sowohl die EVP- als auch die S&D-Fraktion hinter dem 55-Jährigen standen. Die Linken und wir Liberalen hingegen sahen seine Eignung für das Amt als neuen EU-Gesundheitskommissar und dessen Haltung in Fragen der Grundrechte, etwa in Bezug auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft oder homosexueller Lebenspartnerschaften äußerst kritisch und hatten am Mittwoch geschlossen gegen ihn gestimmt.

Straßburg im Zeichen der Fischereipolitik

Gleich sechs Abstimmungen über Berichte des Fischereiausschusses standen diese Woche auf der Tagesordnung.

Am Dienstag wurde dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Grönland zugestimmt. Von dem Abkommen profitieren beide Seiten, so erhalten Schiffe aus EU-Mitgliedstaaten Zugang zu den fischreichen Hoheitsgewässern Grönlands, andererseits bekommt das Land finanzielle Ausgleichszahlungen mit denen wissenschaftliche Datenerhebung und eine Modernisierung der lokalen Fischerei vorangetrieben werden können.

Über fünf weitere Berichte wurde dann am Donnerstag abgestimmt.

Große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit war bereits im Vorfeld dem Bericht über das Abtrennen von Haifischflossen an Bord von Schiffen zugekommen. In dem Gesetzesentwurf geht es darum, der Praxis des Shark Finnings endgültig ein Ende zu bereiten. Beim Shark Finning werden die wertvollen Flossen des Hais direkt abgetrennt und der restliche Körper zurück ins Meer geworfen, wo das Tier dann grausam verendet. Zwar ist Shark Finning bereits seit 2003 in der EU verboten, wirksame Kontrollen gab es aber bisher aufgrund verschiedener Ausnahmeregelungen nicht. Liberale, Sozialisten und Grüne hatten daher einen Änderungsantrag eingereicht, der vorsieht, dass die Flossen des Hais ausnahmslos erst im Hafen abgetrennt werden dürfen. Nur so kann sichergestellt werden, dass kein Finning stattgefunden hat. Der Antrag wurde erfreulicherweise mit breiter Mehrheit angenommen.

Die gesetzgebende Abstimmung über technische Maßnahmen zur Erhaltung der Fischereiresourcen hat das Europäische Parlament in letzter Minute verschoben. Damit soll ein deutliches Signal in Richtung des Ministerrates geschickt werden. Seit dem Lissabonner Vertrag sind Parlament und Rat beinahe gleichberechtigt in der Gesetzgebung zur Fischereipolitik. Allerdings blockiert der Rat derzeit wichtige Gesetzesvorhaben zur Verabschiedung von Mehrjahresplänen für verschiedene Fischarten. Diese Pläne sollen eine langfristige und nachhaltige Bewirtschaftung der

Bestände von Stöcker, Hering und Sardelle sicherstellen. Allein aus Kompetenzstreitigkeiten hat der Rat diese Vorhaben seit mehr als zwei Jahren nicht behandelt. Die verschobene Abstimmung ist nun ein Zeichen, dass die Geduld der Parlamentarier am Ende ist.

Drei Berichte waren weitgehend unstrittig. Zunächst wurde eine nachhaltigere Bewirtschaftung der Bestände des Ostseelachses beschlossen. Ferner wurde ein Initiativbericht zur besseren Förderung von Kleinfischerei und handwerklicher Fischerei im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) verabschiedet. Hierunter fällt auch ein Großteil der norddeutschen Küstenfischerei. Die externe Dimension der GFP behandelte schließlich eine weitere Gesetzesinitiative. Darin wird eine Neuausrichtung der Fischerei außerhalb der Gewässer der Europäischen Union geregelt.

Europäisches Parlament diskutiert über Schiefergas

In den USA ist von einer Revolution des Energiemarktes die Rede: Bereits seit einigen Jahren wird dort so genanntes Schiefergas, also in Tonstein eingeschlossenes Erdgas, gefördert. Auch in Europa versprechen sich Energieunternehmen eine zusätzliche Säule des Energiemixes und eine weite Einnahmequelle. Doch die Schiefergasförderung ist wegen möglicher Umweltrisiken umstritten. Bei dem technisch anspruchsvollen Förderverfahren ("Fracking") werden in zwei bis drei Kilometern Tiefe Sand, Wasser und Chemikalien unter hohem Druck in ein Bohrloch gepresst, um Risse im Tonstein zu erzeugen und so das Gas entweichen zu lassen. Sowohl Gas als auch Chemikalien werden anschließend wieder aufgefangen. Jedoch kann es zu Unfällen kommen, die eine Verunreinigung von Trink- und Grundwasser zur Folge haben können. Auch kann es durch die Fracking-Methode zu kleineren Erdbeben kommen.

Aus Anlass zweier Berichte aus dem Industrie- und dem Umweltausschuss befasste sich das Europäische Parlament nun am Mittwoch mit dem Thema. In beiden Berichten werden, wenn auch mit unterschiedlichen Nuancierungen, sowohl die wirtschaftlichen Potentiale als auch die Umweltrisiken der Schiefergasförderung beleuchtet. Eine ausgewogene Position beziehen auch wir als ALDE-Fraktion: Die Schiefergasförderung soll nach Möglichkeit gestattet sein. Voraussetzung ist aber, dass die Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung minimiert werden. Letztlich verbleibt die Kompetenz über die Zulassung von Fracking-Verfahren auch nach der positiven Abstimmung über beide Berichte im Europäischen Parlament bei den Mitgliedsstaaten. Für die FDP-Delegation ist dabei zentral, dass Frackflüssigkeit ohne wassergefährdende Substanzen auskommt und dass ein klarer Rechtsrahmen geschaffen wird, der Fracking in Wasserschutzgebieten ausschließt.

Abgeordnete stimmen für 670 Millionen Euro EU-Hilfe für die Erdbebenopfer in Italien Anfang Mai diesen Jahres zerstörten zwei schwere Erdbeben der Stärke 5,9 und 5,8 auf der Richter-Skala viele Städte und Dörfer vor allem in den Provinzen Modena und Ferrara der Emilia-Romagna-Region im Norden Italiens. Neben den 27 Toten und 350 Verletzten verursachten die Erdbeben vor allem ernsthafte Schäden an Wohnhäusern, Straßen, Industrieanlagen und kulturellen Erben. Über 45 000 Menschen mussten deshalb evakuiert werden. Die italienischen Behörden schätzen

den direkten Gesamtschaden auf ca. 13 Milliarden Euro. Dieser Betrag entspricht ungefähr 0,86% des italienischen BIP.

Aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission auf der einen, und dem Europäischen Rat auf der anderen Seite, geriet die Entscheidung über die Finanzierung lange in Verzögerung. Letztlich einigten sich aber die Mitgliedsstaaten während der Verhandlungen über den EU-Haushalt für 2013 darauf, die Finanzierung dem EU-Haushalt von 2012 hinzuzufügen.

Die Resolution wurde am Mittwoch in Straßburg mit 661 zu 17 Stimmen (6 Enthaltungen) angenommen. Die Erdbebenopfer im Norden Italiens erhalten somit 670 Millionen Euro EU-Solidarhilfe.

Post-Kyoto-Prozess: Quo vadis, Klimaschutz?

Zumindest in einem Punkt herrscht wohl große Einigkeit: Die Eindämmung des Klimawandels durch die Reduktion von Treibhausgasemissionen ist eine internationale Aufgabe. Erfolgversprechend können die Bemühungen nur sein, wenn weltweit an einem Strang gezogen wird. Doch während mit der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls die bislang einzige internationale Vereinbarung, die verbindliche Ziele zur Reduktion des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen festlegt, zum Ende des Jahres ausläuft, wurde eine Nachfolgeregelung bislang nicht getroffen. Vom 26. November bis zum 7. Dezember kommen in Doha, Katar, wieder Vertreter aller Staaten der Vereinten Nationen zusammen. Dann wird zum einen über die Ausgestaltung der zweiten Verpflichtungsperiode ab 2013, auf deren Durchführung sich die teilnehmenden Länder 2011 in Durban geeinigt hatten, sowie zum anderen über ein weiteres völkerrechtliches Abkommen, das ab 2020 in Kraft treten soll, verhandelt.

Der Delegation der EU mit ihren ehrgeizigen Zielen hat das Europäische Parlament in einer Resolution am Mittwoch den Rücken gestärkt. Europäischer Rat, Kommission und Parlament werden versuchen, möglichst verbindliche und ambitionierte Klimaschutzziele durchzusetzen. Dennoch ist mit Blick auf den zu erwartenden Widerstand vieler teilnehmender Länder aus ökonomischen Eigeninteressen nur verhaltender Optimismus geboten. Für das Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls ab 2020 ist ein Abschluss bis zum Jahr 2015 anvisiert. Es bleibt zu hoffen, dass zumindest einige kleinere Schritte auf dem Weg dorthin in Doha erfolgreich bewältigt werden können.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Digitaler Fahrtenschreiber: Bürokratieabbau weiter unsicher (Schattenbericht)

Eines meiner Sorgenkinder im Verkehrsausschuss ist weiterhin der Fahrtenschreiber. Nach jetziger Gesetzeslage sind alle Fahrzeuge über 3,5 t, die für gewerbliche Fahrten benutzt werden, verpflichtet, einen Tachographen einzubauen und die damit

verbundenen umfangreichen Aufzeichnungs- und Archivierungspflichten einzuhalten. Sinn des Fahrtenschreibers ist, die gesetzlichen Lenk- und Ruhezeiten für LKW-Fahrer zu kontrollieren. Dies ist wichtig für Transport- und Logistikunternehmen. Handwerker oder andere kleine Unternehmer, die eben nicht den ganzen Tag hinterm Steuer sitzen, sondern mit ihren kleinen LKWs nur mehr oder weniger kurze Strecken fahren, werden durch diese Tachographenpflicht unnötig belastet. Ich kämpfe hier für weitreichende Ausnahmeregelungen.

Leider ging die letzte Abstimmung im Juli-Plenum genau in die falsche Richtung. Die Liberalen wurden überstimmt und nun sollen nach Meinung der Parlamentsmehrheit schon Fahrzeuge ab 2,8 t einen Fahrtenschreiber einbauen. Das bedeutet noch mehr Belastungen für KMUs, die viel mit Fahrzeugen dieser Gewichtsklasse arbeiten! Immerhin gibt es sowohl im Ministerrat, als auch in der Kommission Widerstand gegen diesen Vorschlag. Auch die sogenannte "Handwerkerausnahme", d.h. der Radius, innerhalb dessen sich Handwerker ohne Tachographen bewegen dürfen (bisher 50 km), soll nur auf 100 km statt 150 km erweitert werden, was z.B. für ein großes Mitgliedsland wie Deutschland sinnvoll wäre. Diese Verbesserung wird nach heutigem Stand kaum noch durchzusetzen sein.

Zur Vorbereitung der abschließenden 2. Lesung haben wir Verhandlungen mit dem Ministerrat begonnen, aber die kritischen Punkte sind alle noch offen. Ich hoffe nun auf die Gespräche mit der kommenden irischen Ratspräsidentschaft, um doch noch die ein oder andere bürokratische Erleichterung für kleine und mittelständische Unternehmen zu erreichen.

Zankapfel Bodenverkehrsdienste an Flughäfen

Zum Thema Bodenverkehrsdienste an Flughäfen gab es in der letzten Sitzung des Transportausschuss eine umkämpfte Abstimmung. Weite Teile des Luftverkehrs sind inzwischen liberalisiert. Unterschiedliche Fluggesellschaften, die um Flugpassagiere konkurrieren, sind für uns heute eine Selbstverständlichkeit. Auch die sogenannten Billigflieger konnten so mit ihrem Angebot in den Markt einsteigen. Am Boden, also in den Flughäfen, gibt es noch einige Dienste, für die der Markt in manchen Mitgliedsländern beschränkt ist, z.B. die Gepäckabfertigung oder das Betanken von Flugzeugen. Hierfür darf es in Deutschland nur zwei Anbieter pro Dienstleistung geben, in der Regel der Flughafen selber und ein privater Anbieter. An den meisten größeren europäischen Flughäfen haben Fluggesellschaften allerdings die Wahl zwischen 3-5 Bodenverkehrsdienstleistern.

Die Europäische Kommission hat daher für diese Dienste eine moderate Marktöffnung mit mindestens 3 Anbietern vorgeschlagen. Um die Qualität der Dienstleistungen zu garantieren, sind Mindeststandards für Ausbildung und Arbeitsbedingungen vorgesehen. Gewerkschaften und Flughafenbetreiber befürchten allerdings durch einen zusätzlichen Konkurrenten prekäre Arbeitsverhältnisse sowie sinkende Löhne durch neue Billiganbieter. Dieser Ansicht hat sich die Mehrheit der Abgeordneten im Transportausschuss angeschlossen und mit knapper Mehrheit den Gesetzesvorschlag der Kommission als Ganzes abgelehnt. Damit hatten vor allem die deutschen Flughäfen ihr Ziel erreicht, die den Vorschlag massiv bekämpfen. Die liberale Fraktion hätte sich ein differenzierteres Vorgehen mit dem Dossier gewünscht. Sicher sollte eine weitere Marktöffnung nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer

ausgetragen werden. Daher gab es z.B. Vorschläge, dass Anbieter sich nur an Ausschreibungsverfahren beteiligen können, wenn sie die üblichen Tariflöhne zahlen. Und schließlich haben auch die deutschen Flughäfen am Ende nichts davon, wenn sie im europäischen Vergleich für Fluggesellschaften unattraktiver werden. Jetzt bleibt abzuwarten, ob das Plenum im Dezember die radikale Ablehnung des Ausschusses bestätigt.

Umweltausschuss

Umgestaltung des Katastrophenschutzes darf nicht zu neuem Fördertopf werden

Derzeit wird im Umweltausschuss über eine Neugestaltung des Katastrophenschutzes auf europäischer Ebene verhandelt. Ich bin zwar kein Mitglied des Umweltausschusses, aber von Seiten der niedersächsischen Landesregierung, wie auch der Bundestagsfraktion der FDP wurden erhebliche Bedenken bezüglich der neuen Regelung an mich herangetragen. Konkret geht es um eine Kompetenzverschiebung im Bereich des Katastrophenschutzes auf die europäische Ebene. Ich sehe dies wie meine Kollegen in Deutschland sehr skeptisch, da wir in der Bundesrepublik diesbezüglich gut aufgestellt sind und die zuständigen Bundesländer wie auch die Gemeinden ihre Aufgabe sehr gut erfüllen.

In anderen Mitgliedstaaten aber gibt es erheblichen Nachholbedarf. Allerdings darf eine Umgestaltung des Katastrophenschutzes in der EU nicht zu einem neuen Fördertopf werden, sondern sollte sich auf Informationsaustausch und Assistenz bei Präventivmaßnahmen beschränken. Deswegen engagiere ich mich gerade gemeinsam mit Holger Kraemer, der für die FDP-Delegation im Umweltausschuss sitzt, in den Ausschussverhandlungen. Ziel ist es die primäre Zuständigkeit im Katastrophenmanagement weiter bei den Mitgliedstaaten zu belassen.

Terminankündigung: Teilnahme an einer Podiumsdiskussion mit Dirk Niebel zum Thema "Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit durch effiziente und effektive Wirtschaftskooperationen" am 28. November 2012

Herzliche Grüße
Ihre Gesine Meißner

Dezember 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese letzte Plenarwoche in Straßburg für 2012 war noch einmal besonders aufregend. Bei der Abstimmung am Mittwoch zum sogenannten Flughafen-Paket kam es bei den Bodenverkehrsdiensten an Flughäfen erwartungsgemäß zu keiner Einigung. Außerdem wurde diese Woche endgültig über den Haushalt 2013, das Freihandelsabkommen zwischen der EU, Kolumbien und Peru sowie das EU-Patent abgestimmt. Auch die feierliche Übergabe des Sacharow-Preises stand auf der Tagesordnung. Doch lesen Sie nachfolgend selbst.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

EU-Haushalt 2013 beschlossen

Bereits in der letzten Ausgabe meines Newsletters habe ich Sie über den Fortgang der Verhandlungen über den EU-Haushalt 2013 informiert. Nachdem der Vorschlag der Kommission über einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2012 und einen Budgetplan für 2013 vom Europäischen Rat zunächst abgelehnt worden war, wurde nun eine Einigung erzielt.

Das Paket enthält neben dem Etat für 2013 einen Nachtragshaushalt in Höhe von rund 6,1 statt – wie ursprünglich vorgesehen - 9 Milliarden Euro, um ausstehende Verbindlichkeiten der EU zu begleichen. Für die übrigen 2,9 Milliarden Euro soll im kommenden Jahr schnell eine Lösung gefunden werden. Nun droht jedoch, dass die restliche Summe aus dem Etat für 2013 beglichen werden soll. Die Mitgliedstaaten dürfen sich jedoch meiner Meinung nach nicht mit derlei Tricks ihrer Verantwortung entziehen, denn bei den noch zu begleichenden Rechnungen handelt es sich um bereits zugesagte Gelder.

Dennoch war die Zustimmung nötig, um die Handlungsfähigkeit der EU im kommenden Jahr sicherzustellen. Ohne eine Einigung hätte die EU im kommenden Jahr monatlich nur je ein Zwölftel des Vorjahresbudgets ausgeben können. Gleichzeitig hätten die Mitgliedstaaten keinerlei Planungssicherheit für mit EU-Geldern finanzierte Projekte gehabt.

Einigung über EU-Patent nach jahrzehntelangen Verhandlungen

Nach jahrzehntelangen Verhandlungen und einer kurzfristig abgesagten Abstimmung im Juli kam es in Straßburg am Dienstagmittag endlich zur Einigung: Das Europäische Parlament stimmte dem einheitlichen Patentpaket zu. Insbesondere Verhandlungen, die im Zusammenhang mit Sprachregelungen und Patentklageverfahren standen, behinderten seit den 1960er Jahren immer wieder die Harmonisierung des Patentrechts in Europa. Mit dieser Einigung wurde das geltende Europäische Patentübereinkommen (EPÜ) überholt, dem die Vergabe von Patenten in Europa bisher unterlag. Dieses nationale Bündelsystem war jedoch schon lange nicht mehr zeitgemäß, zu bürokratisch und verursachte unverhältnismäßig hohe Kosten. So mussten Klagen beispielsweise vor den zuständigen nationalen Gerichten verhandelt werden.

Bei der Abstimmung am Dienstag haben sich 25 (von 27) Mitgliedstaaten im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit auf folgende Kompromisse geeinigt: Patente können künftig mit einheitlicher Schutzwirkung für alle 25 teilnehmenden Mitgliedstaaten beantragt werden. Damit ist eine separate Beantragung in jedem Mitgliedstaat nicht mehr erforderlich. Diese Patente müssen zudem nur noch in eine der drei Verfahrenssprachen des Europäischen Patentamtes - also Deutsch, Englisch oder Französisch - übersetzt werden. Für bestimmte in der EU ansässige Personen, die Anträge in einer anderen EU-Sprache einreichen, werden die Übersetzungskosten übernommen. Außerdem haben die teilnehmenden Mitgliedstaaten eine neue Fassung des Abkommensentwurfes zu einem Patentgericht entworfen, da ein Gutachten des Europäischen Gerichtshofs einen früheren Abkommensentwurf für

nicht mit dem Recht der EU vereinbar erklärte. In dieser neuen Fassung sind dann nur noch die Mitgliedstaaten, und nicht die EU, Vertragsparteien. Das neue Abkommen soll im Februar von den Mitgliedstaaten unterschrieben werden und voraussichtlich Anfang 2014 in Kraft treten.

Spanien und Italien zeigten sich leider aus nationalistischen Gründen nicht kompromissbereit, da beide Sprachen in dem Abkommen keine Berücksichtigung fanden.

Feierliche Übergabe des Sacharow-Preises an iranische Aktivisten in Straßburg

Bereits seit 1988 wird der nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten, Andrei Sacharow, benannte Preis für geistige Freiheit nun bereits vom Europäischen Parlament ein Mal jährlich vergeben. Verliehen wird der mit 50.000 Euro dotierte Preis sowohl an Einzelpersonen als auch Organisationen, die wichtige Beiträge für die Verteidigung der Menschenrechte sowie Meinungsfreiheit leisten oder gegen Unterdrückung, autoritäre Regime und Menschenrechtsverletzungen kämpfen. Besonders erschreckend ist, dass vier der sechs Kandidaten der Endauswahl für den diesjährigen Sacharow-Preis im Gefängnis sitzen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren wurde auch während dieser Dezember-Plenarsitzungswoche, nämlich am Mittwochmittag, während einer feierlichen Sitzung des Parlaments im Plenum der Preis an die diesjährigen Gewinner, die iranische Anwältin, Nasrin Sotoudeh, und den iranischen Filmregisseur, Jafar Panahi, von Parlamentspräsident Martin Schulz überreicht - allerdings an Stellvertreter, da beide Preisträger inhaftiert sind. Martin Schulz stellte am Ende der Ehrung die beiden Urkunden auf zwei leere Stühle.

Die Verleihung des diesjährigen Sacharow-Preises für geistige Freiheit an die beiden Iraner Sotoudeh und Panahi soll eine Botschaft der Solidarität und Anerkennung an eine Frau und einen Mann sein, die nicht aus Angst und Einschüchterung zurückschreckten und das Schicksal ihres Landes vor ihr eigenes stellten.

Zu den Gewinnern: Die 1963-geborene iranische Juristin und Menschenrechtsverfechterin Nasrin Sotoudeh sitzt seit 2010 unter dem Vorwurf der Propaganda und Verschwörung gegen den Staat im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran. Die Mutter zweier Kinder wird wegen ihrer Tätigkeit als Menschenrechtsanwältin bestraft, die sie selbstlos und aufopferungsvoll ausgeübt hat. Der iransicher Regisseur, Drehbuchautor und Produzent, Jafar Panahi, ist seit März 2010 wegen seiner Filme, die des Öfteren die Not der Kinder, Armen und Frauen im Iran beleuchten, inhaftiert und wurde zu sechs Jahren Haft sowie einem 20-jährigen Verbot, Filme zu drehen oder das Land zu verlassen, verurteilt. Sein Film "The White Balloon" wurde 1995 bei den Filmfestspielen von Cannes mit der Goldenen Kamera ausgezeichnet. 2011 wurde sein letzter Film, "This Is Not a Film" auf einem in einem Kuchen versteckten USB-Stick aus dem Iran zu den Filmfestspielen von Cannes geschmuggelt.

Parlament stimmt für Freihandelsabkommen zwischen der EU, Peru und Kolumbien

Am Dienstagmittag hat das Plenum in Straßburg ein Assoziationsabkommen mit Zentralamerika sowie ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union, Kolumbien und Peru gebilligt. Das Freihandelsabkommen, welches im kommenden Jahr in Kraft treten soll, beinhaltet neben Zollerleichterungen auch den Schutz bestimmter Herkunftsbezeichnungen. Außerdem wurde ihm eine sogenannte Menschenrechtsklausel beigefügt, die Möglichkeiten vorsieht, Teile des Abkommens bei erwiesenen Verletzungen der Menschenrechte außer Kraft zu setzen. Wir Liberale begrüßten dieses Abkommen, da es die Volkswirtschaften von Kolumbien und Peru sowie deren Demokratie stärken wird. Vor allem zu Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist es von entscheidender Bedeutung, dass die EU Verbindungen zu großen Schwellenländern wie Kolumbien und Peru aufbaut, denn das Abkommen wird nicht nur Arbeitsplätze in der EU, vor allem in Branchen wie der Getränke-, Auto- und Textilindustrie, schaffen, sondern auch die Wirtschaften in Kolumbien und Peru benötigen dringend europäische Investitionen.

Repräsentanten europäischer Institutionen nehmen Friedensnobelpreis in Oslo entgegen

Die Europäische Union ist Friedensnobelpreisträger. Am Montag nahmen stellvertretend die Repräsentanten der wichtigsten europäischen Institutionen den Preis in Oslo entgegen: Martin Schulz als Präsident des Parlaments, José Manuel Barroso als Kommissionspräsident und Herman Van Rompuy als Ratsvorsitzender.

In einer Situation, in der Europas Mehrwert wegen der Staatsschuldenkrise immer wieder bezweifelt wird, kommt dieses Zeichen meiner Meinung nach zur richtigen Zeit. Denn der Preis hebt die wichtigste Integrationsleistung der EU hervor: Europa als Friedensprozess. Seit mehr als einem halben Jahrhundert hat es innerhalb der EU keinen Krieg mehr gegeben. Die meisten Menschen in Europa haben somit keinen Krieg mehr erlebt. Gerade deshalb ist es wichtig, daran zu erinnern, dass der Friedenszustand mit Blick auf die Geschichte keineswegs selbstverständlich ist. Auf die EU als Friedensprojekt können wir zurecht stolz sein. Gerade jetzt sollte der Preis auch als Ansporn verstanden werden, die Europäische Idee nicht aufzugeben, sondern weiterhin gemeinsam Lösungen für die Krise zu entwickeln.

Bessere Transportbedingungen für Tiere sind ein wichtiges Signal

In der Abstimmung am Mittwoch zu Transportbedingungen für Tiere forderte das Europäische Parlament in Straßburg mit einer überragenden Mehrheit von 555 Stimmen einheitlichere und vermehrte Vor-Ort-Kontrollen, eine bessere Durchsetzung der bestehenden Regeln und die Einführung schärferer Strafen bei Verstößen. Denn zunehmend mehr Tiere in der EU werden unter Missachtung der geltenden Vorschriften transportiert. Allein die Anzahl der in der EU transportierten Schweine stieg zwischen 2005 und 2009 um ca. 70% - ein Drittel dieser Transporte dauerte dabei acht Stunden oder länger. Durch kurze, transparente Transportketten und den Erhalt kleiner lokaler Schlachthöfe könnten unnötig große Entfernungen vermieden werden. Für den Tierschutz sind außerdem Transportbedingungen auf der Grundlage wissenschaftlicher Methoden, auch beim Raumangebot und bei der Versorgung mit Wasser unumgänglich. Weiterhin legt der verabschiedete Initiativbericht fest, dass

tierschutzrechtliche Bestimmungen ein gesichertes wissenschaftliches Fundament erhalten sollen. Mit dieser Aufgabe wird künftig die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) betraut werden.

Unruhen in Ägypten

In einer Aussprache im Europäischen Parlament am Mittwoch über die Lage in Ägypten brachten die Parlamentarier ihre wachsende Sorge über die Unruhen im Land zum Ausdruck. Der demokratische Übergang, angestoßen durch die Revolution in 2011/2012, sei durch den Verfassungsentwurf von Präsident Mursi in Gefahr. In den vergangenen Wochen hatte es zahlreiche Tote und Verletzte bei Protesten gegen das Papier und andere Dekrete Mursis gegeben. Die Abgeordneten forderten Anstrengungen der Europäischen Union und insbesondere der Hohen Vertreterin für Außenpolitik, Catherine Ashton, auf eine Deeskalation hinzuwirken. Am Ende müsse es eine Verfassung geben, in der sich alle wiederfinden.

Einige Abgeordnete bezeichneten den Einsatz der EU in Ägypten als enttäuschend. Andere betonten, dass die EU in der Frage zwar eine Rolle spielen und auf eine Deeskalation hinwirken könne, verwiesen aber auch darauf, dass die EU alleine die Probleme in Ägypten nicht lösen könne. Nun, nachdem die ägyptische Opposition – die nationale Rettungsfront – sich gegen einen Boykott des Verfassungsreferendums entschlossen hat, hofft das Parlament auf einen friedlichen Ablauf der Abstimmung.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Flughafen-Paket

Im Plenum wurde diese Woche auch über das viel diskutierte Flughafen-Paket abgestimmt. Dabei hat man sich bei der Vergabe von Start- und Landeslots für Flugzeuge auf strengere Regeln geeinigt. Vor allem an großen Flughäfen wie Frankfurt oder Amsterdam sind Slots von den Fluggesellschaften heiß begehrt. Davon hängt ab, ob die Airlines für ihre Kunden attraktive Flugrouten anbieten können. Die Slots werden bisher nicht verkauft, sondern nach sogenannten "Großvaterrechten" vergeben, d. h. Fluggesellschaften können Slots, die sie während einer Saison geflogen sind, auch in der folgenden Saison nutzen. Damit auch neue Anbieter eine Chance haben, an attraktive Start- und Landezeiten zu kommen, ist es wichtig, dass Airlines ihre Slots auch wirklich nutzen und nicht nur beantragen, um ihre "Großvaterrechte" zu sichern. Daher werden sie gezwungen, mindestens 80% ihrer zugeteilten Slots auch zu fliegen oder den Slot rechtzeitig zurückzugeben, damit er weiterverteilt werden kann. Sonst drohen Strafzahlungen.

Auch bei der Prozedur zur Einführung von Flugverboten zum Lärmschutz an Flughäfen wurde diese Woche im Plenum ein Kompromiss gefunden. Eine zeitweise Schließung des Flughafens für den Flugverkehr soll erst beschlossen werden, wenn man auch andere Lärminderungsmaßnahmen geprüft hat, wie leisere Flugzeuge, angepasste Bebauungspläne oder An-/Abflugverfahren. Somit soll ein einheitliches Verfahren für alle europäischen Flughäfen eingeführt werden. Allerdings geht es bei diesen EU-Vorgaben nur um die Prozedur, alle Entscheidungen zu Flugverboten sollen weiter vor Ort getroffen werden, natürlich unter Einbeziehung der von Fluglärm

betroffenen Anwohner. Ein Veto-Recht der EU-Kommission, für den Fall, dass das angewandte Verfahren nicht den EU-Regeln entspricht, fand keine Mehrheit. Die Kommission darf nach dem jetzigen Parlamentsentwurf nur noch eine unverbindliche Stellungnahme abgeben.

Keine Einigung gab es erwartungsgemäß für einen weiteren Liberalisierungsschritt bei den Bodenverkehrsdiensten an Flughäfen. Für einige Dienste (z. B. Gepäckabfertigung, Betanken von Flugzeugen) darf es in manchen Mitgliedsländern nur zwei Anbieter pro Dienstleistung geben, in der Regel der Flughafen selber und ein privater Anbieter. Diese Beschränkung gilt auch für Deutschland, wohingegen Fluggesellschaften an den meisten größeren europäischen Flughäfen zwischen drei bis fünf Bodenverkehrsdienstleistern wählen können. Die Europäische Kommission hat daher für diese Dienste eine moderate Marktöffnung mit mindestens drei Anbietern vorgeschlagen. Gewerkschaften und Flughafenbetreiber befürchten allerdings durch einen zusätzlichen Konkurrenten prekäre Arbeitsverhältnisse sowie sinkende Löhne durch neue Billiganbieter. Dieser Ansicht hat sich die Mehrheit der Abgeordneten im Plenum angeschlossen und den Vorschlag der Kommission abgelehnt. Allerdings wollten die meisten Abgeordneten weiter an diesem Thema arbeiten. Somit wurde das Dossier an die zuständigen Ausschüsse zurückverwiesen, wo man in den nächsten Wochen nach einem Kompromiss suchen wird.

Fischereiausschuss

Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik

Die Arbeit im Fischereiausschuss steht derzeit ganz im Zeichen einer Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP). Seit 1983 gibt es auf europäischer Ebene eine gemeinsame Fischereipolitik. Doch hat diese sich in der Vergangenheit als wenig geeignet erwiesen, eines der größten Probleme der Fischereipolitik zu lösen: Überfischung. 75% der Fischbestände in Gewässern der EU sind überfischt.

Steigende Nachfrage, eine Überkapazität der Fischereifloten und hohe Raten an Beifängen und Rückwürfen ins Meer bedrohen die Zukunft der Fischbestände Europas aber auch der Fischerei insgesamt. Die Reform sieht daher eine Neuausrichtung auf eine langfristige und nachhaltige Bewirtschaftung der europäischen Fischbestände vor.

Dafür soll das Prinzip eines höchstmöglichen Dauerertrags (MSY) als Referenzgröße für die Fangmengen etabliert werden. Dadurch soll nur noch genau die Menge Fisch gefangen werden, die eine Bestandserhaltung ermöglicht. Fischarten können sich so erholen und gleichzeitig bedeuten gesunde Fischvorkommen einen ertragreicheren Fang und höhere Marktpreise für die Fischer. Ein weiterer Schlüssel zu einem nachhaltigeren Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist das vorgesehene Verbot von Rückwürfen und ein Anlandegebot für Beifänge. Überfischung ist zu einem hohen Anteil durch ungewollt gefangene Fischarten verursacht, die anschließend ins Meer zurückgeworfen werden. Meist überleben diese nicht und die toten Fische sind zusätzlich eine große Gefahr im Bezug auf die Ausbreitung von Parasiten in der maritimen Nahrungskette. Ein Verbot von Rückwürfen schafft Anreize für eine höhere Selektivität in den Fangmethoden, die viele Beifänge verhindern kann.

Insgesamt soll im Rahmen der Reform die Regionalisierung der Fischereipolitik gestärkt werden. Eine Zentralisierung auf europäischer Ebene hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt. Den unterschiedlichen Bedingungen der Fanggebiete, Fischereien und Küstenregionen kann auf regionaler und lokaler Ebene viel eher Rechnung getragen werden. Im Rahmen einer Gemeinsamen Fischereipolitik sollen die Rahmenbedingungen festgelegt werden, deren konkrete Umsetzung soll aber den Mitgliedstaaten überlassen bleiben. Norddeutschland hat damit bereits sehr gute Erfahrungen gemacht: Durch eine konsequente Fangquotenbeschränkung haben sich die Bestände von Dorsch, Hering und Scholle bereits wieder erholt.

Am 18. Dezember wird der Ausschuss über den Bericht für eine Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik abstimmen. Damit enden die intensiven Verhandlungen über den im Mai von der Schleswig-Holsteinerin Ulrike Rodust (SPD) vorgelegten Entwurf. Insgesamt wurden über 2500 Änderungsanträge eingereicht, fünf Ausschüsse haben eine Stellungnahme abgegeben und schließlich wurden die wichtigsten Grundgedanken in 104 Kompromissanträgen zusammengefasst. Die Abstimmung am 18. Dezember ist auf vier Stunden angesetzt und die endgültige Abstimmung im Plenum für Februar vorgesehen.

Enttäuschung nach dem EuGH-Urteil zum Straßburg-Reisezirkus

Es ist schade, dass das gestrige Urteil des Europäischen Gerichtshofs die Bemühungen des Europäischen Parlaments, die Reiserei nach Straßburg zumindest etwas einzuschränken, zu nichte gemacht hat. Das Europäische Parlament hatte letztes Jahr mit knapper Mehrheit beschlossen, statt zwölf Mal im Jahr nur noch elf Mal nach Straßburg zu fahren und in einer verlängerten Oktobersitzung zwei Plenarsitzungen hintereinander abzuhalten. Die EU-Verträge schreiben nämlich im Jahr zwölf Plenarsitzungen in Straßburg vor. Gegen diesen Parlaments-Kalender hatte Frankreich zusammen mit Luxemburg Klage beim Europäischen Gerichtshof eingereicht. In seiner Entscheidung hat der EuGH den Klägern Recht gegeben, der Parlaments-Kalender mit der doppelten Oktobersitzung entspreche nicht den Vorgaben der EU-Verträge.

Somit wird das Parlament 2013 leider wie üblich wieder zwölf Mal nach Straßburg reisen. Die Bilanz ist wie jedes Jahr rund 19.000 Tonnen CO₂ und 180 Millionen Euro. Das ist die enorme Rechnung, die man in Zeiten großer Sparanstrengungen immer weniger rechtfertigen kann.

Ich möchte mich hier an dieser Stelle für 2012 von Ihnen verabschieden, wünsche Ihnen ein gesegnetes Fest sowie einen guten Rutsch ins Jahr 2013!

Herzliche Grüße
Ihre Gesine Meißner

2013

Januar 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Beginn des neuen Jahres bedeutete zugleich einen Wechsel der EU-Ratspräsidentschaft, welche nun von Zypern, einem Inselstaat ganz im Südosten Europas, an einen anderen Inselstaat ganz im Nordwesten des Kontinents - nämlich Irland - weitergegeben wurde. Außerdem standen die Rede von Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann zur "Zukunft Europas" sowie die Abstimmung über strengere Regeln für den Umgang mit Ratingagenturen auf der Tagesordnung der vergangenen Woche. Doch lesen Sie nachfolgend selbst.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Zur Zukunft Europas: Faymann fordert mehr gemeinsame Zusammenarbeit

Über die Zukunft Europas debattierte am Dienstagnachmittag das Plenum in Straßburg. In Anwesenheit von Parlamentspräsident Martin Schulz und Kommissionspräsident José Manuel Barroso sprach sich der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann für einen langfristigen EU-Haushalt, den Ausbau von Demokratie und Integration der Union sowie die Stärkung der Zusammenarbeit von Europaparlament und dem Rat der Staats- und Regierungschefs aus. Nicht nur die Mitgliedstaaten und EU-Institutionen, sondern alle müssen besser zusammenarbeiten und gemeinsam das Bestmögliche unternehmen, um die soziale Kluft in den Gesellschaften, vor allem bei den jungen Menschen, nicht noch größer werden zu lassen. Denn es darf nicht sein, dass ca. 8,5 Millionen Menschen unter 24 Jahren in Europa derzeit keine Arbeit haben. Faymann plädierte deshalb für das in Österreich praktizierte duale Ausbildungssystem, damit gerade junge Menschen nicht die Hoffnung verlieren und eine Ausbildungsgarantie haben.

Der österreichische Bundeskanzler fand im Plenum überwiegend Zustimmung und vor allem auch wir Liberalen begrüßten Faymanns Bekenntnis zum sozialen Zusammenhalt der EU sehr. So bedankte sich unser Vorsitzender Guy Verhofstadt bei dem Österreicher ausdrücklich für sein Entgegengetreten gegenüber dem britischen Premier David Cameron wegen dessen EU-Abspaltungstendenzen. Auch Parlamentspräsident Martin Schulz sieht den Zusammenhalt zwischen Staaten und Bürgern in der EU als entscheidendes Kriterium für positive Veränderungen in der Wirtschafts- und Steuerpolitik als auch für den Schutz der Umwelt.

Europäisches Parlament bestätigt strengere Regeln für den Umgang mit Ratingagenturen

Bereits am Dienstagnachmittag diskutierte das Plenum in Straßburg in einer gemeinsamen Aussprache über strengere Regeln für den Umgang mit Ratingagenturen. Denn deren Einschätzungen haben enormen Einfluss auf die Höhe

der Zinsen, die ein Staat für seine Schulden zahlen muss. Wertet eine Ratingagentur die Kreditwürdigkeit eines Staates ab, wird es für dieses Land teurer neue Schulden aufzunehmen. Unter den höheren Kosten für neue Schulden leiden aber oftmals auch die staatlichen Dienstleistungen für die Bürger des Landes. Die Vorschläge des Europäischen Parlaments sollen nun verhindern, dass sich Investoren zu stark auf Kreditbewertungen verlassen. Außerdem müssten demnach Kreditinstitute sowie Finanzinvestoren unter anderem künftig auch selbst Kreditrisikobewertungen durchführen.

Bei der Abstimmung am Mittwoch konnten die neuen schärferen Vorschriften bei Ratings erfreulicherweise bestätigt werden. Mit 579 Stimmen bei 58 Gegenstimmen (60 Enthaltungen) wurde der Domenici-Bericht zur Verordnung und mit 599 Stimmen bei 27 Gegenstimmen (68 Enthaltungen) der Bericht zur Richtlinie verabschiedet. Damit können Agenturen unangeforderte Staatsschulden-Bewertungen künftig nur noch drei Mal jährlich an zuvor angekündigten Daten und mindestens eine Stunde vor Öffnung der Börsen veröffentlichen. Zudem erhalten private Anleger die Möglichkeit, Agenturen wegen grober Fahrlässigkeit auf Schadenersatz zu verklagen und somit für ihre Benotungen haften zu lassen. Um künftig auch Interessenkonflikte mehr als bisher zu vermeiden, wird zudem die Beteiligung von Unternehmen an Ratingagenturen begrenzt, d. h. wenn ein Anteilseigner oder Mitglied 10% der Stimmrechte der Agentur hält und in das bewertete Unternehmen investiert hat, sollte die Rating-Agentur von der Abgabe von Ratings absehen oder mitteilen, dass das Rating beeinflusst sein kann.

EU-Ratspräsidentschaft: Irland will an die Arbeit Zyperns anknüpfen

Während der über einstündigen Debatte am Dienstagmorgen über die Ergebnisse der zyprischen Ratspräsidentschaft sprach Zyperns Präsident Dimitris Christofias stolz vor dem Plenum in Straßburg über die Arbeit seines Landes während der letzten sechs Monate in 2012. Er bekräftigte in seiner Rede einerseits die Unterstützung Zyperns für eine soziale Union und hob andererseits seine Bemühungen zur Förderung der guten Zusammenarbeit und Beziehungen zwischen den EU-Institutionen als seine "grundlegende politische Leistung" hervor. Christofias fand dabei nicht nur äußerst positiven Zuspruch von Abgeordneten aller Fraktionen im Plenum. Auch Kommissionspräsident José Manuel Barroso beglückwünschte den zyprischen Präsidenten und bezeichnete Zyperns Arbeit als eine "sehr erfolgreiche Präsidentschaft" eines kleinen Landes mit einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Zu den wichtigsten Erfolgen zählen unter anderem die Einigung zu einem einheitlichen Patentpaket, signifikante Fortschritte bzgl. eines gemeinsamen europäischen Asylsystems sowie in allen ausstehenden Bereichen der Binnenmarktakte I. Bedeutende Anstrengungen der Präsidentschaft bei den Verhandlungen für den mehrjährigen Finanzrahmen dürfen dabei allerdings auch nicht außer Acht gelassen werden.

Der Vorsitz wurde mit dem Jahreswechsel gemäß des Rotationsverfahrens nun von Zypern, einem Inselstaat ganz im Südosten Europas, an einen anderen Inselstaat ganz im Nordwesten des Kontinents weitergegeben - nämlich Irland.

Genau einen Tag später wurde dann in der sogenannten Schlüsseldebatte im Plenum das Programm des irischen Ratsvorsitzes mit dem Premierminister des Landes, Enda

Kenny, für die kommenden sechs Monate erörtert. Inhaltliche Schwerpunkte wie Stabilitätssicherung in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum kommen natürlich nicht von ganz ungefähr. Irland betonte bewusst, dass es selbst noch vor kurzem als einer der Problemfälle der EU galt und unter den Euro-Rettungsschirm schlüpfen musste. Allerdings gilt die Entwicklung in Irland gleichzeitig als Erfolgsgeschichte, denn Aussagen des irischen Handelsministers zufolge wolle das Land bis Ende des Jahres den Rettungsschirm bereits wieder verlassen. Die inländische Wirtschaft hat stark angezogen und das irische Finanzsystem soll nachhaltiger gestaltet werden. Und wenn gerade ein Staat wie Irland in seinem Programm ein solideres Fundament und mehr Stabilität für den Bankensektor fordert, ist das für mich ein deutliches Zeichen, dass ein Land aus seinen Fehlern gelernt hat.

Die Weitergabe des Ratsvorsitzes von einem Inselstaat an den nächsten hat zudem für meine persönliche Arbeit im Europäischen Parlament sehr positive Auswirkungen: Seit Jahren ist es mir ein wichtiges Anliegen, den Ansatz einer integrierten Meerespolitik voranzutreiben. Das Thema genießt zunehmend größere Aufmerksamkeit, da die Meere und Ozeane dieses Planeten ein großes Potential im Bezug auf Rohstoff- und Energiegewinnung haben. Gleichzeitig wächst ihre verkehrspolitische Bedeutung im Rahmen der voranschreitenden Globalisierung kontinuierlich. Bereits heute laufen etwa 75% des europäischen Außenhandels über das Meer. Abschließend sind ihre Fischbestände ein fundamentaler Bestandteil einer globalen Nahrungssicherung angesichts einer weiter wachsenden Weltbevölkerung. Diese verschiedenen Interessen bei gleichzeitiger Schonung des Ökosystems Meer zu vereinen, soll die integrierte Meerespolitik leisten. Daher freut es mich sehr, dass Irland an die Arbeit Zyperns anknüpfen will und diesem Bereich große Aufmerksamkeit zukommen lässt.

Einheitliche Regeln für Handgepäck sinnvoll

Viele Flugreisende kennen das Problem, wie groß darf der Trolley sein, um ihn als Handgepäck mit ins Flugzeug nehmen zu können? Viele haben auch schon die Erfahrung gemacht, dass man am Gate noch schnell die Einkaufstüte vom Flughafen-Shop um die Ecke in die Handtasche stopfen muss, weil nur ein einziges Handgepäckstück mitgeführt werden darf. Während einige Fluggesellschaften großzügig mit Handgepäckbestimmungen umgehen, haben vor allem Billig-Airlines oft sehr restriktive Vorschriften.

Für den Flugpassagier wäre daher eine einheitliche Regelung oder zumindest die Festlegung von Mindestgrößen oder -gewichten hilfreich. So könnte man sich sicher sein, dieser Trolley darf in jedes Flugzeug oder die Laptotasche kann ohne Probleme mitgenommen werden. Andererseits sollte man die Fluggesellschaften auch nicht überreglementieren und ihnen bei dieser Frage auch weiterhin Spielraum lassen, sich mit großzügigen Regelungen positiv von anderen abzuheben. Bei der Debatte in Straßburg wurde allerdings deutlich, dass die Europäische Kommission keinen Handlungsbedarf für eine gesetzliche Regelung sieht. Sie verweist auf die unternehmerische Freiheit der Fluggesellschaften, ihre Transportbedingungen und Preise selber zu bestimmen.

Klare Regelung für grenzüberschreitenden Verkehr von Gigalinern notwendig

Nach geltendem EU-Recht ist es den Mitgliedstaaten freigestellt, ob sie überlange LKWs auf bestimmten Straßen genehmigen oder nicht. Wenn benachbarte Regionen der EU wie beispielsweise Niedersachsen und die Niederlande jede für sich den Einsatz längerer LKW befürworten, warum sollten diese LKWs dann nicht auch über die gemeinsame Grenze fahren? Zunächst wurde das EU-Recht von der Kommission so ausgelegt, dass kein grenzüberschreitender Verkehr erlaubt ist. Später korrigierte sich der Verkehrskommissar dahingehend, dass die EU dies nicht verbietet, da ja auch die Mitgliedstaaten selbst über die Erlaubnis entscheiden.

Diese zuerst ausgesprochene Beschränkung freute natürlich die Gegner von Gigalinern. Ich persönlich denke, auf manchen Streckenabschnitten könnte ein überlanger LKW zwei kleinere Fahrzeuge ersetzen und spreche deswegen von "ÖkoKombis". In Niedersachsen haben sich die langen Lkws bewährt. Aber wie auch immer man sich zu diesen Lastwagen positioniert, wir brauchen eine klare Regelung für den grenzüberschreitenden Verkehr. Diese Frage muss rechtlich sauber geregelt werden, vor allem um Rechtssicherheit für Unternehmer zu schaffen. Bei der Debatte zu diesem Thema hat der EU-Verkehrskommissar Siim Kallas angekündigt, in den nächsten Monaten einen neuen Vorschlag für die entsprechende EU-Richtlinie über die zulässigen Abmessungen und Gewichte von LKW vorzulegen. Beim Streitpunkt grenzüberschreitender Verkehr will er sich allerdings nicht festlegen. Es sei dann Aufgabe des Parlaments, dafür eine Regelung zu finden. Die Diskussion ist also noch nicht zu Ende.

Strengere Gesetze sollen Gewalt gegenüber Frauen in Indien effektiver bekämpfen

In einer Debatte am Donnerstagnachmittag diskutierte das Europäische Parlament über den Kampf gegen Gewalt gegenüber Frauen in Indien. Wir Abgeordneten fordern in einem Entschließungsantrag die indische Regierung dazu auf, existierende Gesetze zu verschärfen und die Gewalt gegenüber Frauen effektiver zu bekämpfen. Damit sollen künftig schreckliche Taten wie die Massenvergewaltigung der 23-jährigen Studentin während einer Busfahrt im Dezember letzten Jahres oder der 29-Jährigen aus dem nordindischen Bundesstaat Punjab verhindert werden. Doch dies sind keinesfalls Einzeltaten, denn allein in 2011 wurden rund 24.000 Vergewaltigungen in Indien gemeldet. Die Dunkelziffer wird von Aktivisten allerdings noch wesentlich höher geschätzt. Die Täter stammen dabei oft aus dem näheren Umfeld der Frauen.

Der Entschließungsantrag fordert weiterhin einen landesweiten Plan zum Umgang mit weitverbreiteten Vorurteilen gegen die Opfer sexueller Gewalt sowie verstärkt Hilfe für die Betroffenen. Einen ersten Erfolg haben die Proteste allerdings bereits bewirkt: Die indische Regierung hat einen sogenannten Sonderausschuss gegründet, der Gesetzesvorschläge zum Kampf gegen sexuelle Gewalt entwickeln soll.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Guter Kompromiss für das Transeuropäische Verkehrsnetz

Kurz vor Weihnachten hat der Verkehrsausschuss über die Zukunft der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) abgestimmt, welche die europäischen Hauptstädte und Wirtschaftszentren miteinander verbinden sollen. Bisher ist das fast nur über die Autobahnen möglich. Für den Schienengüterverkehr quer durch Europa oder auch die Binnenschifffahrt müssen bestehende Strecken ausgebaut, Engpässe beseitigt und vor allem grenzüberschreitende Verbindungen gebaut werden. Die einzelnen Staaten investieren nämlich in der Regel vor allem in ihre interne Verkehrsinfrastruktur, für den Anschluss an Nachbarstaaten wird oft kein Geld bereitgestellt. Sechs der zehn vorgeschlagenen Transportachsen würden durch Deutschland gehen.

Für den Ausbau der TEN-V-Korridore soll es EU-Zuschüsse aus der sogenannten "Connecting Europe Fazilität" geben. Dieser Fördertopf würde vor allem Schienen- und Wasserwege finanzieren sowie Plattformen, um Güter von einem Transportmittel in ein anderes umzuladen. Noch ist nicht entschieden, wie viel Geld dieser Topf enthalten soll. Nach den letzten Zahlen würden ca. 27 Mrd. Euro (die Kommission hatte ursprünglich 31,7 Mrd. Euro vorgeschlagen) für die ganze EU zur Verfügung stehen, die innerhalb von sieben Jahren abgerufen werden können. Zum Glück haben wir es im Verkehrsausschuss geschafft, ein realistisches Paket an förderfähigen Projekten zu schnüren. Keine Luftschlösser, sondern Verkehrsinfrastruktur, die bis 2030 fertiggestellt werden kann und für die auch die Mitgliedstaaten bereit sind, ihren Teil der Finanzierung beizutragen. Nun müssen wir uns noch mit den nationalen Verkehrsministern über die Streckenführung und die genaue Ausgestaltung der Finanzierung einigen.

Entwicklungs- und Fischereiausschuss

Arbeit im Entwicklungs- und Fischereiausschuss ganz im Zeichen von Fischereiabkommen

Meine Arbeit im Entwicklungs- wie auch im Fischereiausschuss steht derzeit ganz im Zeichen verschiedener Fischereiabkommen der Europäischen Union mit Drittstaaten. Im Oktober hatte ich bereits auf diesen Schwerpunkt meiner Arbeit im Fischereiausschuss hingewiesen. Ein erster großer Erfolg war Ende letzten Jahres die Aussetzung der Verhandlungen um ein Abkommen mit Guinea-Bissau auf Grund der politischen Lage in dem Land.

Diese Entscheidung war bereits heftig umstritten und erneut geht es um die Frage, wie Menschenrechte, Umweltschutz und wirtschaftliche Interessen in den Verhandlungen mit Drittstaaten, insbesondere Entwicklungsländern, zu gewichten sind. Die politische Lage in Madagaskar ist zwar nicht ganz so problematisch wie in Guinea-Bissau, aber auch hier gab es 2009 eine gewaltsame Auseinandersetzung um die Macht und die derzeitige Regierung wird von vielen Staaten nicht als rechtmäßig anerkannt. Präsidentschaftswahlen in diesem Sommer sollen diesen Zustand ändern,

allerdings stehen sich die beiden Konkurrenten von damals erneut als Kandidaten gegenüber. Zudem besteht eine große Gefahr, dass die Gelder, welche die EU als Teil des Abkommens zahlen würde, im Vorfeld der anstehenden Wahl in falsche Kanäle umgeleitet würden. Deswegen mache ich mich sowohl im Entwicklungsausschuss als auch im Ausschuss für Fischerei dafür stark, über das Abkommen erst nach den Präsidentschaftswahlen im Sommer abzustimmen.

Ein weiteres sehr umstrittenes Fischereiabkommen ist das mit Mauretanien. Es hat ein finanzielles Volumen von 70 Mio. Euro, welche die EU für den Zugang zu den reichen mauretanischen Fischgründen zahlen soll. Damit ist es das mit Abstand größte Abkommen mit einem Drittstaat. Insbesondere Spanien und Portugal lehnen aber einen Abschluss des zwischen Vertretern Mauretaniens und der Europäischen Kommission ausgehandelten Vertrages ab. Sowohl dass die Reeder eine stärkere Eigenbeteiligung zahlen sollen als auch dass Cephalopoden, oder auch Kopffüßer, von dem Abkommen ausgenommen sind, stößt auf heftige Kritik.

Aus entwicklungspolitischer Sicht kann ich das Abkommen aber nur unterstützen, weshalb ich mich sehr für ein Inkrafttreten einsetze. Die Konditionen wurden fair ausgehandelt und der Wunsch Mauretaniens, die Kopffüßer selbst zu fischen, sollte respektiert werden. Eine Ausweitung der eigenen Fangzonen ist ebenfalls legitim, insbesondere, da die bisherigen Flotten sehr hohe Mengen an Beifang gefischt haben. Die Bedingungen sind zudem im Einklang mit einer neuen Strategie, Entwicklungsländer in Zukunft stärker durch wirtschaftliche Abkommen unter fairen Bedingungen zu unterstützen als durch gezahlte Entwicklungshilfe. Ich finde diesen Ansatz sehr begrüßenswert, um die Abhängigkeit der Länder zu reduzieren und den Aufbau eigener Wirtschaftszweige zu fördern. Gleichzeitig sollte die EU auch in den Gewässern in Drittstaaten eine nachhaltige Fischerei fördern, wie sie es durch die ambitionierte Fischereireform in den eigenen Gewässern anstrebt.

Terminankündigung: Teilnahme an der Plenarsitzung des EuroLat-Parlaments in Santiago de Chile vom 23.-25. Januar 2013

Herzliche Grüße
Ihre Gesine Meißner

Februar 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Plenarwoche in Straßburg war sehr bedeutend für die Zukunft der Fischereipolitik: zur Abstimmung stand die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik. Doch das war natürlich nur ein Highlight für mich diese Woche. Denn neben der Ansprache des französischen Staatspräsidenten François Hollande am Dienstagmorgen stand auch der Ausblick auf den Gipfel in Brüssel am 7. und 8. Februar auf der Tagesordnung.

Doch lesen Sie nachfolgend selbst.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

François Hollande: Mehr Integration, mehr Solidarität

Der französische Staatspräsident François Hollande sprach am Dienstagmorgen vor dem Plenum im Europäischen Parlament in Straßburg. In seiner Rede machte er deutlich, dass man als Reaktion auf die Selbstzweifel in der EU und den Vorwurf der Immobilität der Maßnahmen vor allem den Blick auf die Zukunft richten sollte. Neben der Herausforderung, die Unterstützung von Seiten der europäischen Bevölkerung zu stärken, nannte Hollande zwei Eckpfeiler, die die Europapolitik flankieren sollen: Integration und Solidarität. Sparmaßnahmen ohne Ende lehnte er ab. "Die Wirtschaftspolitik ist jedoch an die Gegebenheiten in den einzelnen Ländern der EU anzupassen", so Hollande. Dabei schlägt der französische Präsident eine Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken vor. Er fordert beispielsweise eine stärkere Binnenkonjunktur für Deutschland. Als weiteren Anknüpfungspunkt schlägt Hollande eine Reform des internationalen Währungssystems vor. Für eine gelungene europäische Integration sei eine einheitliche Währungspolitik notwendig. Zwar betonte er die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB), gleichzeitig aber forderte er eine aktive Wechselkurspolitik, die dem wirklichen Zustand der jeweiligen Volkswirtschaft entspreche. Nur so könne man seinem zweiten Eckpfeiler, dem der Solidarität, gerecht werden. Durch einen starken Euro würden die Reformanstrengungen in den Krisenländern gefährdet. Mit Maßnahmen der Integration und der Solidarität stärke man die politische Glaubwürdigkeit innerhalb der europäischen Bevölkerung, aber auch außerhalb. "Mit einer stärkeren politischen Union in einem differenzierten Europa kann das gelingen", so Hollande.

Europa sei mehr als ein Markt, ein Haushalt und eine Währung. Es sei ein Vorkämpfer für Demokratie und Menschenrechte. Damit sei seine Entscheidung für den Militäreinsatz in Mali auch eine Entscheidung im Namen Europas gewesen. François Hollande zitierte seinen Vorgänger François Mitterand, der vor 17 Jahren genau an derselben Stelle vor dem Europäischen Parlament von der Liebe zu Europa sprach. In der heutigen Realität habe man eher mit einer Entfremdung von Europa zu tun. Um dies zu verhindern, gilt es an die bisherigen Errungenschaften des Kulturträgers Europa anzuknüpfen.

Fischereipolitik der Zukunft

Ein Großteil der europäischen Fischbestände ist heute überfischt. Insbesondere im Mittelmeer ist die Situation dramatisch. Die bisherige Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) der Europäischen Union hat daran nichts ändern können, vielmehr hat sie die Lage teilweise noch verschärft. Im Juli 2011 hat die Europäische Kommission deswegen einen Reformvorschlag für die GFP vorgelegt. Seitdem hat das Parlament intensiv darüber beraten.

Das Ergebnis wurde am Mittwoch im Plenum in Straßburg abgestimmt und es ist ein großer Erfolg für alle Beteiligten: Fischer, Verbraucher, Umweltschützer und die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Es ist das erste Mal, dass das Europäische Parlament als gleichberechtigter Partner bei einer Fischereireform

beteiligt ist. Das Resultat ist ein eindeutiges Votum für eine nachhaltige Fischerei und eine ambitionierte Reform.

Die Bewirtschaftung der europäischen Fischbestände soll in Zukunft nach dem Prinzip des höchstmöglichen Dauerertrags (MSY) erfolgen. Spätestens ab 2020 sollen die Bestände dabei sogar oberhalb des höchstmöglichen Dauerertrags gehalten werden - ein wichtiges Mittel, um die derzeit stark reduzierten Bestände wieder nach und nach aufzubauen.

Die verschiedenen Fischereien sollen zudem durch langfristige Managementpläne bewirtschaftet werden, um auch hier eine nachhaltige Perspektive zu stärken. Zentral ist außerdem ein Rückwurfverbot bzw. ein Anlandegebot für alle Fänge. Millionen Tonnen Speisefisch werden jedes Jahr einfach ungenutzt zurück ins Meer geworfen - eine Praxis, die sich gerade angesichts einer immer problematischeren Überfischung nicht rechtfertigen lässt. In Zukunft sollen nur noch die Fischarten zurückgeworfen werden, die anschließend eine sehr hohe Überlebenschance haben. Dadurch werden selektivere Fangmethoden gefördert und gleichzeitig wird das Anlandegebot dafür sorgen, dass genauere Daten über die tatsächlichen Fangmengen vorliegen. Schließlich sollen in Zukunft Fangquoten noch stärker auf Grund wissenschaftlicher Empfehlungen festgelegt werden.

Deutschland hat diesbezüglich bereits sehr gute Erfahrungen gemacht und die Bestände einiger Fischarten haben sich bereits soweit erholt, dass erst im Dezember höhere Fangquoten für Seelachs, Hering und Scholle in der Nordsee festgelegt werden konnten. In die gleiche Richtung zielen auch die Vorgaben für die Neuausrichtung der GFP. Zwar sollen in den kommenden Jahren Einschnitte bei den Fangmengen gemacht werden, insbesondere im Mittelmeer, aber langfristig sind so deutlich bessere Fangergebnisse möglich. Bereits 2020 könnten durch größere Fischbestände wieder 30 Prozent mehr Jobs im Fischereisektor entstehen und das bei gleichzeitigen Einkommenszuwächsen von 25 Prozent. Dadurch wird deutlich, dass eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände gerade auch den Fischern zu Gute kommen wird.

Das Europäische Parlament hat mit einer überwältigenden Mehrheit von 502 zu 137 Stimmen für diese ambitionierte Reform gestimmt. Die irische Ratspräsidentschaft hat sich vorgenommen, die anstehenden Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission bis zum Sommer abzuschließen.

Schlüsseldebatte: Der Europäische Rat tagt, dass Parlament mischt mit

Am 7. und 8. Februar 2013 tagt wieder der Europäische Rat in Brüssel. Eine Möglichkeit zur Aussprache diesbezüglich gab es in der sogenannten Schlüsseldebatte am Vortag im Europäischen Parlament in Straßburg.

Zunächst sprach am Mittwochmorgen als Vertreterin des Europäischen Rates die irische Ministerin für Europäische Angelegenheiten Lucinda Creighton. Sie stellte dem Plenum die geplante Tagesordnung während dieser zwei Tage vor und hob dabei den Mehrjährigen Finanzrahmen als das Hauptthema hervor. Neben diesem Großprojekt sind des weiteren Handel, die EU-Beziehungen zu den südlichen Mittelmeerländern

und eine langfristige Lösung der Krise in Mali bedeutende Themen der Tagung in Brüssel.

Kommissionspräsident José Manuel Barroso sprach neben Querverweisen zu Handelsthemen wie den Freihandelsabkommen die Lage in den südlichen Mittelmeerstaaten an. In Ländern wie Ägypten, Libyen und Syrien bestehen anhaltende Schwierigkeiten auf dem Weg zu Demokratie und Freiheit. Ein Gegenbeispiel dazu ist Tunesien. Dessen Staatpräsident Moncef Marzouki sprach nämlich wenige Stunden später ebenfalls vor dem Plenum in Straßburg. Dazu lesen Sie aber später mehr. Was den Mehrjährigen Finanzrahmen betrifft, mahnte Barroso die Flexibilität zwischen den einzelnen Rubriken des Haushalts an und sprach sich für eine Klausel innerhalb des Mehrjahresfinanzplans aus, die eine Halbzeitbilanz erlaubt. Die Standpunkte der jeweiligen Fraktionsvorsitzenden zu den Erklärungen von Creighton und Barroso waren dementsprechend facettenreich. Der Sprecher unserer Liberalen Fraktion, Guy Verhofstadt, kritisierte beispielsweise die Haushaltsdebatte als politisches Machtspiel und verglich auf süffisante Weise den Mehrjahresfinanzplan mit den Mehrjahresplänen der Sowjetunion. Aus den Reihen der Euroskeptiker waren Verschwendungsvorwürfe und Austrittsdrohungen zu vernehmen. Der rege Austausch von Standpunkten setzte sich über mehrere Runden fort.

Schärfere Grenzwerte für Geräuschpegel von Fahrzeugen

Das Europäische Parlament in Straßburg hat schärfere Grenzwerte für Fahrzeuggeräusche gefordert. Das Plenum nahm einen Vorschlag an, nach dem der Lärmpegel von Pkws, leichten Nutzfahrzeugen und Lkws stufenweise reduziert werden soll.

Nach sechs Jahren müssen nach dem jetzigen Vorschlag alle neuen Fahrzeugtypen und nach acht Jahren alle Neufahrzeuge ihren Geräuschpegel um durchschnittlich vier Dezibel, Lkws um drei Dezibel reduzieren. Wir halten diese Reduktionsziele für anspruchsvoll, aber für die Hersteller technisch und wirtschaftlich machbar. Gleichzeitig muss man sich das Paradox vor Augen führen, dass in den Diskussionen um dieses Thema verlangt wurde, die Geräuschgrenzwerte für Pkws dem Geräuschpegel von Elektrofahrzeugen anzupassen, während an anderer Stelle Mindestgeräusche für Elektrofahrzeuge gefordert wurden, damit Fußgänger sie auch hören können. Neben neuen Geräuschgrenzwerten werden ein überarbeitetes Prüfverfahren zur Messung des Geräuschpegels sowie ein System zur Kennzeichnung von Geräuschemissionen vorgeschlagen. Damit sollten die Geräuschemissionen eines Autos ähnlich wie schon heute die CO₂-Emissionen für Kunden auf den ersten Blick ersichtlich sein. Das Dossier wird nun im Rat weiterbehandelt, bevor es im Herbst in zweiter Lesung im Parlament beraten wird.

Zugangsverbesserung zu Finanzmitteln und mehr Unterstützung für KMU

Es gibt über 23 Millionen kleine und mittelständige Unternehmen (KMU) in Europa, die 98 % der Unternehmen in der EU ausmachen und sogar 67 % der Arbeitsplätze stellen. Vor allem die EU-Wettbewerbspolitik sollte sich ihrer aus diesem Grund in besonderem Maße annehmen. Doch KMU ist nicht gleich KMU. Denn laut dem Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung gibt es erhebliche Unterschiede zwischen diesen, d. h. zwischen Kleinstunternehmen, Unternehmen der

Sozialwirtschaft und Hochtechnologieunternehmen mit großem Wachstumspotenzial. Dies sollte sich natürlich auch in den Fördermechanismen widerspiegeln.

Am Dienstagmittag stimmte das Europäische Parlament in Straßburg erfreulicherweise mit einer überwältigenden Mehrheit von 538 Ja- zu 20 Gegenstimmen (22 Enthaltungen) für den von ALDE-Mitglied Philippe de Backer initiierten Bericht und damit für eine Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln sowie mehr Unterstützung für KMU bei der Kreditaufnahme und bei Verwaltungslasten.

Konkret: Banken sollen künftig die Kreditvergabe für KMU erleichtern und Darlehen auf ihre Bedürfnisse anpasst werden. Gerade kleine Unternehmen wie traditionelle Familienbetriebe, Hochtechnologieunternehmen oder neu gegründete Unternehmen, sogenannte "start-ups", haben es deutlich schwerer als andere Marktteilnehmer, einen Kredit zu erhalten. Um die Chance auf einen Kredit für KMU zu erhöhen, sollten sie beim Erwerb von finanziellen Grundkenntnissen unterstützt werden und bei Erhalt eines Darlehens Banken dazu verpflichtet werden, Kredite den individuellen Bedürfnissen der KMU anzupassen. Außerdem fordert der Resolutionstext die entsprechende EU-Richtlinie ohne Verzögerung umzusetzen, um dem Zahlungsverzug durch andere Unternehmen entgegen zu wirken. Unternehmen müssten danach künftig für überfällige Rechnungen bereits nach 30 Tagen Zinsen entrichten.

Der Arabische Frühling in Tunesien: Demokratie statt Extremismus

Unmittelbar am Morgen des 6. Februar 2013 ereignete sich in Tunis das tödliche Attentat auf den tunesischen Oppositionsführer Chokri Belaïd. Nur wenige Stunde später sprach der Präsident der Tunesischen Republik Moncef Marzouki vor dem Plenum in Straßburg über die politischen Umwälzungen im süd- und östlichen Mittelmeerraum und bezeichnete das Attentat in der tunesischen Hauptstadt als schändliches.

Während seiner Ansprache in Straßburg bat Marzouki um Empathie von Seiten der Europäischen Staatengemeinschaft gegenüber der Arabischen Revolution. Denn entgegen gewisser Auffassungen habe der Arabische Frühling Demokratie statt Extremismus hervorgebracht. Besonders deutlich werde dies am Beispiel seines Landes Tunesien: die Revolution sei ohne großes Blutvergießen verlaufen. Derzeit kann das Land eine funktionierende Regierung und erhebliches Wirtschaftswachstum vorweisen und an einer neuen Verfassung werde gearbeitet.

Marzouki machte sich für den kulturellen Austausch zwischen dem Mittelmeerraum und Europa stark, schließlich berufen sich beide Räume auf ein gemeinsames jüdisch-christlich-griechisch-islamisches Erbe. Seine persönlichen Erfahrungen mit Völkerverständigung und Aussöhnung der Kulturen machte er während seiner Studienzeit und als praktizierender Arzt in Straßburg. Marzoukis Rede wurde durch lang anhaltenden Applaus des Plenums gewürdigt und von einer Schweigeminute anlässlich des Attentats gefolgt.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

CO2-Emissionshandel für den Luftverkehr (Schattenberichterstatterin)

Eines der großen Ziele der EU ist der Kampf gegen den Klimawandel und dementsprechend die Reduzierung von klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Industrieanlagen in der EU müssen schon seit mehreren Jahren für einen Teil der Emissionen bezahlen, die sie in die Luft blasen. Auch für den Flugverkehr soll innerhalb der EU ein ähnliches System eingerichtet werden, da CO₂-Emissionen, die in hohen Luftschichten ausgestoßen werden, besonders schädlich sind. Eigentlich hätten Fluggesellschaften im kommenden April für einen Teil der CO₂-Emissionen bezahlen müssen, die während des letzten Jahres bei Flügen innerhalb Europas sowie von und nach Europa entstanden sind. Diese 2003 beschlossene Richtlinie führte aber zu großen Auseinandersetzungen mit außereuropäischen Airlines, die Europa anfliegen. Der Streit drohte zum regelrechten Handelskrieg zwischen der EU und wichtigen Partnern wie USA, China und Russland auszuwachsen. China hatte beispielsweise bei amerikanischer Flugzeugbauer Boeing neue Maschinen bestellt statt bei dem europäischen Konkurrenten Airbus, um die EU unter Druck zu setzen. Russland drohte mit dem Entzug der Überflugrechte, die alle europäischen Fluggesellschaften brauchen, um nach Asien zu fliegen. In den USA wurde ein Gesetz auf den Weg gebracht, das den US-Airlines untersagt, CO₂-Abgaben an die EU zu bezahlen.

Als Konsequenz hat die EU-Kommission Ende 2012 ein Moratorium für die CO₂-Abgaben zumindest für Flüge von und nach Europa vorgeschlagen. Bis Anfang 2014 soll die CO₂-Abgabe erstmal ausgesetzt werden. Zudem kam beim letzten Treffen der Internationalen Zivilen Luftverkehrsorganisation (ICAO) Hoffnung auf eine globale Einigung für eine CO₂-Abgabe im Luftverkehr auf. Wenn man in diesem Rahmen weltweit geltende Regeln fände, wäre nicht nur der Streit um den Alleingang der EU gelöst, auch die Umwelt würde von weltweiten CO₂-Einsparungen weit mehr profitieren. Seit 15 Jahren wird dieses Thema bereits mehr oder weniger erfolglos innerhalb der ICAO diskutiert, die drohende Emissionsabgabe der EU hat nun aber offenbar genügend Druck aufgebaut, um auf internationaler Ebene zu einem Ergebnis zu kommen. Um diese Verhandlungen nicht zu gefährden, müssen wir jetzt im Verkehrsausschuss schnellstmöglich die Details für die Aussetzung der europäischen CO₂-Abgabe festlegen. Ein Streitpunkt dabei ist, ob Fluggesellschaften auch bei innereuropäischen Flügen befreit werden sollen und wie lange die Aussetzung dauern soll. Dabei muss man eine schwierige Balance wahren, auf der einen Seite genügend Verhandlungsspielraum für die Gespräche auf internationaler Ebene geben, Wettbewerbsnachteile für europäische Airlines vermeiden, aber gleichzeitig die Drohkulisse eines rein europäischen CO₂-Systems für den Luftverkehr aufrechterhalten, um die Verhandlungen voranzubringen.

CO₂-Reduzierung für PKWs und leichte Nutzfahrzeuge (Schattenberichterstatterin)

Die Verringerung von CO₂-Emissionen ist gerade auch im Straßenverkehr ein Thema. Während die Emissionen anderer Sektoren in der Regel zurückgehen, ist der

Straßenverkehr einer der wenigen Sektoren, deren Ausstoß rapide zugenommen hat. Er ist die zweitgrößte Treibhausgas-Emissionsquelle in der EU. Daher wurden europäische Reduktionsziele für PKW und leichte Nutzfahrzeuge (bis 3,5 t) bis 2020 festgelegt. Derzeit wird im Verkehrsausschuss über einige Details zur Einhaltung dieser Reduktionsziele beraten. Zeigt die bisherige Entwicklung, dass die festgesetzten Grenzwerte von 95 g/km für PKW-Flotten und 147 g/km für leichte Nutzfahrzeuge realistisch sind? Macht es Sinn, jetzt schon einen neuen Grenzwert für 2025 zu bestimmen, um die Reduktionsbemühungen der Autobauer weiter anzutreiben und der Industrie Planungssicherheit zu verschaffen? Sind die geltenden Strafzahlungen bei Überschreitung der Grenzwerte noch angemessen? Wie kann man die Tests zur Messung der CO₂-Emissionen so anpassen, dass der Emissionsausstoß/Benzinverbrauch, der auf dem Neuwagen angegeben ist, auch dem tatsächlichen Wert auf der Straße entspricht, wo nicht besonders günstige Bedingungen wie im Testlabor herrschen? Sollen Kleinsthersteller wie z. B. Jaguar, die weniger als

300 000 Fahrzeuge im Jahr produzieren, weiter ausgenommen werden? Sie haben oft nur große Fahrzeuge mit dementsprechend hohem Verbrauch/Emissionsausstoß im Angebot und können den durchschnittlichen Flottenverbrauch nicht mit kleinen benzinsparenden Fahrzeugen senken, wie es die großen Hersteller tun.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Automobilindustrie durch die EU-Grenzwerte gezwungen die CO₂-Emissionen ihrer Fahrzeugflotte erfolgreich reduziert hat. Das Zwischenziel von 130 g/km für 2015 ist bei den meisten Herstellern schon heute erreicht. Allerdings sollte man sich angesichts dieser Erfolge nicht zu schnell zu weiteren hohen Reduktionsvorgaben verleiten lassen. Die bisherigen Erfolge wurden mit vergleichsweise einfachen Änderungen am Fahrzeug erreicht. Für eine weitere Reduzierung unter

95 g/km braucht man kostspielige neue Antriebstechnologien wie Hybrid oder Elektro für einen Großteil der Fahrzeugflotte. Diese Technologien sind bisher noch zu teuer für den breiten Markt und vor allem für Kleinwagen. Dafür können sich Verbraucher bei CO₂-sparenden Autos über weniger Benzinkosten freuen.

Zusammenarbeit von Forschung, Industrie und Politik stärkt neue Technologien

Am 31. Januar 2013 veranstaltete ich in Zusammenarbeit mit meinem liberalen bulgarischen Kollegen Prof. Vladko Panayotov ein Seminar zu "Modern Technologies for a Sustainable EU Future", um den Austausch zwischen Forschung, Industrie und Politik zu fördern. In unserem Falle stand dieses Seminar ganz unter dem Zeichen von modernen Technologien. Die EU ist abhängig von Rohstoffen - ganz gleich, ob dies durch Import, Recycling oder Innovationen auf dem Rohstoffsektor bewerkstelligt wird.

Im ersten Teil übernahm ich die Einführung in die Thematik und eine Vorstellung der Redner, was ich an dieser Stelle in aller Kürze ebenfalls tun möchte: Gwenole Cozigou von der Generaldirektion der Europäischen Kommission für Unternehmen und Industrie betonte das Wechselspiel von Recycling und Innovation, um dem Rohstoffbedarf der Europäischen Union gerecht zu werden. Darauf folgend sprach Dr. Christophe le Port-Samzun, Vertreter des Weltmarktführers für Beryllium-

Verarbeitung, NGK Berylco, über die Bedeutung des Rohstoffs Beryllium. Dieser ist für nahezu alle elektronischen Geräte ein wichtiger Baustoff. Anknüpfend an Themen der modernen Elektronik-Technologie stellte Prof. Marc Heyns, Vertreter des größten Forschungszentrums für Nano- und Mikroelektronik in Europa IMEC, Innovationen in der Nanoelektronik vor, um Geräte noch kleiner, zu geringeren Kosten und energieeffizienter herzustellen.

Die Moderation des zweiten Teils übernahm mein österreichischer EVP-Kollege Dr. Paul Rübiger. Weiterführend zum Thema Nanotechnologie präsentierte sein österreichischer Landsmann Dr. Ulrich Kubinger sehr anschaulich mit einem Experiment sein Patent auf ein nanotechnologisches Verfahren zur Abwasseraufbereitung. Gefolgt wurde sein Vortrag von drei hochrangigen Vertretern der bulgarischen Forschung, darunter der Generalsekretär der bulgarischen Akademie der Wissenschaften und sein Kollege für Informationstechnologie, sowie Professorin Marinela Panayotova von der Universität Sofia. Sie hob zum Abschluss des Seminars die Bedeutung der Zusammenarbeit von Forschung, Industrie und Politik hervor, um auch weiterhin die Zukunft der EU durch neue Technologien zu gestalten.

Terminankündigung: Teilnahme an der Delegationsreise des Verkehrsausschusses nach Washington D.C. und New York vom 11.-14. Februar 2013

Herzliche Grüße
Ihre Gesine Meißner

März 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Plenarwoche in Straßburg standen viele bedeutende Themen auf der Tagesordnung. Nicht nur die Abstimmungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik oder dem Mehrjährigen Finanzrahmen, sondern auch die Ansprache des israelischen Präsidenten Shimon Peres stellte einen wichtigen Höhepunkt dar.

Doch lesen Sie nachfolgend selbst.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Agrarreform: Mehr Bürokratie statt einer richtigen Reform

Die Abstimmung über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) diese Woche war definitiv einer der Höhepunkte auf der Tagesordnung in Straßburg. Bereits seit 1962 gibt es die sog. GAP und auch heute noch gilt die Landwirtschaft als der am stärksten europäisierte Politikbereich in der EU. Neben der klassischen Landwirtschaft regelt diese auch zunehmend Bereiche wie Lebensmittelsicherheit, Tier- und Umweltschutz sowie die ländliche Entwicklung im Allgemeinen. Das oberste Ziel einer Agrarpolitik war und ist die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Leider liefen einige Abstimmungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik am Mittwoch in Straßburg am richtigen Ziel vorbei. So hat es das Europäische Parlament beispielsweise versäumt, sich stärker für eine Marktorientierung der landwirtschaftlichen Produktion auszusprechen. Stattdessen wurden erneut Regulierungsmechanismen gestärkt, die eigentlich der Vergangenheit angehören. Hinzu kam, dass eine Vielzahl der Abgeordneten für staatlich festgelegte Produktionsgrenzen stimmte, obwohl die Milchquote 2015 abgeschafft werden soll. Auch wurden Krisenmechanismen derart ausgeweitet, dass am Ende die Direktzahlungen an die Landwirte reduziert werden müssten.

Viele Ansätze in der Reform waren durchaus richtig, aber zielten an der Realität vorbei und schaffen nur mehr Bürokratie. Erzeugergemeinschaften zu stärken ist ein richtiger Schritt. Sie allerdings quasi aus dem europäischen Wettbewerb auszunehmen, geht zu weit. Gleichzeitig ist das deutsche Modell der Genossenschaften von der beschlossenen Kappung der Direktzahlungen betroffen, denn hier wird ein eigentlich erfolgreicher Ansatz unnötig aufs Spiel gesetzt. Nicht zu vergessen: die stärkere Berücksichtigung des Umweltschutzes. Dieser ist durchaus sehr wichtig - ich allerdings finde es fragwürdig, dass 30 % der Direktzahlungen an Landwirte an Umweltvorgaben, wie beispielsweise das sog. "Greening", gebunden werden sollen. Äußerst positiv hervorzuheben ist allerdings die zusätzliche Unterstützung von jungen Landwirten. Das macht den Beruf wieder attraktiver und sichert die Weitergabe des Betriebes in der Familie. Auch die besseren Fördermöglichkeiten durch den Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sind erfreulich. Angesichts der leeren Kassen der meisten Kommunen ist es wichtig, flexible Finanzierungsmodelle zu fördern und auch Stiftungen und Investitionsbanken in die Finanzierung der Programme einzubeziehen.

Mehrjähriger Finanzrahmen 2014-2020: "Europäischer Rat muss nachsitzen"

Am vergangenen Mittwoch stimmte das Europäische Parlament in Straßburg über Leitlinien zum EU-Haushalt für die kommenden sieben Jahre ab. In einer Entschließung, die mit 506 Stimmen bei 161 Gegenstimmen (23 Enthaltungen) angenommen wurde, lehnten die Abgeordneten den Kompromissvorschlag des Europäischen Rates, der erst im Februar verabschiedet wurde, in seiner jetzigen Form ab. Aus meiner Sicht nicht hinnehmbar ist die Kürzung der Finanzmittel zum Ausbau der Europäischen Verkehrsinfrastruktur von 32 auf 23 Milliarden Euro.

Offene Rechnungen der Mitgliedstaaten sollten bis zum Ende des Jahres beglichen und nicht in das nächste Jahr übernommen, vorhandene Gelder hingegen genutzt werden. Bereits in den Vorjahren wurden Schuldbeträge in das kommende Jahr übernommen, obwohl im EU-Haushalt dafür allerdings kein gesondertes Budget zur Begleichung dieser vorhanden ist. Neben der Forderung seitens des Parlaments nach mehr Flexibilität und Effizienz für den Haushalt, beispielsweise in Form einer Prüfung des Finanzrahmens nach drei Jahren, kritisierten die Abgeordneten die regelmäßigen Finanzkürzungen im Rahmen des Jahreshaushalts durch den Rat. Denn diese haben überhaupt erst zum Haushaltsdefizit geführt.

Weiterhin ist allerdings unklar, wie der vorgeschlagene Haushaltsplan der Kommission zum Wachstums- und Beschäftigungspakt beiträgt, der im Juni 2012 vereinbart wurde. Kommissionspräsident Barroso machte in seiner Ansprache an das Parlament zwar deutlich, das Wachstum und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, vor allem unter den Jugendlichen, für Europa von Priorität sein sollte, ließ aber offen, wie dies mit einer Verschuldung des Haushalts bereits beim Eintritt ins Jahr 2014 umgesetzt werden sollte.

Der endgültige Haushalt wird in den kommenden Monaten gemeinsam von den Mitgliedstaaten und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments im Zuge des mehrjährigen Finanzrahmens beschlossen.

Überarbeitetes "Two-Pack" ist ein bedeutender Schritt in Richtung Stabilitätsunion

Mit überwältigenden Mehrheiten verabschiedeten die Abgeordneten am Dienstag in Straßburg zwei Berichte zu verschärften Regeln für die Länder der Eurozone, dem sog. "Two-Pack".

So wurde zum einen der Bericht von Jean-Paul Gauzès über die Wirtschafts- und haushaltspolitische Überwachung von Mitgliedstaaten mit gravierenden finanziellen Stabilitätsschwierigkeiten mit

528 Stimmen zu 81 Gegenstimmen (71 Enthaltungen) angenommen. Zum anderen stimmte das Plenum mit 526 Stimmen bei 86 Gegenstimmen (66 Enthaltungen) für den Bericht von Elisa Ferreira zur Überwachung und Bewertung der Übersichten über die gesamtstaatliche Haushaltsplanung und Gewährleistung der Korrektur übermäßiger Defizite der Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet. Die ursprünglichen Ziele dieses Legislativpakets wurden dabei nicht grundlegend verändert, sondern lediglich viele Bestimmungen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung und zur Verbesserung von Transparenz und demokratischer Rechenschaftspflicht hinzugefügt.

Und so sollen die Veränderungen des "Two-Pack" in der Praxis aussehen: Die Kommission muss künftig ihre Bewertungen der Haushaltsplanungen der einzelnen Länder umfassender gestalten, damit sichergestellt wird, dass Haushaltskürzungen nicht auf Kosten von Investitionen mit Wachstumspotenzial durchgeführt werden. Denn für grundlegende Politikbereiche wie Bildung und Gesundheit müssen selbst bei starken Haushaltskürzungen weiterhin hinreichende Mittel zur Verfügung stehen.

Weiterhin verlangt das Parlament eine verstärkte Kontrolle der Befugnisse der Kommission sowie Überwachung der Reformen in Ländern mit Wirtschaftsproblemen durch die sogenannte "Troika" (Kommission, EZB und IWF). Damit müsste in Zukunft das Recht der Kommission, zusätzliche Berichterstattung zu verlangen, nicht nur alle drei Jahre erneuert werden, sondern gleichzeitig könnten Parlament und Rat solchen Verlängerungen widersprechen.

Im letzten und besonders wichtigen Teil der Einigung beschäftigten sich die Abgeordneten mit der Frage eines von der FDP kritisch gesehenen europäischen Tilgungsfonds. Die Kommission wird dabei in einem Kompromiss von Parlament und Rat dazu aufgefordert, eine detaillierte Analyse mit Hilfe von Experten über möglichen

Vorteile, Risiken, Anforderungen und Hindernisse einer teilweisen Ausgabe gemeinsamer Schuldtitel anstatt der Ausgabe nationaler Schuldtitel in Form eines Tilgungsfonds und von Euro-Anleihen ("Eurobills") bis März 2014 vorzulegen.

Auch wenn die verabschiedeten Gesetze Europa ein bedeutendes Stück näher zur Stabilitätsunion bringen, dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass Wachstum in Europa nur mit gesteigener Wettbewerbsfähigkeit erwirtschaftet werden kann. Wirtschafts- und Strukturreformen in allen Krisenländern sind aus diesem Grund - neben den Regeln zur Verbesserung der Lage der öffentlichen Haushalte - weiterhin notwendig.

Israels Präsident Shimon Peres spricht über Zwei-Staaten-Lösung

Der israelische Präsident Shimon Peres sprach am Dienstag vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Er machte deutlich, dass als Lösung für die andauernden Konflikte am Gazastreifen zwischen Israeliten und Palästinensern für ihn seit jeher nur die Aufteilung in zwei Staaten mit zwei Nationen in Frage komme. Außerdem sähe er die neue Regierungsbildung in Israel als Chance für erneute Friedensverhandlungen. Peres äußerte sich kritisch zu der politischen Lage im Iran und in Syrien. Das iranische Regime gefährde den Frieden in der Welt und die libanesische Hisbollah müsse endlich als terroristische Vereinigung eingestuft werden.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz sagte, dass die Bekämpfung von Antisemitismus, Ausgrenzung und Intoleranz ein Grundwert der europäischen Gemeinschaft ist. Er machte auf die gemeinsamen Werte der Europäer und Israelis aufmerksam und sagte klar, dass die Wahrung der Menschenrechte unabdingbar sei. Erst zu Beginn des Jahres legte der

UN-Menschenrechtsrat einen Bericht vor, welcher der israelischen Regierung die systematische Diskriminierung des palästinensischen Volkes vorwarf.

Zur Tagung des Europäischen Rates am 14./15.März 2013 in Brüssel

Die Debatte des Europäischen Parlaments zum anstehenden EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs fand am 14. und 15. März statt und beschäftigte sich unter anderem damit, wie die Mitgliedstaaten die wirtschaftspolitischen Empfehlungen des "Europäischen Semesters" umgesetzt haben. Das „Europäische Semester“ wurde 2011 eingeführt und setzt sich mit den wirtschaftspolitischen Reformentwürfen in den einzelnen Mitgliedstaaten auseinander. Diese Strategie ermöglicht der Kommission die Prüfung von Beschlüssen der Mitgliedstaaten, bevor diese im Parlament debattiert werden und sorgt für mehr Sicherheit in der Haushaltsplanung.

Der Vorsitzende der liberalen Fraktion Guy Verhofstadt forderte von den Staats- und Regierungschefs, dass sie sich mit den Geschehnissen in Ungarn auseinandersetzen. Die Änderungen der Verfassung und des Medienrechts unter dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán widerspricht den Grundsätzen der Europäischen Union und verlangt Handlungsbedarf. Bereits im Juli 2011 verabschiedete das

EU-Parlament eine Entschließung zur neuen ungarischen Verfassung, der für den besseren Schutz der Grundrechte plädierte.

Die liberale Fraktion forderte außerdem zusätzliche Stabilitätsbemühungen zum Fiskalpakt und die Herabsetzung der Zinssätze für Italien und Spanien, die derzeit bei 5 % liegen. Nur so kann Wachstum und Stabilität innerhalb der EU zukünftig garantiert werden. Noch immer sind die Reformbedingungen in einigen Mitgliedstaaten nicht geglückt. So befinden sich sieben Mitgliedstaaten noch in der Rezession und neun weitere Länder in der Stagnation. Wir Liberale halten außerdem den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, der in einigen Mitgliedstaaten bei 60 % liegt, von gehobener Priorität.

Atomkraft: "Dringende Verbesserung der Sicherheit notwendig"

Welche verheerenden Auswirkungen Unfälle mit Atomkraftwerken nach sich ziehen, weiß seit der tragischen Katastrophe in Japan vor zwei Jahren mit Sicherheit jeder. Sogenannte „Stresstests“ haben gezeigt, dass auch in Europa beinahe alle Kernkraftwerke standortspezifische Sicherheitsverbesserungen umsetzen müssen. In einer Entschließung der italienische Abgeordneten Amalia Sartori, die am Donnerstag in Straßburg mit 414 Stimmen bei 116 Gegenstimmen (83 Enthaltungen) verabschiedet wurde, fordern wir Abgeordneten nun die dringende Umsetzung dieser notwendigen Verbesserungsmaßnahmen. Mehr als 100 000 Einwohner in der EU leben im Umkreis von 30 km der 47 existierenden Kernkraftwerke. Die führende Rolle bei der Überwachung der Umsetzung dieser Empfehlungen soll die Europäische Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit (ENSREG) einnehmen. Auch der Aspekt der Finanzierung derartiger Verbesserungen wurde in der Resolution eindeutig geklärt: Die Betreiber kerntechnischer Anlagen und nicht die Steuerzahler müssen die Kosten von ihrer Höhe in vollem Umfang tragen. Doch nicht nur dafür sollten Betreiber aufkommen, sondern ebenfalls für durch einen Unfall verursachte Schäden bei Mensch und Umwelt.

Internationaler Frauentag 2013: Frauen sind von Wirtschaftskrise stärker betroffen als Männer

Im Rahmen des internationalen Frauentags wurden am vergangenen Montag in Straßburg die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frauen in der EU besprochen. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist eines der Grundwerte der Europäischen Union und spielt eine wichtige Rolle in den Antidiskriminierungsmaßnahmen, die sich die Europäische Kommission im Rahmen ihrer Gleichberechtigungsabkommen 2011-2020 vorgenommen hat. Das Europäische Parlament wird nach der Sommerpause über eine Quotierungsregelung ("Gender Mainstreaming") abstimmen, bei der Frauen in der Besetzung von Führungspositionen bis zu einem Anteil von 40% bevorzugt werden würden. Die gezielte Förderung von Frauen in wirtschaftlichen und politischen Führungspositionen ist zwar dringend notwendig, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle, das 2010 bei erschreckenden 16,5 % lag abzubauen, dennoch sprachen sich viele Abgeordnete, bereits gegen eine starre Durchsetzung der Frauenquote aus. Von den momentanen Einsparungen vieler Regierungen sind vor allem die Gesundheits- und Bildungssektoren betroffen. In beiden Branchen sind 70 % der Beschäftigten weiblich. Da Frauen außerdem noch immer häufiger alleinerziehend

tätig sind als Männer, sind sie außerdem von Kürzungen der Sozialleistungen, wie dem Kindergeld, betroffen.

Die FDP-Delegation entschied sich jedoch gegen den Antrag des Ausschusses für Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter für eine Zensur der Sexualisierung von Frauen in den Medien. Wir Liberale sind der Ansicht, dass Geschlechterstereotypen nur durch gesellschaftliche Diskussionsprozesse aufgehoben werden können und nicht durch Verbote. Illegale Prostitution und Kinderpornografie werden selbstverständlich von der Europäischen Union aktiv bekämpft, jedoch würde es zu einer Überwachung des Internets führen, wenn legal produzierte Filme mit pornografischem Inhalt bewertet und zensiert würden.

Abschließend forderte das Parlament die Kommission auf, mehr Einsatz für die Rechte und den Schutz der Frauen in Nordafrika zu zeigen. Mehr als 140 Millionen Frauen sind weltweit Opfer von Genitalverstümmelungen, davon 90 Millionen in Afrika.

Neue Rechtsakten schaffen schnellere Abhilfe für enttäuschte Verbraucher

Ob Bücher, Kleidung, Elektronik, Mobilfunkgeräte oder Dienstleistungen - Online-Einkäufe sind im Trend. So wurden in 2012 laut einer Studie des Bundesverband Digitale Wirtschaft e.V. (BVDW) bereits 25 % aller Einkäufe in Deutschland über das Internet erledigt und sogar 96 % aller deutschen Internetnutzer kaufen online ein. Und auch grenzüberschreitende Einkäufe sind immer gefragter. So machten diese in 2011 immerhin schon 1,75 Prozent des BIP der EU aus. Doch ob höhere Hotelkosten wegen eines Flugausfalls oder beschädigte Ware - Online- oder grenzüberschreitende Einkäufe verursachen noch immer Probleme und eine Streitbeilegung erscheint vielen Verbrauchern oftmals kompliziert. Durch zwei vorgeschlagene Rechtsakte mit neuen Regeln für alternative Streitbeilegungsverfahren (Alternative Dispute Resolution, ADR) sowie Streitbeilegung bei Online-Verkäufen (Online Dispute Resolution, ODR), soll jetzt die außergerichtliche Beilegung von Verbraucherrechtsstreitigkeiten und damit auch das Vertrauen der Verbraucher in den Binnenmarkt gestärkt werden. Außerdem erhalten EU-Verbraucher damit einen leichteren Zugang zu günstiger, schneller und fairer Vermittlung bei Streitigkeiten mit Händlern über Waren oder Dienstleistungen.

Bisher war es für Verbraucher schwierig, Angebote im Rahmen des ADR-Verfahren, obwohl viele EU-Länder dieses bereits haben, zu nutzen. Gemeinsame Normen wie ADR-Stellen in allen EU-Ländern für alle Branchen der Wirtschaft oder eine 90-Tage-Frist für die Beilegung von Streitigkeiten sollen nun Abhilfe schaffen und den grenzüberschreitenden E-Commerce fördern. Hinzu kommt im Rahmen der ODR-Verordnung die Einrichtung einer "Online-Plattform" in allen EU-Sprachen durch die Europäische Kommission, die über das Bürgerportal "Your Europe" erreichbar sein wird und benutzerfreundliche Standard-Beschwerdeformulare bereitstellt. Diese ODR-Plattform wird Verbraucher zum jeweils geeignetsten ADR-Beilegungsverfahren lotsen und für jede Art von Streitigkeit über Online-Verkäufe zur Verfügung stehen. Dabei ist es egal, wo sich der Verkäufer innerhalb der EU befindet.

Erfreulicherweise stimmte das Parlament in Straßburg am Dienstag mit 617 Ja- zu 51 Gegenstimmen (5 Stimmenthaltungen) für die ADR-Richtlinie und mit 622 Ja- zu 24

Gegenstimmen (32 Enthaltungen) für die ODR-Verordnung. Beide Rechtsakten werden damit 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten. Außerdem sollte die ADR-Richtlinie innerhalb von 24 Monaten in allen Mitgliedstaaten nach ihrer Einführung in Kraft getreten sein.

Europawahlen im Juni 2014 und der EU-Beitritt Kroatiens

Mit Kroatiens Beitritt zur EU in 2014 kann die Europäische Gemeinschaft 4,5 Millionen neue EU Bürger begrüßen. Gleichzeitig bekommt Kroatien bemessen an seiner Bevölkerungszahl 12 Mandate im Europäischen Parlament zugesprochen. Da die Zahl der Mandate im Parlament nach der nächsten Europawahl im Mai 2014 durch den Lissabon-Vertrag auf 751 beschränkt wurde, müssen einige Mitgliedstaaten Mandate im Europäischen Parlament abgeben.

Der Prozess der Sitzverteilung für die nächste Wahlperiode 2014-2019 wurde im Parlament kontrovers diskutiert. Die liberale Fraktion setzte sich für Kürzungen der Mandate bei den mittelgroßen Staaten ein, da bevölkerungsreiche Staaten, wie Frankreich, Spanien und Deutschland gemessen an ihrer Population bereits unterrepräsentiert sind.

Schließlich wurde ein Beschluss verabschiedet, der die Verteilung der Sitze nach objektiven Kriterien festlegt. Demographische Veränderungen sollten berücksichtigt werden und jeder Mitgliedstaat sollte höchstens ein Mandat verlieren. Deutschland wird in der nächsten Legislaturperiode dennoch aufgrund der Neuordnung nach dem Lissabon-Vertrag drei Sitze abgeben müssen, wobei die Bundesrepublik mit 96 Sitzen dann trotzdem noch die größte Zahl an Abgeordneten stellt.

Parlament debattiert über nicht deklariertes Pferdefleisch auf EU-Lebensmittelmarkt

Laut EU-Vorschriften für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz müssen im europäischen Raum die Bestandteile aller Lebensmittelprodukte für den Verbraucher auf der Verpackung nachlesbar sein. Nur so können die Verbraucher Entscheidungen darüber treffen, welche Lebensmittel sie kaufen und wie sie diese sicher nutzen.

Dennoch waren viele Mitgliedstaaten zu Beginn des Jahres von der unvollständigen Etikettierung von Lebensmitteln betroffen. Produkte, die laut Aufschrift Rindfleisch enthalten sollten, enthielten Pferdefleisch. Da jede Zutat auf dem jeweiligen Produkt aufgeführt sein muss, griff die Europäische Gemeinschaft ein und informierte zunächst alle Mitgliedstaaten über den Vorfall. In folgenden Lebensmittelprüfungen wurde festgestellt, dass in zahlreichen Fleischerzeugnissen illegal Pferdefleisch beigemischt worden war.

Der Aktionsplan der Kommission sieht vor, Lebensmittel darauf zu prüfen, ob sie nicht deklariertes Pferdefleisch oder das für Pferde eingesetzte Schmerzmittel Phenylbutazon enthalten. Phenylbutazon darf nicht an Tiere verfüttert werden, die zum menschlichen Verzehr bestimmt sind. Dieser Aktionsplan wurde bereits im Februar bewilligt. Ab Dezember 2014 muss nach den EU-Vorschriften auf den

Etiketten auch angegeben werden, ob Proteinzusätze zu Fleischerzeugnissen von derselben Tierart stammen.

EU-weite Koordinierung soll Spielabsprachen effektiver bekämpfen

Manipulationen von Spielergebnissen oder Betrüge im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität beim Sport sind in vielen Mitgliedstaaten an der Tagesordnung. Wir Abgeordneten sind uns einig, dass nur die Einführung einheitlicher Sanktionen sowie eine EU-weite Koordinierung der Bekämpfung von Spielabsprachen zu besseren Ergebnissen führen würden. Die nichtlegislative Resolution mit unseren Forderungen wurde erfreulicherweise am Donnerstag per Handzeichen in Straßburg verabschiedet.

Zu unseren Forderungen gehört beispielsweise die Einrichtung nationaler Foren, in denen alle Akteure im Sportbereich ihre Informationen sowie bewährte Praktiken gegen Korruption im Sport austauschen könnten. Damit würde nicht nur die Koordinierung und der Informationsaustausch, sondern gleichzeitig auch die Verhinderung von Korruptionsfällen verbessert werden. Weiterhin verlangen wir Abgeordneten in der Entschließung von Emine Bozkurt die Einrichtung von gemeinsamen Ermittlungsgruppen, um so effektiver gegen illegale Glücksspiel im Internet und anonyme Wetten EU-weit vorgehen zu können. Auch die Identifizierung bekannter "asiatischer Wettoasen" würde positiv zur Bekämpfung von illegalen Wetten und Spielmanipulationen beitragen sowie die Zusammenarbeit mit diesen Ländern diesbezüglich erheblich verbessern.

Diese und weitere Vorschläge sollen nun in eine Empfehlung der Kommission über die Frage, wie Spielmanipulationen am besten vermieden und bekämpft werden können, einfließen und hoffentlich im nächsten Jahr verabschiedet werden.

Liberale treffen Stabschef der Freien Syrischen Armee, Selim Idris, in Brüssel

In der ersten Märzwoche fand ein Treffen zwischen der liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments und dem General der Freien Syrischen Armee (FSA) Selim Idris statt. Idris äußerte sich zu der derzeitigen politischen Lage in seiner Heimat Syrien.

In seiner Rede forderte der General größere finanzielle Unterstützung seitens der Europäischen Union und beklagte, dass ein Großteil der Hilfsmittel aus der EU und den USA nach der Einkehr in Damaskus direkt von Anhängern des al-Assad-Regimes abgefangen wurden. Somit würden die humanitären Hilfsmittel nur selektiv innerhalb der Bevölkerung verteilt werden. Des Weiteren forderte Idris eine Veränderung des Asylrechts und eine Aufhebung des Waffenembargos. Er sagte klar, dass die FSA mit Hilfe der Lieferung von Waffen und Munition das Regime binnen einem Monat beenden könnte.

Die Schilderungen der Verhältnisse in dem von Konflikten zwischen Anhängern der al-Assad-Regierung und verschiedener Oppositionsgruppen geplagten Land stießen auf große Anteilnahme innerhalb der Fraktion. In der anschließenden Diskussion hinterfragten die Abgeordneten zugleich die dauerhaften politischen Ziele der Freien

Syrischen Armee unter der Leitung von Selim Idris. Eine Befürchtung war, dass das alte Regime durch eine neue, extremistische Regierung ersetzt werden könnte. Idris versicherte daraufhin, dass die Einführung eines freien Justizsystems, eine parlamentarische Regierung und freie Wahlen für ihn von Priorität seien.

Die politische Situation in Syrien unter besonderer Berücksichtigung der humanitären Lage wurde in Straßburg erneut gesondert diskutiert. Catherine Ashton, Vizepräsidentin und hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, zeigte sich betroffen von den steigenden Zahlen der Verletzten, Vertriebenen und zu Tode gekommenen Syrer und Syrerinnen. Die liberale Fraktion warf der Kommission Tatenlosigkeit vor und kritisierte, dass die humanitäre Hilfe der EU nicht bei den Bedürftigen ankomme. Die vielen befreiten Gebiete im Norden Syriens würden eine Zulieferung an der türkischen Grenze ermöglichen, ohne dabei mit Anhängern des Assad-Regimes zu kollidieren.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrs- und Fischereiausschuss

Blue Growth (Schattenberichterstatterin)

Der Begriff "Blue Growth" oder auch "Blaues Wachstum" beschreibt eine langfristige Wachstumsstrategie in der alle maritimen Wirtschaftsbereiche enthalten sind. Im Mittelpunkt stehen dabei fünf Bereiche mit besonders großem Wachstumspotential: Energiegewinnung, Aquakultur, Meeres- und Küstentourismus, Rohstoffvorkommen im Meer und Biotechnologie.

Bereits jetzt arbeiten in der EU 5,4 Millionen Menschen im Bereich der maritimen Wirtschaft und erwirtschaften rund 500 Milliarden Euro pro Jahr. Die im September von der Europäischen Kommission vorgestellte Mitteilung zu "Blue Growth" geht davon aus, dass hier noch weitere 1,6 Mio. Jobs entstehen könnten. Damit könnte sich die maritime Wirtschaft insbesondere in den von hoher Arbeitslosigkeit geplagten Mittelmeerländern als wichtiger Wachstumsmotor erweisen.

"Blue Growth" ist Teil der Integrierten Meerespolitik (IMP), die ich seit mehreren Jahren auf europäischer Ebene begleite. Seit meinem Initiativbericht von 2010 hat sich in diesem Bereich sehr viel getan und inzwischen ist IMP nicht nur fester Bestandteil des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF), sondern wird politisch immer konkreter umgesetzt. Die Strategie für ein "blaues Wachstum" ist dabei nur ein Bereich. Maritime Raumordnung und das Projekt Meereskenntnisse 2020 für einen besseren Austausch von Meeresdaten gehören ebenfalls dazu. Es ist sehr erfreulich, dass diesem wichtigen Politikbereich immer mehr Aufmerksamkeit beigemessen wird. Schließlich bietet das Meer einerseits erhebliche Wachstumschancen, aber gleichzeitig benötigt die immer intensivere Nutzung auch eine bessere Koordinierung, um die verschiedenen Interessen in Einklang zu bringen. Genau aus diesem Grund verfolge ich den Initiativbericht zu "Blue Growth" sowohl im federführenden Transportausschuss als auch im Fischereiausschuss als Schattenberichterstatterin.

Unsere Büroklauseur in Bremen und Oldenburg

Vom 6. (abends) bis zum 8. März war ich gemeinsam mit meinem Team - den Assistenten meines Brüsseler Büros sowie meinen Wahlkreismitarbeitern - im Rahmen unserer halbjährlichen Büroklauseur für diverse Termine in meinem Wahlkreis Bremen sowie der 162.481 Einwohner zählenden Stadt Oldenburg unterwegs. Bei allen Gesetzen, die in Brüssel verabschiedet werden, sollten wir Abgeordnete niemals den Bezug zur Praxis verlieren. Deswegen besuchte ich während dieser Tage u. a. die BWG Reimer, um mir ein Bild vom Logistikstandort Bremen zu machen. Dabei sprachen wir unter anderem über die Beteiligung des Logistikunternehmens Kuehne+Nagel am Feldversuch zu Lang-LKWs.

Ebenfalls auf meiner Tagesordnung stand der Besuch des Instituts für Chemie und Biologie des Meeres der Universität Oldenburg, das kürzlich den ersten Norddeutschen Wissenschaftspreis für "BioGeoChemie des Watts" gewonnen hat. Im Gespräch mit Prof. Dr. Rullkötter ging es vor allem um Forschungsprojekte der Organischen GeoChemie sowie angebotene Studienprogramme.

Ein herzlicher Dank gilt auch meinen liberalen Kollegen vor Ort, die für einen regen Gedankenaustausch bei einem Abendessen in Bremen zur Verfügung standen.

Terminankündigung: Teilnahme an der Bundesvorstandsklausur am 17./18. März 2013 in Berlin

Herzliche Grüße
Ihre Gesine Meißner

April 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

nicht nur während dieser Plenarwoche in Straßburg ist mit den Abstimmungen zu beispielsweise dem Recycling von Schiffen oder den Bodenverkehrsdiensten einiges voran gegangen, sondern auch in meinen Wahlkreisen in den letzten Wochen. Mit der Nachbesetzung meiner Büros vor Ort - nämlich in Hannover und Bremen - möchte ich Sie künftig auch über Themen aus meinen Wahlkreisen Niedersachsen, Hamburg und Bremen informieren.

Doch lesen Sie nachfolgend selbst.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Europaparlament stimmt gegen Entlastung des Ratshaushalts

Diesen Mittwoch stimmte das Europäische Parlament in Straßburg über die Ausführung des EU-Gesamthaushaltsplans 2011 ab. Dabei lehnten wir Abgeordnete eine Entlastung des Haushalts 2011 des Rates der EU mit einer überwältigenden

Mehrheit von 570 zu 5 Gegenstimmen (10 Enthaltungen) und damit für eine Verschiebung um ein weiteres Jahr. Obwohl das Europäische Parlament die einzige Institution ist, die die jährlichen EU-Haushalte und die Ausgaben des Europäischen Entwicklungsfonds entlasten kann, weigert sich der Rat, Fragen zu dessen Haushalt zu beantworten und offen zu legen, wofür er das Geld verwendet hat. Das ist aus meiner Sicht inakzeptabel.

Gleichzeitig nahmen wir Abgeordneten den Haushalt der EU-Kommission für das Jahr 2011 an, wiesen aber auch darauf hin, dass die Fehlerquote im Vergleich zum Vorjahr von 3,7 auf 3,9 Prozent angestiegen sei. Allein 6 Prozent beträgt die geschätzte Fehlerquote laut Europäischem Rechnungshof beim Ausgabenposten Regionalpolitik, Energie und Verkehr. So wird beispielsweise in Mautstraßen, auf denen keine Autos fahren oder in Häfen, an denen keine Schiffe anlegen, investiert. Diese Fehlinvestitionen dürfen in Zeiten der Krise nicht sein.

Doch die Europäische Union kann für diese Fehlinvestitionen natürlich nicht allein verantwortlich gemacht werden, denn schließlich werden 80 Prozent der EU-Mittel im Rahmen der "geteilten Mittelverwaltung" von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten gemeinsam verantwortet. Das Europaparlament fordert deshalb von der Europäischen Kommission künftig einen jährlichen Überblick über falsch investiertes Geld und drängt sowohl die Kommission als auch den Europäischen Rechnungshof, ihre Berichte künftig stärker auf die Projektleistung und die Einhaltung der Rechtsvorschriften auszurichten.

Endlich Parlamentsposition zu Bodenverkehrsdienste an Flughäfen

Nachdem das Plenum im Dezember den Gesetzesvorschlag an den Verkehrsausschuss zurückverwiesen hatte, wurde nun endlich eine Parlamentsposition zu Bodenverkehrsdiensten an Flughäfen abgestimmt. Weite Teile des Luftverkehrs sind inzwischen liberalisiert. Unterschiedliche Fluggesellschaften konkurrieren auf denselben Strecken um Passagiere. Auch die sogenannten Billigflieger konnten so mit ihrem Angebot in den Markt einsteigen. Aber am Boden, also in den Flughäfen, gibt es noch einige Dienste, für die der Markt in mancherorts beschränkt ist, z.B. die Gepäckabfertigung oder das Betanken von Flugzeugen. Hierfür darf es in Deutschland nur zwei Anbieter pro Dienstleistung geben, in der Regel der Flughafen selber und ein privater Anbieter. An den meisten größeren europäischen Flughäfen haben Fluggesellschaften allerdings die Wahl zwischen 3-5 Bodenverkehrsdienstleistern. Das Parlament hat nun einer moderaten Marktöffnung auf mindestens drei Anbieter auf großen Flughäfen zugestimmt.

Vor allem deutsche Gewerkschaften und Flughafenbetreiber befürchten allerdings durch einen zusätzlichen Konkurrenten prekäre Arbeitsverhältnisse sowie sinkende Löhne durch neue Billiganbieter. Daher hat das Parlament zusätzlich extrem lange Übergangsfristen und strenge Sozialvorschriften gefordert. Beispielsweise sollen neue Anbieter gezwungen werden, das gesamte Personal des vorherigen Dienstleisters zu übernehmen. Damit ist dem neuen Anbieter jede Freiheit genommen, seinen Dienst mit der Anzahl und Auswahl von Mitarbeitern durchzuführen, die er für sinnvoll hält. Auch eine Verbesserung der Qualität der Dienstleistung ist kaum zu erwarten, wenn das Personal immer gleich bleibt. Hier hoffe ich noch auf eine praxistauglichere Lösung, wenn die Verhandlungen mit den europäischen

Verkehrsministern zu diesem Dossier beginnen. Denn mit diesen Beschränkungen, die gegen die Stimmen der Liberalen beschlossen wurden, wird sich kein neuer Anbieter finden, der bereit ist, z.B. in die Gepäckabfertigung eines Flughafens einzusteigen.

Problem Recycling von Schiffen

Am Donnerstag wurde mit knapper Mehrheit ein Vorschlag abgelehnt, der die europäischen Häfen gezwungen hätte, von jedem einlaufenden Schiff eine Abgabe für einen Schiffs-Recycling-Fonds einzuziehen. Aus diesem Fonds sollte dann das umweltgerechte Abwracken von Schiffen bezuschusst werden. Schiffe nehmen heutzutage nämlich oft ein unrühmliches Ende. Sie werden mit allen Giftstoffen an Bord an den Stränden von Bangladesch oder Pakistan von ungeschützten Arbeitern auseinandergeschweißt. Unter sozial- und umweltpolitischen Gesichtspunkten eine Katastrophe. Dennoch ist die Recycling-Abgabe an europäischen Häfen der falsche Ansatz. Wir müssen international verpflichtende Standards zum Schiffsrecycling schaffen, die auch für die Abwrack-Länder gelten. Für sie ist der Weiterverkauf des Schiffschrotts eine wichtige Einnahmequelle. Deswegen ist die schnellstmögliche Ratifizierung der internationalen Hongkong Konvention der richtige Weg. Darin haben sich die Seefahrer-Nationen weltweit auf gewisse Umwelt- und Sozialstandards für das Auseinandernehmen von Schiffen geeinigt.

Das Problem des Schiffsrecycling sollte man aber nicht auf dem Rücken der europäischen Häfen und Reedereien lösen und Ihre Gebühren für einlaufende Schiffe zwangsweise erhöhen. Gerade in Randgebieten der EU wie z.B. im Ostseeraum konkurrieren auch deutsche Häfen mit Nicht-EU-Häfen, die eine solche Recycling-Abgabe nicht erheben müssten. Das wären nicht unerhebliche Wettbewerbsverzerrungen im ohnehin schon harten Wettbewerb unter den Häfen. Das Europaparlament sieht aber trotz der Ablehnung der Recycling-Abgabe Handlungsbedarf und forderte die Europäische Kommission auf, bis 2015 ein ausgewogenes Anreiz-System zu erarbeiten, damit mehr Reeder ihre Schiffe umweltgerecht und sozial verträglich abwracken.

Zur Zukunft Europas: Katainen fordert "ein stärkeres und faires Europa"

Am Dienstagmorgen stattete der finnische Ministerpräsident Jyrki Katainen dem Europäischen Parlament in Straßburg einen Besuch ab und sprach vor dem Plenum über die Zukunft der Europäischen Union. "Ein stärkeres und faires Europa" lautete dabei seine Forderung. Themen wie die europäische Integration, Extremismus und natürlich die Finanzkrise hob Katainen besonders hervor.

Wie bereits Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann im Januar wies auch Jyrki Katainen in seiner Ansprache auf das Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa hin. Er selbst habe als junger Mensch 1990 eine Finanzkrise in Finnland miterlebt und könne das Gefühl der Verzweiflung der jungen Generationen deshalb sehr gut nachvollziehen. Außerdem forderte er uns Abgeordnete dazu auf, gegen den zunehmenden Extremismus in Teilen Europas vorzugehen und vor allem "nationalistische und populistische Stimmen in europäischen Debatten" künftig zu unterbinden.

Im abschließenden Teil seiner Rede sprach Finnlands Ministerpräsident über die Finanzkrise. Diese wolle er mit reinem Menschenverstand bewältigen. "Wenn wir uns alle an die Regeln halten, werden unsere Wirtschaftssysteme stabiler. Das ist nicht Wirtschaftstheorie, sondern gesunder Menschenverstand", so Katainen.

EZB-Jahresbericht 2011: Parlament fordert mehr Transparenz

In einer Debatte am Dienstagnachmittag stellte Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), dem Plenum in Straßburg den Jahresbericht der EZB von 2011 vor und beantwortete in einer anschließenden Diskussion die Fragen von uns Abgeordneten. Dabei ging es zum einen um die vergangene und künftige Tätigkeit der EZB, zum anderen aber vor allem auch darum, ob die Bank mit Sitz in Frankfurt ihrer stetig wachsenden Rolle während der Krise (noch) gerecht wird.

In einer Entschließung legt das Europäische Parlament die jährliche Bewertung der Tätigkeit der EZB dar und beurteilt neben deren geldpolitischen Maßnahmen angesichts der Krise in der Eurozone auch ihre politischen Entscheidungen. In dieser Resolution, die am Mittwoch im Plenum verabschiedete wurde, lobt das Europaparlament grundsätzlich die Arbeit der EZB, fordert aber gleichzeitig mehr Transparenz und Rechenschaftspflichtigkeit bei ihrer Arbeit in der Troika. Außerdem wird in der Entschließung hervorgehoben, dass sich die Bank künftig stärker für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung einsetzen sollte. So müssten beispielsweise günstige EZB-Darlehen an Banken an Bedingungen geknüpft werden, damit gewährleistet werden kann, dass diese auch an die Realwirtschaft weitergegeben werden.

EU-Emissionshandel: Politischer Eingriff in den Markt abgewendet

Am 16. April wurde der Kommissionsvorschlag zum Emissions-Handel-System (EHS) vom Europäischen Parlament mit knapper Wahl abgelehnt. Damit wehrte sich ein Mitte-Rechts Bündnis gegen einen künstlichen Markteingriff. Ein solches Vorgehen wurde von der EU-Kommissarin Connie Hedegaard vorgeschlagen, das sie mit einem wachsenden Überschuss an Zertifikaten aus den letzten Jahren rechtfertigte. In der Tat sind in der vergangenen Zeit die Preise verfallen, sodass sie gegenwärtig bei ca. 4 Euro liegen - der Durchschnittspreis in vergangenen Jahren lag bei 30 Euro. Aus diesem Grund sah der Vorschlag eine zeitliche Verschiebung für die nächste Auktion von ca. 900 Millionen Emissionsrechten vor, was sich automatisch auf das Angebot und die Preise auswirken hätte.

Die Mehrheit der Abgeordneten hingegen sah das Vertrauen für die Marktakteure durch den Eingriff in den Emissionshandel und auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gefährdet. Letztendlich handelt es sich nicht um einen nicht funktionierenden Markt, als vielmehr um Probleme, die aus der Finanzkrise resultieren und die eine schwache Weltwirtschaft widerspiegeln. Ferner reflektiert das Votum auch den Wunsch nach einer tiefgreifenderen Reform des EHS, wobei der Kommissionsvorschlag derartige Vorhaben nur aufgeschoben hätte.

Das Handelssystem wurde 2005 eingeführt und gilt als das Erste der Welt. Es ist ein wichtiges Instrument der EU, um den Klimawandel zu bekämpfen, welches vor allem

industrielle Treibhausgasemissionen kosteneffizient reduzieren soll. Dabei ist das Ziel, Emissionen mit einem Preis zu versehen, welcher einen finanziellen Anreiz für Unternehmen darstellen soll, ihre Emissionen zu verringern und letztendlich in "grüne Energieressourcen" zu investieren. Das System sieht eine allmähliche Reduzierung der Emissionen vor, wobei bis 2020 die Emissionen aus der Industrie 21 Prozent niedriger ausfallen sollen als zur Einführung des EHS.

Der Makrelenkonflikt im Nordostatlantik

Zu einer politischen Krise ausgewachsen ist inzwischen der Konflikt um den Makrelenfang im Nordatlantik. Nachdem über viele Jahre die Fangquoten für Makrelen gemeinsam von der EU, Norwegen, Island und den Färöer festgelegt wurden, haben Island und die Färöer seit 2010 den Fang dieser Fischart in erheblichem Maße einseitig ausgedehnt. Innerhalb von drei Jahren ist der Anteil der von diesen beiden Ländern gefangenen Fische von weniger als fünf Prozent auf jeweils knapp ein Viertel der Gesamtmenge gewachsen. Für 2013 haben beide Länder zusammen Fangquoten festgelegt, die mehr als die Hälfte der wissenschaftlich empfohlenen Fangmenge ausmacht.

Dieses Vorgehen ist für die EU wie auch für Norwegen höchst problematisch. Makrelen werden vorwiegend von der kleinen Küstenfischerei gefangen. Die einseitige Verschiebung der Fangquoten bedeutet für viele Fischer in Irland, Großbritannien und Norwegen, dass sie ihre Fangmenge erheblich drosseln müssen, ohne andere Fangalternativen zu haben. Gleichzeitig untergräbt die drastische Erhöhung der Fangquoten durch Island und die Färöer den Ansatz endlich eine nachhaltige Fischerei in den europäischen Gewässern zu fördern. Daher hat das Europäische Parlament in dieser Woche noch einmal im Rahmen einer mündlichen Anfrage an die Kommission den Handlungsbedarf in dieser Frage betont und die Kommission aufgefordert Handlungssanktionen zu verhängen.

Da sich sowohl die Färöer als auch Island in der Frage bisher wenig einsichtig gezeigt haben, ist der "Makrelenkonflikt" inzwischen zu einer ernststen Bedrohung für einen möglichen Beitritt Islands zur EU ausgewachsen und es bleibt abzuwarten, ob und wie sich die politischen Verhältnisse nach den Parlamentswahlen Ende des Monats ändern werden. Für die Färöer kommt noch eine ganz ähnliche Auseinandersetzung um den Atlantischen Hering hinzu, sodass Handlungssanktionen hier inzwischen sehr wahrscheinlich erscheinen.

Parlament debattiert über Fortschritte zur EU-Erweiterung

Direkt im Anschluss an die Diskussion über den letzten umfassenden Monitoring-Bericht von Kroatien vor deren Beitritt im Juli, debattierte das Europäische Parlament am Mittwochnachmittag in Straßburg sowohl über die Fortschrittsberichte 2012 von Serbien, Montenegro und der Türkei als über den Integrationsprozess des Kosovos. Bereits am nächsten Tag wurde dann über die einzelnen Entschließungen für jedes Land im Plenum abgestimmt.

Besonders die Fortschritte der Türkei innerhalb des letzten Jahres sind leider noch immer kritisch zu betrachten. Neben harter und nötiger Kritik zeigt der Bericht der Kommission aber auch konstruktive Vorschläge auf, wie man den

Erweiterungsprozess wieder ankurbeln könnte. So werden einerseits zwar im Hinblick auf die wirtschaftlichen Kriterien, der Arbeit an einer neuen Verfassung oder der Einrichtung des Amtes eines Ombudsmanns positive Ergebnisse bzw. Schritte hervorgehoben. Andererseits legt er aber auch deren ernsthafte Sorgen auf den mangelnden Fortschritt bei der Erfüllung der politischen Kriterien dar. Insbesondere das Problem der Pressefreiheit ist noch lange nicht gelöst. Ganz im Gegensatz: So wird die Türkei von beispielsweise "Reportern ohne Grenzen" noch immer als größtes Journalistengefängnis der Welt bezeichnet.

Nach über sieben Jahren Beitrittsverhandlungen ist es nun wichtig, dass die Türkei uns ein eindeutiges Zeichen gibt und durch klare Taten demonstriert, ob sie es mit ihrem Reformwillen wirklich ernst meint. Vor allem die Arbeit an einer neuen demokratischen Verfassung muss stetig vorangetrieben werden. Ebenso wichtig ist es, dass das Reformpaket für das Justizwesen zügig umgesetzt wird.

Die Entschließung zum Fortschrittsbericht 2012 über die Türkei, in der neben Rechtsstaatlichkeit ebenso bürgerliche Freiheiten oder Rechte der Frauen Kernthemen sind, wurde am Donnerstag mit 451 Ja- zu 105 Gegenstimmen (45 Enthaltungen) von Plenum angenommen.

Diskussion zur 4. Novelle der ungarischen Verfassung

Am 17. April hat im Europäischen Parlament in Straßburg eine Debatte zur Rechtsstaatlichkeit in Ungarn stattgefunden. Dort ist Regierungschef Victor Orbán mit einer 2/3 Mehrheit ausgestattet, die ihm die Möglichkeit eröffnet die Verfassung zu ändern - davon hat er bereits zum vierten Mal in 15 Monaten Gebrauch gemacht. Mit Blick auf die Qualität der Veränderungen hat EU-Kommissarin Viviane Reding ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem geltenden EU-Recht geäußert; andere, drastischere Stimmen werfen Orbán den Ausbau zur Diktatur vor. Zurzeit ist der Ausschuss für Bürgerrechte des Europäischen Parlaments damit beauftragt, die Vorgänge zu untersuchen.

Die Debatte offenbarte eine tiefe Kluft zwischen den Abgeordneten verschiedener Lager. Während Mitglieder der EPP die ursprünglich demokratische Wahl in den Vordergrund stellen und ein europäisches Eingreifen ablehnen, prangern die übrigen Parteien die Verletzungen der europäischen Werte an. Konkret handelt es sich bei den geänderten Gesetzen um den Austausch von Richtern, die Beschneidung des Mediengesetzes, eine Einschränkung der Wahlwerbung, Eingriffe in die Bildungspolitik und zuletzt ein Gesetz, welches vorsieht etwaige EU-Strafen direkt auf die Bürger abzuwälzen. Darüber hinaus wird Orbán vorgeworfen zu wenig gegen eine antisemitische Hetze in seinem Land zu unternehmen.

Vor diesem Hintergrund setzte ALDE-Chef, Guy Verhofstadt, ein deutliches Zeichen und forderte den Einsatz von Artikel 7. Dieser sieht in letzter Konsequenz einen Ausschluss eines Mitgliedstaates bei schwerwiegenden Verletzungen gegen die europäischen Werte vor. Dennoch ist ein solches Eingreifen schwierig, wird der Artikel doch als "Atombombe" betrachtet, welche eben eine abschreckende Wirkung hat, aber doch nicht eingesetzt wird. Zunächst wird Viviane Reding den Bericht des Ausschusses abwarten, der im Juni erscheinen soll. Nichtsdestotrotz offenbart der ungarische Fall das eingeschränkte Instrumentarium der EU, wobei lediglich zwischen

"Atombombe" und langwierigem "Vertragsverletzungsverfahren" gewählt werden kann.

EU-Hilfen für Zypern

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission zuständig für EU-Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten, der finnische Liberale Olli Rehn, und die irische Wirtschaftsministerin, Lucinda Creighton, haben am 17. April über die neusten Entwicklungen und die Finanzierungshilfe für Zypern berichtet. Die Europäische Kommission hatte sich eine schrittweise Anpassung für Zypern gewünscht, doch seien nur 10 Millionen Euro, anstatt der berechneten 17 Millionen Euro, von den Mitgliedsstaaten bereitgestellt worden. Damit hätte eine ungeordnete Insolvenz abgewendet und dramatische Auswirkungen auf die zypriotische Bevölkerung vermieden werden sollen.

Ungeachtet dessen haben die Abgeordneten während der Sitzung in Straßburg vor allem das Verhalten der Troika verurteilt. Insbesondere die miserable Kommunikation sei für das "Fiasko" verantwortlich, aber auch die geringe Wachsamkeit der EU-Institutionen, die nicht vor den steigenden Risiken gewahrt hätten. Deshalb, so Guy Verhofstadt, müsse sich die EZB, die Troika und auch Eurogruppen Chef, Jeroen Dijsselbloem, unangenehme Fragen stellen lassen, um zu klären, wie es genau zu den Fehlentwicklungen in Zypern kommen konnte. Notfalls müssten die Fragen in einem Untersuchungsausschuss geklärt werden.

Für Olli Rehn demonstrieren die Entwicklungen in Zypern weiteres: gute Gründe für eine Bankenunion - mit dem Ziel einer echten Währungsunion. Das Beispiel hätte gezeigt, dass eine gut funktionierende Aufsicht mit gemeinsamen Regeln besser vor etwaigen Notlagen schützt.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Maritime Spatial Planning (Berichterstatteerin)

Am 12. März hat die Europäische Kommission den mehrfach verschobenen Gesetzesvorschlag für einen europäischen Rahmen der maritimen Raumordnung und des integrierten Küstenzonenmanagements vorgelegt. Ende letzter Woche wurde schließlich entschieden, dass der Bericht im Parlament federführend im Verkehrsausschuss laufen wird und dort werde ich die Zuständigkeit für den Gesetzesvorschlag als Berichterstatteerin übernehmen.

Der Ansatz für ein maritime spatial planning oder maritime Raumordnung fußt auf dem Ansatz der Integrierten Meerespolitik (IMP), für den ich mich seit Beginn meines Mandats im Europäischen Parlament einsetze. Die maritime Wirtschaft bietet großes Potential, welches im Rahmen der Wachstumsstrategie Blue Growth noch umfassender erschlossen werden soll. Mittels einer maritimen Raumordnung sollen die verschiedenen maritimen Wirtschaftsinteressen besser in Einklang gebracht werden. Die zunehmende Erschließung und Nutzung maritimer Rohstoffe, die

Installation und Anbindung von Offshore-Windkraftanlagen, das hohe Verkehrsaufkommen und die traditionelle Nutzung natürlicher Ressourcen im Rahmen der Fischerei müssen besser koordiniert werden, um bestehende Interessenskonflikte aufzulösen und diese in Zukunft frühzeitig zu vermeiden. Die maritime Raumordnung ist dafür ein entscheidendes Instrument, um die Nutzung verschiedener Bereiche zu priorisieren. Dabei ist die grenzübergreifende Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung. Deswegen halte ich es für sehr wichtig, hier auf europäischer Ebene anzusetzen, ohne allerdings die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten außer Acht zu lassen. Darin liegt die große Herausforderung dieser Gesetzesinitiative.

Die Voraussetzungen in den Mitgliedstaaten sind sehr unterschiedlich. Während für die Ostsee kürzlich ein Pilotprojekt zur maritimen Raumordnungen abgeschlossen werden konnte, steckt die maritime Koordination in vielen Mitgliedstaaten noch in den Kinderschuhen. Hier wird noch zu viel Potential für ein umfassendes und nachhaltiges maritimes Wachstum verschenkt. Noch vor der Sommerpause werde ich daher einen Bericht im Verkehrsausschuss vorlegen, damit dieser noch im Laufe des Jahres durch das Parlament verabschiedet werden kann. Mir geht es dabei darum, aufzuzeigen, dass mittels einer maritimen Raumordnung mit wenig finanziellen Ressourcen viel erreicht werden kann, um das enorme Wachstumspotential der maritimen Wirtschaft besser nutzen zu können.

Revision der Tachographenverordnung - wenig Gewinn für die Verkehrssicherheit (Schattenbericht)

Mein Sorgenkind im Verkehrsausschuss ist weiterhin der digitale Fahrtenschreiber. Nach jetziger Gesetzeslage sind alle Fahrzeuge über 3,5 t, die für gewerbliche Fahrten benutzt werden, verpflichtet, einen Tachographen einzubauen und die damit verbundenen umfangreichen Aufzeichnungs- und Archivierungspflichten einzuhalten. Sinn des Fahrtenschreibers ist, die gesetzlichen Lenk- und Ruhezeiten für LKW-Fahrer zu kontrollieren. Dies ist wichtig für Transport- und Logistikunternehmen. Handwerker oder andere kleine Unternehmer, die eben nicht den ganzen Tag hinterm Steuer sitzen, sondern mit ihren kleinen LKWs nur mehr oder weniger kurze Strecken fahren, werden durch diese Tachographenpflicht unnötig belastet. Ich kämpfe hier für weitreichende Ausnahmeregelungen.

Leider verlaufen die abschließenden Verhandlungen mit den europäischen Verkehrsministern in diesem Punkt sehr enttäuschend. Statt auf 150 km hat man den Ausnahme-Radius, innerhalb dessen sich Handwerker ohne Fahrtenschreiber bewegen können, nur auf 100 km erweitert. In einem großen Land wie Deutschland ist das zu wenig. Handwerker fahren hier hin und wieder mehr als 100 km für einen Auftrag. Darüber hinaus weigern sich die meisten Mitgliedstaaten erfolgreich, weitere vom Europaparlament gewünschte Ausnahmeregelungen zu akzeptieren, z.B. für Baustellenverkehre. Dort operieren zwar schwere Laster, aber sie fahren immer nur kurze Strecken zur Belieferung der Baustelle oder auf der Baustelle selber. Diese Fahrzeuge sind keinesfalls mehrere Stunden ohne Unterbrechung mit übermüdeten Fahrern unterwegs. Der letzte Trilog zu dieser Gesetzgebung ist für Anfang Mai angesetzt.

Verspäteter Flug - verlorener Koffer: Passagierrechte im Luftverkehr

Seit 2005 haben Flugpassagiere innerhalb der EU Anspruch auf gewisse Unterstützungsleistungen oder Ausgleichzahlungen, wenn z.B. der Flug mit Verspätung ankommt oder annulliert wurde. Die tatsächliche Einforderung dieser Rechte gegenüber den Fluggesellschaften funktioniert jedoch in der Praxis nicht immer reibungslos. Einige von Ihnen haben damit vielleicht schon Erfahrungen gemacht. Daher wird bei den Flugpassagierrechten nun auch im Verkehrsausschuss nachgearbeitet, um rechtliche Grauzonen auszuräumen. Bisher lehnen Fluggesellschaften Kompensationszahlungen häufig oft mit der Begründung ab, an der Verspätung sei ein "außergewöhnlicher Umstand" schuld. In diesem Fall brauchen Fluggesellschaften nämlich nicht zu zahlen. Hier soll es nun klare Definitionen und eine Liste geben, was ein "außergewöhnlicher Umstand" ist. Schwieriges Wetter gehört natürlich dazu oder ein Fluglotsenstreik, nicht aber das Fehlen von Piloten und Crew-Mitgliedern. Dies ist ein Problem, das die Fluggesellschaft vermeiden kann. Da heute Beschwerden von Passagieren bisweilen ins Leere laufen, verpflichtet der neue Vorschlag die Fluggesellschaften auch zur Einrichtung klarer Beschwerdeverfahren mit bestimmten Antwortfristen.

Aber nicht nur die Passagiere sollen von den verbesserten Vorschriften profitieren, auch die Fluglinien können sich über einige Klarstellungen freuen. Nach den geltenden Passagierrechten müssen die Fluggesellschaften für unbegrenzte Zeit für Erfrischungen, Mahlzeiten und Unterbringung sorgen, was unter Umständen ihren finanziellen Ruin bedeuten kann (z. B. während der Vulkanaschekrise). Derzeit gibt es keinerlei zeitliche Beschränkung, selbst bei einer größeren Störung, die sich der Kontrolle des Unternehmens entzieht. Nach dem neuen Vorschlag soll die Unterbringungspflicht für solche Fälle auf drei Nächte begrenzt werden.

Weniger Verkehrstote und - verletzte: Paket Straßenverkehrssicherheit

Der Verkehrsausschuss beschäftigt sich gerade mit einem Paket von drei Gesetzesinitiativen zum Thema Straßenverkehrssicherheit. Zum einen wird die EU-Richtlinie zur technischen Hauptuntersuchung überarbeitet, welche europaweit die Mindestnormen für die regelmäßigen Fahrzeugprüfungen von PKWs, LKWs und Bussen festlegt. Streitpunkte sind z.B. ob zukünftig auch EU-Vorgaben für Motorräder, Anhänger (unter 3,5 t) und Traktoren (mit mehr als 40 km/h) eingeführt werden, die bisher ausschließlich nach nationalen Regeln geprüft werden. Auch der Vorschlag, in Zukunft ältere Autos jedes Jahr statt jedes 2. Jahr zum TÜV zu schicken, hat in Deutschland schon Wellen geschlagen. Dieser Vorschlag hat allerdings auch im Europaparlament wenig Unterstützer.

Ebenfalls mit dem Ziel, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, werden auch die Regeln für die unangekündigten Kontrollen von LKWs am Straßenrand überarbeitet. In den Mitgliedstaaten werden diese Unterwegskontrollen unterschiedlich intensiv durchgeführt, manchmal sehr eingehende technische Untersuchungen oder reine Sichtprüfung oder lediglich Kontrolle der Fahrzeugunterlagen. Als letztes werden die EU-Vorgaben für die Zulassungsdokumente von Fahrzeugen neugefasst. Erst die Zulassung ist die amtliche Genehmigung, dass ein Fahrzeug öffentliche Straßen benutzen darf und keine Gefahr für die Straßenverkehrssicherheit darstellt.

Trennung von Netz und Betrieb: das 4. Eisenbahn-Paket

Der europäische Eisenbahnmarkt ist noch sehr zersplittert und von fest verankerten nationalen Strukturen geprägt. Um die Eisenbahn auch gegenüber Straße und Luftverkehr wettbewerbsfähiger zu machen, liegen gerade neue Vorschläge auf dem Tisch des Transportausschuss. Das sogenannte 4. Eisenbahnpaket umfasst sechs Gesetzesinitiativen, die zum Teil technische Harmonisierungen innerhalb Europas vorschreiben, aber auch in die Organisationsstrukturen der Eisenbahnunternehmen und in den Eisenbahnmarkt eingreifen. Sie soll zum Beispiel der inländische Schienenpersonenverkehr ab 2019 grundsätzlich liberalisiert werden. Bisher dürfen im nationalen, regionalen oder städtischen Zugverkehr in vielen Ländern keine neuen/privaten Eisenbahnunternehmen einsteigen.

Für Deutschland ist jedoch besonders die Forderung eines unabhängigen Infrastrukturbetreibers problematisch, da das Schienennetz von der Deutschen Bahn verwaltet wird, die gleichzeitig der größte Benutzer ist. Dies führt immer wieder zu Vorwürfen, dass die DB andere Bahnunternehmen auf ihrem Netz benachteiligt bzw. die Einnahmen aus dem Netzbetrieb nicht in die Unterhaltung des Netzes investiert, sondern in den Ausbau ihrer Marktmacht. Um diesen unfairen Wettbewerbsvorteil der "integrierten Bahnkonzerne" zu verhindern, sollen in Zukunft sogenannte "chinesische Mauern" zwischen Infrastruktursparte und Fahrbetrieb eingezogen werden, um die Unabhängigkeit des Infrastrukturbetreibers zu garantieren. Wenn die DB dies nicht zufriedenstellend umsetzt, so die bisherige Drohung, können andere Mitgliedsländer nach der Marktöffnung 2019 DB-Züge von ihrem inländischen Personenverkehr ausschließen. Die FDP setzt sich schon lange für eine Trennung von Net und Betreibern ein.

Große Trucks - große Aufregung: neue Vorschläge zu Maßen und Gewichten von LKWs

Meist diskutieren wir im Verkehrsausschuss sehr sachlich. Aber wenn die berühmten Gigaliner angesprochen werden, gehen die Emotionen hoch. Daher kann man sich die kommenden Monate auf einige hitzige Debatten einstellen. Die Kommission hat nämlich kürzlich eine Revision der Richtlinie über die höchstzulässigen Abmessungen und Gewichte von LKW vorgeschlagen. Darin bleibt den Mitgliedstaaten weiterhin freigestellt, ob sie auf ihren Straßen überlange LKWs zulassen wollen oder nicht. Neu ist aber, dass diese Lang-LKWs zukünftig auch über EU-Grenzen fahren dürfen. Vorausgesetzt natürlich, der angrenzende Staat erlaubt diese überlangen Fahrzeuge ebenfalls. Diese Klärung war meiner Meinung nach schon längst überfällig.

Grundsätzlich sollen eigentlich nur kleinere Änderungen an den bisherigen Regeln vorgenommen werden. Beispielsweise eine Anpassung der LKW-Längen für den Transport von 45 Fuß Containern (13,72 m), die hauptsächlich im Eisenbahn- und Schiffverkehr benutzt werden. Da Bahnschiene und Wasserweg oft nicht direkt bis zum Endabnehmer führen, braucht man den LKW für die letzten Kilometer. Für den Transport dieser Container müssen LKW um 15 cm länger sein als bisher üblich. Das zeigt mal wieder, LKW-Größen sollten pragmatisch an die realen Anforderungen des

Marktes und natürlich auch an die vorhandene Infrastruktur angepasst werden, und nicht nur aus der ideologischen Perspektive diskutiert werden.

III. Aus meinem Wahlkreis

Frischer Wind vor Ort

Um die richtigen Entscheidungen im Europäischen Parlament treffen zu können, bin ich stets auf der Suche nach dem direkten Kontakt zu den Menschen in meinem Wahlkreis (Niedersachsen, Hamburg und Bremen). Das gestaltet sich jedoch bei ca. 28 Wochen in Brüssel und etwa 12 Wochen in Straßburg jedes Jahr nicht immer einfach. Deshalb habe ich mein Team vor Ort verstärkt. Für frischen Wind sorgen künftig Sabine de Vries in Hannover und Tim Alexander Abitzsch in Bremen.

Tim Alexander Abitzsch ist mein Ansprechpartner für sämtliche Anfragen aus Bremen. Sie können ihn erreichen unter der Tel.-Nr.: 0160 - 15 15 455 oder per E-Mail: tim.abitzsch@fdp.de

Sabine de Vries ist zuständig für die Fragen aus Niedersachsen zu Europa, die Vernetzung in Niedersachsen und zur Bundesebene und für die Planung meiner Sommerreise in diesem Jahr. Sie erreichen sie unter der Tel.-Nr.: 0511 - 280 71 36 oder per E-Mail: fdp-wk-hannover@web.de

Sie vervollständigen damit mein Team vor Ort um Kirsten Zander in Wennigsen (Terminanfragen in Niedersachsen und Organisation) und Niklas Drexler in Hamburg (Ansprechpartner für die Hamburger Termine und Anfragen). Sie können ihn per E-Mail erreichen unter: drexler@julius.de.

Terminankündigung: Teilnahme an der Delegationsreise des Verkehrsausschusses nach England vom 30. April bis 2. Mai 2013

Herzliche Grüße
Ihre Gesine Meißner

Mai 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Highlight in dieser Woche war für mich natürlich der European Maritime Day in Valletta, Malta, und damit verbunden meine Rede bei der Eröffnung der Konferenz. In diesem Jahr lag der thematische Schwerpunkt auf der Entwicklung des maritimen Tourismus sowie dem sektorübergreifenden Ansatz eines „Blauen Wachstums“. Doch auch in Straßburg standen mit den Abstimmungen zu beispielsweise der Handels- und Investitionspartnerschaft von Europa mit den USA, dem Gesetzespaket zur Bankenunion oder Erneuerbaren Energien bedeutende Themen auf der Tagesordnung.

Doch lesen Sie nachfolgend selbst.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Parlament fordert verstärkte EU-weite Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug

Steuerbetrug und Steuerflucht sind ein erhebliches Problem und verursachen immense Kosten in der Europäischen Union. Die EU-weite Belastung des Haushaltes liegt bei schätzungsweise einer Billion Euro pro Jahr. Vor allem zu Zeiten der Haushaltskonsolidierung stellt dies eine besonders schwere Belastung für die Mitgliedstaaten und die EU dar. Hinzu kommt, dass diejenigen, die ihren Steuerpflichten nicht nachkommen, sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil verschaffen, das Vertrauen der Steuerzahler missbrauchen sowie die Funktionstüchtigkeit des Binnenmarktes beeinträchtigen.

Wir Abgeordneten haben am vergangenen Dienstag in Straßburg eine Resolution verabschiedet, deren Hauptziel die Schließung der vorhandenen Steuerlücke um mindestens die Hälfte bis 2020 ist. So soll der Verlust an öffentlichen Einnahmen durch Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, aber auch durch legale Steuerumgehung und aggressive Steuerplanung, die Gesetzeslücken ausnutzt, sowie durch Unstimmigkeiten zwischen den Steuersystemen, und den Mangel an EU-interner und internationaler Zusammenarbeit künftig verhindert bzw. erheblich verbessert werden.

Maßnahmen wie eine EU-weite eindeutige einheitliche Begriffsbestimmung für Steueroasen sowie die Aufstellung einer europäischen schwarzen Liste, sollen zur Bekämpfung von Steuerbetrug erheblich beitragen. Zudem fordert die EntschlieÙung, dass beispielsweise Unternehmen, die gegen die Steuernormen der EU verstoßen, künftig keine EU-Mittel oder staatlichen Beihilfen erhalten sollten und Behörden die Möglichkeit eingeräumt werden muss, Verträge zu beenden, wenn der Auftragnehmer in der Folgezeit gegen die Steuervorschriften verstößt.

Im Bereich der Steuerpolitik hat die EU allerdings keine Kompetenzen, sodass es den Mitgliedstaaten weitgehend überlassen bleibt, den Kampf gegen Steuerbetrug zu intensivieren. Vor allem einfache und transparente Steuersysteme sowie ein besserer Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten können der Steuerumgehung entschieden entgegenwirken.

Parlament gibt grünes Licht für eine Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA

In einer leidenschaftlichen Debatte hat das Europäische Parlament am vergangenen Dienstag in Straßburg das Für und Wider einer Handels- und Investitionspartnerschaft (engl. TIPP) mit den USA diskutiert. Bei den Abstimmungen am Tag darauf wurde sich mit deutlicher Mehrheit für die Aufnahme von Verhandlungen ausgesprochen, wovon der Kultur und audiovisuelle Sektor allerdings ausgeklammert werden soll. Am Ende der Verhandlungen könnte dadurch die größte Freihandelszone der Welt entstehen. Wir Liberale setzen uns für dieses Vorhaben ein.

Besonders für kleine und mittelständische Unternehmen könnten sich durch die Verhandlungen neue Geschäftsmöglichkeiten ergeben. So wird sich die Kommission insbesondere für die Liberalisierung von Investitionen, den Zugang der EU zu den US-Märkten für das öffentliche Beschaffungswesen, einer Aufhebung der US-Beschränkung auf den Märkten für See- und Luftverkehrsdienstleistungen sowie den Abbau von nicht-tarifären Handelsbeschränkungen einsetzen. Schätzungen zufolge würde eine TTIP bis 2027 einen jährlichen Gesamtgewinn in Höhe von 0,5 Prozent des BIP für die Europäische Union einbringen und bis zu 400.000 Arbeitsplätze schaffen.

Am 14. Juni wird der Rat der Europäischen Union voraussichtlich der Europäischen Kommission ein Verhandlungsmandat erteilen. Wir Liberale werden uns dafür einsetzen, dass die Verhandlungen in einer transparenten Art und Weise abgehalten werden und das Europäische Parlament stets umfangreich informiert wird.

Gesetzespaket zur Bankenunion grundsätzlich erstrebenswert

Das Europäische Parlament hat sich am vergangenen Mittwoch in Straßburg grundsätzlich für eine Ansiedelung der Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) ausgesprochen. Ein solcher Schritt wird nur als Erster auf dem Weg zu einer Bankenunion in der Eurozone gewertet. Formal wird das Parlament dem Kompromiss zur Bankenaufsicht allerdings erst zustimmen, wenn die Bankenaufsicht durch eine Rechenschaftspflicht der EZB gegenüber dem Parlament demokratisch legitimiert wird. Wir Liberale halten einen einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus insgesamt für notwendig.

Weitgehend einig ist sich das Parlament darüber, dass eine Bankenaufsicht derart attraktiv gestaltet werden sollte, dass Länder außerhalb der Eurozone ebenfalls ihre Banken beaufsichtigen lassen wollen. Wir Liberale halten das grundsätzlich für erstrebenswert. Die aktuelle Ausgestaltung ist allerdings in zwei Punkten kritisch: Zunächst der Umstand, dass die Freiwilligen nach drei Jahren die Möglichkeit haben, ohne Angaben von besonderen Gründen sich wieder aus der Bankenaufsicht zu verabschieden. Hier sollte das Motto gelten: "gleiche Rechte, gleiche Pflichten und gleiche Mitgliedschaft". Des Weiteren sollte eine Bankenaufsicht selbst festlegen, welche Banken zu überprüfen sind. Gegenwärtig sind lediglich die jeweils drei größten Institute eines Landes im Gespräch, was die Aufsicht einschränken würde.

Neben der damit noch ausstehenden, formalen Annahme durch das Europäische Parlament fehlt auch noch die Annahme durch den Rat der EU.

Erneuerbare Energien: Effiziente Förderung auf europäischer Ebene notwendig

Die Förderung von Erneuerbaren Energien muss langfristig auf europäischer Ebene organisiert werden. Das fordern wir Abgeordneten in einem Bericht, der am vergangenen Dienstag mit großer Mehrheit von 465 Ja- zu 177 Gegenstimmen (46 Enthaltungen) in Straßburg verabschiedet wurde. Derzeit findet die Förderung rein national auf rund 170 verschiedenen Arten statt. Die unterschiedlichen Subventionen in den EU-Mitgliedstaaten sind unnötig teuer und verzerren zudem den Europäischen

Binnenmarkt. Durch ein stärker europäisch ausgerichtetes System könnten Erneuerbaren Energien nicht nur effizienter, sondern gleichzeitig auch viel kostengünstiger gefördert werden. Dafür ist vor allem aber wichtig, dass die geografischen Potentiale Europas effektiv ausgeschöpft werden. So sollte Energie dort gewonnen werden, wo sie vorhanden ist. Die Kopplung mit einer guten Vernetzung, effizienten Energiespeichern und einheitlichen Subventionen könnte der EU dabei viel Geld ersparen.

Bereits jetzt sind Erneuerbare Energien sehr wichtig und ihr Anteil wird auch in Zukunft weiterhin steigen. Allerdings darf dabei die Realität nicht aus den Augen verloren und realistische Strompreise und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit müssen garantiert werden. So sollen Erneuerbare Energien in 2020 einen Anteil von 20 Prozent in Europa ausmachen. Der Vorschlag, dass der Anteil in 2030 bereits zwischen 40 und 45 Prozent liegen soll, wurde erfreulicherweise mit 284 Ja-Stimmen bei 365 Gegenstimmen (35 Enthaltungen) abgelehnt.

Vor allem das Meer bietet bei der Energiegewinnung in Europa enormes Wachstumpotenzial. Ein gutes Beispiel dafür ist die Nordsee. Hier wird Energie einerseits durch Gezeitenkraftwerke (Ausnutzung der Energie von Ebbe und Flut), andererseits vor allem durch Offshore-Windkraftanlagen gewonnen. Die sogenannte EU-Nordsee-Offshore-Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie beschäftigt sich dabei intensiv mit der Netzanbindung und Netzintegration der Offshore-Windenergie, um sicherzustellen, dass die Windenergie zu den Verbrauchern gelangt und die Offshore-Stromerzeugung weiter vorangetrieben werden kann.

Europawahlen 2014: Zeitraum um zwei Wochen vorverlegt

Während der Abstimmungen am vergangenen Dienstag in Straßburg verabschiedeten die Abgeordneten den Entwurf eines Beschlusses des Rates und stimmten damit für das Vorziehen der Europawahlen 2014. Die Wahlen zum Europäischen Parlament sollen so nächstes Jahr nicht wie ursprünglich geplant vom 5. bis zum 8. Juni, sondern bereits zwei Wochen zuvor, nämlich vom 22. bis zum 25. Mai, stattfinden. Bereits am 22. November vergangenen Jahres hatte das Europäische Parlament über die Vorverlegung der Wahlen eine Entschließung verabschiedet.

Hintergrund dafür ist einerseits, dass der Zeitraum vom 5. bis zum 8. Juni auf ein Pfingstwochenende fällt und in vielen EU-Mitgliedstaaten Schulferien sein werden. Die Wahlbeteiligung könnte darunter unnötig leiden. Andererseits wollen die Abgeordneten dem neuen Parlament mehr Zeit geben, sich auf die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission im Juli vorzubereiten.

Als nächster Schritt wird eine Anhörung des Europäischen Parlaments erfolgen, nach welcher der Ministerrat den "neuen" Zeitraum für die Europawahlen einstimmig beschließen muss.

Für Sie zur Information: Laut Wahlakt von 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments ist der Rat ermächtigt, nach Anhörung des Europaparlaments einen anderen Zeitraum für die

Wahlen festzusetzen, wenn es sich als unmöglich erweist, diese im üblichen Zeitraum (Juni) abzuhalten. Diese Abstimmung wird voraussichtlich im Juni stattfinden.

Bangladesch: Parlament fordert Maßnahmen der EU

Am 9. Mai, also gerade einmal zwei Wochen nach dem schlimmsten Fabrikunglück in der Geschichte Bangladeschs, sind bei einem Brand in einem anderen Textilunternehmen erneut mindestens acht Menschen ums Leben gekommen. Wir Abgeordnete fordern nun in einer Resolution, die am vergangenen Donnerstag in Straßburg verabschiedet wurde, nicht nur Gerechtigkeit für die Opfer, sondern gleichzeitig auch Maßnahmen der EU, um Ereignisse wie diese in Zukunft zu verhindern. So rufen wir Abgeordneten in dieser Entschließung die Europäische Kommission dazu auf, verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten unter den im Ausland ansässigen EU-Unternehmen zu fördern sowie die strikte Einhaltung aller rechtlichen Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen und Umwelt sicherzustellen. Zudem sollten Bangladeschs Handelspräferenzen, die einen zoll- und kontingentfreien Zugang zu den EU-Märkten ermöglichen, im Falle von schwerwiegenden und systematischen Verstößen gegen die Grundsätze in verschiedenen Menschenrechtskonventionen entzogen werden.

Positiv erhoben zu heben ist allerdings das kürzlich finalisierte Abkommen zur Brand- und Gebäudesicherheit zwischen Gewerkschaften, NGOs und rund 40 multinationalen Textileinzelhandeln sowie der Aufruf an alle anderen relevanten Textil-Marken, diese Bemühungen zu unterstützen.

Grundrechtscharter der EU: Parlament gegen Ausnahme für Tschechien

Am vergangenen Mittwoch sprach sich das Europäische Parlament in einer Resolution mehrheitlich gegen eine tschechische Initiative aus, welche das Land einer Ausnahmeregelung der Grundrechtscharter (Protokoll 30), die bereits für Großbritannien und Polen gilt, hinzufügen möchte. Die vermeintliche Ausnahmeregelung wird von Politiker beider Länder so verstanden, als das diese bestimmten Politikbereiche vor einem Europäischen Eingriff schützt. Eine entsprechende Aufnahme in das Protokoll 30 wurde dem europakritischen Präsidenten Václav Klaus vor dem EU-Beitritt im Jahr 2004 angeboten, um das Ratifizierungsverfahren zu erleichtern.

Wir Liberale haben diese Ausnahmeregelung im Europäischen Parlament untersucht und kommen zu dem Schluss, dass es keine, wie von den Ländern behauptet, eindeutige Ausstiegsklausel ist. Vielmehr handelt es sich um eine politische, nicht aber um eine juristisch einwandfreie Ausnahmeregelung. Deshalb trägt die Ausnahmeregelung zur politischen Verwirrung und Rechtsunsicherheit bei. In letzter Konsequenz könnte die Anwendung der Ausnahmeregelung eine Schlechterstellung der Grundrechte und Freiheiten der Bürger in den Ländern bedeuten. Dieser Auffassung ist auch der tschechische Senat, der sich bereits gegen die Initiative und Ausnahmeregelung ausgesprochen hat.

Durch die Abstimmung im Plenum schloss sich das Parlament unserer liberalen Sichtweise an und fordert den Europäischen Rat nun dazu auf, sich nicht weiter mit einer Hinzufügung Tschechiens zum Protokoll zu beschäftigen.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Verringerung der fluorierten Treibhausgase

Gegenwärtig beraten die Europa-Abgeordneten im Umwelt- und Transportausschuss einen Vorschlag der Europäischen Kommission zur Reduzierung der sogenannten F-Gase. Insgesamt machen F-Gase heute nur 2 % aller Treibhausgase in der EU aus, sie haben jedoch ein extrem hohes Treibhauspotenzial, bis zu 23 000 Mal höher als CO₂. Zugleich sind sie auch problematisch aufgrund ihrer Langlebigkeit in der Atmosphäre, wo sie noch lange Zeit nach ihrer Emission Auswirkungen zeigen. Man findet diese Gase z.B. in Kälte- und Klimaanlageanlagen, elektrischen Einrichtungen oder in Isolierungsschäumen und Lösungsmitteln. Der Transportausschuss wird an diesem Gesetzgebungsvorschlag beteiligt, da auch Kühllastwagen und -anhänger von den neuen Maßnahmen betroffen wären.

Selbstverständlich sollten wir die Klimaschutzziele der EU unterstützen und somit auch die Verwendung von F-Gasen einschränken. Aber nicht für jede Anwendung gibt es derzeit einen praktikablen Ersatzstoff. Viele weniger klimaschädliche Alternativen wie Ammoniak oder Propan sind leicht brennbar und für manche Anlagen ein Sicherheitsproblem. Auch sollten kleine Anlagen von den neuen Vorschriften ausgenommen werden, um kleine und mittlere Unternehmen nicht überproportional zu belasten.

Einigung bei der Fahrtschreiber-Verordnung

Mitte Mai wurden die sogenannten Trilog-Verhandlungen zum digitalen Fahrtschreiber abgeschlossen. Dabei haben sich Parlament und Ministerrat mit Hilfe der Kommission auf einen gemeinsamen Gesetzestext geeinigt. Wie sich schon in den vorherigen Verhandlungsrunden abgezeichnet hat, bringt der Text jedoch nicht genügend Erleichterungen für all diejenigen mit sich, die keine hauptberuflichen Fahrer sind. Handwerker oder andere kleine Unternehmer, die eben nicht den ganzen Tag hinterm Steuer sitzen, sondern mit ihren kleinen LKWs nur mehr oder weniger kurze Strecken fahren, werden durch diese Tachographenpflicht unnötig belastet. Immerhin konnte man sich darauf einigen, den Ausnahme-Radius, in dem sich Handwerker ohne Tachograph bewegen können, von 50 auf 100 km zu erweitern. In einem Flächenland wie Deutschland, wo Handwerker durchaus auch längere Anfahrten für einen lukrativen Auftrag in Kauf nehmen, wären allerdings 150 km besser gewesen. Glücklicherweise fand sich keine Mehrheit für den Vorschlag, die Gewichtsgrenze für die Tachographenpflicht auf 2,8 t abzusenken. Gewerblich genutzte Fahrzeuge sollen weiterhin erst über 3,5 t einen Tachographen einbauen. Das Verhandlungsergebnis muss nun offiziell von Parlament und Ministerrat bestätigt werden. Im Parlament wird es dazu aber noch Diskussionen geben, da einige Abgeordnete ebenfalls unzufrieden sind mit diesem Ergebnis. Die europäischen Verkehrsminister haben sich aber bis zum Schluss geweigert, einige grundlegende Forderungen des Parlaments, u. a. weitere Ausnahmen von der Tachographenpflicht, zu akzeptieren.

Der diesjährige European Maritime Day auf Malta

Als Berichterstatterin für die Richtlinie zur Schaffung eines Rahmens für die maritime Raumordnung und das integrierte Küstenmanagement war ich am 21. Mai als Rednerin zur Eröffnung des diesjährigen European Maritime Day (EMD) auf Malta geladen.

Einmal im Jahr kommen im Rahmen des EMD Politiker, Wissenschaftler, Unternehmer und Vertreter von NGOs zusammen, um die jüngsten Entwicklungen im Bereich der europäischen Meerespolitik zu diskutieren. Seit 2010 verrete ich regelmäßig das Europäische Parlament beim EMD. Der thematische Schwerpunkt lag in diesem Jahr auf der Entwicklung des maritimen Tourismus sowie dem sektorübergreifenden Ansatz eines „Blauen Wachstums“.

Derzeit wird auf europäischer Ebene von Seiten der Kommission und des Parlaments intensiv daran gearbeitet, wie das enorme Potential der verschiedenen Bereiche der maritimen Wirtschaft besser genutzt werden kann. Im Fokus stehen hier neben den klassischen Bereichen wie Schifffahrt und Tourismus die immer wichtiger werdende Offshore-Energiegewinnung, Aquakultur, der Abbau von Rohstoffen im Meeresboden und blaue Biotechnologie. Fest steht, in Zukunft wird die Nutzung der Meere noch intensiver und auch vielseitiger werden. Diese verschiedenen Interessen zu vereinen und gleichzeitig das sensible Ökosystem der Meere zu schützen, ist die Herausforderung, der wir uns jetzt stellen müssen.

In meine Eröffnungsrede war es mir daher ein großes Anliegen auf die wichtige Rolle hinzuweisen, die eine maritime Raumordnung dabei spielen muss. Am Beispiel der intensiven Nutzung der Nordsee rund um ein derart sensibles Gebiet wie das Wattenmeer, habe ich exemplarisch aufgezeigt, wie Umweltschutz, Tourismus, Offshore-Windenergie und Schifffahrt miteinander vereinbart werden können. Bereits heute findet sich in der Nordsee eine Vielzahl von Windparks und die Planung für weitere Anlagen sind bereits weit fortgeschritten. Zudem wurde erst 2012 mit dem JadeWeserPort Deutschlands erster Tiefseehafen in direkter Nähe zum Nationalpark Wattenmeer in Betrieb genommen. Gleichzeitig ist die Nordseeküste mit dem Wattenmeer als UNESCO-Weltnaturerbe eine von Deutschlands wichtigsten Tourismusregionen. Gerade die verschiedenen Zonen, in die das Wattenmeer unterteilt ist, spielen dabei eine wichtige Rolle diese einzigartige Landschaft zu erhalten und gleichzeitig für Touristen erfahrbar zu machen.

In Deutschland ist in den vergangenen Jahren im Bereich der maritimen Raumordnung bereits viel geschehen. Wichtig ist es nun aber, dass alle Mitgliedstaaten aktiv werden und gleichzeitig stärker grenzübergreifend zusammenarbeiten. Ozeane und Meere kennen keine Ländergrenzen, weshalb es zentral ist, dass Anrainerstaaten Probleme und Planungen gemeinsam angehen, um aus ökologischer wie ökonomischer Sicht den maritimen Raum optimal zu nutzen.

III. Aus meinem Wahlkreis

Planung der Sommerreise läuft auf vollen Touren

Wie bereits im letzten Newsletter angekündigt, plane ich für die Zeit vom 12.-15. Juli und vom 18.-23. Juli 2013 eine Sommerreise durch Norddeutschland. Einige Rückläufe hat es hierzu bereits gegeben. Wer in diesem Jahr ebenfalls berücksichtigt werden möchte, sollte sich daher beeilen. Ihren Terminwunsch mit der von Ihnen geplanten Aktion (beispielsweise zum Thema Verkehr, Tourismus, Fischerei, Meerespolitik, Landwirtschaft, Kirche oder Menschenrechte) richten Sie bitte an meine Mitarbeiterin Sabine de Vries im Europabüro in Hannover. Sie erreichen sie unter der E-Mail: fdp-wk-hannover@web.de.

Bremerhaventag zur Europawoche

Anlässlich der Europawoche in Bremen und Bremerhaven besuchte ich am letzten Freitag das Deutsche Schifffahrtsmuseum (DSM). In Begleitung von Prof. Dr. Hauke Hiltz (Landesvorsitzender der FDP Bremen) und Bernd Schomaker (liberaler Stadtverordneter in Bremerhaven) informierte ich mich dort über die aktuelle Ausstellung des DSM. Im anschließenden Gespräch mit der Direktorin, Dr. Ursula Warnke, stand die maritime Raumordnung im Mittelpunkt und insbesondere deren Bedeutung und Chance für die archäologische Wissenschaft.

Im fliegenden Wechsel ging es dann vom DSM zur Hochschule Bremerhaven. Dort informierte der Konrektor der Hochschule, Prof. Dr. Feldmeier die Anwesenden über den Wissenschaftsstandort Bremerhaven.

Zum Abschluss der Europawoche besuchte ich Studierende des Studiengangs "Maritime Technologien" und referierte zum Thema "Wirtschaftsfaktor Meer - technologische Möglichkeiten und europapolitische Rahmenbedingungen". In der anschließenden Diskussion konnte ich vor allem den aktuellen Stand zur Initiative "Blaues Wachstum", zur integrierten Meerespolitik und Maritimen Raumordnung erläutern und den Studierenden den Sinn und die Notwendigkeit eines vernetzten Länder-übergreifenden Ansatzes näher bringen.

Terminankündigungen:

- **Organisation eines Hearings zur Maritimen Raumordnung am 30. Mai in Brüssel**
- **Teilnahme an einer Podiumsdiskussion der VerkehrsRundschau auf der Logistikmesse in München am 6. Juni**
- **Teilnahme am Round Table zum Thema "Mining and Mineral Processing in the European Raw Materials Strategy" in Sozopol (Bulgarien) vom 13. bis 15. Juni 2013**

Herzliche Grüße
Ihre Gesine Meißner

Juni 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerade einmal zwei Wochen lagen zwischen der vergangen und dieser Plenarwoche in Straßburg. Nichtsdestotrotz standen wieder viele bedeutende Themen auf der Tagesordnung. Neben Abstimmungen zu illegaler Fischerei oder einem einheitlichen europäischen Rahmen für die PKW-Maut, haben wir diese Woche ein gemeinsames europäisches Asylsystem und neue Zollverfahren zur Bekämpfung von Produktpiraterie verabschiedet.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Schlüsseldebatte: Treffen des Europäischen Rates am 27. - 28. Juni in Brüssel

In seiner zehnminütigen Rede am Mittwochmorgen betonte Kommissionspräsident Barroso, dass Europa sich nach wie vor in einer schwierigen Phase befindet. Er setzte ein besonderes Augenmerk auf das Beschäftigungsproblem, insbesondere die in vielen Mitgliedsstaaten hohe Jugendarbeitslosigkeit, und stellte die Unabdingbarkeit eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums dar. Auch die Fiskalkonsolidierung und Wettbewerbsfähigkeit, besonders die der Defizitländer, seien wichtige Punkte, die es beim nächsten EU-Gipfel zu beachten gelte. So sei insbesondere ein europäischer Konsens vonnöten: Man müsse sich auf die Mittel einigen, nicht nur auf das Ziel.

Der Vorsitzende unserer liberalen Fraktion Guy Verhofstadt setzte die Priorität für die Überwindung der Euro-Krise auf die Einführung einer Bankenunion. Die Realwirtschaft müsse wieder in der Lage sein, bezahlbare Kredite aufzunehmen. Hierbei sei eine europaweite Aufsicht nötig, und nicht nur eine Koordinierung nationaler Strukturen.

Fraktionsübergreifend wurde kritisiert, dass die Dauer der Verhandlungen nicht mit den Ergebnissen in Relation stünde. So würden zwar viele Entscheidungen getroffen, doch die Umsetzung verlaufe - wenn überhaupt - nur äußerst schleppend.

Illegale Fischerei

Vor zwei Wochen konnte eine Einigung zwischen Rat und Parlament über eine Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik erzielt werden. Die Reform ist von großer Bedeutung, um die Überfischung unserer Meere endlich zu beenden und eine nachhaltige Bewirtschaftung zu erreichen. Zu der dramatischen Reduktion der Fischbestände haben aber nicht nur die oftmals zu hoch angesetzten Fangquoten beigetragen sondern insbesondere auch die dramatisch zunehmende illegale Fischerei. Die dadurch entstandenen Schäden sind wirtschaftlich und ökologisch enorm.

In Straßburg wurde daher ein Bericht zu illegaler, nicht registrierter und unregulierter Fischerei (IUU) verabschiedet. Das Parlament bestärkt darin die Kommission endlich härter durchzugreifen. Die Liste der EU mit illegal fischenden Booten ist völlig veraltet

und weitgehend ungeprüft. Die USA hingegen führt in ihrer Liste auch viele Schiffe aus Spanien und Italien. In Europa gibt es zudem immer wieder Fälle einer nachträglichen Legalisierung illegal gefangener Fische, insbesondere aus internationalen und afrikanischen Gewässern. Es kann nicht sein, dass wir einerseits die legale Fischerei immer weiter einschränken müssen und bei der illegalen Fischerei ein Auge zudrücken.

Einheitlicher europäischer Rahmen für PKW-Maut

Das Europaparlament hat diese Woche einige Empfehlungen zum Thema PKW-Maut in Europa angenommen. Wie jeder aus dem Urlaub weiß, gibt es innerhalb der EU einige Länder, die eine Maut für die Benutzung ihrer Autobahnen verlangen und andere nicht. In Deutschland müssen z.B. nur LKWs zahlen, in Frankreich oder Österreich auch alle PKW-Fahrer. Die EU überlässt es den Mitgliedstaaten, ob sie Auto- und LKW-Fahrer über eine Maut an den Kosten für Bau und Instandhaltung der Straßeninfrastruktur beteiligen wollen oder ob die Mitgliedstaaten andere Finanzierungslösungen bevorzugen. Für den Fall, dass sich europäische Länder für eine Maut entscheiden, gibt die EU allerdings einen Rahmen vor, woran sich die nationalen Mautsysteme orientieren müssen.

Ein Punkt sind z.B. die Preise für Vignetten. Viele Mitgliedstaaten haben sich für eine Vignettenlösung zur Erhebung der Maut entschieden, die weit einfacher umzusetzen ist als Bezahl-/Kontrollstationen an jeder Autobahnausfahrt. Deshalb empfiehlt das Parlament, dass Preise einer Tages- oder Wochenvignette in einem angemessenen Verhältnis zum Preis der Jahresvignette stehen müssen. Die Maut soll nämlich nicht dazu genutzt werden, die Kosten hauptsächlich auf durchreisende Touristen abzuwälzen, um die einheimische Bevölkerung zu schonen. Das Parlament unterstützt auch das Projekt eines "europäischen elektronischen Mautdienstes". Ziel wäre, dass man sich bei nur einem Mautbetreiber anmeldet und danach ohne neuerliche Registrierung oder Vignettenkauf in verschiedenen Nachbarländern fahren könnte. Am Ende des Monats bekommt man eine Rechnung, egal welche europäische Autobahn man benutzt hat. Dafür braucht man natürlich elektronische Mautsysteme, die dieselbe Technologie benutzen und miteinander kommunizieren können. Bisher arbeiten nur sehr wenige Mautbetreiber an diesem Projekt mit. Mehr noch als für PKW-Fahrer wäre dieses europäische elektronische Mautsystem allerdings eine Erleichterung für LKW-Fahrer, die bei ihren Fahrten durch Europa z. T. ständig zwischen verschiedenen Mautsystemen wechseln müssen.

Geistiges Eigentum: Neue Zollverfahren wirksamer gegen Produktpiraterie

Im Laufe der vergangenen zehn Jahre ist die Zahl der Sendungen erheblich gestiegen, die wegen des Verdachts einer Verletzung von Rechten an geistigem Eigentum (z. B. Patente, Marken, Geschmacksmuster, Urheberrecht auf künstlerische und literarische Werke, etc.) in Gewahrsam genommen wurden,. Allein in 2011 ergab sich eine Steigerung von 15 Prozent gegenüber 2010. Die Kreativwirtschaft geht von Verlusten von ungefähr 10 Mrd. Euro und mehr als 185 000 Arbeitsplätzen im Jahr 2008 aus. Um den Zugang von Fälschungen zum EU-Markt künftig zu verhindern, hat die Europäische Kommission in 2011 eine Überarbeitung bestehender Zollvorschriften durch eine Erweiterung ihres Anwendungsbereichs sowie durch Vereinfachung der

Verfahren für ihre Zerstörung vorgeschlagen. Am Dienstag haben wir Abgeordneten in Straßburg nun erfreulicherweise einstimmig für die Neufassung der entsprechenden Verordnung gestimmt.

Diese Neufassung wird nicht nur den Schutz an geistigem Eigentum erheblich verbessern, sondern gleichzeitig auch die daraus entstehenden Belastungen für die Zollbehörden so gering wie möglich halten. Durch ein vereinfachtes Verfahren können Waren damit künftig ohne Gerichtsbeschluss (mit Zustimmung des Rechteinhabers und ohne Widerspruch des Importeurs) vernichtet werden. Zudem soll ein spezielles Verfahren für Kleinsendungen zusätzlich die Vernichtung von Fälscherwaren erleichtern, da der Zoll den Rechteinhaber im Einzelfall nicht mehr kontaktieren muss. Vor allem zu Zeiten des steigenden Internethandels war dies eine wichtige Entscheidung. Und auch für Arzneimittel, die gegen in der EU geschützte Patente verstoßen, wurde endlich eine Sonderlösung gefunden. So sollen Zollbehörden künftig nur noch dann aktiv werden, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass solche Arzneimittel für den europäischen Markt bestimmt sind.

Bereits im März hatte der Rat dem Ergebnis der Trilog-Verhandlung zugestimmt, sodass dem europaweiten Inkrafttreten am 1. Januar 2014 nun nichts mehr im Wege steht.

Änderung des Schengener Grenzkodex gefährdet freien Personenverkehr

Laut 62 Prozent der Befragten einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage ist der freie Personenverkehr die beste Errungenschaft der 50-jährigen EU-Integration. Durch das Schengen-Reformpaket, über das wir Abgeordneten am Mittwoch in Straßburg abgestimmt haben, könnte die Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger nun gefährdet werden. Denn das sogenannte "Schengen-Governance-Paket" umfasst, neben einem überarbeiteten Schengen-Bewertungsmechanismus für Krisenfälle, vor allem die Änderung des Schengener Grenzkodex, der gemeinsame Vorschriften zur befristeten Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen in Ausnahmefällen festlegt.

So war es den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 23 des Schengener Grenzkodex bisher erlaubt, Kontrollen an seinen Binnengrenzen ausnahmsweise für höchstens 30 Tage wieder einzuführen. Bedingung hierfür war allerdings eine schwerwiegende Bedrohung der öffentlichen Ordnung, nationalen Sicherheit oder aber Großereignisse wie beispielsweise eine Fußball-Europameisterschaft. Eine Änderung, die während der einjährigen Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat ausgehandelt wurde, sieht künftig eine vereinfachte Wiedereinführung von Grenzkontrollen für bis zu zwei Jahre vor. Im Zuge des neuen Evaluierungsmechanismus kann die Europäische Kommission in Zukunft bei schwerwiegenden Schwachstellen an den Außengrenzen dem evaluierten Mitgliedstaat empfehlen, spezifische Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehören nicht nur die Unterbreitung strategischer Pläne zur Beurteilung durch Frontex, sondern sogar die Schließung einer bestimmten Grenzübergangsstelle.

Grund für die Wiedereinführung von Kontrollen an Binnengrenzen sei angeblich die erhöhte Zuwanderung von Rumänen und Bulgaren nach Deutschland sowie die afrikanischen Flüchtlinge aus Italien. Doch zum einen sind Rumänien und Bulgarien nicht Teil des Schengen-Raums und damit von einer vereinfachten Wiedereinführung

von Grenzkontrollen gar nicht betroffen. Zum anderen sind afrikanische Flüchtlinge von Italien mit gültigen Schengen-Visa ausgestattet worden und können somit legal bei uns einreisen - mit oder ohne Grenzkontrolle.

Situation in der Türkei

Am Mittwoch fand im Europäischen Parlament in Straßburg eine Debatte zu den aktuellen Demonstrationen in der Türkei statt. Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, zuständig für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton stellte dabei die Wichtigkeit einer Deeskalation in den Vordergrund. Viele Menschen seien bei den friedlichen, und somit legitimen Demonstrationen verletzt worden, einige sogar getötet. Hier sei es nun Aufgabe der Europäischen Union, die guten Beziehungen zu der Türkei zu nutzen, um die Situation zu entschärfen.

Der Vorsitzende der liberalen Fraktion Guy Verhofstadt bezeichnete das Vorgehen der türkischen Regierung als klaren Verstoß gegen die Menschenrechte. Zudem sei auch die Unterdrückung der Medien (über die Demonstrationen wurde kaum berichtet) kein Einzelfall; vielmehr sei die Türkei das größte Gefängnis für Journalisten. Als Beitrittskandidat müsse sich die Türkei aber an demokratische Grundsätze halten. So sind wir als liberale Fraktion zwar generell einem Beitritt gegenüber aufgeschlossen, aber nur dann, wenn die Türkei sich gegen eine Verschlechterung der Demokratie wende und die europäischen Grundwerte einhalte.

Die aktuelle Situation in der Türkei ist zwar ein Rückschlag, auf der anderen Seite aber auch als Fortschritt für die Zivilgesellschaft zu sehen, da schicht- und religionsübergreifend gemeinsam demonstriert wurde. Die Türkei muss sich ändern, von einer Diktatur der Mehrheiten Abschied nehmen und im Gegenzug die Meinung von Minderheiten zu respektieren lernen.

Gemeinsames europäisches Asylsystem: Wichtige Änderungen wurden blockiert

Die Zahl der Asylbewerber in Europa steigt immer weiter. So gab es in 2009 immerhin 270.000 registrierte Asylanträge, drei Jahre später lag diese Zahl bereits bei ca. 330.000. Auch in Niedersachsen ist die Zahl weiter gestiegen. Besonders viele Menschen kommen derzeit aus dem Bürgerkriegsland Syrien. In diesem Jahr rechnet die Landesaufnahmebehörde mit insgesamt fast 10.000 Anträgen. Um diesen Menschen vor allem angemessene Lebensbedingungen gewährleisten und sie besser integrieren zu können, haben wir Abgeordneten am Mittwoch in Straßburg ein sogenanntes gemeinsames europäisches Asylsystem verabschiedet. Die neue Gesetzgebung beinhaltet Regeln, die eine Standard-Frist von sechs Monaten (mit begrenzten Ausnahmen) zur Bearbeitung von Asylanträgen festlegt, sowie strengere Bestimmungen für die Ausbildung der für die Bearbeitung zuständigen Mitarbeiter. Zudem stimmten wir für die Einführung von Grundrechten für Asylsuchende, die in der EU ankommen. Dazu zählen nicht nur ordentliche Haft- und Lebensbedingungen, eine rechtzeitige Prüfung der medizinischen und psychologischen Bedürfnisse von Asylsuchenden, sondern vor allem auch ein schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt. So können Asylantragsteller in Zukunft bereits nach 9 Monaten und nicht wie bisher nach 12 Monaten arbeiten dürfen. Das ist eine der wichtigsten Verbesserungen, da Integration am besten über den Arbeitsmarkt funktioniert.

Leider haben einige Mitgliedstaaten wichtige Änderungen blockiert. Wir Liberale lehnen das sogenannte Dublin-System (nach dem der Mitgliedsstaat, über den ein Asylsuchender in die EU kommt, für diesen zuständig ist) ab und wollen stattdessen einen fairen europäischen Verteilungsschlüssel einführen. Asylantragsteller würden demnach je nach Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft auf die Mitgliedstaaten verteilt und es könnten familiäre Bindungen oder Sprachkenntnisse stärker berücksichtigt werden. Die Europäische Kommission prüft derzeit ein solches System.

Jugendarbeitslosigkeit: Resolution zielt am eigentlichen Kern vorbei

In einer am vergangenen Mittwoch verabschiedeten Resolution rufen wir Abgeordneten den Rat dazu auf, bei dem nächsten Treffen Ende Juni endlich konkrete Maßnahmen zu beschließen, um effektiv gegen das Problem der enorm hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa vorzugehen. Denn schließlich sind mehr als die Hälfte aller Jugendlichen in Ländern wie Griechenland und Spanien arbeitslos. Im europäischen Durchschnitt ist es fast jeder Vierte. Inzwischen wird in vielen Ländern sogar schon von einer verlorenen Generation gesprochen.

Doch die Resolution zielt am eigentlichen Kern vorbei. Eine Jugendgarantie, die ein Jobangebot binnen vier Monaten nach dem Ende der Ausbildung garantieren soll, oder sechs Mrd. Euro, die für die Beschäftigungsinitiative für Jugendliche zur Verfügung stehen, sind zwar eine gute Sache, können die Arbeitsmarktsituation aber allein nicht ändern. Dafür ist es notwendig, langfristig die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder zu stärken. Nur so lässt sich der Arbeitsmarkt beleben und neue Jobs können entstehen. Um den Jugendlichen aber kurzfristig aus der Arbeitslosigkeit zu helfen, sollten noch viel stärker Initiativen gefördert werden, die Jugendliche aus der Arbeitslosigkeit in den Mittelmeerländern nach Deutschland holen. In Niedersachsen organisieren bereits jetzt die Handwerkskammern, die IHK Nord oder die EmsAchse Programme, um Auszubildende aus Spanien in niedersächsischen Unternehmen unterzubringen. Auf diese Weise können gleich zwei Probleme auf einmal gelöst werden: der regionale Mangel an Auszubildenden in Deutschland und gleichzeitig die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa. Solche grenzübergreifenden Initiativen, die direkt von Unternehmern ins Leben gerufen werden, sollten noch bekannter gemacht werden.

Neven Mimica aus Kroatien wird 28. Kommissar

Ab 1. Juli ist Kroatien offiziell Mitglied der EU. Im Rahmen der letzten Vorbereitungen standen 2 Personalien für Kroatien zur Abstimmung: 1 Sitz im europäischen Rechnungshof und 1 Kommissar. Beides ist zwar fair, denn die anderen Mitgliedstaaten haben ja auch jeweils Personen entsandt, aber es kostet Geld und bedeutet zugleich eine weitere Vergrößerung des EU-Apparates. Der Sitz am Rechnungshof wurde vom Parlament abgelehnt, aber der 28. Kommissar fand breite Zustimmung.

Für Steuerzahler ist das schwer verständlich, und es widerspricht auch dem Anliegen von uns Liberalen: wir setzen uns für eine Verkleinerung der Kommission ein. Im Lissabonvertrag, der Grundlage für die Zusammenarbeit in der EU, steht, dass die Zahl der Kommissare $\frac{2}{3}$ der Zahl der Mitgliedsstaaten (also aktuell 18) betragen soll. Weiter ist aber vermerkt, dass es auch mehr Kommissare sein können, wenn der Rat - also die Regierungen der Mitgliedsstaaten - dies einstimmig beschließt. Das war

bisher der Fall, darum haben wir auch aktuell 27 Kommissare - pro Mitgliedsstaat 1. Und in diesem Frühjahr hat der Rat - auch die Bundesregierung - sich einstimmig für einen 28. Kommissar für Kroatien ausgesprochen. Das Europäische Parlament hat diese Entscheidung nun bestätigt, allerdings nicht einstimmig.

Wir Liberalen werden uns weiter für eine Verkleinerung der Kommission einsetzen, genau so wie für nur 1 Sitz für das Europäische Parlament.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Neue Regeln für die Umweltverträglichkeitsprüfung von Bauvorhaben (Schattenberichterstatterin)

Zum Schutz von Mensch und Umwelt verlangen die europäischen Gesetze, dass bei größeren Bauvorhaben zunächst die potentiellen Auswirkungen auf die Umwelt untersucht werden müssen, bevor eine Baugenehmigung erteilt werden kann. Man kennt das von Verkehrsprojekten wie der Elbvertiefung in Hamburg, aber auch jede Neuansiedlung in einem Industriegebiet unterliegt solch einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Regeln für diese Prüfung sollten innerhalb der EU einheitlich sein. Nicht nur, damit Mensch und Natur überall den gleichen Schutz genießen, sondern auch um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Eine Chemiefabrik, die in Holland die Prüfung nicht besteht, sollte nicht in Bulgarien gebaut werden dürfen, nur weil das Prüfverfahren dort laxer ist.

Die Regeln für das Prüfverfahren sollen nun aktualisiert werden. Da auch für viele Verkehrsprojekte eine Umweltverträglichkeitsprüfung nötig ist, arbeitet der Transportausschuss an einer Stellungnahme zu dem Thema. Dabei geht es beispielsweise um die Frage, ob der Katalog von Prüffaktoren erweitert werden sollte oder ob das unverhältnismäßig viel Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten bringt? Ob nur noch unabhängige Experten an der Prüfung beteiligt werden dürfen oder auch Umweltexperten aus den jeweiligen Behörden und Unternehmen? Sollen einheitliche Fristen eingeführt werden oder brauchen die nationalen Behörden in diesem Punkt mehr Spielraum? Gerade bei grenzüberschreitenden Verkehrsprojekten wie dem Fehmarnbelt-Tunnel wäre ein einheitlicher zeitlicher Rahmen aber hilfreich.

Bei all diesen Fragen müssen wir nun die Für und Wider abwägen. Umweltverträglichkeitsprüfungen sind schon heute z.T. langwierige und auch kostspielige Verfahren, sowohl für den Bauherrn als auch für die beteiligten Prüf-Behörden. Bauvorhaben können sich dadurch sehr verzögern. Auf der anderen Seite ist ein solides Prüfverfahren wichtig, um Umweltrisiken zu erkennen und auszuschließen. Auch die Beteiligung von Umweltverbänden und betroffener Bevölkerung ist nötig, um die Akzeptanz für das Projekt vor Ort zu steigern. Mit einer ordentlichen Umweltverträglichkeitsprüfung kann man vielen Problemen vorbeugen, die später beim Bau des Projekts auftauchen können.

Neue Vorschläge zum Einheitlichen Europäischen Luftraum

Der einheitliche europäische Luftraum (SES) ist ein europäisches Projekt zur Re-Organisation der europäischen Flugsicherung, um künftigen Kapazitäts- und Sicherheitsanforderungen gerecht werden zu können. Die EU möchte die Grenzen in der Luft aufheben und den europäischen Luftraum über die nationalen Grenzen hinweg in neue, funktionale Luftraumblöcke (FABs) einteilen. Somit könnten direkte Flugrouten geflogen werden, was wiederum Flugbenzin spart und somit die Kosten für Fluggesellschaften und Passagiere senkt. Gleichzeitig wird die Umwelt geschont. CO₂-Emissionen aus dem europäischen Flugverkehr könnten um 10 % gesenkt werden.

Obwohl die Vorteile auf der Hand liegen, hat das SES-Projekt erhebliche Startschwierigkeiten. Die Mitgliedstaaten, die alleinige oder mehrheitliche Eigentümer von Flugsicherungsorganisationen sind, sperren sich oftmals gegen eine enge Zusammenarbeit der Flugsicherungen. Auch die Fluglotsen fürchten eine grenzüberschreitende Organisation der Flugsicherung, da damit auch einige Posten wegfallen und Gehälter sinken könnten.

Um das Projekt dennoch weiter voranzubringen, hat die Kommission diese Woche ein neues Maßnahmenpaket SES II+ vorgeschlagen, das wir in den nächsten Monaten im Verkehrsausschuss diskutieren werden. Die französischen Fluglotsen haben als direkte Reaktion auf die neuen Vorschläge diese Woche mit einem Streik den französischen Luftraum lahmgelegt.

Fischereiausschuss

Anhörung zu Maritimer Raumordnung (Berichterstatte(r)in)

Als ich 2012 stellvertretendes Mitglied des Fischereiausschusses wurde, geschah dies auch um ausschussübergreifend an dem mir sehr wichtigen Thema der Integrierten Meerespolitik (IMP) zu arbeiten. Dieses Thema verfolge ich seit einigen Jahren intensiv im Transportausschuss, aber die Fischerei als älteste maritime Wirtschaft spielt in der IMP ebenfalls eine große Rolle. Allerdings wird IMP im Fischereiausschuss noch eher skeptisch betrachtet.

Daher war es mir sehr wichtig vergangene Woche ein Hearing zu veranstalten, das zeigen sollte, dass die IMP für die Fischerei eine Chance darstellt und keine Bedrohung. Hierfür waren verschiedene Experten aus Nord- und Südeuropa geladen, die an Hand von konkreten Beispielfällen wie der Nordsee oder den Azoren die Bedeutung von einer maritimen Raumordnung aufgezeigt haben. Die vielfache Nutzung der Meere stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Neben traditionelle Sektoren wie Fischerei oder Schifffahrt treten immer stärker auch energiebezogene Wirtschaftszweige, von Windenergie bis hin zu Öl- und Gasförderung.

Als Berichterstatte(r)in im Verkehrsausschuss für die Richtlinie zur Schaffung eines Rahmens für die maritime Raumordnung und das integrierte Küstenzonenmanagement ist es mir aber wichtig, die vielfache und intensive Nutzung der Meere nicht als Bedrohung zu sehen, sondern als Chance. Dafür ist allerdings

eine umfassende Koordination und Planung der Aktivitäten notwendig, damit alle Beteiligten zu ihrem Recht kommen. Gerade die Fischerei kann letztlich von einer konsequenten aber gleichzeitig flexiblen Raumordnung profitieren. Nur so kann auch in Zukunft sichergestellt werden, dass wichtige Fischgründe nicht anderweitig genutzt werden.

Fischereiabkommen mit Mauretanien (Berichterstatlerin)

Ende Mai wurde im Fischereiausschuss über das Fischereiabkommen der EU mit Mauretanien abgestimmt. Das Ergebnis war sehr ärgerlich. Als Berichterstatlerin für die Stellungnahme des Entwicklungsausschusses hatte ich mich für eine Zustimmung des Parlaments ausgesprochen. Die Konditionen für dieses Fischereiabkommen sind erstmals nach den neuen Grundsätzen einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit ausgehandelt worden. Dementsprechend wurden auch die mauretanischen Interessen berücksichtigt, bestimmte Fischarten selbst zu fangen. Nur wo ein Überschuss besteht und Mauretanien diesen nicht selbst nutzen kann, werden die Fangrechte an die EU abgetreten. Einerseits soll dadurch eine nachhaltige Fischerei außerhalb europäischer Gewässer gestärkt werden und andererseits soll Entwicklungsländern die Chance gegeben werden, bestimmte Wirtschaftszweige entwickeln zu können, um so langfristig auf eigenen Beinen stehen zu können und nicht mehr von Entwicklungshilfe abhängig zu sein.

In der Abstimmung im Ausschuss haben sich leider die Interessen der spanischen Fischereiindustrie durchgesetzt. In der Hoffnung Mauretanien stärker unter Druck zu setzen und so noch bessere Bedingungen auszuhandeln, wurde die Zustimmung im Fischereiausschuss verweigert. Ein hochriskantes Spiel, denn der Zugang zu den fischreichen Gewässern ist heißbegehrt und Russland und China würden sehr gerne an die Stelle der EU als Handelspartner treten. Gleichzeitig untergräbt das Ergebnis die neuen Vorgaben für derartige Abkommen und schadet damit der Glaubwürdigkeit der EU.

Eine Chance bleibt allerdings noch, das Abstimmungsergebnis muss noch vom Parlament bestätigt werden und ich werde mich erneut dafür einsetzen, dass bestimmte Einzelinteressen nicht dazu führen, dass Handelsbeziehungen mit Entwicklungsländern leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Terminankündigungen:

- Rede über Rohstoffe aus dem Meer in einer Konferenz zum Thema "Mining and Mineral Processing in the European Raw Materials Strategy" in Sozopol (Bulgarien) vom 13. bis 15. Juni 2013
- Teilnahme am liberalen Sommerfest am 16. Juni in Hannover
- Organisation eines ALDE-Seminars zum Thema "Connecting Europe through general aviation. Towards a better regulatory environment" am 19. Juni im Europäischen Parlament in Brüssel

- Sitzung der Sozialkammer der EKD vom 21.-22. Juni in Berlin

Herzliche Grüße
Ihre Gesine Meißner

Juli 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit der Abstimmung zum EU-Haushalt 2014-2020 (MFR), zum „Backloading“, verschiedenen Verkehrsthemen und einem Bericht zur Rechtsstaatlichkeit Ungarns standen in dieser letzten Plenarwoche vor der parlamentarischen Sommerpause gleich mehrere vieldiskutierte Texte auf der Tagesordnung. Doch auch über das US-NSA Überwachungsprogramm wurde debattiert und eine neue Europäische Bürgerbeauftragte gewählt. Der EU-Beitritt Kroatiens wurde mit einer Eröffnungsveranstaltung, Ausstellungen und dem offiziellen Einzug der kroatischen Europaabgeordneten ins Plenum gefeiert.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Maritimes Wachstum "Blue Growth" und Hafenstaatskontrolle (Schattenberichterstatteerin)

Die maritime Wirtschaft hat noch ein enormes Wachstumspotential. Das hat das Europäische Parlament in seiner EntschlieÙung zu "Blue Growth" diese Woche festgehalten. Bis 2020 könnten in diesem Bereich 1,5 Millionen neuer Jobs entstehen. 75% des Außenhandels der EU laufen bereits heute über das Meer, Tendenz steigend. Knapp 2,5 Millionen Menschen arbeiten im Meeres- und Küstentourismus und viele Bereiche wie die Kreuzfahrtbranche und Offshore-Energiegewinnung wachsen seit Jahren. Andere Sektoren wie Aquakultur, blaue Biotechnologie und die Förderung von Meeresbodenschätzen stehen noch am Anfang. Das Parlament fordert, stärker in diese Bereiche zu investieren, um Europas maritime Wirtschaft weiter zu fördern.

Aber maritime Berufe müssen attraktiv sein, denn dort gibt es Nachwuchsmangel. Als einen Beitrag wurde im Rahmen der Abstimmung zur Hafenstaatskontrolle eine bessere Kontrolle der Arbeitsbedingungen von Seefahrern beschlossen. Nach dem internationalen Seearbeitsübereinkommen, das dieses Jahr in Kraft tritt, müssen z.B. Unterkünfte, Verpflegung oder die medizinische Versorgung an Bord festen Mindeststandards entsprechen. Die Einhaltung dieser internationalen Vorgaben kann in Zukunft für jedes Schiff, das einen EU-Hafen anläuft, überprüft werden, ganz egal, ob der Flaggenstaat das Seearbeitsübereinkommen ratifiziert hat.

Mehr Sicherheit auf Europas Straßen

Diese Woche wurde im Plenum das sogenannte Paket zur Straßenverkehrssicherheit angenommen. Das Paket beinhaltet drei Gesetzesvorschläge: zur regelmäßigen Hauptuntersuchung von Fahrzeugen, zu unangekündigten Kontrollen von LKWs am Straßenrand sowie zur Zulassung von verkehrssicheren Fahrzeugen.

Besonders schwierig waren die Diskussionen bei den europaweiten Mindeststandards für die regelmäßige Hauptuntersuchung. In Deutschland haben wir hier ein sehr hohes Prüfniveau und eine strikte Trennung zwischen den Werkstätten und unabhängigen Prüfern. Damit wird garantiert, dass die Fahrzeuge technisch sicher sind. Da PKWs und LKWs sich aber nicht nur in einem Land bewegen, sondern häufig europäische Grenzen überqueren, machen einheitliche europäische Prüfkriterien und Grenzwerte für die Hauptuntersuchung Sinn. Zurzeit wird in den EU-Mitgliedsländern aber noch völlig unterschiedlich gehandhabt, welche Fahrzeuge überhaupt regelmäßig auf ihre Verkehrstauglichkeit getestet werden. In Deutschland müssen auch Motorräder, Anhänger oder Traktoren zum TÜV, in anderen EU-Ländern nicht. Hier hat man sich darauf einigen können, schwerere Anhänger und Motorräder verpflichtend einzubeziehen. Der Vorschlag, in Zukunft ältere Autos jedes Jahr statt jedes 2. Jahr zum TÜV zu schicken, hatte in Deutschland für Unruhe gesorgt. In vielen anderen EU-Ländern ist die jährliche Prüfung die Regel. Für diesen Vorschlag gab es allerdings am Ende keine Mehrheit im Europaparlament.

Parlament stimmt Vereinbarung zum EU-Haushalt 2014-2020 zu

In einer Debatte am Dienstagmorgen in Straßburg diskutierten wir Abgeordneten mit Kommissionspräsident Barroso und EU-Ratspräsident Van Rompuy neben der provisorischen Einigung auf einen EU-Haushaltsrahmen für die Jahre 2014-2020 (MFR) auch über das Ergebnis des EU-Gipfels vom 27. und 28. Juni in Brüssel. Zudem wurde die Bilanz der sehr erfolgreichen irischen Ratspräsidentschaft gemeinsam mit dem irischen Premier Enda Kenny analysiert.

Wir Liberale begrüßen sehr, dass die Staats- und Regierungschefs während des EU-Gipfels den Beschäftigungsprogrammen für die Jugend Vorrang eingeräumt und einer sinnvollen und bestmöglichen Verwendung der Finanzmittel des langfristigen EU-Budgets zugestimmt haben. Jugendarbeitslosigkeit war auch Thema einer Diskussionsrunde des spanischen Fernsehens in Straßburg, in der ich erfolgreiche Ausbildungskooperationen zwischen niedersächsischen Betrieben und spanischen Regionen (eine davon angeregt durch meinen früheren FDP-Landtagskollegen Wolfgang Hermann) vorstellen konnte.

Die Zustimmung des Europäischen Parlaments zum mehrjährigen Finanzrahmen für 2014-2020 erfolgte schließlich am Mittwoch. Die Entschließung, die mit überwältigender Mehrheit von 474 Ja- zu 193 Gegenstimmen verabschiedet wurde, war allerdings an weitere Bedingungen geknüpft. Erfreulicherweise konnten wir Abgeordneten unsere zentralen Forderungen durchsetzen. So musste der Rat unter anderem die Zahlung von schätzungsweise 11,2 Milliarden Euro an ausstehenden Rechnungen für das Jahr 2013 bewilligen. Nur so können wir sicherstellen, dass der Haushalt für 2014 nicht durch alte offene Rechnungen beeinträchtigt wird. Eine weitere wesentliche Errungenschaft des Europäischen Parlaments ist die verbindliche

"Revisionsklausel", um dem nächsten Parlament und der Kommission ein Mitspracherecht über den Haushalt zu geben.

In der abschließenden Verhandlung wurde der Aufstockung des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen 2,5 auf 3,5 Milliarden Euro zugestimmt. Die Mitgliedstaaten können diese zusätzliche Milliarde auf freiwilliger Basis für das Nahrungsmittelhilfeprogramm verwenden.

Beginn der litauischen Ratspräsidentschaft

Am diesem Mittwoch hielt die Präsidentin Litauens Dalia Grybauskaitė in Straßburg die Antrittsrede zur sechsmonatigen litauischen Ratspräsidentschaft. Sie bezeichnete den Vorsitz ihres Landes als historischen Moment, und betonte, dass Litauen mithilfe der Europäischen Union den Weg zu Freiheit, Frieden, Demokratie und Wohlstand gefunden habe. Die nächsten sechs Monate seien insofern von besonderer Bedeutung, da es sich um den letzten Legislativzyklus vor den Europawahlen handle; es ginge nun also umso mehr darum, Ergebnisse zu erzielen, um das Leben der BürgerInnen zu verbessern. Als Priorität der litauischen Ratspräsidentschaft nannte sie Wirtschaftswachstum, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit - insbesondere Jugendarbeitslosigkeit - und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit.

Kommissionspräsident Barroso beschrieb Litauen als sehr offenes und ehrgeiziges Land und unterstützte Frau Grybauskaitė dabei, dass nun Resultate vonnöten seien; hierbei sei eine enge Zusammenarbeit mit dem Europaparlament unabdingbar, um legislative Entscheidungen zu fällen.

Wir Liberale sind über die aktuelle Entwicklung in Litauen allerdings ein wenig besorgt. Denn Europa steht für ein Prinzip der Nichtdiskriminierung und für die Grundrechte eines jeden Einzelnen. Es werden in Litauen Gesetze besprochen, die die Rechte von Homo-, Bi- und Transsexuellen einschränken. Gerade im Rahmen der Ratspräsidentschaft ist es wichtig, sich für Menschenrechte und gegen die Unterdrückung von Minderheiten auszusprechen.

Abstimmung zum ETS-Backloading: Markteingriff konnte nicht verhindert werden

Am 3. Juli wurde in Straßburg über den zeitlichen Ablauf von Versteigerungen von Treibhausgasemissionszertifikaten beraten. Ergebnis dieser zweiten Abstimmung des Europäischen Parlaments ist, dass die Europäische Kommission den Zeitplan und den Umfang der Versteigerungen von Zertifikaten im EU-Emissionshandelsystem nur ein einziges Mal für eine Gesamtzahl von maximal 900 Millionen Zertifikaten abändern kann. Bedingung für einen solchen Eingriff ist, dass ein Risiko für Carbon Leakage weitgehend ausgeschlossen werden kann.

Wir Liberale sind der Meinung, dass die Abstimmung am Mittwoch mehr Probleme schafft, als sie löst. Es ist nicht sicher, dass die Verschiebung der Auktion den Effekt auf den Preis der Zertifikate hat, den sich die Befürworter erhoffen. Die Wirkung wird spätestens dann zunichte gemacht, wenn die Zertifikate in den Jahren 2019 und 2020 schließlich doch auf den Markt kommen.

Darüber hinaus ist unklar, in welcher Form die mittel- bis langfristige strukturelle Überarbeitung des ETS umgesetzt werden kann. Da der Backloading-Vorschlag jetzt Teil des ETS-Gesetzes werden soll, müsste die verabschiedete Regelung bereits in den kommenden Jahren wieder geändert werden. Langfristige Planungssicherheit und Glaubwürdigkeit wird so nicht erreicht.

Stellungnahmen zu dem US-NSA Überwachungsprogramm

Am Mittwochnachmittag bezogen die Europäische Kommission und der Europäische Rat im Europaparlament in Straßburg Stellung zu dem US - NSA Überwachungsprogramm und dessen Einfluss auf die Privatsphäre der Bürger Europas.

Der litauische Außenminister Vytautas Leskevicius sprach für den Rat und bezeichnete den aktuellen Stand der Dinge als besorgniserregend. Bevor man über weitere Schritte diskutiere, müsse man jedoch Informationen seitens der US-Behörden abwarten.

Die Kommissarin Viviane Reding nannte das Vorgehen der USA sehr verstörend und wies darauf hin, dass für das geplante Freihandelsabkommen gegenseitiges Vertrauen und Transparenz vonnöten seien. Um wichtige Fragen wie den genauen Umfang der Datenerhebung, die Verwendung der Daten, und die justizielle Kontrolle zu klären, habe man eine Expertengruppe einberufen, die voraussichtlich das erste Mal in den kommenden Wochen tagen werde.

Wir Liberale sind von Rat und Kommission enttäuscht, da die Bürgerrechte in den Vordergrund gestellt werden müssten. Hierbei wird eine rechtliche Klarheit gebraucht, also eine genaue Definition, wo der europäische Rechtsraum und somit auch die Rechtsprechung beginnen. Des Weiteren geht das Verhalten der USA weit über Terrorismusabwehr hinaus. Um die genauen Umstände zu klären, wäre es angebracht, US-Präsident Obama in das Plenum einzuladen - auch, da das Vertrauen für die Verhandlungsrunden über das transatlantischen Freihandelsabkommens wieder hergestellt werden muss. Die Mehrheit des Parlaments, auch unsere ALDE-Fraktion, stimmte aber dafür, dass die Verhandlungen trotzdem weitergeführt werden sollen.

Europäische Union wählt neue Europäische Bürgerbeauftragte

Seit diesem Mittwoch hat die Europäische Union eine neue Bürgerbeauftragte: die Irin Emily O'Reilly. Im dritten Wahlgang setzte die unabhängige Kandidatin sich gegen die niederländische Europaabgeordnete Ria Oomen-Ruijten mit 359 zu 276 Stimmen durch.

Aufgabe eines Europäischen Bürgerbeauftragten ist es, Beschwerden über Missstände in den Organen und Einrichtungen der Europäischen Union zu untersuchen.

Die Bekanntgabe des Wahlergebnisses wurde im Plenum mit großem Beifall unterstützt. Auch wir Liberale begrüßen das Ergebnis sehr, da Emily O'Reilly bereits Erfahrungen als nationale Bürgerbeauftragte hat.

Debatte zur aktuellen Lage in Ungarn

Am Dienstagnachmittag debattierte das Europaparlament in Straßburg über einen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit Ungarns.

Der Berichterstatter Rui Tavares legte besonderes Augenmerk auf die Wichtigkeit der in Artikel 2 des Verfassungsvertrages festgeschriebenen Werte der Europäischen Union und wies zudem darauf hin, dass Ungarn diesen Vertrag nicht nur unterzeichnet, sondern auch mitgeschrieben habe. Die ungarische Verfassung und das Grundgesetz seien zu oft und zu schnell systematisch geändert worden, mit der Tendenz, die Macht der Exekutive auszubauen ergo die Gewaltenteilung zu schwächen. Dies sei nicht vereinbar mit den Prinzipien der Europäischen Wertegemeinschaft.

Kommissionspräsident Barroso betonte die Rolle der Kommission als Hüterin der Verfassung und forderte, dass die Europäische Union im Falle von Rechtsstaatlichkeitsverletzungen - und hier zählte er die Verfassungs- und Grundgesetzänderungen Ungarns hinzu - in der Lage sein müsse, konsequent durchzugreifen.

Der Ministerpräsident Ungarns, Viktor Orbán, sprach bezüglich der Abstimmung über den Bericht von einer Abstimmung gegen Ungarn, denn der Bericht sei beleidigend und ungerecht. Es werde mit zweierlei Maß gemessen; die Erfolge Ungarns nach Überwindung der Wirtschaftskrise würden ignoriert, und die Freiheit Ungarns nicht respektiert. Des Weiteren verletzen die Forderungen des Berichts die Gründungsverträge, da ein Mitgliedstaat unter Vormundschaft gestellt würde.

Unser Vorsitzende der Liberalen Fraktion, Guy Verhofstadt, wies auf den Bericht der Venedig-Kommission hin, welcher 19 kritische Teile in der vierten Verfassungs- und Grundgesetzänderung Ungarns festgestellt, und eben diese als systematisch und inhaltlich schwierig bewertet hatte. Darüber hinaus forderte er, dass die Regeln der Europäischen Union bei Vertragsverletzungen auch angewendet werden müssten. Im Bezug auf die Rede Orbáns stellte er klar, dass der Bericht nicht gegen Ungarn gerichtet sei, sondern im Gegenteil für die Freiheit seiner Bürger eintrete. Orbán handele nämlich im Eigeninteresse, und nicht im Interesse seines Landes.

Am darauf folgenden Tag wurde dem Bericht von Herrn Tavares in einer Abstimmung im Europäischen Parlament zugestimmt.

Hochwasser Mitteleuropa: Parlament fordert schnellere Reaktion auf Naturkatastrophen

Tagelange Regenfälle verursachten in sechs Ländern Mitteleuropas Ende Mai und Anfang Juni verheerende Überschwemmungen. Neben den entstandenen Sach- und Umweltschäden kamen in Deutschland, Tschechien und Österreich durch dieses Hochwasser mindestens 25 Menschen ums Leben.

In Niedersachsen war vor allem das Einzugsgebiet von Aller, Leine und Oker betroffen. Um das genaue Ausmaß der Schäden hier zu überblicken, ist es allerdings noch zu früh.

Wir Abgeordneten fordern nun die Europäische Kommission dazu auf, eine angemessene finanzielle Unterstützung aus dem EU-Solidaritätsfonds für diejenigen bereitzustellen, die die Beihilfe beantragt haben und zwar ohne Verzug. Eine entsprechende Entschließung wurde dazu am Mittwoch in Straßburg verabschiedet. Nur so kann die schnelle Wiederherstellung der überschwemmten Gebiete sichergestellt werden. Eine Vereinfachung der Regeln für die Verteilung der Hilfsmittel aus dem Notfall-Fonds ist dafür allerdings unumgänglich.

Kubanischer Aktivist Guillermo Fariñas nimmt Sacharow-Preis entgegen

Im Rahmen einer Feierstunde im Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg nahm der prominente kubanische Regierungsgegner und Bürgerrechtler Guillermo Fariñas am Mittwochmittag den Sacharow-Preis unter anhaltendem Applaus und Standing Ovationen entgegen. Bereits in 2010 erhielt Fariñas den Preis für geistige Freiheit; die kubanischen Behörden verhinderten vor drei Jahren allerdings seine Teilnahme an der Preisverleihung. Im Anschluss bedankte sich der "mutige Kämpfer für die Freiheit", der elf Jahre seines Lebens im Gefängnis gesessen hat und 23 Mal in Hungerstreik getreten ist, in einer berührenden Rede nicht nur beim Europäischen Parlament für diese Auszeichnung, sondern vor allem bei seiner Mutter, die ihn zu dem Mann erzog, der er heute sei. Gemeinsam mit meinen Fraktionskolleginnen Renate Weber (Rumänien) und Frederique Ries (Belgien) hatte ich anschließend Gelegenheit, mit Herrn Fariñas über die aktuelle politische Situation in Kuba zu sprechen.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Flug- und Ruhezeiten für Piloten und Flugpersonal

Wie für die LKW- und Busfahrer gibt es auch für Piloten und ihre Crew feste Flug- und Ruhezeiten, nach denen sich die Fluggesellschaften bei der Einteilung ihres Personals richten müssen. Ein Pilot kann nicht nach einem Transatlantik-Flug eine kurze Pause machen und die Maschine wieder zurück nach Europa fliegen. Damit soll die Sicherheit der Passagiere und auch der Anwohner garantiert werden. Diese Flug- und Ruhezeiten gelten für ganz Europa und sollen nun überarbeitet werden. Daher gab es in der letzten Sitzung des Transportausschuss eine Anhörung zu diesem Thema.

Die Europäische Kommission, die zusammen mit den nationalen Flugsicherheitsbehörden an dem neuen Vorschlag zu den Flug- und Ruhezeiten arbeitet, verspricht erhebliche Verbesserungen gegenüber dem Status Quo. Zum Beispiel soll nach einer Bereitschaftszeit immer erst eine Ruhezeit folgen, bevor der nächste Flug stattfinden darf. Den Piloten-Gewerkschaften gehen die angekündigten Neuerungen aber nicht weit genug. Sie hatten in einer Umfrage Anfang des Jahres ermittelt, dass jeder dritte befragte Pilot, schon einmal ohne Absprache mit dem Co-Piloten im Cockpit eingeschlafen ist. Die Luftsicherheitsbehörden halten die geplanten neuen Regelungen allerdings für ausreichend. Nach der Sommerpause wird das Parlament in diesem Streit Stellung beziehen.

Seminar zur Allgemeinen Luftfahrt in Brüssel

Die Allgemeine Luftfahrt umfasst im Gegensatz zu den großen Fluggesellschaften und ihren Linienfliegern eher die kleinen Maschinen, z.B. Geschäftsreisende, die sich schnell zu einem Termin bringen lassen, Privat- oder Segelflieger, aber auch Rettungshubschrauber oder Fallschirmspringer. Neben Sport und Spaß bietet die Allgemeine Luftfahrt gerade für Regionen weit der großen Ballungsräume mit ihren internationalen Flughäfen flexible Transportlösungen für Passagiere und Fracht. Oft wird die Allgemeine Luftfahrt bei der Gesetzgebung im Luftverkehr allerdings nicht genügend berücksichtigt. Vorgaben, die für einen Airbus Sinn machen, gelten plötzlich auch für eine Cessna mit nur vier Sitzen, wo sie keinen Sinn machen. Kürzlich wurde im Transportausschuss eine Liste mit Flugzwischenfällen erstellt, die zwingend an die Flugsicherheitsbehörden gemeldet werden müssen. Darauf stand auch "Landung außerhalb der Landebahn". Dies ist für einen Airbus ein ernster Zwischenfall, der Tote und Verletzte fordern kann. Aber für Segelflugzeuge oder Heißluftballons, die sich von der Thermik treiben lassen, ohne ihren Landungsort vorab genau zu bestimmen, ist es kein ungewöhnliches Ereignis. Hier musste also nachgearbeitet und eine eigene Liste von Zwischenfällen für die Allgemeine Luftfahrt erstellt werden.

Um auf die Probleme, welche die kleinen Flieger mit einigen EU-Gesetzen haben, aufmerksam zu machen, habe ich am 19. Juni Vertreter der Allgemeinen Luftfahrt mit Verantwortlichen aus Kommission und Parlament zusammengebracht. Roland Werner, FDP-Staatssekretär im sächsischen Wirtschaftsministerium, unterstrich während des Seminars die Bedeutung der Allgemeinen Luftfahrt für den Wirtschaftsstandort Sachsen, wo es keinen nennenswerten internationalen Flughafen gibt.

III. Aus meinem Wahlkreis

Mit Frauenpower unterwegs durch Niedersachsen

Ende Juni habe ich einen Tag lang die Sommertour der Frauen aus der FDP-Landtagsfraktion in Niedersachsen begleitet. Bei so viel Frauenpower war es schnell klar, dass Frauen auch im Mittelpunkt des Programms stehen sollten. Besichtigt haben Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Hillgriet Eilers, Gabriela König und ich daher zunächst das Christliche Kinderhospital in Osnabrück und sprachen mit der Pflegedirektorin Frau Hildegard Wewers u.a. über die Ausbildung von Schwestern und die Betreuung von Frauen, deren Kinder als Frühchen zur Welt gekommen, oder krank sind.

Am Nachmittag diskutierten wir mit der Geschäftsführerin der Unternehmerinitiative Let's Mint e.V., Frau Andrea Bornhütter-Kassen über die Projekte der Initiative und die Beteiligung der Unternehmen in der Region Münster/Osnabrück. Ziel von Let's Mint e.V. ist es, mehr junge Menschen für Naturwissenschaften zu begeistern. Zwischen den Terminen gab es auch Zeit sich untereinander über Themen im Landtag und im Europaparlament auszutauschen. Es war ein sehr abwechslungsreicher Tag, bei dem ich für meine Arbeit einiges mitnehmen konnte. Leider konnte ich nur an diesem 1 Tag der „Frauentour“ teilnehmen, da wir noch keine Parlamentspause haben. Umso mehr freue ich mich nun auf den Austausch mit Ihnen auf meiner nächste Woche startenden eigenen Sommertour!

Terminankündigung: Sommerreise 12.-23. Juli 2012

Sie erhalten demnächst einen Sondernewsletter mit Details zu den Terminen.
Herzliche Grüße aus Straßburg, eine gute Ernte und erholsame Sommerferien!

Ihre Gesine Meißner

September 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

während dieser ersten Plenarsitzungswoche in Straßburg nach der parlamentarischen Sommerpause waren wieder viele wichtige Themen auf der Tagesordnung. Dabei wurde nicht nur der ersten Stufe der Bankenaufsicht zugestimmt, sondern auch ein Kompromiss bei Biokraftstoffen getroffen und mehr Rechtssicherheit für inter-nationale Paare geschaffen. Nicht zu vergessen natürlich die letzte Rede zur Lage der Union in dieser Legislaturperiode von Kommissionspräsident José Manuel Barroso.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Schlüsseldebatte: Barroso´s Rede zur Lage der Union

Mit seiner jährlichen Rede zur Lage der Union eröffnete der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, am Mittwoch den dritten parlamentarischen Arbeitstag dieser Plenartagung in Straßburg.

In seiner letzten Rede zur Lage der Union in dieser Legislaturperiode unterstrich Barroso, dass viel in Europa in den letzten Jahren passiert sei. Aber auch viel Positives habe sich getan, worauf Europa stolz sein könne und sollte. So wurde beispielsweise der Finanzsektor radikal umgestaltet und viel für den Umwelt- sowie Datenschutz getan. Barroso wies darauf hin, dass nach dieser „strukturellen“ Krise, wie er sie bezeichnete, nichts mehr so sein werde, wie zuvor und eine „neue Normalität“ erst gegründet werden müsse.

Europa muss auch künftig als Union auftreten und stimmig handeln, um die Glaubwürdigkeit gegenüber anderen Staaten nicht zu verlieren, hob der Kommissionspräsident hervor. Es steht allen noch einiges vor der Europawahl in acht Monaten bevor. Entscheidungen dürfen nicht nur getroffen, sondern müssen auch in die Tat umgesetzt werden. Vor allem der Haushalt und der Mehrjährige Finanzrahmen 2014-2020 bleiben weiterhin zu verabschieden. Niemand dürfe sich jetzt ausruhen.

In der anschließenden Diskussion erhielt der Kommissionspräsident für seine Rede von den Fraktionsvorsitzenden allerdings herbe Kritik. „Zu wenig hat Barroso getan, um den drohenden Stillstand zu vermeiden“, so auch unser Vorsitzender der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament, Guy Verhofstadt. Zudem legten sie Prioritäten dar, die die Europäische Kommission in den nächsten Monaten vor der Wahl noch

umsetzen müsse. Hierbei sei es vor allem wichtig, das Vertrauen der Bürger in die EU wiederherzustellen.

Parlament stimmt für eine einheitliche europäische Bankaufsicht

Bereits im April hatte sich das Europäische Parlament mit den Mitgliedstaaten auf ein neues Aufsichtssystem der Banken geeinigt. Jedoch war es sehr wichtig, dass das Parlament vor der Zustimmung noch die Regeln zur Transparenz und Rechenschaftspflicht der Aufsichtstätigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) im Detail festlegte. Diesen Donnerstag dann stimmten wir Abgeordneten in Straßburg, nach einem kurzfristig zustande gekommenen Kompromiss zwischen dem Parlament und der EZB über deren Rechenschaftspflichten gegenüber dem Parlament, für eine einheitliche europäische Bankaufsicht. Die beiden Legislativtexte wurden erfreulicherweise mit sehr großer Mehrheit vom Plenum angenommen. Ab September 2014 stehen somit ca. 150 der größten Banken der EU unter direkter Aufsicht der EZB. Das neue System wird für alle Mitglieder der Eurozone verpflichtend sein, für alle anderen EU-Länder hingegen offen stehen.

Neben der Übertragung umfassender Aufsichtsbefugnisse von nationaler auf EU-Ebene sieht das neue Aufsichtssystem vor allem auch einen umfassenden und aussagekräftigen Bericht der Sitzungen des Aufsichtsrates für das Europäische Parlament vor. Getroffene Entscheidungen sowie Diskussion werden sich damit künftig besser nachvollziehen lassen. Zudem beinhaltet es eine strenge Trennung der EZB-Angestellten. Zum einen diejenigen, die sich mit währungspolitischen Aufgaben und zum anderen denen, die sich mit der Bankenaufsicht befassen. Nur so kann der Aufsichtsbereich der EZB voll rechenschaftspflichtig sein.

Wir Liberale begrüßen die Entscheidung des Parlamentes sehr.

Binnenfischerei spielt entscheidende Rolle bei der Bestandserhaltung des Aals

Wie sieht die Nutzung der Meere in Zukunft aus und welchen Fisch können wir weiterhin bedenkenlos fangen? Mit diesen Fragen hat sich angesichts vieler kritischer Fischbestände die kürzlich verabschiedete Fischereireform beschäftigt und festgelegt, dass die künftige Fischerei vor allem nachhaltig durchgeführt werden soll.

Was in der Theorie einleuchtend klingt, zeigt sich in der Praxis häufig als große Herausforderung. Das Beispiel des Europäischen Aals verdeutlicht das sehr gut. Der schlangenähnliche Fisch ist uns vor allem als geräucherte Delikatesse ein Begriff. Sein Bestand aber hat sich in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch reduziert. Seit 1980 ist er um 99% zurückgegangen. Wie aber sichern wir seinen Fortbestand? Darüber wurde diese Woche in Straßburg abgestimmt. Die schwedische Berichterstatterin hatte ursprünglich ein generelles Fangverbot für den Aal vorgeschlagen. Ein drastischer Schritt, der auf den ersten Blick angesichts der Bedrohung der Art gerechtfertigt erscheint.

Auf den zweiten Blick aber geht die Forderung an der Realität vorbei. Ein Wanderfisch wie der Aal ist einer Vielzahl von Umwelteinflüssen ausgesetzt und tatsächlich ist es nicht nur die Fischerei, die den Rückgang des Bestands verursacht hat, sondern

blockierte Wanderwege und fehlende Fischtreppe spielen eine ebenso große Rolle. Der Binnenfischerei kommt inzwischen vielmehr eine entscheidende Bedeutung bei der Bestandserhaltung des Aals zu. Beinahe die Hälfte aller gefangenen Jungtiere wird zu einem späteren Zeitpunkt wieder freigelassen, damit sie sich fortpflanzen können.

Erfreulicherweise hat sich diese Erkenntnis bereits in der Abstimmung im Ausschuss durchgesetzt und wurde nun vom Plenum bestätigt. Die Kommission wie die Mitgliedstaaten wurden zur Entwicklung besserer Schutzmaßnahmen aufgerufen, aber es wurde kein Fangverbot vorgeschrieben. Für mich liegt der Knackpunkt in einem effektiven Vorgehen gegen den massenhaften Fang von Jungtieren vor der französischen und spanischen Küste und dem anschließenden illegalen Export nach Asien. Bevor wir weitere Verbote aussprechen, sollte lieber darauf geachtet werden bereits bestehendes Recht umzusetzen und einzuhalten.

Die maritimen Aspekte der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU

Am Mittwoch diskutierten wir Mitglieder des Europäischen Parlaments über die maritime Dimension der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Aufgrund der Bedeutung der Meere für die EU verfolgt sie wesentliche maritime Interessen, darunter die Sicherheit weltweiter maritimer Warenströme, den Schutz des Seeverkehrs und von Fischerei und Energieressourcen. Piraterie, Umweltverschmutzung und die Erschöpfung von Meeresressourcen verlangen eine aktive Herangehensweise an die vielfältigen Bedrohungen und Herausforderungen im maritimen Bereich.

Die Arbeit an einer eigenen maritimen Sicherheitsstrategie der EU umfasst auch die maritimen Machtverhältnisse im Rahmen der GSVP. Hier wurden bereits erste Initiativen ergriffen, wie der GSVP-Marineinsatz der EU, EUNAVFOR-Atalanta, mit dem die Piraterie vor den Küsten Somalias und Westafrikas bekämpft und die Nahrungsmittellieferungen der Vereinten Nationen in das Land geschützt werden sollten. Die Ausführungen der Abgeordneten zeigten unterschiedliche Meinungen, inwieweit die GSVP eine größere Rolle im maritimen Bereich spielen sollte. Mit seinem Beschluss am Donnerstag setzte sich das Europäische Parlament aber für eine stärkere Rolle der EU im Rahmen der maritimen Sicherheit ein.

Ich finde es sehr wichtig, über das Thema maritime Sicherheit zu sprechen. Bei der integrierten Meerespolitik, wo ich im Jahre 2010 selbst Berichterstatterin war, haben wir mehrmals betont, dass Sicherheitsaspekte im maritimen Bereich eine Wichtigkeit haben, nicht nur was Umweltschutz und illegale Aktivitäten angeht. Eine europäische Küstenwache muss in Erwägung gezogen werden. Auch das Thema Pirateriebekämpfung wurde mehrmals im EU-Parlament thematisiert. Ich begrüße, dass eine europäische maritime Sicherheitsstrategie in der Kommission in Arbeit ist und wir sollten diese erfolgreich im Parlament begleiten.

Europäisches Parlament einigt sich auf einen Kompromiss bei Biokraftstoffen

Im Anschluss an eine intensive und kontroverse Debatte am Montag hat das Europäische Parlament am Mittwoch für einen Kompromiss um den Anteil von Biokraftstoffen im Energiemix von Verkehr und Transport gestimmt. Anstoß für die Neuregelungen war die Diskussion über mögliche Folgen der sogenannten indirekten Landnutzungsänderung. Die indirekte Landnutzungsänderung beschreibt den Effekt, dass für den Anbau von Energiepflanzen Flächen in Beschlag genommen werden, die eigentlich der Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln dienen.

Innerhalb des gegenwärtig vorgeschriebenen Ziels von 10% erneuerbarer Energie soll nun der Anteil von Biokraftstoffen der ersten Generation bis zum Jahr 2020 auf 6% gesenkt werden. Dies betrifft Biokraftstoffe aus Getreide und sonstigen stärkehaltigen Pflanzen, sowie Zucker-, Öl- und sonstigen auf Landflächen angebauten Energiepflanzen. Die Änderung der Landnutzung soll ebenfalls in die Bewertung der CO₂-Bilanz von Biokraftstoffen einbezogen werden.

Wir als Liberale sind der Überzeugung, dass die Entwicklung von Biokraftstoffen der zweiten Generation, die aus Reststoffen von Nutzpflanzen und Holz sowie organischen Abfällen hergestellt werden, einen wichtigen Beitrag leisten kann, um die energie- und umweltpolitischen Ziele in Europa zu erreichen. Ein Umdenken in der Biokraftstoffpolitik darf bereits getätigte Investitionen jedoch auf keinen Fall außer Acht lassen. Unternehmen müssen hier im Sinne der Planungs- und Rechtssicherheit für Investitionen geschützt werden. Eine völlige Kehrtwende wäre ein Schlag ins Gesicht der Anbieter, die bereit waren die Forderungen der Politik zu erfüllen. Die Folgen der Einbeziehung der indirekten Landnutzungsänderung müssen vernünftig abgeschätzt werden können und dies verlangt eine klare, wissenschaftliche Basis, die aktuell noch nicht gegeben ist. Deshalb begrüßen wir die Entscheidung zugunsten einer weiteren Debatte in einer zweiten Lesung.

Endlich mehr Rechtssicherheit für internationale Paare

„Was passiert mit unserem Vermögen und unseren Gütern im Fall einer Scheidung oder im Todesfall?“ Diese Frage stellen sich mit Sicherheit viele der in der EU lebenden rund 16 Millionen internationalen Paare (die entweder unterschiedliche Staatsangehörigkeit besitzen und/oder sich im Ausland aufhalten). Die von meiner liberalen Kollegin, Alexandra Thein, initiierten Verordnungsvorschläge (eheliches Güterrecht und vermögensrechtliche Wirkungen für eingetragene Partnerschaften) sollen endlich Klarheit darüber schaffen, welche einzelstaatlichen Rechtsvorschriften auf Vermögen Anwendung findet. Bereits seit 2006 beschäftigt sich die Europäische Kommission in ihrem vorgelegten „Grünbuch zu den Kollisionsnormen im Güterrecht“ mit jeglichen Problemen sogenannter internationaler Paare.

Nach einer äußerst positiven Aussprache am Montag wurden die beiden Berichte dann am darauffolgenden Tag erfreulicherweise mit überwältigenden Mehrheiten vom Plenum in Straßburg verabschiedet. Die Verordnungen bieten zum einen durch kohärente Regelungen zur Bestimmung der gerichtlichen Zuständigkeit und des anzuwendenden Rechts (Ehegatten und eingetragenen Partnerschaften) nicht nur Rechtssicherheit. Zum anderen wird es verheirateten internationalen Paaren

ermöglicht, das im Todesfall oder im Fall ein Scheidung auf ihr Vermögen anzuwendende Recht selbst zu bestimmen. Eingetragene Partnerschaften mit internationalem Bezug sind dem Staat unterstellt, in dem die Partnerschaft eingetragen wurde.

Für das Inkrafttreten bedarf es jetzt allerdings noch der einstimmigen Zustimmung des Rates – die

EU-Kommissarin für Justiz, Viviane Reding, sicherte allerdings bereits ihre Unterstützung zu.

Debatte zur Krise in Syrien und Ägypten

Zu den aktuellen Entwicklungen und der Rolle der EU äußerte sich Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, am Mittwoch vor dem Europaparlament. Ashton forderte Syrien auf, den Forderungen der internationalen Gemeinschaft zu folgen. Die Hoffnungen auf eine politische Lösung sind insbesondere nach der bekundeten Bereitschaft Syriens, seine Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen, wieder gewachsen.

Die Debatte um ein mögliches militärisches Eingreifen der internationalen Gemeinschaft dauert derweil an. Es ist fraglich, ob das Regime von al Assad die Möglichkeit der internationalen Kontrolle seiner Chemiewaffen nicht lediglich als Verzögerungstaktik nutzt, um wieder an Stärke zu gewinnen. Es ist nicht zu vergessen, dass bereits mehr als 100 000 Menschen allein durch konventionelle Waffen getötet wurden. Alle Bemühungen der EU zielen darauf ab, diesem Blutvergießen ein Ende zu setzen, abschreckende Maßnahmen können deshalb nicht generell ausgeschlossen werden.

In einer gemeinsamen EntschlieÙung am Donnerstag verurteilten wir Abgeordneten den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Handeln der internationalen Gemeinschaft muss von einer Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen begleitet werden. Wir Abgeordneten fordern den Rücktritt des Präsidenten Assad, um den Weg für einen Übergang zur Demokratie freizumachen. Wir Liberalen begrüßen die gemeinsame Position des Europäischen Parlaments als ein starkes Signal gegen ein Ende des Blutvergießens in Syrien. Es ist die Pflicht Europas, humanitäre Hilfe zu leisten, um schnelle Hilfe für syrische Flüchtlinge zu gewährleisten.

Auch wenn die aktuellen Ereignisse in Syrien die Situation in Ägypten in den Hintergrund rücken lassen, beschäftigte sich das Parlament intensiv mit der Zukunft des Landes. In einer gemeinsam verabschiedeten EntschlieÙung am Donnerstag verlangten wir Abgeordneten, alle Gewaltakte und terroristische Handlungen zum Wohle des Landes unverzüglich zu beenden. Wir fordern die Übergangsregierung auf, den Ausnahmezustand aufzuheben, alle politischen Gefangenen einschließlich des abgesetzten früheren Präsidenten Mursi freizulassen und die notwendigen Bedingungen für einen integrativen politischen Prozess zu schaffen. Die unangemessene Anwendung von Gewalt durch die ägyptischen Sicherheitskräfte muss künftig untersagt werden. In dem EntschlieÙungstext betonen wir, dass die

Macht so bald wie möglich auf eine demokratisch gewählte Zivilregierung übertragen werden sollte. Ägypten muss sobald wie möglich freie und faire Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abhalten, unter Beteiligung aller demokratischen Akteure.

Catherine Ashton wies in ihrer Rede am Mittwoch darauf hin, dass keine politischen Parteien in Ägypten aus der Debatte um eine zukünftige Führung des Landes ausgeschlossen werden dürften. Das Parlament bedankte sich bei Catherine Ashton und ihrem Team für die Bemühungen der Kommission in den letzten Monaten.

Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Dringende strukturelle Maßnahmen sind erforderlich

Seit Monaten wird nur noch von der „verlorenen Generation“ gesprochen. Vor allem in Ländern wie Griechenland ist es mit 64,2 % Arbeitslosigkeit für junge Menschen fast aussichtslos einen Job oder Ausbildungsstelle zu finden. Doch wie soll die EU dieses immense Problem lösen? Die sogenannten „Jugendgarantie“-Projekte allein sind auf keinen Fall die Antwort darauf. Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen bedarf es dringender struktureller Reformen – vor allem Maßnahmen zur Unterstützung von klein- und mittelständigen Unternehmen (KMUs) sowie zur Förderung des Unternehmergeistes junger Menschen. Aber auch die Anpassung nationaler Ausbildungssysteme an den jeweiligen Arbeitsmarkt darf nicht außer Acht gelassen werden.

In den beiden Entschließungen des Beschäftigungsausschusses, die am Mittwoch in Straßburg verabschiedet wurden, fordern wir Abgeordneten nun einerseits weitere Maßnahmen, um jungen Menschen den Einstieg in die Berufswelt bzw. Praktika zu erleichtern. Andererseits empfehlen wir die Einführung von Qualitätsstandards für Vergütung, Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Sicherheit auf EU-Ebene.

Forderung nach besserem Schutz für Benutzer von Online-Glücksspielen

Mit seinem Beschluss am Dienstag nimmt das Parlament offiziell Stellung zu einem 2012 veröffentlichten Aktionsplan der EU-Kommission. Den Abgeordneten geht es besonders um Maßnahmen für effektiveren Datenschutz, Alterskontrollen und Suchtprävention. Außerdem soll illegalen Anbietern das Handwerk gelegt werden. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, sich in ihren Glücksspielgesetzgebungen an europäisches Recht zu halten.

Wir Liberale im Europäischen Parlament begrüßen diese Forderungen. Obwohl es in erster Linie Sache der Mitgliedstaaten ist, ihre nationalen Glückspielmärkte zu regulieren, wurden vom Europäischen Gerichtshof klare Vorgaben aus dem EU-Vertrag abgeleitet, die es zu erfüllen gilt. Gemäß der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs muss Glücksspielgesetzgebung die Grundsätze der Konsistenz, Transparenz und Gleichbehandlung erfüllen. Monopole müssen einer strengen staatlichen Kontrolle unterliegen, ein besonders hohes Maß an Verbraucherschutz sicherstellen und Glücksspielmöglichkeiten konsequent einschränken. Beim deutschen Glücksspielstaatsvertrag besteht deshalb die Notwendigkeit zu Nachbesserungen.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Immer wieder Aufregung um Lang-LKWs

Meist diskutieren wir im Verkehrsausschuss sehr sachlich. Aber wenn die berühmten Gigaliner angesprochen werden, gehen die Emotionen hoch, wie man letzte Woche wieder beobachten konnte. Der Verkehrsausschuss hatte eine Studie über die möglichen negativen Auswirkungen von Megatrucks in Auftrag gegeben, die in der letzten Sitzung vorgestellt wurde. Steer Davies Gleave, ein auf Transportfragen spezialisiertes Beratungsunternehmen, hat darin existierende Studien und Untersuchungen ausgewertet und kommt zu einem positiven Ergebnis:

Die bisherigen Erfahrungen in den Ländern, in denen Lang-LKWs fahren dürfen, zeigen, dass diese Fahrzeuge weder mehr noch schwerere Unfälle verursachen und dass auch der Anteil der Fracht, die über die Eisenbahn transportiert wird, stabil bleibt. Eine der großen Befürchtungen ist nämlich, dass Güter von der Schiene auf die Straße verlagert werden. Dies könnte die CO₂- und Treibstoffeinsparungen, die man sich von LKWs mit größerem Volumen verspricht, wieder aufheben. Allerdings wurde auch betont, dass für den Einsatz von Lang-LKWs mehr oder weniger große Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur nötig sind. Die Gegner von Megatrucks im Verkehrsausschuss haben die Studie lautstark als nutzlos und parteiisch abgelehnt.

Vielleicht kann man die Erkenntnisse dieser Studie nicht auf alle europäischen Länder übertragen - im wenig besiedelten Finnland haben längere und schwerere LKWs natürlich bessere Bedingungen als auf Österreichs dicht befahrenen Alpenautobahnen. Aber ich möchte die Ergebnisse auch gar nicht verallgemeinern. Nach jetziger EU-Gesetzeslage können die Mitgliedstaaten ja frei entscheiden, ob sie auf ihren Straßen überlange LKWs zulassen wollen oder nicht. Für Österreich sind diese Fahrzeuge vielleicht weniger geeignet, für andere Länder schon. Längere LKWs bringen Effizienzgewinne, da sind sich auch die Untersuchungen einig. Deswegen tragen sie auch den Namen "Öko-Kombi". Um die möglichen negativen Effekte abzufedern, muss ihr Einsatz allerdings in einem ordentlich geregelten Rahmen stattfinden. Welche Fahrerassistenzsysteme müssen an Bord sein, damit der Lang-LKW sich im Straßenverkehr sicher bewegen kann? Welches Gewicht darf er haben? Welche Strecken darf er benutzen? Wie müssen ggfs. Parkplätze und Brücken auf diesen Strecken ausgebaut werden? Soll er eine höhere Autobahngebühr zahlen?

Über all diese Fragen sollten wir reden, statt den "Monstertruck" pauschal zu verteufeln. Wir machen den Schienengüterverkehr nicht wettbewerbsfähiger, indem wir Innovationen auf der Straße blockieren. Im Rahmen der laufenden Revision der EU-Richtlinie über die höchstzulässigen Abmessungen und Gewichte von LKW wird die Diskussion in den nächsten Monaten weitergehen.

Verspäteter Flug - beschädigter Koffer: Diskussion über verbesserte Passagierrechte im Luftverkehr

Seit 2005 haben Flugpassagiere innerhalb der EU Anspruch auf Verpflegung, Unterkunft oder auch Entschädigungszahlungen, wenn ihr Flug verspätet ist oder

annulliert wurde. In der Praxis funktioniert die Einforderung der Passagierrechte aber nicht immer. Fluggesellschaften legen diese Rechte unterschiedlich aus, Beschwerden laufen ins Leere. Vor allem bei Billig-Airlines ist das ein Problem. Anwaltskanzleien, die sich auf die Einklagung der Entschädigungszahlungen spezialisiert haben, machen damit ein gutes Geschäft. Daher sollen die Rechte der Flugpassagiere nun eindeutiger festgelegt und Grauzonen ausgeräumt werden. Die Europäische Kommission hat dazu im Frühjahr einen neuen Gesetzesvorschlag vorgelegt, der kommende Woche im Verkehrsausschuss debattiert wird.

Ich bekomme aber gerade viele Mails von Bürgern, die sich über eine Schwächung der Passagierrechte im Kommissionsvorschlag beschwerten. Sie kritisieren vor allem, dass in dem neuen Vorschlag ein Flug erst ab 5 Stunden Verspätung als "ausgefallen" gelten soll. Bei einem ausgefallenen Flug hat der Passagier Anspruch auf eine Entschädigungszahlung. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs gilt derzeit ein Flug schon ab einer 3-stündigen Verspätung als ausgefallen. Hintergrund dieser Erhöhung auf 5 Stunden war aber nicht eine Schlechterstellung des Passagiers. Die Kommission möchte den Fluggesellschaften mehr Zeit geben, das Verspätungsproblem zu lösen, um z.B. Ersatzteile oder eine Ersatzmaschine einzufliegen. Die Spanne von 3 Stunden ist dafür meist zu kurz, besonders bei technischen Pannen an Flughäfen fern der Heimatbasis. Die Fluggesellschaften erklären uns, für sie ist es derzeit einfacher, einen Flug bei einer erwarteten Verspätung von 3 Stunden ganz zu streichen, statt zu versuchen, das verspätete Flugzeug noch bereitzustellen. Sie haben ja kein Interesse mehr daran, die Passagiere mit dem vorgesehenen Flug noch zu befördern, da sie ohnehin Kompensationen zahlen müssen als wäre der Flug ausgefallen. Für die Passagiere bedeutet das dann zwar Geld, aber mitunter am Ende eine weit größere Verspätung vor allem wenn es nur wenige Ausweichflüge gibt. Die Reisenden müssen ja auf noch freien Plätzen in anderen Fliegern untergebracht werden. Zu diesem Punkt wird aber auch bei uns im Verkehrsausschuss noch viel gestritten werden.

Grundsätzlich enthält der neue Gesetzgebungsvorschlag aber viele eindeutige Verbesserungen für die Flugreisende, z.B. eine klare Definition von "außergewöhnlichen Umständen". Bisher lehnen Fluggesellschaften Entschädigungen häufig mit der Begründung ab, an der Verspätung sei ein "außergewöhnlicher Umstand" schuld. In diesem Fall brauchen Fluggesellschaften nämlich nicht zu zahlen. Hier soll es nun eine Liste geben, was ein "außergewöhnlicher Umstand" ist. Schwieriges Wetter gehört natürlich dazu oder ein Fluglotsenstreik, nicht aber das Fehlen von Piloten und Crew-Mitgliedern. Dies ist ein Problem, das die Fluggesellschaft im Vorfeld regeln kann. Wie soll aber ein technischer Defekt bewertet werden. Hätte die Fluggesellschaft durch bessere Wartung das Problem vermeiden können? Oder hatte sie keinen Einfluss darauf?

Mehr "Tankstellen" für Elektro-, Wasserstoff-, Gasfahrzeuge (Schattenberichterstatterin)

Ein Ziel der EU-Verkehrspolitik ist die CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich zu senken und Öl als dominanten Kraftstoff zu abgelösen. Damit sich sogenannte alternative Kraftstoffe wie Strom, Wasserstoff oder Gas besser durchsetzen können, müssen nicht nur entsprechende Motoren und Fahrzeuge entwickelt, sondern auch ein neues "Tankstellennetz" geschaffen werden. Kunden scheuen heute meist vor dem Kauf

einen Elektroautos zurück, weil man damit weniger unabhängig ist als mit dem klassischen benzinbetriebenen Auto. Erst wenn Autofahrer sicher sein können, dass sie ohne viel Suchen auch unterwegs oder in der Nachbarstadt eine frei zugängliche Aufladestation finden, wird das Elektroauto an Akzeptanz gewinnen. Das gilt genauso für Gas- oder Wasserstoff-Fahrzeuge.

Die Europäische Kommission hat deshalb einen Gesetzesentwurf zum Aufbau von Infrastruktur für alternative Kraftstoffe vorgelegt, an dem ich gerade im Verkehrsausschuss arbeite. Darin wird für jedes europäische Land eine bestimmte Anzahl von alternativen "Tankstellen" vorgeschrieben. Es geht dabei nicht nur um Autos. Auch Häfen sollen ausgestattet werden. Wenn der Anlegeplatz einen Stromanschluss hat, braucht das Schiff den Öl-Motor nicht laufen zu lassen, um die benötigte Energie an Bord zu erzeugen. Schiffe mit Flüssiggasantrieb (LNG) sind die Zukunft vor allem auf kurzen Strecken innerhalb Europas. Deswegen sollen große Häfen auch Gas-Tanks für LNG bereitstellen, das man übrigens auch als LKW-Antrieb verwenden kann. Zusätzlich soll für die Verbindungsstelle zwischen Fahrzeug und "Tanksäule" ein gemeinsamer EU-Standard geschaffen werden. So wird z.B. ein einheitlicher Stecker zum Laden von Elektroautos festgelegt. Das ist nicht nur für die Autofahrer praktisch, die ab und zu über die Grenze fahren, sondern erleichtert auch der Automobilindustrie die Produktion.

Bericht zur Maritimen Raumordnung (MSP) (Berichterstatteerin)

Vergangene Woche habe ich im Ausschuss für Verkehr und Tourismus meinen legislativen Bericht zur Rahmenrichtlinie für Maritime Raumordnung und Integriertes Küstenmanagement vorgestellt.

Die maritime Wirtschaft bietet nicht nur in Deutschland sondern in ganz Europa enormes Wachstumspotential. Moderne Technologien machen ganz anderen Rohstoffabbau möglich, als wir es bisher nur von Öl und Gas kennen. Gleichzeitig wird schon bald neben klassischer Windenergie auch aus Wellen und Gezeiten gewonnene Energie eine große Rolle spielen. Der Güterverkehr zur See wird weiter steigen genauso wie touristische Aktivitäten wie Kreuzfahrten.

All diese Aktivitäten unter einen Hut zu bekommen ist eine große Herausforderung. Manche lassen sich kombinieren, andere spielen sich in unterschiedlichen Bereichen ab, häufig aber beanspruchen mehrere Industriezweige dasselbe Gebiet und möglicherweise handelt es sich dabei ausgerechnet um ein ökologisch besonders wertvolles. Daher ist eine maritime Raumordnung dringend notwendig.

Einige Mitgliedstaaten haben die Zeichen bereits erkannt und betreiben schon seit Jahren eine Raumordnung nicht nur zu Land sondern auch im Meer. Insbesondere Anrainerstaaten der besonders intensiv genutzten Nordsee wie Deutschland sind hier Vorreiter. Andere Länder stehen aber erst ganz am Anfang oder haben noch gar nicht begonnen.

Deswegen setze ich mich in meinem Bericht zur Maritimen Raumordnung und dem Integrierten Küstenmanagement dafür ein, einen europäischen Rahmen festzulegen. In diesem sollen die Mitgliedstaaten Pläne und Strategien erstellen, um ihre natürlichen Ressourcen und Hoheitsgewässer besser nutzen zu können und

gleichzeitig auf ökologische Aspekte Rücksicht nehmen. Es geht darum einerseits ein wirtschaftliches Wachstum in den Küstenregionen anzukurbeln und gleichzeitig den sensiblen Lebensraum der Küsten und Meere zu erhalten. Allerdings ist es mir wichtig, dass auf europäischer Ebene nur der Rahmen festgelegt werden soll und erfolgreich arbeitende Mitgliedstaaten in ihrer bisherigen Tätigkeit nicht behindert werden sollen. Wir wollen keine neue Bürokratieebene in Brüssel installieren, sondern die Bestrebungen der Mitgliedstaaten sollen besser koordiniert werden und gerade die grenzübergreifende Zusammenarbeit gestärkt werden. Sicherlich eine große Aufgabe, aber ich sehe hier enormes Potential und will mit meinem Bericht die Umsetzung der Integrierten Meerespolitik auf europäischer Ebene weiter vorantreiben und somit der EU eine weltweite Voreiterrolle sichern.

Ende des Monats werden die eingereichten Änderungsanträge diskutiert und die endgültige Abstimmung über den Gesetzesentwurf erfolgt dann Anfang November.

III. Aus meinem Wahlkreis

Besuch beim Panzerbataillon 33 in Luttmersen

Gemeinsam mit dem FDP-Delegationsvorsitzenden des EP und Mitglied im Unterausschuss für Verteidigung Alexander Graf Lambsdorff, dem Bundestagskandidaten Thomas Iseke und dem Regionsvorsitzenden von Hannover Gerhard Kier besuchte ich das Panzerbataillon in Luttmersen. Nach einer Führung über das Kasernengelände und der Besichtigung von verschiedenen Ausrüstungsgegenständen sprachen wir mit Kommandeur und Oberstleutnant Martin Werneke unter anderem über die Aus- und Weiterbildung von Soldaten und über europäische Auslandseinsätze.

Erneut vom Regionsverband Hannover nominiert

Am 8. August wurde ich vom Regionsverband der FDP Hannover für die kommende Europawahl als Kandidatin nominiert. Für das große Vertrauen in mich und meine Arbeit möchte ich mich noch einmal recht herzlich bedanken. Mit dieser Unterstützung werde ich auf der nächsten Landesvertreter Versammlung der FDP Niedersachsen am 15. Sept. für Platz 1 der Landesvorschlagsliste antreten. Auch künftig möchte ich meine Arbeit im Ausschuss für Fischerei und im Verkehrsausschuss fortsetzen. Zwei Themen, die sehr viele Menschen in Niedersachsen bewegt.

Niedersächsischer Hafentag in Nordenham

Im Anschluss an die erste Arbeitswoche in Brüssel nach der Sommerpause fand am 6. September der 23. Niedersächsische Hafentag in Nordenham statt. Die Festreden in diesem Jahr hielten Olaf Lies, Nds. Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über niedersächsische Hafenwirtschaft und Dr. Ing. Ralf Hubo von den Dillinger Hüttenwerken zum Thema Stahl als wichtiger Pfeiler für die Energiewende. Ich fand es besonders interessant, dass Herr Lies, im Gegensatz zu unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil, gerne die Küstenregion fördern möchte.

Terminankündigungen:

- Veranstaltung zur Bundestagswahl und Landesvertreterversammlung zur Europawahl am 15. September in Braunschweig
- Besuch der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt am 19. September
- Europa-Abend des AGA Norddeutscher Unternehmerverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung e. V: am 19. September in Hamburg
- Besuch der Werkzeugmaschinen-Weltausstellung (EMO Messe) in Hannover am 20. September

Herzliche Grüße aus Straßburg,

Ihre Gesine Meißner

Oktober I 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Bundestagswahlergebnis hat auch bei unseren liberalen Schwesterparteien im Europaparlament große Betroffenheit ausgelöst und wurde ausführlich in der Fraktion diskutiert. Eigentlich ist der Wahlausgang unlogisch, denn Deutschland geht es nach den letzten Regierungsjahren im europäischen Vergleich sehr gut und wir werden von vielen beneidet. Generell ist auffällig, dass alle EU-Mitgliedstaaten mit starker liberaler Präsenz im Parlament oder in der Regierung gut dastehen. Aber nicht nur für gesunde Haushalte und den weiteren Weg in eine Stabilitätsunion werden Liberale auch in Zukunft gebraucht. Wie keine andere Fraktion hat die ALDE sich in den letzten Jahren gegen Bürokratie und Bevormundung und für den Schutz von Bürgerrechten und Privatsphäre eingesetzt. Außerdem sind wir die einzige Fraktion, die die Bedeutung von kleinen und mittelständischen Unternehmen für die Zukunft Europas nicht nur in Grundsatzreden beschwört, sondern - auf Initiative von uns FDP-Abgeordneten - in der Kampagne "Boost SMEs" mit Leben füllt und alle Gesetzesinitiativen auf Auswirkung auf KMUs hin überprüft.

All dies wird mit praktischen Beispielen unterlegt in unser Programm zur Europawahl einfließen, an dem wir - neben dem "Countdown" für die Gesetzgebung in dieser Wahlperiode - zur Zeit mit Hochdruck arbeiten. Denn natürlich ist unser Ziel ein gutes Ergebnis bei der Europawahl am 25. Mai 2014!

Aber nun zu den Debatten und Beschlüssen dieser Plenarwoche - für mich war sie wegen der hart erkämpften Zustimmung zum Fischereiabkommen der EU mit Mauretanien und der erreichten Verbesserung bei Dienst- und Ruhezeiten von Piloten sehr erfolgreich.

I. Aktuelles

Nominierung als niedersächsische FDP-Spitzenkandidatin für die Europawahl

Auf der Landesvertreterversammlung am 15. September in Braunschweig wurde ich mit 92,14 Prozent als Spitzenkandidatin für die Europawahl der Liberalen Niedersachsen gewählt.

Fast 80 Prozent aller deutschen Gesetze werden von europäischer Ebene vorgegeben. Dies zeigt den hohen Stellenwert der Europäischen Union. Mit dem Lissabon-Vertrag sind die Rechte des Europäischen Parlaments gewachsen. Das Verbot der Glühbirne, das vom damaligen Umweltminister Sigmar Gabriel in den europäischen Rat als Thema eingebracht und dort beschlossen wurde, hätte es mit den im Lissabon-Vertrag gestärkten Rechten der Abgeordneten des europäischen Parlaments nicht gegeben.

Ich möchte mich bei allen für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken.

Übersicht meiner Arbeit in Form einer Bilanz

Im Juli 2009 habe ich mein Mandat als Abgeordnete im Europäischen Parlament übernommen. Mit dieser Bilanz möchte ich Ihnen nicht nur einen Überblick über meine bisherige Tätigkeit in Brüssel, Straßburg und Deutschland geben, sondern gleichzeitig exemplarisch zeigen, welche Chancen und Herausforderungen die Arbeit als Europaabgeordnete bietet. Zudem möchte ich die verschiedenen Themenbereiche aufzeigen, in denen ich mich in den vergangenen vier Jahren engagiert habe und weiter engagiere.

Als verkehrs- und meerespolitische Sprecherin der FDP-Delegation im Europäischen Parlament liegt hier ein großer Schwerpunkt meiner Tätigkeit, aber die Aufgaben einer Europaabgeordneten sind sehr vielfältig. In den vergangenen vier Jahren hat die Europäische Union mein Leben sicher mehr bestimmt als jemals zuvor. Gleichzeitig ist mir aber noch deutlicher geworden, wie viel Europa bereits heute in unserem Alltag steckt. In Brüssel werden Entscheidungen getroffen, die anschließend in Paris und Madrid genauso ihre Wirkung entfalten wie in Hannover oder Greetsiel.

Deswegen sind mir der regelmäßige Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern, der Besuch von mittelständischen Unternehmen und das Gespräch mit Parteifreunden auch so wichtig. Mit dieser Bilanz möchte ich diesen Kontakt daher weiter intensivieren und gleichzeitig dazu beitragen, die Transparenz europäischer Politik weiter zu erhöhen.

Zur Onlineversion meiner Bilanz gelangen Sie hier:

http://gesine-meissner.de/fdp/files/bilanz_gesinemeissner_2013_2308_screen.pdf.

II. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Drei Abstimmungen über Berichte aus dem Fischereiausschuss standen in dieser Woche auf der Tagesordnung in Straßburg. Alle drei Dossiers habe ich für die liberale Fraktion bereits in den Ausschüssen betreut.

Während der Bericht zur Konfliktvermeidung im Mittelmeer und dem Schwarzen Meer weitgehend unkritisch war, boten die anderen beiden Abstimmungen mehr Konfliktpotential.

Eine umfassende Fischereistrategie der EU im Pazifik

Ich begrüße zwar die Initiative einer expliziten Fischereistrategie der EU im Pazifik, stimme aber in einigen Teilen des Berichts nicht mit der Berichterstatterin überein. Im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) hat das Europäische Parlament Anfang des Jahres deutlich gemacht, dass in Zukunft eine nachhaltige Bewirtschaftung der europäischen Fischbestände als Grundprinzip verankert sein muss. Ein ganz wichtiger Schritt für eine Erholung der Bestände und damit auch für eine langfristige Sicherung des Fischereisektors in Europa.

Die Angestrebte Besserung in Europa darf aber nicht auf Kosten der Bestände in anderen Regionen gehen. Daher ist es wichtig, das Prinzip der Nachhaltigkeit in Fischereiabkommen mit Drittstaaten zu etablieren. Besonders wichtig ist dies im Pazifik. Dort gibt es noch reichhaltige Bestände, die allerdings in den vergangenen Jahren sehr unter Druck geraten sind, da insbesondere japanische, amerikanische und chinesische Fangflotten ihre Aktivitäten intensiviert haben. Die europäische Flotte spielt eine eher geringe Rolle. Allerdings kann ihr gerade deshalb eine Schlüsselrolle zukommen.

Bisher werden die Abkommen mit den vielen Inselstaaten im Pazifik auf individueller Basis geschlossen. Die kleinen Länder können eigenen Interessen in den Abkommen dementsprechend kaum durchsetzen. Wichtig wäre es für EU, neue Maßstäbe zu setzen und einen stärker regionalen Ansatz zu verfolgen und die Inselstaaten bei dem Kampf gegen illegale Fischerei zu unterstützen. Dadurch könnte die EU als Partner Standards etablieren, an denen sich die anderen Nationen orientieren müssen.

Leider ist der Bericht in meinen Augen nicht ambitioniert genug. Eine direkte Verbindung zwischen Handels- und Fischereiabkommen konnte allerdings schon im Fischereiausschuss verhindert werden. Der entsprechende Artikel sah vor, eine Intensivierung der Handelsbeziehungen direkt an den Abschluss von Fischereiabkommen zu koppeln. Dadurch hätte sich die Situation aber noch verschlechtert und das Image der Europäischen Union in der Region großen Schaden erlitten, denn das wäre ein Verstoß sowohl gegen europäische Grundsätze wie international gültige Standards gewesen.

Das Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Union und Mauretanien

Die Zustimmung des Europäischen Parlaments zum Fischereiabkommen mit Mauretanien ist enorm wichtig für die zukünftige Ausgestaltung aller Abkommen mit Drittstaaten. Das Abkommen besitzt Modellcharakter, da es erstmals auf Augenhöhe ausgehandelt wurde und versucht mauretanische und europäische Interessen gleichermaßen zu berücksichtigen.

Seine Konditionen waren in den vergangenen Monaten heftig umstritten und erst intensive Überzeugungsarbeit und etliche Nachverhandlungen zwischen der mauretanischen und europäischen Delegation haben letztlich eine Zustimmung ermöglicht. Kernpunkt der Auseinandersetzung war der Zugang zu den Beständen von Kopffüßern. Insbesondere spanische Fischer hatten die als Tintenfische bekannten Kopffüßer in den vergangenen Jahrzehnten gefangen und die Bestände dabei dramatisch reduziert. Die mauretanische Delegation erklärte von Beginn an, dass die Bestände in Zukunft deutlich schonender befischt werden müssten und dass dies ausschließlich von mauretanischen Fischern geschehen sollte. Das Land verfügt über keine hochtechnologische Flotte, aber der Fang von Tintenfischen ist technologisch nicht besonders anspruchsvoll und soll ein erster Schritt sein, um den eigenen Fischereisektor zu stärken. Ein Anliegen, das sowohl dem Grundanliegen dieser Abkommen entspricht als auch im Einklang mit den Zielen der europäischen Entwicklungspolitik steht. Deswegen heißen diese Abkommen "Partnerschaftliche Fischereiabkommen", denn der Zugang zu Ressourcen ist nur ein Faktor. Genauso wichtig ist es, eine Partnerschaft mit den Entwicklungsländern aufzubauen und denen bei dem Aufbau eines eigenen Fischereisektors zu helfen, um langfristig viele Bestände selbst befischen zu können und dadurch weniger abhängig von Zahlungen aus dem Ausland zu sein.

Als Berichterstatterin der Stellungnahme des Entwicklungsausschusses habe ich das Abkommen mehr als ein Jahr verfolgt, mich mit verschiedenen NGOs und mauretanischen Fischern getroffen und immer wieder für seine Unterstützung geworben. Bereits im Entwicklungsausschuss wurden intensive Debatten geführt, da die spanische Fischereiindustrie die spanischen Abgeordneten heftig unter Druck setzte, ihren Fraktionen von einer Zustimmung abzuraten. Im federführenden Fischereiausschuss positionierte sich der von den kanarischen Inseln kommende Berichterstatter klar gegen das Abkommen und konnte diese Position auch knapp in der Abstimmung durchsetzen. Gemeinsam mit verschiedenen Nichtregierungsorganisationen habe ich zusammen mit einigen anderen Abgeordneten danach noch einmal eine Aufklärungskampagne über die vielen Vorteile des Abkommens gestartet. Wie wichtig das war, zeigte sich erst wieder in dieser Woche in der ARD-Sendung "hart aber fair", in welcher das Abkommen völlig falsch als Ausnutzung westafrikanischer Fischer dargestellt wurde. Dass mit dieser Übereinkunft völlig neue Standards etabliert werden, wurde völlig ignoriert, obwohl vor der Sendung bei mir und anderen Abgeordneten nach weiteren Informationen gefragt wurde. Gemeinsam mit verschiedenen NGOs wie "Brot für die Welt" bemühe ich mich derzeit um eine Richtigstellung dieser Falschinformation.

Am Mittwoch hat sich dann das Europäische Parlament mit einer großen Mehrheit für das Abkommen ausgesprochen. Ein Erfolg für die europäische Entwicklungs- und

Fischereipolitik, deren Grundsätze sich gegenüber einzelner regionaler oder nationaler Interessen durchgesetzt haben.

Die Vernunft siegt bei der Abstimmung zu Flug- und Ruhezeiten für Piloten

Wie lange darf ein Pilot höchstens im Cockpit sitzen? Ab wann lässt die Konzentration nach und steigt das Risiko von Müdigkeit? Wie lange müssen die Ruhezeiten für die Regeneration zwischen den Flügen sein, bevor der Pilot wieder eingesetzt werden kann? Welche Ausruhmöglichkeiten gibt es an Bord, wenn die Piloten während eines Langstreckenflugs abwechselnd schlafen? Schlaf in einem Economy-Sitz hat nicht denselben Erholungswert wie in einer Schlafkoje.

Die Europäische Kommission hat zu all diesen Fragen neue europäisch einheitliche Regeln vorgeschlagen. Darin werden Dienst- und die damit zusammenhängenden Ruhezeiten für Piloten und Kabinenpersonal festgelegt. Sie orientieren sich an den höchsten Sicherheitsstandards in Europa und sind daher strenger als die meisten nationalen Regeln, die heute in den verschiedenen Mitgliedstaaten gelten. Zudem bleibt es jedem Mitgliedstaat und auch jeder Airline überlassen im Rahmen von Tarifverträgen noch weniger Arbeitsstunden für ihr Personal festzusetzen.

Die Pilotengewerkschaften Cockpit stellen allerdings einige der neuen Vorschriften als hochgefährlich dar, weil sie Übermüdung im Cockpit nicht verhindern würden. Vor allem die maximale Nachtflugzeit sollte statt der vorgeschlagenen 11 Stunden nur 10 Stunden betragen, wobei heute in keinem Mitgliedsstaat eine 10 Stunden-Grenze gilt. Der Durchschnitt liegt derzeit bei 11h 45min. Die breit angelegte Cockpit-Kampagne "Dead Tired" hat viele Abgeordnete verunsichert und zu einer Ablehnung des Kommissionsvorschlags im Verkehrsausschuss geführt. Zum Glück hat diese Woche bei der Plenar-Abstimmung die Mehrheit der Abgeordneten trotz großen öffentlichen Drucks einen kühlen Kopf bewahrt und den Vorschlag der EU-Kommission angenommen. Damit haben wir einen echten Fortschritt beim Thema Sicherheit erreicht. Mit der Ablehnung der neuen Regeln und ihren Maximalforderungen haben die Gewerkschaften nur riskiert, dass der (nach ihrer Logik unverantwortliche) Status Quo weiter über Jahre hinweg in Kraft bleibt.

Debatten am Mittwoch ganz im Zeichen von Flüchtlingskatastrophen

"Mögliche EU-Maßnahmen zur Bewältigung der syrischen Flüchtlingskrise" war das Thema der sogenannten Schlüsseldebatte am Mittwochmorgen im Europäischen Parlament in Straßburg. Die weiter verheerende Lage in Syrien und die stetig wachsenden Flüchtlingsströme bereiten vor allem Nachbarstaaten wie dem Libanon, Irak, Jordanien und der Türkei zunehmend erhebliche Probleme. Die Zahl der Flüchtlinge liegt mittlerweile bei über zwei Millionen und soll Schätzungen zu Folge bis zum Ende des Jahres auf über drei Millionen ansteigen.

Eine am Mittwoch beschlossene Resolution soll nun eine fortlaufende humanitäre Hilfe, Unterstützung für Flüchtlinge sowie sichere Einreisebedingungen und faire Asylverfahren in der EU sicherstellen. Alle bestehenden Gesetze und Verfahren der EU sollen dazu untersucht werden.

Ebenso betonen wir Abgeordneten in dieser Entschließung die Notwendigkeit einer Konferenz über humanitäre Hilfe der EU, auf welcher vorrangig erörtert werden soll, wie den besonders betroffenen Ländern dieser Region beim Umgang mit den wachsenden Flüchtlingsströmen und der Offenhaltung ihrer Grenzen für alle syrischen Flüchtlinge geholfen werden kann. Erfreulicherweise hat EU-Kommissar Michel Barnier bereits der Organisation einer solchen Konferenz zugestimmt.

"Flüchtlingskatastrophen und EU-Migrationspolitik" waren auch am Nachmittag noch hochdiskutierte Themen im Plenum. Nachdem Parlamentspräsident Martin Schulz diese Plenarsitzung am Montag mit einer Schweigeminute für die vor der Küste Lampedusas ertrunkenen Migranten eröffnete, diskutierten wir Abgeordnete dann am Mittwoch über eine gemeinsame Politik der legalen Einwanderung. Katastrophen wie diese müssen künftig verhindert werden. Außerdem betonten wir die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Dritt- bzw. Herkunftsländern der Migranten an den Ursachen des Problems.

Zum Hintergrund: Am 3. Oktober hatte ein Boot mit über 300 Migranten beim Überqueren des Mittelmeers vor der italienischen Küste Lampedusas Feuer gefangen und ist daraufhin gekentert. Hunderte Flüchtlinge sind bei dieser Katastrophe ums Leben gekommen.

Europäisches Parlament verabschiedet neue Tabakproduktrichtlinie

Um das Rauchen künftig vor allem weniger attraktiv für junge Menschen zu machen, haben wir Abgeordneten am Dienstagmittag in Straßburg einen Gesetzentwurf der neuen EU-Tabakproduktrichtlinie (TPD) verabschiedet. Leider ist bei einigen verabschiedeten Vorschriften und Verboten nicht immer klar, wie diese positiv der Gesundheitsgefährdung entgegen wirken sollen.

Der neue Gesetzentwurf sieht nicht nur neue Vorschriften für beispielsweise die Größe von Gesundheitswarnungen oder ein Verbot von Zigaretten mit Frucht- und Mentholgeschmack vor, sondern gleichzeitig auch neue Regeln für die sogenannten E-Zigaretten.

Wir Liberalen haben uns dafür eingesetzt, dass Warnhinweise entgegen den vorgeschlagenen 75 % der Europäischen Kommission, nur 65 % beider Packungsseiten ausmachen und am oberen Rand der Verpackung angebracht werden müssen. Zudem konnten wir durchsetzen, dass elektrische Zigaretten nicht unter dieselben Vorschriften wie Arzneimittel fallen, es sei denn, sie werden als Mittel zur Heilung oder Verhütung von Krankheiten angeboten. Somit unterliegen sie denselben Beschränkungen wie Tabakprodukte, d. h. sie müssen so u. a. ebenfalls Gesundheitswarnungen auf der Verpackung tragen und dürfen nur an Personen mit einem Mindestalter von 18 Jahren verkauft werden.

Leider setzte sich während der Abstimmungen am Dienstag - entgegen unserer FDP-Position - auch ein Verbot des Aromastoffes Menthol durch. Nach In-Kraft-Treten der neuen Richtlinie bleibt dieser Aromastoff damit für eine Übergangsfrist von acht Jahren weiterhin erlaubt, bevor er komplett verboten sein wird.

Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung: Neue Anforderungen an Bau- und Energieprojekte

Wir Abgeordneten haben am Mittwoch dem Vorschlag unseres ALDE-Berichterstatters des Umweltausschusses Andrea Zanoni zugestimmt, wonach eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zukünftig nicht nur private und öffentliche Bauprojekte betrifft, sondern auch die Erkundung und Förderung von Schiefergasvorkommen - dem sogenannten Fracking.

Die UVP-Richtlinie legt wesentliche Prüfkriterien fest, anhand derer die Projektträger nachweisen müssen, welche negativen Folgen der Bau von Brücken, Eisenbahnstrecken oder Fabriken für die Umwelt mit sich bringt. Neben der Ausweitung der verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung auf Fracking-Vorhaben, soll zukünftig auch die Öffentlichkeit umfassender mit Informationen versorgt werden. Dass die neuen Vorschriften im Rahmen der geänderten UVP-Richtlinie die Verfahren einer UVP vereinfachen und den Verwaltungsaufwand verringern, ist allerdings fraglich.

Wir Liberale haben uns bereits im Vorfeld der Abstimmung dazu kritisch geäußert. Die UVP ist ein Verfahrensinstrument und kann über keine materiell-rechtlichen Kompetenzen verfügen. Dazu gibt es schließlich das Fachrecht.

Zum jetzigen Zeitpunkt muss die EU noch mit den Mitgliedsstaaten über das Gesetz verhandeln, bevor es in Kraft treten kann.

Verbesserung der beruflichen Mobilität durch vereinfachte Anerkennung der Berufsqualifikationen

Die Europäische Union hat sich vorgenommen die im Rahmen der Strategie "Europa 2020" berufliche Mobilität der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und damit Wachstums- und Wettbewerbsimpulse zu setzen. Dazu hatte die Europäische Kommission bereits im Dezember 2011 einen Vorschlag vorgelegt, der die Anerkennung von Berufsabschlüssen innerhalb der Mitgliedsstaaten erleichtern soll. Am Mittwoch stand dieser Vorschlag dann im Plenum in Straßburg zur Abstimmung.

Die größte Neuerung im Vorschlag der Europäischen Kommission zur Aktualisierung der Richtlinie über die Berufsqualifikationen ist die Einführung eines freiwilligen europaweiten Berufsausweises. Dieser soll helfen, das Verfahren zur Anerkennung zu harmonisieren und langfristig die unterschiedlichen Anforderungen für die etwa 800 verschiedenen Berufe in der EU anzugleichen. Auch sieht die neue Richtlinie vor, Informationen für die berufliche Mobilität in einer zentralen Anlaufstelle zur Verfügung zu stellen. Im Vorfeld der Abstimmung war der Vorschlag der Kommission bereits vielfach positiv aufgenommen worden. Wir Liberale begrüßen die Entscheidung des Parlaments als eine wesentliche Errungenschaft im Bereich der gemeinsamen europäischen Binnenmarktpolitik und einen wichtigen und richtigen Schritt in Zeiten von Krise und hoher Jugendarbeitslosigkeit.

Mündliche Anfrage an die Europäische Kommission: Solidarität mit Litauen

In einer mündlichen Anfrage habe ich mich gemeinsam mit meinen Kollegen der EVP Laima Andrikiene und Daniel Caspary am Dienstag in Straßburg an die Europäische Kommission gewandt, um unseren Unmut über die verschärften Grenzkontrollen des russischen Zolls gegenüber litauischen LKWs zu bekunden.

Die überzogenen Kontrollen an der Grenze Litauens zu seinem großen Nachbarn führten zu erheblichen Einschränkungen des Waren- und Güterverkehrs und verursachten Schätzungen zu Folge einen Schaden von ca. zwei Millionen Euro pro Tag. Bislang hat die russische Regierung zu diesem Thema noch keine Stellung genommen.

Wir fordern die Kommission eindringlich dazu auf, diplomatischen Druck auf Russland auszuüben. Die Blockadepolitik Russlands gegenüber Litauen ist eine Herausforderung für die gesamte Europäische Union sowie das internationale Handelssystem. Russland muss sich an die Vorgaben der Welt Handelsorganisation (WTO) halten.

Trotz der guten Beziehungen zu Russland ist die EU jetzt aufgefordert, in angemessenem Rahmen Konsequenzen zu ziehen. Die Diskriminierungen gegen Litauen sind eine Diskriminierung gegen die gesamte Europäische Union.

ALDE-Nominierte Malala Yousafzai gewinnt 25. Sacharow-Preis

Ein sehr bewegender Moment während dieser Plenarwoche in Straßburg war die Bekanntgabe der Gewinnerin des diesjährigen Sacharow-Preises für geistige Freiheit des Europäischen Parlaments. Malala Yousafzai - die gerade einmal 16-jährige Pakistanerin - verlor in ihrem Kampf für die Rechte von Mädchen auf Schulbildung beinahe ihr Leben und lies sich dennoch nicht einschüchtern. Sie hat mit ihrem unendlichen Mut weltweite Anerkennung als Kämpferin für Menschenrechte gewonnen.

Wir Liberale hatten Yousafzai, die sich im Swat-Tal Pakistans, wo die radikalislamischen Taliban Mädchen den Schulbesuch verwehren, für ihr Recht auf Bildung eingesetzt hatte, für die Auszeichnung des mittlerweile 25. Sacharow-Preises nominiert. Bei einer Zeremonie während der Plenarsitzung im November wird die 16-jährige pakistanische Aktivistin ihre Auszeichnung im Europäischen Parlament in Straßburg dann persönlich entgegen nehmen.

III. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Europäischer Markt für Paketzustellungen

In die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses fallen neben den klassischen Transportthemen auch verwandte Bereiche wie Tourismus und auch Postdienste. Aus diesem Grund beschäftige ich mich gerade mit einem Gesetzesvorschlag zum europäischen Paketmarkt. Während immer weniger Briefe verschickt werden, wächst der Paketmarkt vor allem wegen des blühenden online-Handels, und Shoppen im Internet kennt natürlich keine Grenzen. Aber bei der grenzüberschreitenden Zustellung von bestellten Waren gibt es bisweilen Unklarheiten. Viele Online-Händler haben die Versandkosten ja schon in die Produkte eingepreist, daher bieten sie Versand und Rücksendung "kostenlos" an. Übernimmt der Versandhändler aber bei Verschickung ins Ausland weiterhin die Kosten, die weit teurer sind als bei nationalen Zustellungen? Ist auch die Rücksendung kostenfrei, wenn man die Ware nicht behalten möchte? Muss der Kunde länger auf bestellte Ware aus dem Ausland warten?

Viele dieser Unklarheiten kann man beseitigen, wenn man den Online-Händler verpflichtet, beim Kauf klare Informationen über die Versand- und Rücknahmebedingungen auch für das Ausland zu geben. Auch sollte deutlich sein, wie lange man auf das Produkt warten muss und ob nur gegen Aufpreis eine schnelle Lieferung möglich ist. Teilweise lassen sich die Schwierigkeiten beim grenzüberschreitenden Versand aber dadurch erklären, dass die Postdienstleister wie die Deutsche Post natürlich traditionell national organisiert sind. Das heißt, das Verteilernetz und die internen Abläufe sind für Postsendungen innerhalb Deutschlands ausgerichtet, denn der Großteil der Sendungen verlässt das Land auch nicht. Pakete, die aus dem benachbarten Ausland kommen, passen nicht in dieses gut funktionierende System. Sie haben z. B. andere Etiketten und Labels, die die Postsortiermaschinen nicht automatisch erkennen können. Ein Paket, das von Dresden nach Prag geschickt wird, überquert auch nicht gleich die nahe Grenze nach Tschechien, sondern ist u.U. erst mal in der Gegenrichtung unterwegs bis zur nächsten Sammelstelle für Auslandspost.

Fachgespräch zum Thema Jugendarbeitslosigkeit

Derzeit sind in der Europäischen Union etwa sechs Millionen junge Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren ohne Arbeit. Diese Altersgruppe ist mit am stärksten von den Folgen der aktuellen Krise in Europa betroffen. Die Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedsländer zeigen sich besorgt über diese Entwicklung und bemühen sich Lösungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu finden.

Auch die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) befasst sich mit der Jugendarbeitslosigkeit in Europa. In diesem Rahmen hatte mich die EKD am 2. Oktober zu einem Fachgespräch in ihrer Vertretung in Brüssel eingeladen, um dort gemeinsam mit Vertretern verschiedener evangelischer Jugendarbeitsverbände sowie Betroffenen zu dem Thema: "jung. talentiert. joblos. Suche Zukunft in Europa" zu diskutieren.

Aus liberaler Sicht sollte, neben der Förderung von Bildung und Ausbildung der jungen Europäer, die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht zu kurz kommen. In Niedersachsen etwa organisieren die Handwerkskammern, die IHK Nord und auch die Ems-Achse Programme, um Auszubildende aus Spanien in niedersächsischen Unternehmen unterzubringen.

Dies ist ein sehr guter Ansatzpunkt, da auf diese Weise gleich zwei Problemen positiv entgegen gewirkt werden kann: der regionale Mangel an Auszubildenden in Deutschland und gleichzeitig die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa. Es ist wichtig, solche grenzüberschreitenden Initiativen, die direkt von Unternehmern ins Leben gerufen werden, Deutschland und Europaweit noch bekannter zu machen.

IV. Aus meinem Wahlkreis

Teamklausur auf Langeoog

Vom 25.-27. September war ich mit meinem Team aus Brüssel und Deutschland auf der ostfriesischen Insel Langeoog. Auf der Tagesordnung stand neben Absprachen über meine anstehenden Dossiers im Parlament insbesondere schon die Vorbereitung auf die Europawahl und die Aufgabenverteilung für einen reibungslosen Ablauf. Wie bei allen Teamklausuren trafen wir uns zu einem Abendessen mit dem FDP-Ortsverband, koordiniert durch den Vorsitzenden Hans-Jochen Voss. Nach meinem Bericht über die aktuelle Europapolitik trugen mir die Langeooger Parteifreunde ihre kommunalen Anliegen vor. Mich hat es gefreut, dass auch der Kreisvorsitzende Helge Franzkisky extra auf die Insel gekommen war. Am nächsten Tag erfuhren wir bei einer Inseltour von Bürgermeister Uwe Garrels, der auch ausgebildeter Wattführer ist, viel über Entstehung und Veränderung der ostfriesischen Inseln und das Leben im Watt.

Besuch bei Airbus in Stade

Das europäische Unternehmen Airbus, weltweit zweitgrößter Flugzeughersteller, betreibt verschiedene Standorte in meiner Region. Nach Gesprächen mit Airbus-Repräsentanten auf Veranstaltungen in Brüssel und Hamburg konnte ich heute einen Einblick über die einzelnen Arbeitsbereiche am Standort "CFK-Valley" in Stade gewinnen. Der stellvertretende Werksleiter Herr Arndt, Herr Schattenmann (Leiter der Abteilung Politik in Berlin) und Herr Dr. Markus Broich (Leiter des Verbindungsbüros in Brüssel) führten mich durch die Produktionshallen, zuletzt durch den riesigen Neubau für den Airbus 350. CFK als vergleichsweise leichtes Material kommt mittlerweile bei allen Flugzeugtypen zum Einsatz. Beim Abschlussgespräch mit dem Werksleiter Dr. Walla diskutierten wir die für Airbus relevanten Themen Emissionshandel, Einheitlicher Europäischer Luftraum, Fluglärm und Forschungsmittel für den Flugbereich.

Terminankündigungen:

- TEN-T-Days 2013 vom 16.-18. Oktober in Tallinn
- Landesvorstandsklausur am 19. Oktober in Hannover
- Gastrede anlässlich des Parteitages unserer Partnerpartei "Koinonia Axion" vom 25.-27. Oktober in Athen sowie diverse bilaterale Gesprächstermine vor Ort
- Konstituierende Sitzung der Programmkommission am 28./29. Oktober in Brüssel

Herzliche Grüße aus Straßburg,

Ihre Gesine Meißner

Oktober II 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

während der zweiten Plenarsitzung in Straßburg letzte Woche hatten wir - insbesondere am Mittwoch - einen wahren Abstimmungs-Marathon zu bewältigen. Neben den Vota über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, dem EU-Haushaltsplan 2014 und über die EntschlieÙung zum Zustrom von Migranten im Mittelmeerraum debattierten wir beispielsweise auch im Vorfeld über den EU-Gipfel am 24./25. Oktober in Brüssel.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Votum über EMFF klares Signal für eine nachhaltige Fischerei

Die Abstimmung am 23. Oktober über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) war ein großer Erfolg für die liberale Fraktion. Im Fischereiausschuss hatte sich noch knapp die rückwärtsorientierte Subventionspolitik des französischen Berichterstatters durchgesetzt. Das Votum von Mittwoch war aber ein klares Signal für eine nachhaltige Fischerei und eine zukunftsorientierte Mittelvergabe im Fischereisektor.

Der mit rund 5,5 Mrd. Euro ausgestattete EMFF soll sowohl die Integrierte Meerespolitik (IMP) als auch die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) für den Zeitraum von 2014 bis 2020 finanzieren. Die Mittel werden vorwiegend nach Größe der Fischereiflotte an die Mitgliedstaaten überwiesen. Dadurch soll den Mitgliedstaaten im Sinne der Fischereireform mehr Eigenverantwortung verliehen werden. Allerdings müssen sich die Länder an die Vorgaben der GFP und des EMFF halten, um die Mittel abrufen zu können.

Der Rahmen, den das Parlament dabei vorsieht, ist die Neuausrichtung auf eine nachhaltige Fischerei, um die Zukunftsfähigkeit des Sektors zu sichern.

Subventionierte Neubauten, wie von den Konservativen gefordert, hätten letztlich nur wie in der Vergangenheit eine Überkapazität der Flotte befördert. Eine Förderung, die in Europa auf Grund des internationalen und innereuropäischen Drucks erst 2004 eingestellt worden war. Eine Wiederaufnahme dieser Zahlungen hätte zudem kein Geld für andere dringend nötige Investitionen gelassen. Gerade in die Forschung, Datenerhebung und Ausbildung der Fischer muss noch mehr investiert werden.

Mir persönlich war es wichtig, dass mit dem EMFF die Integrierte Meerespolitik erstmals angemessene Berücksichtigung findet. Eine ausreichende Finanzierung für die Vielzahl von Projekten und Entwicklungen, die in den vergangenen Jahren im Rahmen von IMP und der Agenda für ein "blaues Wachstum" entstanden sind, ist dringend erforderlich. Hier entstehen ganze Wirtschaftszweige, in denen Europa das Potential zum weltweiten Vorreiter hat.

Die Abstimmung ist ein deutliches Votum des Parlaments für die anstehenden Verhandlungen mit dem Rat. Bis Jahresende soll es zu einer Einigung kommen, damit der Fonds noch rechtzeitig zum Jahreswechsel verabschiedet werden kann.

Plenum debattiert über EU-Gipfel am 24./25. Oktober in Brüssel

Nachdem die sogenannte Schlüsseldebatte während der ersten Plenarsitzung im Oktober in Straßburg ganz im Zeichen der syrischen Flüchtlingskrise stand, wurde am vergangenen Mittwoch über den bevorstehenden EU-Gipfel am 24./25. Oktober in Brüssel gesprochen.

Zunächst stellten sowohl Kommissionspräsident José Manuel Barroso als auch Ratspräsident Vytautas Leškevičius einige Schwerpunkte der geplanten Tagesordnung während dieser zwei Sitzungstage vor. Neben Themen wie digitale Wirtschaft und Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit sollten in Brüssel natürlich auch die Wirtschafts- und Währungsunion sowie Möglichkeiten einer legalen Zuwanderung diskutiert werden.

Im Anschluss hatten die Vorsitzenden verschiedener Fraktionen die Möglichkeit, die Ansichten ihrer Fraktion vorzustellen. Unser Vorsitzender der Liberalen, Guy Verhofstadt, betonte ausdrücklich seine Frustration über die vorhandene Budgetsituation. Außerdem forderte er die Schaffung einer gemeinsamen Zuwanderungspolitik sowie zusätzliche Mittel für Frontex und Eurosur. Nur so kann der illegalen Einwanderung künftig erfolgreicher entgegen wirken.

Überschattet war der EU-Gipfel aber natürlich von dem Vorwurf, dass die NSA das Mobiltelefon von Kanzlerin Angela Merkel abgehört habe. Laut EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy soll Merkel nun gemeinsam mit dem französischen Präsident François Hollande den Skandal um die Spähaktionen des Geheimdienstes NSA mit den USA klären und beim Dezember-Gipfel Bericht erstatten.

EU-Haushaltsplan 2014: keine Kürzungen im Bereich Wachstum und Forschung

Am vergangenen Donnerstag hat das Europaparlament den nachträglichen Haushalt in Höhe von 2,7 Milliarden Euro für den EU Haushalt 2013 verabschiedet. Das Loch

im jährlichen EU-Budget war entstanden, da die Zolleinnahmen an den Außengrenzen der weitaus geringer ausgefallen waren, als vom Statistischen Dienst EUROSTAT ursprünglich angenommen.

Unser ALDE-Vorsitzender, Guy Verhofstadt, fand im Vorfeld der Abstimmung deutliche Worte. Nachtragshaushalte für den Ausgleich eines Haushaltsdefizits können nicht zur Regel werden. Er sei eine rote Linie, die nicht überschritten werden dürfe.

Bereits einen Tag zuvor hatten die Abgeordneten in Straßburg den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr 2014 verabschiedet. Dieser sieht im Bereich der Verpflichtungen ein Budget von 142,6 Milliarden Euro und im Bereich der Zahlungen ein Budget von 136,1 Milliarden Euro vor.

Wir Abgeordneten wiesen die vom Rat vorgeschlagenen Kürzungen zurück und beschlossen eine Aufstockung bei den Zahlungen von 34 Millionen Euro. Vor allem bei der Stärkung der Wirtschaft, im Bereich der Forschung und Unternehmertum und bei der Bekämpfung von (Jugend-)Arbeitslosigkeit in Europa darf der Konjunkturaufschwung durch Einsparungen nicht gefährdet werden.

Wegen der aktuellen Diskussion um Flüchtlinge in der EU einigte man sich auch auf eine Aufstockung des Budgets für Frontex.

Zur Abstimmung stehen jetzt noch die Nachtragshaushalte 8 und 9 auf der Agenda, die unter anderem Mittel für die Fluthilfe des Hochwassers 2013 in Deutschland, Österreich und Tschechien vorsehen.

Medizinproduktrichtlinie: Mehr Patientensicherheit und Raum für Innovationen

Vom Heftpflaster bis zum Herzschrittmacher - mehr als eine halbe Million verschiedener Produkte fällt in die Kategorie Medizinprodukte und damit unter die sogenannte Medizinprodukt-Richtlinie.

Am vergangenen Dienstag hat das Europäische Parlament in Straßburg einen Vorschlag des Gesundheitsausschusses zurückgewiesen, wonach die Zulassung von Medizinprodukten in der EU zentral von unabhängigen Expertengruppen erfolgen soll. Aus liberaler Sicht, ist dies ein wichtiger Erfolg, nicht nur für die Patienten, sondern auch für viele kleine und mittlere Unternehmen der Medizintechnologie.

Die Zulassung von Medizinprodukten erfolgt nach diesem Beschluss auch weiterhin auf nationaler Ebene von Zulassungsstellen wie der DEKRA oder dem TÜV. Eine zentrale Zulassung von Medizinprodukten, wie von der Kommission gefordert, würde vor allem beim Patienten für Verunsicherung sorgen, wenn er länger als bisher auf ein innovatives Medizinprodukt warten muss, so unsere liberale Position.

Für die Zulassung von Hochrisikomedizinprodukten (z. B. Hüft- oder Brustimplantate) sollen in Zukunft allein spezielle Zulassungsstellen entscheiden dürfen, die dafür von der Kommission bestimmt werden. Damit reagierte das Parlament auf die Folgen des

Skandals um die mit billigem Industriesilikon gefüllten Brustimplantate aus dem Jahr 2011.

Verordnung zur Abwrackung von Schiffen setzt neue Umwelt- und Gesundheitsstandards

Mit einer deutlichen Mehrheit haben wir Abgeordneten am Dienstag den Entschließungsantrag zur neuen Verordnung zur Abwrackung von Schiffen beschlossen. Danach dürfen in der EU zugelassene Schiffe künftig nicht mehr wie bisher an den Stränden der dritten Welt recycelt werden, sondern in speziell dafür vorgesehenen Anlagen.

Die jetzt verabschiedete Resolution ist Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission. Er sieht vor, dass für das Abwracken ausgedienter Schiffe in Ländern wie Bangladesch, Indien oder Pakistan in Zukunft schärfere Bestimmungen zum Umweltschutz und zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter gelten.

Wir deutschen Liberalen stimmten einstimmig für die neue Verordnung. Wir sehen in den Plänen gegen das rücksichtslose Abwracken eine Chance für diese Länder, Investitionen in neue Recyclinganlagen vorzunehmen und so sichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Eine Abwrackprämie für Schiffe, in Form einer Zwangsabgabe europäischer Häfen für einlaufende Schiffe, war im Vorfeld des Trilogs, auch mit den Stimmen der Liberalen verhindert worden.

Bericht über "sexuelle und reproduktive Gesundheit" zurück an Ausschuss verwiesen

Am Dienstag entschied eine Knappe Mehrheit der Abgeordneten, den von Edite Estrela (S&D) vorgelegten Bericht zur "sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten" (SRHR), an den zuständigen Ausschuss für Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter zurück zu verweisen.

Im Vorfeld hatte der Bericht für einiges Aufsehen gesorgt, da er insbesondere von Abtreibungsgegnern heftig kritisiert wurde. Dabei wurden teilweise gezielt Falschinformationen verbreitet. So handelt es sich hierbei um einen Initiativbericht und keinen direkten Gesetzesvorschlag. Ein Umstand der wichtig ist, da einige Formulierungen in dem Bericht etwas problematisch sind. Dass sich diese in dem anschließenden Kommissionsvorschlag wiederfinden werden, ist allerdings äußerst unwahrscheinlich. Dennoch haben wir deutschen Liberalen uns im Vorfeld dafür ausgesprochen, besonders missverständliche Formulierungen zu streichen.

Inhaltlich beschäftigt sich der Bericht mit Regelungen für eine legale und sichere Abtreibung in der EU und mit der umfassenden und altersgerechten Sexualaufklärung von Kindern und Jugendlichen. Gerade vor den hohen Zahlen von schwangeren Teenagern in Bulgarien, Rumänien und Großbritannien sowie der noch immer hohen Müttersterblichkeit in einigen Mitgliedstaaten besteht hier dringender Handlungsbedarf.

Darüber hinaus setzt sich der Bericht auch dafür ein, alleinstehenden Frauen und lesbischen Paaren den Zugang zu künstlicher Befruchtung zu erleichtern, und er spricht sich gegen die Diskriminierung von Homosexuellen und Transgendern aus.

In einer ungewöhnlich von Tumulten überschatteten Abstimmung stimmte das Europaparlament mit 351 zu 319 Stimmen für eine Zurückweisung Berichts. Wird der Bericht im Ausschuss in seiner jetzigen Form erneut bestätigt, kann bereits im Dezember erneut in Straßburg abgestimmt werden.

Lampedusa muss den Wendepunkt für Europa markieren

Bereits während der ersten Plenarsitzung dieses Monats debattierten wir Abgeordneten in Straßburg - im Hinblick auf die tragischen Flüchtlingskatastrophen vor Lampedusa - über eine gemeinsame Politik der legalen Einwanderung. Auch während dieser Plenarsitzung wiederholten wir noch einmal die Wichtig- und Notwendigkeit der legalen Einwanderung und, dass diese der gefährlichen illegalen Migration vorzuziehen sei. Mitgliedsstaaten müssen ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen, um das Leben von Menschen in Seenot zu retten. Lampedusa muss den Wendepunkt für Europa markieren. Doch um Tragödien wie jene künftig verhindern zu können, bedarf es einem koordinierten Ansatz - basierend auf Solidarität und Verantwortung. Nach wie vor herrscht auf EU-Ebene Unklarheit darüber, wer für die Koordinierung eines Such- und Rettungseinsatzes zuständig ist und wie sich die Zuständigkeiten zwischen den einzelnen an der Hilfe für Schiffe in Seenot Beteiligten aufteilen.

Per Handzeichen hat das Plenum dann am vergangenen Mittwoch in Straßburg eine Entschließung zum Zustrom von Migranten im Mittelmeerraum verabschiedet. Diese sieht zum einen die Einrichtung eines Such- und Rettungsbereitschaftsdienstes zwischen Zypern und Spanien sowie einer Arbeitsgruppe für Migrationsströme im Mittelmeerraum vor. Zum anderen sollte die Schaffung einer europäischen Küstenwache dringend in Erwägung gezogen werden. Die Resolution sieht außerdem vor, dass in den Rechtsvorschriften der EU einige Instrumente, beispielsweise der Visakodex und der Schengener Grenzkodex, vorgesehen sind, die eine Erteilung von Visa aus humanitären Gründen ermöglichen.

Außerdem verurteilten wir die Tatsache, dass sich laut nationaler Bestimmungen in einigen Mitgliedstaaten Menschen, die in Seenot geratenen Flüchtlingen helfen, strafbar machen. Nicht zu vergessen natürlich die Bewältigung von humanitären Problemen an ihrem Ursprungsort, welche eine bedeutende Rolle einnimmt. Finanzielle, politische und humanitäre Unterstützung der EU in den Krisenregionen in Nordafrika und dem Mittleren Osten muss weiterhin fortgeführt werden.

Aung San Suu Kyi nimmt Sacharow-Preis 23 Jahre später persönlich entgegen

Ein sehr außergewöhnlicher Moment in dieser Plenarwoche in Straßburg war die Übergabe des Sacharow-Preises für geistige Freiheit an Aung San Suu Kyi. Die burmesische Menschenrechtsaktivistin konnte erst 23 Jahre später ihre Auszeichnung persönlich im Europäischen Parlament in Straßburg aufgrund einer 15-jährigen

Gefangenschaft entgegen nehmen. Damals (1990) war der Sohn von Aung San Suu Kyi in Vertretung nach Straßburg gekommen.

Die Friedensnobelpreisträgerin dankte in ihrer bewegenden Rede am Dienstagmittag uns Abgeordneten für die jahrelange Unterstützung und unterstrich, dass geistige Freiheit bereits mit dem Recht beginnt, Fragen zu stellen. Vielen jungen Menschen war dieses Recht in Burma lange verwehrt geblieben, sodass sie gänzlich vergessen hatten, wie man Fragen überhaupt stellt. Parlamentspräsident Martin Schulz bezeichnete die Oppositionsführerin aus Myanmar nicht nur als ein Symbol für Demokratie, sondern gleichzeitig als ein Symbol für die Freiheit eines ganzen Volkes.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Aktuelles zu CO₂-Abgaben im Luftverkehr (Schattenberichterstatterin)

Verhandelt wird schon seit über 10 Jahren, doch Mitte Oktober hat man sich bei der internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO in Montreal endlich auf einen Rahmenplan geeinigt, um Treibhausgase im Luftverkehr zu verringern. Die 191 Mitgliedsländer dieser Sonderorganisation der UN haben sich dazu verpflichtet, dass ihre Fluggesellschaften für CO₂-Emissionen bezahlen müssen. Dieses Abgabesystem soll für alle internationalen Flüge ab 2020 gelten. Innerhalb der nächsten drei Jahre werden die Details für die CO₂-Abgabe ausgearbeitet.

Die EU hatte schon 2003 einen CO₂-Emissionshandel eingeführt und zwar nicht nur für Flüge innerhalb der EU, sondern auch für alle Flüge von und nach Europa. Dieser letzte Punkt führte jedoch zu großen Auseinandersetzungen mit außereuropäischen Airlines, die Europa anfliegen. Der Streit drohte zum regelrechten Handelskrieg zwischen der EU und wichtigen Wirtschaftspartnern wie USA, China und Russland auszuwachsen. In den USA wurde ein Gesetz verabschiedet, das den US-Airlines untersagt, CO₂-Abgaben an die EU zu zahlen. China hat eine Bestellung von über 40 Airbus-Maschinen eingefroren. Bei dieser Bestellung geht es für den europäischen Flugzeugbauer Airbus um über 10 Milliarden €. Schließlich wurde die geplante Abgabe zumindest für Flüge außerhalb Europas Anfang des Jahres ausgesetzt, auch um die Verhandlungen auf internationaler Ebene bei der ICAO durch den Streit nicht zu behindern.

Umso erfreulicher ist daher, dass es dort jetzt zu einem Durchbruch kam. Als Reaktion auf die Einigung in Montreal hat die Klimakommissarin Connie Hedegaard letzte Woche eine neue Ausgestaltung des EU-Emissionshandels vorgeschlagen. Zukünftig sollen Fluggesellschaften bei Flügen nach und von Europa nur noch für die CO₂-Emissionen bezahlen, die über europäischem Luftraum entstehen und nicht für die gesamte Strecke. Diese Variante wurde aber bei den Verhandlungen in Montreal von den meisten ICAO-Mitgliedsländern gerade abgelehnt. Viele fürchten daher, dass der Streit um EU-CO₂-Abgabe trotz der erfreulichen globalen Einigung wieder aufflammen wird. Chinas Airbus-Bestellung liegt in jedem Fall weiter auf Eis. Im Verkehrsausschuss werden wir in Kürze über die neuen Vorschläge von Hedegaard beraten.

Start für eine neue EU-Infrastrukturpolitik - die TEN-T Days in Tallinn, Estland

Für einen ungehinderten und schnellen Transport von Passagieren und Gütern braucht Europa ein Netz von durchgehenden und leistungsfähigen Verkehrsachsen zu Land, auf dem Wasser und in der Luft, die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T). Sie sollen die europäischen Hauptstädte und Wirtschaftszentren miteinander verbinden. Bisher ist das fast nur über die Autobahnen möglich. Für den Schienengüterverkehr quer durch Europa oder auch die Binnenschifffahrt müssen bestehende Strecken ausgebaut, Engpässe beseitigt und vor allem grenzüberschreitende Verbindungen gebaut werden. Dafür haben wir dieses Jahr die neuen Routen und auch die Höhe der zukünftigen EU-Finanzierung festgelegt.

Jetzt geht es um die Umsetzung. Dafür sind vom 16.-18. Oktober über 1500 Menschen, darunter 18 Verkehrsminister, Europaabgeordnete, aber auch Vertreter von Unternehmen und Verbänden zu den sogenannten TEN-T Days in Tallinn zusammengekommen. Ich war wie jedes Jahr als Sprecherin der liberalen Fraktion in der Verkehrsministerrunde dabei. Dieses Mal ging ein besonderer Elan von dem Treffen aus. Verkehrskommissar Kallas präsentierte die neun Hauptkorridore, die die Grundlage für das transeuropäische Netzwerk bilden werden. Diese Korridore verbinden mindestens drei Länder und drei verschiedene Verkehrsmittel, z.B. LKW, Bahn und Schiff. Jetzt müssen auch die Mitgliedsstaaten bereit sein, ihren Teil der Finanzierung für diese Korridore bereitzustellen, was in Zeiten knapper Kassen in vielen Ländern schwierig ist. Doch es muss klar werden, dass diese Verkehrsachsen das Wirtschaftswachstum der Anrainerstaaten ankurbeln können und somit eine mehr als sinnvolle Investition sind.

Entwicklungs- und Fischereiausschuss

Fischereiabkommen mit Marokko (Schattenberichterstatte(r)in)

Anfang Oktober wurde in Straßburg dem Fischereiabkommen mit Mauretanien zugestimmt. Ich habe mich damals stark für die Zustimmung zu dem Abkommen eingesetzt, da es für beide Seiten große Vorteile bietet. Derzeit wird im Entwicklungs- und Fischereiausschuss über den Zugang zu den marokkanischen Fischgründen verhandelt. Hier liegt eine vollkommen andere Ausgangslage vor. Das Abkommen wurde bereits 2011 vom Europäischen Parlament abgelehnt und die Kommission mit der Aushandlung eines neuen Vertrags beauftragt.

Zentraler Streitpunkt ist die Aufnahme der Fischgründe vor der Westsahara in das Abkommen. Das Gebiet gehörte bis zum Tode Francos 1975 zu Spanien. Nach dem Abzug der Kolonialmacht annektierte Marokko das Gebiet und beansprucht seitdem die territoriale Hoheit. International wurde dieser Anspruch bisher nicht anerkannt und die Vereinten Nationen fordern die Durchführung eines Referendums, um die völkerrechtliche Situation zu klären.

Weil auch das neu ausgehandelte Abkommen nicht einmal die entsprechende Verteilung der von der EU geleisteten Zahlungen an die Sahrauis, die Bevölkerung der Westsahara, sicherstellt, lehne ich eine Zustimmung zu dem Abkommen ab. Die Europäische Union hat den Anspruch Marokkos auf die Region nie anerkannt.

Zahlungen für den Zugang zu den reichen Fischgründen des Gebiets können daher nicht einfach an Marokko geleistet werden. Eine gerechte und rechtlich abgesicherte Verteilung müsste sichergestellt werden.

Zudem ist die humanitäre Situation in der Region äußerst problematisch. Als sich aber im vergangenen Jahr eine Delegation mehrerer Europaabgeordneter vor Ort ein Bild machen wollte, wurde ihnen die Einreise verwehrt. Unter diesen Bedingungen wäre eine entsprechende Klausel notwendig, die bei Menschenrechtsverletzungen eine direkte Aufkündigung des Abkommens ermöglicht. Anders als in vielen anderen Verträgen fehlt diese hier aber.

Daher habe ich gemeinsam mit Abgeordneten aller Fraktionen außer der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) einen Änderungsantrag im Entwicklungsausschuss eingereicht, der eine Empfehlung ausspricht, das Abkommen abzulehnen. Die Abstimmung über diesen Antrag findet am 5. November statt. Gleichzeitig arbeite ich bereits mit meinen liberalen Kollegen im Fischerausschuss an einem ähnlichen Antrag, um zu verhindern, dass hier wirtschaftliche Interessen über völkerrechtliche Grundsätze gestellt werden.

Landfrauenbesuch im Europäischen Parlament

Am 14. und 15. Oktober war mein Landfrauenverband Gehrden/Ronnenberg zu Gast im Europäischen Parlament in Brüssel. Als langjähriges Mitglied bei den Landfrauen war es für mich eine große Freude, Landfrauen meines eigenen Vereins zu empfangen.

Auftakt des Besuchs der 40 Landfrauen aus der Region Hannover war ein gemeinsames Abendessen in der Innenstadt mit ersten ausführlichen Diskussionen über mein Leben als Abgeordnete und aktuelle Europapolitik. Ansonsten standen neben einer Stadtführung durch Brüssel, auch ein Besuch bei der Landesvertretung Niedersachsen und ein Gespräch mit dem Brüsseler Büro des Deutschen Bauernverbands auf dem Programm. Neben Fragen zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik ging es den Frauen in dieser sehr lebhaften Diskussion vor allem um das Thema Lebensmittelsicherheit und nachhaltige Landwirtschaft.

Den Höhepunkt bildete der Besuch des Europaparlaments, wo die Gruppe an unserer Fraktionssitzung teilnehmen konnte und von unserem Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt begrüßt wurde.

III. Aus meinem Wahlkreis

Ein Stück Litauen in Hannover

Anlässlich der litauischen Ratspräsidentschaft besuchte ich am 11. Oktober eine vom Europäischen Informationszentrum in Hannover organisierte Festveranstaltung. Die Republik Litauen ist der erste baltische Staat, der am 1. Juli die Ratspräsidentschaft in der EU übernommen hat. Bei der Festveranstaltung wurde musikalisch mit zeitgenössischen Kompositionen eine Brücke von Vilnius über Polen nach Brüssel geschlagen. Im Zentrum standen Werke von litauischen Komponisten wie Vytautas

Barkauskas. Außerdem referierte der Botschafter von Litauen S.E. Deividas Matulionis unter dem Motto: „Ein glaubwürdiges, wachsendes und offenes Europa“ über die Ziele der litauischen Ratspräsidentschaft in Europa.

Terminankündigungen:

- Festvortrag auf der Jahrestagung der Ländlichen Erwachsenenbildung in Niedersachsen (LEB) am 29. Oktober in Celle
- Podiumsdiskussion zum Thema "Eurokrise" mit niedersächsischen Abgeordneten am Abend des 29. Oktober in Hannover
- Termine in der Grafschaft Bentheim am 30. Oktober
- Regionalkonferenz "Nachlese Bundestagswahl" am Abend des 31. Oktober in Hannover
- Projekt "Erstwählerkampagne" in Verden

Herzliche Grüße,

Ihre Gesine Meißner

November 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach langen und schwierigen Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 wurde diese Woche in Straßburg endlich eine Einigung erzielt. Damit war auch der Weg für weitere Abstimmungen wie über die Transeuropäischen Verkehrsnetze oder die neuen Strukturfondsverordnungen frei. Außerdem debattierten und stimmten wir über wichtige Themen wie der Gemeinsamen Agrarpolitik ab. Ein weiterer Höhepunkt war die Übergabe des Sacharow-Preises an die 16-jährige Pakistanerin Malala Yousafzai.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Abstimmung über die Zukunft der Transeuropäischen Verkehrsnetze

Nach einer interessanten Debatte am Montagabend stimmte das Plenum bereits einen Tag später über die Zukunft der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) ab. Wir Liberale sind mit dem Ergebnis dieser Abstimmung durchaus zufrieden.

Auch wenn die Mittel nicht genügen werden, haben die Mitgliedstaaten immerhin 26 Mrd. Euro für den Ausbau der TEN-V zur Verfügung gestellt. Damit ist es uns gelungen, ein realistisches Paket an förderfähigen Projekten zu schnüren. Keine Luftschlösser, sondern eine Verkehrsinfrastruktur, die tatsächlich im vorgegebenen Zeitrahmen fertiggestellt werden kann. Das ist ein entscheidender Schritt weg vom Flickenteppich und hin zu einem zukunftsfähigen und echten Transeuropäischen Verkehrsnetz.

Gerade in der heutigen Zeit, wo wir alle zunehmend über Wachstum und Beschäftigung sprechen, braucht Europa eine leistungsfähige Infrastruktur - d. h. grenzüberschreitende Verkehrsachsen für Passagier- und Güterverkehr zu Land, auf dem Wasser und in der Luft. Diese Transeuropäischen Verkehrsnetze sollen die europäischen Hauptstädte und Wirtschaftszentren miteinander verbinden.

Als Niedersächsin freue ich mich besonders, dass das Parlament es in den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten geschafft hat, den Küstenkanal wieder in die Liste der Projekte aufzunehmen, die mit EU-Geld gefördert werden können. Dieser Kanal verbindet die Ems mit der Hunte.

Parlament billigt MFR 2014-2020 und EU-Haushalt 2014

Nach schwierigen, monatelangen Verhandlungen hat das Europäische Parlament diese Woche in Straßburg den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 und den EU-Etat 2014 verabschiedet. Der Gesamthaushalt für die nächsten sieben Jahre beläuft sich somit auf 960 Mrd. Euro und der Haushalt 2014 auf 135,5 Mrd. Euro.

Alle Forderungen gegenüber dem Rat und der Europäischen Kommission, die das Parlament in seiner EntschlieÙung vom Juli aufgeführt hatte, wurden letzten Endes erfüllt.

So bestanden wir Abgeordneten ausdrücklich darauf, dass keine Schulden aus dem Haushaltsjahr 2013 in das neue Jahr übertragen werden. Um das Problem der immer wiederkehrenden Zahlungsrückstände zu lösen, waren die Mitgliedstaaten bereit, zusätzliche Mittel in Höhe von 3,9 Mrd. Euro bereitzustellen. Das neue Haushaltsjahr (2014) kann damit erstmals mit schwarzen Zahlen beginnen.

Ebenso konnten wir erfreulicherweise für das Haushaltsjahr 2014 Kürzungen bei Ausgaben für beispielsweise Beschäftigung, Forschung und Innovation verhindern. Hinzu kommt, dass im kommenden Jahr mehr Gelder für den Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der EU sowie zusätzliche Mittel für humanitäre Hilfe, die Asyl- und Flüchtlingspolitik und die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX zur Verfügung stehen werden.

Bei den Verhandlungen zum MFR 2014-2020 hatten wir Abgeordneten mehr Flexibilität bei der Verschiebung von noch nicht ausgezahlten Mitteln (Zahlungsermächtigungen) zwischen Haushaltsjahren sowie von Verpflichtungsermächtigungen zwischen Jahren und Ausgabenkategorien gefordert. Nur so kann sichergestellt werden, dass jeder Euro des Haushalts bestmöglich verwendet wird.

Ein weiterer Erfolg ist das Hinzufügen einer Klausel für eine sogenannte Halbzeitprüfung. Die Europäische Kommission muss damit im Jahr 2016 eine Bewertung der Funktionsweise des MFR unter Berücksichtigung der aktuellen wirtschaftlichen Lage vorlegen.

Wir Liberale haben an den Verhandlungen bis zum Ende aktiv mitgewirkt und sind mit dem Endergebnis durchaus zufrieden.

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) - Chancen auf freien Wettbewerb verpasst

Am Mittwoch fanden im Europäischen Parlament in Straßburg die finalen Abstimmungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) statt. Seit mittlerweile zwei Jahren haben wir Abgeordneten uns mit der Überarbeitung dieser Politik beschäftigt.

Aus Sicht unserer liberalen Fraktion hat das Parlament mit seinem heutigen Votum verpasst, ein deutliches Signal für freien Wettbewerb und eine Stärkung der europäischen Landwirte zu setzen.

Vielmehr beraubt die EU sie mit ihrem Beschluss ihrer unternehmerischen Freiheit, eigenständig über die Wahl der Produktionsmittel bei der Nahrungsmittel- und Energieerzeugung zu entscheiden. Statt Bürokratieabbau in der Landwirtschaft und Vertrauen in den schonenden Umgang mit der Umwelt durch die Landwirte zu fördern, sollen neue Regulierungen getroffen werden, wie zum Beispiel das Verbot von Pflanzenschutzmitteln auf Vorrangflächen und das sogenannte "Greening" im Bereich der Direktzahlungen.

Bei all den nationalen Einzelinteressen, die der Kompromiss zur GAP-Reform berücksichtigt, entsteht das Gefühl, dass kaum noch von einer gemeinsamen Agrarpolitik gesprochen werden kann.

Bereits bei der Abstimmung im Agrarausschuss Ende September dieses Jahres hatten wir unsere Bedenken zu den Reformvorschlägen zum Ausdruck gebracht. Besonders die ausgesprochene Flexibilität, mit der Leistungen aus den Direktzahlungen und den Mitteln für die ländliche Entwicklung gegeneinander ausgetauscht werden können, entspricht nicht unseren Vorstellungen von einer stabilen und modernen Agrarpolitik.

ERASMUS Plus: Neue Chancen für Bildung und Weiterbildung in Europa

Im November 2011 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag vorgelegt, der es Schülern, Studenten und Auszubildenden aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ermöglichen soll, einfacher als bisher ein ERASMUS-Stipendium für einen Auslandsaufenthalt zu bekommen.

Unter dem Namen ERASMUS Plus sollen verschiedene bereits existierende Programme wie ERASMUS Mundus, Comenius oder Leonardo zusammengefasst werden, ohne dabei die Markennamen dieser Programme aus den Augen zu verlieren. Fraktionsübergreifend begrüßten wir Abgeordneten den Bericht des Ausschusses für Bildung und Kultur (CULT), der erstmals in der Geschichte des ERASMUS Programms auch die grenzüberschreitende Förderung von Sportprogrammen mit einbezieht. Ebenfalls neu ist die Einrichtung eines Darlehens für Studenten, die nicht nur ein oder zwei Semester im Ausland verbringen, sondern dort ein komplettes Studium absolvieren wollen.

Der Vorschlag der Kommission ERASMUS Plus ist Teil der neuen Strategie Europa 2020 zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Gerade die stärkere Einbindung von europäischen Auszubildenden ist eine wichtige Botschaft in Zeichen von Eurokrise und zunehmender Jugendarbeitslosigkeit. Trotz weitreichender Kürzungen im EU-Haushalt gelang es uns Abgeordneten das Budget für ERASMUS Puls um 40% im Vergleich zum Kommissionsvorschlag anzuheben. Aus liberaler Sicht erkennt die EU damit mehr denn je die Bedeutung von Bildung und Weiterbildung junger Europäerinnen und Europäern an.

Parlament verabschiedet neue Strukturfondsverordnungen

Nachdem am Dienstag das Europäische Parlament in Straßburg den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 verabschiedet hatte, stimmten wir Abgeordneten am Mittwoch für den mit dem Ministerrat ausgehandelten Kompromiss über die Reform der EU-Regionalfonds. Das Ergebnis ist, dass das EU-Regionalbudget für die Jahre 2014-2020 mit rund 325 Mrd. Euro ausgestattet sein wird. Oberste Priorität erhalten vor allem die Bereiche Wachstum und Beschäftigung.

Diese Art der Förderung innerhalb der EU dient vor allem dazu, regional Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und mehr Lebensqualität zu verhelfen. Außerdem sollen so soziale als auch regionale Unterschiede ausgeglichen werden.

Mehr als ein Drittel des EU-Haushalts wird jährlich in Europas Regionen investiert. Polen, Spanien, Italien, die Tschechische Republik und Deutschland profitierten in den Jahren 2007 bis 2013 am meisten von der Regionalförderung der EU. Das Land Niedersachsen erhielt in dieser Periode aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) sowie aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) rund 1,67 Mrd. Euro.

Obwohl wir deutsche Liberale gegen Erhaltungssubventionen sind, unterstützen wir die sogenannten Regionalhilfen, um den Strukturwandel besser überwinden zu können. Strukturfördermittel können bei der Überwindung der Krise einen positiven Beitrag leisten und vor allem schwachen Regionen zum Anschluss verhelfen. Den Fokus auf Innovation und Technologieförderung sowie kleine und mittlere Unternehmen in den neuen Strukturfondsverordnungen unterstützen wir sehr. Positiv hervorzuheben ist ebenso, dass Tourismus auch weiterhin förderfähig bleibt.

Nukleare Sicherheit: Keine Subventionen zum Ausbau der Kernenergie

Am Dienstag stimmten wir Abgeordneten über ein neues Instrument für die Zusammenarbeit im Bereich nukleare Sicherheit (NSCI) ab. Damit soll die Sicherheit von Atomkraftwerken in Drittstaaten außerhalb der EU gefördert werden.

Im Rahmen des NSCI sollen künftig finanzielle Mittel seitens der EU für die Verbesserung der Sicherheit in Nuklearanlagen von Drittstaaten sowie für den sicheren Rückbau und die Verschrottung alter Anlagen bereitgestellt werden.

Wir Liberale begrüßen den Entschluss zu dem Bericht meines FDP-Kollegen Holger Kraemer. Die Entscheidung des Parlaments macht das gemeinsame europäische Interesse an einem sicheren Betrieb von Kernkraftanlagen deutlich.

Aus liberaler Sicht respektiert der heute gefasste Beschluss die Eigenverantwortung der Drittstaaten über ihren Energiemix und den damit verbundenen Einsatz von Kernenergie als Mittel zur CO₂ armen Energiegewinnung. Im Vorfeld war kritisiert worden, die finanzielle Unterstützung der EU für die Verbesserung der Betriebssicherheit von Kernkraftwerken könnte zu einem Ausbau der Kernenergie führen. Dies ist ausdrücklich nicht gewünscht.

Für die Finanzierung des Instruments für die Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit stehen im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens von 2014 bis 2020 rund 225 Millionen Euro zur Verfügung.

Parlamentssitz: Abgeordnete fordern Änderung der Verträge

An diesem Mittwoch verabschiedeten wir Abgeordneten in Straßburg mit 483 Ja- bei 141 Gegenstimmen (34 Enthaltungen) eine Entschließung über die Festlegung des Sitzes des Europäischen Parlaments. Dieses sollte künftig das Recht bekommen, selbst darüber zu entscheiden, an welchem der drei Sitze - nämlich Brüssel, Luxemburg oder Straßburg - es tagen möchte. Da nach geltenden Regeln nur die EU-Mitgliedstaaten diese Entscheidung - und zwar einstimmig - treffen können, möchten wir diesen Anspruch nun durch ein ordentliches Vertragsänderungsverfahren durchsetzen. Gemäß dem Vertrag über die Europäische Union kann das Europäische Parlament dem Rat Vorschläge zur Änderung der EU-Verträge unterbreiten.

Durch die geografische Streuung des Europaparlaments entstehen jährlich zusätzliche Kosten von über 200 Millionen Euro. Wenn sein Sitz an einem einzigen Ort wäre, könnte das Europaparlament deutlich kosteneffizienter arbeiten und wäre zugleich umweltfreundlicher. Aufgrund der Fahrten zwischen den drei Orten entstehen CO₂-Emissionen von schätzungsweise 19.000 Tonnen pro Jahr.

Insbesondere in der jetzigen Zeit, die von starken Ausgabenkürzungen einzelner Mitgliedstaaten geprägt ist, wird die monatliche Pendelei zwischen Brüssel und Straßburg für viele EU-Bürger zu einem negativen Symbol.

Abstimmung zum Europäischen Sozialfond (ESF)

Der Europäische Sozialfond (ESF) ist das bedeutsamste Instrument der EU zur Förderung von Beschäftigung durch Investitionen in Bildung, Aus- und Weiterbildung.

Mit Beginn des nächsten Jahres beginnt auch die neue Förderperiode des ESF. Vor diesem Hintergrund stimmten wir Abgeordneten am Dienstag über die neuen Prioritäten und Voraussetzungen für die Förderung von Projekten im Bereich Bildung, Aus- und Weiterbildung ab.

In den bisherigen Verhandlungen zum ESF hatte das Parlament erfolgreich auf eine Mindestförderung von 20% von Projekten gedrungen, die der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut zugutekommen. Des Weiteren hat man sich in den

Trilogverhandlungen bereits darauf geeinigt, dass es den Mitgliedstaaten selbst obliegt, eigene Schwerpunkte von fünf aus 19 verschiedenen Investitionssegmenten zu setzen und die Altersgrenze für die Jugendgarantie (umfasst verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit in Europa) eigenständig auf 30 anstatt 25 Jahren anzuheben, sofern dies erforderlich ist.

In der Abstimmung am Dienstag wurde der Bericht des Haushaltsausschusses über den Nachtragshaushalt Nr. 7/2013 mit großer Mehrheit vom Parlament angenommen. Damit stärkten wir Abgeordneten den ESF im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung in Frankreich, Italien und Spanien.

Auszeichnung Malalas ist ein wichtiges Zeichen für Gleichberechtigung

Das Europäische Parlament hat diesen Mittwoch in Straßburg den 25. Sacharow-Preis für geistige Freiheit in einer feierlichen Zeremonie der jungen Pakistanerin, Malala Yousafzai, verliehen. Die gerade einmal 16-jährige Aktivistin wurde vor einem Jahr auf dem Heimweg vom Unterricht in einem Schulbus von Taliban-Aufständischen im umkämpften Swat-Tal in Pakistan angeschossen, weil sie sich öffentlich für die Rechte von Mädchen auf Schulbildung einsetzte. Dank großartiger Ärzte in Pakistan und Großbritannien überlebte Malala den Angriff und wurde mit ihrem unendlichen Mut Vorbild und Inspiration für Millionen von Menschen in ihrer pakistanischen Heimat und im Rest der Welt. Einmal mehr beweist sie allen Menschen, die sich nach einer Modernisierung ihrer radikalisierten Gesellschaft sehnen, dass es sich lohnt, für seine Rechte zu kämpfen.

Nach einer Ansprache von Parlamentspräsident Martin Schulz bedankte sich die Schülerin mit einer sehr bewegenden Rede sowohl beim Europäischen Parlament für diese bedeutende Auszeichnung als auch bei ihren Eltern. Ohne sie wäre Malala nicht zu dem Menschen geworden, der sie heute ist.

Das Europäische Parlament setzt mit der Auszeichnung dieser jungen Frau ein wichtiges Zeichen für die weltweite Anerkennung der Menschenrechte und gleichzeitig für die Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen.

Horizont 2020 schafft neue Anreize für den Mittelstand

Am Mittwoch stimmten wir Abgeordnete in Straßburg über den Horizont 2020 und COSME ab – zwei zentrale Finanzinstrumente der neuen Strategie Europa 2020 zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung.

Im Rahmen dieser Programme sollen neben Universitäten und Forschungseinrichtungen auch forschende und innovative Unternehmen gefördert werden. Mit Erfolg hatten wir Liberale bereits im Vorfeld der Plenarabstimmung dafür gekämpft, dass 20% des Budgets von etwa 77 Mrd. Euro kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) zu Gute kommt.

Im Sinne der Förderung des Mittelstands soll das Bewerbungsverfahren um Fördergelder aus dem Horizont 2020 für Unternehmen vereinfacht werden, um so neue Anreize für Innovationen zu schaffen.

Aus Liberaler Perspektive ist dieses Votum ein klares Bekenntnis zur Förderung des Mittelstands und für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa. Das Parlament hat sich damit klar für mehr Wettbewerb und Innovation ausgesprochen. Noch nie zuvor stand die explizite Förderung von KMUs so stark im Fokus europäischer Politik wie mit dem JA zu Horizont 2020 und COSME.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Maritime Raumordnung: Votum schafft Grundlage für europäische Meerespolitik (Berichterstatteerin)

Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments hat Anfang November einen Bericht für maritime Raumordnung und integriertes Küstenmanagement angenommen. Als Berichterstatterin habe ich federführend daran mitgewirkt und begrüße das Votum sehr. Die heutige Abstimmung schafft die Grundlage für eine europäische Meerespolitik der Zukunft. Es hat lange gedauert, einen "Meerblick" innerhalb der europäischen Politik zu entwickeln. Doch die Chancen, die uns eine konsequente Meerespolitik bietet, sind enorm. Dieser Gesetzesentwurf ist von großer Bedeutung, um das Potential der Küstenregionen und der maritimen Wirtschaft abzurufen.

Um ein nachhaltiges Wachstum der maritimen Wirtschaft und verschiedenen Küstenregionen sicherzustellen, sollen die Mitgliedstaaten Pläne für eine Raumordnung innerhalb ihrer Hoheitsgewässer und ausschließlichen Wirtschaftszonen entwickeln. Außerdem sollen konkrete Strategien für ein besseres Management der Küstenregionen erarbeitet werden. Ihre erfolgreiche Umsetzung erleichtert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, reduziert Interessenskonflikte zwischen den verschiedenen Aktivitäten und schafft Sicherheit für Investitionen.

Der Verkehrsausschuss hat erfreulicherweise die Ausrichtung meines Berichts voll unterstützt - für eine bessere Planung der maritimen Wirtschaftsaktivitäten, um ein 'blaues Wachstum' zu ermöglichen. Es geht dabei vor allem darum, die Mitgliedstaaten zu adressieren, die noch keine maritime Raumordnung betreiben. Bereits erfolgreich arbeitende Länder, wie Deutschland, sollen nicht mit zusätzlichen bürokratischen Anforderungen belastet werden. Der Kommissionsvorschlag zielte dabei in die richtige Richtung, war aber in einigen Teilen missverständlich und ging im Bereich von integriertem Küstenmanagement zu sehr ins Detail. Wir sollten hier einen ähnlichen Weg anstreben wie bei der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik. Wir brauchen eine ambitionierte Meerespolitik auf europäischer Ebene und müssen hier einen Rahmen für die Mitgliedstaaten setzen, um die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu stärken. Die Kernkompetenz soll aber bei den Ländern verbleiben, die schließlich die Besonderheiten ihrer Küsten und Meere am besten kennen.

Mehr Tankstellen für Elektro-, Wasserstoff-, Erdgasfahrzeuge (Schattenbericht)

Ein Ziel der EU-Verkehrspolitik ist schädliche Emissionen im Verkehrsbereich zu senken. Deshalb soll Erdöl als Kraftstoff abgelöst werden. Die Zukunft sind sogenannte alternative Kraftstoffe wie Strom, Wasserstoff oder Erdgas. Damit diese sich verbreiten können, müssen nicht nur entsprechende Motoren und Fahrzeuge entwickelt, sondern auch ein neues "Tankstellennetz" geschaffen werden. Im Verkehrsausschuss beraten wir deshalb gerade einen Gesetzesentwurf zum Aufbau von Infrastruktur für alternative Kraftstoffe.

Darin wird für jedes europäische Land eine bestimmte Anzahl von öffentlichen "Tankstellen" für Elektro-, Wasserstoff- und Erdgasfahrzeuge vorgeschrieben. Es geht dabei nicht nur um Autos. Auch Schiffe sollen die Möglichkeit haben, an den wichtigsten See- und Binnenhäfen Erdgas zu tanken. Schiffe mit Flüssigerdgasantrieb (LNG) sind die Zukunft vor allem auf den kurzen Strecken innerhalb Europas. Das Parlament möchte bestimmte EU-Häfen auch verpflichten, eine Landstromversorgung für Schiffe einzurichten. Wenn der Anlegeplatz einen Stromanschluss hat, braucht das Schiff den Öl-Motor nicht laufen zu lassen, um die benötigte Energie an Bord zu erzeugen. Die Schiffsemissionen sind vor allem für die Bevölkerung in Hafennähe gesundheitsschädlich. Grundsätzlich sollte die EU aber nur Mindestziele für die Infrastruktur vorgeben. Wo dann genau diese neuen Tankstellen am besten stehen sollen, das sollten die einzelnen Mitgliedsstaaten gemeinsam mit den Regionen und Kommunen vor Ort entscheiden.

Seminar im Parlament mit EU-Minister Egemen Bağış zum Thema Frauen in der Türkei

Am 5. November habe ich gemeinsam mit der türkischen Organisation KAGIDER und der FREJA-Akademie ein Seminar im Europäischen Parlament in Brüssel veranstaltet. Thematisch beschäftigte sich die Veranstaltung mit der Förderung von Jugendlichen und vor allem Mädchen und jungen Frauen.

Zusammen mit Vertretern von KAGIDER und FREJA, der Europäischen Kommission und dem türkischen Europaminister Egemen Bağış diskutierten wir über die soziale und wirtschaftliche Bedeutung, die eine bessere Integration von Frauen und den Arbeitsmarkt mit sich bringt, sowie über verschiedene Förderprojekte in Europa und der Türkei, die Mädchen und jungen Frauen motivieren sollen, technische und naturwissenschaftliche Berufe zu ergreifen.

Zudem machten die Redebeiträge der Teilnehmer deutlich, welche Vorteile eine stärkere Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in den Führungspositionen von Unternehmen für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes mit sich bringt. Ein solches Potential dürfe nicht ungenutzt gelassen werden.

Im Anschluss an seinen Besuch im Europäischen Parlament, wurde EU-Minister Bağış von dem EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische

Nachbarschaftspolitik, Štefan Füle, empfangen, um mit ihm ein neues Kapitel in den Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und Europa zu eröffnen.

III. Aus meinem Wahlkreis

Die Jugend für Europa begeistern

In Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise wird oftmals vergessen, dass die Europäische Union viel mehr zu bieten hat, als den Euro. Negative statt positive Schlagzeilen bestimmen die Medien über Europa. Umso wichtiger ist es daher, gerade der Jugend zu zeigen welche Bedeutung die Europäische Union für jeden einzelnen von uns hat. Frieden wird gerade unter den Jugendlichen als selbstverständlich angesehen, aber es geht unter anderem auch um den freien Personen- und Warenverkehr. Das und einiges mehr wurde Schülerinnen und Schüler an verschiedenen Schulen in Niedersachsen im Rahmen des Projekts einer Erstwählerkampagne vermittelt. An zwei Schulen (im Gymnasium am Markt in Achim und an den Berufsbildenden Schulen in Bremervörde) und beim Jugendforum im Niedersächsischen Landtag konnte ich bei einer Diskussion die Chancen der EU für die Jugendlichen darlegen.

Auch innerhalb der liberalen Familie möchte ich die Jugend für Europa begeistern. Viele gute Ansätze und Ideen wurden auf dem Bundeskongress der Jungen Liberalen in Düsseldorf und auch auf dem Landeskongress der Jungen Liberalen in Hitzacker diskutiert. Während ich beim Bundeskongress die Debatte über den Leitantrag zu Europa und die Nachwahlen zum Bundesvorstand mitverfolgen konnte, konnte ich mit Erlaubnis des Landeskongresses mich sogar in die Beratung des Leitantrags zur Kulturpolitik und dem Wunsch nach Fremdsprachen in der frühkindlichen Erziehung einbringen.

Europa beim Psychiater

Unter dem Titel „Wie Europa gelingt“ organisierte die Rudolf-von-Bennigsen Stiftung eine Theateraufführung in Hannover, bei der ich vorweg ein kurzes Grußwort halten durfte. Das Stück zeigte sehr anschaulich wie sich die Europäische Union in Psychotherapie begibt um Familienkonflikte wie die Staatsschuldenkrisen, die Identitätsprobleme und unbewältigte Vergangenheit zu lösen. Dabei mussten unter der Leitung einer erfahrenen "Familientherapeutin" als erstes sieben Mitgliedsstaaten an ihrer Blockade-Haltung, ihren Ressentiments und historischen Wunden arbeiten, um der europäischen Familie neue Hoffnung und Einigkeit geben zu können. Ein hervorragendes Stück und Beispiel, wie Europa dem Bürger auf sehr unterhaltsame Weise näher gebracht werden konnte.

Schiffahrtstermine in Hamburg

Wenn ich nach Hamburg komme, ist eigentlich immer ein Hafentermin dabei. Dieses Mal waren es gleich drei an einem Tag. Die Präsidentin der Bundesfinanzdirektion Nord gab mir Einblick in die Aktivitäten des Zolls in Waltershof. Dort kam 1996 der europaweit erste feststehende Scanner für Schiffscontainer zum Einsatz, noch vor Rotterdam und Antwerpen. Vor einigen Jahren wurde er auf den neusten Stand

gebracht. Ca. 4% aller in den Hafen kommenden Container werden dort – jeweils nach Verdachtshinweisen – gescannt, und zwar auf wesentlich gründlichere Weise als in den USA, wo lediglich mobile Scanner zum Einsatz kommen. In der Bundeslotsenkammer ging es um Hafendienstleistungen, das sogenannte „Port-Package“, und die darin vorgesehene Liberalisierung der Lotsendienste. Beim Germanischen Lloyd habe ich mich vor dem anstehenden Trilog im Dezember rückversichert, ob aus ihrer Sicht bei der Schiffsausrüstungsrichtlinie alle deutschen Interessen berücksichtigt worden sind.

Terminankündigungen:

- Sitzung der Programmkommission am 25. November in Berlin
- Energiepolitisches Fachgespräch mit Stefan Wenzel, stv. Nieders. Ministerpräsident und Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, am 26. November in Brüssel
- Diskussionsteilnehmerin bei European Logistics Summit zum Thema "Cutting red tape in the transport and logistics business" am 27. November in Brüssel
- ALDE-Parteikongress mit Wahlen und Verabschiedung des Europa-Manifests vom 28.-30. November in London, Großbritannien

Herzliche Grüße,

Ihre Gesine Meißner

Dezember 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

die letzte Plenarwoche in Straßburg in diesem Jahr stand für mich ganz im Zeichen der Fische. Neben sehr kontroversen Debatten und Abstimmungen zu beispielsweise der Tiefseefischerei und dem Fischereiabkommen mit Marokko (inkl. Westsahara), wurde auch über meinen Bericht zur Maritimen Raumordnung und Integriertem Küstenmanagement abgestimmt. Außerdem stand in dieser Woche die Verleihung des sogenannten LUX-Filmpreises auf der Tagesordnung.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Maritime Raumordnung und Integriertes Küstenmanagement (Berichterstatte(r)in)

Seit Beginn meines Mandats im Europäischen Parlament setze ich mich für eine ambitionierte europäische Meerespolitik ein. Ich bin fest davon überzeugt, dass Europas Küsten und Meere die Zukunft dieses Kontinents entscheidend mitbestimmen werden. Europas Küste ist siebenmal so lang wie die der USA und bezieht man alle Hoheitsgewässer und die 200-Meilenzone der Ausschließlichen Wirtschaftszone mit ein, verdoppelt sich gar die Fläche der EU. Bereits heute wird hier

mehr als 40 Prozent des BIP der EU produziert. 90 Prozent des Warenverkehrs des Außenhandels finden auf dem Seeweg statt.

Seit April arbeite ich an der Richtlinie für einen Europäischen Rahmen für eine maritime Raumordnung und ein integriertes Küstenmanagement. Maritime Raumordnung spielt eine entscheidende Rolle, um das Ziel eines nachhaltigen maritimen Wachstums zu realisieren. Einige Meere, wie die Nordsee, sind schon heute so stark genutzt, dass die Metapher von den endlosen Weiten des Meeres kaum zutrifft. Deswegen ist es so wichtig, den verschiedenen Sektoren den richtigen Platz zuzuweisen und sie gleichzeitig anzuhalten, den Raum möglichst effizient und mehrfach zu nutzen. So können Offshore-Windparks mit Aquakulturanlagen kombiniert werden und der Nationalpark Wattenmeer zeigt, dass sich Tourismus und Umweltschutz verbinden lassen.

In vielen Mitgliedstaaten findet aber noch keine effektive Raumplanung statt. Gleichzeitig wird die Wechselwirkung zwischen menschlicher Nutzung der Küste und des Meeres zu wenig beachtet. Deswegen ist es wichtig, die maritime Raumplanung mit dem Ansatz eines integrierten Küstenmanagements zu kombinieren. So können wir im Mittelmeerraum einen nachhaltigen Tourismus weiter stärken, Energiegewinnung im Atlantik und der Nordsee voranbringen oder grenzübergreifende Schutzzonen einrichten ohne klassische Sektoren wie die Schifffahrt oder Fischerei zu verdrängen. Deswegen ist es so wichtig einen europäischen Rahmen festzulegen, um gemeinsam ein maritimes Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Entwicklung unserer Meere und Küsten zu ermöglichen.

Fischereiabkommen mit Marokko: Abgeordnete stimmen zugunsten Marokkos

Bei dem Fischereiabkommen mit Marokko ging es weit mehr als "nur" um Fische. Das von der Kommission mit Marokko ausgehandelte Abkommen schließt nicht nur die marokkanischen Fischgründe ein, sondern auch die der Westsahara. Die ehemalige spanische Kolonie wurde in den 70er Jahren von Marokko besetzt. Ein 1992 von der UN gefordertes Referendum über die Zukunft des Gebiets - eine Unabhängigkeit, ein Anschluss an Mauretanien oder ein Verbleib bei Marokko - wurde nie durchgeführt, weshalb die Herrschaft Marokkos über die Westsahara international nicht anerkannt wird. Ein Handelsabkommen zu schließen, das die Ressourcen des Gebiets miteinbezieht, ist daher völkerrechtlich höchst problematisch. Die USA, Norwegen und die Schweiz haben daher bei Handelsabkommen diese Region explizit ausgeklammert. Auch die Afrikanische Union hatte dazu aufgerufen, dem Abkommen nicht zuzustimmen.

In den Debatten im Fischerei- und Entwicklungsausschuss hatte ich mich daher für eine Ablehnung des Abkommens eingesetzt. Mir war es dabei stets wichtig, zu betonen, dass es sich hier nicht um eine Entscheidung gegen Marokko als Partner der EU handelt. Auf Grund der vielen Menschenrechtsverletzungen in der Region, der völkerrechtlichen Voraussetzungen und der nicht sichergestellten Einbeziehung der Sahrauis, halte ich aber Zahlungen an Marokko für den Zugang zu Ressourcen der Westsahara für höchst fragwürdig. Letztlich haben sich aber geostrategische

Argumente und die heftige Intervention französischer, belgischer und vieler spanischer Abgeordneter zugunsten Marokkos durchgesetzt. Dem Abkommen wurde zugestimmt, woraufhin es bereits zu heftigen Protesten in der Region kam, die mit Polizeigewalt abgewehrt wurden.

Regulierung der Tiefseefischerei im Nordostatlantik

Als Ende der 90er Jahre die Fischerei mit stark sinkenden Fangmengen und schrumpfenden Beständen zu kämpfen hatte, spezialisierten sich einige Fischer auf die Tiefsee. Die weitgehend unregulierte Tiefseefischerei erlebte daraufhin einige Jahre einen Boom, bis sich herausstellte, dass das Ökosystem in mehreren hundert Metern Tiefe ganz anders aufgebaut war, als wir die üblicherweise befischten Spezies. Die Arten werden teilweise bis zu 100 Jahre alt und erst im hohen Alter geschlechtsreif. Die Folge war, dass die Bestände in kurzer Zeit kollabierten und viele Fischer bankrottgingen. Nur wenige Schiffe verblieben, dafür richteten diese aber eine umso größere Zerstörung an. Sie ziehen riesige Fangnetze über den Grund, um möglichst viele Fische zu fangen. Dabei zerstören sie den Meeresboden, wertvolle Kaltwasserkorallenriffe, die sich von Norwegen bis Mauretanien am Kontinentalrand hinziehen und Lebensraum für viele Fische bieten. Nur ein kleiner Teil des Fangs lässt sich überhaupt kommerziell nutzen. Daher ist der Sektor hochdefizitär und wird nur durch Subventionen am Leben gehalten.

Der nun abgestimmte Bericht war im Ausschuss bereits hochkontrovers diskutiert worden und seine Abstimmung war mehrfach verschoben worden. Obwohl nur insgesamt elf Schiffe, neun davon aus Frankreich und zwei aus Spanien, von der Regulierung betroffen sind, glich die Debatte eher einem ideologischen Gefecht als einem politischen Diskurs. Letztlich konnte ein vollständiges Verbot von einer Tiefseefischerei mit Grundschieppnetzen unterhalb von 600 Metern nicht durchgesetzt werden. Mit 326 zu 342 scheiterte ein von mir mitunterzeichneter Antrag denkbar knapp.

Europäische Union unterstützt Arbeitslose auch weiterhin

Am vergangenen Mittwoch stimmten wir Abgeordneten in Straßburg über den sogenannten "Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung" (EGF) ab. Mit überwältigender Mehrheit wurde der Vorschlag, über den während der Trilogverhandlungen im September 2013 eine Einigung erzielt wurde, vom Plenum angenommen. Dieser Europäischen Fonds soll auch zwischen 2014 und 2020 entlassenen Arbeitnehmern bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt helfen und zusätzlich Selbstständigen und Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen zugutekommen. Hinzu kommt, dass Mitgliedstaaten künftig (vorerst bis Ende 2017) die Möglichkeit geboten wird, einer entsprechenden Anzahl von Jugendlichen, die sich weder in allgemeiner oder beruflicher Ausbildung noch in Beschäftigung befinden, Leistungen anzubieten. Voraussetzung ist allerdings, dass sie aus einem der Länder kommen, die von den Entlassungen betroffen sind. Der Grenzwert hierfür liegt bei mindestens 500. Diese Zahl der Entlassungen gilt entweder für einen Betrieb in einem Mitgliedstaat (einschließlich seiner Zulieferer und der nachgeschalteten Hersteller) oder für Unternehmen, die einer einzelnen wirtschaftlichen Tätigkeit in nicht mehr als zwei angrenzenden Regionen nachgehen.

Erfreulicherweise konnte das Parlament bei seinen Verhandlungen mit dem Rat durchsetzen, dass die Beteiligung des EGF bis zu 60%, statt der ursprünglich vorgeschlagenen 50% der Europäischen Kommission, der Kosten zur Unterstützung bei der Arbeitssuche, Ausbildung und Betriebsgründung abdecken wird.

Ursprünglich wurde dieser Fonds im Jahre 2007 eingerichtet, um negative Auswirkungen der Globalisierung abzufedern. Zwischen 2009 und 2011 wurde er bereits um eine Maßnahme erweitert, die Menschen unterstützen sollte, die ihre Arbeit durch die Wirtschaftskrise verloren hatten.

Abgeordnete stimmen Backloading zu

Am vergangenen Dienstag hat die Mehrheit des Plenums in Straßburg der Einigung zwischen Rat und Parlament über befristete Änderungen bei der Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten (sog. Backloading) endgültig zugestimmt. Wir Liberale konnten letztlich eine zeitliche Herausnahme von Zertifikaten aus dem Markt und damit einen erheblichen Markteingriff leider nicht verhindern. Das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) ist ein marktwirtschaftliches Instrument, um Treibhausgasemission zu reduzieren und sollte nicht dazu dienen, Preise zu regulieren oder zu stabilisieren. Hinzu kommt, dass von einer Erhöhung der Zertifikatepreise, in Abwesenheit eines internationalen Klimaabkommens, ausschließlich europäische Unternehmen betroffen wären. Länder mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten wären so zusätzlich belastet.

Lediglich die Tatsache, dass die vom Parlament geforderten Einschränkungen im endgültigen Text enthalten sind, ist positiv hervorzuheben. Die Europäische Kommission darf in der Handelsperiode ab 2013 somit nur ein einziges Mal in den Zeitplan eingreifen und die Anzahl der zu versteigernden Zertifikate um maximal 900 Stück reduzieren. Zudem soll zuvor untersucht werden, ob der Eingriff zu einer Verlagerung energieintensiver Industrien in Drittstaaten führen könnte.

Europäische Grundrechte 2014-2020: Weniger Bürokratie und bessere Aufklärung

Am vergangenen Dienstag verabschiedeten wir Abgeordneten in Straßburg das neue Justizprogramm für die Jahre 2014 bis 2020.

Im Rahmen dieses Programms soll die Umsetzung des europäischen Rechts in den Mitgliedstaaten in Zukunft vereinfacht und Lücken in der Gesetzgebung, die zu Behinderungen bei der Umsetzung von EU-Recht führen, geschlossen werden. Das Programm soll keineswegs einen neuen Rechtsrahmen, sondern lediglich einen Rahmen für eine Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit zwischen den nationalen Gerichtsinstanzen über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg darstellen.

Zugleich soll den Europäischen Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zur europäischen Gesetzgebung vereinfacht werden. In Zeiten der Krise, in denen viele Europäerinnen und Europäer sich einer Zunahme von Diskriminierungen ausgesetzt fühlen, ist es ein notwendiger Schritt, sie in ihren Grundrechten aufzuklären. Darüber hinaus sollen ihnen, ohne großen bürokratischen Aufwand, ihre Mittel und Wege aufgezeigt werden, um gegen Diskriminierungen vorzugehen.

Parlament fordert verstärkten Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung der Roma

Seit Ende 2011 sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, sich aktiv für die Eingliederung der Roma in die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen einzusetzen. Damit soll eine stärkere Integration der Roma in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt gefördert und die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung verringert werden.

Insbesondere Frauen und Mädchen sind häufig davon betroffen. Die Exklusion von Roma-Frauen aus dem Arbeitsmarkt, die dadurch verstärkt wird, dass diesen Frauen häufig der Zugang zu einer Kinderbetreuung verwehrt bleibt, führt dazu, dass diese Gruppe später so gut wie keinerlei Ansprüche auf eine Rente oder andere Leistungen des Sozialsystems hat. Vor diesem Hintergrund haben wir Abgeordnete in dieser Woche über einen Bericht zu „geschlechtsspezifischen Aspekten des Europäischen Rahmens für die Strategie der Mitgliedstaaten zur Eingliederung der Roma“ abgestimmt.

Der mit großer Mehrheit beschlossene Bericht setzt ein wichtiges Zeichen gegen die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ausgrenzung von Frauen aus ethnischen Minderheiten. Es ist nun an den Mitgliedstaaten gelegen, die neuen Beschlüsse in ihre nationalen Strategien zur Eingliederung der Roma zu integrieren.

Europäisches Instrument im weltweiten Einsatz für Demokratie und Menschenrechte

Am vergangenen Mittwoch stimmten wir Abgeordnete über die zukünftige Finanzierung des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) für den Zeitraum 2014-2020 ab.

Mit dem EIDHR werden weltweit Menschenrechtsaktivisten, NGOs aber auch individuelle Personen gefördert und unterstützt, die in solchen Ländern, in denen sie sich für mehr Demokratie und Menschenrechte einsetzen, unter Repressionen zu leiden haben. Des Weiteren wird dieses Instrument zur Bekämpfung von Folter und der Todesstrafe und zum Schutz von Minderheiten eingesetzt.

Damit ist das EIDHR „eines der wichtigsten Instrumente in der Werkzeugkiste der Europäischen Union“, betonte unser außenpolitischer Sprecher der FDP Delegation im Europäischen Parlament, Alexander Graf Lambsdorff.

Mit dem EIDHR kann entscheidend auf die demokratische und menschenrechtspolitische Entwicklung eines Landes eingewirkt werden. Das gilt nicht nur für EU-Partnerländer oder Länder, die im Rahmen des Nachbarschaftsprogrammes Unterstützung erhalten, sondern auch für potentielle neue Beitrittskandidaten.

Parlament verleiht jährlichen Filmpreis in Straßburg

Ein Mal jährlich verleiht das Europäische Parlament während einer feierlichen Zeremonie im Plenum in Straßburg seinen sogenannten LUX-(Film)Preis. Die Finalisten des Wettbewerbs werden vorab in alle 24 offiziellen EU-Sprachen übersetzt und während der LUX-Filmtage europaweit vorgeführt. Der Preis dient vor allem dazu, Filme zu fördern, die sich mit aktuellen europäischen Themen beschäftigen.

Ich freue mich sehr, dass auch in diesem Jahr mein Favorit "The Broken Circle Breakdown" als Gewinner des Wettbewerbes hervorgegangen ist. Der Regisseur Felix Van Groeningen aus Gent hat eine musikalische Liebesgeschichte über ein belgisches Paar und ihren Umgang mit einem tragischen Verlust verfilmt. Die weiteren Finalisten für den Preis waren der englische Kinofilm "The Selfish Giant" von Clio Bernard und "Miele", eine italienisch, französische Koproduktion des Regisseurs Valeria Golino.

Abgeordnete lehnen "Bericht zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit" ab

Bereits im Oktober dieses Jahres hatten wir Abgeordneten über den sogenannten „Bericht zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte“ abgestimmt. Damals war der Bericht an den zuständigen Ausschuss zurückverwiesen worden. Am Dienstag stand dieser Bericht in Straßburg nun erneut auf der Tagesordnung.

Auch bei der zweiten Abstimmung konnten wir Liberale keine Mehrheit für den von uns unterstützten Bericht erzielen. Ein kurzfristig eingereichter Änderungsantrag der konservativen Parteien wurde mit einer knappen Mehrheit angenommen, durch welchen die wesentlichen Teile des eigentlichen Initiativberichts entfielen.

Ziel des Initiativberichts war es, die teils mangelhafte Sexualerziehung in einigen Mitgliedstaaten auszuweiten, das Problem hoher Jugendschwangerschaftsraten in einigen Mitgliedstaaten zu adressieren, aber genauso die reproduktiven Rechte von Männern und Frauen zu stärken. Darunter fällt der Zugang zu Verhütungsmitteln, die Betreuung bei Schwangerschaftsabbrüchen aber auch Diskriminierung im Zusammenhang mit Familienplanung und sexueller Gesundheitsversorgung.

Begleitet wurde die Abstimmung von einer intensiven Kampagne von Abtreibungsgegnern, die gegen jegliche Liberalisierung in dem Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte mobilisierten.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Das 4. Eisenbahnpaket

Eines der komplexesten Themen ist derzeit im Verkehrsausschuss das 4. Eisenbahnpaket. Es besteht insgesamt aus sechs Gesetzesvorschlägen, die den europäischen Eisenbahnmarkt modernisieren sollen. Die Abstimmung im Ausschuss

findet diese Woche statt, doch das ist nur der Anfang. Das Eisenbahnpaket wird uns noch das ganze nächste Jahr begleiten.

Ähnlich wie im Energiesektor gibt es seit Ende der 90er Jahre eine Diskussion über die Abtrennung des Schienennetzes vom Eisenbahnunternehmen. Auch in Deutschland befindet sich das Netz in den Händen der Deutschen Bahn, selbst wenn es sich um ein eigenes Unternehmen innerhalb der DB Holding handelt. Die Europäische Kommission hat zwar keine Zerschlagung dieser Holding-Strukturen gefordert, dennoch soll die Unabhängigkeit des Infrastrukturbetreibers gerade innerhalb der Holding verstärkt werden. Vor allem die Finanzströme müssen strikt getrennt werden, denn Bau und Erhalt von Schienen werden von öffentlichen Geldern unterstützt. Gewinne des Infrastrukturbetreibers sollen daher nicht an die Holding fließen. Auch soll neuen Eisenbahnunternehmen der Zugang zum Eisenbahnmarkt erleichtert werden. Daher wird die Vergabe von Aufträgen für den öffentlichen Nahverkehr offener gestaltet. Bei einer Ausschreibung haben auch neue Eisenbahnunternehmen eine Chance zum Zuge zu kommen.

Der technische Teil des Eisenbahnpakets soll die Zulassung von Lokomotiven und Wagons vereinfachen. Bisher muss der Hersteller in jedem einzelnen Land, in dem seine Züge fahren sollen, eine langwierige und teure Zulassungsprozedur durchlaufen. Jedes Land hat nämlich eigene Regeln für die Zulassung von Zug-Material. In Zukunft soll sich die Europäische Eisenbahnagentur um die Zulassung für mehrere Länder kümmern, in Absprache mit den nationalen Behörden. Das spart Zeit und Geld.

Mehr Rechte für Flugpassagiere

Seit 2005 können Passagiere bestimmte Rechte geltend machen, wenn es mit ihrem Flug wegen Verspätung, Annullierung oder Überbuchung Probleme gibt. Sie müssen umgehend alle nötigen Informationen erhalten und nach einer vorgeschriebenen Wartezeit auch mit Getränken und Mahlzeiten versorgt werden. Wenn ein Flug nicht stattfinden kann oder mit 3 Stunden Verspätung abfliegt, hat der Passagier Anspruch auf eine Entschädigungszahlung, die zwischen 250 und 600 € variiert, je nachdem wie lang der Flug ist. Vor allem um diese Entschädigungszahlungen wird derzeit im Verkehrsausschuss gestritten. Der Berichterstatter schlägt höhere Entschädigungen vor, andere Abgeordnete wollen die Höhe der Entschädigung vom Ticketpreis abhängig machen, wie es zum Beispiel bei der Bahn üblich ist. Wird die Verspätung bei Abflug oder bei Ankunft gerechnet? Welche Fluggesellschaft muss dann bei Zubringerflügen zahlen? Und ab wann hat ein Passagier Anspruch darauf, mit einer anderen Fluggesellschaft oder einem anderen Verkehrsmittel weitertransportiert zu werden?

Ein weiterer Streitpunkt ist, ob man ein Hin- und Rückflug-Ticket trennen kann. Bisher verfällt der Rückflug, wenn man den Hinflug aus irgendwelchen Gründen nicht angetreten hat. Das soll sich nun ändern. Fluggesellschaften haben schon angekündigt, weniger Sonderangebote anzubieten, wenn ein Hin- und Rückflug in Zukunft wie ein Einzelflug benutzt werden kann und man z.B. ein 99€-Lufthansa-Ticket splitten kann. Einzelflüge sind im Preissystem der Airlines ja meist teurer als ein gekoppelter Hin- und Rückflug. Im Verkehrsausschuss wird diese Woche über die

Flugpassagierrechte abgestimmt und eine erste Position des Parlaments festgelegt. Das neue Gesetz wird aber erst im Laufe des nächsten Jahres abgeschlossen werden.

Delegierte verabschieden ALDE-Manifest auf 34. Jahreskongress

Vom 28.-30. November fand in London der 34. Jahreskongress der ALDE-Partei, dem Zusammenschluss von 50 liberalen Parteien aus 36 Ländern Europas, statt. Höhepunkt und Abschluss des Kongresses bildete die Verabschiedung des sogenannten ALDE-Manifests zur Europawahl, welches mit überwältigender Mehrheit am Samstagabend angenommen wurde. Wie auch die FDP stehen viele liberale Parteien vor der großen Herausforderung, der Bevölkerung zu verdeutlichen, warum es auch nach fünf Jahren Finanzkrise so wichtig ist, eine starke liberale Stimme in Europa zu haben.

Außerdem fanden an jenem Wochenende verschiedene Wahlen statt. Mit großer Mehrheit wurde ich im Zuge einer Veranstaltung zum Thema "Innovatives Unternehmertum - Wie können wir die Geschlechterlücke schließen?" zur Vizepräsidentin der Europäischen Liberalen Frauen (ALDE Party Gender Equality Network) gewählt. Dieses liberale Netzwerk setzt sich für die Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung der Rechte der Frauen in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens ein. So sollen Männer und Frauen als gleichberechtigte Partner am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben mitwirken und künftig mehr Frauen auf allen Ebenen in der Politik vertreten sein.

III. Aus meinem Wahlkreis

Außerordentlicher Bundesparteitag in Berlin

Am 7. und 8. Dezember 2013 fand der außerordentliche Bundesparteitag der FDP in Berlin statt. Im Zentrum des Parteitags standen die Wahlen des neuen Bundesvorstands. Dabei setzte sich Christian Lindner als neuer Bundesvorsitzender mit knapp 80 Prozent gegen zwei Gegenkandidaten durch. Lindner bezog in seiner Rede eine eindeutig pro-europäische Position. Außerdem wurden drei Europa-Abgeordnete in den Bundesvorstand gewählt. Ein klares Zeichen dafür, dass wir in der FDP auch weiterhin die europäische Politik liberal gestalten wollen. Niedersachsen ist mit drei Plätzen vertreten - unserem Landesvorsitzenden Dr. Stefan Birkner, dem Fraktionsvorsitzenden im Niedersächsischen Landtag Christian Dürr und mir.

Traditionelles Reeder-Essen in Hamburg

Beim festlichen Reeder-Essen in Hamburg am 12. Dezember waren wir Liberale mit dem maritimen Koordinator Hans-Joachim Otto, unseren ehemaligen Mitgliedern des Deutschen Bundestages, Dr. Claudia Winterstein und Torsten Staffeldt, und mir stark vertreten. Der Präsident hob Verdienste gerade der FDP für die Schifffahrt hervor.

Wahlvorbereitung in Niedersachsen

Am 13. Dezember fand das erste ausführliche Treffen der AG Europawahl in Hannover statt.

Entenessen in Uelzen

Auch am 13. Dezember wurde beim Kreisverband Uelzen anlässlich eines Entenessens nach meinem Eingangsreferat ausführlich über Europapolitik diskutiert.

EP-Simulation in Berlin

Am 3. Advent nahm ich als Hauptrednerin der ALDE bei einer Europaparlaments-Simulation mit Schülern teil. Themen waren Euro-Stabilisierung, Datenschutz und EU-Außenpolitik um Mittelmeer.

Terminankündigungen:

- Rednerin beim "International Migrants Day 2013 – Inklusion, Integration, Zukunftssicherung" am 18. Dezember in Hannover
- Treffen mit der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend, Projekt zum Strukturierten Dialog am 19. Dezember in Hannover
- 21. Dezember Teilnahme LFA-Soziales/AG Migration im Niedersächsischen Landtag

Herzliche Grüße, ein frohes Weihnachtsfest und guten Rutsch ins neue Jahr,

Ihre Gesine Meißner

2014

Januar 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich wünsche Ihnen ein frohes und gesegnetes Jahr 2014. Dieses Jahr ist mit den Wahlen des Europäischen Parlaments im Mai, der Neubesetzung der Europäischen Kommission im Oktober und der Neuwahl des EU-Ratspräsidenten im November ein entscheidendes Jahr für die Europäische Union. Viele Dossiers gilt es vor Beginn der neuen Legislaturperiode noch zu Ende zu bringen. So standen in dieser ersten Plenarwoche in Straßburg wieder viele wichtige Abstimmungen, wie u. a. zum digitalen Fahrtenschreiber oder zur öffentlichen Auftragsvergabe und der damit stark diskutierten Privatisierung der Wasserversorgung, auf der Tagesordnung.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Kleine Erleichterungen für Handwerker bei der Tachographenpflicht

Nachdem wir 2,5 Jahre an der neuen Tachographen-Verordnung gearbeitet haben, wurde sie diese Woche im Plenum des Parlaments angenommen. Wir wollten mit der Revision der Tachographen-Verordnung konkret kleine und mittlere Unternehmen von unnötigen Kosten und Bürokratie durch den Fahrtenschreiber entlasten. Nach jetziger Gesetzeslage sind alle Fahrzeuge über 3,5 t, die für gewerbliche Fahrten benutzt werden, verpflichtet, einen Tachographen einzubauen. Sinn des Fahrtenschreibers ist, die gesetzlichen Lenk- und Ruhezeiten für LKW-Fahrer zu kontrollieren. Dies ist wichtig für Transport- und Logistikunternehmen. Handwerker oder andere kleine Unternehmer, die eben nicht den ganzen Tag hinterm Steuer sitzen, sondern mit ihren kleinen LKWs nur mehr oder weniger kurze Strecken fahren, werden durch diese Tachographenpflicht unnötig belastet.

In den Verhandlungen konnten wir uns leider nicht mit allen Forderungen gegenüber den europäischen Verkehrsministern durchsetzen. Wir haben aber erreicht, dass der Ausnahme-Radius, in dem sich Handwerker ohne Fahrtenschreiber bewegen dürfen, von 50 auf 100 km erweitert wird und dass jeder Mitgliedstaat diese Ausnahme gewähren muss. Auch konnten wir den Vorschlag abwehren, die Gewichtsgrenze für die Tachographenpflicht auf 2,8 t abzusenken. Sonst wären noch viel mehr Nicht-Berufsfahrer betroffen. Grundsätzlich wird die neue Version des digitalen Tachographs weniger anfällig für Manipulationen sein und auch die Kontrolle der Lenk- und Ruhezeiten von LKW- und Busfahrern erleichtern.

Parlament bestätigt Reform der öffentlichen Auftragsvergabe in der EU

Bereits im Juni 2013 hatte das Europäische Parlament mit Vertretern der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission neue EU-Regeln für das öffentliche Beschaffungswesen und Konzessionsverträge vereinbart. Diesen Mittwoch wurde das

neue Gesetzespaket, bestehend aus drei Richtlinien und einer Verordnung, in Straßburg vom Plenum nun mit überwältigender Mehrheit verabschiedet.

Wir Liberale unterstützen diese Reform sehr, da sie die Auftragsvergabe in der EU nicht nur moderner, einfacher und transparenter machen, sondern Europa wichtige Wachstumsimpulse geben wird. Erstmals enthält die europäische Regelung gemeinsame EU-Standards für Konzessionsverträge, um den fairen Wettbewerb zu stärken und ein optimales Preis-Leistungsverhältnis zu gewährleisten. Die Qualität - und nicht der niedrigste Preis - wird künftig wieder entscheidendes Kriterium bei der Vergabe sein. Hinzu kommt, dass große Aufträge künftig erfreulicherweise verstärkt in kleinere Einheiten aufgeteilt werden sollen. Vor allem dem Mittelstand, der in Deutschland und der EU die meisten Arbeitsplätze schafft, kommt diese Entscheidung sehr zu Gute.

Einen weiteren Erfolg gibt es für uns Liberale aber auch im Hinblick auf die stark diskutierte Privatisierung der Wasserversorgung zu verzeichnen. Wasser ist öffentliches Gut und nach den neuen Bestimmungen steht es den Mitgliedstaaten künftig offen, ob die Behörden oder der Privatsektor öffentliche Bau- und Dienstleistungsaufträge ausführen sollen. Erfreulicherweise ist es uns aber gelungen, die Wasserversorgung von den neuen Bestimmungen in diesem Sektor auszuschließen. Damit können die Stadtwerke weiterhin auch ohne europaweite Ausschreibung die Versorgung für ihre Gemeinden und auch andere Kommunen übernehmen.

Litauen übergibt EU-Ratspräsidentschaft an Griechenland

In einem Rückblick auf die vergangene Ratspräsidentschaft hat die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė am Dienstag vor dem Europäischen Parlament in Straßburg ein positives Fazit gezogen. Erfolgreich sei insbesondere die Arbeit am Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 und am EU-Haushalt 2014 gewesen. Wichtige Fortschritte seien sowohl bei der Bankenunion als auch bei der Partnerschaft zu östlichen Nachbarländern erzielt worden.

Am darauffolgenden Tag erfolgte dann die Antrittsrede des griechischen Präsidenten Antonis Samaras zur Ratspräsidentschaft Griechenlands im ersten Semester 2014. Samaras betonte, dass die kommenden Monate für die Europäische Union angesichts der wirtschaftlichen Probleme wie der hohen Arbeitslosigkeit, sowie der anstehenden Europawahl im Mai, entscheidend seien. Durch die Solidarität innerhalb der EU und die Umsetzung von Reformen habe Griechenland seine wirtschaftlichen Probleme nun im Griff, deshalb sei die anstehende Ratspräsidentschaft auch ein Symbol für die Widerstandsfähigkeit der EU. Die Griechen setzen ihre Schwerpunkte auf die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung, die weitere Integration der Euro-Zone, Migration als auch Meerespolitik. Wichtig sei es jedoch, vor allem die Bürgerinnen und Bürger von einem geeinten und somit besseren Europa zu überzeugen.

Der Kommissionspräsident Barroso betonte die Bedeutung Griechenlands für Europa und lobte die Fortschritte des Landes. Die Kommission unterstütze das Programm der Ratspräsidentschaft und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit angesichts der akuten Probleme wie der hohen Jugendarbeitslosigkeit und des fragmentierten europäischen Finanzmarktes.

Wir Liberale begrüßen die pro-europäischen Botschaften Griechenlands. Die weitere Integration der Märkte, die Bankenunion und die Arbeitnehmermobilität stehen auch auf der liberalen Agenda. Griechenlands Lehren aus der Krise können zur Reform der EU angewendet werden, insbesondere in Bezug auf die notwendige Schaffung einer Europäischen Bankenunion.

Eine weitere Priorität der griechischen Ratspräsidentschaft ist die Meerespolitik. Dabei geht es um die Flüchtlingsproblematik im Mittelmeer und welche Rolle die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) hier spielen kann. Aber auch um die Umsetzung einer europaweiten integrierten Meerespolitik. Seit Beginn meines Mandats ist dies einer meiner Schwerpunkte und so leite ich derzeit für das Europäische Parlament als Berichterstatterin die Verhandlungen mit der Europäischen Kommission und dem Rat über die Einführung einer maritimen Raumordnung und eines integrierten Küstenmanagements in allen Mitgliedstaaten. Gemeinsam mit der griechischen Ratspräsidentschaft verfolge ich das Ziel die Verhandlungen in den nächsten Monat abzuschließen, damit die Richtlinie noch in diesem Mandat angenommen werden kann.

Strengere Arbeitskontrollen und mehr soziale Sicherheit in Europa

Mit überwältigenden Mehrheiten verabschiedeten wir Abgeordneten am Dienstag in Straßburg zwei Entschlüsse, die sowohl zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Europa als auch des Sozialschutzes aller, beitragen sollen.

Im Jahr 2012 betrug der Anteil der Schwarzarbeit in der EU am europäischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis zu 18,8 Prozent, in einigen Mitgliedstaaten sogar über 30 Prozent des BIP. Um Sozialdumping, Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit künftig besser entgegen zu wirken, ist eine Aufstockung des Personals sowie der finanziellen Ressourcen der nationalen Arbeitskontrollbehörden unabdingbar. Diese spielen bei der Einhaltung von Gesetzen und Sicherstellung der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz eine entscheidende Rolle. Außerdem tragen sie zur Förderung eines fairen und sozialen Wirtschaftswachstums bei. Weitere Forderungen waren eine Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die Einrichtung einer europäischen Plattform für Arbeitsinspektoren zur Kontrolle von Schwarzarbeit sowie eines Verzeichnisses von Briefkastenfirmen und ähnlichen Missbräuchen.

Der Bericht von S&D-Mitglied Vilija Blinkevičiūtė, der mit 587 Ja- bei 65 Gegenstimmen (39 Enthaltungen) angenommen wurde, beschäftigt sich mit der sozialen Absicherung aller Arbeitnehmer/-innen als auch Selbständigen in Europa. Der Anteil der selbständigen Erwerbstätigkeit an der Gesamtbeschäftigung in der EU lag in 2012 bereits über 15 Prozent - Tendenz steigend. Ein zentrales Element des Europäischen Sozialmodells ist der Zugang zu sozialer Sicherheit, der auch für alle Selbständigen sichergestellt werden muss.

Darüber hinaus ist es aber ebenso notwendig, dass Sozialschutzsysteme auf Ebene der Mitgliedstaaten permanent modernisiert und optimiert werden, um eine stabile und angemessene soziale Absicherung aller Beschäftigten zu erreichen.

EU-Grundrecht der Freizügigkeit ist nicht verhandelbar

In einigen EU-Ländern wie Großbritannien und Deutschland gibt es zurzeit politische Debatten über eine angebliche "Armutsmigration" innerhalb der EU, die die Sozialkassen belastet. Auslöser ist die seit diesem Jahr geltende Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien.

Kommission und Rat stellten klar, dass die Freizügigkeit, von der täglich 14 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger Gebrauch machen, und die enorme wirtschaftliche Vorteile bringe, nicht verhandelbar sei.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit fördert nachweislich Wohlstand und Wachstum in der EU und darf nicht in Frage gestellt werden. Innerhalb Europas muss es gleiche Rechte für Menschen aller Mitgliedstaaten ohne Einschränkungen geben.

Problematisch sehen wir als Liberale in der derzeitigen Debatte die populistischen Anschuldigungen und Diskriminierungen gegen die Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Sollte es zu Missbrauch der Freizügigkeit zu Lasten der Sozialkassen kommen, wollen wir eine sachliche Debatte, um gemeinsam Probleme anzugehen. Jedoch gibt es derzeit keine Belege für eine "Armutsmigration". Im Gegenteil: Gerade aus Rumänien und Bulgarien sind junge und qualifizierte Arbeitskräfte zu uns gekommen, die auch in die Sozialsysteme einzahlen. Genau diese qualifizierten Menschen brauchen wir.

Bekämpfung der Nahrungsmittelkrise

Um Lebensmittelskandale wie den "Pferdefleischskandal" in Zukunft zu verhindern und organisierte Lebensmittelkriminalität einzudämmen, haben wir im Europaparlament diese Woche einen entsprechenden Beschluss verabschiedet. Damit kommt das Thema "Lebensmittelbetrug" erstmals auf die europäische Agenda.

Inhaltlich geht es in der EntschlieÙung um höhere Strafen für Lebensmittelbetrug, bessere Vernetzung der Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten und eine einheitliche Definition des Begriffes. Dieser Beschluss ist wichtig, da vor allem bei Lebensmitteln wie Fleisch, Olivenöl, Wein, Kaffee, Tee sowie Bioprodukten Betrug weit verbreitet ist. Dadurch werden nicht nur Verbraucher getäuscht, sondern es entsteht auch ein enormer wirtschaftlicher Schaden.

Leider beinhaltet der Beschluss auch die Aufforderung an die Kommission, einen Gesetzesentwurf zur verpflichtenden Kennzeichnung zum Ursprung von Fleisch in weiterverarbeiteten Produkten zu entwerfen. Ich halte dies für unnötig, da Kennzeichnungen keinen Betrug vorbeugen und somit die Unternehmen der Lebensmittelbranche von einer zusätzlichen Regulierung betroffen wären.

Honig bleibt Naturprodukt

Diesen Mittwoch wurde vom Parlament endlich Klarheit über den rechtlichen Status von Pollen geschaffen: Er ist ein integraler Bestandteil des Honigs und Honig damit weiterhin zu

100 Prozent ein natürliches Produkt und nicht ein von Natur aus zusammengesetztes Lebensmittel.

Wir Liberale sind mit dem Ergebnis der Abstimmung äußerst zufrieden. Es ist eine biologische Tatsache, dass Pollen Bestandteil des Honigs ist. Außerdem würde die Einstufung von Pollen als Zutat zu beträchtlichen Mehrkosten führen, da Tests durchgeführt werden müssten, um die für die Kennzeichnung notwendigen Informationen zu erlangen.

Ernennung neuer EZB-Spitze ist Erfolg für die Gleichstellung der Geschlechter

Bereits in 2012 hatte sich das Europäische Parlament für die Nachbesetzung des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB), das ausschließlich von Männern besetzt ist, durch eine Frau stark gemacht. Diesen Donnerstag hat das Europäische Parlament in Straßburg nun der Ernennung von Bundesbank-Vizepräsidentin Sabine Lautenschläger als Nachfolgerin von Jörg Asmussen im EZB-Direktorium zugestimmt.

Ich unterstütze die Ernennung von Sabine Lautenschläger als qualifizierte und äußerst erfahrene Frau für den EZB-Posten ausdrücklich. Außerdem denke und hoffe ich, dass diese Entscheidung ein erster Erfolg - wenn auch noch langer Weg - für die Gleichstellung der Geschlechter im Bankensektor ist.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Diskussion zu CO₂-Abgaben im Luftverkehr (Schattenberichtsteratterin)

Verhandelt wird schon seit über 10 Jahren, doch im Herbst 2013 hat man sich bei der internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO in Montreal endlich auf einen Rahmenplan geeinigt, um Treibhausgase im Luftverkehr zu verringern. Die 191 Mitgliedsländer dieser Sonderorganisation der UN haben sich dazu verpflichtet, dass ihre Fluggesellschaften für CO₂-Emissionen bezahlen müssen. Dieses Abgabesystem soll für alle internationalen Flüge ab 2020 gelten. Innerhalb der nächsten drei Jahre werden die Details für die CO₂-Abgabe ausgearbeitet.

Die EU hatte schon 2003 einen CO₂-Emissionshandel eingeführt und zwar nicht nur für Flüge innerhalb der EU, sondern auch für alle Flüge von und nach Europa. Dieser letzte Punkt führte jedoch zu großen Auseinandersetzungen mit außereuropäischen Airlines, die Europa anfliegen. Der Streit drohte zum regelrechten Handelskrieg zwischen der EU und wichtigen Wirtschaftspartnern wie USA, China und Russland auszuwachsen. Schließlich wurde die geplante Abgabe zumindest für Flüge außerhalb Europas Anfang 2013 ausgesetzt.

Jetzt läuft die Aussetzung des EU-Emissionshandels aus und die Diskussion um das weitere Vorgehen der EU ist neu entbrannt. Soll man abwarten und darauf vertrauen, dass bis 2020 ein weltweites System eingeführt wurde? Oder in der Zwischenzeit den EU-Emissionshandel wieder durchsetzen? Die Klimakommissarin Connie Hedegaard

hat vorgeschlagen, zukünftig sollen Fluggesellschaften bei Flügen nach und von Europa wenigstens für die CO2-Emissionen bezahlen, welche über europäischem Luftraum entstehen und nicht für die gesamte Strecke. Diese Variante wurde aber bei den Verhandlungen in Montreal im Herbst von den meisten ICAO-Mitgliedsländern abgelehnt. Viele fürchten daher, dass der Handelsstreit um die EU-CO2-Abgabe wieder aufflammen wird. China hat nach Hedegaards Ankündigungen eine Bestellung von 40 Airbus Maschinen eingefroren. Daher wollen wir im Verkehrsausschuss nächste Woche eine weitere Aussetzung des EU-Emissionshandels für internationale Flüge zunächst bis 2016 beantragen.

III. Aus meinem Wahlkreis

Liberale legen Marschroute fest

Nachdem ich mich schon am 4. Januar mit den niedersächsischen Europakandidaten zu einer Klausur getroffen hatte, findet am Sonntag, den 19. Januar, der Europaparteitag in Bonn statt. Als Spitzenkandidatin der Liberalen in Niedersachsen werde ich mich für Platz 3 der Bundesliste bewerben. Darüber hinaus werden wir unsere Ziele für die nächste Legislaturperiode festlegen. Neben der Frage, wie wir mit der Staatsschuldenkrise der Länder umgehen wollen, werden wir uns unter anderem mit Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik, aber auch mit dem Thema Subsidiarität befassen. Bereits am 28.-30. November 2013 in London hatten die Mitglieder der ALDE (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) ihr Programm für die Europawahl beschlossen. Neben Wirtschaftspolitik und der Euro-Stabilität diskutierte man auch hier über die Außen- und Sicherheitspolitik.

Neujahrsempfang der FDP in Hannover

Am 12. Januar hat der Stadtverband der FDP in Hannover seine Neujahrsveranstaltung abgehalten. Als Gastrednerin konnte die niederländische Europaabgeordnete Sophie in't Veld gewonnen werden. Frau in't Veld ist Mitglied der liberalen Partei D66 und wie ich Mitglied der ALDE Fraktion im Europäischen Parlament. Sie hielt eine überzeugende Rede für Europa und zeigte an verschiedenen Beispielen auf, warum auch im nächsten Europäischen Parlament eine starke liberale Fraktion dringend gebraucht wird. Ich würde mich freuen, wenn wir auch in der nächsten Legislaturperiode wieder Zusammenarbeiten könnten.

Regionalveranstaltungen zur Stabilität des Euro

In der Woche vom 6. Bis 12. Januar hat der Landesverband der FDP Niedersachsen drei Regionalveranstaltungen zur Stabilität des Euro ausgerichtet. Um an allen Veranstaltungen teilnehmen zu können, bin ich in dieser Woche mehrfach von Brüssel nach Deutschland und zurück geflogen. Auf allen Veranstaltungen sprachen Klaus-Peter Wennemann und Christian Grascha zu den Hintergründen der Währungskrise. Dabei wurde deutlich, dass die Prinzipien einer unabhängigen Geldpolitik und solide öffentliche Finanzen in vielen Fällen verletzt wurden. Strukturreformen, sowie Vertragstreue der Staaten sind jedoch notwendig und unerlässlich zur Bewältigung der Krise. Im Anschluss hatten die Teilnehmer Zeit Fragen zu stellen.

Wer keine Zeit hatte bei einer der drei Veranstaltungen dabei zu sein, oder sich tiefer mit dem Thema befassen möchte, dem empfehle ich eine Broschüre der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit von Karl-Heinz Paqué, Michael Theurer und Alexander Graf Lambsdorff. Sie können die Broschüre mit dem Titel „Die Zukunft des Euro: Kritische Fragen-Liberale antworten.“ bestellen oder kostenlos herunterladen auf: <http://so-stimmt-niedersachsen.de/index.php?RDCT=f6dc43d3a1e093e513f4>

Traditionelles Dreikönigstreffen in Stuttgart

Wie in jedem Jahr hatte der Landesverband der FDP in Baden-Württemberg am 6. Januar zum traditionellen Dreikönigstreffen nach Stuttgart geladen. Unter den Gästen waren unter anderem Hans-Dietrich Genscher und Rainer Brüderle. Bei den Reden des Bundesvorsitzenden Christian Lindner, der Generalsekretärin Nicola Beer und auch dem baden-württembergischen Landesvorsitzenden und Europaabgeordneten Michael Theurer spürte man deutlich die Aufbruchsstimmung, in der sich die Partei momentan befindet. Zum Schmunzeln brachte uns der Landtagsfraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Rülke: Er berichtete von der großen Liebe des Ministerpräsidenten Kretschmann zum Juchtenkäfer. Diese Liebe führt dazu, dass im Nordschwarzwald auf Biegen und Brechen ein Nationalpark eingerichtet werden soll, obwohl die Bevölkerung dies nicht will und für den Mittelstand in dieser Region auch wirtschaftliche Nachteile entstehen könnten. Bei einer Regierungsbeteiligung der Liberalen wäre dies nicht passiert.

Terminankündigungen:

- Rednerin beim diesjährigen Neujahrsempfang der FDP Bremen am Vormittag des
- 18. Januar im Haus der Wissenschaft in Bremen
- Sitzung des Bundesvorstands der FDP am Nachmittag des 18. Januar in Bonn
- Europaparteitag der FDP am 19. Januar in Bonn
- Treffen des ALDE Party Gender Equality Network (Europäische Liberale Frauen) am Vormittag des 20. Januar in Brüssel

Herzliche Grüße,

Ihre Gesine Meißner

Februar I 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit der Abstimmung über die Flugpassagierrechte stand in dieser ersten Plenarsitzungswoche im Februar in Straßburg ein sehr bedeutendes und lang diskutiertes Thema auf der Tagesordnung. Weitere Höhepunkte waren aber auch die Festlegung der Energie- und Klimaschutzziele für 2030 für die EU sowie die Entscheidung über verschärfte Herkunftsangaben für frisches, gekühltes und gefrorenes Schweine-, Geflügel-, Schaf- und Ziegenfleisch.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Mehr Rechte für Flugpassagiere

Das Parlament hat diese Woche beschlossen, die Rechte von Flugpassagieren zu stärken. Die Revision der entsprechenden Richtlinie ist nötig, da die Einforderung in der Praxis nicht richtig funktioniert. Ich bekomme immer wieder Beschwerden von Passagieren, die sich mit Fluggesellschaften und Anwälten um Entschädigungszahlungen streiten. Daher wollen wir Grauzonen und Schlupflöcher für die Fluggesellschaften beseitigen und haben uns auf einige klare Verbesserungen für die Passagiere geeinigt:

Künftig soll es schon ab drei Stunden Verspätung einen Anspruch auf 300 € Entschädigung für inner-europäische Flüge geben. Außerdem wird die Verspätung für die Entschädigungszahlung am Ankunftsflughafen gemessen, nicht ab Abflug. Somit werden Anschlussverspätungen mitangerechnet. Der Flieger von Berlin nach Frankfurt hat z. B. zwei Stunden Verspätung und man verpasst den Anschlussflug nach New York. Man muss auf die nächste Maschine nach New York warten und kommt am Ende vielleicht acht Stunden später an als geplant. Für die Entschädigungszahlung zählen dann die acht Stunden Verspätung, der Passagier hätte Anspruch auf 600 €. "Außergewöhnliche Umstände", bei denen die Fluggesellschaften nicht für die Verspätung verantwortlich gemacht werden können, werden klar definiert und eingegrenzt. Bisher gab es hier reichlich Interpretationsspielraum für die Airlines.

Die lästige Regelung mancher Billig-Flieger, wonach man nur ein einziges Stück Handgepäck mit ins Flugzeug nehmen darf, würde auch abgeschafft. Und Fluggesellschaften dürfen bei einem gekoppelten Hin-Rückflug-Ticket den Rückflug nicht mehr verweigern, wenn der Hinflug nicht genutzt wurde. Das ist nur ein Auszug der Forderungen, mit denen das Parlament nach den Europawahlen in die Verhandlungen mit den Verkehrsministern zieht. Die neuen Flugpassagierrechte können erst in Kraft treten, wenn sich beide Seiten auf einen gemeinsamen Gesetzestext verständigen.

Ausbau der Binnenschifffahrt dringend erforderlich

Das Europaparlament hat ein umfassendes Maßnahmenpaket gefordert, um die Binnenschifffahrt in Europa zu modernisieren. Eine entsprechende Resolution wurde am Donnerstag im Plenum angenommen.

Die Binnenschifffahrt kennt viele Probleme. Binnenschiffer sind oft nur Ein-Mann-Betriebe, die mit ihrer Familie auf ihrem Kahn leben und arbeiten. Sie haben nicht die Mittel, ihr Schiff mit neuen, umweltfreundlichen Technologien auszurüsten. Die Infrastruktur ist oft genauso veraltet. Schleusen müssten erneuert, Brücken angehoben werden.

Es gibt schon gute Ansätze wie die Einbeziehung der Binnenwasserwege in die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V). Damit können europäische Gelder für Baumaßnahmen an Flüssen und Kanälen verwendet werden. Doch wir brauchen eine

umfassende Strategie, um die Binnenschifffahrt zu stärken. Die Binnenwasserstraßen haben noch viel ungenutztes Potential und könnten auch Verkehre von der Straße zu holen.

Europaparlament fordert drei verbindliche Energie- und Klimaschutzziele für 2030

Am Mittwoch stimmte das Europäische Parlament über den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik der EU bis 2030 ab. Mit 341 Ja- bei 263 Gegenstimmen sprach sich eine knappe Mehrheit der Abgeordneten für drei verbindliche Ziele aus: Die Europäische Union soll bis 2030 ihren Treibhausgasausstoß um 40 Prozent reduzieren, die Energieeffizienz um 40 Prozent erhöhen und 30 Prozent des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien decken. Rechtzeitig zur UN-Klimakonferenz 2015 in Paris soll die EU mit einem ambitionierten Angebot in die Verhandlungen gehen.

Damit gehen die Forderungen der Parlamentarier über die Vorschläge der EU-Kommission hinaus, die diese Ende Januar vorgestellt hat. Anders als das Parlament will die Kommission nur ein verbindliches Ziel von 40 Prozent weniger CO₂ im Vergleich zum Jahr 1990. Die Kommission hat sich dafür ausgesprochen, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2030 auf 27 Prozent im EU-Durchschnitt zu erhöhen, doch will sie den Mitgliedstaaten überlassen, wer wie viel zur Erreichung des Ziels beiträgt. Die Abgeordneten befürworteten zusätzliche nationale Vorgaben für die Mitgliedstaaten.

Die Staats- und Regierungschefs wollen das Thema Ende März auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel diskutieren, um spätestens im Juni eine gemeinsame EU-Position zu verabschieden.

Künftig bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für Saisonarbeiter in der EU

Mit einer überwältigenden Mehrheit fordern 80 Prozent der Abgeordneten künftig bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für Saisonarbeiter aus Drittstaaten in der EU. Das zeigt die Abstimmung des Plenums über EU-weit gültige Regeln für den Umgang mit Saisonarbeitskräften diesen Mittwoch.

Die neuen Regeln sehen neben angemessenen Unterkünften und eine Begrenzung der Höchstarbeitszeit auch eine Pflicht für das Abschließen von konkreten Arbeitsverträgen vor, die Angaben zu Bezahlung und Arbeitsstunden enthalten. Bei Nichteinhaltung drohen dem Arbeitgeber Sanktionen. Zudem dürfen Saisonarbeitskräfte künftig ihre Verträge verlängern und auch zu anderen Arbeitgebern wechseln.

Keine Auswirkungen haben die neuen Regeln auf das Recht der Mitgliedstaaten, weiterhin selbst zu entscheiden, wie viele Saisonarbeitskräfte sie einreisen lassen. Sie müssen jedoch eine maximale Aufenthaltsdauer zwischen fünf und neun Monaten über einen Zeitraum von zwölf Monaten festlegen.

Ich begrüße das Ergebnis der Abstimmung sehr, denn immerhin kommen jährlich schätzungsweise 100.000 Drittstaatsangehörige zu Spitzenzeiten in die EU, um vor allem den Bedarf in der Landwirtschaft und im Tourismus zu decken. Die EU muss mit klaren Regeln sicherstellen, dass Saisonarbeiter künftig vor Sozialdumping und Ausbeutung geschützt werden. Gleichzeitung muss aber auch verhindert werden, dass vorübergehende Aufenthalte zu dauerhaften gemacht werden.

Abgeordnete fordern verschärfte Herkunftsangaben für Fleisch

Am Donnerstag hat sich eine knappe Mehrheit der Abgeordneten für eine strengere Etikettierungspflicht für frisches, gekühltes sowie gefrorenes Schweine-, Geflügel-, Schaf- und Ziegenfleisch ausgesprochen.

Nach dem BSE-Skandal wurden in der Union bereits zum 1. Januar 2002 strenge Etikettierungspflichten für Rindfleisch in Kraft gesetzt. Ähnliche Vorgaben sollten nach einer 2011 beschlossenen Resolution am Ende des letzten Jahres auch von der Kommission veröffentlicht werden. Das Parlament hat sich heute, nach mehrfacher Forderung nach strengeren Regelungen - insbesondere mit Blick auf den Pferdefleischskandal - mit dem Ziel des Verbraucherschutzes, für den Vorschlag der Kommission entschieden: Ab 2015 müssen Aufzucht- (hauptsächlich Mastland) und Schlachtort des Tieres auf dem Etikett angegeben werden.

Wir Liberale sehen diese Regelung kritisch. Diese führt aus unserer Sicht lediglich zu einem extremen und kostspieligen Mehraufwand für die Landwirte. Dieser erhöhte Aufwand wird nicht dazu führen, dass der Verbraucher besser gestellt ist: Der Aufzuchtort kann nicht als eindeutiger Indikator für die Qualität des Fleische gesehen werden und der zusätzliche Aufwand für die Landwirte wird nicht nur für diese, sondern auch für den Verbraucher zu erhöhten Ausgaben führen. Wie gerade der Pferdefleischskandal gezeigt hat, schützt die strenge Etikettierungspflicht nicht vor Kriminalität.

Einfachere Lizenzen für Musikrechte in Europa

Am Dienstag hat das EU-Parlament mit großer Mehrheit eine Richtlinie zur einfacheren Vergabe von Musikrechten in Europa verabschiedet.

Bislang war es gängige Praxis, dass die Musikplattformen ihre Lizenzen in jedem Mitgliedstaat einzeln erwerben mussten. Die neue Richtlinie macht es den Online-Anbietern leichter, ihr Angebot auf dem gesamten europäischen Binnenmarkt zu vertreiben. Außerdem werden die Rechte der Künstler gestärkt, die ihre Lizenzgebühren nun umgehend erhalten sollen. Verbraucher profitieren von der geschaffenen Rechtssicherheit und einem größeren Angebot.

Lage in der Ukraine

"Die Zukunft der Ukraine steht auf dem Spiel", so die Einschätzung des Kommissars Štefan Füle zur Situation in der Ukraine. Deutlich machte er zudem, dass sich die Lage im letzten Monat verschlimmert habe und es derzeit massive Menschenrechtsverletzungen gebe. Die EU suche den Dialog vor Ort, daher sei Frau Ashton in diesen Wochen auch häufig in der Ukraine und könne nicht ins Parlament

kommen. Wichtig sei es, die Situation zu deeskalieren und wieder Sicherheit und Stabilität herzustellen. Die EU werde die Ukraine dabei unterstützen, demokratische Reformen durchzuführen. Wenn diese gelingen, wäre die EU bereit über eine Mitgliedschaft der Ukraine zu verhandeln.

Wie auch unser Vorsitzender liberalen Fraktion, Guy Verhofstadt, der forderten einige Parlamentarier umfassende Sanktionen und kritisierten die Strategie der EU. Die Sanktionen sollten gegen das Regime und gegen einzelne verantwortliche Personen gelten. Mit der Sperrung von Konten und Handelssanktionen könne man der ukrainischen Präsident Janukowytsch dazu zwingen, politische Gefangene frei zu lassen, die nächsten Wahlen vorzuziehen und die Verfassung von 2004 wieder einzuführen. Es sei eine neue Strategie notwendig, die auch ein finanzielles Hilfspaket enthält.

Situation in Syrien - keine schnellen Lösungen

Der seit 2011 andauernde Bürgerkrieg in Syrien war Anlass für eine erneute Debatte im Parlament. Kommissar Füle machte die Ausmaße des Konflikts deutlich. Rund 2,9 Millionen Syrer seien aus dem Land geflohen, die Hälfte von ihnen Kinder. Sie seien notdürftig in Auffanglagern in Nachbarländern wie Libanon, Jordanien und im Irak untergekommen. Die Völkergemeinschaft sowie die UN hätten die Grenzen ihrer Möglichkeiten erreicht. Derzeit stelle die EU humanitäre Hilfen für die Kriegsoffer und finanzielle Hilfen zur Unterstützung der Nachbarländer bereit. In Oppositionsgebieten Syriens werde versucht, die Strom- und Wasserversorgung wieder herzustellen.

Die Genfer Konferenz, bei der die Beteiligten des Konflikts verhandelten, sei ein erster kleiner Schritt. Das Genfer Verfahren werde von der EU unterstützt, jedoch werde ein langer und schwerer Friedensprozess erwartet.

Guy Verhofstadt prangerte die Verbrechen des Regimes Syriens an und forderte, den Präsidenten Assad wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzuklagen. Außerdem kritisierte er scharf, dass Europa trotz vorhandener Kapazitäten nicht einmal ein Prozent der Flüchtlinge aufnehme.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Immer wieder Streit um längere LKWs (Schattenberichterstatteerin)

Der Verkehrsausschuss streitet weiter über die maximalen Abmessungen und Gewichte von LKW. Nach der geltenden Richtlinie dürfen LKWs für den internationalen Straßenverkehr höchstens 18,75 m lang und 40 t schwer sein. Einige Mitgliedsländer haben jedoch national großzügigere Regelungen und fahren z.T. mit LKWs, die länger und auch schwerer sind. Die Kommission hatte vorgeschlagen, dass auch diese Lang-LKWs künftig über die Grenze fahren dürfen. Vorausgesetzt natürlich, der Nachbar- Staat erlaubt diese überlangen Fahrzeuge ebenfalls. Diese

Klarstellung war meiner Meinung nach schon längst überfällig. Bisher müsste der LKW geteilt und nach der Grenze wieder zusammengesetzt werden. Eine unsinnige Praxis.

Viele Kollegen im Verkehrsausschuss sind allerdings anderer Meinung. Wenn man die Betriebsbedingungen für Lang-LKWs erleichtert und Ihnen erlaubt, auch zwischen zwei Ländern zu fahren, dann wird der Straßenverkehr noch günstiger und die Schiene noch weniger wettbewerbsfähig. So ihre Argumentation. Sie wollen daher den Kommissionsvorschlag ablehnen und an der bisherigen Regelung nichts ändern. Nur für den Fall, dass eine Studie beweist, dass die Grenzöffnung Schiene und Umwelt nicht schädigt, könnte man in fünf Jahren noch mal darüber reden.

Größere LKWs können in der Tat mehr Ladung transportieren als herkömmliche LKWs, dadurch werden am Ende Fahrten und Benzin eingespart und der Transport könnte billiger werden. Doch der Transport wird vor allem effizienter und verursacht weniger schädliche Emissionen. Für die Förderung des Schienengüterverkehrs gibt es sicher Einiges tun. Doch Innovationen auf der Straße zu blockieren, macht die Schiene bestimmt nicht wettbewerbsfähig.

Maritime Raumordnung und integriertes Küstenmanagement (Berichterstatte(r)in)

Im vergangenen Dezember habe ich im Transportausschuss und im Plenum das Mandat erhalten, mit dem Rat und der Kommission die Verhandlungen über eine Richtlinie für einen europäischen Rahmen für eine maritime Raumordnung und ein integriertes Küstenmanagement zu beginnen. Im Januar haben diese sogenannten Trilogverhandlungen begonnen, die das Ziel haben eine gemeinsame Position des Parlaments und des Rats auszuarbeiten, die dann die endgültige Richtlinie ausmacht. Insbesondere in Bezug auf die Rolle des integrierten Küstenmanagements gibt es hier große Unterschiede, da der Rat dies in seinem Vorschlag ganz aus der Richtlinie gestrichen hat. Zwei bis drei Mal die Woche finden derzeit Treffen statt, in denen die beiden Positionen Artikel für Artikel miteinander verglichen werden und mögliche Kompromisse ausgehandelt werden. Eine große Herausforderung ist dabei vor allem die anstehende Europawahl, denn das verbleibende Zeitfenster für eine Einigung ist eng. Auch zeigen die Verhandlungen sehr anschaulich, wie schwer sich die Mitgliedstaaten noch immer mit einer größeren Beteiligung des Parlaments an dem europäischen Gesetzgebungsprozess tun. Dennoch bin ich sehr zuversichtlich rechtzeitig eine Einigung zu erzielen, denn wir haben uns in vielen Bereichen schon entscheidend angenähert.

Fischereiausschuss

Freihandelsabkommen zwischen der EU und Thailand aus fischereipolitischer Perspektive (Schattenberichterstatte(r)in)

Im Fischereiausschuss wird derzeit ein Initiativbericht zum Freihandelsabkommen mit Thailand diskutiert. Als Schattenberichterstatte(r)in setze ich mich dafür ein, den Bericht ausgeglichen zu gestalten. Der spanische Berichterstatter verlangt eine Ausnahme von den Tarifiereduktionen für Fischkonserven. Hintergrund ist, dass Thailand einer der größten Verarbeitungsindustrien für Fischkonserven beheimatet, ohne über

nennenswerte eigene Fischbestände zu verfügen. Gleichzeitig steht diese Produktion in Konkurrenz mit der europäischen Industrie, insbesondere in Spanien, Frankreich und Portugal. Ich setze mich dafür ein, längere Übergangsregelungen festzulegen, da die Industrien gerade dort ansässig sind, wo bereits eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Aber den Ansatz des Freihandelsabkommens auf Grund dieser spezifischen Problematik in Frage zu stellen, halte ich für sehr problematisch. Denn durch eine protektionistische Handelspolitik wird die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Industriezweige auch nicht gesichert. Allerdings hat der Berichterstatter höchstwahrscheinlich die Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses hinter sich. Da es sich um einen Initiativbericht handelt, ist zwar nicht davon auszugehen, dass es eine direkte Auswirkung auf die Verhandlungen selbst geben wird, aber es geht darum die richtigen Zeichen zu senden.

Austausch europäischer und afrikanischer Liberaler in Kapstadt

Vom 23. bis 25. Januar dieses Jahres nahm ich gemeinsam mit einer Delegation liberaler Abgeordneter des Europäischen Parlaments an der 9. ALDE-AKP-Jahreskonferenz in Kapstadt, Südafrika. In diesem Jahr stand unter dem Thema "Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Entwicklung in Afrika: ein liberaler Ansatz".

Die jährlich stattfindenden Konferenzen dienen vor allem dem regelmäßigen Austausch von europäischen Liberalen und Liberalen der Staaten Afrikas, des karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans (AKP-Staaten) und der Stärkung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen mit der EU.

III. Aus meinem Wahlkreis

„Das braucht Europa!“

Am Sonntag, den 19. Januar hat der Europaparteitag der FDP in Bonn stattgefunden, um die Bundesliste für die Europawahl der FDP aufzustellen und das Wahlprogramm zu verabschieden. Als Spitzenkandidat der FDP wird Alexander Graf Lambsdorff unseren Wahlkampf anführen. Ich habe mich um dritten Listenplatz beworben und mit 89 Prozent das beste Ergebnis an diesem Tag erhalten. Das verabschiedete Wahlprogramm unter dem Motto „Das braucht Europa!“ können Sie hier abrufen: <http://www.fdp.de/files/5620/EPT-Europawahlprogramm.pdf>.

Viele internationale Gäste waren neben den Delegierten und der Presse ebenfalls angereist. Grußworte kamen von Guy Verhofstadt aus Belgien (Vorsitzender der ALDE Fraktion im EP), Olli Rehn aus Finnland (Kommissar für Wirtschaft und Währung). Beide werden die ALDE als Doppelspitze in den Wahlkampf vertreten. Darüber hinaus begrüßten der Brite Sir Graham Watson (Vorsitzender der ALDE Partei) und der Niederländer Hans van Baalen (Vorsitzender Liberale International) die Delegierten und Zuschauer.

Grünkohlessen in Celle und Barsinghausen

In der kalten Jahreszeit findet vielerorts in den Kreis- und Ortsverbänden der FDP in Niedersachsen ein traditionelles Grünkohlessen statt, so auch in Celle und

Barsinghausen. Dabei hatte ich auf beiden Veranstaltungen die Gelegenheit über meine parlamentarische Arbeit zu berichten.

Gesine Meißner beim EU-Bürgerdialog

Am Mittwoch vergangener Woche diskutierte Gesine Meißner mit Abgeordneten der anderen Fraktionen sowie Vertretern von Kommission und Auswärtigem Amt beim EU-Bürgerdialog im Hamburger Rathaus. Zu der öffentlichen Veranstaltung kamen mehrere Hundert interessierte Bürgerinnen und Bürger, die dem hochkarätig besetzten Podium Fragen quer durch alle Themengebiete stellen konnten. Ein besonderes Interesse galt den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Frau Meißner verwies auf die Chancen, die ein solches Bündnis für den Arbeitsmarkt und die Volkswirtschaften beider Partner verspricht. Gleichzeitig stellte sie klar, dass die Verhandlungen nicht unabhängig von Fragen des Datenschutzes stattfinden dürften. Vor dem Hintergrund des NSA-Skandals sei eine Verknüpfung zwischen Freihandelsabkommen und No-Spy-Abkommen notwendig, wenn man es mit dem Schutz der Bürgerrechte ernst meine.

Terminankündigungen:

- Teamklausur am 14. Februar in Hannover
- Podiumsteilnehmerin beim Bürgerforum "Mitreden über Europa" am 14. Februar im Altstadtrathaus Braunschweig
- Neumitgliedertreffen der FDP-Niedersachsen und Landesvorstandstreffen am 15. Februar in Hannover
- Mitgliederversammlung der Liberalen Frauen Niedersachsen am 16. Februar in Ricklingen

Herzliche Grüße,

Ihre Gesine Meißner

Februar II 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

vergangene Woche wurden in Straßburg gleich mehrere große Entscheidungen im Bereich des Verkehrs gefasst: So wurde über Grenzwerte für CO₂-Emissionen von PKWs, das 4. Eisenbahnpaket und den viel umstrittenen automatischen Notruf eCall abgestimmt. Aber auch Debatten über die Situation in der Ukraine und das Referendum in der Schweiz standen auf der Tagesordnung.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Situation in der Ukraine: Vollste Unterstützung

Die Situation in der Ukraine stand bereits in Straßburg ganz oben auf der Agenda. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, bezeichnete die Geschehnisse der vergangenen drei Monate und insbesondere die des letzten Wochenendes als "den wohl bedeutendsten Wandel [in der] jüngeren Geschichte" der Ukraine. Als Mitglieder des Parlaments haben wir den mutigen Menschen dort unsere volle Solidarität und unser tiefstes Mitgefühl für ihre Verluste, aber auch Würdigung für ihren unermüdlichen Kampf, ihre Kraft, ihren Mut und ihre Würde zugesprochen. Wir sind froh, dass die Oppositionsführerin Yulia Tymoschenko wieder in Freiheit ist und planen sie und ihr Land bei den bevorstehenden großen Herausforderungen zu unterstützen."

Die eher positive Stimmung im Parlament wurde allerdings durch Geschehnisse in den vergangenen Tagen überholt. Der Aufmarsch russischer Truppen auf der Krim bedroht die Stabilität nicht nur in der Ukraine sondern weit darüber hinaus. Der völkerrechtswidrige Einmarsch russischer Soldaten und die ausgerufene Generalmobilmachung in der Ukraine lassen die Hoffnungen auf einen Neuanfang und eine Aussöhnung der verschiedenen Konfliktparteien in der nahen Zukunft vergessen. Das wichtigste Ziel muss es nun sein, ein Blutvergießen zu verhindern.

Die Spannungen zwischen prorussischen und proeuropäischen Kräften treten deutlicher als je zuvor zu Tage. Es stellt sich die Frage der Souveränität der Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Forderung nach Sanktionen ist nur eine Seite der Medaille. Die Situation ist enorm komplex und dem muss Rechnung getragen werden. Drohgebärden helfen uns nicht weiter, sondern der Dialog mit Russland muss aufrechterhalten werden. Verbales Aufrüsten ist genauso fehl am Platz wie die verstärkte militärische Präsenz Russlands auf der Krim.

Haben wir vergangene Woche in Straßburg noch von einer historischen Chance für die Ukraine gesprochen, müssen wir nur wenige Tage später vor allem von einer historischen Herausforderung sprechen: ein drohender Staatsbankrott, ein Teil des Landes besetzt und in anderen Teilen radikal-nationalistische Kräfte, die die öffentliche Sicherheit bedrohen. Die Probleme sind von der Ukraine allein nicht zu bewältigen. Die EU muss nun ein ganz klares Zeichen aussenden, dass das Land eben nicht alleine dasteht. Es geht nicht darum Russland in die Schranken zu weisen, sondern einen Beitrittskandidaten in einer Notsituation zu unterstützen.

Vorteile rein, Ausländer raus - So nicht! Das Referendum in der Schweiz

Eine sagenhaft knappe Mehrheit von 50,3 Prozent hat sich am 9. Februar in einem Referendum in der Schweiz für einen Einwanderungsstopp entschieden. Drei Jahre verbleiben nun, bis dieser Entscheid über die Initiative "Gegen Masseneinwanderung" der Schweizerischen Volkspartei (SVP) umgesetzt werden muss. Er sieht vor, dass eine Maximaleinwanderungszahl und fixe Einwanderungskontingente für Arbeiter auch für EU-Ausländer festgelegt werden. Das hat in der Europäischen Union für großes Aufsehen gesorgt. Während der Plenarsitzung in Straßburg wurde betont, dass die Zukunft der Schweiz in Europa liege und dass nun in gemeinsamen

Verhandlungen beschlossen werden müsse, wie mit dieser neuen Verfassungslage in der Schweiz umzugehen sei.

Das Referendum hat sowohl für die Schweiz als auch für die Europäische Union große Auswirkungen. Die Schweiz betreibt 60 Prozent ihres Außenhandels mit der EU und ist wie kein zweites Land von Arbeitsmigration abhängig. Den hohen Lebensstandard und die gute wirtschaftliche Stellung verdankt die Schweiz auch dem freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Der Zugang zum Binnenmarkt ist Teil eines Vertragspaketes mit der Europäischen Union, gegen welches die Schweiz nun mit diesem Referendum verstoßen wird. Dadurch wird theoretisch das ganze Paket aufgekündigt. Die Europäische Kommission hat angekündigt, infolge der Verletzung des Prinzips der Personenfreizügigkeit das gesamte Vertragsgeflecht mit der Schweiz zu überprüfen und zu überdenken.

Als Liberale bedauern wir das Ergebnis des Volksentscheids in der Schweiz. Wir wollen keine Renationalisierung Europas. Die Europäische Union muss in Ihrer grenzfreien Einzigartigkeit bestehen bleiben. Die Schweiz kann nicht nur von den Vorteilen der Union profitieren, aber gleichzeitig eine wortwörtliche Grenze bei den Vorzügen für die EU ziehen. Mit diesem Entscheid hat sich die Schweiz keinen Gefallen getan. Es ist nun auch eine Frage der Glaubwürdigkeit der Union, auf dieses Referendum klar und bestimmt zu reagieren und für die Werte und Grundsätze der EU einzustehen.

Neue Regelungen für Tabakprodukte

Vergangene Woche hat das Parlament eine Entscheidung über die Neuregelung der Tabakprodukttrichtlinie getroffen. Die Vorgaben scheinen drakonisch, doch wurde Einiges im Vergleich zum Kommissionsentwurf abgemildert. So gibt es in Zukunft Emissionshöchstwerte für Teer-, Kohlenmonoxid- und Nikotingehalt von Tabakprodukten, Vanille-Zigaretten oder andere Aromen werden verboten. Damit soll die Hemmschwelle zu rauchen für Jugendliche angehoben werden. Besonders umstritten waren die verschärften Regelungen bezüglich der Verpackungen. Hier haben Produktdesigner kaum mehr Freiheiten, alles ist bis ins Detail geregelt. Zusätzlich müssen die Warnhinweise, inklusive Schockbildern, zukünftig 65% der Vorder- und Rückseite belegen. Auch wurde eine Mindestanzahl von Zigaretten pro Schachtel festgelegt, kleine Schachteln mit nur 10 Zigaretten wird es nicht mehr geben.

Auch für die elektrischen Zigaretten gelten nun bestimmte Regelungen bezüglich von Warnhinweisen und Mindest- beziehungsweise Maximalbefüllungsmengen. Die ALDE konnte aber durchsetzen, dass alle zurzeit üblichen Formen von E-Zigaretten erlaubt bleiben, Sonderregelungen obliegen weiterhin den Mitgliedsstaaten. Ursprünglich sollten die E-Zigaretten nämlich als Arzneimittel eingestuft werden, was den Zugang wesentlich eingeschränkt hätte.

Wir als Liberale unterstützen grundsätzlich natürlich die Bekämpfung von Gesundheitsschäden durch den Konsum von Tabakprodukten, jedoch sehen wir solche strikte Regelungen, insbesondere bezüglich von Verpackungen und Warnhinweisen kritisch. Die menschliche Gesundheit ist eines der höchsten Güter, doch es ist zu bezweifeln, dass eine festgelegte Verpackungsgröße und millimetergenaue Angaben

über die Warnhinweise, dieses Gut schützen und den Tabakkonsum reduzieren wird. Zudem müssen dem mündigen Bürger in seiner Eigenverantwortlichkeit und Freiheit einige Entscheidungen selbst überlassen werden. Mehr Regeln bedeuten nicht zwingend mehr Erfolg.

Fortschreitende Integration - Gemeinsames Europäisches Kaufrecht

Nach jahrelangen Verhandlungen und einer intensiven Debatte im Plenum haben sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments vergangene Woche mit großer Mehrheit für die Einführungen eines gemeinsamen Europäischen Kaufrechts entschieden.

Das Gemeinsame Europäische Kaufrecht (GEKR) ist ein neues Element für Online-Geschäfte. Ziel ist es, den nur bei rund sieben bis acht Prozent liegenden gemeinsamen Binnenmarkt für Onlinekäufe zu fördern, indem Transaktionskosten gesenkt und die Transparenz erhöht werden. Beim Vertragsabschluss wird es den Parteien freistehen, sich zwischen dem Europäischen Kaufrecht und dem jeweiligen nationalen Recht zu entscheiden. Der Unternehmer wird dabei verpflichtet, den Verbraucher umfangreich vor Vertragsschluss über seine Rechte und auch die Folgen der jeweiligen Rechtsanwendung zu informieren.

Als Liberale unterstütze ich diese Einführung im Sinne des europäischen Gedankens eines gemeinsamen Binnenmarktes. Mir ist es wichtig hervorzuheben, dass durch dieses freiwillige Element die Möglichkeit besteht, für die Verbraucher mehr Klarheit zu schaffen und sie sich dadurch in Zukunft sicherer und damit häufiger am grenzüberschreitenden Handel beteiligen können. Auch die Rechtsberatungskosten sinken. Das GEKR schafft einen fairen Ausgleich zwischen Unternehmer- und Verbraucherinteressen und bietet damit im wörtlichen Sinne eine echte Option, um das volle Potenzial des Binnenmarktes auszuschöpfen.

Jugendgarantie: Ein wichtiger Schritt für unsere Jugend, ein wichtiger Schritt für Europa

Am vergangenen Mittwoch haben der Rat und die Kommission Stellung zur Einführung der sogenannten Jugendgarantie genommen und erneut deren Wichtigkeit zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit betont.

Jeder vierte junge Mensch in der Union ist ohne Arbeit beziehungsweise ohne Ausbildungsstelle, d. h. 25 Prozent der Europäer unter 25 sind arbeitslos, also insgesamt 7,5 Millionen Menschen. Diese Menschen müssen dringend in die Berufswelt integriert werden, um zu einer modernen, starken und konkurrenzfähigen Wirtschaft zurückzukehren.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist eins der größten Probleme in der EU. Sie kostet die Union jährlich ca. 153 Milliarden. Die Kosten für die Jugendgarantie hingegen würden nach Schätzungen im Vergleich dazu lediglich 21 Milliarden Euro betragen.

Die Jugendgarantie bezeichnet eine geplante Initiative der Europäischen Union, um diese Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren. Das Programm hat ein finnisches Modell zum Vorbild. Es sieht vor, jedem Jugendlichen unter 25 Jahren bzw. Studienabgänger

unter 30 innerhalb von vier Monaten nach dem Verlassen des Bildungssystems oder nach dem Eintritt in die Arbeitslosigkeit, einen Arbeitsplatz, eine Ausbildungsstelle, ein Praktikum oder einen Platz in einer Fortbildungsmaßnahme zu garantieren. Zurzeit arbeiten die Mitgliedsstaaten, die sich im April 2013 für diese Initiative entschieden haben, noch an der Ausarbeitung von nationalen Programmen für eine erfolgreiche Umsetzung.

Wir Liberale unterstützen diese Initiative, wollen aber noch einmal hervorheben, dass das nicht der einzige Schritt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sein kann und weder eine Jobgarantie noch eine Zwangsverpflichtung für Unternehmer ist. Der beste Garant für eine geringere Arbeitslosenquote ist eine funktionierende und florierende Wirtschaft. Weitere Reformen in der Bildungspolitik und eine enge Kooperation mit den Unternehmen sind für die Erreichung der Ziele der Jugendgarantie unerlässlich. Marktreformen sind nötig, um den gemeinsamen Markt für Dienstleistungen zu stärken, Handelsabkommen zu vereinfachen und es müssen Anreize für den Weg in die Selbstständigkeit von jungen Menschen geschaffen werden. Die Jugendgarantie ist ein wichtiger und richtiger Schritt, aber nur mit einem Gesamtpaket kann die (Jugend-)Arbeitslosigkeit bekämpft werden.

Das Ende einer langen Geschichte: Grenzwerte für CO₂-Emissionen von PKWs

Europaparlament und Verkehrsminister hatten sich schon im Sommer letzten Jahres auf einen Kompromiss darüber verständigt, wie der strenge Grenzwert von 95 Gramm CO₂ pro Kilometer für PKWs erreicht werden kann. Die Bundeskanzlerin blockierte den Deal jedoch, weil Mercedes und BMW große Probleme haben, das 95g/km-Ziel ab 2020 zu erfüllen. Sie verkaufen vor allem große Fahrzeuge mit dementsprechend hohem Verbrauch/Emissionsausstoß und können den durchschnittlichen Flottenverbrauch nicht mit kleinen benzinsparenden Fahrzeugen senken. Auf Druck der Bundesregierung wurde nachverhandelt und die Hersteller haben nun ein Jahr länger Zeit, um das 95 g/km-Ziel einzuhalten.

Dieses Ziel kann nur über einen signifikanten Anteil an Elektrofahrzeugen erreicht werden. Deren Markterfolg ist aber immer noch ungewiss. Strenge CO₂-Vorgaben allein werden die Autofahrer nicht überzeugen, sich ein Elektroauto anzuschaffen. Hilfreich kann hier auch eine Infrastruktur zur "Betankung" mit alternativen Energien inklusive öffentlich zugänglicher Ladestationen quer durch Europa sein, an der wir gerade arbeiten. Elektrofahrzeuge werden allerdings bei der Berechnung des CO₂-Flottendurchschnitts eines Herstellers in Zukunft mehrfach gewichtet. Das hilft den Autoherstellern, den vorgegebenen Grenzwert für ihre Flotte zu erreichen. Wir Liberalen hatten uns daher auch für diese Variante eingesetzt. Das Europaparlament hat letzte Woche den nachverhandelten Gesetzestext angenommen. Die Europäische Kommission arbeitet unterdessen an neuen CO₂-Grenzwerten, die für die Zeit nach 2021 gelten sollen.

Licht- und Schattenseiten des automatischen Notrufs eCall

Ab Herbst 2015 sollen nach dem Europäischen Parlament alle neuen Fahrzeugtypen mit eCall ausgestattet sein. Wird der Airbag ausgelöst, übermittelt der automatische Notruf die Positionsdaten des Wagens an die Notrufnummer 112. Neben den

Positionsdaten, sollen auch Kennzeichen und Fahrtrichtung übertragen werden. Die Fahrtrichtung ist v.a. auf der Autobahn/in Tunnelröhren wichtig, damit die Rettungskräfte den Unfallwagen schnell finden können. Wenn die Insassen nach dem Unfall nicht in Lage sind, selber Hilfe zu rufen, erhofft man sich durch eCall eine schnelle Alarmierung der Rettungskräfte. Das kann vor allem auf wenig befahrenen Straßen oder nachts nützlich sein, wenn niemand den Unfall beobachtet hat.

Auch wenn das alles wunderbar klingt, hatten wir aus liberaler Sicht eine Bedingung für den verpflichtenden Einbau von eCall in jedes Neufahrzeug. Der Autofahrer soll die Möglichkeit haben, das System in seinem Auto auszuschalten. Denn die übertragenen und gespeicherten Daten können theoretisch dazu genutzt werden, Bewegungsprofile vom Fahrzeug zu erstellen. Deshalb sollte jeder die Wahl haben, den eCall nicht zu benutzen, wenn er seine Privatsphäre schützen möchte.

Da der An-/Ausschaltknopf bei der Abstimmung im Plenum keine Mehrheit bekam, konnte ich dem Gesetzestext nicht zustimmen. Wir können nicht den "gläsernen Autofahrer" vorschreiben. Das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen. Nach der Europawahl werden die Verhandlungen mit den europäischen Verkehrsministern zu diesem Thema beginnen.

Frust und Freude beim 4. Eisenbahnpaket

Das 4. Eisenbahnpaket besteht aus sechs Gesetzesvorschlägen, die den europäischen Eisenbahnmarkt modernisieren und wettbewerbsfähiger machen sollen. Heute ist es für Personen und auch Waren häufig einfacher, Auto oder LKW statt die Bahn zu wählen.

Über ein Jahr haben wir inzwischen an den Gesetzestexten gearbeitet, letzte Woche wurde eine erste Parlamentsposition im Plenum angenommen. Enttäuschend war das Ergebnis in Bezug auf die Verwaltung des Schienennetzes. Wir Liberalen haben uns für eine weitmögliche Unabhängigkeit des Schienennetzes vom Bahnbetreiber eingesetzt. Das ist vor allem in sogenannten Holding-Modellen ein Problem. Bei der Deutschen Bahn Holding befinden sich Verantwortung für Schienennetz und Bahnunternehmen unter dem gleichen Dach. Klare Vorschriften zur sauberen Trennung der Finanzströme zwischen den zwei Einheiten wurden aber im Plenum abgelehnt. Stattdessen hat die Mehrheit der Abgeordneten die aufgeweichten Formulierungen der europäischen Staatsbahnen unterstützt. Damit wird sich auch in Zukunft nur schwer erreichen lassen, dass Steuergelder wirklich nur innerhalb der Schieneninfrastruktur verbleiben.

Erfreulich ist, dass der technische Teil des Pakets eine Mehrheit bekam. Künftig wird die Zulassung von Lokomotiven und Wagons in unterschiedlichen EU-Ländern vereinfacht. Heute gibt es mehr als 11 000 nationale Sicherheitsvorschriften in Europa, die ein Hersteller berücksichtigen muss.

II. Aus meinem Wahlkreis

Der Countdown beginnt

Genau 100 Tage bis zur Europawahl in Deutschland waren es am 14. Februar 2014, als sich mein Team aus Brüssel und die Mitarbeiter aus den deutschen Büros zu unserer halbjährlich stattfindenden Teamklausur in Hannover traf. Das ganz große Thema war natürlich die bevorstehende Europawahl am 25. Mai 2014. Dabei ging es um die Aufgabenverteilung während der Wahlkampfzeit, die inhaltliche Positionierung, Werbemittel und diverse Terminanfragen. Neben meinen Ausschussthemen werden für mich der Euro, Mittelstands-, Agrar- und Frauenpolitik Schwerpunkte sein.

Bürgerforen in Braunschweig und Göttingen

An gleich zwei Bürgerforen habe ich in den letzten Wochen teilgenommen. Das erste Bürgerforum fand in Braunschweig statt und stand unter dem Motto „Mitreden über Europa“. Veranstalter war das Informationsbüro in Deutschland des Europäischen Parlaments. Themen waren unter anderem die Regelung zum Thema Honig und das Freihandelsabkommen mit den USA. Das zweite Bürgerforum fand eine Woche später in Göttingen statt und war vom dortigen Kreisverband der Europa Union organisiert. Auch hier hatten die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit mir Fragen zu Europa zu stellen und mit mir ins Gespräch zu kommen.

Neumitgliederbrunch

Zahlreiche Neumitglieder der FDP konnte ich am Samstag, den 15. Februar 2014 beim Neumitgliederbrunch des Landesverbands begrüßen. Dabei ging es in meinem kurzen Grußwort auch um die Arbeitnehmerfreizügigkeit und den Schweizer Volksentscheid. Die Schweiz ist zwar kein Mitglied der Europäischen Union, ist jedoch ein besonderer Partner und hat 1991 einen Vertrag zu den vier Grundfreiheiten unterzeichnet und profitiert im besonderen Maße von der engen Zusammenarbeit, wie z. B. bei dem europäischen Forschungsprogramm CERN. Mit dem Volksentscheid die Zuwanderung zu regulieren, greift die Schweiz massiv in das Recht der Arbeitnehmerfreizügigkeit ein. Daher setzte die EU geplante Abkommen wie z. B. zum Forschungsprogramm „Horizon 2020“ oder auch das Austauschprogramm Erasmus Plus vorerst aus.

Unterwegs in Niedersachsen

Bis jetzt ist es mir noch gelungen, viele Terminwünsche vor Ort zu erfüllen. In Osterode, früher wichtiger Industriestandort, standen Besuche im Heimatmuseum, in der Eulenburg - ein Industriedenkmal, das jetzt vom Besitzer mit Einsatz von EU-Geldern touristisch erschlossen wird - und eine Gesprächsrunde im FDP-Büro mit Beteiligung des Kreislandwirts auf dem Programm. EU-Agrarpolitik und deren Auswirkung auf den ländlichen Raum Niedersachsens diskutierten unser Kreisvorsitzender Lutz Knopek und ich mit dem Vorstand des Göttinger Landvolkkreisverbandes. Zum ersten Einsatz am Wahlkampf-Stand kam ich auf dem Davenstedter Wochenmarkt. Aus meiner Arbeit im Parlament berichten und für Europa werben konnte ich beim gut besuchten Frühstück des Freundeskreises

Hannover und in engagierter Runde beim Ortsverband Buchholz in der Nordheide. Am Europatag des JuLi-Landeskongresses in Bad Rothenfelde nahm ich als Grußwortrednerin teil.

Comic-Wanderausstellung "Animate Europe"

Die Friedrich-Naumann-Stiftung hat einen Comic-Wettbewerb zu Europa veranstaltet und präsentiert die Finalisten jetzt in einer Wanderausstellung. In Hameln und Wennigsen habe ich in dem Kurzvortrag "Ja zu Europa" die Beiträge kommentiert. Gewinner ist ein italienischer Comic, in dem Erasmus von Rotterdam, einer der ersten "Europäer", im Bauch eines Wals mit einem kleinen Seehund seine Vision von Europa diskutiert - sehenswert!

Terminankündigungen:

- Besuch des Betriebes Meyer am 7. März in Immensen
- Mitgliederversammlung/Informationsveranstaltung des Ortsverbandes Lehrte am
- 7. März
- Rednerin beim Tag der offenen Tür im Niedersächsischen Landtag am 8. März in Hannover
- Mitgliederversammlung der Liberalen Frauen am 9. März in Frankfurt am Main

Herzliche Grüße,
Ihre Gesine Meißner

März 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerade einmal eine Arbeitswoche in Brüssel lag zwischen dieser und der vergangenen Plenarsitzung in Straßburg. Neben wichtigen Abstimmungen zu u. a. dem Einheitlichen Europäischen Luftraum oder TÜV wurde weiterhin viel über die Lage in der Ukraine und auch über Datenschutz und Asyl debattiert.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Weniger Zickzack-Flüge im europäischen Luftraum (Schattenberichterstatteerin)

Auch wenn die neue Verordnung nicht der große Wurf ist, hat das Parlament mit der Abstimmung diese Woche deutlich gemacht, dass der Einheitliche Europäische Luftraum vorangebracht werden muss. Diese Neuorganisation der europäischen Flugsicherungen soll nämlich vermeiden, dass die Flugzeuge Zickzack fliegen, um nationale Lufträume oder militärische Sperrgebiete zu umfliegen. Das ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Hätten wir solche Transportrouten am Boden, würden wir uns an die Stirn greifen.

Weniger Umwege in der Luft bedeuten weniger Spritverbrauch und weniger CO₂-Emissionen. Effizientere Flugsicherungen, die über die nationalen Luftraumgrenzen hinweg eng zusammenarbeiten, bedeuten niedrigere Gebühren für Flugsicherungsdienste. Schlussendlich profitiert auch der Verbraucher davon, wenn die einzelnen Komponenten eines Fluges billiger werden und am Ende die Ticketpreise sinken. Das Parlament ist nach der Abstimmung im Plenum nun bereit für Trilog-Verhandlungen mit dem Ministerrat.

Der jährliche TÜV ist vom Tisch

Diese Woche wurde das Straßenverkehrssicherheits-Paket vom Europaparlament angenommen. Damit gibt es auch eine Neufassung der Richtlinie zur technischen Überwachung von Kraftfahrzeugen. Aus deutscher Sicht ist das Ergebnis positiv zu bewerten. Wir konnten den Kommissionsvorschlag abwehren, wonach Autos ab dem siebten Lebensjahr oder ab 160 000 km Fahrleistung/Jahr in Zukunft jährlich überprüft werden müssen. PKWs müssen in Deutschland auch weiterhin nur alle zwei Jahre zum TÜV und das ist auch völlig ausreichend.

Wir haben im europäischen Vergleich ohnehin sehr hohe Standards. Mit dieser Richtlinie werden auch erstmals Prüfungen für andere Fahrzeuge wie Motorräder, Anhänger oder Traktoren vorgeschrieben. Diese Fahrzeuge werden bisher in vielen EU-Ländern nicht regelmäßig auf ihre Verkehrssicherheit kontrolliert, was in Deutschland schon lange üblich ist.

Ukraine: Europaparlament fordert Rückzug von der Krim

In einer von dem Europäischen Parlament verabschiedeten Entschließung wird ein Abzug aller russischen Streitkräfte vom ukrainischen Staatsgebiet gefordert.

Das Europäische Parlament verurteilt Russlands Invasion auf der Krim als Verstoß gegen das Völkerrecht. In der Entschließung des Parlaments wird betont, dass das Vorgehen Russlands einen Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen, die OSZE-Schlussakte von Helsinki und das Budapester Memorandum von 1994 darstellt.

Das geplante Referendum über den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation wird in der Entschließung als illegal bezeichnet. Ferner fordert das Parlament die ukrainische Regierung auf, die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten uneingeschränkt zu schützen.

Im Falle einer Annektierung der Krim hatte der Europäische Rat bereits Anfang März Maßnahmen beschlossen, die ein Embargo auf Rüstungsgüter, Visabeschränkungen, das Einfrieren von Vermögen sowie Maßnahmen gegen russische Unternehmen vorgesehen.

Die Kommission hat zudem beschlossen, der Ukraine ein Finanzhilfepaket im Umfang von 11 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang soll auch die Senkung von Zöllen auf ukrainische Exporte in die EU forciert werden.

Datenschutzgrundverordnung - Datenschutz im digitalen Zeitalter

Mit der Datenschutzgrundverordnung ist der Grundstein für den Datenschutz in der digitalen Gesellschaft gelegt. In Zukunft sollen die Daten von europäischen Bürger besser geschützt werden – und das auch, wenn ihre Daten außerhalb der EU verarbeitet werden. Unternehmen, die Daten missbrauchen, indem sie diese z. B. ohne Einwilligung an Dritte weiterleiten, drohen harte Sanktionen. Das Verhandlungsmandat des Europäischen Parlaments soll ein klares Signal an den Rat senden. Die FDP fordert dabei die deutsche Bundesregierung auf, ihre Blockadehaltung endlich aufzugeben. Die EU-Datenschutzgesetze müssen nach 19 Jahren endlich aktualisiert werden.

Um die EU-Bürger besser gegen Überwachungsmaßnahmen (z. B. durch die NSA) zu schützen, muss jede Firma (z. B. Suchmaschinen und soziale Netzwerke) eine vorherige Genehmigung einer nationalen Datenschutzbehörde einholen, um persönliche Daten eines

EU-Bürgers einem Drittland zu übermitteln. Die Firma muss auch die betreffende Person über den Antrag informieren. Firmen, die die Regeln brechen, werden Geldstrafen von bis zu 100 Millionen Euro oder bis zu 5% ihres weltweiten Jahresumsatzes drohen.

Die neuen Regeln sollen darüber hinaus die Kontrolle über persönliche Daten im Internet stärken. Hierzu gehört das Recht, persönliche Daten löschen zu lassen und neue Grenzen des "Profiling" (Versuche, die Leistung einer Person bei der Arbeit, ihre wirtschaftliche Lage, den Standort, usw. zu analysieren oder vorherzusagen). Jeder Internetserviceprovider, der personenbezogene Daten verarbeiten will, muss zunächst die ausdrückliche Zustimmung der betroffenen Person erhalten.

Fortschrittsbericht der Türkei 2013

Im Oktober vergangenen Jahres veröffentlichte die Europäische Kommission ihr sogenanntes Erweiterungspaket und damit auch den Fortschrittsbericht der Türkei 2013. Obwohl dieser insgesamt positiv ausfiel, waren die jüngsten Entwicklungen in dem Land - massive Korruptions- und Betrugsvorwürfe, fehlende Gewaltenteilung und die Ereignisse im Gezi-Park in 2013 - allerdings mehr als besorgniserregend.

Der Fortschrittsbericht der Türkei war nun auch Thema dieser Plenarwoche in Straßburg. Nach einer ausführlichen Debatte am Dienstag verabschiedeten wir Abgeordneten mit einer Mehrheit von 475 Ja- bei 153 Gegenstimmen am darauffolgenden Tag diesbezüglich eine Entschließung. Darin betonen wir vor allem die Notwendigkeit einer Verfassungsreform, die für die Modernisierung und Demokratisierung der Türkei unabdinglich ist. Aufgabe der EU ist es dabei, klare Rahmenbedingungen für diese Reformen zu schaffen.

Wir Liberale befürworten die Reformbemühungen der Türkei im Hinblick auf die Überarbeitung des Wahlsystems (u. a. Herabsetzung der Zehn-Prozent-Hürde), eine Aufhebung des Kopftuchverbots in öffentlichen Institutionen und die Einrichtung einer Ombudsstelle sowie nationalen Menschenrechtsinstitution. Dennoch ist es wichtig, dass sich die Türkei endlich zu den europäischen Zielen und Werten bekennt, ohne

die ein Beitritt zur EU nicht möglich ist. Auch viele türkische Bürger zeigen mit ihren Protesten deutlich, dass sie eine Festigung der Demokratie fordern.

Asyl, Migration und Integration: Parlament verabschiedet neuen Fonds

Am Donnerstag hat das Europäische Parlament in Straßburg mit einer überwältigenden Mehrheit (459 Für- bei 96 Gegenstimmen) den neuen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) angenommen. Die bisher drei getrennten Fonds werden ab der Förderperiode 2014-2020 erstmals im AMIF, der über einen Etat von 3,1 Milliarden Euro verfügt, zusammengefasst.

Der verabschiedete Gesetzesentwurf legt Mindestbeiträge fest, die jeder Mitgliedstaat künftig für Asylmaßnahmen, die Integration von Migranten sowie Förderung legaler Einwanderung aufwenden muss. Von diesen kann nur dann abgewichen werden, wenn ein EU-Land eindeutig darlegt, dass eine niedrigere Mittelzuweisung die Verwirklichung des Ziels nicht gefährdet.

Wir Liberale begrüßen das Abstimmungsergebnis sehr. Noch immer befinden sich die Asylsysteme mancher Mitgliedstaaten in einem miserablen Zustand. Daher ist wichtig, dass für Asylsuchende künftig menschenwürdige Verhältnisse geschaffen werden und der Zugang zu medizinischer Versorgung sichergestellt ist.

Bericht über die Arbeit der Troika

Im Dezember 2013 hat das Europaparlament damit begonnen, die Ergebnisse der Arbeit der Troika zu bewerten. Das Plenum hat nun über zwei Initiativberichte (des Wirtschafts- sowie Beschäftigungsausschusses) abgestimmt und diese mehrheitlich angenommen.

Die Länder in der Eurozone, die Rettungspakete erhalten haben, mussten den Politikempfehlungen der Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds) folgen.

Vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit, Kürzung von Sozialleistungen und des nicht flächendeckend gesicherten Zugangs zu wesentlichen medizinischen und pharmazeutischen Produkten sowie Dienstleistungen wurden vor allem auch die sozialen Implikationen diskutiert, die im Zusammenhang mit der Arbeit der Troika stehen.

Das Europäische Parlament hat sich nun für eine schrittweise Abschaffung der Troika ausgesprochen. Ihre Arbeit soll zukünftig von einem Europäischen Währungsfonds (EWF) übernommen werden. Auf Grund von Änderungsanträgen, die eine Transformation des ESM in einen permanenten europäischen Währungsfonds vorgesehen haben, haben wir Liberale (FDP) uns mehrheitlich bei der Endabstimmung enthalten. Bei unserem letzten Parteitag gab es eine klare Mehrheit gegen einen zeitlich unbegrenzten Mechanismus.

Der ESM muss auslaufen, sobald die Mechanismen im Euro-Raum wirksam reformiert und stabilisiert wurden. Solidität bleibt für uns Liberale Voraussetzung für Solidarität.

Finanzielle Hilfen darf es auch zukünftig nur bei gleichzeitigen Struktur-Reformen geben.

Verschärftes Gesetz zur Bekämpfung von Geldwäsche

Pro Jahr werden illegale Gelder im Wert von 2,7 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung reingewaschen. Im Jahr 2009 waren das geschätzte 1.163 Milliarden Euro.

Bei der Geldwäsche wird die illegale Herkunft von Geld so getarnt, dass der kriminelle Ursprung nicht mehr erkennbar ist. Das gilt etwa für Gewinne aus dem Handel mit Drogen, Waffen, Menschen sowie Diebstahl, Erpressung und Korruption.

Das EU-Parlament fordert nun ein schärferes Vorgehen zur Bekämpfung von Geldwäsche. Durch die Änderung der "Geldwäscherichtlinie" würden die wirtschaftlich Berechtigten von Firmen und anderen Rechtsformen wie zum Beispiel Trusts, Stiftungen oder Holdings in öffentlichen Zentralregistern kenntlich gemacht, denn wenn Firmen dokumentieren, wer der wirtschaftliche Eigentümer ist, wird verhindert, dass bei Briefkastenfirmen der eingetragene Eigentümer den eigentlichen Nutznießer verschleiert.

Zusätzlich verlangen die vorgeschlagenen Regeln von Banken, Rechnungsprüfern, Rechtsanwälten, Immobilienmaklern und Spielcasino-Betreibern mehr Wachsamkeit bei verdächtigen Geldtransfers ihrer Kunden. Ziel ist es, fragwürdige Geschäfte und Steuerhinterziehung zu erschweren.

Ein zentrales Thema war hierbei der Datenschutz, sodass nur die Mindestangaben, die für die eindeutige Ermittlung des wirtschaftlich Berechtigten erforderlich sind, im Register enthalten sein müssen und der Zugang zu den Daten nur durch einen Identitätsnachweis möglich ist. Das Europäische Parlament hat den Bericht zur Geldwäscherichtlinie mit überwältigender Mehrheit von 643 Stimmen (bei 30 Gegenstimmen) angenommen.

Abgeordnete fordern einheitliches Handy-Ladegerät

Das Europäische Parlament hat in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur Neufassung der "Vorschriften für Funkanlagen" verabschiedet. Danach sollen alle in der EU angebotenen Mobiltelefone mit einem gemeinsamen Ladegerät kompatibel sein. Der Entwurf wurde bereits vorab mit dem Rat vereinbart.

Damit können sich Verbraucher in der EU auf einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets ab 2017 einstellen.

Die Mitgliedstaaten müssen die Vorschriften innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umsetzen. Der Richtlinienentwurf legt mithin harmonisierte Rechtsvorschriften für die Vermarktung von Funkanlagen fest, die u.a. für Mobiltelefone, Funk-Zentralverriegelungen bei Fahrzeugen und Modems gelten.

Ziel des Gesetzesentwurfes ist es, die Kosten für den Verbraucher zu senken, die Umwelt zu schonen und die Nutzung zu vereinfachen.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Maritime Raumordnung: Einigung erzielt (Berichterstatteerin)

Als Berichterstatterin für eine Richtlinie für eine maritime Raumordnung und das integrierte Küstenmanagement habe ich seit Januar die sogenannten Trilogverhandlungen für das Europäische Parlament geleitet. Vergangene Woche ist es nach intensiven Verhandlungen gelungen, eine Einigung mit der griechischen Ratspräsidentschaft zu erzielen.

Die Verhandlungen waren äußerst kompliziert, da die Mitgliedstaaten das integrierte Küstenmanagement als Teil der Richtlinie strikt ablehnten. Hier ging es vor allem um die Befürchtung, dass die Europäische Kommission in Zukunft versuchen könnte, seine Kompetenzen stärker in den Bereich der Landplanung auszuweiten. Die Parlamentsposition sah zwar erhebliche Änderungen in diesem Bereich im Vergleich zum Kommissionsvorschlag vor, allerdings keine vollständige Streichung. Letztlich konnte ein Kompromiss gefunden werden. Die Richtlinie wird dementsprechend nur für eine maritime Raumordnung gelten, misst aber der Wechselwirkung zwischen Land und Meer eine große Bedeutung bei.

Diese Einigung ist ein Meilenstein für die integrierte Meerespolitik der Europäischen Union. Alle Mitgliedstaaten sind nun verpflichtet bis spätestens 2021 maritime Raumordnungspläne zu erstellen. Dadurch sind sie in der Lage, den Herausforderungen der Zukunft besser zu entgegenen. Die Nutzung der Meere hat in den vergangenen Jahren enorm zugenommen und diese Tendenz wird sich fortsetzen. Der maritime Sektor, ob Transport, Tourismus, Energiegewinnung oder blaue Biotechnologien, hat ein großes Wachstumspotential. Gleichzeitig sind unsere Meere und Ozeane höchst sensible Ökosysteme, sodass es wichtig ist, Wachstum und nachhaltige Entwicklung eng miteinander zu verbinden. Dafür ist die maritime Raumordnung von entscheidender Bedeutung, um die verschiedenen Aktivitäten und Nutzungen möglichst effizient zu organisieren, Konflikte zu minimieren und ad hoc-Entscheidungen durch langfristige Planung zu ersetzen. Die norddeutschen Küstenländer können hier mit der vielfältigen Nutzung von Nord- und Ostsee gute Erfahrungen mit der maritimen Raumordnung aufweisen und damit anderen Ländern als Beispiel dienen.

Der Rat hat dem Verhandlungsergebnis am 12. März bereits zugestimmt. Im Parlament wird am 1. April zunächst der Transportausschuss darüber abstimmen, bevor das Plenum Mitte April in der letzten Sitzungswoche dieser Legislaturperiode entscheidet.

Weiter Grauzone beim grenzüberschreitenden Verkehr von Lang-LKW?

Der Verkehrsausschuss wird nächste Woche über den umstrittenen Gesetzestext zu den maximalen Abmessungen und Gewichten von LKWs abstimmen. Nach der geltenden Richtlinie dürfen LKWs für den internationalen Straßenverkehr höchstens 18,75 m lang und 40 t schwer sein. Einige Mitgliedsländer haben jedoch national großzügigere Regelungen und fahren z.T. mit LKWs, die länger und auch schwerer sind. Die Kommission hatte vorgeschlagen, dass auch diese Lang-LKWs künftig über die Grenze fahren dürfen. Vorausgesetzt natürlich, der Nachbar-Staat erlaubt diese überlangen Fahrzeuge ebenfalls. Diese Klarstellung war meiner Meinung nach schon längst überfällig. Es ist doch verrückt, im europäischen Binnenmarkt mit bewusst offenen Grenzen einen grenzüberschreitenden Verkehr verbieten zu wollen. Da die Kommission sich aber in diesem Punkt in den letzten Jahren widersprüchlich geäußert hat, herrscht Unklarheit, die beseitigt werden sollte. Viele Kollegen im Verkehrsausschuss sind allerdings anderer Meinung und wollen die Betriebsbedingungen für Lang-LKWs nicht erleichtern. Sie fürchten dadurch könnte der LKW noch wettbewerbsfähiger gegenüber der Schiene werden. Deswegen wird der Vorschlag der Kommission zum grenzüberschreitenden Verkehr höchstwahrscheinlich abgelehnt.

Damit würde die heutige Grauzone bestehen bleiben, bis jemand gegen einen grenzüberschreitenden Verkehr klagt. Zwischen Schweden und Finnland fahren z. B. überlange Holztransporter über die Grenze. Auf Rechtssicherheit in dieser Frage müssen Fuhrunternehmer nun weiter warten. Somit wird dieses neue Gesetz nicht den zukünftigen Herausforderungen im Transportsektor gerecht, was steigende Verkehrs- und Warenaufkommen mit international längeren Containern betrifft. LKWs müssen umweltschonender und in der Größe flexibler werden, um das zu bewältigen. Die Schiene ist für viele Lieferungen einfach keine praktikable Alternative. In Niedersachsen haben wir bisher im Feldversuch durchweg positive Erfahrungen mit ökonomisch wie ökologisch effizienteren "Ökokombis" gemacht.

III. Aus meinem Wahlkreis

Wahlkampfstand am Wochenmarkt in Davenstedt

Auf dem Wochenmarkt in Davenstedt Anfang März habe ich in diesem Jahr den ersten Wahlkampfstand mitbetreut. Viele Passanten fragten mich, warum wir Europa überhaupt brauchen und ob die FDP es denn ins Europaparlament schaffen wird. Ich habe den Bürgerinnen und Bürgern erklärt, dass sie zum Beispiel von der kulinarischen Vielfalt Europas profitieren, wenn sie über diesen Markt laufen: Artischocken aus Frankreich, Käse aus Holland und vieles mehr. Und natürlich wird die FDP im nächsten Europäischen Parlament vertreten sein. Da es auf europäischer Ebene keine Koalition gibt, sind wir das Zünglein an der Waage. Wir stehen u.a. für einen stabilen Euro, eine unternehmerische Landwirtschaft, den Mittelstand, Integration und Datenschutz.

Comic-Ausstellung – „Animate Europe“

Gleich zwei Mal durfte ich ein paar Worte zur Ausstellung „Animate Europe“ der Friedrich-Naumann-Stiftung vor unterschiedlichem Publikum sagen, das erste Mal auf der Finissage (Ausstellungsende) in Hameln und das andere Mal auf der Vernissage der Kulturmacher in meiner Heimat Wennigsen. Die Ausstellung umfasst sieben verschiedene Comics zum Thema Europa. Mein Lieblingscomic, der von Marco Tabilio, in dem eine Robbe sich mit Erasmus von Rotterdam über das Europa der Zukunft unterhält, wurde sogar ausgezeichnet.

Ja zu Europa!

Auf verschiedenen Veranstaltungen der FDP war ich Gastrednerin, um den Parteimitgliedern vor Ort zu vermitteln, warum wir Europa brauchen. Die erste Veranstaltung fand beim Ortsverband der FDP Buchholz in der Nordheide statt, eine weitere beim Stadtverband Lehrte. Beim Regionsparteitag der FDP Hannover berichtete ich in einem kurzen Grußwort über aktuelle Positionen z. B. zur Ukraine und zum Beschluss, ab 2017 einheitliche Handyladestecker vorzusehen.

Landeskongress der Jungen Liberalen

Auch die Jungen Liberalen schwören sich langsam auf den Wahlkampf ein und haben Anfang März ihr Programm für die Europawahl beschlossen. Als Gast der Veranstaltung hat es mich besonders gefreut, dass die Jungen Liberalen wie immer sehr zukunftsorientiert, pro-europäisch und langfristig denken. So fordern die Jungen Liberalen aus meiner Sicht völlig zu Recht auf lange Sicht den europäischen Bundesstaat.

Landvolkkreisverband Hannover

Mit dem Landvolk des Kreisverbands Hannover besichtigte ich in Lehrte einen Bauernhof und sprach über die geplanten Veränderungen, die die Reform zur Gemeinsamen Agrarpolitik, kurz GAP-Reform mit sich bringen wird. Leider ist es uns Liberalen im Parlament nicht gelungen, einen tatsächlichen Abbau der Bürokratie in die Reform mit einzubringen. So müssen die Bauern auch künftig hohe Auflagen erfüllen und viele Nachweise erbringen um Direktzahlungen zu erhalten.

Tag der offenen Tür im Landtag

Beim 6. Tag der offenen Tür im Landtag gab es wieder Vieles zu entdecken. Diese Gelegenheit nutzten mehrere tausend Besucher, auch, um noch einmal den Plenarsaal vor dem Umbau zu besichtigen. Als Gast der FDP-Landtagsfraktion habe ich den ganzen Tag Fragen zu Europa beantwortet, an zwei Podiumsveranstaltungen und einem NDR Info-Talk teilgenommen.

Wahl zur Bundesvorsitzenden der Liberalen Frauen

Am vergangen Sonntag bin ich in Frankfurt zur neuen Bundesvorsitzenden der Liberalen Frauen gewählt worden. Mit 75,6 Prozent erreichte ich das beste Ergebnis des Tages. Künftig möchte ich gemeinsam mit dem neuen Vorstand, liberale Antworten aus Frauensicht auf Herausforderungen von heute finden, denn „Frauen 'ticken' anders“. Wir wollen die Liberalen Frauen als Vorfeldorganisation der FDP bekannter machen und mehr Frauen für die liberale Politik begeistern. Dabei werden wir uns u. a. mit Themen wie "equal pay", Altersarmut und Gewalt gegen Frauen befassen.

Terminankündigungen:

- Bezirksparteitag des FDP-Bezirks Hannover-Hildesheim am 14. März in Hannover
- ALDE/FDP-Seminar und Training zu den Europawahlen am 15. März in Brüssel
- Grußworte bei der Ausstellungeröffnung der Landtagsfraktion zum Thema Europa am 20. März in Hannover
- Teilnahme beim Jugendforum zum Thema "Rechte und Verantwortung der Verbraucher in der EU" am 21. März Bremen
- Teilnahme an einer Diskussionsrunde der Europa-Union/Europäischen Föderalisten am 21. März in Oldenburg

Herzliche Grüße,
Ihre Gesine Meißner

April I 2014 - Miniplenium

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach knapp 1,5 Jahren baulicher Instandsetzung wurde unser Plenarsaal im Europäischen Parlament in Brüssel pünktlich zum sogenannten Miniplenium vergangene Woche wieder geöffnet. Neben Informationen über wichtige Abstimmungen wie beispielsweise zu CO₂-Abgaben im Luftverkehr oder Roaming-Gebühren möchte ich Ihnen einen ausführlichen Überblick über meine vergangenen Termine im Wahlkreis geben.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Endlich eine Einigung bei CO₂-Abgaben im Luftverkehr

Am Ende wurde es noch mal spannend bei der Abstimmung über das Emissionshandelssystem für den Luftverkehr letzte Woche im Plenum. Ministerrat und Parlament hatten sich Anfang März in den Trilog-Verhandlungen schon auf eine gemeinsame Position geeinigt. Der EU-Emissionshandel für außereuropäische Flüge soll für weitere drei Jahre bis 2017 ausgesetzt werden. Für Flüge innerhalb der EU

müssen die Airlines aber wie bisher CO2-Abgaben zahlen. Die Einnahmen aus der CO2-Abgabe sollen zur Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt werden. Diese Position hat das Plenum jetzt bestätigt. Da Sozialisten und Liberalen in dieser Frage gespalten waren, war allerdings bis zum Schluss nicht klar, ob es eine Mehrheit für den Trilog-Kompromiss geben würde.

Vorausgegangen war ein negatives Votum des federführenden Umweltausschuss, der diesen Kompromiss Mitte März abgelehnt hatte. Vor allem Sozialisten und Grüne sahen in der weiteren Aussetzung des Emissionshandels eine Kapitulation vor dem Druck außereuropäischer Staaten. Letztere wehren sich dagegen, dass ihre Fluggesellschaften für Flüge von und nach Europa CO2-Abgaben zahlen sollen. Der Streit drohte zum regelrechten Handelskrieg zwischen der EU und wichtigen Wirtschaftspartnern wie USA, China und Russland auszuwachsen. In den USA wurde ein Gesetz verabschiedet, das den US-Airlines untersagt, CO2-Abgaben an die EU zu zahlen. China hat eine Bestellung von über 40 Airbus-Maschinen eingefroren. Schließlich wurde die geplante Abgabe zumindest für Flüge außerhalb Europas Anfang 2013 ausgesetzt. Diese Aussetzung wurde nun bis 2017 verlängert.

Die EU ist international Vorreiter beim Thema Umweltschutz und Bekämpfung des Klimawandels und das ist auch richtig so. Trotzdem können wir nicht mit dem Kopf durch die Wand. Flugverkehr ist ein globales Geschäft und die EU ist selber zu sehr auf regelmäßige Flugverbindungen in die USA und nach Asien angewiesen, um den Emissionshandel auch wirklich gegen ihre Handelspartner durchzusetzen. Kein Mitgliedstaat würde außereuropäischen Fluggesellschaften wegen fehlender CO2-Zahlungen die Landrechte verweigern. Langfristig macht nur eine globale Lösung auf Ebene der UN-Organisation für Zivilluftfahrt (ICAO) Sinn, wenn der internationale Flugverkehr für CO2-Abgaben zahlen soll. Die weitere Aussetzung des Emissionshandels war notwendig, um die laufenden Verhandlungen bei der ICAO nicht zu gefährden.

Kritik an Parlamentspräsident Martin Schulz

Wahlkampfstimmung war letzte Woche im Plenum zu spüren. Die jährliche Entlastung für das Budget des Europaparlaments wurde zum Anlass genommen, die Amtsführung von Parlamentspräsident Martin Schulz zu kritisieren. Ihm wird vorgeworfen, nicht streng zwischen seinen Aufgaben als Parlamentspräsident und denen als Spitzenkandidat für die Europäischen Sozialdemokraten zu trennen. Er soll für Wahlkampfaktivitäten auf Ressourcen und Personal des Europaparlaments zurückgreifen. Auch sollen mehrere seiner persönlichen Mitarbeiter mit hochdotierten Posten in der Parlamentsverwaltung versorgt werden. Wir Liberalen teilen diese Kritik, die die CDU in die Debatte eingebracht hatte, und haben die entsprechenden Änderungsanträge unterstützt.

Parlament fordert Netzneutralität und Verbot von Roaming-Gebühren

Am vergangenen Donnerstag hat das Europäische Parlament in Brüssel das sogenannte "EU-Telekom-Paket" verabschiedet. Die Mehrheit der Abgeordneten hat sich dabei für ein Verbot von Roaming-Gebühren ausgesprochen. Damit könnte ab Dezember 2015 endlich Schluss sein mit den Extrakosten für Telefonate, Textnachrichten und Internetnutzung im Ausland.

Zudem forderten wir, dass das Prinzip der Netzneutralität künftig europaweit gesetzlich festgeschrieben wird. Die Internetnutzung muss im Einklang mit dem Grundsatz der Netzneutralität angeboten werden. Und dieser Grundsatz im offenen Internet besagt, dass "der gesamte Datenverkehr ohne Diskriminierung, Einschränkung oder Beeinträchtigung und unabhängig von Absender, Empfänger, Art, Inhalt, Gerät, Dienst oder Anwendung gleich behandelt werden sollte."

Darüber hinaus haben wir entschieden, dass Zugangsanbieter Endnutzern künftig weiterhin Spezialdienste oder datenintensive Anwendungen in höherer Qualität anbieten dürfen, solange sie "die Verfügbarkeit oder Qualität der Internetzugangsdienste nicht beeinträchtigen".

Das Ergebnis dieser Abstimmung begrüßen wir Liberale sehr. Netzneutralität ist unerlässlich, wenn es darum geht, Wettbewerbsfähigkeit – gerade für kleine und mittelständische Unternehmen –, gesellschaftliche Entwicklung und Innovationen sowie Vielfalt voranzutreiben.

II. Aus meinem Wahlkreis

Delegationsreise des Fischereiausschusses nach Schleswig-Holstein

Am 24. und 25. März nahm ich an einer Delegationsreise des Fischereiausschusses nach Schleswig-Holstein teil. Start – mit internationaler Besetzung, u. a. aus Frankreich und Spanien – war am Hamburger Flughafen. Den ersten Programmpunkt hatte ich für die ALDE vorgeschlagen: ein Besuch der größten Fischtreppe Europas in Geesthacht, die Fischen aller Größen einen sicheren Auf- bzw. Abstieg neben der Schleuse ermöglicht und gleichzeitig Wissenschaftlern Gelegenheit bietet, durch Zählen und Markieren der Fische einen Überblick über den Bestand zu erhalten. Nächste Station war Hawesto in Lübeck, ein Traditionsunternehmen für die von deutschen Tischen nicht wegzudenkenden Fischkonserven, allen voran „Hering in Tomatensauce“. Hier begleitete uns unsere ehemalige Bundestagsabgeordnete und Fischexpertin Christel Happach-Kasan, dieses Mal in ihrer Eigenschaft als Präsidentin des Deutschen Angler- und Fischereiverbandes. In Burg auf Fehmarn diskutierten wir mit Fischern aus ganz Norddeutschland die Auswirkungen der Fischereireform auf die handwerkliche Küstenfischerei. Schlusspunkt Geomar in Kiel: Hier gab es umfangreiche Informationen von Meereswissenschaftlern über die Biodiversität unserer Meere und die Potentiale der Tiefsee – ein Thema, das mich ja schon lange umtreibt im Rahmen der Integrierten Meerespolitik und des „Blauen Wachstums“. Und im Foyer konnten wir das Spezial-U-Boot „abyss“ bewundern, das danach zum Einsatz auf der Suche nach der verschwundenen Maschine der Fluggesellschaft Malaysia Airlines geschickt wurde.

Frühjahrstour durch den Wahlkreis

Mittwoch, 26. März

Start ist im hohen Norden: Unser Bremer Landesvorsitzender Prof. Dr. Hauke Hilz hatte mich eingeladen, im Rahmen seiner Vorlesung zur Lebensmittelgesetzgebung an der Fachhochschule in Bremerhaven über Gesetzgebung im Europäischen Parlament zu berichten. Anschauungsmaterial dazu bot mir der letzte Trilog zu "meiner" Rahmenrichtlinie zur maritimen Raumordnung in der EU. In Lönigen diskutierte ich mit Liberalen und Vertretern aus Gemeinde und Verkehrswirtschaft die Transeuropäischen Verkehrsnetze. Hier ging es auch um die Reaktivierung von Eisenbahnstrecken wie der Strecke Meppen-Essen i.O. oder auch den Einsatz der Emsländischen Eisenbahn. Unverständnis gab es zu der Auswahl der zu reaktivierenden Strecken durch die Niedersächsische Landesregierung. Abends referierte ich bei einer Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung in Oldenburg über Migration und Integration in der EU und nahm an der anschließenden Podiumsdiskussion teil.

Donnerstag, 27. März

Ein Tag mit unserem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Goldmann. Im Moormuseum in Groß Hesepe, einem Tourismusmagnet im Emsland, gibt es u. a. einen riesigen Dampfpflug zu bestaunen. Auf dem Bauernhof der Familie Venema in Jemgum ging es nach einer Betriebsbesichtigung in Begleitung vom Präsidenten des landwirtschaftlichen Hauptvereins Ostfriesland um das von der Bundesregierung geplante Umpflügeverbot von Dauergrünland in Natura 2000-Gebieten. Wenn es zu dieser Verschärfung bei der Umsetzung der Agrarreform kommen sollte, wäre die komplette Milchwirtschaft hinterm Deich betroffen.

Freitag, 28. März

Am dritten Tag meiner Frühjahrstour stand vormittags ein Planspiel mit den Schülern einer 10. Klasse des Gymnasiums Bad Iburg auf dem Programm. Thematisch ging es dabei um Asyl- und Einwanderungspolitik der EU. Der Austausch mit den äußerst engagierten Schülern hat mir sehr viel Spaß bereitet. Weiter ging es am Nachmittag mit dem Besuch des Innovationszentrums Osnabrück, wo ich vom Geschäftsführer der Wirtschafts-förderungsgesellschaft im Landkreis Osnabrück, Herrn Siegfried Averhage, begrüßt wurde und einen sehr guten Einblick in die Gründermentalität im Raum Osnabrück erhielt. Viel Spannendes gab es aber auch im Anschluss beim Treffen mit Fürstenaus Bürgermeister Herbert Gans sowie in der Gärtnerei Münch zu erfahren. Hier tauschten wir uns vorrangig über die stark diskutierte EU-Saatgutverordnung aus. Der Tage endete mit einem Austausch über das sogenannte "Greening" der EU-Agrarpolitik bei den Liberalen in Barnstorf.

Samstag, 29. März

Mit einem Workshop in Bad Bentheim mit dem Landesfachausschuss Wirtschaft-Arbeit-Verkehr und liberalen Kommunalpolitikern aus Overijssel endete meine Tour am 29. März. Neben den Transeuropäischen Verkehrsnetzen (TEN-V) – speziell in der Grenzregion zu den Niederlanden – sprachen wir über Bahnstrecken, Binnenschifffahrt und auch Lang-LKWs. Die letzte Station des Tages war Wietmarschen. Dort sprach ich beim Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD) über Europa und warum Europa gut für uns ist. Der Vorsitzende des SoVD ist unser liberaler Bürgermeisterkandidat Johann Kuipers.

Wanderausstellung "Ein anderer Blick - Migrantinnen im Landkreis Diepholz"

Direkt im Anschluss an das Miniplenum in Brüssel fuhr ich nach Sulingen, wo die Liberalen die Wanderausstellung "Ein anderer Blick - Migrantinnen im Landkreis Diepholz" präsentierten als Rahmen für meinen Vortrag über europäische Asyl- und Integrationspolitik. Aus Sicht der FDP ist Deutschland schon lange ein Einwanderungsland, durch den demografischen Wandel mehr denn je. Integration ist aber kein Selbstläufer und erfordert gute Konzepte und Akzeptanz bei den Menschen vor Ort – das war Fazit der sich anschließenden Diskussion.

Workshop des ALDE Gender Equality Networks in Berlin

In meiner Funktion als Vizepräsidentin der europäischen liberalen Frauen richtete ich gemeinsam mit der ALDE-Partei am 5. April im Thomas-Dehler-Haus in Berlin einen Workshop aus. 25 Teilnehmerinnen aus 13 Staaten (Kosovo, Spanien/Katalonien, Schweden, Irland, Finnland, Kroatien, Zypern, Großbritannien, Niederlande, Russland, Moldawien, Georgien und Deutschland) diskutierten dabei lebhaft, wie künftig mehr Frauen auf allen Ebenen für liberale Politik gewonnen werden können.

Terminankündigungen:

- Gespräch mit den Speditionen Akkermann, Bunte, Fischer und Weets sowie Vertretern der Handwerkskammer und anschließend Pressegespräch mit Herrn Weets am 9. April in Emden
- Ladies Lounge gemeinsam mit Gudrun Kopp, ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, am 9. April in Oerlinghausen
- Liberaler Stammtisch am 10. April in Springe
- Landesvorstand der Europa-Union am 11. April in Hannover
- Vortrag bei der Sitzung des 26. Norddeutschen Gesprächskreises der IHK Nord zu
- EU-Umweltbeschlüssen am 11. April in Hamburg

Herzliche Grüße,
Ihre Gesine Meißner

April II 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

es war die letzte Plenarsitzungswoche in Straßburg in dieser Legislaturperiode. Neben der Abstimmung über meinen Bericht zur Maritimen Raumordnung standen viele Themen zur Verkehrspolitik auf der Tagesordnung. Darüber hinaus diskutierte das Plenum u. a. über Frieden und Stabilität in Europa.

Auch wenn die letzten Entscheidungen in Brüssel und Straßburg während dieser Amtsperiode getroffen sind, werde ich Sie selbstverständlich auch in Zukunft über meine Termine im Zuge der Europawahl am 25. Mai informieren.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Neue Formen für zukünftige LKWs

Das Europaparlament hat diese Woche über die maximalen Abmessungen und Gewichte von LKWs im europäischen Straßenverkehr abgestimmt. Damit LKWs frei innerhalb der EU zirkulieren können, müssen die Fahrzeuge vorgeschriebene Längen, Höhen und Gewichte einhalten. Diese maximalen Abmessungen und Gewichte wurden nun verändert, um LKWs verkehrssicherer und spritsparender zu machen.

Die Fahrerkabine können in Zukunft so gestaltet werden, dass andere Verkehrsteilnehmer besser gesehen werden. Es gibt weniger tote Winkel und der Fußgänger wird im Falle eines Zusammenstoßes zur Seite geworfen statt unter das Fahrzeug - damit sollen schwere Unfälle vermieden werden. Auch soll die "Nase" des LKWs windschnittiger werden, denn weniger Windwiderstand heißt weniger Spritverbrauch beim Fahren. Zusätzlich kann man am Ende des LKW-Anhängers aerodynamische Elemente anbauen.

Bedauerlich ist allerdings, dass durch die blinde Ablehnung von Lang-LKWs - den ökologisch und ökonomisch effizienteren "Ökokombis" - nicht unmissverständlich klar gestellt werden konnte, dass diese Fahrzeuge auch über eine Grenze fahren dürfen. Bislang und auch in Zukunft ist es den einzelnen Mitgliedsstaaten erlaubt, längere und auch schwerere LKWs auf dafür geeigneten Strecken in ihrem Straßennetz zuzulassen. Gerade im Norden Europas ist dies gängige Praxis, auch in benachbarten Staaten. Und es gibt kein Gesetz, das es irgendeinem Verkehrsmittel innerhalb der EU mit bewusst offenen Grenzen verbietet, von einem Mitgliedstaat in den anderen zu fahren. Leider hat die Kommission durch widersprüchliche Äußerungen zur Grenzüberschreitung von Lang-LKWs für Verwirrung in der Transportbranche gesorgt. Eine offizielle Klarstellung und Rechtsicherheit für Transportunternehmen wäre da sehr hilfreich gewesen.

Immerhin konnten wir Änderungsanträge abwehren, die Tests mit längeren und/oder schwereren LKWs in den Mitgliedstaaten beschränken. Das hätte auch den Feldversuche Lang-LKW in Deutschland betroffen. Nachdem das Parlament seine Position zu diesem Gesetzgebungsvorschlag abgestimmt hat, warten wir nun, was die Mitgliedstaaten dazu sagen. Die Arbeit an dem Gesetzestext wird nach der Europawahl weitergehen.

Mehr Tankstellen für Elektro-, Wasserstoff-, Erdgasfahrzeuge (Schattenbericht)

Ein Ziel der EU-Verkehrspolitik ist schädliche Emissionen im Verkehrsbereich zu senken. Deshalb soll Erdöl als Kraftstoff abgelöst werden. Die Zukunft sind sogenannte alternative Kraftstoffe wie Strom, Wasserstoff oder Erdgas. Damit diese sich verbreiten können, müssen nicht nur entsprechende Motoren und Fahrzeuge entwickelt, sondern auch ein neues "Tankstellennetz" geschaffen werden. Im Europaparlament haben wir deshalb ein Gesetz zum Aufbau von Infrastruktur für alternative Kraftstoffe angenommen.

Darin wird für jedes europäische Land eine bestimmte Anzahl von öffentlichen "Tankstellen" für Elektro-, Wasserstoff- und Erdgasfahrzeuge vorgeschrieben. Es geht dabei nicht nur um Autos. Auch Schiffe sollen die Möglichkeit haben, an den wichtigsten See- und Binnenhäfen Erdgas zu tanken. Schiffe mit Flüssigerdgasantrieb (LNG) sind die Zukunft vor allem auf den kurzen Strecken innerhalb Europas. EU-Häfen müssen in Zukunft auch prüfen, ob eine Versorgung mit Landstrom sinnvoll wäre. Wenn der Anlegeplatz einen Stromanschluss hat, braucht das Schiff den Öl-Motor nicht laufen zu lassen, um die benötigte Energie an Bord zu erzeugen. Vor allem für Kreuzfahrtschiffe, die ja schwimmende Hotelburgen mit einem großen Strombedarf sind, ist das wichtig. Die Schiffsemissionen sind vor allem für die Bevölkerung in Hafennähe gesundheitsschädlich.

Die beschlossenen Vorgaben sind aber nur allgemeine Mindestziele für die Infrastruktur. Wo dann genau diese neuen Tankstellen am besten stehen sollen, das werden die einzelnen Mitgliedsstaaten gemeinsam mit den Regionen und Kommunen vor Ort entscheiden. Eine große Neuerung ist auch, dass man sich nach vielen Jahren Diskussion auf einen gemeinsamen europäischen Stecker zum Laden von Elektroautos einigen konnte. Bisher sind mehrere Typen auf dem europäischen Markt gebräuchlich. Man wollte aber vermeiden, dass Elektroautos mit einem Satz von Adaptern im Kofferraum durch Europa fahren müssen. Der europäische Stecker muss in Zukunft an jeder Ladestation in der EU verfügbar sein.

Maritime Raumordnung (Berichterstatlerin)

In knapp einem Jahr wurde aus dem Vorschlag der Europäischen Kommission für die Schaffung einer maritimen Raumordnung in Europa eine europäische Richtlinie. Dazwischen lagen harte Arbeit und viele intensive Verhandlungen innerhalb des Parlaments und in den vergangenen Monaten mit der griechischen Ratspräsidentschaft. Als Berichterstatlerin war es mir sehr wichtig, diese Richtlinie noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden, trotz des knappen Zeitfensters.

Die Richtlinie ist von großer Bedeutung, um ein "blaues Wachstum" in Europa geordnet voranzutreiben. Schon heute werden die meisten europäischen Meere, gerade auch die Nordsee, intensiv genutzt. Ob Containerschiffahrt, Tourismus, Energiegewinnung, Fischerei oder der Abbau von Rohstoffen, der maritime Sektor erwirtschaftet in Europa rund 500 Mrd. Euro pro Jahr. Dennoch hat Meerespolitik in vielen Mitgliedstaaten noch keine Priorität. Mit dieser Richtlinie soll sich das ein Stück weit ändern. Mitgliedstaaten sind nun verpflichtet bis April 2021 maritime Raumordnungspläne (Deutschland hat diese bereits in Länderhoheit) zu erstellen, um

endlich eine langfristige Planung der Aktivitäten und Nutzungen im Meer zu ermöglichen. Das sichert einerseits Planungssicherheit für die hohen Investitionen, andererseits ermöglicht es, den Raum im Meer möglichst effektiv und schonend zu nutzen. Ich bin mir sicher, dass die Umsetzung dieser Richtlinie entscheidend dazu beitragen wird, das große Potential der maritimen Wirtschaft weiter zu erschließen und gleichzeitig den hochsensiblen Lebensraum Meer zu erhalten.

"Made in"-Herkunftssiegel künftig Pflicht

Für alle Non-Food-Erzeugnisse, die auf dem EU-Binnenmarkt zum Verkauf stehen, soll künftig die Kennzeichnung des Ursprungslandes ("Made in") in Europa verpflichtend sein. Dafür hat sich die große Mehrheit der Abgeordneten (485 Stimmen Für- bei 130 Gegenstimmen) am Dienstag in Straßburg ausgesprochen. Bisher basiert die Herkunftsangabe in der EU auf einer freiwilligen Basis und soll nun mit einem neuen System ersetzt werden, bei dem Hersteller selbst entscheiden können, ob ihre Produkte mit "Made in the EU" oder "Made in..." gefolgt vom Namen ihres Landes gekennzeichnet werden sollen. Sind bei der Herstellung einer Ware zwei oder mehr Länder beteiligt, ist das Ursprungsland laut Artikel 24 des EU-Zollkodex das Land, „in dem sie der letzten wesentlichen und wirtschaftlich gerechtfertigten Be- oder Verarbeitung unterzogen worden ist, was zur Herstellung eines neuen Erzeugnisses geführt hat oder eine bedeutende Herstellungsstufe darstellt“.

Neben neuen Vorschriften zur Verschärfung der Produktsicherheit und Marktüberwachung zum Verbraucherschutz fordert das Parlament zusätzlich härtere Strafen für Unternehmen, die nichtkonforme oder potentiell gefährliche Produkte anbieten.

Leider ist es uns Liberalen nicht gelungen, das verpflichtende "Made in"-Siegel abzuweisen. Vor allem bei der Herstellung einer Ware in mehreren Ländern wird die Angabe der Herkunft durch die neuen Regeln erheblich verkompliziert. Zusätzlich sind wir der Meinung, dass diese Kennzeichnung nichts in einem Gesetz für die Sicherheit von Verbraucherprodukten verloren hat, denn sie erhöht diese in keiner Weise.

Parlament fordert Beschränkung von sehr leichten Plastiktüten

Der jährliche Verbrauch von sehr leichten Plastiktüten lag in 2010 allein bei ca. 180 Stück pro EU-Bürger - Tendenz steigend. Um dem entgegenzuwirken, haben sich die Abgeordneten am Mittwoch in Straßburg für eine Begrenzung jener ausgesprochen. Demnach soll der Verbrauch der am weitesten verbreiteten und umweltschädlichsten leichten Plastiktüten mit einer Wandstärke unter 50 Mikron bis 2017 um 50% und bis 2019 sogar um 80% verringert werden. Diese Kunststofftüten machen bei weitem den größten Anteil der in der Europäischen Union verwendeten Kunststofftüten aus und können nicht so gut wiederverwendet werden wie Kunststofftüten aus stärkerem Material. Am Ende landen sie also oftmals in der Mülltonne.

Das Parlament fordert die Mitgliedstaaten nun dazu auf, wirtschaftliche Instrumente wie Steuern und Abgaben oder auch Marktbeschränkungen wie Verbote in ihren Ländern einzusetzen, damit der Einzelhandel künftig diese Tüten nicht mehr umsonst ausgibt. Kunststofftüten, die als Verpackung für Lebensmittel wie rohes Fleisch, Fisch und Milchprodukte dienen, sollen laut Parlament von dieser Beschränkung

ausgenommen werden. Unverpackte Lebensmittel wie Früchte oder Gemüse hingegen sollten in Zukunft in Tüten aus Recyclingpapier oder biologisch abbaubare und kompostierbare Kunststofftüten verpackt werden.

Unsere liberale Delegation im Europäischen Parlament hält diesen Eingriff in den Binnenmarkt für den falschen Weg. Die Regulierung einzelner Produktgruppen wird das große Problem von Plastikmüll wie beispielsweise in den Weltmeeren nicht lösen. Stattdessen sollten wir bereits vorhandene Abfall- und Chemikaliengesetzgebung konsequenter umzusetzen und uns nicht für weitere willkürliche Verbote einsetzen.

100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs: Frieden ist zerbrechlich

Ein Jahrhundert ist mittlerweile seit Beginn des Ersten Weltkriegs vergangen. Die Abgeordneten nahmen sich gemeinsam mit Parlamentspräsident Martin Schulz, dem Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso und Evangelos Venizelos, dem griechischen Außenminister, dieses Ereignis am Mittwoch in Straßburg zum Anlass, um über Frieden und Stabilität in Europa zu diskutieren. Im Hinblick auf die schwierigen Situationen in Ländern wie beispielsweise Syrien und Libyen, aber vor allem auch derzeit in der Ukraine, unterstrichen sie, dass es von höchster Priorität sei, Nationalismus zu bekämpfen und Frieden, Sicherheit sowie Stabilität in Europa zu wahren. Mehr Integration und eine gemeinsame Politik seien dabei der richtige Weg.

Der Vorsitzende unserer liberalen Fraktion, Guy Verhofstadt, hob bei seiner Ansprache hervor, dass vor allem „der jüngeren Generation erklärt werden muss, wie Europa und die europäische Integration ein Instrument für eine bessere Zukunft sein kann. Allein auf ein schreckliches, aber lange zurückliegendes Ereignis zu zeigen, wird uns dabei nicht helfen.“

II. Aktuelles

Kommission will stromintensive Kaffeemaschinen verbieten

Im Zuge der Ökodesign-Richtlinie hat die Europäische Kommission nach Staubsaugern, Lampen etc. ab 1. Januar 2015 nun auch stromintensive Kaffeemaschinen verboten. Betroffen sein werden allerdings nicht die Kaffeemaschinen an sich, sondern nur deren Warmhaltefunktion. So sollen sich beispielsweise Filter-Maschinen mit einer Isolierkanne nach fünf und Maschinen ohne nach maximal 40 Minuten automatisch abschalten, was sie aber ohnehin schon größtenteils tun. Kaffeemaschinen, die gewerblich genutzt werden, sollen von der neuen Regelung ausgeschlossen sein.

Ziel dieser Richtlinie war und ist es, den Stromverbrauch von Haushalten zu senken und dadurch Umwelt und Klima zu schonen. Wir Liberale sehen den Mehrwert dieser absurden Richtlinie - vor allem in Bezug auf Kaffeemaschinen - nicht. Mit immer mehr Verboten belastet die Europäische Kommission Verbraucherinnen und Verbraucher und die EU verliert dadurch immer mehr an Vertrauen und Zuspruch.

Ärgerlich ist aus meiner Sicht auch, dass die Presse dieses Thema gerade jetzt verbreitet und damit vor der Europawahl Vorbehalte gegen die EU schürt, obwohl die Entscheidung nicht jetzt, sondern schon im September gefallen ist.

III. Aus meinem Wahlkreis

Fortsetzung meiner Frühjahrstour:

Nachtrag zum 27. März

Mit Michael Goldmann war ich nicht nur in Sachen Landwirtschaft unterwegs, sondern auch beim DUK, der Dörpener Umschlaggesellschaft für den kombinierten Verkehr. Hier werden Waren trimodal befördert, d.h. per Schiene, Straße und Wasserweg – so etwas findet man nicht überall. Abends fand dann ein reger Austausch zu Europa bei den Liberalen in Papenburg statt.

8. April

Bremervörde: Ausbau der A 20

Start war ein gemeinsamer Besuch mit dem FDP-Kreisvorsitzenden und Europakandidaten Hendrik Jürgens beim Bremervörder Bürgermeister. In unserem Gespräch ging es um die Küstenautobahn A 20 und die europäische Förderung für den grenzübergreifenden Verkehr von Gütern. Der Ausbau der A 20 ist ein wichtiger Baustein für die Erschließung des nordwestdeutschen Raums und wird entscheidend zu einer optimalen Ost-West-Verbindung im europäischen Gesamtnetz beitragen. Leider gibt es immer wieder Verzögerungen, auch die Planfeststellungsverfahren für die einzelnen Abschnitte werden terminlich immer weiter nach hinten geschoben.

Delmenhorst: Redaktionsbesuch und liberales Treffen

Nach dem Besuch in Bremervörde ging es weiter zu einem Redaktionsbesuch beim Delmenhorster Kreisblatt. Neben einem Interview über europäische Verkehrspolitik und meinen Bericht zur Maritimen Raumordnung wurden auch Themen aus der Kommunalpolitik angesprochen. Beim anschließenden Kreisparteitag der FDP in Delmenhorst berichtete ich über meine Arbeit im Europäischen Parlament. Themen waren unter anderem Lebensmittelsicherheit, einheitliche Stecker für alle Elektroautos ab 2020 und für Mobiltelefone ab 2017. Dabei wurde wieder deutlich, dass Europa die Menschen vor Ort viel stärker betrifft als von den meisten vermutet und dass die bevorstehende Europawahl noch stärker in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gebracht werden muss.

9. April

Speditionsbesuch in Emden

Bei der Speditionsfirma Weets in Emden ging es in großer fachkundiger Runde mit Vertretern verschiedener Speditionsunternehmen zunächst insbesondere um den Warentransport auf der Straße und die aktuelle Diskussion über Lang-LKWs, die sich in Niedersachsen bewährt haben und für die Zukunft gerade auch aufgrund des Fahrermangels unverzichtbar sind. Auch Fahrerausbildung kam zur Sprache. Die Vertreter der Handwerkskammer interessierten sich besonders für die ab 2015 in Kraft

tretenden neuen Regelungen zum digitalen Fahrtenschreiber und die Erleichterungen für Handwerksbetriebe.

Aurich: Pressegespräch

Beim Redaktionsbesuch der Ostfriesen Nachrichten, einer noch originär lokalen Zeitung, diskutierten wir neben aktuellen Fragen der Europapolitik vor allem auch für die Küste relevante Themen aus meinen Ausschüssen.

NRW: Ladies Lounge

Den Tag beschloss ich mit einem Termin in Oerlinghausen bei Bielefeld auf Einladung unserer ehemaligen Staatssekretärin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit Gudrun Kopp. Im Rahmen einer "Ladies Lounge", an der aber auch viele Männer teilnahmen, sprach ich über "Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der EU" – ein Thema, bei dem Deutschland gerade hinsichtlich des Angebots von Kinderbetreuungseinrichtungen nicht gut abschneidet. Der Zusammenhang von unterschiedlich hohen Geburtenzahlen und familienfreundlicher Arbeitswelt wurde lebhaft diskutiert.

10. April

Liberaler Stammtisch in Springe

Nachdem ich ein letztes Mal nach Brüssel zu Sitzungen in meinen Ausschüssen für Verkehr und Fischerei geflogen war, schloss sich abends eine Runde mit dem Ortsverband Springe an. Natürlich stand die Europawahl und der Bezug Brüsseler Entscheidungen auf unseren Alltag zu Hause im Mittelpunkt des Interesses. Aber auch Energiepolitik wie der geplante Trassenverlauf des SüdLink durch Niedersachsen spielte eine Rolle.

11. April

Hannover: Treffen mit der Europa-Union

Die Europa-Union ist mit rund 18.000 Mitgliedern die größte Bürgerinitiative für Europa in Deutschland. Ziel des Gesprächs mit dem niedersächsischen Landesvorstands war eine bessere "Verlinkung" mit mir als Abgeordneter, um Europa gemeinsam noch stärker in den Fokus zu rücken.

Hamburg: Sitzung des 26. Norddeutschen Gesprächskreises zu EU-Umweltbeschlüssen

Bei dem Treffen in der Handelskammer Hamburg standen 2 Themen auf der Tagesordnung: ein Bericht von Haize Siemers aus der Europäischen Kommission über Energiegewinnung aus dem Meer und mein Erfahrungsbericht als Europaabgeordnete mit dem Schwerpunkt Meerespolitik. In meiner Präsentation ging ich aber auch auf andere Umwelt-relevante Brüsseler Beschlüsse aus dem Verkehrsbereich ein wie Infrastruktur für alternative Energien (s.o.), Lärmreduzierung an Flughäfen oder an Zügen, Emissionshandel im Luftverkehr, Flüssiggas für Schiffe, eine stärkere Nutzung der Binnenschifffahrt als umweltfreundliche Alternative zur Straße und intelligente Verkehrsleitsysteme zur Stauvermeidung.

Terminankündigungen:

- Gesprächstermin zum Thema "Unternehmerfreundliche Politik für Niedersachsen" am 28. April in Harpstedt
- Pressetermin gemeinsam mit Andrea Giese am 29. April in der Wedemark
- Gesprächstermin mit Holger Daedler und Bürgermeisterkandidat Philipp Wagner am 29. April in Jesteburg
- Podiumsdiskussion zu Sozialstandards im Güterverkehr am 30. April in Berlin

Herzliche Grüße und frohe Ostern,

Ihre Gesine Meißner

Mai 2014

Liebe Leserinnen und Leser!

Seit 4 Wochen befinden wir Europaabgeordneten uns im Ausnahmezustand: Nach der letzten Plenarsitzung am Gründonnerstag in Straßburg haben wir in den „Wahlkampfmodus“ geschaltet und sind alle – mit Ausnahme der Länder, wo gestern schon Europawahl war – bis Samstag unterwegs, um die Menschen von der Wichtigkeit Europas für unsere Zukunft zu überzeugen und natürlich davon, dass unsere jeweilige Position die beste ist und bei der Wahl zum Europaparlament bestätigt werden sollte.

Natürlich gilt dies auch für mich. Ich war quer durch meinen „Wahlkreis“ Niedersachsen, Hamburg und Bremen, teilweise auch darüber hinaus (z. B. im Lipper- und im Münsterland) unterwegs: an Wahlkampfständen in Fußgängerzonen, in Redaktionen örtlicher Zeitungen, in Tonstudios oder bei regionalen Fernsehsendern, bei Diskussionen mit Schülern, in Landtagen und Rathäusern oder bei Veranstaltungen der Europaunion, bei Unternehmern und Verbänden und auf Europafesten (hier nochmal Dank an Dieter Palm für die Organisation des 1. Europafestes in Langenhagen!). Ich habe Ausstellungen über Europa eröffnet und beendet, das Theaterstück „Eine europäische Familienaufstellung“ kommentiert, Reden auf Spargelessen gehalten (schön, dass gerade Spargelzeit ist!), von der EU geförderte Projekte inspiziert, Baustellen besichtigt, Melkroboter in Aktion gesehen und auf einer Kutterfahrt über die Bedeutung der Meerespolitik für unsere Zukunft berichtet.

Ich habe – wie immer bei vor-Ort-Terminen – wieder viel dazugelernt und auch einige Aufträge für die nächste Parlamentsperiode mit auf den Weg bekommen. Hier einige der Themen, die eine Rolle spielten:

- Verkehrsanbindung auch des ländlichen Raumes per Straße, Schiene, Wasser und Luft
- Umbruchverbot auf Dauergrünland in Natura-2000-Gebieten
- Integration und Migration, inkl. eines europäischen Verteilungsschlüssels für Flüchtlinge

- Europäische Energieversorgung, innovative Biogasanlagen und energetische Selbstversorgung bei Großobjekten wie z.B. Badelandschaften („Wattn Bad“)
- Erhalt des Meisterbriefes und duale Ausbildung als Exportschlager
- Erforderliche Überarbeitung europäischer Ausschreibungsverfahren
- (Land-)Frauen als Zukunftsgestalterinnen („Europa ist eine Frau“)
- Anforderungen an Fenster in Passivhäusern
- Megalithkultur, Nationalparkhäuser und Moormuseen als Tourismusmagneten
- Das Freihandelsabkommen der EU mit den USA und die NSA-Affäre
- Die Krise in der Ukraine und die Frage wie wir den Frieden dauerhaft sichern können

Jetzt geht diese Wahlperiode zu Ende, am Sonntag wird in Deutschland gewählt. Ich hoffe sehr auf eine hohe Wahlbeteiligung und darauf, dass pro-europäisch gewählt wird und nicht die Europaskeptiker den Zulauf bekommen, der von vielen prognostiziert wird. Wir verdanken der Europäischen Union nicht nur mehr als 60 Jahre Frieden und Freundschaften über offene Grenzen hinweg, sondern auch den europäischen Binnenmarkt mit einer Vielzahl von Produkten von hoher Qualität und insgesamt gute Lebensbedingungen. Bitte gehen Sie auf jeden Fall nicht nur selbst zur Wahl, überzeugen Sie am besten auch noch ein paar Unentschlossene in Ihrer Umgebung, mitzukommen und für Europa zu stimmen.

Natürlich freue ich mich über jede Stimme für die FDP! Und nach erfolgreicher Wahl geht es auch weiter mit diesem Newsletter und Bericht aus dem Alltag einer Europaabgeordneten.

Ich freue mich über Ihr Interesse an meiner Arbeit und grüße Sie herzlich!

Ihre Gesine Meißner

2014

September 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

nun hat der Parlamentsbetrieb wieder richtig begonnen. Neben der Plenarsitzungswoche mit der Aussprache über den russischen Importstopp von landwirtschaftlichen Produkten und den Ebola Virus, der Verabschiedung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine fanden die ersten Ausschusssitzungen statt. Juncker hat sein Team für die neue EU Kommission präsentiert und die Kandidaten starten ihre Vorstellungstour.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Fragestunde zum russischen Importstopp für Agrarprodukte

Am Montag diskutierten wir im Plenum über die Auswirkungen des russischen Handelsembargos für Agrarprodukte aus der EU. Es ging hierbei im Besonderen um die bei europäischen Landwirten dadurch verursachten Verluste.

Hintergrund der Debatte war die Tatsache, dass die EU-Kommission das Programm zur Unterstützung europäischer Obst- und Gemüsebauern wegen der unverhältnismäßig hohen Anzahl von Hilfsanträgen am 10. September ausgesetzt hatte. Mit rund 125 Millionen Euro wollte die Europäische Kommission die Folgen des russischen Importstopps für leicht verderbliches Obst und Gemüse abfedern. Der noch amtierende EU Landwirtschaftskommissar Dacian Cioloș will in den kommenden Tagen ein neues, zielgerichtetes und effizienteres Programm vorstellen. Die betroffenen Erzeuger, die wegen des russischen Importstopps ihren Markt verloren haben, sollen weiterhin unterstützt werden.

In der Plenumsdebatte plädierten vor allem deutsche Abgeordnete dafür, die Bürokratiehindernisse für die Lieferung von Milch und Obst bei Schulprogrammen abzubauen, so dass dorthin mehr direkt abgesetzt werden könnte. Auch wurde gefordert, den Mitgliedstaaten mehr Spielraum zu geben, um in diesem Fall eigene Nottöpfe für Entschädigungen anzapfen zu dürfen.

EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen

Das Europäische Parlament hat nun grünes Licht für das EU Assoziierungsabkommen mit der Ukraine gegeben. Die Verabschiedung des Abkommens, das mit Liveschaltung zum Parlament in Kiew parallel abgestimmt wurde, ist ein historischer Schritt in den Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU. Es muss aber auch der Beginn für weitere Reformen sein, um die Last von Misswirtschaft und Korruption abzuwerfen. Die Ukraine hat beste Voraussetzungen: hohes Bildungsniveau, leistungsfähige Landwirtschaft und große Ressourcen. Jetzt muss die Ukraine diese endlich auch nutzen.

Gleichzeitig ist es richtig, die Bestimmungen zum Freihandel erst einmal auszusetzen, denn diese sind für Russland der schwierigste Teil des Assoziierungsabkommens. Durch die Verschiebung kann mit Russland und der Ukraine ein Kompromissweg ausgelotet werden, auf dem alle gehen können und über den sichergestellt ist, dass man auch über die nächsten Monate im Gespräch bleibt. Doch länger als bis Ende 2015 darf sich die Verschiebung auf keinen Fall hinziehen. Sollte sich herausstellen, dass es Russland nur darum geht, die Beziehungen zu erschweren, muss auch der Freihandelsteil in Kraft treten.

Das Abkommen gibt der Ukraine die Mittel, um breitangelegte Reformen anzupacken, damit die Bürger ihr Leben effektiv verbessern können. Die EU muss stark und geschlossen agieren, um die Hoffnungen der Ukrainer auf ein demokratisches Land mit Zukunft nicht zu zerstören.

Debatte um Ebola

Die rapide Ausbreitung von Ebola in Afrika hat verheerende Folgen für die Bevölkerung. Aus diesem Anlass befasste sich das Plenum des Europäischen Parlaments vergangenen Mittwoch mit der Pandemie. Sowohl Vertreter der EU-Kommission als auch des Rates berichteten darüber, was bisher getan worden ist, um die Verbreitung einzudämmen und welche nächsten Schritte zur Bewältigung der Krisensituation geplant sind. Neben der Nachricht, dass das Ansteckungs- und somit Verbreitungsrisiko für Menschen, die in der EU leben, relativ gering ist, fiel die Bilanz jedoch ernüchternd aus. Laut EU-Kommission ist die Zahl der Ebola-Toten auf 2400 angestiegen. Über 4900 Infektions-Fälle sind bis jetzt bekannt. Erschreckend ist, dass sich diese Zahl alle drei Wochen verdoppelt. Die Ausbreitung des Virus wird in den Ländern Sierra Leone, Guinea und Liberia so zunehmen, dass wir der Lage nicht Herr werden können. Die Vertreterin der Kommission führte außerdem aus, dass wir vielleicht überhaupt nicht in der Lage sein könnten, die angrenzenden Länder vor einer Verbreitung zu schützen. Wenn zudem nicht gehandelt wird könnte der Virus sogar mutieren, was zur Folge hätte, dass sich andere Ansteckungsmöglichkeiten ergäben. Deshalb wird mit Hochdruck daran gearbeitet, das Virus einzudämmen.

Es gibt bis jetzt eine Vielzahl von humanitären und finanziellen Maßnahmen. So hat die Kommission bereits 150 Milliarden Euro bereitgestellt und plant, das Budget für Hilfsmaßnahmen zu erhöhen. Weiterhin bedarf es noch mehr medizinischer Versorgung vor Ort. Nach einem Impfstoff wird weltweit geforscht. In der EU kommt es besonders darauf an, sämtliche Forschungs- und Hilfsaktivitäten in den verschiedenen Mitgliedsstaaten zu koordinieren. Nur so hat man eine Chance, dem Virus Herr zu werden. Unter den Abgeordneten herrschte Konsens, dass mehr humanitäre und finanzielle Hilfe notwendig ist. Das Parlament schlug vor, eine Luftbrücke einzurichten, um Personal, Equipment und Medikamente in die betroffenen Regionen zu bringen.

Europäische Jugendinitiative

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa - in Deutschland zwar nur 7,8 %, aber in Spanien z.B. 53,5 % - bleibt besorgniserregend und stand daher wieder auf der Tagesordnung. Für die Förderperiode 2014-2020 sind 6 Mrd. € im EU-Haushalt für Projekte zur Abhilfe bereitgestellt - Expertenaussagen zu Folge wären 21 Mrd. € erforderlich. Natürlich helfen isolierte Ausbildungsprogramme allein nicht. Erforderlich sind Strategien zum Wiedererstarken der Wirtschaft in den betroffenen Regionen, beispielsweise durch gezielte Förderprogramme für kleine und mittlere Unternehmen - hierfür hatte sich die ALDE-Fraktion in der letzten Wahlperiode erfolgreich eingesetzt.

II. Ausschüsse und Intergroups

Anhörung der Kandidaten für EU Kommission

Letzte Woche hatten die monatelangen Spekulationen dann endlich ein Ende, Juncker hat sein neues Team an Kommissaren vorgestellt. Bevor das Europaparlament diesem neuen „Kollegium“ nicht zugestimmt hat, sind sie zunächst alle noch Kandidaten. Juncker selber war kurz vor der Sommerpause im Juli vom Europaparlament als Kommissionspräsident bestätigt worden, nachdem er eine Mehrheit der Fraktionen (auch uns Liberale) von seiner Eignung überzeugen konnte. Unter den 27 Kommissarskandidaten befinden sich fünf Liberale aus Dänemark, Schweden, Tschechien, Slowenien und Estland. Außer dem ehemaligen estnischen Premierminister Andrus Ansip sind alle liberalen Kandidaten weiblich. Damit haben die Liberalen Junckers Frauen-Bilanz gerettet. Das Parlament hatte schon angekündigt, dass man keinem Kommissarskollegium zustimmen könne, das noch weniger Frauen beinhalte als das aktuelle. Zum Dank sind die Liberalen von Juncker auch mit wichtigen Positionen bedacht worden. Die Schwedin Cecilia Malmström soll Handelskommissarin werden und wäre damit für die heiß umkämpften Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit den USA zuständig. Auch die Dänin Margrethe Vestager würde als Wettbewerbskommissarin ebenfalls eine Schlüsselposition innehaben. Die ehemaligen Regierungschefs Alenka Bartušek (Slowenien) und Andrus Ansip (Estland) sollen Vizepräsidenten werden.

Jetzt müssen sich die designierten Kommissare einer Anhörung im Parlament unterziehen. Maroš Šefčovič, der Kandidat für den Bereich Verkehr und Weltraum, wird sich am 30. September den Abgeordneten im Transportausschuss stellen. Während einer dreistündigen Befragung muss der Slowake den Mitgliedern des Ausschusses Rede und Antwort stehen. Am Ende werde ich mit meinen Koordinatoren-Kollegen entscheiden, ob Šefčovič fachlich wie auch persönlich als Verkehrskommissar geeignet ist. Šefčovič hilft wahrscheinlich, dass er im vergangenen Mandat schon einen Kommissarsposten innehatte (Verwaltung und inter-institutionelle Angelegenheiten) und damit vor fünf Jahren schon eine solche Anhörung gemeistert hat.

Die Anhörung für den Umweltkommissar, den Malteser Karmenu Vella, findet am Vortag statt. Da die Bereiche Umwelt, Meerespolitik und Fischerei in der Kommission zusammengelegt wurden, werde ich als Meerespolitikern auch an

seiner Anhörung beteiligt sein. Beide Kommissarskandidaten haben mich diese Woche in meinem Büro für ein erstes Sondierungsgespräch besucht. Das hilft den Kandidaten, schon vor dem Hearing ein Gefühl für die Prioritäten des Ausschusses zu entwickeln. Da in der Vergangenheit auch schon Kommissarskandidaten vom Parlament abgelehnt wurden, bereiten sich die Kandidaten sehr gewissenhaft auf ihre Anhörungen vor. Vor fünf Jahren musste die bulgarische Regierung z.B. einen neuen Kandidaten benennen, nachdem die designierte Kommissarin Rumiana Jeleva im Parlament wegen undurchsichtiger persönlicher Finanzströme im Entwicklungsausschuss durchgefallen war.

Anstehende TRAN-Trilogverhandlungen

Wir haben in den letzten Wochen vor der Europawahl mit Hochdruck daran gearbeitet, alle offenen Gesetzgebungsverfahren abzuschließen oder wo das nicht möglich war, zumindest eine erste Lesung im Plenum zu verabschieden. Ohne eine Abstimmung im Plenum hätte das neue Parlament mit der Arbeit an einem Gesetzestext wieder ganz von vorne beginnen müssen. Nun warten diese halbfertigen Dossiers auf die sogenannten Triloge, die abschließenden Verhandlungen zwischen dem Ministerrat und dem Europaparlament mit dem Ziel, sich auf einen gemeinsamen Text zu einigen.

Ein Kandidat für Trilogverhandlungen ist die Richtlinie zu den maximalen Abmessungen und Gewichten von LKWs. Hier wurde vor den Wahlen bitter darum gestritten, ob man sogenannten Lang-LKWs auch die Fahrt über eine Grenze erlauben sollte, wenn die jeweiligen Nachbarländer damit einverstanden sind. Im Parlament gab es jedoch leider keine Mehrheit für diesen Vorschlag. Auch der Ministerrat war in der Frage gespalten und konnte sich nicht dazu durchringen, grenzüberschreitenden Verkehr von Lang-LKWs unter bestimmten Bedingungen zu genehmigen. Damit konnte der Hauptstreitpunkt schon vor Beginn der Verhandlungen ausgeräumt werden. Es bleiben aber noch etliche unterschiedliche Auffassungen in der

Position von Parlament und Rat, z.B. bei obligatorischen Gewichtssensoren am LKW, um Überladung zu überprüfen, oder bei der Frage, ab wann Fahrer cabinen windschnittiger gebaut werden müssen, um Treibstoff zu sparen. Sobald man sich mit der amtierenden italienischen Ratspräsidentschaft auf einen Terminkalender geeinigt hat, werden die Verhandlungen starten, damit man sie bis Ende des Jahres noch abschließen kann. Ich werde das Thema für die liberale Fraktion betreuen und an den Verhandlungen teilnehmen.

Weit mehr umstritten ist der Zeitplan für die Trilogverhandlungen zum 4. Eisenbahnpaket. Auch hier hat das Parlament vor den Wahlen zu allen sechs Gesetzen eine erste Lesung verabschiedet. Der sogenannte technische Pfeiler des Pakets (gemeinsame Verfahren für Zertifizierung von rollendem Material, gemeinsame Sicherheitsvorgaben für Züge) wäre jetzt für Verhandlungen bereit. Das Parlament möchte das Paket allerdings ungern aufsplitten, denn die Mitgliedstaaten interessieren sich eigentlich nicht für den zweiten Teil des Pakets, den sogenannten politischen Pfeiler (weitere Marktöffnung für private Bahnen und bessere Verwaltung der Schieneninfrastruktur). Nur durch die Kopplung mit dem technischen Teil könnte man den Ministerrat zwingen, sich auch mit den ungeliebten

Gesetzen ernsthaft zu befassen. Es wäre nämlich nicht das erste Mal, dass im Ministerrat ein halbfertiger Gesetzesvorschlag in der Schublade verschwindet und nie beendet wird.

Aus Sicht der FDP wäre es wünschenswert, nicht nur bei der Interoperabilität sondern auch beim Thema "Trennung von Netz und Betreiber" (mit Ausnahme kleiner Privatbahnen) endlich voran zu kommen.

Intergroups und andere Foren

Vorbereitung für parlamentarische Intergroup Seas und Coastal Affairs

Nach einigen Monaten Pause bin ich derzeit wieder voll im Wahlkampf, und zwar geht es um die Einrichtung einer parlamentarischen Intergroup. Intergroups sind einem bestimmten Thema gewidmet und vereinen Europaabgeordnete fraktionsübergreifend, die ein besonderes Interesse daran haben. In meinem Fall geht es um die Wiedereinrichtung der Intergroup Seas & Coastal Areas. Als Meerespolitikerin, die zudem die fünf deutschen Küstenländer betreut, ist es mir ein besonderes Anliegen Abgeordnete aus ganz Europa zusammenzubringen, die an maritimer Politik interessiert sind. Dies ist umso wichtiger, da es keinen Meeresausschuss gibt, sondern maritime Themen in den Ausschüssen für Fischerei, für Umwelt, Forschung und Transport diskutiert werden. Dabei ist es gemäß des Ansatzes der integrierten Meerespolitik sehr wichtig, hier sektoren- und politikbereichsübergreifende Entscheidungen zu treffen.

Gemeinsam mit CPMR, dem europäischen Zusammenschluss der Küstenregionen, werbe ich derzeit für die Unterstützung zur Einrichtung dieser Intergroup. Dafür ist eine bestimmte Anzahl an Unterschriften notwendig und vor allem müssen drei Fraktionen den Antrag unterstützen. Ungefähr 60 Vorschläge kursieren derzeit, von denen wahrscheinlich nur 25 erfolgreich sein können. Nach der Wiedereinrichtung der Intergroup werde ich dieser voraussichtlich als Präsidentin vorstehen und versuchen, allen maritimen Themen, von Schifffahrt, Tourismus, Fischerei, Offshore-Energie, Meeresforschung bis hin zu Meeres- und Küstenschutz eine Plattform zu bieten und damit einen Beitrag für ein nachhaltiges blaues Wachstum zu leisten.

Rail Forum Europe

Neben meiner eigenen Intergroup-Bewerbung engagiere ich mich aber auch für die Schaffung anderer Intergroups. So werbe ich zum Beispiel als designierte Vizepräsidentin der Intergroup für Logistik auch für dieses Thema, das in meinen Augen zu wenig wahrgenommen wird. Unsere moderne Gesellschaft kann ohne komplexe Logistikketten gar nicht mehr funktionieren, wo der Verbraucher an volle Supermarktregale gewöhnt ist und der Kunde im Internet auf die Anlieferung seiner Bestellung wartet.

Auch im Rail Forum Europe wurde ich im September wieder als Vizepräsidentin bestätigt. Dieser informelle Zusammenschluss von Abgeordneten mehrerer Fraktionen hat sich im letzten Mandat gegründet, um über einen modernen

Eisenbahnmarkt nachzudenken und neue Ansätze mit Vertretern aus Industrie und Bahnwirtschaft zu diskutieren.

III. Aus meinem Wahlkreis

Treffen mit Grossemsland e.V. in Leer

Auf dem Rückweg von Brüssel nahm ich am 11. September an einer Abendveranstaltung zu "Industrie 4.0" in Leer teil. Eingeladen hatte mich der niedersächsisch-niederländische Unternehmerverband Grossemsland e.V., um in einem Kurzreferat über europäische Fördermöglichkeiten für kleine und mittlere Betriebe insbesondere in Grenzregionen zu informieren.

Schiffbaumesse in Hamburg

Am 12. September besuchte ich auf Einladung des Verbands für Schiffbau und Meerestechnik (VSM) die Messe SSM "Shipbuilding, Machinery and Marine Technology" in Hamburg, weltweit größte Messe für den maritimen Bereich mit großer asiatischer Beteiligung. Nach einem ausführlichen Gespräch mit einem meiner ständigen Kontakte, dem DNV/Germanischer Lloyd, über aktuelle europäische Gesetzgebung (Schiffsemissionen, LNG-Infrastruktur, Schiffsausrüstung) brachte mich Ragnar Schwefel vom VSM (ehemals maritimer Referent der FDP-Bundestagsfraktion) bei einem Messerundgang ins Gespräch mit Unternehmern aus der maritimen Wirtschaft Norddeutschlands.

Hoffest in Isernhagen

Am Abend des 12. September besuchte ich das traditionelle Sommerfest der Region Hannover auf dem Hof der Familie Rautenkranz. Tina Voß, Unternehmerin und diesjähriger Ehrengast, warb auf unterhaltsame Art sehr überzeugend für mehr Frauen in Führungspositionen.

Landesfachausschüsse in Hannover

Am 13. September besuchte ich in Hannover die Landesfachausschüsse Umwelt und Ländlicher Raum. In letzterem, dem LFA Landwirtschaft, gab es ein sehr gutes Referat zum Thema "Grüne Gentechnik" - aktueller Bezug zu meiner Arbeit in Brüssel, da wir dort im Umweltausschuss gerade mit der Gesetzgebung über gentechnisch veränderte Organismen (GMO) befasst sind.

Vorschau auf einige Termine:

- 19./20. September EKD-Sozialkammer in Berlin
- 22. September Podiumsdiskussion bei der Evangelischen Erwachsenenbildung (EEB) in Hannover
- 23. September Podiumsdiskussion "European Transportforum" in Brüssel

- 24. September Seminar "Rechtspopulismus nach der Wahl", Europäisches Liberales Forum (ELF) in Brüssel
- 26. September Meerespolitische Rede bei der CPMR-Jahresversammlung in Umea/ Schweden
- 26./27. September EKD-Luther-Seminar in Leipzig für Bundestags- und Europaabgeordnete
- 27. September Rede bei der Mitgliederversammlung der Liberalen Senioren in Nürnberg
- 2. Oktober IAA Internationale Automobil-Ausstellung in Hannover
- 27.-31. Oktober Wahlkreiswoche mit Terminen in meiner norddeutschen Region (Details im nächsten Newsletter)
- 29. Oktober Podiumsdiskussion zur Regulierung in Europa am Beispiel von Maut und Gigalibern "Wird Europa ausgebremst?" in Dötlingen-Altona mit Jan Huitema , MdEP, Niederlande

Sonstige Ankündigungen:

Im Laufe der nächsten Woche wird meine neue Website online gehen. In modernem Design können Sie künftig unter www.gesine-meissner.de aktuelle Beiträge, Termine, Fotos und Videos rund um meine Arbeit sehen. Ich freue mich auf zahlreiche Besuche.

Herzliche Grüße

Ihre Gesine Meißner

Oktober 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

bereits zum vierten Mal in dieser Wahlperiode kam das Europäische Parlament zu seiner Sitzung in Straßburg zusammen. Das wichtigste Ereignis in dieser Woche war die Bestätigung der neuen Kommission, welche für die kommenden fünf Jahre die Richtung für alle Gesetzesvorhaben vorgibt.

Eine weitere gute Nachricht: meine neue Website ist seit kurzem online. Ich würde mich freuen, wenn Sie mich unter www.gesine-meissner.de auch künftig besuchen und sich über aktuelle Themen rund um meine politische Arbeit informieren würden.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Endlich: die neue Kommission ist bestätigt – bei Enthaltung der FDP

„Jetzt kann die Arbeit beginnen“, war der Tenor, als gestern eine Mehrheit der Abgeordneten für Junckers neues Team stimmte. Der ehemalige luxemburgische

Premierminister hat ein illustres Kommissars-Kollegium zusammengestellt, jeder Mitgliedstaat hat einen Kandidaten geschickt, darunter ehemalige Regierungschefs und Minister sowie einige Kommissare, die schon während des letzten Mandats im Amt waren. Mal wieder viel zu wenig Frauen wie Juncker bei seiner Bewerbungsrede selber zugeben musste. Bei neun Frauen von 28 Kommissaren sind wir von echter Chancengleichheit noch weit entfernt.

Möglich war die Abstimmung über Junckers neues Team allerdings erst nach einer Umbesetzung in letzter Minute. Die slowenische Kandidatin Alenka Bratušek, die als Vizepräsidentin für die Europäische Energiepolitik angetreten ist, war vor zwei Wochen bei ihrer Anhörung vor dem Fachausschuss des Parlaments durchgefallen. Die slowenische Regierung musste einen neuen Kandidaten schicken und Juncker hat sein Personaltableau nochmals umgestellt. Wir hatten im Transportausschuss schon einstimmig und mit viel Begeisterung den slowakischen Kandidaten Maroš Šefčovič als neuen Transportkommissar bestätigt. Da wurde Šefčovič zum Energieressort abgezogen, um Frau Bratušek auf diesem Posten zu ersetzen. Entsprechend groß war der Ärger im Verkehrsausschuss, der sich von Junckers Personalentscheidung übergangen fühlte.

Verkehr wurde der neuen Slowenin Violeta Bulc zugewiesen, die zum liberalen Lager der Kommissare gehört. Eilig wurde eine neue Anhörung anberaumt. Die bisherige slowenische Entwicklungsministerin hatte nur vier Tage Zeit, sich in das neue Gebiet einzuarbeiten, bevor sie sich den Fragen der Abgeordneten des Verkehrsausschuss am Montagabend stellen musste. Aber sie hat die dreistündige Anhörung mit Mut und Bravour gemeistert und wurde am Dienstag früh vom Verkehrsausschuss bestätigt. Als Ingenieurin liegt ihr der Transportbereich wahrscheinlich gut. Ich hatte sie auch schon vor der Anhörung zu einem Austausch getroffen und einen guten Eindruck von ihr gewonnen.

Der Streit um den Verkehrskommissar und das unausgeglichene Geschlechterverhältnis waren aber nicht der Grund, warum wir als FDP-Abgeordnete uns bei der Abstimmung über die Juncker-Kommission enthalten haben. Mit Währungskommissar Moscovici und Finanzmarktkommissar Hill droht eine wirtschafts- und finanzpolitische Irrfahrt. Pierre Moscovici soll als Währungskommissar die Stabilisierung des Euro voranbringen und für mehr Disziplin in den Krisenländern sorgen. Als französischer Finanzminister hat er hingegen nicht ein einziges Mal einen Haushalt vorgelegt, der die Maastricht-Kriterien für Stabilität und Wachstum eingehalten hätte. Dieser mangelnde Respekt für - auch von Frankreich unterschriebene - europäische Regeln für die öffentlichen Finanzen disqualifiziert ihn für seine Aufgabe.

Wir fürchten, auch die Benennung von Jonathan Hill ist eine schwerwiegende Fehlentscheidung. Kein Land hat so konsequent wie das Vereinigte Königreich versucht, den Finanzsektor vor Reformen zu bewahren. Lord Hills Parteifreunde von den britischen Konservativen sind gerade deshalb hocherfreut, dass es nun ein Ende haben soll mit der Schaffung einer verantwortungsbewussteren Risikokultur im Finanzdienstleistungssektor. Für die anderen Mitgliedstaaten ist das keine gute Nachricht und für die FDP ein Warnsignal, das wir nicht übersehen wollten.

Auch wenn wir uns wegen dieser zwei Personalien enthalten haben, ist die neue Kommission in mancher Hinsicht tatsächlich ein Neuanfang. Die Bürgerinnen und Bürger hatten in der Europawahl am 25. Mai erstmals die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Spitzenkandidaten auszuwählen. Jean-Claude Juncker hat diese Wahl für sich entschieden. Auch wenn das Verfahren noch nicht perfekt funktioniert hat, so ist es doch ein erster wichtiger Schritt zur Stärkung der europäischen Demokratie. Junckers Organisationsreform der EU-Kommission mit starken Vizepräsidenten schafft schlankere Strukturen, mehr Effizienz und hoffentlich weniger Bürokratie - das hatten wir eingefordert. Es geht also vieles in die richtige Richtung.

Unter diesem Link kann man das Organigramm des neuen Team Juncker sehen:
http://ec.europa.eu/about/juncker-commission/docs/structure_en.pdf

Präsentation der Kommission und Aussprache zu Ebola

Die Plenardebatte in dieser Woche begann mit zwei Kurzpräsentationen zur aktuellen Lage in Afrika bezüglich der Ebola-Epidemie von den Kommissaren Georgieva und Borg. Neben der weiterhin rasanten Verbreitung (Verdopplung der Fälle auf 9191, 4546 Ebola-Tote, Ansteckung von 420 Ärzten und Krankenschwestern und 320 Todesfälle) wurden auch von einigen positive Entwicklungen berichtet: Senegal und Nigeria sind Ebola-frei, der Fall in Spanien, bei dem sich eine Krankenschwester infizierte, endete positiv. Auch die stärkere internationale Aufmerksamkeit und das zur Bereitstellen von mehr Finanzmitteln sowie Maßnahmen zur Evakuierung oder Entsendung von Helfern ins Land zeigten positive Entwicklungen.

Dennoch ist es wichtig alles zu tun, um die weitere Verbreitung einzudämmen, das zeigte auch die Aussprache im Plenum. Hierzu gehört auch das richtige Verhalten an den Flughäfen - ein Thema, zu dem ich mich am Flughafen Frankfurt gemeinsam mit einigen deutschen Kollegen von dem dort leitenden Arzt Montag auf der Anreise nach Straßburg unterrichten ließ. Von dort gibt es keine Direktflüge aus den betroffenen Ländern - aktuell noch Liberia und Sierra Leone, trotzdem ist Wachsamkeit geboten. Thermoscanner an Flughäfen zur Erkennung, ob ein einreisender Passagier Fieber hat, sind nicht sinnvoll aus der Sicht des Frankfurter Arztes, da Fieber viele Ursachen haben kann. Da Ebola nicht durch die Luft, sondern nur durch Flüssigkeit übertragen wird, müssen 3 Anzeichen zusammenkommen: Fieber, Erbrechen und Durchfall. In dem Fall ist sofortiges Handeln geboten.

Europäisches Semester

Am 21. Oktober fand die Aussprache zur Durchführung des Europäischen Semester (ES) 2014 statt. Das ES ist ein Verfahren zur Überwachung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik in den EU-Staaten, wobei die Europäische Kommission die haushaltspolitischen und strukturellen Reformpläne der einzelnen Mitgliedsstaaten untersucht und entsprechende Handlungsempfehlungen äußert sowie deren Umsetzung überwacht. Es wurde 2011 von den europäischen Staats- und Regierungschefs eingeführt.

Für das Jahr 2014 wurden folgende Prioritäten festgelegt: Inangriffnahme einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung, Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft, Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Wirtschaftskrise, sowie Modernisierung der Verwaltungen.

Im vergangenen ES 2013 wurden nur 10% der durch die Kommission erarbeiteten Reformvorschläge in den Mitgliedsstaaten umgesetzt. Dies ist eindeutig zu wenig. Deswegen haben wir Liberale uns dafür eingesetzt, dass die Empfehlungen in Zukunft besser berücksichtigt werden. Denn nur wenn die Mitgliedsstaaten ihre Haushalte konsolidieren und die Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen, können neues Wirtschaftswachstum generiert und dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein entsprechender Bericht der ALDE wurde mit einer großen Mehrheit vom Europäischen Parlament angenommen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit, Intergroups und Veranstaltungen in Brüssel

Start der ersten Trilog-Verhandlungen: Maße & Gewichte, 4. Eisenbahnpaket

Langsam sehen wir auch im Verkehrsausschuss klarer, was den Zeitplan zu manch offenem Gesetzgebungsverfahren angeht. Einige halbfertige Dossiers warten auf die sogenannten Trilogie, die abschließenden Verhandlungen zwischen dem Ministerrat und dem Europaparlament mit dem Ziel, sich auf einen gemeinsamen Text zu einigen. Nachdem die italienische Ratspräsidentschaft sich zu Beginn ihrer Amtszeit im Juli viel vorgenommen hatte, mussten wir uns jetzt doch gedulden, bis man sich mit dem Parlament auf einen Zeitplan geeinigt hatte. Und je länger sich die Vorbereitungen hinzogen, desto mehr fürchtete das Parlament, die Italiener würden die Motivation verlieren. Jede Ratspräsidentschaft möchte nach sechs Monaten nämlich ein paar erfolgreich verhandelte und somit abgeschlossene Gesetzgebungsvorschläge präsentieren können. Je früher man anfängt, desto mehr Zeit und Chance gibt es für einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen. Keine Präsidentschaft beginnt daher Trilogie zu einem umstrittenen Gesetzgebungsverfahren mit der Aussicht am Ende nur einen völlig festgefahrenen Verhandlungsstand vorweisen zu können.

Dementsprechend ambitioniert sind die Zeitpläne, die jetzt vorgelegt wurden. Diese Woche haben wir mit den Verhandlungen zu den maximalen Abmessungen und Gewichten von LKWs begonnen, an denen ich für die ALDE teilnehme. Dabei wurden zunächst die Artikel identifiziert, wo die Parlaments- und Ratsposition nicht weit auseinanderliegen, z.B. vorerst keine explizite Genehmigung von grenzüberschreitenden Fahrten für Lang-LKWs oder 1 Tonne mehr Gewicht für LKWs, die neue Technologien wie Elektro oder Erdgas benutzen. Hier hoffen wir bei der nächsten Sitzung schon erste Kompromissvorschläge diskutieren zu können. Schwierigere Aspekte werden später auf der Tagesordnung stehen, z.B. ab wann Hersteller die Fahrerkabinen etwas größer bauen sollen, wenn sie dadurch windschnittiger sind oder eine bessere Sicht für den LKW-Fahrer erlauben.

Auch die Trilogverhandlungen zum 4. Eisenbahnpaket sind diese Woche gestartet. Dabei soll zunächst der "technische Pfeiler" (mehr Interoperabilität durch technische Anpassung) verhandelt werden, wozu der Rat bereits eine abgestimmte Position vorlegen kann. Gleichzeitig hat die italienische Präsidentschaft versprochen, den "politischen Pfeiler" (mehr Wettbewerb auf der Schiene, auch Trennung von Netz und Betreiber) bei den ratsinternen Arbeitsgruppen weiter voranzubringen, damit der Ministerrat auch bei diesen Dossiers demnächst verhandlungsbereit ist. Meine Kollegen, die diese Verhandlungen verfolgen, sind allerdings skeptisch, ob dieser Plan aufgeht.

Noch in der Warteschleife: Einheitlicher Europäischer Luftraum und Hafepaket

Bei anderen wichtigen Dossiers warten wir weiterhin auf Fortschritte. Der Ministerrat arbeitet noch an seiner Position zur Revision des Einheitlichen Europäischen Luftraums (SES II+). Das Parlament hatte seine Stellungnahme schon vor der Europawahl angenommen. Beim Hafepaket, das ich für die ALDE verhandle, ist wiederum das Parlament langsamer. Der Rat hat seine Position kürzlich abgestimmt, wohingegen der Verkehrsausschuss sich wahrscheinlich erst im Frühjahr nächsten Jahres wieder mit dem Thema befassen wird. Der Berichterstatter für das Hafepaket, der Hamburger SPD-Abgeordnete Knut Fleckenstein möchte noch abwarten, was die Kommission in den nächsten Monaten zu einem ähnlichen Thema, nämlich die öffentlichen Subventionen (staatliche Beihilfen) für Häfen, beschließt.

Anfang November werde ich mit Knut Fleckenstein und den anderen Schattenberichterstattern das Hafepaket auf der Mitgliederversammlung der europäischen Häfen mit den maßgeblichen Hafen-Chefs diskutieren.

Stoiber-Gruppe zum Bürokratieabbau legt Abschlussbericht vor

Die High Level Group zum Bürokratieabbau wurde 2007 unter Leitung des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber eingerichtet. Gemeinsam mit Experten im Bereich Bürokratieabbau (wie z.B. Roland Berger oder der ehemalige Deutsche Bahn-Chef Johannes Ludewig) erarbeitete die Gruppe ein Aktionsprogramm, um unnötige bürokratische Belastungen für Unternehmen durch EU-Gesetzgebung abzuschaffen oder zu vermeiden. Mitte Oktober hat Herr Stoiber seinen Jahresbericht vorgelegt.

Die Zahlen sind beeindruckend und zeigen, dass Bürokratieabbau wie ein kostenloses Konjunkturprogramm wirken kann, besonders für den Mittelstand. Um bis zu 40 Milliarden Euro könnten Europas Unternehmen entlastet werden allein durch eine bessere Umsetzung von EU-Recht durch die Mitgliedstaaten. Das zeigt deutlich: Nicht nur die Gesetzesmühle der EU-Kommission selbst ist einer der Haupt-Adressaten des Abschlussberichts. Vorschläge wie das Verbot von Olivenölkännchen in Restaurants kriegen klar die Rote Karte.

Ich selber habe letztes Jahr für die Abschaffung der Tachographenpflicht für Handwerker gekämpft und eine Ausnahme im Umkreis von 100 km vom

Unternehmensstandort erreicht. Es war eine unsinnige Regelung, Handwerker wie LKW-Fahrer zu behandeln, die den ganzen Tag auf der Straße sind. Kleine Handwerksbetriebe wurden über Gebühr belastet, ohne dass die Straßenverkehrssicherheit dadurch erhöht wurde - eine Anregung der Stoibergruppe, die wir erfolgreich aufgreifen konnten. Dass Jean-Claude Juncker nun mit Frans Timmermans einen Vize-Präsidenten für Bürokratie-Abbau benannt hat, ist ein guter erster Schritt.

Erneuter Streit um Kältemittel - Klimaschutz nicht vor Verkehrssicherheit stellen!

Das Europäische Parlament hat die Kommission aufgefordert, die Richtlinie zur Typenzulassung, die ab 2017 die Verwendung des bewährten Kältemittels für Klimaanlageanlagen "R134a" verbietet, zu überarbeiten. Hintergrund ist, dass das alternative Kältemittel "1234yf", welches dann eingesetzt werden könnte, zwar als klimafreundlich gilt, jedoch leichter entflammbar ist und somit ein Sicherheitsrisiko darstellen kann. Crashtests von Autoherstellern bewiesen, dass es unter bestimmten Voraussetzungen leichter zum Brand im PKW kommen kann.

Bisher hatte die Kommission mit aller Macht versucht, die Richtlinie - die ja von allen Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde - umzusetzen und Autohersteller dazu zu bringen, das Kältemittel 1234yf in ihren Fahrzeugen zu verwenden, um das Klima zu schützen. Klimaschutz darf aber nicht über Verkehrssicherheit stehen. Deshalb ist es dringend geboten, die Richtlinie zu überarbeiten und andere Kältemittel, wie etwa das natürliche CO₂, zuzulassen.

Da sich einige deutsche Autohersteller in der Vergangenheit geweigert hatten, auf Kosten der Sicherheit 1234yf einzusetzen, startete die Kommission zu Beginn dieses Jahres ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Das Umweltbundesamt kritisiert, dass die Untersuchungen der Kommission zu 1234yf Brandereignisse ignorieren. In einem Untersuchungsbericht des Kraftfahrtbundesamtes heißt es, dass weiterer Untersuchungsbedarf besteht

Beginn der zweiten Lesung zu den Verordnungen zu Medizinprodukten und In-Vitro-Medizinprodukten

Als stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss und gesundheitspolitische Sprecherin der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament bin ich seit Beginn des Mandats federführend für die Liberalen an dem Dossier zu Medizinprodukten und In-Vitro-Medizinprodukten verantwortlich. Nachdem es im vergangenen Mandat keine Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission gab, wurde das Verfahren normal in erster Lesung beendet. Bei der Abstimmung über die Parlamentsposition konnten die überzogenen Forderungen der SPD-Berichterstatterin, europaweit Medizinprodukte nur noch bei einer zentralen Stelle zulassen zu können, fallen gelassen werden. Das hätte zu erheblich größerem bürokratischen Aufwand geführt und die Zulassung von dringend benötigten Medizinprodukten verlangsamt. Stattdessen haben wir Liberalen uns dafür eingesetzt, die Zulassung weiterhin in

den Mitgliedsstaaten über von der Kommission benannte nationale Stellen ("benannte Stellen") durchführen zu lassen.

Das Verhandlungsteam des Europäischen Parlaments hat bereits in einer ersten Sitzung die Prioritäten der verschiedenen Fraktionen abgestimmt. Derzeit arbeitet der Rat an einem gemeinsamen Standpunkt, der dann die Grundlage für die anstehenden Verhandlungen bildet. Dies ist nicht vor Anfang Dezember zu erwarten. Danach werden die drei Institutionen (Kommission, Rat, Parlament) direkt mit den Verhandlungen, den sogenannten Trilogen, beginnen.

Souveränität der Mitgliedsstaaten beim Anbau von Gentechnik-Produkten stärken

Die grüne Gentechnik ist Gegenstand einer in der Öffentlichkeit und der Politik kontrovers und oft emotional geführten Debatte. Aktuell wird dieses Thema auch hier im Europäischen Parlament wieder diskutiert. Es gibt Stimmen, die einen sogenannten Flickenteppich nationaler Eigenbestimmungen beim Gentechnik Anbau in der Europäischen Union nicht für sinnvoll halten. Die Mehrzahl der Mitgliedstaaten setzt sich jedoch für das "Opt-out" - die Möglichkeit selbst entscheiden zu können - ein, da die Anwendung von Gentechnik bei ihrer Bevölkerung zurzeit keine Unterstützung findet. Die Haltung der Menschen in Europa ist in dieser Frage sehr unterschiedlich.

Wir Liberalen sind nicht per se gegen die Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft, in einigen Bereichen halten wir sie sogar für sinnvoll. Wir setzen uns aber, wie andere Fraktionen auch, für die Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten beim Anbau ein. In der Praxis haben wir sie, nun muss aber auch die rechtliche Seite so geklärt sein, dass es ein klar geregeltes Verfahren gibt, nach dem die Mitgliedstaaten handeln können. Im Sinne der Rechtssicherheit und der Subsidiarität setzen wir uns genau dafür ein. Das Dossier wird federführend von einer liberalen Berichterstatteerin verhandelt und liegt derzeit dem Umweltausschuss zur Abstimmung vor (5. November 2014). Im Anschluss werden die sicher nicht einfachen Verhandlungen mit Rat und Kommission beginnen, um sich auf einen Kompromiss zu einigen.

Ergänzend hierzu eine Anmerkung: kürzlich beklagte ein Wissenschaftler in einer Sitzung des LFA Landwirtschaft in Hannover, dass die Diskussion über grüne Gentechnik häufig ohne wissenschaftliche Grundlage und rein emotional geführt wird. Ich persönlich halte es auch für sehr bedenklich, dass z.B. Wissenschaftler der KWS (Kleinwanzlebener Saatzucht), lange führend in der Pflanzenzüchtung, ihre Forschungsstandorte nach Kanada und in die USA verlegt haben.

Intergroup Seas & Coastal Areas

Bereits im letzten Newsletter habe ich über die Bemühungen berichtet, die Intergroup Seas & Coastal Areas wieder einzurichten, um die Meerespolitik weiterhin oben auf der europäischen Agenda zu halten. Ich arbeite hierfür sehr eng mit CPMR, dem europäischen Zusammenschluss der Küstenregionen, zusammen. Aus diesem Grund war ich vor zwei Wochen als Rednerin auf der Generalversammlung von

CPMR in Umea in Schweden und habe die Gelegenheit genutzt, vor Vertretern aus Küstenregionen aus ganz Europa für die Intergroup zu werben. Es ist wichtig, dass die Abgeordneten des europäischen Parlaments direkt aus ihrem Wahlkreis auf die Bedeutung von Meeres – und Küstenpolitik angesprochen werden.

Die Kampagne läuft sehr gut, auch da ich mich mit einem kroatischen Kollegen, der eine Intergroup zur zukünftigen Entwicklung von Inseln Europa einzurichten versucht, darauf verständigen konnte, unsere Bemühungen zu vereinigen. Die nun beworbene Intergroup Seas, Islands and Coastal Areas hat bisher schon über 70 Unterstützer im Europäischen Parlament. Damit ist fast jeder zehnte Abgeordnete Mitglied der Intergroup. Das ist ein großer Erfolg, denn in der vergangenen Legislaturperiode hatte sie nur rund 30 Mitglieder.

Die endgültige Wahl darüber, welche Intergroup für diese Legislaturperiode eingerichtet wird, fällt dann aber erst bei den Abstimmungen innerhalb der Fraktionen am 26. November. Das Ziel ist es, die Unterstützung der konservativen, sozialistischen und liberalen Fraktion zu erhalten, da insgesamt drei Fraktionen eine Intergroup unterstützen müssen.

Seminar "The Russian Embargo"

Am 16. Oktober habe ich zusammen mit liberalen Kollegen aus Litauen, Tschechien und den Niederlanden eine Veranstaltung zu den russischen Sanktionen im Rahmen des Konflikts in der Ukraine ausgerichtet. Ziel war es nicht die russische Reaktion auf die europäischen Sanktionen als solche zu analysieren, sondern eher die Folgen und wie man am besten mit diesen umgehen sollte.

Diskutiert wurden vor rund 150 Teilnehmern vor allem die Auswirkungen auf den Export von landwirtschaftlichen Produkten und auf den Transportsektor. Bauern in Polen, Litauen, Italien und den Niederlanden sind von dem Importverbot stärker betroffen als in Deutschland. Der von mir eingeladene Leiter des Büros des Deutschen Bauernverbands in Brüssel, Willi Kampmann, verwies aber sehr richtig darauf, dass die enormen Auswirkungen in einigen Ländern auch damit zu tun haben, dass sich dort die Produzenten zu stark von einem Absatzmarkt abhängig machen.

Gefordert wurde eine gezielte Unterstützung der betroffenen Betriebe, aber es sollte unbedingt darauf geachtet werden Mitnahmeeffekte zu verhindern. Die EU hat bereits 150 Millionen Euro an Hilfen zur Verfügung gestellt. Allerdings war deren Ausschüttung insbesondere am Anfang von großen Problemen begleitet. Daher war es wichtig auf der Veranstaltung zu diskutieren, wie in solchen Fälle effektiver reagiert werden kann und ob die Krise nicht sogar eine Chance ist, neue Märkte und Absatzwege zu erschließen. Schließlich sind die Sanktionen gegenüber Russland eine richtige und wichtige Maßnahme zum Friedenserhalt, auch wenn Strafmaßnahmen alleine einen Dialog mit Russland keinesfalls ersetzen können.

Ich habe in dem Seminar auch darauf hingewiesen, dass weniger Bürokratie beim Schulmilch- und Schulobstprogramm zu einer vermehrten direkten Verteilung in der Umgebung des Anbaus führen könnte.

Diskussionsveranstaltung zu Populismus nach den Europawahlen

Begleitet von turbulenten Auseinandersetzungen zwischen Europa-Befürwortern und –Gegnern wurde am 24. September eine Studie zu der Entwicklung rechtspopulistischer Parteien in Europa und einer adäquaten Reaktion darauf vorgestellt. Ich hatte dazu zusammen mit dem European Liberal Forum (dem Europäischen Dachverband der liberalen Stiftungen) und dem German Marshall Fund ins Europäische Parlament eingeladen. Nicht nur diese Veranstaltung zeigt, der Wind im Europaparlament ist rauer geworden, seit Euroskeptiker wie die AfD oder die britische UK Independence Party (UKIP) bei den Europawahlen große Erfolge verbuchen konnten. Einige Abgeordnete aus dem rechten Lager versuchten lautstark die Veranstaltung zu stören, schon im Vorfeld wurde mir per email "Verschwendung von Steuergeldern für einseitige undemokratische Indoktrinierung" vorgeworfen.

Die Studie zeigt, dass einfache klare pro-europäische Parteiprogramme, mit denen die meisten pro-europäischen Parteien bis Anfang der 2000er Jahre in den Wahlkampf gezogen sind, heutzutage den Rechtspopulisten in die Hände spielen. Europaprogramme müssen heute immer auf die jeweilige nationale Situation eingehen, simple pro-europäische Schlagworte reichen nicht mehr. Gleichzeitig lösen das Werben für eine weitergehende europäische Integration und Harmonisierung bei der Bevölkerung oft Skepsis aus. Dabei müssen einige Schwachstellen im EU-Regulierungssystem dringend angegangen werden. Statt einfach mehr Europa zu fordern, sollten pro-europäische Parteien daher besser erklären, wie neue europäische Regeln auch dem ureigenen nationalen Interesse dienen. Nur so könne man weiter für eine tiefere europäische Integration werben und gleichzeitig den Vormarsch der Rechtspopulisten behindern.

Hier kann die Studie (auf Englisch) heruntergeladen werden:
<http://www.liberalforum.eu/en/publications.html>

Teamklausur in Brüssel

Auch im neuen Mandat führen wir unsere gute alte Tradition fort, alle sechs Monate meine Mitarbeiter in Brüssel und Deutschland für eine Teamklausur zusammenzuführen. Am 9. Oktober sind meine Assistenten aus Wennigsen und Bremen nach Brüssel gereist und haben dabei so manch neues Gesicht im Brüsseler Team persönlich kennengelernt. Meine MitarbeiterInnen sind natürlich ständig per mail oder Telefon in Kontakt. Aber es hat sich bewährt, sich zwei Mal im Jahr für einen Tag zusammenzusetzen, um mit etwas Ruhe über Prioritäten und Aufgabenverteilung oder auch die nächsten Veranstaltungen und Besuchergruppen zu sprechen. Mit nur noch drei FDP-Europaabgeordneten ist mein „Wahlkreis“ nun auf sechs Bundesländer angewachsen und ich muss auch mehr Themen abdecken als noch im letzten Mandat. Umso wichtiger ist es daher, dass man sich abspricht und die neuen Aufgaben gut im Team verteilt werden.

Das nächste Treffen ist im Frühjahr in Niedersachsen angesetzt. Wir wollen unsere halbjährliche Planungssitzung dann mit einem Besuch der Autostadt Wolfsburg verbinden.

Besucherguppen

In dieser Plenarwoche hatte ich einige unserer norddeutschen Europakandidaten in Straßburg zu Gast. Mit der Vorstellung von Junckers "Kabinett" und der Abstimmung über die Kommission haben sie sehr spannende Tage erwischt. Die nächste Besuchergruppe erwarte ich in der ersten Novemberwoche in Brüssel.

III. Aktivitäten in Deutschland

Besuch der IAA in Hannover

Anlässlich der 65. IAA Nutzfahrzeuge (Internationale Automobil-Ausstellung) Anfang Oktober in Hannover hatte ich Gelegenheit, mich über die neusten Innovationen und Herausforderungen des Sektors zu informieren. Hersteller und Zulieferer aus meinem Wahlkreis stellten mir die aktuellen Entwicklungen bei Fahrerassistenzsystemen, Bremssystemen, Trailern (Anhänger) und Aufbauten der Zukunft, sowie Lang-LKW und E-Mobility vor. Außerdem tauschten wir uns über Anforderungen an die Europäische Politik aus. Eine Innovation ist mir besonders in Erinnerung geblieben: Reifen, die für Continental in Niedersachsen aus Löwenzahn hergestellt werden, der in Sachsen-Anhalt angebaut wird.

EKD: Luther-Seminarreihe und Sozialkammer

Seit einigen Jahren lädt die EKD regelmäßig Abgeordnete aus Bundestag und Europaparlament zu Seminaren an Wirkungsstätten Martin Luthers ein. Dieses Jahr fand das Treffen in Leipzig statt. Themen waren die Leipziger Disputation (Streitgespräch von Luther und Eck) und die Rolle der evangelischen Kirche (insbesondere der Leipziger Nikolaikirche) bei der friedlichen Revolution, die letztlich zum Fall der Mauer geführt hat.

Nachdem bislang immer die Liberalen den größten Anteil unter den Abgeordneten ausgemacht hatten, habe ich dieses Mal allein die FDP vertreten. In der Sozialkammer der EKD in Berlin, in der ich für die Liberalen mitarbeite, ging es dieses Mal unter anderem um Stellung der EKD zu Gewerkschaften und auch um das Freihandelsabkommen mit den USA.

Mitgliederversammlung der Liberalen Senioren

Die Liberalen Senioren hatten mich nach Nürnberg eingeladen, um über das Thema "Großeltern von gemischt-nationalen Scheidungskindern" zu berichten. Europäische Gesetzgebung für die Rechte von Großeltern gibt es nicht. Dem verständlichen Wunsch, nach einer Scheidung Kontakt zu den Enkeln zu behalten - auch über europäische Grenzen hinweg - kann nur indirekt durch Ableitung aus Scheidungsrecht und natürlich über zwischenmenschliche Beziehungen entsprochen werden.

Weitere liberale Aktivitäten

Bei der Klausurtagung des FDP-Landesvorstands Mecklenburg-Vorpommern nahe Schwerin habe ich über aktuelle Europapolitik berichtet und die künftige Zusammenarbeit innerhalb meines "Wahlkreises" diskutiert. Auf dem Rückweg konnte ich beim Bundeskongress der Julis in Braunschweig eine - wie immer lebhaft - Diskussion über die neue Taxi-Initiative UBER verfolgen.

Terminankündigung: Podiumsdiskussion Maut & Lang-LKW "Wird Europa ausgebremst?"

Mittwoch, 29. Oktober 2014, 18:30 - 22:30 Uhr

Gut Altona | Wildeshauser Straße 34 | 27801 Dötlingen-Altona

Europäische Regulierung – immer von Nutzen oder Bremse für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit? Dieser Frage widmen sich die deutsche FDP-Europaabgeordnete Gesine Meißner und der niederländische VVD-Europaabgeordnete Jan Huitema. Anhand der aktuellen Beispiele Maut und Lang-LKW sollen Auswirkungen Europäischer Regulierung auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit diskutiert werden. Auf dem Podium wird es ebenfalls Beiträge von Vertretern der Wirtschaft geben, die von Ihren Erfahrungen im Alltagsleben berichten werden. In der sich anschließenden Diskussionsrunde werden Teilnehmer aus dem Publikum die Möglichkeit haben, Fragen an die Redner zu stellen.

Weitere Informationen zur Diskussionsrunde finden Sie unter www.gesine-meissner.de unter der Rubrik "Termine". Anmeldungen sind unter events@gesine-meissner.de möglich.

Weitere Details zu der Wahlkreiswoche ab 27. Oktober

Montag, 27. Oktober

Besuch einer Hofschlachtereierie in Krumbek

Termine auf Fehmarn zur geplanten festen Fehmarn-Belt-Querung

Dienstag, 28. Oktober

Besuch bei Johnson & Johnson in Norderstedt

Mitgliederversammlung Eurogate in Hamburg

Mittwoch, 29. Oktober

Besuch der Landvolkkreisverbände Emsland und Leer

Veranstaltung in Wildeshausen (s.o.)

Donnerstag, 30. Oktober

Flughafen Hannover, Austausch mit Dr. Hille

Abends Rede bei der Frauentafel der EKD in Berlin

Samstag, 1. November

FDP-Strategieforum in Bremen

Sonntag, 9. November

Bundesmitgliederversammlung der Liberalen Frauen in Hannover

Herzliche Grüße,

Ihre Gesine Meißner

November 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

hoher Besuch erwies uns diese Woche in Straßburg die Ehre. Papst Franziskus besuchte vergangenen Dienstag das Europäische Parlament in Straßburg. Außerdem beschäftigten sich die Abgeordneten in einer Aussprache mit Kommissionspräsident Juncker und den sogenannten LuxLeaks oder dem Investitionspaket. Ich selbst nahm an zahlreichen Sitzungen zu Gesetzesentwürfen teil und unterstützte Dr. Denis Mukwege bei seiner Kandidatur zum SacharowPreis.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Papst Franziskus im Europaparlament

Parlamentspräsident Martin Schulz hatte Papst Franziskus bei seinem offiziellen Besuch letztes Jahr im Vatikan nach Straßburg eingeladen und diese Woche war es dann soweit. Für den Papstbesuch waren die Sicherheitsvorkehrungen streng wie nie. Zum Glück fing mein Tag im Parlament schon früh mit einem Frühstückstermin an, denn später am Vormittag war das Gebäude fast vollständig abgesperrt und vom Fluss Ill aus bewachten Patrouillenboote das Parlament. Es ist gut, dass der Papst zuvor klar gemacht hat, dass er als Oberhaupt der katholischen Kirche und nicht als Politiker anreist. Auch wenn sich manche Abgeordnete beschwerten, Prinzipien der Religionsfreiheit und der Trennung von Kirche und Staat wurden mit dem Besuch des Papstes in keiner Weise in Frage gestellt. Wir haben auch zuvor schon Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften im Europaparlament empfangen.

Im vollbesetzten Plenarsaal hat Papst Franziskus dann eine sehr pro-europäische Rede gehalten. Das macht Mut, den Weg der Integration nach dem Motto 'Einheit in Vielfalt' weiter zu gehen. Seine Aufforderung war: "Ich appelliere an Sie, dass Europa seine Seele wiederentdeckt." Die Botschaft und der Stil der "neuen Bescheidenheit" von Papst Franziskus sind auch für uns hochaktuell. Als Parlamentarier stehen Fragen von Armut und Gerechtigkeit oder das Ziel einer nachhaltigen, ressourcenschonenden Gesellschaft und Wirtschaft hoch auf unserer Agenda. Als Liberale gehört auch das Motto "Chancen ermöglichen", das der Papst ansprach, zu unserem Leitbild.

Misstrauensantrag gegen die EU-Kommission

Die neue EU-Kommission hat Anfang November gerade erst ihre Arbeit aufgenommen, doch das erste Ärgernis ließ nicht lange auf sich warten. Wenige Tage später wurde bekannt, dass in Luxemburg über Jahre hinweg steuerpolitische Absprachen zu Gunsten von Großkonzernen getroffen wurden, damit diese kaum Steuern zahlen müssen. Damaliger Regierungschef in Luxemburg – der jetzige EU-Kommissionspräsident, Jean Claude Juncker. Europakritiker und Rechtsradikale im Europaparlament haben diesen "LuxLeaks"-Skandal zum Anlass genommen, einen Misstrauensantrag gegen die Kommission zu stellen.

Es ist wahr, die Steuerpraktiken Luxemburgs sind höchst fragwürdig. Wobei man sagen muss, die Luxemburger sind nicht die einzigen. Ähnliche Beispiele von Steuervermeidung gibt es aus den Niederlanden, Belgien, Irland. Steuerparadiese für Großkonzerne, die auf europäischem Boden massive Profite einfahren, aber durch verwegene Absprachen und nationale Schlupflöcher extrem wenig Steuern zahlen, sind massiv unsozial und ungerecht den ehrlichen Steuerzahlern gegenüber, vom Angestellten bis zum selbstständigen Mittelständler. Deshalb haben wir auch die Einsetzung eines parlamentarischen Sonderausschusses gefordert, der sich mit dem Thema befasst. Es wird auch geprüft, ob Luxemburg mit den Steuer-Deals gegen EU-Recht verstoßen hat. Sollte das der Fall sein, muss Juncker die entsprechenden Konsequenzen tragen. Als neuer Kommissionspräsident braucht er eine weiße Weste, sonst schadet er seinem Amt und dem Ansehen der Europäischen Union.

Doch bevor jetzt voreilige Schlussfolgerungen gezogen werden und die EU-Kommission unnötig destabilisiert wird, müssen erst alle Fakten auf dem Tisch liegen. Denn gerade jetzt brauchen wir eine arbeitsfähige EU-Kommission, die mit Tatendrang die großen europäischen Fragen zum Thema gemeinsamer Energiemarkt oder Datenschutz angeht. Das sehen auch die meisten Abgeordneten so. Der Misstrauensantrag des rechten Lagers wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Juncker stellt seinen Investitionsplan vor

Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker hatte bei seiner Ernennung im Juli einen Strategischen Investmentfonds angekündigt, um die Wirtschaft der EU anzukurbeln. Viele Mitgliedstaaten ächzen unter der hohen Staatsverschuldung. Investitionen beispielsweise in moderne Infrastruktur werden seit Jahren aufgeschoben. Diese Woche hat Juncker das lang erwartete Projekt im Parlament vorgestellt zusammen mit unserem Parteifreund Werner Hoyer, dem Präsidenten der Europäischen Investitionsbank (EIB). Innerhalb der nächsten drei Jahre sollen 315 Milliarden Euro mobilisiert werden über einen neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Dieser Fonds wird mit 21 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt und der Europäischen Investitionsbank ausgestattet.

Junckers Erwartung, mit nur 21 Milliarden Euro Garantien 315 Milliarden hebeln zu können, ist mehr als ambitioniert. Niemand glaubt an die wundersame Geldvermehrung. Der Schlüssel zur Mobilisierung privaten Kapitals liegt in günstigen

Rahmenbedingungen. Privates Kapital braucht realistische Gewinn- und Renditechancen. Gelingt es der Juncker-Kommission mit den Mitgliedstaaten allerdings die Handbremse beim Investitionsstau zu lösen, wäre das ein Durchbruch. Juncker will privates Kapital für öffentliche Infrastruktur mobilisieren und schlägt zum Glück kein schuldenfinanziertes Strohfeuer vor. Es fehlen allerdings noch eine Reihe von Präzisierungen. Wir Liberale werden uns bei den nächsten Schritten konstruktiv beteiligen und haben schon eigene Ideen für einen "Europäischen Investment- und Aufschwung-Plan" gesammelt. Wir schlagen beispielsweise Steueranreize vor zur Mobilisierung privater Kapitalanleger. Nötig wäre zudem eine gewisse Konditionalisierung, um Strukturreformen weiter voranzutreiben.

Sacharow Preis - Ein deutliches Zeichen gegen Gewalt gegen Frauen

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wurde diese Woche an Denis Mukwege verliehen. Als Vorsitzende der Liberalen Frauen begrüße ich die Wahl außerordentlich, denn Dr. Mukwege hat Tausende von Frauen gerettet und ihnen geholfen, neuen Lebensmut zu finden. Seine Hilfe geht weit über die medizinische Versorgung hinaus. Der Sacharow-Preis ehrt seinen Mut. Gleichzeitig erhöht der Preis den Druck auf Entscheidungsträger weltweit, um der Straflosigkeit dieser Verbrechen ein Ende zu setzen und die Zivilbevölkerung besser zu schützen.

Allein in den vergangenen vier Jahren sind fast 4.000 Menschen im Kongo Opfer sexueller Übergriffe von Sicherheitskräften oder bewaffneten Rebellen geworden. Systematische Vergewaltigungen von Frauen und Kindern werden als regelrechte Kriegswaffe eingesetzt. Die heutige Preisverleihung ist ein wichtiger Schritt, um dieses abscheuliche kriminelle Handeln wieder auf die Tagesordnung der Politik zu bringen und eine Lösung zu finden.

Seit 1988 vergibt das Europäische Parlament den Sacharow-Preis an Menschen oder Organisationen, die sich für Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen. Im vergangenen Jahr wurde die diesjährige Friedensnobelpreisträgerin, die Pakistanerin Malala Yousafzaï, mit dem Preis für ihre Bemühungen im Bildungsbereich ausgezeichnet. Die Preisträger erhalten 50.000 Euro.

Immer wieder ein Problem: Fluggastdatenspeicherung

Fluggesellschaften sammeln bei der Flugbuchung verschiedene Informationen über ihre Passagiere (Name, Adresse, Kreditkartendaten, Passnummer, Menüauswahl usw.). Zur Bekämpfung von Terrorismus und internationalem Verbrechen verlangen immer mehr Drittstaaten Zugang zu diesen Informationen der Airlines. Die Grenzschützer kontrollieren mit Hilfe dieser Daten, welche Personen ein- und ausreisen wollen. Um einen geregelten Rahmen für die Übermittlung dieser sensiblen Daten zu schaffen, schließt die EU sogenannte Passagierdaten-Abkommen mit Drittstaaten. Das Abkommen mit Australien gilt als sehr ausgewogenes Abkommen, das Abkommen mit den USA wird von Datenschützern kritisiert.

Nun ist das Europa-Parlament gefragt, zu dem Fluggastdaten-Abkommen mit Kanada Stellung zu nehmen. Die Abgeordneten entscheiden über Annahme oder Ablehnung des ausgehandelten Abkommens, Änderungen am Inhalt sind jedoch nicht möglich. Wir Liberalen haben allerdings Bauchschmerzen bei diesem Abkommen. Uns ist nicht klar, warum zur Verfolgung Einzelner massenhaft Daten unbescholtener EU-Bürger in Kanada gespeichert werden sollen und das über viele Jahre. Wir haben das Gefühl, Rechts- und Datenschutz für Europäische Bürger sind nicht ausreichend gewährleistet.

Ich bin deswegen sehr froh, dass wir diese Woche mit einer klaren Mehrheit im Plenum durchsetzen konnten, dass zunächst ein Gutachten des Europäischen Gerichtshofes eingeholt wird, bevor wir mit den Beratungen zum Kanada-Abkommen beginnen. Der EuGH soll die Vereinbarkeit des Abkommens mit EU-Datenschutzbestimmungen zu prüfen. Das macht umso mehr Sinn, als der EuGH erst im April die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung für ungültig erklärt hat. Damit haben wir eine veränderte Faktenlage beim Thema Datenschutz. Da demnächst noch weitere Passagierdatenabkommen z.B. mit Russland oder Korea anstehen, ist es richtig, diese Frage mal grundsätzlich vom EuGH klären zu lassen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel

Arbeit im Umweltausschuss

Plastiktüten - ein neues Problem für den Binnenmarkt

Die Mitgliedsstaaten der EU sollen künftig die Möglichkeit erhalten, Plastiktüten zu verbieten. Das ist das Ergebnis der Einigung zwischen Rat und Parlament, die letzte Woche erzielt wurde und vom Arbeitskreis des Rates angenommen wurde. Der Umweltausschuss des Parlaments hat den Beschluss diesen Montag in Straßburg bestätigt.

Allerdings kann unterschiedliche Gesetzgebung in den Mitgliedsstaaten den Binnenmarkt beeinträchtigen. Dieser darf aber nicht zugunsten von Produktverboten beschädigt werden. Vielmehr sollte die bestehende Abfall- und Recyclinggesetzgebung konsequent umgesetzt werden. Es ist zwar richtig, Plastikmüll zu reduzieren, allerdings werden willkürliche Produktverbote dieses Problem nicht beheben und auch die riesigen Plastikinseln im Ozean werden dadurch nicht kleiner. Künftig müssen Mitgliedstaaten entweder ein Pro-Kopf-Reduktionssziel von 90 Plastiktüten (2019) auf 40 Plastiktüten (2025) pro Kopf und Jahr erreichen oder aber eine Abgabe (Gebühr) beim Verkauf von Plastiktüten erheben. Ausgenommen sind die sehr dünnen Tüten an Obststand und Fleischtheke.

Der Kompromiss muss noch formal vom Ministerrat (voraussichtlich Dezember) und Plenum des Europäischen Parlaments (voraussichtlich Februar 2015) gebilligt werden. Dies gilt als wahrscheinlich.

Abstimmung über Gentechnik

Mitte November stimmte der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments über den Gesetzesentwurf zu sogenannten gentechnisch veränderten Organismen (GVO) ab. Einzelne Mitgliedsstaaten sollen demnach künftig deren Anbau verbieten dürfen. Das ist der Kompromiss, auf den sich die Mitglieder des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments geeinigt haben. Der Umweltausschuss bestätigte damit grundsätzlich die Entscheidung aus der vorangehenden Legislaturperiode.

Leider öffnet dies die Tür zu unterschiedlichen Regelungen in den verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU. Trotz wissenschaftlich fundiertem EU-Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen können Mitgliedsstaaten künftig selbst entscheiden, ob sie deren Anbau verbieten wollen oder nicht, wobei dies auch sozial-ökologisch – also praktisch emotional – begründet sein kann. Das ist ein Schaden für den Binnenmarkt, denn es ist ein Flickenteppich verschiedener Regelungen zu erwarten. Angesichts der öffentlichen Debatte ist dieser Kompromiss jedoch das geringste Übel - mehr wird nicht zu erreichen sein.

Die Gegner der Gentechnik argumentieren hauptsächlich emotional. Es ist mehr als bedauerlich, dass aus Angst vor neuen Technologien, ohne wissenschaftliche Grundlage der Binnenmarkt in Frage gestellt wird. Statt immer mehr Verbote zu ermöglichen, sollten Verbraucher aufgeklärt werden, damit sie eigenverantwortlich entscheiden können, ob sie die Produkte kaufen wollen oder nicht.

Im Detail bedeutet der Kompromiss, dass die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit bekommen sollen, entweder während des Genehmigungsprozesses oder auch nach erteilter Genehmigung den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen national oder regional zu verbieten. Bisher durften die Mitgliedsstaaten den Anbau von GVO nur über eine Ausnahmeregelung verbieten. Diese Ausnahmeregelung wurde aber sowohl von der Kommission als auch, je nach Fall, vom Europäischen Gerichtshof für rechtswidrig erklärt.

Die Verhandlungen mit dem Rat haben bereits begonnen. Eine Einigung soll bis Dezember angestrebt werden, sodass das Parlament im Januar 2015 über einen eventuellen Kompromisstext abstimmen kann.

Arbeit im Verkehrsausschuss

Im Verkehrsausschuss fängt die Arbeit an neuen Gesetzestexten jetzt erst wieder richtig an, nachdem Anfang des Monats neue Berichte und Stellungnahmen verteilt worden sind. Nichtsdestotrotz arbeiten wir weiter die noch nicht abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren aus dem letzten Mandat ab. Anders als im Bundestag, wo nach der Wahl alles wieder auf 0 gestellt wird, laufen hier die Gesetzesvorhaben ja einfach weiter.

Dementsprechend gehen die Verhandlungen mit dem Ministerrat zu den maximalen Maßen und Gewichten von LKW für den internationalen Verkehr inzwischen in die entscheidende Phase. In den Verhandlungsrunden, die für nächste und übernächste

Woche geplant sind, sollen die schwierigsten Punkte geklärt werden, z.B. ab wann man die Fahrerhäuser etwas verlängern darf, um sie windschnittiger und verkehrssicherer zu bauen. Weitgehend einig sind wir uns bei den sogenannten "Flügeln", die man für eine bessere Aerodynamik hinten am Anhänger befestigen kann. Sie dürfen in Zukunft bis zu 2 Meter lang sein, dürfen aber im zusammengeklappten Zustand nicht mehr als 20 cm überstehen, damit sie außerhalb der Autobahn niemanden gefährden und leicht auf Güterzüge verladen werden können. Mit diesen Vorrichtungen kann man einfach Benzin und CO₂-Emissionen einsparen.

Sehr technisch waren die Verhandlungen diese Woche mit dem Ministerrat über die statistische Erfassung von Daten im Eisenbahnverkehr und für die Binnenschifffahrt. Das Thema klingt sehr dröge und hat kaum jemanden interessiert. Daher musste ich mich als Koordinatorin am Ende selber drum kümmern. Die Statistik sollte man aber doch ernst nehmen, denn wir brauchen belastbare Daten, wenn wir Vorgaben und Pläne für Schienenverkehr und Binnenwasserstraßen beschließen. Deswegen haben wir als Parlament auch darauf bestanden, dass einige neue Aspekte bei der Datenerfassung mit berücksichtigt werden, z.B. wie viele Lokomotiven überhaupt technisch dafür ausgerüstet sind, über Grenzen zu fahren, welche Bahnhöfe barrierefrei sind und wie die Entwicklung von Passagierzahlen in der Binnenschifffahrt ist.

III. Aktivitäten in Deutschland und unterwegs

Seminar "Wird Europa ausgebremst?" in Dötlingen-Altona

Zu der Frage, ob sich europäische Regulierung eher positiv oder negativ auf europäische Zusammenarbeit und europäische Beziehungen auswirkt, lud ich am Mittwoch, den 29. Oktober nach Dötlingen-Altona ein, um anhand der Beispiele Maut und Lang-LKW die regionalen Auswirkungen Europäischer Gesetzgebung zu diskutieren. Der Einladung folgten über 50 Interessierte: Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Logistik-Unternehmen, Unternehmer und interessierte Bürgerinnen und Bürger aus der Region und den angrenzenden Niederlanden.

Auf dem Podium der Veranstaltung mit dem Titel "Wird Europa ausgebremst? Wie Regulierung Europäische Beziehungen beeinflusst" gab es Kurzpräsentationen meines liberalen niederländischen Kollegen Jan Huitema MdEP, Adalbert Wandt (Präsident des Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung e.V.), Simeon W. Breuer (Geschäftsführung L.I.T. Speditions GmbH) sowie Felix Jahn (Sprecher Verkehr, Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag) und mir.

Anschließend stellten viele Zuhörer aus dem Publikum Fragen an die Podiumsredner. Die Resonanz der Besucher war einstimmig positiv: Es ist wichtig, im Europäischen Parlament eine liberale Stimme zu haben, da Regulierung nicht die Zusammenarbeit zwischen Regionen und Mitgliedsstaaten erschweren, sondern vereinfachen sollte. Die Veranstaltung wurde unterstützt von der ALDE Partei und auch tatkräftig von unserer stellvertretenden Landesvorsitzenden Angelika Brunkhorst.

Besuch bei Johnson+Johnson in Norderstedt

Am 28. Oktober besuchte ich das OP-Trainingslabor im Europäischen Chirurgie-Institut von Johnson + Johnson in Norderstedt. Nach einer Gesprächsrunde zu Medizinprodukten und anderen Gesundheitsthemen hatte ich die Möglichkeit, mit aktiver Unterweisung einen minimal-invasiven chirurgischen Eingriff am Modell (in diesem Fall ein Schweinedarm) vorzunehmen. Diesen Eingriff führte ich mit einer speziellen Schere durch, die gleichzeitig schneiden und koagulieren (Blut zum Gerinnen bringen) kann. Diese Einblicke waren sehr hilfreich, da ich Berichterstatterin meiner Fraktion zu Medizinprodukten bin.

Weitere Termine aus der vergangenen Wahlkreiswoche vom 27. Oktober bis 1. November

Am 27. November besuchte ich auf Einladung von Christiane Coenen, Vorsitzende der Liberalen Frauen Schleswig-Holstein, den Biobetrieb Muhs mit eigener Hofschlachtung und einem angeschlossenen Bauernhof-Kindergarten - ein nachahmenswertes Projekt, da dort Kinder ganz selbstverständlich an Viehhaltung und Nahrungsmittelproduktion herangeführt werden. Im Anschluss ging es zu mehreren Terminen mit liberalen Parteifreunden nach Fehmarn, um die feste Fehmarn-Belt-Querung und die Behebung des "Nadelöhrs" Fehmarn-Sundbrücke durch den Ausbau per Brücke oder Tunnel zu diskutieren. Am 28. November nahm ich nachmittags an der Mitgliederversammlung Hafen Hamburg teil, wo es u.a. um die Hafendienstleistungen und die Elbvertiefung ging. Am 29. statteten mein junger niederländischer Kollege Jan Huitema, Milchbauer aus Friesland, und ich gemeinsam mit Michael Goldmann und weiteren Liberalen den Landvolkkreisverbänden Leer und Emsland einen Besuch ab. Thema war dort vor allem die Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik und Natura 2000. Am 30. informierte ich mich zunächst bei Direktor Hille über die aktuelle positive Entwicklung des Flughafens Hannover und die bisherigen Erfahrungen mit "Flüster-Anflügen". Abends hielt ich auf Einladung von Irmgard Schwaetzer und Carola von Braun bei der traditionellen Frauentischrunde in Berlin am Vorabend des Reformationstages einen Vortrag über "Frauen und Macht".

Abgerundet wurde die Woche durch das Strategieforum am 1. November in Bremen mit unseren Spitzen-Liberalen Christian Lindner, Christian Dürr, Nicola Beer und Marie-Agnes Strack-Zimmermann und vielen engagierten Diskutanten.

Rede beim liberalen Netzwerk RELIAL in Panama

Auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung nahm ich an der Jubiläumstagung "100 Jahre Panama-Kanal, 25 Jahre Mauerfall und 10 Jahre Relial" vom 14. bis 16. November in Panama City teil und hielt eine Rede über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika. Relial ist ein Netzwerk aus liberalen Parteien und Think-Tanks aus Lateinamerika, die liberale Lösungen für aktuelle gesellschaftliche Probleme und Entwicklungen diskutieren. Nahezu alle lateinamerikanischen Länder waren bei dem Kongress vertreten.

Parteitag der Europäischen Liberalen in Lissabon

Wie jedes Jahr Ende November hat sich die Europäische Liberale Partei, die ALDE Party, zu ihrem Parteitag getroffen. Dieses Mal kamen die verschiedenen liberalen Parteien Europas in Lissabon zusammen. Das war auch der Anlass, eine neue portugiesische Schwesterpartei Movimento da Terra, in die ALDE Party aufzunehmen, genauso wie ANO 2011, eine liberale Partei, die in Tschechien an der Regierung ist. Ich sitze für die FDP auch im Vorstand der ALDE Party, wo wir über die Neuzugänge entscheiden mussten. Ärger gab es nur über einen Mitgliedsantrag aus Spanien. Die Unión Progreso y Democracia (UPD) sieht sich als liberale Partei, bekämpft davon unabhängig aber die Autonomiebestrebungen Kataloniens. Pikanterweise ist die katalonische Regierungspartei, die die Unabhängigkeit der Region konsequent vorantreibt, ein langjähriges Mitglied der ALDE Party. Um nicht einen sofortigen Austritt der Katalanen zu provozieren, hat man sich am Ende darauf geeinigt, den Mitgliedsantrag der UPD nochmals bis nächstes Jahr zu prüfen. In unserer liberalen Fraktion im Europaparlament sitzen beide Parteien, aber auch hier kommt es beim Thema Katalonien immer wieder zum Streit.

Das Motto des Parteitags war "Reclaiming Liberalism" und die Frage, wie man liberale Inhalte besser transportieren kann. Angesichts der andauernden Talfahrt der FDP ist es immer wieder ermutigend, auf solchen Veranstaltungen zu erleben, dass liberale Parteien in anderen europäischen Ländern große Erfolge einfahren. Xavier Bettel, der luxemburgische Premierminister hat z.B. in seiner Rede hervorgehoben, dass aktuell alle drei Benelux-Staaten einen liberalen Regierungschef haben.

IV. Terminausblick

Freitag, 28. November

Besuch des EDEKA E-Centers Rindermarkthalle | Hamburg
Veranstaltung zur Zukunft der Metropolregion | Hamburg

Sonntag, 30. November

Freiheitskonvent | Berlin

1.-5. Dezember

Ausschusswoche im Europäischen Parlament | Brüssel

Mittwoch, 3. Dezember

Sicherheitstagung | Berlin

8.-12. Dezember

Fraktionswoche im Europäischen Parlament | Brüssel

15.-19. Dezember

Plenarwoche im Europäischen Parlament | Straßburg

Herzliche Grüße,

Ihre Gesine Meißner

Dezember 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch die letzte Sitzungswoche in Straßburg für dieses Jahr war geprägt von einer Menge an wichtigen Themen die beschlossen oder diskutiert wurden. So fanden Trilogsitzungen statt, Plenaraussprachen zu Schuldenregeln und Abstimmungen über Kraftstoffqualität oder gentechnisch veränderte Organismen. Angenehme Lektüre der letzten Ausgabe meines Newsletters für 2014!

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

EU-Schuldenregeln- und Haushaltsreformen “Six-Pack und Two-Pack“

Am Dienstag fand die Aussprache im Plenum über die EU-Schuldenregeln- und Haushaltsreformen SixPack und Two-Pack statt. Wir Liberalen betonten dabei, dass wir die Schuldenfalle nur mit Reformen verlassen können, nicht mit noch mehr Schulden. Wer sich dagegen nicht an die Regeln hält, untergräbt unsere Gemeinschaftswährung, den Euro. Das gilt auch für 'große' EU-Mitgliedstaaten wie Italien und Frankreich.

Dabei zählen wir fest auf die EU-Kommission, das Gemeinschaftsinteresse mit Hilfe des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durchzusetzen und die 'Großen' keine Extrawürste braten zu lassen. Kleine EULänder wie Lettland, Herkunft des früheren dortigen Premierministers und jetzigen EU-Kommissars, Valdis Dombrovskis, haben bewiesen, dass ein Land mit dem richtigen Reformkurs auf Wachstumskurs zurückkehren kann. Auch die Erfolge der Strukturreformen in Griechenland, Portugal und Irland dürfen wir nicht übersehen. Wir müssen uns jetzt wieder auf die Realwirtschaft konzentrieren, auf Innovation und Technologie und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Europa muss sich wieder auf diese seine Stärken besinnen.

Grünes Licht für die Kraftstoffqualitätsrichtlinie

Ein Vorschlag der Europäischen Kommission zur Berechnung der CO₂-Bilanz von Kraftstoffen durch Anbieter kann in Kraft treten. Ein Einspruch des Europäischen Parlaments wurde am Mittwoch abgelehnt. Das ist vernünftig. Die Kommission hat eine realistische und machbare Methode zur Ermittlung der CO₂-Bilanz von Kraftstoffen vorgelegt. Die Forderung des Parlaments, für jeden einzelnen Kraftstoff die CO₂-Bilanz zu berechnen, schießt über das Ziel hinaus. Die Produktionsprozesse und wege von Kraftstoffen sind sehr komplex und unterschiedlich. Es ist sehr aufwändig für das Benzin aus dem Zapfhahn zu sagen, wo die Rohstoffe herkommen und wie viel wovon enthalten ist. Die Zusammensetzung und Herkunft sind sehr unterschiedlich. Europas Energiewirtschaft wettbewerbsfähig bleiben. Dazu muss Klimapolitik mit Augenmaß betrieben werden.

In der Richtlinie ist vorgesehen, dass das CO₂-Aufkommen von Kraftstoffen gemessen über den gesamten Lebenszyklus bis 2020 um mindestens 6 Prozent sinken soll. Als Referenz gilt das Jahr 2010. Zur Ermittlung der CO₂-Intensität verschiedener Kraftstoff-Sorten hat die Kommission eine Durchführungsbestimmung vorgelegt. Demnach gibt die Kommission jeweils Durchschnittswerte für Diesel und Benzin an. Die Verfasser des Entschließungsantrages hatten gefordert, für jeden Kraftstoff, der verkauft wird, eine individuelle CO₂-Bilanz zu berechnen. Dies wäre aber ein zu großer Aufwand und der Effekt auf den Klimaschutz hingegen begrenzt. Für viele Anbieter, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, wäre das kaum machbar. Viele kleine Tankstellen können es nicht leisten, ständig das Kraftstoffgemisch zu dokumentieren. Dies und die Rechtsunsicherheit bis zum Vorliegen eines überarbeiteten Vorschlags der Kommission konnten glücklicherweise abgewendet werden.

Die Kommission hatte den Regelungsvorschlag am 6. Oktober 2014 vorgelegt. Die Mitgliedsstaaten müssen die Richtlinie nun innerhalb von 12 Monaten in nationale Gesetze umsetzen.

Anerkennung Palästinas erst mit erfolgreichen Friedensverhandlungen

Ebenfalls am Mittwoch hat das Parlament sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, den palästinensischen Staat erst in Verbindung mit erfolgreichen Friedensverhandlungen anzuerkennen. Im Moment existiert keine alleinige demokratische palästinensische Regierung, auch erkennt die Hamas den Staat Israel nicht an. Beides muss sich ändern als Voraussetzung für die Anerkennung Palästinas. Um Europa mit stärkerer Stimme in den Friedensverhandlungen vertreten zu können, hat die neue Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Federica Mogherini die schwierige Aufgabe, alle Mitgliedsstaaten zunächst auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Ändern würde sich nichts durch eine Anerkennung des palästinensischen Staates durch die EU: die angespannte Situation in den Ländern würde bleiben. Junge Palästinenser bekämen weiter keine Jobs und Israelis hätten immer noch Angst vor Raketenabgriffen aus dem Gaza-Streifen. Daher ist die Entscheidung des Parlaments richtig gewesen. Der Friedensprozess würde nicht durch eine einseitige Anerkennung wiederbelebt werden.

Kategorisierung von schweren Verstößen im Straßenverkehr (Berichterstatte für die Liberalen)

Diese eher technische Durchführungsverordnung der Kommission hat unter den Verkehrspolitikern im Plenum diese Woche hohe politische Wellen geschlagen. In einer älteren Verordnung aus dem Jahr 2009 war die Europäische Kommission damit beauftragt worden, geläufige Verstöße gegen die geltenden Regeln im Straßenverkehr in gemeinsame Kategorien einzuordnen, je nachdem wie sehr sie Menschenleben auf der Straße in Gefahr bringen. Ein Bereich ist z.B. der Transport von Gefahrgütern.

Werden diese in unsicheren Behältern befördert, wird das z.B. als "schwerster Verstoß" gewertet. Der Transport von gefährlichen Gütern ohne die nötigen Papiere, in denen die gefährliche Fracht genau beschrieben ist, wäre ein "sehr schwerer Verstoß". Und wenn der Gefahrgut-LKW nicht vorschriftsgemäß geparkt oder bewacht wird, wäre das nur ein "schwerer Verstoß". Ähnliche Unterscheidungen gibt es bei Über- bzw. Unterschreitung der vorgeschriebenen Lenk- und Ruhezeiten, bei Manipulation am Fahrtenschreiber, bei Überladung etc.

Ziel dieser gemeinsamen Kategorien ist, dass ein bestimmter Verstoß in jedem EU-Land gleich bewertet wird. Viele Speditionen beschwerten sich, dass Vorschriften in den einzelnen Mitgliedsländern ganz unterschiedlich durchgesetzt und auch bestraft werden. Diese einheitlichen Kategorien wären ein Schritt für mehr Wettbewerbsgleichheit im europäischen Straßengüterverkehr. Bei wiederholten Verstößen müssen die nationalen Behörden dann untersuchen, ob dem Fuhrunternehmen die Lizenz entzogen wird. Ich finde, das ist eine vernünftige Regelung.

Leider stand meine Fraktion mir dieser Meinung ziemlich alleine da. Die Konservativen fanden die Kategorisierung zu ungenau und argumentierten, dass Fahrer im Alltag bei scharfer Auslegung dieser Liste ungerechtfertigt hart bestraft würden, was aber bei genauer Betrachtung gar ausgeschlossen werden kann. Den Sozialisten und Linken ging die Kategorisierung nicht weit genug. Auch der Verstoß gegen Sozialstandards und die Bezahlung von Dumping-Löhnen sollte mitaufgenommen werden. Alle wissen, dass es unter den west- und osteuropäischen LKW-Fuhrunternehmen einen harten Lohnkampf gibt und LKW-Fahrer oft unter schlechten Bedingungen arbeiten müssen. Regeln dazu sind aber in der Verordnung, auf die sich diese Liste bezieht, gar nicht vorgesehen, entsprechend kann die Kommission an dieser Stelle dazu auch gar nichts dazu vorschlagen. In der Debatte im Plenum wurde gleichzeitig klar, dass die beiden großen Fraktionen vor allem zu Beginn dieser Legislaturperiode der Kommission ihre Stärke demonstrieren wollten und zeigen, dass sie etwas ablehnen können. Aus meiner Sicht ist dies aber der falsche Anlass, da ohne diese Liste „schwarze Schafe“ weniger leicht gefasst werden können. Am Ende wurde der Kommissionsvorschlag von der Mehrheit im Plenum abgelehnt, d.h. jeder Mitgliedstaat hat wie bisher sein eigenes System, wie verschiedene Verstöße bewertet werden oder auch nicht. Ein Rückschlag für den europäischen grenzüberschreitenden Verkehr – schade!

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Maße und Gewichte von LKW im grenzüberschreitenden Verkehr (Berichterstatterin für die Liberalen)

Nachdem wir nun zwei Monate unter italienischem Vorsitz mit den Verkehrsministern verhandelt haben, kam es letzte Woche zu einer Einigung über die neue Richtlinie zu den maximalen Maßen und Gewichten von LKW im internationalen Straßenverkehr. Wie so oft mussten am Ende beide Seiten einige Kröten schlucken,

um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen. Das Parlament wollte laut Plenarbeschluss so schnell wie möglich verpflichtend einführen, dass Fahrerinnen windschnittiger gebaut werden und dem Fahrer eine bessere Sicht mit weniger toten Winkeln ermöglichen. Damit könnten LKW-Fahrer z.B. abbiegende Fahrradfahrer neben dem Laster besser sehen. Hier passieren leider immer noch viele Unfälle. Die Kabine müsste für diese neue Gestalt allerdings etwas verlängert werden. Der Rat wollte es den LKW-Herstellern freistellen, ob und wann sie neue Fahrerinnen entwickeln. Um den verschiedenen Herstellern am Markt genügend Vorlaufzeit einzuräumen, sollten die neuen Fahrerinnen erst frühestens nach einer fünfjährigen Übergangsfrist erlaubt werden. Hier musste das Parlament zurückstecken. Die neue Fahrerkabine bleibt freiwillig, darf aber schon nach einer dreijährigen Übergangszeit eingeführt werden (was aus meiner Sicht auch ein guter Kompromiss ist). Wenn man alle nötigen gesetzlichen Vorarbeiten für die Anpassung der Sicherheits- und Zulassungsvorschriften für LKW mitberücksichtigt, werden diese neuen aerodynamischen und sichereren Fahrerinnen wahrscheinlich erst nach 2020 auf den Markt kommen.

Im Gegenzug konnte das Parlament eine Revisionsklausel für die Richtlinie durchsetzen. Die Kommission muss spätestens bis 2020 einen Bericht über die Auswirkungen der neuen Gesetzgebung vorlegen und bei Bedarf einen neuen Gesetzgebungsvorschlag. Das war ein Punkt, der mir sehr wichtig war. Denn vieles in diesem Gesetz kann man noch verbessern, um den wahren Anforderungen des wachsenden Straßenverkehrs Rechnung zu tragen. Ich denke dabei an Lösungen wie den etwas verlängerten Auflieger, aber auch an den Lang-LKW, der auf manchen Strecken einfach Sinn macht, was bisherige Feldversuche in Niedersachsen eindeutig bestätigen. Meine Vorschläge, beides in die Richtlinie einzubeziehen, hatten leider im Parlament keine Mehrheit gefunden.

Immer noch europarechtliche Fragezeichen bei der CSU-Ausländermaut

Das Thema deutsche PKW-Maut wird auch in Brüssel rauf und runter diskutiert und das nicht nur unter deutschen Abgeordneten. Auch tschechische, holländische oder österreichische Kollegen melden ihre Bedenken an. Anfang der Woche hat die neue Verkehrskommissarin Violeta Bulc in einem Schreiben an Dobrindt noch mal in Erinnerung gerufen, dass ausländische Fahrzeughalter durch die deutschen Mautpläne nicht diskriminiert werden dürfen und auch der Preis für eine Wochenvignette im Vergleich zur Jahresvignette nicht überteuert sein darf.

Die FDP ist klar gegen Minister Dobrindts PKW-Maut und ich bin froh, dass die Kommissarin unsere Bedenken teilt. Nun sind die Mautpläne am Mittwoch im Bundeskabinett beschlossen worden, damit wird das Gesetz seinen Weg durch den Bundestag und Bundesrat gehen. Erst wenn wir den endgültigen Gesetzestext haben, wird die Kommission offiziell prüfen, ob der Nachlass in der Kfz-Steuer für deutsche Autofahrer als Diskriminierung von ausländischen Fahrern gewertet werden kann. Sollte dies der Fall sein, wird die Kommission Klage gegen Deutschland beim Europäischen Gerichtshof einreichen. Dies wurde mir auf meine Anfrage hin versichert. Das Mautgesetz ist ein bürokratisches Monstrum, das wenig bringt für die marode Verkehrsinfrastruktur, aber viel Bürokratie bei uns und nachbarschaftlichen Unfrieden in der EU stiftet. Die prognostizierten Nettoeinnahmen belaufen sich nach seriöser Schätzung auf etwa ein Fünftel der

Dobrindt-Vorhersage, nämlich maximal 110 Mio. Euro. Dies bestätigt auch eine Studie, die die FDP in Auftrag gegeben hatte.

Statt Seehofers Prestige-Projekt gegen alle Widerstände durchzusetzen, sollte man sich lieber seriös mit dem Problem der langfristigen Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur auseinandersetzen. Ich denke, es wäre gerechter, für die tatsächliche Nutzung von Verkehrswegen zu bezahlen und nicht unterschiedslos alle Besitzer eines Autos zur Kasse zu bitten. Das wäre ein sinnvoller Beitrag zum Erhalt der Straßen in Europa und sollte langfristig die KFZ-Steuer in Europa ersetzen. Ich habe eine erneute Anfrage dazu bei der Kommission eingereicht, die klären soll, ob der komplette Wegfall der KFZ-Steuer in einem Mitgliedstaat und die reine Nutzerfinanzierung europarechtlich möglich ist.

EU-Mitgliedsstaaten dürfen künftig gentechnisch veränderte Organismen verbieten

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments segnete diesen Mittwoch in einer Sondersitzung den Beschluss von Parlament und Rat ab, nach dem Mitgliedsstaaten künftig den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) verbieten dürfen – auch ohne obligatorische Abstimmung mit dem betroffenen Hersteller. In den Verhandlungen zwischen Parlament und Rat, die bereits am 3. Dezember stattfanden, setzte sich das Parlament in dieser Frage durch.

Leider wird dieser Beschluss einen Flickenteppich verschiedener Regulierungen nach sich ziehen und somit ein echter Schaden für den Binnenmarkt sein. Statt immer mehr Verbote zu ermöglichen, sollten Verbraucher aufgeklärt werden, damit sie eigenverantwortlich entscheiden können, ob sie die Produkte kaufen wollen oder nicht. Schon während des Genehmigungsprozesses sollen Mitgliedsstaaten den Anbau untersagen können, aber auch nach erteilter Genehmigung. Bisher durften die Mitgliedsstaaten das nur über eine Ausnahmeregelung, welche jedoch sowohl von der Kommission als auch, je nach Fall, vom Europäischen Gerichtshof für rechtswidrig erklärt wurde. Ich berichtete darüber in meinem letzten Newsletter.

Die Gesetzesvorlage muss noch im Januar formal vom Plenum des Parlaments verabschiedet werden. Dem dürfte nichts entgegenstehen.

Anbau von Biokraftstoffen: Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau begrenzen

Die EU-Energieminister einigten sich letzte Woche Dienstag darauf, dass 'Fortschrittliche Biokraftstoffe' aus Abfällen mehrfach bei der Erreichung des Ziels von 10% erneuerbarer Energie im Verkehrssektor gezählt werden dürfen. Das Limit für Biokraftstoffe der ersten Generation innerhalb dieses Ziels wird auf 7% festgelegt. Die Kommission hatte ein Limit für Biokraftstoffe von 5% vorgeschlagen, das Parlament in erster Lesung 6%. Dies betrifft Biokraftstoffe aus Getreide und sonstigen stärkehaltigen Pflanzen, sowie Zucker-, Öl- und sonstigen auf Landflächen angebauten Energiepflanzen.

Es ist in der Tat richtig, die Konkurrenz der Biokraftstoffe zum Nahrungsmittelanbau jetzt zu korrigieren ohne dabei zu radikal vorzugehen und die Hersteller, die frühzeitig auf Innovation gesetzt haben, zu belasten. Die Konkurrenz zwischen Nahrungsmitteln und Energiepflanzen kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein. Der Markt ist durch Anreize wie Subventionen geschaffen worden und es mag Übertreibungen gegeben haben. Die Debatte im Parlament wird zeigen, ob die Abgeordneten die mehr eher zurückhaltende Position des Rates unterstützen werden.

Das europäische Parlament hatte sich in erster Lesung nicht auf ein Mandat für Verhandlungen mit dem Rat geeinigt. Die Empfehlung für die zweite Lesung soll im Januar im Ausschuss beraten und im Februar abgestimmt werden. Eine Einigung zwischen Rat und Parlament vorausgesetzt könnte das Plenum im April abstimmen.

Zur Umsetzung der Frauenquote in deutsches Recht

Im Bundeskabinett in Berlin ist ein Gesetz zur gesetzlich vorgeschriebenen Frauenquote in Aufsichtsräten beschlossen worden, das nicht nur für reichlich Furore gesorgt hat, sondern auch eine europäische Vorgeschichte aufweist. Ende 2012 legte die Kommission einen Richtlinienentwurf vor, nach dem in Leitungsfunktionen börsenorientierter Unternehmen ein Frauenanteil von 40 Prozent erreicht werden soll, auch durch andere Verhaltensweisen und Kriterien bei Einstellungsverfahren. Diese Richtlinie wurde ebenfalls mit deutlicher Mehrheit im Europaparlament beschlossen und jetzt in deutsches Recht umgesetzt. Dieses deutsche Quotengesetz erreicht allerdings lediglich Verbesserungen für einige wenige Frauen und bringt kein grundsätzliches gesellschaftliches Umdenken.

Warum finde ich das trotzdem wichtig? Nun, viele Studien haben gezeigt, dass gemischtgeschlechtliche Teams kreativere Ideen und auch bessere Unternehmensergebnisse aufweisen, und darauf sollten wir doch nicht verzichten! Und gerade in Deutschland ist - trotz vieler hochqualifizierter Frauen - ihr Anteil in Führungspositionen immer noch sehr gering, trotz vieler Lippenbekenntnisse. Länder wie Norwegen - das ja nicht zur EU gehört - haben gezeigt dass es auch anders geht: Sie haben eine 40-Prozent-Quote für das in Führungspositionen jeweils unterrepräsentierte Geschlecht eingeführt, und in kürzester Zeit gab es nicht nur einen Frauenanteil von mehr als 40 Prozent in leitender Funktion in vielen gesellschaftlichen Bereichen, sondern auch sehr gute Angebote an Kinderbetreuung und flexiblen Arbeitszeitmodellen für Väter und Mütter. Kleiner Nebeneffekt: Norwegen hat auch mehr Kinder pro Familie als Deutschland, es kommt also eins zum anderen. Ähnliche Verbesserungen können und müssen wir auch bei uns erreichen – ob nun mit oder ohne Quote.

Zu Besuch im Europaparlament

Diese Woche hatten wir mal wieder eine Besuchergruppe aus Niedersachsen in Straßburg zu Gast. Auch wenn das Wetter alles andere als gastlich war, konnten die Besucher bei dennoch guter Laune erleben, wie der Parlamentsalltag in der Plenarwoche aussieht und hatten auch Zeit für einen ausgiebigen Bummel über den berühmten Straßburger Weihnachtsmarkt.

Wir haben inzwischen die Termine für die Besucherreisen nach Straßburg und Brüssel für 2015 festgelegt. Wie immer werden wir nur eine begrenzte Anzahl an Plätzen haben, die vom Europaparlament bezuschusst werden. Melden Sie sich bei Interesse bitte ab Anfang Januar bei meiner Mitarbeiterin Kirsten Zander (info@gesine-meissner.de, Tel-Nr. 05103 7066-37). Sie kümmert sich um die Zusammenstellung der Gruppen und kann Ihnen alle nötigen Informationen zu unseren Informationsreisen ins Europäische Parlament geben.

III. Meine Terminvorschau

Nächste Termine

- 6. Januar Dreikönigskundgebung der FDP | Stuttgart
- 6.-8. Januar Sitzungswoche | Brüssel
- 10. Januar Dreikönigsball der FDP | Hameln
- 11. Januar FDP-Neujahrsempfang | Heppenheim
- 12.-15. Januar Plenarsitzung | Straßburg

Mit diesem letzten Rückblick Straßburg für 2014 verabschiede ich mich für heute von Ihnen und wünsche Ihnen ein schönes Weihnachtsfest sowie ein gutes, gesundes und erfolgreiches neues Jahr.

Ihre Gesine Meißner

2015

Januar 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

zunächst einmal wünsche ich Ihnen und ihrer Familie ein frohes neues Jahr! Mögen Sie ihre Neujahrsvorsätze erfolgreich umsetzen.

Auch die FDP hat 2015 einiges vor. So haben wir das letzte Jahr intensiv genutzt, um unser Profil zu schärfen, uns unserer Identität zu versichern und die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten, damit wir nun auch wieder nach außen klar und unmissverständlich klarstellen können, wer wir sind und wofür wir stehen.

Das Dreikönigstreffen am 06. Januar hat den Startschuss für diesen Neustart gegeben. Blau und Gelb bleiben auch weiterhin die zentralen Farben der Freien Demokraten, aber künftig wird es etwas bunter. Denn die FDP muss mehr Farbe zeigen. Schließlich stehen wir für mehr Vielfalt. Unser Einsatz gilt den Menschen, die jeden Tag 100 Prozent geben. Und deshalb treten wir mit 100 Prozent Blau, Gelb und Magenta der CYMK-Farbskala an.

Als die politische Kraft, die für Fortschritt, Selbstbestimmung und faire Spielregeln steht, gehen wir in den Wettbewerb mit den anderen Parteien. Wir haben Lust auf die Gestaltung der Zukunft, statt uns in der Gegenwart zurückzulehnen und wir verteidigen den Innovations- und Wohlstandsmotor der Sozialen Marktwirtschaft und die Offenheit unseres liberalen Rechtsstaates gegen alle Angriffe von Alt-Linken und Neu-Rechten.

Die ersten Umfrageergebnisse geben die Richtung vor. So konnten wir uns bei Forsa bundesweit von 2% auf 4% steigern. Christian Lindner wird wieder unter den 10 wichtigsten Politikern geführt. Auch in Hamburg, wo am 15.02 gewählt wird, geht es voran. Im Hamburg-Trend des NDR steigt die FDP ebenfalls von 2% auf 4%. Es geht also im Laufschrift Richtung 5-Prozenthürde, die wir auch noch überspringen werden.

Auch im Europäischen Parlament wird es spannend. Die neue EU-Kommission hat ihre Arbeit aufgenommen und wir Liberale werden diese besonders fordern, damit es am Ende weniger Bürokratie und mehr Freiheit für ein besseres und stärkeres Europa gibt. Darüber hinaus versuchen Rechtspopulisten aus den grausamen Anschlägen in Paris Kapital zu schlagen. Unsere Antwort ist eindeutig: „Je suis Charlie!“ - Wenn unsere freie Gesellschaft angegriffen wird, dann antworten wir mit mehr und nicht weniger Freiheit.

Ich wünsche ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre Gesine Meißner

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

GVO - akzeptabler Kompromiss, dennoch nicht sehr binnenmarktfreundlich

Diese Woche wurde endlich die finale Version der Richtlinie über mögliche nationale Verbote von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) vom Plenum verabschiedet. Demnach dürfen Mitgliedsstaaten künftig den Anbau von GVO verbieten und dies auch ohne obligatorische Abstimmung mit dem betroffenen Hersteller. Ich berichtete in meinen letzten Newslettern.

Der am Dienstag angenommene Kompromiss ist akzeptabel, denn damit bekommen Unternehmen Rechtssicherheit. Zwar ist der verhandelte Kompromiss nicht binnenmarktfreundlich, da durch nationale Verbote ein Flickenteppich an Regulierungen zu erwarten ist. Die ursprüngliche Forderung, europaweit geprüfte GVO anbauen zu dürfen, wäre richtig gewesen, war aber bei der Skepsis gegenüber Wissenschaft und Forschung in der Öffentlichkeit leider illusorisch. Immerhin konnte die Alternative der Grünen, ein EU-weites Anbauverbot, verhindert werden. Ich habe bei der Debatte im Plenum auf den Widerspruch hingewiesen, dass wir zum einen im EU-Parlament stets die Bedeutung von Forschung und Innovation als europäische Kernkompetenz betonen, die Mehrheit sich aber immer häufiger anders verhält, wenn es bei Gesetzgebungen wie dieser „zum Schwur“ kommt. Ich befürchte, dass wir uns damit in diesem Sektor die Zukunft verbauen und global „abgehängt“ werden, was sich auch negativ auf den Wirtschaftsstandort Europa auswirken würde.

Die Richtlinie ist angenommen und wird voraussichtlich im März im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Das Gesetz tritt ab dann in Kraft.

Beginn der lettischen Ratspräsidentschaft

Alle sechs Monate wechselt der Vorsitz des Ministerrats, die Vertretung der EU-Mitgliedsländer. Die Präsidentschaft organisiert die Arbeit und Sitzungen im Ministerrat und vertritt die Mitgliedsstaaten bei Verhandlungen mit Parlament und Kommission. Lettland hat seit dem Beitritt zur EU im Jahre 2004 zum ersten Mal die Ratspräsidentschaft übernommen. Das ist für das kleine Land im Baltikum mit knapp zwei Millionen Einwohnern und einem dementsprechend kleinen Beamtenapparat eine weit größere Herausforderung als z.B. für Deutschland, das in den letzten 60 Jahren schön häufig den Vorsitz führte und auf großen Sachverstand in den Ministerien zurückgreifen kann. Nichtsdestotrotz können auch kleine Mitgliedsländer viel während der Ratspräsidentschaft erreichen wie man z.B. immer wieder an Luxemburg sieht, die im zweiten Halbjahr 2015 die Federführung übernehmen werden.

Die lettische Ministerpräsidentin Laimdota Straujuma – eine der wenigen Regierungschefinnen in der EU und eine sehr bodenständige und beeindruckende Frau - stellte diese Woche im Plenum die Prioritäten ihrer Ratspräsidentschaft vor.

Naturgegeben wollen sich die Letten in den nächsten sechs Monaten um die Probleme an der europäischen Ostgrenze mit Russland und der Ukraine kümmern. Typisch für die baltischen Staaten ist auch eine Förderung der digitalen Medien, wobei auch Fragen von Datenschutz und Cybersicherheit eine Rolle spielen werden. Und natürlich müssen in den kommenden Monaten die gesetzlichen Grundlagen für Junckers Investitionsplan geschaffen werden.

"Je suis Charlie" - Terror-Anschläge in Paris

In Gedenken an die 17 Opfer der blutigen Anschläge von Paris wurde die Plenarsitzung diese Woche mit einer Gedenkminute eröffnet. Parlamentspräsident Martin Schulz betonte, dass die EU ein Gegenentwurf zu diesen barbarischen Akten darstellt. Trotz aller Unterschiedlichkeiten werden Streitigkeiten friedlich miteinander geregelt. Rechtsstaat und Meinungsfreiheit sind Grundpfeiler der Europäischen Union. Die große Mobilisierung bei den Solidaritätsmärschen am vergangenen Wochenende zeigt, dass die Menschen in Europa zusammenhalten. Unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt warnte davor, als Reaktion auf Terrorismus die bürgerlichen Freiheiten einzuschränken. Auch wenn man sich mehr über die europaweite Bekämpfung von Terrorismus und Islamismus Gedanken machen muss, dürfen wir nicht die gleichen Fehler wie die Amerikaner nach dem 11. September 2001 machen. Der Ruf nach anlassloser Vorratsdatenspeicherung ist und bleibt falsch. Aus dem Rahmen fiel natürlich die Vorsitzende der rechtsradikalen französischen Front National Marie Le Pen, die kritisierte, wegen der offenen Grenzen innerhalb der EU könnten sich die Mitgliedstaaten nicht gegen radikale Islamisten wehren. In Frankreich zirkulierte noch während der Geiselnahme im jüdischen Supermarkt der Aufruf ihres Vaters und Parteigründers Jean-Marie Le Pen : Keep calm and vote Le Pen. In der Abgeordnetengruppe um Le Pen wurden Plakate mit «Ich bin nicht Charlie» gezeigt.

Auch bei der Ansprache des Parlamentspräsidenten anlässlich des diesjährigen 70. Jahrestags der Befreiung von Auschwitz wurde auf die Attentate in Paris Bezug genommen. Martin Schulz malte das grauenvolle Bild von halb verhungerten Überlebenden, Bergen von Leichen, Schuhen und Haaren, das sich den sowjetischen Truppen bei der Befreiung des Lagers am 27. Januar 1945 bot. Nach wie vor erwächst aus diesen Gräueltaten eine historische Verantwortung vor allem für Deutschland. Latenter oder offener Antisemitismus in unseren Gesellschaften muss bekämpft werden. Nach der Erschießung mehrerer Kunden im jüdischen Supermarkt in Paris fürchten Juden in Europa wieder um ihr Leben.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Deutscher Mindestlohn im internationalen LKW-Verkehr ein Problem

Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Die FDP warnt allerorten vor dem Bürokratiemonster, das durch Umsetzung und Kontrolle des Mindestlohns geschaffen wird. Jetzt hat sich gezeigt, dass auch der internationale LKW-Verkehr durch Deutschland betroffen ist. Nach

dem Mindestlohngesetz müssen alle Fahrer auch von ausländischen Unternehmen, während sie sich auf deutschem Boden bewegen, den deutschen Mindestlohn bekommen, selbst wenn sie nur auf der Durchreise sind. Damit die deutschen Behörden das kontrollieren können, müssen alle Fahrten vor dem Grenzübertritt beim Zoll angemeldet werden.

So stelle ich mir einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt nicht vor! Wir versuchen überall, die Schranken an den Grenzen abzubauen, damit Passagier- und Güterverkehr reibungslos innerhalb der EU fließen kann. Jetzt sollen ausländische Spediteure vorab ihre Reiserouten, für die der Mindestlohn anfällt, durchgeben, mit Angabe der voraussichtlichen Dauer des Aufenthalts auf deutschem Boden. Dabei ist doch völlig unrealistisch, dass der deutsche Zoll im Nachhinein die Lohnzettel der bulgarischen Fahrer kontrolliert. Die deutschen Behörden kommen bei der Kontrolle der Vorschriften für den Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten, Überladung etc.) doch schon jetzt kaum hinterher. Die meisten EU-Länder haben eine Mindestlohnregelung. Wenn man das deutsche Modell auf Europa überträgt, müsste ein LKW-Fahrer auf seiner Tour von Polen nach Spanien nacheinander nach polnischem, deutschem, französischem und spanischem Mindestlohn bezahlt werden. Was ist mit der Crew in Flugzeugen, die Deutschland überfliegen? Die Besatzung von Flußkreuzfahrtschiffen, die von den Niederlanden den Rhein rauffahren? Die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen.

All diese Fragen habe ich diese Woche bei der Europäischen Kommission eingereicht. Dort ist man auch schon hellhörig geworden. Die europäischen Beamten arbeiten gerade an einem Fragenkatalog an die deutsche Regierung. Auf Grundlage der Antworten wird dann entschieden, ob die neue Regelung für LKW-Fahrer gegen EU-Recht und den freien Warenverkehr verstößt und ein formelles Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet wird.

Kommissions-Vizepräsident Frans Timmermans zu Gast in der ALDE-Fraktionssitzung

Der erste Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans besuchte am Dienstag die ALDE-Fraktionssitzung. Der niederländische Sozialdemokrat, der unter anderem für den Bürokratieabbau verantwortlich ist, gab uns einen Ausblick auf seine Amtszeit als Kommissar und stellte sich den Fragen der Liberalen. Natürlich war ein zentrales Thema der Bürokratieabbau und die Verschlinkung bestehender Gesetze. Schließlich haben wir bereits einige Gesetze mit Verfallsdatum, die viel Bürokratie schaffen, aber wenig Nutzen bringen. Timmermans' Ansicht nach liegt die Ursache des Vertrauensverlustes der Bürger in der EU daran, dass Vorschriften und Dokumente viel zu komplex und detailliert sind als dass sie der 'Normalbürger' verstehen kann. Timmermans setze sich – ganz in unserem Sinne - für einfache und klare Regeln ein und möchte mit Hilfe des REFIT-Programms prüfen, welche Gesetzgebung zeitgemäß, sinnvoll, zu bürokratisch oder auch zu überarbeiten ist. Mit ähnlichem Vorgehen waren wir von 2003-2008 in der niedersächsischen Landesregierung sehr erfolgreich.

Gerade dieses Thema ist für mich interessant, da ich für die ALDE federführend an der Stellungnahme des Umweltausschusses mitarbeiten werde. Es ist ja leider oft

so, dass viel zu viele und viel zu komplexe Gesetze verabschiedet werden, ohne zu prüfen, ob diese bereits anderswo abgedeckt sind oder man gegebenenfalls nur etwas Bestehendes anpassen müsste. Mehr Gesetzgebung oder Überschneidungen von verschiedenen Gesetzen bedeuten aber oft auch enorme Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen. Es ist aber gerade unsere Aufgabe als Liberale, deren Entwicklung zu fördern statt zusätzliche Bürokratiehürden aufzubauen. Besonders wichtig fand ich auch Timmermans Bekenntnis zu Rechten von Frauen und Homosexuellen. Das war in der Vergangenheit ja leider nicht bei jedem Kommissionskommissar selbstverständlich.

Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas

Diese Woche war es endlich soweit. Nach der erfolgreichen Kampagne für die Einrichtung einer Intergroup zu maritimen Angelegenheiten im vergangenen Jahr fand diese Woche die erste Sitzung statt. Meine einstimmige Wahl als Vorsitzende hat mich sehr gefreut, da ich mich während der vergangenen Monate sehr für diese Intergroup eingesetzt habe. Sie ist ein loser Zusammenschluss von zur Zeit insgesamt 80 Abgeordneten aus sechs Fraktionen. Ob aus Frankreich, Kroatien, Spanien oder Deutschland, der frisch gewählte Vorstand kommt aus ganz Europa. So unterschiedlich wie unsere Herkunft und Hintergrund aber auch sein mögen, das Ziel eine europäische Meerespolitik voranzubringen liegt uns allen sehr am Herzen.

Wir wollen mit unserer Arbeit einerseits ein 'blaues', maritimes Wachstum stärken und gleichzeitig die Einzigartigkeit unserer Meere und Ozeane erhalten. Deswegen sollen Veranstaltungen sowohl zu einem blauen Wachstum der maritimen Sektoren – wie beispielsweise Offshore-Windparks, Aquakultur oder blauer Biotechnologie - abgehalten werden als auch zu einer besseren Anbindung von Inseln oder der Verschmutzung unserer Meere. Außerdem wollen wir dazu beitragen, die Zusammenarbeit mit Europäischer Kommission, Küstenregionen, Wissenschaftlern und maritimen Akteuren deutlich zu verbessern. Diese Intergroup ist aber auch eine gute Möglichkeit einer weniger formellen Kooperation der Institutionen. In einem so komplexen und politisch noch relativ jungen Bereich wie der Meerespolitik können davon letztlich alle Beteiligten profitieren.

FDP-im-EP-Ausflug nach Maastricht

Das Team um uns drei FDP-Abgeordnete hat sich inzwischen formiert. Neben vielen „alten“ gibt es auch einige neue Gesichter. Um sich besser kennenzulernen und die Gelegenheit zu haben, sich in Ruhe auszutauschen, sind Abgeordnete, Assistenten und Fraktionsmitarbeiter letzte Woche nach Maastricht gefahren. Bei der Stadtführung durch die beschauliche Altstadt haben wir Regen und Sturm getrotzt (Liberale sind so leicht nicht unterzukriegen!), um uns dann beim Abendessen aufzuwärmen. Der nächste Tag stand für unsere Assistenten dann wieder ganz im Zeichen der täglichen Büroarbeit mit einem Seminar zu Reden halten und Reden schreiben. Die Essenz: je kürzer desto besser!

Wahlkampfauftakt in Hamburg

Gestern, am 15. Januar, wurde im alten Zollamt in Hamburg mit unerwartet hoher Beteiligung von 700 Gästen und bei bester Stimmung die heiße Phase des Wahlkampfes zur Bürgerschaft eingeleitet. Auf der durch die neuen Farben sehr bunten Bühne (mir persönlich gefiel das sehr gut) präsentierten Lencke Steiner, die Spitzenkandidatin für die Bremer Bürgerschaftswahl, Hamburgs Spitzenkandidatin Katja Suding und unser Bundesvorsitzender Christian Lindner ihre Angebote, die für eine Wahl der FDP sprechen. Die Hamburger Bürgerschaftswahl findet am 15. Februar statt, Bremen folgt am 10. Mai.

III. Meine Terminvorschau

Nächste Termine in Deutschland

16.01.2015 | Wennigsen | Gespräch mit Herrn Dr. Degenhardt zu Saatgut und Grüner Gentechnik
16.01.2015 | Loccum | Kaminesgespräch "Frauen im kirchlichen Ehrenamt!"
17.01.2015 | Hannover | Landesvorstand
18.01.2015 | Wennigser Mark | Neujahrsempfang
24.01.2015 | Berlin | Grüne Woche
25.01.2015 | Hannover | FDP-Neujahrsempfang
30.01.2015 Braunschweig| Welfenakademie, Luftfahrtmuseum, Forschungsflughafen
31.01.2015 | Düsseldorf | Bundesvorstandssitzung der Liberalen Frauen
05.02.2015 | Mecklenburg-Vorpommern | Neujahrsempfang FDP-Landesverband
06.02.2015 | Berlin | Sitzung der Kammer der EKD für soziale Ordnung

Ihre Gesine Meißner

Februar 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

das tolle Wahlergebnis gestern bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg hat jedes liberale Herz höher schlagen lassen - endlich wieder ein Erfolg nach langer Durststrecke! Ein großer Dank an alle, die sich bundesweit - sowas hatten wir noch nie - an den vielen Wahlkampfaktionen in Hamburg beteiligt haben!

Die gründliche Aufarbeitung von Fehlern und eine optimistische Neuausrichtung von uns Freien Demokraten scheinen erste Früchte zu tragen. Das ist kein Grund zum Übermut, Vertrauen baut sich nicht über Nacht wieder auf. Aber ich bin überzeugt, dass unsere Mischung aus marktwirtschaftlichem Denken und Einsatz für Freiheits- und Bürgerrechte auch in Zukunft gebraucht wird.

Nun aber zur aktuellen Politik in Europa. Der Ukraine Konflikt und die neue griechische Regierung spielten natürlich im Plenum letzte Woche eine wichtige Rolle. Mich beschäftigten vor allem der Mindestlohn im Transitverkehr, Lebensmittelkennzeichnung, maritime Wirtschaft und anderes mehr. Viel Spaß beim Lesen!

Ihre Gesine Meißner

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Alle Jahre wieder: Debatte um Herkunftskennzeichnung

Seit Jahren diskutieren wir über das Thema der Herkunftskennzeichnung in verarbeiteten Lebensmitteln. Als vor fünf Jahren die sogenannte Lebensmittel- Informationsverordnung beschlossen wurde, hat man erstens beschlossen, dass die Herkunft von Frischfleisch gekennzeichnet werden muss. Weiterhin haben wir beschlossen, die Kommission prüfen zu lassen, in wieweit eine Kennzeichnung von Fleisch in verarbeiteten Produkten sinnvoll ist. Das hat die Kommission gemacht und kam schließlich zu dem Ergebnis, dass ein Großteil der Verbraucher zwar schon gern wissen möchte, woher das Fleisch in der Salami auf der Tiefkühlpizza kommt, aber auch 80 Prozent der Befragten angaben, dass sie nicht bereit sind, die Mehrkosten, die sich durch eine solche verpflichtende Kennzeichnung ergeben, zu bezahlen. Eine verpflichtende Kennzeichnung würde Lebensmittel, in denen Fleisch verarbeitet wurde, erheblich verteuern. Für viele Bauern und fleischverarbeitenden Betriebe würde das zusätzlich einen riesigen bürokratischen Aufwand darstellen. Fazit: Selbst die Kommission sagt, dass es weder sinnvoll noch effektiv ist. Trotzdem wissen es einige Grüne und Sozialdemokraten besser und fordern erneut und konsequent – bewusst Wissenschaft ignorierend – verpflichtende Kennzeichnungsvorschriften. Natürlich um zu suggerieren, man würde was für den armen Verbraucher tun, der ja sowieso ständig von den bösen Produzenten um den Finger gewickelt wird. Das ist Populismus und Symbolpolitik hoch zehn. Die FDP im Europäischen Parlament hat deshalb ganz entschieden gegen einen solchen Unfug gestimmt. Das ist eine Luxusdebatte, die dazu führt, dass die Skepsis der Menschen gegenüber der EU wächst. Wir haben in der EU bereits hohe Standards für die Lebensmittelproduktion. Macht es wirklich einen Unterschied, wenn ich am Supermarkt-Regal die Information bekomme, ob die Zutaten der Salami auf der Pizza aus Österreich, Frankreich oder Dänemark kommen? Würde ich die Pizza dann nicht kaufen? Skandale wie der mit dem Pferdefleisch verhindert man dadurch jedenfalls nicht. Da ist vorsätzlich betrogen worden, das heißt es sind bestehende Gesetze gebrochen worden. Das umgeht man nicht, indem man mehr Gesetze macht. Krimineller Energie kann man nur mit strengen Kontrollen und konsequenter Umsetzung von bestehenden Gesetzen begegnen.

Eine freiwillige Kennzeichnung ist übrigens bereits jetzt möglich und sinnvoll. Lebensmittelhersteller können also durchaus auf Ihren Produkten angeben, wenn beispielsweise ihr Fleisch aus der Region kommt. Das kann ein Alleinstellungsmerkmal sein und Herstellern einen Vorteil verschaffen. Da ist Kennzeichnung durchaus sinnvoll. Aber bitte nicht verpflichtend.

Grenzüberschreitende Verfolgung schwerer Delikte im Straßenverkehr

Man kennt das Phänomen von den Knöllchen beim Falschparken. Die Strafzahlung wird meist nicht eingetrieben, wenn man den Strafzettel im Ausland bekommen hat. Das Gleiche gilt auch für schwere Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung. Alkohol oder Drogen am Steuer, Rasen oder das Überfahren einer roten Ampel sind aber keine Kavaliersdelikte, sondern Straftaten, die andere Menschen auf der Straße gefährden. Auch wenn es nicht zum Unfall kommt, sollten auch Fahrer mit ausländischem Kennzeichen dafür bestraft werden. Laut Kommission werden in manchen Transitländern bis zu 25% der Verstöße gegen die Geschwindigkeitsbegrenzung von Fahrern mit Fahrzeugen begangen, die in einem anderen Staat zugelassen sind. Wenn man von der Polizei nicht direkt angehalten wird, hat man heute ziemlich gute Chancen straffrei davon zu kommen. Das ist natürlich nicht in Ordnung. Wir wollen zwar freie Mobilität für alle innerhalb der EU, aber mit fairen Spielregeln.

Deswegen haben wir diese Woche eine Richtlinie angenommen, nach der in Zukunft solche Delikte auch über EU-Grenzen hinweg verfolgt werden können. Über eine gemeinsame Datenbank können die Behörden den Halter des ausländischen Fahrzeugs ermitteln und den Strafbescheid zustellen. Wir hatten diese Richtlinie eigentlich schon 2011 verabschiedet. Der Europäische Gerichtshof hat sie im Mai letzten Jahres aber für nichtig erklärt, da sie auf einer ungültigen Rechtsgrundlage erlassen worden war und damit nicht EU-weit galt. Dem Gesetzgeber wurde ein Jahr Zeit gegeben, die Richtlinie mit der korrekten Rechtsgrundlage anzupassen. Das haben wir nun gemacht.

Mehr Engagement gegen Genitalverstümmelung nötig

Alle sechs Minuten wird eine Frau oder ein kleines Mädchen Opfer von Genitalverstümmelung mit schwerwiegenden gesundheitlichen und psychischen Folgen, einige sterben nach diesem barbarischen Akt. Weltweit gibt es mehr als 150 Millionen Betroffene, 500.000 in Europa. Eine stetig steigende Zahl von Asylanträgen bezieht sich unmittelbar auf diese Bedrohung. Gesetze und Schutzabkommen wie die Istanbul-Konvention reichen nicht aus, sie müssen auch umgesetzt werden. Kommission, Parlament und die nationalen Regierungen, alle müssen konkretere Maßnahmen ergreifen, Lippenbekenntnisse allein helfen den Betroffenen nicht.

Dienstag Abend forderte das Parlament mit einer Anfrage die Kommission auf, die Bekämpfung von Genitalverstümmelung mit einem konkreten Zeitplan engagierter zu betreiben. Die EU hat im Programm Daphne und im Asyl- und Migrationsfonds Gelder bereitgestellt, die jetzt eingesetzt werden müssen. Erforderlich sind auch Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für den Europäischen Auswärtigen Dienst und für Angehörige einschlägiger Berufe in den Mitgliedstaaten.

Debatte zum Zugang von Arzneimitteln

Der Zugang zu Arzneimitteln ist ein wichtiges Thema, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Gerade bei seltenen Erkrankungen müssen alle Menschen

schnellen Zugriff auf Medikamente haben können. Deshalb gab es am Mittwoch Abend im Plenum des Parlaments Fortschrittsberichte von Kommission und Rat.

Besonders wichtige Faktoren sind dabei Innovation, Verfügbarkeit und Preis der Medikamente. Initiativen zur Innovationsförderung werden durch Mittel aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizon 2020“ zur Verfügung gestellt. Auf die Preisbildung von Medikamenten kann die Kommission keinen Einfluss nehmen. Das bleibt Sache der Mitgliedsstaaten. Es wurde allerdings eine Expertengruppe einberufen, die prüft, wie man bestehende Gesetze effizienter nutzen kann, um die Medikamentenversorgung zu vereinfachen. Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten sowie Zugang zu Informationen sind ebenfalls wichtig für eine erschwingliche Preisgestaltung, Hier wurde auch der Mechanismus für gemeinsame Auftragsvergabe erwähnt um Medikamente gemeinsam einzukaufen, zum Beispiel im Fall einer Epidemie. Ob das funktioniert, bleibt aber fraglich. Ein Ansatz meinerseits wäre Einsparpotentiale im Gesundheitssektor zu suchen. Auch bieten Generika eine Alternative.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Bundesregierung macht vorerst Rückzieher beim Mindestlohn im internationalen LKW-Verkehr

Ich hatte in meinem letzten Newsletter schon von dem Problem berichtet. In der Brüsseler Verkehrswelt regt man sich nicht mehr nur über Dobrindts Ausländermaut auf, sondern mindestens genauso über das neue Mindestlohngesetz. Nach Interpretation der Bunderegierung müssen alle Fahrer auch von ausländischen Unternehmen, während sie sich auf deutschem Boden bewegen, den deutschen Mindestlohn bekommen, selbst wenn sie nur auf der Durchreise sind. Damit die deutschen Behörden, das kontrollieren können, müssen alle Fahrten vor dem Grenzübertritt beim Zoll angemeldet werden. Das hat bei den Nachbarländern Deutschlands einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Vor allem osteuropäische Spediteure, die gerade wegen des geringeren Lohnniveaus konkurrenzfähiger sind, fürchten eine Kostenlawine, da ein Großteil ihrer Fahrten durch Deutschland führt. Genau wie ich haben weitere Kollegen von der ALDE, zum Beispiel aus Litauen, Dänemark und Tschechien Anfragen an die Kommission zur EU-Kompatibilität des MiLoG gestellt.

Mir geht es weniger um drohende Pleiten von polnischen Transportunternehmen, als um den antieuropäischen Ansatz des Gesetzes. Wir versuchen überall, die Schranken an den Grenzen abzubauen, damit Passagier- und Güterverkehr reibungslos innerhalb der EU fließen kann. Und jetzt sollen ausländische Spediteure vorab ihre Reiserouten, für die der Mindestlohn anfällt, durchgeben, in deutscher Sprache. Man kann von Spediteuren nicht verlangen, jeweils die nationalen Mindestlöhne zu bezahlen, wenn ein LKW in zwei Tagen fünf EU-Länder durchquert. Wer soll das kontrollieren?

Auch die EU-Kommission untersucht, ob das MiLoG nicht gegen geltendes EU-Recht verstößt. Die Bundesregierung hat noch bis zum 18. Februar Zeit auf einen

Fragenkatalog aus Brüssel zu antworten. Aufgrund dieser Informationen entscheidet die Kommission, ob ein formelles Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet wird. Arbeitsministerin Andrea Nahles hat daraufhin einen Rückzieher gemacht. Nach einem Treffen mit ihrem polnischen Ministerkollegen verkündete sie am 30. Januar, dass der Mindestlohn bis auf weiteres zumindest für Transitfahrten ausgesetzt wird. Man wolle zuerst die Entscheidung aus Brüssel abwarten. Das MiLoG gilt aber weiterhin für jeden ausländischen Fahrer, der ein Deutschland ein- oder auslädt. Das Thema wird voraussichtlich auch auf der Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung im März stehen.

TRAN Stellungnahme zu TTIP (Berichterstatteerin für die Liberalen)

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (kurz TTIP) war das große Wahlkampfthema für die Europawahl. Die Diskussion "amerikanisches Chlorhähnchen oder lieber europäisches Antibiotika-Hähnchen" ist überall bekannt, aber es gibt auch Aspekte des Abkommens, die selten in den Medien vorkommen. Ich betreue für die Liberalen eine Stellungnahme des Transportausschuss zu TTIP. Der bisherige Entwurf zählt die Bereiche im Verkehrssektor auf, wo europäische Unternehmen von einem Abkommen mit den USA profitieren könnten.

Europäische Fluggesellschaften dürfen z.B. keine inneramerikanischen Flüge anbieten, wohingegen US Airlines sehr wohl Flüge zwischen EU-Ländern durchführen. Sie sehen die EU nicht als eine Einheit und haben Verträge mit einzelnen Mitgliedstaaten, die das erlauben. Auch darf eine US Airline nicht mehrheitlich Europäern gehören, wohingegen die EU diese Einschränkung nicht hat. Amerikanische Schiffe dürfen Reparaturen und andere Arbeiten nur von amerikanischen Werften ausführen lassen, sonst zahlen sie hohe Strafzölle. Damit können europäische Werften de facto keine Schiffe verkaufen, die für den Betrieb in US-Gewässern vorgesehen sind. Das gilt auch für viele andere Bereiche, wo sogenannte "Buy America"-Vorschriften bestehen. Wir haben es hier mit klassischen Handelsschranken zu tun, die EU-Unternehmen benachteiligen. Man darf aber auch nicht blauäugig sein und denken, dass die amerikanische Regierung diese Beschränkungen, die ihre eigene Wirtschaft ja schützen sollen, einfach so aufgeben wird. Aber man sollte zumindest versuchen, bei den Verhandlungen in diesen Punkten Verbesserungen zu erreichen.

Handelskommissarin Celia Malmström, eine schwedische Liberale, hat sich diese Woche auch unseren Fragen zu TTIP in der Fraktionssitzung gestellt, nachdem vergangene Woche eine weitere Verhandlungsrunde mit den Amerikanern abgeschlossen wurde. Insbesondere die Schiedsgerichte zum Schutz von Investitionen sind weiter umstritten. Malmström sagte, dass die Regeln für diese Schiedsgerichte modernisiert werden müssen. Die Kommission hat dazu eine öffentliche Online-Befragung durchgeführt, an der sich alle interessierten Parteien und Bürger beteiligen konnten. Gleichzeitig wies Malmström darauf hin, dass EU-Länder aufgrund von bilateralen Verträgen heute bereits 1400 solcher Schiedsgerichte eingerichtet haben.

Debatte über die EU-Forststrategie - keine EU-Bewirtschaftungspläne für Waldbesitzer

Die Ausschüsse für Umweltfragen (ENVI) und Landwirtschaft (AGRI) debattieren derzeit über einen Initiativbericht zum Thema EU-Forststrategie. Kern der Debatte ist die Frage, ob die Kommission aufbauend auf der Forststrategie auch gesetzlich in die nationale Waldbewirtschaftung eingreifen soll. Die Kommission kündigt in der Strategie eine rechtlich verbindliche Vereinbarung auf europäischer Ebene an. Dies bringt deutsche Waldbesitzer zu Recht auf die Barrikaden, denn Deutschland ist Holzland Nummer eins in Europa und wir haben bereits sehr strenge Waldgesetze zur Sicherung der Nachhaltigkeit. Deutschland betreibt keinen Raubbau, im Gegenteil. EU-Regeln für die Waldbewirtschaftung betreffen uns deshalb unmittelbar. Die nationalen Regelungen zur nachhaltigen Nutzung des Waldes in Deutschland sind anspruchsvoll und reichen aus, gerade auch hinsichtlich des Klimaschutzes. Forstbewirtschaftungspläne sind ein wichtiges Instrument, müssen aber freiwillig bleiben. Holz wird zudem zunehmend als nachhaltiger Rohstoff anerkannt. Bei der Verarbeitung von Holz als Werkstoff wird signifikant weniger Energie benötigt als bei allen anderen Rohstoffen. Außerdem ist Holz als Baustoff vielfältig einsetzbar, zum Beispiel auch beim Bau von Windparks. In diesem Zusammenhang möchte ich gern den „Timber-Tower“ am Rande Hannovers nennen. Holz ist deshalb ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Niedersachsen, Deutschland und andere Europäische Länder. Deshalb sollten wir die vielfältigen innovativen Verwendungsmöglichkeiten nutzen können – natürlich immer nachhaltig. Außerdem halte ich hier Europäische Vorschriften zusätzlich für ungeeignet, da sich die geologischen Gegebenheiten in Europa so sehr unterscheiden, dass ein „One-size-fits-all“-Ansatz hier nicht funktioniert. Die Stellungnahme des Umweltausschusses wird am 24. Februar abgestimmt. Im federführenden Landwirtschaftsausschuss ist die Abstimmung für den 23. März vorgesehen. Der Initiativbericht wird voraussichtlich im April vom Plenum des Parlaments verabschiedet.

Noch kein großer Fortschritt erkennbar bei Medizinprodukten

Für die Richtlinie zu Medizinprodukten bin ich Anfang der neuen Wahlperiode zur Berichterstatterin für die liberale Fraktion ernannt worden. Die italienische Ratspräsidentschaft kündigte an, dieses Dossier zu Ihrer Priorität zu machen. Leider ist es bislang nicht gelungen, innerhalb des Rats eine gemeinsame Verhandlungsposition zu finden. Denn erst wenn diese vorliegt, können die Institutionen Rat, Parlament und Kommission in Verhandlungen treten, um sich auf einen gemeinsamen Standpunkt zu einigen und dieses wichtige Dossier zum Abschluss zu bringen. Folglich übernahm die lettische Ratspräsidentschaft dieses Thema und erklärte es wieder zur Priorität. Zwischenzeitlich hatte das Parlament bereits alle EU-Gesundheitsminister aufgefordert, dieses Thema möglichst schnell zu bearbeiten. Das Echo aus den Mitgliedsstaaten lautete fast unisono, dass man wisse, wie wichtig es sei, allerdings auch auf die vielen unterschiedlichen Interessen einzelner Mitgliedsstaaten hinwies. Über den aktuellen Zeitplan hört man verschiedenes, es ist aber zu vermuten, dass wohl erst in der späten ersten Jahreshälfte Verhandlungen zwischen den Institutionen aufgenommen werden können. Das ist zu hoffen, da von diesem Gesetzestext viele Investitions-

Entscheidungen von Herstellern von Medizinprodukten abhängen. Diese benötigen dringend Planungssicherheit.

Eröffnung der größten französischen maritimen Industriemesse

Am 3. Februar bin ich anlässlich der Euromaritime and Eurowaterway Trade Show in Paris gewesen. Dort kam mir die Ehre zu, die Messe gemeinsam mit dem EU-Kommissar für Umwelt, Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Karmenu Vella, sowie dem französischen Minister Alain Vidalies zu eröffnen.

Als frisch gewählte Präsidentin der parlamentarischen Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas habe ich vor allem betont, dass es kein europäisches Wachstum ohne eine starke maritime Wirtschaft geben kann. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir uns europaweit für ein „Blaues Wachstum“ einsetzen müssen. Ob Güterverkehr, offshore Energiegewinnung, Kreuzfahrttourismus oder Aquakulturen, viele maritime Industriezweige boomen derzeit. Andere Bereiche wie der Tiefseebergbau werden erst gerade entwickelt. Dabei ist insbesondere deutsches Knowhow gefragt. Viele norddeutsche Forschungsinstitute sind inzwischen weltweit gefragte Entwicklungspartner.

Es ist daher wichtiger denn je sich auf europäischer Ebene gut zu vernetzen, um das Potential dieser Sektoren noch stärker entfalten zu können. Zusammen mit meinen Kollegen der Intergroup will ich mich daher dafür einsetzen, dass auch die maritime Wirtschaft vom Juncker-Plan profitiert. Solche Konferenzen, wie die in Paris, mit 180 Ausstellern und rund 5000 Besuchern sind dabei zentral, um die Bedeutung des maritimen Sektors aufzuzeigen.

Organisation aktueller Veranstaltungen

Wir sind noch zu Beginn des Mandats und viele Kollegen sind neu im Transportausschuss und noch unerfahren in vielen Themen. Deswegen habe ich letzte Woche zusammen mit Det Norske Veritas – Germanischer Lloyd (DNV GL) eine kleine Informationsveranstaltung zu aktuellen maritimen Themen organisiert. DNV GL ist eine große deutsch-norwegische Klassifikationsgesellschaft mit Sitz in Hamburg, d.h. sie hat ähnliche Aufgaben wie der TÜV für Fahrzeuge. Sie genehmigen Baupläne von Schiffen und anderem schwimmenden Material, überwachen die Bauabschnitte und lassen das Schiff am Ende zu. Dazu kommen regelmäßige Kontrollen während das Schiff in Betrieb ist. Ich bin mit den Experten von DNV GL häufig in Kontakt, wenn es darum geht, wie man Schiffe sicherer machen oder welche umweltfreundlichen Antriebe man einbauen kann. Das Unternehmen betreibt auch eine eigene Forschungsabteilung, in der mit Elektroschiffen und Wasserstoffantrieben experimentiert wird.

Ein zweites Seminar habe ich Ende Januar zum Thema Straßeninfrastruktur und besonders deren Erhaltung organisiert. Spätestens seit der Sperrung der Rheinbrücke auf der A1 bei Leverkusen ist die marode Verkehrsinfrastruktur auch in Deutschland in aller Munde. Während des Seminars wurden Erfahrungen aus verschiedenen Mitgliedsländern diskutiert, wie man Straßen und Brücken langfristig erhalten und unterhalten kann. Dabei ging es auch um mögliche

Finanzierungsmodelle. Ist die Brücke erst mal so morsch, dass sie nicht mehr befahren werden kann, ist der volkswirtschaftliche Schaden enorm.

Ab nächster Woche können wir solche Informationsveranstaltungen allerdings nur noch schwierig im Parlament durchführen. Seit vor drei Wochen mehrere radikale Islamisten auch in Brüssel festgenommen wurden, ist die Anschlagsgefahr für die EU-Institutionen automatisch hochgestuft worden. Seitdem patrouillieren Soldaten vor den Eingängen, die Zahl von externen Besuchern wird reduziert und Veranstaltungen abgesagt.

Intergroup zum ländlichen Raum

Über die fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe zur maritimen Wirtschaft, deren neue Präsidentin ich bin, habe ich ja bereits berichtet. Letzte Woche traf sich erstmals die Intergroup "Sustainable hunting, biodiversity protection and rural development", die sich mit Jagd, natürlicher biologischer Vielfalt und der Zukunft des ländlichen Raums beschäftigt. Erste Themen für Veranstaltungen in diesem Jahr sind die EU-Forststrategie und der wachsende Wolf-Bestand in Europa.

III. Termine im Wahlkreis

Besuch beim TÜV Nord in Hannover

Freitag konnte ich mich vor Ort vom breiten Aufgabenfeld des TÜV überzeugen und mit Dr. Guido Rettig, Vorstandsvorsitzender TÜV NORD AG, aktuelle politische Fragen diskutieren. Wir kennen alle den TÜV als zuständige Stelle für Fahrzeugchecks. Beim TÜV werden aber auch Medizinprodukte, Lebensmittel, Fahrstühle und vieles mehr zertifiziert und überprüft. Beeindruckend in Hannover: auf dem Gelände gibt es eine Solar-Ladestation für Elektromobilität. Der dort an alle interessierten Fahrer von e-Autos und e-bikes kostenlos abgegebene Strom wird durch Solarpaneele auf den Dächern erzeugt, ist also garantiert "nachhaltig" - vorbildlich!

Terminvorschau

- 17.02.2015 | Puebla, Mexiko | Besichtigung VW-Werk
- 18.-20.02.2015 | Mexiko City, Mexiko | Gemeinsame Parlamentssitzung (Delegation)
- 20.02.2015 | Mexiko City, Mexiko | Vortrag zum Thema Paris COP21
- 23.-24.02.2015 | Brüssel | Besuch der FDP-Landtagsfraktion Niedersachsen
- 24.02.2015 | Brüssel | Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung zum Thema
Lebensmittelverschwendung mit meinem Landtagskollegen Hermann
Grupe MdL
- 02.03.2015 | Berlin | Veranstaltung Toll Collect
- 05.03.2015 | Brüssel | Grußwort bei der European Shipping Week
- 06.-07.03.2015 | Barcelona | ALDE-Gen Seminar

09.-12.03.2015 | Straßburg | Plenarwoche

Ihre Gesine Meißner

März 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

die kritische Situation in der Ukraine, die Frage nach dem richtigen Umgang mit Putin zum einen und dem russischen Volk zum anderen sowie Diskussionen zur adäquaten Ausrichtung auf die neue griechische Regierung standen im Mittelpunkt des März-Plenums in Straßburg. Meine Themen variierten - wie immer - stark von Mindestlohn im Transportwesen über Lebensmittelverschwendung bis zu Kreuzfahrttourismus - um nur einige zu nennen.

Besonders gefreut hat mich als Bundesvorsitzende die Aufbruchsstimmung, die von dem Workshop bei unserer Mitgliederversammlung der Liberalen Frauen am letzten Samstag in Hannover ausging. Wir brauchen in allen Politikbereichen die weibliche Sicht der Dinge. Erst dann finden wir die passenden Rezepte für die Zukunft. Zum internationalen Frauentag am 8. März waren die Zeitungen voll davon.

Viel Spaß beim Lesen meines Newsletters und Ihnen allen ein fröhliches Osterfest!

Ihre Gesine Meißner

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Der LKW der Zukunft wird windschnittiger und sicherer (ALDE-Berichterstatte(r)in)

Das Europäische Parlament hat letzte Woche die neue Richtlinie über zulässige Abmessungen und Gewichte von LKW im internationalen Straßenverkehr angenommen. Damit geht ein Gesetzgebungsprozess zu Ende, den ich seit zwei Jahren für die Liberalen betreut habe. Meine Bilanz ist allerdings durchmischt. Wie bei jedem Kompromiss konnten wir am Ende einige wichtige Punkte durchsetzen, andere haben wir verloren.

Die geltende Richtlinie von 1996 war nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchen mehr Flexibilität bei den maximalen Größen und Gewichten von LKW, um Innovationen im LKW-Design zu ermöglichen, ohne dass dafür Ladefläche geopfert werden muss. Fahrerkabine und Heck des LKWs können somit in Zukunft aerodynamischer werden. Fahrerkabinen mit mehr Ausblick ermöglichen es, Radfahrer und Fußgänger in der Nähe des Trucks besser zu sehen. Das sind wichtige Fortschritte, auch für die Verkehrssicherheit. Da der Rat auf einer mehrjährigen Übergangszeit bestanden hat, werden neue Fahrerkabinen voraussichtlich erst nach 2020 auf den

Markt kommen. Aerodynamische Heckflossen werden schon innerhalb der nächsten zwei Jahre auf den Autobahnen zu sehen sein.

Ich bin allerdings enttäuscht, dass die kompromisslose Ablehnung von längeren LKWs deren möglichen europaweiten Einsatz weiter verhindert. Hier wurde eine Chance für den Binnenmarkt verpasst. Wir haben die Kommission daher aufgefordert, bis spätestens 2020 eine Evaluierung der neuen Richtlinie vorzulegen. Da zwei Lang-LKWs drei herkömmliche Laster ersetzen, sehe ich hier noch viel Potenzial, Sprit und Emissionen einzusparen. Das sieht offensichtlich auch die rotgrüne Landesregierung in Düsseldorf so, denn NRW beteiligt sich ab sofort an dem Feldversuch für Lang-LKW. Gut ist, dass Kommissarin Violeta Bulc in der Plenardebatte ihre Sicht der Dinge klargestellt hat: Wenn beide benachbarten Staaten einverstanden sind, dürfen Lang-LKWs natürlich auch über eine EU-Grenze fahren.

Attentat auf Boris Nemzov als Thema in der ALDE-Fraktion

Auf Einladung der liberalen Fraktion berichtete Mikhail Kasyanov, ein enger Freund und politischer Weggefährte des in Moskau ermordeten Putinkritikers Boris Nemzov, über die schwierige Situation der Opposition in Russland. Alle Angehörigen von regierungskritischen Parteien werden auf Listen als "feindliche Agenten" geführt. Viele wurden bereits unter irgendeinem Vorwand verhaftet, politische Arbeit wird immer schwieriger. Dies hatte mir schon eine Vertreterin der russischen liberalen Partei Yabloko bei dem Seminar in Barcelona berichtet. Die Medien sind voll von antiwestlicher Propaganda, in der Duma wird offen die militärische Stärke Russlands gerühmt. In dieser besorgniserregenden Situation ist es nahezu unmöglich für die Europäische Union, normalen Kontakt zum russischen Volk zu halten, das ja nicht Ziel der Sanktionen gegen Putins Regierung ist, aber auch darunter leidet. Kasyanov betonte aber die Notwendigkeit, alle bestehenden Kontakte aufrecht zu halten und damit die Opposition zu unterstützen.

Ladies-Lunch mit Kommissarin Jurova

Passend zur Debatte über den aktuellen EU-Gleichstellungsbericht im Plenum trafen wir uns mit der tschechischen Liberalen Vera Jurova, Kommissarin für Justiz und Gleichstellung, zu einem ALDE-Ladies-Lunch. Gleichberechtigung ist in Europa in vielen Bereichen noch lange nicht erreicht. Da gibt es noch viel gemeinsam zu tun. Deutschland bildet leider allzu oft das Schlusslicht im europäischen Vergleich und muss viel von anderen Ländern lernen.

Konsequenzen des russischen Embargos für den europäischen Straßenverkehr

Am 7. August hat die russische Föderation eine Importsperrung für Lebensmittel und Agrarprodukte aus EU-Mitgliedsstaaten verhängt. Diese Entscheidung trifft nicht zuletzt den Transportsektor, der durch den immensen Auftragsverlust vor dramatischen Finanzierungsproblemen steht. Das Problem ist vielschichtig: Zum einen werden Transporte nach Russland untersagt. Zum anderen betrifft es auch Transporte durch Drittstaaten, durch übertriebene Garantieforderungen oder gar Blockaden. Im Endeffekt sind insbesondere das Baltikum, Polen und Finnland

betroffen. Vierzig Prozent der litauischen Exporte sind beispielsweise beeinträchtigt. Das ist ein Riesenwert!

Die Europäischen Institutionen sind sich der Tragweite dieses Problems bewusst. Man ist sich einig, dass auf die Situation reagiert werden muss - doch wie? Anders als beim Agrarsektor gibt es keinen gemeinschaftlichen Geldtopf, der angezapft werden kann. Daher müssen Kompensationen von den Mitgliedsstaaten selbst getragen werden. Angesichts der Ausnahmesituation setze ich mich allerdings dafür ein, gemeinsam einen Ausgleich zu schaffen, damit es nicht nur den Mitgliedstaaten überlassen wird. Die derzeitige Situation der Hilflosigkeit muss überwunden werden. In meiner Rede habe ich es ganz klar gemacht: Ein gemeinsamer Ausgleich wäre eine plausible und machbare Lösung!

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Mindestlohn im internationalen LKW-Verkehr weiter in Brüssel auf dem Prüfstand

Das Problem des deutschen Mindestlohns, der auch für ausländische Fahrer gelten soll, bleibt in Brüssel weiter auf der Tagesordnung. Ende März wird die EU-Kommission auf Anfrage des Parlaments über die bisherigen Ergebnisse berichten. Sie prüft, ob das MiLoG mit den europäischen Regeln vereinbar ist, die bisher für Arbeitnehmer gelten, die teilweise in einem anderen Mitgliedsland arbeiten. Es muss nämlich immer abgewogen werden, wo der Hauptanteil der Arbeitszeit verbracht wird und dementsprechend gelten die nationalen Löhne und Sozialversicherungssysteme. Daher musste die Bundesregierung einen Fragebogen zum neuen Mindestlohngesetz beantworten, den die Kommission gerade auswertet. In einer ersten Reaktion schienen die Brüsseler Beamten nicht sehr überzeugt von den deutschen Antworten.

Nach Auffassung der Bundesrepublik müssen alle Fahrer auch von ausländischen Unternehmen, während sie sich auf deutschem Boden bewegen, den deutschen Mindestlohn bekommen: egal, ob die Fahrt in Deutschland beginnt oder endet und selbst wenn sie nur auf der Durchreise sind. Frankreich, das schon seit Ende des 2. Weltkrieges einen Mindestlohn hat, plant diesen jetzt auch auf durchreisende LKW-Fahrer anzuwenden. In Frankreich ist der Mindestlohn pro Stunde mit 9,61 € noch etwas höher als in Deutschland (8,50 €). Ich finde, das geht alles in die völlig falsche Richtung. Selbstverständlich sollen LKW-Fahrer angemessen entlohnt werden. Daran haben auch die Arbeitgeber ein Interesse, denn in vielen EU-Ländern gibt es kaum noch Nachwuchs für diesen Beruf. Man kann von Spediteuren aber nicht verlangen, jeweils die nationalen Mindestlöhne zu bezahlen, wenn ein LKW in zwei Tagen fünf EU-Länder durchquert, bei Mindestlöhnen die von 11,10 € (Luxemburg) bis 1,95 € (Polen) variieren. Wie soll das in der Praxis funktionieren?

European Shipping Week

Aus Anlass des 50. Geburtstages des Europäischen Reederverbandes (ECSA) fand vom 2. bis 6. März in Brüssel erstmalig die European Shipping Week statt: eine Woche mit Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen rund um die Seefahrt. Wie muss man Seeleute auf Frachtschiffen im Mittelmeer darauf vorbereiten, wenn sie auf einmal damit konfrontiert sind, mehrere hunderte Flüchtlinge an Bord zu versorgen, die aus dem Meer gezogen wurden? Wie sieht das Schiff der Zukunft aus, angetrieben mit Solarzellen und Windrädern? Für Fähren gibt es da schon Planungen. Ich habe gemeinsam mit dem "Meeres-Kommissar" Karmenu Vella an einer Podiumsdiskussion mitgewirkt, wo das Zusammenspiel von Kreuzfahrtschiffen, Häfen und den örtlichen Behörden erörtert wurde. Die Kreuzfahrtbranche boomt seit Jahren und die Kreuzfahrttouristen bringen viel Geld in die Küstenstädte, welche die riesigen Schiffe anlaufen. Aber die Logistik muss natürlich stimmen, wenn mehrere tausend Menschen von Bord gehen. Wie kommen sie ins Stadtzentrum? Wie viele Menschen vertragen historische Altstädte in wenigen Stunden? Wo kann der Müll, das Abwasser der riesigen Schiffe abgeladen werden? Abgerundet wurde das Programm der Shipping Week am Ende durch Besuche in den Häfen von Antwerpen, Gent und Zeebrügge.

Veranstaltung zum Thema Lebensmittelverschwendung

Jährlich werden in der EU rund 90 Millionen Tonnen Lebensmittel in den Abfall geworfen, 42% davon allein in den privaten Haushalten. Die Verschwendung von Lebensmitteln stellt ein ethisches, wirtschaftliches und soziales Problem dar mit enormen Auswirkungen auf die Umwelt. Die erschreckend große Menge an vernichteten Lebensmitteln zwingt alle Teilnehmer entlang der Lebensmittelkette zum Umdenken und zur Entwicklung von geeigneten Strategien für einen nachhaltigeren Umgang mit Nahrungsmitteln. Wenn das Ausmaß und die Ursachen der Verschwendung klar erkannt sind, können gemeinsame Strategien diskutiert und erarbeitet werden.

Die Europäische Kommission hatte ja im Juli 2013 die öffentliche Konsultation zum Thema Nachhaltigkeit bei Lebensmitteln gestartet. Dann ist die Arbeit aufgrund des Kommissionswechsels nicht fortgesetzt worden. Auf meine Initiative hin veranstaltete die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am 24. Februar 2015 in Brüssel einen Austausch zu diesem Thema zwischen Politikern, Verbrauchern, dem Handel und den Herstellern, an dem auch mein Kollege Hermann Grupe aus dem niedersächsischen Landtag als Redner teilnahm. Insgesamt waren rund 50 Vertreter von Industrie, Verbraucherschutz und EU-Institutionen dieser Einladung gefolgt.

Diskussionsrunde bei der Britischen Handelskammer zum Thema Medizinprodukte

Als Berichterstatterin bin ich seit September letzten Jahres im Namen der Liberalen im Europäischen Parlament verantwortlich für das Thema Medizinprodukte. Leider wartet das Parlament immer noch auf eine Position der EU-Mitgliedsstaaten, um auf deren Grundlage sowie der Parlamentsposition in Verhandlungen über einen

gemeinsamen Gesetzestext zu treten. Die Britische Handelskammer lud mich ein, um bei einem Arbeitsessen am 25. März meine liberale Sicht dieses Themas zu diskutieren. Eingeladen waren eine Vielzahl an Vertretern von Medizinprodukteherstellern. So diskutierten wir unter Anderem über die Frage, wie man mit wiederverwendeten sterilisierten Medizinprodukten verfahren soll. Wenn ein OP-Instrument wie eine Ultraschallschere im Krankenhaus sterilisiert wird, will der Patient natürlich, dass die Sicherheit gewährleistet ist. Auch wurde angesprochen, wie man mit bestimmten Substanzen, wie zum Beispiel Weichmachern, umgehen soll. Es war eine ergiebige Diskussion.

Glücklicherweise zeichnet sich wohl Bewegung im Rat ab. Wir sind alle zuversichtlich, dass wir nach der Sommerpause endlich in die Verhandlungen zu diesem wichtigen Gesetz einsteigen können und uns schnell einigen werden.

FDP-Landtagsfraktion und niedersächsische Jungbauern zu Besuch im Europaparlament

Vom 23. bis 25. Februar kam die FDP-Fraktion aus dem niedersächsischen Landtag zu Besuch nach Brüssel. Viele kenne ich noch gut aus der Zeit, als ich selber Landtagabgeordnete war, bevor ich 2009 ins Europaparlament wechselte. Gemeinsam mit den Fraktionsmitarbeitern haben sich die Abgeordneten über aktuelle EU-Themen informiert (Junckers-Investment Plan, Freihandelsabkommen mit den USA), aber auch den Austausch mit den Brüsseler Liberalen gesucht (ALDE-Fraktion, Naumann-Stiftung, FDP-Ortsverband Brüssel). Und man hat sich auch gefreut, vertraute Gesichter aus der ehemaligen schwarz-gelben Koalition zu sehen, wie David McAllister und Hartmut Möllring.

Wie jedes Jahr konnten wir letzte Woche auch wieder eine Gruppe von niedersächsischen Jungbauern im Parlament begrüßen. Der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Junger Landwirte Niedersachsen (LAG) Berndt Tietjen organisiert schon seit zehn Jahren einen Studienkurs, um jungen Landwirten beizubringen, wie man sich auf der politischen Bühne bewegt, wenn man Anliegen der Bauern vertreten möchte. Ein Block findet traditionell in Brüssel statt, da die EU-Agrarpolitik für niedersächsische Landwirte natürlich von enormer Bedeutung ist. Dabei steht neben Fachgesprächen zu Agrarthemen immer auch ein Besuch des EU-Parlaments mit auf dem Programm. Höhepunkt ist ein parlamentarischer Abend, zu dem die Jungbauern Mitarbeiter von EU-Abgeordneten in die niedersächsische Landesvertretung einladen.

REFIT: Die Kommission will Bürokratie abbauen (ALDE-Berichterstatteerin)

Unter dem verheißungsvollen Namen "Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT): Bestandsaufnahme und Ausblick" verbirgt sich der Versuch, bestehende Gesetzgebung auf EU-Ebene auf Ihre Effizienz hin zu überprüfen. Was heißt das? Man schaut, ob es für bestimmte Themen Gesetze gibt, eins oder mehrere, ob diese doppelt sind und man etwas

vereinfachen kann, ob diese Gesetze aktuell oder veraltet sind und ob sie tatsächlich das bewirken, was sie bewirken sollen. Kurzum, man will Gesetzgebung verschlanken. Dass das geht, haben wir in der Regierungszeit 2003-2008 in Niedersachsen bewiesen.

Als Berichterstatterin darf ich für meine Fraktion an der Stellungnahme des Umweltausschusses federführend mitarbeiten. Das klingt verheißungsvoll, doch gibt es bereits hier viele Punkte, wo sich die Geister streiten. Die Grünen und Sozialisten haben Angst, dass es zur "Entrümpelung" von Gesetzen kommen könnte, frei nach dem Motto "Weniger Gesetze zu haben ist schlecht für die Umwelt". Als Liberale sage ich, dass man diese Angst schnell beiseite legen sollte. Wenn Gesetze unnützlich sind, sie doppelt oder dreifach vorhanden sind und somit das Leben vieler kleiner und Mittelständischer Unternehmen schwerer machen, dann gehören sie auf den Müll. Deregulierung und gute Umweltpolitik schließen sich gegenseitig nicht aus.

Die Beratungen haben eben erst begonnen, ich bin gespannt wie sie verlaufen. Eine erste Abstimmung gibt es im Umweltausschuss am 26. März.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Toll-Collect, CargoBeamer und GEHE-Großhandel

Das Beispiel von drei Terminen in Deutschland verdeutlicht die Themenbreite, mit der ich im Europaparlament zu tun habe: Gemeinsam mit einem Thüringer CDU-Kollegen aus dem Transportausschuss besuchte ich Toll-Collect in Berlin, das "Headquarter" des deutschen LKW-Mautsystems, bekam Einblick in die Arbeitsabläufe und konnte verfolgen, wie Mautsünder ermittelt werden können.

CargoBeamer ist ein mittelständisches Unternehmen aus Leipzig, das eine innovative Verladetechnik von Sattelaufliegern - im LKW-Verkehr zu 70 Prozent genutzt - auf die Schiene entwickelt hat, diese Technologie bereits seit 2013 erfolgreich bei VW in Wolfsburg einsetzt und damit die Straße entlastet.

GEHE ist ein Arzneimittelgroßhändler mit über 100-jähriger Tradition und damit das älteste Unternehmen dieser Art in Europa, entstanden aus einer einzigen Apotheke. Heute werden von der Niederlassung in Delmenhorst Apotheken in Norddeutschland termingenaу beliefert, in Städten wie Bremen sogar sechs Mal pro Tag.

Delegationsreise nach Mexico Stadt

In der dritten Februarwoche gab es eine Sitzung des gemeinsamen EU-Mexiko-Ausschusses in Mexiko Stadt. Diese Sitzungen finden abwechselnd in Europa und Mexiko statt. Sie dienen dazu, die Beziehungen zwischen der EU und Mexiko zu vertiefen und sich über aktuelle politische Themen auszutauschen. So hatten wir die Möglichkeit zu Gesprächen mit dem mexikanischen Innenminister, dem Ausschuss für Menschenrechte, Menschenrechtsorganisationen, dem Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten oder Senator Omar Fayad, der für die Untersuchung des Vorfalles in Iguala zuständig ist. In Iguala hatte es im September 2014 eine

Massenentführung von 43 Studenten gegeben, die später - so wird vermutet - ermordet wurden. Wir trafen eine Abordnung von Familienangehörigen der Studenten, die um Unterstützung bei der Aufklärung baten.

Die gemeinsame Parlamentssitzung bestand aus drei inhaltlichen Blöcken. Ich war seitens der EU hauptverantwortliche Berichterstatteerin zum Thema "Auf dem Weg nach Paris – Verhandlungen über das Klima-Abkommen 2015". Wie immer gab es auch einen Co-Bericht der mexikanischen Seite, in diesem Fall von einer Kongressabgeordneten. Darüber hinaus gab es Vorträge zum Thema Menschenrechte, Wirtschaftslage in EU und Mexiko, Terrorismus, Drogen- und Menschenhandel, was in Mexiko immer noch ein großes Problem darstellt. In einer kurzen Pause konnte ich mich mit mexikanischen Studenten unterhalten, die großes Interesse an der Arbeitsweise des Europäischen Parlaments zeigten. Traditionsgemäß endete das Treffen mit der feierlichen Unterzeichnung einer gemeinsamen Resolution.

Gender Equality Network trifft sich zum Thema 'Unternehmerinnen fördern' in Barcelona

Im Vorfeld des Weltfrauentages fand am 6. und 7. März in Barcelona ein Seminar des Gender Equality Networks der ALDE Party, mit 38 Frauen aus 13 Ländern, inklusive der EU, Russland, Weißrussland und den USA, statt. Als Vizepräsidentin der europäischen liberalen Frauen war ich eine der Rednerinnen auf der Veranstaltung zu dem Thema Gender Equality in Unternehmen. Mit anderen Experten, Journalisten und Politikern diskutierten wir in dem Sitz der liberalen katalanischen Regierungspartei Convergencia Democratica de Catalunya, wie der Anteil von Unternehmerinnen erhöht werden kann. Einig waren wir uns darin, dass vor allem besseren Mentoring-Programmen eine wichtige Bedeutung zukommt. Häufig liegt es an fehlenden Informationen und professioneller Beratung, die Frauen davon abhalten, sich als Unternehmerin selbstständig zu machen. Weiterhin bleibt die Familienpolitik in einigen Ländern, wie Deutschland, ein Problem. Noch immer behindern vorherrschende klassische Rollenmodelle die Karriere von Frauen. Es ist noch ein weiter Weg zu einer vollständigen Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Wirtschaft, aber der Austausch auf Veranstaltungen wie dieser ist wichtig, um Politiker und UnternehmerInnen besser zu vernetzen und einen europäischen Überblick zu bekommen.

Pause von der Politik beim Sport: Der FC Barcelona hat an diesem Wochenende überragend 6:1 gegen Rayo Vallecano gewonnen und damit die spanische Tabellenführung erobert. Nicht zuletzt war das natürlich den Anfeuerungen von mir und meinem Assistenten Klaas de Boer zu verdanken. Gerade in der zweiten Halbzeit, als die katalanische Mannschaft auf das Tor auf unserer Seite spielte, fielen die Tore im Minutentakt. Beeindruckend war es, den wieselflinken Messi live zu erleben.

Europäischer Jugendkarlspreis in Brüssel

Warum es sich lohnt für Europa einzustehen, habe ich als Jurymitglied des diesjährigen Jugendkarlspreises einmal mehr eindrucksvoll erfahren. Mit eigenen Augen konnte ich mich von der Vielfalt, dem ehrenamtlichen Engagement und der innovativen Arbeit der jungen Menschen überzeugen. Ob Jugendaustauschprojekte und interkulturelle Festivals, Fußballturniere gegen Ausländerhass oder grenzüberschreitende Klettertouren ob international besetzte Parlamentssimulationen und Schülerparlamente, ob innovative Internet oder Zeitungs-Projekte, den Ideen waren keine Grenzen gesetzt. Es zeigt einmal mehr, dass der europäische Gedanke gerade Jugendliche mobilisiert.

Aufgabe unserer Jury war es, sich mit den 33 teilnehmenden Projekten zu befassen und einen Gewinner zu küren. Wir entschlossen uns schließlich ein multimediales Projekt auszuzeichnen. Die Zusammenarbeit von ca. 35 jungen ehrenamtlichen Journalisten über mehrere Monate und über Grenzen hinaus empfanden wir als beispielhaft für die europäische Vielfalt, Verständigung und Identität. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich allen Bewerbern danken und hoffe, dass ihre Projekte noch lange bestehen werden.

Terminvorschau für Deutschland

18.-20.03.2015	Gifhorn Teamklausur
19.03.2015	Wolfsburg Besuch der VW-Werke
21.-22.03.2015	Nordhorn Ordentlicher Landesparteitag
23.03.2015	Bremerhaven Vorlesung über Lebensmittelgesetzgebung bei Prof. Hauke Hilz
27.03.2015	Hamburg Treffen bei ALDEBARAN Marine Research
27.03.2015	Hamburg Gesprächsrunde Transatlantic Trade Agreement (TTIP)

Ihre Gesine Meißner

April/Mai 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Endspurt läuft – und das aus einer erfreulichen Ausgangsposition! Mittlerweile trauen uns die Wahlforscher sechs Prozent in Bremen zu. Aber wir alle wissen, dass die Wahl noch keineswegs gelaufen ist. In dieser entscheidenden Phase dürfen wir nicht locker lassen. Denn dieser Wahlkampf ist nicht nur für Bremen wichtig, sondern auch für die Gesamtpartei als Botschaft nach Berlin in den Bundestag – und diese Botschaft muss lauten: Mit der FDP ist wieder zu rechnen!

Wenige Tage bleiben, in denen wir noch einmal Gas geben, Feinjustierungen vornehmen und viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Wir Freie Demokraten wollen frischen Wind in die Bremer Bürgerschaft bringen!

Eines aber ist sicher: Die FDP hat schon jetzt viel dafür getan, um dem Freiheitsgedanken in Bremen und Bremerhaven wieder eine deutlich vernehmbare Stimme zu geben. Also packen wir es an und unterstützen die Parteiliebe in Bremen – für eine neue Generation Bremen.

Viel Spaß beim Lesen meines Newsletters, in dem es natürlich nicht um Bremen, sondern wie immer um europäische Politik geht.

Ihre Gesine Meißner

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Licht- und Schattenseiten des automatischen Notrufs eCall

Ab 31. März 2018 sollen alle neuen Fahrzeugtypen mit eCall ausgestattet sein. Wird der Airbag ausgelöst, übermittelt der automatische Notruf die Positionsdaten des Wagens an die Notrufnummer 112. Neben den Positionsdaten sollen auch Kennzeichen und Fahrtrichtung übertragen werden. Die Fahrtrichtung ist vor allem auf der Autobahn oder in Tunnelröhren wichtig, damit die Rettungskräfte den Unfallwagen schnell finden können. Wenn die Insassen nach dem Unfall nicht in der Lage sind, selber Hilfe zu rufen, erhofft man sich durch eCall eine schnelle Alarmierung der Rettungskräfte. Das kann vor allem auf wenig befahrenen Straßen oder nachts nützlich sein, wenn niemand den Unfall beobachtet hat.

Auch wenn das alles wunderbar klingt, hatten wir aus liberaler Sicht eine Bedingung für den verpflichtenden Einbau von eCall in jedes Neufahrzeug: Der Autofahrer soll die Möglichkeit haben, das System in seinem Auto auszuschalten. Denn die übertragenen und gespeicherten Daten können theoretisch dazu genutzt werden, Bewegungsprofile vom Fahrzeug zu erstellen. Deshalb sollte jeder die Wahl haben, den eCall nicht zu benutzen, wenn er seine Privatsphäre schützen möchte. Bei der Abstimmung im Plenum wurde der An-/Ausschaltknopf für eCall allerdings abgelehnt. Damit sind wir einen Schritt weiter in Richtung "gläserner Autofahrer" oder wie ich in meiner Pressemitteilung schrieb: "Big-Brother fährt künftig als Beifahrer mit".

Alkoholstrategie: Neuer Dirigismus nur teilweise abgewendet

Das Europäische Parlament fordert zusätzliche Warnhinweise gegen Alkohol am Steuer. Das ist Kern der Resolution zur EU-Alkoholstrategie, die letzte Woche im Plenum abgestimmt wurde. Ein EU-weites Mindestalter für den Konsum von Alkohol von 18 Jahren wurde zum Glück abgelehnt.

Letzteres ist gut, denn für so eine Forderung gibt es keine wissenschaftliche Grundlage. Die kulturellen Hintergründe und Traditionen der Mitgliedsstaaten sind völlig unterschiedlich und entsprechend unterschiedlich sind die Probleme, die beim Alkoholkonsum auftreten. Eine einheitliche EU-Altersgrenze von 18 Jahren würde keines davon lösen. Maßvoller Konsum und der verantwortungsvolle Umgang mit

Alkohol sind sinnvoller als Totalverbote. Hier spielen Aufklärung und Erziehung die Hauptrolle.

Außerdem forderte die Mehrheit der Abgeordneten, einen EU-einheitlichen Warnhinweis zum Alkoholkonsum beim Autofahren einzuführen. Der Alkoholkonsum beim Autofahren ist jedoch ohnehin ab einem bestimmten Promillegehalt verboten – und zwar in jedem Europäischen Mitgliedsstaat, allerdings mit unterschiedlichen Promillegrenzen. Das lernt man bei der Führerscheinausbildung. Eine verpflichtende Kennzeichnung wird nicht vor Missbrauch schützen. So etwas gehört zum Grundwissen eines jeden Autofahrers, wie zum Beispiel auch, dass man nicht bei Rot über die Kreuzung fährt. Letztendlich haben wir, die FDP im Europäischen Parlament, den Entschließungsantrag komplett abgelehnt, da er noch zu viele bevormundende Ansätze enthielt.

Die EU-Kommission analysiert gegenwärtig die Ergebnisse der aktuellen Alkoholstrategie. Eine Überarbeitung durch die Kommission wird erwartet, ein Zeitplan steht bislang allerdings aus.

Neues Gesetz soll Plastikmüll in den Meeren reduzieren

Die Mitgliedsstaaten der EU sollen künftig die Möglichkeit erhalten, Plastiktüten zu verbieten. Dieses Gesetz wurde lang diskutiert. Letzte Woche wurde es vom Parlament bestätigt und ist nun gültig.

Allerdings kann unterschiedliche Gesetzgebung in den Mitgliedsstaaten den Binnenmarkt beeinträchtigen. Dieser darf aber nicht zugunsten von Produktverboten gestört werden. Vielmehr sollte die bestehende Abfall- und Recyclinggesetzgebung konsequent umgesetzt werden. Es ist zwar richtig, Plastikmüll zu reduzieren, allerdings werden willkürliche Produktverbote dieses Problem nicht beheben und auch die Plastikinseln im Meer werden dadurch nicht kleiner.

Künftig müssen Mitgliedstaaten entweder ein Pro-Kopf-Reduktionsziel von 90 Plastiktüten (2019) auf 40 Plastiktüten (2025) pro Jahr erreichen oder aber eine Abgabe (Gebühr) beim Verkauf von Plastiktüten erheben.

Fischfang von Dorsch, Hering und Sprotte in der Ostsee

Fisch ist und bleibt ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Ernährung und Fischerei prägt weiterhin unsere Küstenregionen. Im vergangenen Jahr wurde die große europäische Fischereireform beschlossen, um sicherzustellen, dass dies in Zukunft auch noch der Fall sein wird. Dafür sind eine mehrjährige Planung und eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer Bestände notwendig. Die meisten Fischarten sind überfischt und es wird Jahre bis Jahrzehnte dauern, bis sich das ändert. Ein entscheidender Schritt in diese Richtung war die Abstimmung am vergangenen Dienstag in Straßburg.

Das Europäische Parlament hat dabei mit großer Mehrheit festgelegt, dass Dorsch, Hering und Sprotte bis spätestens 2020 den höchstmöglichen Dauerertrag (MSY) erreicht haben sollen. Dafür wird in den kommenden Jahren sogar unterhalb dieses Wertes gefischt, um eine schnellere Erholung der Bestände zu ermöglichen. Letztlich profitieren davon alle Beteiligten, denn bei zu kleinen Beständen wird der Fischfang unrentabel und Fischer müssen aufgeben. Die Preise für diese Fischarten steigen immer weiter und für viele Konsumenten wird frischer Fisch zu einem Luxusgut - bei Hering war dies bereits vor einigen Jahren der Fall. Damit es nicht soweit kommt, müssen wir in den kommenden Jahren die Fangquoten entsprechend der Expertenempfehlungen reduzieren, auch wenn das nicht immer leichtfallen wird. Für die Ostsee wurde nun der Anfang gemacht. Allerdings steht die Zustimmung der Mitgliedstaaten noch aus und in der Vergangenheit hat der Europäische Rat die Fischerei oft genutzt, um gegen die neuen Mitbestimmungsrechte des Europäischen Parlaments zu protestieren.

EU-Flüchtlingspolitik und die Zukunft des Seenotrettungsprogramms

Juncker sagte während der Debatte in Straßburg: "Es war ein großer Fehler Mare Nostrum nicht fortzusetzen. Es war falsch Italien mit dem Programm allein zu lassen. Wir müssen Triton die Mittel zur Rettung auf hoher See geben." Was ist der Hintergrund dieser Aussage? Im Oktober 2014 hat die italienische Regierung das Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum aus Kostengründen eingestellt. Die europäischen Regierungen weigerten sich zu diesem Zeitpunkt Italien finanziell zu entlasten. Anstelle von Mare Nostrum trat die Operation Triton der Grenzschutzagentur Frontex in Kraft. Beim Vergleich beider Operationen fällt allerdings auf, dass es sich um keinen adäquaten Ersatz handelt. Während die Mittel für Mare Nostrum bei ca. 9 Millionen Euro monatlich lagen, sind es bei „Triton“ gerade mal rund ein Drittel des ursprünglichen Budgets. Die technischen Ressourcen wie Schiffe, Technik und Personal wurden bei Mare Nostrum von der italienischen Regierung bereitgestellt. Triton hingegen ist bei der technischen Ausstattung auf die Geräte der EU-Mitgliedsstaaten angewiesen, von denen allerdings zu wenig Ausrüstung zugesagt wurde. Zudem wurde das Rettungsgebiet enorm verkleinert. Während Mare Nostrum einen Aktionsradius bis kurz vor der libyschen Küste hatte, patrouilliert Triton nur rund 30 Seemeilen vor der italienischen Küste. Auch das Operationsziel unterscheidet sich grundlegend: Triton hat die „Grenzkontrolle“ im Fokus. Mare Nostrum hingegen stellte die Suche und Rettung von Flüchtlingen in den Mittelpunkt.

Beim EU Sondergipfel am 23. April wurde beschlossen, dass die Mittel für die bestehende Operation Triton verdreifacht werden, sodass sie sich auf dem Niveau des Vorgänger-Programms Mare Nostrums bewegen. Der Plan sieht zudem vor, dass Schlepperbote zerstört werden sollen, bevor sie zum Einsatz kommen. Auch Deutschland beteiligt sich mit technischer Unterstützung in Form einer Fregatte und einem Einsatztruppenversorger. Unklarheit besteht indes beim Einsatzgebiet der Schiffe. Da bisher nur in europäischer Küstennähe patrouilliert wird, viele Flüchtlingsboote allerdings vor der libyschen Küste oder auf dem offenen Meer kentern, bleibt abzuwarten ob wirklich mehr Flüchtlinge gerettet werden können.

Uneinigkeit herrscht auch bezüglich der Aufnahme der Flüchtlinge. Die Mittelmeeranrainer Italien, Griechenland und Malta sind die am häufigsten

angesteuerten Ziele der Flüchtlingsboote und dadurch auch am stärksten von der illegalen Einwanderung betroffen. Sie fordern eine gerechtere, quotengesteuerte Lastenverteilung innerhalb der EU - eine Forderung, die wir Liberalen schon lange haben. Dazu müsste allerdings die Dublin-Verordnung geändert werden, welche besagt, dass das Land für Asylanträge zuständig ist, über das der Flüchtling erstmals in die EU eingereist.

Bei der Plenartagung in Straßburg forderte Kommissionspräsident Juncker eine quotengerechte Aufteilung der Asylsuchenden in den EU Mitgliedsländern. Auch ich denke, dass wir schnell handeln müssen, damit nicht weitere Menschen auf der Suche nach Sicherheit und Frieden ihr Leben im Mittelmeer lassen. Meine Fraktionskollegin von der ALDE, Cecilia Wikström, fragte den Ministerrat zu Recht: „Wie viele Menschen müssen noch ertrinken, wie oft müssen wir unsere Sitzungen noch mit Schweigeminuten beginnen?“

CO2-Emissionen: Auch Schiffe müssen umweltfreundlicher werden

Für die internationale Seeschifffahrt gibt es bisher keine EU-Vorgaben, was die Senkung von CO2 angeht. Das hängt auch damit zusammen, dass sich die meisten Schiffe nicht nur in europäischen Gewässern, sondern weltweit bewegen. In der Luftfahrt hat der Versuch der EU, Gebühren für CO2-Ausstoß über europäischem Luftraum zu verlangen, zu einem regelrechten Handelskrieg geführt. Den US-Airlines wurde per Gesetz verboten, die CO2-Abgabe an die EU zu zahlen. China legte als Vergeltungsmaßnahme milliardenschwere Aufträge von Airbus auf Eis. Inzwischen wurde die CO2-Abgabe ausgesetzt und man bemüht sich um ein gemeinsames weltweites Instrument zur Verringerung von CO2 im Luftverkehr. Luft- und auch Seeverkehr sind eben ein globales Business. Da helfen europäische Alleingänge, um Umweltstandards durchzusetzen, nichts.

Deswegen geht die EU bei der Reduzierung von CO2-Emissionen in der Schifffahrt auch vorsichtig vor. Wir haben letzte Woche einem Gesetz zugestimmt, wonach Reeder die CO2-Emissionen ihrer Schiffe überwachen und jährlich darüber Bericht erstatten müssen. Das gilt ab 2018 für alle Schiffe mit mehr als 5 000 Gross-Tonnage, die EU-Häfen anlaufen. Mit dem neuen System sollen zunächst Daten über Emissionen und die Effizienz der Motoren erhoben werden. Auf dieser Grundlage wird dann weiter entschieden werden, ob man mehr Gesetze zur Reduzierung von CO2-Emissionen im Seeverkehr braucht.

Strategie zur nachhaltigen Forstwirtschaft

Forstwirtschaft in Europa soll nachhaltiger werden. Zu diesem Thema hat das Plenum des Parlaments letzte Woche einen Bericht verabschiedet. Die Abgeordneten fordern, die Erstellung von Waldbewirtschaftungsplänen für Wälder der öffentlichen Hand innerhalb der EU bis 2020 verpflichtend vorzuschreiben. Wälder in Privatbesitz bleiben von der Verpflichtung ausgenommen. Für Privatwald braucht es keine EU-weiten Vorschriften für Bewirtschaftungspläne. Die nationalen Vorschriften, zum Beispiel in Deutschland, sind bereits sehr anspruchsvoll. Unter anderem deshalb ist Deutschland Holzland Nummer eins in Europa. Holz wird

bereits jetzt als klimafreundlicher Baustoff eingesetzt. Bewirtschaftungspläne für Privatwald müssen freiwillig bleiben. Nachhaltige Waldbewirtschaftung ist Sache der Mitgliedsstaaten. Wir haben in Europa zu viele verschiedene Gegebenheiten. Einheitliche Ansätze können diesen nicht gerecht werden.

Schutz der Olivenbäume vor Feuerbakterien

Am 30. April fand in Parlament in Straßburg eine Anhörung zum Ausbruch der Olivenbaum-Krankheit *Xylella fastidiosa* statt. Es handelt sich dabei um ein Bakterium, welches neben Oliven-, Mandel und Pfirsichbäumen auch Zitruspflanzen und Rebstöcke befällt. Es stellt ein erhebliches Risiko für den gesamten landwirtschaftlichen Bereich der EU dar. Wirtspflanzen des sogenannten Feuerbakteriums kommen im gesamten EU-Raum vor. Pflanzenschutzmittel, die den Erreger bei bereits befallenden Bäumen und Pflanzen bekämpfen, sind bisher nicht bekannt.

Innerhalb der EU wurde *Xylella fastidiosa* erstmals bei Olivenbäumen in der italienischen Provinz Lecce im Oktober 2013 nachgewiesen. Um die Ausbreitung *Xylella fastidiosa* einzudämmen werden in Lecce nun gemäß der Pflanzenquarantäne-Richtlinie Millionen von Olivenbäumen gefällt.

Ob die im Plenum diskutierten strikteren Importkontrollen, teilweise Importverbote, der Einsatz von Pestiziden oder die Rodung infizierter Bäume die richtigen Lösungen sind, bleibt abzuwarten. Sicher ist nur, dass wir dafür sorgen müssen, dass nicht noch mehr Olivenbauern ihre Einkommens- und Lebensgrundlage durch das Roden der jahrhundertealten Bäume entzogen wird. Es muss uns gelingen das Feuerbakterium aufzuhalten, da es den gesamten landwirtschaftlichen Bereich in ganz Europa bedroht.

Einsturz des Rana-Plaza-Komplex in Bangladesch

Vor rund zwei Jahren stürzte der Rana-Plaza-Komplex in Bangladesch ein. Das Gebäude brach unter der Last illegal errichteter Stockwerke zusammen. Mehr als 1100 Menschen kamen dabei ums Leben und über 2000 Textilarbeiter wurden verletzt. Aufgrund ungenügender Sicherheitsstandards sind die Arbeitsbedingungen nach wie vor äußerst gefährlich. Die Sanierungsmaßnahmen hinken stark hinterher. Auch eine Vielzahl an westlichen Firmen ließen ihre Kleidung dort produzieren und versprachen die Arbeitsbedingungen vor Ort zu verbessern. Von den internationalen Gewerkschaften IndustriAll und UNI wurde ein Entschädigungsfond für die Hinterbliebenen und Verletzten aufgesetzt mit dem Ziel ca. 30 Millionen Dollar einzusammeln. 23 Millionen sind mittlerweile eingegangen - dass die verbleibenden 7 Millionen Dollar noch nicht eingezahlt wurden ist dem teilweise zögerlichem Engagement der Unternehmen, die im Rana-Plaza-Komplex produzieren ließen, geschuldet und sehr bedauerlich. Viele Angehörige der Opfer sind nicht nur dem seelischen Leid durch den Verlust von Familienangehörigen ausgesetzt, sondern bangen, bedingt durch die entgangenen Einkommen, auch finanziell um ihre Existenz. Die Betroffenen benötigen dringend Geld für Arztbesuche und Operationen. Wir müssen die Konzernzentralen mehr in die Pflicht nehmen, damit solche schrecklichen Tragödien sich nicht wiederholen. Die Überprüfung der

Sicherheit der Zulieferfabriken in den Entwicklungsländern liegt auch in ihrer Verantwortung.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Neue Emissionsgrenzwerte für die Binnenschifffahrt

Luftverschmutzung durch sogenannte "Nicht für den Straßenverkehr bestimmte Maschinen" soll reduziert werden. Dies betrifft Verbrennungskraftmaschinen, die in Baumaschinen und Stromgeneratoren, Traktoren oder auch Lokomotiven eingebaut sind. Hierzu hat die Kommission einen Vorschlag gemacht, der jetzt im Parlament diskutiert wird. Problematisch sind die vorgeschlagenen Standards für Binnenschiffe. Das Problem hierbei liegt in den Grenzwerten. Motoren, die diese Grenzwerte erfüllen können, sind nämlich gegenwärtig noch nicht am Markt verfügbar. Es ist technisch zudem sehr schwierig, entsprechende Motoren zu entwickeln. Außerdem handelt es sich um ein so kleines Marktsegment (lediglich 100 neue Motoren pro Jahr in Europa), dass sich deren Entwicklung kaum lohnt. Andere Alternativen, wie zum Beispiel die Nachbehandlung der Abgase, scheitern oftmals an der praktischen Umsetzung (zum Beispiel daran, dass der Platz für entsprechende Anlagen auf den kleinen Schiffen fehlt). Hier müssen realistische Grenzwerte her. Denkbar wären zum Beispiel Standards, die auch bei der Binnenschifffahrt in den USA Anwendung finden. Bei der Binnenschifffahrt gibt es in Europa noch viele ungenutzte Kapazitäten. Dabei ist es eine umweltfreundliche Alternative zum Transport von Gütern auf der Straße, die noch viel mehr gebraucht werden sollte.

Halbzeitbilanz zum Weißbuch Verkehr (Berichterstatterin der liberalen Fraktion)

In ihrem Weißbuch Verkehr legte die Europäische Kommission 2011 eine ehrgeizige Zukunftsstrategie für ein wettbewerbsorientiertes Verkehrssystem vor. Darin wurden 40 Initiativen angekündigt, z.B. sollen die verkehrsbedingte CO₂-Emissionen bis 2050 um 60% gesenkt oder die Zahl der Verkehrstoten drastisch reduziert werden. Nach fünf Jahren will der Verkehrsausschuss eine erste Bilanz ziehen. Auch die Kommission plant für Ende des Jahres einen Fortschrittsbericht. Welche Ziele sind inzwischen erfüllt? Welche müssen angepasst werden? Welche sind überholt?

Mir ist vor allem wichtig, dass wir uns nicht auf die Idee der Verkehrsverlagerung versteifen. Es ist unrealistisch, dass wir auf absehbare Zeit den Hauptteil des Güterverkehrs auf Schiene oder Wasserstraßen verlagern können. Die Eisenbahn muss gefördert, die Infrastruktur ausgebaut und die Schiene wettbewerbsfähiger werden. Aber deswegen darf man die Straße nicht vernachlässigen, denn auf ihr wird auch in Zukunft der Hauptteil der Waren transportiert. Wir können uns nicht nur auf die umweltfreundlicheren Verkehrsmittel wie Schiene und Wasserstraße konzentrieren. Jeder Verkehrsträger muss effizienter und auch umweltfreundlicher werden. Zwei Lang-LKW ersetzen z.B. drei konventionelle Laster. Am Ende kann der

Lang-LKW dadurch helfen, Sprit zu sparen und Emissionen zu reduzieren. Wir machen den Schienengütertransport nicht wettbewerbsfähiger, wenn wir Innovationen auf der Straße verhindern.

Die Angeordneten des Verkehrsausschusses haben über 600 Änderungsanträge für die Halbzeitbilanz zum Weißbuch Verkehr eingereicht, die in ganz unterschiedliche Richtungen gehen. Daraus müssen wir in den nächsten Wochen eine einheitliche Stellungnahme machen.

Ozean-Tagung in Brüssel

Auf Einladung der portugiesischen ständigen Vertretung fand eine vom KDM (Konsortium deutsche Meeresforschung) organisierte Veranstaltung in Brüssel statt. Ich war in meiner Eigenschaft als Präsidentin der Meeres-Intergroup zu Einführung und Moderation eingeladen. Hauptredner war Prof. Dr. Klaus Töpfer, bekanntermaßen früherer deutscher Umweltminister, jetzt aber Geschäftsführer des Institutes for Advanced Sustainability Studies in Potsdam. Seinem Beitrag "Blaues Wachstum - nachhaltige Nutzung der Ozeane" folgten verschiedene Präsentationen von Wissenschaftlern zu Tiefsee-Bergbau, marinen genetischen Ressourcen und erforderlicher internationaler Umweltgesetzgebung. Eine für mich hochspannende Angelegenheit, da ich mich ja intensiv mit maritimer Wirtschaft und Meeresforschung beschäftige, und gleichzeitig ein weiteres Thema für unsere Intergroup.

Gütertransport auf der Straße: MiLoG im Fokus

Frachtverkehr per LKW, fairer oder unfairer Wettbewerb und Arbeitsbedingungen für europäische LKW-Fahrer werden zur Zeit im Verkehrsausschuss heftig diskutiert. In einer Anhörung mit Beiträgen von Kommission, Wissenschaftlern, Logistikern und Gewerkschaften spielte auch der deutsche Mindestlohn mit seinen detaillierten Vorgaben für internationale Transporte eine Rolle. Im Podium bestand Einigkeit darüber, dass das MiLoG eine Gefahr für den europäischen Binnenmarkt darstellt und die Kommission einschreiten sollte. Verkehrskommissarin Violeta Bulc bat in einer anschließenden Diskussionsrunde mit dem Ausschuss um Verständnis, dass sie nicht dazu Stellung nehmen kann, da in der Kommission noch an der Reaktion auf das MiLoG unter Einbeziehung des juristischen Dienstes gearbeitet wird. Allgemein geht man davon aus, dass es ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesregierung geben wird.

Aussprache zum Thema Klonen

Das Klonen von Tieren zu landwirtschaftlichen Zwecken ist in der EU gegenwärtig verboten. Darüber herrschte auch bei der Aussprache in Umweltausschuss am 16. April weitestgehend Konsens. Die von Berichterstatterin Sommer geforderte Verordnung, die die Rückverfolgung von Klonen der dritten oder vierten Generation beinhaltet, geht allerdings zu weit und ist technisch nicht realisierbar.

Der Tierschutz, die Tiergesundheit und der Verbraucherschutz haben oberste Priorität. Seit Jahren stagnieren die Forschungsfortschritte in Bezug auf die Klontechnik. Angesichts der aktuell nicht ausgereiften Technologien kommt es beim

Klonen noch zu häufig zu Anomalien und dadurch bedingt zu enormen Leiden der Klontiere. Auch die Folgen der künstlichen Genveränderung sind nicht abzusehen. Jedoch sollte man sich der Forschung nicht gänzlich verweigern. Außerdem darf ein Verbot nicht soweit gehen, dass internationale Handelsbeziehungen mit der EU zu stark beschränkt werden.

Die Frist zum Einreichen von Änderungsanträgen lief vorletzte Woche ab. Der Umweltausschuss und das Plenum des Parlaments beraten nun darüber. Danach muss eine Einigung mit den EU-Gesundheitsministern gefunden werden. Man darf skeptisch bleiben, ob es schnell zu einer Einigung kommen wird.

Der Juncker-Plan für Strategische Investitionen

Anfang des Jahres hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seinen Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) vorgestellt. Damit will er die Investitionsbremse in Europa lösen. Viele Mitgliedstaaten ächzen unter der hohen Staatsverschuldung. Investitionen beispielsweise in moderne Infrastruktur (Straßen, Brücken, Netze für Internet und Energie) werden seit Jahren aufgeschoben. Innerhalb der nächsten drei Jahre sollen mit Hilfe des Fonds nun 315 Milliarden Euro mobilisiert werden. Es geht vor allem darum, private Investoren anzulocken, die bei den derzeit niedrigen Zinsen nach rentablen Anlageprojekten suchen. Der neue Fonds wird mit 21 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt und der Europäischen Investitionsbank ausgestattet. Mit diesen 21 Milliarden werden die besonders risikoreichen Bereiche von Projekten finanziert. Der private Investor hat dementsprechend weniger Risiko, sein Geld zu verlieren, und wird leichter investieren. Der EU-Fonds dient also hauptsächlich als Garantie. Ziel ist es, durch die Investitionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, nicht nur während der Bauzeit der Projekte, sondern auch langfristig.

Die Idee finden wir alle richtig und wichtig. Gerade eine moderne Verkehrsinfrastruktur ist gut angelegtes Geld, steigert die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen und zieht neue Unternehmen an. Streit gibt es nun aber darüber, aus welchen EU-Töpfen die Gelder für den neuen Fonds abgezogen werden sollen. Wir als Verkehrsausschuss wehren uns dagegen, dass einige Milliarden aus der Connecting Europe Facility (CEF) abfließen sollen. Die CEF ist erst letztes Jahr nach jahrelangen Diskussionen eingeführt worden, um den Ausbau der Transeuropäischen Verkehrskorridore (TEN-T) zu finanzieren. Das Geld ist in erster Linie für Projekte gedacht, die für private Investoren wenig attraktiv sein dürften: grenzüberschreitende Lückenschlüsse, Renovierung von Schleusen und Umrüstung von Güterzügen mit Flüsterbremsen. Vor allem umweltfreundliche Verkehrsträger sollen gefördert werden. Der Juncker-Plan hat ganz andere Prioritäten.

Bevor die CEF und auch das Europäische Forschungsprogramm Horizon 2020 pauschal gekürzt werden, sollte man zunächst nicht aufgebrauchte Budgetlinien für den EFSI nutzen. Und außerdem flexibel jedes Jahr entscheiden, wo die benötigten Gelder abgezogen werden - je nachdem, wie viele EFSI-Projekte eingereicht wurden. Dafür haben sich die verantwortlichen Ausschüsse im Parlament ausgesprochen. Jetzt stehen harte Verhandlungen mit dem Ministerrat zu

Finanzierung und Ausgestaltung des EFSI an. Bis zum Sommer sollen alle nötigen Gesetzesänderungen abgeschlossen sein, damit der Fonds operabel ist.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Konferenz zur besseren Anbindung maritimer und entfernt liegender Regionen in Marseille

Zusammen mit Politikern, Vertretern der Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie Angehörigen der Europäischen Kommission haben wir uns in Marseille gemeinschaftlich Gedanken gemacht, wie abgelegene Territorien in der EU in Zukunft besser an Verkehrswege angebunden werden können. Hintergrund ist der weit verbreitete Eindruck, dass abgelegene Regionen in den verschiedenen europäischen Finanzierungsrahmen nicht adäquat berücksichtigt werden. Diesem Eindruck kann ich in Teilen zustimmen. Gerade was die Verbindung mit Inselregionen angeht, findet man viel Potential für Verbesserungen. Dennoch sollte man nicht vergessen, dass sich die EU durch Programme, wie beispielsweise die Transeuropäischen Netze mit Kern- und Erweiterungsnetz, mittelfristig auch dafür stark macht, entfernte Standorte besser anzuschließen. Ein gutes Beispiel ist der Hafen von Koper in Slowenien, der im Rahmen des Mittelmeerkorridors gefördert und an Verkehrsnetze angeschlossen wird. Als Präsidentin der "Meeres"-Intergroup und Vertreterin des Europäischen Parlaments habe ich in meinem Redebeitrag zum einen auf die Bedeutung gerader dezentraler Regionen für den Tourismus und zum anderen auf Entscheidungen zu Wasserstraßennetzen und Regionalflughäfen hingewiesen. Die folgenden Workshops zu maritimer Politik und zur Seefahrt waren sehr aufschlussreich und haben mir einige Denkanstöße geliefert, die ich in meiner Arbeit verwenden werde.

7. Deutscher Verkehrspilotentag in Frankfurt

Wettbewerbsverzerrungen im Luftraumverkehr gefährden Arbeitsplätze in deutschen und europäischen Fluggesellschaften. Um dem entgegenzuwirken stellte die Vereinigung Cockpit am 23. April beim 7. Deutschen Verkehrspilotentag in der Stadt Frankfurt a.M. die Kampagne „FairSky“ vor. Gemeinsam mit Robert Hengster (ver.di, FB Luftfahrt), Dirk Polloczek (Präsident ECA), Klaus-Peter Siegloch (Präsident BDL), Ilja Schulz (VC-Präsident) nahm ich an der Podiumsdiskussion zum Thema Fair Competition teil. Dabei ging es vor allem um Tarifpluralität, fairen Wettbewerb, faire Arbeitsbedingungen bei Fluggesellschaften und das Luftverkehrskonzept.

Um die Besteuerung zu minimieren und die in der EU höheren, arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu umgehen werden Flugzeuge „ausgeflaggt“ - in der Schifffahrt ein bekanntes Phänomen. Das bedeutet, die Registrierung von Flugzeugen erfolgt in einem Land mit geringeren Regularien und Beschäftigungsstandards. Das ist beispielsweise bei Norwegian, einer norwegischen Airline mit Standort in Irland mit geringeren Sozialvorschriften, der Fall. Einige Nicht-EU-Fluggesellschaften nutzen diese regulatorischen Schlupflöcher und ineffizient koordinierte Gesetzgebung aus. Sie untergraben internationale Regeln und Vereinbarungen, die einen fairen Wettbewerb und faire Beschäftigungsstandards sicherstellen sollen. Auch Sozialdumping darf in deutschen und internationalen Fluggesellschaften nicht

hingenommen werden. Wettbewerb ist nur dann möglich, wenn sich alle betroffenen Akteure an klare Regeln halten.

Lenkungskreis Bahntechnologie in Berlin berät zum Eisenbahnpaket

Auf einer gemeinsamen Sitzung der Lenkungskreise Bahntechnologie und Schienenverkehr des Deutschen Verkehrsforums in Berlin habe ich für die Vorteile eines einheitlichen europäischen Bahnsystems geworben. Ein solches System wird die Wettbewerbsfähigkeit der Bahnen ganz erheblich steigern. Zum einen können Hersteller ihre Produkte in unterschiedlichen Ländern auf den Markt bringen. Zum anderen wird das Ausstellen von Zulassungen und Zertifizierungen erleichtert. In der Summe werden Kosten gesenkt und Zeit im Produktionsprozess gespart. Dies ist insbesondere mit Bezug auf steigenden globalen Wettbewerb von enormer Bedeutung.

Neben der Wettbewerbsfähigkeit wurden auch praktische Fragen thematisiert - zum Beispiel Schienenlärm. Hier habe ich die Vorteile des Schienenverkehrs unterstrichen. Es ist der einzige Verkehrsbereich, in dem europäische Mittel in großem Umfang bereitgestellt wurden, um Lärm zu bekämpfen. Die anwesenden Industrievertreter haben sich ebenso eindeutig für eine einheitliche Zulassung und europäische Sicherheitszertifikate ausgesprochen. Es ist ein wesentlicher Punkt, um die enormen Effizienzunterschiede zwischen nationalen Systemen zu beseitigen und den Eisenbahnsektor im Vergleich zu anderen Bereichen zu stärken.

Teamklausur in Gifhorn

Unsere halbjährlich stattfindende Teamklausur bietet eine erstklassige Gelegenheit, mich mit all meinen Mitarbeitern auszutauschen und meinen großen Wahlkreis zu erkunden. Ob Bremen, Papenburg, Stade oder Goslar - in der Vergangenheit hat es uns bereits an die verschiedensten Orte verschlagen. In diesem Jahr stand wieder ein "Heimspiel" in Niedersachsen auf dem Plan. Meine Mitarbeiter kamen aus den verschiedensten Ecken Deutschlands und Belgiens zusammen, um die kommenden Monate zu besprechen. Oberste Priorität hatte dabei die inhaltliche Besprechung über unsere Ziele und Schwerpunkte. Mein Hauptaugenmerk liegt weiter klar auf der Verkehrs- und Umweltpolitik. Die Botschaft ist eindeutig: Wir werden weiter dafür sorgen, dass Logistik und Mittelstand gestärkt werden! Zudem werde ich meinen Fokus auch weiterhin auf die Meerespolitik sowie - als Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen - auf die Frauenpolitik richten.

Neben der inhaltlichen Arbeit mit meinem Team kam auch der Spaß nicht zu kurz. So konnten wir uns gemeinsam bei einem Abendessen mit dem FDP-Ortsverband Gifhorn, an dem auch der ehemalige Bundestagsabgeordnete Florian Bernschneider teilnahm, über Kommunalpolitik und liberale Positionen austauschen. Zudem stand ein Besuch bei Volkswagen in Wolfsburg auf dem Programm. Nach der Begrüßung durch Jens Herrmann von der Werksleitung wurden uns bei einem Rundgang die gewaltigen Dimensionen der Produktion verdeutlicht. Zu guter Letzt konnten wir mit dem Leiter der Elektro-Traktion die Zukunft der Elektromobilität diskutieren. Bevor sich mein Team wieder in alle Himmelsrichtungen verstreute, haben wir bei einem abschließenden Abendessen die anstehenden Aufgaben, sei es die Wahl in Bremen

oder die Aufgaben im Wahlkreis oder auf europäischer Ebene, diskutiert. Ich freue mich bereits auf unser nächstes Treffen in Wismar - nicht nur um unsere Arbeit weiter voranzutreiben, sondern auch um eine weitere Stadt in meinem Wahlkreis näher kennenzulernen.

Young Visitors Programme: zwei Weniger Schülerinnen im Europaparlament

Vom 13. bis 16. April kamen die beiden Schülerinnen Sara Burkhardt und Patrizia Wickert von der Sophie-Scholl-Gesamtschule meines Heimatortes nach Brüssel. Sie waren Teil des "Young Visitors Program", das die liberale Fraktion eingerichtet hat. Es soll jungen Menschen zwischen ca. 16 und 21 Jahren die Möglichkeit geben, eine Woche im Europäischen Parlament in Brüssel zu verbringen. Zielgruppe sind junge Menschen in der Berufsausbildung oder von Haupt- und Realschulen, die normalerweise wenig mit der Europäischen Union in Berührung kommen. Für die Gruppe von 20 jungen Menschen aus ganz Europa wurde ein abwechslungsreiches Besuchsprogramm zusammengestellt. Sie lernten nicht nur das Europäische Parlament kennen, sondern auch die Europäische Kommission oder das Brüsseler Büro von Google, sprachen mit verschiedenen Abgeordneten und ihren Mitarbeitern. Sara und Patrizia waren begeistert von ihrem Besuch und den vielen Menschen, die sie hier kennengelernt haben, aber auch ziemlich erschöpft nach vier Tagen mit vollem Programm und viel Englischreden.

Europäische Gesetzgebung am Wunstorfer Gymnasium

In einem Simulationsspiel zur europäischen Gesetzgebung am Hölty-Gymnasium in Wunstorf schlüpfen Schülerinnen und Schüler in die Rollen von Parlament, Rat und Kommission und verfassten ein Gesetz zur Asyl- und Migrationspolitik. Zum Abschluss des dreitägigen Planspiels diskutierten die Klassen mit mir die aktuellen Flüchtlingstragödien im Mittelmeer und wie schnelle und umfassende Hilfe aus Europa geleistet werden kann. Wie immer gab es natürlich auch viele Fragen zum Alltag einer Europaabgeordneten.

Bremer Wahlkampftermin: Stiftung Friedehorst

Gemeinsam mit den Kandidaten zur Bremer Bürgerschaftswahl Agnes Müller-Lang, Rainer Buchholz und Georg von Groeling-Müller besuchte ich die diakonische Stiftung Friedehorst im Norden Bremens, eine von einem Pastoren geleitete private Einrichtung der Gesundheitswirtschaft mit Vorbildcharakter. Dort gibt es auf dem weitläufigen Gelände nicht nur Betreuung von Menschen mit Behinderungen, neurologische Reha und Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung, sondern auch eine Schule. In der Betreuungseinrichtung spielen auch kreative und sportliche Aktivitäten eine Rolle: ein selbstgebautes Papierboot wird demnächst mit einer gemischten Crew an einer Regatta teilnehmen.

Europa ein Jahr nach der Wahl

Die Europaunion lädt derzeit vielerorts zu einer ersten Bestandsaufnahme ein. So diskutierte ich in Hamburg gemeinsam mit Kollegen von SPD und Grünen unser jeweils bislang fachlich Erreichtes, um das Leben in Hamburg noch angenehmer oder sicherer zu machen. In Osterholz-Scharmbeck referierte ich zum Wunschthema "Was tut Europa für Verkehr und Tourismus in der Elbe-Weser-Region?" In beiden Fällen war aber auch Stellungnahme zu aktuellen Themen - Griechenland, Flüchtlinge, TTIP - gefragt.

Terminvorschau

11.05.2015	Osnabrück Gespräch mit Politikkurs des Gymnasium Ursulaschule
12.05.2015	Brüssel Konferenz der Meeres-Intergroup mit Kommissar Karmenu Vella
13.05.2015	Wennigsen Mitgliederversammlung des FDP-Ortsverbandes
14.05.2015	Berlin Auftakt des Frauenförderprogramms der Friedrich-Naumann-Stiftung
15.-17.05.2015	Berlin Bundesparteitag
22.05.2015	MH Hannover Gespräch über Tierversuche und zur Initiative "Stop Vivisection"
18.-21.05.2015	Straßburg Plenarsitzung des EP

Ihre Gesine Meißner

Mai 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Wahl in Bremen ist vorbei und für die FDP war sie äußerst erfolgreich. Mit 6,57 Prozent ziehen die Liberalen nach vierjähriger Abwesenheit wieder in die Bremische Bürgerschaft ein und dies mit dem besten Ergebnis seit fast 20 Jahren. Lencke Steiner und ihr Team haben mit einem modernen, frischen und inhaltsreichen Wahlkampf die Wähler und Wählerinnen von sich überzeugen können.

Für 60 Prozent der FDP-Wähler (Vergleich: 40 Prozent bei der SPD) ging es um Inhalte und Themen und nicht wie in den Sozialen Medien teilweise suggeriert um einen Personenkult. Ein weiterer Erfolgsfaktor für diese Wahl, wie zuvor auch in Hamburg, war der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit der liberalen Familie deutschlandweit. Am Liberalen Aktionstag, dem 2. Mai, sind zum Beispiel über 500 FDP-Mitglieder aus dem ganzen Bundesgebiet angereist, um in Bremen Wahlkampf zu machen, bunte Luftballons mit unseren Ideen steigen zu lassen und gemeinsam für den Erfolg zu kämpfen.

Beste Bildung, starke Wirtschaft mit Förderung der Gründerszene und fließender Verkehr werden die Kernthemen für eine konstruktive Oppositionspolitik der neuen Bürgerschaftsfraktion. Ich wünsche den sechs gewählten Abgeordneten viel Erfolg und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit. Und Ihnen wünsche ich viel Spaß beim Lesen!

Ihre Gesine Meißner

I. Bundesparteitag in Berlin unter dem Motto "German Mut"

„Mehr Chancen durch mehr Freiheit: Kernforderungen der FDP“ lautete der Leitantrag beim 66. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP, der dieses Jahr vom 15. bis zum 17. Mai in Berlin stattfand. In der Presse wurde hauptsächlich über die Annahme des Antrags zur kontrollierten Freigabe von Cannabis berichtet, den unsere Jungen Liberalen einbrachten. Mein Antrag zur Ratifizierung der Istanbul-Konvention, den ich für die Liberalen Frauen eingereicht hatte, wurde angenommen. Diese Konvention des Europarats schafft verbindliche Rechtsnormen gegen häusliche Gewalt und insbesondere gegen die Gewalt an Frauen. Zudem schreibt das Abkommen die Verankerung der Gleichstellung von Geschlechtern und die Abschaffung sämtlicher diskriminierender Vorschriften in der Verfassung vor. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Konvention zwar unterschrieben, bisher allerdings nicht ratifiziert - das muss sich ändern!

Satzungsgemäß standen auch wieder die Wahlen für den Bundesvorstand an. Unser Bundesvorsitzender Christian Lindner wurde mit starken 92,4 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Zum ersten Stellvertreter wurde Wolfgang Kubicki mit 94,2 Prozent gewählt. Auch ich wurde für zwei weitere Jahre als Beisitzerin in den Bundesvorstand gewählt, in dem ich bereits seit 2007 Mitglied bin. Nach den für uns erfolgreichen Landtagswahlen in Bremen und Hamburg wollen wir uns jetzt nicht entspannt zurücklehnen, sondern uns getreu dem neuen Motto „German Mut“ couragiert auf die bevorstehenden Wahlkämpfe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im März 2016 vorbereiten. Auf dem Bild sehen sie die strahlenden Wahlsieger aus Bremen beim Bundesparteitag: Prof. Hauke Hiltz (Landesvorsitzender Bremen) und Lencke Steiner (Spitzenkandidatin der FDP in Bremen).

Im Rahmen des Bundesparteitags moderierte ich als Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen eine Diskussionsrunde zum Thema "Frauen sind anders - Männer auch! Die weibliche Sicht auf Gesellschaft und Politik". In der Debatte wurde deutlich, dass viele Frauen den Weg in die Politik scheuen, da sie Politik als reine Männersache wahrnehmen. Es wird ihnen zu viel geredet und nicht zielgerichtet genug gearbeitet. Zudem wagen sich viele Frauen erst nach der Familienplanung in die Politik. Das gibt den Männern einen Vorsprung in der politischen Karriere. Sie können viel früher Netzwerke aufbauen und sich Posten innerhalb der Partei sichern. Wie bekommen wir mehr Frauen in die FDP? Es müssen mehr Themen angesprochen werden, die Frauen besonders bewegen, z.B. Bildung, Familie und soziale Fragen. Seitens der Liberalen Frauen haben wir ein Internetforum als Diskussionsplattform eingerichtet und werden frauenspezifische Seminare und

lockere Treffen organisieren. Ich bin überzeugt, dass liberale Politik für Frauen und Männer gleichermaßen gut "passt" und werde dafür weiter Überzeugungsarbeit leisten.

II. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Soll Mutterschaftsurlaub EU-weit einheitlich geregelt werden?

Oder ist das eine Frage, die jedes EU-Land lieber gemäß den nationalen Gepflogenheiten organisiert? Die Kommission hatte 2008 einen Vorschlag für eine Richtlinie zum Mutterschutzurlaub gemacht, die eine veraltete EU-Richtlinie aus dem Jahr 1992 ersetzen sollte. Darin schlug sie 14 Wochen Mutterschaftsurlaub vor, was der derzeitigen Regelung in Deutschland entspräche. Das Europaparlament hatte diesen Vorschlag damals großzügig auf 20 Wochen Mutterschutz bei voller Bezahlung ausgeweitet. Dieser Vorschlag würde wiederum das deutsche System auf den Kopf stellen, das an sich für junge Mütter vorteilhafter ist, da man nach dem Mutterschutz zusätzlich Anspruch auf ein Jahr Elternzeit hat. Auch die Bezahlung von 6 Wochen zusätzlichem Mutterschutz wäre in Deutschland problematisch. Hier übernimmt der Arbeitgeber nämlich einen Großteil der Kosten und die jungen Mütter werden nicht direkt aus dem Staatshaushalt entlohnt wie in anderen Ländern.

Wie so oft bei Sozialgesetzgebung sind die Systeme in den einzelnen EU-Mitgliedsländern unterschiedlich organisiert. Da möchte kein Land alles umstellen. Deswegen blockieren die Mitgliedsstaaten die Richtlinie zum Mutterschutz schon seit mehreren Jahren. Die Kommission hat nun angekündigt, den Gesetzgebungsvorschlag zurückzuziehen, wenn Parlament und Rat nicht bis Ende Juni einen Ausweg finden. Das Parlament hat deswegen in einer Resolution in Straßburg nochmals mehrheitlich bekräftigt, dass es bereit ist, mit dem Rat zu verhandeln, und hat gleichzeitig kritisiert, dass der Richtlinienvorschlag abgeschafft werden soll. Unsere Position ist aber eine andere: Wir haben als FDP schon damals gegen die 20 Wochen Mutterschutzurlaub gestimmt und sind deswegen nicht traurig, wenn die europäische Mutterschutz-Richtlinie nicht verabschiedet wird. Daher haben wir die Resolution diese Woche auch abgelehnt. Die derzeitige deutsche Regelung ist ausgewogen und hat sich bewährt, sowohl für junge Eltern als auch für Arbeitgeber.

"Safer Healthcare" in Europe

In der EU erleiden 8-12 Prozent der stationär eingewiesenen Patienten Schäden oder unerwünschte Folgen durch Behandlungen. 20-30 Prozent davon gelten als vermeidbar. Aber nicht nur stationär können Negativfolgen einer Therapie auftreten. In dem am Dienstag angenommenen Initiativbericht des Parlaments zur sicheren Gesundheitsvorsorge geht es hauptsächlich um europäische Mindeststandards in der Krankenfürsorge. Ein weiterer Bestandteil ist die Vermeidung von sogenannten "antimikrobiellen Resistenzen". Das bedeutet, dass beispielsweise ein Bakterium eines Patienten die Fähigkeiten entwickelt, der Wirkung eines Antibiotikums zu widerstehen. Faktisch wird das Antibiotikum unwirksam. Deswegen ist es wichtig, die

Forschung und Entwicklung neuer Antibiotika voranzutreiben. Ein Vorhaben, was uns Liberalen besonders wichtig ist.

Antibiotika sollen Todes- oder Krankheitsfälle, die durch bakterielle Erkrankungen ausgelöst werden, verringern. Zudem sind sie ein unverzichtbares Instrument der modernen Medizin: Übliche Verfahren wie die Transplantation, die Chemotherapie bei Krebs und die orthopädische Chirurgie könnten ohne wirkungsvolle Antibiotika ebenfalls nicht durchgeführt werden. Eine der Hauptursachen für die Resistenz ist die unsachgemäße Verwendung. Beispielsweise werden Antibiotika unnötig gegen virale Infektionen verordnet, gegen die sie wirkungslos sind. Es gibt aber auch andere Ursachen: Patienten wissen oft nicht, dass eine Antibiotika-Therapie bis zum Ende durchgeführt werden muss, oder es werden standardmäßig Breitspektrum-Antibiotika verordnet. Bei den Behandlungen sollte der Patient stets im Mittelpunkt stehen. Fort- und Weiterbildungen sind wichtiger Bestandteil der Gesundheitssysteme. Die Kommission und Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, nachzudenken, wie sie einer besseren und sicheren Gesundheitsfürsorge nachkommen können.

Europäische Agenda für Migration

Die Hauptdebatte fand diese Woche in Straßburg aus aktuellem Anlass wieder zum Thema Flüchtlinge und Migration statt. Einige Mitgliedsstaaten, insbesondere die Mittelmeeranrainer, können die gewaltigen Flüchtlingsströme nicht allein bewältigen. Der für Flüchtlingsfragen zuständige griechische Kommissar Avramopoulos hat deshalb am Mittwoch eine Europäische Migrationsagenda vorgestellt. Sie ist eine Kombination aus innen- und außenpolitischen Maßnahmen und besteht nicht nur aus Sofortmaßnahmen als Antwort auf das Flüchtlingsleid, das wir jeden Tag in den Nachrichten sehen.

Neben der Verdreifachung der Kapazitäten und Ressourcen für die gemeinsamen Frontex-Operationen Triton und Poseidon - eine Forderung, die wir schon lange hatten - wird die Kommission einen zeitlich befristeten Verteilungsmechanismus für Menschen, die internationalen Schutz in der EU benötigen, entwickeln. Bis Ende Mai soll ein EU-weites Neuansiedlungssystem für 20.000 Flüchtlinge vorgelegt werden. Dafür werden von der Kommission 50 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die mittel- bis langfristig angelegten politischen Leitlinien von Kommissionspräsident Juncker fokussieren sich auf vier Schwerpunkte:

Als erstes sollen die Anreize für illegale Migration reduziert werden. Das bis dato rentable Schleusergeschäft soll in ein wenig lukratives Geschäft umgewandelt werden. Der zweite Schwerpunkt betrifft das Grenzmanagement, d.h. die Rettung von Menschenleben und die Sicherung der Außengrenzen. Hierzu sollen falls erforderlich bestimmte Küstenschutzaufgaben auf EU-Ebene zusammengeführt werden. Eine gemeinsame starke Asylpolitik ist der dritte Schwerpunkt. Dabei soll besonders die systematische Identitätsfeststellung der Asylbewerber gestärkt werden, um zu verhindern, dass Flüchtlinge in mehreren EU-Staaten nacheinander Asyl beantragen. Wichtig ist vor allem der vierte Schwerpunkt, nämlich die Schaffung legaler Migrationsmöglichkeiten in die EU. Die Bevölkerung in Europa schrumpft, deswegen müssen wir Wege finden, um legale Migration zu ermöglichen. Insbesondere gutausgebildete Menschen müssen die Chance bekommen, bei uns

einen sicheren Platz in der Gesellschaft zu bekommen und einen wertvollen Beitrag für die Entwicklung Europas zu leisten.

Auch auf unserem Bundesparteitag haben wir uns mit einem ausführlichen Antrag zur Flüchtlingsproblematik befasst.

Debatte über Todesstrafe in Ungarn

Das Ungarn unter der politischen Führung Victor Orbans kann man getrost als eines der Sorgenkinder der EU bezeichnen. Sei es das berüchtigte Mediengesetz aus dem Jahr 2010, sei es die Ausbreitung der rechtsradikalen Jobbik-Partei, sei es die offene Ablehnung eines freiheitlichen demokratischen Systems seitens der Regierung. In der jüngeren Vergangenheit ist Ungarn regelmäßig äußerst unangenehm aufgefallen. Dieser traurigen Liste ist jetzt leider ein weiteres Kapitel hinzugefügt worden, da sich Ministerpräsident Orban offen für eine Wiedereinführung der Todesstrafe einsetzt. Zu diesem Zweck hat Orban nun vor dem Europäischen Parlament gesprochen. Er möchte sich damit weiterhin als rechtsnationaler Hardliner profilieren. Es ist allerdings ein Spiel mit dem Feuer, denn es steht nichts Geringeres als die Wahrung der europäischen Werte auf dem Spiel.

In der Plenardebatte hat die liberale Fraktion unmissverständlich und in aller Schärfe unterstrichen, dass eine Aushöhlung der EU-Charta der Grundrechte nicht geduldet wird. Die Argumentation von Orban, laut derer die Einführung der Todesstrafe nationaler Zuständigkeit unterliegt, ist falsch, denn als EU-Mitglied hat sich Ungarn verpflichtet, den europäischen Menschenrechtskonventionen zu folgen. Diese formulieren eindeutig, dass niemand zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden darf. Ich bin zudem sehr enttäuscht, dass sich die Europäische Volkspartei, und damit auch die CDU/CSU, nicht eindeutiger von Orban distanzieren, dessen Fidesz-Partei ein Teil des konservativen Lagers im Europäischen Parlament ist. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft und einzelne Mitgliedsstaaten sollten es vermeiden - gerade in diesen schwierigen politischen Zeiten - unsere fundamentalsten Werte zu hintergehen.

Mineralien aus Konfliktregionen

Die Anteilnahme der Bevölkerung an der Abstimmung zu den sogenannten "Konfliktmineralien" wurde in den letzten Wochen dadurch deutlich, dass uns per Mail hunderte Nachrichten mit Forderungen erreichten. Das liegt größtenteils daran, dass es sich hier um ein wirklich tragisches Thema handelt, bei dem es - das kann man so unverblümt sagen - um Leben und Tod geht. Die vier Mineralien - Gold, Zinn, Tantal und Wolfram - sind ein wesentlicher Bestandteil von weit verbreiteten Konsumgütern, wie zum Beispiel Mobiltelefonen oder Laptops.

Der Handel mit den begehrten Mineralien ist hochprofitabel und bedarf eigentlich einer strengen Regulierung und Überwachung. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die Rohstoffe werden größtenteils in Regionen gefördert, die zu den weltweit unsichersten zählen, wie die Zentralafrikanische Republik oder die Demokratische Republik Kongo, um nur zwei zu nennen. In diesen Regionen wird der Handel von Rebellengruppen kontrolliert, die die Bevölkerung gewaltsam zwingen, Mineralien

unter widrigsten Umständen zu fördern. Mit den Einnahmen werden dann die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen finanziert, mit dem Ziel das Einflussgebiet und damit auch den Zugang zu Mineralien zu erweitern. Es ist ein wahrer Teufelskreis.

Nicht nur in der Bevölkerung, sondern natürlich auch in der Politik wurde das Thema kontrovers diskutiert. Diese Woche standen die Abstimmungen für ein europäisches Kontrollsystem auf dem Programm. Die Liberalen hatten sich klar positioniert: Uns ging der Kommissionsvorschlag, der auf freiwilligen Verpflichtungen für die Industrie beruhte, nicht weit genug. Wir bestehen auf verpflichtende Standards für die Schmelz- und Veredlungsindustrie, da die betreffenden Mineralien von diesen verarbeitet werden. Für kleine und mittelständische Unternehmen haben wir weniger strenge Regeln vorgesehen. Letztlich sollte für Kunden ersichtlich sein, woher Produzenten Rohstoffe beziehen. In der Abstimmung wurden diese Ziele größtenteils erreicht. Ein Zertifizierungsverfahren wurde verabschiedet und kleinere Unternehmen werden bei der Rückverfolgung von Mineralien unterstützt. Importeure müssen nachweisen, dass Mineralien nicht aus Konfliktregionen stammen.

All diese Vorschläge sind schnell umsetzbar. Die EU hat, als größter Binnenmarkt und Industriestandort, ein gewaltiges Potential um weltweit Verbesserungen herbeizuführen und muss dies nutzen. Eine solche Chance können wir nicht verstreichen lassen. Gleichzeitig dürfen wir nicht denselben Fehler wie die US-Amerikaner begehen, die durch ultrarestriktive Regulierung ganze Regionen aus dem Markt ausgeschlossen ("Kongo-frei statt Konflikt-frei") und den legitimen Abbau dort verhindert haben. Dadurch wurde den dortigen Arbeitern die Lebensgrundlage entzogen, so etwas wollen wir nicht.

III. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Auftakt meiner Intergroup in Brüssel

Am 12. Mai fand die erste Konferenz der Intergroup "Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas" in Brüssel statt. Über insgesamt drei Stunden sprachen knapp 20 Vertreter der europäischen Institutionen, maritimen Wirtschaft, Forschung und verschiedener Nichtregierungsorganisationen über die Zukunft der europäischen Meerespolitik. Als Präsidentin der Intergroup hatte ich das Vergnügen, die Veranstaltung gemeinsam mit Karmenu Vella, dem maltesischen EU-Kommissar für Umwelt und Maritimes, zu eröffnen. Erfreulicherweise konnte der Kommissar auch noch bis nach der ersten Podiumsdiskussion bleiben, um sich den Fragen der mehr als 100 Anwesenden zu stellen. Dabei betonte der Kommissar vor allem die Notwendigkeit einer weltweiten Koordination der Meerespolitik, um die Weichen für ein nachhaltiges Wachstum zu stellen.

In drei thematischen Sitzungen wurde über die Zukunft des "blauen Wachstums", die europäischen Fördermöglichkeiten für den maritimen Sektor und die besonderen Herausforderungen für Inseln debattiert. Nach mehreren Arbeitstreffen mit Vertretern der verschiedenen Generaldirektionen der Kommission und der maritimen Industrie

war diese Veranstaltung der öffentlichkeitswirksame Auftakt der im Januar gegründeten Intergroup.

An diesem Donnerstag trafen sich die Mitglieder der Intergroup in Straßburg, um die weiteren Aktivitäten zu planen. Die nächste Veranstaltung wird am 2. Juli stattfinden. Dabei wird es um Meeresforschung und die Frage von Datenerhebung gehen. Nach der Sommerpause werden dann Konferenzen zum Thema maritime Raumordnung, Zukunft des Schiffbaus in Europa und des zunehmenden Meeresmüllproblems stattfinden. Gleichzeitig hat bereits die Planung für eine große Konferenz im kommenden Jahr begonnen, die gemeinsam von der Intergroup und der niederländischen Ratspräsidentschaft ausgerichtet werden soll.

Umgang mit zivilen Drohnen

Mehr und mehr unbemannte Flugsysteme - im Volksmund besser bekannt als Drohnen - bevölkern den Luftraum. Ferngesteuerte Drohnen werden nicht nur vom Militär verwendet. Die Nutzer von zivilen Drohnen erstrecken sich von Privatnutzern über Filmemacher bis zum Vermessungsingenieur. Für die Zukunft ist eine Vielzahl an weiteren Einsatzmöglichkeiten vorstellbar, so zum Beispiel im Gütertransport und der künstlichen Pflanzenbestäubung. Bedingt durch die Ausstattung mit einer Kamera können Drohnen hochauflösende Luftbildaufnahmen machen. Deshalb stellt sich nun verstärkt die Frage nach dem Datenschutz und der Privatsphäre des einzelnen Bürgers.

In Deutschland ist der Gebrauch von privaten Drohnen datenschutzrechtlich nicht zu beanstanden, wenn die Foto- und Filmaufnahmen nur für private Zwecke genutzt werden und nicht im höchstpersönlichen Lebensbereich eines Bürgers gemacht werden, beispielsweise in einem gegen Einblicke besonders geschützten Raum. Anders verhält sich die Sachlage, wenn die Nutzung gewerblich erfolgt oder Personen gezielt überwacht werden. Dann drohen unter bestimmten Voraussetzungen sogar strafrechtliche Konsequenzen.

Derzeit gibt es keine EU-weiten Regelungen zu unbemannten Luftfahrzeugen. Die Europäische Kommission will daher Ende des Jahres einen Gesetzesvorschlag machen, um auch den grenzüberschreitenden Drohnen-Einsatz zu ermöglichen. Es muss vor allem sichergestellt werden, dass ferngesteuerte Drohnen automatisch Hindernisse und andere Flugobjekte erkennen oder während des Fluges nicht von Hackern "entführt" werden können. Auch die Datenschutzfragen sollten europaweit geregelt werden. Im Transportausschuss erarbeiten wir hierzu gerade eine Stellungnahme.

Hafenpaket (Berichterstatterin der liberalen Fraktion)

Mit dem sogenannten "Port Package III" unternimmt die Europäische Kommission nun den dritten Versuch, die Häfen der EU einheitlichen Regeln zu unterwerfen. In der Vergangenheit hatte das Europäische Parlament sowohl Port Package I (2001), als auch Port Package II (2004) abgelehnt und somit die Gesetzesvorlagen der Kommission zurückgewiesen. Dieses Mal hatte das Parlament den

Verordnungsvorschlag zwar nicht abgelehnt, aber die Arbeit daran auf Eis gelegt. Nach einem Jahr Pause wird der Hamburger SPD-Abgeordnete Knut Fleckenstein seinen neuen Vorschlag für eine Parlamentsposition nun im Juni im Verkehrsausschuss vorstellen.

Im Vergleich zu Port Package I und II ist die derzeitige Vorlage eher ein "Port Päckchen". Dieses Mal hat die Kommission auf weitreichende Marktöffnungsvorschläge für einzelne Dienste in den Häfen verzichtet. Lediglich die Lotsen, die Schlepper und die Baggerdienste sollen für konkurrierende Anbieter geöffnet werden. Mein Kollege Fleckenstein hat schon angekündigt, diesen Punkt streichen zu wollen. Außerdem sollen die Hafententgelte, die Reeder für die Nutzung von Hafeninfrastruktur zahlen, transparenter werden. Durch die Einrichtung von Beschwerdestellen und Nutzerausschüssen sollen Häfen besser funktionieren und wettbewerbsfähiger werden. Problem ist nur, dass gerade die deutschen Häfen schon heute effizient arbeiten und gute Dienstleistungen anbieten. Was für einen Mittelmeerhafen hilfreich sein kann, bedeutet für einen deutschen Hafen unnötige und kostspielige Umstrukturierungen. Die Diskussionen um dieses historisch aufgeladene Gesetz werden noch schwierig werden.

Luftverschmutzung von Fahrzeugen weiter reduzieren (Berichterstatterin der liberalen Fraktion)

Schädliche Fahrzeugemissionen sollen verringert werden. Dieser Ansatz ist generell zu begrüßen. Die Maßnahmen müssen aber ausgewogen sein. Das heißt sie sollen natürlich einerseits möglichst gewinnbringend für die menschliche Gesundheit sein, müssen andererseits aber auch erreichbar, realistisch und bezahlbar bleiben. Im vorliegenden Bericht zur Anpassung von Euro 5 und Euro 6 schlägt die Kommission eine Reihe von Maßnahmen vor, um Abgase von leichten und schweren Nutzfahrzeugen zu verringern.

Das Anliegen unterstütze ich, werde mich aber auch darauf konzentrieren, dass die Anforderungen an Automobilhersteller realistisch bleiben und nebenbei die Gesetzgebung nicht mit Bürokratiehürden überfrachtet wird. Außerdem ist problematisch, dass sich die Kommission im vorliegenden Entwurf zu viele alleinige Entscheidungen vorbehält. Aus meiner Sicht muss für jeden neuen Grenzwert das Parlament Mitspracherecht haben. Diese dürfen nicht von der Kommission im Alleingang erlassen werden. Ich habe entsprechende Änderungsanträge eingereicht. Die Diskussion im Umweltausschuss steht nun an.

Wünschenswert aber illusorisch: Abschaffung von Tierversuchen in der medizinischen Forschung

Wenn eine Bürgerinitiative mindestens eine Millionen Unterstützer findet, kann sie die Europäische Kommission auffordern, einen Rechtsakt vorzuschlagen. Die Initiative „Stop Vivisection“ fordert den Ausstieg von Tierversuchen in der Forschung. Sie erhielt Zuspruch von rund 1,2 Millionen Menschen aus insgesamt 26 Mitgliedstaaten. Das Parlament war deshalb verpflichtet, eine öffentliche Anhörung zu veranstalten, die am 11. Mai stattfand.

Tierexperimentelle Forschung ist unersetzlich, darauf haben uns Forscher aus den verschiedensten Universitäten, Instituten und Forschungsbereichen eindringlich hingewiesen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Bereich der Epilepsieforschung wären Kenntnisse über diese häufige Erkrankung (Epilepsien betreffen ca. 1 Prozent aller Menschen) ohne Tierversuche auf einem erschütternd niedrigen Niveau, von den fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten ganz zu schweigen. Auch die Therapie anderer schwerer Krankheiten wie Krebs, Aids oder Alzheimer wäre heutzutage längst nicht so weit, wenn man auf Tierversuche verzichtet hätte. Dabei gilt natürlich stets die Einhaltung strengster ethischer Regeln. Es gibt immerhin in der EU bereits strenge Vorschriften, die insbesondere in der Richtlinie 2010/63/EU geregelt sind. Die Initiatoren wollen diese abschaffen und durch ein Totalverbot ersetzen. Wir müssen uns aber immer vor Augen halten, dass es hier nicht um kosmetische Produkte geht, die erforscht werden, sondern um dringend benötigte Therapien und medizinische Erkenntnisse. Die Illusion, die durch die Initiatoren verbreitet wird, Forschung ließe sich auch komplett durch alternative Methoden durchführen, erweist sich als haltlos und ist Populismus in Reinform. Viele komplexere Körpervorgänge, wie das Herz-Kreislauf-System, werden nicht zufriedenstellend durch die vorgeschlagenen Alternativen abgedeckt. Darüber hinaus ist die Untersuchung eines echten Gehirns bei der Erforschung der neuronalen Grundlagen des Denkens unverzichtbar.

Die Kommission ist nun in der Pflicht eine Antwort zu präsentieren. Diese wird für den 3. Juni 2015 erwartet. Im Falle einer Ablehnung des Anliegens ist die Kommission zu einer Begründung verpflichtet. Es gilt als unwahrscheinlich, dass die Richtlinie 2010/63/EU abgeschafft wird. Medizinische Forschung bei Arzneimitteln und Therapien würde erheblich verlangsamt. Renommiertere Medizinforscher würden ins Ausland abwandern. Ein Szenario, das sich die EU weder leisten kann noch darf. Bereits heute sind Tierversuche in der medizinischen Forschung auf ein Minimum beschränkt und müssen unter der Einhaltung höchster ethischer Standards stattfinden.

Bei einem ausführlichen Gespräch zu dem Thema mit Experten (darunter auch dem Tierschutzbeauftragten) der Medizinischen Hochschule Hannover wurde mir folgendes mit auf den Weg gegeben: Verbesserungen bei Transplantationen, Implantaten wie künstlichen Hüftgelenken oder der Krebsbekämpfung sind ohne Tierversuche auch in Zukunft nicht denkbar. Neue Krankheiten, neue Infektionen, Epidemien wie Ebola oder Vogelgrippe können nur bekämpft werden, wenn Forscher am gesamten Organismus neue Medikamente testen können. In Hannover wurde herzkranken Kindern das Leben gerettet, indem ihnen künstlich mitwachsende Herzklappen eingesetzt wurden. Auch so etwas ist und bleibt ohne vorheriges Testen am Tier nicht möglich.

Bürokratieabbau in der EU

Die Europäische Kommission, in Person von Vize-Präsident Timmermanns, hat ihre Vorschläge für bessere europäische Gesetzgebung in Straßburg vorgestellt. Was bedeutet das konkret? Erstens sollen Gesetze in Zukunft verständlicher und einfacher zu handhaben sein. Zweitens sollen Gesetze befristet und in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Drittens soll die europäische

Gesetzgebung zielgerichteter werden - Stichwort: Qualität statt Quantität. Hintergrund der Initiative ist, dass der Brüsseler Verwaltungsapparat in der Bevölkerung zunehmend zu Recht als "Bürokratiemonster" wahrgenommen wird. Das spielt nicht nur den EU-feindlichen Parteien in die Karten, sondern vermittelt das Bild einer bevormundenden Organisation. Dass Bürokratieabbau möglich ist, kann ich aus meiner Zeit als niedersächsische Landtagsabgeordnete bestätigen: von 2003-2008 haben wir 40 Prozent aller Vorschriften abgeschafft und Gesetze mit "Verfallsdatum" eingeführt, und es gibt trotzdem immer noch mehr als genug.

Zugegeben ist der Name Bürokratieabbau eher trocken, doch verbirgt sich dahinter ein wichtiges Thema. Es muss uns gelingen, dafür zu sorgen, dass der Mittelstand sich wieder darauf konzentrieren kann, Arbeitsplätze zu schaffen, anstatt endlose Formulare auszufüllen. Es muss uns gelingen Unternehmen und Verbände stärker in den Prozess einzubeziehen. Es muss uns gelingen die Kraft der EU auf Felder zu richten, wo für spürbare Verbesserung gesorgt werden kann. All dies hat auch die Kommission erkannt. Das wird allein dadurch deutlich, dass die zweitwichtigste Person hinter Präsident Juncker, nämlich Vizepräsident Frans Timmermans, sich größtenteils mit diesem Thema befasst. Das Vertrauen in Europa muss wieder gestärkt werden. Schlüssel dafür ist der Bürokratieabbau und wir Liberalen werden der Kommission tatkräftig zur Seite stehen. Es ist an der Zeit "Gesetzesleichen" aus dem Keller zu holen. Ein gutes Beispiel sind die Diskussionen um die Sicherheitsvorkehrungen im Flugverkehr. Seit Jahren wird darüber gestritten, wer die Kosten für stärkere Kontrollen übernehmen soll, obwohl diese von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt werden. Solche ziellosen Diskussionen gibt es zuhauf innerhalb der EU, weshalb es höchste Zeit ist dazugehen vorzugehen.

Deutscher Mindestlohn im internationalen LKW-Verkehr

Endlich hat die Europäische Kommission angemessen auf den deutschen Mindestlohn im Transportsektor in Form eines Vertragsverletzungsverfahrens reagiert. Begründung: Sowohl Regeln des Europäischen Binnenmarktes als auch die Entsenderichtlinie ausländischer Arbeitnehmer werden verletzt. Die meisten EU-Staaten sehen mittlerweile einen Mindestlohn vor, aber noch kein Land hat detaillierte Regeln dazu für den Warentransport festgelegt. Die Einbeziehung des internationalen LKW-Verkehrs - auch im Transit, d.h. heißt im reinen Durchfahrtsverkehr durch Deutschland - in das nationale Mindestlohngesetz ist völlig überzogen. Es bedeutet, dass Löhne für ausländische Fahrer angepasst werden müssen, sobald diese die Grenze überqueren. Wie soll das in der Praxis funktionieren? Die Bundesregierung stellt es sich so vor, dass alle Fahrten mit Angabe der Verweilstunden in Deutschland beim Zoll angemeldet werden müssen - auf deutsch und per Fax! Vollkommen unsinnig im größten Binnenmarkt der Welt, in dem der größte Teil der Waren auf den Straßen transportiert wird. Obendrein führt es zu zusätzlichen bürokratischen Hürden, und das in Zeiten, in denen die EU alles daran setzt, Bürokratie abzubauen statt zu erhöhen.

Nicht nur unsere europäischen Nachbarn sind außer sich, auch ich finde das unakzeptabel. Dieser Vorschlag ist der heutigen Zeit nicht angemessen. Europa beraubt sich der eigenen Stärke, indem wir zurück in nationale Fragmentierung, Schlagbaummentalität und protektionistisches Gehabe fallen. Ich kann es nur immer wieder betonen: Wir brauchen fairen Wettbewerb für europäische

Transportunternehmen, und wir wollen gute Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer, egal, woher sie kommen. Aber das Mindestlohngesetz ist da der falsche Weg. Es ist gut, dass die Kommission nach gründlicher juristischer Analyse zu dem gleichen Schluss gekommen ist und formal ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eröffnet hat. Die Bundesregierung hat jetzt zwei Monate Zeit für eine ausführliche Stellungnahme.

Ein EU-weites Ticket-System für grenzenloses Reisen in Europa

In der nächsten Woche wird der Verkehrsausschuss über eine Stellungnahme zum Thema "Umsetzung multimodaler integrierter Fahr- und Flugscheinsysteme" abstimmen. Hinter diesem sperrigen Titel verbirgt sich ein wichtiges Thema, das dem ein oder anderen vielleicht auch schon aufgefallen ist. Derzeit gibt es innerhalb der EU keine Plattform, auf der man auf einen Blick Reiseangebote per Flugzeug, Zug, Schiff oder Bus finden kann. Es ist heute schwierig, eine grenzüberschreitende Reise mit verschiedenen Verkehrsmitteln zu planen. Man muss sich im Internet mühsam durch verschiedene Anbieter für die verschiedenen Verkehrsmittel in den verschiedenen Ländern klicken. Das ist eine Vollzeitätigkeit, für die man Geduld, Fremdsprachenkenntnisse und echtes Detailwissen braucht.

Wir wollen Reisenden eine Grundlage bieten, um zügig die nachhaltigste, schnellste und kostengünstigste Reiseoption herauszusuchen, sie online zu buchen und zu bezahlen. Die Idee ist, dass Bürger eine Reise von Riga bis Porto auf einer Internetseite buchen und mit nur einem Fahrschein antreten können. Das wäre für den Reisenden wesentlich komfortabler. Nach der Abstimmung im Verkehrsausschuss wird das Thema im Plenum besprochen werden. Damit wird die Europäische Kommission aufgefordert, dieses Thema stärker zu verfolgen. Das integrierte Ticketsystem wird uns noch eine Weile beschäftigen, denn viele offene politische und technische Fragen zur Bereitstellung von Daten, Abrechnung und Fahrscheinerkennung müssen geklärt werden - es bleibt also spannend.

IV. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Europäische Gesetzgebung am Ursula-Gymnasium in Osnabrück

"Was kann die Europäische Union tun, um bessere Rahmenbedingungen für Flüchtlinge zu schaffen?" Mit dieser Frage beschäftigte sich eine 10. Klasse unter Leitung ihres Politiklehrers Matthias Seestern-Pauly und startete im Simulationsspiel ein Gesetzgebungsverfahren mit verteilten Rollen. Zum Abschluss wurde ich eingeladen, um aus meiner Arbeit als Europaabgeordnete zu berichten und zu aktueller Tagespolitik Stellung zu nehmen. Die Klasse war äußerst interessiert und befragte mich sehr detailliert zu verschiedensten Themen. So wollte eine Schülerin wissen, wer in meinem Büro eigentlich "das Sagen" hat und damit ausschlaggebend ist für meine politischen Entscheidungen: Lobbyisten und damit Wirtschaft und Interessensverbände, meine Assistenten (die ja alle Inhalte für mich bearbeiten) oder ich allein? Nun, es ist eine Mischung aus allem: Lobbyisten geben mir Einblick in die Praxis oder teilen mir ihre Anliegen mit, meine Assistenten sind meine wichtigsten Berater, aber entscheiden und die Entscheidung letztlich verantworten muss ich natürlich selbst.

Start des Mentoringprogramms bei der Friedrich-Naumann-Stiftung in Berlin

Der Ansturm auf die Plätze im Mentoringprogramm für Frauen war so groß, dass entgegen der ursprünglichen Planung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Herbst 2015 gleich ein zweiter Kurs eingerichtet wird. Als Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen und frühere langjährige Seminarleiterin "Frauen in die Politik" habe ich in der Eröffnungsveranstaltung von meinem Weg in die Politik und aus der aktuellen Arbeit berichtet und den 29 Teilnehmerinnen Tipps zum Durchstarten in der männlich dominierten Politik gegeben. Die Frauen aus elf Bundesländern mit unterschiedlichsten Vorerfahrungen und Funktionen in der FDP hatten gleich am zweiten Tag des Kurses Gelegenheit, den Bundesparteitag zu besuchen. Einige waren Delegierte und blieben dabei. Ein gelungener Einstieg!

Terminvorschau

23.05.	FDP-Landesvorstand	Hannover
26.05.	Ausschusssitzungen	Brüssel
26.05.	Expertentreffen Medizinprodukte	Brüssel
27.05.	Miniplenum	Brüssel
27.05.	Delegationssitzung	Brüssel
28./29.05.	Europäischer Tag der Meere	Athen
30.05.	Landesmitgliederversammlung Liberale Frauen	Hannover

Ich wünsche Ihnen ein frohes Pfingstfest!

Ihre Gesine Meißner

Juni 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Straßburger Plenarwoche sollte eigentlich eine mehrheitliche Parlamentsposition zum Freihandelsabkommen mit den USA gefunden werden. Damit sollte die europäische Seite bei den Verhandlungen mit den Amerikanern gestärkt werden. Zur großen Enttäuschung der Liberalen war jedoch genau das Gegenteil der Fall. Andere Parteien, wie die Sozialdemokraten, zeigen sich intern zerstritten oder betreiben Fundamentalopposition wie die Grünen und die Linken. Im Endeffekt wird die TTIP-Abstimmung auf unbestimmte Zeit verschoben und wir haben uns selbst geschwächt. Eine schlechte Nachricht sowohl für das Parlament als auch für Europa.

Dennoch wurde natürlich auch wieder konstruktiv gearbeitet. Unter anderem hat das Parlament die Gleichstellung der Geschlechter und die erneut aufflammenden

Kämpfe in der Ost-Ukraine thematisiert. Zudem wurden die jüngsten Enthüllungen bei der FIFA besprochen. Hinsichtlich meiner politischen Themen haben mich dieses Mal besonders europäische Häfen und städtische Mobilität umtrieben. Genauere Informationen finden Sie wie gehabt in diesem Newsletter. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Stillstand bei der Gleichstellung der Geschlechter?

Alle Jahre wieder diskutiert das Europaparlament die Gleichstellung von Mann und Frau. Entscheidende Fortschritte hat es in letzter Zeit nicht gegeben, in einigen Bereichen ist sogar Stillstand zu verzeichnen.

Diesmal haben wir eine Stellungnahme abgegeben, wie die neue EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter aussehen soll. Sie wird jeweils für fünf Jahre aufgestellt, die aktuelle Strategie läuft 2015 aus. Aber es müssten den immer wiederkehrenden Lippenbekenntnissen endlich Taten folgen.

Beim Gender Equality Index des Europäischen Instituts für Gleichstellung erreicht die EU nur einen Durchschnittswert von 54 von 100 Punkten. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird zwar jedes Jahr am "Equal-Pay-Day" eingefordert, aber bislang ohne Erfolg. Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt ein Dauerthema, nicht nur für Frauen, die den Großteil der Betreuungsarbeit übernehmen und dadurch berufliche Einbußen hinnehmen müssen, sondern auch für Männer, die sich mehr der Familie widmen möchten und dafür nicht die passenden flexiblen beruflichen Angebote vorfinden.

Studien haben bewiesen, dass gemischte Teams effektiver arbeiten und mehr Profit erwirtschaften. Dennoch bleiben Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft und Politik deutlich unterrepräsentiert. Ein verbindlicher Fahrplan für Verbesserungen ist daher überfällig. Es darf allerdings nicht soweit kommen, dass EU-Fördergelder für kleine Unternehmen an die Erfüllung von Gleichstellungskriterien gebunden werden. Das geht zu weit und wurde von uns abgelehnt.

Bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gibt es aber keine Ausreden. Hier muss Europa Vorreiter sein. Genitalverstümmelung und Vergewaltigung als Mittel der Kriegsführung sind nicht hinnehmbar. Der Schutz vor Gewalt und Diskriminierung als Menschenrecht muss fester Bestandteil in der Außen- und Handelspolitik der EU werden.

Abstimmung zu TTIP: Eine verpasste Chance

Eigentlich sollte diese Woche die Abstimmung zum Freihandelsabkommen mit den USA stattfinden.

Konkret sollte das Parlament seine Forderungen an die Verhandlungsführer festlegen. Bei den Sozialisten, insbesondere der SPD ging es intern allerdings drunter und drüber, sodass das Votum letztendlich auf unbestimmte Zeit verschoben werden musste. Martin Schulz strich zunächst die Abstimmung von der Tagesordnung mit der offiziellen Begründung, dass in letzter Minute zu viele Änderungsanträge eingereicht wurden – als Parlamentspräsident kann er das machen. Dann wurde darüber abgestimmt, ob die Debatte trotzdem stattfinden soll, was natürlich wenig Sinn machte, weil jetzt im Ausschuss neu verhandelt wird. Die Verschiebung der Debatte erfolgte dann äußerst knapp mit 183:181 Stimmen bei 37 Enthaltungen. Das ist alles sehr ärgerlich, da somit wertvolle Zeit verstreicht, obwohl die europäische Wirtschaft dringend auf neue Impulse angewiesen ist, um Wachstum zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu verringern.

Die Liberalen waren und sind bereit voranzuschreiten. Wir haben eine klare Vorstellung wie ein ambitioniertes TTIP aussehen soll, von dem europäische Verbraucherinnen und Verbraucher genauso profitieren wie die innovative Exportwirtschaft. TTIP wird die Konjunktur beleben. Gerade für den Mittelstand, für kleine und mittlere Unternehmen ergeben sich neue Chancen beim Export in die USA durch niedrigere Zölle und den Wegfall hemmender Formalitäten. Auch in Deutschland wird das Abkommen allerdings von einem Teil der Bevölkerung vehement abgelehnt. Die Angst konzentriert sich meistens auf spezielle Fragen - Stichwort Chlorhühnchen. Dass Hühnchen in Chlor getaucht werden, um Keime abzutöten, finden viele Deutsche widerlich. Dass abgepackter Salat auch in Europa mit Chlor behandelt wird, weiß fast niemand. Umgedreht dürfen in den USA zum Beispiel keine Äpfel aus Europa verkauft werden, da die Grenzwerte für Pestizid-Rückstände dort strenger sind als in Europa. Die EUÄpfel sind nach amerikanischen Maßstäben zu sehr belastet.

Klar ist, USA und EU haben unterschiedliche Standards für Lebensmittel. Deswegen wird es schwierig, sich in diesem Punkt beim Freihandelsabkommen zu einigen. Vieles wird so bleiben wie bisher. Also kein Chlorhühnchen in Deutschlands Supermärkten und keine deutschen Äpfel in amerikanischen Supermärkten.

Ein weiterer großer Kritikpunkt in der deutschen Öffentlichkeit sind die sogenannten Schiedsgerichte, die durch das Freihandelsabkommen vorgesehen sind. Bei Streitigkeiten zwischen den zwei Handelspartnern können beide Parteien ein unabhängiges Schiedsgericht für die Klärung des Streits einsetzen. Ausländische Investitionen im anderen Land sollen damit geschützt werden. Die Bundesrepublik hat selber 130 Verträge mit Staaten außerhalb der EU abgeschlossen, wo diese Schiedsgerichte vorgesehen sind. Kein deutsches Unternehmen möchte sich von einem afrikanischen Despoten ohne Grund enteignen lassen und alles Geld verlieren, das vor Ort investiert wurde. Auf die örtlichen Gerichte ist in diesem Fall wahrscheinlich wenig Verlass.

Aber wieso braucht man diese parallele Rechtsprechung, wo es doch sowohl in der EU als auch in den USA ein funktionierendes Rechtssystem gibt? Nun, sogar in Handelsabkommen, die Deutschland mit EU-Partnern wie Polen und Ungarn hat, gibt es Schiedsgerichte. Deutschland hat aktuell sogar ein Schiedsgerichtsverfahren gegen Spanien eingeleitet, da spanische Zuschüsse für Solarstromanlagen drastisch

gekürzt wurden. Deutsche Unternehmen, die in Spanien Solaranlagen gebaut haben, fühlen sich in ihrer Kalkulation betrogen.

Wegen der vielen Kritik gegen die Schiedsgerichte arbeitet die EU gerade an neuen Regeln, um die Arbeit dieser Gerichte transparenter zu machen. Auch das Urteil muss in Zukunft öffentlich sein. Damit kann man einige Zweifel vielleicht ausräumen. Die Liberalen sind in dieser Frage sehr konstruktiv, während die Grünen sich zum Beispiel komplett quer stellen. Insgesamt ist TTIP aber ein Mammutprojekt, das uns noch viele Jahre beschäftigen wird. Aus meiner Sicht bietet es aber für Europa viele Chancen - wie jeder Freihandel bislang. Schließlich ist die EU selbst eine einzige große Freihandelszone. Deshalb ist es ärgerlich, dass wir diese Woche nicht den nächsten Schritt machen konnten.

EU-Russland Beziehungen

Die Gewalt in der Ost-Ukraine ist erneut eskaliert und gefährdet das Minsk-II-Abkommen vom Februar 2015. Diese Vereinbarung sollte zur Deeskalation des Kriegs in der Ost-Ukraine beitragen. Die vereinbarte Waffenruhe wurde seitdem jedoch wiederholt gebrochen. Die Kämpfe sind leider erneut heftig aufgeflammt. Hinzu kommt, dass verschiedenen europäischen Abgeordneten, auch unserem Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt, in den letzten Wochen die Einreise nach Russland verweigert wurde. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, reagierte daraufhin mit der Entscheidung, den Zugang russischer Volksvertreter ins Parlament ebenfalls genauer zu prüfen. Angesichts dieser Probleme hat sich das Europäische Parlament in dieser Sitzungswoche erneut mit der Thematik befasst.

In der Debatte zeigt sich die Mehrzahl der Abgeordneten sehr besorgt, dass Russland sich immer weiter von der internationalen demokratischen Gemeinschaft und Rechtsordnung abwendet. Am drastischsten wurde dies durch die illegale Annexion der Krim deutlich. Besorgniserregend ist außerdem, dass die russische Regierung versucht, eine Allianz mit den euro-skeptischen und extremen Parteien Europas wie der Front National zu schmieden, um die einheitliche Position der EU aufzuweichen. Dies dürfen wir unter keinen Umständen zulassen. Wir wollen partnerschaftliche Beziehungen mit Russland, aber eben nur, wenn es die Destabilisierung auf allen Ebenen unterlässt.

Hinsichtlich der Halbinsel Krim entsteht eine bedrohliche Situation, da die Schwarzmeerflotte auf russischer Seite stark verstärkt wird. Es besteht die realistische Gefahr eines Wettrüstens. Die unsichere Situation hat negative Konsequenzen für Energielieferungen und die maritime Wirtschaft. Jeden Tag gehen der russischen Wirtschaft Millionen Euro durch die Lappen. Außerdem gibt es Bericht über Übergriffe auf die Minderheit der Tartaren auf der Krim. Es ist also eine militärische, humanitäre und wirtschaftliche Krise, die dringend entschärft werden muss.

FIFA: Wichtiges Signal im Anti-Korruptionskampf

Die Korruptionsvorwürfe gegen hohe FIFA-Funktionäre und der Sturz Sepp Blatters waren Anlass genug für das EU-Parlament, eine Entschließung zum Thema zu verabschieden. In dieser wird unter anderem gefordert, dass die Regeln und Strukturen der FIFA dringend reformiert und transparenter werden müssen. Zudem wird erwähnt, dass die Einhaltung von Menschenrechten bei der Vergabe von sportlichen Großereignissen ausschlaggebend sein sollte. Hintergrund ist, dass der zukünftige WM-Gastgeber Katar regelmäßig wegen der katastrophalen Arbeitsbedingungen auf den Baustellen in den Fokus von Menschenrechtsorganisationen gerät.

Es ist an der Zeit nicht nur leere Versprechen gegen Korruption zu geben, sondern aktiv gegen die Übeltäter vorzugehen. Die Verhaftungen der Funktionäre waren daher richtig und wichtig. Staaten müssen im Anti-Korruptionskampf stärker miteinander kooperieren, um Schlupflöcher zu entdecken und zu schließen. Fußball ist ein Sport, der weltweit verfolgt und geliebt wird. In der Vergangenheit haben einzelne Männer den Fußball als Geisel zur persönlichen Bereicherung genommen. Damit muss nun endgültig Schluss sein. Dazu braucht es eine Reform der Verbandskultur und der Institutionen. Durch die weltweite Beliebtheit des Sports wird ein eindeutiges Signal gesendet, das in allen Ländern gehört wurde. Es gibt kein 'weiter so', sondern eine andere Führungskultur. Die EU kann in diesem Reformprozess beratend zur Seite stehen, zum Beispiel was transparente Strukturen, Buchhaltung und Ausschreibungen von öffentlichen Veranstaltungen angeht.

Ban Ki-moon spricht zu Europaabgeordneten

In der Mai-Sitzung beehrte uns der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, im Europäischen Parlament. Er würdigte den Einsatz der Europäischen Union für Frieden, wirtschaftliche Entwicklung und Menschenrechte. Er unterstrich deutlich, dass die Unterstützung der EU in diesen Bereichen für die Arbeit der UN sehr wichtig ist. Aus gegebenem Anlass äußerte sich der UN-Generalsekretär zu den Flüchtlingskrisen im Süden Europas und in Südostasien. Allein in diesem Jahr sind 1800 Menschen bei dem Versuch das Mittelmeer zu überqueren ums Leben gekommen - ein zwanzigfacher Anstieg im Vergleich zum letzten Jahr.

Angesichts dieser erschreckenden Zahlen steht die Staatengemeinschaft in der Pflicht Lösungen zu finden. Natürlich unterstütze ich diese Aufforderung uneingeschränkt. Es ist unsere dringlichste Aufgabe, Leben im Mittelmeer zu retten! Dazu müssen wir verschiedene Lösungsansätze verfolgen. Wir müssen die Seenotrettung erweitern. Wir müssen gegen die Schmuggler vorgehen. Wir müssen Entscheidungen über Aufenthaltserlaubnisse reformieren und beschleunigen - um nur einige Ansätze zu nennen. Unter keinen Umständen dürfen Flüchtlinge stigmatisiert werden. Generalsekretär Ban sprach zudem die bevorstehenden Klimaverhandlungen in Paris und die Entwicklungskonferenz in Addis Abeba an. Beide Termine sind große Chancen um globale Probleme zu lindern. Er betonte, dass in Paris bindende

Klimaschutzvorgaben für alle Staaten gefunden werden müssen. Zudem müssen Entwicklungsländer bei Bedarf finanziell unterstützt werden, um diese zu erreichen. In Addis Abeba müssen Wege gefunden werden, um Hilfgelder effektiver einzusetzen und Armut erfolgreicher zu bekämpfen.

Am 70. Jahrestag der Vereinten Nationen stehen wir also vor großen Herausforderungen, zu denen die Europäische Union große Beiträge leisten muss. Die breite Zustimmung des Parlaments auf die Rede von Herrn Moon hat gezeigt, dass er mit unserer Unterstützung rechnen kann.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Hafenpaket (Berichterstatterin der liberalen Fraktion)

Die Arbeit am sogenannten Port Package III nimmt langsam Fahrt auf. Ziel des Gesetzgebungsvorschlags ist, EU-weite Regeln für die Organisation von Dienstleistungen in Häfen festzulegen, z.B. das Betanken, Schleppen und Vertäuen von Schiffen oder die Frachtabfertigung. Nächste Woche wird der Hamburger SPD-Abgeordnete Knut Fleckenstein seinen Vorschlag für eine Parlamentsposition vorstellen. Statt einige Dienste für konkurrierende Anbieter zu öffnen, will Fleckenstein den Häfen mehr Möglichkeiten an die Hand geben, die Zahl der Dienstleister zu beschränken. Das macht für viele Bereiche auch Sinn. Ein kleiner Hafen bietet z.B. nicht genug Verkehr, um zwei verschiedene Betankungsdienste zu bedienen. Auch die Lotsen sind ein sensibler Bereich. Sie sehen die Sicherheit und die reibungslosen Abläufe im Hafen gefährdet, wenn mehr als ein Lotsendienst dort unterwegs ist. Ich betreue dieses Gesetzgebungsverfahren für die Liberalen und kann mich der ablehnenden Position meines SPD-Kollegen nicht völlig anschließen. Man muss nämlich auch berücksichtigen, dass manche Häfen sich schon heute entschieden haben, einige Dienste für verschiedene Konkurrenten zu öffnen. Auch für solche Fälle sollte es klare Regeln geben. Mir ist wichtig, dass wir keinem Hafen ein bestimmtes System vorschreiben, denn die europäischen Häfen sind viel zu unterschiedlich organisiert. Allein die Eigentumsverhältnisse sind kaum zu vergleichen. In Deutschland oft in der Hand von Ländern und Kommunen, sind die britischen Häfen rein private Unternehmen oft von chinesischen Investoren finanziert.

Städtische Mobilität (Berichterstatterin der liberalen Fraktion)

„Städtische Mobilität“ ist in Zeiten, in denen immer mehr Menschen in Städten leben, ein wichtiges Thema. Für die EU-Politik allerdings ein Minenfeld, denn über den öffentlichen Nahverkehr, Tempo 30 Zonen oder autofreie Sonntage entscheiden ausschließlich die Städte und Kommunen vor Ort. Die EU hat hier keine Kompetenz, Gesetze zu erlassen. Aber sie kann natürlich Empfehlungen geben. Von dieser Möglichkeit hat meine italienische Kollegin der Fünf Sterne Bewegung auch ausführlich Gebrauch gemacht. Sie hat im Namen des Parlaments einige recht idealistische Vorschläge eingereicht, z.B. kostenfreier ÖPNV oder auch Bau einer neuen Straße nur, wenn man vorher geprüft hat, ob eine neue S-Bahn nicht auch die gleiche Menge an Passagieren transportieren kann. Ich glaube aber nicht, dass man

Leute vom Autofahren abhält, indem man aufhört, Straßen zu bauen, die ja im übrigen auch von Bussen im ÖPNV genutzt werden. Von einem staatlichen Autofahrverbot halte ich auch überhaupt nichts. Wir brauchen eher intelligente und innovative Lösungen, um Stau, Abgase und Lärm in der Stadt zu reduzieren. Möglich wären vielleicht Belieferungen von Restaurants und Geschäften mit Elektroautos auch während der Nacht. Sie machen wenig Lärm und halten den Verkehr nicht auf, da nachts wenig Autos unterwegs sind. Oder man nimmt sich ein Beispiel an Amsterdam. Dort werden die Bierfässer direkt vom Frachtschiff aus dem Kanal in die Kneipe am Ufer gehoben -praktisch, aber natürlich nicht überall möglich..

Frühstück mit dem Kommissar: Kreislaufwirtschaft – Ideen und Innovation statt Planwirtschaft

Im Juli letzten Jahres hat die Kommission das sogenannte Abfallpaket zurückgezogen und für Ende 2015 einen neuen Vorschlag angekündigt. In diesem neuen Vorschlag will sich die Kommission nicht nur auf Abfall konzentrieren, sondern auch andere Felder wie Ressourceneffizienz einbeziehen. Zu diesem Thema hatten wir, die liberalen Mitglieder des Umweltausschusses, im Rahmen eines informellen Arbeitsfrühstücks am Mittwoch den zuständigen Kommissar Karmenu Vella zu Gast, der mit uns über die Kommissionspläne zu diesem Thema sprach. Durchaus interessant deshalb, da das Parlament derzeit an einem Initiativbericht arbeitet, der unter der Federführung der finnischen EVP-Abgeordneten Pietikäinen im Umweltausschuss debattiert wird. Zwar entfaltet dieser Bericht keine gesetzlich bindende Wirkung, doch reflektiert er den Standpunkt des Parlaments, was die Kommission bei der Erarbeitung ihres (dann für den Gesetzgebungsprozess die Grundlage bildenden) Vorschlags berücksichtigen sollte. Leider ist der Umweltausschuss hier wieder auf der altbekannten planwirtschaftlichen Schiene unterwegs.

Unternehmen muss man nicht gesetzlich vorschreiben, in welcher Weise sie Ihre Ressourcen effizient nutzen sollen. Ressourcen sind teuer, weshalb es in der Natur wirtschaftlichen Handelns liegt, ressourceneffizient zu haushalten. Da braucht es keine Vorschriften aus Brüssel. Bei dem Arbeitsfrühstück hat Kommissar Vella jedoch einige gar nicht so unfrische Ideen geäußert. Ich halte es durchaus für sinnvoll, wenn man vor einem Gesetzesvorschlag sogenannte Best-Practice-Lösungen in Augenschein nimmt. Ich erwähnte, dass Boeing zum Beispiel für neue Flugzeuge recycelte Teppiche verwendet. Auch der Kommissar meinte, dass noch viel mehr Wiederverwertung stattfinden kann. Ich finde das auch. Allerdings muss so ein Vorschlag offen sein und gute gesetzliche und europäisch einheitliche Rahmenbedingungen setzen. Auch Anreize sollen geschaffen werden. Von neuen bürokratischen Vorschriften, wie Unternehmen mit Ihren Rohstoffen umgehen sollen, halte ich aber nichts.

Verpflichtende Verbrauchsanzeigen in Fahrzeugen (Berichterstatteerin der liberalen Fraktion)

Der nächste Streich aus Brüssel: Sollen bald per Gesetz Verbrauchsanzeigen in Fahrzeugen vorgeschrieben sein? Dies schlägt zumindest die Berichterstatteerin der

Stellungnahme des Verkehrsausschusses vor. Sie fordert, dass für alle Fahrzeugklassen künftig verpflichtend Anzeigen für den Kraftstoffverbrauch eingebaut werden müssen. Ebenso sollen Warnsignale dem Fahrer anzeigen, wann er den Gang wechseln soll. Ich finde diese Forderung überzogen. Fahrzeughersteller sollen diese Hilfsmittel in die Fahrzeuge einbauen können, es soll aber nicht per Gesetz verpflichtend vorgeschrieben werden. Die Logistikbranche ist auf Spritsparen angewiesen, derartige Anzeigen zum Verbrauch oder umweltfreundlichen Fahren sind also für die Hersteller von Nutzfahrzeugen ohnehin ein Wettbewerbsvorteil. Automobilhersteller statten ihre Fahrzeuge sowieso schon größtenteils damit aus. Eine verpflichtende Regulierung ist somit überflüssig. Die Abstimmung der Stellungnahme erfolgt in der nächsten Woche im Verkehrsausschuss.

'Stop Vivisection' vorerst abgelehnt

Nach der im Mai öffentlich abgehaltenen Anhörung war die Kommission in der Pflicht bis zum 3. Juni eine Antwort zu präsentieren. Stop Vivisection, die dritte Europäische Bürgerinitiative, forderte den kompletten Verzicht auf Tierversuche. Dies ist aber in einigen Forschungsbereichen nicht möglich. Im Bereich der Epilepsieforschung zum Beispiel wären Kenntnisse über diese häufige Erkrankung (Epilepsien betreffen ca. 1 Prozent aller Menschen) ohne Tierversuche auf einem erschütternd niedrigen Niveau, von den fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten ganz zu schweigen. Für die Wissenschaft ist der Beschluss der Kommission eine Erleichterung. EU-Kommissar Jyrki Katainen erläuterte: "Ein vollständiges Verbot von Forschungsarbeiten mit Tieren in der EU wäre verfrüht und birgt die Gefahr, dass die biomedizinische Forschung in Länder außerhalb der EU verlagert wird." Auch das bestehende Gesetz verfolge das Ziel, Tierversuche einzustellen. Im Gegensatz zum sofortigen Totalverbot in der Medizinforschung, ist ein stärkerer Wissenstransfer zwischen den Forschern bei der Vermeidung, Verringerung und Verbesserung von Tierversuchen zielführender. Deshalb hat die Kommission angekündigt, sich in Zukunft stärker auf die Entwicklung und Validierung alternativer Konzepte zu konzentrieren. Darüber hinaus kündigte sie für 2016 eine Konferenz an. Dabei sollen Wissenschaftler und Interessenvertreter die Umsetzung der bestehenden Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere diskutieren. Dort sollen auch wissenschaftlich fundierte Alternativansätze zu Tierversuchen erörtert werden.

Klonen von Tieren

Die Ausschüsse für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung diskutieren die Ausweitung des Klonverbots von Tieren. Es betrifft beispielsweise ein Kompletต์verbot von Fleischprodukten aus Ländern, in denen das Klonen zugelassen ist. Weiterhin wurde das Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen, die r landwirtschaftliche Zwecke gehalten und reproduziert werden, thematisiert. Angesichts der aktuell nicht ausgereiften Technologien ist es sinnvoll, das Klonen zumindest solange zu verbieten, bis es signifikante Fortschritte auf diesem Gebiet gibt.

Wichtig ist, dass wir die Bürger bei dieser Entscheidung miteinbeziehen und den Verbraucherwillen respektieren. Und der besagt, dass Klonfleisch-Produkte

abgelehnt werden. Das bedeutet für uns, dass wir dafür zu sorgen haben, dass solche Produkte nicht ohne das Wissen der Verbraucher auf den Tisch kommen. Gleichzeitig muss eine Überregulierung und Bürokratisierung bei der Kennzeichnung vermieden werden. Dies würde die Kosten für die Produzenten in die Höhe schnellen lassen, die wiederum auf den Verbraucher umgelegt werden und zu Preiserhöhungen führen würde. Das ist natürlich nicht in unserem Sinne. Ein ausgeklügeltes System für die Importzertifizierung muss entwickelt werden.

EUROLAT-Versammlung in Brüssel

Im Vorfeld des II. CELAC-EU-Gipfels, der diese Woche in Brüssel stattgefunden hat, traf sich die parlamentarische Versammlung EUROLAT im Europaparlament. Dort wurde nicht nur die bilaterale Klimapolitik diskutiert mit gemeinsamen Vorbereitungen für COP21 im November in Paris, sondern auch die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Lateinamerika insgesamt. Die lateinamerikanischen Staaten haben großes Interesse an guter Partnerschaft mit der Europäischen Union, der sie sich kulturell sehr verbunden fühlen, auch um die Abhängigkeit von den USA zu reduzieren. Nach dem erfolgreich abgeschlossenen Handelsabkommen EU-Kolumbien-Peru aus der letzten Wahlperiode verhandelt die EU jetzt mit Ecuador. Die schon lange bestehenden Handelsabkommen mit Mexiko und Chile werden zur Zeit überarbeitet.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

European Maritime Day in Athen

Die EU-Kommission organisiert jedes Jahr Ende Mai den Europäischen Tag der Meere, eine zweitägige Konferenz rund um alle Aktivitäten am und im Meer. Nachdem die Veranstaltung letztes Jahr in Bremen stattfand, war diesmal Athen an der Reihe. Thematischer Schwerpunkt waren die Häfen, weswegen Piräus als Veranstaltungsort und Griechenland allgemein mit seinen tausend Inseln und Häfen gut gewählt war. Zusammen mit dem verantwortlichen Kommissar Karmenu Vella aus Malta habe ich die Konferenz eröffnet, auf der rund 1300 Teilnehmer zusammenkamen. In mehreren zum Teil parallel laufenden Workshops wurde nicht nur Innovation in Häfen wie z.B. Infrastruktur für Flüssiggas (LNG) und die wachsende Bedeutung von Offshore-Terminals diskutiert, sondern auch das "Blaue Wachstum" und die dafür erforderliche erfolgreiche Umsetzung der maritimen Raumordnung. Am Schluss der Tagung erfolgte wie immer die "Staffelübergabe" an den Veranstalter des nächsten Europäischen Tag der Meere - 2016 ist dies die finnische Stadt Turku.

FLIP - Wachstumschancen für kleine und mittelgroße Häfen in Europa

Als Präsidentin der Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas habe ich Ende Mai die Teilnehmer der Veranstaltung „Wachstumschancen für kleine und mittelgroße Häfen in Europa“ in Brüssel begrüßt. Eingeladen hatte ein Projekt mit dem lustigen Namen FLIP, was für „Fostering Longterm Initiatives in Ports“ steht. FLIP bemüht sich um eine enge Kooperation von Häfen im Ärmelkanal. Egal ob an der englischen oder französischen Kanalküste, die Bedingungen und Probleme sind

für alle Häfen dort ähnlich. Es geht um Erfahrungsaustausch in den Bereichen Transport, Logistik, Energieeffizienz und ökologische Innovationen.

Terminvorschau

12.06.	Moorexkursion	Gnarrenburg
15.-17.06.	Besuchergroupe	Brüssel
23.-24.06.	Miniplenum	Brüssel
26.06.	Inselkonferenz	Zadar/ Kroatien
02.07	Intergroup-Konferenz zu Marinen Daten	Brüssel
04.07.	Bundes-MV der Liberalen Senioren	Frankfurt/Main
06.-09.07	Plenum	Straßburg

Herzliche Grüße.

Ihre Gesine Meißner

Juli 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

bei tropischer Hitze im Elsass versammelten sich die europäischen Abgeordneten zur letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause. Unter anderem wurde über das Freihandelsabkommen mit den USA und die Panoramafreiheit abgestimmt. Zudem diskutierten wir über die Kreislaufwirtschaft und zogen Bilanz zur lettischen Ratspräsidentschaft. Das Programm war dementsprechend eng getaktet und wurde obendrein durch den spontanen Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras, der zur aktuellen Lage in Griechenland sprach, durcheinandergewürfelt.

Dass das Parlament sich mehrheitlich für ein Handelsabkommen ausgesprochen hat, ist äußerst erfreulich. Damit wurde eine Hängepartie beendet und das Parlament hat sein Handlungsvermögen bewiesen. Neben meinen Brüsseler und Straßburger Tätigkeiten war ich im Juni auch in Kroatien unterwegs, um mich als Präsidentin der Meeresgruppe über die dortige maritime Wirtschaft und den Meerestourismus zu informieren. Genauere Informationen finden Sie wie gewohnt in diesem Newsletter.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und einen erholsamen Sommer!

Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Parlament stimmt für TTIP

Wieder löste das Freihandelsabkommen mit den USA im Plenum Turbulenzen aus. Nachdem Präsident Martin Schulz im Juni aufgrund interner Streitigkeiten der Sozialisten entschieden hatte, Debatte und Abstimmung zum Thema zu verschieben, war zunächst nicht ersichtlich, wann überhaupt eine erneute Abstimmung stattfinden würde. Diese kam jedoch schneller als erwartet bereits diesen Monat. Diesmal waren es die Grünen, die versuchten den Entscheidungsprozess zu verzögern. Kurz vor der Abstimmung wurde mit Verweis auf die Geschäftsordnung versucht, einige Änderungsanträge kurzfristig einzureichen. Das war nicht konstruktiv, sondern eine reine Verwirrungstaktik, die zum Glück nicht von Erfolg gekrönt war. Folgerichtig hat das Parlament eine Entschließung mit Empfehlungen an die Europäische Kommission zu den Verhandlungen mit den USA verabschiedet.

Bei der unter den Abgeordneten umstrittenen Einbeziehung von Schiedsgerichten in TTIP haben sich die Abgeordneten auf einen Kompromiss geeinigt. Sie fordern nun, dass Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren durch ein neues Verfahren für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten ersetzt werden. Das neue Verfahren soll transparent sein, strikt demokratischen Grundsätzen entsprechen und einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Zudem sind öffentlich bestellte und unabhängige Berufsrichter sowie eine Berufungsinstanz vorgesehen. Ferner soll die Kohärenz richterlicher Urteile geachtet und sichergestellt werden, sodass die Ziele des Gemeinwohls nicht durch private Interessen untergraben werden können.

Die 10. Verhandlungsrunde zu TTIP findet derzeit in Brüssel statt. Die Verhandlungen mit den USA zum Thema Streitbeilegungsmechanismen sollen jedoch erst bei der darauf folgenden Verhandlungsrunde wieder aufgenommen werden. Ich werde nicht müde zu betonen, dass dieses Abkommen eine große Chance darstellt, der europäischen Wirtschaft wichtige Impulse zu verleihen, ohne dass Milliarden für irgendwelche Konjunkturprogramme ausgegeben werden müssen. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen wäre es von Vorteil, Produkte nicht doppelt – nach EU- und US-Standards – zertifizieren lassen zu müssen, was ja jedes Mal Zeit und Geld kostet. Zudem ist es eine gewaltige Chance Standards des internationalen Handels in unserem Interesse zu beeinflussen, was in einer globalisierten Welt von enormer Bedeutung ist. Diese Chance sollten wir nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Tsipras stellt sich dem EU-Parlament

Die Berichterstattung der europäischen Medienlandschaft wurde in den letzten Wochen vom Schuldendrama in Griechenland dominiert. Daher haben Sie sicher mitbekommen, dass sich der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras den europäischen Abgeordneten in Straßburg gestellt hat. Das war meiner Meinung nach auch allerhöchste Zeit, schließlich handelt es sich um ein gesamteuropäisches Problem. Darauf wies auch unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt am Anfang

seiner furiosen Rede hin. Er sagte, dass Alexis Tsipras den Volksvertretern und Staaten Europas jetzt endlich konkrete Reformziele mit Zeitvorgabe liefern müsse. Tsipras hingegen bezog sich vorwiegend auf die Situation in Griechenland. Er betonte, dass das Sparprogramm seit über fünf Jahren kein Wachstum geschaffen habe und das griechische Volk an die Grenzen seiner Belastbarkeit gestoßen sei.

Natürlich hat er Recht, dass es so nicht weiter gehen kann. Die permanenten Krisensitzungen und Probleme sind weder im Interesse Griechenlands noch der EU. Allerdings ist der Populismus der Syriza-Regierung keine Lösung. Das Sparprogramm soll keine Bestrafung des griechischen Volkes sein, sondern ist der Versuch die Staatsmaschinerie zu reformieren und Jahrzehnte der Korruption und des Missmanagements zu korrigieren. Steuern müssen endlich effektiv eingetrieben, Korruption eingedämmt und das Rentensystem reformiert werden. Der Verweis auf das griechische Referendum als "Triumph der Demokratie" hinkt, da sich die Regierungen und Bevölkerungen der anderen Geberländer geschlossen gegen die griechische Regierung positionieren und die Unterstützung in den Bevölkerungen der anderen Euroländer immer weiter sinkt.

Angesichts des vergifteten Klimas war auch die anschließende Debatte hitzig. Die Meinungen reichten von einem angeblichen Ende des Euros und der EU bis hin zu einem Hilfsprogramm ohne weitere Konditionen. Ungeachtet parteilicher Voreingenommenheit kann ich sagen, dass Guy Verhofstadt die meist beachtete Rede gehalten hat. Er appellierte an Tsipras, zu überlegen, ob er in die Geschichte als Totengräber der EU oder als großer Reformator eingehen möchte. Es lässt sich statistisch belegen, dass sich Verhofstadts Rede wie ein Lauffeuer verbreitet hat. Auf Facebook wurde das Video der Rede schon kurz nach Ende der Debatte über fünf Millionen Mal angeklickt und über 4 Millionen Mal geteilt. Das unterstreicht, dass die liberalen Lösungsansätze gut ankommen. Konkret legen die Liberalen wert auf eine neue Strategie zum Umbau des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Banken. Der Zugang zu vormals geschlossenen Berufen soll erleichtert werden, während der Klientelismus der griechischen Elite beendet werden muss. All dies kann nur auf Basis konkreter legislativer Vorschläge mit klaren Zeitvorgaben geschehen. Ob auf Grundlage der Debatte im Parlament oder nicht: Alexis Tsipras hat einem Reformprogramm zugestimmt und versucht es nun gegen Widerstände in den eigenen Reihen durch das Parlament zu boxen und umzusetzen. Der Bundestag hat ja bereits den Verhandlungen über ein neues Rettungsprogramm zugestimmt. Christian Lindner hat sich klar positioniert: er hält das für falsch, Grexit wäre der logischere Schritt gewesen, die FDP hätte im Bundestag nicht zugestimmt.

Panoramafreiheit gewahrt!

Kaum eine Streitigkeit hat in den letzten Wochen so hohe Wellen geschlagen wie der Antrag zur Panoramafreiheit. Erkennen konnte man dies an den zahlreichen persönlichen Emails, die bei mir eingegangen sind, um gegen eine europaweite Verschärfung des Urheberrechts an Bildern von öffentlichen Gebäuden zu protestieren. Der umstrittene Antrag sah vor, dass jedes Mal Genehmigungen eingeholt werden müssen, bevor man öffentliche Gebäude fotografieren darf. Die FDP hat daraufhin die erfolgreiche "MeinPanoramaMeineFreiheit"-Kampagne ins

Leben gerufen, die in den sozialen Netzwerken sehr viel Aufmerksamkeit bekommen hat.

Das Parlament hat sich in der Abstimmung jedenfalls mit großer Mehrheit gegen solche Vorschriften ausgesprochen. Somit können auch in Zukunft getrost Bilder vor dem Eiffelturm, dem Hamburger Hafen oder Schloss Neuschwanstein gemacht werden. Es ist allerdings schade, dass dieser Punkt eine durchaus wichtige Debatte etwas überdeckt hat. In dem eigentlichen Bericht geht es nämlich um allgemeine Reformen des europäischen Urheberrechts. Ziel ist es, die derzeitigen Regeln zu harmonisieren und an das digitale Zeitalter anzupassen. Das ist besonders aus europäischer Sicht notwendig, da der Sektor mit sieben Millionen Angestellten der drittgrößte Beschäftigungszweig ist. Ein modernisierter Datenschutz muss die Arbeit der Kreativen und Künstler über Grenzen hinaus schützen, ohne dass neue bürokratische Hürden aufgebaut werden.

Luxemburg übernimmt Staffelstab von Lettland

Die Plenarsitzung zur lettischen Ratspräsidentschaft rückte angesichts der Griechenlandproblematik etwas in den Hintergrund, denn viele Redner bezogen sich in ihren Beiträgen auf die Eurokrise und nicht auf Lettland. Das ist schade, denn die Letten haben einen wirklich beispielhaften Auftritt hingelegt. Trotz des vergleichsweise kleinen Verwaltungsapparats und der geringen Erfahrung - es war Lettlands erste EU-Ratspräsidentschaft - hat das Land viele wichtige Projekte vorangetrieben und sogar abgeschlossen. Eines der herausragenden Ergebnisse betrifft die Einigung zur Richtlinie über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit, sodass beispielsweise elektronische Zahlungen sicherer werden. Zudem werden ab 2017 die Gebühren für das Roaming in der EU endgültig auch mit Zustimmung der Mitgliedstaaten – das stand bislang noch aus - abgeschafft. Damit sind die Letten ihrem Motto eines "wettbewerbsfähigen, digitalen und engagierten" Europa gerecht geworden. Auch in "meinem" Politikfeld, dem Transportbereich, haben die Letten einiges vollbracht. So wurde eine Einigung zwischen Rat und Parlament zum sogenannten Juncker-Plan in Rekordzeit erreicht. Beim Eisenbahnpaket, das uns auch schon seit einiger Zeit beschäftigt, wurde eine Einigung zur Harmonisierung der technischen Standards erzielt. Diese Bilanz ist aller Ehren wert und daher auch von meiner Seite einen herzlichen Glückwunsch!

Noch ein kurzer Hinweis: Vor ein paar Jahren befand sich Lettland in einer wirtschaftlich ähnlich katastrophalen Lage wie jetzt Griechenland, hat sich aber mit Reformen wieder nach oben gearbeitet.

Gefolgt wird Lettland von einem noch kleineren Land - nämlich Luxemburg. Der luxemburgische Premierminister Xavier Bettel betonte, dass Luxemburg eine soziale Agenda verfolgen und Wert auf Chancengleichheit legen wird. Besonders gefallen hat mir, dass explizit die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen als Ziel betont wurde. Zudem zeigte er sich konstruktiv gegenüber dem Freihandelsabkommen mit den USA, was ich natürlich unterstütze. Was den Verkehrsbereich angeht, möchte auch Luxemburg seinen Fokus auf den Schienenverkehr legen und das Eisenbahnpaket mit dem noch fehlenden „politischen“ Teil vorantreiben. Zudem will man sich auf den Ausbau der Wasserwege konzentrieren, was ich ausdrücklich begrüße, denn dort ist eine

Alternative zur Straße mit wesentlich weniger Finanzeinsatz möglich als bei der Schiene. Ein weiterer Schwerpunkt der Luxemburger wird auf der nachhaltigen Verkehrsentwicklung liegen, sowohl was Arbeitsbedingungen als auch Planung angeht. Das Parlament ist auf jeden Fall bereit, die Arbeit der Luxemburger konstruktiv zu unterstützen.

Ressourceneffizienz ja, aber keine Planwirtschaft

Produkte jeglicher Art sollen künftig mit einem "Produkt-Pass" versehen werden, der angibt, wie ressourceneffizient das Produkt hergestellt wurde. Weiterhin soll der Anwendungsbereich der sogenannten Ökodesign-Richtlinie stark erweitert werden, um Ziele der Ressourceneffizienz zu verwirklichen. Diese Forderungen hat das Parlament vorletzte Woche vor dem Hintergrund der Debatte um einen erwarteten Vorschlag der Kommission zur Kreislaufwirtschaft („Circular Economy“) mit großer Mehrheit verabschiedet. Diese Vorschläge lehnen wir Liberalen entschieden ab. Sie folgen der gleichen Logik wie das Glühbirnenverbot und die Duschkopf-Regulierung. Weder Kommission noch Mitgliedstaaten dürften sich solchen Maximalforderungen anschließen.

Das Parlament begrüßt zwar immer wieder die Absicht der Kommission, bessere Rechtsetzung anzustreben, wirft diese Grundsätze nun aber bei erster Gelegenheit über den Haufen. Der Forderungskatalog des Europäischen Parlamentes enthält auch Vorschriften zur Produktpolitik. Herstellern eine Mindestquote von recyceltem Material in deren Produkten vorzuschreiben geht aber zu weit. Das ist Planwirtschaft. Rohstoffe sind teuer, Hersteller haben ein wirtschaftliches Interesse, effizient zu produzieren. Mit starren Vorschriften in deren Produktion einzugreifen erreicht das Gegenteil von Effizienz und würgt Innovation ab. Die Kommission unter Präsident Barroso hatte bereits einen Vorschlag zur Kreislaufwirtschaft vorgelegt, diesen aber unter Präsident Juncker zur Überarbeitung zurückgezogen. Die neue Fassung wird gegen Ende des Jahres erwartet. Der Bericht des Parlaments ist rechtlich nicht bindend, gibt aber die Prioritäten der Abgeordneten wieder, die für die legislative Lesung relevant sein könnten.

Per Mausclick quer durch Europa

Während des letzten Plenums vor der Sommerpause hat das Europäische Parlament die Vollendung eines "multimodalen integrierten Fahr- und Flugscheinsystems" gefordert. Hinter dem komplizierten Namen verbirgt sich ein einfaches Konzept. Heute kann man im Netz oft nicht mal ein grenzüberschreitendes Bahnticket kaufen, weil jedes Bahnunternehmen nur seine eigenen Tickets vermarktet. Das Fernziel wäre aber eine Onlineplattform, wo man sich über Bus-, Bahn-, Fähr- und Flugverbindungen informieren und im Anschluss ein durchgängiges Ticket für die ganze Reise kaufen kann - egal, ob mehrere Verkehrsmittel beteiligt sind oder die Reise ins Nachbarland geht. Es kann allen Bürgern helfen, ihre Reisen einfacher im Internet zu planen. Ticket-Buchungen in Europa würden damit einfacher, schneller und billiger.

Damit eine solche Plattform aufgebaut werden kann, soll die Kommission die Verkehrsunternehmen dazu verpflichten, einen Mindestsatz an Informationen zu

ihren Fahrplänen und Ticketpreisen offenzulegen. Gleichzeitig haben wir den zahlreichen Initiativen von Internetplattformen und Verkehrsunternehmen, die heute schon an solch einem integrierten Auskunftssystem arbeiten, ein Ultimatum gesetzt. Wenn bis 2020 keine maßgeblichen Fortschritte erfolgt sind, soll die Kommission gesetzlich nachhelfen. Die Forderung, die vorletzte Woche von den Abgeordneten verabschiedet wurde, ist gesetzlich nicht bindend, macht allerdings Druck auf die Kommission, in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen.

Der Juncker-Plan für Strategische Investitionen

Schon Ende Juni wurde bei unserer Plenarsitzung in Brüssel der „Europäische Fonds für Strategische Investitionen“ (EFSI) angenommen. Damit sind die Grundlagen für diesen neuen Fonds wie geplant in einer Rekordzeit von 6 Monaten geschaffen worden. Erst Anfang des Jahres hatte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seinen Plan vorgestellt. Damit will er die Investitionsbremse in Europa lösen. Viele Mitgliedstaaten ächzen unter der hohen Staatsverschuldung. Investitionen beispielsweise in moderne Infrastruktur (Straßen, Brücken, Netze für Internet und Energie) werden seit Jahren aufgeschoben. Innerhalb der nächsten drei Jahre sollen mit Hilfe des Fonds nun 315 Milliarden Euro mobilisiert werden. Es geht vor allem darum, private Investoren anzulocken, die bei den derzeit niedrigen Zinsen nach rentablen Anlageprojekten suchen. Der neue Fonds wird mit 21 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt und der Europäischen Investitionsbank ausgestattet.

Da die Mitgliedstaaten kein frisches Geld für den EFSI zur Verfügung stellen wollten, gab es viel Streit darüber, aus welchen bestehenden EU-Töpfen das Geld abgezogen werden soll. Wir als Verkehrspolitiker haben uns dagegen gewehrt, dass einige Milliarden aus der Connecting Europe Facility (CEF) abfließt. Die CEF ist erst letztes Jahr nach jahrelangen Diskussionen eingeführt worden, um den Ausbau der Transeuropäischen Verkehrskorridore (TEN-T) zu finanzieren. Das Geld ist in erster Linie für Projekte gedacht, die für private Investoren wenig attraktiv sein dürften: grenzüberschreitende Lückenschlüsse für Schienenverbindungen, Renovierung von Schleusen und Umrüstung von Güterzügen mit Flüsterbremsen. Vor allem umweltfreundliche Verkehrsträger sollen gefördert werden. Der Juncker-Plan hat ganz andere Prioritäten. Am Ende konnten wir die Kürzungen aus dem CEF-Topf und dem Programm für Forschung und Innovation etwas abmildern, aber es werden doch insgesamt 5 Milliarden Euro abgezogen. Mitte September soll der neue Fonds dann starten.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Halbzeitbilanz zum Weißbuch Verkehr (Berichterstatterin der liberalen Fraktion)

Diese Woche haben wir im Verkehrsausschuss eine Halbzeitbilanz zum Weißbuch Verkehr angenommen. Die über 600 Änderungsanträge wurden größtenteils in Kompromissen zusammengefasst, die alle Aspekte der europäischen Verkehrspolitik behandeln, von intelligenten Verkehrssystemen über Forschung und Entwicklung, Emissionen oder die Probleme von Bahn, Luftverkehr und Schifffahrt. Wir wollten

bewerten, inwieweit die verschiedenen Ziele des Weißbuch Verkehr von 2011 erreicht wurden, in welchen Bereichen große, wo kaum Fortschritte gemacht wurden. Das Weißbuch ist eine ehrgeizige Strategie für den europäischen Verkehrssektor bis 2030 oder gar 2050.

Das angenommene Dokument des Verkehrsausschuss muss im September noch im Plenum bestätigt werden. Danach soll es in die Überlegungen der Kommission einfließen, die ebenfalls an einer Halbzeitbilanz des Weißbuchs arbeitet. Damit kann man auch sehen, welche Gesetze im kommenden Mandat noch auf den Weg gebracht werden müssen.

Klimaverhandlungen in Paris (Berichterstatterin der liberalen Fraktion im Verkehrsausschuss)

Im November dieses Jahres findet in Paris die Klimakonferenz COP 21 statt. Ziel ist es, ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls zu finden, in dem sich die CO₂-Emitentenländer der Welt auf ein internationales neues Ziel zur Senkung des CO₂-Ausstoßes verpflichten sollen. In den vergangenen Jahren war dies gescheitert. Hierzu wird das Parlament eine Empfehlung abgeben. Die dazugehörige Stellungnahme des Verkehrsausschusses habe ich im Namen der Liberalen mitverhandelt. Hier ist es uns gelungen, uns auf einen ausgewogenen Kompromisstext zu einigen, bei dem die Rolle des Verkehrssektors in den Vordergrund gestellt wird.

Gleichzeitig habe ich mich dafür eingesetzt, die Rolle internationaler Organisationen wie ICAO (Internationale Zivilluftfahrts-Organisation) sowie IMO (Internationale Schifffahrtsorganisation) in den Vordergrund zu stellen. Klimaabkommen machen nur auf internationaler Ebene Sinn, da europäische Alleingänge dem Klima nichts nützen und der europäischen Wettbewerbsfähigkeit schaden können. Deshalb war es mir wichtig, einerseits den Fortschritt bei den Verhandlungen innerhalb dieser Organisationen anzuerkennen. Andererseits ist es aber auch wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit der EU nicht zu gefährden. Einen dazugehörigen Änderungsantrag habe ich durchgesetzt.

Verwendung von genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln (Berichterstatterin der liberalen Fraktion im Umweltausschuss)

Mitgliedsstaaten sollen demnächst die Möglichkeit bekommen, die Verwendung von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln einzuschränken oder zu verbieten. So sieht es ein Vorschlag der Kommission vor, der diese Woche im Umweltausschuss diskutiert wurde. Derzeit müssen Hersteller gentechnisch veränderter Lebens- und Futtermittel diese bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) genehmigen lassen. Dieser Genehmigungsprozess ist oftmals langwierig. Nun sollen die Mitgliedsstaaten trotz erteilter Genehmigung zusätzlich die Möglichkeit erhalten, nachträglich und auf Grundlage recht ungeeigneter und schwammiger Begründungen und Faktoren den Gebrauch einzuschränken.

Der Gebrauch von Lebensmitteln in Europa muss stets sicher und unbedenklich für den Verbraucher sein. Der Anbau von gentechnisch veränderten Organismen ist bereits europäisch geregelt. Nationale Einzelregelungen für Lebens- oder Futtermittel, die aus reiner Angst, populistischen oder emotionalen Überlegungen heraus resultieren, führen jedoch zur Zersplitterung des Europäischen Binnenmarkts. Wir haben in Europa keine Grenzkontrollen. Ein Flickenteppich von unterschiedlichen Zulassungen in den Mitgliedstaaten könnte diese am Ende notwendig machen, und das kann niemand wollen. Im Ausschuss für Umweltfragen und öffentliche Gesundheit wird deshalb erwogen, den Vorschlag an die Kommission zurückzuweisen.

Meeresdaten-Veranstaltung

Als Präsidentin der Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas habe ich am 2. Juli eine Konferenz zu Meeresdaten ausgerichtet. Die eigentlich für einen kleinen Kreis angedachte Veranstaltung stieß auf so großes Interesse, dass die Registrierung bereits mehr als eine Woche vorher geschlossen werden musste. Vor rund 50 Teilnehmern sprachen Wissenschaftler, Vertreter der nationalen hydrographischen Institute und der Europäischen Kommission über die Bedeutung von Daten und der Kartierung des Meeresbodens für die zukünftige Entwicklung der maritimen Wirtschaft. Prof. Martin Visbeck vom Geomar Institut in Kiel stellte als Beispiel das von der EU geförderte AtlanOS Programm vor, das die Vernetzung im Atlantikraum vorantreiben soll. Im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie für eine maritime Raumordnung kommt dem Austausch von Wissenschaft und Ministerien eine entscheidende Bedeutung zu, um in allen Mitgliedstaaten Raumpläne zu entwickeln. Deutschland hat bereits einen solchen Plan und kann daher als Beispiel für andere Länder dienen, wie Dr. Mathias Jonas vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie ausführte.

Maritime Runde bei Karmenu Vella

Ebenfalls am 2. Juli traf sich das European Network of Maritime Clusters (ENMC) zum Austausch mit dem maltesischen Meereskommissar Karmenu Vella in der Kommission. Das ENMC ist ein Zusammenschluss von Akteuren aus der maritimen Wirtschaft aller europäischen Küstenstaaten und Luxemburg (denn Luxemburg hat zwar keine Küste, aber Zulieferbetriebe für Schiffbau und Offshoreanlagen). Die Vertreter der nationalen maritimen Cluster stellten ihre Ziele und Pläne für das "Blaue Wachstum" mit Aktivitäten auf See und an der Küste vor. Da das Blaue Wachstum - bei gleichzeitigem Schutz der Meeres-Biodiversität - nicht nur eine besondere Priorität von Kommissar Vella ist, sondern auch für unsere Meeres-Intergroup im Focus steht, war ich als Präsidentin zu diesem vielversprechenden Austausch eingeladen.

Ausblick auf das Trio Niederlande-Slowakei-Malta

Bei den halbjährlich wechselnden Ratspräsidentenschaften bilden jeweils 3 aufeinanderfolgende Mitgliedsstaaten ein Trio, in dem besonders eng zusammengearbeitet wird. Nach dem derzeitigen Luxemburger Ratsvorsitz beginnt Anfang 2016 die Zeit des Trios Niederlande-Slowakei-Malta. Erstmals seit ich 2009

ins Europaparlament gekommen bin, hatten die Verkehrsminister eines Trios die Experten der einzelnen Fraktionen im Vorfeld zu einem Austausch über die voraussichtlichen Arbeitsschwerpunkte gebeten. Nach Luftverkehr und Gütertransport auf der Straße 2016 wird das unter Maltas Vorsitz insbesondere der Schiffsverkehr im Rahmen einer übergeordneten Ozean-Strategie sein - wiederum passend zum Blauen Wachstum.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Frisches EU-Geld für Verkehrsinfrastruktur in Norddeutschland

Vorletzte Woche wurde ein 13,1 € Milliarden Investitionspaket für die Verkehrsinfrastruktur in Europa auf den Weg gebracht. Das Geld kommt aus dem neuen Connecting Europe Facility (CEF) Instrument, das letztes Jahr eingerichtet wurde, um die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T) auszubauen. Ich sprach schon am Anfang des Newsletters davon, dass dieser EU-Topf für die Einrichtung des Juncker Investitionsfonds etwas gekürzt werden musste. Sechs der neun TEN-T-Hauptkorridore, die die Wirtschaftszentren in der EU miteinander verbinden, gehen durch Deutschland. Dementsprechend werden auch Verkehrsprojekte in Norddeutschland von dem EU-Zuschuss profitieren. Es sollen in erster Linie nachhaltige Transportmittel wie Bahn und Wasserstraße gefördert werden.

Es wurden zum Beispiel fast 7 Millionen für den Ausbau des Mittelland-Kanals bewilligt sowie 35 Millionen für die Ertüchtigung der Zugstrecke zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven als Hinterlandanbindung für den Jade-Weser-Port. Es werden 13 Millionen für verschiedene LNG-Projekte an Nord- und Ostsee ausgegeben - davon wird beispielsweise auch die Stadt Bremen profitieren. Schiffe mit LNG-Gasantrieb sind die Zukunft, denn sie stoßen weit weniger Emissionen aus als Schiffe, die mit Schweröl fahren. Der Hamburger Hafen bekommt fast 9 Millionen für den Neubau der Kattwyk-Eisenbahn-Brücke. Auch andere norddeutsche Regionen bekommen Geld. Mecklenburg-Vorpommern hat Zusagen für ein Projekt von Scandlines für die Strecke Gedser-Rostock über sechs Millionen Euro bekommen. Ein Projekt von FinnLines zwischen Rostock, Lübeck, Turku und Kotka wird ebenfalls finanziell unterstützt. Schleswig-Holstein erhält EU-Finanzierung vor allem in Zusammenhang mit dem Fehmarnbelttunnel. Die EU-Gelder sollen im Herbst 2015 bereitgestellt werden.

Nach EuGH-Urteil: Vertiefung von Weser und Elbe bleibt möglich

Am 1. Juli hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg ein Urteil bezüglich der Weservertiefung gefällt. Die Ausbaggerung der Weser wäre nötig, um größeren Containerschiffen die Zufahrt zu den Häfen Bremerhaven, Brake und Bremen zu ermöglichen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz hatte dagegen geklagt, weil es den Fluss negativ verändern würde: z.B. höherer Salzgehalt in der Unterweser, stärkere Verschlickung des Flussbetts außerhalb der Fahrrinne. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hatte daraufhin den EuGH angerufen, um zu prüfen, ob die geplante Vertiefung der Weser mit der europäischen

Wasserrahmenrichtlinie vereinbar ist. Diese Richtlinie verbietet nämlich, dass ein Wasserkörper sich verschlechtert.

In seinem Urteil legt der EuGH die Wasserrahmenrichtlinie sehr streng aus. Eine Maßnahme, die den Zustand eines Gewässers verschlechtert, darf nicht genehmigt werden. Dennoch sollte die Vertiefung der Weser für größere Containerschiffe weiter möglich sein. Der EuGH hat nämlich bestätigt, dass Ausnahmen möglich sind, sofern ein öffentliches Interesse besteht und Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden. Das trifft bei Infrastrukturprojekten für Schifffahrt und Häfen durchaus zu, wenn man bedenkt, dass die lokale Wirtschaft davon abhängt. Ich gehe davon aus, dass das Bundesverwaltungsgericht die Weservertiefung auf dieser Grundlage genehmigen wird. Dieselbe Argumentation könnte das Gericht auch für die umstrittene Vertiefung der Elbe anwenden, gegen die Umweltverbände ebenfalls geklagt haben.

Schwierigkeiten sehe ich nach dem Urteil allerdings auf die vielen Industriebetriebe zukommen, die an Flussläufen liegen. Schon die Einleitung von Kühlwasser verändert die Wasserqualität unter Umständen so sehr, dass es nicht mehr mit der Wasserrahmenrichtlinie vereinbar ist. In diesen Fällen greift die neue strenge Auslegung der Richtlinie voll durch, denn es lässt sich bei privaten Unternehmen voraussichtlich kein öffentliches Interesse feststellen. Massive Schließungen von flussnahen Unternehmen können aber nicht unser Ziel sein! Deswegen sollten wir dringend darüber nachdenken, die Wasserrahmenrichtlinie zu überarbeiten. Nach dem heutigen Urteil ist sie ziemlich realitätsfern.

ALDE - Sommerfest

Am Tag seiner vielbeachteten Rede im Europäischen Parlament richtete Guy Verhofstadt im Rahmen des ALDE-Sommerfests einige Worte an die liberale Fraktion. Er wies zu Recht mit Stolz darauf hin, dass die Liberalen im Europäischen Parlament in den meisten Fällen das Zünglein an der Waage bei politischen Entscheidungen sind. Obwohl die Liberalen nur die viergrößte Fraktion im Parlament stellen, haben sie statistisch gesehen die meisten Abstimmungen gewonnen. Verhofstadt unterstrich angesichts der schwierigen Lage der EU, dass die pragmatische und pro-europäische Einstellung der Liberalen in den kommenden Monaten von enormer Bedeutung sein wird. Nach diesen ernsten Worten ging es bei der alljährlich stattfindenden Veranstaltung jedoch sehr locker zu. Bei schönem Sommerwetter wurde gemeinsam gegrillt und später auch getanzt. Die deutsche FDP-Delegation war komplett vertreten und auch eine EU-Kommissarin - in Person der Schwedin Celia Malmström - gab sich die Ehre. Es war ein rundum gelungener Abend, der für nette Abwechslung während einer stressigen Plenarwoche sorgte.

Inselkonferenz in Zadar

Auf Einladung meines kroatischen Vizepräsidenten Tonino Picula aus der Meeres-Intergroup nahm ich als Referentin an einer Inselkonferenz teil und besuchte Fischerei-Kooperativen und die Inselwelt des Kornati-Nationalparks. Wie bei vielen anderen Inseln Europas stellen auch in Kroatien schlechte Erreichbarkeit und mangelnde Infrastruktur (auch bei medizinischer Versorgung und Schulen) die

Inselbewohner vor besondere Herausforderungen. Das führte bereits zur Abwanderung der jungen Generation und zu wirtschaftlichen Einbrüchen, trotz für Touristen sehr reizvoller Landschaften. Bei Gesprächen mit Bewohnern des Kornati-Nationalparks fiel mir auf, dass Naturschutz und Information von Besuchern dort viel laxer gehandhabt werden als zum Beispiel im in vielerlei Hinsicht vorbildlichen Nationalpark Wattenmeer. Ein europaweiter Erfahrungsaustausch bietet sich hier an.

Mit Scandlines von Puttgarden nach Rødby

Die Strecke Puttgarden/Fehmarn - Rødby/Lolland über den Fehmarn-Belt gehört bei den europäischen Verkehrskorridoren zum Kernnetz und stellt eine wichtige Verbindung von Deutschland nach Skandinavien dar. Ab etwa 2025 soll es hier einen Tunnel für Straße und Schiene geben, die sogenannte "feste Fehmarn-Belt-Querung", für die gerade europäische Finanzmittel bewilligt wurden. Bislang erfolgt die Verbindung per Fähre mit hocheffizienter Logistik: Ent- und Beladung von Autos, LKW, Zug und Passagieren ist in den jeweiligen Häfen in der Rekordzeit von 15 Minuten erledigt. Da die Ostsee zur SECA-Zone mit besonders strengen Umweltauflagen gehört, betreibt Scandlines die Linie mittlerweile ausschließlich mit Hybridfähren, zusätzlich ausgestattet mit Scrubbern, die schädliche Luftpartikel binden - auch hier ist die Fährverbindung also vorbildlich und richtungsweisend für andere Regionen insbesondere im Süden Europas. Bei einem Rundgang wurden mir von Geschäftsführung, Chefkapitän und Technikern Ausstattung und Funktionsweise im Maschinenbau und auf der Brücke erläutert.

Natürlich ist den Betreibern der geplante Tunnel ein Dorn im Auge. Da auch bei fester Querung die Häfen auf beiden Seiten in Zukunft gebraucht werden - evtl. mit neuen zusätzlichen Nutzungsvarianten -, muss der Zugang per Straße gesichert bleiben. Die Verkehrswegeplanung ist aber für die Zukunft einseitig auf den Tunnel fokussiert. Ein weiteres Problem, das von den Regierenden in Berlin und Kiel bislang weitgehend ignoriert wird, ist die Fehmarn-Sund-Brücke vom Festland zur Insel Fehmarn. Mit zwei Spuren und einem Gleis umfasst die Brücke nur die Hälfte der künftigen Tunnelkapazität und wird zum Nadelöhr, wenn die Planungen so bleiben. Aus europäischer Sicht ist es wichtig, die Verbindung nach Skandinavien schneller und effizienter zu machen - daher der deutsch-dänische Staatsvertrag für den Tunnel -, aber auch Verbindungen per Schiff in Zukunft flexibel zu ermöglichen.

Blick aufs Schloss: IHK-Gespräch in Schwerin

Mecklenburg-Vorpommern ist mit 28 Millionen Übernachtungen deutsches Tourismusland Nr. 1, noch vor Bayern, und Europas größte Holzpelletproduktion findet man in Wismar - das sind nur 2 Wirtschaftsdaten, die mir bei der Gesprächsrunde um Präsident Thon in der IHK Schwerin mit bester Aussicht aufs Schloss (Sitz des Landtags) unterbreitet wurden. Es gab viele Berührungspunkte zu meiner Arbeit in den Ausschüssen: Chancen für europäische Verkehrsunternehmen durch das Freihandelsabkommen mit den USA, umweltfreundliche Schifffahrt auf der Ostsee, führende Rolle des Nordens im Bereich regenerative Energien, Investitionen in Infrastruktur durch Junckerplan und CEF (s. oberen Artikel), Möglichkeiten des

"Blauen Wachstums" in einem Küstenland wie Mecklenburg-Vorpommern. Aber auch Auswirkungen der Russland-Sanktionen auf mittelständische Betriebe und gewachsene Wirtschaftsbeziehungen der Region zu Russland und die Notwendigkeit, sich weiter um politische Lösungen zu bemühen, spielten eine Rolle. Gespannt sein darf ich jetzt auf angebotene Vorschläge der IHK für Besichtigungstermine in Wismar: dort findet nämlich im Herbst meine nächste Teamklausur statt.

Herzliche Grüße.

Ihre Gesine Meißner

September 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

Nach der Sommerpause - im August haben alle europäischen Institutionen in Brüssel nur eine Präsenz-Besetzung - ist mit Beginn September der Betrieb wieder aufgenommen worden. Die Ausschüsse tagen, behandeln und verabschieden aktuelle Positionen und Gesetzgebungstexte. Trilogie, also Gesetzesverhandlungen zwischen den drei europäischen Institutionen Kommission, Parlament und Rat, werden terminiert und erste Treffen finden dazu statt. All dies wird auch wie immer in meinem Newsletter behandelt, zumindest sofern es meine Ausschüsse und Themen betrifft.

Im Plenum in Straßburg letzte Woche standen natürlich die Debatten über Flüchtlingsströme nach Europa und über die immer noch fehlende konsequente gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik im Mittelpunkt. Auch in Deutschland gibt es seit letzter Woche neue Entwicklungen, denn in Bayern wurden vorgestern zeitweise wieder Grenzkontrollen eingeführt. Aus meiner Sicht muss alles getan werden, um die ursprünglich als Friedensprojekt gegründete Europäische Union hier zu geschlossenem und entschlossenem Handeln zu bringen.

Wie Kommissionspräsident Juncker in seiner Grundsatzrede zu Recht betonte, gibt es in so ziemlich jeder europäischen Familie Flüchtlingserfahrung. Humanität, Menschenwürde und Solidarität werden als europäische Werte immer zitiert und vielen internationalen Verhandlungen zu Grunde gelegt. Deutschland, insbesondere die deutsche Bevölkerung, verhält sich hier meist vorbildlich. Hoffen wir, dass sich auch andere Mitgliedstaaten und deren Bevölkerung in die gleiche Richtung bewegen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und grüße Sie herzlich!

Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Rede zur Lage der EU

Am Mittwochmorgen hielt Kommissionspräsident Juncker seine auch in den deutschen Medien viel beachtete Ansprache „State of the Union“. Er sprach über die angestrebten Maßnahmen der Kommission (u.a. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Asyl und Migration, Umweltschutz), die mittels Gesetzgebung und anderen Initiativen erreicht werden sollen. Dabei forderte er eine Kommission, die sich politischer präsentiert, als sie es bis dato war. Dies sei Grundvoraussetzung für den Umgang mit den aktuellen internen und externen Herausforderungen in Europa. Den Zustand der Europäischen Union bewertete er als „nicht gut“: Er beklagte, dass sich durch die Krisen der letzten Jahre in den Mitgliedstaaten immer mehr nationale Egoismen durchgesetzt haben, obwohl gerade jetzt geschlossenes solidarisches Handeln erforderlich sei. Er sieht in der Europäischen Union derzeit „zu wenig Europa und zu wenig Union“.

Unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt betonte in der folgenden Aussprache, dass auch Tusk als permanenter Ratspräsident bei so richtungsweisenden Debatten da sein sollte, optimalerweise auch die Regierungschefs. Dies könnte zum Beispiel den Prozess einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik beschleunigen. Er beklagte, dass den vielen Absichtserklärungen nur halbherzige Taten folgen, gerade in Bezug auf die Flüchtlinge. Verhofstadt sieht den einzig nachhaltigen Lösungsweg zur Bewältigung der Krise in Syrien darin, so schnell wie möglich für neue Initiativen im Rahmen des UNOSicherheitsrats zu sorgen.

Flüchtlingsdebatte im Europäischen Parlament

Thematisch stand die Flüchtlingskrise letzte Woche an oberster Stelle. Juncker forderte dazu auf, die Mitgliedsstaaten mit den meisten Flüchtlingen - Griechenland mit bislang 213.000, Ungarn mit 145.000 und Italien mit 115.000 von insgesamt 500.000 Flüchtlingen seit Beginn 2015 – zu unterstützen. Die meisten Menschen fliehen vor dem Krieg in Syrien und Libyen, dem Terror des IS und der Diktatur in Eritrea. Juncker betonte, dass die Anzahl der Flüchtlinge bislang nur 0,11 % der Bevölkerung der EU ausmacht, in Libyen dagegen Flüchtlinge schon mehr als 25 % der dortigen Bevölkerung betragen und auch die Türkei wesentlich mehr Menschen aufgenommen hat als die EU. Einige der im Mai beschlossenen europäischen Hilfsmaßnahmen greifen bereits: Durch die verstärkte Präsenz auf den Meeren konnten 250 Prozent mehr Menschenleben gerettet werden. Juncker betonte, dass gegen Menschenschmuggler und Menschenhändler bereits entschiedener vorgegangen wird und billige Boote kaum noch eine Chance haben, ihren Heimathafen zu verlassen.

Eine Stabilisierung wie die der zentralmediterranen Route forderte Juncker aber ebenso für die Balkan Route. Gemeinsame Normen für die Aufnahme von Asylsuchenden zu haben ist fortschrittlich, aber noch nicht ausreichend. Die Kommission und die Mitgliedsstaaten haben zwar 4 Mrd. Euro in humanitäre Hilfen sowie in Entwicklungs-, Wirtschafts- und Stabilisierungshilfen für Syrien und für

syrische Flüchtlinge in benachbarten Ländern investiert. In der derzeitigen Situation ist aber ein entschlosseneres und vor allem gemeinsames Vorgehen erforderlich. Der Kommissionspräsident rief alle Mitgliedsstaaten anlässlich der außerordentlichen Tagung des Innenministerrates am 14. September auf, dem Vorschlag der Kommission, 160.000 Flüchtlinge nach einem gerechten Schlüssel umzuverteilen, zu folgen. Ein permanenter Umverteilungsmechanismus ist angestrebt, aber auch längst fällig. Verbindliche Quoten für Deutschland, Österreich und Schweden – Länder, die freiwillig viele Flüchtlinge aufnehmen und die rechnerische Quote schon übererfüllen – wären ein erster Ansatz, andere Mitgliedsstaaten sollten sich anschließen.

Generell soll eine grundlegende Veränderung im Umgang mit Asylbewerbungen vorgenommen werden:

Einen ersten Schritt hierfür bietet die EU-Liste der Kommission über „sichere Herkunftsländer“. Desweiteren muss Frontex gestärkt und weiter entwickelt werden zu einem System der Grenzsicherung und gleichzeitig der Seenotrettung. Präsident Juncker kündigte ein Gesetzespaket zur legalen Migration für Anfang 2016 an mit der Aufhebung von Arbeitsverboten für Asylsuchende, verkürzten Antragsverfahren, einem europäischen Verteilungsschlüssel und anderen Maßnahmen, die wir Liberalen und auch eine Mehrheit des Parlaments schon seit langem fordern. Zusätzlich ist ein Notfallfond aus den EU-Mitteln für die Krisengebiete der Sahelzone, der Tschadseeeregion, des Horn von Afrika und für Nordafrika, zunächst mit 1,8 Mrd. Euro, von der Kommission vorgeschlagen worden.

Weißbuch Verkehr: Ist Gibraltar etwa nicht europäisch? (Berichterstatte für die liberale Fraktion)

Die Europäische Union hat sich ambitionierte Ziele im Verkehrsbereich gesteckt. Der Sektor soll wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze schaffen. Die Abhängigkeit vom Öl soll verringert werden. Es soll der höheren Mobilitätsnachfrage auf dem Land und in der Stadt Rechnung getragen werden. Gleichzeitig will man die Verschmutzung und die Lärmbelastung für die Anwohner verringern. Was sich anhört wie die Quadratur des Kreises, ist nur durch einen ganzheitlichen Ansatz zu schaffen, das heißt durch Innovation, Forschung und Investitionen in Infrastrukturprojekte. Zu diesem Zweck hat die Kommission im Jahr 2011 ein Weißbuch, also einen strategischen Plan mit vierzig konkreten Initiativen, veröffentlicht.

Jetzt war es an der Zeit eine Bilanz zu ziehen, um zu sehen, ob sich die Bemühungen in die richtige Richtung bewegen. Dazu wurde im Parlament über einen Zwischenbericht abgestimmt. Wir als Liberale haben uns insbesondere dafür eingesetzt, dass das Subsidiaritätsprinzip gewahrt bleibt, also dass nicht verpflichtende Quoten für Städte und Kommunen eingeführt werden, die diese nicht stemmen können. Viele Parlamentarier fordern zum Beispiel, dass EU-weit gesetzlich die Verdopplung des ÖPNV bis 2030 in den Städten vorgeschrieben wird - meines Erachtens ist dies allein Sache der Kommunen, darüber zu entscheiden, und nicht Aufgabe der EU, die ja auch nichts dafür bezahlt. Und dann denken wir, dass die Umsetzung der Ziele beschleunigt werden kann, wenn man rational und

logisch vorgeht. Leider stören aber manchmal nationale Befindlichkeiten, wie auch hier: In dem Bericht wurde erwähnt, dass wir schon lange einen Gesetzentwurf für einen einheitlichen europäischen Luftraum haben, mit dem man Flugzeiten, Treibstoffverbrauch und Emissionen deutlich einsparen könnte. Derzeit fliegen die Flugzeuge im europäischen Luftraum nämlich oft nicht die direkten Routen, sondern teilweise Zickzack. Das Gesetz liegt aber auf Eis, solange der Streit um Gibraltar zwischen Engländern und Spaniern schwelt, denn die Spanier behaupten Gibraltar gehöre nicht zum europäischen Luftraum und weigern sich zu verhandeln. Kurz vor der Abstimmung im Plenum drohten alle Spanier mit Blockade, sollte das Wort Gibraltar erwähnt werden. Daraufhin musste dieser Punkt aus dem Bericht genommen werden. Leider kommt es immer wieder vor, dass vernünftige Vorschläge scheitern, wenn sich ein Mitgliedsland quer stellt.

Maritime Wirtschaft

Das Europäische Parlament hat in der vergangenen Woche einen Initiativbericht zur "blue economy" verabschiedet. Darin wird die Kommission aufgefordert, den maritimen Sektor in seiner Wirtschaftspolitik stärker zu berücksichtigen. Zu oft spielen meerespolitische Argumente bei der Diskussion um Wachstum und Arbeitsplätze nur eine sehr untergeordnete Rolle. Dabei umfasst die maritime Wirtschaft in der EU 5,4 Millionen Jobs und generiert knapp 500 Milliarden Euro pro Jahr.

Um das Wachstum in den verschiedenen Sektoren wie Aquakultur, Tourismus oder erneuerbare Energien weiter anzukurbeln fordert das Parlament, die verschiedenen Fonds besser zu koordinieren und für maritime Initiativen zugänglich zu machen.

Innerhalb der ALDE-Fraktion war der Bericht nicht unumstritten, da insbesondere von italienischen Abgeordneten durchgesetzt worden war, mehr finanzielle Unterstützung für den europäischen Schiffbau zu fordern. Ich habe mich dafür eingesetzt, den Bericht trotzdem anzunehmen. Die Europäische Kommission wird dieser Forderung nach klassischen Subventionen ohnehin nicht nachkommen, wie der Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation, Carlos Moedas, den Mitgliedern der Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas in einem Brief im July mitgeteilt hat. Es sind schlicht keine Mittel vorhanden, um einen kostenintensiven Sektor wie den Schiffbau zu unterstützen.

Fischereiabkommen

Gleich drei Fischereiabkommen hat das Parlament mit großer Mehrheit zugestimmt: den Abkommen der EU mit Guinea-Bissau, Madagaskar und Kap Verde. Ich habe mich in der Aussprache im Plenum auch dafür ausgesprochen, insbesondere da die Verhandlungen fair und „auf Augenhöhe“ stattgefunden haben. Das war in der Vergangenheit nicht immer so: Seit es moderne Fischereiflotten mit Tiefgefriervorrichtung an Bord gibt, sind die Schiffe weltweit unterwegs. Zunächst wurde dabei wirklich im Kolonialstil vorgegangen: die modernen Schiffe fischten beispielsweise an afrikanischen Küsten die Gewässer leer, die wesentlich schlechter ausgestatteten einheimischen Boote hatten das Nachsehen. Die Regierungen der oft sehr armen Länder erhielten dafür eine Entschädigung, die aber bei den einheimischen Fischern niemals ankam.

Heute wird in den Abkommen festgelegt, dass die EU-Flotte nur das fischen darf, was die regionalen Boote nicht schaffen, wobei es auch Quotenobergrenzen für die einzelnen Fischbestände gibt. Und die Zahlungen der EU kommen direkt dem Fischereisektor vor Ort zu Gute. Es ist völlig richtig, bei diesen Abkommen darauf zu achten, die Armut und Abhängigkeit von afrikanischen oder pazifischen Staaten nicht auszunutzen. Auch muss sichergestellt sein, dass die geleisteten Zahlungen nicht in den Taschen korrupter Regime verschwinden, sondern die lokale Wirtschaft stärken. Da hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan, gerade auf Druck des Europäischen Parlaments.

Zudem enthalten die Abkommen eine Klausel, die zur Einhaltung der Menschenrechte mahnt. Die Zahlungen sind an Entwicklungsprojekte gekoppelt und werden überprüft. Auch die politische Situation des Landes spielt eine wichtige Rolle, weshalb das Abkommen mit Guinea-Bissau beim letzten Mal abgelehnt wurde und auch jetzt auf Grund der letzten politischen Entwicklungen genau verfolgt werden muss. Richtig angewandt sind es aber gerade diese Abkommen, die den Grundstein für eine wirtschaftliche Entwicklung und vor allem auch eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände legen können, gerade im Vergleich zu Abkommen, die Russland und China anbieten, bei denen diese Konditionen keine Rolle spielen.

Bürgerinitiative „Right2Water“

Am Dienstag wurde die Resolution zu „Right2Water“, der ersten erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative (dafür müssen mehr als 1 Million Bürger aus verschiedenen Mitgliedsstaaten unterzeichnen), vom Plenum des Parlaments verabschiedet. Es ist ein wichtiges Signal an die EU-Kommission, die sich jetzt damit befassen muss. Hauptziel der Initiative ist es, Wasser nicht als Handelsware sondern als öffentliches Gut für alle EU-Bürgerinnen und Bürger zu definieren. Trotz des im Kern unterstützenswerten Anliegens enthielt die Resolution einige Punkte, die über das Ziel hinausschießen. Bezüge zu TTIP und anderen Handelsabkommen oder der Ruf nach europäischem Einmischen in die Finanzierung der kommunalen Wasserversorgung (Stadtwerke u.a.) gingen aus liberaler Sicht zu weit. Deshalb unterstützten wir eine alternative Resolution der EVP und Konservativen, die uns ausgewogener erschien, aber leider knapp scheiterte. Dennoch ist es gut, dass das vom Volk gewählte Parlament ein klares Signal senden konnte und somit dem Begehren von rund 1,9 Millionen Europäern Folge leistete. Rechtliche Konsequenzen hat dies allerdings noch nicht.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit

Revision des Europäischen Emissionshandelssystems

Ein komplexes Thema mit vielen Kontroversen und technischen Feinheiten: die Revision des Europäischen Emissionshandels. Vergangene Woche fand die

Vergabe des Berichtes unter den Fraktionen statt, wobei ein großes Gerangel mit gegenseitigem Überbieten von Punkten (in Ausschüssen die "Währung", um die Federführung für einen Bericht zu bekommen) stattfand. Den Zuschlag erhalten hat die EKR – die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten. Der schottische Abgeordnete Ian Duncan soll voraussichtlich der Berichterstatter für dieses heikle Dossier werden. Der Berichterstatter, den die federführende Fraktion stellt, hat innerhalb des Parlaments entscheidenden Einfluss darüber, wie sich ein Gesetzesentwurf innerhalb des Parlaments entwickelt. Das lässt mich wachsam bleiben. Zwar ist die EKR in der Umweltpolitik uns Liberalen eher wohlgesonnen, allerdings gilt der Berichterstatter als eher grün. Der Emissionshandel ist das europäische Instrument der Klimapolitik und im Prinzip begrüßenswert. Allerdings leiden schon jetzt viele energieintensive Betriebe wie etwa die Chemie- oder Stahlindustrie unter den hohen Kosten, die durch den Erwerb der Klimazertifikate direkt oder indirekt entstehen. Dreht man an den falschen Stellschrauben, könnten diese wichtigen europäischen Wirtschaftszweige weiter gefährdet werden und international verlieren. Vertreter der Stahlindustrie haben mir bereits anhand von grafischen Prognosen erläutert, wo sie die Vorschläge der Kommission für wirtschaftlich nicht realisierbar halten.

Drohnen: Gefahren- oder Zukunftspotential?

In dieser Woche wird im Verkehrsausschuss über einen Bericht zum Thema Drohnen abgestimmt. In diesem Bereich tut sich derzeit sehr viel, denn die Technologie schreitet sehr schnell voran und die Frage ist, wie die Drohnen in den Luftraum integriert werden können. Es gibt in der Frage ein gewisses Dilemma: Auf der einen Seite wartet die Industrie auf die Vorgaben der Politik, während die Politik abzuwarten scheint, was die Industrie vorgibt. Um den Austausch zu verbessern, gab es Anfang des Jahres eine Konferenz zu diesem Thema in Riga mit Vertretern aller Interessengruppen. Fakt ist, dass im Bereich der kommerziellen Drohnen großes Potential schlummert, sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen. Drohnen können nämlich viele Aufgaben übernehmen, wie die Belieferung von isolierten Orten, sie können schwer zugängliche Katastrophengebiete erreichen oder auch routinemäßige Überprüfungen bei Infrastrukturprojekten vornehmen. Fakt ist aber auch, dass es noch zahlreiche offene Fragen gibt, wie beispielsweise die Kommunikation zwischen traditionellen Fluggeräten und den kleinen Neuankömmlingen. Gleichzeitig gibt es offene Fragen beim Thema Datenschutz oder was man tut, wenn Drohnen bei Hackerangriffen fremdgesteuert werden. Im vergangenen Jahr gab es zum Beispiel einen Fall, wo eine Drohne bei einem Fußballspiel zwischen Albanien und Serbien eine Fahne von Großalbanien über dem Spielfeld schweben ließ und es zu schweren Ausschreitungen kam. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Fraktionen einigen werden, um solche und andere Risiken zu verhindern. Ein rechtlicher Rahmen für den Einsatz von Drohnen wird voraussichtlich 2016 verhandelt.

Tourismus verdient mehr Aufmerksamkeit

Europa ist im Vergleich zu anderen Kontinenten weltweit das Reiseziel Nummer eins, viele Arbeitsplätze haben mit Tourismus zu tun. Zudem reisen viele Europäer bevorzugt innerhalb der EU und investieren in benachbarte Volkswirtschaften. Die

Frage ist, wie wir unsere gute Position halten, möglichst noch ausbauen und Europa als Tourismusziel gemeinsam weltweit bewerben können. Tatsache ist, dass es innerhalb der EU oft keine einheitlichen Qualitätssiegel gibt, das heißt ein vier-Sterne Hotel in Frankreich ist anders einzuordnen als ein vier-Sterne Hotel in Bulgarien. Hier könnte mehr Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit für den "Verkauf" von Vorteil sein. Dann gibt es Nachfragen aus der Wirtschaft, die Finanzierungsprogramme und Innovationen besser zu koordinieren und sich - bei aller nationalen Verschiedenheit und Konkurrenz - besser über erfolgreiche Programme auszutauschen. Es gibt auch Forderungen nach einer Europäischen Agentur für Tourismus, die wir Liberalen aber überzogen finden und ablehnen, denn Einigungen und Absprachen können auch ohne eine weitere europäische Institution erzielt werden. Fakt ist, dass das Thema mehr Aufmerksamkeit verdient, da im Tourismus noch großes wirtschaftliches Potential schlummert.

Medizinprodukte und In Vitro Diagnostika (Berichterstatterin für die liberale Fraktion)

Mittlerweile haben sich das Parlament und der Rat auf einen Zeitplan geeinigt, nach dem die Verhandlungen zu beiden Gesetzesvorschlägen stattfinden sollen. Bis jetzt sind sechs Trilog-Sitzungen, also Sitzungen mit Vertretern des Parlaments, Rates und der Kommission, bis Dezember geplant. In diesen Sitzungen soll sich nach Themenschwerpunkten auf einen gemeinsamen Standpunkt geeinigt werden. Los geht's am 13. Oktober zu Themen wie Anwendungsbereich und Definitionen. Kontroversere Themen, wie die Wiederaufbereitung von Medizinprodukten (z.B. OP-Bestecken), werden in späteren Sitzungen diskutiert. Vor- und nachbereitet werden diese Trilog-Sitzungen von Berichterstatter-Treffen im Parlament sowie zahlreichen sogenannten technischen Treffen, in denen eher technische Details der Gesetzgebung besprochen werden. Das wird ein sportlicher Zeitplan für zwei so umfangreiche und komplexe Dossiers.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Buenos Aires: Wahlfälschung beunruhigt Argentinier

Am letzten Augustwochenende habe ich an einem Workshop der Friedrich-Naumann-Stiftung zu aktuellen lateinamerikanischen Herausforderungen in Buenos Aires teilgenommen. Aus aktuellem Anlass rückte ein Thema in den Mittelpunkt und wurde auch am Sonntag in einer Pressekonferenz behandelt: massive Wahlfälschungen in Tucuman. Bei den dortigen Regionalwahlen im Norden Argentiniens verschwanden Wahlzettel und mehrere versiegelte Wahlurnen und es wurden Auszählungen manipuliert. Vermutet wird, dass nicht der Kandidat der Kirchner-Regierung, sondern der Kandidat der Opposition eigentlich gewonnen hat und die Wahlen alles andere als rechtens waren. Es gab massive Bürgerproteste in mehreren Städten, die Polizei setzte Tränengas und Gummigeschosse ein. Dazu kommt, dass in den Medien - außer von einer regionalen privaten Fernsehstation - nichts darüber berichtet wurde.

Große Teile der Bevölkerung befürchten jetzt, ähnliches könnte sich bei den Nationalwahlen in Argentinien im Oktober wiederholen. Die Kirchner-Regierung ist

in Verruf geraten, weil Argentinien in den letzten Jahren als ehemals wirtschaftlich starkes Land enorm an Boden verloren hat und Korruption, Einschränkung der Pressefreiheit und Wahlmanipulationen zugenommen haben. Ich wurde als deutsche und europäische Repräsentantin gebeten zu prüfen, inwieweit die EU mit dazu beitragen kann, künftig demokratische Wahlen in Argentinien sicherzustellen. Ergebnis meiner Recherche: Es gibt seitens EUParlament Wahlbeobachtungsteams, die zu Überprüfung und Bericht bei Wahlen vor Ort dabei sind in Ländern, die als demokratisch instabil gelten und auf einer Liste stehen. Da Argentinien vorläufig nicht in diese Liste aufgenommen wurde, hat das Parlament keine Handhabe. Ich habe den Vorgang auch - mit diversen Berichten und Links verschiedener argentinischer Organisationen und Politiker - belegt und an den Europäischen Auswärtigen Dienst weitergeleitet. Dort wird geprüft, ob ein kleines Team während der Wahl zu Gesprächen nach Buenos Aires geschickt werden kann.

Hamburg: Maritime Gespräche

Termine zur maritimen Wirtschaft stehen bei mir regelmäßig auf der Tagesordnung, häufig in Hamburg, da dort viele Verbände ihren Sitz haben. Sowohl bei meinem Gespräch mit EUROGATE (wo ich auch immer die aktuelle Entwicklung im Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven anspreche) als auch beim Vorstandsgespräch mit dem Verband deutscher Seehäfen (VDS) ging es dieses Mal insbesondere um das "Port-Package", die Gesetzgebung zu Hafendienstleistungen, die gerade im Verkehrsausschuss behandelt wird (demnächst mehr). Häfen sind - nicht nur in Europa, sondern auch innerhalb Deutschlands - sehr unterschiedlich nicht nur hinsichtlich Größe, sondern auch Organisationsform, Art der umgeschlagenen Waren, Festsetzung der Hafengebühren usw.. Da ich immer für praxisnahe Gesetzgebung bin, ist mir der Austausch mit den Verbänden sehr wichtig. Der VDS macht sich darüber hinaus Gedanken zur "Festen Fehmarn-Belt-Querung", die in einigen Jahren den Fährbetrieb größtenteils ersetzen soll und natürlich auch generell Auswirkungen auf die Häfen in Schleswig-Holstein haben wird.

Terminvorschau

- | | |
|-----------|---|
| 15.9. | Rede auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Meeresforschung; Bremen |
| 16./17.9. | Mini-Plenum; Brüssel |
| 17.9. | Gespräche mit Unternehmern aus Wilhelmshaven / Schulleitern aus Hamburg; Brüssel |
| 20./21.9 | Klausur des FDP-Bundesvorstands; Berlin |
| 21.9 | Rede zur "Ocean Governance" beim Ausschuss der Regionen; Brüssel |
| 22.9 | Podiumsdiskussion beim BDL (Deutscher Luftverkehr); Brüssel |
| 23.9 | IAA, Rundgang und Podiumsdiskussion; Frankfurt |
| 24./25.9. | Besuch der EFSA (europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit) mit dem Umweltausschuss; Parma |
| 28.9. | Rede bei der European Skippers Organisation; Antwerpen |
| 28.-30.9. | Besuch der Mentees der Friedrich-Naumann-Stiftung; Brüssel |
| 1.10. | Gespräch zu CO2-Emissionen mit dem Präsidium Nds. Baugewerbe; Brüssel |

- 3.10. Veranstaltung mit der Deutschen Gesellschaft für
Meeresforschung; Hamburg
5.-9.10. Plenarwoche (mit dem nächsten Newsletter); Straßburg

Herzliche Grüße.

Ihre Gesine Meißner

Oktober 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Plenarwoche gaben sich die prominenten Gäste sozusagen die Klinke des EU-Parlaments in die Hand. Neben dem spanischen König sprachen nämlich auch Präsident Hollande und Bundeskanzlerin Merkel vor den Abgeordneten. Dass die Staatsoberhäupter von Deutschland und Frankreich zusammen auf dieser Bühne auftraten, geschah zuletzt vor einem Vierteljahrhundert!

Neben den bedeutenden Worten und großen Bühnen wurde natürlich auch die praktische Arbeit vorangetrieben. Besonders hervorzuheben sind dabei die beginnenden Verhandlungen zum Thema Medizinprodukte. Hier werde ich in den nächsten Wochen als Berichterstatterin meiner Fraktion aktiv sein und die Gesetze maßgeblich mitgestalten können.

Eine fast dreistündige Plenardebatte gab es zu den Emissionsmessungen in der Automobilbranche. Konkret ging es dabei natürlich um VW. Genauere Informationen zu diesen und anderen Themen finden sie wie gewohnt in meinem Newsletter. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Besuch von Kanzlerin Merkel und Präsident Hollande

Es ist rund 25 Jahre her, dass die Staatsoberhäupter Frankreichs und Deutschlands gemeinsam vor das Europäische Parlament traten. Zuletzt taten dies Helmut Kohl und Francois Mitterrande kurz nach dem Fall der Mauer. Dass es Frankreichs Präsident Hollande und Bundeskanzlerin Merkel ihren Vorgängern gleichtaten, zeigt eindrücklich, für wie gefährlich sie die aktuelle Dauerkrise der EU halten. Es zeigt außerdem, dass beide Staaten die Europäische Union für die Lösung der Krisen als sehr wichtig erachten. Wenn ich von Krisen spreche, dann meine ich natürlich die "Dauerbrenner" Flüchtlings- und Eurokrise. Während beide Staatsoberhäupter in Sachen Griechenland vorsichtigen Optimismus zeigten, waren die Appelle zur Flüchtlingskrise eindringlich: Präsident Hollande warnte davor, dass es angesichts

der Krisen verlockend sei, sich hinter geschlossenen Grenzen zu verkriechen, die Probleme vor der eigenen "Haustür" zu ignorieren und die Partnerschaft mit anderen europäischen Staaten zu vernachlässigen. Ein neuer Nationalismus sei jedoch nicht die Lösung, denn dieser führe zu Zwietracht, Gewalt oder gar zu Krieg.

Merkel sagte, dass es illusorisch sei, in Zeiten des Internets einfach die Grenzen zu schließen und darauf zu hoffen, nicht betroffen zu sein. Die Menschen sind getrieben von dem Wunsch nach Sicherheit, ihre Kinder auf die Schule zu schicken und sich ein Leben aufzubauen. Solange diese grundlegenden Dinge nicht im eigenen Land gewährleistet sind, werden viele weitere Flüchtlinge kommen und alle Barrieren umgehen, die sie daran hindern. Daher appellierten Merkel und Hollande daran, eine geeinte europäische Außenpolitik zu schaffen, um für Stabilität in der europäischen Nachbarschaft zu sorgen. Zweitens sehen beide sogenannte Hotspots als Lösung, um Flüchtlinge schon vor dem Grenzübertritt in die EU zu registrieren und die Menschen besser zu koordinieren. Drittens appellierten sie an die Einigkeit der Europäischen Union, die sich in der Vergangenheit in Krisensituationen immer verdient gemacht hat. Letztendlich ist die EU ein Leuchtturm, der den Menschen Hoffnung gibt. Merkel verwies dabei auf ihre eigenen historischen Erfahrungen als ehemalige Bürgerin der DDR, als sie mit Sehnsucht auf die Möglichkeiten und Chancen der europäischen Gemeinschaft schaute. Die gewaltige Veränderung der ehemals sozialistischen Mitgliedsstaaten der EU zeigt, dass viel Gutes geschaffen werden kann, solange an einem Strang gezogen wird. Daran appellierte Merkel auch in der jetzigen Situation.

Der Besuch der Beiden war ein wichtiges Signal. Bedauerlich ist allerdings, dass weder Merkel noch Hollande etwas zur Lösung des Syrienkonflikts oder zu ihrer Vision der Zukunft Europas gesagt haben.

Rede des spanischen Königs

In seiner ersten Ansprache an das EU-Parlament betonte Felipe VI., dass die EU in der Flüchtlingskrise mit Solidarität und Verantwortlichkeit agieren müsse, um das europäische Projekt nicht zu gefährden. Dies kann man als Anspielung an die östlichen Mitgliedsländer verstehen, die sich bisher vehement weigerten, Flüchtlinge aufzunehmen. Der König sprach natürlich auch über die Situation in Spanien, denn dort gewann gerade die Unabhängigkeitsbewegung die Regionalwahlen in Katalonien. Daher unterstrich er, dass ein einiges Spanien seinen Platz ganz klar in der Europäischen Union sieht, denn "Spanien ist ohne Europa nicht vorstellbar, und Europa nicht ohne Spanien."

VW Debatte im Parlament

Natürlich erregte auch bei uns im Europaparlament der Betrug von VW bei der Messung von Abgaswerten bei Diesel-PKW großes Aufsehen. Eins ist festzuhalten: hier handelt es sich um einen vorsätzlichen Betrug, mit dem wenige Verantwortliche viele Beschäftigte bei VW und vielleicht sogar die gesamte deutsche – manche meinen sogar die europäische – Autoproduktion in Schwierigkeiten gebracht haben. Für mich ist besonders schwer begreiflich, dass schon im Mai 2014 Studenten in den

USA Unstimmigkeiten bei den Emissionswerten der VW-Dieselfahrzeuge festgestellt haben, woraufhin

VW 500.000 PKW in einer großangelegten Rückrufaktion einem Software-update überzogen hat, und dass erst danach in weiteren Messungen die Studenten Abweichungen in ebendiesen PKW hinsichtlich der NOx-Werte um das bis zu 40fache festgestellt haben – dies ist dann zum Skandal geworden. Zu bemerken ist auch noch, dass die Amerikaner bei den NOx-Werten in den Abgasen nur einen Höchstsatz von 31 mg/km zulassen, die Europäer aber 80 mg/km. VW wusste um die besonders niedrigen Grenzwerte in den USA, trotzdem wurde vorsätzlich manipuliert.

Fast 50 Abgeordnete ergriffen bei der Aussprache im Plenum das Wort. Einhellig herrschte die Meinung, es müsse schnell, lückenlos und transparent aufgeklärt werden, wer von den Manipulationen wusste, wer diese zu verantworten hat und wie diese unbemerkt bleiben konnten. Es scheint im Moment so, als ob auch der Aufsichtsrat – die demokratische Kontrolle für den Vorstand – nichts mitbekommen hat.

Die Europäische Kommission arbeitet derzeit an einem neuen Testzyklus für Abgasnormen, der die Emissionen eines Fahrzeugs unter realen Fahrbedingungen messen soll (Real Driving Emissions – RDE). Die Tests zur Messung der Abgasemissionen werden zur Zeit im Labor vorgenommen, was die Werte verfälscht – das ist seit langem bekannt -, sie müssen aber der Fahrweise in der Praxis entsprechen, sonst bringen die strengsten Grenzwerte nichts. Unrealistische Messverfahren, die dazu führen, dass die gemessenen Emissionswerte niedriger sind als die tatsächlichen Emissionen, müssen so schnell wie möglich überarbeitet werden. Dazu muss die Kommission schnellstmöglich den neuen Testzyklus RDE einführen, den wir im Parlament seit langem fordern.

Eine Abstimmung über einen entsprechenden Entschließungsantrag ist für die letzte Oktoberwoche vorgesehen, die Diskussion geht also weiter.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Abstimmung von Euro 5 und Euro 6

Ein sehr technisches, aber ebenso wichtiges Thema: die Abgasnormen Euro 5 und Euro 6, die kürzlich im Umweltausschuss des Europaparlaments abgestimmt wurden. Eines meiner Hauptanliegen hierbei war, ob die Kommission Grenzwerte einfach in sogenannten "Implementierten Rechtsakten" also "hinter verschlossenen Türen" anpassen kann, wenn erforderlich. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass Abgasgrenzwerte immer demokratisch in Mitentscheid mit dem Parlament erfolgen müssen.

Weiterhin ging es um die Frage, ob Methanemissionen in die Schadstoffmessung einbezogen werden sollen. Hier war mir wichtig, dass Methanemissionen nichts in Euro 5 und 6 zu suchen haben. Bei den Euronormen geht es um Partikel-

Emissionen, nicht um Treibhausgase, wie etwa CO₂. Methan ist aber ein Treibhausgas, weswegen man Methan-Emissionen gesondert und nach Durchführung einer Folgenabschätzung betrachten sollte und dann die entsprechenden Vorschläge machen.

Ein weiteres Thema war die tatsächliche Messung der Emissionen. Die derzeitige Testmethode ist - wie schon bei VW beschrieben - veraltet und spiegelt nicht die realen Emissionen wieder. Deshalb forderten wir die Kommission ein weiteres Mal auf, den neuen Testzyklus bald einzuführen, damit die Emissionswerte so realistisch wie möglich sind. Sollte daraus eine Veränderung der Grenzwerte resultieren, müssen diese natürlich auch in Konsultation des Parlaments angepasst werden und nicht im Alleingang der Kommission.

Medizinprodukte – erste Vorbereitungsrunde im EP zu den anstehenden Verhandlungen (Berichterstatterin für die ALDE)

Nach langem Warten und Spekulieren war es endlich soweit und es ging an die Substanz. Der anstehende Verhandlungsmarathon zu den Medizinprodukten geht in die erste Runde. Am Mittwochabend trafen sich die Berichterstatter des Parlaments, um sich auf eine Strategie für die erste Verhandlungsrunde mit dem Rat zu einigen. Es ging hauptsächlich um Definitionen und den Anwendungsbereich. Viel diskutiert wurde über die Frage, ob Medizinproduktehersteller eine Pflichtversicherung abschließen müssen. Die entsprechende Forderung des Parlaments geht meiner Meinung nach zu weit. Als in Frankreich der Brustimplantat-Skandal auftrat, wurde nämlich pflichtversichert, allerdings haftete letztendlich die Versicherung nicht, da es sich um einen Betrugsfall handelte, und Betrugsfälle kann man nicht versichern. Wir müssen hier also mit Augenmaß vorgehen und einen praktikablen Ansatz finden. Das ist aber nur eines von vielen Themen die wir auf der Tagesordnung haben. Ein erster Trilog mit dem Rat und der Kommission ist für nächste Woche geplant.

Aktualität in Deutschland bekommt das Ganze durch die gerade diskutierten Schwierigkeiten in einem Krankenhaus in Leer mit fehlerhaften Bandscheibenimplantaten...Ich werde Sie über den Fortgang der Verhandlungen informieren.

Ausschuss verabschiedet Dronen-Bericht

Der Verkehrsausschuss im EU-Parlament hat mit breiter Mehrheit einen Bericht zur Nutzung des Luftverkehrsmarktes für eine sichere und nachhaltige zivile Nutzung pilotenferngesteuerter Luftfahrtsysteme verabschiedet. Das ist ein wichtiges Signal an die Kommission, die Ende des Jahres Gesetzesvorschläge zur Regulierung der Luftfahrt veröffentlichen wird. Somit wird Druck auf die Kommission ausgeübt, Dronen ausreichend zu berücksichtigen. Zudem wird festgelegt, wie man die neue Technik, die sowohl kommerziell als auch privat (auch als Hobby) genutzt wird, am besten reguliert. Dabei wurden grundlegende Fragen thematisiert, wie nämlich rechtliche und technologische Rahmenbedingungen gesetzt werden sollen, damit die Grundrechte der Bürger geschützt, Versicherungsfragen geklärt und Gefahren beschränkt werden können. Ob die Kommission in ihren Gesetzesvorschlägen

letztendlich auf uns hört, wird man sehen. Fakt ist jedoch: Wir müssen uns rechtzeitig darauf einstellen, dass sich unser Luftraum nachhaltig verändern wird, denn schon bald werden einige andere Arten von Luftfahrzeugen im Einsatz sein, vielfältig in Größe, Leistung und Typ; manche von ihnen dürften weiterhin bemannt sein, viele andere jedoch ferngesteuert oder vollautomatisch betrieben werden.

Im Gespräch mit Schulleitern und Unternehmern

Da wir Europaabgeordneten so wenig im "Wahlkreis" sind und viele Organisationen regelmäßig nach Brüssel kommen, habe ich dort meist mehr "deutsche" Termine als zu Hause. Einige Gespräche aus den letzten Wochen: Mit Wirtschaftsvertretern aus Wilhelmshaven und Umgebung diskutierte ich - gemeinsam mit David McAllister - neben aktuellen Themen zu Binnenmarkt, Verkehr und Maritimem u.a. auch die Flüchtlingssituation und TTiP. Hamburger Schulleiter zeigten großes Interesse insbesondere für die Zusammenarbeit der europäischen Institutionen und tägliche Arbeitsabläufe. Beim Gespräch mit dem Vorstand der niedersächsischen Bauwirtschaft ging es um Umweltthemen wie "Kreislaufwirtschaft" und Energieeffizienz, aber auch um zuviel Bürokratie durch europäische Berichtspflichten. Jungunternehmer des Bundesverbandes Güterverkehr und Logistik (BGL) interessierten sich natürlich vor allem für europäische Verkehrsvorgaben, Wettbewerb im Transportwesen und mögliche Einsätze von Lang-LKW.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Fachtagung autonomes Fahren und Besuch der IAA in Frankfurt/Main

Am Nachmittag des 23. September folgte ich der Einladung von Frau Dr. Hohmann-Dennhardt, Mitglied des Konzernvorstands für Integrität und Recht der Daimler AG, nach Frankfurt, um am Rande der 66. Internationalen Automobilausstellung für PKW an einer Podiumsdiskussion zum Thema "Autonomes Fahren" teilzunehmen. Mit meiner Kollegin Angelika Niebler und dem Vertreter der Kommission, Herrn Gwenole Cozigou, ging es hauptsächlich um die Chancen der Zukunftstechnologie des autonomen Fahrens, aber auch um die Anforderungen an Datenschutz und an die Politik. Im Mittelpunkt stand die Frage der Haftung im Falle eines Unfalls, wenn das Fahrzeug etwa von Assistenzsystemen gesteuert wird oder, wie es sicher auch bald möglich ist, ganz autonom fährt.

Beim anschließenden Rundgang über die Ausstellung hatte ich wie immer die Gelegenheit, den vielen Innovationen im Sektor meine Aufmerksamkeit zu schenken. Ständen in den vergangenen Jahren Themen wie Nachhaltigkeit und alternative Antriebe im Mittelpunkt, widmete sich diese IAA ganz dem Thema des autonomen Fahrens und den Assistenzsystemen. Assistenzsysteme werden in der Zukunft ein wichtiges Hilfsmittel sein um für mehr Sicherheit auf der Straße zu sorgen. Ein Anliegen, das ich als Abgeordnete schon seit sehr langer Zeit verfolge.

Einsatz für Meere und Ozeane

Als Präsidentin der interfraktionellen Arbeitsgruppe Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (Searica) des Europäischen Parlaments war ich in den letzten Wochen gut beschäftigt. Am 14. September habe ich in Bremen als Eröffnungsrednerin an der ersten Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Meeresforschung teilgenommen. Am Nachmittag des gleichen Tages ging es dann auf einer von mir geleiteten Konferenz in Brüssel um die Herausforderung des Küstenschutzes im Atlantik.

Zusammen mit dem maltesischen Kommissar für maritime Angelegenheiten, Karmenu Vella, war ich dann am 21. September in den Ausschuss der Regionen geladen, um über „Ocean Governance“ zu sprechen. Die Europäische Kommission arbeitet derzeit an einem Vorschlag, wie die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Meerespolitik verbessert werden kann. Als Searica-Intergroup werden wir dazu im Dezember eine Konferenz veranstalten.

Am folgenden Tag war ich dann – wieder neben Kommissar Karmenu Vella - Eröffnungsrednerin bei einer Veranstaltung der Europäischen Kommission und der Konferenz der maritimen und peripheren Regionen (CPMR), wo es um Investitionen in die maritime Wirtschaft ging.

Seinen Abschluss fand mein maritimes Engagement der vergangenen Wochen am 3. Oktober in Hamburg, wo ich das Forschungsschiff Aldebaran verabschiedet habe. Das Schiff fährt in den kommenden zwei Monaten nach Paris, um auf die Relevanz des Klimawandels für Ozeane aufmerksam zu machen. Am 28. und 29. Oktober wird die Aldebaran in Straßburg am Europäischen Parlament Station machen. Dort organisiere ich als Präsidentin der Intergroup eine Diskussionsrunde zum Thema „Die maritime Perspektive des Klimawandels“, an der u.a. der Träger des diesjährigen Deutschen Umweltpreises, Mojib Latif, teilnehmen wird.

BDL Abend: Zukunft der Europäischen Luftfahrt

Auf dem zweiten parlamentarischen Abend der deutschen Luftverkehrswirtschaft auf europäischer Bühne war ich - zusammen mit Vertretern der Fluggesellschaften, Flughäfen, Fluglotsen, Piloten und Flugbegleitern - als Podiumsteilnehmerin geladen, um Einblicke in politische Entwicklungen zu geben. Zeitlich war der Abend gut gelegt, da einerseits mit dem Weißbuch gerade ein strategisches Papier zum Verkehr im Allgemeinen verabschiedet wurde und gleichzeitig an dem „Aviation Package“, neuen Gesetzen zur Luftfahrt, gearbeitet wird. Die Signale aus der Politik können der Luftverkehrswirtschaft Grund zur Zuversicht geben, denn die Schwierigkeiten, mit denen die Branche zu kämpfen hat, wurden erkannt. Jetzt müssen die richtigen Schritte eingeleitet werden, um die Situation nachhaltig zu verbessern. Aus meiner Sicht heißt das: Keine neuen nationalen bürokratischen und einschränkenden Regeln zu schaffen, sondern für einen internationalen fairen Wettbewerb zu sorgen. Zudem müssen wir uns offen zeigen für technische

Neuerungen und die richtigen Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors setzen. Die Wichtigkeit wird schon anhand der Zahlen deutlich, denn im Jahr 2012 gab die Luftfahrt in Europa 2.6 Millionen Menschen Arbeit und war für 2.4% des Bruttoinlandprodukts der EU verantwortlich.

Politisch engagierte liberale Frauen besuchen „Europa“

Auf meine Einladung hin konnten sich Teilnehmerinnen des Frauenförderprogramms der FriedrichNaumann-Stiftung für die Freiheit in Brüssel mit verschiedenen Entscheidungsträgern über aktuelle politische Fragen austauschen. Aus gegebenem Anlass stand die Integration von Flüchtlingen im Mittelpunkt und wurde sowohl im Gespräch mit verschiedenen Abgeordneten als auch in der Diskussion mit Fraktionsmitarbeitern der europäischen Liberalen thematisiert. Integration wurde aber nicht nur mit Bezug auf die Flüchtlingskrise besprochen, sondern auch in Hinblick auf die Einbeziehung von Frauen in Politik und Wirtschaft. Es war einhellige Meinung, dass es auch hier noch einiges an Nachholbedarf gibt, um beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Bei einem Abendessen konnten wir über meine politische Arbeit im Europäischen Parlament sprechen. Zum Abschluss der dreitägigen Reise vom 28. bis 30. Oktober trafen die Besucherinnen mit uns drei FDP-Abgeordneten im Europäischen Parlament zusammen und nahmen an einer Fraktionssitzung der ALDE-Fraktion teil.

Konferenz zur Wolfsausbreitung

Auf der Konferenz „The return of the Wolf to the European Landscape: Challenges and Solutions“ wurde mit Experten aus den Bereichen Jagd, Natur, Umwelt, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Biodiversität am 15. September über die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Wolfsrückkehr sowie über mögliche Lösungen diskutiert. Die zentrale Botschaft war, dass die Wölfe in Europa willkommen, jedoch auch Angriffe durch Wölfe zu verhindern sind. Auch die wirtschaftlichen Schäden unter anderem durch das Reißen von Nutztieren wurden thematisiert: Allein in Dänemark gibt es bisher Gesamtverluste von circa sieben Millionen Euro. Adäquate Entschädigungen beispielsweise für Bauern wurden gefordert. In der letzten Zeit ist ein schnelles und dynamisches Wachstum der Wolfspopulationen, jährlich um circa 20 bis 50 Prozent zunehmend, zu beobachten. Laut Alleau, Historiker vom französischen Forschungszentrum Quantitativer Historik, haben die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen der letzten zwei Jahrhunderte gute Lebensbedingungen für den Wolf geschaffen.

Bereits seit 400.000 Jahren existieren Interaktionen zwischen Wölfen und Menschen. Das Teilen der gleichen Landschaft von Menschen und Wölfen schuf Raum für positive Symbole, wie die „Kapitolinische Wölfin“, aber auch negativ besetzte, wie Feindbilder und Gefahrenbilder, auch aus Kindermärchen bekannt. In Ländern wie Norwegen und Mazedonien, wo die Wölfe nie verschwanden, zeigt man laut Alleau mehr Toleranz.

In der gemeinsamen Diskussion wurde betont, dass sich eine Änderung europäischer Gesetze, womit der Wolf wieder ins Jagdrecht aufgenommen werden

könnte, schwierig darstellt. Man war bei einer künftigen, definitiven Lösung einheitlich dafür, dass weitere wissenschaftliche Daten vonnöten und ökologische, ökonomische sowie soziale Faktoren gleichwertig zu betrachten sind.

Seminar: Frauen als Unternehmerinnen

Anfang Oktober fand wieder unser regelmäßiges ALDE-Genderequality-Network-Seminar europäischer liberaler Frauen statt, dieses Mal zum Thema "Frauen als Unternehmerinnen". Anhand verschiedener Studien diskutierten wir über Probleme, die Frauen oftmals an innovativen Unternehmensgründungen hindern, wie beispielsweise der Zugang zu Finanzierungsmitteln, das Fehlen von Vorbildern oder Vorurteile, nach denen Frauen Unternehmensgründungen weniger zugetraut werden, was sich wiederum negativ auf die Bereitschaft zur Unterstützung auswirkt. Dies hat insbesondere für die EU große Konsequenzen: Im Jahr 2012 stellten Frauen nur 29 Prozent von 40,6 Millionen Unternehmern in der EU dar und daran hat sich bisher kaum etwas geändert. Während in China 56 % und in den USA 51 % der Frauen es bevorzugen, beruflich selbstständig zu sein, sind es in Europa mit 37 % nur etwas mehr als ein Drittel einer Studie der Europäischen Kommission zufolge. Doch zeigen sich auch einige positive Entwicklungen, wie beispielsweise durch das Europäische Netzwerk für Botschafterinnen des Unternehmertums: Unternehmer/-innen aus den 270 teilnehmenden Unternehmen aus 22 Ländern berichten Frauen verschiedenen Alters über ihren Weg zu ihrem eigenen Unternehmen und ermutigen so zur beruflichen Selbstständigkeit. Des Weiteren ist für 2016 eine E-Plattform angekündigt, welche Frauen den Austausch und die Vernetzung auf nationaler und regionaler Ebene innerhalb der EUMitgliedsstaaten ermöglichen soll. Hier machen sich zwar wichtige Fortschritte bemerkbar, doch müssen noch größere Beiträge geleistet werden. Es kann nicht sein, dass in hochentwickelten Ländern der Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen bzw. ihre Kosten immer noch ein Hindernis für Frauen als Unternehmerinnen darstellt.

In Parma gibt es nicht nur Schinken: Besuch bei der EFSA

Der Besuch mit dem Umweltausschuss des EP bei der EFSA (Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit) war für mich hochinteressant, kamen doch verschiedene aktuelle Themen aus meiner Arbeit zur Sprache wie Glyphosat und Pestizide, gentechnisch veränderte Organismen, multiresistente Keime und Tiergesundheit. Die EFSA testet gemeinsam mit unabhängigen Experten aus ganz Europa im Auftrag der Kommission Wirkstoffe, die über die Produktionskette in unsere Lebensmittel gelangen, auf ihre Unbedenklichkeit und erstellt entsprechende Gutachten. Das Programm war sehr voll, aber es blieb immerhin so viel Zeit, dass ich kurz von außen einen Blick auf die Oper werfen konnte, in der bis heute viele Werke des in der Nähe geborenen Giuseppe Verdi aufgeführt werden.

Flexibel vom LKW auf die Schiene: Innovatives Modell für Europa

Der letzte Termin vor Versand dieses Newsletters führte mich gemeinsam mit meinem liberalen Kollegen Michael Kruse aus der Hamburger Bürgerschaft zu dem international tätigen Unternehmen Gomultimodal, wo uns das System Railrunner vorgestellt wurde. Bei diesem innovativen System, das in den USA seit neun Jahren

störungsfrei läuft, werden Trailer mit vergleichsweise geringem Aufwand von LKW oder Schiff auf die Schiene und bei Bedarf zurück verladen. Überzeugender Nebeneffekt: Durch effiziente Auslastung der Zuglänge und Luftfedern, die den Zug erheblich leiser machen, werden auch noch strenge Umweltkriterien zum Teil übererfüllt. Eine gute Lösung für den Güterverkehr in Europa.

Terminvorschau

10.10. Göttingen | Grußwort beim Deutschen Angelfischerverband
10.10. Hannover | FDP-Landesvorstand
12./13.10. Brüssel | Ausschusssitzungen
14.10. Brüssel | Miniplenium
15.-17.10. Wismar | Teamklausur
16.10. Wismar | Besuch des Seehafens
19.10. Bremerhaven | Nationale Maritime Konferenz
20.10. Brüssel | Rede bei der niedersächsischen Stahlwirtschaft
20./21.10. Brüssel | ALDE-Fraktionssitzungen
26.-29.10. Straßburg | Plenum
29.10. Straßburg | Klimaveranstaltung der Intergroup mit Mojib Latif
30.10. Berlin | Auftakt des neuen Mentoringprogramms der Friedrich-Naumann-Stiftung

Ihre Gesine Meißner

November 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Plenarwoche stand natürlich im Zeichen der Anschläge in Paris. In Straßburg wurden die Sicherheitsvorkehrungen deutlich verschärft. Es gab zum Beispiel Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze. In emotionalen Reden drückten die Abgeordneten ihr Beileid aus und diskutierten über Konsequenzen. Viele Ansätze fand ich richtig, doch einige Abgeordnete sind auch deutlich zu weit gegangen.

Es fällt schwer, nach diesen Ereignissen wieder zur alltäglichen Arbeit überzugehen, aber natürlich darf Europa nicht stillstehen. Aus diesem Grund haben wir die Verhandlungen zu Medizinprodukten, zum internationalen Dienstleistungsabkommen und zur Luftfahrtstrategie weiter vorangetrieben. Zudem war ich in meiner Funktion als Präsidentin der Meeresgruppe des Europäischen Parlaments in Berlin und Marseille unterwegs, um über maritime Themen zu debattieren.

Erwähnenswert ist auch, dass die europäischen Liberalen einen neuen Parteivorsitzenden bestimmt haben. Beim Parteikongress in Budapest wurde der niederländische Vertreter Hans van Baalen gewählt, die ALDE-Partei in den kommenden zwei Jahren zu führen. Gratulieren möchte ich an dieser Stelle auch dem FDP-Vertreter Markus Löning, der zu einem der ALDE-Vizepräsidenten

bestimmt wurde. Mehr zu diesen und weiteren Punkten finden sie wie gewohnt in den folgenden Artikeln.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Plenardebatte zu den Anschlägen in Paris

Bei der Plenardebatte zu den tragischen Anschlägen in Paris saß der Schock bei allen Abgeordneten tief. Alle Redner brachten ihre Trauer und ihre Wut deutlich zum Ausdruck. Natürlich geht jeder einzelne anders mit solchen Ereignissen um - erst recht in der Politik. Umso unterschiedlicher sind die politischen Antworten auf die Attacken: Die linke Seite des Parlaments forderte mehr Investitionen in den öffentlichen Dienst, um der Radikalisierung von Jugendlichen entgegenzutreten. Auf der rechten Seite wurde martialisch von Krieg geredet und davon die nationalen Grenzen wieder zu errichten.

Was mich daran stört ist, dass diese Vertreter die schrecklichen Geschehnisse nutzen wollen, um ihre politische Agenda durchzudrücken. So einfach ist es jedoch nicht. Das Problem ist weitaus komplexer. Man kann sich zum Beispiel nicht einfach abschotten und im eigenen Land verkriechen. Wie Guy Verhofstadt, Vorsitzender der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament, richtig feststellte: "Terroristen machen nicht an nationalen Grenzen Halt". Zudem gibt es solche Angriffe ja nicht nur in europäischen Ländern, sondern überall auf der Welt. Jüngst gab es auch in Mali Anschläge und in Nigeria sind Terrorattacken von Boko Haram an der Tagesordnung. Es ist also eindeutig ein globales Problem.

Deshalb darf man auch nicht auf die rechte Rhetorik reinfallen, wonach die Flüchtlingskrise untrennbar mit Terrorismus verbunden ist. Im Gegenteil, diese Menschen sind auf der Flucht vor dem Islamischen Staat. Es ist jedoch klar, dass man die Kontrolle über die europäischen Außengrenzen zurückgewinnen muss. Bei Angelegenheiten der inneren Sicherheit muss außerdem viel besser miteinander kooperiert werden. Kurz nach den Angriffen haben sich die Innenminister der europäischen Mitgliedstaaten darauf geeinigt, den Handel mit Waffen effektiver zu kontrollieren. Bei der Gelegenheit möchte ich aber auch klar unterstreichen, dass ich dagegen bin, dass die Rechte von Sportschützen und Jägern eingeschränkt und legale Waffenbesitzer unter Generalverdacht gestellt werden. Eine differenzierte Lösung muss her!

Zudem hat der Rat beschlossen, umfangreiche Daten von Reisenden zu sammeln. Auch hier muss man eine differenziertere Lösung finden. Es ist nicht zwangsläufig notwendig, immer mehr Daten zu sammeln. Viel wichtiger ist, dass man Informationen europaweit austauscht und auswertet. Zudem muss man die zur Verfügung stehenden Daten gezielter verwenden, um Verdächtige früher zu identifizieren und strafrechtlich zu verfolgen. Es bringt wenig, mehr Informationen von allen Fluggästen zu sammeln. Es ist beispielsweise sinnvoller zu schauen, wer

sich in letzter Zeit in Krisenregionen wie Syrien aufgehalten hat und zurückgekehrt ist. Außenpolitisch muss es gelingen, die Finanzierungsquellen des Islamischen Staates zu identifizieren und zum Versiegen zu bringen. Innenpolitisch muss effektiver gegen die Radikalisierung der Jugendlichen vorgegangen werden. Es kann nicht sein, dass der Jihadismus so leicht und unkontrolliert Anhänger rekrutieren kann. Es wird deutlich, dass die Lösungsansätze wahnsinnig komplex sind und ein langer Weg vor uns liegt, die richtigen Antworten zu finden.

Geschlechtsspezifisches Rentengefälle

Während der Plenarsitzung in Straßburg durfte das Parlament Marianne Thyssen, Kommissarin für Soziales und Beschäftigung, begrüßen. Thema der Aussprache war die im Juni veröffentlichte Studie zum Rentengefälle zwischen Männern und Frauen. Tatsächlich ist die Rente bei Frauen im Durchschnitt vierzig Prozent niedriger als bei Männern. Ein schier unglaublicher und inakzeptabler Unterschied. Noch bis Ende des Jahres soll deshalb ein strategischer Plan zur Förderung der Gleichberechtigung auf den Weg gebracht und den Mitgliedsstaaten 4 Millionen Euro bereitgestellt werden. Unter anderem sollen mehr Daten erfasst und Aktionspläne erstellt werden.

Als Vorsitzende der Liberalen Frauen begrüße ich diese Entwicklung. Dennoch sollte der Fokus bei der Ursachenbekämpfung liegen: Lohnunterschiede und die vergleichsweise niedrigere Repräsentation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Um diese Probleme zu bekämpfen, bedarf es einer Gesellschaft, die Frauen in der Vereinbarkeit von Familie und Arbeitsleben nicht benachteiligt. Der Staat und auch die Europäische Union stehen in der Verantwortung, hierzu die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Beseitigung von Gewalt gegen Frauen in der EU

Am Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen kam es zu einer Aussprache mit Věra Jourová, der Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung. Sie musste sich der Kritik stellen, nicht genug für Gleichstellung und für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen unternommen zu haben. Noch immer sind nur zwölf EU-Mitgliedsstaaten der Istanbul Konvention beigetreten, welche eine Rechtsgrundlage für den Kampf gegen häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen darstellt. Es ist aber ein Gesamtbeitritt der EU erforderlich, denn während es in vielen Mitgliedsstaaten bereits gute Gesetze und einen guten Schutz gibt, ist Gewalt gegen Frauen dennoch in vielen Staaten an der Tagesordnung. Dass akuter Handlungsbedarf besteht, wird besonders deutlich, führt man sich einmal die Zahlen vor Augen: im Laufe ihres Lebens wird statistisch ein Drittel aller Frauen Opfer von physischer oder sexueller Gewalt. Kommissarin Jourová ließ verkünden, dass im Oktober ein Fahrplan erstellt wurde, der den EU-Beitritt zur Konvention auf den Weg bringen soll. Zudem soll im Dezember ein weiterer Plan vorgestellt werden, welcher dann auch dem Frauenausschuss des Parlaments vorgelegt wird. Sie sieht den Ansatz in der Datensammlung und besserem Monitoring, und der Bewusstseinsbildung. Bei letzterem ist vor allem die Rolle der Männer wichtig, wie der Vorsitzende der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament Guy Verhofstadt deutlich machte. Diese hätten das Thema Gewalt gegen Frauen schon viel zu lange

umgangen und stehen in der Verantwortung, diese zu bekämpfen. Auch ich kritisiere, dass der Fortschritt seit einer EU-weiten Umfrage der EU-Agentur für Grundrechte im Jahr 2014 und der Zusage der Kommission, eine Strategie zur Verhinderung von geschlechtsspezifischer Gewalt vorzulegen, nur gering ist. Das Bekenntnis der Kommission, Gewalt gegen Frauen verhindern zu wollen, ist eine Worthülse geblieben. Tätliche Gewalt muss von den zuständigen Stellen besser und systematischer dokumentiert werden. Die Kommission ist aufgefordert, die Umsetzung und Effektivität existierender Regelungen wie die Europäische Schutzanordnung zu prüfen, Defizite zu benennen und abzuschaffen. Dafür ist auch Druck auf die Regierungen der Mitgliedstaaten nötig! Diese Forderung unterstütze ich aus ganzem Herzen, damit alle Formen der Drangsalierung und Gewalt gegen Frauen berücksichtigt und beseitigt werden können.

EU wird Vollmitglied der Kommission zur Erhaltung des südlichen Blauflossen-Thunfisches

In dieser Plenarwoche gab es kaum Abstimmungen, die meine Kerngebiete Verkehr- und Umweltpolitik betrafen. Es wurde jedoch über ein Thema abgestimmt, das mich als Vorsitzende der Meeresgruppe des Parlaments interessiert. Die Abgeordneten gaben nämlich ihre Stimme zu der Frage ab, ob die EU der Kommission zur Erhaltung des südlichen Blauflossen-Thunfisches beitreten soll. Die Aufgabe dieser Organisation ist es, den Bestand von Thunfisch in der südlichen Hemisphäre zu überwachen und sicherzustellen, dass die Fische nicht verschwinden. Das ist hochrelevant, da der Fang von diesen Fischen in der Vergangenheit nicht reguliert wurde und der Bestand deshalb deutlich sank. Mitte der 90er Jahre einigten sich Australien, Neuseeland und Japan dann auf gemeinsame Maßnahmen. Die EU trat der Organisation später zwar bei, jedoch nicht als Vollmitglied. Angesichts der Tatsache, dass viele Boote in der Region unter europäischer Flagge fischen, war es jedoch an der Zeit, die EU als Vollmitglied zu akzeptieren. Der Sinn und Zweck dieses Schrittes wurde von den Abgeordneten geteilt, die sich mit klarer Mehrheit für den Beitritt aussprachen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Sicherheitslage in Brüssel und Straßburg: Parlamentsarbeit läuft trotz Ausnahmezustand weiter

Brüssel befindet sich derzeit im Ausnahmezustand. Die Behörden haben seit letztem Samstag die höchste Sicherheitsstufe ausgerufen. Am vergangenen Wochenende gab es mehrere Hausdurchsuchungen und Festnahmen in der Brüsseler Innenstadt, ohne dass aber Entwarnung gegeben werden konnte. Auch der Arbeitsalltag für Abgeordnete und deren Mitarbeiter hat sich geändert. Für den Zugang zum EU-Parlament in Brüssel gibt es verschärfte Sicherheitskontrollen. Schon seit einigen Monaten - seit Charlie Hebdo - wird das Parlament von bewaffneten Soldaten bewacht und wir Abgeordnete kommen nur mit Ausweiskontrolle ins Haus. Jetzt müssen unsere persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich durch eine Kontrolle wie am Flughafen – Metalldetektor und Scanner. Das ist für unser Team

absolut unüblich, galt sonst nur für Besucher. Der öffentliche Personennahverkehr ist größtenteils eingestellt. Schulen, Kindergärten und Universitäten bleiben geschlossen. Deshalb arbeiten einige Assistenten, deren kleine Kinder sonst unbeaufsichtigt zu Hause wären, im Home-Office. Viele kleinere Läden und gastronomische Einrichtungen im Europaviertel oder in der Innenstadt bleiben zu. Außerdem spürt man die erhöhte Präsenz von Soldaten, besonders im Umkreis der EU-Institutionen, vor Museen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Die Zahl der Einsatzkräfte wurde verdoppelt. Vergangenes Wochenende waren die Menschen angehalten, in ihren Wohnungen zu bleiben, sich gar von den Fenstern fernzuhalten. Man kann mit Recht behaupten, dass eine merkwürdige Stimmung über Brüssel herrscht.

Trotzdem läuft der Betrieb innerhalb des Parlaments nahezu „normal“ weiter. Zudem ist diese Woche Straßburg-Woche, die Abgeordneten und ein Teil der Mitarbeiter sind also im Parlament in Straßburg und nicht unmittelbar von der Brüsseler Situation betroffen. Hier in Straßburg spürt man bis auf eine erhöhte Sicherheitskontrolle beim Eingang eher wenig. Einzige Ausnahme ist die „Grenzüberfahrt“ ins benachbarte Kehl in Deutschland. Hier werden die Fahrzeuge zum Langsamfahren angehalten und teilweise kontrolliert, was zu erheblichen Verkehrsverzögerungen führt. Mir wurde dadurch deutlich bewusst, wie sehr wir doch die freie Mobilität im Schengen-Gebiet als selbstverständlich wahrnehmen. Als weitere Auswirkung sind die Möglichkeiten, im Parlament Veranstaltungen zu organisieren, erheblich eingeschränkt worden. Ich blicke der nächsten Brüsseler Sitzungswoche etwas besorgt entgegen. Unter diesen Umständen wird es doch zusehends schwieriger, den Betrieb im Parlament in vollem Umfang zu gewährleisten. Hoffen wir, dass wir wieder schnell zum „Normalbetrieb“ übergehen können. Es ist im Moment vorgesehen, die Sicherheitsstufe noch bis Montag, den 30. November beizubehalten. Ob es dabei bleibt, ist abzuwarten.

TiSA: ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Liberale Berichtsterin)

Nach der umkämpften Stellungnahme zum Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) beschäftigt sich der Transportausschuss wieder mit einem Handelsthema. Das TiSA-Abkommen wird derzeit zwischen 24 Staaten verhandelt, alle Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO), die gerne Teile ihrer Dienstleistungsmärkte öffnen möchten. Da die Verhandlungen innerhalb der WTO ins Stocken geraten sind, versuchen diese Staaten ein eigenes Abkommen zu abzuschließen. Dabei sitzt die EU mit wichtigen Handelspartnern wie z.B. USA, Australien, Korea, Mexiko oder Norwegen am Verhandlungstisch und wird wie bei allen Handelsabkommen durch die Europäische Kommission vertreten. Daher hat das Parlament beschlossen, eine offizielle Position zu den laufenden Verhandlungen zu beschließen, um die Meinung der Parlamentarier in den Prozess einzuspeisen. Das Europäische Parlament und die nationalen Regierungen müssen nämlich am Ende über Zustimmung zum Verhandlungsergebnis entscheiden. Ein Ende der Verhandlungen ist aber noch nicht in Sicht.

Die EU ist der weltweit größte Exporteur von Dienstleistungen mit europaweit zig Millionen Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor. Ein Abkommen, mit dem europäische Unternehmen ihre Dienstleistungen einfacher in den USA oder Asien anbieten könnten, wäre daher gut für die europäische Wirtschaft. Das gilt auch für Dienstleistungen im Transportbereich. Europäische und vor allem auch deutsche Reeder sind weltweit aktiv und befördern mit ihrer Flotte Güter zwischen allen Kontinenten. Allerdings haben sie keine rechtlichen Garantien, dass ein Staat ausländischen Reedern nicht einfach verbietet, seine Häfen anzulaufen oder Güter aus diesem Land an Bord zu nehmen. In dem Dienstleistungsabkommen sollten solche Zugangsrechte daher klar geregelt werden. Die USA hat ihren Seeverkehrsmarkt z.B. völlig geschlossen. Transporte innerhalb der USA dürfen nur von Schiffen getätigt werden, die in Amerika gebaut wurden, unter amerikanischer Flagge fahren und deren Besatzung nur aus Amerikanern besteht. Das garantiert natürlich einige Arbeitsplätze in den USA, hat aber dazu geführt, dass der Markt fast völlig abgestorben ist. Güter werden in der USA selbst entlang der bevölkerungsreichen Küstenstreifen mehr mit LKW oder Bahn transportiert als per Schiff. Das wäre in Europa undenkbar. Europäische Reeder dürfen heute nicht mal einige ihrer leeren Container im Hafen Baltimore abholen, um sie im Hafen von New York wieder zu befüllen. Den inneramerikanischen Transport muss ein amerikanisches Schiff übernehmen. Ich habe die Kommission aufgerufen, die Probleme der europäischen Reeder im Rahmen der Verhandlungen anzugehen. Aber Fakt ist auch, dass man die Verhandlungspartner nicht zwingen kann, Marktsegmente zu öffnen, wenn sie sich dadurch keine Vorteile versprechen. Daher haben alle Verhandlungspartner auch schon beschlossen, Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (wie öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsversorgung) von den Verhandlungen auszunehmen.

Medizinprodukte: Update aus den Verhandlungen (Liberale Berichtsteratterin)

Wie es vorauszusehen war, gestalten sich die Verhandlungen zäh. Kein Wunder, ist dieser Gesetzesentwurf auch hoch technisch und komplex. Immerhin konnten sich die Vertreter der Institutionen bereits auf einen Text zu Medizinprodukten, die in der Schönheitschirurgie genutzt werden, einigen. Außerdem gab es eine Einigung für bestimmte Medizinprodukte, die in Krankenhäusern individuell für ganz spezielle Operationen gefertigt werden sollen. Um schnelle Hilfe für Patienten gewährleisten zu können, soll hier eine Ausnahmeregelung gelten.

Auch wenn diese Fortschritte zu begrüßen sind, so bilden sie leider nur einen geringen Teil von dem, was noch vor uns liegt. Viele Themen, wie die Wiederaufbereitung von Medizinprodukten oder die Zulassungsverfahren, müssen noch diskutiert werden. Weitere Fragen, die strittig sind: Darf es Ausnahmen für Krankenhäuser geben? Wer haftet bei Medizinprodukten, die nicht aus der EU stammen? Sind alle Materialien, die in den menschlichen Körper gelangen, also auch Schrauben und OP-Fäden, automatisch in der höchsten Sicherheitsstufe einzuordnen? Müssen alle Tests verschreibungspflichtig und an ärztliche Beratung gebunden werden? Wir warten hier gespannt auf die Arbeitskreissitzung im Rat am

2. Dezember, wovon wir uns alle einen Fortschritt erhoffen. Klar ist jetzt allerdings, dass eine Einigung unter luxemburgischem Ratsvorsitz nicht mehr zu schaffen ist.

Entschließungsantrag zur Zukunft der europäischen Luftfahrt

In vergangenen Newslettern habe ich schon erwähnt, dass die EU an einer Strategie über die Zukunft der europäischen Luftfahrt arbeitet. Im Dezember wird es soweit sein, dass die Europäische Kommission den erwarteten Bericht vorstellt. Das politische Interesse daran ist groß, schließlich wird damit die Richtung für die kommenden Jahre vorgegeben. Zudem umfasst der Bericht etliche strittige Fragen: Wie können europäische Airlines im globalen Wettbewerb bestehen? Wie weit darf sich die EU in Sozialbestimmungen einmischen? Wie können Drohnen in den Luftraum integriert werden? Dies sind einige der Fragen, um die es sich dabei dreht.

Im Vorfeld hat das Europäische Parlament nun einen Beschluss verabschiedet, in dem die Prioritäten des Parlaments formuliert werden. Man kann es sich als ein Signal an die Kommission vorstellen, durch das sich das Parlament positioniert und zeigt auf welche Themen es besonderen Wert legt. Ob die Kommission letztlich darauf hört, wird sich zeigen. Mit dem Endergebnis bin ich zufrieden: Die Liberalen haben es geschafft zu unterstreichen, dass europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb nur bestehen können, wenn rechtliche Bestimmungen die Positionen der Fluggesellschaften stärken, anstatt zusätzlich zu belasten. Schon jetzt ist der Wettbewerbsdruck, zum Beispiel von Fluggesellschaften aus dem arabischen Raum hoch. Zudem haben wir uns dafür ausgesprochen, Offenheit gegenüber neuen Technologien, wie beispielsweise der Verfolgung von Flugzeugen per Satellit, zu zeigen - um nur einige Punkte zu nennen. Jetzt liegt der Ball im Spielfeld der Kommission. Ich bin gespannt wie das Ergebnis aussehen wird.

Untersuchungen zum Absturz der MH17-Maschine

Im Zuge der Untersuchungen zum Absturz des Linienflugs MH17 von Malaysia Airlines über der Ostukraine wurde der Verkehrsausschuss über die bisherigen Ergebnisse unterrichtet. Hierfür anwesend war Erwin Muller, Vizepräsident des niederländischen Untersuchungsrats für Sicherheit (OVV). Diese Behörde ist zuständig für die Untersuchungen und den abschließenden Bericht. Zudem stellte sich Patrick Ky von der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) den Fragen der Abgeordneten. Der OVV-Bericht hält fest, dass der Absturz vom 17. Juli 2014 einer Flugabwehrrakete geschuldet ist und über dem Konfliktgebiet Ostukraine stattfand. In der Annahme, dass die zivile Luftfahrt nicht gefährdet ist, hat die Ukraine den Luftraum über dem Gebiet nicht geschlossen und Fluggesellschaften flogen dementsprechend. OVV und EASA halten fest, dass diese Risiko-Einstufung falsch war. Für die Zukunft müsse es deshalb bessere Standards und Richtlinien für diesen Einstufungsprozess geben. Hierfür sei speziell auf europäischer Ebene mehr Kooperation erforderlich, denn der Informationszugang sei im Moment zu fragmentiert. Schlussendlich wurde der Vorschlag, ein Europäisches Warnsystem zu errichten, angeregt diskutiert. Dieses solle die erklärten Probleme lösen und als

Plattform für den Informationsaustausch und eine gemeinsame Risikoeinschätzung genutzt werden, welche dann auch spontane Empfehlungen erteilen kann.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Parteitag der ALDE-Partei in Budapest

Wir haben in Brüssel nicht nur europäische, parteiübergreifende Fraktionen, sondern auch europäische Parteien. Zur ALDE-Fraktion gehört demnach die ALDE-Partei, die wie jede Partei einmal im Jahr ihren Parteitag abhält. Interessant ist, dass in der ALDE-Partei viel mehr Länder mit ihren liberalen Parteien mitarbeiten als in der ALDE-Fraktion. Auch Nicht-EU-Länder wie beispielsweise die Ukraine und Russland sind vertreten. Diesmal traf man sich vom 19.-21. November in Budapest, um dem ungarischen Premierminister Viktor Orban zu zeigen, es gibt auch liberale und weltoffene Alternativen zu seinem autoritären Regime. Obwohl er nach dem Fall des Eisernen Vorhangs als liberaler Studentenführer begonnen hat, steht Orban seit Jahren in der Kritik wegen der steten Abschaffung fundamentaler Bürgerrechte wie Pressefreiheit oder Unabhängigkeit der Justiz.

Auch ein Wechsel in der Führungsspitze der ALDE-Partei stand an. Der bisherige Vorsitzende Sir Graham Watson, mein ehemaliger Parlamentskollege von den britischen LibDems, hat sich nach vier Jahren im Amt verabschiedet. Ins Rennen um seine Nachfolge gingen der ehemalige Verkehrskommissar und frühere estnische Premierminister Siim Kallas und der niederländische Europaabgeordnete Hans van Baalen (VVD). Wegen der engen Beziehungen zu den Niederländern hat die FDP Hans van Baalen unterstützt, der am Ende deutlich gewonnen hat. Für die FDP ist Markus Löning mit überwältigender Mehrheit als Vizepräsident gewählt worden.

Meine Redeauftritte zu maritimen Themen in Brüssel, Berlin und Marseille

In den vergangenen Wochen war ich mehrfach in meiner Funktion als Präsidentin der parlamentarischen Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (www.searica.eu) als Rednerin gefragt. Anfang des Monats habe ich auf einer Veranstaltung der Kommission zum Thema Bioökonomie gesprochen. Für meine Diskussionspartner stand fest: In Zukunft sind Algen von herausragender Bedeutung. Die Anwendungsgebiete für Produkte aus der Forschung und Industrie rund um die Meeresflora sind zahlreich. In der Kosmetik werden Algen ebenso genutzt wie in der Pharmakologie und der Nahrungsmittelindustrie. Wussten Sie, dass die blaue Farbe in Weingummi von einem Wirkstoff kommt, welcher aus Algen gewonnen wird? Das Gespräch mit Leuten aus der Industrie und der akademischen Welt bot interessante Eindrücke und eine übereinstimmende Einschätzung der Lage: Die Algenindustrie steckt weiterhin in den Kinderschuhen. Investitionen sind daher von großer Bedeutung, um die Forschung voranzutreiben. Nur so können innovative Ideen und Anwendungsmöglichkeiten entstehen. Doch auch politische Maßnahmen können diese Industrie unterstützen. Eine Einbindung für eine umfassendere Anzahl von Algenarten in die Definition von Novel Food mitsamt Richtlinien, wie sie in vielen anderen Teilen dieser Welt schon existieren, wäre von großer Bedeutung. Ich konnte

meinen Diskussionspartnern in vielen Punkten zustimmen und bin der Überzeugung, dass die Politik für diese noch junge Industrie im Standort Europa passende Rahmenbedingungen schaffen sollte, damit die Forschung und Produktion unterstützt und erleichtert wird.

Nur einen Tag später fand in Marseille die Konferenz *Économie de la Mer* statt. Die zweitägige Konferenz ist eine der wichtigsten Veranstaltungen der maritimen Wirtschaft Frankreichs. Gemeinsam mit dem französischen Staatssekretär für maritimen Transport, Philippe Alfonso, und dem Präsidenten des Europäische Networks Maritimer Cluster, Francis Vallat, diskutierte ich über die Möglichkeiten eines "Blauen Wachstums" in Europa und wie dies politisch unterstützt werden könnte.

Eine Woche später ging es dann nach Berlin, wo die vierte Ausgabe der *World Ocean Review* vorgestellt wurde. Die umfangreiche Studie beschäftigt sich mit der nachhaltigen Nutzung unserer Ozeane und wurde vorwiegend von Forschern der Universität Kiel erstellt. Im Rahmen eines Interviewparcours in der Landesvertretung Schleswig-Holstein diskutierte ich gemeinsam mit einem Kreis führender Meeresforscher wie Prof. Martin Visbeck, Prof. Antje Boetius oder Prof. Konrad Ott über die Möglichkeit das wirtschaftliche Potential unserer Meere zu nutzen, ohne die sensiblen Ökosysteme der Ozeane zu beeinträchtigen. Die Tatsache, dass ich innerhalb von so kurzer Zeit bei drei ganz verschiedenen Veranstaltungen in Belgien, Frankreich und Deutschland eingeladen war, um über das Potential der maritimen Wirtschaft und der Aufgabe einer nachhaltigen Nutzung der Meere zu sprechen, zeigt einmal mehr, dass sich im Bereich Meerespolitik gerade einiges bewegt und das Thema auf der politischen Agenda endlich seinen verdienten Platz findet.

Staatsakt für Helmut Schmidt

Ganz gleich, wo man politisch steht: Ich denke, es besteht Einigkeit in Deutschland, dass wir mit Helmut Schmidt einen herausragenden Politiker verloren haben. Einige von Ihnen haben vielleicht den Staatsakt zu seinen Ehren im Fernsehen verfolgt. Ich durfte als norddeutsche Europaabgeordnete im Hamburger Michel dabei sein. Es gab nur drei Ansprachen: von Olaf Scholz als Hamburger Bürgermeister, Henry Kissinger als gutem Freund und langjährigem politischen Weggefährten und Bundeskanzlerin Angela Merkel - das hatte sich der Verstorbene so gewünscht, genauso wie das militärische Ehrengelicht im Anschluss. Mich hat Kissingers Rede, die Einblick sowohl in wichtige historische als auch sehr private Begegnungen gab, besonders berührt. Kissinger betonte, dass Schmidt und er immer sehr ehrlich zueinander waren und sich voll aufeinander verlassen konnten - absolut nicht selbstverständlich in der Politik, schon gar nicht in transnationalen Beziehungen. Helmut Schmidt hatte sich auch viel Musik gewünscht, von "Der Mond ist aufgegangen" über den Kanon von Pachelbel bis zu Werken von Johann Sebastian Bach. Als bekanntermaßen gutem Pianisten hätte ihm das furios gespielte Cembalo-Solo aus dem 1. Satz des 5. Brandenburgischen Konzerts bestimmt besonders gut gefallen.

Logistik-Jubiläum und "Klartext" in der Schule

Der GVN hatte mich zu seinem 70-jährigen Jubiläum nach Papenburg eingeladen, um über aktuelle europäische Verkehrspolitik zu informieren. Mir ist die Zusammenarbeit mit dem Verkehrs- und Logistikgewerbe schon immer sehr wichtig gewesen. Viele machen sich keine Gedanken über die Bedeutung dieses Sektors für unsere Wirtschaft und für unseren Alltag. Dabei gewährleistet er nicht nur die "freie Mobilität von Personen, Waren und Dienstleistungen" - eine der wichtigsten Grundsätze der Europäischen Union -, sondern stellt damit auch das Funktionieren des Europäischen Binnenmarkts sicher. Mit fortschreitender Digitalisierung, neuen "Transportmitteln" wie Drohnen, Konkurrenz von Uber zu den Taxis, selbstfahrenden LKWs und anderen Entwicklungen wird es in Zukunft einige Veränderungen geben, und das war natürlich auch Thema bei der Versammlung. Ich betone bei solchen Gelegenheiten immer gern die Wichtigkeit von Lang-LKWs als wirtschaftlich und ökologisch effizientem Transportmittel auf ausgewählten Strecken.

Im Rahmen der Workshop-Reihe "Klartext" war ich als Schirmherrin in der Herrschelschule in Hannover. Es geht bei diesen Veranstaltungen um den richtigen und maßvollen Umgang mit Alkohol, der als Genussmittel Bestandteil unserer Gesellschaft ist und auch bleiben soll, aber bei Missbrauch süchtig machen kann. Eltern von Jugendlichen können sich hier informieren über Gesundheitsrisiken von zu frühem Alkoholkonsum, über ihre Erfahrungen mit "Mutproben" via Internet austauschen und auch darüber diskutieren, wie sie am besten mit ihren halbwüchsigen Kindern dieses Thema behandeln.

Kroatien braucht bessere Anbindung

Eine der Verkehrsausschuss-Reisen dieses Jahr führte nach Kroatien. Besucht wurden der Flughafen von Zagreb, ein Naturschutzgebiet im Osten des Landes und die Hauptstadt Zagreb mit innovativen Verkehrsmodellen. Da Kroatien insbesondere wegen seiner Inselwelt und der langen Küste ein beliebtes Reiseziel ist, gibt es gute Flugverbindungen an verschiedene Orte, wenn auch nicht immer als Direktverbindung (ich musste bei An- und Abreise jeweils umsteigen). Viel Verbesserungspotential gibt es aber noch im Eisenbahnnetz, wo auch EU-Mittel im Rahmen der Förderperiode 2014-2020 eingesetzt werden sollen. Zagreb als Studentenstadt bietet ein gutes Konzept für Radfahrer, auch E-Biker, und ein insgesamt überzeugendes Nahverkehrssystem, das wir Teilnehmer mit den kroatischen Verantwortlichen als Beispiel für städtische Mobilität der Zukunft diskutierten.

IV. Europa unter der Lupe

Was ist eigentlich ein Trilog?

In dieser neuen Rubrik werde ich an ausgewählten Themen die Funktionsweise unseres "europäischen" Betriebs erklären. Da in meinen Newslettern schon verschiedentlich "Trilogie" erwähnt wurden, ist dies heute Thema. Trilogie sind Bestandteil europäischer Gesetzgebung, die 70 % unseres Alltags bestimmt und

folgendermaßen abläuft: Die EU-Kommission schlägt - häufig auf Anregung aus Parlament oder Mitgliedstaaten und nach ausführlicher Befragung des jeweiligen Sektors - einen Gesetzestext vor. Das kann entweder eine Verordnung sein, die nach Abschluss der Verhandlungen 1:1 europaweit umgesetzt werden muss, oder eine Richtlinie, die zwar nicht "unterboten" werden darf, aber bei der Umsetzung in nationale Gesetzgebung noch Spielraum lässt. Sobald der Text veröffentlicht ist, setzen sich im Rat die jeweiligen Fachminister der Mitgliedsstaaten und im Parlament Vertreter der Fraktionen zusammen und erarbeiten einen Gegenentwurf. Im Parlament geschieht dies in dem jeweiligen Fachausschuss, in meinem Fall bei den Medizinprodukten dem Umweltausschuss, der ja auch für Ernährung und Gesundheit zuständig ist. Dort gibt es eine/n Berichterstatter/in, verantwortlich für Federführung und später auch Verhandlungsführung im Trilog. Im Fall der Medizinprodukte ist dies eine britische Sozialdemokratin. Damit der Parlamentstext nicht politisch einseitig ausfällt, gibt es bei Erarbeitung und Verhandlung aus jeder anderen Fraktion jeweils eine/n "Schattenberichterstatter/in" (ich nenne das im Newsletter in meinem Fall "liberale Berichterstatterin"). Sobald alle Texte fertig sind, beginnen die Triloge. Dabei sitzen sich die Fachvertreter der Kommission, die Fachminister des Rats - vertreten jeweils durch das Land mit der aktuellen Ratspräsidentschaft, also zur Zeit Luxemburg, ab Januar Niederlande - und das Berichterstatter-Team des Parlaments gegenüber. Jeder hat ein "4-SpaltenDokument" vor sich: jeweils eine Spalte für den Ursprungstext der Kommission, eine Spalte für das Parlament, eine Spalte für den Rat und die letzte für Anmerkungen oder Kompromissvorschläge. Dieses oft sehr umfangreiche Dokument (im Falle der Medizinprodukte ist der Ratstext mit 700 Seiten extrem lang) wird dann § für § besprochen. Am Schluss gibt es zwei Möglichkeiten: 1) man einigt sich auf einen gemeinsamen Text, der vom Parlamentsplenum und von den Fachministern "abgesegnet" und unterzeichnet und dann nach einer vorher festgelegten Frist in den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden muss, oder 2) man einigt sich nicht - dann muss die Kommission über einen neuen Vorschlag nachdenken.

Zum Abschluss eine Kuriosität

Die Chefin der Front National, Marine Le Pen, wurde beim "Schummeln" erwischt. Wir Abgeordneten haben alle eine elektronische Stimmkarte, die ausdrücklich nur von uns persönlich benutzt werden darf. Umsitzende Abgeordnete haben kürzlich gesehen, dass Marine Le Pen selbst nicht da war, aber ein Fraktionskollege außer mit seiner auch noch mit ihrer Karte abgestimmt hat. Das ist natürlich ein Verstoß gegen unsere demokratischen Vorgaben, entsprechend gibt es dafür eine Strafe im Parlament. Als dies im folgenden Plenum öffentlich diskutiert wurde, stritt Marine Le Pen alles ab und beschuldigte die Kollegen der Lüge. Daraufhin glich die Parlamentsverwaltung die Anwesenheitslisten mit den elektronischen Abstimmungen ab und entdeckte, dass das bezüglich der Stimmkarte dieser französischen Abgeordneten kein einmaliger Vorfall war...

V. Terminvorschau

27.11.	Hannover	Europavortrag beim Hannoverschen Automobilclub
30.11.	Bad Iburg Wirtschaft	Politisches Abendessen mit Vertretern der regionalen

30.11.- 4.12.	Brüssel	Teilnahme am "Young visitors programm"
1.- 3.12.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Trilog, Miniplenium
1.- 2.12.	Brüssel	Besuch von Bürgermeistern aus meiner Region
2.12.	Brüssel	Konferenz Intergroup zu "Ocean Governance"
7.- 10.12.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktionssitzung
8.12.	Brüssel	Logistikforum "Digitalizing transport documents"
9.12.	Brüssel	Konferenz "Why aviation matters"
11.- 12.12.	Brüssel	Europaseminar der Liberalen Frauen
14.- 17.12.	Straßburg	Plenum, Fraktion, Trilogie, Besuchergruppe

Ihre Gesine Meißner

Dezember 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

2015 neigt sich dem Ende entgegen und die letzte Plenarsitzung des Jahres stand an. Ein würdiger Abschluss war die Verleihung des Sacharow-Preises an den saudischen Blogger Raif Badawi, der sich unter Einsatz seines Lebens unermüdlich für freie Meinungsäußerung einsetzt. Im Plenum wurde seitens der Kommission endlich ein Vorschlag für einen europäischen Grenzschutz präsentiert. Was meine Arbeit im

Verkehrsausschuss betrifft, befinden wir uns in abschließenden Verhandlungen zur Neuregulierung für Binnenschiffe. Die Kommission hat zudem in diesem Monat ihre Strategie zur Stärkung der europäischen Luftfahrt vorgestellt.

Rückblickend war 2015 ein schwieriges Jahr für die Europäische Union: Durch die Schuldenkrise stand Griechenland kurz vor dem Staatsbankrott. Der enorme Zustrom an Flüchtlingen in die EU hat den mangelnden Zusammenhalt unter den Mitgliedstaaten offen gelegt. Die Anschläge von Paris haben uns bis ins Mark erschüttert.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen wird die EU leider negativer wahrgenommen als bisher. Jetzt liegt es an uns, dafür zu sorgen, sie zu stabilisieren. Fakt ist, dass Nationalismus in Zeiten von Globalisierung für keines der genannten Probleme eine adäquate Lösung darstellt. Nur gemeinsames Handeln wird uns voranbringen.

Das muss das Motto für das neue Jahr sein. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr!

Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Frontex wird zur Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenschutz

Seit längerem wird darüber diskutiert, wie die EU ihre Außengrenzen besser schützen kann. Nun präsentierte uns die Kommission endlich einen konkreten Vorschlag zur Verbesserung des europäischen Grenzmanagements. Ich halte diese Entwicklung für sehr wichtig. Hervorzuheben ist das verstärkte Mandat für die europäische Grenzschutzbehörde Frontex und deren Umbenennung in die "Europäische Agentur für Grenz- und Küstenschutz". Interessant ist auch die geplante Kooperation mit der in Lissabon ansässigen Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) und der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur. Beide Behörden sollen zum Beispiel Informationen beschaffen und austauschen. Das ist durchaus sinnvoll, denn die vielen europäischen Boote haben einen guten Überblick über die Lage. Die EU-Staaten zeigen, dass sie zumindest hier gemeinsam Verantwortung übernehmen wollen, um die Probleme der Flüchtlingskrise zu lösen, Flüchtlinge aus Seenot zu retten und den Schutz europäischer Außengrenzen zu gewährleisten. Die durch die Flüchtlingskrise erhöhte Last an Europas Außengrenzen erfordert besseres koordiniertes Handeln. Im Vorschlag werden mögliche Operationen mit Aufklärungsdrohnen über dem Mittelmeer angesprochen, um beispielsweise Schlepperschiffe früh zu erkennen. Zudem soll der Grenzschutz künftig befugt sein, in den Mitgliedstaaten aktiv zu werden, die ihre Grenzen nicht schützen können oder wollen.

EU-Menschenrechtspreis für Raif Badawi

Jedes Jahr vergibt die EU den Sacharow-Preis für geistige Freiheit an Persönlichkeiten oder Organisationen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit einsetzen. Jede Fraktion kann Vorschläge unterbreiten, der Preisträger wird vom Plenum gewählt. Der erste Preisträger 1988 war niemand Geringeres als Nelson Mandela. Im letzten Jahr wurde Denis Mukwege ausgezeichnet, der sich für weibliche Opfer von Gewalt im Kongo einsetzt. Diese Woche ging der Preis an den liberalen saudischen Blogger Raif Badawi. Leider konnte er den Preis nicht persönlich entgegen nehmen, denn er ist politischer Gefangener. Stellvertretend bekam seine Frau, die mit ihren drei Kindern in Kanada Zuflucht gefunden hat, den Preis überreicht und hielt mit dem Foto ihres Mannes in den Händen eine bewegende Rede. Seit drei Jahren inhaftiert, wurde Herr Badawi zu insgesamt zehn Jahren Gefängnis und tausend Peitschenhieben verurteilt. Dabei hat er nichts anderes als sein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen.

Der Sacharow-Preis ehrt seinen Mut. Freiheiten, die uns selbstverständlich vorkommen, sind in Ländern wie Saudi-Arabien unterentwickelt. Tapfere Menschen wie Raif Badawi und seine Frau Ensaf Haidar verdienen unsere volle Unterstützung und Bewunderung. Trotz hoher Risiken geben sie nicht auf. Das Königreich Saudi-Arabien ist Mitglied im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, es hat die UN-Antifolterkonvention unterzeichnet und ratifiziert. Somit trägt es Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte auf Grundlage der Universellen Erklärung von 1948. Ich hoffe, dass auch der saudische König dies einsieht und Raif Badawi und

andere friedliche Aktivisten bald begnadigt. Allen Menschen, die aufgrund von Meinungsäußerungen bedroht, inhaftiert, gequält oder getötet werden, gilt unsere Solidarität. Das Europäische Parlament unterstützt sie mit dieser Auszeichnung und darüber hinaus.

Abstimmung zum VW-Untersuchungsausschuss

Zur Aufklärung der Vorgänge um den Betrug bei der Messung von Abgaswerten im Fall VW wurde von einer Mehrheit des Europäischen Parlaments der Einsatz eines Untersuchungsausschusses beschlossen. Ziel des Ausschusses soll es sein zu untersuchen, in wieweit die Kommission und die Mitgliedstaaten bereits im Vorfeld des Skandals von den Unrechtmäßigkeiten wussten und geltendes EU-Recht nicht angewendet haben. Generell unterstütze ich den Ansatz der lückenlosen Aufklärung und Transparenz ausdrücklich. Allerdings sollte der Ausschuss nicht dazu instrumentalisiert werden, einen Generalverdacht gegen die Automobilbranche zu schüren oder Diesel als Antriebskraftstoff zu verteufeln. Diesel ist und bleibt ein sehr effizienter Kraftstoff, der maßgeblich zur Senkung der CO₂Bilanz der Flotten beiträgt und auch aus Klimaschutzgründen empfohlen wurde. Der Untersuchungsausschuss ist vorerst für eine Dauer von bis zu 12 Monaten vorgesehen.

Berichte zur Kontrolle von Fischbeständen finden breite Unterstützung

Mit breiter Mehrheit hat das Europäische Parlament diese Woche einen Bericht zum Thema „Mehrjahrespläne und technische Maßnahmen in der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP)“ verabschiedet. Hinter diesem Initiativbericht stehen strategische Überlegungen, denn das Parlament möchte die Umsetzung der GFP steuern. Die Mehrjahrespläne spielen eine sehr wichtige Rolle bei der Kontrolle von Fischbeständen. Im Moment verhandeln die Europäischen Institutionen über einen Plan für die Fischbestände in der Ostsee. Das sind interessante Absprachen, denn dieser Plan wird einen Präzedenzfall für kommende Mehrjahrespläne anderer Gewässer setzen.

Bei den technischen Maßnahmen geht es vor allem darum, einheitliche Standards zu schaffen, damit die Menge an Beifang und jungen Fischen deutlich verringert wird. Momentan ist es bedauerlicherweise so, dass zu viel Fisch gefangen wird, den man anschließend nicht verwertet. Diese Verschwendung wird auch dadurch begünstigt, dass die technischen Standards in über 30 verschiedenen Gesetztestexten ungleich geregelt werden. Bei diesen Rahmenbedingungen ist kein nachhaltiges Fischen möglich. Die Liberalen sind diesem Bericht gegenüber sehr offen, haben jedoch einige Änderungsanträge in Hinblick auf die Wahrung des Regionalisierungs-Prinzips eingebracht. Wir möchten, dass jede Region selbst entscheiden kann, wie europäische Vorgaben umgesetzt werden können, denn die Fischerei etwa in Spanien, Deutschland oder am Schwarzen Meer ist ganz unterschiedlich organisiert.

Auch ein weiterer Bericht zum Thema Fischerei fand breite Zustimmung im Plenum. Der sogenannte Christensen-Report (benannt nach dem Berichterstatter) befasste sich mit der Übernahme von internationalen rechtlichen Bestimmungen in EU-Recht.

Betroffen sind vor allem Länder mit Meereshäfen, denn diese müssen mehr tun, um illegale Fischerei zu verhindern und zu bekämpfen. Zum Beispiel wird verfügt, dass Schiffe, die im Regelungsbereich als aufnehmendes Schiff an einer Umladung beteiligt sind, dies dem Anlande-Hafen direkt mitteilen müssen. Dieser Bericht war insofern nicht kontrovers, da die EU bereits vorher die Bestimmungen aktiv mitgestaltet und unterstützt hat.

Gemeinsame Fischereipolitik ermöglicht höhere Nordsee-Fangquoten im neuen Jahr

Die Nordsee-Anrainerstaaten, besonders Norddeutschland halten Kurs! Durch vorübergehende Zurückhaltung beim Fischfang haben sich die Bestände erholt. Die in dieser Woche beschlossenen höheren Fangquoten sind ein klares Indiz dafür, dass die Gemeinsame Fischereipolitik funktioniert. EUMitgliedstaaten verbessern sukzessive ihre Datensammlungen zu Fischbeständen, um Kontrollen zu verbessern und Überfischung zu vermeiden. Beifang darf nicht mehr einfach ins Meer zurückgeworfen werden. Alle, die sich an diese koordinierten Vorgaben der EU halten, sichern den Bestand und damit die Zukunft der Fischerei. Deutsche Fischer müssen 2016 lediglich beim Fang von Makrelen Abstriche machen. Das sind gute Nachrichten für den Fischereisektor und alle dort Beschäftigten.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Strategiepapier zur europäischen Luftfahrt: Europa muss sich auf seine Stärken besinnen

In der europäischen Verkehrspolitik ist die Luftfahrt ein wahrer Gigant: Allein bei europäischen Airlines und Flughäfen verdienen fast zwei Millionen Menschen ihren Lebensunterhalt, viele in vorgelagerten Unternehmen. Mit einem Wert von 110 Milliarden Euro nimmt dieser Wirtschaftszweig eine bedeutende Rolle in der EU ein. Dass man mit Luftfahrt viel Geld verdienen kann, ist natürlich auch anderen, außereuropäischen Volkswirtschaften nicht verborgen geblieben. Die Europäer sind vermehrt dem Druck neuer Wettbewerber, vor allem aus der Golfregion und Südostasien, ausgesetzt. Die Europäische Kommission hat nun ein lang erwartetes Strategiepapier vorgestellt. Es erläutert, wie man den neuen Herausforderungen - sei es erhöhter Wettbewerbsdruck, steigende Fluggastzahlen oder neue Sicherheitsrisiken - begegnen will. Ziel ist es, die europäische Luftfahrt für die Zukunft zu stärken.

Ein wichtiger Lösungsvorschlag sind sogenannte Luftverkehrsabkommen. Die EU möchte vermehrt Verträge mit außereuropäischen Staaten abschließen, damit europäische Luftfahrtunternehmen wie Lufthansa, Airbus oder auch Deutsche Post/DHL leichter ihre Dienste in diesen Staaten anbieten können. Damit würden diese Unternehmen besser vom Wachstum in China oder Malaysia profitieren. Dabei orientiert man sich an Verträgen, die bereits mit Kanada, den USA und anderen Staaten abgeschlossen wurden. Luftverkehrsabkommen sind gleichzeitig ein Mittel, um unfairen Wettbewerb einzudämmen. Dazu gehören auch die staatlichen Gelder,

mit denen die Golfstaaten ihre Fluglinien unterstützen. Das ist für die europäischen Airlines ein großes Problem, denn sie können preislich kaum mit Fliegern von Emirates oder Qatar Airways konkurrieren.

Nimmt man die Flughäfen als Beispiel, wird ein weiteres Problem sichtbar: Die Türkei baut den derzeit größten Flughafen der Welt - und das in Rekordzeit! Istanbul hat bereits vor einiger Zeit Frankfurt als bedeutendsten Umsteigeflughafen abgelöst. In Europa hingegen gibt es oft Streitigkeiten und Mängel bei den Bauarbeiten von Großprojekten im Verkehrsbereich. Der Flughafen in Berlin ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Ich möchte natürlich nicht, dass man Bauzeiten beschleunigt, indem man Entscheidungen undemokratisch ohne rechtzeitige Einbeziehung von Bürgerinteressen durchdrückt oder Arbeitsschutzbestimmungen darunter leiden. Ich denke aber, dass es gewaltiges Verbesserungspotential bei der Planung und Umsetzung solcher Vorhaben gibt. Zudem müssen die bestehende Infrastruktur in Europa effizienter genutzt und nationale Eitelkeiten überwunden werden. Bestes Beispiel: Hätten wir endlich einen einheitlichen europäischen Luftraum, wäre uns schon sehr geholfen. Vorläufig fliegen die Maschinen wegen unkoordinierter nationaler Zuständigkeiten zum Teil Zickzack, was Zeit und Geld kostet und unnötige Emissionen verursacht. Änderungen scheitern bislang daran, dass England und Spanien sich über den Flughafen von Gibraltar streiten. Damit muss Schluss sein, und das wird auch in der Strategie erwähnt.

Wichtig ist, dass sich die Europäer auf ihre Stärken besinnen. Zu diesen gehört zweifelsohne die Innovationsfähigkeit. Auch das wird in der Strategie thematisiert, denn gerade in der Luftfahrt gibt es noch viel Spielraum für Verbesserungen, was Lärm, Verschmutzung, Sicherheit oder die Integration neuartiger Luftfahrzeuge wie Drohnen anbelangt. Außerdem darf man nicht den Fehler begehen, sich digitalen Innovationen zu verschließen, denn ohne diese werden wir den Anschluss verlieren. Insbesondere in der Logistik, beim gegenseitigen Erkennen von Flugobjekten und bei der Datenverarbeitung gibt es noch gewaltiges Potential. Bei Passagierdaten und Sicherheitschecks achten wir bei aller Innovationsfreude immer besonders auf Datenschutz.

Insgesamt bin ich mit der vorgestellten Strategie sehr zufrieden. Sie weist den richtigen Weg für die Zukunft der europäischen Luftfahrt, sichert Arbeitsplätze und liefert gute Angebote für alle, die gern fliegen.

Technische Standards für Binnenschiffe (Schattenberichterstatlerin)

Die Binnenschifffahrt hat eigentlich noch viel Potential als umweltfreundliches Transportmittel, um Güter von der Straße zu verlagern. Deswegen will die Kommission die Binnenschifffahrt mit dem Naiades II Paket wettbewerbsfähiger machen. Ein Aspekt ist die Vereinheitlichung der technischen Standards für Binnenschiffe in Europa. Bisher gelten neben den EU-Standards eigene Standards für die Befahrung des Rheins, die von der sogenannten Rheinkommission festgelegt werden. Die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt wurde 1815 von den Anrainerstaaten Deutschland, Belgien, Frankreich, Niederlande und der Schweiz gegründet, um gemeinsame Regeln für die Rheinschifffahrt festzulegen. Sie ist somit die älteste noch existierende internationale Organisation und für die

Binnenschifffahrt maßgeblich, denn der Rhein ist in Europa der am meisten befahrene Fluss.

Für die Binnenschiffer sind diese zwei parallel geltenden Regelwerke, die nicht immer übereinstimmen, natürlich ein Problem. Die Idee ist daher, die gerade neu überarbeiteten technischen Standards der Rheinkommission ohne Änderung ins EU-Recht zu übernehmen. Damit die beiden Regelwerke auch zukünftig auf demselben Stand sind, haben die EU-Verkehrsminister vorgeschlagen, dass jede Aktualisierung der technischen Standards, die von den Fachleuten der Rheinkommission beschlossen werden, automatisch in das EU-Regelwerk aufgenommen werden. Das wäre ein unbürokratisches Instrument, um eine schnelle Anpassung der beiden Systeme auch in Zukunft sicherzustellen und Rechtsunsicherheiten zu vermeiden. Leider ist darüber ein Streit zwischen Parlament und dem Ministerrat ausgebrochen. Einige Parlamentarier fürchten, dass man mit dieser automatischen Übertragung der Standards die Kontrolle über die Gesetzgebung aufgibt. Nach dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag könnte das Parlament nämlich jede einzelne Änderung an den EU-Standards blockieren (durch sogenannte delegierte Rechtsakte). Ich bezweifle aber, dass diese rein technischen Anpassungen problematisch sind und falls es doch mal nötig sein sollte einzugreifen, dann wäre das dank einer Sicherheitsklausel immer noch möglich.

Richtlinie zur Sammlung von Fluggastdaten (PNR)

Das Thema Fluggastdatenspeicherung ist Anfang Dezember wieder auf die Agenda gekommen. Um ein Flugticket zu kaufen, muss man einige Daten an die Fluggesellschaft weitergeben, z.B. Name, Adresse, Flugzeiten, Kreditkarteninformationen. Die Fluggesellschaft überprüft diese Daten nicht, sondern nutzt sie für ihre kommerziellen Zwecke. Die entscheidende Frage ist nun, ob staatliche Stellen zur Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung auf diese Daten zugreifen dürfen. Die FDP hat das immer abgelehnt, da wir grundsätzlich keine anlasslose Datenspeicherungen akzeptieren.

Ungeachtet der Position der FDP hat sich die Mehrheit in der liberalen Fraktion Anfang des Jahres unter dem Eindruck der Anschläge auf Charlie Hebdo allerdings dazu durchgerungen, konstruktiv an der PNRRichtlinie mitzuarbeiten. Meine holländische Kollegin Sophie In't Veld (D66) hat dieses Thema für die ALDE-Fraktion betreut, und sie ist mit Sicherheit keine Freundin von massenhafter Datenspeicherung.

Aber sie sagte, wenn man schon nicht verhindern kann, dass Mitgliedstaaten derzeit eigene PNRSysteme aufbauen, dann sollte man wenigstens versuchen, einen vernünftigen europaweiten Rahmen dafür zu schaffen. Das heißt z.B. strenge einheitliche Datenschutzstandards für alle, eine begrenzte Anzahl von Verbrechen, bei denen die Behörden Einblick in die Fluggastdaten erhalten sollen, keine automatische Weitergabe der Daten an Drittstaaten. Außerdem sollte man eine zentrale EU-Stelle einführen, die die Daten verwaltet und auf die Polizeibehörden aller Mitgliedstaaten zugreifen können. In der Praxis scheitert effektive grenzüberschreitende Bekämpfung von Verbrechen nämlich mehr an unzureichendem Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten als an

fehlenden Daten. Ohne verbindlichen Datenaustausch ist das ganze PNR-System ein zahnloser Tiger.

Nachdem die Trilog-Verhandlungen mit dem Ministerrat am 2. Dezember abgeschlossen wurden, ist Sophie In't Veld allerdings sehr enttäuscht. Die grundlegenden liberalen Forderungen sind nicht in die Richtlinie aufgenommen worden. Sie hat deswegen empfohlen, die PNR-Richtlinie in dieser Form abzulehnen. Wir als FDP können das natürlich voll mittragen. Aber unsere französischen und belgischen Kollegen, die in den letzten Monaten den Terror im eigenen Land erlebt haben, bewerten den Richtlinienentwurf völlig anders. Sie wollen den ausgehandelten Text unterstützen. Das Plenum wird im Januar/Februar endgültig darüber abstimmen.

Konferenz zur besseren globalen maritimen Zusammenarbeit

Am 2. Dezember habe ich als Präsidentin der Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (www.searica.eu) eine Konferenz zu „International Ocean Governance“ organisiert. Vor rund 60 Teilnehmern diskutierten Redner der Europäischen Kommission, der Vereinten Nationen, Abgeordnete des Europäischen Parlaments sowie Vertreter von den Azoren und des Europäischen Netzwerks Maritimer Cluster über eine bessere globale maritime Zusammenarbeit. Im Moment arbeitet die Kommission an einer Mitteilung, um das Thema auf die europäische aber auch globale Tagesordnung zu setzen. Der Zeitpunkt war daher gut gewählt, zumal zeitgleich die Verhandlungen in Paris zur Weltklimakonferenz stattfanden. Mit dem „Aufruf für die Ozeane und das Klima“, der in Paris der französischen Umweltministerin Ségolène Royal übergeben wurde, hat unsere Intergroup deutlich gemacht, dass unsere Weltmeere im Mittelpunkt der Überlegungen zum Klimawandel stehen müssen. Nicht zuletzt waren es gerade die kleinen Inselstaaten, die auf der Konferenz intensiv für eine aktivere Klimapolitik geworben haben. Auch auf unserer Konferenz im Europäischen Parlament in Brüssel ging es um die großen Herausforderungen für kleine Inselstaaten und autonome Regionen wie die Azoren, ihre großen Hoheitsgewässer besser zu verwalten. Bei Themen wie Meeressmüll aber auch Schürfrechten und illegaler Fischerei ist es notwendig, international enger zusammenzuarbeiten, da eine effektive Überwachung und Verwaltung unserer Ozeane anders nicht zu leisten ist.

Young Visitors und Bürgermeister aus Niedersachsen besuchen Brüssel

Im Rahmen des "Young Visitors"-Programms unserer liberalen Fraktion im Europäischen Parlament wurden 19 Jugendliche eingeladen, eine Woche lang die Arbeit in den europäischen Institutionen kennenzulernen. Auch ich habe zwei junge Männer aus Nienburg und Neustadt am Rübenberge eingeladen. Beide konnten sich für fünf Tage unter das aus insgesamt zehn europäischen Ländern stammende Teilnehmerfeld mischen. Neben Besichtigungen der Stadt und der Institutionen in Brüssel stand auch das hautnahe Miterleben von Debatten und Ausschüssen auf der Tagesordnung. Ansonsten folgte das Programm thematisch einem roten Faden: Das übergreifende Thema war - hochaktuell - die Asyl- und Migrationskrise in Europa. Diese wurde aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. So trafen die Besucher

unter anderem Vertreter von Amnesty International und den europäischen Kommissar für

Migration, Dimitris Avramopoulos, der sich sogar Zeit für eine Fragerunde nahm. Auch die Sprecher des Europäischen Flüchtlingsrats und der Europäischen Agentur für Asylfragen berichteten über ihre Arbeit. Trotz eines vollen Terminplans konnten meine beiden Gäste und ich uns mehrmals treffen und austauschen. Sie berichteten mir von einer vollends erfolgreichen Woche, mit tollen Eindrücken. Auch ich bin begeistert von der Arbeit der Organisatoren, denn ich halte es für sehr wichtig, die Idee hinter diesem europäischen Projekt gerade jungen Menschen zu vermitteln.

Anfang des Monats bekamen wir nicht nur Besuch von den "Young Visitors", sondern auch von Bürgermeisterinnen aus meiner Heimatregion: die Bürgermeisterinnen von Ronnenberg und Pattensen und die Bürgermeister von Wennigsen, Barsinghausen und Gehrden mit zwei Mitarbeitern begleiteten mich zwei Tage durch Brüssel und bekamen so einen Einblick in die Arbeit der europäischen Institutionen, welche ja auch große Bedeutung für Kommunal- und Regionalpolitik haben. Neben Führungen durchs Parlament, dem Besuch von Ausschusssitzungen und einem gemeinsamen Abendessen konnten sich meine Gäste mit Vertretern des Städte- und Gemeindebundes, der niedersächsischen Landesvertretung und Kollegen aus anderen Fraktionen austauschen. Themen waren unter anderem die kommunale Interessenvertretung auf EU-Ebene und EU-Förderprogramme, zwei Punkte, die verdeutlichen, wie nah auch die Lokalpolitik an Europa dran ist. Abschließend kam mein slowenischer Fraktionskollege Ivo Vajgl, ehemals Botschafter in Berlin, zu einer Gesprächsrunde über die Flüchtlingssituation in Europa. Er gab einen Lagebericht über die Flüchtlingsströme durch Slowenien auf dem Weg nach Deutschland, die Bürgermeister schilderten die außerordentlichen Anforderungen an ihre Kommunen bei der Unterbringung der Menschen, die bei uns Sicherheit für ihre Familien suchen. Dieser sehr intensive Austausch bildete einen gelungenen Abschluss des Besuchs.

Gastgeberin der Veranstaltung "Digitalizing Transport Documents"

Unter der Woche lud die „European Logistics Platform“ zu einem Mittagsgespräch über die Digitalisierung von Transportdokumenten im Logistikbereich ein. In meiner Funktion als Mitglied des Beirats habe ich die Veranstaltung mit einer Rede eröffnet. Solche Treffen sind für mich immer eine gute Gelegenheit, mich fortzubilden. So erfuhr ich beispielsweise von den Experten der Logistikbranche, dass der jährliche Papierverbrauch des aus Bremen stammenden deutschen Logistikunternehmens BLG Logistics etwa 200 Bäumen entspricht. Neben der mit Digitalisierung einhergehenden administrativen Effizienz hat ein Wechsel auf elektronische Dokumentierung also auch einen Mehrwert für die Umwelt. International geltende gesetzliche Rahmenbedingungen für elektronische Frachtbriefe existieren bereits seit 2008 (eCMR), ratifiziert wurde das Übereinkommen allerdings erst von 9 der 28 Mitgliedstaaten der EU.

Bei der Veranstaltung wurde jedoch angeführt, dass bei offiziellen Behörden und Rechtsinstitutionen das Vertrauen in elektronische Unterlagen immer noch nicht sonderlich hoch sei. Diese Tatsache stellt das größte Hindernis für ein Fortschreiten

in diesem Bereich dar. Die anwesenden Vertreter der Kommission ließen verlauten, dass hier angesetzt werde und nicht nur die Akzeptanz von elektronischen administrativen Dokumenten gefördert wird, sondern auch ein Beitreten der restlichen EUMitgliedstaaten zur eCMR. Der hohe Nutzenfaktor wurde allen Beteiligten ersichtlich. Dies sollte Anlass dafür sein, schnell passende Lösungen und Wege zu finden.

Kommissionsvorschlag zur Änderung des Waffenrechts ist nicht zielführend

Schon in der letzten Ausgabe meines Newsletters sprach ich den im Zuge der Pariser Anschläge veröffentlichten Vorschlag der Kommission an, das Waffenrecht in den Mitgliedstaaten deutlich zu verschärfen. Leider ist der Gesetzestext nicht zielführend. Halbautomatische Waffen sollen verboten werden, wenn sie vollautomatischen Kriegswaffen ähnlich sehen. Gerade in Deutschland werden diese halbautomatischen Schusswaffen von Sportschützen und Jägern benutzt. Als Bauerntochter, die mit Schützenverein und Jagden aufgewachsen ist, weiß ich, wie sorgfältig legale Waffenbesitzer verfahren, auch dass ein Jagdschein einige Anforderungen an die Prüflinge stellt.

Der "Kriegswaffenanschein" wurde schon 2003 aus dem deutschen Waffengesetz gestrichen. Deshalb frage ich mich, wie die Kommission ein solches Verbot umsetzen will? Sollen alle im Umlauf befindlichen Waffen eingezogen werden? Bekommen Sportschützen und Jäger dafür eine Entschädigung? Das Bundesinnenministerium hat bereits 2011 in einem ausführlichen Bericht erklärt, dass es aufgrund der geringen Deliktsrelevanz keinen Anlass dazu gibt, legale Waffen vom Schießsport oder der Jagd auszuschließen. Dies ist nur ein Beispiel für die Unverhältnismäßigkeit des Gesetzesvorschlags. Zahlreiche andere Unstimmigkeiten sind zu finden, weshalb ich mich in verschiedenen Gesprächen in unserer liberalen Fraktion ALDE bereits gegen eine Verschärfung aussprach und dafür einsetzen werde, dass die Rechte von Sportschützen und Jägern nicht weiter eingeschränkt und Bürger nicht grundlos unter Generalverdacht gestellt werden. Natürlich ist es wichtig, alles zu versuchen, um Terroranschläge in Zukunft zu verhindern. Dieser Vorschlag ist dafür aber aus meiner Sicht nicht das richtige Mittel.

Liberale Frauen europäisch unterwegs

Als Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen hatte ich meinen Vorstand zu einem ALDE-Seminar nach Brüssel eingeladen und ein buntes „europäisches“ Programm zusammengestellt. Zu Beginn beschäftigten wir uns mit einer Studie über weibliches Unternehmertum in verschiedenen europäischen Ländern. Frauen gründen weniger Unternehmen, gehen auch weniger finanzielle Risiken ein als Männer, scheitern aber auch seltener, weil Sicherheit für sie eine größere Rolle spielt. Problematisch ist, dass in vielen europäischen Ländern weibliche Gründerinnen nicht so leicht an Kredite kommen, weil Banken ihnen weniger zutrauen – das muss geändert werden!

Im weiteren Verlauf des Seminars gab es lebhaften Austausch mit liberalen Politikerinnen: den ehemaligen Europaabgeordneten Annemie Neyts-Uyttebroeck aus Belgien – nach wie vor außenpolitisch sehr aktiv -, Silvana Koch-Mehrin, die das erfolgreiche internationale Netzwerk „Women in Parliament“ ins Leben gerufen hat, und Mechthild von Alemann, eine „Abgeordnete der ersten Stunde“. Den Abschluss bildete ein Frühstück mit Sophie In't Veld aus den Niederlanden, unserer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden.

Weihnachtsmarkt in Straßburg: immer eine Reise wert

Alle Jahre wieder ist die Nachfrage nach einem Platz in einer Besuchergruppe zum Parlament in Straßburg im Dezember besonders groß. Auch aus meinem „Wahlkreis“ konnte ich 35 Personen empfangen, um über die Arbeit als Europaabgeordnete zu berichten. Die Gruppe hatte Glück mit ihrer zugeteilten Stunde auf der Besuchertribüne des Plenums, da dort gerade die Debatte zur Vorbereitung des Staatschäftreffens lief und sowohl Kommissionspräsident Juncker als auch zum Beispiel der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident und jetzige Europaabgeordnete David McAllister anwesend waren. Es geht natürlich nicht nur um den Besuch des Weihnachtsmarkts, aber eine Stadtführung durch das festlich geschmückte Straßburg ist selbstverständlich Bestandteil der Reise.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Unternehmerabend in Bad Iburg

Der Austausch mit Vertretern aus dem Mittelstand, der den größten Teil unserer Arbeits- und Ausbildungsplätze stellt, ist mir immer sehr wichtig. Bei einem Abendessen in Bad Iburg hatte ich erneut Gelegenheit dazu. Nach einem Bericht über meine bisherigen Erfahrungen im Europaparlament und die aktuelle Arbeit spielten ganz unterschiedliche Themen eine Rolle, passend zu der „bunten“ Unternehmerrunde: Logistik und transeuropäische Verkehrsnetze für den grenzüberschreitenden Warenverkehr, Lebensmittelkennzeichnung, Auflagen für Hotel- und Gaststättenbetriebe, oder Sicherheit von Medizinprodukten. Vieles davon betraf direkt meine Ausschüsse. Selbstverständlich haben wir auch über aktuelle Tagespolitik diskutiert – und über Jagd, denn als Hauptgericht gab es Wild!

IV. Europa unter der Lupe

Ausschussarbeit im Europäischen Parlament

Die Arbeit in den Ausschüssen des Parlaments ist das "tägliche Brot" von uns Europaabgeordneten. Doch wie funktionieren diese Ausschüsse eigentlich? Wie werden sie zusammengesetzt und Aufgaben verteilt? Die Rollen der Berichterstatter und Koordinatoren sind dabei wichtig, weshalb ich diese erläutern möchte. Grundsätzlich lässt sich bei Ausschüssen zwischen Ständigen und Nichtständigen unterscheiden. Letztere können Untersuchungs- oder Sonderausschüsse sein, wie zum Beispiel der Steuer-Ausschuss zur Aufklärung des Steuerbetrugs in Luxemburg

(LuxLeaks), oder der gerade beschlossene VW-Untersuchungsausschuss. Ständige Ausschüsse sind hingegen fest verankerte, wichtige Bausteine in der Struktur des Parlaments. In den Ausschüssen findet ein Großteil der legislativen Arbeit des Parlaments statt. Aktuell existieren 22 verschiedene Ausschüsse und Unterausschüsse, die thematisch von auswärtigen Angelegenheiten über Haushalt bis hin zu Fischerei und Menschenrechten reichen. Jeder Ausschuss wählt Vorsitz und Stellvertreter. Jede Fraktion wählt für jeden Ausschuss eine Koordinatorin oder einen Koordinator, der in der Fraktion der Hauptverantwortliche für diesen Ausschuss ist – für meine Fraktion bin ich seit 2010 Koordinatorin im Verkehrsausschuss. Der Koordinator spricht im Namen der Fraktion zu den jeweiligen Fachthemen, verteilt die Zuständigkeiten und Aufgaben unter den eigenen Ausschussmitgliedern und koordiniert die politische Positionierung der Fraktion.

Die Ausschüsse organisieren themenbezogene Anhörungen und bearbeiten die Gesetzgebungsvorschläge der Kommission, die in ihren Themenbereich fallen. Auf Grundlage ihrer Positionierung, der sogenannten Berichte, fällt das Plenum seine Entscheidungen. Entworfen werden diese Berichte von einer/m Abgeordneten, welche/r zum Berichterstatter ernannt wird und den ersten Entwurf erstellt, assistiert vom Ausschussekretariat. Der Berichterstatter sammelt fraktionsübergreifend Änderungsanträge und versucht Kompromisse zu finden. Begleitet wird diese Arbeit von sogenannten Schattenberichterstattern. Diese werden von den anderen Fraktionen benannt, die nicht bereits durch den Berichterstatter vertreten sind. Zusammen mit dem Berichterstatter arbeiten die Schattenberichterstatter an Kompromissen. Ziel jeder Fraktion ist es natürlich, dass möglichst viele eigene Vorstellungen im Bericht enthalten sind. Schattenberichterstatter sorgen also dafür, dass Berichte politisch nicht zu einseitig werden, damit sie bei der Abstimmung auch eine Mehrheit bekommen. Bei der Ernennung von Berichterstattern und Schattenberichterstattern spielen übrigens die Koordinatoren wieder eine wichtige Rolle. Sie bereiten diese vom Ausschuss zu treffenden Entscheidungen untereinander vor. Ist ein Bericht dann im Plenum angenommen, ist der Berichterstatter der Vertreter des Parlaments in den abschließenden Trilog – und was ein Trilog ist, habe ich ja im letzten Newsletter erklärt.

V. Terminvorschau

21./22.12	Brüssel	Sitzungen des Verkehrs- und Umweltausschusses
06.01.	Stuttgart	Dreikönigsempfang der FDP
10.01.	Wennigsen	Neujahrsempfang
11.01.	Duisburg	Werksbesuch Thyssen-Krupp
11.-14.01.	Brüssel	Fraktion und Ausschüsse
13.01.	Brüssel	Intergroup-Event zur Ostsee
15.01.	Lübeck	Bürgerforum „Mitrede über Europa“
17.01.	Hannover	Neujahrsempfang FDP Region Hannover
18.-21.01.	Straßburg	Plenarsitzung
20.-21.01.	Amsterdam	European Aviation Summit
21.-22.01.	Ostalbkreis	Wahlkampfveranstaltungen

Ihre Gesine Meißner

2016

Januar 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich hoffe, dass Sie eine schöne Weihnachtszeit verbracht haben und gut ins neue Jahr gestartet sind. Für 2016 wünsche ich Ihnen und Ihren Familien alles Gute! Mir persönlich habe ich vorgenommen, die Bürger meines Wahlkreises weiter gut in der EU zu vertreten und meinen zahlreichen Aufgaben im Verkehrs- und Umweltbereich erfolgreich nachzukommen. Besonders spannend wird dabei meine Tätigkeit als Präsidentin der Meeres-Intergroup, deren Arbeit auf immer größeres Interesse stößt.

Während der ersten Plenarsitzung nach dem Jahreswechsel wurde entschieden, einen Untersuchungsausschuss zu fehlerhaften Abgasmessungen einzusetzen. Diesem werde ich als stellvertretendes Mitglied angehören, um mich für Aufklärung einzusetzen, aber gegen Pauschalurteile und Diesel-Verteufelung. Weiterhin gab es eine kontroverse Debatte mit der polnischen Ministerpräsidentin Beata Szydło und ein wichtiger Bericht zur Zukunft des digitalen Marktes in der EU wurde verabschiedet.

Meine Parteiarbeit für die FDP steht derzeit auch im Zeichen der Wahlkämpfe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Während meiner Zeit in Deutschland werde ich daher auch Termine im Süden Deutschlands wahrnehmen. Die ersten Auftritte in Baden-Württemberg stimmen mich positiv, dass die FDP gute Ergebnisse erzielen kann.

Viel Spaß beim Lesen dieser und anderer Themen!

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Polens Ministerpräsidentin zur Aussprache in Straßburg

Die vielfach diskutierten Gesetzesänderungen der in Polen seit gut 3 Monaten regierenden nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) sind vielen Politikern in Europa übel aufgestoßen. Da wäre einerseits das - bei Journalistenverbänden für Empörung sorgende - Mediengesetz mit dem Ziel, die Sender wieder "polnischer" zu machen. Dieses ermöglicht es der Regierung, Journalisten, Reporter und Vorstände der öffentlichen Fernsehsender problemlos zu ernennen und abzusetzen. Gleichzeitig konnte ein Gesetz zum Verfassungsgericht durchgedrückt werden, welches es der PiS-Partei ermöglicht, über die Köpfe der Richter hinweg zu entscheiden. Es nimmt dem Gericht die Möglichkeit, verfassungswidrige Gesetze zu blockieren und damit ihre Arbeit als "Hüter der Verfassung" korrekt zu erledigen.

Aufgrund dieser besorgniserregenden Ereignisse war ein schnelles und angemessenes Handeln der Europäischen Union sehr wichtig. Die europäische Gemeinschaft darf nicht riskieren, dass unsere liberalen Werte wie Demokratie und

Pressefreiheit gefährdet werden. Der neue Mechanismus zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedsländern wurde zum ersten Mal angewendet. Die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło stellte sich in Straßburg einer Aussprache mit dem Europäischen Parlament und wollte Bedenken ausräumen. Das gelang nicht. Die Zuschauerränge waren gefüllt mit polnischen Gästen, gekleidet in alten Trachten und Polen-Schals, welche entgegen der Etikette kritische Sprecher mit Rufen und Pfiffen bedachten und Beiträge von anderen Sprechern mit großem Beifall begleiteten. Die Debatte selbst drehte sich oft im Kreis. Frau Szydło machte inhaltlich einen großen Bogen um Erklärungen, beteuerte aber unentwegt, wie wichtig ihr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Europa seien.

Es ist die Aufgabe der EU, der polnischen Bevölkerung zu zeigen, dass sie uns nicht egal ist und dass wir geeint gegen diese Entwicklungen vorgehen wollen. Vergleiche mit Putins Russland, wie man sie vom EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz hörte, möchte ich jedoch nicht bemühen. Diese Aussage zeugt von mangelndem Fingerspitzengefühl und Respekt. Denn in Polen wird das Leid nicht vergessen, welches man im 20. Jahrhundert von Seiten der Deutschen und Russen erfuhr. Man spielt der polnischen Regierung mit solchen Aussagen in die Hände und verstärkt nur anti-deutsche und antieuropäische Ressentiments. Wir sollten unserer europäischen Gemeinschaft und vor allem der polnischen Bevölkerung vertrauen. Die Unterstützung der Regierungspartei ist in Polen bereits um 10% eingebrochen - ein starkes Zeichen, dass sich die bürgerliche Gesellschaft wehrt.

Abgas-Untersuchungsausschuss soll Fehlverhalten aufklären, aber keine Pauschalurteile abgeben

Mit dem Votum des Plenums am Donnerstag wurde ich als stellvertretendes Mitglied des Untersuchungsausschusses zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie bestätigt. Der Untersuchungsausschuss wird offenlegen, ob Kommission und Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung von EU-Gesetzgebung zur Abgasmessung Fehler gemacht und Verstöße ignoriert haben. Das ist eine wichtige Aufgabe. Die Institutionen haben die Pflicht, bestehende Gesetze anzuwenden. Die Nutzung sogenannter ‚Defeat Devices‘ wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Erkenntnisse des Ausschusses werden in die Gesetzgebung einfließen, um solches Fehlverhalten abzustellen. Es ist jedoch nicht Aufgabe des Ausschusses, über die Autoindustrie zu urteilen oder den Dieselmotor zu verteufeln, was auch dem Klimaschutz wenig zuträglich wäre.

Der nicht-ständige Untersuchungsausschuss soll in den nächsten 12 Monaten untersuchen, inwieweit die Kommission und Mitgliedsstaaten versäumt haben, die Betrugsfälle bei der Abgasmessung von PKW aufzudecken und zu ahnden. Insbesondere soll dabei der Einsatz von Abschaltvorrichtung oder ‚Betrugssoftware‘ untersucht werden. Der Ausschuss wird aus insgesamt 45 Mitgliedern bestehen.

Bericht zur Zukunft des digitalen Binnenmarktes in der EU

Der Umgang mit der zunehmenden Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft ist für die Freien

Demokraten ein sehr wichtiges Thema. Klar ist, dass ein grundlegender Wandel stattfindet, der Kommunikation, Konsumverhalten und Lebensbedingungen - kurz gesagt unseren gesamten Alltag - nachhaltig verändern wird. Wir Liberalen nehmen diese Veränderungen als Chancen wahr und möchten die Potenziale frühzeitig erkennen und nutzen. Daher passt es auch, dass ein Initiativbericht des Parlaments zu diesem Thema von der liberalen Abgeordneten Kaja Kallas betreut wurde. In dieser Plenarsitzung wurde die finale Version des Berichts verabschiedet.

Der Bericht bezieht sich auf eine Kommunikation der Europäischen Kommission, in der 16 konkrete Initiativen im Rahmen einer digitalen Strategie vorgestellt wurden. Diese Strategie wurde in drei Teile gegliedert: Zugang für Nutzer, Aufbau der Infrastruktur, Wachstum der digitalen Wirtschaft. Der Bericht des Parlaments hat sich auf diese Kommunikation bezogen, um den Text maßgeblich nach den eigenen Vorstellungen zu verändern. Folgende Punkte waren für die liberale Fraktion von Bedeutung: Zunächst ist es wichtig, die Entwicklungen als Chancen wahrzunehmen und nicht durch gesetzliche Barrieren zu limitieren. Regeln müssen klar und verständlich sein. Sollte Europa frühzeitig den Anschluss verlieren, hätten wir in Zukunft ein gewaltiges Problem. Innovationen und Unternehmertum müssen also gefördert werden. In Sachen Infrastruktur benötigen wir einen europäischen Ansatz, damit eine lähmende Zerstückelung des digitalen Netzes vermieden wird. Zudem müssen die Gesetze für den Austausch digitaler Waren oder von Gütern, die über das Netz gehandelt werden, einheitlich sein. Konsumenten müssen dabei die Wahl zwischen verschiedenen Anbietern haben. Die meisten Abgeordneten sahen das ähnlich. Der Bericht wurde letztlich mit großer Mehrheit unterstützt.

Wir, die FDP-Delegation im Europäischen Parlament, begrüßen die Plenar-Abstimmung über den Bericht ausdrücklich, denn innovative Unternehmen dürfen in der Start-up und Wachstumsphase nicht mit Bürokratie, Hürden und veralteten Wettbewerbsregeln konfrontiert werden. E-Government, E-Services in öffentlichen Verwaltungen und Rückenwind für traditionelle Industrien bei der Transformation müssen ganz oben auf der Agenda stehen. Digitalisierung wird auch im Transportbereich eine herausragende Rolle spielen. Neue Phänomene wie selbstfahrende Autos, Drohnen oder Fahrdienste wie Uber werden das Transportwesen nachhaltig verändern. Ein gutes Beispiel für die derzeitigen Schwächen des digitalen Marktes in Europa ist der Kauf von Bahntickets: Jeder, der mal versucht hat, im Internet ein grenzüberschreitendes Bahnticket zu buchen, weiß das. Man kann über die Seite der Deutschen Bahn nur Züge buchen, die auch von der Deutschen Bahn (mit)betrieben werden. Ein durchgehendes Ticket von Trier nach Antwerpen werden Sie dort nicht finden. Zum Abschluss noch eine interessante Anekdote: Es passt gut, dass die Berichterstatterin Frau Kallas aus Estland kommt, denn dieses kleine baltische Land ist ein Vorreiter in der Digitalisierung. Internet ist flächendeckend verfügbar und Regierungsbehörden arbeiten fast ausschließlich ohne Papier. Ein echtes Vorbild für unsere Europäische Union.

Niederlande übernimmt die Ratspräsidentschaft von Luxemburg

Gemessen an den extrem schwierigen Umständen war die luxemburgische Ratspräsidentschaft ein Erfolg, denn das vergangene halbe Jahr stand ganz im Zeichen der Flüchtlingskrise und der terroristischen Anschläge. Die liberale Regierung unter Xavier Bettel hat sich jedoch mit aller Macht dafür eingesetzt, dass die gemeinsamen Werte und Prinzipien gewahrt werden. Das Schengen-Abkommen wurde - leider nicht ganz erfolgreich - gegen Angriffe verteidigt. Schwierige Verhandlungen zum Beispiel beim Datenschutz und zum Haushalt wurden beendet. Im Transportbereich hat es Luxemburg geschafft, die zweijährige Blockade der Mitgliedsstaaten zum politischen Teil des vierten Eisenbahnpakets im Rat zu überwinden, sodass nun die Trilogie mit der Kommission und dem Parlament beginnen können.

Luxemburg hat bewiesen, dass es zwar ein kleiner Nationalstaat, aber ein großes europäisches Land ist.

Ein anderer Benelux-Staat, nämlich die Niederlande, hat zu Beginn des Jahres den Staffelstab übernommen. Auch für die Holländer wird es ein schwieriges halbes Jahr, da es zahlreiche interne und externe Spannungen gibt, angefangen mit der Flüchtlingskrise, dem Terror und der Radikalisierung, über den Euroskeptizismus, der BREXIT Frage und der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Lage. Wie gewohnt, stellte sich der amtierende Ratsvorsitzende Mark Rutte einer Aussprache mit den Parlamentariern. Die liberale Fraktion machte deutlich, dass der europäische Binnenmarkt erweitert werden sollte, zum Beispiel mit Bezug auf Energie, Telekommunikation und Transport.

In meiner Rede äußerte ich drei Wünsche: Erstens, der einheitliche europäische Luftraum mit direkten Flugrouten statt Zickzackkurs sollte endlich realisiert werden, um unsinnige Kosten und Emissionen zu vermeiden. Ich hoffe, es gelingt dem diplomatischen Geschick der Niederländer, die Souveränitätsfrage über Gibraltar zwischen Großbritannien und Spanien außen vor zu lassen und beide zu überzeugen, dass es hier um Mobilität für EU-Bürger und Waren geht – eine unserer Grundfreiheiten. Zweitens, die europäische Küstenwache, die wir Liberalen seit langem fordern, ist jetzt zwingend erforderlich, um die europäischen Außengrenzen effektiver zu schützen. Zu guter Letzt muss drittens das Potential des „blauen Wachstums“ gefördert und damit die nachhaltige maritime Wirtschaft noch mehr in den Fokus gerückt werden. In meiner Funktion als Präsidentin der Meeresgruppe baue ich auf gute Zusammenarbeit mit den maritim orientierten Niederländern, erste Gespräche waren bereits erfolgsversprechend. Übrigens ein interessanter Fakt am Rande: Es wird bereits die zwölfte Ratspräsidentschaft des nordeuropäischen Landes sein.

Matera-Report zur Förderung von Unternehmerinnen

Während der Plenartagung in Straßburg wurde ein Bericht über Hindernisse für weibliches

Unternehmertum vorgestellt und angenommen. Europaweit sind nur gut 31% der selbstständigen Unternehmer Frauen. Die Beschäftigungsrate liegt damit nicht nur

unter dem angestrebten Ziel für 2020, sondern auch weit hinter der Beschäftigungszahl für Männer. Der Bericht fordert, dass die existierenden Hindernisse beseitigt werden müssen. Ansetzen sollten wir zum Beispiel beim Zugang zu Finanzierungen und Dienstleistungen. Oft werden nämlich Investitionsprogramme von Männern bevorzugt und eher gefördert. Dies hat auch damit zu tun, dass Frauen klassischerweise kleine Unternehmen in weniger lukrativen Sektoren gründen wie dem sozialen Bereich. Untersuchungen in Großbritannien haben gezeigt, dass generell Frauen beim Zugang zu Krediten, egal in welcher Höhe, benachteiligt werden. Als Konsequenz daraus gibt es dort jetzt ein Programm, in dem Banken angehalten werden, eine Zeitlang bevorzugt Kredite an Frauen zu geben.

Das volle Potential der Frauen kann mit den aufgezeigten Hindernissen nicht ausgeschöpft werden, Talente werden verschwendet, und daran verlieren nicht nur Frauen, sondern die gesamte Gesellschaft. Durch geeignete Bildungsmaßnahmen müssen mehr Frauen für die Idee des Unternehmertums begeistert, auf ihre individuellen Stärken hingewiesen und bei Unternehmensgründung beraten und begleitet werden. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei – mal wieder - auf der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben. Hier müssen noch bessere Möglichkeiten geschaffen werden, beides unter einen Hut zu bekommen und aus dem klassischen Rollenbild in der Familie herauszutreten. Zusätzlich fordert das Parlament die Einrichtung eines Europäischen Business-Zentrums für Frauen, welches schwerpunktmäßig Initiativen der Kommission für Unternehmerinnen bewerben soll.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Intergroup-Veranstaltung: Blaues Wachstum in der Ostsee

Genau vor einem Jahr wurde die Intergroup bzw. interfraktionelle Arbeitsgruppe Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (www.searica.eu, von mir oft "Meeresgruppe" genannt) gegründet und ich als Präsidentin gewählt. Im vergangenen Jahr haben wir fünf große, sehr gut besuchte Konferenzen ausgerichtet mit hochrangigen Teilnehmern wie dem maltesischen Kommissar für Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Karmenu Vella, oder dem Preisträger des Deutschen Umweltpreises, Mojib Latif. Daneben haben eine Vielzahl von Expertentreffen stattgefunden und es gab Beteiligungen an der parlamentarischen Ausschussarbeit, in denen Änderungsanträge von Mitgliedern gemeinsam vorbereitet und eingereicht wurden.

In diesem Jahr soll es genauso ambitioniert weitergehen. Bereits am 13. Januar habe ich gemeinsam mit der schleswig-holsteinischen Abgeordneten Ulrike Rodust (S&D) und der Finnin Sirpa Pietikäinen (EVP) eine Veranstaltung zum "Blauen Wachstum in der Ostsee" organisiert. Vor rund 80 Teilnehmern haben Redner aus Deutschland, Finnland und Schweden darüber diskutiert, wie transnationale Zusammenarbeit in der Region verbessert werden kann, wie wichtig die maritime Wirtschaft in den Anrainerstaaten ist und welche Investitionen bzw. Maßnahmen notwendig sind, um die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraumes zu erhöhen.

Erfreulicherweise hat die Europäische Kommission auf der Konferenz drei neue Förderprogramme vorgestellt, die im März ausgeschrieben werden sollen. Sie haben ein Volumen von rund 7,5 Millionen Euro, werden aber nicht nur auf die Ostsee bezogen sein.

Die nächste Veranstaltung der Intergroup findet am 27. Januar zum Thema "Schiffe in Seenot" statt. Dort wird Violeta Bulc, die slowenische Kommissarin für Verkehr und Mobilität, die neuen Regeln zur Aufnahme von Schiffen in Seenot vorstellen, die im Anschluss an das Unglück der niedersächsischen MSC Flaminia auch auf Druck des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments ausgearbeitet wurden.

Kurdische Delegation in Brüssel

Im Januar konnten wir in meinem Büro eine dreiköpfige Delegation aus der Türkei begrüßen. Die aus Diyarbakır kommenden Politiker der pro-kurdischen HDP, welche in beiden Wahlen 2015 jeweils die 10%-Hürde überwinden konnte, wollten mit ihrem Besuch auf die schlimme Situation im Südosten der Türkei aufmerksam machen. Unter den Delegierten war auch die in Niedersachsen geborene Felekna Uca, von 1999 bis 2009 Europaabgeordnete für Die Linke. Was wir zu hören bekamen, war erschreckend: Folter und willkürliche Festnahmen in Diyarbakır und den umliegenden Regionen sind an der Tagesordnung. Im Dezember letzten Jahres wurde eine Ausgangssperre ausgesprochen, welche bis heute gültig ist. Die Folgen: gefangene Touristen, welche die Stadt nicht verlassen können. Nicht beerdigte Leichen, die auf den Straßen verbleiben müssen. 70 getötete Zivilisten, darunter Kinder und Frauen. Gleichzeitig sind türkische Soldaten allgegenwärtig, vertreiben kurdische Jesiden aus Flüchtlingscamps, zerstören durch ihre kriegerischen Handlungen UNESCO-Weltkulturerbe und blockieren den Zugang zu Schulen und Krankenhäusern. Wir schafften es, das Thema für die Plenarwoche in Straßburg auf die Tagesordnung zu setzen. Die Aussprache im Parlament zeigte, dass eine parteiübergreifende Unterstützung für die Kurden besteht.

So wichtig die Kooperation mit Erdogan in anderen Punkten auch sein mag, dieses Ausmaß an Gewalt ist einfach nicht hinnehmbar. Natürlich ist auch die kurdische Seite nicht ganz unschuldig. Die PKK hat diesen Konflikt, in dem Waffenruhe herrschte, wieder aufflammen lassen. Hauptopfer sind aber nicht die PKK, sondern Zivilisten. Die Regierung in der Türkei aber erscheint zunehmend autokratisch. Dass Erdogan sich nun nicht mal mehr davor scheut, Gewalt in Form von Soldaten und Panzern auf die eigene Bevölkerung anzusetzen, ist sehr gefährlich. Der Einsatz muss so schnell wie möglich beendet werden und die Türkei und die Kurden wieder zurück an den Verhandlungstisch, damit der Dialog neu aufgenommen werden kann. Europa muss Rückgrat zeigen und den Kurden helfen. Wir müssen den Mut haben, für unsere Werte auch gegenüber der Türkei einzutreten. Zu denken gibt mir, dass das massive Vorgehen des türkischen Militärs gegen die kurdische Zivilbevölkerung wieder eingesetzt hat, nachdem die EU die türkische Regierung um Unterstützung bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme gebeten hat.

ALDE-Seminar zur Terrorismusbekämpfung

Zu Beginn des Monats luden meine Fraktions-Kolleginnen Sophie in't Veld (Niederlande) und Maité Pagazaurtundua (Spanien) zu einem Seminar ein, in welchem über Ursachen von Terrorismus und mögliche Gegenkonzepte diskutiert wurde. Die Auswahl der Gäste war dabei sehr facettenreich. Wissenschaftler aus den Bereichen Politik, Psychologie und Religion wurden ebenso begrüßt wie ein belgischer Bürgermeister und ein Vertreter der Ausstiegsplattform für Rechtsextreme EXIT Deutschland.

Ein heiß diskutiertes Thema waren Gründe für Radikalisierung junger Menschen. Die Terrorismusforschung, so der allgemeine Konsens, stagniert in dieser Hinsicht. Oft angeführte Punkte wie schlechte Lebensumstände und finanzielle Perspektivlosigkeit erklären beispielsweise nicht, wieso sich Menschen aus einer der wirtschaftlich stärksten Regionen Spaniens radikalieren, so wie es bei der ETA im Baskenland zu erkennen ist. Weitere Gründe können daher auch (gefühlte) Diskriminierung und Identitätskonflikte sein. Auch neue Rekrutierungsformen tragen dazu bei, dass wir die derzeit stärkste dschihadistische Terrorismuswelle aller Zeiten erleben. Einer der Wissenschaftler führte uns ein Rekrutierungsvideo des IS vor und nicht nur mir jagte es dabei einen kalten Schauer über den Rücken. Man kann nicht leugnen, dass sich aus Europa nun schon viele, hauptsächlich männliche, junge Menschen dem IS anschlossen. Es lässt sich leicht erahnen, wie solche Videos, die eine extrem romantisierte Darstellung eines utopischen islamistischen Staats propagieren, fehlgeleitete junge Menschen anlocken. Unsere Strategie muss es sein, dieser Propaganda unsere freiheitlichen und demokratischen Werte entgegenzustellen.

Die Nordsee als Kraftwerk für Europa

In den vergangenen Monaten habe ich gemeinsam mit 19 anderen Kollegen aus neun verschiedenen Ländern an dem Papier Northern Seas as the Power House of North-Western Europe gearbeitet. In dem Dokument wird eine starke regionale Zusammenarbeit in der Nordsee gefordert, um mehr Engagement für den Nordsee Grid, also ein länderübergreifendes Stromnetz in der Nordsee, zu erreichen. Gerade die Vielzahl von Offshore-Windparks würde davon profitieren. Neben Deutschland bauen sowohl Dänemark als auch Großbritannien und die Niederlande ihre Energieförderung in der Nordsee massiv aus. Derzeit werden 10 GigaWatt durch Windkraft für Europa geschaffen. Der Anteil der Nordsee an der von 37 Windparks in der Nordsee produzierten Windenergie wird von EWEA für 2014 mit rund 60% angegeben - Tendenz stark steigend. Bis 2030 soll die Produktion von derzeit 10 GigaWatt in Europa auf 100 GW jährlich gesteigert werden.

Auch das Problem von Nord-Süd-Stromtrassen in Deutschland könnte dadurch teilweise gelöst werden, da Energie dann im Sinne einer Energieunion viel stärker zwischen den Staaten ausgetauscht würde als innerhalb eines Landes transportiert zu werden. Leider gestaltet sich die regionale Zusammenarbeit in der Nordsee bisher sehr schwierig, und so hat auch die niederländische Ratspräsidentschaft hier nur geringe Ambitionen. Die Übergabe war daher auch ein wichtiges Zeichen, dass

dem Thema im Europäischen Parlament große Aufmerksamkeit geschenkt wird, und zwar in allen Anrainerstaaten. Dass der Vorsitzende der Arbeitsgruppe aus Luxemburg kommt, zeigt übrigens deutlich, dass die Wirkung der maritimen Wirtschaft weit über die Küstengebiete hinausgeht.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: 4. Eisenbahnpaket, Medizinprodukte
- Demnächst im Trilog: NEC, Tierarzneimittel, Hafendienstleistungen, Flugpassagierrechte
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Luftverkehrspaket

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Dreikönigstreffen in Stuttgart

Das traditionelle Dreikönigstreffen der Freien Demokraten fand wie immer in der vollbesetzten Stuttgarter Oper bei bester Stimmung und im aufgelockerten Talkrunden-Format statt. Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden, meinen Europa-Kollegen Michael Theurer, befragte Generalsekretärin Nicola Beer unsere Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen am 13. März in Baden-Württemberg (HansUlrich Rülke), Rheinland-Pfalz (Volker Wissing) und Sachsen-Anhalt (Frank Sitta) zu ihren "Rezepten" für die nächste Wahlperiode. Da ein Jahr zuvor an gleicher Stelle mit Katja Suding und Lencke Steiner zwei Frauen als Spitzenkandidaten interviewt worden waren, stand die Runde dieses Mal unter dem Motto "Wir können auch Männer".

Auch Bundesvorsitzender Christian Lindner wählte für seine Rede ein Motto, nämlich "Deutschland update" mit Hinweis auf dringend erforderliche Modernisierung unserer Schulen und Wegbereitung der Politik für die Chancen der digitalen Gesellschaft. Bezüglich der anhaltenden Flüchtlingsströme gab er seiner Sorge Ausdruck, dass Merkels unabgestimmter Willkommens-Kurs ohne Strategien zur praktischen Bewältigung vor Ort nicht nur Deutschland auf Dauer überfordert, sondern auch die Europäische Union in Gefahr bringt. Natürlich brauchen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten humanitären Schutz, zumindest so lange, bis die Lage in ihrem Heimatland sich wieder stabilisiert hat. Wenn aber Kontrolle und Datenerfassung an den Außengrenzen der EU ausbleiben und einzelne Staaten als Konsequenz wieder Grenzkontrollen einführen, gefährdet dies Schengen und damit das ganze freiheitliche Konstrukt der EU.

Europäische Luftfahrt-Konferenz in Amsterdam

Europas Luftverkehrswirtschaft steht gut da, wird aber zunehmend durch wachsende Passagierzahlen und starke internationale Konkurrenz herausgefordert: 2030 soll es

50% mehr Flüge geben, einige Flughäfen stoßen schon jetzt an Kapazitätsgrenzen, stark subventionierte Airlines aus den Golfstaaten machen unseren Fluggesellschaften das Leben schwer, und Istanbul hat Frankfurt als bislang wichtigsten "Umsteige-Flughafen" abgelöst. Innovationen wie Drohnen bieten neue spannende Möglichkeiten, auch in der Lieferkette, erfordern aber gesetzliche Anpassung - nicht nur hinsichtlich Datenschutz, sondern auch bei der Sicherheit im Luftraum.

Als Reaktion darauf hat die liberale Verkehrskommissarin Violeta Bulc eine Luftverkehrsstrategie für die EU mit Gesetzesänderungen vorgelegt, die jetzt auf Einladung der niederländischen Ratspräsidentschaft im Amsterdamer Flughafen Schiphol mit Vertretern der Airlines, Flughäfen, Luftfahrtindustrie und den Verkehrsministern diskutiert wurde. Ich nahm für die ALDE-Fraktion an den Debatten und auch an der Abschlussrunde mit Kommission und Rat teil. Große Einigkeit bestand bei den vortragenden Experten darin, dass der "Einheitliche Europäische Luftraum" baldmöglichst umgesetzt werden muss. Über die jetzt beginnenden Verhandlungen zur Strategie werde ich Sie in den nächsten Monaten auf dem Laufenden halten. Als Europaabgeordnete werde ich dabei darauf achten, die verschiedenen Interessen ausgewogen zu berücksichtigen. Beispiel Golf-Airlines: für die Lufthansa sind sie ungleich besser gestellte Konkurrenten, für die Flughäfen willkommene Kunden und für Airbus wichtige Auftraggeber.

Werkbesuch bei ThyssenKrupp

Bei dem sehr beeindruckenden Werksbesuch bei ThyssenKrupp in Duisburg konnte ich hautnah den Produktionsprozess von Stahl miterleben. Die Stahlhütte in Duisburg ist der größte Stahlproduzent Europas und erstreckt sich auf 9 Quadratkilometer über mehrere Ortsteile entlang des Rheins. Bemerkenswert: Bei der Produktion hier entstehen fast keine Abfälle. Alles wird recycelt oder weiterverarbeitet – von den Rohstoffen über Abfälle bis zu Gasen, die in der Kokerei entstehen. Leider wird die Stahlindustrie zunehmend durch regulatorische Bürden von globalen Wettbewerbsnachteilen bedroht – aktuell durch den Vorschlag zur Verbesserung des Emissionshandels, der zwar insgesamt richtig ist, aber ausgewogen und realisierbar für unsere Wirtschaft umgesetzt werden muss. Das ist umso mehr von Bedeutung, als die deutsche Stahlindustrie Hand in Hand mit Ihren verarbeitenden Industrien arbeitet.

Stahlproduktion ist heute Hightech und findet sehr vielseitig Verwendung, von Haushaltsgeräten über PKW und Offshore-Anlagen bis hin zum Weltraum. Spannend fand ich es, mir bis dahin unbekannte Produkte kennen zu lernen wie beispielsweise den „Sandwich-Stahl“, extrem dünn gewalzte Stahlbleche mit einer ebenfalls sehr dünnen Kunststoffschicht dazwischen. Und natürlich fand ich interessant und begrüßenswert, dass der Frauenanteil in den Ingenieursberufen in der Branche ansteigend ist.

Europaforum in Lübeck

Unter dem Motto "Mitreten über Europa" veranstaltet das Europäische Informationszentrum regelmäßig Podiumsdiskussionen in den Bundesländern. Da mein "Revier" ja gleich 6 Bundesländer umfasst, bin ich entsprechend oft dabei - dieses Mal im schönen Backsteingotik-Rathaus in Lübeck. Erstmals waren Europa-Abgeordnete aus 6 Fraktionen vertreten: Reimer Böge (CDU/EVP), Ulrike Rodust (SPD/S&D), Jan-Philipp Albrecht (Grüne), Helmut Scholz (Linke), Ulrike Treberius (Alfa/EKR) und ich für die FDP/ALDE. Nach fachlich zugeschnittenen Eingangsfragen der Moderatorin, einer Journalisten des NDR, an uns Abgeordnete bestimmten ausschließlich Fragen aus dem Publikum - mehr als 100 Menschen waren trotz Winterwetter gekommen - den weiteren Diskussionsverlauf.

Erstaunlicherweise spielte das Thema Flüchtlinge kaum eine Rolle. Neben TTIP (dem Freihandelsabkommen der EU mit den USA) und der Frage, welche Taten den Beschlüssen vom Klimagipfel in Paris folgen, beschäftigte die Teilnehmer vor allem die Entwicklung in Polen nach der Regierungsübernahme durch die PIS. Ulrike Trebesius verteidigte die massive Einschränkung von Pressefreiheit und der Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit als "legitim und völlig in Ordnung" und löste damit einen Tumult aus. Für mich ist klar: was in Polen gerade passiert, verstößt gegen alle demokratischen Grundsätze. Zu Recht gehen insbesondere junge Menschen aus Protest dagegen auf die Straße - mit Europafahne und damit deutlichem Bekenntnis zu Freiheiten und Werten der Europäischen Union.

Wahlkampfveranstaltungen in Baden-Württemberg

Gewalt gegen Frauen: Was können wir aus Köln lernen?

Auf Einladung der Landtagskandidaten Dr. Julia Frank und Jochen Haußmann (MdL) trafen wir uns zu einer Gesprächsrunde mit Frauenverbänden in Schwäbisch Gmünd. Die gewalttätigen sexuellen Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln waren der Auslöser, um über bestehende deutsche Gesetzgebung, Straftaten durch Flüchtlinge, Integration und Gewalt gegen Frauen zu sprechen. Einige Ergebnisse: Gewalt gegen Frauen ist leider immer noch an der Tagesordnung, jede dritte Frau in Europa wurde bereits Opfer sexueller Gewalt. Um Verbesserung in Deutschland zu erreichen, muss die Bundesregierung dringend die Istanbul-Konvention ratifizieren. Alle Länder, die dies ratifizieren, verpflichten sich damit, jeglichen sexuellen Übergriff gegen den Willen einer Frau - auch "Grapschen" - unter Strafe zu stellen. Deutschland hat die Istanbul-Konvention zwar 2011 unterzeichnet und damit für richtig befunden, aber erst die Ratifizierung verpflichtet zum Handeln. Das deutsche Sexualstrafrecht muss dringend überholt werden, denn dort werden sogar Vergewaltigungen in vielen Fällen nicht als Straftat gesehen, so lange nicht noch weitere Gewaltanwendungen nachweislich vorgefallen sind. Die Zahl von sexuellen Übergriffen auf Frauen in Deutschland, die wirklich als Straftat geahndet werden, liegt im einstelligen Bereich.

Natürlich muss bestehendes Recht bei allen Verstößen konsequent angewendet werden, egal woher ein Täter kommt, also auch bei Straftaten durch Asylanten. Da

aber eine Ausweisung eines anerkannten Flüchtlings oder Asylanten erst dann vorgenommen werden kann, wenn er zu einer Haftstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung verurteilt wurde, hätten die Vorkommnisse in Köln voraussichtlich für keinen - der laut Polizeiangaben überwiegend nordafrikanischen Täter - die Ausweisung als Konsequenz. Eine Verschärfung der Bestimmungen ist also dringend erforderlich. Denn wir waren uns darüber einig, dass die meisten Flüchtlinge als Schutzsuchende zu uns kommen und nicht diskriminiert werden dürfen, dass aber diejenigen, die diesen Schutz missbrauchen, auch damit ihr Bleiberecht verwirken.

Als dringend erforderlich sahen wir es auch an, bei der Erstaufnahme sofort auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft als festem Bestandteil unserer Werteordnung und auf das Erfordernis, dies bei einem Aufenthalt in Deutschland zu respektieren, hinzuweisen. Eine der Damen aus dem Verein "Frauen helfen Frauen" berichtete, dass in Schweden ein Integrationsleitfaden mit entsprechendem Passus allen Flüchtlingen bei Erstaufnahme übergeben wird. Ich werde mich bei schwedischen Kollegen danach erkundigen, vielleicht können wir das übernehmen.

Besuch einer Facharztpraxis für Oralchirurgie und Implantologie

Gemeinsam mit der Landtagskandidatin Dorothee Winter besuchte ich eine Facharztpraxis in Backnang und diskutierte mit den Inhabern über aktuelle nationale und europäische Gesundheitspolitik. Der Vorstoß der Bundesregierung, allen Patienten einen wohnortnahen Termin in einer Facharztpraxis innerhalb von 4 Wochen zu garantieren, ist dann illusionär, wenn in einer Kommune wie Backnang zum Beispiel kein Kinderarzt praktiziert. Hinsichtlich europäischer Gesetzgebung ist es unter anderem ein großes Anliegen des Zahnarztverbandes, dass bei der aktuellen Verhandlung über die Medizinprodukte sich die Parlamentsposition hinsichtlich Nanomaterialien - die in einer Zahnarztpraxis in vielfältiger Form vorkommen - durchsetzt. Kommission und Rat wollen, dass alle Produkte, die eventuell Nanomaterialien freisetzen können, zur höchsten Risikostufe zählen und damit besondere Genehmigungs- und Testverfahren durchlaufen müssen; das Parlament sieht dies nur vor, wenn eine Freisetzung beabsichtigt ist. Aus unserer Sicht laufen wir sonst Gefahr, dass einige Produkte gar nicht mehr oder nur zu einem wesentlich höheren Preis den Patienten zur Verfügung stehen, und das kann doch nicht im Patienteninteresse liegen. Mit solchen und anderen sehr fachspezifischen Detailfragen beschäftige ich mich zurzeit in dem Medizinprodukte-Trilog.

Streker: Natursäfte aus der Region für die Region

Seit mehreren Generationen werden im Familienbetrieb Streker in Großaspach Natursäfte hergestellt, und zwar ausnahmslos aus Rohstoffen der Region - Streuobst und Gemüse. Die gesamte Produktpalette ist mittlerweile sogar vegan und

folgt damit der aktuellen Kundennachfrage, auch aus muslimischen Familien. Früher wurde nämlich zur Klärung der naturtrüben Säfte immer Schweine-Gelatine verwendet, heute bedient sich der Familienbetrieb eines Pflanzenproteins (aus Kartoffeln oder allergenfrei aufbereiteten Erbsen) zum Herausziehen der Trübstoffe. Da der Verbraucherwunsch auch immer mehr weg vom Fruchtsaftkonzentrat hin zum Direktsaft geht, hat Firma Streker eine große Lagerhalle mit Fruchtsafttanks gebaut, aus denen dann für Lebensmittelketten abgezapft wird. Die meisten Säfte werden in der Region verkauft, aber ein Smoothie im Einwegglas beispielsweise wird deutschlandweit über Lebensmittelketten vertrieben (habe ich in Hamburg im Kühlregal gefunden). Insgesamt sind die Absatzmöglichkeiten für hochwertigen Fruchtsaft in Glasflaschen rückläufig, immer mehr wird im Tetrapack verkauft - und hier ist die Gesetzgebung gefragt: Zwangspfand oder falsche Beschlüsse bei der anstehenden europäischen Gesetzgebung zur Kreislaufwirtschaft wirken letztlich nicht nur existenzbedrohend für Familienbetriebe wie Streker, sondern sind auch kontraproduktiv bei dem Versuch, Plastikeintrag in die Meere zu bekämpfen. Berücksichtigt werden sollte ein weiterer Vorteil von Glas: der Inhalt schmeckt einfach besser, daher stellen ja auch einige Mineralwasserproduzenten wieder auf Glas um.

Hinsichtlich der Mitarbeiter: Fruchtsafttechniker sind nicht mehr leicht zu finden. Familie Streker bildet daher selbst aus, greift aber auch bei Personalmangel auf Zeitarbeitsfirmen zurück und hat damit gute Erfahrungen gemacht. Im letzten Jahr wurden allein drei Mitarbeiter aus der Zeitarbeit in die Festanstellung übernommen. Ein deutliches Signal Richtung Berlin: Zeitarbeit bleibt eine Chance zum Einstieg in den Arbeitsmarkt und sollte nicht eingeschränkt werden.

IV. Europa unter der Lupe

Fraktionen und Koalitionen im Europaparlament

Wie in nahezu jedem existierenden Parlament bilden sich auch im Europaparlament politische Fraktionen. Das bedeutet, die national gewählten Mitglieder des Parlaments schließen sich zu Beginn des Mandats zu europäischen Fraktionen zusammen. Im Moment existieren acht solcher Fraktionen, in denen insgesamt 100 Parteien aus allen 28 Mitgliedsstaaten vereint werden.

Die wichtigste Voraussetzung für das Bilden einer Fraktion ist eine Mindestanzahl von 25 Mitgliedern aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten, also mindestens sieben verschiedene Nationalitäten. Ein Parlamentarier darf dabei aber nicht Mitglied in zwei verschiedenen Fraktionen sein. Nahezu jedes der 751 Mitglieder des europäischen Parlaments gehört auch einer Fraktion an. Nur 15, meist vom extremen rechten oder linken Rand des politischen Spektrums, sind fraktionslos wie beispielsweise der NPDAbgeordnete aus Deutschland und der Satiriker Martin Sonneborn. Der politische Einfluss von Fraktionslosen und auch die Chance, entscheidend an Gesetzen oder Stellungnahmen mitzuarbeiten, geht gegen Null. Daher versuchen auch die meisten Abgeordneten, sich einer Fraktion anzuschließen.

Nach Mitgliederzahlen bildet die christdemokratische EVP mit den deutschen CDU/CSU-Abgeordneten die größte Fraktion (216), gefolgt von der

Sozialdemokratischen S&D mit der SPD (190), der (national)konservativen EKR mit AFD/ALFA (75), der liberalen ALDE (70), der linken GUE-NGL (52), den Grünen (50), der rechtspopulistischen EFDD (45) und der rechtsextremen ENF (38) unter Leitung von Marine le Pen. Falls Sie sich fragen, wo - abgesehen von den schon vorher vertretenen Parteien CDU/CSU, SPD, Grünen, Linken und FDP – die neuen Abgeordneten gelandet sind: die Piratin ist bei den Grünen, der Vertreter der Familienpartei genauso wie AFD/Alfa bei der EKR, der Vertreter der Tierschutzpartei bei den Linken. Insgesamt ist Deutschland als größtes Land mit 96 Abgeordneten vertreten.

Ein paar Erklärungen zu meiner Fraktion, der ALDE: Da die Parteienlandschaft in anderen europäischen Ländern oft erheblich vielfältiger ist als bei uns, kommt es oft vor, dass Vertreter/innen konkurrierender Parteien im Europaparlament in einer Fraktion zusammen arbeiten. In dieser Periode ist das erstmals auch für deutsche ALDE-Mitglieder der Fall: neben uns drei von der FDP haben wir mit der Bayerin Ulrike Müller von den Freien Wählern ein weiteres deutsches Mitglied. Das ist aber nichts gegen die acht spanischen Kollegen, die aus vier verschiedenen Parteien stammen, die sich zu Hause gar nicht grün sind: ein Katalane aus Barcelona, der an vorderer Stelle für die Unabhängigkeit Kataloniens kämpft (und daher auch meist englisch und nicht spanisch spricht), sieht sich bei uns zwei Katalanen gegenüber, die genau dies verhindern wollen. Und unsere Baskin, die für die Unabhängigkeit des Baskenlandes kämpft, hat vier Abgeordnete gegen sich, die damit gar nicht einverstanden sind.

Die Fraktionen diskutieren die Gesetzesvorlagen und legen durch Debatten den Fraktionsstandpunkt fest. Im Vergleich zu traditionellen Parlamenten ist die Fraktionsdisziplin im Europäischen Parlament geringer. Im Groben sollten die Parteien einer Fraktion eine ähnliche politische Gesinnung haben. Oft sind Details aber sehr länderspezifisch, weshalb Mitglieder ein und derselben Fraktion auch mal unterschiedlich abstimmen können. Das hängt auch oft von den einzelnen Ausschüssen ab. Im Fischereiausschuss kommt es zum Beispiel häufig vor, dass Abgeordnete aus unterschiedlichen Fraktionen, aber aus den gleichen Ländern (zum Beispiel aus Spanien) sich zusammenschließen, um ihr nationales Interesse zu verteidigen. Im Verkehrsausschuss wurde das zuletzt bei der Frage zum einheitlichen Luftraum deutlich. Die Spanier formierten sich fraktionsübergreifend, wegen der Einbeziehung Gibraltars, das zwar an Spanien grenzt, aber britisches Territorium ist. Das sind die Eigenarten des Europäischen Parlamentes...

Eine absolute Mehrheit gibt es für keine Fraktion und meist ebenso wenig effektive Koalitionsabsprachen, weshalb sich ständig neue Mehrheiten vor Abstimmungen bilden. Das ist insofern interessant, als nicht das „Recht des Stärkeren“ gilt, sondern mit Sachargumenten überzeugt werden muss, was ich besonders demokratisch finde.

Ihre Gesine Meißner

Februar 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach nur einer Woche in Brüssel ging es für den Parlamentstross schon wieder zurück nach Straßburg. Die Diskussion zur Zukunft Großbritanniens in- oder außerhalb der EU war das bestimmende Thema. Wie Sie wissen, wird darüber spätestens 2017, vielleicht auch schon im Herbst 2016, in einem Referendum im Vereinigten Königreich entschieden. Ich habe dazu eine klare Meinung: Für beide Seiten wäre ein Verbleib in der EU die beste Lösung! Einen etwas kuriosen Beitrag zum Verbleib der Briten liefert die Europäische Kommission: Um den Europagegnern auf keinen Fall eine Steilvorlage zu geben, wird sie wohl solange keine weiteren neuen Gesetze vorschlagen, bis das Referendum durch ist.

Die Debatten zum Thema 'Umgang mit Flüchtlingen' war in den letzten Monaten eine Konstante in der EU. Die Liberalen haben vor zwei Wochen einen ganz konkreten Plan vorgelegt, was getan werden muss. Für diese Strategie werben wir seitdem unermüdlich, damit die derzeitige, tragische Situation ein Ende hat. Es ist eine Zerreißprobe für Europa und die Zeit läuft uns davon.

Meine Deutschlandtermine führen mich zur Zeit nicht nur in meine norddeutsche Wahlkreis-Region, sondern auch beispielsweise nach Baden-Württemberg; es ist Landtagswahlkampf und da unterstütze ich natürlich die Freien Demokraten! Dadurch konnte ich jetzt auch Heidelberg kennenlernen, ein schöner Nebeneffekt...

Viel Spaß beim Lesen dieser und anderer Themen!

Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Großbritanniens Zukunft in der EU

Da die europäischen Staats- und Regierungschefs bei ihrem nächsten Gipfel am 18./19. Februar die Zukunft Großbritanniens in der EU diskutieren, stand das Thema "Brexit" auch während dieser Plenarwoche auf der Tagesordnung. Hintergrund sind Reformwünsche des britischen Premierministers David Cameron. Er fordert bessere wirtschaftspolitische Entwicklung durch mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Souveränität und mehr Kontrolle der Immigration in der EU. Diese Forderungen wurden von EURatspräsident Donald Tusk mit einem Kompromissvorschlag beantwortet. Großbritannien will verschiedene Bereiche seiner EU-Mitgliedschaft neu verhandeln und in einem Referendum über Verbleib oder Austritt aus der Union abstimmen lassen. Während der Debatte war der Großteil der Abgeordneten gegen

den Austritt, die Vorteile würden für beide Seiten überwiegen - natürlich waren die Europagegner von UKIP anderer Meinung. Gleichzeitig wurden einige Reformvorschläge hinterfragt oder komplett abgelehnt.

Wir Liberalen sind der Auffassung, dass Großbritannien einen großen Fehler begeht, wenn es die EU verlassen sollte, nicht nur wirtschaftlich und politisch, sondern vor allem geopolitisch gesehen. Trotzdem sind wir der Ansicht, dass eine neue Vereinbarung mit Großbritannien die EU keineswegs in ihren Kompetenzen und ihrer Funktionsweise einschränken darf. Wir werden keine Gesetzgebung unterstützen, die die Disparitäten zwischen EU-Mitgliedstaaten verstärkt. Wie meine britische ALDE-Kollegin Catherine Bearder sagte: "Großbritannien sollte nicht isoliert und alleine sein. Wir müssen eher versuchen, dass Großbritannien und Europa zusammen stärker, sicherer und wohlhabender sind."

Hauptdebatte zur Flüchtlingskrise

Die Flüchtlingsfrage war im Plenum in Straßburg zum wiederholten Male die Hauptdebatte. Es wurde viel über die Kontrollen der Außengrenzen, das Schengen-Abkommen, den Grundsatz der Nichtzurückweisung und die finanzielle Unterstützung der Flüchtlingsunterkünfte in der Türkei debattiert. Aufgrund des bald bevorstehendem EU-Gipfels am 18. und 19. Februar setzten sich Abgeordnete insbesondere dafür ein, dass die Außengrenze effektiv zur Sicherung des Schengen-Raums geschützt und jegliche Art von rassistischen oder gewalttätigen Übergriffen an Flüchtlingen nicht geduldet wird. Natürlich wurde auch hier die Äußerung der AFD-Vorsitzenden Frauke Petry, notfalls Schusswaffen an der Grenze einzusetzen, seitens der Abgeordneten zu Recht heftigst kritisiert.

Zudem äußerten die Abgeordneten allgemeines Entsetzen über die Meldung der europäischen Polizeiagentur Europol, dass 10,000 unbegleitete Flüchtlingskinder vermisst werden. Laut Europol sind diese nach ihrer Ankunft und Registrierung in Europa verschwunden. Zwar könnte sich auch ein Teil der Kinder bei Verwandten aufhalten, aber die Entführung der Kinder durch kriminelle Gruppen kann nicht ausgeschlossen werden. Wie Guy Verhofstadt, Vorsitzender unserer Fraktion, während der Debatte mit Rat und Kommission richtig feststellte: "Was als ein Flüchtlingsstrom anfing, hat sich zu einer politischen, humanitären und existenziellen Krise der Europäischen Union entwickelt, gerade weil ein gemeinsamer europäischer Ansatz fehlt. Die EU muss den Mitgliedsstaaten zeigen, dass es Lösungen gibt und dass diese auch durchgesetzt werden müssen. Jetzt oder nie." (Mehr dazu auf Seite 6)

Neue Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern

Da die Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter der Europäischen Kommission Mitte 2015 endete, forderte das Europaparlament schon im Juni 2015, dass die EU-Kommission eine neue Strategie erarbeitet. Bis jetzt wurde allerdings nur ein Arbeitsdokument veröffentlicht, weshalb das Parlament nun seine Forderung nach einer neuen Strategie wiederholt hat. Wichtige Themen sind hier u.a. die

Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt, die Vereinbarung von Privat- und Berufsleben, die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Wir unterstützen zwar unsere liberale tschechische Kommissarin Vera Jourova bei ihrem bisherigen Kampf für Gleichberechtigung, aber insgesamt zeigt die Kommission zu wenig Einsatz bei dem Thema. Außerdem wurde nach den jüngsten Übergriffen auf Frauen in Köln und anderen Städten auch über sexuelle Belästigung und Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum debattiert. Die Abgeordneten nahmen dies als Anlass, Rat und Kommission zu fragen, welche Schritte sie dagegen unternehmen werden. Die Attacken in Köln wurden auf populistische Weise genutzt, um zu Unrecht allgemeine Hetze gegen Flüchtlinge zu betreiben, Frauenrechte spielten dabei eine untergeordnete Rolle. Aus meiner Sicht sind zwei Dinge dringend geboten: das deutsche Sexualstrafrecht muss verschärft werden, und alle Flüchtlinge müssen gleich zu Beginn ihres Aufenthaltes lernen, dass Frauen bei uns die gleichen Rechte haben wie Männer und genauso respektiert werden müssen.

Eisenbahninfrastruktur und öffentliche Dienstleistungen in den Regionen der Donau und Adria

Als verkehrspolitische Sprecherin der liberalen Fraktion habe ich gerne an dieser Aussprache im Plenum teilgenommen, da sie äußerst wichtig für die wirtschaftliche Annäherung für Ost- und Mitteleuropa ist. Thema dieser Diskussion waren die großen Defizite in dem Ausbau der - zum Teil nicht mal vorhandenen - Eisenbahninfrastruktur der Regionen der Donau und Adria, die mit Hilfe der Unterstützung europäischer Fonds verbessert werden soll. Besonders in den neuen Mitgliedsländern, wie Ungarn, Rumänien und der Tschechischen Republik ist die Situation der öffentlichen Dienste nicht zufriedenstellend. In der Region um die Adria und des Ionischen Meeres zum Beispiel ist der Flughafen Athens der einzige in der gesamten Region mit Zugsanbindung und auch in anderen Regionen sind große Anbindungsdefizite festzustellen.

Es besteht großes Potential für die Regionen, aber auch nur wenn sie weiter untereinander und auch vor allem mit dem Rest Europas integriert werden. Sowohl die Donau- als auch die Adria-Strategie haben gezeigt, dass die Eisenbahninfrastruktur am wichtigsten ist und immenses gemeinsames Entwicklungspotenzial besitzt. Ich betonte diesbezüglich in meiner Rede die Notwendigkeit,

Unterschiede in der Eisenbahninfrastruktur auszugleichen, um die freie, transnationale Mobilität der EUBürger zu gewährleisten. Auch die rumänische Kommissarin Corina Cretu appellierte an die Mitgliedsländer dazu beizutragen, die Verkehrsinfrastruktur und auch die Grenzübertritte zu verbessern und politischen Willen zu zeigen, um die Reformen auch wirklich umzusetzen.

Meine Rede finden Sie unter folgendem Link:
<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/debatedetails.html?date=20160204&detailBy=date>

Abstimmung über Fahrzeugemissionen: Kräftemessen zum Nachteil von Autoindustrie und Umwelt

Am Mittwoch hat das Europäische Parlament die Entscheidung der Europäischen Kommission zur Neuregelung von Fahrzeugemissionen gebilligt. Aus meiner Sicht ist das eine gute Entscheidung. Was hätten wir mit einer Zurückweisung erreicht? Diese Debatte war ein reines Kräftemessen zwischen Parlament und Kommission.

Nicht erst seit dem Emissionsskandal um VW ist klar, dass das Testverfahren für Fahrzeugemissionen überarbeitet werden muss. Das Parlament fordert seit Jahren einen neuen Test, der den realen Schadstoffausstoß in die Luft wiedergibt. Die Öffentlichkeit verlangt zu Recht danach und die Kommission hat dies schon 2007 (!) zugesagt. Es ist nur richtig, den neuen Emissionstest jetzt endlich umzusetzen.

Formell lehnte das Parlament einen Widerspruch gegen den Kommissionsbeschluss ab, der Kriterien zur Abgasmessung bei PKW und leichten Nutzfahrzeugen festlegt. Der mit den Mitgliedstaaten abgestimmte Beschluss der Kommission kann damit in Kraft treten. Größter Kritikpunkt war der Konformitätsfaktor, der eine Toleranzabweichung von den vorgeschriebenen Schadstoffgrenzen ermöglicht. Dieser soll laut Kommission ab 2020 1,5 betragen, das Parlament forderte 1,0. Die Toleranz ist notwendig, um extremen Fahrsituationen Rechnung zu tragen. Bereits der Vorschlag der Kommission war ehrgeizig. Das bestätigt auch das Bundesumweltministerium. Die Forderung des Parlaments wäre in der Realität nicht anwendbar: Fahrzeuge dürften in keiner Fahrsituation die Grenzwerte überschreiten. Bei einer so strengen Messung müssten die Grenzwerte an extremen Fahrsituationen ausgerichtet werden und wären für den Abgasausstoß im längeren Durchschnitt völlig bedeutungslos.

Der Rechtsakt tritt damit in Kraft, und ab 2017 werden die neuen Tests europaweit eingeführt.

TiSA: Lange Verhandlungen erfolgreich abschließen

Am Mittwoch haben sich die europäischen Abgeordneten mit deutlicher Mehrheit für eine Entschließung zum TiSA-Abkommen ausgesprochen. Zur Info: Seit 2013 verhandeln 24 Staaten (u.a. USA, Australien, Korea, Mexiko oder Norwegen) über einen Handelsvertrag zu Dienstleistungen. Die Dimensionen des Abkommens wären gewaltig, denn die betreffenden Staaten stehen für 70 Prozent des Dienstleistungshandels. Das Abkommen steht meist im Schatten des Freihandelsabkommen mit den USA (TTiP), ist aber mindestens ebenso wichtig. Sollten die Regeln in Kraft treten, werden sie unser Leben beeinflussen - sei es bei Reisen ins Ausland, Onlinehandel oder Finanzdienstleistungen. Das Parlament hat einen Entschließungsantrag verhandelt, um das Vorgehen der Kommission zu kontrollieren und klare Vorgaben zu geben. Die Verhandlungen haben lange hinter verschlossenen Türen stattgefunden. Seit 2014 hat sich das aber geändert, wozu unsere liberale schwedische Kommissarin Cecilia Malmström entscheidend beigetragen hat. Jede Verhandlungsrunde wird vom Parlament verfolgt und mehrere Ausschüsse befassen sich mit den Inhalten. Alle

Verhandlungsdokumente werden zudem zur Verfügung gestellt. Was fordert also das Parlament? Es will bessere Regulierung auf internationaler Ebene! Zum Beispiel müssen bei der Telekommunikation, dem Transport und Verbraucherschutz gleiche Regeln herrschen. Die Teilnahme an Marktaktivitäten muss überall gleichermaßen gewährleistet sein. Bestimmte öffentliche und audiovisuelle Themen sollen nicht einbezogen werden und der Datenschutz muss berücksichtigt werden. Wichtig zu beachten: Es kann keinen weitreichenden Schutz ohne das Abkommen geben.

Die Kommission hat das Votum des Parlamentes begrüßt, denn es gibt ihnen ein deutliches Mandat der Bürger, das die Verhandlungsposition stärken wird. Schließlich muss die EU handlungsfähig und führend in der Gestaltung sein. Auch im Verkehrsbereich wird man Veränderungen positiv zu spüren bekommen. Europäische und vor allem auch deutsche Reeder sind weltweit aktiv und befördern mit ihrer Flotte Güter zwischen allen Kontinenten. Allerdings haben sie keine rechtlichen Garantien, dass ein Staat ausländischen Reedern nicht einfach verbietet, seine Häfen anzulaufen oder Güter aus diesem Land an Bord zu nehmen. In dem Dienstleistungsabkommen sollen solche Zugangsrechte daher klar geregelt werden. Die USA hat ihren Seeverkehrsmarkt z.B. völlig geschlossen. Transporte innerhalb der USA dürfen nur von Schiffen getätigt werden, die in Amerika gebaut wurden, unter amerikanischer Flagge fahren und deren Besatzung nur aus Amerikanern besteht. Das garantiert natürlich einige Arbeitsplätze in den USA, hat aber dazu geführt, dass der Markt fast völlig abgestorben ist. Güter werden in der USA selbst entlang der bevölkerungsreichen Küstenstreifen mehr mit LKW oder Bahn transportiert als per Schiff. Das wäre in Europa undenkbar. Nun bleibt abzuwarten, ob die Kommission es schafft, die Vorstellungen des Parlaments umzusetzen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

ALDE-Notfallplan zur Flüchtlingskrise

Als Lösungsvorschlag hat unsere Fraktion einen ALDE-Notfallplan präsentiert, um die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen. Aufgrund des Scheiterns bestehender Gesetze sind die Liberalen der Meinung, dass Europa den derzeitigen Ausnahmezustand mit Hilfe einiger Sofortmaßnahmen bewältigen könnte:

- 1) Einführung eines Sonderstatus für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten. Sie sollten nicht das normale Asylverfahren durchlaufen, sondern unbürokratisch einen vorübergehenden Aufenthalt gewährt bekommen, bis wieder Frieden in ihrem Land herrscht.
- 2) Eine schnelle europäische Einsatztruppe mit insgesamt 2000 sowohl europäischen als auch nationalen Grenzschutzbeamten, die sich an der griechischen Grenze um Registrierung und das Screening der Flüchtlinge kümmern und eine menschenwürdige Versorgung sicherstellen.
- 3) Eine beschleunigte Einrichtung der europäischen Grenz- und Küstenwache und eine Verfünfachung des EU-Budgets für den Grenzschutz.
- 4) Die Lebensbedingungen in den syrischen Flüchtlingscamps in der Türkei verbessern mit 2 Milliarden Euro direkter finanzieller Hilfe für Flüchtlinge dort und 1

Milliarde Euro an das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. Außerdem sollten Flüchtlinge ihren Asylantrag auch in Lagern außerhalb Europas stellen können.

5) Die Aufrüstung der sogenannten Hotspots zu Aufnahmezentren, die von der schnellen Einsatztruppe verwaltet werden. Diese dienen als Transitzonen, die zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten unterscheiden. Migranten ohne Aussichten auf Asyl oder ähnlichen Schutz werden direkt zurück in ihr Heimatland geschickt.

6) Sobald die oben genannten Maßnahmen Erfolge zeigen, soll das Dublin-Abkommen durch ein neues EU-weit einheitliches Asylverfahren ersetzt werden, um die großen Unterschiede in den einzelnen Mitgliedstaaten aufzuheben.

7) Eine europäischen Blue Card für Wirtschaftsmigration, um den EU-Bedarf an qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften zu decken.

8) Einen europäischen Friedensplan und Marshall Plan für Syrien zur Bekämpfung von Assad und IS und zur Unterstützung der demokratischen Oppositionskräfte in Syrien.

Hafenpaket (Berichterstatterin der liberalen Fraktion)

Ende Januar wurde im Verkehrsausschuss endlich über das sogenannte Hafenpaket III abgestimmt.

Nach monatelangen Verhandlungen mit den anderen Fraktionen und dem Hamburger SPDBerichterstatter Knut Fleckenstein hatte man sich am Ende auf eine Reihe von Kompromissen geeinigt, die auch bei der Abstimmung von den meisten Abgeordneten unterstützt wurden. Der Text hat allerdings nichts mehr mit den legendären Hafenpaketen I und II zu tun, die 2003 bzw. 2006 nach großen Protestaktionen der Hafenarbeiter vom Parlament abgelehnt wurden. Von einer Marktöffnung für Hafendienstleistungen kann keine Rede mehr sein. Manche Dienstleistungen, wie Umschlagsdienste und Lotsen wurden ausgenommen. Für andere, wie Schlepper und Festmacher gibt es Klauseln, die den Status Quo garantieren. Das ist bedauerlich, war aber nötig um überhaupt eine Einigung und mehr Transparenz in den Hafendienstleistungen zu erreichen. Positiv ist, dass Häfen in Zukunft offenlegen müssen, wenn sie Gelder aus öffentlichen Kassen bekommen. Das sorgt für mehr

Wettbewerbsgleichheit zwischen den europäischen Häfen.

Obwohl der Berichtsentwurf von Knut Fleckenstein vom Ausschuss angenommen wurde, wurde die qualifizierte Mehrheit für die Erteilung des Verhandlungsmandats knapp verpasst. Somit können die Trilog-Verhandlungen mit der niederländischen Ratspräsidentschaft nicht wie geplant sofort starten. Der Text wurde nun ans Plenum verwiesen, wo er voraussichtlich im März auf der Tagesordnung steht. Hintergrund ist, dass britische, polnische und spanische Abgeordnete den Gesetzesvorschlag grundsätzlich ablehnen, da sie Umstrukturierungen in ihren Häfen befürchten, obwohl für sie schon allerhand Ausnahmeklauseln in den Text eingefügt wurden. In Spanien sind nämlich die Hafengebühren national abgesprochen, also überall gleich, was natürlich nicht den Regeln des Wettbewerbs entspricht.

Außerdem ist der Großteil der sozialdemokratischen Fraktion ihrem Berichterstatter Fleckenstein nicht gefolgt und hat das Verhandlungsmandat verweigert, da sie noch

mehr Sonderstellungen für Arbeitnehmer im Text haben wollten. Ich hoffe, dass wir durch dieses Manöver nicht wieder Monate verlieren. Denn Ziel ist es, die Arbeit an diesem Gesetzestext mit der holländischen Ratspräsidentschaft bis Ende Juni abzuschließen. Der Gesetzesvorschlag ist schon von Mai 2013 und der Sektor braucht endlich Rechtssicherheit.

Meeresgruppen-Veranstaltung zur Rettung von Schiffen in Seenot

Vor rund 80 Teilnehmern und in Anwesenheit von der slowenischen liberalen Kommissarin für Mobilität und Verkehr, Violeta Bulc, wurden am 27. Januar die neuen Richtlinien für Nothäfen im Rahmen einer Veranstaltung der Searica-Intergroup im Europäischen Parlament vorgestellt. Die Richtlinien wurden als Folge des Vorfalls um die MSC Flaminia entwickelt und sollen in Zukunft verhindern, dass ein Schiff in Seenot von verschiedenen Häfen abgewiesen werden kann wie 2012 die brennende MSC Flaminia, bevor sie endlich im neuen JadeWeserPort anlegen konnte. Als norddeutsche Abgeordnete hatte ich mich bereits damals im Transportausschuss dafür stark gemacht, dass die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten hier aktiv werden sollte. Dementsprechend erfreut war ich, als die Europäische Kommission vor einigen Monaten angefragt hat, ob sie die neuen Richtlinien im Rahmen meiner Intergroup vorstellen könnten.

Aus liberaler Sicht ist zu begrüßen, dass es sich hierbei nicht um eine neue Verordnung handelt, die wieder erst mühsam umgesetzt werden muss, sondern dass an der Entstehung bereits alle wichtigen Interessensvertreter beteiligt waren. Sowohl Experten der nationalen Regierungen und Institutionen, wie das deutsche Havariekommando, als auch der Wirtschaft, wie der International Chamber of Shipping, der International Salvage Union, der European Community Shipowners' Association und der European Sea Ports Organisation, sowie die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) waren von Anfang an eingebunden und auch in der Veranstaltung vertreten. Dementsprechend bin ich sehr zuversichtlich, dass die Koordination und Kommunikation in Zukunft deutlich besser verlaufen wird. Entscheidende Veränderung: ab sofort muss ein Staat, der Hilfe in Seenot verweigert, dies ausführlich begründen und überprüfen lassen. Das war bislang nicht der Fall („no rejection without inspection“). Besonders beeindruckend war die im Rahmen der Konferenz von der EMSA durchgeführte liveDemonstration des 'Union Maritime Information and Exchange Systems'. Die in Lissabon ansässige Einrichtung sammelt Informationen und Daten über Schiffe, die sich in europäischen Gewässern befinden, und führt diese in einer Echtzeit-Karte zusammen. Schließlich kommt es bei der Rettung von Schiffen in Seenot darauf an, von Beginn an zu wissen, was die Schiffe geladen haben.

EU-Delegation zu Lateinamerika: Frauenforum

Spät im Januar traf sich die EU-Delegation zu Lateinamerika bei einem Informationsaustausch zu der Rolle von Frauen in den heutigen Gesellschaften. Die Teilnehmerinnen waren sich einig: Die Blicke

Europas und Lateinamerikas treffen sich zu selten, Potential wird übersehen. Denn Lateinamerika und Europa haben viele Gemeinsamkeiten, wie zum Beispiel einige sehr lebhaftere Demokratien. Zudem können beide Regionen stark voneinander lernen und engere Kooperation birgt viel Verbesserungspotenzial - vor allem im Bereich der Frauenrechte. Die Delegation durfte hochrangige Vertreter aus der Politik begrüßen, unter anderem Vertreter der Weltbank, der OECD und die kubanische und die brasilianische Botschafterin.

Eines der diskutierten Themen war die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und die damit verbundene Einbindung in den Arbeitsmarkt. In manchen Ländern Lateinamerikas sind beispielsweise mehr als zwei Drittel der Ärzte Frauen. Auch sind in einigen Ländern Frauen in über 40 Prozent der Familien die Höchstverdiener. Und in Kuba werden 10 von 16 Regionen politisch von Frauen geführt. Solche Zahlen aus Mittel- und Südamerika sind zum Teil wirklich sehr beeindruckend und ein Zeichen, dass wir den Dialog mit Lateinamerika unbedingt intensivieren sollten.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: 4. Eisenbahnpaket, Medizinprodukte
- Demnächst im Trilog: NEC, Tierarzneimittel, Hafendienstleistungen, Flugpassagierrechte
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Luftverkehrspaket

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Green-me-Filmfestival Berlin: Ozeane im Fokus

Im Rahmen des diesjährigen Green-me-Festivals zum Thema Ozean fand in einem Kinosaal eine Podiumsdiskussion statt zum Thema „Die Ozeane brauchen eine Stimme“. Auf Einladung der Deutschen Meeresstiftung diskutierte ich mit dem früheren Direktor des Weltklimaforschungsprogramms in Genf, Prof. Dr. Hartmut Grassl, und der Meeresforscherin und Präsidentin von Mundus maris Dr. Cornelia E. Nauen über die Bedeutung der Ozeane für unsere Zukunft. Wir drei „Landratten“ – alle drei stammen wir nicht von der Küste, Professor Grassl ist sogar in Bayern aufgewachsen – waren uns einig: bei wachsender Weltbevölkerung werden die Potentiale der Ozeane im Rahmen des „blauen Wachstums“ für die Menschheit überlebenswichtig, da wir neben Energie auch viele Rohstoffe aus dem Meer beziehen können. Ein schonender Umgang mit der Ressource Meer ist aber dringend anzuraten, in unserem eigenen Interesse. Auch für unser Klima spielen die Ozeane eine entscheidende Rolle, da sie einen Großteil CO₂ binden und gleichzeitig Sauerstoff produzieren können. Auch die europäische Kommission setzt immer mehr auf das Thema Ozean als Zukunftsthema.

Bürgerforum in Göttingen

Wie schon vor kurzem in Lübeck fand jetzt in Göttingen ein vom Europäischen Informationszentrum organisiertes Bürgerforum „Mitreten über Europa“ statt, und mit 200 Teilnehmern war es sogar noch besser besucht. Das freut mich, zeigt es doch, dass das Interesse an der Europäischen Union ungebrochen ist. Neben der Bewältigung der Flüchtlingsströme und der Frage nach dem Stand einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik bezogen sich die vielen Fragen der Teilnehmer an uns Abgeordnete auf TTIP, das Freihandelsabkommen mit den USA (ein Dauerbrenner-Thema), aber auch auf den demokratischen Stellenwert des Europaparlaments bei der europäischen Gesetzgebung, Einflüsse durch „Lobbyisten“ und auf das bevorstehende Referendum in Großbritannien, das vielen Sorge bereitet.

Wahlkampfveranstaltungen in Baden-Württemberg

Digitaler Binnenmarkt in Schriesheim

Vor den Toren von Heidelberg hatten die Landtagskandidatin Andrea Reister und der Zweitkandidat Ingo Kuntermann zum Thema „Digitaler Binnenmarkt“ nach Schriesheim eingeladen. Ich stellte einige der vielfältigen Chancen vor, die die Digitalisierung für unseren Alltag und auch für die Wirtschaft bietet: Verwaltungsvorgänge und auch Anträge bei Gericht können über das Internet erheblich vereinfacht werden; in der Schule kann statt Faktenlernen mehr Konzentration auf Analysieren komplexer Vorgänge und Methodendenken stattfinden; im ländlichen Raum können vernetzte Arbeitsplätze dem Strukturwandel entgegenwirken; durch selbstfahrende mobile Systeme (Autos, Busse, U-Bahnen, Züge, Schiffe, Flugzeuge) kann der Verkehr erheblich effizienter, sicherer und umweltfreundlicher werden; Parkplatzsuche erfolgt über das Smartphone (damit kann viel Zeit und Sprit eingespart werden); ältere Menschen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität haben über die „shared economy“ und selbstfahrende vernetzte Autos bessere Möglichkeiten, selbständig mobil zu sein; integrierte Buchungssysteme über alle Verkehrsmittel erleichtern das Reisen erheblich; die „letzte Meile“ der Warenlieferung kann zeitnah nach Bestellen im Internet durch Drohnen o.a. erfolgen, Warenlager erübrigen sich; die Welt rückt insgesamt mehr zusammen. Die Herausforderung – das ergab die Diskussion - wird darin bestehen, die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Neuerungen und auch innovative „Startups“ ermöglicht werden bei gleichzeitiger Wahrung von Datenschutz, Privatsphäre und Entscheidungsfreiheit.

Voraussetzung für den digitalen Binnenmarkt ist natürlich freier und schneller Netzzugang für alle. Erstaunlich ist, dass im Hochtechnologiestandort Baden-Württemberg nur 70 % der Haushalte schnelles Internet haben, weniger als in vielen anderen Bundesländern. Auch der Anteil von Start-ups ist mit knapp 10 % aller

bundesweiten innovativen Unternehmen gering – da ist noch viel Spielraum nach oben.

Liberale-Frauen-Forum in Steinheim

Auf Einladung der Bezirksvorsitzenden Ostwürttemberg der Liberalen Frauen, Zita Maier, trafen wir uns zu einem Frauenforum mit der Landtagskandidatin Annika Bass in Steinheim. Thema war „Chancen und Hindernisse für Unternehmerinnen in der EU“, und ich berichtete dazu über Studien und Initiativen aus dem Europäischen Parlament. Nur 31 % aller Selbständigen in der EU sind Frauen, wobei der Anteil im Norden noch geringer ist als im Süden. Trotz hohem Bildungsgrad und meist besseren Abschlüssen gründen Frauen wesentlich seltener Unternehmen als Männer, und das insbesondere im weniger profitablen Bereich Soziales, Gesundheit und Dienstleistungen. Sie beschäftigen weniger Angestellte und scheuen häufig Expansion und Investition. Grund dafür ist zum einen, dass Frauen in der Selbständigkeit oft die einzige Möglichkeit sehen, Erwerbstätigkeit und familiäre Betreuungspflichten unter einen Hut zu bekommen. Andererseits unterschätzen Frauen leicht ihre eigenen Fähigkeiten, und das spiegelt sich auch im geringen Zutrauen durch potentielle Geldgeber wider: Banken gewähren nachweislich Unternehmerinnen seltener Kredite als ihren männlichen Kollegen, selbst bei ähnlicher Betriebssituation. Dabei bietet gerade die Digitalisierung Frauen vielfältige Möglichkeiten, in zukunftssträchtigen Bereichen unternehmerisch aktiv zu werden, auch von zu Hause aus. Wichtig ist es, schon Mädchen in der Schule auch bislang als „männlich“ eingestufte Berufe wie Logistik, Ingenieurwesen und die Baubranche schmackhaft zu machen. Und allgemein gilt es, unternehmerisches Denken in Schule und Ausbildung mehr in den Fokus zu rücken.

Im Nachgang zu den Vorgängen in der Silvesternacht in Köln haben wir auch über Gewalt gegen Frauen und die Notwendigkeit, das Sexualstrafrecht zu reformieren, gesprochen. Einigkeit bestand darüber, dass es erforderlich ist, Flüchtlingen vom ersten Tag an klar zu machen, dass bei uns Frauen genau die gleichen Rechte haben wie Männer und den gleichen Respekt verdienen.

IV. Europa unter der Lupe

Delegationen und die außenpolitischen Beziehungen der EU

Im letzten Newsletter berichtete ich über Aufbau und Aufgaben der parlamentarischen Ausschüsse im Europäischen Parlament. Ein weiterer wichtiger Baustein in der komplexen Organisationsstruktur sind die Delegationen zu anderen Ländern und Regionen. Diese bereiten keine Resolutionen für die Plenarsitzungen vor, sondern sollen die Verbindungen zu Parlamenten außerhalb Europas stärken und den Informationsaustausch erleichtern. Damit sind sie ein wichtiger Bestandteil der äußeren Darstellung der Union und des Förderns von europäischen Werten außerhalb Europas. Es existieren derzeit 41 solcher Delegationen. Die Mitgliedszahl reicht von 12 bis 70 Abgeordneten.

In gemischten parlamentarischen Ausschüssen tauschen sich Delegationen des Europäischen Parlaments mit Abgesandten eines Landes aus, das entweder Beitrittskandidat ist oder ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet hat. Solche Länder sind zwar keine Vollmitglieder der EU, haben jedoch auch vertraglich festgelegte Rechte und Pflichten. Für das Europäische Parlament sind diese Ausschüsse, die in der Regel zweimal im Jahr zusammenkommen, wichtig, da der Beitrittsprozess eng verfolgt und Empfehlungen ausgesprochen werden können. Gemischte parlamentarische Ausschüsse stellen somit die engste Form der Kooperation dar.

Parlamentarische Kooperationsausschüsse pflegen und fördern die Beziehungen zu Parlamenten von Ländern, die nicht ganz so eng an die EU gebunden sind. Sie basieren nicht auf Assoziierungs-, sondern auf Kooperationsabkommen. Diese Länder sind also eine sogenannte strategische Partnerschaft mit der EU eingegangen. Das ist ein wichtiger Unterschied! Die Verpflichtungen auf beiden Seiten sind geringer und nicht ebenso streng vertraglich festgelegt. Ich bin Mitglied eines dieser Ausschüsse: Da ich mich sehr für Lateinamerika interessiere und auch spanisch spreche, bin ich seit 2009 in der Mexiko-Delegation. Einmal pro Jahr kommt eine Delegation mexikanischer Abgeordneter nach Europa (meist nach Brüssel), regelmäßig besucht auch eine Delegation von uns die Mexikaner. Besonders eindrucksvoll war unsere gemeinsame 200-Jahre-Revolutions-Feier: wir fuhrten mit unseren Gastgebern mit einem mit Blaulicht begleiteten Tross von VW-Bussen an historische Orte, in denen entweder Aufstände stattgefunden oder bekannte Revolutionsführer gelebt hatten.

Andere interparlamentarische Delegationen haben die Aufgabe, Beziehungen zu den Parlamenten von Ländern außerhalb der Europäischen Union zu pflegen, die keine Beitrittskandidaten sind und keine strategische Partnerschaft mit der EU abgeschlossen haben. Es ist somit die geringste Form der Kooperation. Diese Delegationen üben ihre Tätigkeit in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, dem Entwicklungsausschuss und dem Ausschuss für internationalen Handel aus.

Zu guter Letzt gibt es Delegationen zu multilateralen parlamentarischen Versammlungen. Das sind Foren für die Zusammenarbeit der EU mit regionalen Vertretungen. Zurzeit bestehen Kooperationen mit den Staaten Afrikas, der Karibik und dem Pazifischen Raum (AKP-EU), dem Mittelmeerraum (PV-UfM), Lateinamerika (EUROLAT) und den östlichen Nachbarn der EU (EURONEST). Passend zur Mexiko-Delegation arbeite ich im EUROLAT mit. Auch hier treffen wir uns wenn irgend möglich zwei Mal pro Jahr, einmal in Lateinamerika (das letzte Treffen war in Panama, das nächste ist voraussichtlich in Montevideo) und einmal in Europa. Diese Treffen sind immer besonders bunt, da seitens der Lateinamerikaner auch Indio-Frauen in typischer Tracht mit von der Partie sind. Besonders turbulent war ein Treffen in Sevilla 2010: bei der Debatte über weltweit zu vereinbarende Klimaziele passte unseren lateinamerikanischen Freunden die Beschlusslage des Europaparlaments nicht, und da sind sie einfach ausgezogen und haben sich der weiteren Diskussion verweigert. Es dauerte ein geschlagene halbe Stunde und bedurfte viel Überredungskunst, dass wir unsere gemeinsame Sitzung fortsetzen konnten.

V. Terminvorschau

08.02	Weingarten	Frauen in der Politik		
10.02.	Hannover	Niedersächsische	Wirtschaftsgespräche	(mit Philipp Rösler)
12.02.	Empelde	Stiftungsrat DRK-Kinder-und-Jugend-Stiftung		
12.02.	Fürstenau	Betriebsbesuch cdVet	Naturprodukte	
13.02.	Hannover	Mitgliederversammlung	Liberale	Frauen
	Niedersachsen			
15.-18.02.	Brüssel	Ausschüsse		
18.02.	Langenhagen	Bezirksparteitag	FDP	
23.-25.02.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion		
25.02.	Brüssel	Energieversorgung mit Biomasse		
27.02.	Hannover	Landesfachausschuss	Europa	
28.02.	Berlin	Zertifikatsverleihung	Frauenförderprogramm	
29.02.	Berlin	FDP-Bundesvorstand		
29.02-03.03	Brüssel	Fraktion, Trilog	Medizinprodukte	
01.03.	Brüssel	Meeresgruppe: Berufe der Zukunft in der maritimen Wirtschaft		
04.03.	Burg	Mit oder ohne Quote: Deutschland muss sich bewegen		
05.03.	Magdeburg	Liberaler Aktionstag		
07.-10.03.	Straßburg	Plenum, Fraktion		
10.03.	Straßburg	Meeresgruppe: Inselkonferenz		
11.03.	Vechta	Besuch bei Paneuropa-Rösch		
11.-13.03.	Oldenburg	Landesparteitag	FDP Niedersachsen	

Ihre Gesine Meißner

März 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

bei den Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt waren fast 13 Millionen Menschen gefragt ihre Stimme abzugeben. Das Ergebnis: Die FDP hat den klaren Aufwärtstrend bei Landtagswahlen fortgesetzt und wird sich in die Landtage von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg kräftig einbringen. In Sachsen-Anhalt haben die Freien Demokraten den Einzug denkbar knapp um 0,1 Prozent verpasst. Dennoch ist die Freude nicht ungetrübt. Die Rechtspopulisten der AfD konnten mit völkisch-nationalistischen - teilweise rassistischen - Parolen große Gewinne verbuchen. Mit diesem Problem haben wir auch zunehmend auf europäischer Ebene zu kämpfen und müssen entschieden dagegen angehen.

Und was geschah im Parlament? Das Hafepakete und der Bericht zu Human- und Tierarzneimitteln - zwei von mir betreute Themen - fanden jeweils eine große Mehrheit im Plenum. Deshalb verlief die Sitzung in Straßburg für mich sehr erfreulich. Ansonsten richtete sich meine Aufmerksamkeit in den vergangenen Wochen auf die erste Sitzung des Untersuchungsausschusses zu Fahrzeugemissionen und die - von mir organisierte - Veranstaltung zum Fachkräftemangel im maritimen Sektor sowie das Förderprogramm für politisch engagierte Frauen in Brüssel.

Viel Spaß beim Lesen dieser und anderer Themen!

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Hafepakete: Satte Mehrheit im Plenum (Berichterstatterin für die liberale Fraktion)

Da die qualifizierte Mehrheit für die Erteilung des Verhandlungsmandats mit dem Ministerrat bei der Abstimmung im Verkehrsausschuss Ende Januar knapp verpasst wurde, musste die Parlamentsposition letzte Woche im Plenum nochmals bestätigt werden. Diesmal gab es zum Glück eine satte Mehrheit für den Kompromisstext, den ich gemeinsam mit den Verantwortlichen der anderen Fraktionen mit dem Berichterstatter Knut Fleckenstein (SPD, Hamburg) ausgehandelt hatte. Gut, dass sich die britischen und polnischen Häfen und die Spanier mit ihrer Blockadepolitik am Ende nicht durchsetzen konnten, auch wenn die britischen, polnischen und spanischen Abgeordneten natürlich den Gesetzesentwurf abgelehnt haben.

Als Liberale sind wir mit dem Text zwar auch nicht ganz zufrieden. Die Marktöffnung für Hafendienstleistungen bleibt hinter den Erwartungen zurück. Manche Dienstleistungen, wie Umschlagsdienste und Lotsen wurden ausgenommen. Für andere, wie Schlepper und Festmacher gibt es Klauseln, die den Status Quo garantieren. Gut ist aber, dass Häfen staatliche Hilfen oder andere Zahlungen aus öffentlichen Kassen in Zukunft offenlegen müssen. Das sorgt für mehr Transparenz und

Wettbewerbsgleichheit. Am Ende ist wichtig, dass wir, drei Jahre nachdem die Kommission den Gesetzesvorschlag veröffentlicht hat, endlich eine Parlamentsposition haben, der auch alle maßgeblichen Akteure aus dem maritimen Sektor zustimmen. Die Trilog-Verhandlungen mit der niederländischen Ratspräsidentschaft können somit zeitnah beginnen.

Human- und Tierarzneimittel: Abstimmung erfolgreich (Berichterstatterin für die liberale Fraktion)

Am Donnerstag wurden zwei wichtige Berichte vom Plenum angenommen. Dabei ging es um die Zulassung von Tier- und Humanarzneimitteln. Bisher ist es so, dass es bei diesen nur ein einziges Verfahren gibt. Dies soll nun entkoppelt und ein

eigenes, spezielles Zulassungsverfahren für Tierarzneimittel geschaffen werden. Einer der Kernpunkte bei dem neuen Verfahren für die Tierarzneimittel ist die Begrenzung des vorbeugenden und hoch dosierten Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung. Dadurch wird sichergestellt, dass Menschen weniger Antibiotika über ihre Nahrung zu sich nehmen. Die Entstehung von Antibiotikaresistenzen soll so eingeschränkt werden. Anders als in Deutschland ist dies in vielen EU-Ländern unzureichend oder gar nicht geregelt. Einheitliche hohe EUStandards kommen uns aber allen zugute. Schließlich möchten wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in den europäischen Nachbarländern sorgenfrei Steaks essen können. Außerdem haben wir einen EU-Binnenmarkt.

Es ist wichtig, dem verantwortungslosen Umgang mit Antibiotika durch einige wenige Mastbetriebe Grenzen zu setzen. Zum Beispiel ist die vorbeugende Behandlung mit Antibiotika für besseres Wachstum nirgendwo akzeptabel. Klare Regeln und fachliche Begleitung durch Tierärzte sind Voraussetzung. Die prophylaktische Behandlung in der Tierhaltung ist aber unter bestimmten Bedingungen nötig und soll deshalb erlaubt bleiben.

Das Ziel des neuen Vorschlags ist es, Arzneimittel für Veterinärmedizin schneller zulassen zu können und Missbrauch einzuschränken. Außerdem sollen einige Antibiotika in Zukunft ausschließlich in der Humanmedizin eingesetzt und die Verfügbarkeit von Arzneimitteln gewährleistet bleiben.

Mit der Abstimmung hat das Parlament formal den Standpunkt des Umwelt- und Gesundheitsausschusses für beide Berichte bestätigt. Damit können die Verhandlungen im Trilog mit Rat und Kommission aufgenommen werden. Das Ergebnis muss dann erneut formal von Rat und Parlament angenommen werden, bevor das Gesetz in Kraft tritt.

Eklat im Plenum: Wie soll mit dem rechten Flügel umgegangen werden?

"Wie osmanische Wissenschaftler geschrieben haben: Die Türken sind geistige Barbaren, gottesverachtend, Schwindler und schmutzig. Der Türke ist wie der Hund, der den Wilden spielt, aber, wenn er gegen den Feind zu kämpfen hat, davonläuft. Der einzige effektive Weg, mit den Türken umzugehen, ist die Faust und Entschlossenheit." Mit diesen Worten äußerte sich der griechische Abgeordnete Eleftherios Synadinos von der neofaschistischen Goldenen Morgenröte letzten Mittwoch im Straßburger Plenum - sie blieben für ihn zu Recht nicht ohne Folgen. Später wurde Synadinos unter Applaus von nahezu allen Abgeordneten des Saales verwiesen. Nur der rechte Flügel skandierte. Fast 100 Abgeordnete gehören im Europäischen Parlament entweder den Fraktionen ENF und EFDD an oder sind fraktionslos. Die meisten von ihnen lehnen die Europäische Union und viele der Werte, die sie vertritt, ab. Rassistische Aussagen sind deshalb keine Seltenheit. Es ist jedoch das erste Mal seit 2010, dass ein Abgeordneter aus dem Saal verwiesen wird.

Die EFDD (ausgeschrieben "Europa für Freiheit und direkte Demokratie") wird von der britischen UKIP und der italienischen 5-Sterne-Bewegung dominiert. Das charismatische Aushängeschild der Fraktion ist UKIP-Parteichef Nigel Farage, der

seit seinem ersten EP-Mandat 1999 beharrlich für den Brexit kämpft. Die ENF (Europa der Nationen und der Freiheit) wurde erst Mitte 2015, mehr als ein Jahr nach der letzten Wahl, gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von rechtspopulistischen bis rechtsextremen Kräften rund um die Front National mit Marine Le Pen an der Spitze. Auch die niederländische PVV gehört ihr an. Alle Abgeordneten, die aufgrund von ideologischen Differenzen keine passende Fraktion gefunden haben, blieben fraktionslos. Die meisten der 15 fraktionslosen Abgeordneten vertreten unverhohlenen undemokratische Positionen.

Grenzwertig sind die Auftritte des fraktionslosen polnischen Abgeordneten Janusz Korwin-Mikke. "Ein Reich, ein Volk, ein Ticket." rief der "libertäre Monarchist" beispielsweise während seines Redebeitrags bei der Debatte über ein grenzüberschreitendes Zugticket quer durch Europa. Anschließend hob er den Arm zum Hitlergruß. Korwin-Mikke wurde daraufhin vorübergehend suspendiert. Dasselbe Schicksal droht nun wohl auch Synadinos. Abgesehen von dem Satiriker Martin Sonneborn, der den Fraktionslosen wohl nicht wegen einer rechten Gesinnung angehört, sitzt nur der deutsche NPDAbgeordnete Udo Voigt am rechten Rand des Parlaments. Doch könnten es bald zwei mehr sein: Die beiden AFD-Abgeordneten Beatrix von Storch und Marcus Pretzell. Nach den kontroversen Aussagen bezüglich eines Schusswaffeneinsatzes gegen Flüchtlinge an der deutschen Grenze plant die Spitze der Fraktion der Konservativen und Reformer (EKR) nun, die deutsche Partei aus der drittgrößten Fraktion auszuschließen. Martin Sonneborn, der sich nur in das Parlament hat wählen lassen, um die Demokratie "durch den Kakao zu ziehen" (was ich fragwürdig finde), nahm den geplanten Ausschluss der AFD satirisch aufs Korn. Vorsorglich erklärte er in einer Pressemitteilung, die Gruppe der fraktionslosen Abgeordneten aus "überzeugten Monarchisten, Antisemiten, Nationalisten, Kommunisten, Nazis, Spaßpolitikern und Jean Marie Le Pen" sei nicht bereit "ihren Ruf durch die Aufnahme der beiden Politiker zu beschmutzen".

Der Umgang mit extremistischen Parteien ist ein schwieriges Unterfangen. Einerseits wollen sie die Europäische Union von innen bekämpfen, andererseits haben sie dieselben Rechte und Instrumente wie alle anderen. Wenn aber, wie im Falle Synadinos, rote Linien überschritten werden, müssen wir Demokraten klare Kante zeigen. Die Mittel des Rechtsstaates haben dann zu greifen. Martin Schulz hat in diesem Zusammenhang absolut richtig gehandelt.

EU-Türkei: Auswertung des Gipfeltreffens

Die Hauptdebatte des Plenums drehte sich dieses Mal um die Ergebnisse des EU-Türkei-Gipfels vom 7. März. Dort hatte sich die Türkei überraschend bereit erklärt, rückgeführte Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen. Im Gegenzug fordert die Regierung Erdogan eine Visa-Liberalisierung für ihre Bürger, die Ausweitung der Beitrittsgespräche und eine Verdoppelung der Hilfen für Syrien-Flüchtlinge auf 6 Milliarden Euro.

Trotz der großen Erleichterung vieler Abgeordneter über die Einigung äußerten alle Fraktionen im Plenum mehr oder weniger große Bedenken. Insbesondere die Zugeständnisse gegenüber der Türkei erscheinen bei der aktuellen

Menschenrechtssituation und der eingeschränkten Pressefreiheit im Land an der Nahtstelle zwischen Europa und Syrien sehr heikel. Europa liefe demnach Gefahr, sich von der Türkei abhängig und erpressbar zu machen. Viele Abgeordnete wiesen außerdem darauf hin, darauf zu achten, dass die geplanten Hilfezahlungen auch wirklich bei den Bedürftigen ankommen. Das Geld müsse deshalb direkt in die Flüchtlingslager fließen, anstatt es an die türkische Regierung auszuzahlen.

Der Vorsitzende der liberalen ALDE-Fraktion, Guy Verhofstadt, äußerte sehr deutlich seinen Unmut über das Abkommen. Er bezeichnete es als "Outsourcing unserer Probleme". Man überlasse einer autoritären Regierung die Entscheidung darüber, wer nach Europa einreisen dürfe und wer nicht. Diese Form der kollektiven Rückführung sei außerdem nicht mit der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar. Darüber hinaus würde es dem Ziel, den Schleusern das Handwerk zu legen, nicht gerecht werden. Stattdessen führe es dazu, dass sich die Flüchtlinge alternative Routen suchen. Ein Revival von Lampedusa wäre unvermeidlich. Anstatt sich auf faule Deals einzulassen, solle Europa zusammenstehen und das Asylsystem reformieren: Ein gerechtes Verteilungssystem müsse an Stelle von Dublin II treten.

Liberaldemokratische Grundwerte wie Menschenrechte und Pressefreiheit sind nicht verhandelbar. Deshalb sehe auch ich die Einigung mit Erdogan skeptisch. Natürlich müssen wir mit der Türkei für eine adäquate Lösung der Flüchtlingskrise zusammenarbeiten, allerdings in Partnerschaft, nicht in Abhängigkeit. Ebenso dürfen wir nicht anfangen, die Flüchtlingskrise und die Verhandlungen über eine Mitgliedschaft miteinander zu vermischen.

Frauenpolitik: Berichte zu Frauenrechten in Europa

Am 8. März war Weltfrauentag - passend dazu hat das Europäische Parlament bei der Plenarsitzung in Straßburg den Vormittag dem Thema Frauenrechte in Europa gewidmet. Zuerst stand die allgemeine sozioökonomische Lage von Frauen auf der Tagesordnung, welche auch noch heute - trotz vieler Fortschritte - nicht zufriedenstellend ist. Die EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung, die Tschechin Věra Jourová, nannte konkrete Zahlen: Frauen in der EU verdienen 16% weniger als Männer (in Deutschland sogar 22 Prozent), was am Ende zu 40% weniger Rente führt. Um diese Missstände auszugleichen, stellte die Kommissarin einen Drei-Punkte-Plan vor: Erstens müssten die Mitgliedsstaaten den Anteil von Frauen in den größten börsennotierten Unternehmen von 20% auf 40% anheben. Zweitens solle die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Bürger in Europa verbessert werden. Schließlich ist die Bekämpfung von geschlechterspezifischer Gewalt von herausragender Bedeutung. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre die Ratifizierung der Istanbul Konvention - einer Übereinkunft über verbindliche Verpflichtungen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt - durch alle EU-Staaten.

Unsere liberale Kommissarin Jourová hat völlig Recht. Die Gleichstellung von Frauen ist ein Thema, das uns alle etwas angeht. Deshalb war ich auch sehr froh, dass viele Männer während der Debatte anwesend waren. Schon vor 40 Jahren wurde in der EU beschlossen, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten sollte - der sogenannte Gender-Pay-Gap ist deshalb beschämend. Außerdem gibt es große

Hürden für Jungunternehmerinnen: Der Zugang für Frauen auf Kredite ist in Europa noch lange nicht so selbstverständlich wie für Männer. Anschließend ging es um die Situation von weiblichen Flüchtlingen und Asylsuchenden in Europa. Mary Honeyball von der britischen Labour Party stellte die alarmierenden Ergebnisse ihres Berichts zu diesem Thema vor: Weibliche Flüchtlinge würden im Tausch für Transport und Dokumente von Schleusern oft zu Sex und Prostitution gezwungen. In den europäischen Ländern gelänge es nicht, geschlechterspezifische Ansätze im Umgang mit diesen Menschen auch tatsächlich umzusetzen. Meine österreichische Kollegin Angelika Mlinar von der ALDE-Fraktion sprach die fehlenden Rückzugsräume für Frauen in überlasteten Aufnahmelagern an. Angelika Mlinar war auch verantwortlich für einen Bericht zur Implementierung des Gender Mainstreamings in die Arbeit des Europäischen Parlaments - ein mögliches Werkzeug gegen noch bestehende Ungleichbehandlung zwischen Mann und Frau. Damit wollen wir in unserem Haus als Vorbild vorangehen. Demnach sollten einerseits politische Maßnahmen stärker geschlechterspezifische Fragen zu berücksichtigen, andererseits eine ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen in den politischen Prozessen und Gremien gefördert werden.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Brexit: Volksabstimmung rückt näher

Es sind Schicksalswochen in Brüssel und London. Die langen und nervenaufreibenden Verhandlungen auf dem zurückliegenden EU-Gipfel am 18. und 19. Februar. waren natürlich auch Hauptthemen im Europäischen Parlament. Zwar haben sich die Gemüter nach der Einigung der Staats- und Regierungschefs ein wenig beruhigt, sie haben allerdings einen faden Beigeschmack. Sollten die Briten für einen Verbleib in der EU stimmen, werden ihnen Sonderrechte gegenüber den Bürgern der anderen Mitgliedsstaaten eingeräumt. Aus Sicht vieler Abgeordneter drohe ein Europa "à la Carte", in dem sich jeder Staat die Vergünstigungen raussuchen könne, die ihm am besten passen.

Dementsprechend hitzig war die daran anschließende Debatte beim sogenannten Miniplen in Brüssel. Der Vorsitzende unserer liberalen ALDE-Fraktion, Guy Verhofstadt, meint, das Abkommen mit den Briten beende dagegen das Europa "à la carte". Es sei nun klargeworden, dass Veränderungen der europäischen Verträge nötig werden. Das ermögliche Europa die längst überfällige Neuausrichtung, die insbesondere in der Flüchtlingskrise, der wohl größten Herausforderung seit Bestehen, absolut notwendig ist. Um diese und andere Aufgaben bewältigen zu können, müsse sie aber Stärke zeigen und sich nicht erpressbar machen. Eine Entscheidung der Briten für einen "Brexit" sei deshalb endgültig. Nachverhandlungen im Anschluss eines negativen Ausgangs des Referendums dürfe es nicht geben.

Nichtsdestotrotz wäre ein Ausstieg der Briten für beide Seiten sehr bedauernswert: Für die EU, das eines seiner bevölkerungsstärksten Mitglieder verlieren würde, und für die Briten, welchen massive wirtschaftliche Schwierigkeiten drohen. Ashley Fox von den britischen Konservativen gab zu erkennen, er werde für ein "Yes" beim Referendum werben. Sein Landsmann Richard Corbett von der Labour Party merkte

daraufrin an, dass in Fox' Partei sehr viele eine andere Meinung zum Verbleib in der EU hätten. Die Partei sei zu diesem Thema fundamental gespalten. Es muss auf alle Fälle verhindert werden, dass innerparteiliche Positionskämpfe der Tories zu einer Spaltung der europäischen Staatengemeinschaft führen.

Emissionen: Erste Sitzung des Untersuchungsausschusses zu Fahrzeugemissionen

Am 2. März fand die konstituierende Sitzung des Untersuchungsausschusses zu Fahrzeugemissionen statt. Ziel des Ausschusses ist es, zu analysieren, in wieweit Mitgliedsstaaten und Kommission bei den zurückliegenden Vorfällen ('Dieselgate') versäumt haben zu handeln. In seiner konstituierenden Sitzung haben die Mitglieder des Ausschusses, in dem ich ebenfalls Mitglied bin, Vorsitz und stellvertretende Vorsitzende gewählt. Da man sich hier bereits im Vorfeld geeinigt hatte, verlief die Sitzung recht schnell und unkompliziert. Vorsitzende ist die belgische Abgeordnete Kathleen van Brempt (Sozialdemokraten), Stellvertreter sind der Belgier Ivo Belet (EVP), Mark Demesmaeker (EKR), Kateřina Konečná (Linke) und Karima Delli (Grüne). In der nächsten Sitzung, die für den 22. März vorgesehen ist, wird diskutiert, welche ersten Schritte unternommen werden sollen, welche Anhörungen stattfinden sollen und welchen Tätigkeitsbereich der Ausschuss abdecken wird.

Flüchtlingskrise: Auswirkungen auf Logistik und Transport

Dass die Flüchtlingskrise auch die Verkehrsverbindungen innerhalb Europas massiv beeinträchtigt, wurde bislang wenig beachtet. Die liberale Fraktion hat daher zu diesem Thema Anfang März ein Seminar veranstaltet. Es sind hauptsächlich neue Grenzkontrollen, die den freien Austausch von Passagieren und Gütern behindern. Um den Zustrom von Flüchtlingen zu stoppen bzw. zu kanalisieren, haben seit September 2015 insgesamt acht Länder wieder Grenzkontrollen eingeführt. Das ist nach den EU-Regularien als zeitweise Maßnahme bei besonderer Bedrohung auch möglich, aber in dieser gehäuften Form bisher noch nicht geschehen.

Die Europäische Kommission hat deshalb Anfang März einen Fahrplan veröffentlicht, um den sogenannten Schengen Raum bis Ende des Jahres wiederherzustellen. Dort schätzt man, eine vollständige Wiedereinführung von Grenzkontrollen würde allein den Straßengüterverkehr mit 1,7 bis 7,5 Mrd. Euro zusätzlich belasten. Die Schätzungen gehen zwar weit auseinander, aber eines ist klar: eine strenge Kontrolle der Grenzen kostet eine Menge Geld. Die Spediteure müssen aufgrund von Wartezeiten an Grenzen mehr Fahrzeuge und Fahrer einsetzen und Strafen zahlen, wenn die Fracht nicht rechtzeitig ankommt oder ein Flüchtling auf ihrem LKW entdeckt wird. Dabei sind die indirekten Kosten, die durch die Verzögerungen in der Logistikkette entstehen, noch gar nicht eingerechnet, z.B. durch Schwierigkeiten für Just-In-Time Lieferungen und dementsprechend höhere Lagerbestände. Zum Teil werden diese Kosten natürlich an den Verbraucher weitergereicht. Täglich überqueren zudem 1,7 Millionen Arbeitnehmer in der EU eine Grenze, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen.

Auch andere Verkehrsträger sind betroffen. Die Personenzüge über die Öresundbrücke zwischen Dänemark und Schweden mussten eingestellt werden, da die Zugbetreiber für illegale Einwanderer an Bord haften müssen. Frachtschiffe nehmen im Mittelmeer regelmäßig Menschen aus überfüllten Flüchtlingsbooten auf, auch wenn Containerschiffe mit wenigen Mann Besatzung nicht die nötige Infrastruktur für die Versorgung von Hunderten von Flüchtlingen bieten können. Die Sicherheitsmaßnahmen an Häfen sind vor allem am Ärmelkanal ausgebaut worden. Hier sind die Störungen der Transportwege ganz offensichtlich. 80 000 Migranten sind bisher allein am Eurotunnel in Calais gestoppt worden bei dem Versuch, an Bord eines LKWs, Zuges oder zu Fuß durch den Tunnel nach England zu gelangen. Das Eurotunnel-Areal ist inzwischen zur Festung ausgebaut. Auch die LKWDepots an der Küste sind hoch gesichert. LKWs fahren zwischen Antwerpen und Calais keine Parkplätze mehr an, um Flüchtlingen keine Gelegenheit zu bieten, auf die Ladefläche zu klettern. Nicht nur die humanitäre Situation der Flüchtlinge, sondern auch die erheblichen Auswirkungen der Krise auf den innereuropäischen Waren- und Personentransport und damit den Binnenmarkt erfordern daher eine schnelle solidarische Lösung.

Russland: Gedenken an Boris Nemzow

Vor einem Jahr wurde der russische Oppositionspolitiker Boris Nemzow hinterrücks auf einer Brücke direkt vor den Toren des Kremls erschossen. Es war eine politisch motivierte Tat. Nemzow engagierte sich seit Jahren gegen die nationalistische Politik Putins und setzte sich vehement für Meinungsvielfalt und Rechtsschutz ein. Zum Zeitpunkt seiner Ermordung arbeitete der Kremlkritiker an einem Bericht über das russische Eingreifen in der Ukraine. Nach der Tat gab es zwar einen Gerichtsprozess gegen einen der mutmaßlichen Täter. Die wahren Strippenzieher blieben jedoch unbehelligt.

Zu Ehren Nemzows organisierten die europäischen Liberalen einen Tag mit Veranstaltungen, in denen die Beziehung zwischen der EU und Russland thematisiert wurden. Der russische Oppositionspolitiker Jaschin analysierte die Rolle des Präsidenten der Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow im System Putins. Anschließend stellte Nemzows Tochter Zhanna die von ihr gegründete Nemzow-Stiftung vor. Ziel der Stiftung ist es, Nemzows Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie fortzusetzen. Später plädierte Michail Chodorkowski in einer Videobotschaft dafür, die europäischen Wurzeln Russlands zu stärken. Außerdem gab es verschiedene Paneldiskussionen - unter anderem mit meinem FDP-Kollegen Alexander Graf Lambsdorff - um über die Zukunft der Beziehungen zwischen Russland und der EU zu diskutieren. Den Abschluss bildete ein Rockkonzert mit russischen Bands. Der große Besucherandrang bei allen Veranstaltungen zeigt, dass das Interesse an guten nachbarschaftlichen Beziehungen zum russischen Volk riesig ist.

Zukunftsenergien: Veranstaltung des European Energy Colloquium

Im Rahmen des „European Energy Colloquium“ diskutierte ich am 2. März 2016 mit Vertretern der Kommission und der Privatwirtschaft über die Vorschläge zur Integration der europäischen Energieunion. Folgendes wurde seitens der Kommission vorgeschlagen: Die vorhandene Verordnung über die Sicherung der Gasversorgung hinsichtlich größerer Solidarität zu überarbeiten und einen regionalen Ansatz zu realisieren. Zweitens strebt die EU-Kommission an, ihre Kompetenzen auszuweiten und den Informationsmechanismus über zwischenstaatliche Energieabkommen zu verschärfen. Drittens sollen Flüssigerdgas und Gasspeicher gefördert werden. Viertens legt die EU-Kommission erstmals eine Strategie für die Entwicklung des Wärme- und Kältesektors vor, auf den rund die Hälfte des Energieverbrauchs in der EU entfällt. Ich wies darauf hin, dass die Liberalen den Kommissionsvorschlag grundsätzlich positiv sehen, doch Änderungen hinsichtlich Transparenz und Geheimhaltungspflichten bei Verträgen eingearbeitet werden müssen. Zudem muss man beim Regionalisierungsprinzip erst sehen, welche Staaten sich letztendlich zusammenschließen. Die Erfahrung zeigt, dass sich oft unerwartete Allianzen bilden. Letztendlich bleibt ohnehin abzuwarten, ob die Mitgliedsstaaten das Vorhaben unterstützen.

Meeresgruppe: Veranstaltung zum Fachkräftemangel im maritimen Sektor

Auch diesen Monat veranstalteten wir von der Meeresgruppe (www.searica.eu) im Europäischen Parlament in Brüssel eine spannende maritime Konferenz. Bei der in Zusammenarbeit mit SEA Europe (Ships & Maritime Equipment Association) und IndustriAll (Europäische Industrie Gewerkschaft) organisierten Veranstaltung ging es um den Fachkräftemangel im maritimen Sektor. Vor rund 80 Teilnehmern diskutierten Vertreter der Industrie und Gewerkschaften, sowie italienische, polnische und deutsche Abgeordnete und die Generaldirektorin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMUs der Europäischen Kommission, Lowri Evans, über technologische und finanzielle Herausforderungen beim Bau und der Ausrüstung der Schiffe der Zukunft.

In den letzten Jahren hat der europäische maritime Sektor innovative und spezialisierte Technologien entwickelt, die nun eine hohe Nachfrage an speziell ausgebildeten Fachkräften nach sich zieht. Stärker als die internationale Konkurrenz setzt der europäische Schiffbau auf Spezialisierung und benötigt daher umso mehr hochqualifizierte Arbeitnehmer. Ein gutes Beispiel sind Kreuzfahrtschiffe. Hier sind europäische Hersteller wie beispielsweise die Papenburger Meyer-Werft Marktführer, da in den anderen Ländern das Know-How für die Komplettausstattung dieser komplexen Schiffstypen fehlt. Der niedrige Ölpreis und die damit veränderte Anreizstruktur drängt aber auch andere Nationen dazu, in diesen lukrativen Bereich vorzustoßen, weshalb es in Europa umso wichtiger ist, das hohe Maß an Innovation beizubehalten. Das kann nur geschehen, wenn wir hier alle an einem Strang ziehen, trotz innereuropäischer Konkurrenz oder Interessenskonflikten zwischen Industrie und Gewerkschaften. Deshalb war die Konferenz ein großer Erfolg, indem ganz

verschiedene Interessensvertreter aus sechs Ländern an ihr teilnahmen und sich über bessere Ausbildungsmöglichkeiten ausgetauscht haben.

Inselkonferenz: Zukunftssorgen in touristischen Traumzielen

Meine Meeresgruppe war diesen Monat besonders aktiv und veranstaltete in Straßburg eine Inselkonferenz. Beiträge kamen von vielen Abgeordneten, aber auch Gäste waren angereist, sogar von den Orkney Islands im Norden Schottlands. Eine große Vielfalt von Inseln war vertreten – beispielsweise Madeira, Sardinien, Sizilien, Zypern, Kreta, Azoren, Malta, Mallorca, auch Inseln vor der südamerikanischen Küste. Die Inseln unterscheiden sich, die Probleme aber sind ähnlich: mangelnde Anbindung untereinander und an das Festland, fehlende Infrastruktur (auch bei Energie und Breitband),

Wegzug von jungen Menschen, teilweise Wassermangel, Umweltprobleme, Saison-Abhängigkeit. Festgestellt wurde, dass die Inseln bei einer Wirtschaftskrise fast immer am meisten betroffen sind. Haupteinkommensquellen sind überall neben dem Tourismus – der aber eine gute Infrastruktur voraussetzt und noch nicht überall so "sanft" und umweltfreundlich ist wie wünschenswert – Landwirtschaft und Fischerei. Die Förderstruktur der Mitgliedstaaten für ihre Inseln ist sehr unterschiedlich: während Frankreich 24 % seiner Fördermittel für Inseln bereithält, sind dies in Spanien nur 4,9 %. Wichtig ist daher im Bedarfsfall die Unterstützung durch europäische Fonds. Einig waren sich die Anwesenden bei der Wunschliste für die EU: Inseln und periphere Gebiete sollen immer in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden.

Förderprogramm: Politisch engagierte Frauen zu Besuch in Brüssel

Unter dem Motto "Liberale Frauen braucht das Land" führt die Friedrich-Naumann-Stiftung jedes Jahr ein Förderprogramm für Frauen durch, die sich politisch engagieren. Durch Seminare und Trainings soll praktisches Know-how für die politische Arbeit vermittelt werden, z.B. Rhetorik, Reden schreiben oder Projektmanagement. Als weiterer fester Programmpunkt werden die Damen von mir nach Brüssel eingeladen, wo wir ihnen die liberale Familie in Europa vorstellen und sie mit interessanten Frauen aus dem Brüsseler Umfeld zusammenbringen. Denn nicht jeder weiß, dass die Naumann Stiftung auch in Brüssel ein sehr aktives Büro betreibt, dass es eine europäische liberale Partei gibt und wir liberale Europaabgeordnete aus 21 Ländern haben. Auch diesmal haben wir mit den Damen der Naumann Stiftung wieder drei sehr volle und kurzweilige Tage verbracht und ich habe mich besonders gefreut, dass trotz Wahlkampfstress auch Wahlkämpferinnen aus Baden-Württemberg mit dabei waren.

Moderner Biokraftstoff: Mehr Unabhängigkeit, weniger Emissionen und neue Arbeitsplätze?

In einem spannenden Seminar im Europäischen Parlament debattierten der slowakische Kommissar Maros Sefcovic, Vizepräsident für die Energie-Union, und der ehemalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen über die Potenziale des modernen Biokraftstoffs. In den USA erlebt die Nutzung von Biomasse für die Mobilität einen regelrechten Hype. In Europa gibt es dagegen noch viele Vorbehalte. Ein oft vorgebrachter Vorwurf lautet, die Nutzung von Getreide als Kraftstoff führe zu steigenden Lebensmittelpreisen. Jedoch existieren nun neue Technologien, die es erlauben, Kraftstoff aus nahezu allen organischen Abfällen zu erzeugen. Insofern wäre dieser in Bezug auf die Welternährung komplett unbedenklich.

Anders Fogh Rasmussen fordert einen ganzheitlichen Ansatz gegen die Klimaerwärmung und plädiert deshalb für einen Perspektivwechsel der Europäer. Statt ausschließlich den Umstieg auf elektrische Mobilität zu fokussieren, deren Technologie noch in den Kinderschuhen stecke, solle man wieder verstärkt die Nutzung der Biomasse in den Mittelpunkt rücken.

Für Europa sei ein Umstieg von fossilen Brennstoffen auf Biomasse auch deshalb sinnvoll, weil es sich von autoritären Regimen wie Russland und den Staaten im Mittleren Osten unabhängig machen könne. Fossile Brennstoffe werden aber dennoch auch künftig eine Rolle im Energiemix spielen. Energie muss bezahlbar bleiben und in dem benötigten Maße in Europa zur Verfügung stehen. Deshalb kommt es darauf an, einen ausgewogenen Mix verschiedener Energieträger zu haben. Alternativen sollen dann gebraucht werden, wenn sie effizient und wirtschaftlich sind.

Jugendkarlspreis: Entscheidung für nationale Vorauswahl

Zum dritten Mal war ich Teil der Jury für die nationale Vorauswahl des Jugendkarlspreises. Diesem

Auswahlgremium gehören sechs Mitglieder des Europäischen Parlaments und ein Vertreter der Jugendorganisationen in Deutschland an. Als Jurymitglieder waren wir wieder beeindruckt von der Vielfalt der Themen und Projekte, dem ehrenamtlichen Engagement der Jugendlichen für Europa und der innovativen Art, wie sie Europa leben und voranbringen. Die Spannbreite der Einsendungen reichte von beispielhaften Schüler- und Jugendaustauschprojekten und internationalen Jugendkonferenzen über Foto-Dokumentationen und bilingualen Büchern bis hin zu kreativen Kunst-, innovativen Internet- oder journalistischen Medien-Projekten - da fiel uns die Entscheidung nicht leicht.

Das Projekt "Internationales Workcamp in Bad Salzungen" haben wir schließlich als Gewinner der nationalen Vorrunde ausgewählt. Ausschlaggebend war, dass es sich bei diesem Internationalen

Workcamp um einen klassischen Kinder- und Jugendaustausch handelt, bei dem Werte wie Zusammengehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl, Verantwortung und Toleranz über das ganze Projekt bewusst gefördert werden. Durch persönliche

Begegnungen mit den osteuropäischen Jugendlichen und die Auseinandersetzung der deutschen Gastgeber mit anderen Kulturen und Religionen wird Europa vor Ort gelebt. Die Bemühung, regionale Partner und Unternehmen mit einzubinden und der deutlich antirassistischer Diskurs zeichnen das Projekt aus.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: 4. Eisenbahnpaket, Medizinprodukte, Binnenschifffahrt
- Demnächst im Trilog: NEC, Tierarzneimittel, Hafendienstleistungen, Flugpassagierrechte
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Luftverkehrspaket

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Wirtschaftsgespräche: Philipp Rösler berichtet aus Davos

Bei den niedersächsischen Wirtschaftsgesprächen in Hannover konnte ich ein Wiedersehen mit Philipp Rösler, früher mein Fraktionsvorsitzender im Landtag sowie Landes- und später Bundesvorsitzender, feiern. Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag 2013 engagierte ihn das Weltwirtschaftsforum mit Sitz in Davos, wo er jetzt seine Erfahrungen und Kontakte als Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler in der Geschäftsführung einbringen kann. In Hannover gewährte er uns einen äußerst unterhaltsamen Blick hinter die Kulissen des letzten Weltwirtschaftsforums, umrahmt von Bildern aus der Schweizer Bergwelt. Spannend fand ich die ganzen protokollarischen Besonderheiten, die beim Zusammentreffen von Führungspersonlichkeiten aus der Wirtschaft mit Vordenkern und Regierungschefs aus aller Welt zu beachten sind. Eine Stunde dauerte der Vortrag und gelangweilt hat sich niemand!

Wahlkampf: Bunte Luftballons am Magdeburger Himmel

Seit den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen ist es mittlerweile Tradition geworden, dass sich Freie Demokraten aus dem gesamten Bundesgebiet zu zentralen Wahlkundgebungen treffen, um den jeweiligen Landesverband zu unterstützen. Dieses Mal standen ja sogar drei parallele Landtagswahlen an, daher mussten wir uns entscheiden und wählten Magdeburg für unser Event. Bis auf Christian Lindner, der im Süden tourte, war unsere gesamte Bundesspitze vertreten und FDP-Mitglieder mit gelben Schals und Landesflaggen von überall her freuten sich über das gute Wetter und die launigen Reden. Am Ende der Kundgebung ließen wir - wie immer - bunte Luftballons (Magenta, Gelb, Blau) mit Wahlbotschaften steigen. Ich war bereits am Vortag nach Burg gereist, um gemeinsam mit den dortigen Landtagskandidaten Allard von Arnim eine Veranstaltung zum Thema "Mit oder ohne Quote - Deutschland muss sich bewegen" durchzuführen. Leider hat alles nichts genützt, die FDP hat den Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt ganz knapp verpasst. Trotzdem Dank an alle Aktiven - und es gibt immer ein nächstes Mal!

Besuch in Fürstenuau: Stärkung der Tiergesundheit durch Futtermittelergänzungsstoffe

Gemeinsam mit dem niedersächsischen FDP-Generalsekretär Gero Hocker und unserem Osnabrücker Kreisvorsitzenden Matthias Seestern-Pauly besuchte ich CDVet in Fürstenuau. Der Inhaber Clemens Dingmann - eigentlich studierter Landwirt - hat schon vor Jahren damit begonnen, Futtermittelergänzungsstoffe für Nutz- und Haustiere zu entwickeln und weltweit zu vertreiben. Sein Ziel war es, durch individuelle Stärkung der Tiergesundheit insbesondere die prophylaktische Antibiotikavergabe so weit wie möglich überflüssig zu machen und so Resistenzen vorzubeugen. Der Erfolg gibt ihm Recht, das Unternehmen wächst und entwickelt kontinuierlich neue Produkte. Hätten Sie gedacht, dass Bachblüten auch bei Kanarienvögeln und anderen Kleintieren positive Wirkung entfalten können? Ich war vom Unternehmensansatz und der Produktvielfalt beeindruckt - der Besuch hat sich gelohnt!

Michelin in Karlsruhe: Schicht für Schicht zum Qualitätsreifen

Auf der Rückfahrt von Straßburg besuchte ich gemeinsam mit meinem Thüringer CDU-Kollegen Dieter Lebrecht-Koch das Michelin-Werk in Karlsruhe. Seit 1931 werden an diesem Standort LKW-Reifen unterschiedlicher Prägung produziert. Beim Betriebsrundgang konnten wir uns von der Komplexität der Herstellung ein Bild machen: Schicht für Schicht werden die Reifen mit Gummistreifen aufgebaut - maschinengestützt, aber manuell kontrolliert. Egal ob im alten Werksteil mit schweren Eisenformen und Wasserdampfkochprozess, oder im modernen digitalisierten Teil, wo mit dem Stickstoffkocher produziert wird, die Reifen eines Modells dürfen sich qualitativ nicht unterscheiden. Ein Hinweis an uns Verkehrspolitiker: Die in die Jahre gekommene Rheinbrücke nach Frankfurt darf nie komplett ausfallen, sonst drohen massive Probleme bei Auslieferung und Lagerkapazität.

IV. Europa unter der Lupe

Liberales in Europa : Meine liberale Fraktion ALDE

Nachdem ich schon über die verschiedenen Fraktionen im Europaparlament berichtet habe, nehme ich heute meine eigene Fraktion unter die Lupe. Die Zugehörigkeit zur Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) ist für meine beiden FDP-Kollegen Alexander Graf Lambsdorff, Michael Theurer und mich selbstverständlich, denn die Freien Demokraten gehörten immer zu dieser Fraktion. Das sieht bei manchen liberalen Bewegungen anderer Länder anders aus: Nach jeder Wahl gibt es für sie eine Neuorientierung, welcher Fraktion sie sich anschließen sollen, was dann zu vielen kleinen Koalitionsverhandlungen führt, bevor die Fraktionsgrößen endgültig feststehen. So haben wir 2014 einige Rumänen an die EVP verloren. Dafür sind mehrere Balten dazu gekommen, mit der Bayerin Ulrike Müller auch eine Freie

Wählerin, und aus Spanien arbeiten mittlerweile 8 Abgeordnete aus 4 verschiedenen Parteien bei uns mit (schon in einem vorigen Newsletter erwähnt). Vorsitzender der ALDE-Fraktion - mit zurzeit 70 Mitgliedern aus 21 Ländern viertstärkste Fraktion - ist seit 2009 Guy Verhofstadt, ehemaliger belgischer Ministerpräsident, überzeugter Europäer und der flammendste Redner im Parlament.

Etwas zur Geschichte der ALDE-Fraktion: Die Gründung lässt sich bis ins Jahr 1953 zurückverfolgen. Damals gab es schon eine Liberale und Demokratische Fraktion in der parlamentarischen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dem Vorgänger der Europäischen Union. 1994 erhielt sie den Namen Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas, kurz ELDR. Interessant bei der Namensgebung in allen Fraktionen ist, dass dies sich bei neuer Zusammensetzung ändern kann, immer in Abhängigkeit von den Wünschen der Mitglieder. Bei uns wollen die Franzosen beispielsweise nicht liberal genannt werden, sie verstehen sich eher als Demokraten - das muss sich im Namen wieder finden. Unsere aktuelle Bezeichnung ALDE datiert aus dem Jahr 2004, als sich Vertreter der EDP (Europäische Demokratische Partei - dazu gehören vor allem unsere Franzosen) und der europäischen ELDR-Partei (zu der die FDP immer gehörte) zusammenschlossen.

Nun zur Geschichte unserer europäischen Parteienfamilie: 1976, drei Jahre vor der ersten Wahl zum Europäischen Parlament, gründeten neun nationale Parteien die Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft. 2004 erfolgte die Umbenennung in ELDR.

Die Gleichschaltung mit dem Fraktionsnamen ALDE wurde am 10. November 2012 beschlossen. Zur

ALDE-Partei gehören auch liberale Parteien aus Ländern außerhalb der Union, beispielsweise aus Aserbeidschan, Ukraine, Russland und Weißrussland. Auch hier gilt das Motto der EU "Einheit in Vielfalt". Die ALDE-Partei trifft sich jährlich zu Kongressen, um gemeinsame Positionen zu aktuellen Vorgängen zu beschließen. Im letzten Jahr in Budapest gab es Wahlen. Seither ist mein niederländischer Fraktionskollege Hans van Baalen Präsident, Markus Löning aus Berlin einer der Vizepräsidenten.

V. Terminvorschau

14.-17.3.	Brüssel	Ausschüsse, Trilogie
4.-7.4.	Brüssel	Fraktion, Ausschuss, Trilog
7.-9.4.	Brüssel	Teamklausur
10.4	Fallingbostal	Juli Landeskongress
11.-14.4.	Straßburg	Plenum, Fraktion, Besuchergruppe

Vorschau Wahlkampfeinsätze

18.-24.7.	Mecklenburg-Vorpommern
4.-12.8.	Niedersachsen

Möglich sind Betriebsbesuche und Veranstaltungen zu Themen aus meinen Arbeitsbereichen: zum Beispiel europäische Verkehrsachsen, Transport und Logistik, Häfen und Schifffahrt, Fischerei, Tourismus, blaues Wachstum / Potenzial der maritimen Wirtschaft, Antibiotikaresistenz, Natura 2000, Kreislaufwirtschaft, Emissionshandel, Energieunion, Medizinprodukte, Lebensmittelkennzeichnung, Waffenrecht, Frauenthemen, aber auch Aktuelles wie TTiP, Flüchtlingskrise und digitale Agenda.

Ihre Gesine Meißner

April 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Terroranschläge in Brüssel, Guido Westerwelles am Ende doch verlorener Kampf gegen den Krebs, der Tod von Hans-Dietrich Genscher - diese Nachrichten haben uns geschockt und betroffen gemacht. 34 Menschen fielen den Anschlägen in Brüssel zum Opfer, viele wurden verletzt. Unser freies Leben in einer offenen demokratischen Gesellschaft scheint bedroht. Aber das Leben in Europa geht weiter, auch in Brüssel ist der Alltag zurück, und das ist gut so. Wir Freie Demokraten haben in kurzer Zeit gleich zwei prägende Persönlichkeiten und Staatsmänner verloren, denen wir viel zu verdanken haben. Aber auch wir machen ganz normal weiter mit unserem Engagement für liberale Werte, und das hätten sich die beiden auch sicher gewünscht.

Nun zur politischen Arbeit: Diese Woche hat das Europäische Parlament die Verwendung von Fluggastdatensätzen im Plenum verabschiedet. Ich habe gegen die Richtlinie gestimmt, denn sie stellt unbescholtene Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht, ohne wirklich effektiven Schutz gegen Terrorismus zu bieten. Auch mit dem Votum gegen Glyphosat bin ich nicht einverstanden, dafür aber mit drei Abstimmungen zur Fischerei.

In Brüssel beteiligte ich mich an der rechtlichen Einigung zu technischen Bestimmungen in der Binnenschifffahrt und befasste mich mit der Feuerwaffenrichtlinie und – wie so oft - Meerespolitik. Viel Spaß beim Lesen dieser und anderer Themen!

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Migration: Debatte und Abstimmung zu ganzheitlichem EU Ansatz

Die beiden Europaabgeordneten Roberta Metsola (EVP) aus Malta und Kashetu Kyenge (S&D) aus Italien haben zusammen den Parlamentsbericht zu einem neuen, einheitlichen und nachhaltigen Ansatz der EU für Migration verfasst, der im Plenum zwar für viel Diskussionen sorgte, aber letztendlich mit 459 Stimmen, bei 206 Gegenstimmen und 52 Enthaltungen angenommen wurde. Der Bericht fordert vor allem die Überarbeitung des Dublin-Abkommens, um die an den EU-Außengrenzen gelegenen Mitgliedsstaaten vom Migrationsdruck zu entlasten. Aktuell muss nach dem Dublin-Abkommen sich der Staat, in dem ein Flüchtling als erstes EU-Boden betritt, sich auch um ihn kümmern. Jetzt soll in Bezug auf die Neuansiedlungen von Flüchtlingen in der EU ein "verbindlicher Rechtssetzungsansatz" erarbeitet werden, mit besonderer Rücksicht und Sorgfalt für gefährdete Kinder. Wie meine spanische ALDE Kollegin Maite Pagazaurtundúa richtig meinte, ist es Teil der Verantwortung aller Mitgliedsstaaten, sich an die Quoten zu halten, zu denen wir uns verpflichtet haben. Auch hinsichtlich der Umsiedlungen wird darauf gepocht, dass die Mitgliedsstaaten ihre Verpflichtungen so schnell wie möglich wahrnehmen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Außerdem wird in dem Bericht gefordert, dass die Mitgliedsstaaten mit den meisten Asylanträgen "finanzielle und technische Unterstützung" erhalten. Hier werden notwendige Maßnahmen aufgelistet, um effektive Registrierungszentren an den EUAußengrenzen, die sogenannten "Hotspots", zu gewährleisten. Insgesamt werden mehr Solidarität von Seiten der Mitgliedsstaaten und eine schnellere Bearbeitung der Anträge benötigt.

Abstimmung zu Glyphosat: Votum gegen anerkannte Wissenschaft

Ich finde es äußerst bedauerlich, dass das Europäische Parlament gegen die von der Europäischen Kommission beschlossene Zulassung des Wirkstoffs Glyphosat für weitere 15 Jahre Einspruch eingelegt hat. Leider bestimmten auch weniger wissenschaftliche Erkenntnisse und Sachargumente die Debatte als vielmehr Emotionen und Panikmache. Dabei sind das Gutachten der europäischen Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) vorgelegten Bewertungen eindeutig: sie besagen, dass der seit langem eingesetzte Wirkstoff Glyphosat auch weiter ohne gesundheitliche Gefahren angewendet werden kann. EFSA und BfR mit Wissenschaftlern verschiedener Gebiete sind von der Politik zur Begutachtung eingesetzt, und daher sollten deren Erkenntnisse doch auch die Grundlage für politische Entscheidungen sein. Glyphosat hat den gleichen potentiellen „Gefahrenwert“ wie Kochsalz – nur die (Über-)Dosis macht das Gift, wie schon Paracelsus feststellte. Außerdem gibt es im Pflanzenschutzrecht bereits strenge Auflagen, die konsequent angewendet werden müssen.

Die existierende Zulassung zum Inverkehrbringen des Wirkstoffs läuft zum Ende des Monats Juni 2016 aus. Die Kommission hatte beschlossen, diese Genehmigung um weitere 15 Jahre zu verlängern. Mit Annahme der Resolution hat das Parlament die Kommission aufgefordert, eine Genehmigung für Glyphosat für nur sieben Jahre und unter strengen Auflagen zuzulassen. Bindend ist diese Aufforderung für die Kommission aber nicht.

Fluggastdatenspeicherung: FDP lehnt anlasslose Datenspeicherungen ab

Diese Woche wurde die neue Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung mit deutlicher Mehrheit im Plenum angenommen. Auch wenn sich die FDP immer dagegen gewehrt hat, wird das sogenannte EU PNR damit Realität. Es geht um Daten, die man der Fluggesellschaft gibt, wenn man ein Flugticket kauft, z.B. Name, Adresse, Flugzeiten, Kreditkarteninformationen. Die Fluggesellschaft überprüft diese Angaben nicht, sondern nutzt sie für ihre kommerziellen Zwecke. In Zukunft werden diese Daten 5 Jahre lang gespeichert und Sicherheitsbehörden dürfen zur Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung darauf zugreifen. Das gilt für alle Passagiere, die in die EU per Flugzeug einreisen und kann auch für Flüge innerhalb der EU angewandt werden.

Unsere liberale Fraktion war bei dem Thema tief gespalten. Die FDP hat eine anlasslose Datenspeicherung immer abgelehnt. Wir gehen auch davon aus, dass der Europäische Gerichtshof die PNR-Richtlinie kassieren wird so wie es vor 2 Jahren mit der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung geschehen ist. Statt immer neue Datenmassen zu produzieren, wäre gefahren- und anlassbezogene Ermittlungsarbeit in europäischen Teams die richtige Antwort zur Terrorbekämpfung. Zumal das PNRSystem, das nun eingeführt werden soll, schwerwiegende Konstruktionsfehler hat. Die Mitgliedsstaaten wollten keine gemeinsame Datenbank für die gespeicherten Fluggastdaten einrichten. Stattdessen liegen sie in 28 verschiedenen Systemen, ohne dass ein verpflichtender Datenaustausch vorgeschrieben ist. Das klingt mehr nach Scheinlösung als nach einem wirksamen Instrument, mit dem Sicherheitsbehörden über EU-Grenzen hinweg Terrornetze aufdecken können.

In der Praxis scheitert effektive grenzüberschreitende Bekämpfung von Verbrechen nämlich mehr an unzureichendem Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden als an fehlenden Daten – das war auch bei den Attentaten in Paris und Brüssel der Fall. Aber viele meiner französischen und belgischen Kollegen, die den Terror in den letzten Monaten im eigenen Land erlebt haben, bewerten den Richtlinientext völlig anders und haben sich für das EU-PNR eingesetzt. Immerhin konnten die Liberalen erreichen, dass gleichzeitig mit dem EU PNR auch die neue Datenschutzgrundverordnung angenommen wurde. So haben wir jetzt wenigsten Datenschutzbestimmungen, die an unsere moderne digitalisierte Welt anpasst sind.

Selbstfahrende Autos: Wie schafft man Rechtssicherheit?

Was immer noch futuristisch klingt, ist technisch heute schon möglich: das selbstfahrende Auto. Die erste Generation vollautonomer Fahrzeuge soll man schon ab 2030 kaufen können. Die letzten zehn Jahre wurden moderne Fahrerassistenzsysteme nach und nach optimiert. Nun kommen die ersten „teilautonomen“ Automodelle auf den Markt, die z.B. mit Systemen zum selbstständigen Parken, Kollisionsverhinderungssystemen und Fahrerassistenten für Staus ausgestattet sind. Heute kann der Fahrer also schon die Hände vom Steuer nehmen und seinem Auto das Beschleunigen/Bremsen und auch Lenken überlassen. Morgen wird er auch die Augen von der Straße nehmen können und sich um ganz andere Dinge als den Straßenverkehr kümmern. Neben dem Komfort für Fahrer/Fahrerin verspricht man sich aber auch noch andere Vorteile. Der Computer fährt treibstoffsparender als der Mensch und reagiert in gefährlichen Situationen auch verlässlicher. Deswegen sollten mit automatisierten Fahrzeugen der Schadstoffausstoß sinken und die Verkehrssicherheit zunehmen.

Technisch ist also schon alles möglich, aber die rechtlichen Rahmenbedingungen hinken hinterher. Die Bundesregierung ist diese Woche eine rechtliche Hürde angegangen. Nach der sogenannten Wiener Konvention von 1968 muss der Fahrer bisher nämlich immer die Kontrolle über sein Fahrzeug haben. Nach der neuen Version muss der Fahrer lediglich in der Lage sein, die automatischen Systeme abzuschalten bzw. zu übergehen. Das schafft Rechtssicherheit schon für die heutigen Assistenzsysteme. Aber das Haftungsrecht muss insgesamt angepasst werden. Denn auch ein selbstfahrendes Auto wird mal einen Rückspiegel abfahren und dann kann der Fahrer nicht sagen, er sei nicht verantwortlich. Auch Cybersicherheit und Datenschutz sind ein Problem, denn automatisierte Fahrzeuge sind nicht nur untereinander, sondern auch mit der Infrastruktur verbunden und tauschen ständig Daten aus, um sich selbstständig bewegen zu können. Wem gehören diese Daten und an wen werden sie weitergegeben und kann man sich von außen in das Fahrzeug hacken? Neue Verfahren für die Zulassung müssen ebenfalls entwickelt werden. Zu all diesen offenen Fragen gab es diese Woche eine Debatte im Plenum, wobei die Kommission dazu aufgerufen wurde, die EU-Gesetzgebung auf die autonomen Fahrzeuge vorzubereiten und anzupassen.

Fischerei: Abstimmungen zu Fischereiabkommen, Küstenfischerei und internationalem Seerecht

Fischereithemen waren in dieser Plenarsitzung stark vertreten - gleich drei Berichte wurden vorgestellt und abgestimmt. Am wichtigsten aus norddeutscher Sicht war der Bericht zur Innovation in der kleinen Küstenfischerei. Dieses Thema ist ein Dauerbrenner in der politischen Diskussion. Es geht um die bestmögliche Unterstützung für kleine Küstengemeinden. Immerhin wird EU-weit fast 70 Prozent der Fischerei durch kleine und handwerkliche Fischereibetriebe unternommen. Auch in Deutschland ist dieser Wirtschaftszweig wichtig: In Niedersachsen fanden im Jahr 2014 beispielsweise rund 150 Eigner und 230 Gehilfen in der Küstenfischerei Beschäftigung. In dem Bericht haben wir die Kommission nun aufgefordert, Fangquoten für handwerkliche Fischer schrittweise zu erhöhen. Zudem soll der

europäische Fischereifonds (EMFF) mehr finanzielle Mittel für Grundlagenforschung, Innovation, Ausbildung und Unternehmensgründungen bereitstellen, unter anderem um mehr junge Menschen für diese Tätigkeit zu begeistern. Ich möchte die Kommission an dieser Stelle einmal loben: Sie hat in den letzten Jahren viel Geld für diesen Sektor zur Verfügung gestellt. Jetzt liegt es auch an den Regionen und nationalen Behörden konkrete Maßnahmen auszuarbeiten, damit das Geld gewinnbringend eingesetzt wird.

Ein weiterer Bericht beschäftigte sich mit der zukünftigen Gestaltung von internationalen Fischereiabkommen. Das ist eine besonders spannende und zeitgemäße Frage, da immer mehr Länder (China, Korea, Taiwan) ihre Fischereifloten ausbauen. Diese sind allerdings an weniger strenge Vorgaben und Regeln gebunden. Es ist daher wichtig, allgemeingültige Standards zu setzen. Die EU möchte als Vorreiter agieren. Bilaterale Abkommen und regionale Managementorganisation müssen wissenschaftliche Erkenntnisse einholen, um konkrete Fangquoten festzulegen, damit sich Fischbestände erholen können. Internationale Kontrollen, Inspektionen und eine allgemeine Datenbank sind dabei von Bedeutung. Zudem dürfen die regionalen Fischer nicht ausgeschlossen werden, schließlich sind sie auf die Fischerei angewiesen, um ihr Überleben zu sichern.

Der dritte Bericht schließlich legt eine Parlamentsposition hinsichtlich einer Überarbeitung des internationalen Seerechts fest. Das internationale Abkommen zur Regelung des Seevölkerrechts wurde am 10. Dezember 1982 in Montego Bay (Jamaika) ratifiziert. Das Europäische Parlament setzt sich dafür ein, dass der Text mit Blick auf Artenschutz überarbeitet werden muss. Denn: Ein Großteil der Fläche der Weltmeere liegt außerhalb nationaler Rechtsräume. Daher müssen dringend international gültige Regeln vereinbart werden, um die Schäden für die maritime Umwelt zu begrenzen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

"Schwarzer Dienstag" in Brüssel: Ein Angriff auf unsere Freiheit (Bericht aus meinem Team)

Eigentlich sollten die letzten Tage vor dem Osterwochenende relativ stressfrei werden. Die meisten Abgeordneten und Assistenten bereiteten schon die Heimreise in den Kreis der Familie vor. Doch die Ereignisse vom "Schwarzen Dienstag" überschatteten die Vorfreude auf die Feiertage. Um 8 Uhr morgens detonierten zwei Bomben am Flughafen Zaventem vor den Toren von Brüssel, etwa eine Stunde später ereignet sich eine weitere Explosion an der Metro-Station Maelbeek, direkt im EU-Viertel. Mindestens 34 Menschen verloren bei den Anschlägen ihr Leben, hunderte Menschen wurden - zum Teil schwer - verletzt.

Als um 9 Uhr der Umweltausschuss tagte, hatte sich die Information, dass es eine Explosion und Tote am Flughafen gab, schon verbreitet. Die Hintergründe waren zunächst noch unklar. Zu Beginn legte der ganze Saal eine Schweigeminute ein. Nur

wenige Minuten später wurden die Anwesenden zusehends unruhiger, viele Menschen telefonierten oder starrten auf ihre Handys. Nachdem die Abstimmungen beendet waren, berichtete der Vorsitzende Giovanni La Via nun von der Explosion in der nur wenige hundert Meter entfernten Metro-Station. Er sprach bereits von einem Terror-Anschlag.

Da lange der Verdacht bestand, es könnten noch weitere Anschläge folgen, wurden wir dazu aufgefordert, das Parlament nicht zu verlassen. So blieb das Parlament zwar gefüllt, an normales Arbeiten war aber nicht mehr zu denken. In vielen Büros wurden die Ereignisse in der Stadt über die TVBerichterstattung verfolgt. Überall liefen aufgebrauchte Menschen mit dem Handy am Ohr umher, die Freunde, Bekannte und Verwandte anriefen, um sicherzugehen, dass bei ihnen alles in Ordnung war.

Ein großer Teil aller Veranstaltungen, Sitzungen und Ausschüsse wurden für diesen und den folgenden Tag abgesagt. Erst am frühen Nachmittag gab es zumindest Entwarnung bezüglich der akuten Gefahrenlage und wir konnten das Parlamentsgebäude verlassen.

Mit unseren Gedanken sind wir alle bei den Opfern und ihren Hinterbliebenen. Den vielen Verletzten und Traumatisierten dieser bestialischen Tat ist es von Herzen zu wünschen, dass sie wieder in ihr Leben zurückfinden werden. "Ganz normal weiterzumachen" ist eine Herausforderung für uns alle. Angst und Misstrauen gegenüber unseren Mitmenschen erzeugt Unfreiheit und schürt Aggression und Hass.

Der Anschlag in Brüssel ist ein Anschlag auf unsere Freiheit, auf das friedliche Miteinander verschiedenster Lebensentwürfe. Wir dürfen den Terroristen diese Erfolge nicht zugestehen. Trotzdem sind die Taten auch ein Weckruf an die Politik und an die europäische Staatengemeinschaft, Probleme, die uns alle betreffen auch gemeinsam zu lösen. Die Tendenzen einer Renationalisierung der europäischen Politik, die dieser Tage allgegenwärtig sind, müssen zur Bekämpfung dieses internationalen Problems überwunden werden.

Binnenschifffahrt: Harmonisierungen von technischen Standards und Berufsqualifikationen (Schattenberichterstatterin + Berichterstatterin)

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Binnenschifffahrt noch viel Potential als umweltfreundliches Transportmittel hat, um Güter von der Straße zu verlagern. Auch die Kommission will die Binnenschifffahrt wettbewerbsfähiger machen, indem sie die Regeln für Schiffe und Schiffer innerhalb Europas vereinfacht. Ich habe ja schon berichtet, dass wir an der Vereinheitlichung der technischen

Standards für Binnenschiffe arbeiten. Hier konnten wir uns Mitte März auf einen Gesetzestext mit dem Rat einigen. In Zukunft werden die Standards, die die sogenannte Rheinkommission für die Schifffahrt auf dem Rhein festlegt, auch für alle anderen EU-Binnengewässer gelten. Damit müssen sich Binnenschiffe in Zukunft nur nach einem Regelwerk richten. Zum Glück haben wir am Ende auch eine Lösung für das institutionelle Problem gefunden, das die Verhandlungen über dieses Gesetz seit Monaten blockiert hat. Das Parlament hatte die mehr oder weniger

berechtigte Sorge, seine Rechte als Gesetzgeber an die Rheinkommission abzutreten.

Zu meinem Faible für die Binnenschifffahrt passt, das ich kürzlich Berichterstatterin für die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen in dem Sektor geworden bin. Die Kommission hat dazu im Februar einen Gesetzesentwurf vorgelegt. Schiffsführer und Besatzungsmitglieder sollen in Zukunft einfacher auch außerhalb ihres Landes arbeiten können, da ihre Ausbildung sich nach gemeinsamen Regeln richten wird und damit europaweit anerkannt werden muss. Auch sogenannte Streckenkenntnisse, also ausreichend Erfahrung im Befahren eines bestimmten Streckenabschnitts, werden in Zukunft genau definiert sein. Bisher werden sie nämlich immer wieder als Vorwand genutzt, um Binnenschiffer aus dem Nachbarland auszuschließen. Als Berichterstatterin muss ich in den kommenden Monaten den Entwurf für eine Parlamentsposition vorlegen und diskutieren und anschließend im Trilog verhandeln. Vorher muss ich mir allerdings erst ein Bild verschaffen und vor allem vor Ort Informationen sammeln, indem ich z.B. Binnenschiffer und deren Ausbildungszentren besuche.

Europäische Küstenwache: EMSA soll mithelfen

Seit dem massenhaften Ansturm von Flüchtlingen auf die griechischen Inseln nahe der Türkei wird ein wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen gefordert. Dazu hat die Kommission Ende letzten Jahres vorgeschlagen, die europäische Grenzschutzbehörde Frontex zu einer "Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenschutz" auszubauen. Dieser Gesetzesvorschlag liegt nun auch bei uns im Verkehrsausschuss, denn die EMSA (European Maritime Safety Agency) soll dabei mitwirken. Diese Agentur hat sich bisher darum gekümmert, dass bei Schiffsunglücken schnell Hilfe zur Stelle ist. Sie unterhält z.B. ein Netz von Bergungsschiffen, die bei Tankerunglücken in europäischen Gewässern ausrücken, um Ölteppiche aufzufangen. Sie verfügt aber auch über ein Überwachungssystem, mit dem über Satellit alle Schiffsbewegungen in europäischen Gewässern zu verfolgen sind. Bisher wurde es z.B. dazu verwendet, illegal auf dem Meer abgelassenes Öl zu dem verantwortlichen Schiff zurückzuverfolgen. Dieses System kann aber natürlich auch dafür verwendet werden, Flüchtlingsschiffe in der Ägäis oder im Mittelmeer zu entdecken. Zusätzlich soll die EMSA auch Drohnen einsetzen können, um Bilder in Echtzeit zu bekommen und nicht von der Umlaufzeit des Satelliten abhängig zu sein.

Im Verkehrsausschuss müssen wir nun die Aufgabenbeschreibung der EMSA entsprechend anpassen, damit sie ihre Daten an die zukünftige Grenz- und Küstenschutzagentur weitergeben kann. Inhaltlich ist das nicht weiter umstritten, auch wenn Details natürlich noch geklärt werden müssen. Pikant ist nur, dass eine Berichterstatterin der rechtsextremen Front National das Thema betreut. Es ist das erste Mal, dass die rechtste Fraktion, die wir im Parlament haben, im Verkehrsausschuss Berichterstatterin wurde. Und dann auch noch beim sensiblen Thema Flüchtlinge und Küstenschutz. Unglückliche Umstände während der Vergabe des Themas haben dazu geführt, aber auch das gehört zur Demokratie. Nun versuchen die übrigen Fraktionen gemeinsam gegen die verworrenen Positionen der

Berichterstatterin vorzugehen. Denn eines ist klar, eine Mehrheit wird sie dafür am Ende nicht bekommen.

Helmholtz-Gemeinschaft: Unsere unbekannt Ozeane

Im März fand die jährliche Veranstaltung der Helmholtz-Gemeinschaft in Brüssel statt. Thema war dieses Mal: Unsere unbekannt Ozeane. Die mit über 38.000 Mitarbeitern und einem jährlichen Budget von mehr als 4 Milliarden Euro ausgestattete Einrichtung ist ein Zusammenschluss aus 18 verschiedenen naturwissenschaftlich-technischen und medizinisch-biologischen Forschungszentren. Im maritimen Bereich spielt insbesondere das Geomar-Institut in Kiel eine herausragende Rolle.

Bei der Veranstaltung ging es um das große ökonomische Potential des Meeres aber auch seine ökologische Komplexität. Unsere Ozeane spielen bei der Veränderung des globalen Klimas eine zentrale Rolle. Deswegen betonten die Redner aus Politik und Wissenschaft die Notwendigkeit, Meeresforschung weiter auszubauen, um die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Aktivitäten und Veränderungen in der Biodiversität der Meere besser zu verstehen. Nur so lässt sich beurteilen, ob Aktivitäten wie Meeresbergbau, der Abbau von Rohstoffen wie seltenen Erden und Erzen, auf eine nachhaltige Art und Weise realisiert werden kann.

Als Präsidentin der maritimen Searica-Intergroup im Europäischen Parlament traf ich mich im Vorfeld der Veranstaltung mit dem neuen Präsidenten der Helmholtz-Gemeinschaft, Prof. Dr. Ottmar Wiestler, sowie dem Leiter des Geomar-Instituts, Prof. Dr. Peter Herzig. In dem Gespräch ging es vorwiegend um die bessere Vernetzung zwischen Forschung und Politik. Meine Meeresgruppe engagiert sich ja sehr stark in diesem Bereich, indem sie regelmäßig namhafte Wissenschaftler zu den Konferenzen einlädt, um einen besseren Informationsaustausch zu ermöglichen.

Blaues Wachstum: Förderprogramm zur Innovation in der maritimen Wirtschaft

Die Europäische Kommission hat am 5. April ein mit 7,5 Millionen ausgestattetes Förderprogramm vorgestellt, mit dem Innovation in der maritimen Wirtschaft gefördert werden soll. Die Fördersumme wird auf Projekte in den Bereichen "Blue Careers", "Blue Labs" und "Blue Technologies" aufgeteilt. Bis zum Sommer bzw. Herbst können Vorschläge eingereicht werden, bei denen entweder das Problem des mangelnden Nachwuchses im maritimen Sektor, die Verknüpfung zwischen Wirtschaft und Forschung oder die regionale Zusammenarbeit im Vordergrund steht.

Als Präsidentin der Searica-Intergroup wurde ich gebeten, die Veranstaltung gemeinsam mit dem maltesischen Kommissar für Umwelt, Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Karmenu Vella, zu eröffnen. Das Programm wird finanziert aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds, der 2014 als Nachfolger des bisherigen Fischereifonds eingerichtet wurde. Bei seiner Einführung

habe ich mich als stellvertretendes Mitglied des Fischereiausschusses dafür stark gemacht, dass ausreichend Mittel für den Bereich Integrierte Meerespolitik vorgesehen werden. Aus der dafür vorgesehenen Summe wird nun auch dieses Förderprogramm bezahlt, das durch seinen Fokus auf Innovation, transnationale Zusammenarbeit und Ausbildung dazu beitragen soll, die Weichen für eine starke maritime Wirtschaft der Zukunft zu stellen.

Waffenrecht: Kommissionsvorschlag ist fehlerhaft

Bei der geplanten Verschärfung des Waffenrechts hat sich die Kommission einen echten Schnellschuss erlaubt. Eine Revision der bestehenden Feuerwaffenrichtlinie war zwar länger geplant, nach den Anschlägen von Paris im November wurde der Vorgang von der Kommission aber beschleunigt. Anscheinend zu schnell, denn die geplante Verschärfung schneidet tief in die Rechte von Jägern und Sportschützen, die überhaupt nichts mit Terrorismus zu tun haben. Es ist extrem wichtig, dass man nicht alle ohne Differenzierung in einen Topf schmeißt. Schließlich werden bei Terrorakten nicht registrierte, illegale Waffen verwendet. Es ist viel sinnvoller, den illegalen Handel und die Überschwemmung mit Waffen aus Krisenregionen einzudämmen, als unbescholtene Bürger zu gängeln. Die britische Berichterstatterin des Parlaments hat vergangene Woche ihren Entwurf vorgelegt. Nun liegt es an uns Abgeordneten, Änderungen einzubringen, damit erst im Ausschuss und später im Plenum abgestimmt werden kann. Ich werde mich weiter gegen den überzogenen Vorschlag einsetzen.

Flüchtlingskrise: Auswirkungen auf den Transportsektor

Die ALDE hatte dieses Thema kürzlich schon mit einer Veranstaltung auf die Agenda gesetzt und erreicht, dass es diese Woche auch im Plenum diskutiert wurde. Die Flüchtlingskrise ist eine humanitäre Katastrophe, die viele EU-Länder überfordert. Es ist daher verständlich, dass einige Mitgliedstaaten von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, vorübergehend wieder Grenzkontrollen an Europas Binnengrenzen einzuführen. Auch wenn das von einigen Seiten gefordert wird und Österreich z.B. mit dem Bau eines Grenzzauns zu Italien beginnt, darf sich dieser Zustand nicht verstetigen. Denn eines ist klar: die regelmäßige Kontrolle der EU-Grenzen kostet richtig viel Geld, und zwar nicht nur für die Kontrollbehörden.

Die Europäische Kommission hat errechnet, dass die Wiedereinführung von innereuropäischen Grenzkontrollen allein Speditionen und Transportunternehmen 1,7 bis 7,5 Milliarden im Jahr kosten würde. Für Deutschland schätzt sie 500 Millionen an zusätzlichen Kosten für den Straßentransport.

Schon heute müssen Spediteure aufgrund von Wartezeiten an Grenzen mehr Fahrzeuge und Fahrer einsetzen, um die vorgeschriebenen Lenk- und Ruhezeiten einzuhalten. Wenn die Fracht nicht rechtzeitig ankommt, fallen Strafzahlungen an. Dabei sind die indirekten Kosten, die durch die Verzögerungen in der Logistikkette entstehen, noch gar nicht eingerechnet, zum Beispiel durch Schwierigkeiten für Just-In-Time Lieferungen und höhere Lagerbestände. Langwierige Grenzkontrollen beeinträchtigen auch den Personenverkehr: 1,7 Millionen Pendler überqueren täglich

eine EU-Grenze auf dem Weg zur Arbeit. Für den Tourismus innerhalb des Schengen-Raums rechnet die Kommission mit Verlusten von 1,2 Milliarden Euro, würden Grenzkontrollen wieder die Regel.

Teamklausur in Brüssel

Dieses Mal hat unsere alte Tradition der halbjährlichen Teamklausur im Herzen Europas und nicht wie zuletzt in Deutschland stattgefunden. Es war wieder eine gute Gelegenheit, meine Mitarbeiter aus Brüssel und Deutschland zusammenzuführen, die ansonsten nur per Mail oder Telefon in Kontakt stehen. So konnten wir in Ruhe die vergangenen Monate Revue passieren lassen und das anstehende Aufgabenspektrum sowie die inhaltlichen Schwerpunkte besprechen. Bei mir sind dies ja weiter vor allem verkehrs- und umweltpolitische Themen. Nichtsdestotrotz werde ich mich als Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen und als Präsidentin der Meeresintergroup auch weiterhin stark in der Frauen - und Meerespolitik einsetzen. Hier freue ich mich vor allem besonders auf den bald anstehenden "European Maritime Day", der am 18. und 19. Mai in Turku, Finnland stattfinden wird.

Wie Sie vielleicht schon von meinen letzten Newslettern wissen, darf auch bei Teamklausuren der Spaß nicht zu kurz kommen. Demnach belohnten wir uns nach den vielen Sitzungsstunden mit einem musikalisch-kulinarischen Abend im "Music Village", einem bekannten Jazz Club gleich um die Ecke vom berühmten Grand-Place. Das "Jeremy Dumont Trio" lieferte eine tolle Modern Jazz Performance ab und gab den perfekten melodischen Ausklang für ein erfolgreiches Zusammenkommen. Das nächste Treffen ist im Herbst in Kiel mit einem Besuch des Geomar angesetzt, wo das Thema Meerespolitik im Mittelpunkt stehen soll.

Besuch in Straßburg

Diese Woche durfte ich gleich 2 Besuchergruppen aus meinem großen norddeutschen „Wahlkreis“ empfangen. 1 Gruppe reiste in eigener Organisation aus Sachsen-Anhalt an und traf sich mit mir, um mehr aus dem Alltag einer Abgeordneten zu erfahren. Die andere Gruppe kam auf meine Einladung hin aus Niedersachsen. Sie hatte das Glück, am Mittwoch Vormittag in der Plenarsitzung die Vorbereitung auf die nächste Ratssitzung und damit die Türkei-debatte mit vielen prominenten Rednern zu erleben. David McAllister bestellte Grüße, und zum Gruppenfoto vor den europäischen Flaggen kam auch noch mein Kollege Alexander Graf Lambsdorff dazu – ein gelungener Aufenthalt.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: Eisenbahnpaket, Medizinprodukte, Binnenschifffahrt
- Demnächst im Trilog: NEC, Tierarzneimittel, Hafendienstleistungen, Flugpassagierrechte
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Luftverkehrspaket

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Gedenkfeier für Guido Westerwelle

Die Bundesrepublik Deutschland würdigte den verstorbenen ehemaligen Außenminister und Vizekanzler Dr. Guido Westerwelle mit einer Gedenkfeier im Auswärtigen Amt. Aus dem Bundeskabinett waren neben dem einladenden Hausherrn Frank Walter Steinmeier die Minister Wolfgang Schäuble und Barbara Hendricks gekommen. Die Grünen waren mit Cem Özdemir, Katrin Göring-Eckardt, Anton Hofreiter und Claudia Roth stark vertreten. Jean-Claude Juncker reiste aus Brüssel an, auch Altbundespräsident Horst Köhler und die früheren FDP-Minister Klaus Kinkel, Helmut Haussmann, Irmgard Schwaetzer (jetzt Präses der EKD), Rainer Brüderle und Dirk Niebel nahmen Abschied, gemeinsam mit Friede Springer, EIB-Präsident Werner Hoyer und vielen anderen Weggefährten aus Wirtschaft und Gesellschaft, Diplomatie und Politik. Außenminister Steinmeier gab einen sehr persönlichen Rückblick auf die Amtszeit seines Nachfolgers und Vorgängers, die beiden haben sich geschätzt und gemocht. Kommissionspräsident Juncker würdigte Westerwelle als leidenschaftlichen Europäer. Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner beschrieb ihn als Mentor, Freund und prägende Persönlichkeit im Einsatz für Freiheit und eine chancengerechte, offene und tolerante Gesellschaft. Umrahmt wurde der Festakt von einem Streichquartett mit klassischer Musik.

Mich hat die Gedenkfeier sehr berührt, und auch wenn es merkwürdig klingt: ich glaube, Guido Westerwelle hätte sie gefallen.

Autoreifen aus Löwenzahn

Heute Vormittag besuchte ich gemeinsam mit unserem Regionsabgeordneten Bernhard Klockow das Werk von Continental in Hannover-Stöcken – ein lange geplanter Termin, da sowohl Reifenproduktion als auch die technische Ausstattung und Digitalisierung von Fahrzeugen in meinen Ausschüssen immer wieder Thema ist. Mittlerweile gibt es am Traditionsstandort Stöcken mit 3900 Mitarbeitern aus 71 Nationen auch eine große Forschungsabteilung für vernetztes Fahren, aber im allgemeinen wird Conti immer noch in erster Linie mit Gummireifen in Verbindung gebracht, die zwar nur 26 % des Umsatzes, aber 50 % des Konzernergebnisses ausmachen. Jedes dritte in der EU produzierte Auto läuft mit ContiReifen vom Band, und auch viele LKW und Busse sind damit ausgestattet. Mittelfristiges Ziel ist es, Reifen „intelligent“ zu machen und in das Steuerungssystem des Fahrzeugs einzubauen.

Eine relativ neue Abteilung runderneuert abgefahrene Reifen von LKW und Bussen in einem speziell entwickelten Recycling-Verfahren: Das übrige Profil der Reifen wird zunächst abgerieben, der aufgefangene Abrieb zu Gummimehl verarbeitet und dann für die Aufbereitung wiederverwendet – passt gut zum aktuellen Thema Kreislaufwirtschaft.

Besonderes Highlight war für mich aber der Löwenzahnreifen: Continental forscht erfolgreich als Alternative zum Rohstoff Kautschuk mit Gummi aus der Wurzel einer speziellen Sorte von Löwenzahnpflanzen, den Prototyp-Reifen gibt es bereits.

Löwenzahn kann weltweit an wesentlich mehr Standorten angebaut werden als der Kautschukbaum. Für den gesamten Rohstoffbedarf der in Deutschland in einem Jahr hergestellten Reifen sind nur 4-5% der derzeitigen Anbaufläche von Mais erforderlich – falls es gelingt, züchterisch dickere Wurzeln zu erreichen, sogar noch weniger. Wer mehr wissen möchte, kann sich unter www.taraxagum.de informieren.

IV. Europa unter der Lupe

Babylonische Sprachverwirrung in der EU?

Mitglieder des Europäischen Parlaments stammen aus allen 28 Mitgliedsstaaten und repräsentieren die große kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas. Mehrsprachigkeit ist ein Grundsatz der Union und auch in der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments anerkannt und fest verankert. Nicht nur deshalb, sondern auch im Zuge der Transparenz sollte jedes Mitglied und jeder Bürger die Möglichkeit haben, Dokumente in seiner eigenen Sprache zu lesen und Debatten in der eigenen Sprache zu verfolgen und zu sprechen. Bei aktuell 24 Amtssprachen und damit 552 (!) möglichen Übersetzungskombinationen stellt dies eine riesige sprachliche Herausforderung dar. Und diese Zahl beinhaltet ja noch nicht einmal die Sprachen von wichtigen Partnern der EU wie Russisch, Arabisch, Japanisch und Chinesisch, welche auch häufig gedolmetscht und übersetzt werden müssen.

Wie man sich denken kann, verfügt das Europäische Parlament über einen der größten Dolmetscherdienste der Welt. 330 festangestellte Dolmetscher sowie 1800 externe Auftragnehmer sorgen für eine getreue mündliche Wiedergabe in Sitzungen von Plenum, Fraktion und Ausschüssen. Bei seltenen Sprachen wie beispielsweise Gälisch erfolgt die Übersetzung oft leicht zeitversetzt, da die Dolmetscher dann zunächst die englische Übersetzung abwarten und dann weiter übersetzen. Für die Übersetzungen von schriftlichen Dokumenten im Parlament ist die Generaldirektion der Europäischen Kommission verantwortlich. Diese beschäftigt ungefähr 2500 Personen und ist damit weltweit ebenfalls einer der größten Dienste dieser Art. Da jährlich aber bis zu 2,3 Millionen Seiten übersetzt werden und diese Zahl stetig steigt, muss auch hier auf externe Mitarbeiter zurückgegriffen werden. Besonders bei Dokumenten mit geringerer Priorität wird die Arbeit ausgelagert. Unabhängig vom Dolmetscher- und Übersetzungsdienst greift das Parlament außerdem auf 75 Sprachjuristen zurück, welche die Mitglieder des Parlaments mit Formulierungsratschlägen versorgen und Texte erstellen und veröffentlichen, für welche ein hohes Maß an sprachlicher und rechtlicher Qualität erforderlich ist. Zusammen mit Kollegen des Rates erstellen sie außerdem endgültige Fassungen von Europäischen Gesetzestexten.

Abgeordnete müssen übrigens gar keine Fremdsprachenkenntnisse haben, aber natürlich ist das sehr hilfreich für Verhandlungen und Absprachen untereinander. Mir kommt entgegen, dass ich mich immer für andere Sprachen interessiert habe und dadurch – wenn auch nicht perfekt – auf Englisch, Spanisch, Französisch und Italienisch kommunizieren kann. Andere Kollegen lassen sich durch ihre Assistenten helfen: alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Abgeordneten sprechen mindestens zwei Fremdsprachen, einige sogar wesentlich mehr.

V. Terminvorschau

16.04.	Düsseldorf	BFA Umwelt
18.-21.04.	Brüssel	Ausschuss, Trilog
22.04.	Leipzig	Europapolit. Debatte Universität Leipzig
23.-24.04	Berlin	FDP - Bundesparteitag
25.-28.04.	Brüssel	Fraktion, Ausschuss, Trilog
27.-28.04.	Brüssel	Miniplenum
30.04.	Potsdam	Novellierung des Waffenrechts
02.05.	Nienburg	Europatag
02.-05.05.	Brüssel	Fraktion
06.05.	Barsinghausen	Städtepartnerschaftsjubiläum
07.05.	Osnabrück	Europatag
09.-12.05.	Straßburg	Plenum

Vorschau Wahlkampfeinsätze

18.-24.07.	Mecklenburg-Vorpommern
04.-12.08.	Niedersachsen

Möglich sind Betriebsbesuche und Veranstaltungen zu Themen aus meinen Arbeitsbereichen: zum Beispiel europäische Verkehrsachsen, Transport und Logistik, Häfen und Schifffahrt, Fischerei, Tourismus, blaues Wachstum / Potenzial der maritimen Wirtschaft, Antibiotikaresistenz, Natura 2000, Kreislaufwirtschaft, Emissionshandel, Energieunion, Medizinprodukte, Lebensmittelkennzeichnung, Waffenrecht, Frauenthemen, aber auch Aktuelles wie TTiP, Flüchtlingskrise und digitale Agenda.

Ihre Gesine Meißner

Mai 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

natürlich spielte im Straßburger Plenum wieder die mögliche europäische Verteilung der Flüchtlinge nach einem Quotenschlüssel eine entscheidende Rolle, ebenso wie die Frage, wie der engere Kontakt mit der türkischen Regierung unter Erdogan sich mit den europäischen Werten verträgt, wo doch in der Türkei Pressefreiheit zusehends mehr eingeschränkt wird.

Für mich stand die letzte Woche ganz im Zeichen des Europäischen Tag der Meere, der Zukunft der Ozeane und der Diskussion über das „Blaue“ maritime Wachstum in Turku, Finnlands früherer Hauptstadt.

In Brüssel stehen die wegweisenden Verhandlungen für ein neues Eisenbahnpaket kurz vor dem Abschluss. Auch bei den Medizinprodukten gibt es Anzeichen für vorsichtigen Optimismus. Mehr Informationen zu diesen und anderen Themen finden Sie wie gewohnt in meinem Newsletter. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Bericht zur Elternzeit: Gemeinsame Regeln für den Elternurlaub

Das Europäische Parlament hat einen Bericht zur besseren europaweiten Anpassung zum MindestElternurlaub verabschiedet. Es wird darauf hingewiesen, dass es in den Mitgliedsstaaten große Unterschiede hinsichtlich der Regelungen für Elternurlaub gibt, besonders in Bezug auf geschlechterspezifische Berechtigung. Frauen leisten nach wie vor den Großteil der Familienarbeit: 97 Prozent der Mütter nutzen die Elternzeit, die eigentlich für beide Eltern zur Verfügung steht im Gegenteil zu 10 Prozent der Väter. Die Mitgliedsstaaten sollen gewährleisten, dass Elternzeit für alle gleichermaßen zugänglich und nicht übertragbar ist, damit vor allem Väter ermutigt werden, Elternurlaub zu nehmen. Hier ist es auch wichtig, dass Elternurlaub nicht zu finanziellen oder anderen Benachteiligungen führt und unabhängig davon ist, wo und wie Eltern angestellt sind. Das Parlament fordert die Kommission dazu auf, die Mindestdauer des unbezahlten Elternurlaubs von 4 auf 6 Monate zu verlängern und EU-Vorschriften zu einem Mindeststandard von 2 Wochen Vaterschaftsurlaub einzuführen. Außerdem sollen Regelungen zur Elternzeit insbesondere Eltern von Kindern mit Behinderungen oder Langzeiterkrankungen berücksichtigen. Da ich mich stark für Frauenpolitik einsetze, unterstütze ich natürlich generell die Gleichberechtigung von Vätern und Müttern im Arbeitsmarkt, auch wenn es noch ein langer Weg bis dahin ist. Mein Wunsch ist es, eines Tages überall Bedingungen vorzufinden, die den Eltern freie Entscheidung über die individuelle Aufteilung von Betreuungszeiten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen.

Europäisches Asylsystem und die Wiederherstellung des Schengen-Raums

Über die Vorschläge der Kommission zur Reform der Dublin-Regeln wurde in Straßburg debattiert. Diese Regeln bestimmen, dass das Land der Erstankunft für die Bearbeitung eines Asylantrags und die Betreuung des Ankömmlings zuständig ist. Die Abgeordneten sind sich einig, dass das jetzige System nicht funktioniert und fordern insbesondere Solidarität unter den Mitgliedsstaaten bei der Verteilung der Flüchtlinge und die Notwendigkeit eines effizienten Asylsystems, sodass Asylanträge wirksam bearbeitet werden können und Haupt-Ankunftsländer entlastet werden. Die Kommission schlägt vor, dass die jetzige Dublin-Regelung durch einen "Fairness-Mechanismus" ergänzt wird. Dieser besagt: Wenn ein Land, gemessen an Größe und relativem Wohlstand eine unverhältnismäßig hohe Anzahl an Asylanträgen erhält, sollen diese auf andere EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden. Sollte ein Staat die Aufnahme verweigern, muss er sich mit 250.000 Euro pro Flüchtling an der Umverteilung beteiligen. Viele Abgeordnete bezweifelten, ob das Verteilungsschema

in der Praxis funktionieren kann und kritisierten, dass Mitgliedsstaaten sich von ihrer Solidaritätspflicht "freikaufen" können. Wir von der ALDE-Fraktion begrüßen den Vorschlag der Kommission, da ein einheitliches, europäisches Asylsystem dringend notwendig ist und die vorgeschlagenen Maßnahmen entscheidend dafür sind. Guy Verhofstadt, Vorsitzender unserer Fraktion, appellierte: "Harte Zeiten erfordern mutige Entscheidungen, deshalb fordere ich die Mitgliedstaaten auf, diese Vorschläge ernsthaft in Betracht zu ziehen."

Gleich im Anschluss an diese Debatte wurde auch die Wiederherstellung des Schengen-Systems in der Diskussion aufgegriffen. Die Abgeordneten betonten, dass die EU-Außengrenzen u.a. über eine europäische Küstenwache angemessen geschützt werden müssen, um einen vollfunktionsfähigen Schengen-Raum mit zu gewährleisten. Ohne Frage ist der Schengen Raum offenen Grenzen eine der größten Errungenschaften der EU. Diese Leistung wurde durch die Wiederaufnahme von zeitweiligen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen in Gefahr gebracht. Besonders für die Transportbranche und damit den gesamten Binnenmarkt ist dies mit hohen Mehrkosten verbunden und soll deshalb zeitlich befristet bleiben. Die Kommission empfiehlt, dass der Rat die Verlängerung verhältnismäßiger Kontrollen an den Schengen-Binnengrenzen von Deutschland, Österreich, Schweden, Dänemark und Norwegen für weitere maximal sechs Monate genehmigen kann. Laut Kommission dient dies um Mängel zu beheben, die ohne Verlängerung sonst zeitlich nicht zu beheben wären. Die Maßnahme kann aber höchstens dreimal, bis zu einer maximalen Dauer von 2 Jahren erneuert werden. Meine Fraktionskollegin Sophie In't Veld stellte richtigerweise fest: "Die Mitgliedstaaten sollen ihre Verantwortung wahrnehmen und nicht weiter eine gemeinsame Asylpolitik, Sicherheitspolitik und Grenzen- und Küstenwache hinauszögern. Schengen ist ein großer Erfolg und die aktuellen Grenzkontrollen führen zu enormen wirtschaftlichen Kosten. Deswegen haben wir großes Interesse daran, die Grenzkontrollen so schnell wie möglich abzuschaffen."

Alle Jahre wieder: Herkunftskennzeichnung absolut praxisfern

Am Donnerstag hat das Parlament erneut über eine Entschließung zur verbindlichen Herkunftskennzeichnung abgestimmt. Manche der Forderungen, die im Parlament diskutiert wurden, sind jedoch absolut praxisfern. Es ist gängig, dass Molkereibetriebe Milch aus verschiedenen Quellen beziehen. Insbesondere in grenznahen Gebieten kann sich die Zusammensetzung ständig ändern. Entsprechend müsste die Kennzeichnung laufend angepasst werden. Das erschwert und verteuert den Betrieb für Milchbauern und Molkereien ohne jeden Mehrwert für die Verbraucher. Zusätzlich stört eine verpflichtende regionale Kennzeichnung den EU-Binnenmarkt, man könnte von einer Renationalisierung des Milchmarkts sprechen. Das kann nicht im Sinne Europäischer Verbraucherschutzpolitik sein.

Freiwillige Herkunftsangaben sind sinnvoll und jetzt schon möglich. Hersteller nutzen sie, um die Regionalität bestimmter Produkte hervorzuheben. Das kann nicht nur einen Wettbewerbsvorteil bringen, sondern auch Verbrauchern ermöglichen, regional zu kaufen. Wir haben in der EU hohe Anforderungen an Lebensmittelsicherheit und Kennzeichnung. Mehr Kennzeichnung gibt nicht mehr Sicherheit und wird vor Missbrauch nicht schützen.

Die Entschließung des Parlaments fordert die Kommission auf, verbindliche Vorschriften für die Herkunftskennzeichnung für Milch und Fleisch in verarbeiteten Lebensmitteln zu erlassen. Sie ist aber weder rechtsverbindlich, noch ist die Kommission dadurch gezwungen, entsprechende Vorschläge zu machen. Ich halte die Forderung für falsch und habe sie daher abgelehnt.

Medizinprodukte: Vorsichtiger Optimismus

In den Verhandlungen zur Medizinprodukte-Richtlinie kann man vorsichtig optimistisch sein. Nach neun Verhandlungsrunden haben sich die Institutionen in fast allen Punkten einigen können. Dies gilt jedoch nicht für die In-Vitro-Diagnostika. Der Berichterstatter (CDU) blockiert die Verhandlungen, da er erreichen möchte, dass Gentests künftig europaweit nur nach vorheriger Beratung durch einen Arzt möglich sein sollen. Bisher ist dies europaweit nicht geregelt. Er wird jedoch einsehen müssen, dass dies auch so bleiben wird, da die Verschreibungspflicht Sache der Mitgliedsstaaten ist und bleibt. Außerdem geht es bei der Richtlinie um Produktsicherheit und nicht um ethische Aspekte.

Eine weitere, vorerst letzte Verhandlungsrunde unter niederländischer Ratspräsidentschaft ist für den 25. Mai vorgesehen. Angesichts der bisher geleisteten Arbeit aller beteiligten Parteien und im Interesse der Patientensicherheit hoffe ich sehr, dass wir dann eine endgültige Einigung finden werden.

Fischerei: Abstimmung über Abkommen mit Mauretanien und Liberia

Das Europäische Parlament hat sich mit großer Mehrheit für Fischereiabkommen mit Mauretanien und Liberia ausgesprochen. Es ist das erste Abkommen seiner Art zwischen der EU und Liberia. Der Vertrag mit Mauretanien wird hingegen verlängert. Das freut mich besonders, da ich in der letzten Legislaturperiode als Berichterstatterin für den Entwicklungsausschuss an den Verhandlungen beteiligt war. Schon seit Juni 2015 dürfen 124 europäische Fischerboote vor den Küsten beider Länder auf Fischfang gehen, immer unter Einhaltung der Fangobergrenzen nach der Fischereireform der EU, die bei Abkommen mit Drittstaaten auch Gültigkeit haben. Vor Mauretanien dürfen zum Beispiel unter anderem Shrimps und Thunfisch durch Europäer gefangen werden, allerdings keine Tintenfische – die sind den einheimischen Fischern vorbehalten. Durch beidseitige Verpflichtungen soll illegale Fischerei effektiv bekämpft werden. Zudem will man die lokalen Gemeinden - beispielsweise durch finanzielle Unterstützung der einheimischen Fischerei - besser einbinden. Das Abkommen mit Mauretanien wird als maßgebend hinsichtlich Transparenzbestimmungen, Verhandlung auf Augenhöhe und Effektivität eingeschätzt. Der Vertrag mit Liberia wird hoffentlich ähnlich erfolgreich umgesetzt. Er ist zwar nicht so weitreichend wie andere Abkommen, aber wichtig für das westafrikanische Land, wo über die Hälfte der Bevölkerung an den Küsten leben.

Außerdem gab es eine Abstimmung zur Herkunftskennzeichnung bei Fischereiprodukten. Hintergrund ist, dass diese in einigen Fällen nachweislich falsch

gekennzeichnet wurden. Der Fischereiausschuss hat daraufhin geschlossen entschieden, eine Entschließung zu dem Thema zu verabschieden. Eigentlich sind solche Lebensmittelfragen Mitgliedsstaatenkompetenz, aber die Resolution bezieht sich auf Regulierung im Rahmen des Binnenmarktes. Im Prinzip sind wir als Liberale natürlich einverstanden, dass klar ersichtlich ist, woher der angebotene Fisch kommt. Diese Informationen müssen logischerweise auch stimmen. Allerdings wehren wir uns dagegen, dass diese Bestimmungen genutzt werden, um alle möglichen Zusatzinformationen zu fordern, die die Fischereibetriebe unnötig belasten, ohne einen klaren Mehrwert zu schaffen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

4. Eisenbahnpaket: Verhandlungen fast abgeschlossen

Ende April hat das Plenum endgültig dem sogenannten technischen Pfeiler des 4. Eisenbahnpakets zugestimmt. Es war nur eine Formalie, nachdem die zwei Ko-Gesetzgeber Parlament und Ministerrat sich schon im letzten Sommer auf einen gemeinsamen Text geeinigt hatten. Was im Luftverkehr schon lange üblich ist, wird damit auch im europäischen Eisenbahnsektor eingeführt: eine einzige Anlaufstelle für Zulassungen und Sicherheitsbescheinigungen für Lokomotiven und Wagons, die in mehreren europäischen Ländern unterwegs sind. Die bisherige Praxis mit verschiedenen nationalen Agenturen, bei denen Hersteller und Eisenbahnunternehmen die nötigen Bescheinigungen angefragt haben, hat Jahre gedauert und den Antragsteller mehrere Millionen gekostet. Zum Teil haben nationale Behörden bei Anbietern aus dem Nachbarland auch Sicherheitsbedenken vorgeschoben und damit de facto den Zugang zum eigenen Markt für die Konkurrenz blockiert. Nationale Abschottung wird mit dem neuen Verfahren schwieriger. Ziel ist aber auch, dass Loks in Zukunft technisch in der Lage sind, auf allen Schienennetzen Europas zu fahren. Zumindest was die technische Seite betrifft, sind wir damit einen wichtigen Schritt weitergekommen in Richtung einheitlicher europäischer Eisenbahnmarkt.

Der politische Pfeiler des Eisenbahnpakets ist aus liberaler Sicht leider weniger erfreulich abgeschlossen worden. Am 19. April haben sich Parlamentsdelegation und die niederländische Ratspräsidentschaft in einer letzten langen Trilogverhandlung geeinigt. Vor allem die neue Richtlinie über die Organisation des Eisenbahnmarktes (Governance) ist für uns enttäuschend. Sie führt nicht zu einer besseren Trennung zwischen Netz und Betreiber, gerade was die finanzielle Entflechtung zwischen den beiden Akteuren angeht. Stattdessen werden mehr Grauzonen geschaffen und nationale Monopole gestärkt. Deutsche Bahn und die französische SNCF haben damit ihre Monopolstellung verteidigt, statt sich auf mehr Wettbewerb im eigenen Land einzulassen und damit zukunftsfähig zu werden. So wird sich der Eisenbahnsektor nicht modernisieren. Auch die Kunden werden weiter warten, bevor sie online grenzüberschreitend Bahntickets durch Europa buchen können.

Gut, dass zumindest im Gesetzestext über die Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge die Direktvergabe von Bahnverkehren ohne Ausschreibung weiter eingeschränkt wurde. Leider sind die Übergangsfristen für die neuen Regeln zu lang. Aber dank einer Prüfklausel, die die Liberalen in letzter Minute durchsetzen konnten, könnte die Kommission ab 2020 mit neuen Gesetzesvorschlägen nachsteuern. Auch die Einigung zum politischen Pfeiler muss noch formell vom Europäischen Parlament und dem Rat bestätigt werden. Die Abstimmung darüber im Europäischen Parlament wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte stattfinden.

Elektronische Frachtdokumente: Noch ein weiter Weg?

Fabrikneue Autos werden per Autotransporter oder Güterzug zum Autohändler gebracht oder per Schiff nach Übersee gefahren. Darum kümmern sich die Transportunternehmen, die sich in der Association of European Vehicle Logistics (ECG) zusammengeschlossen haben und mit denen ich sowie 60 weitere Gäste Mitte April über die schleppende Digitalisierung in der Logistik gesprochen habe. Für den LKW hat sich der elektronische Frachtbrief längst noch nicht durchgesetzt. Dabei könnte man ihn so viel einfacher verschicken und die ganze Logistikkette könnte ohne Probleme darauf zugreifen. Auch beim Transport per Bahn und Schiff werden noch jede Menge Papiere statt Daten ausgetauscht. Dabei gibt es für alle Verkehrsträger inzwischen elektronische Lösungen. Nur werden die elektronischen Dokumente nicht von allen Behörden in allen Ländern anerkannt. Gerade im Falle eines Rechtsstreits oder bei Ärger mit der Versicherung ist man mit einer ausgedruckten Empfangsbestätigung mit Originalunterschrift immer noch auf der sicheren Seite. Elektronische Frachtdokumente und Unterschriften bringen im europaweiten Verkehr aber nur wirklich einen Fortschritt, wenn sie überall akzeptiert werden. Ein doppeltes System, bei dem die Spediteure zusätzlich zu den digitalen Dokumenten sicherheitshalber noch Papierformulare benutzen, macht keinen Sinn.

Donaulachs: Stark vom Aussterben bedroht

Den wenigsten ist es bekannt: Der Donaulachs – auch Huchen genannt – gehört zu den größten Lachsarten weltweit. Man muss also gar nicht auf andere Kontinente - wie Nordamerika - schauen, um beeindruckende Prachtexemplare zu sehen. Im Gegensatz zu anderen Lachsfischen lebt er ständig im Süßwasser. Der Huchen - Fisch des Jahres 2015 - wird durchschnittlich zwanzig Jahre alt und ernährt sich von anderen Fischarten. Leider ist der Huchen, der vor allem in der mittleren und oberen Donau wohnt, stark bedroht. In Polen und Tschechien ist er gar nicht mehr zu finden. In Rumänien, Deutschland und Österreich nur noch teilweise. Deshalb hat meine liberale Kollegin Norica Nicolai aus Rumänien eine Konferenz mit Fachleuten organisiert, der ich beigewohnt habe. Im Balkan hat der Donaulachs noch ein relativ sicheres Rückzugsgebiet. Das ist aber bedroht, da in der Region vermehrt Wasserkraftwerke (oft ohne entsprechende Nachfrage) gebaut werden, die den Huchen beeinträchtigen. Daher haben sich die Konferenzteilnehmer festgelegt, dass der Schutz des Huchens in der Raumplanung eine wichtige Rolle spielen muss, wenn Dämme, Kraftwerke und andere Infrastrukturprojekte konzipiert werden.

Zudem sollen Konzepte für Re-popularisierung erarbeitet sowie finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Diesen Überlegungen habe ich mich angeschlossen.

Weltwanderfischtage: Globales Event von Bedeutung

Von Chile bis Japan: In 55 Ländern wurde am 21. Mai der Weltwanderfischtage gefeiert. Dabei machten über 300 Veranstaltungen mit mehr als eintausend Organisationen auf die Situation der wandernden Fischarten aufmerksam. Obwohl die Fische für die Ökosysteme in den Gewässern und die Lebensmittelversorgung vieler Menschen enorm wichtig sind, wird ihr Lebensraum immer stärker eingeschränkt. Die Probleme sind vielseitig: Infrastrukturprojekte, Wasserkraftwerke und Überfischung tragen zur Verringerung der wandernden Fische bei. Im Delta des Mekong machen sie beispielsweise rund 70 Prozent des jährlichen Fangs aus!

Die Population hat sich deshalb seit Jahren kontinuierlich verringert. Eines ist klar: Wollen wir in Zukunft nicht auf diese Art von Fisch verzichten, muss das Problem in den Bewirtschaftungsplänen der Regierungen stärker berücksichtigt werden. Außerdem müssen innovative Methoden beim Fischfang und beim Bauen von Deichen und Kraftwerken vorangetrieben werden. Für diese Ziele wird sich auch die Meeresgruppe im Europäischen Parlament (www.searica.eu) einbringen, wenn wir die maritimen Governance-Modelle der Zukunft ausarbeiten.

Searica: Maritime Round Table

Als Präsidentin der maritimen Searica-Intergroup im Europäischen Parlament habe ich am 20. April eine "maritime Diskussionsrunde" ausgerichtet, bei der Abgeordnete des Europäischen Parlaments mit Vertretern der Europäischen Kommission, der niederländischen Ratspräsidentschaft, maritimer Forschungsinstitute, Industrien und Umweltschutzorganisationen debattierten, wie sich eine stärkere Meerespolitik auf europäischer Ebene erreichen lässt. Ein wichtiges Thema war dabei der Zugang zu Fördermitteln sowohl für neue Wirtschaftszweige als auch für Forschungsprojekte. Außerdem wurde darüber diskutiert, ob weitere Gesetzgebung auf europäischer Ebene notwendig sei oder es vielmehr darum gehe, bestehende Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten effektiv umzusetzen. Die Veranstaltung war ursprünglich als ein informeller Austausch zwischen insgesamt 20 Rednern gedacht, aber wegen der großen Nachfrage wurde sie für ein breiteres Publikum geöffnet. Auf Grund des Erfolgs ist zu überlegen, einen solchen maritimen runden Tisch mit vielen verschiedenen Interessensvertretern jährlich abzuhalten, um aktuelle Herausforderungen zu diskutieren.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: Eisenbahnpaket, Medizinprodukte, Binnenschiffahrtsstatistik, Hafendienstleistungen, NEC
- Demnächst im Trilog: Tierarzneimittel/Antibiotikaresistenz, Flugpassagierrechte

- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Luftverkehrspaket

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

European Maritime Day in Turku

Der 20. Mai ist der Europäische Tag der Meere. Dieser vom Europäischen Parlament initiierte Tag soll den Menschen das Meer und seine Bedeutung näherbringen. Seit 2008 findet zu diesem Anlass eine Konferenz statt, bei der sich Politiker sowie Vertreter der Mitgliedstaaten, Regionen, Industrie, Wissenschaft und von Nichtregierungsorganisationen über jüngste Entwicklungen und anstehende Projekte austauschen. In diesem Jahr war die Veranstaltung am 18. und 19. Mai im finnischen Turku zu Gast. Als Präsidentin der maritimen Integroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (Searica) im Europäischen Parlament war ich als Rednerin sowohl in der Eröffnungs- als auch bei der Abschlussdiskussion eingeladen. An den Debatten nahm unter anderem der Europäische Kommissar für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei, Karmenu Vella, teil, sowie der finnische Minister für Landwirtschaft und Umwelt, der Präsident des Ausschusses der Regionen und Bernhard Meyer, Inhaber der Papenburger Meyerwerft, die auch eine Werft in Turku besitzt.

Außerdem habe ich noch einen vom Kieler Geomar-Institut und dem Join Research Centre der Europäischen Kommission ausgerichteten Workshop zum Beitrag der Wissenschaft zu einem "Blauen Wachstum" und Meerpolitik moderiert. Die Veranstaltung war mit 1200 Teilnehmern, 20 Workshops und fünf thematischen Konferenzen ein großer Erfolg. Direkt im Anschluss fand eine Sitzung der niederländischen Ratspräsidentschaft mit den maritimen Experten der Mitgliedstaaten statt, an der ich als Gast teilnehmen konnte. Es war das erste Mal, dass eine Vertreterin des Europäischen Parlaments zu einem Treffen der nationalen maritimen Vertreter eingeladen war. Teil des Programms war die Besichtigung eines Kreuzfahrtschiffs, das in der Meyer-Werft in Turku gebaut wird. Es verfügt über eine besonders umweltfreundliche Antriebstechnik, die den Ausstoß von Schwefeldioxid um bis zu 97 Prozent verringert.

FDP-Bundesparteitag: Gelöste Stimmung in Berlin

"Die Trendwende ist geschafft", sagte Christian Lindner zur Eröffnung des Bundesparteitags am 23./24. April in Berlin. Dementsprechend gelöst war die Stimmung dieses Mal unter den Delegierten. Die erfolgreichen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt (wo der Einzug in den Landtag nur denkbar knapp verpasst wurde und die Erststimmen sogar gereicht hätten) und die Regierungsbeteiligung in Rheinland-Pfalz haben der Partei Aufwind gegeben, auch wenn Lindner ausdrücklich davor warnte, zu übermütig zu werden. Der Wiedereinzug in den Bundestag nächstes Jahr sei kein Selbstläufer. Unter dem Motto "Beta Republik Deutschland" präsentierte sich die FDP zukunftsgerichtet und

innovationsfreudig. Für alle Nicht-Informatiker: die Beta-Version ist ein Teststadium bei der Entwicklung einer Software. In Deutschland solle auch mehr getestet und ausprobiert werden, so Lindner. Orientierung am Status Quo und Ängstlichkeit nehmen unserem Land Chancen. Auch dass die ZDF Heute-Show den FDP-Parteitag seit langem mal wieder ausführlich kommentiert hat, zeigt dass die FDP zurück ist – was mich natürlich freut!

Besonders gefordert war ich in Berlin auch als Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen mit Anträgen, einem Info-Stand und einer von mir moderierten Gesprächsrunde „Deutschland-update für Unternehmerinnen“, u.a. mit unserer stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden Katja Suding.

Waffenrecht: FDP-Veranstaltung in Brandenburg

Der FDP-Landesverband Brandenburg hat eine Veranstaltung zum Thema Novellierung des Waffenrechts mit Sachverständigen organisiert, auf der ich als Referentin aus den Verhandlungen im Europäischen Parlament berichtet habe. Nicht nur weil ich auf einem Bauernhof aufgewachsen bin und aus einer Jägerfamilie stamme, halte ich die geplante Verschärfung der Waffengesetze für falsch. Dadurch würden die Rechte von Sportschützen und Jägern eingeschränkt und legale Waffenbesitzer unter Generalverdacht gestellt, ohne mehr Sicherheit und einen besseren Schutz der Bevölkerung vor Terror zu erreichen.

Aus diesem Grund habe ich eigene Änderungsanträge eingereicht und Anträge liberaler Kollegen unterstützt. Auf der Veranstaltung wurden viele Dinge thematisiert, die wir in den vergangenen Monaten regelmäßig vernommen haben. Nämlich, dass die Kommission fälschlicherweise Design und Aussehen einer Waffe nutzt, um diese zu verbieten oder dass Jäger und Sportschützen als Risikogruppe eingestuft werden. Ich halte das für vollkommen falsch. Ich will verhindern, dass es bei jeder Erneuerung der Waffenbesitzzulassungen verpflichtend medizinische Tests gibt. Dies würde zu einem unverhältnismäßig hohen Mehraufwand seitens der Waffenbesitzer und Behörden führen. Zudem besteht in Deutschland bereits ein gut funktionierendes Genehmigungssystem.

Einverstanden bin ich mit dem Prinzip der wesentlichen Bestandteile. Allerdings müssen diese Bestandteile klar definiert werden. Gleichzeitig ist in Zukunft die individuelle Markierung jedes einzelnen der wesentlichen Bestandteile bei der Herstellung und beim Import in ein anderes Land zu befürworten. Ich bin der Meinung, dass eine effektive Verbesserung des Waffenrechts - im Sinne der Verhinderung von Straftaten oder gar von terroristischen Akten – nur dann erreicht wird, wenn der Informationsaustausch zwischen den Ländern verbessert wird. Daher unterstütze ich die Idee einer elektronischen Austauschplattform zwischen EU-Ländern. Zudem muss die Zirkulation von Waffen aus Krisengebieten eingedämmt und der illegale Handel mit Waffen - auch online - besser überwacht werden. Ein Vorteil der Revision ist, dass in EU-Ländern ohne verlässliche Standards eine positive Veränderung erreicht werden kann. Allerdings sollte tunlichst davon abgesehen werden, funktionierende Systeme zu Lasten der Besitzer zu verschärfen.

Diskussionsrunden: Evangelische Journalisten in Brüssel und Bürgerforum in Leipzig

Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern mit ganz unterschiedlichem Hintergrund sind für mich ja an der Tagesordnung. In den letzten Wochen diskutierte ich mit evangelischen Journalisten bei ihrem mehrtägigen Brüsselbesuch meine Arbeit als Abgeordnete und aktuelle Themen wie Kreislaufwirtschaft, TTiP, Flüchtlingskrise, Pressezensur in der Türkei, aber auch mein Spezialthema „Meerespolitik“. Beim Bürgerforum in Leipzig wurden neben mir auch Abgeordnete von CDU, SPD und Linkspartei befragt, wobei sich die Inhalte durchaus ähnelten mit der Journalistenrunde in Brüssel.

Verkehrspolitische Runde in Bad Bentheim

Bestens organisiert von meinem Parteifreund Rudi Kreft trafen wir uns in großer Runde im Kurhaus Bad Bentheim zu einem Austausch über die aktuelle Verkehrspolitik der EU. Bad Bentheim liegt zwar strategisch günstig an einer wichtigen europäischen Verkehrsachse - dem Nord-Ostsee-Korridor von Rotterdam bis ins Baltikum - aber natürlich kann die Infrastruktur auch dort noch weiter verbessert werden. Vorschläge dazu diskutierte ich mit Vertretern aus der Kommunalpolitik - einige Niederländer waren dabei - Verbänden, Kommunen und der Bentheimer Privatbahn.

Aktivitäten im Rahmen der diesjährigen Europawoche

Jedes Jahr um den 8. Mai herum finden im Rahmen der Europawoche verschiedene Aktivitäten bundesweit statt. Bei mir sah das dieses Mal folgendermaßen aus:

- In der Berufsbildenden Schule Nienburg diskutierte ich mit 3 Klassen aktuelle Themen und insbesondere meine Arbeit im Europaparlament, wobei die Klassen viele Fragen vorbereitet hatten. Den Schulbesuch verknüpfte ich gleich mit einer von meinem Nienburger Parteifreund Heiner Werner organisierten agrarpolitischen Diskussion zum Thema Glyphosat, Natura 2000 u.a auf einem landwirtschaftlichen Betrieb in Eystrup.
- Beim Städtepartnerschaftsjubiläum in Barsinghausen befragte der Moderator mit meinem SPDKollegen Bernd Lange und mir gleich 2 Europaabgeordnete zur Situation der EU und Vertreter von Partnerstädten in Frankreich, Polen und der Ukraine zur langjährigen Partnerschaft mit der Deisterstadt.
- Beim Europatag in Ostercappeln standen mein CDU-Kollege Jens Giesecke und ich Rede und Antwort zu aktuellen europapolitischen Fragen und durften anschließend als Laudatoren Preise an Schulklassen für europapolitisches Engagement überreichen.
- Und beim Europatag der Schule Hildesheim-Himmelsthür legte ich auf dem Weg zur Plenarwoche in Straßburg einen kurzen Stopp ein, um ein Simulationsspiel zur Flüchtlingspolitik der EU zu kommentieren und mich den Fragen der Schülerinnen und Schüler zu stellen.

IV. Europa unter der Lupe

Aufteilung der Institutionen

Die EU - ist das nun Brüssel, Straßburg oder womöglich beides? Was ist mit Luxemburg und bekam nicht Frankfurt vor kurzem ein neues EU-Gebäude? Zugegeben, da ist es nicht immer einfach, den Überblick zu behalten. Die Frage über die Standorte der europäischen Institutionen und Agenturen bietet seit Jahrzehnten viel Stoff für Diskussionen unter den Mitgliedsstaaten und ist für den Bürger schwer nachvollziehbar.

Zur Gründungszeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Vorgänger der Europäischen Union, in den fünfziger Jahren wurden Luxemburg und Straßburg als Standorte der Institutionen ausgewählt. Schon damals konnte man sich nicht auf einen einzelnen Arbeitsstandort einigen. Sechs Jahre später, mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1958, ergab sich dasselbe Bild. Der Franzose Jean Monnet, einer der "Väter Europas", schlug eine europäische Hauptstadt vor. Für ihn erschien hierzu Luxemburg am passendsten und er stellte sich die Stadt mit einem europäischen Viertel vor, welches allein für die Institutionen vorgesehen wäre. Diese Idee konnte jedoch nur zum Teil umgesetzt werden, stattdessen kam mit dem größer gewordenen Tätigkeitsfeld der Europäischen Gemeinschaft ein weiterer Standort hinzu: Brüssel, in welchem nun die größten und wohl wichtigsten Institutionen ansässig wurden (Kommission, Ministerrat). Zwangsläufig führte dies dazu, dass sich mehr und mehr Abteilungen und Agenturen ebenfalls in Brüssel niederließen und der Standort Luxemburg an politischem Gewicht verlor. 1965 entschied man sich dazu, Luxemburg für diese Verluste zu kompensieren und den Europäischen Gerichtshof sowie den Europäischen Rechnungshof dort anzusiedeln.

Das Parlament war in den Diskussionen immer eines der schwierigsten Themen. In den Europäischen Verträgen ist Straßburg als Hauptsitz festgelegt. Entgegen den Entscheidungen der Mitgliedsstaaten besteht eine Mehrheit der Parlamentarier darauf, seinen eigenen Standort wählen zu dürfen, bekam dieses Recht aber nur teilweise zugesprochen. Aktuell trifft man sich deshalb einmal im Monat für Plenarsitzungen in Straßburg, der Rest der parlamentarischen Arbeit wird in Brüssel erledigt, aber Teile der Parlamentsverwaltung sitzen in Luxemburg. Wir Liberalen würden Straßburg als Sitzungsort am liebsten sofort abschaffen, so schön die Stadt auch für unsere Besuchergruppen ist. Dass dort drei Wochen im Monat ein Parlamentsgebäude ungenutzt herumsteht, macht keinen Sinn. Aber darüber können nur die Mitgliedstaaten entscheiden und sie brauchen dafür Einstimmigkeit. Und man kann sich leicht vorstellen, welches europäische Land damit nicht einverstanden ist...

Die Aufteilung der Institutionen hat also historische Hintergründe. Neben den Hauptorganen der EU gibt es aber auch mehrere dezentral organisierte Agenturen, die in den verschiedensten Bereichen die Arbeit der Institutionen unterstützen. Es wird versucht, diese Agenturen auf verschiedene Städte und Länder aufzuteilen und so den europäischen Gedanken zu stärken. So hat beispielsweise die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs EMSA ihren Sitz in Lissabon. Sie wurde

2002 nach den Tankerunglücken von Prestige und Erika eingerichtet, mit denen die nationalen Behörden damals überfordert waren. Die Agentur hat in ganz Europa Ölauffang-Schiffe unter Vertrag, die im Unglücksfall schnell zur Stelle sind und eine Ölpest verhindern können. Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA), die sich um die EU-weite Zulassung von Chemikalien kümmert, verrichtet ihre Arbeit in Helsinki. Und in Frankfurt? Dort sitzt seit 1998 die Europäische Zentralbank (EZB), die mit Einführung der gemeinsamen Währung Euro eingerichtet wurde.

V. Terminvorschau

23.-26.05.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Triloge, Miniplenium
27.05.	Hannover	Verband deutscher Verkehrsunternehmen
28.05.	Hannover	Landesvorstand FDP Kampagnenpräsentation
30.05.	Bremerhaven	Vorlesung zu EU Gesetzgebung, Bremenports, E.I.S. Electronics
31.5-01.06.	Brüssel	Fraktion, SEARICA-Event
02.06	Hannover	Intralogistikmesse, Hafenforum
02.06.	Wennigsen	FDP-Mitgliederversammlung
03.06.	Erfurt	Landesfrauenrat, MV Liberale Frauen Thüringen
04.06.	Hannover	LFA Internationale Politik
06.06.	Berlin	FDP-Bundesvorstand
06.-09.06.	Straßburg	Plenum, Fraktion, Trilog
10.06.	Börry	Landfrauenveranstaltung zu Europa

Vorschau Wahlkampfeinsätze

18.-24.07. Mecklenburg-Vorpommern
 04.-12.08. Niedersachsen

Möglich sind Betriebsbesuche und Veranstaltungen zu Themen aus meinen Arbeitsbereichen: zum Beispiel europäische Verkehrsachsen, Transport und Logistik, Häfen und Schifffahrt, Fischerei, Tourismus, blaues Wachstum / Potenzial der maritimen Wirtschaft, Antibiotikaresistenz, Natura 2000, Kreislaufwirtschaft, Emissionshandel, Energieunion, Medizinprodukte, Lebensmittelkennzeichnung, Waffenrecht, Frauenthemen, aber auch Aktuelles wie TTiP, Flüchtlingskrise und digitale Agenda.

Ihre Gesine Meißner

Juni 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

in meinem Newsletter - seit dieser Ausgabe mit neuem Layout - berichte ich diesen Monat über die erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen zu den Medizinprodukten. Es waren zähe und langwierige Gespräche, aber mit dem

gefundenen Kompromiss bin ich zufrieden, denn wir konnten mehr Sicherheit für die Patienten in Europa erreichen, kompliziertere Zulassungsverfahren vermeiden und sogar etwas Bürokratie abbauen. Der vorliegende Kompromiss muss jetzt vom Parlament und den Mitgliedsstaaten abgesegnet werden.

Mit verschiedenen Gesetzesinitiativen und in vielen Sitzungen wird weiter an besseren Lösungen für die Flüchtlingssituation gearbeitet, im Verkehrsausschuss beschäftigen wir uns zur Zeit vor allem mit dem Luftverkehr, im Umweltausschuss mit Kreislaufwirtschaft und Abfallmanagement, aber auch die Bekämpfung von Antibiotika-

Resistenzen spielt nach wie vor eine Rolle, genauso wie die Frage, wie es in Sachen Glyphosat weitergeht, und vieles andere mehr. Aber das wissen Sie ja schon aus vorigen Newslettern: langweilig wird es bei uns nie! Wie immer gibt das Inhaltsverzeichnis Aufschluss...

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Wohltuender Auftritt des bulgarischen Staatsoberhauptes

Es ist gute Tradition, dass hochrangige Vertreter aus den Mitgliedstaaten oder auch von außerhalb

Europas das Parlament besuchen und eine Ansprache halten. Dieses Mal durften wir den bulgarischen Präsidenten Rosen Plevneliev empfangen. Seine Rede wurde mit großer Begeisterung aufgenommen, und das mit gutem Grund: Er erwies sich als überzeugter Europäer, ermunterte zu mehr Gemeinsamkeit und betonte die Wichtigkeit unserer Werte wie Demokratie, Pressefreiheit und Bürger- und Menschenrechte, die es überall zu verteidigen gilt. Gerade im Hinblick auf das bevorstehende Referendum im Vereinigten Königreich zum "Brexit", undemokratische Entwicklungen in Polen und Ungarn, nationalistische Bewegungen in vielen Mitgliedstaaten und das mühsame Ringen um einen gemeinsamen Kurs bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme empfand ich seine Worte als außerordentlich wohltuend.

Venezuela: Land in Abwärtsspirale

Die politische Situation in Venezuela ist düster und greift nach und nach auf Zivilgesellschaft und Wirtschaft über. Obwohl Venezuela die nötigen Ressourcen hätte, um eine der führenden Nationen in Lateinamerika zu sein, hat die politische Instabilität des Landes sich in eine humanitäre Krise verwandelt. Derzeit steckt das Land in einer Abwärtsspirale aus politisch motivierter Gewalt und wirtschaftlichem Stillstand. Ein Verfahren gegen den derzeitigen Präsidenten, Nicolás Maduro, wurde von Bürgern initiiert.

Es wird jedoch nicht als legitim anerkannt. Die politischen Unruhen haben zu Nahrungsmittelknappheit, Mangel an medizinischer Versorgung,

unhygienischer Wasserversorgung und schlechter Elektrizitätszuteilung geführt. Und alles trotz der Tatsache, dass Venezuela der fünftgrößte Öl-Exporteur weltweit ist.

In der Straßburg-Woche stellte das Europäische Parlament eine gemeinsame Entschließung über die venezolanische Situation vor. Obwohl unsere ALDE-Fraktion betonte, dass die EU humanitäre Hilfe nach Venezuela entsenden sollte, wurde dieser Vorschlag im Kompromiss-Verfahren abgelehnt. Stattdessen bietet das Europaparlament seine Hilfe an, um den Dialog zwischen dem venezolanischen Parlament und seinem Präsidenten zu erleichtern. Die gemeinsame Entschließung des EU-Parlaments betont, dass nur durch einen friedlichen und konstruktiven Dialog die venezolanische Verfassung und die Rechte des venezolanischen Volkes aufrechterhalten werden können.

Endokrine Disruptoren: Reaktion auf Urteil des EuGH

Am Mittwoch haben wir über eine Entschließung zu endokrinen Disruptoren abgestimmt. Grund für die Abstimmung war ein Urteil des EuGH, welches die Kommission verurteilt, ihrer Pflicht nicht nachzukommen, wissenschaftliche Kriterien zur Bestimmung endokrinschädigender Eigenschaften von Stoffen festzulegen. Substanzen mit endokrin disruptiver Wirkung können das Hormonsystem des Menschen stören. Es handelt sich hierbei zum Beispiel um Phthalate (Weichmacher). Substanzen mit diesen Eigenschaften sind durch die Chemikalienverordnung „REACH“ zulassungspflichtig und über die Biozid-Verordnung verboten, es sei denn, das Risiko ist für den Menschen vernachlässigbar. Hierzu ist die Kommission aufgefordert, entsprechende Kriterien festzulegen. Es ist sowohl für den Schutz der Menschen und Tiere als auch für die Planungssicherheit der Industrie wichtig, dass wir diese Kriterien haben, damit Klarheit herrscht, in welchem Umfang diese Stoffe schädlich sind. Nur so können wir in Zukunft auf wissenschaftlicher Basis entscheiden, ob eine bestimmte Substanz weiter zugelassen werden darf oder nicht.

Raumfahrtpolitik: Gemeinsame Entschließung zum europäischen Raumfahrtmarkt

Das Europäische Parlament verabschiedete eine gemeinsame Entschließung zur Modernisierung der Raumfahrtpolitik, um die Rolle der EU in verschiedenen Raumfahrtaktivitäten zu fördern. So sollen technischer Fortschritt und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gewährleistet und neue Arbeitsplätze und Unternehmen geschaffen werden. Der Leitgedanke ist, dass europäische Bürger von einer besseren Weltraumpolitik - durch Aufrüstung der europäischen Satellitennavigation und Erdbeobachtung - profitieren. Demnach fordert das Parlament die Kommission auf, eine einheitliche und vereinfachte Strategie zu präsentieren, welche sich auf die Marktaufnahme von Weltraumdaten, Dienstleistungen und Anwendungen konzentriert, um sozioökonomischen Nutzen zu maximieren und Europas Bedeutung im Weltmarkt langfristig zu stärken.

Das Parlament ist der Auffassung, dass Fortschritte in der Raumfahrtindustrie für ganz Europa von entscheidender Bedeutung sind, da andere Länder wie die Vereinigten Staaten, China, Indien und Japan schon jetzt anspruchsvolle Raumfahrtprogramme entwickeln. Da die EU wettbewerbsfähig im globalen Raumfahrtmarkt bleiben soll, fordert das Parlament die Kommission auf, langfristige finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um die Raumfahrtprogramme „Kopernikus“ und „Galileo“ zu unterstützen. Diese sollen die Sicherheit der EU gewährleisten und zu einem „Schmetterlingseffekt“ durch Verbesserungen von Landwirtschaft, Infrastruktur, Kommunikation, Bildung und Wissenschaft führen. Durch eine modernisierte und innovative Raumfahrtpolitik soll die EU auch in die Lage versetzt werden, aktuelle Herausforderungen wie Klimawandel und Energiekrisen besser zu bewältigen.

Landwirtschaft: Innovation und wirtschaftliche Entwicklung in landwirtschaftlichen Betrieben

Der Bericht über Förderung von Innovation in der Landwirtschaft, von meinem niederländischen Fraktionskollegen Jan Huitema verfasst, wurde auf der Plenartagung in Straßburg mit großer Mehrheit angenommen. In dem Bericht wird die Notwendigkeit einer produktiveren und ressourceneffizienteren Landwirtschaft betont, welche durch adäquate Gesetzgebung ermöglicht werden soll. Die europäische

Agrarpolitik muss aufhören, einen veralteten Status quo zu subventionieren und sich stattdessen auf Innovationen konzentrieren, um Herausforderungen wie Klimawandel und Rückgang an Biodiversität wirksam anzugehen. Die Landwirtschaft ist schon heute einer der innovativsten Wirtschaftssektoren mit vielen neuen Praktiken wie z.B. Schädlingsbekämpfung mit Insekten, alternativer Düngemittelproduktion (vgl. nächste Seite) oder der Energiegewinnung aus Abfällen. Hier müssen neue legislative Spielräume für Innovation und Unternehmertum geboten werden, um das große Potenzial der Landwirtschaft auch im Sinne der Kreislaufwirtschaft auszuschöpfen.

Eisenbahnindustrie: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit

Europas Eisenbahnindustrie ist nach wie vor führend mit 46% Weltmarktanteil. 400 000 Menschen arbeiten in Europa an der Herstellung von Lokomotiven und Wagons. Hochgeschwindigkeitszüge werden oft von Siemens oder dem französischen Hersteller Alstom produziert. Doch längst gibt es Konkurrenz aus Übersee. Besondere Sorgen bereitet China, das mit einer knallharten Industriepolitik die Exporte der eigenen Produkte unterstützt. Auch Japan, Korea und die USA sind große Exporteure von rollendem Material, ohne aber die eigenen Märkte für europäische Produkte zu öffnen.

Die Abgeordneten vom Industrieausschuss haben deswegen eine Aussprache mit der Kommission auf die Tagesordnung gesetzt. Die europäische Eisenbahnindustrie darf weltweit nicht abgehängt werden. Dazu soll auch das EU-

Bahnforschungsprogramm „Shift 2 Rail“ beitragen, das leider nur langsam in die Gänge kommt. Die ersten Projekte sollen aber im Herbst anlaufen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Einigung bei Medizinprodukten und In-Vitro-Medizinprodukten (ALDE-Berichtsteratterin)

Wir erinnern uns noch alle an den Skandal mit den Brustimplantaten. Mit der neuen Gesetzgebung sollen solche Vorfälle verhindert werden. Künftig sollen Brustimplantate, wie alle ästhetischen Medizinprodukte, vom Anwendungsbereich der Verordnung abgedeckt sein. Sie wären dann sogenannte Klasse III-Produkte, also die höchste Risikostufe. Diese müssen ein bestimmtes Kontrollverfahren durchlaufen („Scrutiny Procedure für Hochrisikoprodukte“), wofür die sogenannten „benannten Stellen“ (in Deutschland sind das DEKRA oder TÜV) Experten-Komitees einbeziehen. So wird gewährleistet, dass in Zukunft Patienten sichere Medizinprodukte haben werden, ohne mehr Bürokratie. Außerdem soll eine schnelle, dezentrale Zulassung erfolgen. Die Stärkung der benannten Stellen durch Expertenkomitees und das Prüfverfahren für Hochrisikoprodukte sind nur zwei neue Aspekte der neuen Medizinprodukte-Verordnung.

Patienten mit Implantaten werden künftig auch eine Implantat-Karte bekommen. Dies ist wichtig für die Rückverfolgbarkeit, falls sich herausstellt, dass ein Implantat wie z.B. ein Hüftgelenk eines Herstellers fehlerhaft ist. Mehr Sicherheit gibt es auch bei der Haftung. Hersteller müssen sicherstellen, dass ausreichend finanzielle Mittel bereit stehen, wenn es zum Haftungsfall kommt. Uns war wichtig, dass hierbei die Risikostufe der Produkte ausschlaggebend ist, um kleine Unternehmen, die keine HochrisikoProdukte herstellen, nicht zu stark zu belasten. Auch wurden Regelungen zur Wiederaufbereitung von Einmalprodukten festgelegt, die für die Mitgliedstaaten bei der Genehmigung bindend sind. Eine sogenannte „Negativ-Liste“, also eine Liste mit Produkten, die nicht wiederverwendet werden dürfen, ist in letzter Minute auf großen Druck der Kommission gestrichen worden. Ich hätte es am besten gefunden, wenn die Kommission stattdessen eine Positiv-Liste mit Produkten erstellt, die wiederverwendet werden dürfen. Das wurde allerdings seitens der Mitgliedsstaaten mit großer Mehrheit abgelehnt. Insgesamt ist der Kompromiss jedoch ein Erfolg: mehr Patientensicherheit, ohne mehr Bürokratie zu erzeugen oder Innovationen zu behindern. Komplizierte Zulassungsverfahren konnten wir vermeiden. Außerdem sind eine verpflichtende Beratung für Gentests oder Einschränkungen bei anderen Selbsttest, wie vom Berichtsteratter von der CDU bis zum Schluss gefordert wurde, vom Tisch.

Gegenwärtig sind Produkte auf Basis zweier Richtlinien aus dem Jahre 1990 geregelt. Es war deshalb dringend geboten, dass die Kommission diese überarbeitet, womit sie im Jahr 2008 begonnen hat. 8 Jahre also haben Kommission, Rat und Parlament an der neuen Gesetzgebung gearbeitet. Der finale

Text umfasst ungefähr 400 Seiten. Dies zeigt, wie komplex das Thema ist. In den letzten Verhandlungsmonaten musste ein Spagat zwischen recht gegensätzlichen Positionen der Kommission, des Rates und des Parlaments geschaffen werden. Der Kompromiss, wie er jetzt vorliegt, muss noch von Parlament und den Mitgliedsstaaten abgesegnet werden. Der Umweltausschuss stimmt nächste Woche (15. Juni), der Rat im September darüber ab. Dann muss noch einmal das Plenum des Parlaments am Ende des Jahres den Text verabschieden. Die Gesetze sollen dann Anfang 2017 in Kraft treten. Jedoch wird es zunächst eine Übergangsphase von drei Jahren geben, bevor die neuen Regularien Anwendung finden, da sich alle Beteiligten auf die neuen Anforderungen vorbereiten und die entsprechenden Anpassungen vornehmen müssen. Bis dahin kann noch unter der aktuellen Richtlinie zugelassen werden. Die entsprechenden Zertifikate bleiben dann noch gültig, aber maximal vier Jahre.

Searica: Vogelschutzrichtlinie und Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie

Im Rahmen der Searica-Intergroup fand am 1. Juni eine Diskussionsrunde zur maritimen Dimension der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie statt. Die FFH-Richtlinie ist bekannt für die darin enthaltene Vorschrift, Natura 2000-Schutzgebiete einzurichten. Die Europäische Kommission überprüft derzeit beide Richtlinien auf ihre Umsetzung in den Mitgliedstaaten und es gibt Überlegungen, wie sie angepasst werden könnten, um eine effektivere Umsetzung unter Berücksichtigung praktischer Erfahrungen zu garantieren. Die Veranstaltung mit rund 50 Teilnehmern war initiiert worden durch unseren Vizepräsidenten Ricardo Serrao Santos von den Azoren, der vor seiner politischen Karriere ein weltweit anerkannter Meeresbiologe war und auch Einleitung und Schlusswort übernahm. Meine Aufgabe bestand in der Moderation.

Zur Diskussion waren Vertreter der Europäischen Kommission, verschiedener NGOs wie BirdLife und Seas at Risk, der Industrie mit European Boating Industry und Wind Europe und auch der Generalsekretär des Deutschen Fischerei-Verbands Peter Breckling, geladen. In der lebhaften Diskussion wurde deutlich, wie unterschiedlich der Erfolg der Richtlinien bewertet wird und wie gerade kleine Küstenregionen oder Inseln durch die Schutzgebiete vor große Herausforderungen gestellt werden. Geeint waren die Diskutanten aber in der Forderung, dass dringend eine bessere Absprache und Harmonisierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten notwendig ist. Die unterschiedliche Bewertung verschiedener Anrainerstaaten von ein und demselben Gebiet, wie beispielsweise der Doggerbank in der Nordsee, behindert sowohl wirtschaftliche Aktivitäten als auch den Schutz der marinen Biodiversität.

FDP-Journalistenabend

Obwohl die Einladung kurzfristig ergangen war, kamen erfreulich viele Brüsseler Vertreter der deutschsprachigen Presse, um sich mit Alexander Graf Lambsdorff und

mir über die aktuelle Europapolitik und unsere jeweiligen Schwerpunkte auszutauschen. Das rege Interesse ist auch ein Indiz dafür, dass die Freien Demokraten im Aufwind und daher spannende Gesprächspartner sind. Themen waren u.a. der „Deal“ mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage, die Chancen auf eine schnelle Einrichtung einer europäischen Küstenwache, der Stand der Verhandlungen zu TTIP, aber auch Glyphosat, Kreislaufwirtschaft und Verkehrsthemen.

Kreislaufwirtschaft: Kann Land- und Forstwirtschaft den Kreislauf schließen?

Anfang Juni fand ein interessantes Seminar zum Thema Kreislaufwirtschaft mit der Frage: "Kann Land- und Forstwirtschaft den Kreislauf schließen?" im Europäischen Parlament statt. Hier wurde argumentiert, dass die traditionelle lineare Wirtschaft zu einer biobasierten Kreislaufwirtschaft umgewandelt werden soll, um globale Herausforderungen, wie Klimawandel, Lebensmittel-, Energie- so wie Wassermangel und Migration zu bekämpfen. Abfälle bieten bisweilen großes Potential, wiederverwendet zu werden. Demnach sind zentrale Anliegen der biobasierten Kreislaufwirtschaft Abfallminderung, -verwaltung und wiederverwendung. Besonders die Forst- und Landwirtschaft ist ein wesentlicher Bestandteil für die gesunde Entwicklung einer biobasierten Kreislaufwirtschaft, da neue Technologien das Potenzial haben, in beiden Bereichen den CO₂-Fußabdruck zu senken. Der Wald eines Durchschnittsförsters in Sodra (Schweden) zum Beispiel produziert so viel Sauerstoff, dass dies wiederum die CO₂-Emissionen von 40 Personen ausgleicht. Land- und Forstwirtschaft können also einen deutlichen Beitrag leisten, um Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren.

In der Forstwirtschaft gibt es bereits Technologien, die für die Umsetzung in ein Kreiswirtschaftsmodell zur Verfügung stehen. Es fehlt jedoch teilweise an finanziellen Mitteln. Zellstofffabriken können Zellulose in Zellstoff umwandeln, um daraus Fischfutter oder Textilien zu verarbeiten. Abfälle, beispielweise aus Lebensmitteln, können wieder in das Waldökosystem integriert werden. Die Forstwirtschaft fordert einen flexiblen Förderrahmen auf EU-Ebene, der unter Berücksichtigung der Umweltaspekte in den Mitgliedstaaten weitere Innovationen ermöglicht.

In der Landwirtschaft steht Abfallverarbeitung im Sinne der Kreislaufwirtschaft ebenfalls im Mittelpunkt. So kann in Regionen mit viel Nutztierhaltung dank neuer Technologien der Nährstoffüberschuss aus Kuhmist in mineralhaltiges und konzentriertes Düngemittel umgewandelt werden. Aus diesem Grund fordert der Sektor die EU auf, durch passende Rahmenbedingungen das Wachsen dieses Marktes zu ermöglichen, damit eine Kreislaufwirtschaftskette zu schaffen und die Abhängigkeit von Drittländern bei Düngemittelimporten zu reduzieren.

Glyphosat: Gefühlte Politik siegt über rationale Wissenschaft

Leider haben sich im Streit um eine Neuzulassung von Glyphosat nicht wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern Ängste und Emotionen durchgesetzt. Am Montag konnten sich die Mitgliedsstaaten nicht einmal auf eine vorläufige weitere Genehmigung des Pflanzenschutzmittels bis zur Veröffentlichung eines Gutachtens durch die Europäische Chemikalienagentur ECHA einigen. Ursprünglich hatte die Kommission die weitere Zulassung von 15 Jahren erteilt, aufgrund des wissenschaftlichen Gutachtens der dafür zuständigen EFSA, der Europäischen Agentur für Lebensmittelsicherheit in Parma. Obwohl die Kommission zur weiteren Zulassung allein entscheiden kann, befassten sich aufgrund des starken öffentlichen und medialen Interesses auch der Umweltausschuss und das europäische Parlament damit und legten - gegen die Stimmen der FDP – ein Veto ein. Die Zulassung des Stoffes läuft Ende des Monats Juni aus. Landwirte stehen dann vor dem Problem, auf Alternativen ausweichen zu müssen, die es eigentlich gar nicht gibt. Es wäre vernünftig, die Zulassung zumindest bis zur Veröffentlichung des neuen Gutachtens zu erteilen.

Aber nicht nur Landwirtschaft und Parkpflege hätten ein Problem: Kürzlich erfuhr ich aus dem Verkehrssektor, dass Glyphosat in Verbindung mit anderen Unkrautvernichtungsmitteln auch für die Vegetationspflege von Bahngleisen benutzt wird. Um die hohen Sicherheitsstandards in Europa zu erfüllen, müssen Gleise und Gleisbett nämlich regelmäßig von Bewuchs befreit werden. In Niedersachsen hat der amtierende grüne Landwirtschaftsminister die Anwendung von Glyphosat für diesen Bereich verboten. Folge: In der Region Hannover wurden Gleisbettverformungen beobachtet, die zu Streuströmen, Korrosion und damit Beeinträchtigung des sicheren Bahnverkehrs geführt haben.

In den Medien wurde ausführlich darüber berichtet, dass einige Europaabgeordnete Urinproben abgeben haben. Mein grüner Kollege Sven Giegold wurde damit zitiert, dass der Glyphosatwert in seinem Urin 17fach höher als der zulässige Grenzwert im Trinkwasser ist. Dazu einige Anmerkungen: 1) Die beiden Flüssigkeiten kann man nicht vergleichen. 2) Im Urin werden schädliche Substanzen, die der Körper nicht braucht, nach Filterung durch die Nieren ausgeschieden. 3) Das Bundesamt für Risikoforschung (BfR), seinerzeit von Landwirtschaftsministerin Renate Künast mit unabhängigen Forschern eingerichtet, hat berechnet, dass selbst bei einem 40fach höheren Wert im ausgeschiedenen Urin im Vergleich zum Trinkwasser die voraussichtlich aufgenommene Menge an Glyphosat mit 1/100 deutlich unter dem Grenzwert liegt, der als zuträglich für die menschliche Gesundheit ermittelt wurde.

Es liegt nun an den Mitgliedsstaaten des Expertenkomitees der Kommission sich schnell zu einigen. Bislang wurde dort die erforderliche qualifizierte Mehrheit nicht erreicht. Deutschland hat sich enthalten, da der Landwirtschaftsminister sich für und die Umweltministerin sich gegen eine Verlängerung der Zulassung ausgesprochen hat. Eine Einigung wird in einem Vermittlungsausschuss angestrebt.

Trilog zu Hafendienstleistungen (ALDE-Berichterstatterin)

In der letzten Woche haben wir uns bereits zum dritten Mal mit Kommission und Rat unter niederländischer Führung zu einem Trilog über das „Port-Package“ getroffen. Die Häfen in Europa unterscheiden sich nicht nur durch Größe, Umsatz, Spezialisierung und Lage am offenen Meer oder an Binnenwasserstraßen, sondern auch bei der Organisation und im Grad der Privatisierung. So sind beispielsweise in Großbritannien viele Privathäfen zu finden, in Spanien gibt es Absprachen bei Hafengebühren, und im Gegensatz zum Hamburger Hafen sind die Lotsendienste im Hafen von Antwerpen in privater Trägerschaft. Da ist es gar nicht so einfach, halbwegs „harmonisierte“ Spielregeln hinzubekommen. Wir verhandeln aber auch eine Richtlinie, einigen uns also lediglich über Grundsätze wie Mindestanforderungen bei der Ausschreibung von Dienstleistungen. Ziel ist es, mehr Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen bei gleichzeitiger Verbesserung der Umweltstandards und guten Arbeitsbedingungen und so die Häfen fit für die Zukunft zu machen. Wenn alles gut geht, werden wir die Trilogie Ende Juni abschließen können – beim nächsten Mal mehr dazu.

Niederländische Initiative gegen Antibiotikaresistenz

Jede Ratspräsidentschaft versucht, in ihrer halbjährlichen Amtszeit bestimmte aktuelle Themen aufzugreifen und Lösungswege zu entwickeln. Die liberale niederländische Gesundheitsministerin Edith Schippers hat es sich zum Ziel gesetzt, Antibiotikaresistenz zu bekämpfen, und mit den Fachkollegen aus den anderen europäischen Staaten eine entsprechende Initiative gestartet. Neben einem Fachkongress wurde das Thema regelmäßig auf die Tagesordnung der Fachministertreffen gesetzt. Die Ministerin lud interessierte Abgeordnete zu einem Austausch ein, diskutierte mit uns Filmausschnitte zum Thema und stellte ein Komikheft "Auntie Biotica" vor, das sie mit ihrem Team für Arztpraxen entwickelt hat. Entsprechende Gesetzesinitiativen - die Überarbeitung der Vorschriften für Tiermedizin - diskutieren wir gerade im Umweltausschuss.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: Hafendienstleistungen, NEC-Richtlinie
- Demnächst im Trilog: Tierarzneimittel/Antibiotikaresistenz, Flugpassagierrechte
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Luftverkehrspaket

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Ein Tag in Bremerhaven: Vorlesung, Bremenports und Weltraumkabel

Schon zum zweiten Mal hielt ich auf Einladung von Professor Dr. Hauke Hiltz, Bremer FDP-Vorsitzender und Hochschuldozent, in der Fachhochschule Bremerhaven vor Studentinnen und Studenten der Lebensmitteltechnologie eine Vorlesung über aktuelle europäische Gesetzgebung. Nachdem sie bereits über die Grundlagen europäischer Gesetzesabläufe informiert waren, konzentrierte ich mich insbesondere auf praktische Beispiele meiner Arbeit im Parlament, bevorzugt anhand der Gesetzgebung im Umwelt- und Lebensmittelbereich. Am Schluss musste ich auch viele Fragen zum Alltag einer Abgeordneten und zu aktueller europäischer Politik beantworten.

Beim Gespräch mit Bremenports ging es um Entwicklungsstand und Zukunftsperspektiven der Häfen von Bremen und Bremerhaven. In Bremerhaven entsteht derzeit ein vorbildlicher Standort für OffshoreWindenergie: neben einem Offshore-Terminal werden künftig auch Produktion von Windkraftanlagen und ein Forschungsbereich hier auf einem großen einheitlichen Gebiet zu finden sein. Positiv wird die Entwicklung des Tiefseewasserhafens in Wilhelmshaven, des Jade-Weser-Ports, einem Gemeinschaftsprojekt von Niedersachsen und Bremen, als Ergänzung der Bremer Häfen gesehen.

Spannend war auch der Besuch bei EIS-Electronics: das mittelständische Unternehmen mit Hauptstandort Bremerhaven und Außenstellen in Achim/Niedersachsen und Indien mit insgesamt 70 Mitarbeitern produziert in Handarbeit hochspezialisierte Kabelbäume für Boeing-Flugzeuge, ArianeRaketen und Satelliten – zum Teil nach Vorgaben der Auftraggeber, zum Teil aber auch mit selbstentwickelten 3-D-Entwürfen und passender Software. Interessant fand ich auch, dass hier vor allem Frauen im Einsatz sind – vielleicht auch, weil sie mehr Fingerfertigkeit und Geduld besitzen als die Männer (wie meine Begleiter feststellten).

Frischer Wind bei den Liberalen Frauen in Thüringen

Eins vorweg: in der FDP gehört ein weibliches Mitglied nicht automatisch einer parteiinternen Frauenorganisation an, sondern die Liberalen Frauen sind eine eigenständige Vorfeldorganisation, in der auch Frauen ohne Parteibuch Mitglied werden und mitarbeiten können. Da in Thüringen der Landesverband der Liberalen Frauen nicht mehr wirklich aktiv war, habe ich als Bundesvorsitzende dort zu einer Mitgliederversammlung eingeladen und mit motivierten jungen Frauen einen Neuaufbruch mitgestaltet. Der neugewählte Vorstand, bestehend aus engagierten Frauen mit hinreichend Erfahrung insbesondere in der Vereinbarung von Familienpflichten mit Unternehmertum und Selbständigkeit, hat mit der Vorsitzenden Katja Grosch sofort Kontakt zu Landesfrauenrat und Mädchenhaus aufgenommen. Auf die weitere Arbeit dort bin ich gespannt!

Intralogistikmesse CEMAT

Ohne Transport und Logistik funktioniert unser Warenverkehr im Binnenmarkt nicht, und natürlich sind Messen über Innovationen in diesem Bereich für Unternehmer gleichermaßen von Bedeutung wie für interessierte Besucher wie mich. Zunächst konnte ich als Sprecherin das Hafenforum, in dem es um optimierte Schnittstellen in der Logistikkette im digitalen Zeitalter ging, mit aktueller Perspektive aus dem Europaparlament mit eröffnen. Beim anschließenden Messerundgang wurden mir Neuheiten wie Kräne mit passgenauer Tablet-Steuerung eines Familienunternehmens aus dem Baskenland, ferngesteuerte innovative Verladeeinheiten und anderes mehr vorgestellt.

Europa und seine Flüchtlinge

Seit Monaten wird in Deutschland über Reformen bei der Einwanderung geredet - doch was bedeutet das eigentlich? Das bisherige Dublin-System besagte, dass die Asylanträge in den Ländern bearbeitet werden müssen, in denen Migranten die Grenze zur EU überschritten haben. In der Regel waren das Griechenland, Italien und Spanien. Dieses System hat nie gut funktioniert, da die Länder mit der Bearbeitung der vielen Anträge überlastet waren. Das hat zu chaotischen Zuständen und schlechten Aufnahmebedingungen geführt. Fakt ist jedoch, dass sich die meisten europäischen Länder nicht darum gekümmert haben, weil sie nicht direkt betroffen waren. Wie sich gezeigt hat, war das falsch. Seit dem letzten Jahr hat sich die Situation schlagartig verändert. Mit dem riesigen Flüchtlingsstrom aus Nordafrika und dem Nahen Osten sind dem jetzigen System sprichwörtlich die Grenzen aufgezeigt worden. Was die Asylpolitik betrifft, sollen persönliche Daten und Fingerabdrücke von Einwanderern sofort bei der Grenzüberschreitung aufgenommen und in ein Computersystem eingegeben werden. Dieses System errechnet auf Grundlage eines Verteilungsschlüssels, welches Land für die Bearbeitung des Antrags zuständig ist. Das ist die Quotenregelung, über die politisch so hart umkämpft ist. Vor allem die östlichen EU-Staaten wollen sich nicht verpflichten, Anträge zu bearbeiten und dann gegebenenfalls auch Migranten aufzunehmen. Dabei ist das System aus zwei Gründen sinnvoll: Erstens entlastet es die südlichen Anrainerstaaten. Zweitens verhindert es, dass der Reihe nach Anträge in verschiedenen EULändern gestellt werden, bis sich der Fall im Dickicht der Bürokratie verliert.

Neben der Asylpolitik gibt es aber auch noch eine zweite große Kategorie, nämlich die legale Migration. Hier sind die europäischen Regeln noch unklarer. Zwar gibt es eine gemeinsame Vorgehensweise bei Forschern und Studenten aus Nicht-EU Ländern, doch nichts dergleichen für Arbeitskräfte, die dauerhaft in der EU bleiben wollen. In Straßburg haben wir die Möglichkeit einer Blue Card diskutiert, die wir Liberalen unterstützen. Diese Karte soll es hochqualifizierten Arbeitskräften erlauben, schnell und unbürokratisch eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. In Ländern wie Kanada, den USA und Australien ist das gang und gäbe. Gleichzeitig brauchen wir ähnliche Bestimmungen für Arbeitskräfte, die zeitweise in der EU arbeiten wollen, bevor sie in ihre Heimat zurückkehren. Davon gibt es nämlich sehr viele und sie bewegen sich derzeit in der Illegalität. Das hat zur Folge, dass diese

Menschen rechtlich ungeschützt sind und der EU Steuereinnahmen entgehen, da schwarz gearbeitet wird.

Eine Einladung zu diesem wichtigen Thema erhielt ich von den Landfrauen im Kreisverband Hameln. Im Rahmen dessen stellte ich die beschriebenen Entwicklungen sowie andere relevante Gesetzesinitiativen wie u.a. die Einrichtung einer europäischen Küstenwache vor und erläuterte, warum alles so lange dauert, warum nicht alle Mitgliedstaaten an einem Strang ziehen und warum gleichzeitig eine schnelle gemeinsame Lösung auch so wichtig für die Zukunft der Europäischen Union ist. Sie sehen also, dass es bei der Einwanderung unheimlich zu tun gibt. In den letzten Jahrzehnten wurde viel Zeit verschenkt. Umso wichtiger ist es, dass die EU nun ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellt.

IV. Europa unter der Lupe

Petitionen und Europäische Bürgerbeteiligung

Der EU wird manchmal vorgeworfen, dass Bürger zu wenig Einfluss hätten. Das ist allerdings nicht ganz richtig, denn es gibt verschiedene Möglichkeiten Einfluss zu nehmen. Zum einen können natürlich die gewählten Volksvertreter im Europäischen Parlament jederzeit kontaktiert werden, was gerade durch die sozialen Medien mit Facebook und E-Mail sehr leicht möglich und auch stark genutzt wird. Gerade am Wochenende bekommen wir oft Hunderte von E-Mails, oft im Rahmen einer Bürgerbewegung zu einzelnen Themen (augenblicklich Verschärfung des Waffenrechts, TTiP u.a.). Im Rahmen unserer Möglichkeiten und Fachgebiete können wir dann versuchen, ein Thema auf die Tagesordnung zu bringen. Außerdem ist es eines der Grundrechte der europäischen Bürger - gemäß Artikel 227 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, - dass jeder allein oder zusammen mit anderen Personen eine Petition an das Europäische Parlament richten kann. Auch Unternehmen, Organisationen oder Vereinigungen mit Sitz in der Europäischen Union können dieses Petitionsrecht ausüben, das durch den Vertrag garantiert ist.

Doch wie funktioniert das genau? Eine Petition kann als Beschwerde oder Ersuchen abgefasst sein und sich auf „Angelegenheiten von öffentlichem oder privatem Interesse“ beziehen. In der Petition kann ein individuelles Ersuchen, eine Beschwerde oder Bemerkung zur Anwendung von EU-Recht oder eine Aufforderung an das Europäische Parlament, zu einer bestimmten Angelegenheit Stellung zu nehmen, dargelegt werden. Solche Petitionen geben dem Europäischen Parlament Gelegenheit, auf Verletzungen der Rechte eines Unionsbürgers durch einen Mitgliedstaat oder lokale Gebietskörperschaften oder eine sonstige Institution hinzuweisen. Das Europäische Parlament hat wie der Deutsche Bundestag einen Petitionsausschuss, dem 34 Mitglieder angehören und der von einer/m Vorsitzenden – derzeit meine liberale Kollegin Cecilia Wikström aus Schweden - und 4 stellvertretenden Vorsitzenden geleitet wird. Zudem koordiniert die europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly aus Irland die Untersuchungen über Missstände in den Organen der EU als gewählte europäische Ombudsfrau.

Des Weiteren gibt es die Möglichkeit eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) zu starten. Dieses Instrument ist relativ neu und wurde durch den Vertrag von Lissabon beschlossen. Es ist ein stark an direktdemokratische Verfahren angelehntes Instrument der politischen Teilhabe. Unionsbürger/innen können bewirken, dass sich die europäische Kommission mit einem bestimmten Thema befasst. Hierfür müssen in zwölf Monaten insgesamt eine Million gültige Unterstützungsbekundungen in einem Viertel aller EU-Mitgliedstaaten gesammelt werden. Einschränkung ist, dass Europäische Bürgerinitiativen keine Vertragsreform (etwa über den Beitritt neuer EU-Mitgliedstaaten oder über die Neuverteilung der politischen Kompetenzen innerhalb der EU) fordern dürfen. Die Bürgerinitiative ergänzt das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament sowie das Beschwerderecht beim Europäischen Bürgerbeauftragten. Seit 2012 wird von diesem Instrument Gebrauch zu verschiedenen Themen - zum Beispiel zu Tierversuchen oder Bekämpfung von Plastikmüll im Meer - gemacht. Eine Million Unterschriften hört sich zunächst viel an, doch bei rund 500 Millionen EU-Bürgern ist es alles andere als unrealistisch - es erfordert nur gute Koordination.

V. Terminvorschau

13.-16.06.	Brüssel	Ausschüsse
14.06.	Brüssel	SEARICA "Atlantic Action Plan"
17.06.	Duisburg	Besuch Schulschiff Rhein
18.06.	Hannover	FDP-Landesvorstand
19.-23.06.	Brüssel	Ausschüsse, Besuchergruppe, Fraktion, Miniplenium
20./22.06.	Rotterdam	Ten-T-Days (Europäische Verkehrswege)
24.06.	Ronnenberg	DRK-Kinder-und-Jugend-Stiftung, Stiftungsrat
25.06.	Hannover	Landesfachausschüsse Europa und Verkehr
27.-30.06.	Brüssel	Fraktion, Trilog
04.-07.07.	Straßburg	Plenum, Fraktion

Vorschau Wahlkampfeinsätze

18.-21.07.	Mecklenburg-	Küstentour Vorpommern
04.-12.08.	Niedersachsen	Details folgen

Absprachen für Termine in Deutschland und Interesse an Besucherreisen bitte über Kirsten Zander in meinem Wahlkreisbüro.

Ihre Gesine Meißner

Juli 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

während der Plenarsitzung in Straßburg kam es zu einer historischen Debatte zum Thema „Brexit“, denn in Großbritannien - als erstem Mitgliedsland - hat die Mehrheit der Menschen sich entschlossen die EU zu verlassen. Nun erhofft man sich Zugang zum lukrativen Binnenmarkt, ohne sich an den Pflichten zu beteiligen. Das wird so nicht klappen, das wurde in der Debatte sehr deutlich gesagt. Besonders tut mir die Jugend des Landes leid, die mit überwältigender Mehrheit für den Verbleib gestimmt und nun am meisten unter den Konsequenzen zu leiden haben wird. Gleichzeitig sehen wir aber zum ersten Mal eine proeuropäische Massenbewegung im Vereinigten Königreich - das gab es vorher überhaupt noch nicht.

Auch für mich waren es ereignisreiche Wochen. Zum einen haben wir die Verhandlungen zum Hafepakett zu einem erfolgreichen Abschluss geführt. Zum anderen bin ich seit kurzem stellvertretendes Mitglied im Industrieausschuss und beschäftige mich nun auch mit Themen rund um Energie und Forschung. Alles Weitere finden Sie wie gewohnt im Newsletter. Viel Spaß beim Lesen! Außerdem wünsche ich Ihnen einen erholsamen Sommer, Neuigkeiten von mir gibt es wieder im August.

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Brexit: Was daraus zu lernen ist

Die Briten haben sich entschieden, die Europäische Union zu verlassen. Im Verlauf der europäischen Integration seit Ende des 2. Weltkriegs gab es keine vergleichbare Situation. Es handelt sich also um einen absoluten Präzedenzfall. Dementsprechend kann man sagen, dass es eine historische Debatte im Europaparlament zu dem Thema war und sie wurde hart geführt. Kommissionspräsident Juncker sagte: „Die jubelnden Brexit-Helden von gestern sind die traurigen Gestalten von heute. Und es sind Nationalisten, keine Patrioten. Patrioten gehen nicht von Bord, wenn es stürmisch wird.“ Unser Fraktionsvorsitzender Verhofstadt verglich die Abtrünnigen sogar mit Ratten, die das sinkende Schiff verlassen, und er stellte mit Blick auf die voraussichtliche Nachfolgerin von Cameron fest: „The last man standing in the United Kingdom is a woman. A woman will save Great Britain.“ Gabi Zimmer, Fraktionsvorsitzende der Linken, erhielt erstmals breite Zustimmung für: „Die EU ist kein Spielzeug, das man an die Wand klatschen kann und sich freuen, wenn es kaputtgeht.“ Viele Redner forderten Reformen und Konzentration auf gemeinsame Lösungen für die drängendsten Probleme wie Flüchtlingskrise und Terrorbekämpfung.

Obwohl die Entscheidung der Briten sehr bedauerlich ist, darf jetzt nicht Trübsal geblasen werden. Wir befinden uns in neuen, unergründeten Gewässern und man

muss die richtigen Lehren ziehen, um das Friedensprojekt Europa zu schützen. Drei Überlegungen dazu: Erstens muss man hinterfragen, ob ein Referendum das richtige Instrument für eine Entscheidung mit solch weitreichenden Konsequenzen ist. Die Bürgerbefragung war nicht nur Teil eines hochemotionalisierten, internen Machtkampfes der britischen Konservativen, sondern wurde nachweislich durch viele Unwahrheiten beeinflusst. Beispielsweise haben die wirtschaftlich abgehängten Regionen Englands massiv von EU-Fördergeldern profitiert und dennoch - aufgrund falscher Versprechungen - mehrheitlich gegen die EU gestimmt. Die Behauptung, dass 350 Mio. britische Pfund pro Woche an die EU gehen und das Geld alternativ in britische Krankenhäuser fließen würde, war in jeder Hinsicht falsch, das hat Nigel Farage auch direkt nach dem Referendum zugegeben. Zweitens hat sich eine deutliche Mehrheit der jungen Briten für eine Zukunft in der EU ausgesprochen. Sie sehen sich jetzt um künftige Chancen gebracht und protestieren seit Tagen im Zentrum Londons. Es zeigt, dass die Einstellung zur Europäischen Union Teil eines Konfliktes verschiedener Altersgruppen ist. Drittens müssen wir die Frage stellen: Wie konnte es dazu kommen, dass die Briten - vierzig Jahre nachdem die Thatcher-Regierung massiv für einen Beitritt zum europäischen Binnenmarkt geworben hat - der EU den Rücken kehren möchte? Die Antwort liegt in dem Unwillen, eine weitere politische Integration zu akzeptieren. Fakt ist jedoch, dass viele Probleme der globalisierten Welt - Stichwort: Klimaschutz, Steuerflucht, Terrorabwehr - nur grenzüberschreitend gelöst werden können. Bei all diesen Fragen wird Großbritannien nun an Einfluss verlieren.

Aus diesen Überlegungen folgt, dass der europäische Gedanke keinesfalls eine sterbende Idee ist, sondern die EU zu oft als Sündenbock bei internen Machtkämpfen erhalten muss oder Politikern als Plattform dient, um sich zu profilieren. Es herrscht zu oft Unkenntnis über die als selbstverständlich hingenommenen Vorteile der EU. Tatsächlich ist es der beste Rahmen für ein friedliches freiheitliches Leben in wirtschaftlicher Stabilität. Um diesen zu bewahren, muss eine lange Phase der Ungewissheit unbedingt vermieden werden. Die FDP im EP hat geschlossen eine Resolution unterstützt, in der die britische Regierung aufgefordert wird, den Austrittswunsch zügig zu übermitteln, damit nach Artikel 50 die Verhandlungen über den Austritt und das künftige Verhältnis Großbritanniens zur Europäischen Union starten können. Natürlich muss das Land auch in Zukunft ein enger Partner bleiben, aber Rabatte oder Rosinenpickerei darf es für die Briten nicht geben. In die gleiche Richtung äußerte sich übrigens auch Ratspräsident Tusk, der meinte, dass es keinen Binnenmarkt à la carte geben werde. Man kann nicht die Vorzüge genießen, ohne sich an den Pflichten zu beteiligen.

Europäischer Grenzschutz: Es geht darum, Flüchtlingsboote in Seenot zu retten

Ich begrüße die im Plenum beschlossene Einbeziehung der europäischen Agentur für den Seeverkehr (EMSA) in die europäische Grenz- und Küstenwache. Es ist dringend nötig, dass die EU angesichts der Flüchtlingsströme alle verfügbaren Kräfte bündelt, um ihre Außengrenzen besser zu überwachen. Dabei geht es nicht darum, Flüchtlinge nach australischem Vorbild vom europäischen Festland abzudrängen, sondern vielmehr Flüchtlingsboote in Seenot zu retten. Dabei kann die in Lissabon

ansässige Agentur für Sicherheit im Seeverkehr helfen, mit ihrem satellitengestützten System, das ohnehin alle Schiffsbewegungen auf den EU-Meeren überwacht. Bisher dient es zum Beispiel dazu, eine Ölspur im Meer demjenigen Schiff zuzuordnen, das dieses Öl auf seiner Fahrt verbotenerweise abgelassen hat. Man kann damit aber genauso nach kleinen Flüchtlingsbooten suchen und bei Bedarf die nationale Küstenwache alarmieren. Es geht um besseren Informationsaustausch und europäische Koordinierung über nationale Befindlichkeiten hinweg. Ohne eine bessere Sicherung der Außengrenzen wird auch ein funktionierender Schengenraum nicht wiederherzustellen sein.

Die Kommission hat ihren Vorschlag zur Europäischen Grenz- und Küstenwache erst im Dezember letzten Jahres veröffentlicht. Die Verordnung wurde von Parlament und Rat im Schnellverfahren verhandelt, um die neuen Maßnahmen schnellstmöglich einzuführen. Eine letzte formale Zustimmung muss in Rat und Parlament noch im September oder Oktober stattfinden, wenn der Gesetzestext in alle Amtssprachen übersetzt und von den Sprachjuristen geprüft wurde.

Ratspräsidentschaft: Übergabe der Niederländer an die Slowaken

Traditionell ist der 30. Juni der Tag, an dem die Ratspräsidentschaft an das nächste Land übergeben wird. Zur offiziellen Übergabe gehört eine abschließende Debatte im Parlament. Mark Rutte, der niederländische Ministerpräsident, nannte vier Hauptmerkmale der vergangenen Amtszeit: Migration, Brexit, Komplettierung des Binnenmarktes, und der Terrorismus. Er wies auch darauf hin, dass abseits des Scheinwerferlichts der Medien eine Reihe praktischer Erfolge errungen wurden. Eine Einigung mit dem Parlament zum Eisenbahnpaket wurde erzielt (siehe Juni-Newsletter) sowie nationale Schadstoffgrenzwerte und ein Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft beschlossen. Die Niederländer wurden für ihren Pragmatismus und ihre Effizienz gelobt.

Das Programm der Slowaken, präsentiert von Ministerpräsident Robert Fico, sieht insbesondere vor, die EU nach den Turbulenzen rund um das Referendum im Vereinigten Königreich zu einen. Den Schlüssel dafür sieht er darin, dass die Institutionen den europäischen Bürgern wieder praktische Lösungen präsentieren, um deren Alltagsleben zu verbessern. Dafür muss eine gemeinsame Zukunftsvision entwickelt und klare Prioritäten gesetzt werden. In diesem Sinne möchten die Slowaken folgende Ziele erreichen: Den wachsenden Populismus und Nationalismus bekämpfen, das Vertrauen der Bürger in die EU steigern, konkrete Lösungen in der Flüchtlingskrise suchen, eine friedliche Scheidung von Großbritannien erreichen, den Binnenmarkt vorantreiben und die Rolle der EU in der Außenpolitik stärken. An diesen Punkten müssen sich die Slowaken jetzt messen lassen.

Energieeffizienz: Überarbeitung des Energielabels soll vereinfachen, nicht verwirren (ALDEStellungnahme im Umweltausschuss)

Haushaltsgeräte sollen künftig eine klarere Energieeffizienz-Kennzeichnung bekommen. Das Europaparlament verabschiedete am Mittwoch die Forderung,

Energie-Effizienz-Kennzeichnungen wie „A+, A++ oder A+++“ bei Kühlschränken und anderen Haushaltsgeräten abzuschaffen. Stattdessen soll die höchste Stufe lediglich „A“ sein. Damit werden die Verbraucher besser und schneller über die Effizienz der Produkte informiert. Das Energielabel bildet so eine gute Entscheidungsgrundlage.

Die Energieeffizienzklassen sollen für 10 Jahre gültig sein und danach gemäß dem technologischen Fortschritt angepasst und neu skaliert werden. Um Anreize für Innovationen zu schaffen, sollen die Anforderungen für die Klassen „A“ und gegebenenfalls „B“ so verschärft werden, dass Hersteller diese erst nach und nach mit effizienteren Neuentwicklungen erreichen können. Der erwartete Fortschritt bei der Energie-Effizienz verschiedener Gerätekategorien soll bei der Festlegung der Anforderungen einbezogen werden. Konkret heißt das, dass nach Einführung der neuen Energieeffizienz-Kennzeichnung die effizientesten Geräte zunächst höchstens mit der Note 'B' oder 'C' versehen werden.

Wenn sich die Geräte weiter entwickeln, steigen die neueren Geräte dann allmählich in die höhere Klasse auf. Das ist zwar gewöhnungsbedürftig, beugt allerdings der häufigen Neuskalierung vor und vermindert den Aufwand für Handel und Hersteller. Das ist ein vernünftiger Ansatz.

Unzufrieden hingegen bin ich über die von der Kommission vorgeschlagene zentrale Produktdatenbank. Hersteller sollen künftig alle Produkte zentral bei der Kommission registrieren, sogar Testberichte und sensible Daten in diese Datenbank einspeisen. Diese Datenbank der Kommission ist nicht nachvollziehbar. Eine zentrale Datenbank, die Daten der Hersteller über Geräte oder sogar Produkttests sammelt, hat keinerlei Mehrwert. Es reicht völlig, die Marktüberwachung bei den Mitgliedsstaaten zu belassen. Ein technisches Dossier für ein Produkt hat den Umfang eines Leitz-Ordners. Der Aufwand für Hersteller, der damit entsteht, ist vorstellbar. Die FDP hat daher nicht für diese Datenbank gestimmt.

Die Forderungen des Parlaments bilden die Grundlage für die Verhandlungen mit dem Rat, die dann im Herbst aufgenommen werden können. Eine Einigung wird nicht vor Ende des Jahres zu erwarten sein.

Emissionen von mobilen Maschinen: Herausforderung für die Binnenschifffahrt

Ein Gesetz, was lang diskutiert wurde, haben wir endlich am Dienstag mit großer Mehrheit annehmen können. Es geht um neue Emissionsgrenzwerte für mobile Maschinen und Geräte, die nicht für den Straßenverkehr bestimmt sind. Dazu gehören Traktoren, Baumaschinen und Binnenschiffe, aber auch Schneefräsen und Kehrmaschinen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist gut, jedoch bin ich nicht restlos erfreut. Positiv ist, dass wir dadurch bessere Luftqualität erreichen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft außer Acht zu lassen. Für die im Verhältnis schon sehr umweltfreundliche Binnenschifffahrt konnten noch strengere Grenzwerte, wie von der Kommission vorgeschlagen, verhindert werden. Wir haben gerade auch durch Einsatz der Liberalen eine Angleichung an US-Standards erreicht, was für die

internationale Klimapolitik sinnvoll ist und Wettbewerbsverzerrungen vermeidet. Dennoch sind die neuen Schadstoffgrenzwerte für viele Betreiber ein Problem. Da es sich bei den Motoren um einen Nischenmarkt handelt mit weniger als 100 verkauften Motoren pro Jahr, lohnt es sich für die Hersteller oft nicht, neue Motoren zu entwickeln, die die Grenzwerte einhalten.

Neu ist eine Klausel, die es ermöglicht, alte Motoren zu reparieren und umzurüsten, anstatt sie durch eine neue Maschine zu ersetzen, was helfen soll, Kosten zu senken. Binnenschiffe müssen mit einem Filter nachgerüstet werden. Es ist gut, dass dies im Kompromiss Berücksichtigung gefunden hat, denn die Binnenschiffer sind meist kleine Familienbetriebe mit nicht so hoher Kapitaldecke. Weniger notwendig und daher wenig erfreulich hingegen sind die in letzter Minute von der großen Koalition im Parlament durchgesetzten Ausnahmen für Schneepflüge und Baumwollerntemaschinen.

Die Verordnung über Schadstoffemissionen für mobile Geräte und Maschinen setzt Euro-5 Grenzwerte für Motoren sukzessive ab 2017. Der Kompromiss wird voraussichtlich am 18. Juli formal vom Rat angenommen. Danach tritt die Verordnung in Kraft.

Walfang: Ablehnung der Vorgänge in Japan

Im November 2015 hat die japanische Fischereibehörde mitgeteilt, ihren 12-Jahresplan zu überarbeiten.

Walfang soll nun unter dem Vorwand des wissenschaftlichen Walfangs wieder aufgenommen werden (mit einer Quote von 4000 Walen in den nächsten 12 Jahren). Der Internationale Gerichtshof hat bereits geurteilt, dass die Argumentation des wissenschaftlichen Walfangs keinen Bestand hat. Auch die EU hat sich klar gegen den Walfang positioniert, da der Walbestand bereits zu stark dezimiert wurde. Zusammen mit anderen Partnern (Australien, Südafrika, USA etc.) hat man sich in einem Memorandum, das im Oktober 2016 diskutiert werden soll, nochmals deutlich dagegen positioniert. Allerdings bereitet die Kommission derzeit keine rechtlichen Schritte vor. Auch das Europaparlament hat seine Ablehnung durch einen gemeinsamen Beschluss zum Ausdruck gebracht.

Deutscher Mindestlohn für ausländische LKW-Fahrer

Die Entwicklung ist bedenklich: nach Deutschland hat nun auch Frankreich seinen nationalen Mindestlohn auf alle ausländischen LKW-Fahrer ausgeweitet, die auf ihrer Fahrt über französisches Territorium kommen. Wo soll das hinführen? Ein europäischer Mindestlohnflickenteppich für LKW-Fahrer passt nicht zum Binnenmarkt. Soll man das Gehalt eines Fahrers dann für jede Strecke einzeln berechnen, je nachdem wie viele Kilometer er durch welches Land gefahren ist? Wir brauchen fairen Wettbewerb für europäische Transportunternehmen, und wir wollen gute Arbeitsbedingungen für

LKW-Fahrer, egal aus welchem Land sie kommen. Aber allen LKW-Fahrern den jeweiligen nationalen Mindestlohn aufzudrücken, ist der falsche Weg.

Richtig ist, dass die Kommission mit Vertragsverletzungsverfahren reagiert. Sie wirft Deutschland und Frankreich vor, gegen EU-Recht zu verstoßen, da durchfahrende LKW-Fahrer ja kein Arbeitsverhältnis in Deutschland haben. Die Gespräche zwischen Kommission und den deutschen Behörden haben leider zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis geführt. Deswegen ist es nur konsequent, dass die slowenische Verkehrskommissarin Bulc am 16. Juni einen weiteren Schritt im Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat. Sie hat ein sogenanntes zweites Aufforderungsschreiben an die Bundesregierung geschickt. Die deutschen Behörden haben nun zwei Monate Zeit, darauf zu reagieren. Wir Abgeordnete aus dem Verkehrsausschuss hatten Violeta Bulc diese Woche ins Plenum geladen, um über den aktuellen Stand zum Thema Mindestlohn im Straßenverkehr informiert zu werden.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Hafendienstleistungen: Trilog-Verhandlungen abgeschlossen (ALDE-Berichtsterin)

Das Thema hat mit den sogenannten Hafepaketen I und II eine lange Vorgeschichte. Beide Gesetzesvorschläge für mehr Marktöffnung bei Hafendienstleistungen wurden 2001 bzw. 2004 vom Parlament abgelehnt. Deswegen bin ich sehr zufrieden, dass wir uns nach jahrzehntelangem Ringen nun auf einen Regelungsrahmen einigen konnten, der auch Zustimmung im Hafensektor findet. Das ging nur, weil von erzwungener Marktöffnung weitgehend abgesehen wurde und die Verordnung nur für einen kleinen Teil der Hafendienstleistungen gelten wird (v.a. Festmacher, Schlepper, Betankungsdienste). Für uns Liberale ist das natürlich bedauerlich. Aber dafür sind nun faire Bedingungen festgelegt, wie die Hafendienste zu organisieren sind: Aus welchen Gründen kann man die Zahl der Dienstleister beschränken? Welche Qualitätsstandards kann eine Hafenbehörde ihren Dienstleistern auferlegen, was Sicherheit, Ausbildung oder Umweltschutz betrifft? Im Prinzip wird jeder Hafen auch nach den neuen Regeln sein bisheriges System weiterführen können. Willkürliche Ausgrenzung von Anbietern wird jedoch nicht mehr möglich sein. Ich konnte für die Liberalen erreichen, dass die Mitgliedsstaaten erfahrene Kapitäne dort, wo es sinnvoll und möglich ist, von der Lotsenpflicht befreien und ihnen damit erlauben können, selbst als Lotse zu fungieren.

Wichtig ist aber auch der zweite Teil der Verordnung über die finanzielle Transparenz, die den Häfen auferlegt wird. Sie müssen in Zukunft staatliche Hilfen oder andere Zahlungen aus öffentlichen Kassen offenlegen. So kann man unzulässige staatliche Subventionierung besser überprüfen. Das ist gut und sorgt für mehr Wettbewerbsgleichheit zwischen den europäischen Häfen. Gleichzeitig schafft

es Rechtssicherheit und ein stabiles Umfeld für Investitionen aus dem Privatsektor. Auch die Zusammensetzung der Hafengebühren muss zukünftig für die Nutzer nachvollziehbar sein.

Am Ende ein großes Lob an die niederländische Ratspräsidentschaft, die die Verhandlungen Ende Juni mit viel Energie zum Abschluss geführt hat. Nach den üblichen Formalitäten wird die endgültige Annahme des neuen Gesetzestextes wahrscheinlich erst Ende des Jahres erfolgen.

Seas in Motion: Aktivierung des Aktionsplans für den Atlantik

Im Rahmen unserer maritimen interfraktionellen Arbeitsgruppe „Searica“ im Europäischen Parlament (www.searica.eu) haben wir schon zum siebten Mal dieses Jahr eine Konferenz, dieses Mal zum Thema „Seas in Motion - Activating the Atlantic Action Plan“ organisiert. Der Aktionsplan für den Atlantik hat es zur Aufgabe, die marine und maritime Wirtschaft im Atlantikraum mit Hilfe von Innovation und Unternehmertum in Schwung zu bringen und Kooperation zwischen Mitgliedstaaten im Atlantikraum zu fördern. Die Hauptziele bestehen darin, den CO₂-Fußabdruck zu senken, einen Ökosystemansatz umzusetzen, die natürlichen Ressourcen der Meeresböden zu erschließen und sozial integratives Wachstum zu fördern.

Als Präsidentin der Searica-Arbeitsgruppe habe ich mich wieder sehr über partei- und sektorenübergreifendes Interesse an der Veranstaltung gefreut. Ursprünglich gemeinsam mit dem französischen Searica-Vizepräsidenten und Vorsitzenden des Fischereiausschusses, Alain Cadec, geplant, nahmen zwei Kollegen von den Azoren, ein spanisches MdEP, eine irische Abgeordnete sowie Ulrike Rodust aus Schleswig-Holstein an der Veranstaltung teil.

Im Rahmen dieser Konferenz diskutierten Vertreter der Europäischen Kommission, der spanischen und kanadischen Regierung und verschiedener länderübergreifenden Initiativen Herausforderungen und Chancen einer europäischen und transatlantischen Kooperation. Die Redner lobten die bereits bestehenden Instrumente, wie die europäische Richtlinie zur maritimen Raumordnung, regionale Strategien in der EU und dem Galway Statement, einem 2013 geschlossenen transatlantischen Forschungsabkommen. In diesem Rahmen erstellte ein multinationales Team von europäischen, kanadischen und amerikanischen Wissenschaftlern einzigartige 3D-Modelle des Meeresbodens. Einige waren sich die Redner darin, dass der Atlantic Action Plan ein wichtiges Instrument zur besseren Kooperation sein kann, die fehlende finanzielle Unterstützung der Initiative es aber erschwert, die Zusammenarbeit zwischen Regionen, Betrieben und Wissenschaftlern wirklich voranzubringen.

Tiefseefischerei: Einigung nach vierjährigen Verhandlungen

Tiefseefischerei ist ein sehr heikles Thema, denn diese Form des Fischfangs gibt es erst seit den 80er Jahren. Seitdem konnten Fischer mit Schleppnetzen in mehreren hundert Metern Tiefe auf Fischfang gehen, ohne durch Gesetze eingeschränkt zu

werden. Das hatte massive Auswirkung auf die Biomasse und hat zu schweren Schäden auf dem Meeresgrund geführt. Umso erfreulicher ist es, dass sich die Mitgliedstaaten und das europäische Parlament darauf geeinigt haben, das Fischen unterhalb einer Tiefe von 800m zu verbieten und auf bestimmte Meeresregionen zu beschränken. Zudem sollen auf Grundlage wissenschaftlicher Kenntnisse auch Naturschutzgebiete eingerichtet sowie die Datensammlung und Kontrolle des Fischfangs deutlich verbessert werden. Bis hierhin war es allerdings ein langer Kampf, der vier Jahre gedauert hat. Es mussten vielfältige sozio-ökonomische und ökologische Interessen unter einen Hut gebracht werden. Ich habe mich dabei stets dafür eingesetzt, dass ein stringentes Gesetz beschlossen wird und hätte es gerne gesehen, dass ein Limit schon bei 600m gesetzt und der Anwendungsbereich noch breiter gefasst wird. Hintergrund ist, dass ich die beschlossenen Regeln der Gemeinsamen Fischereipolitik so detailgetreu wie möglich umgesetzt sehen möchte, und dazu gehört es auch die Ökosysteme zu schützen, um eine langfristige wirtschaftliche Nutzung zu gewährleisten. Nur wenn wir Raubbau im Meer verhindern, können wir Fischfang und die Nutzung der dringend benötigten Ressourcen aus dem Meer für die Zukunft sichern. Mit dem Ergebnis kann ich jetzt leben, denn es ist besser als gar keine Regulierung.

Brisanter Besuch: Rivlin und Abbas zum Nahost-Konflikt

Der Besuch ausländischer Staatsgäste im Europaparlament hat gute Tradition. Die Reden der Präsidenten von Israel und Palästina anlässlich unserer Miniplenarsitzung in Brüssel waren jedoch besonders brisant. Das erkannte man schon daran, dass beide Staatsoberhäupter an verschiedenen Tagen und nicht nacheinander sprachen. Der israelische Präsident Reuven Rivlin betonte die gemeinsamen Werte, die Europa und Israel vereinen: Freiheit, Gleichheit, Pluralismus, Demokratie und Religionsfreiheit. Allerdings betonte er, dass die EU die israelische Souveränität respektieren solle und kritisierte die internationale Gemeinschaft für ihre Ungeduld und ihren übereifrigen Einsatz - zum Beispiel von Boykotts. Er argumentierte, dass diese die Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung oder Friedensabkommen zwischen den verfeindeten Gebieten nicht beschleunigen würden. Die Region sei nicht bereit, laut Rivlin, sich zu einer verbindlichen Vereinbarung zu verpflichten. Verhandlungen seien solange sinnlos, bis grundsätzliches Vertrauen zwischen den israelischen und palästinensischen Regierungen etabliert ist. Daher forderte Herr Rivlin die EU auf, Hilfe nach Palästina zu entsenden, um die Wirtschaft und Infrastruktur zu entwickeln. Er behauptete weiter, dass die Verhandlungen eine gemeinsame Anstrengung zwischen Palästina und Israel sein muss, und betonte, dass die beiden Völker gemeinsame Interessen haben, Ressourcen teilen und die gemeinsame Entwicklung in Zusammenarbeit mit Ländern im Nahen Osten wie Jordanien und Ägypten fördern müssen.

Am folgenden Tag erwiderte der Präsident von Palästina Mahmoud Abbas: Es sei unerlässlich sich auf die Zwei-Staaten-Lösung, die 1967 laut UN-Resolution 242 abgestimmt wurde, zu berufen. Herr Abbas dankte der EU für die Anerkennung Palästinas als Staat und bekräftigte, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) bewusst durch Politik und Diplomatie - und nicht mit Hilfe anderer Mittel - gegen die israelische Besatzung Widerstand leistet. Zwar sei dies auf internationaler Ebene erfolgreich, jedoch nicht in Bezug auf die

fortbestehende Besetzung durch die israelische Regierung - Palästina bestehe nur noch aus 22% seines historischen Gebietes. Aus diesem Grund schlug Herr Abbas vor, dass die EU die Kommission zwischen Israel, Palästina und den Vereinigten Staaten wieder aufnimmt und als Vermittler agiere. Grundlegende Forderung der Palästinenser ist, dass das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung nicht von Israel entschieden werden sollte. Für Herrn Abbas erfordert die ideale interne Lösung ein Ende der palästinensischen Teilung und der israelischen Besetzung des Gaza-Streifens, was wiederum den Terrorismus in der Region beenden würde. Des Weiteren fordert er eine Regierung der nationalen Einheit, zuerst auf legislativer und dann auf präsidentialer Ebene, sowie Entschädigungen für die durch die israelische Besetzung verursachten Schäden. Abschließend betonte er die Gefahr, Religion als Vorwand für einen Kampf zu nehmen, der im Wesentlichen ein politischer sei. Auch wenn er für viele Aussagen Beifall bekommen hat: zum Teil war die Rede von Abbas durch unberechtigte Vorwürfe gegen Israel geprägt, womit er sich und dem palästinensischen Volk keinen Gefallen getan hat.

NEC: Einigung zwischen Rat und Parlament bei den Nationalen Emissionsgrenzwerten

Am 30. Juni haben sich Rat und Parlament informell auf einen vorläufigen Kompromiss bei den Nationalen Emissionsgrenzwerten, der sogenannten NEC-Richtlinie, geeinigt. Diese legt Grenzwerte für Schwefel oder Stickstoffemissionen für jeden europäischen Mitgliedsstaat fest. Die derzeitige Luftverschmutzung, die schon vielfach negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit hatte, soll demnach bis 2030 um 50 Prozent reduziert werden (im Vergleich zu 2005). Der ausgehandelte Kompromiss sieht ehrgeizige, aber auch in der Praxis erreichbare Reduktionsziele vor. Ein Reduktionsziel für Methan konnte verhindert werden. Das ist gut, denn Methan ist ein Gas, das zwar bei der Klimapolitik berücksichtigt werden muss, aber keine negativen Auswirkungen für den menschlichen Organismus hat, daher gehört es nicht in diese Richtlinie. Gerade für die Landwirtschaft war dies eine gute Nachricht, denn auch Kühe stoßen Methan aus.

Auf die bisherige NEC-Richtlinie beziehen sich auch die Umweltzonen, die in vielen deutschen Städten eingerichtet wurden. Die Umweltzonen sind nicht von Brüssel vorgeschrieben, sondern regional festgelegt, um die Grenzwerte besser einhalten zu können. Da sie aber nach bisherigen Erkenntnissen nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt haben, hält die FDP es für sinnvoll, sie wieder abzuschaffen und über andere Wege zum Ziel nachzudenken.

Kooperation mit Philippe De Backer zur Bekämpfung des Meeressmülls

Vergangenen Dienstag hatte ich ein Gespräch mit dem belgischen Staatssekretär für die Bekämpfung von Sozialbetrug, Datenschutz und die Nordsee, Philippe De Backer. Ich kenne Philippe De Backer bereits aus dem Europäischen Parlament, wo er seit 2011 als Abgeordneter unter anderem im Verkehrsausschuss saß. Es war sehr interessant, ihn nun in seiner neuen Funktion zu treffen, die er seit Mai dieses Jahres bekleidet. Neben Fragen zu Hafendienstleistungen und dem Mindestlohn für

ausländische Lkw-Fahrer in Deutschland ging es vorwiegend um eine engere Zusammenarbeit zwischen der belgischen Regierung und der Searica-Intergroup im Europäischen Parlament. Erfreulicherweise hat der neue Staatssekretär direkt zugesagt, die Intergroup bei der Organisation einer Veranstaltung zu Marine Litter im September zu unterstützen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Demnächst im Trilog: Tierarzneimittel/Antibiotikaresistenz
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Quecksilberrichtlinie, Luftverkehrspaket, Sicherheit von Passagierschiffen, Postdienste

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Ausbildung von Binnenschiffern in Europa: Besuch des Schulschiffs Rhein (Duisburg) und des Shipping and Transport College (Rotterdam)

Als ich im Frühjahr als Berichterstatteerin für die neue Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung von Ausbildungsstandards in der Binnenschifffahrt wurde, habe ich mir vorgenommen, einige Schifffahrtsschulen und deren Trainingsprogramme vor Ort anzuschauen. Das Schulschiff Rhein ist zusammen mit dem Schiffer-Berufskolleg in Duisburg die Ausbildungsstätte des Bundesverbands der Deutschen Binnenschifffahrt. Die Schiffsjungen-/mädchen wohnen auf dem Schulschiff, wo auch einige Kurseinheiten stattfinden (z.B. Theorie, Knoten-, Streckenkunde). Im Schiffer-Berufskolleg macht man sich mit der Technik an Bord vertraut (Maschinenraum, Kommunikationstechnik). An mehreren Simulatoren wird das Führen eines Schiffes geübt. Vor allem auf gefährliche Situationen, wie starker Wellengang, Engpässe, Gegenverkehr, kann man sich am Simulator gut vorbereiten. Die Arbeiten an Bord lernen die Schiffsjungen-/mädchen aber auch auf dem Schiff ihres Arbeitgebers, mit dem sie auf Europas Flüssen unterwegs sind. In Deutschland haben wir für die Binnenschiffer den typisch deutschen dualen Ausbildungsweg.

In den Niederlanden ist das System wieder anders organisiert. Das Shipping and Transport College (STC) nimmt Kinder schon mit 12 Jahren auf. Neben ihrer normalen Schulausbildung lernen sie schon früh den Beruf des Binnenschiffers. Man muss aber dazu sagen, dass Binnenschiffer meist Familienbetriebe sind. Die Kinder sind schon an Bord aufgewachsen und übernehmen später ganz selbstverständlich das Schiff der Eltern. Das STC hat ebenfalls hochmoderne Simulatoren und zwei Ausbildungsboote, an denen die praktischen Dinge erlernt werden. Allerdings wird nach dem holländischen Modell weniger Zeit an Bord eines Schiffes verbracht als in der deutschen Ausbildung. Ist das nun ein Nachteil? Nicht unbedingt, sofern die Auszubildenden am Ende der Ausbildung einen theoretischen, praktischen sowie einen Gesundheitstest bestehen, dessen Anforderungen vergleichbar sind. Das ist die schwierige Balance, die ich in meinem Bericht für den Verkehrsausschuss finden

muss. Wie kann man die Ausbildungsstandards angleichen, so dass Binnenschiffer ohne Zusatzprüfungen in verschiedenen Ländern arbeiten können, ohne die Sicherheit in der Binnenschifffahrt zu gefährden?

TEN-T Days in Rotterdam: 20.-22. Juni

Einmal im Jahr finden die sogenannten TEN-T Days statt, meist im Land, das gerade die Ratspräsidentschaft innehat. Alle, die sich für die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T) interessieren, sind daher diesmal nach Rotterdam gereist. Hier gab es eine allgemeine Bestandsaufnahme für die neun Hauptkorridore. Ich selber war Rednerin für die geplante Fehmarnbeltquerung, die Teil des Korridors von Skandinavien ans Mittelmeer ist. Der Tunnel durch den Fehmarnbelt ist für den schnellen und reibungslosen Transport von Gütern und Passagieren genauso wichtig wie der Brennerbasistunnel, der zum selben Korridor gehört. Leider ist das Tunnelprojekt in Norddeutschland sehr viel umstrittener. Mehrere tausend Einwände aus der Region wurden geprüft.

Auch zu den „Motorways of the Sea“, dem Korridor, der die europäischen Häfen auf dem Seeweg miteinander verbindet, habe ich gesprochen. Hier geht es um umweltfreundlicheren Seetransport und darum, gerade den Kurzstreckenverkehr zwischen EU-Häfen besser auszubauen. Das könnte Güter von der Straße nehmen.

Die TEN-T Days waren dieses Jahr auch privaten Investoren gewidmet, die Interesse haben, Geld in europäischer Verkehrsinfrastruktur anzulegen. Das funktioniert natürlich nur, wenn die Infrastruktur später Gewinne abwirft, wie eine Autobahnmaut oder Benutzungsgebühren für Tunnel und Brücken. Da die TEN-T Days direkt am Wasser stattfanden, konnte sich auch die europäische Binnenschifffahrt präsentieren. Zusammen mit Vizepräsident Šefčovič habe ich daher ein Schiff mit besonders umweltfreundlicher Antriebstechnologie besichtigt.

EM: Spielbesuch in Lille

Die Fußball-Europameisterschaft gehört nicht zu unserem Arbeitsfeld, aber natürlich war sie in letzter Zeit Tagesgespräch auf den Fluren des Parlaments und hat zu manchen Neckereien geführt. Einige Abgeordnete und Mitarbeiter haben auch die Nähe von Brüssel und Straßburg genutzt, um das eine oder andere Spiel in Frankreich live zu erleben. Ich bin nach Lille gefahren zum Viertelfinale Belgien gegen Wales und konnte mich dort neben den fußballerischen auch von den sängerischen Qualitäten der Waliser überzeugen lassen. Beeindruckend fand ich aber vor allem, dass – trotz leidenschaftlicher Unterstützung und Anfeuerung der eigenen Mannschaft – die Fans der beiden „Lager“ friedlich nebeneinander saßen und sogar gemeinsame Selfies mit Nationalflaggen machten. So sollte Europa sein!

Bachelor-Arbeit: Abschließendes Studienpraktikum „Marine Litter“

Nach 5 spannenden und abwechslungsreichen Monaten bei uns im Büro ist es nun an der Zeit unsere Praktikantin Sarah zu verabschieden. Von Februar bis Juni hat Sarah, die in den Niederlanden studiert, bei uns ein Praktikum der besonderen Art beendet und zwar hat sie begleitend zu eigentlichen Praktikumstätigkeiten ihre Bachelorarbeit über 'Marine Litter', also dem Müll im Meer geschrieben.

Da ein Schwerpunkt meiner Arbeit im Bereich der integrierten Meerespolitik liegt und ich zudem Präsidentin der maritimen interfraktionellen Arbeitsgruppe Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (Searica) bin, organisieren wir im September 2016 zu diesem wichtigen Thema auch eine Konferenz im Europäischen Parlament.

Der größte Anteil des Meeressmülls ist nämlich Plastik und da es ein sehr langlebiges Material ist, zerfällt es nach und nach durch Wellenbewegung und Sonneneinstrahlung in immer kleiner werdende Mikropartikel, auch 'Mikroplastik' genannt. Es wird geschätzt, dass jedes Jahr rund 8 Millionen Tonnen Plastik in die Ozeane gelangen und jährlich mehr als 100 000 Meeressäuger und 1 Millionen Vögel sterben, da sie sich im Plastikmüll verheddern oder Plastikteile mit Nahrung verwechseln. Einer Studie der 'Ellen MacArthur Foundation' zu Folge, könnten die Weltmeere im Jahr 2050 mehr Kunststoffe als Fisch enthalten, wenn wir so weitermachen wie bisher.

Wie Sie sehen, ist es ein außerordentlich wichtiges Thema und deswegen fanden wir es auch sehr spannend, ein arbeitsbegleitendes Praktikum zu diesem Thema anzubieten. Während ihrer Zeit bei uns im Büro in Brüssel war es Sarah möglich, bei verschiedenen Konferenzen zu diesem Thema teilzunehmen und hautnah mitzuerleben, wie Experten aus Wissenschaft, Industrie, Politik und NGOs über das Thema diskutieren.

Nach Abgabe ihrer Arbeit an ihrer Universität in den Niederlanden hat Sarah dann ihre Ergebnisse in einer ausführlichen Präsentation unserem ganzen Team vorgestellt. Wir würden uns freuen, wenn sie es trotz Praktikums- und Studiumsende dann auch persönlich zu der von Searica organisierten Konferenz zu Marine Litter am 6. September im Europäischen Parlament schafft. Für die Zukunft hoffe ich, dass das Thema auch weiterhin ergiebig behandelt wird, da unsere Meere ein breites Spektrum an Möglichkeiten und Herausforderungen darstellen, die dringend in einen integrierten, länderübergreifenden Kontext gebracht werden müssen.

IV. Europa unter der Lupe

Subsidiaritätsprinzip: Schlüssel für ein besseres EU-Verständnis

Das Subsidiaritätsprinzip ist ein ebenso wichtiges wie umstrittenes Prinzip der EU. Wichtig ist es, um die Akzeptanz und Legitimität der europäischen Institutionen in den Mitgliedstaaten zu sichern, denn Europa - das zeigt sich in den unterschiedlichen Kulturen und Sprachen - ist sehr vielfältig. Dementsprechend

unterscheiden sich auch die Rahmenbedingungen für die Politik von Land zu Land, Region zu Region und sogar von Stadt zu Stadt. Die Vielfältigkeit, die wir an unserem Kontinent so schätzen, erschwert aber auch die politischen Handlungen. Aus diesem Grund hat man sich vertraglich darauf geeinigt, dass die EU nur dann Einfluss nehmen soll, wenn ein bestimmtes Problem nicht besser oder gleichwertig auf nationaler, regionaler oder kommunaler Basis gelöst werden kann. Mit anderen Worten: Nach dem Subsidiaritätsprinzip soll eine (staatliche) Aufgabe soweit wie möglich von der unteren Ebene bzw. kleineren Einheit wahrgenommen werden. Die Europäische Gemeinschaft darf nur tätig werden, wenn die Maßnahmen der Mitgliedstaaten nicht ausreichen und wenn die politischen Ziele besser auf der Gemeinschaftsebene erreicht werden können. Ein Beispiel dazu: die Wasserversorgung vor Ort ist eine kommunale Aufgabe, aber die Wasserqualität ist EU-weit geregelt, ebenso wie die Klimapolitik – und das macht so auch Sinn.

Das Subsidiaritätsprinzip, ganz im Sinne von „Einheit in Vielfalt“, ist eines der wichtigsten Prinzipien der EU. Doch so logisch es sich anhört, es ist häufig umstritten und war auch beim britischen Referendum Thema. Letztendlich geht es nämlich um Einfluss und Geld, und da hat naturgegeben jeder gern das letzte Wort. Zudem ist es rechtlich gesehen ein dehnbarer Begriff, der unterschiedliche Interpretationen zulässt. Die Mitgliedstaaten können bei Gesetzesvorschlägen aus Brüssel Subsidiarität, also eigene Zuständigkeit, einklagen, wenn sie in dem Vorschlag keinen europäischen Mehrwert sehen. Diese Möglichkeit ist gut und wichtig, um zu verhindern, dass die europäische Kommission im Übereifer überreguliert. Das Beispiel der Bewältigung der Flüchtlingskrise zeigt aber auch die Tücken. Während die EU argumentiert, dass eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen nach Quoten dafür sorgt, dass die Verwaltung in den einzelnen Ländern entlastet werden (sozusagen ein europäischer Mehrwert), sagen einige Mitgliedstaaten es ist nicht im Interesse ihrer Bürger und würde die Situation im eigenen Land verschlechtern (hat also Nachteile). Das Subsidiaritätsprinzip ist hier ein Fallstrick, der eine einheitliche Lösung verhindert. Im Grunde drehen sich aber fast alle Debatten in der EU um solche Kompetenzfragen, daher ist ein besseres Verständnis des Subsidiaritätsprinzips gleichbedeutend mit einem besseren Verständnis der EU.

V. Terminvorschau

9.7.	Frankfurt-Main	Bundesvorstand Liberale Frauen
11.-14.7.	Brüssel	Ausschüsse
18.-21.7.	Mecklenburg -V. Rostock, Schwerin,	Küstentour mit Terminen in Wismar, Warnemünde, Görslow und Rügen
3.8.	Leer	Gespräche mit Landrat und Landvolk
3.8.	Papenburg	Meyer-Werft, Emsachse
4.8.	Seevetal	Unternehmerfrühstück Logistik
4.8.	Lüneburg	Logistikunternehmen Hiller
4.8.	Suhldorf	Agrarpolitik
4.8.	Celle	FDP-Abendveranstaltung
5.8.	Oldenburg	Video "Europa im Gespräch", Europa-Union

6.8.	Westerstede Groß	Integration von Schutzsuchenden, mit Bürgermeister
8.8.	Langenhagen	Besuch DB Schenker
9.8.	Springe	Gespräch mit Bürgermeister Springfeld
12.8.	Langenhagen	Firmenbesuch Fertigbau
12.8.	Hannover	Gespräch Rail-Runner
12.8.	Burgwedel	FDP-Hoffest

Ihre Gesine Meißner

Sondernewsletter: Sommer 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

Trotz der parlamentarischen Pause in Brüssel konnte ich mich noch nicht ausruhen, denn eine mehr als zweiwöchige „Sommertour“ in Deutschland stand auf dem Programm. In der ersten Woche führte mich meine Reise nach Mecklenburg-Vorpommern an die deutsche Ostseeküste. Dort unterstützte ich die FDP-Spitzenkandidatin Cecile Bonnet-Weidhofer und ihre Kollegen im Vorfeld der anstehenden Landtagswahl. Meine Termine bei verschiedenen Betrieben und Forschungseinrichtungen haben mir einmal mehr gezeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern ein Land mit vielen Chancen ist. Darauf gilt es aufzubauen. Das klappt natürlich am besten mit einer zukunftsorientierten und innovationsfreundlichen FDP im Schweriner Landtag!

Nach der spannenden Woche in M-V ging es in meine Heimat Niedersachsen, wo ich verschiedene Diskussionen mit engagierten Bürgern, Landwirten, Unternehmern und Bürgermeistern führen konnte - unter anderem gab es auch ein Heimspiel in meinem Geburtsort Uelzen. Auf das Thema Brexit wurde ich regelmäßig angesprochen. Meine Einschätzungen zu diesem und anderen Themen finden sie in diesem

Sondernewsletter – wie auch Eindrücke von einem „Höhenflug“ besonderer Art. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen und einen erholsamen Sommer!

I. Küstentour in Mecklenburg-Vorpommern

Logistikfrühstück in Wismar

Zu Beginn meiner Tour diskutierte ich gemeinsam mit Cecile Bonnet-Weidhofer und Vertretern des Landesverbandes des Verkehrsgewerbes über den Logistikstandort Mecklenburg-Vorpommern. Präsident Kröger erläuterte, wie wichtig die Logistikbranche nicht nur für den Norden Deutschlands ist und dass faire Spielregeln, die europaweit gelten und einen vernünftigen Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt ermöglichen, für Logistiker unabdingbar sind – eine Einschätzung, die ich voll und ganz teile. Dies gilt insbesondere beim Mindestlohn für Lkw-Fahrer oder neuen Regelungen bei der Maut. Themen, die im Europäischen

Parlament immer wieder hochkochen. Deshalb setze ich mich unter anderem für die einheitliche Anwendung von Vorschriften und Standards innerhalb der EU ein, damit fairer Wettbewerb stattfinden kann, der nicht zu Lasten der deutschen Industrie geht. Thema war aber auch vieles andere: Der „Metroplan“ für den europäischen Binnenmarkt mit den 9 Verkehrskorridoren, EU-Fördermittel für den Ausbau dieser Infrastruktur, Lang-LKW und verlängerte Sattelaufleger – beides kann den Warentransport erheblich effizienter und umweltfreundlicher machen – und auch wünschenswerte Flexibilisierung bei den Lenk- und Ruhezeiten. Ich habe darauf hingewiesen, dass uns ab Jahresende in Brüssel das sogenannte „Road-Package“ - verschiedene Gesetzesüberarbeitungen zum Straßenverkehr – beschäftigen wird. Spätestens dann gibt es für mich sicher wieder erneuten Gesprächsbedarf mit der gesamten Logistikbranche.

Impulsgebende Forschung am Ostseeinstitut und an der Universität Rostock

Im Rahmen meines Einsatzes für die integrierte Meerespolitik wird die Ostsee regelmäßig thematisiert, denn sie macht ganze zehn Prozent der Fläche Europas aus und an ihren Küsten leben 85 Millionen Menschen. Daher war es mir ein besonderes Anliegen, das renommierte Ostseeinstitut zu besuchen, auf deren Forschung in den Bereichen Physik, Chemie, Biologie, Ozeanographie und Geologie wir uns bei unserer politischen Arbeit oft beziehen. Gerade hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzielle Unterstützung für die Küstenforschung für Nord- und Ostsee über die nächsten drei Jahre verabschiedet. Jetzt liegt es an uns, ein EU-Netzwerk zur Küstenforschung aufzubauen, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Finanzierung zu sichern. Dieses Anliegen wurde auch auf Seiten des Ostseeinstituts nochmals unterstrichen oder wie Prof. Dr. Barthmann, Direktor des Instituts, es nannte: „Europäische Schützenhilfe ist von Bedeutung“. Einige Anrainerstaaten sind nämlich finanziell klamm und daher bei finanziellen Zugeständnissen zögerlich. Damit die EU aber ihre Vorreiterrolle im Bereich Klima und Meer behält, muss investiert werden. Wünschenswert wäre beispielsweise ein Forschungsschiff für die Ostsee, aber die Anschaffungskosten würden sich auf 20-25 Millionen Euro und tägliche Betriebskosten von 8.000 Euro belaufen. Als anschauliches Beispiel der Arbeit des Instituts wurde mir das BaltCoast-Projekt von Dr. Schernewski vorgestellt, bei dem Muschelfarmen (Zebamuscheln) zur Reinigung der Gewässer eingesetzt werden. Diese Muscheln nehmen Nährstoffe und Algen auf und hinterlassen klares Wasser. Die Muscheln können später Verwendung als Tierfutter (zugelassen als ökologisches Futter, da kein Zusatz) finden. Ein beeindruckendes Beispiel für ökologische Aquakultur.

Von Seiten des Instituts wurde weiterhin erwähnt, dass die Beziehungen zum Land MecklenburgVorpommern ausbaufähig seien, denn in anderen Bundesländern liefere der Austausch zur Forschung besser. Zudem müssen die Langzeitdatensammlungen verbessert werden. Als Beispiel für das Vermüllungsproblem wurde Mikroplastik genannt: Synthetische Polymere sind nicht schnell zersetzbar und die Wissenschaft weiß noch zu wenig über Mikroplastik (z.B. über Zerfallszeiten), um diese richtig bewerten zu können und den Einfluss auf die Umgebung zu untersuchen. Sehr beeindruckend fand ich die Präsentation eines

großen Touchscreens, auf dem Vorgänge in der Ostsee zu speziellen Fragen (Wind, Wellengang, Wasserqualität) über Jahre hinweg verfolgt und die Ergebnisse aufgerufen werden können - auch die "Todeszonen", die sich im Laufe der Zeit wieder erholen bzw. verschieben können.

Insgesamt war das ein hochspannender Besuch, in dem mir in kürzester Zeit enorm viel gezeigt wurde!

Um meinen Tag mit Forschungsschwerpunkt abzurunden, besuchte ich außerdem die Forschungsabteilung der Universität in Rostock. Als relativ kleine Uni wird hier ein interdisziplinärer Ansatz verfolgt, der "Kreativität" erfordert. Von den 14.000 Studenten kommen über 50 Prozent nicht aus Mecklenburg-Vorpommern. Von der EU werden drei Forschungsbereiche zu den Themen Quantenmechanik, Mobilität, sozialen Herausforderungen gefördert. Die Universität ist trotz ihrer Größe ein wichtiger Impulsgeber - auch in Mobilitätsfragen, zum Beispiel mit Bezug auf autonom agierende Wasserfahrzeuge.

Flusskreuzfahrtschiffe Made in Germany: Besuch der Neptunwerft in Warnemünde

Am nächsten Morgen ging es weiter nach Warnemünde zur Besichtigung der Neptunwerft. Das Traditionsunternehmen gehört inzwischen zur Meyer Werft, die in Papenburg die bekannten Kreuzfahrtschiffe baut, und sich ebenfalls auf Kreuzfahrtschiffe spezialisiert hat, allerdings von der kleineren Sorte. Die Neptunwerft baut seit 2002 Flusskreuzfahrtschiffe und die Auftragsbücher sind bis über 2020 hinaus voll. Auch Spezialschiffe wie Fähren oder gasbetriebene Schiffe werden gefertigt. Damit hat die Neptunwerft nach den schwierigen Wende-Jahren eine profitable Nische im europäischen Schiffbau gefunden, der sich gegenüber der asiatischen Konkurrenz weiterhin schwertut. Ein Problem für die langfristige Planung ist allerdings, dass die Werft nur drei feste Kunden hat, die regelmäßig Schiffe in Auftrag geben, wie mir der Geschäftsführer Raimon Strunck erklärte. Mit ca. 500 Mitarbeitern und 60 Auszubildenden ist die Werft ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. Günstig ist auch, dass sich einige Zulieferer für die Werft direkt nebenan angesiedelt haben wie der Motorenhersteller Caterpillar.

Mitgenommen habe ich von diesem Besuch auch, dass das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP für die Neptunwerft eine große Chance wäre. Der amerikanische Schiffsverkehr-Markt ist für ausländische Produkte nämlich völlig abgeschottet. Nur in Amerika gebaute Schiffe mit amerikanischer Besatzung dürfen zwischen US-Häfen fahren. Selbst für in Europa gemachte Reparaturen an einem amerikanischen Schiff müssen bei der Rückkehr in die USA hohe Strafzölle bezahlt werden. Für die Neptunwerft ist der US-Markt damit völlig verschlossen. So wie die beiden Kandidaten Trump und Clinton sich allerdings gerade im US-Präsidentenwahlkampf äußern, stehen die Chancen schlecht für TTIP.

Bei einem anderen Punkt konnte ich vielleicht weiterhelfen. Wie Herr Strunck mir berichtete, gibt es derzeit zu lange Wartezeiten bis neue Schiffe oder auch Umbauten von den deutschen Behörden geprüft und zugelassen werden. Das behindert natürlich nicht nur die Arbeit der Neptunwerft, sondern auch aller anderen

Unternehmen in diesem Sektor. Zuständig für die Genehmigungsverfahren ist die Zentralstelle Schiffsuntersuchungskommission in Mainz, wo es offenbar an qualifizierten Schiffbauingenieuren fehlt. Ich habe mich daraufhin mit dem zuständigen rheinland-pfälzischen Staatssekretär Andy Becht (FDP) in Verbindung gesetzt, er wird sich darum kümmern.

Austausch mit der Wirtschaft bei maritimem Lunch und IHK-Jahresempfang in Schwerin

Die Werftbesichtigung war ein guter Anknüpfungspunkt für das anschließend stattfindende Mittagsgespräch mit Zulieferern und Vertretern aus der maritimen Wirtschaft, an dem Hr. Strunck (Neptunwerft), Prof. Dr. von Lukas (Uni Rostock) - „Erfinder“ des oben erwähnten Touchscreens“, Ragnar Schwefel (VSM), Hr. vom Baur (FDP), und Dr. Falck von Seeck (Maritimes Cluster Nord./M-V) teilnahmen. Bei dem engagierten Austausch wurde über allgemeine maritime Themen, Schwefellimits in der SECA-Zone für Schiffe in Nord- und Ostsee, "green shipping" sowie Potentiale der maritimen Wirtschaft (mein Intergroup-Thema) gesprochen. Eindeutiges Fazit war, dass eine Zusammenarbeit aller "Player" im Rahmen der integrierten Meerespolitik notwendig und sinnvoll ist.

Einen guten Abschluss des Tages stellte der Jahresempfang der IHK Schwerin dar, bei dem die Flüchtlingsthematik im Mittelpunkt stand, denn 54 % der Unternehmer geben Fachkräftemangel als Hauptproblem an und sprachen sich für ein schnelles Einwanderungsgesetz aus, genau wie wir Freien Demokraten. Deshalb ist die IHK auch sehr aktiv, um die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt zu beschleunigen. Bezüglich des Fehmarn-Belt-Tunnels wurde betont, dass das Projekt nicht nur der Metropolregion Hamburg zu Gute kommt, sondern eine genauso große Chance für West-Mecklenburg darstellt.

Hotelgewerbe beklagt sich über zu viel Bürokratie

Ausufernde Bürokratie, immer neue Regeln und kontraproduktive Ideen können dem Hotelgewerbe schnell das Leben schwermachen. Dies wurde auch beim Gespräch mit dem DeHoGa Präsidenten Guido Zöllick, Hauptgeschäftsführer Matthias Dettmann sowie René Domke, Sebastian Bergs, Michael vom Baur und mir (alle FDP) deutlich. Regelungen wie die Hygieneverordnung und die Allergenkennzeichnung wurden bei der Umsetzung in deutsches Recht teilweise noch verschlimmbessert. Eine unbürokratische, aber für Allergiker transparente Lösung mit bunten Punkten, wie sie momentan in Finnland angewendet wird, könnte europaweit zur Nachahmung dienen. Auch beim Wettbewerb zwischen dem traditionellen Gaststättengewerbe und neuen Angeboten wie zum Beispiel Airbnb bedarf es einer Anpassung. Wettbewerb belebt das Geschäft, aber nur wenn man sich auch auf Augenhöhe begegnet. Es sind keine fairen Bedingungen, wenn Hotels zahlreichen Regulierungen und Vorschriften unterworfen sind und private Anbieter nur einem Bruchteil davon. Gut wäre ein integrierter, europäischer Ansatz, der traditionelle Unternehmen zukünftig wie Airbnb behandelt und nicht anders herum.

Fischerei in Mecklenburg Vorpommern: Verband und Wirtschaft plädieren für bessere Regulierung

Zusammen mit Cécile Bonnet-Weidhofer, Spitzenkandidatin der FDP in M-V, und Daniel Bohl, Mitglied des FDP-Landesvorstandes und agrarpolitischer Sprecher, besuchte ich die Geschäftsstelle des Landesangelverbands Mecklenburg-Vorpommern - seines Zeichens zweitgrößter Verband in M-V. Hauptsächliche Themen waren die Managementplanung in der Allgemeinen Wirtschaftszone, denn das darin geplante generelle Verbot der Angelfischerei ist noch nicht vom Tisch sowie weitere mögliche Einschränkungen der Freizeitangler in den Natura 2000 Gebieten. Bei den möglichen Einschränkungen sollten die wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte gleichermaßen betrachtet werden, schließlich ist die Freizeitfischerei mit 6,5 Milliarden Euro Umsatz in Deutschland und zudem 50 000 Arbeitsplätzen nicht zu verachten. Präsident Dr. Brillowski hob hervor: „Ein grundsätzliches Verbot ist keine Lösung“. Eine schlaue Regulierung ist notwendig. Ein gutes Beispiel liefert die Kormoranplage: Der Kormoran fängt erheblich mehr Fische als die Fischer, muss aber - im Gegensatz zu denen, denen er die Arbeitsgrundlage "klaut" - „keine Pacht zahlen“. Vorschlag: als Lastenausgleich müsste Fischern da, wo Kormorane ihr Unwesen treiben, die Pacht erlassen werden. Am besten wäre eine Jagderlaubnis für Kormorane, die aber unter Schutz stehen und sich kräftigt ausbreiten. Wie Daniel Bohl ganz richtig zusammenfasste: Man muss die Natur für den Menschen schützen, nicht vor ihm.

Im Anschluss besuchte ich einen Fischereibetrieb in Prignitz, der seit beeindruckenden 300 Jahren in Familienhand liegt. Aktuell besteht deren Aktivität zu 50 Prozent aus Fischerei und 50 Prozent aus Tourismus. Gerade aus EU-Perspektive ist das interessant, da Fischereitourismus in Brüssel ein vielbesprochenes Thema ist, um die Einnahmequellen der Fischer zu erweitern. Über den Europäischen Förderfonds kann Geld bezogen werden, allerdings wurde mir gesagt, dass es zahlreiche Probleme gäbe, da Bauen im Außenbereich (auch Ausbau der bestehenden Gebäude für Tourismus) u.a. wegen Auflagen Brandschutz, nicht erlaubt ist. Eine Bundesratsinitiative dazu wäre sinnvoll, denn sie beträfe in M-V 30 Betriebe, bundesweit ca. 500. Außerdem kam zur Sprache, dass Fischer eigentlich vom Land bezahlt werden müssten, denn sie führen ein Ranger-Dasein, indem sie die Natur und Seen schützen. Fischer haben starke Auflagen und strenge Kontrollen, bekommen jedoch keinerlei Entschädigung.

Stahlteile aus Stralsund in Abu Dhabi: Besuch von Formstaal/Ostseestaal

Ähnlich wie schon bei der Neptunwerft in Warnemünde habe ich auch bei meinem Besuch der Schwesterunternehmen Formstaal/Ostseestaal in Stralsund gesehen, wie Betriebe in MecklenburgVorpommern es geschafft haben, sich an die aktuelle Wirtschaftslage anzupassen. Vor zehn Jahren wurden noch hauptsächlich Metallteile für den Schiffbau produziert. Schiffe bestehen ja zu einem großen Teil aus Stahl. Auch wenn das Unternehmen immer noch zu den größten maritimen Zulieferern in

der Region zählt, hat sich das Geschäftsmodell mit dem Niedergang der europäischen Werften diversifiziert. Heute werden auch Bauteile für Windanlagen und Turbinen (z.B. Rotorblätter) gefertigt oder für Gebäude wie z.B. für den Porsche-Pavillon in der Autostadt Wolfsburg oder das Bridge-Marina Hotel in Abu Dhabi.

Sorgen macht Betriebsleiter Uwe Husmann das Brexit-Votum in Großbritannien. Wie werden die britischen Kunden reagieren und wird der Export nach England weiterhin unproblematisch sein oder mit teuren Zöllen belegt? Diese Fragen stellen sich natürlich derzeit viele deutsche Unternehmen, die Unsicherheit ist Gift für die europäische Wirtschaft. Ein weiteres Problem, das ich bei meiner Reise nicht nur von Herrn Husmann gehört habe, ist der Nachwuchsmangel. Die Belegschaft ist im Durchschnitt 55 Jahre alt, immer weniger Lehrlinge bewerben sich. Deswegen versucht das Unternehmen, vermehrt mit Schulen zusammenzuarbeiten und auch die Ausbildung von Schiffbauingenieuren in der Fachhochschule Stralsund zu stärken.

Austausch mit dem Arzneimittelhersteller Riemser Pharma aus Greifswald

Angesichts der kürzlich abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen zu Medizinprodukten, an denen ich als Schattenberichterstatterin für die Liberalen teilgenommen habe, war es mir ein besonderes Anliegen den Arzneimittelhersteller Riemser Pharma mit Herrn Jantsch, Frau Mauritz und Herrn Wulff zu besuchen. Das Greifswalder Unternehmen beschäftigt 230 Mitarbeiter und produziert Humanarzneimittel und Medizinprodukte und hat ca. 300 Zulassungen (für ca. 60 Präparate) weltweit. Das Unternehmen ist der einzige Anbieter von Anti-Tuberkulose-Produkten in Deutschland, was angesichts möglicher neuer Fälle von Tuberkulose durch die Flüchtlingskrise durchaus relevant ist. In diesem speziellen Fall wird aber ein Problem ganz deutlich: Das Unternehmen muss bei der Produktion in Vorleistung gehen, aber die Medikamente verfallen nach maximal drei Jahren und müssen dann entsorgt werden. Dabei entsteht ein großer finanzieller Schaden, wenn sie nicht benötigt werden. Als besonderes EU-Problem wurde die Kennzeichnungspflicht genannt, die für kleinere Unternehmen ein Problem darstellt. Das war Wasser auf meine Mühlen: Schon seit längerem setze ich mich für eine maßvolle Verpflichtung in Brüssel ein. Riemser Pharma produziert auch innovative Medizinprodukte, z.B. einen batteriebetriebenen Stift gegen Insektenstiche, spezielle Eiweiß-zersetzenden Lippenstifte gegen Herpes und vieles mehr. Ein interessanter Besuch!

II. Termine in Niedersachsen

Düngeverordnung war Thema in Leer

Die Düngeverordnung erregt die Gemüter, und das zu Recht. Das wurde als Hauptthema – erst beim Landrat, dann beim Landvolkkreisverband - beim Austausch in Leer mit den Liberalen Arnold und Johanna Venema, Carl-Friedrich Brüggemann, Paul Vosseler und Sven Dirksen, deutlich. Es ist kurios, wenn den Bauern einerseits

auf einem Milchgipfel 100 Millionen Euro Hilfen zur Verfügung gestellt werden, ihnen aber andererseits durch die DüngeVO mehrere Milliarden Euro Zusatzkosten entstehen bzw. entstehen können. Die Umsetzung der Düngeverordnung sollte sich auf die Umsetzung von Vorgaben aus dem europäischen Recht beschränken. Sämtliche darüber hinaus gehende Verschärfungen der EU-Vorgaben bringen für deutsche Betriebe nur Wettbewerbsnachteile und unnötige bürokratische Auflagen. Wenn man die Nitratbelastung des Wassers wirklich senken will, sind ein Anreizsystem und die Zusammenarbeit mit den Landwirten viel effektiver als praxisferne bürokratische Auflagen und unnötige finanzielle Belastungen. Übrigens ist die Wasserqualität unter dem Grünland zum Teil besser als unter dem Wald. Angesprochen haben wir – wie schon bei meinem letzten Besuch im Rheiderland – auch das Gänseproblem und generell unterschiedliche Handhabung von Natura 2000-Auflagen von Deutschland und den Niederlanden im Grenzgebiet, immer zum Nachteil der niedersächsischen Milchviehbetriebe. Abhilfe und faireren Wettbewerb könnte das „Refit“, die Überprüfung von Natura 2000 und anderer Umweltgesetzgebung auf Praxisnähe und Zielerreichung, bringen, das zurzeit läuft.

Frauenprojekt in Papenburg: "Den eigenen Weg gehen"

Bei dem Termin mit Marion Terhalle und örtlichen FDP-Vertretern/innen in der Volkshochschule war das Hauptthema die Bildungsarbeit mit Flüchtlingen inklusive verschiedener Frauenprojekte. Nach dem erfolgreichen Vorgängerprojekt "Nach Elternzeit zurück in den Beruf" gibt es jetzt eine Initiative mit 30 mittelständischen Unternehmen in der Region. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung soll Frauen bei der Eigenständigkeit geholfen werden, passend dazu der Name "Den eigenen Weg gehen". Die Initiative soll Orientierung zur Weiterentwicklung bzw. zum Aufstieg im Betrieb bieten. Die Teilnehmerinnen sind zwischen 20 und 54 Jahre, unterschiedlich qualifiziert (Hauptschülerinnen bis Fachwirtin=Bachelor) und haben eine Zielvereinbarung mit Unternehmen. Es gibt sowohl Seminare als auch Einzelcoaching. Das Ganze geht über 3 Jahre und ein Einstieg ist jederzeit möglich, bietet also höchstmögliche Flexibilität. Pro Jahr finden ca. 8 Seminare statt, bevorzugt in Randzeiten wegen der Freistellung durch die Unternehmen.

Samtgemeinde Dörpen schreibt Erfolgsgeschichte

Bürgermeister Wocken aus der Samtgemeinde Dörpen im niedersächsischen Landkreis Emsland sowie der Heeder Ortsbürgermeister Pohlmann hatten positives zu berichten: bei ihnen wird bis mindestens 2030 ein Bevölkerungswachstum durch Geburten und Zuzug - begünstigt durch Platz und preiswertes Bauland - erwartet. Auch wirtschaftlich läuft es in der Gemeinde rund, unter anderem dank des Vorzeigeprojekts des Green-Energy-Parks Heede direkt neben der A31, das wir im Anschluss an die Gesprächsrunde im Rathaus Dörpen besichtigten. Wie der Name sagt, liegt der Schwerpunkt auf erneuerbaren Energien und Fotovoltaik. Ein Geothermie-Kraftwerk mit Heißwasser-Fracking ist geplant. Dafür soll ein Rohr mit 25 cm Durchmesser bis 4 km in die Tiefe verlegt werden. Es gibt dafür eine Kooperation mit der Ruhr-Uni Bochum und der Uni Groningen. Die Niederlande sind übrigens in Sichtweite und Energie aus dem Nachbarland kann hier gezogen werden

- ein exzellentes Beispiel für ein erfolgreiches, grenzüberschreitendes Kooperationsprojekt. Hinsichtlich des Geothermie-Werks läuft gerade eine Prüfung vom Bergbauamt, danach kann es hoffentlich losgehen. Erfreut zeigten sich die Bürgermeister, dass für die FDP gleich zwei Kandidatinnen, Alina Brunnen und Dr. Antje Siuts, bei der Kommunalwahl antreten, da zurzeit leider im Rat nur eine Frau vertreten ist.

Logistik-Tag bei Firma STS in Seevetal und Spedition Hiller in Lüneburg

Logistikthemen waren auf meiner Sommertour dieses Jahr ein Schwerpunkt. Kein Wunder, denn Deutschland ist ein zentrales Transitland für alle möglichen Güter innerhalb Europas. Am 4. August traf ich mich zuerst mit Unternehmern aus dem Großraum Hamburg im „Seevetaler Warenhotel“ der STSSeevetaler Transport Service GmbH. Eingeladen hatte die FDP Harburg Land mit ihrem Kreisvorsitzenden Jens Schnügger in Kooperation mit dem Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen (GVN). Der GVN war erst kurz vor der Sommerpause mit einer Gruppe Jungunternehmer zu Besuch in Brüssel, um sich über die kommende EU-Gesetzgebung im Straßengüterverkehr zu informieren. Diese waren natürlich auch Thema bei der Diskussion in Seevetal.

Die Unternehmer warnten, dass bei Schadstoffemissionen von Lkws das Ende der Fahnenstange erreicht sei. Durch die heute geltenden Euro 6 Norm konnten die Schadstoffemissionen im Vergleich zu Euro 0 um 98% reduziert werden. Dazu sind sehr hohe Temperaturen im Motor erforderlich, die wiederum den Spritverbrauch in die Höhe treiben und damit den Ausstoß von CO₂-Emissionen. Hilfreich wären deshalb der Lang-LKW und auch der verlängerte Sattelzug von 17,80m. Beide können durch ihre zusätzliche Ladekapazität mehr Ladung auf weniger LKWs verteilen. Verkehrsminister Dobrindt hatte angekündigt, dass der Lang-Lkw nach Abschluss des laufenden Feldversuchs im nächsten Jahr in den Regelbetrieb übergehen kann. Das wäre schon ein Fortschritt. Natürlich sollen die überlangen Fahrzeuge weiterhin nur auf ausgewiesenen Strecken fahren, wo die Verkehrsinfrastruktur es zulässt. Die Logistiker wünschten sich, dass beim Bau von Kreisverkehren künftig EU-weit einheitliche Standards gelten. Auch das Sonntagsfahrverbot sollte nach ihren Vorstellungen erst Sonntag früh um 6 Uhr beginnen statt schon um Mitternacht, da über Nacht sowieso nicht viel Verkehr auf den Straßen ist. Das klingt logisch. Dass die Fahrverbote innerhalb Europas für die Logistiker ohnehin ein planungstechnischer Alptraum sind, habe ich schon früh gelernt. Es gibt innerhalb der EU die unterschiedlichsten nationalen Regelungen, an welchen Tagen und zu welchen Uhrzeiten Lkws nicht fahren dürfen.

Auch bei meinem anschließenden Besuch bei der Spedition Hiller in Lüneburg ging es um die gängigen Probleme im Lkw-Verkehr. Organisiert wurde der Termin von Frank Soldan, dem Vorsitzenden des FDP Ortsverbandes Lüneburg. Die Spedition expandiert gerade, hat einen eigenen Fuhrpark mit 36 Lkws und kann auf ihrem Betriebsgelände sogar ein Gefahrgutlager anbieten. Auch wenn das Unternehmen gerade sieben Azubis ausbildet, gibt es auch hier Nachwuchsmangel. Der Altersdurchschnitt von LkwFahrern liegt bei 55 Jahren und der Beruf ist mit seinen unregelmäßigen Arbeitszeiten und langen Abwesenheiten von zu Hause nicht attraktiv.

Die Spedition Hiller spürt wie viele deutsche Fuhrunternehmen den Wettbewerbsnachteil gegenüber osteuropäischen Konkurrenten. Im europäischen Straßengüterverkehr gibt es trotz EU-Regelungen haufenweise halblegale und auch verbotene Praktiken. Das bestätigen auch die Erfahrungen der Firma Hiller. Sie sprechen von Lkw-Fahrern, die aus Rumänien und Weißrussland eingeflogen werden, um dann drei Wochen am Stück in Deutschland zu fahren. Das natürlich zu den heimatlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen und ohne die vorgeschriebenen Erholungsphasen zu Hause einzuhalten. Dabei müssten diese Fahrer in diesem Fall unter deutschem Arbeitsrecht von einer deutschen Zweigstelle aus operieren. Aber für deutsche Beamte, die ausländische Lkws auf der Autobahn kontrollieren, ist das kaum nachzuvollziehen. Die Europäische Kommission überarbeitet gerade die EU-Gesetzgebung für den Straßengüterverkehr (s. S.3). Auch wenn keine Wunderlösungen zu erwarten sind, kann man hoffentlich die Missbräuche etwas eindämmen.

Heimspiel beim Landwirtschaftstermin im Kreis Uelzen

Ich bin in Uelzen geboren und auf einem Bauernhof aufgewachsen. Deshalb habe ich mich bei diesem Termin auf dem Bauernhof des FDP-Kreisvorsitzenden Rainer Fabel in Suhlendorf auch gleich heimisch gefühlt. Obwohl mich die Landwirtschaft sehr interessiert, schaffe ich es in Brüssel aufgrund der vielen anderen Aufgaben leider nicht, die Sitzungen des AGRI-Ausschusses regelmäßig zu verfolgen. Dennoch setze ich mich, wo es eben geht, für die Belange und das Ansehen der Landwirte und des ländlichen Raumes auf EU-Ebene ein. Den Bauern wird zum Beispiel oft unterstellt, dass sie nicht auf die Umwelt achten, sondern nur ans Geld verdienen denken. Angesichts der Tatsache, dass Leben mit der Natur unverzichtbar ist, um einen Hof über Generationen bewirtschaften zu können, ist das natürlich Unsinn. Auch die Regulierungswut kam zur Sprache. Hier weise ich regelmäßig darauf hin, dass nicht ausschließlich die EU immer angeklagt werden sollte. In Deutschland werden EU-Vorgaben oft auch einfach weiter verschärft und verkompliziert. Dass dabei Vorsicht geboten ist, hat der Brexit eindrucksvoll gezeigt, da viele Bürger sich nicht zuletzt aufgrund einer wahrgenommen Überregulierung von der EU abgewandt haben.

Diskussion zu den Folgen des Brexit

Bei einem einstündigen Interview mit Adolf Schröder (Vors. Europaunion Nds), aufgezeichnet für den Oldenburger Regionalsender O1, diskutierten wir über Brexit und die Zukunft der EU: Bezüglich des Brexit hatte das Referendum unmittelbare Konsequenzen in Brüssel. UK-Kommissar Jonathan Hill, ein EU-Befürworter, trat sofort zurück, und eine gewisse Verunsicherung machte sich im Parlament breit. Briten sollen ab jetzt keine wichtigen Funktionen mehr bekleiden und auch den Ratsvorsitz nicht übernehmen. Bei EU-finanzierten Projekten wird zunächst alles so belassen. Die Frage ist, wie es ab 2020 (Ende der Förderperiode) weitergeht und ob Großbritannien finanzielle Zusicherungen einhalten wird. Zum Verfahren: Es bleibt der offizielle Brief aus London abzuwarten. Dann wird es nach Art. 50 des Lissabon-

Vertrags zwei Jahre dauern. Die Liberalen wollen einen raschen Austritt bis 2019 (also der nächsten EP-Wahl), keine Rabatte und keine Rosinenpickerei.

Die Auswirkung des Brexit ist enorm und noch gar nicht komplett absehbar. Sieben Prozent der EU-Exporte gehen nach Großbritannien, gar 50 Prozent der Exporte gehen vom UK in die EU - Druck liegt also vor allem bei den Briten. Natürlich ist Großbritannien immer ein wichtiger Partner gewesen. Allerdings hatten sie schon immer Sonderkonditionen für sich beansprucht, u.a. sogar weniger eingezahlt pro Kopf als Norwegen, das kein Mitglied ist. Für Großbritannien kann es drastisch werden: Brexit kostet die Briten laut Bertelsmannstudie im schlimmsten Fall pro Woche 1/2 Mrd. Pfund, damit erheblich mehr als zurzeit eingezahlt (137 Mio. pro Woche) wird, und das dann ohne Mitbestimmungsrecht. Ein "Braindrain" und der Abzug junger Leute durch anderen Pass kündigen sich an. Die Teilnahme am Binnenmarkt wird Großbritannien einiges kosten. Siemens hat beispielsweise in Hull (Nordost-England) viel in die Produktion von Windkraftrotorblättern investiert. BMW betreibt vier Fabriken in GB (Mini, Rolls Royce), inkl. Zulieferer sind das 50.000 Jobs. All das fällt potenziell weg.

Für Deutschland sind es natürlich auch keine guten Nachrichten. 12,8 Prozent der Autoexporte gehen nach Großbritannien. Es gibt traditionell starke Wirtschaftsverflechtung basierend auf ähnlicher Mentalität. Zwischen Nordirland und Irland gibt es 200 nicht markierte Grenzübergänge mit 30.000 Pendlern täglich. 500 km Grenze müsste neu gezogen werden. Pikant dabei: Der Irische Frieden / Karfreitagsvertrag von 1998 fußt auf offenen Grenzen (Irland und GB traten 1973 parallel der EU bei). In Niedersachsen sind rund 1500 Unternehmen mit Großbritannien verknüpft. Es gibt 200 Firmen mit Niederlassungen in Großbritannien. 8,5 Prozent des Exports gehen nach Großbritannien (Nr. 2 bzgl. Export). Ein Hauptproblem hat die City of London, inkl. der Finanzwelt, denn die Frage steht im Raum, ob diese nach Frankfurt und die Start-Ups nach Berlin umziehen.

Erlaubt sein muss auch die Frage, ob Referenden bei Entscheidungen mit solch massiven Auswirkungen das richtige Mittel sind. Schon das Referendum zum Ukraine-Assoziierungsabkommen in den Niederlanden hat gezeigt, dass leichtfertig ohne fundiertes Wissen abgestimmt wird. In Zukunft sollte man Referenden besser vermeiden, denn sie unterlaufen gegebenenfalls auch repräsentative Demokratie und werden als Protest missbraucht. Mitbestimmung bei Handelspolitik ist eindeutige EU-Kompetenz und Einmischung aller möglichen Länder und Regionen. Wie jetzt bei CETA beschlossen, schwächt die EU als Partner.

Nun ist die EU natürlich nicht perfekt. Wie kann es weitergehen? Vorschlag der Liberalen ist ein Europäischer Konvent unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments, nationaler Regierungen und nationaler Parlamentsvertreter, evtl. mit Einbeziehung der Öffentlichkeit. Eine Vertragsänderung steht ohnehin an, wegen anderer Stimmenverhältnisse nach dem Brexit. Dann kann auch gleich richtig reformiert werden (Stichworte: Zahl der Kommissare, Mehrheitsbeschlüsse, einheitlicher Sitz etc.).

In Zukunft braucht die EU ein stärkeres Parlament mit vollem Initiativrecht und besserer Kontrolle der Kommission. Bürokratie muss eingeschränkt werden, frei

nach dem Grundsatz: „Nicht mehr Gesetze, als hinterher kontrollierbar“, und immer auf der Ebene, die sinnvollerweise zuständig sein sollte. Wir brauchen einen besseren Schutz der Außengrenzen, eine bessere Kooperation bei außenpolitischen- und sicherheitspolitischen Fragen sowie bei Kriminalitäts- und Verbrechensbekämpfung, mit einem europäischen Geheimdienst. Sozialpolitik bleibt hingegen besser auf Staatenebene, allerdings mit engerem Erfahrungsaustausch und einheitlicher gegenseitiger Anerkennung. Die EU braucht zudem ein besseres Image. Hier sind insbesondere nationale Regierungen gefragt: Sie sollten die EU nicht nur in Sonntagsreden erwähnen und ansonsten nationales Brustklopfen betreiben. Wer verbal für die EU ist, muss auch danach handeln - nicht alles Unbeliebte als "aus Brüssel" und alles Willkommene als rein nationale Wohltat verkaufen...

Die Friedens- und Wertegemeinschaft muss betont und ein besseres Zusammenspiel der parlamentarischen Ebenen erreicht werden, statt sich abzugrenzen und eine Sammlung von "Herrschaftswissen" aufzubauen. Bei den Medien liegt viel zu wenig Fokus auf der EU. Sie spielt eigentlich nur bei Negativschlagzeilen eine Rolle und Journalisten haben häufig keine Ahnung von der EU. Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Daher eine generelle Aufforderung: Alle im Herzen wahren Europäer/innen müssen noch viel lauter werden!

Westerstede: Blütenmeer und gute Integrationsarbeit

Mein letzter Besuch bei dem liberalen Bürgermeister Klaus Groß in Westerstede war während der Rhododendronblüte, damals war der gesamte Rathausvorplatz ein einziges Blütenmeer. Dieses Mal waren Platz und Blumenpracht übersichtlicher, aber immer noch sehr vorzeigbar - kein Wunder, dass der Bürgermeister Vorsitzender der "Entente florale" ist, in der sich mehrere europäische Städte mit ähnlichem Faible zusammengeschlossen haben. Der Bürgermeister empfing mich in seiner Amtsstube mit historischem Flair: an der Wand hängt ein Bildnis seines Schwiegervaters, selbst früher Westerstedes Bürgermeister und später Landtagsabgeordneter, und dessen schöner alter Stuhl schmückte eine Ecke des Raumes.

Nach kurzem Austausch über die aktuelle politische Lage in Europa geleitete mich der Bürgermeister zu einer Gesprächsrunde zum Thema "Integration", zu der der FDP-Ortsverband eingeladen hatte. Neben zwei Integrationslotsinnen und einer Lehrerin berichteten mehrere Asylsuchende/ Schutzbefohlene aus Afghanistan, Iran und Albanien, darunter auch ein 13-jähriges Mädchen, über ihre Erfahrungen.

Westerstede hat 30 Integrationslotsen und im Ammerland gibt es sehr aufgeschlossene Behördenvertreter, aber das reicht nach übereinstimmender Meinung bei weitem nicht aus. Die Asyl- und Anerkennungsverfahren dauern viel zu lange: Ali, der als Musiker schon einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt hat und gut deutsch spricht, wartet bislang vergeblich auf seinen blauen Pass; ein Anderer möchte eine Ausbildung zum Altenpfleger beginnen, muss aber erst anerkannt werden. Vor Ort gibt es viele Baumschulen, die Arbeitskräfte suchen, es könnte also eine "win-win-Situation" geben. Klar ist: wir brauchen nicht nur ein Integrationsgesetz, wie kürzlich endlich in Berlin verabschiedet, sondern ein

Einwanderungsgesetz. Und statt einer Willkommenskultur brauchen wir endlich eine Integrations- und Weiterkommenskultur, mit Rechten und Pflichten, ohne Parallelgesellschaften.

Antrittsbesuch beim Bürgermeister in Springe

Seit einigen Monaten amtiert in unserer Nachbarkommune Springe, auch am Deister gelegen, der liberale Bürgermeister Christian Springfeld. Jetzt fand ich endlich Zeit zu einem offiziellen Antrittsbesuch.

Die Bürgermeister im Calenberger Land tauschen sich regelmäßig aus, denn die Probleme der Gemeinden im südlichen Umland von Hannover sind sehr ähnlich. Die Runde war Ende letzten Jahres auf meine Einladung hin zu Besuch im Europaparlament in Brüssel, allerdings damals noch ohne den Springer Bürgermeister. Gemeinsamkeiten fanden wir vor allem beim Thema Kinderbetreuung, das ihn, Vater von 4 kleinen Kindern, genauso beschäftigt wie mich. Wir teilten die Einschätzung, dass andere europäische Länder bessere Konzepte haben als Deutschland, wo gerade auch bei der Hortbetreuung noch große Lücken klaffen und Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschweren. Außerdem sehen wir beide Handlungsbedarf aus Berlin: es kann nicht sein, dass verpflichtende Kinderbetreuung - die wir beide begrüßen - gesetzlich vorgeschrieben wird, die Kommunen das dann aber allein finanzieren müssen. Aber auch andere Themen, gerade Politik aus Brüssel für den ländlichen Raum - Landwirtschaft, Umweltschutz, Forstwirtschaft - werden unseren künftigen Kontakt bestimmen.

Hoffest in Burgwedel: Gute Stimmung trotz schlechtem Wetter

Traditionell findet nach Ende der Ferien immer das Sommerfest der Burgwedeler Liberalen auf dem Hof Gremmel statt - optimalerweise natürlich im Freien, aber immer auch mit reichlichen Sitzgelegenheiten in der Scheune. Verpflegung und Stimmung waren gut wie immer, auch wenn Petrus nicht mitspielte und wir mit Schauern zu kämpfen hatten. Die Burgwedeler sind mit einem gemischten Team aus jung und alt, männlich und weiblich für die Kommunalwahl im September gut gerüstet. Ich war eingeladen, um über aktuelle Politik in Europa zu berichten - Brexit und die möglichen Folgen, aktuelle Regelungen zu Glyphosat und zum Waffenrecht, aber auch die besorgniserregenden Entwicklungen in der Türkei. Wir waren uns einig: die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei müssen umgehend auf Eis gelegt werden. Erdogans Regierung bewegt sich immer weiter weg von europäischen Werten, von Wahrung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Menschenrechten. Deutschland braucht dringend ein Einwanderungsgesetz und die EU solidarische Konzepte zu Asyl und Migration.

Railrunner: Aussichtsreiche Technologie zur Entlastung der Straße

Es war nicht das erste Mal, dass ich mit Herrn Oswald von GoMultimodal zusammentraf, der sich seit langem für den Einsatz der Railrunner-Technologie auf

der Schiene - in den USA bereits seit längerem erfolgreich - in Europa stark macht. Dieses System (ich habe schon in einem früheren Newsletter darüber berichtet) ermöglicht es, durch Kopplungselemente Sattelaufleger - die sonst per LKW auf der Straße unterwegs sind - und Waggons verschiedener Ausmaße auf die Schiene zu bringen und damit ganz individuelle Züge zusammenzustellen, ohne Extra-Waggons.

Ein erster Erfolg: ab Beginn 2017 ist Railrunner von der europäischen Eisenbahnbehörde ERA offiziell zugelassen. Die Testphase wird zum Jahreswechsel 2016/17 auf der Strecke Wolfsburg-Bratislava mit VW eingeläutet. DEKRA wird das Projekt begleiten mit einem Monitoring, das Umweltauswirkung, Lärm, Wirtschaftlichkeit, Verschleiß u.a. erfasst und bis 2018 auswertet. Kooperationspartner ist das Eisenbahn-Testzentrum VUKV in Prag. Ab März 2018 soll die Betriebsvorlaufphase mit Dauerbelastung in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg erfolgen. 2018/19 sollen dann die ersten Railrunner-Züge im Regelbetrieb fahren.

Ambitioniertes Ziel: bis 2025/26 sollen ca. 700.000 LKW-Ladungen auf die Bahn, verteilt auf 1.100 Züge pro Tag in Europa, davon 260 in Deutschland. Große Vorteile könnte das Modell auch für den ländlichen Raum und landwirtschaftliche Produkte bringen: per LKW kann direkt am Feld aufgeladen und die Fracht zur nächstgelegenen Schienenverbindung gebracht werden. Denkbar ist, dafür einige stillgelegte aber noch vorhandene Strecken wieder zu ertüchtigen.

Weiteres Plus des Konzepts: Die Züge sind sehr leise, nicht lauter als ein Binnenschiff, versicherte mir Herr Oswald. Ich werde die weitere Umsetzung gespannt verfolgen und unterstützen. Alle reden davon, mehr Warentransporte auf die Schiene zu bringen, da ist es nur konsequent, Innovationen zu befördern (selbst wenn die Deutsche Bahn nicht ganz glücklich darüber ist).

III. Sonstiges

"Über den Wolken"... Mitflug im Cockpit Frankfurt-Algier und zurück

Wussten Sie schon, dass die Flugzeuge über Europa wegen der vielen nationalen Flugsicherungen oft im Zickzack statt in direkter gerader Verbindung fliegen? Seit 2010 arbeite ich gemeinsam mit anderen Abgeordneten und der Kommission darauf hin, endlich einen "einheitlichen europäischen Luftraum" zu schaffen, leider bislang vergeblich (scheitert immer wieder an den Mitgliedstaaten). Direkte Routen würden Zeit, Kerosin und damit Geld sparen, wären erheblich effizienter und auch viel umweltfreundlicher, da weniger Emissionen verursacht würden.

Da ich seit langem auch mit den Fluggesellschaften darüber im Gespräch bin, konnte ich jetzt in der Parlamentspause mit Sondergenehmigung der Lufthansa als Crewmitglied im Cockpit die Strecke Frankfurt-Algier-Frankfurt mitfliegen und viele für meine Arbeit sehr wichtige Eindrücke bekommen.

Es begann morgens mit einem Briefing, der Vorbereitung auf den Flug: Am Monitor wurde Wetter und Gewicht (Maschine, Ladung, Passagiere) von Pilot und Copilot gecheckt und dann die erforderliche Treibstoffmenge in den PC eingegeben - mit Sicherheitsmenge obendrauf für mögliche Schlechtwetterumfliegung oder Zwischenlandung. Treibstoffkosten machen mehr als 40 % der Flugkosten aus (die Crew nur 5 %), daher ist die exakte Berechnung von großer Bedeutung. Auch Ausweichairports für Notfälle wurden auf Verfügbarkeit gecheckt. Nach Eingabe aller Daten folgte noch die Besprechung mit der Crew (3 Stewardessen), dann konnte es losgehen. Da Kapitän Pollocek den Hinflug übernahm, überprüfte der 1. Offizier die Maschine von außen - der Copilot ist jeweils verantwortlich für diesen Check. Auf dem Rückflug war es umgekehrt, und ich konnte mit dem Kapitän das Flugzeug von außen inspizieren und mir alles Wissenswerte erklären lassen.

Da wir noch keinen einheitlichen europäischen Luftraum (Single European Sky=SES) haben, hatten wir auf der gut 2-stündigen Strecke mehrere Flugsicherungen in kurzem Abstand "im Ohr" (Kopfhörer): Frankfurt, Karlsruhe, Zürich, Mailand, Rom, Algier, auf dem Rückflug außerdem auch noch Marseille.

Obwohl englisch offizielle Fliegersprache ist, erfolgten die Anweisungen teilweise sogar in der jeweiligen Muttersprache oder mit so starkem Akzent, dass ich Mühe hatte, alles zu verstehen. "Meine" Piloten sprachen neben Englisch aber auch Französisch und kamen daher gut klar, hoben aber hervor, dass die Kommunikation mit der Flugsicherung in Südeuropa schwieriger sei als z.B. in Skandinavien, London oder Maastricht.

Nach Landung in Algier wurde zugetankt wegen Gewitterwarnung auf dem Rückflug und eventuell nötiger Umfliegung (Sprit-Berechnung bei unserer Maschine: Flugzeit x 40 kg + Sicherheitsmenge). Spannend war es für mich, die Wolken "erklärt" zu bekommen und die Gewittertürme so klar erkennen zu können. Letztlich war aber nur eine leichte Routenkorrektur erforderlich, um stärkere Turbulenzen zu vermeiden, und wir landeten planmäßig.

Während des Flugs erfuhr ich von den Piloten, wo zurzeit besonders viel Umwege geflogen werden müssen oder ungleiche Bedingungen herrschen: in Madrid bleibt die gute Start- und Landebahn spanischen Airlines vorbehalten, die schlechtere ist für die anderen (auch das ist anscheinend Europa). Militärzonen könnten beim SES wesentlich flexibler gehandhabt werden. Ganz kurios ist der Abflug von Bilbao Richtung Frankfurt: erst Richtung Norden aufs Meer, dann zurück, entlang der Küste östlich nach San Sebastian, dann die französische Küste hoch Richtung Norden, erst danach wieder Richtung Osten, also wirklich Zickzack. Umwege gibt es aber auch innerhalb Deutschlands: Von Frankfurt darf Richtung Hamburg nur in eine Richtung gestartet werden und dann statt nach Norden weiter mit großer Schleife in "Südumfliegung", da Mainz den Überflug in 3000-4000 Fuß Höhe nicht gestattet.

Erkundigt habe ich mich auch nach dem Einsatz von Simulatoren zu Trainingszwecken. Bei der Lufthansa erfolgt dies nicht nur in der Ausbildung, sondern verpflichtend für alle Piloten, auch Flugkapitäne, 4 Mal pro Jahr, bei Langstrecken 5 Mal pro Jahr, jeweils mit anschließender Prüfung. Die Pilotengewerkschaft Cockpit, deren Vorsitzender Dirk

Pollocek ist, hält dies auch für äußerst sinnvoll und bemängelte, dass einige andere Airlines wie Ryanair das Simulatortraining nur 2 Mal pro Jahr ansetzen.

IV. Terminvorschau

5.-8.9.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
6.9.	Brüssel	Searica-Veranstaltung zu Meeresmüll
9.9.	Hamburg	Messerundgang SMM, Schifffahrt und Meerestechnik
12.-15.9.	Straßburg	Plenum, Fraktion, EMIS-Ausschuss
15.9.	Braunschweig	Currywursttreff der Jungen Liberalen
19.9.	Berlin	FDP-Bundesvorstand
20.-22.9.	Tschechien	Reise des Transportausschusses

Ihre Gesine Meißner

September 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

Leider waren die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern trotz einer sehr guten Kampagne des Teams um Spitzenkandidatin Cécile Bonnet-Weidhofer nicht von Erfolg gekrönt - die FDP hat den Sprung in den Landtag verpasst. Dafür konnten wir bei der Kommunalwahl in Niedersachsen zulegen auf landesweit 4,8%, in meinem Heimatort sogar auf 11,2% und im Gemeinderat auf 8%. Und Berlin? Auch hier konnten die Freien Demokraten um Sebastian Czaja überzeugen. Erfolg: 6,7% und der Wiedereinzug in das Abgeordnetenhaus - Glückwunsch! Sorge bereitet uns der ungebremste Zulauf zur AfD, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Hier müssen wir noch mehr durch überzeugende Angebote gehalten!

Die erste Plenarsitzung nach der Sommerpause stand ganz im Zeichen der Rede zur Lage der EU von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, einprägsam und mit konkreten Vorschlägen für die Zukunft der EU. Ob es der erhoffte Wendepunkt nach dem Brexit-Votum war, wird sich erst zeigen, doch kann man den jüngsten Vorstoß gegen Apples Steuerflucht als eine Art Aufbruchssignal verstehen - nach dem Motto: Die EU ist handlungsfähig in den wichtigen Fragen unserer Zeit!

Wichtig für mich waren auch die Debatten über den Abgasuntersuchungsausschuss, die Postdienste und die Binnenschifffahrt in Europa. Viel Spaß beim Lesen!

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Junckers Rede zur Lage der Europäischen Union

"Ärmel hochkrempeln und für die Europäische Union arbeiten", Kommissionpräsident Jean Claude Juncker gab sich in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union kämpferisch. Er warnte vor einem Auseinanderbrechen der Staatengemeinschaft und vor den möglicherweise katastrophalen Konsequenzen für zukünftige Generationen. Er bezog sich dabei auch auf die eigene Biographie. Sein Vater musste nämlich in den Weltkrieg ziehen und hat aufgrund der Eindrücke seinen Sohn zu einem überzeugten Europäer erzogen.

Trotzdem blieb die Rede weitgehend frei von Europa-Pathos und bezog sich auf konkrete inhaltliche Vorschläge. Der vielleicht wichtigste Vorstoß: Die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU soll deutlich aufgewertet werden, damit die EU Einfluss auf Geschehnisse in der eigenen Nachbarschaft nehmen kann. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini soll weitreichendere Kompetenzen und Einfluss bekommen. Außerdem soll die militärische Kooperation zwischen EU-Ländern verstärkt werden. Das ist gut so, denn bei großen Krisen - wie in Syrien - steht die EU meist passiv daneben, obwohl man von den Konsequenzen stark betroffen ist.

In der Vergangenheit wurden solche Vorhaben meist von den Briten blockiert. Die haben sich jedoch für einen Austritt aus der EU entschieden. Juncker ging nicht groß darauf ein, außer dass er erneut sein Bedauern äußerte und für ein baldiges Austrittsgesuch seitens der Briten warb, um die Ungewissheit zu beenden und nach vorn zu blicken. Er warb für den Investitionsfonds, der aufgestockt werden soll, um weitere wirtschaftliche Impulse zu setzen. In Infrastrukturfragen bezog sich Juncker explizit auf den Ausbau eines schnelleren Mobilfunknetzes und das Forcieren des digitalen Binnenmarkts. Kein Wort allerdings von den vielen erfolgreich abgeschlossenen und noch anstehenden Investitionen in der Verkehrsinfrastruktur, ohne die eine Verbesserung der Emissionsbilanz und der Warenströme im Binnenmarkt nicht möglich ist – die Wichtigkeit von Transport und Logistik wird leider immer stark unterschätzt! Schließlich wies der Kommissionspräsident darauf hin, dass bei den Themen Grenzschutz und Kampf gegen Steuerflucht Verbesserungen erreicht wurden. In der Tat hat die Kommission mit ihren Rückzahlungsforderungen gegen Apple im vergangenen Monat ein echtes Zeichen gesetzt.

Junckers Rede war diesmal deutlich mehr an die Mitgliedstaaten als an die anwesenden Europaabgeordneten gerichtet. Das ist angesichts des Brexit und der Streitigkeiten zwischen verschiedenen Regierungen nicht überraschend. Es war klug, denn Europa muss mit Hilfe der Regierungschefs aus dem Teufelskreis der Krisen ausbrechen und den Eindruck der Dauerkrisen loswerden. Man hat richtig erkannt, dass die EU Akzeptanz bei den Bürgern zurückgewinnen muss. Die Legitimität der EU fußt auf einem Wohlstandsversprechen und diesem muss die EU wieder gerecht werden. Außerdem darf nicht der Eindruck entstehen, die EU sei auf dem absteigenden Ast. Aus diesem Grund war Junckers Rede gut, da er konkrete Maßnahmen vorschlägt um den Spieß umzudrehen. Ich finde: Der Druck auf ihn war

groß, aber er hat ihm standgehalten. Ob es der erhoffte Wendepunkt war, wird sich erst noch herausstellen.

In der anschließenden breit angelegten Diskussion fand ich zwei Beiträge besonders bemerkenswert: Unser ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt ermahnte Juncker, den Stabilitätspakt nicht aufzuweichen – sehr wichtig, denn sonst wird die Glaubwürdigkeit der EU zu Recht in Frage gestellt! - und neben der gemeinsamen Außen-, Sicherheits-, Asyl- und Einwanderungspolitik auch den Austausch der nationalen Geheimdienste bis hin zu einem europäischen CIA zu forcieren. Und der EVP-Fraktionsvorsitzende Weber richtete sich besonders an den Rat.“ Erklärt euren Bürgern, wozu ihr in Brüssel gestimmt habt, und hört auf mit diesem billigen Populismus.“ Dem stimme ich voll zu – wenn die nationalen Regierungen die gemeinsam beschlossenen Projekte „zu Hause“ als positives gemeinsames Handeln der EU bewerben würden, statt sich davon abzugrenzen, auf „Brüssel“ zu schimpfen und damit Wasser auf die Mühlen aller EU-Skeptiker zu gießen, wäre die Zustimmung zur Europäischen Union sicher erheblich höher. Denn kein Gesetz verlässt Brüssel, ohne dass die nationalen Regierungen zugestimmt haben – sei es das bekämpfte Glühbirnenverbot oder positiv bewertete Fördermittel.

Einheitliche Regeln für die Binnenschifffahrt in Europa (Berichterstatte(rin))

Die Binnenschifffahrt hat noch viel Potential und wird angesichts wachsender Verkehrsströme immer wichtiger. Heute werden die Regeln für die Binnenwasserstraßen hauptsächlich von den sogenannten Flusskommissionen festgelegt, d.h. es gibt Regeln für die Rheinschifffahrt, für die Donauschifffahrt usw. Diese verschiedenen Regelwerke, die parallel gelten, haben zwar die letzten Jahrhunderte ganz gut funktioniert, sind aber nicht mehr zeitgemäß. Sie lassen sich schwer kontrollieren und verhindern, dass die Binnenschifffahrt wettbewerbsfähiger wird gegenüber der Straße. Es ist deshalb dringend notwendig, dass es einheitliche abgestimmte Vorschriften für alle Flüsse und Kanäle in Europa gibt. Die technischen Vorschriften für Binnenschiffe, die wir letzte Woche in Straßburg beschlossen haben, sind ein erster Schritt. In Zukunft werden alle Schiffe, die auf europäischen Wasserstraßen fahren, dieselben technischen Anforderungen erfüllen, z.B. was ihre Stabilität betrifft, wo die Navigationslichter angebracht sind oder welche Rettungs-ausrüstung an Bord sein muss. Dies wird durch ein EU-Zertifikat bescheinigt und durch regelmäßige Überprüfungen gewährleistet. Da die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR) an der Erarbeitung der neuen Standards beteiligt war, ist ein hohes Sicherheitsniveau für den meistbefahrenen Fluss Europas und andere deutsche Wasserwege weiter garantiert.

Ein weiterer Schritt für eine echte europäische Binnenschifffahrt sind gemeinsame Ausbildungsstandards für Binnenschiffer. Zeugnisse für Matrosen oder Schiffsführer sollen zukünftig überall in der EU anerkannt werden. Die theoretischen und praktischen Kenntnisse, die man für ein bestimmtes Zeugnis braucht, werden vereinheitlicht. Binnenschiffer können somit einfacher in anderen Mitgliedstaaten arbeiten und die Wasserpolizei kann besser kontrollieren, ob ein Besatzungsmitglied tatsächlich die richtige Ausbildung hat. Der Berufszugang für Seiteneinsteiger aus

anderen Bereichen wird außerdem erleichtert, um dem drohenden Arbeitskräftemangel entgegen zu wirken.

Ich bin Berichterstatterin für diesen Gesetzestext und habe kürzlich meinen Berichtsentwurf fertiggestellt.

Es war nicht einfach, die richtige Balance zu finden. In Europa gelten heute sehr unterschiedliche Regeln, was ein Besatzungsmitglied an Voraussetzungen und Praxiserfahrung auf dem Schiff mitbringen muss. Einerseits möchte ich den Binnenschiffern die Ausbildung nicht erschweren und damit neue Steine in den Weg legen. Die Besatzungsmitglieder sind heute im Durchschnitt 55 Jahre alt und der Sektor braucht dringend Nachwuchs. Andererseits hat die Sicherheit oberste Priorität auf den

Wasserstraßen. Ein Zusammenstoß mit einem Tanker auf dem dichtbefahrenen und dichtbesiedelten Rhein ist eine Katastrophe. Und meiner Meinung nach braucht man eine Menge Erfahrung und Routine auf dem Schiff, bevor man ein Zeugnis als Matrose bekommen sollte. Man muss auch immer bedenken, dass die Mannschaft auf einem Binnenschiff nur aus zwei-drei Personen besteht. Mein englischer Berichtsentwurf wird gerade in die 24 Arbeitssprachen der EU übersetzt, bevor ich ihn am 26. September im Verkehrsausschuss vorstellen kann. Dann bin ich gespannt, was meine Kollegen dazu sagen.

Wie gut funktioniert die Richtlinie über Postdienste?

Hauptsächlich beschäftigen wir uns im Europaparlament mit der Erstellung neuer Gesetze oder der Überarbeitung bestehender Rechtsvorschriften. Die Abgeordneten können aber auch überprüfen, wie gut ein Gesetz in der Praxis funktioniert. Dazu dienen die sogenannten „Implementierungsberichte“. Der Transportausschuss hat z.B. die Auswirkungen der Richtlinie über Postdienste bewertet. Diese Richtlinie stammt aus dem Jahr 1997 und wurde 2002 bzw. 2008 überarbeitet. Wie viele Richtlinien aus dieser Zeit ging es darum, die traditionellen Staatskonzerne abzulösen und den Postmarkt für neue Anbieter und neue Angebote zu öffnen.

In dem Bericht, den wir letzte Woche in Straßburg angenommen haben, kommen wir zu dem Schluss, dass sich die Liberalisierung der Postdienste bewährt hat, auch wenn meist noch die traditionellen Dienstleister wie die Deutsche Post den Markt beherrschen. Deswegen müssen wir unbedingt auf gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen den früheren Monopolunternehmen und neuen Anbietern achten. Die nationalen Regulierungsbehörden sind hier in der Pflicht. Denn auch wenn Briefsendungen aufgrund der elektronischen Medien stark zurückgehen, boomt der Paketmarkt, nicht zuletzt wegen des steigenden Online-Handels. Hier herrscht ein starker Wettbewerb, der kundenfreundliche Angebote hervorgebracht hat, zum Beispiel individuelle Abholoptionen, wie Packstationen in Supermärkten oder U-Bahnstationen oder die Möglichkeit, die Lieferung des Pakets online zu verfolgen. Neue Angebote sind auch nötig, wenn man sieht, dass die Deutsche Post auf dem Land immer mehr Poststellen schließt.

Problematisch sind allerdings bisweilen die Arbeitsbedingungen bei den Postdienstleistern. Deswegen weist der Bericht auch darauf hin, dass europäische und nationale Vorschriften zu Fahrt- und Ruhezeiten oder zum Gesundheitsschutz

für alle Beschäftigten eingehalten werden müssen, egal ob Angestellter, Selbstständiger, Subunternehmer oder Zeitarbeiter.

EU-Strategie zur Wärme- und Kälteerzeugung

Ein wirksames Mittel zur Senkung von Energiekosten und CO₂-Emissionen ist die Dämmung von Gebäuden. Das ist Kern der EU-Strategie zur Wärme- und Kälteerzeugung, die das Parlament am Dienstag verabschiedete. Da wir naturgemäß in der EU verschiedene klimatische Gegebenheiten vorfinden, sind einige Mitgliedstaaten mehr, andere weniger betroffen. Neben der Wärmedämmung sind effiziente Kraftwerke, wie zum Beispiel Kraftwerke zur Kraft-Wärme-Kopplung für Siedlungsanlagen, erforderlich. In Mittelmeerländern hingegen ist die Kälteerzeugung wichtig. Hier können effiziente sogenannte Umkehrwärmepumpen eingesetzt werden. Diese pumpen Wärme aus Gebäuden nach außen und umgekehrt. Es ist daher zwingend notwendig, dass solche effizienten Maßnahmen weiter erforscht und entwickelt werden können.

Initiativbericht zum EU-Energiemarkt-Design

Ebenfalls am Dienstag hat das Parlament einen Initiativbericht zum Energiemarkt-Design der EU angenommen. Kern des Papiers ist die Forderung nach einer Energieunion der EU mit einem Energiemix aus verschiedenen Energieträgern. Insbesondere die Forderungen nach einem erhöhten Anteil erneuerbarer Energien mit marktgerechter Bezahlung und die stärkere Vernetzung nationaler Märkte sollen dabei im Vordergrund stehen. Außerdem sollen sogenannte „Smart Grids“, also intelligente Netze und dezentrale Erzeugungstechnologien dazu führen, dass Energie dem Kunden künftig bedarfsgerecht zur Verfügung steht. Dadurch soll die EU unabhängiger von Drittstaaten-Importen werden. Ein positiver Kerngedanke des Berichts ist die Abschaffung von regulierten Preisen und überflüssigen Subventionen.

Der Initiativbericht ist die nicht rechtlich bindende Antwort des Parlaments auf die von der Kommission veröffentlichten Kommunikationen zum Energiemarktdesign.

Untersuchungsausschuss zu Emissionen im Automobilbereich: Wenig handfeste Erkenntnisse bis jetzt, Kommissarin kündigt Vertragsverletzungsverfahren an

Am Dienstag hat das Plenum den Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses zu Emissionen im Automobilsektor verabschiedet. Wir haben viel gehört, aber wenig Neues herausgefunden. Bis jetzt konnte kein Nachweis erbracht werden, dass die Kommission von dem Betrug wusste. Dass die Testverfahren ungeeignet sind, war schließlich vorher schon bekannt. Daher fordere ich seit langem, dass das neue RDE-Testverfahren schnell umgesetzt wird. Damit können Emissionen im realen Fahrbetrieb und nicht nur im Labor gemessen werden, wo sie immer geringer ausfallen. Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, ob existierende Grenzwerte

dann noch realistisch erreichbar sind. Die gegenwärtigen Testverfahren basieren auf einer Laborsituation. Wenn jetzt neue Messmethoden eingeführt werden, sich also damit die Grundlage zur Bestimmung der Grenzwerte ändert, sollten diese logischerweise auch angepasst werden. Gleichzeitig haben Verbraucher ein Recht sowohl auf verlässliche Angaben beim Autokauf als auch auf Schadstoffreduzierung in der Luft. Dafür brauchen wir die richtigen ambitionierten Rahmenbedingungen mit konsequenter Umsetzung und Kontrolle. Ebenfalls ist ein Toleranzfaktor notwendig, der marginale Abweichungen ermöglicht. Es ist nämlich technisch unmöglich auszuschließen, dass ein Fahrzeug in jeder denkbaren Fahrsituation (bei extremen Außentemperaturen oder in extremen Höhenlagen) nicht doch einen Grenzwert überschreitet. Streng genommen ist dies ohne Toleranzfaktor verboten. Deshalb brauchen wir hier eine gewisse Flexibilität.

Der Untersuchungsausschuss wurde vor sechs Monaten eingerichtet, um zu untersuchen, wie viel Kommission und Mitgliedstaaten von sogenannten Abschaltvorrichtungen bei KFZ-Abgasuntersuchungen informiert waren. Es wurden Schadstoffemissionen nachgewiesen, die dreimal über dem erlaubten Limit lagen (600 mg statt 180 mg NOx). Der Betrug durch den Einsatz verfälschender Software muss geahndet werden, das steht außer Frage. Allerdings sollte der Ausschuss nicht dazu instrumentalisiert werden, den Diesel-Kraftstoff zu verurteilen. Die Aufklärungsarbeit bleibt der Justiz überlassen. Kommissarin Bienkowska machte diese Woche deutlich, Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Der Ausschuss ist für die Dauer eines Jahres berufen und wird seine Arbeit mit einem Gesamtbericht abschließen.

Der Fall Apple und die unerschrockene Kommissarin Vestager

Mit einer Grundsatzentscheidung hat die liberale dänische Kommissarin Margrethe Vestager, deshalb in den Medien als „Star der Kommission“ gefeiert, für einen Paukenschlag gesorgt. Es ist das erste Mal, dass die Europäische Kommission die Steuerentscheidungen eines Mitgliedstaates mit dem Verweis auf illegale staatliche Subventionen angreift. Doch kurz zur Erläuterung: In der Vergangenheit entschied sich Apple dazu, mehrere Tochterfirmen ins Ausland zu verlagern, um Steuerabgaben in den USA zu vermeiden. Eine zentrale Rolle spielte die Firma Apple Sales International (ASI) mit Sitz in Dublin. Laut irischem Recht muss eine Firma sich in jenem Land beim Fiskus melden, in dem sie gemanagt wird (also den USA). Die Firma hatte erst keine richtigen Angestellten, später dann nur um die 250. Ein Großteil der Profite, die das Unternehmen in Europa und dem Nahen Osten erwirtschaftete, wurden ASI zugeschrieben und hernach kaum besteuert. Die Europäische Kommission hat Irland nun verdonnert, 13 Milliarden Euro an Steuern vom Unternehmen einzufordern. Irland und Apple stellen sich aber quer mit Verweis auf die Steuerautonomie. ABER: Nationale Steuerpolitik ist dazu missbraucht worden, Steuernachlässe als Subventionen zu verschleiern und so den Wettbewerb zugunsten einzelner Unternehmen oder Standorte zu verzerren. Zudem hat ein Unternehmen einen Steuerdeal mit einem Staat ausgehandelt, was nicht in Ordnung ist. Ein wesentlicher Grundsatz der EU und von Liberalen ist ein fairer Wettbewerb mit ähnlichen Rahmenbedingungen. Dieser Grundsatz wurde in diesem Fall eindeutig ausgehebelt und das, obwohl Irland massiv von europäischer Hilfe profitiert hat. Mit anderen Worten: Es ist sehr wohl Sache der EU als Hüterin des

fairen Wettbewerbs im Binnenmarkt. Wie wichtig das Signal war, wird dadurch deutlich, dass es einen prominenten Platz in Junckers Rede erhielt. Die Überlegung dahinter ist klar: Man möchte zeigen, dass Europa in den wichtigen Fragen handlungsfähig bleibt.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Ozeane im Fokus

Die Ozeane sind nicht nur wichtig für unser Klima, sondern auch Quelle für Sauerstoff, Wasser, Nahrung, Energie und Rohmaterialien und wichtig für Tourismus, weltweite Transporte und die Wirtschaft. Unsere Zukunft hängt daher in großem Maß auch von der Gesundheit der Ozeane ab, die mit einem Wert von 24 Trillionen US\$ veranschlagt werden. Dafür brauchen wir verlässliche Daten und weltweiten Datenaustausch – und hier gibt es noch viel Verbesserungspotential. Mit einem Ozean-Beobachtungssystem können Naturkatastrophen vorhergesagt und Forschungsarbeiten begleitet werden, Umweltschutz- und Klimaschutzprojekte profitieren davon ebenso wie maritime Raumordnung, Anwendung neuer Technologien und Ausbau von wirtschaftlichen Aktivitäten, Tiefseebergbau, Aquakultur und der Bau sicherer neuer Offshore-Energieanlagen.

Bei einer Konferenz im Europaparlament, organisiert mit dem European Marine Board (EMB), wurden bisherige Aktivitäten in Richtung eines European Ocean Observing System (EOOS) vorgestellt von Wissenschaftlern (Prof. Martin Visbeck vom GEOMAR Kiel, Amanda Bates von der Universität Southampton), führenden Vertretern von Meeres-bezogenen Verbänden (KDM aus Deutschland, SOCIB aus Spanien) und Vladimir Ryabinin als Generalsekretär der IOC (Intergovernmental Oceanographic Commission) der UNESCO aus Paris. In der abschließenden Diskussion waren die Vertreter der Kommission, der EMB, mein Kollege Searica-Vizepräsident Ricardo Serrao Santos und ich uns einig über die Notwendigkeit eines EOOS.

„Danube Transport Day“ - bei der Donau gibt es noch viel zu tun

Neben dem Rhein ist die Donau der wichtigste Fluß Europas, sie ist aber lange nicht so gut „erschlossen“ wie der Rhein. Auf europäischer Ebene gibt es seit einigen Jahren die Donau-Strategie, in der sich alle Anrainerstaaten zusammengeschlossen haben, um wirtschaftliche Potentiale entlang des Flusses – letztlich als Verbindung vom Atlantik über andere Wasserstraßen bis zum Schwarzen Meer - gemeinsam unter Berücksichtigung von Umweltbelangen besser zu entwickeln. Meine rumänische Kollegin Claudia Tapardel hatte zu einem „Donau-Transporttag“ eingeladen, um die Verkehrs-relevanten Fragen mit Vertretern der Binnenschifffahrt, der Transport- und Logistikbranche, der regionalen und nationalen Politik und Kommission und Europaparlament unter die Lupe zu nehmen. Fazit: die Donau kann – so wird geschätzt – noch bis zu 20 Mal mehr als Transportweg und auch für

Kreuzfahrten genutzt werden, wenn sie nur entsprechend schiffbar gemacht wird. Stark kritisiert wurde die ablehnende Haltung der bayerischen Landesregierung, wenn es um den Abschnitt Straubing-Vilshofen geht. Aber auch auf anderen Teilstrecken kann mit verhältnismäßig geringem Aufwand eine erhebliche Verbesserung der Schiffbarkeit erreicht werden, beispielsweise durch die Anhebung von Brücken – danach könnten dann doppellagige Containerschiffe die Strecke passieren. Private Investoren und Unternehmer, die die Donau mehr nutzen möchten, klagten, dass Regierungen Projekte und Investitionen in Wasserwege entscheidend vernachlässigen. Genau darum setzen wir auf EU-Ebene ja bei der Co-Finanzierung europäischer Verkehrsinfrastruktur neben der Schiene auf Wasserwege, insbesondere grenzüberschreitend und überall da, wo entscheidende Engpässe die Nutzung behindern. Allerdings muss jedes einzelne Projekt auch von den nationalen Regierungen gewollt, beantragt und cofinanziert werden, und daran scheitert halt einiges.

Weltweites Problem: Meeresverschmutzung

Viele von Ihnen werden das Problem diesen Sommer selbst erlebt haben. Unsere Meere und Küsten leiden zunehmend unter der Verschmutzung durch Flaschen, Zigarettenstummel oder Tüten. Auf Grund seiner langen Haltbarkeit ist insbesondere der Plastikmüll sehr problematisch. So gehen Forscher davon aus, dass sich 2050 mehr Plastik als Fisch in unseren Ozeanen befinden wird, wenn wir nicht entscheidend gegensteuern. In Anknüpfung an die derzeitigen Diskussionen um die Kreislaufwirtschaft habe ich als Präsidentin der Searica-Intergroup (www.searica.eu) am 6. September eine Konferenz zu dem Thema Meeresmüll im Europäischen Parlament organisiert.

Die dreistündige Veranstaltung war mit rund 100 Besuchern sehr gut besucht und die insgesamt 15 Redner haben das Problem aus ganz verschiedenen Blickwinkeln durchleuchtet. Geladen waren Forscher aus Amsterdam, Schweden und Norwegen, Vertreter von verschiedenen NGOs wie der Aufsehen erregenden Ocean Cleanup Initiative des jungen Niederländers Boyan Slat, der anstrebt, die großen Inseln von Plastikmüll im Pazifik aufzuräumen. Dort haben sich strömungsbedingt mehrere Müllteppiche gebildet. Der größte von ihnen hat bereits das Ausmaß des amerikanischen Bundesstaates Texas. Neben Vertretern der Industrie und der Europäischen Kommission war auch Heike Imhoff vom Bundesumweltministerium als Rednerin geladen sowie mein früherer liberaler Kollege und heutiger belgischer Staatssekretär für die Nordsee, Philippe de Backer.

Noch immer wissen wir viel zu wenig über die Auswirkungen von der Anreicherung von (Mikro)Plastik in der Nahrungskette. Hier gibt es genauso Handlungsbedarf wie bei der gesellschaftlichen Aufklärung über dieses Problem. Auch wenn über Bord geworfene Fischnetze in einigen Regionen ein großes Problem sind, rund 80% des Mülls kommt vom Land, ob aus der Fleece Jacke in unserer Waschmaschine, Kosmetik oder den achtlos weggeworfenen Plastiktüten und Flaschen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

Im Trilog abgeschlossen, aber in der „Warteschleife“: Hafendienstleistungen

- Demnächst im Trilog: Tierarzneimittel/Antibiotikaresistenz
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Quecksilberrichtlinie, Luftverkehrspaket, Berufsausbildung für Binnenschiffer, Sicherheit von Passagierschiffen

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Currywursttreffen der Braunschweiger JuLis

Der Einladung der Braunschweiger Jungen Liberalen zu ihrem diesjährigen – insgesamt 11. - Currywurstessen war ich gern gefolgt und direkt nach Ende der Plenarsitzung in Straßburg dorthin gefahren. Die Veranstaltung – eine beliebte Tradition als Sommer-Event, wie ich erfuhr - war sehr gut besucht, nicht nur von den Julis vor Ort, sondern auch von Vertretern aus Hannover und Helmstedt (JuliLandesvorsitzender Lars Alt) und Freien Demokraten aus dem Braunschweiger Raum. Nach meinem Bericht über Aktuelles aus dem Europaparlament und die Arbeit in meinen Ausschüssen (also einiges analog zu diesem Newsletter) und der wirklich sehr leckeren Currywurst mit Pommes schloss sich eine rege Diskussion an, so ziemlich quer durch alle Themenbereiche. Mein Fazit: hat Spaß gemacht, da komme ich gern mal wieder hin!

Messe der maritimen Industrie: Neuigkeiten rund ums Schiff

Alle 2 Jahre findet in Hamburg mit der SMM die weltgrößte Schiffbaumesse statt – für mich jedes Mal attraktiver Anziehungspunkt und lohnendes Ziel, um neues rund ums Schiff zu erfahren. Ragnar Schwefel vom Verband für Schiffbau und Meerestechnik (VSM) und liberaler Parteifreund hatte für mich einen sehr interessanten 3-stündigen Messerundgang organisiert, und dieses Mal war auch je ein Vertreter der Freien Demokraten aus Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein dabei.

Gesehen haben wir viel: neuartige umweltfreundliche Schiffsmotoren, Abgasfilteranlagen, Energiearten und Farbanstriche, aktuelle Zubehörteile und Schiffstypen für Fracht, Offshore, Freizeit und Marine verschiedener Werften, beim DNV-GL (vor der Fusion Germanischer Lloyd) ging es um so ziemlich alle Aspekte umweltfreundlicher und sicherer Schifffahrt. Bei den Werften gab es für mich ein Wiedersehen mit Herrn Strunck von der Neptunwerft in Rostock, den ich gerade auf meiner Sommertour (letzter Newsletter) getroffen hatte, und unterhaltsam war bei der Lürssen-Werft der Austausch über die Luxusyacht Lady Cathryn II, die ich zufällig während meines Urlaubs im Hafen von Boston gesehen hatte. Besonders beeindruckt war ich von dem Environmental CaviCleaning-System der Nordseetaucher GmbH, einem Familienunternehmen aus Bremerhaven: sie haben ein Verfahren entwickelt, wie Schiffsrümpfe von Befall umweltfreundlich gesäubert

werden können und damit die Invasion fremdartiger Spezien eingedämmt werden kann. Das muss ich mir bei einem späteren vor-Ort-Termin noch genauer ansehen!

IV. Europa unter der Lupe

Schengen-Raum

Die meisten von Ihnen werden sich noch an die Schlagbäume erinnern, die man auf der Urlaubsreise nach Österreich, Dänemark, Frankreich und alle anderen deutschen Nachbarländer passieren musste. Lange Autoschlangen an den Grenzen waren aufgrund der strengen Passkontrollen keine Seltenheit.

Seit 1995 gehörten diese Vorgänge in Deutschland - erst teilweise, dann immer mehr - der Vergangenheit an. In dem Jahr wurde nämlich die politische Vereinbarung zum freien Personenverkehr in die Praxis umgesetzt. Damit wurde ein zehnjähriger Prozess erfolgreich abgeschlossen.

Schon 1985 einigten sich die Beneluxstaaten, die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik auf den schrittweisen Abbau der Kontrollen an gemeinsamen Grenzen (übrigens auf einem Schiff in der Nähe der luxemburgischen 3-Länder-Grenzstadt Schengen!). Es war der Beginn einer großen Erfolgsgeschichte und zweifelsohne eine der größten Errungenschaften der EU. Innerhalb des Schengen-Gebietes wurden Personenkontrollen bis auf Stichproben hinter den Landesgrenzen abgeschafft. Das war eine deutlich spürbare Verbesserung für jeden EU-Bürger und führte zu einem Austausch zwischen Bürgern einzelner EU-Mitgliedsländer in unerreichten Dimensionen.

Der Wegfall der Personenkontrollen bei der Einreise von einem Schengen-Staat in den anderen wurde in einigen Ländern durch eine Ausweitung polizeilicher Kontrollbefugnisse im Inland ausgeglichen. Vor allem wurde jedoch die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit intensiviert. Ein Beitritt in die Europäische Union bedeutet jedoch nicht automatisch, dass man dem Schengen-Raum beitrifft.

Rumänien und Kroatien zum Beispiel sind nicht Teil dieses Raumes, denn dafür müssen bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Großbritannien hat sich durch sogenannte Opt-Outs freiwillig dagegen entschieden. Insgesamt gibt es heute 26 Vollmitglieder. 22 davon sind Mitgliedstaaten der EU. Nicht dabei sind - wie erwähnt - die Mitgliedstaaten Bulgarien, Rumänien, Kroatien sowie Zypern, das Vereinigte Königreich und Irland, stattdessen aber die Anrainer-Staaten Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein.

Eine große Herausforderung für die Zukunft ist die durch den großen Flüchtlingsstrom entstandene Krise. Die Reisefreiheit und alle anderen Aspekte des europäischen Binnenmarktes sind große Errungenschaften. Sie implizieren ein Vertrauen der Völker Europas untereinander, welches es so noch nie gab. Wir täten gut daran, hier keinen Schritt zurück zu dulden, sondern diese Erfolge zu erhalten und zu schützen. Mit dem Schengener Abkommen ging auch der Beschluss einher,

die Außengrenzen der EU besser zu schützen, wenn schon keine Innengrenzen bestehen. Das war damals die Devise, wurde aber leider vernachlässigt und ist heute dringender denn je – es stand ja auch auf der Tagesordnung des Gipfeltreffens in Bratislava. Wichtiger Bestandteil eines besseren Schutzes der Außengrenze ist das sogenannte Schengen Information System (SIS). Dabei werden persönliche Informationen über Einreisende aus Drittstaaten gespeichert und unter EU-Ländern geteilt. Somit kann zum Beispiel bei der Wiedereinreisesperre nach Ausweisung oder Abschiebung besser kooperiert werden. Straftäter, die in einem Schengen-Staat als dauerhafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit gelten und Einreiseverbot haben, sollten grundsätzlich auch in den anderen Ländern als unerwünschte Personen gelten.

V. Terminvorschau

20.-22.9.	Tschechien	Reise des Verkehrsausschusses
23.9.	Cuxhaven	Betriebsbesichtigung Elanco
24.9.	Hannover	Messerrundgang IAA-Nutzfahrzeuge
26.-28.9.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Besuchergruppe
29.9.	Berlin	Diskussion zur Medizinprodukte-Verordnung
30.9.	Bremen	BGL-Logistics, FDP-Hafenrunde
3.-6.10.	Straßburg	Plenum, Fraktion
7.10.	Hamburg	Schülergespräch "Europa vor Ort erkunden"
7.10.	Hamburg	Liberale Veranstaltung "Europa aktuell"
10.-13.10.	Brüssel	Ausschüsse, Besuchergruppe

Ihre Gesine Meißner

Oktober 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

in der letzten Woche standen im Straßburger Plenum neben der COP21-Diskussion vor allem neue Aktionen der EU zur Bewältigung der Flüchtlingssituation auf der Tagesordnung. In Bulgarien wurde der neue Schutz der Außengrenzen der EU mit der europäischen Küstenwache gestartet. Ziel ist es, die Registrierung der Flüchtlinge und Bearbeitung von Asylanträgen zu beschleunigen, auch – falls erforderlich – Abschiebungen in sichere Herkunftsländer vorzunehmen, aber auch besser in der Lage zu sein, Flüchtlinge aus Seenot zu retten. An Bulgarien gehen zunächst 50 zusätzliche Fahrzeuge, 130 Beamte und 108 Mio €.

Parallel wurde eine „Investitionsoffensive Afrika“ ins Leben gerufen. 44 Milliarden € stehen im Rahmen eines externen EFSI-Programms für Projekte zur Verfügung, die die Lebenssituation der Menschen vor Ort entscheidend verbessern und

Arbeitsplätze und damit Zukunftsperspektiven schaffen. Gerade bei der Infrastruktur (Verkehr, Energie) sind dringend Investitionen erforderlich.

Aber wie immer war ich auch mit vielen anderen Themen beschäftigt. Viel Spaß beim Lesen!

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Parlament ratifiziert Pariser Klimaabkommen – jetzt muss global gehandelt werden

Neun Monate nach der Pariser Klimakonferenz COP 21 ist das Klimaabkommen seitens EU in Kraft getreten. Mit knapp 90% der abgegebenen Stimmen nahm das Europäische Parlament das Abkommen an und sorgte so dafür, dass das nötige Quorum zum Inkrafttreten erreicht wurde. Die Sitzung eröffnete Parlamentspräsident Martin Schulz. Er bezeichnete die Abstimmung als historisch und eine Ratifizierung durch das Parlament als Beweis der Führungskraft Europas. Der historische Rahmen der Abstimmung wurde noch dadurch unterstrichen, dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, nach Straßburg gereist war, um der Sitzung beizuwohnen. In einer kurzen Rede vor dem Parlament erinnerte er die Abgeordneten daran, welche Chance das Abkommen für die Europäische Union sei, eine führende Rolle in der Bekämpfung des Klimawandels einzunehmen. Er könne sich zudem keine bessere Unterstützung für das Abkommen vorstellen als ein schnelles Inkrafttreten. Auch Ban Ki-Moon würdigte die Entscheidung als historisch und betonte, dass das Klimaabkommen die Möglichkeit biete, den Umbau in eine neue Weltwirtschaft mit wenigen Emissionen einzuleiten.

Im Anschluss kamen die Vorsitzenden der Fraktionen zu Wort. Unser ALDE-Chef Guy Verhofstadt dankte Ban Ki-Moon für seinen Einsatz für das Klimaabkommen, das seiner Meinung nach historisch ebenso wertvoll ist wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und auch beweist, dass Multilateralität funktioniert. Außerdem sieht er in der Ratifizierung den Beweis, dass die Staaten der Europäischen Union gemeinsam stärker sind und Europa die Welt in die richtige Richtung führen können. Ähnlich sah es auch Kommissionspräsident Juncker, der herausstellte, dass Europa zu Großem fähig sei, wenn seine Kräfte gebündelt werden. Mit dem heutigen Tage habe die Europäische Union Klimazielen Aktionen folgen lassen.

Nach der Abstimmung übergab Parlamentspräsident Schulz den Übermittlungsbrief über das Ergebnis an die EU-Vertreter, sodass die nötigen Urkunden am Freitag bei der UN eingereicht werden können. Die offizielle EU-Ratifizierung ist dann vollzogen, wenn die EU-Staaten noch einmal zugestimmt haben. Das soll bis spätestens Mittwoch passieren und gilt nach einem Beschluss der EU-Umweltminister als reine Formalie.

Das ist ein wichtiger Schritt zur globalen Reduktion von Treibhausgas-Emissionen. Alle Unterzeichnerstaaten müssen jetzt aber auch den gleichen Ehrgeiz an den Tag legen, nicht nur bei uns in der Europäischen Union. Es hilft dem Klima nicht, wenn

wir in der EU Alleingänge starten, damit einseitig unsere Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze gefährden, während es andernorts bei der Unterzeichnung bleibt, die ja nur den Anfang darstellt.

Weiteres Procedere: Offiziell tritt das Abkommen 30 Tage nach Ratifizierung von mindestens 55 Ländern, die für 55 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, in Kraft. Bis jetzt haben 61 Staaten, verantwortlich für 47,79 Prozent der globalen Emissionen, ratifiziert. Insgesamt haben das Abkommen 189 Staaten unterzeichnet. Einen ersten Gipfel gibt es ab 7. November im Rahmen der Klimakonferenz in Marrakesch (COP 22 – wir haben am Donnerstag dazu einen Entschließungsantrag verabschiedet). Vergangenen Freitag hat der Rat das Abkommen bereits ratifiziert und benötigte die Zustimmung des Parlaments. Zusätzlich muss es jetzt von jedem einzelnen Mitgliedsstaat der EU ratifiziert werden.

Aus meerespolitischer Sicht und meiner Funktion als Präsidentin der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (Searica) gibt es zu einem Erfolg dieses Abkommens keine Alternative. Die Ozeane sind entscheidend für unser Klima und vernetzt wie kaum ein anderer Lebensraum. Die Herausforderungen wie Meeresspiegelanstieg, Versauerung und Erwärmung der Meere müssen global gelöst werden, und das möglichst schnell.

Verschärftes Abtreibungsgesetz in Polen konnte abgewendet werden

Das polnische Parlament hatte ein neues Gesetz in erster Lesung angenommen, das Abtreibung in Zukunft fast vollständig verbieten sollte. Danach sollten Schwangerschaftsabbrüche nur noch bei einer unmittelbaren Lebensbedrohung der Schwangeren erlaubt sein. Das hätte eine weitere Verschärfung des ohnehin sehr restriktiven Gesetzes in Polen bedeutet, z.B. sollte bei der Abtreibung eines Fötus in Folge einer Vergewaltigung sowohl dem ausführenden Arzt als auch der Schwangeren bis zu fünf Jahre Haft drohen. Doch gegen dieses Vorhaben, das im von der rechtspopulistischen PiS-Partei beherrschten Parlament zunächst eine breite Mehrheit hatte, formierte sich am Montag in Polen breiter Widerstand: Überall im Land demonstrierten tausende Menschen gegen das Gesetz. Zunächst gab es stillen Protest, doch vor der Parteizentrale der regierenden PiS-Partei in Warschau forderten die meist ganz in schwarz gekleideten Frauen und Männer u.a. die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper während der Schwangerschaft ein.

Die in Polen sehr starke katholische Kirche sprach sich hingegen für das Abtreibungsverbot aus. Allerdings sollten Frauen nicht inhaftiert werden. Anders sah es die breite Masse in der polnischen Bevölkerung. Nach der Umfrage des polnischen Magazins „Newsweek Polska“ waren 74% der Polen dafür, das alte Abtreibungsgesetz beizubehalten.

Am vergangenen Donnerstag sprach sich das Europäische Parlament zu den Frauenrechten in Polen vor dem Hintergrund des Gesetzesvorhabens aus. Die polnischen Abgeordneten und Befürworter des Abtreibungsgesetzes argumentierten, die Zahl der Abtreibung nehme vor allem im Westen immer mehr zu. Ein Abgeordneter verglich die Zahl der Abtreibungen sogar mit einem Genozid. Insgesamt waren die Befürworter des Gesetzes der Meinung, Abtreibung sei Mord.

Sie äußerten der Auffassung, den Föten kämen die gleichen Rechte wie Frauen zu, und um die Frauen zu schützen müssten die Föten geschützt werden. Zudem sei eine alleinige Entscheidung der Frau über die Abtreibung nicht in Ordnung, da das genetische Material zur Hälfte vom Vater stamme, müsse er auch mitbestimmen können. Überdies waren sie der Meinung, die Debatte gehöre nicht ins Europäische Parlament, weil es keine Kompetenz in diesem Bereich besäße.

Daraufhin erwiderte die Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung, die liberale Tschechin Věra Jourová, das Europaparlament habe zwar rechtlich keine Befugnisse, die polnische Gesundheitspolitik zu bestimmen. Aber ganz sicher handele es sich um eine moralische Frage und es sei wichtig, dass jeder dazu Farbe bekenne. Wie in vielen Ländern bestünde besonders in Polen noch keine Gleichstellung und Chancengleichheit für Frauen und das geplante Abtreibungsgesetz verstieße gegen die Menschenwürde und die Freiheit der Frau, über ihren Körper zu entscheiden. Der breite Protest gegen das Gesetzesvorhaben zeigte schließlich Wirkung: Polens Parlament wies das Gesetz in zweiter Lesung mit großer Mehrheit ab. Ein Mitglied der PiS gab zu, dass die Proteste der Zehntausenden Polen ein Umdenken herbeigeführt haben. Damit ist das Gesetz endgültig gescheitert.

Interrail-Tickets zum 18. Geburtstag: Schöne Werbe-Idee für die EU, aber teuer!

Im September hatte der Vorsitzende der konservativen Fraktion EPP, Manfred Weber (CSU), die Idee von zwei jungen Deutschen namens Herr und Speer aufgenommen, jedem EU-Bürger zum 18. Geburtstag ein Interrail-Ticket zu schenken. Mit diesem Ticket kann man einen Monat lang das gesamte europäische Schienennetz so viel nutzen, wie man will. Weber argumentierte am Dienstag im Plenum, ein solches Programm „könnte der Schlüssel sein für die Schaffung einer positiven Wahrnehmung der EU unter jüngeren Generationen“. Auch andere Abgeordnete sahen das Vorhaben positiv. Der italienische Abgeordnete Luigi Morano (S&D) hielt es für eine „wunderbare und schöne Idee, in die jungen Menschen zu investieren und es ihnen zu ermöglichen, Europa zu bereisen, und somit ein besseres Verständnis und Wissen über Europa zu fördern.“ Weitere Fraktionen bekannten sich zu dem Vorschlag und machten auf den bildenden Charakter von Reisen aufmerksam. Man könne mit relativ wenig Aufwand viel europäisches Zusammenwachsen und Verständigung erreichen, betonte die Grünen Co -Vorsitzende Rebecca Harms. Mein FDP-Kollege Alexander Graf Lambsdorff argumentierte ebenfalls mit einer Imageverbesserung der EU: „Wir sind der Meinung, dass wir neben dem Europa der Verordnungen, der Richtlinien, der Gipfel, auch ein Europa der Seele, des Herzens brauchen (...)“.

Natürlich wäre der Vorschlag bestens geeignet, allen 18-Jährigen Europa noch näher zu bringen! Einige Abgeordnete verwiesen aber auf die vielen Probleme in Europa wie Jugendarbeitslosigkeit und die unbewältigte Flüchtlingssituation, die auch Finanzierung brauchen, und die erforderlichen 2 Milliarden Euro jährlich müssen ja irgendwo eingespart werden.

Nach dieser ersten Aussprache kam es auch noch zu keiner festen Zusage seitens der EUVerkehrskommissarin, der Liberalen Violeta Bulc aus Slowenien, die lediglich versprach den Vorschlag zu prüfen. Ihrer Meinung nach könnte es sinnvoller sein, das Ticket auf alle Verkehrsmittel auszudehnen – gerade in Anbetracht der Tatsache, dass es auf Malta und Zypern und vielen Inseln keine Eisenbahn gibt und die Jugendlichen dort außen vor blieben. Um die Kosten überschaubar zu halten, denke sie zudem über ein festes Kontingent nach, das im Losverfahren vergeben werden könnte. Zunächst müsse aber generell über die Kosten, die Finanzierungsmöglichkeiten und den Verwaltungsaufwand nachgedacht werden. In Anbetracht der Tatsache, dass bei einer Nutzung durch nur zwei Drittel aller 18jährigen Europäer schon Kosten in Höhe von 1,5 Mrd. pro Jahr entstehen, sei dies eine Menge Geld - das sollte bei aller Reiseromantik nicht vergessen werden.

So schön die Idee klingt – ich muss gestehen, dass ich die Bedenken der Kommissarin teile. Vielleicht gelingt es ja, durch Sponsoring ein mögliches integriertes Ticket für alle Verkehrsmittel günstiger an 18jährige zu vergeben und gleichzeitig Netzfahrten zu internationalen Jugendtreffen zu organisieren? Denn der europäische Gedanke wird ja vor allem durch Kennenlernen von Jugendlichen aus anderen Staaten gestärkt!

Unhaltbare Zustände im Flüchtlingslager von Calais wirken sich auch auf den Verkehr aus

An der nordfranzösischen Kanalküste leben bei Calais mehrere tausend Menschen in einem illegalen Flüchtlingslager, das bezeichnenderweise 'Dschungel' genannt wird, in Zelten und ohne ordentliche Infrastruktur. Sie versuchen jede Nacht aufs Neue, irgendwie über den Ärmelkanal nach England zu kommen. Die französische Regierung hat nun angekündigt, das Lager bis Ende des Jahres räumen zu wollen. Wir haben bei unserer Debatte natürlich über das Leid der Flüchtlinge diskutiert. Etliche unbegleitete Minderjährige, die sich zu Familienangehörigen nach Großbritannien durchschlagen wollen, sind dort zum Beispiel jeglicher Ausbeutung schutzlos ausgeliefert.

Aber die menschliche Katastrophe hat in Calais, an der Schnittstelle zwischen England und dem europäischen Kontinent, auch Auswirkungen auf den regen Personen- und Warenverkehr. Die Terminals von Eurotunnel und den Kanalfähren sind inzwischen zu Hochsicherheitstrakten ausgebaut worden. Was illegale Einwanderer abhalten soll, sich auf Lastwagen, Zügen und Fähren zu verstecken, zieht natürlich die Abfertigung der Verkehre in die Länge. Der europäische Dachverband IRU berechnet die zusätzlichen Kosten für die derzeitige Situation in Calais mit 2 Milliarden Euro, wenn man die Schäden an Anhängern und Ladung, die durch verzweifelte Migranten entstehen, oder Wartezeiten und Strafzahlungen für verspätete Lieferungen mit einrechnet.

Auch die psychische Belastung gerade der LKW-Fahrer ist hoch. Sie halten nicht mehr auf Rastplätzen auf dem Weg nach Calais, um Flüchtlingen keine Gelegenheit zu geben aufzusteigen – zu ihrem eigenen und zu deren Schutz. Keiner möchte in seinem LKW einen erstickten Flüchtling finden. Niemand möchte bei der Ankunft in

England verhaftet werden, weil ein illegal eingereister Flüchtling an Bord entdeckt wurde. Alle haben Angst, von Flüchtlingen oder Schleppern mit Gewalt gezwungen zu werden, illegale Passagiere aufzunehmen. Nach Aussage der Spediteure weigern sich inzwischen etliche Fahrer, die Strecke über den Ärmelkanal zu fahren. Eine Auflösung des „Dschungels“ muss aber dringend mit der konsequenten Anwendung von Asylregeln einhergehen, sonst kann sie zu einer bloßen Verlagerung an andere Küstenorte führen, und damit wäre niemandem geholfen.

Fahrplan für Brexit steht

Die britische Premierministerin Theresa May hat den Termin für die Aktivierung des Art. 50 des EU-Vertrags bekannt gegeben: Zwischen Januar und März kommenden Jahres wird der formale Austrittsprozess Großbritanniens aus der Europäischen Union beginnen. Damit hat sie den letzten Zweifeln, ob das Ergebnis des Referendums vom 23. Juni dieses Jahres tatsächlich umgesetzt wird, ein Ende gesetzt. Dennoch hat May nicht vollumfänglich für Klarheit darüber gesorgt, wie die Zukunft Großbritanniens nach dem Brexit aussehen soll. Es ist noch offen, ob sie einen sogenannten harten oder weichen Brexit forciert, also wie viel sich vor allem in den Bereichen Freizügigkeit und der Ausgestaltung des Binnenmarktzugangs Großbritanniens ändern soll. May zeigte sich entschlossen, den Unabhängigkeitsbestrebungen Schottlands und Irlands entgegen zu treten.

Die EU hat mittlerweile ihr Verhandlungsteam benannt. Neben Michel Barnier, bis 2014 EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, und Didier Seeuws, Generalsekretär des Rates der europäischen Union, wird Guy Verhofstadt, Fraktionsvorsitzender unserer ALDE Gruppe, Unterhändler für das Europaparlament werden. Damit steht ein Liberaler in zentraler Position der Austrittsverhandlungen. Zu den Ankündigungen Mays gab er bekannt, dass er die Verkündung des Termins begrüße, vor allem könne der Brexit so vor den Wahlen zum Europaparlament 2019 abgeschlossen sein. Nichtsdestotrotz bedaure er das Ergebnis des Referendums noch immer.

Gut gefiel mir der deutliche Debattenbeitrag des EPP-Vorsitzenden Weber, der betonte, dass die 4 Grundfreiheiten der EU – freie Mobilität für Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital – unverhandelbar sind und auch an der Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht gerüttelt werden darf. Und er kritisierte, dass Großbritannien bislang alle aktuellen Bemühungen der anderen Mitgliedstaaten um eine (dringend erforderliche) gemeinsame Verteidigungsstrategie blockiert, obwohl es die Briten ja letztlich gar nicht mehr betreffe.

Zu geringe Beteiligung am ungarischen Referendum zur Aufnahme von Flüchtlingen

Am vergangenen Sonntag hat die ungarische Bevölkerung über die Verteilung von Flüchtlingen durch einen vorgegebenen EU-Schlüssel abgestimmt. Allerdings wurde die für die rechtliche Gültigkeit des Referendums nötige Wahlbeteiligung von 50% nicht erreicht. Lediglich 39,9% der Wahlberechtigten Ungarn nahmen am

Referendum teil. Davon stimmten 98,3% mit „Nein“, also gegen eine durch die Europäische Union verpflichtende Aufnahme von nicht-ungarischen Staatsbürgern auch ohne Zustimmung des ungarischen Parlaments.

Hintergrund war der Beschluss der EU-Innenminister aus dem vergangenen Jahr, wonach insgesamt 120.000 Flüchtlinge auf die Mitgliedsländer verteilt werden sollen. Ministerpräsident Viktor Orbán hatte im Vorfeld eine umfangreiche und zum Teil fremdenfeindliche Kampagne für ein Votum gegen die EUPläne gefahren. Trotz des Scheiterns des Referendums zeigt sich Ministerpräsident Orbán als Gewinner und betitelt das Ergebnis als „großartig“. Er lässt aber unerwähnt, dass das Referendum ungültig ist. Vielmehr wolle er nun „den Willen des Volkes in Form einer Verfassungsänderung ins Grundgesetz schreiben“ und Brüssel könne „nicht ignorieren, dass über 90% der teilnehmenden Demokraten“ gegen dessen Politik stimmten.

In den anderen Europäischen Mitgliedstaaten gilt das Votum der Ungarn als Niederlage für Orbán. Der

Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Alexander Graf Lambsdorff, sagte dazu, dass es bei dem Referendum nicht um einen Wunsch der Bevölkerung, sondern um den eines autoritären Herrschers ginge. Das Ergebnis sei eine Ohrfeige für Orbán, der mit dem Referendum versucht habe, sich die Bestätigung für seine fremdenfeindliche Politik zu holen. Auch unser ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt fand (wie gewohnt) deutliche Worte und betonte die Nichtigkeit des Referendums und den Willen der ungarischen Bürger, Orbáns populistische, fremdenfeindliche und rassistische Politik nicht zu unterstützen und ihr nicht zu folgen. Die Integration der Flüchtlinge könne nur durch eine gemeinsame Europäische Politik und nicht durch Hass und Angst geschafft werden.

Telefonieren wie zu Hause: Keine Roaming-Gebühren mehr in der EU

Vor mehr als einem Jahr haben wir es im Europaparlament schon beschlossen und gefordert, jetzt scheint nach vielen Versprechungen und einem langen Prozess das gebührenfreie Roaming endlich Wirklichkeit zu werden: In Zukunft werden EU-Bürger in der gesamten EU zu gleichen Bedingungen wie in ihrem Heimatland ihr Mobiltelefon nutzen können.

Nach dem Vorschlag der Kommission sollen ab Mitte 2017 in der EU ohne zeitliche Begrenzung keine Gebühren mehr anfallen für Roaming, also dafür, in einem fremden Mobilfunknetz zu telefonieren und

Daten zu empfangen. Dazu soll auf Basis des Wohnorts oder einer festen Verbindung zu einem EUStaat das Heimatnetz des Benutzers ermittelt werden. Missbrauch müsse nach dem Vorschlag aber verhindert werden, es dürfe z.B. nicht sein, dass Nutzer sich im Ausland eine günstige SIM-Karte kaufen, die sie dann dauerhaft zu Hause nutzen. Das würde die Existenz vieler Telekommunikationsanbieter auf Grund der großen Preisunterschiede innerhalb der EU gefährden.

Im Parlament machte die Kommission den Stellenwert des Zugangs zu Telekommunikation für alle Unternehmen und Verbraucher klar und betonte den entscheidenden Einfluss auf den Binnenmarkt der Europäischen Union. Durch den aktuellen Vorschlag solle zudem der Wettbewerbsdruck durch einen EU-weiten Binnenmarkt für Telekommunikationsanbieter steigen und schließlich die Preise für die Verbraucher sinken. Mitglieder unserer ALDE-Fraktion kritisierten, dass vieles in dem Vorschlag noch vage sei. So ist z.B. unklar, wie genau Missbrauch definiert werde. Dennoch sei der Vorschlag gut und es sei wichtig nun die Wahlversprechen einzulösen und eine Lösung zu finden. Ziel müsse es sein, den Binnenmarkt für Telekommunikation zu realisieren. Mit dem neuen Vorschlag der Kommission müssten die Verbraucher sich außerdem keine Sorgen mehr machen, eine hohe Telefonrechnung aus dem Urlaub mitzubringen. Es ist geplant, den endgültigen Vorschlag im Dezember anzunehmen. Zuvor sind Beratungen mit der europäischen Regulierungsbehörde Berc, den EU-Staaten und weiteren Beteiligten wie Telekom-Unternehmen geplant.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Paneldebatte zu Klimaschutzpotenzialen des Metallrecyclings

Das Pariser Klimaabkommen wird der Reihe nach von allen Staaten ratifiziert. Doch noch immer steht die Frage im Raum, wie die Ziele genau umgesetzt werden sollen. Auf der Veranstaltung „Circular Economy und Klimaschutzpotenziale des Metallrecyclings“ ging es um die Rolle, die das Metallrecycling dabei einnehmen kann. Schon heute entsteht circa die Hälfte aller neuen Metallerzeugnisse aus recyceltem Material. In Zukunft wird sich das Potenzial der Recyclingbranche sogar noch vergrößern, denn jede und jeder von uns hat bei sich zu Hause Metalle, die eines Tage recycelt werden können. Wichtig ist dabei, dass wir uns alle dessen bewusst sind und z.B. alte Elektrogeräte ordnungsgemäß entsorgen, sodass die Metalle dem Kreislauf nicht verloren gehen.

Metallrecycling kann sehr viele Emissionen einsparen: Von den gesamten Emissionen der Metallerzeugung hat das Metallrecycling gerade einmal 14% ausgemacht. Darüber hinaus liegt die Verantwortung auch bei der Politik gute Voraussetzungen für die Recyclingbranche zu schaffen. Besonders wurde auf der Veranstaltung gefordert, den Unternehmen Spielraum dabei zu lassen, wie sie die vorgegebenen Klimaziele erreichen, damit noch mehr Anreiz zum Recyceln entsteht. Wichtig ist auch, dass die illegalen Exporte von Schrott in Drittstaaten ein Ende haben. Zwar gibt es schon einschlägige Regeln dazu, doch noch immer schaffen es die Mitgliedstaaten nicht, diese Regeln auch umzusetzen. Dennoch ist das Metallrecycling eine große Chance, unsere Emission zu senken, ganz besonders, weil alle - Industrie und Politik - von dieser Idee überzeugt sind.

CO2-Abgabe im Flugverkehr (Schattenberichterstatterin)

Die Europäische Kommission hat Ende letzten Jahres die Mitteilung "Eine Luftfahrtstrategie für Europa" veröffentlicht. Ziel ist es, Europa als Luftverkehrsstandort gegenüber der starken Konkurrenz aus Asien und den Golfstaaten wettbewerbsfähig zu halten. Der federführende Transportausschuss wird über seine Position zur Luftfahrtstrategie am 10. November abstimmen. Der Umweltausschuss hat kürzlich seine Stellungnahme zu den Umweltaspekten der Strategie angenommen, die ich für die Liberalen betreut habe.

Natürlich wird von der Luftfahrt verlangt, dass Flugzeuge umweltfreundlicher werden, was Emissionen und Lärm angeht. Das ist ja auch richtig und vieles wurde durch die technische Entwicklung schon erreicht. Moderne Flugzeugmotoren sind heute wesentlich leiser verglichen zu alten Maschinen und verbrauchen auch weniger Kraftstoff. Bei alternativen Antrieben wird es aber schwierig. Flugzeuge benötigen viel Power, um sich in die Luft zu heben. Das ist mit Elektro- oder Erdgasantrieb nicht machbar. Aber man kann das Kerosin mit Biokraftstoff versetzen, um die Emissionen zu senken.

Ein Hauptpunkt der Stellungnahme im Umweltausschuss ist die umstrittene CO₂-Abgabe für Airlines. Seit 2012 gilt sie für Strecken innerhalb der EU. Ursprünglich sollten aber alle Flüge einbezogen werden, die in der EU landen und starten. Die CO₂-Abgabe sollte selbst für den Teil der Strecke gezahlt werden, der außerhalb des EU-Luftraumes liegt. Das hat uns an den Rand eines Handelskriegs mit den USA und China gebracht. Der europäische Gesetzgeber musste einsehen, dass man amerikanischen und chinesischen Airlines keine CO₂-Abgabe gegen den Willen der jeweiligen Regierungen aufzwingen kann. Europäische Bürger und die europäische Wirtschaft sind zu sehr auf funktionierende Flugverbindungen zu diesen wichtigen Handelspartnern angewiesen. Ihren Fluggesellschaften die Landung bei Nichtzahlung der CO₂-Abgabe zu verweigern, ist einfach keine Option.

Nachdem uns europäische Alleingänge zur Reduzierung der CO₂-Emissionen im Luftverkehr nicht weitergebracht haben, ist das einzig sinnvolle Instrument, ein Abkommen auf internationaler Ebene auszuhandeln. Denn der Luftverkehr geht nun mal um die ganze Welt. Umso erfreulicher ist, dass man sich letzte Woche in der internationalen Luftfahrtorganisation ICAO, einer Unterorganisation der Vereinten Nationen, endlich auf solch ein Instrument geeinigt hat. Ab 2020 sollen CO₂-Emissionen von den Fluggesellschaften durch entsprechende Ausgleichszahlungen an Klimaschutzprojekte kompensiert werden, ein sogenanntes „Offsetting Scheme“. 64 Staaten haben sich bisher weltweit verpflichtet an der Pilotphase ab 2020 teilzunehmen. Sie sind heute für 84% der CO₂-Emissionen verantwortlich. Ab 2027 gilt das Instrument dann für alle Unterzeichnerstaaten. Nur die am wenigsten entwickelten Länder werden ausgenommen. Einigen EU-Umweltpolitikern geht das neue weltweite System aber nicht weit genug verglichen mit der gescheiterten europäischen CO₂-Abgabe. Ich kann aber bloß warnen, europäische Insellösungen helfen dem Klima wenig und führen uns nur wieder an die Schwelle eines Handelskrieges mit wichtigen Drittländern.

Ausbildung der Binnenschiffer wird vorgestellt (Berichterstatteerin)

Wie bereits berichtet, habe ich mich gemeinsam mit meiner Assistentin, Sophie Trampf, in den letzten Monaten ausführlich mit dem Gesetzesvorschlag der Kommission zur harmonisierten europaweiten Ausbildung für Binnenschiffer beschäftigt. Ich habe Schulschiffe besucht, mit Binnenschiffern und deren europäischen Verbänden gesprochen, im Simulator den Rhein befahren und erfahren, dass die Donau besonders starke Strömung hat, und die Besonderheiten einiger Mitgliedstaaten – in Finnland gibt es z.B. „swimming saunas“ mit einem kleinen Außenbordmotor – kennen gelernt. Mein Bericht - also die Stellungnahme des Parlaments für den Kommissionsentwurf - wurde mittlerweile in alle 24 Amtssprachen übersetzt, so dass wir ihn im Verkehrsausschuss erstmals diskutieren konnten. Weiteres Procedere: jetzt haben alle anderen Europaabgeordneten – insbesondere natürlich meine Schattenberichterstatter aus den anderen Fraktionen – Gelegenheit, das Ganze zu kommentieren und Anmerkungen zu machen. Die werden wiederum übersetzt und ich versuche dann, durch Kompromissvorschläge einen mehrheitsfähigen gemeinsamen Text mit meinen „Schatten“ auszuhandeln. Das Ergebnis wird anschließend – voraussichtlich ab November – im Trilog mit der Kommission und dem Rat (und damit dem Text der Verkehrsminister der EU) unter slowakischer Ratspräsidentschaft verhandelt. Ich werde Sie auf dem Laufenden halten!

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog abgeschlossen, aber in der „Warteschleife“: Hafendienstleistungen
- Demnächst im Trilog: Tierarzneimittel/Antibiotikaresistenz
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Quecksilberrichtlinie, Luftverkehrspaket, Berufsausbildung für Binnenschiffer, Sicherheit von Passagierschiffen

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

TRAN-Delegationsreise nach Prag

Genau genommen war Prag nur Ausgangs- und Endpunkt der dreitägigen Verkehrsausschussreise nach Tschechien. Erstes (und für mich interessantestes) Ziel war die Elbe bei Děčín an der deutschen Grenze. Auf einem Schleppkahn erkundeten wir in Begleitung fachkundiger Referenten den Flussabschnitt. Wegen immer wieder auftretendem Niedrigwasser ist der Fluss dort nur 5 Monate schiffbar, was einen kontinuierlichen Güterverkehr auf dieser für die europäischen Verkehrskorridore wichtigen Wasserstraße unmöglich macht. Seit mehreren Jahren wurden Abhilfe diskutiert und Lösungen vorgeschlagen: so könnte durch die Einrichtung von Wehren und Staustufen die durchgehende Schiffbarkeit erreicht

werden. Parallel sind eine Fischtreppe und auch begleitende Naturschutzmaßnahmen vorgeschlagen worden. Für mich klang dies alles sehr einleuchtend und es wäre zu wünschen, dass die tschechische Regierung finanzielle Unterstützung für entsprechende Ausbaumaßnahmen bei der EU beantragt – was allerdings noch aussteht. Wir brauchen dringend Entlastung für die Straßen, auf denen immer mehr Warentransport im Europäischen Binnenmarkt unterwegs ist, und dies ist nur möglich durch den Ausbau von Schienen- und Wasserwegen. Weitere Stationen unserer Reise waren: Ein im Bau befindlicher Eisenbahntunnel an der Strecke von Prag Richtung Westen, ein europäisch finanzierter Bahnhofsausbau und Baumaßnahmen zur Lärminderung im Schienenverkehr. Außerdem eine sehr spannende Führung durch die PilsnerUrquell-Brauerei in Pilsen (der Ausschuss ist auch für Tourismus zuständig und dies ist Touristenmagnet) und als Abschluss der Besuch der europäischen Satelliten-Agentur GNSS in Prag mit sehr interessanten Ausblicken auf die künftige Entwicklung von Galileo und anderen europäischen Projekten.

ELANCO-Firmenbesuch: Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit im Fokus

Das Unternehmen ELANCO – weltweit vertreten mit 16 Standorten in Brasilien, USA, Malaysia u.a. - hat sich am Standort Cuxhaven darauf spezialisiert, Produkte für die Gesundheit von Geflügel zu erforschen, herzustellen und zu vertreiben: Impfstoffe für Hühner, Antisalmonellenmittel für alle Geflügelarten, Enzyme zur Darmstabilisierung und anderes mehr. Das Unternehmen, in dem 258 Mitarbeiter tätig sind (41 allein in Forschung und Entwicklung), verfügt über einen Immunmodulator und testet zur Zeit 50 mögliche alternative Substanzen, die demnächst Marktreife erlangen und zur Bekämpfung der Antibiotikaresistenz beitragen können. Von Cuxhaven aus werden ca. 8 Milliarden Tiere mit Produkten versorgt, die gefriergetrocknet das Gelände verlassen und vor Ort aufgelöst über das Trinkwasser verabreicht werden. Für mich war der Besuch sehr interessant, da wir im Umweltausschuss gerade die Gesetzgebung über Tierarzneimittel diskutieren.

Messerundgang auf der IAA-Nutzfahrzeuge

Als Verkehrspolitiklerin ist es für mich Ehrensache, mir regelmäßig auf der Messe ein Bild zu machen über die neuesten Entwicklungen bei LKW und leichten Nutzfahrzeugen für die unterschiedlichsten Zwecke. Viel wird in die Entwicklung von umweltfreundlicheren Modellen gesteckt, nicht nur mit EMobilität und anderen alternativen Antrieben, sondern auch durch windschnittigere Formen, variabelere Größen und Designs, andere Materialien für Reifen (die Löwenzahn-Reifen von Continental sind nach wie vor mein Lieblingsmodell) und natürlich immer wieder neue technologische Verbesserungen. Manche LKW, die fast an Science Fiction erinnern, werden in den nächsten Jahren auf unseren Straßen zu sehen sein und auch einen Beitrag zur viel diskutierten Dekarbonisierung des Transports leisten.

Liberaler Hafentag in Bremen

Auf Anregung des Bremer Landesvorsitzenden und liberalen Abgeordneten der Bremer Bürgerschaft Prof. Dr. Hauke Hiltz treffen wir norddeutschen Abgeordneten, die mit maritimer Wirtschaft und Häfen befasst sind, immer mal wieder zusammen, um uns über die Diskussionen in den Parlamenten und die Entwicklungen im maritimen Bereich auszutauschen. Start war dieses Mal der Besuch der BLG Bremen, die sich mit Warenumschnitten in Bremen, Bremerhaven und Wilhelmshaven befasst und in der EU Marktführer bei der Fertig-Fahrzeug-Logistik ist. Spannend war für mich besonders zu erfahren, dass am Autoterminal Bremerhaven eine eigene Werkstatt darauf spezialisiert ist, besondere Kundenwünsche an ihren PKW zu erfüllen (Ledersitze, Schiebedach, Umlackieren – Scheichs haben da wohl immer wieder außergewöhnliche Vorstellungen), bevor die Fahrzeuge verschifft werden.

Bei dem anschließendem Austausch in den Fraktionsräumen in der Bremer Bürgerschaft ging es dann um aktuelle Gesetzgebungen und natürlich um die mögliche Verbesserung der jeweiligen Hafentandorte im weltweiten Wettbewerb.

Podiumsdiskussion in Berlin zu Medizinprodukten

Der Bundesverband der Arzneimittelhersteller (B.A.H.) lud mich zu seiner Jahrestagung auf eine Podiumsdiskussion ein, die am 29. September in Berlin stattfand. Ich bin der Einladung sehr gern gefolgt, da mir die Interessen der vielen kleinen und mittleren Unternehmen der Branche bei den Verhandlungen zu Medizinprodukten sehr wichtig waren. Um genau diese ging es auf dem Podium. Als federführende und einzige an diesem Dossier beteiligte deutsche Abgeordnete hat mich der B.A.H. gebeten, die Ergebnisse zu referieren sowie eine Vorausschau der nächsten Schritte zu geben. Besonders interessiert zeigten sich die fast 500 Mitglieder an der Regulierung der sogenannten „stofflichen Medizinprodukte“. Das sind Produkte, die viele Menschen eher als Medikamente einordnen würden und nicht als Medizinprodukt. Beispiele hierfür wären Nasensprays, Sonnencremes oder Mittel gegen Blähungen, die keine pharmakologische, sondern eine physikalische Wirkung haben. Die Kommission wollte, dass diese Produkte in die höchste Risikoklasse III, also auf gleicher Linie wie Herzschrittmacher oder Hüftgelenke, eingeordnet werden. Dies ist nicht nur aus meiner Sicht völlig überzogen und würde ungleich komplexere und langwierigere Genehmigungs- und Zulassungsverfahren erfordern. Dabei hat es in diesem Bereich bislang keine sicherheitsrelevanten Bedenken gegeben. In dem vor ein paar Monaten abgeschlossenen Trilog ist es uns erfreulicherweise gelungen, diese Produkte niedriger einzustufen.

1 Tag in Hamburg: Energieberg, Seegerichtshof und EU-Frauenpolitik

Mit welcher Themenbandbreite wir immer wieder zu tun haben, lässt sich gut an meinem Hamburgprogramm letzten Freitag zeigen. Morgens war ich von einer Hamburger Schule zu einer Diskussion über aktuelle Europapolitik und das Leben einer Abgeordneten in das Informationszentrum auf dem Energieberg in Hamburg-

Georgswerder eingeladen. Der Energieberg ist ein Vorzeigeprojekt, bei dem aus einem ehemaligen Müllberg im Rahmen IBA-Hamburg 2006-2013 nach einer Zukunftskonferenz mit EFRE-Mitteln ein Standort zur Erzeugung von und Information über regenerative Energien entwickelt wurde.

Sehr prominent besetzt war mein Anschlusstermin im Festsaal des Hamburger Rathaus, dem ich in der ersten Reihe beiwohnen durfte: mit Reden von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, Bundespräsident Gauck, des Hamburger Bürgermeisters Olaf Scholz und des Präsidenten des 21-köpfigen Richterorgans (darunter nur 1 Frau, die argentinische Richterin) wurde das 20-jährige Bestehen des

Internationalen Seegerichtshofes in Hamburg gefeiert. Der Seegerichtshof befasst sich nicht nur mit Rechtsverletzungen in maritimen Hoheitsgebieten, sondern auch mit Grenzstreitigkeiten und Rechten am Tiefseebergbau im Pazifik.

Den Abschluss bildete eine sehr lebhaft Diskussionsrunde zur Gleichstellung von Mann und Frau in Deutschland und der EU und der Diskrepanz zwischen Anspruch (Grundgesetz Artikel 3, Europarecht seit den Römischen Verträgen 1957) und Wirklichkeit. Eingeladen hatten die Liberalen Frauen Hamburg gemeinsam mit dem FDP-Bezirksverband Hamburg-Eimsbüttel. Für mich haben sich interessante neue Kontakte ergeben. Und natürlich war das Fazit des Abends, dass noch viel passieren muss, bis wir die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Bereichen erreicht haben. In manchen Fällen sind nicht nur andere europäische Länder, sondern auch Staaten in Afrika und Lateinamerika uns Deutschen voraus, insbesondere bei der politischen Repräsentanz von Frauen in leitenden Funktionen (selbst wenn wir eine Kanzlerin haben...).

IV. Europa unter der Lupe

Der Rat der Europäischen Union

Neben der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament ist der Rat der EU die dritte entscheidende Institution im europäischen Gesetzgebungsprozess. Zunächst eine wichtige Anmerkung: Es gibt einen großen Unterschied zwischen dem Europäischen Rat (vertreten durch Donald Tusk) und dem Rat der EU. Der Europäische Rat setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zusammen und legt die allgemeinen Zielvorstellungen und Prioritäten der EU fest. Der

Rat der EU (umgangssprachlich Minister-Rat) ist hingegen das Organ, in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten vertreten sind, um Gesetze zu erlassen und politische Maßnahmen zu koordinieren. Um diesen soll es in diesem Text gehen:

Gesetzesvorschläge kommen immer zuerst aus der Europäischen Kommission und gehen dann gleichzeitig an das Parlament und den Rat der EU. In sogenannten Arbeitsgruppen verhandeln Ministerialbeamte über die technischen Details eines Gesetzes. Über die strittigen politischen Fragen und über die abgeschlossenen Punkte wird bei regelmäßigen Treffen der jeweiligen Minister eines Ressorts

abgestimmt. Ein Kritikpunkt der Arbeit des Rates ist, dass die Verhandlungen - vor allem im Vergleich mit dem Parlament - weniger transparent sind. Maßgeblich für die Arbeit des Rates ist immer der Ratsvorsitz, der idealerweise neutral und ehrlich vermitteln soll. Der Vorsitz wird immer von einem Mitgliedstaat turnusmäßig für sechs Monate gehalten. Dieser Mitgliedsstaat arbeitet aber außerdem eng mit zwei weiteren Ländern (Vorgänger und Nachfolger) zusammen, wodurch ein sogenannter Dreivorsitz entsteht. So können nämlich langfristige Ziele für einen Zeitraum von 18 Monaten formuliert und erarbeitet werden, was die Arbeit kohärenter und zielstrebig macht.

Der Vorsitz plant und leitet die Tagungen des Rates und seiner Vorbereitungsgruppen. Zudem vertritt die Präsidentschaft den Rat gegenüber den anderen EU-Institutionen, bei den Verhandlungen mit den anderen beiden Institutionen (Kommission und Parlament), in den sogenannten Trilog - wie bereits in einem meiner vorherigen Newsletter erläutert. Jedes Land hat natürlich Ambitionen, im Rahmen der Präsidentschaft Verhandlungen erfolgreich abzuschließen. Andersrum kann ein Land natürlich auch Verhandlungen verschleppen. Man sieht also, dass die Ratspräsidentschaft großen Einfluss besitzt.

Besonders pikant: Großbritannien hätte den Vorsitz turnusmäßig im Juli 2017 übernehmen sollen. Das Land verzichtete aber aufgrund des geplanten Austritts. Das ist keine Überraschung, denn sie hätten sonst die Verhandlungen ihres eigenen Austritts geleitet und koordiniert. Estland - das eigentlich erst 2018 an der Reihe gewesen wäre - rückt damit vor und beginnt im Juli 2017. Die Reihenfolge der Länder die den Vorsitz im Rat der EU innehaben, lautet also wie folgt: Slowakei (derzeit), Malta, Estland, Bulgarien.

V. Terminvorschau

10.-13.10.	Brüssel	Ausschüsse, Besuchergruppe
13.10.	Brüssel	SEARICA-Konferenz "Meeresforschung"
13.-15.10.	Kiel	Teamklausur mit Besuch GEOMAR
17.-20.10.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
17.10.	Brüssel	SEARICA-Konferenz "Biodiversität im Meer"
18.10.	Brüssel	Konferenz "Weibliches Unternehmertum"
21.10.	Hamburg	Rede zu Digitalisierung, ECG-Kongress
24.-27.10.	Straßburg	Plenum, Fraktion
28.10.	Hannover	BFA Umwelt der FDP
31.10.-4.11.	Japan	Reise des Verkehrsausschusses

Ihre Gesine Meißner

Oktober II 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie konnten es in den Medien verfolgen: das Regionalparlament von Wallonien hat zunächst die Zustimmung zum Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada verweigert, die kanadische Handelsministerin reiste ab, der kanadische Premierminister Trudeau reiste gar nicht erst an und die für diese Woche geplante Unterzeichnung des Abkommens fand nicht statt – ein absolutes Armutszeugnis für Europa!

Wenn es schon nicht gelingt, ein Abkommen über gemeinsame Standards und vertiefte Handelsbeziehungen mit einem uns so nahe stehenden Staat wie Kanada abzuschließen, mit wem denn dann? Und Handelsabkommen brauchen wir, wenn wir künftig weltweit wirtschaftlich mitspielen wollen! Gestern endlich gab es „weißen Rauch“ aus Wallonien, aber das Ansehen der EU hat erheblich gelitten.

Erfreulich dagegen: Juncker hat angekündigt, die Ökodesign-Richtlinie, durch die nach Glühbirnen auch bestimmte Duschköpfe verboten werden könnten, zu überarbeiten. Solche Signale brauchen wir für ein positives Image der EU!

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Flüssigerdgas LNG (Liquefied Natural Gas) ist Teil der Lösung und nicht des Problems

Wenn der Transportsektor umweltfreundlicher werden soll, geht an Flüssigerdgas kein Weg vorbei. Gerade für LKW oder Schiffe, die zu schwer für einen Elektromotor sind, ist LNG ein Treibstoff der Zukunft. Auch wenn bei LNG-Schiffen im Vergleich zu Diesel oder Schweröl nur wenig CO₂ eingespart wird, fallen Schwefel- und Stickstoffemissionen fast völlig weg. Deswegen haben wir vor zwei Jahren auch eine Richtlinie zum Aufbau von LNG-Tankstellen entlang der transeuropäischen Verkehrsnetze verabschiedet. Als wir vor einigen Jahren beschlossen haben, den Schwefelgehalt in Schiffskraftstoffen zu reduzieren, war klar, dass LNG eine wichtige wirtschaftliche Alternative darstellt. Es ist illusorisch, dass wir von fossilen ölbasierten Kraftstoffen sofort auf Elektro- oder Wasserstofffahrzeuge umschalten können. Deshalb dürfen wir LNG nicht stigmatisieren, sondern sollten es fördern. Klimaschutz ist ohne Zweifel wichtig, aber genauso wichtig ist es, unsere Luft sauber zu halten. LNG kann einen großen Beitrag dazu leisten.

Mit seiner am Dienstag angenommenen Stellungnahme reagierte das Europaparlament auf die Mitteilung "Eine EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas", die die Kommission im Februar dieses Jahres veröffentlicht hat.

Eine Zeit für alle - Zeitumstellung adé!

Als nach der Ölkrise in den 1970er Jahren die Zeitumstellung zur besseren Ausnutzung von Tageslicht und zur effizienteren Energienutzung eingeführt wurde, schien dies eine gute Antwort auf die Fragen der Zeit zu sein. In den Folgejahren nahm die Europäische Union dies auf, angefangen mit der Harmonisierung der Zeitumstellung zwischen Sommer- und Winterzeit in allen Mitgliedstaaten. Zwischen 1980 und heute behandelten sage und schreibe neun verschiedene Richtlinien der EU-Kommission dieses Thema. Im Jahre 2000 machte dann die Richtlinie 2000/84/EG die Harmonisierung der Zeitumstellung dauerhaft. Mittlerweile gibt es aber verschiedene Studien, die zeigen, dass das erwünschte Ziel verfehlt wurde: Energie wurde nicht eingespart, die Unfallhäufigkeit ging nicht zurück, sondern wurde lediglich von Winterabenden in frühe Sommermorgenstunden verschoben, und der Gesundheitssektor meldet negative statt positiver Auswirkungen. Laut einer Forsa Umfrage von März 2016 sind 73% aller Deutschen gegen die Zeitumstellung. Es wäre also viel besser, wenn man eine europäische Harmonisierung durch eine dauerhafte Zeit für alle erreicht!

Warum? Die Praxis der Zeitumstellung führt nicht nur zu bürokratischem Aufwand auf Seiten der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, sondern auch zu Beeinträchtigungen der Wirtschaft mit komplett anderen Arbeitsrealitäten als in den 1970 Jahren. Durch die veränderten Lichtverhältnisse in den Morgen- bzw. Abendstunden leidet z.B. der Bausektor an Produktivitätseinbußen. Man geht hier von jährlich 30 Mio. Euro Umsatzeinbußen allein in Deutschland aus. Beim Schienenverkehr kann es zu einem unnötigen logistischen Mehraufwand kommen. Haustiere reagieren sensibel, Kühe geben vorübergehend weniger Milch. Und die EU-Bürger werden zweimal jährlich Jetlag-Erscheinungen ausgesetzt, ohne ein Flugzeug bestiegen zu haben. Unwohlsein während der bis zu 4-wöchigen Anpassungsphase, welches wiederum die Arbeitsfähigkeit und die Zufriedenheit beeinträchtigt, ist die Folge. Laut einer DAK-Statistik gab es während eben dieser Phase 15% mehr Krankmeldungen und 12% mehr Fälle von Depression.

Die 2007 von der Kommission durchgeführte Analyse der Befragung der EU-Mitgliedstaaten zeigte keinerlei statistisch signifikante Ergebnisse bei der Energieeinsparung, dem Klimaschutz oder dem Wirtschaftswachstum. Laut des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) ergibt sich beim Effekt auf den Stromverbrauch eine Bandbreite von -0,9 bis 1%. Auch bei der Raumwärme wird mehrheitlich von sehr geringen Effekten im Bereich von -0,2 bis 0,2% ausgegangen. Im Bereich der Klimatisierung liegt die Spanne in einer Größenordnung von -0,2 bis 9%. Beim Stromverbrauch deutscher Haushalte für Beleuchtungszwecke wurden Verbrauchsminderungen von weniger als 0,8% bezogen auf den Jahresstromverbrauch ermittelt. Dies ist lediglich ein Rückgang von 0,2% beim nationalen Stromverbrauch.

Die halbjährliche Zeitumstellung bleibt somit eine wirtschaftlich kontraproduktive und gesundheitlich bedenkliche Regelung. Stattdessen brauchen wir eine Zeit für alle! Hoffen wir, dass die Appelle aus allen Fraktionen bei unserer Plenardebatte Früchte tragen und die Kommission endlich einen entsprechenden Vorschlag macht!

Umsetzung einheitlicher Kontrollen in der Fischerei

In der letzten Legislaturperiode wurde die Gemeinsame Fischereipolitik als großes regulatorisches Rahmenwerk der zukünftigen europäischen Fischereipolitik verabschiedet. Jetzt gilt es diese Rahmenbedingungen praktisch umzusetzen, zum Beispiel bezüglich Fischereikontrollen, die auf neuen Regeln und Systemen beruhen. Um der illegalen und nicht gemeldeten Fischerei entgegenzutreten, ist das von herausragender Bedeutung. Letztlich liegt die Implementierung aber bei den Mitgliedstaaten. Als Europaparlament bleibt uns als Druckmittel nur das Instrument des Initiativberichts, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Hinsichtlich der Fischereikontrollen wies der Bericht des Parlaments darauf hin, dass sich die Kontrollsysteme – bezogen auf Prioritäten und interne Organisation – zu stark unterscheiden. Wir fordern einheitliche Vorgehensweisen zum Beispiel bei Sanktionen, Ausbildung von Inspektoren und beim Datenaustausch. Die Europäische Fischereibehörde kann sicherlich auch eine noch wichtigere Rolle einnehmen.

Der Bericht wurde mit großer Mehrheit angenommen. Als nächstes wird die Europäische Kommission einen Report veröffentlichen, der den Fortschritt bei der Umsetzung bemisst.

EU Rat stellt Schlussfolgerungen dem Parlament vor

EU-Ratspräsident Donald Tusk stellte die Schlussfolgerungen des Rats vom 20. und 21. Oktober dem Europäischen Parlament vor. Solche Schlussfolgerungen geben den aktuellen politischen Standpunkt des Rates wieder, haben allerdings keine Rechtsbindung. Donald Tusk berichtete, dass der Rat sich dieses Mal zu drei verschiedenen Themenblöcken positioniert hat: Migration, Handel & Russland.

In Fragen der Migration sei es von höchster Bedeutung, eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Fluchtursachen und der Reform des europäischen Asylsystems zu erreichen. In Sachen Handel müsse man als EU weiterhin auf den Erfolg von Freihandelsabkommen setzen. Wenn nicht mit dem uns sehr nahe stehenden Kanada, mit wem soll es denn dann überhaupt noch gelingen, so Tusk. Gleichzeitig machte er klar, dass die Bürger „mitgenommen“ werden und dass sämtliche Freihandelsabkommen immer in ihrem Interesse stehen müssen. Mit Russland müsse man im weiteren Vorgehen einen „modus vivendi“ finden. In zukünftigen Gesprächen sollte man behutsam, klug und rational vorgehen. Zu jeder Zeit solle man zu seinen Standpunkten klar stehen und auch nicht vor weiteren Sanktionen zurückschrecken, sollten diese nötig werden.

In seiner Stellungnahme hob Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Verbesserung der europäischen Grenzschutzbehörde sowie die Bedeutsamkeit der Rücknahmeabkommen mit afrikanischen Staaten hervor. Gleichzeitig unterstrich er, dass fairer Wettbewerb im Notfall auch durch Zollschränken gegenüber Ländern wie China sichergestellt werden müsse. Hier heißt das Leitprinzip „Protection without Protectionism“.

Aus der ALDE-Fraktion kamen zu den Erklärungen berechnigte Rückmeldungen zu den momentanen Vorgängen um das Freihandelsabkommen CETA mit Kanada. Die liberale niederländische Abgeordnete Sophie in't Veld sagte, dass CETA unbedingt gelingen müsse. Ansonsten würden andere die zukünftigen Wirtschaftsstandards vorgeben und Europa drohe irrelevant zu werden. Außerdem kritisierte sie den Europäischen Rat aufgrund seiner Blockadehaltung bei wichtigen europaweiten Entscheidungen scharf.

Arbeitsprogramm für das nächste Jahr innerhalb des Finanzrahmens 2014-2020

Am 25. Oktober 2016 beriet das EU Parlament in Straßburg das neue Arbeitsprogramm der Kommission für das kommende Kalenderjahr 2017. Die Beratungen zu dem Arbeitsprogramm liefen parallel zu der Revision des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) „Ein Haushalt für Europa 2020“.

Das Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2017 präsentiert 21 Schlüsselinitiativen, um die 10 politischen Prioritäten der Kommission umzusetzen. Die Kommission legt hierbei ihren Fokus auf strategische Investitionen in europäisches Wirtschaftswachstum, die Reaktion Europas in Sachen Flüchtlingspolitik und Terrorabwehr, den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen „TTIP“ sowie ein gemeinsames Auftreten bei der Lösungsfindung von Problemen in der unmittelbaren Nachbarschaft. Der Vize-Präsident der Kommission, Frans Timmermans, sieht Europa als Teil der Lösung und nicht Teil des Problems. In seiner Erklärung sprach er davon, dass sich die EU mehr für die Rechte der Bürger einsetzen müsse. Er hob auch die Wichtigkeit eines gemeinsamen europäischen Grenzschutzes hervor und kündigte die Aufhebung mehrerer veralteter Gesetze zur Verbesserung der europäischen Rechtssetzung an. Lob gab es für das Arbeitsprogramm aus unserer ALDE-Fraktion für den Verwaltungsabbau. Gleichzeitig übte man auch Kritik an einer Kultur der Geheimniskrämerei und bemängelte die Umsetzung des EUFlüchtlingsabkommens mit der Türkei.

Am selben Tag ging es im Parlament um den mehrjährigen Finanzrahmen für die 7-jährige Förderperiode von 2014 bis 2020. Als Garant für Kontinuität und Rechtssicherheit spielt der Finanzrahmen eine wichtige Rolle zur finanziellen Sicherstellung von mittel- oder langfristigen politischen Zielsetzungen. Jetzt ist Halbzeit und es stand die Revision an. Die verantwortliche EU Kommissarin Kristalina Georgieva kündigte ein Volumen von 6.3 Mrd. Euro für wirtschaftliches Wachstum, den Arbeitsmarkt und die Flüchtlingspolitik an. Gezielte Unterstützung sollte es für junge Menschen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit geben. Eine weitere Milliarde Euro soll in die europäische Infrastruktur (Verkehr, Energie, Breitband) fließen. Gleichzeitig kündigte Frau Georgieva an, den Verwaltungsaufwand weiter abbauen zu wollen. Die Mehrheit des Parlaments begrüßte die vorgeschlagene Änderung im Bereich der Flexibilität, bedauerte aber dennoch, dass keine Erhöhung der derzeitigen Obergrenzen des MFR vorgeschlagen wurde. Des Weiteren sollten die Verhandlungen über den

mehnjährigen Finanzrahmen enger mit den Verhandlungen zum Arbeitsprogramm der Kommission verzahnt werden. Eine gewisse Frustration über die aus Parlamentssicht eingenommene Blockadehaltung des EU-Rats wurde während der Plenardebatte deutlich.

Freihandelsabkommen mit Kanada: Einigung nach langem Ringen

Bei dem unwürdigen Ringen um das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) hat die EU leider Vorurteile der eigenen Handlungsunfähigkeit bestätigt. Zum Hintergrund: Das Regionalparlament von Wallonien – einer Region in Belgien - hatte die Unterstützung für das Freihandelsabkommen mit Kanada mit Verweis auf die Rolle der Schiedsgerichte und dem Schutz der eigenen Landwirtschaft verweigert. Das ist abstrus! Die EU mischt sich schließlich auch nicht ein, was auf den Schullehrplänen in den einzelnen Regionen stehen soll. Andersrum mischen sich aber Regionalparlamente in Handelsfragen ein, obwohl hier die Kompetenzen seit Jahrzehnten bei der EU liegen. Wallonien hat diese Taktik aufgrund eines rein innerbelgischen Geschachers um Geld und politischen Einfluss gewählt. So kann und wird es nicht gehen. Es müssen klare Grenzen zwischen regionalen, nationalen und europäischen Befugnissen gezogen werden. Schließlich war der Text des Abkommen seit 2014 einzusehen, warum regt sich der wallonische Widerstand erst jetzt? Wenn jede Region in Zukunft solche Abkommen nutzt, um eigene Interessen durchzusetzen, ist die EU handlungsunfähig. Nach langem Ringen sieht es jetzt aber so aus, dass das Abkommen unterzeichnet werden kann. Das sind sehr gute Neuigkeiten, denn dieses Abkommen ermöglicht es uns, den Freihandel nach unseren Vorstellungen und nach unseren Standards zu regulieren, und es wird wichtige wirtschaftliche Impulse setzen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Ausbildung von Binnenschiffen in Europa (Berichterstatteerin)

Die Ausbildung von Binnenschiffen ist im Verkehrsausschuss gerade meine größte "Baustelle", da ich für diese neue Richtlinie Berichterstatterin im Parlament bin. In Zukunft wird es europaweite Vorgaben geben, was ein Matrose oder ein Bootsführer an Kenntnissen nachweisen muss, um seinen Beruf auszuüben. Bisher galten auf jedem Fluss eigene Regeln. Die Wasserschutzpolizei sagt, sie kann bei der Vielzahl der Zeugnisse in Europa in allen möglichen Sprachen nicht mehr überprüfen, ob das Personal an Bord überhaupt ausreichend ausgebildet ist. Das ist ein Problem, wenn man sich z.B. den dichten Verkehr auf dem Rhein anschaut. Ein Zusammenstoß mit einem Tankschiff mitten in Köln möchte man sich nicht vorstellen.

Diese Woche gab es das erste Treffen mit meinen Schattenberichterstattern aus den anderen Fraktionen und es wurde klar, dass der Geltungsbereich der neuen Richtlinie der schwierigste Punkt wird. Einige Mitgliedstaaten Binnenwasserstraßen und deren Abgeordnete wollen demnach auch keine Regeln für die Ausbildung von

Binnenschiffen einführen. So sind die finnischen Seen die Hälfte des Jahres zugefroren und können nur im Sommer befahren werden. Finnische Seeleute fahren im Winter auf dem Containerschiff nach China und im Sommer steuern sie die Fähren über finnische Seen. Für die Finnen lohnt es sich deswegen nicht, eine eigene Ausbildung für Binnenschiffer anzubieten. Andererseits haben holländische und deutsche Reedereien große Nachwuchsprobleme. Man würde sich über gut ausgebildete Arbeitnehmer von außerhalb freuen, egal aus welchem Land. Hier stehen mir noch schwierige Verhandlungen mit meinen Kollegen bevor. Ich hoffe, wir werden den Termin für die geplante Abstimmung am 10. November im Transportausschuss einhalten können.

Emissionshandel: Industriausschuss verabschiedet Kompromiss mit realistischen Zielsetzungen

Eine vollständig freie Zuteilung der Zertifikate auf Basis sogenannter Benchmarks, die die zehn Prozent der effizientesten Anlagen eines Sektors für Sektoren auf der Carbon Leakage Liste enthält, kein sogenannter sektorübergreifender Korrekturfaktor und eine Klausel, die die Strompreiskompensation im Rahmen der Beihilfeleitlinien harmonisieren soll - Mitgliedstaaten dürfen auch noch darüber hinaus Kompensationen leisten. Dies ist der Kern der Stellungnahme des Industriausschusses des Europäischen Parlaments über den Emissionshandel, die Mitte Oktober verabschiedet wurde.

Ich vertrete die FDP seit Sommer in diesem Ausschuss. Der Emissionshandel ist das europäische Instrument der Klimapolitik. Gleichzeitig kann er, sollte er nicht praxisorientiert von der Politik ausgestaltet werden, viele Industriezweige bedrohen und sogar den Wirtschaftsstandort Deutschland oder Europa gefährden. Ich bin erfreut, dass der Industriausschuss realistische Forderungen stellt. In Anbetracht der Bandbreite der Änderungswünsche, die diesem Ausschuss vorlagen, bin ich mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Wir stehen global im Wettbewerb mit Staaten (wie China), wo es geringere oder keine Anforderungen für Klimaschutz gibt und vielleicht sogar zu Dumpingpreisen produziert wird. Durch einseitige Klimaschutzmaßnahmen der EU würde dieses Problem noch verschärft. Es muss sichergestellt sein, dass die effizientesten Anlagen kostenfreie Zertifikate bekommen.

Ein Nebenschauplatz mit potenziell schwerwiegenden Folgen war das Thema Einbeziehung des Schiffsverkehrs, was knapp abgewendet werden konnte. Es wäre ungeschickt gewesen, hier internationalen Verhandlungen bei der Welt-Schiffahrtsorganisation IMO vorzugreifen und die Einbeziehung des Schiffsverkehrs in den Europäischen Emissionshandel zu fordern. Die Kommission sammelt zunächst Daten über die Emissionen aus dem Seeverkehr, um daraus einen Vorschlag abzuleiten. Außerdem sollten wir aus den Fehlern lernen, die beim Luftverkehr gemacht wurden, was beinahe zum Handelskrieg mit Drittstaaten geführt hätte.

Der federführende Umweltausschuss wird am 8. Dezember über den Berichtsentwurf abstimmen.

Dobrindt und Lies vor Abgasuntersuchungsausschuss

Am 20. Oktober 2016 sagten der deutsche Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies vor dem Abgasuntersuchungsausschuss im EU Parlament in Brüssel aus. Im selben Monat hatten auch schon der Präsident des Kraftfahrtbundesamts Ekhard Zinke und der Leiter des Technischen Dienstes des TÜV NORD Leif-Erik Schulte ausgesagt.

Leider wich Dobrindt den Fragen aus oder ließ diese unbeantwortet, anstatt klare Ansagen zu machen. Insbesondere bei den stark voneinander abweichenden deutschen Testergebnissen von VW und FIAT blieben Unklarheiten bestehen. Meinen Nachfragen, ob es ihm nicht komisch vorgekommen sei, dass trotz bekannter Diskrepanzen zwischen Labor und Straße nie jemand auf die Idee gekommen war, mal genauer hinzuschauen, wich er konstant aus oder antwortete mit etwas anderem. Insgesamt hat Dobrindt der EU den Schwarzen Peter zugeschoben. Die Gesetzgebung sei nicht eindeutig – eine merkwürdige Aussage, denn kein Gesetz verlässt die EU-Ebene, ohne dass Deutschland zugestimmt hat! Der niedersächsische Wirtschaftsminister Lies wiederum war in seinen Antworten sehr viel deutlicher und ausführlicher und zeigte „klare Kante. Er erteilte dem vom niedersächsischen Umweltministerium vorgeschlagenen City-Verbot für Diesel-Autos eine klare Absage und positionierte sich zu einer nationalen Typengenehmigung. Er räumte ein, dass der EU lediglich eine mögliche Kontrollfunktion zukommen könne.

Positiv ist allerdings das klare Bekenntnis beider Minister zum Diesel als Antriebstechnologie zu bewerten. Diese Technologie ist auch in der Zukunft notwendig, um den CO₂-Ausstoß der PKW-Flotten zu reduzieren. Ich habe mich seit Beginn des Untersuchungsausschusses gegen das weit verbreitete „Diesel-Bashing“, also das konsequente Niedermachen des Diesels, gestellt und war froh, dass dies seitens der Minister auch so gesehen wird.

Digitalisierung und weibliches Unternehmertum: Wachsende Chancen für alle

Zusammen mit dem Verband türkischer Unternehmerinnen KAGIDER habe ich ein gut besuchtes Seminar im Europaparlament zum Thema "Digitalisierung und weibliches Unternehmertum: Wachsende Chancen für alle" organisiert. In ihrem Eingangsplädoyer betonte Lowri Evans, irische Generaldirektorin in der Kommission für den Binnenmarkt, Industriepolitik und KMUs, dass sie ihrer eigenen Tochter empfohlen hat, nicht in die Verwaltung zu gehen, sondern lieber in der Privatwirtschaft zu arbeiten. Laut Evans liege hier großes Potenzial für Frauen und die europäische Wirtschaft allgemein, wenn es gelingt, ein funktionierendes Umfeld zu schaffen, Netzwerke aufzubauen und das richtige Wissen zu vermitteln.

Interessante Erfahrungsberichte kamen unter anderem von Vanessa Erogbogbo, Leiterin einer Abteilung im Internationalen Handelszentrum, und Sophia Hatzelmann vom Verband deutscher Unternehmerinnen. Sie betonten, dass es gelingen müsse, den Marktzugang für Frauen weltweit zu erleichtern und das Interesse von Mädchen an naturwissenschaftlichen Fächern zu verbessern. Interessanterweise sei letzteres

nämlich besonders in Deutschland ein Problem, während in Ländern wie dem Libanon oder Ägypten die Mehrzahl der Mitarbeiter im IT-Bereich Frauen sind. Mein Parlamentskollege Dr. Paul Rübig wies schließlich darauf hin, dass entsprechende Projekte finanziell gefördert werden müssen. Seine Anmerkungen passen zeitlich sehr gut, denn derzeit laufen die Diskussionen um das EU-Budget für das Jahr 2017.

Strengere Prüfungen für PKWs vor Markteintritt

Die Kommission hat Anfang des Jahres eine neue Verordnung zur Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen vorgelegt. Es geht um neue Auflagen, die Autos erfüllen müssen, bevor sie in Europa auf den Markt kommen können. Eine Vorgabe ist natürlich, dass die Fahrzeuge die geltenden Grenzwerte für Schadstoffe einhalten. Und hier kommt der aktuelle Volkswagen-Skandal ins Spiel: Zulassungsbehörden haben über Jahre nicht bemerkt, dass VW eine verbotene Betrugsoftware benutzte, die die Abgasreinigung außerhalb des Prüfstandes abschaltet. Der neue Regelungsvorschlag versucht nun, Lücken zu schließen. Zum Beispiel sollen Autohersteller bei der Typgenehmigung in Zukunft auch ihre Software offenlegen. Bisher hatten die Prüfbehörden darauf keinen Zugriff.

Bei der Aufarbeitung des VW-Skandals wurde klar, dass alle Ebenen versagt haben. Die nationalen Behörden und auch die EU-Kommission hätten untersuchen müssen, warum die Stickoxid-Werte, die bei Messungen auf der Straße festgestellt wurden, die Grenzwerte um ein Vielfaches übersteigen. Angesichts des Abgasskandals sind im Parlament aber auch einige übertriebene Vorschläge im Umlauf.

Die Lösung des Problems liegt meiner Überzeugung nach nicht in der Schaffung einer neuen EU-Agentur, die sich zentralisiert um die Zulassung in ganz Europa kümmert. Die Schaffung einer solchen Behörde dauert Jahre und verschlingt viel Geld. Eine europäische Koordinierungsplattform für den Informationsaustausch der nationalen Zulassungsbehörden ergibt aber Sinn, genauso wie stichprobenartige Kontrollen bei Fahrzeugen auf der Straße oder die neuen Testverfahren, die die realen Fahrzeugemissionen widerspiegeln.

Im Transportausschuss wird die Abstimmung zur neuen Typgenehmigung wahrscheinlich auf Dezember verschoben werden, weil sich die verschiedenen Fraktionen noch nicht auf eine mehrheitsfähige Linie einigen konnten.

Gastspiel Lateinamerikas in Brüssel

Diesen Monat gastierten gleich mehrere Politiker aus lateinamerikanischen Ländern in Brüssel. Auf

Einladung des EU-Parlaments fand der 21. gemeinsame Parlamentsausschuss zwischen der Europäischen Union und Mexiko statt. Eine zweite Gruppe südamerikanischer Politiker fand sich auf Einladung der Konrad Adenauer Stiftung ebenfalls zum Dialog ein. Beide Veranstaltungen stellen wichtige Instrumente für die außereuropäischen Kooperationsmöglichkeiten und den politischen Dialog mit internationalen Partnerstaaten dar.

Am 17. & 18. Oktober tagte die aus Mexiko entsandte parlamentarische Delegation zusammen mit EU-Abgeordneten im Parlament in Brüssel und setzte mit der 21. Version des halbjährlich stattfindenden politischen Dialogs eine Tradition fort. Behandelt wurden fünf verschiedene Themenkomplexe, angefangen bei der allgemeinen politischen Situation über Innovation und Mobilität, die Modernisierung bestehender Verträge, den bilateralen Handel bis zu der Förderung von Wissenschaft. Eine Vertiefung des seit 1997 bestehenden „Globalabkommens“ zwischen der EU und Mexiko wurde in einer gemeinsamen Deklaration beschlossen. Diese sieht die Etablierung des parlamentarischen Ausschusses als festen Bestandteil der momentan verhandelten Erneuerung vor. Sowohl die Delegation der Europäischen Union als auch die entsandten Parlamentarier aus Mexiko-Stadt würdigten die fortlaufende Zusammenarbeit und befanden den Meinungs austausch zu den fünf Themenkomplexen als äußerst fruchtbar und förderlich.

Auf Einladung der Konrad Adenauer Stiftung diskutierten mehrere Repräsentanten christdemokratischer und „traditioneller“ Parteien aus Südamerika mit dem EU Parlament. Auf der Agenda stand ein Gedankenaustausch zu den jeweiligen politischen Situationen. Die Berichterstatterin des EU-Parlaments, meine baskische Fraktionskollegin Izaskun Bilbao Barandica, berichtete von den Herausforderungen der anhaltenden Flüchtlingskrise und dem anstehenden Brexit sowie von aufkommenden populistischen Tendenzen in einigen EU-Mitgliedstaaten. Die Politiker aus Südamerika gaben daraufhin jeweils einen Überblick über ihre Heimatländer. Der kolumbianische Repräsentant berichtete über den Ausgang und die Konsequenzen des Friedensreferendums mit den FARC-Rebellen. Die Repräsentanten aus Brasilien, Bolivien und Venezuela berichteten von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Korruption bis hin zu Foltervorwürfen in Gefängnissen für politische Häftlinge unter linksradikalen Regierungen. Die Vertreterin Chiles sprach von Rückschritten der momentanen Regierung in der Wirtschaftspolitik verglichen mit der Vorgängerregierung. Von Seiten der EU wurde es bedauert, dass kein Vertreter aus Ecuador anwesend war. Diese Abwesenheit lasse tief in die politische Entwicklung Ecuadors blicken.

Das Zusammenspiel von „Marine Protected Areas“ (MPAs) und Fischereiindustrie

Eine Diskussionsrunde zwischen Befürwortern und Kritikern der sogenannten „Marine Protected Areas“ der Europäischen Union fand auf Einladung des portugiesischen Abgeordneten Ricardo Serrão Santos statt. Vertreter aus Wissenschaft, dem Fischereisektor und aus Nichtregierungsorganisationen waren dazu angehalten ihren Standpunkt zu präsentieren. Das zu erwartende „Für und Wider“ wurde eingeleitet von Herrn Serrão Santos, welcher „Marine Protected Areas“ als Netz von Schutzgebieten innerhalb der EU zur Konservierung und Kräftigung der Biodiversität vorstellte. Wirtschaftliche Aktivitäten seien innerhalb dieser Zonen auf Erhaltung und Nachhaltigkeit eingeschränkt. Diese Einleitung

wurde durch Michel Sponar von der EU-Kommission fortgeführt, indem er die auf der Fischstrombewegung basierenden Eingrenzung der „Marine Protected Areas“ sowie deren langfristige Zielsetzung erläuterte.

Von Seiten der Wissenschaft begann Michel J. Kaiser (School of Ocean Sciences, University of Bangor) nach der Einführung die Vor- und Nachteile der MPAs darzustellen. Diese seien durchaus in der Lage, Fischpopulationen wiederzubeleben und essentielle Lebensräume zu schützen. Sie seien besonders effektiv, wenn anderweitig effektives Management fehle. Allerdings seien MPAs nutzlos bei Umweltverschmutzung oder bei Mangel der rechtlichen Durchsetzung.

Pim Visser beschrieb die Position des niederländischen Fischereiverbandes VisNed. Er legte die Herausforderung für die Fischereiindustrie durch immer mehr MPAs dar. Des Weiteren sprach er von der Vielzahl administrativer Körperschaften und Regulierungen in der Nordsee, welche das Geschäftsmodell erschwerten. Außerdem sieht Herr Visser keine Notwendigkeit für weitere MPAs, da sich die Fischpopulation in den letzten Jahrzehnten von alleine erholt habe. Andries de Boer (niederländischer Fischer) und Tommy Finn (Clyde Fisherman's Association) trugen die Sorgen der Fischer vor, welche den Arbeitsplatzverlust und den Zusammenbruch eines kompletten Wirtschaftszweigs befürchten. Sie kritisierten vor allem die Ambivalenz der MPA-Bestimmung.

Die Nichtregierungsorganisation Oceana wurde durch Lasse Gustavsson repräsentiert. Herr Gustavsson beklagte die radikale Überfischung der EU-Meere und warnte vor dem unwiederbringlichen Verlust einer Vielzahl von Fischarten. Er würde gerne die Vergrößerung der MPAs sehen, welche die Meere auch zukünftig zu Orten der lebendigen und nachhaltigen Biodiversität machten.

Abschließend resümierte mein Parlamentskollege Serrão Santos, dass ein Kompromiss zwischen den beiden Seiten extrem wichtig sei. Schließlich wüssten alle, dass Fische ohne Fischer leben könnten. Allerdings würde dies nicht umgekehrt gelten. Daher sollte man auf eine Symbiose setzen.

Searica: Veranstaltungen zum Blauen Wachstum und zur Meeresforschung

Innerhalb von wenigen Tagen fanden im Europäischen Parlament zwei Veranstaltungen meiner interfraktionellen Meeresgruppe SEARICA statt.

Am 13. Oktober ging es um den Beitrag von Wissenschaft zum sogenannten "Blauen Wachstum", also dem Wachstum der maritimen Wirtschaft. In den letzten Jahren hat sich im Bereich der Meeresforschung sehr viel getan. Dementsprechend geht es nun darum, dieses Wissen nutzbar zu machen. Dafür ist ein besserer Austausch der Wissenschaftler untereinander nötig, aber auch eine effektivere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, um die Erkenntnisse in einen technologischen Fortschritt umzumünzen. Davon können gerade Küstenregionen

profitieren, indem sie wirtschaftspolitische Weichen stellen, um neue Technologien und Unternehmen fördern.

Wenige Tage später, am 17. Oktober, stand der Austausch zwischen Politik und Forschung im Mittelpunkt. Konkret ging es um den Beitrag von Forschung zu den Verhandlungen über den weltweiten Schutz von mariner Biodiversität. Die aus New York angereiste Expertin Kristina Gjerde der International Union for Conservation of Nature gab einen sehr guten Überblick zu dem derzeitigen Stand der Verhandlungen auf UN-Ebene, über eine bessere weltweite Zusammenarbeit zum Schutz der Meere. Prof. Helmut Hillebrand von der Universität Oldenburg und Prof. Kevin Gaston von der Universität Exeter vervollständigten das Bild aus ihrer wissenschaftlichen Sicht, indem sie vor den großen Herausforderungen für die marine Biodiversität warnten. Dabei ging es nicht nur um das Aussterben verschiedener Arten, sondern auch um die Veränderung der Biodiversität durch eingewanderte Arten. Im anschließenden Gespräch mit Experten wie der Biologin Ute Jacob von der Universität Hamburg, der Europäischen Kommission und verschiedenen NGOs und wissenschaftlichen Einrichtungen in Brüssel zeigte sich, dass die maritime Gemeinschaft darüber gespalten ist, ob es noch gelingen kann, die Weichen erfolgreich auf eine nachhaltigere Bewirtschaftung der Meere umzustellen. Einig waren sich aber alle Teilnehmer darin, dass auch wenn globale Verhandlungen ein sehr schwieriger Prozess sind, die Biodiversität der Ozeane nur durch ein gemeinsames und weltweites Vorgehen gerettet werden kann.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog abgeschlossen, aber in der „Warteschleife“: Hafendienstleistungen
- Demnächst im Trilog: Tierarzneimittel/Antibiotikaresistenz, Quecksilberrichtlinie
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Luftverkehrspaket, Berufsausbildung für Binnenschiffer, Sicherheit von Passagierschiffen

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Teamklausur in Kiel

Einmal im Jahr trifft sich mein gesamtes Büro (Mitarbeiter aus Deutschland und Brüssel) im Wahlkreis, um die kommenden Monate zu planen. Da mein Wahlkreis mit Norddeutschland sehr groß ausfällt, haben wir eine große Auswahl bei den Orten: Diesmal hieß das Ziel Kiel. Eine schöne Stadt, die für mich thematisch von besonderem Interesse ist, da dort das GEOMAR-Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung angesiedelt ist. Das Zentrum hat sich nicht nur bereit erklärt, uns Räumlichkeiten für die Tagung zur Verfügung zu stellen, sondern außerdem eine enorm spannende und hochkarätig besetzte Diskussionsrunde zwischen meinem Team und zehn Wissenschaftlern möglich gemacht. Bei der Diskussion ging es um

Themen wie Meeresbergbau, Gasgewinnung aus Meeresrohstoffen, Erdbebenfrüherkennung oder Krankheitserreger, die im Meer angesiedelt sind. Zudem wurde über die europäische Forschungsförderung für angewandte bzw. Grundlagenforschung gesprochen. Hier wurde bemängelt, dass ein zu großer Fokus in der EU auf Applied Science/ angewandte Wissenschaft liegt, diese jedoch in Zukunft ohne Grundlagenforschung kaum möglich sein wird, da nur hier neue Forschungsfelder erschlossen werden können und wir insgesamt immer noch viel zu wenig über den Ozean und damit den größten Teil unseres „blauen Planeten“ wissen.

Die gewonnenen neuen Erkenntnisse und Kontakte waren für mich sehr wertvoll und werden bestimmt insbesondere bei meiner Arbeit für SEARICA künftig immer wieder eine Rolle spielen.

Hamburg: Zukunftsvisionen europäischer Logistiker

„Digitalisierung und Megatrends“ lautete das Thema, zu dem sich 300 Vertreter der europäischen Logistikbranche im Hotel Atlantik an der Alster trafen. Ich war eingeladen, um über aktuelle europäische Überlegungen und Gesetze zu berichten und konnte gleichzeitig spannende Vorträge aus den Innovationsabteilungen großer Unternehmen verfolgen – zu autonomen LKW, Entlade-Robotern und vielen anderen teils schon realisierten, teils futuristisch anmutenden Projekten und Strategien.

Ein Thema, auf das ich dort hingewiesen wurde, verfolge ich seitdem: die elektronischen Frachtpapiere. Sie könnten vieles erleichtern, werden aber noch viel zu wenig eingesetzt wegen Befürchtungen, dass im Falle eines Rechtsstreits doch ein Papier mit Original-Unterschrift erforderlich sein könnte. Dabei hat die UN eine rechtssichere Form für weltweit gültige elektronische Frachtbriefe entwickelt, es hapert nur noch an der Umsetzung. Bisher haben 8 (vor allem kleinere) Mitgliedstaaten der EU den Vorgang ratifiziert – noch viel zu wenig für die Anwendung im europäischen Binnenmarkt. Frankreich wird demnächst ratifizieren, die deutsche Bundesregierung ziert sich noch und lässt verlauten, dass das nicht eilt und in dieser Legislaturperiode nicht mehr erfolgen muss – meines Erachtens ein großes Versäumnis! Ich habe daher in Straßburg Kollegen der Regierungsfractionen „angespitzt“ und versuche, gemeinsam mit ihnen ein Umdenken in Berlin zu bewirken. Deutschland als Export-Europameister sollte sich einer Entwicklung nicht verschließen, die die Logistikbranche und damit den gesamten Warenverkehr entscheidend bürokratisch entlasten kann!

IV. Europa unter der Lupe

Fraktionslose Abgeordnete

Das Europäische Parlament besteht in der Legislaturperiode von 2014 - 2019 aus 751 Abgeordneten, die sich in acht Fraktionen unterteilen. Dazu kommen 16 Abgeordnete, die sich keiner Fraktion angeschlossen haben, die sog. „Fraktionslosen“ oder aus dem Französischen entlehnt „Non-Inscristés“ (= nicht

eingeschrieben). Die Gründe, warum sich die Abgeordneten keiner Fraktion anschließen, sind unterschiedlich. Da es sich oftmals um Abgeordnete handelt, die Ziele des äußersten rechten Rands verfolgen, finden sie keine ähnlich gesinnten Abgeordneten, mit denen sie eine Fraktion bilden können. Zudem sind die Anforderung an eine Fraktionsbildung hoch: Mindestens 25 Abgeordnete aus 7 verschiedenen Staaten müssen Mitglied sein. So kam es schon zu dem Fall, dass ein Abgeordneter eine Fraktion verlassen hat und nun eine Nationalität zu wenig vorhanden war. Dann mussten Fraktionslose oder Abgeordnete anderer Fraktionen angeworben werden, um den Fraktionsstatus nicht zu verlieren, was schlussendlich gelang. Technisch gesehen gab es aber diese Fraktion (EFDD) in der Zwischenzeit für drei Tage nicht.

Andere Abgeordnete hingegen, wie der deutsche Abgeordnete Martin Sonnenborn von der Satire-Partei „Die Partei“, nehmen ihr politisches Mandat nicht im klassischen Sinne wahr und deshalb ist die Struktur einer Fraktion für sie ungeeignet. Damit kann allerdings Martin Sonnenborn genauso wenig politischen Einfluss ausüben wie beispielsweise der quasi neben ihm sitzende Vertreter der NPD.

Den Abgeordneten entgehen große Vorteile, dadurch, dass sie sich keiner Fraktion anschließen wollen oder können. Denn nur wer in einer Fraktion ist, kann staatliche Unterstützung oder Personal, das die Fraktion stellt, für seine Arbeit in Anspruch nehmen. Aber: Auch sie können Mitglied in Ausschüssen, Delegationen und Intergroups werden. Meistens sind die Fraktionslosen Mitglieder in ein bis zwei Ausschüssen. Darüber hinaus zählt ihre Stimme natürlich genauso viel wie die aller anderen Abgeordneten und ihnen stehen alle Serviceleistungen des Parlaments, wie z.B. der Fahrdienst zur Verfügung. Das Gehalt der Abgeordneten unterscheidet sich ebenfalls nicht von dem anderer Abgeordneter.

V. Terminvorschau

31.10.-4.11.	Japan	Delegationsreise des Transportausschusses
7.-10.11.	Brüssel	Ausschüsse
12.11.	Berlin	Bundesmitgliederversammlung der Liberalen Frauen
13.11.	Berlin	Freiheitskonvent und Bundesvorstandsklausur der FDP
14.-17.11.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
17.11.	Brüssel	SEARICA-Tagung zum Tiefseebergbau
18.11.	Ronnenberg	DRK-Kinder-und-Jugendstiftung
19.11.	Hannover	FDP-Landesvorstand
21.-24.11.	Straßburg	Plenum, Fraktion, Besuchergruppe
25.11.	Osnabrück	Europa-Diskussion in der Ursulaschule

Ihre Gesine Meißner

November 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach Deutschland drang aus dieser Plenarwoche in Straßburg vor allem der Wechsel von Martin Schulz auf die Berliner Bühne und der Ruf des Europaparlaments nach „Einfrieren“ der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Für mich waren insbesondere zwei Transportthemen relevant: der Passagierverkehr per Schiff und der Umgang mit KMUs im Verkehrsbereich. Dazu standen noch Klima-, frauenpolitische- und Fischereithemen auf der Tagesordnung – reichlich zu tun für mein Team und mich.

In Brüssel haben wir mit Hochdruck am Gesetz zur Ausbildung in der Binnenschifffahrt gearbeitet und stehen jetzt kurz vorm Trilog, den Verhandlungen mit Kommission und Mitgliedstaaten. Große Resonanz fand die Veranstaltung zum Tiefseebergbau meiner Meeresgruppe SEARICA.

In Deutschland hat die FDP während des alljährlichen Freiheitskonvents intensive Diskussionen über das Programm für die kommende Bundestagswahl geführt. Bei den

Liberalen Frauen haben wir mit Katja Grosch eine sehr gute Nachfolgerin für mich als Bundesvorsitzende gewählt, so kann ich mich in Zukunft noch stärker auf Europa konzentrieren. Aber natürlich gibt es noch mehr zu berichten – viel Spaß beim Lesen!

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Passagierverkehr per Schiff hat noch viel Potential (Schattenberichterstatterin)

Die EU hat eine sehr lange Küstenlinie, viele Flüsse und Inseln. In den meisten Mitgliedstaaten herrschen optimale geographische Bedingungen für den Personentransport per Wasserweg. Fähren sind nicht nur zwischen Inseln oder an der Küste ein geeignetes Verkehrsmittel, auch im Stadtverkehr entlang eines Flusses oder Kanals sind sie gut einsetzbar und oft schneller als der Bus im Feierabendverkehr. Abgelegene Küstenabschnitte und Inseln sind auf eine verlässliche Fährverbindung angewiesen, sowohl für die tägliche Versorgung als auch für die Touristen. Gleichzeitig boomt der Kreuzfahrttourismus als Reisemöglichkeit für Jung und Alt, bei der man bequem viele verschiedene Orte entdecken kann.

Daher haben wir uns im Transportausschuss über die vielen Einsatzmöglichkeiten der Passagierschifffahrt Gedanken gemacht. Denn wenn man nicht gerade kleine schnelle Express-Fähren benutzt, ist der Transport per Schiff schon heute im Vergleich zum Flugzeug und dem Privat-PKW relativ umweltfreundlich. Trotzdem sollte Europa weiter vorangehen, wenn es um Themen geht wie emissionsarme

Antriebe durch Gas oder Strom, Energieeffizienz und Müllmanagement an Bord und im Hafen. Die EU-Fördertöpfe wie die Connecting Europe Facility (CEF) oder Horizon2020 sind darauf ausgelegt und sollten das auch in der nächsten Förderperiode bleiben.

KMUs im Verkehrsbereich

In Sonntagsreden wird die enorme Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen als Rückgrat der europäischen Wirtschaft immer wieder betont. Aber wenn es um konkrete Gesetzgebung geht, scheuen viele davor zurück, Ausnahmen für KMUs einzubauen, um keinen gesetzgeberischen Flickenteppich zu schaffen. Dabei sind einige Regelungen völlig unverhältnismäßig und eine vermeidbare Belastung für die Unternehmen.

Das beste Beispiel aus dem Transportbereich ist für mich immer noch die Tachographenpflicht für Handwerker. Obwohl diese im Gegensatz zu LKW-Fahrern meist nur relativ kurze Strecken fahren und nie mit den vorgeschriebenen Lenk- und Ruhezeiten in Konflikt kommen, müssen alle ihre Fahrzeuge über 3,5 t mit einem Fahrtenschreiber ausgestattet sein. Das beinhaltet nicht nur die Anschaffung und regelmäßige Kalibrierung des Geräts. Jeder Mitarbeiter, der potentiell mal den kleinen Transporter fährt, braucht wie ein LKW-Fahrer eine Fahrerkarte und muss all seine Fahrzeiten dokumentieren und für die Kontrollbehörden aufbewahren. Der Aufwand steht für kleine Handwerksunternehmen in keinem Verhältnis zum Gewinn an Straßenverkehrssicherheit. Handwerker sitzen nicht stundenlang hinterm Steuer und gefährden damit auch nicht die Verkehrssicherheit.

Auf meine Initiative hin hat sich der Transportausschuss deswegen über die spezifischen Probleme von KMUs im Verkehrssektor Gedanken gemacht. Diese Resolution wurde diese Woche im Plenum bestätigt. Dabei ging es nicht nur um Überregulierung, sondern auch um faire Zugangsbedingungen zu Märkten und die Problemen kleiner Unternehmen gegenüber großen Unternehmen mit Monopolstellung.

Neue Gesetzgebung für saubere Luft

Am Mittwoch hat das Plenum ein Gesetz verabschiedet, mit dem bis 2030 Schadstoffe in der Luft um fünfzig Prozent gemindert werden sollen. Darunter fallen Stickstoffoxyde, Partikel und Schwefeloxid. Der erreichte Kompromiss ist ausgewogen und wichtig, da schadstoffbelastete Luft eine erhebliche Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellen kann. Gut ist, dass wir die Aufnahme eines Grenzwertes für Methan in dem Gesetz verhindern konnten. Zwar müssen Methan-Emissionen auch reduziert werden, aber nicht über eine Richtlinie zur Luftverschmutzung. Methan ist ein Treibhausgas, ebenso wie CO₂, schadet damit dem Klima, ist aber nicht giftig und daher auch keine Gefährdung der menschlichen Gesundheit über die Luft. Außerdem wird Methan in der Landwirtschaft ausgestoßen, verbindliche Reduktionsziele hätten zunächst ein Problem in der Freilandhaltung von Kühen dargestellt, die dann immer im Stall bleiben müssten. Deshalb ist es richtig, dass wir hier keine willkürlich festgelegten Reduktionsziele

vorgeben, sondern die Kommission zugesichert hat, diesbezüglich eine Überprüfung zu veranlassen. Problematisch ist nach wie vor das hohe Reduktionsziel für Ammoniak, insbesondere für die Nutztierhaltung.

In Deutschland hatten bereits einige Städte sogenannte Umweltzonen eingerichtet, um Luftschadstoffe zu reduzieren. Die EU-Gesetzgebung schreibt jedoch lediglich die Grenzwerte und Luftreinhaltepläne vor. Umweltzonen lehnten wir Liberalen stets ab, da eine positive Auswirkung auf die Gesundheit nicht bewiesen werden konnte, aber Beeinträchtigung der lokalen Wirtschaft zu verzeichnen war. Jetzt hat auch das Fraunhofer-Institut herausgefunden, dass die Umweltzonen nicht den gewünschten Effekt haben, sogar zu höheren Stickstoffemissionen führen können. Danach ist die derzeit gültige Plakettenregelung also in ihrer Sinnhaftigkeit in Frage zu stellen.

Keine Gewalt gegen Frauen: Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention muss beschleunigt werden

Die Zahlen sind erschütternd. Jede dritte Frau erleidet mindestens einmal in ihrem Leben körperliche Gewalt. Sexuelle Übergriffe, häusliche Gewalt, Zwangsheirat und weibliche Genitalverstümmelung traumatisieren Mädchen und Frauen in vielen Teilen der Welt. In der EU gibt es jährlich 2500 Todesfälle durch sexuelle Gewalt. Die alarmierenden Übergriffe auf Frauen in der Kölner Silvesternacht haben uns wieder schmerzlich vor Augen geführt, dass Schutz und gesetzliche Handhabe nicht ausreichen.

Deshalb ist die Ratifizierung des 2014 in Kraft getretenen Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, die sogenannte Istanbul Konvention, durch die Kommission und die 28 Mitgliedsländer ein unabdingbarer Schritt für eine bessere Bekämpfung derartiger Vorfälle. Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen haben am Mittwoch mehrere Fraktionen in einer gemeinsamen Anfrage mit Entschließung im Plenum die EU nochmals aufgefordert, dem Übereinkommen beizutreten. Diesen einheitlichen Aufruf konnte selbst die Europaabgeordnete der AFD Beatrix von Storch durch ihren zynischen und menschenverachtenden Redebeitrag nicht sabotieren. Im Plenum sagte sie, dass alle, die sich für eine solche Ratifizierung einsetzen, ‚auf Droge‘ seien.

Das Übereinkommen zielt darauf ab, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und diese Art von Gewalt zu bekämpfen. Neben Vorbeugung und Opferschutz ist dieses Abkommen auch das einzige rechtsverbindliche Instrument gegen sexuelle Gewalt. Konkret würde ein EU-Beitritt die Mitgliedstaaten dazu zwingen, genaue und vergleichbare Daten zu sammeln, um damit das Ausmaß und die Art der Gewalt gegen Frauen besser messen und dementsprechend wirksamere politische Maßnahmen ausarbeiten zu können. Außerdem könnte die EU bei der Überwachung der ordnungsgemäßen und wirksamen Anwendung des Übereinkommens aktiver mitwirken. Letztendlich würde es auch ein starkes Signal an die internationale Gemeinschaft senden und die Rolle der EU bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf internationaler Ebene erweitern.

Auf Enttäuschung und Unverständnis stößt bei mir die Tatsache, dass Deutschland trotz mehrfacher Aufforderung der Freien Demokraten und aller Frauenorganisationen im Gegensatz zu den meisten europäischen Staaten die Konvention immer noch nicht ratifiziert hat. Die Uneinigkeit darüber, ob das Abkommen bereits durch Paragraph 177 des deutschen Strafgesetzbuches abgedeckt wird, speziell in Bezug auf die Anforderungen des Artikels 36, der jeglichen nicht einvernehmlichen Sexualverkehr unter Strafe stellt, ändert an meiner Einschätzung dabei wenig. Waren die Kölner Silvesternachtgeschehnisse nicht ein genügender Beweis dafür, dass die vorhandenen Instrumente nicht ausreichend sind, um diese Art von Gewalt einzudämmen, und dass auch in Deutschland ein akuter Handlungsbedarf besteht?

COP22 und die Zukunft des Klimas

Am 23. November fand im Europäischen Parlament in Straßburg ein Austausch mit dem Rat und der Kommission zur UN-Klimakonferenz COP22 statt. Als erste Sitzung nach dem Pariser Abkommen im letzten Jahr, auf der sich die internationale Staatengemeinschaft auf das „2 Grad Ziel“ geeinigt hatte, fanden in Marrakesch nun Beratungen zur weiteren praktischen Umsetzung statt. Als EU-Ratspräsident bezeichnete der Slowake Ivan Korčok COP22 als neue Phase der Klima Governance. Er sagte der Europäischen Union eine Schlüsselrolle im Klimaschutz und in der Vorbereitung einer CO₂-armen Wirtschaft zu. Der Vertreter der Kommission, der Spanier Miguel Arias Cañete, fügte hinzu, dass der politische Rahmen für so eine CO₂-arme Wirtschaft für die Zukunft neugestaltet werden müsse. Die Botschaft von Marrakesch sei die Fortsetzung und Verteidigung der im Pariser Abkommen vereinbarten Ziele.

Aus Sicht der liberalen ALDE-Fraktion im EU-Parlament ist es besonders wichtig, dass die Einigung über die europäische Verhandlungsposition in einem Trilog zwischen der Kommission, dem Rat und dem Parlament stattfand. Auf diese Art und Weise sei eine einheitliche und verfestigte Position in Europa besser zu finden. Des Weiteren muss ein Signal an die neue Administration in Washington gesendet werden, dass das Pariser Abkommen irreversibel ist. Es ist außerdem bemerkenswert, wie sich die geopolitische Lage verändert hat. Während China bis vor kurzem noch zu den schärfsten Kritikern der Klimaziele gehörte, hat sich das Land jetzt zu einem Hauptantreiber gewandelt. Der Umgang mit weiteren Drittstaaten, wie zum Beispiel den Pazifikinseln, setzt ein weiteres positives Zeichen für die Schlüsselrolle der Europäischen Union in den Klimaverhandlungen

Plan für den Kabeljau in der Nordsee

Angesichts der rapide abnehmenden Kabeljaupopulation hat die Kommission erstmals 2004 einen Kontrollplan verabschiedet. Bei der Revision 2008 hat man festgestellt, dass die angestrebten Ziele nicht erreicht wurden. 2012 reagierte man mit einem angepassten Plan auf Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die EU-Mitgliedstaaten wollten diese Entscheidungen alleine treffen, wogegen sich

das Europaparlament gewehrt hat, denn laut des Vertrags von Lissabon hat das Parlament Mitspracherecht. Der Fall ging bis vor den Europäischen Gerichtshof. Das Parlament erhielt letztlich Recht. In Folge dessen gab es u.a. angepasste Maßnahmen bei der Pflicht zur Anlandung. Der Plan wurde nun mit großer Mehrheit verabschiedet. Allerdings ist es nur ein Übergangsplan, denn schon im neuen Jahr wird ein allgemeiner Bewirtschaftungsplan für die Nordsee erwartet. Als neuer Rechtsrahmen wird er – sofern erfolgreich angenommen - diese und andere Vorgaben für die Nordsee vereinheitlichen.

Aus meiner Sicht ist es wichtig, die ehrgeizigen Ziele der Fischereireform umzusetzen, denn nur so können wir eine dauerhafte Erholung der Fischbestände und damit die Zukunft der Fischerei sichern. Auf nationaler Ebene muss dafür gesorgt werden, dass der angelandete Beifang auch verwertet werden kann.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Mit Guy Verhofstadt an der Spitze durch stürmische Zeiten

Meine Fraktion der Liberalen und Demokraten ALDE hat am 16. November den Belgier Guy Verhofstadt in seinem Amt als Fraktionsvorsitzenden per Akklamation bestätigt. Auch wenn wir aus deutscher Sicht nicht immer mit seinen Äußerungen einverstanden sind: er ist ein leidenschaftlicher Befürworter der Europäischen Union, wir haben die gleichen Werte und kämpfen gemeinsam für ein friedliches, freies und geeintes Europa. Angesichts der aktuell „stürmischen Zeiten“ legten wir dieses Mal einen Schwerpunkt auf außenpolitische Themen in der europäischen Nachbarschaft.

In seiner Rede betonte Guy Verhofstadt, der als bester Redner des Parlaments gilt, dass die ALDE eine eindeutig pro-europäische Fraktion sei und Interesse daran habe, die Union voranzubringen. Gleichzeitig müsse man sich aber auch überlegen, wie man dies in Zeiten der Globalisierungsangst und des Populismus erfolgreich vermittelt. Europa biete eine Vielzahl von Chancen für die Zukunft aller Bürgerinnen und Bürger, man müsse sie nur ergreifen. Die europäischen Liberalen wollen hierzu ihren Beitrag leisten und ein klares Signal in Richtung Europa setzen.

Als wichtigsten inhaltlichen Block ging es, wie oben erwähnt, diesmal um Außenpolitik. Gerade die Lage in der Türkei, aber auch die Entwicklungen in Russland, die Konsequenzen aus der US-Wahl sowie die Flüchtlingssituation geben Anlass zur Sorge. Die von dem türkischen Präsidenten eingeschlagene Richtung hin zur Autokratie lassen eine erfolgreiche Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union immer unwahrscheinlicher werden. Man sollte hier klar die europäischen Werte verteidigen und sich nicht erpressen lassen. Ein Einfrieren des momentanen Verhandlungsprozesses, das die große Mehrheit des Parlaments forderte, wäre eine angebrachte Reaktion auf die dramatische Beschleunigung der Entwicklungen in der Türkei.

Neue Ausbildungsvorschriften in der Binnenschifffahrt (Berichterstatteerin)

Mein Bericht über die zukünftigen Ausbildungsvorschriften für Binnenschiffer hat inzwischen gehörig an Fahrt aufgenommen. Glücklicherweise habe ich es geschafft, mich rechtzeitig mit meinen Kollegen aus den anderen Fraktionen auf einige grundlegende Eckpunkte zu einigen. Damit konnte die Parlamentsposition zu dem Richtlinienvorschlag während der letzten Sitzung des Verkehrsausschuss am 10. November angenommen werden. Der Ministerrat hat bei diesem Dossier etwas schneller gearbeitet als das Parlament. Die Verkehrsminister haben ihre Position bereits im Juni vorgelegt, weil die damalige niederländische Ratspräsidentschaft ein starkes Interesse an der Richtlinie hatte.

In der zweiten Jahreshälfte 2016 haben nun die Slowaken die Präsidentschaft übernommen. Aber auch sie hatten mir schon im Vorfeld signalisiert, dass sie nach der Abstimmung im Ausschuss gerne schnell mit den Trilogverhandlungen beginnen würden. Die Slowaken sind wegen der Donau ein Land mit Binnenschiffern. Vor dem Hintergrund, dass die nachfolgenden Präsidentschaften Malta und Estland keine befahrbaren Flüsse und dementsprechend keine Expertise in der Binnenschifffahrt haben, möchte ich so viel wie möglich noch mit den Slowaken verhandeln. Die Trilogie – Gesetzesverhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament - werden schon nächste Woche starten und wir hoffen, bis Weihnachten über die grundsätzlichen Punkte eine Einigung zwischen Rat und Parlament zu erzielen.

Am schwierigsten sind folgende Fragen: wie werden Mitgliedsländer behandelt, die keine Binnenschifffahrt haben? Wie und von wem werden Streckenkenntnisse für besonders gefährliche Flussabschnitte festgelegt und überprüft? Welche Zeugnisse können aus Drittstaaten angerechnet werden? Welche Qualifikationen müssen ein Matrose oder ein Kapitän genau nachweisen und wer legt die Details dazu fest?

TÜV für Flugzeuge: Reform der Europäischen Flugsicherheitsagentur EASA

Die Europäische Flugsicherheitsagentur (EASA) sitzt in Köln und kümmert sich heute in erster Linie um die Zertifizierung von Flugzeugen, die in Europa fliegen dürfen. Damit ist sie eine Art europäischer TÜV für Flugzeuge, bevor sie in der EU verkauft werden können. Es ist vernünftig, dass diese Aufgabe von einer europäischen Behörde erledigt wird und nicht jedes einzelne EU-Land ein Flugzeug für den eigenen Luftraum freigibt. Die allerwenigsten Maschinen bewegen sich ja innerhalb einer Landesgrenze. Da sich die Agentur bewährt hat, sollen die Kompetenzen der EASA nun erweitert werden. Einiges macht auch Sinn, aber ich plädiere dafür, sich die neuen Aufgabenfelder genau anzuschauen. Ich halte nichts davon, die EASA nach dem Vorbild der amerikanischen Federal Aviation Administration (FAA) zu einer Superbehörde umzubauen. Wir haben in Europa eine etablierte und bewährte Aufgabenverteilung zwischen EASA (Zertifizierung), Eurocontrol (Luftraumüberwachung) und Kommission. Das sollte man nicht einfach über den Haufen werfen. Deswegen lehne ich auch die Namensänderung ab, so wie sie in der letzten Sitzung vom Verkehrsausschuss mehrheitlich gegen die Stimmen

der ALDE beschlossen wurde. Aus der EASA (European Aviation Safety Agency) soll keine EAA (European Aviation Agency) werden.

Nach der Annahme des Textes im Verkehrsausschuss ist das Parlament bereit für die Trilogverhandlungen. Der Rat will seine Position zur EASA während des Verkehrsministerrates nächste Woche beschließen.

Wie hängen Emissionsreduzierung und Energiesicherheit zusammen?

Mit dem European Liberal Forum (ELF), dem europäischen Zusammenschluss von liberalen Stiftungen und Think tanks, veranstalte ich regelmäßig gemeinsame Seminare zu Themen, die ich im Europaparlament bearbeite. Diesmal ging es darum, wie sauberer Transport Europas Unabhängigkeit von Energieimporten fördern kann. Der Gedankengang ist ganz einfach: Je mehr Transportmittel mit erneuerbaren Energien wie Strom angetrieben werden, desto weniger sind die Europäer auf Öllieferungen der Golfstaaten und russisches Gas angewiesen. Die ELF hat die Situation in verschiedenen EU-Ländern wie Bulgarien, Frankreich, Slowenien, Schweden und Österreich analysiert, die jeweils ganz unterschiedlich aufgestellt sind, was die Förderung von Elektromobilität und alternativen Antrieben angeht. Ergebnisse und Empfehlungen dieser Studien wurden den Parlamentariern aus dem Verkehrs- und Industriausschuss während eines Seminars am 8. November vorgestellt. Schweden nimmt derzeit mit einer ehrgeizigen „2030-Wasserstoffstrategie“ eine Vorreiterrolle ein.

Forum zur Zukunft der Logistik

Die European Logistics Platform (ELP), ein Zusammenschluss von Verbänden und Unternehmen aus der Logistikbranche, hat am 15. November in Brüssel eine große Konferenz zu zukünftigen Entwicklungen im Sektor veranstaltet. Neben der zunehmenden Digitalisierung der Logistikketten ging es auch um spannende Pilotversuche. Die DHL/Deutsche Post stellte zum Beispiel folgendes vor: Auslieferung von dringenden Paketen (z.B. Medikamente) per Drohne bei Wind und Wetter auf die Nordseeinsel Juist oder ein 'Paketkopter', der in einem völlig verschneiten Alpendorf rund um die Uhr eigenständig Pakete aufnehmen kann, die in einer Paketstation hinterlegt wurden, um sie ins Tal zu fliegen. Auch das Fahrrad feiert als E-Bike für innerstädtische Lieferungen ein Comeback. In einigen Städten werden die letzten Kilometer von der Packstation zum Endkunden am schnellsten mit dem Cargo-Bike zurückgelegt. Die „letzte Meile“ der Lieferkette wird sich in Zukunft entscheidend verändern.

Nachdem ich den Nachmittag über viel Inspirierendes gehört habe, konnte ich die Ergebnisse der Konferenz am Ende in einem sehr zuversichtlichen Schlusswort zusammenfassen. Insgesamt waren ca. 100 Branchenvertreter und Teilnehmer von den EU-Institutionen zusammengekommen.

Der Hafen von Baku - Ein neues Tor nach Europa

Am 9. November 2016 fand im EU-Parlament in Brüssel eine Informationsveranstaltung zu einem neuen Hafenprojekt in der Republik Aserbaidschan statt. Auf Einladung von meinem liberalen slowenischen Kollegen Ivo Vajgl und mir stellten Repräsentanten des Hafens von Baku ihr neues Projekt vor, welches die Bedeutung der Stadt als Umschlagsplatz für den Handel zwischen Europa und Asien steigern soll. Aserbaidschans geographisch strategische Lage am Kaspischen Meer untermauert dieses Vorhaben weiter. Als Mitglied im Industrie- und im Verkehrsausschuss war dies eine tolle Gelegenheit für mich, dieses vielversprechende Projekt kennenzulernen.

In Anwesenheit von ca. 100 geladenen Gästen des EU Parlaments und der ständigen Vertretung Aserbaidschans stellte Herr Taleh Ziyadov, Generaldirektor des Baku International Sea Trade Port, das Modernisierungsprojekt für den Hafen und den Plan über eine Sonderwirtschaftszone vor. Während die Modernisierung des Hafens vor allem auf die Erweiterung und Effizienzsteigerung der Leistungsfähigkeit abzielt, soll die Sonderwirtschaftszone dafür sorgen, dass direkt vor Ort auf einem hohen europäischen Standard gearbeitet werden kann. Auf diese Weise soll der Transport der weiterverarbeiteten Waren in Richtung Europa beschleunigt und zolltechnisch vereinfacht werden. Entlang der früheren Seidenstraße könnte Aserbaidschan so eine Schlüsselrolle für die weiterverarbeitende Industrie zwischen den beiden Kontinenten Europa und Asien zukommen.

Die Vertiefung der Handelsbeziehungen zwischen Europa und Asien über den Knotenpunkt des Hafens von Baku stellt für mich ein äußerst interessantes Projekt dar. Es kann in Zukunft als schnellere Verbindung (kürzer und teilweise per Schiene) eine gute Ergänzung zur Schiffsroute zwischen Asien und Europa darstellen.

Weibliches Unternehmertum in der digitalen Welt

Diesen Monat trafen sich einige Abgeordnete aus dem EU Parlament auf Einladung von „SME Europe“ zu einer Diskussionsrunde mit Vertretern aus der Privatwirtschaft und Interessenverbänden zum Thema des weiblichen Unternehmertums in der digitalen Welt. Mit einem ansteigenden Bedeutungszuwachs digitaler Aspekte in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft und des Soziallebens, wird eine Wissensvermittlung immer wichtiger. Frauen gebührt hierbei unsere Aufmerksamkeit, da sie immer noch unnötigerweise in der digitalen Wirtschaft unterrepräsentiert sind. Als Vorstandsmitglied der liberalen Frauen ist dies eine Herzensangelegenheit für mich.

Während der Diskussionsrunde erläuterte Horst Heitz von SME Europa, dass in Deutschland zurzeit nur 6.2% aller Studenten der Computerwissenschaften weiblich und die Tendenz rückläufig sei. Dabei sei die Einbindung von Frauen in die digitale Wirtschaft wichtig für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Elisabetta Gardini, MdEP erklärte, dass Frauen gerade in kleinen und mittelständigen Unternehmen eine große Rolle spielen könnten. Mit einem Wachstumspotenzial von 9 Mrd. Euro sei es

wichtig, dass Stereotypen und Hürden abgebaut würden. Frauen könnten zum wirtschaftlichen Wachstum beitragen und sollten hier vor allem durch Bildung befähigt werden. Axel Voss, CDU-MdEP fügte hinzu, dass es Gesetzesänderungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bedürfe. Die Digitalisierung biete hier zukunftsweisende Möglichkeiten zu Flexibilisierung des Berufslebens. Als Vater von zwei Töchtern sei er auch gerade sehr an einer stärkeren Konzentration auf digitale Themen an Schulen interessiert. Bildung sei schließlich das Fundament für späteren wirtschaftlichen Erfolg – dem kann ich als Freie Demokratin nur zustimmen.

Die Repräsentantin von Uber Technologies, Agata Wejman, hob das riesige Potenzial der „sharing economy“ hervor. Es sei die Technologie, welche einen riesigen Beitrag zur Förderung von Frauen leiste. Darüber hinaus leiste sie auch einen Beitrag zur Demokratisierung von Gesellschaften und zur Teilhabe an Wirtschaftsprozessen. 80% der Nutzer von Uber in Saudi-Arabien seien zum Beispiel mittlerweile Frauen. Uber schaffe so Chancen für Frauen im Transportgeschäft. Des Weiteren schaffe Uber zeitliche Flexibilität im Berufsleben. Thaima Samman vom European Network for Women in Leadership bemängelte die immer noch existierenden Stereotypen. Hier müsse man durch Bildung und durch die richtigen Vorbilder entgegenwirken um einen Mentalitätswechsel zu initiieren.

Manganknollenernte im Pazifik? Konferenz zu Tiefseebergbau

Mit den Chancen und Herausforderungen des Tiefseebergbaus stand am 17. November ein sehr umstrittenes Thema auf der Tagesordnung unserer SEARICA-Intergroup. In einer dreistündigen Konferenz diskutierten Vertreter von Kommission, NGOs, der Industrie und Wissenschaft zukünftige Entwicklungen dieses Sektors. Angesichts des Bedarfs an seltenen Erden genauso wie traditionellen Elementen wie Kupfer oder Mangan richtet sich der Blick zunehmend auf Vorkommen in den Tiefen der Ozeane. Der Abbau von Rohstoffen im Meer gestaltet sich als deutlich komplexer als an Land. Dennoch konnten weltweit bereits einige Regionen ausgemacht werden, in denen sich beispielsweise reiche Vorkommen von Manganknollen finden lassen, die wirtschaftlich lohnend abgebaut werden könnten.

Dank der guten Zusammenarbeit mit dem Konsortium Deutsche Meeresforschung (KDM) gelang es, für die Konferenz einige der weltweit führenden Experten in diesem Bereich nach Brüssel einzuladen, um ihre Sicht auf den Tiefseebergbau zu präsentieren. Während Prof. Mark Hannington vom Kieler GeomarInstitut dafür plädierte, das Potential der Vorkommen zu nutzen, warnte Prof. Ann Vanreusel von der Universität Gent davor, in diesen sensiblen Lebensraum einzugreifen, der im Laufe von Millionen von Jahren entstanden ist und sich nur sehr langsam erholen würde. Lowri Evans, Generaldirektorin für Wachstum, Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission sprach sich für einen Mittelweg aus, der sowohl die ökologische, ökonomische als auch soziale Dimension des Tiefseebergbaus berücksichtigt.

Alle Redner betonten aber den dringenden Handlungsbedarf, weltweite Standards zu vereinbaren. Dank der enormen technologischen Fortschritte in den vergangenen Jahren drängen immer mehr Akteure in den Sektor. Es besteht die Gefahr, dass Unternehmen kleine Inselnationen wie Kiribati unter Druck setzen, ihre

Hoheitsgewässer für den Abbau von Rohstoffen freizugeben, ohne dass vorab ein ausreichender rechtlicher Rahmen geschaffen wurde. Während gerade europäische Unternehmen hier hohe technologische Standards setzen, ist dies bei Firmen in anderen Teilen der Welt deutlich problematischer. Dadurch könnte für europäische Wettbewerber auf Grund der höheren Kosten ein Nachteil entstehen, wenn nicht auf internationaler Ebene festgelegt wird, dass die Nutzung von Ressourcen der Tiefsee nur unter dem Einsatz der umweltverträglichsten Technologien stattfinden kann.

Digitalisierung in Luft- und Raumfahrt

Die Digitalisierung wird auch die Luftfahrt nachhaltig verändern. Aus diesem Grund nahm ich an der 2. Aeronautischen Konferenz im EP teil, um Einschätzungen der Industrie zu hören. Dabei wurde klar, dass sich die Organisationsstrukturen, das Produktdesign und der Service für Kunden anpassen müssen. Es gibt viele Bereiche in denen Änderungen vorangetrieben werden müssen: Zum Beispiel ist es noch nicht möglich, Flugdaten direkt aus dem Flugzeug in real-time an die Erde zu schicken. Die bestehenden Airto-ground- und Satellitenverbindungen sind zu langsam.

Weiterhin können Daten aus dem All in Zukunft genutzt werden, um den Landeprozess von Flugzeugen zu verbessern. Digitale Plattformen werden dabei helfen, die Kommunikation zwischen Passagieren, der Crew und Informationen für die Instandhaltung zu optimieren. Die Veränderungen könnten sogar noch viel radikaler sein: So ist es in Zukunft denkbar, dass im Schwarm geflogen werden könnte und die digitalen Satelliten je nach Bedarf digital konfiguriert werden und viel leichter werden, was letztendlich zu erheblichen Kosteneinsparungen führen könnte.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog abgeschlossen, aber in der „Warteschleife“: Hafendienstleistungen
- Demnächst im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Tierarzneimittel/Antibiotikaresistenz, Quecksilberrichtlinie, EASA
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Sicherheit von Passagierschiffen

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Japan: Von pünktlichen Zügen und Flughafeninseln

Können Sie sich vorstellen, dass Züge im Jahresschnitt maximal eine Minute Verspätung haben und man sich bereits für Sekunden-Verspätung bei Ihnen entschuldigt? In Japan ist das der Fall! Das ganze Land ist durchzogen von Hochgeschwindigkeitsstrecken mit Personenzügen, die in kurzem Takt verkehren. Geheimnis der Präzision: die Züge werden über Schaltzentralen digital gesteuert, alle Bahnen sind in privater Hand und gewinnorientiert, Wartung und

Unterhaltsmaßnahmen werden in den Nachtstunden durchgeführt – möglich, da so gut wie kein Güterverkehr über die Schiene geht.

Platz ist in dem gebirgigen Inselstaat Mangelware – daher werden Flughäfen wie z.B. Osaka-Kansai oder Kobe auf künstlichen Inseln ins Meer gebaut. Material dafür wird durch Röhrensysteme direkt aus den nahe gelegenen Bergen ans Ufer und auf Frachtschiffe geleitet.

Touristisch ist Japan zum Teil relativ unterentwickelt: angeregt durch wanderfreudige Europäer werden erst jetzt Wanderwege in der Gebirgslandschaft angelegt. Dies und auch viel über den anstehenden Handelsvertrag zwischen der EU und Japan erfuhren und diskutierten wir bei einer Delegationsreise des Verkehrsausschusses nach Tokio, Kobe und Kyoto – Traditionsstadt mit vielen berühmten Tempeln. Erstaunlich: auch gebildete Japaner sprechen oft kein Englisch, der Botschafter der EU bezeichnete Japan nicht nur daher als eigentlich „geschlossene Gesellschaft“. Ausdruck der ausgewählten Höflichkeit der Japaner war eine besondere Geste des Bodenpersonals in Osaka-Kansai: beim Abflug unseres Jumbos verbeugte sich ein „Anschieber“ vor dem Riesenflugzeug, und ein Kollege neben ihm winkte begeistert zum Abschied.

Liberales Frauen: Bundesvorstandswahl am Griebnitzsee

Vor 2 ½ Jahren hatte ich den Bundesvorsitz der Liberalen Frauen in schwierigen Zeiten übernommen. Jetzt konnte ich die Verantwortung mit der frisch gewählten Bundesvorsitzenden Katja Grosch aus Thüringen in jüngere Hände legen. Unsere Mitgliederversammlung fand bei schönstem Herbstwetter mit Blick auf den Griebnitzsee in der Truman-Villa der Friedrich-Naumann-Stiftung in Potsdam statt (bei der Gelegenheit erfuhren wir, dass der junge John F. Kennedy während der Potsdamer Konferenz einen Botengang in die Villa unternommen hatte).

Im Anschluss an die Wahlen legten wir in einem intensiven Strategie-Workshop Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte für die nächsten 2 Jahre fest. Und Entspannung gab es abends bei „Music for liberty“: die Potsdamer Freien Demokraten hatten erstmals zu einem Konzert mit kulinarischer „Begleitung“ eingeladen und wir konnten mit einem Gitarrenduo, Gershwin und Liszt von einem ausgezeichneten Konzertpianisten und dem Versuch einer Darbietung auf einer elektrischen Geige eines Jungen Liberalen ein sehr unterhaltsames Programm erleben.

Mit einer großen Frauen-Delegation nahmen wir am nächsten Tag am Freiheitskonvent der FDP in Berlin teil – einem weiteren Meilenstein auf dem Weg zurück in den Bundestag mit sehr guten Gastrednern und intensiver Arbeit in 6 Themen-Werkstätten.

Türkei-Beitritt als Klassenarbeit: Besuch in der Ursulaschule in Osnabrück

Das passte nun wirklich super: heute Vormittag hab ich vor Schülerinnen und Schülern der Jahrgänge 9 und 10 über meine Arbeit als Abgeordnete und Aktuelles aus Europa berichtet, und gestern hatte die 10. Klasse den möglichen Türkei-Beitritt als Klausurthema. In der sehr angeregten Diskussion kamen daher viele Fragen zur Türkei, zu den Kopenhagener Kriterien (s. nächste Seite) und zum Wertekanon der EU. Einige andere Fragen: Was passiert, wenn die Türkei sauer wird und die Flüchtlinge weiterschickt? Kann ein Mitgliedsstaat bestraft werden, wenn er gegen die „Spielregeln“ verstößt, Stabilitätskriterien mit zu hoher Neuverschuldung verletzt, Gesetze nicht umsetzt, Menschenrechte nicht einhält oder – wie Polen und Ungarn – sich undemokratisch entwickelt? Was ist, wenn England erst aus der EU aussteigt und dann wieder rein will? Wie ist das mit den vielen Sprachen – und fällt englisch als offizielle Sprache weg, wenn Großbritannien austritt? Ich fand den Vormittag sehr interessant – die Klassen hoffentlich auch!

IV. Europa unter der Lupe

Weg zur EU-Mitgliedschaft

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft war der Vorläufer der EU und wurde 1957 von sechs Staaten gegründet, darunter auch West-Deutschland. Viele Staaten haben sich seitdem der Union angeschlossen. Heute zählt die EU 28 Staaten zu ihren Mitgliedern. Zuletzt wurde Kroatien im Jahr 2013 in die Union aufgenommen. Großbritannien wird ja nach dem Referendum voraussichtlich ausscheiden, wobei der genaue Zeitplan strittig ist.

In diesem Text soll es um den Aufnahmeprozess gehen: Bis ein Staat als Vollmitglied aufgenommen wird vergehen meist viele Jahre, denn viele Bedingungen müssen erfüllt werden. Grundsätzlich steht der Beitritt allen Staaten Europas auf Antrag offen. Voraussetzung ist, dass der Staat die Werte der Europäischen Union achtet und sich für ihre Förderung einsetzt. Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte sind besagte Werte und vertraglich festgelegt. Diese Werte sind allen Staaten zuzuordnen, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnen.

Die Kopenhagener Kriterien - vom Europäischen Rat 1993 festgelegt - sind weitere konkrete Kriterien, eine Art To-Do-Liste . Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten sind zu gewährleisten. Wirtschaftliche Aspekte sind: Es muss eine funktionsfähige Wirtschaft bestehen, die dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften des Binnenmarkts der Union standhalten kann. Dazu ist es notwendig, dass der Bewerber fähig ist, sich die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion anzueignen.

Ein mehrstufiges Verfahren - sogenanntes Screening - observiert den Prozess. Die Kommission scannt das gesamte nationale Recht der Kandidaten auf Unvereinbarkeiten mit EU-Recht. Danach beginnt das eigentliche Verfahren mit verschiedenen Phasen: Antragstellung an den Rat, Erörterung der Möglichkeiten und Probleme, letztendlich einstimmiger Beschluss des Rats über die Aufnahme von Verhandlungen.

Die Verhandlungen selbst behandeln vor allem die Übernahme der rechtlichen Bestimmungen der EU. Über diesen Prozess wacht die Kommission. Da Europäisches Recht sehr umfassend ist, wird es in verschiedene Kapitel nach Themen gegliedert. Die Kapitel werden einzeln eröffnet, verhandelt und geschlossen. Verhandelt wird zwischen den Mitgliedstaaten und dem jeweiligen Beitrittskandidat. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen fließen dann in den endgültigen Beitrittsvertrag ein, wenn alle Kapitel verhandelt wurden.

Nach Abschluss der Verhandlungen wird zwischen den Mitgliedstaaten und dem sich bewerbenden Staats ein Abkommen geschlossen. Am Ende holt der Rat zusätzlich eine Stellungnahme der Kommission ein und das Europaparlament, dass bis dahin nur über die Fortschritte der Verhandlungen informiert wird, muss mit absoluter Mehrheit dem Beitritt des Staates zustimmen.

Aktuelles: Die EU verhandelt seit etwa 10 Jahren mit der Türkei über einen möglichen Beitritt. Nach den letzten Vorkommnissen in der Türkei – massiver Einschränkung von Pressefreiheit und Menschenrechten, Staatswillkür und Inhaftierungen – hat das Europaparlament mit großer Mehrheit das Einfrieren der Verhandlungen gefordert. Entscheiden müssen darüber allerdings Kommission und Mitgliedsstaaten.

England: sollte der Brexit vollzogen werden und das Vereinigte Königreich aus der EU ausscheiden, muss im Fall eines anschließend gewünschten Wiedereintritts auch ganz neu verhandelt werden.

Parallel zum Austritt könnte allenfalls ein neuer Handels- oder Partnerschaftsvertrag mit der EU beraten werden.

V. Terminvorschau

26.11.	Hannover	LFA Europa
28.11.-1.12.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Miniplenum, Young Visitors, Trilog
2.-4.12.	Warschau	ALDE-Kongress
5.-6.12.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
7.12.	Berlin	Programmkommission
8.12.	Berlin	Migrationskongress "Gewaltprävention"
9.12.	Berlin	Maritimes Branchenforum (BMWV)
10.12.	Hannover	Landesvorstand
12.-15.12.	Straßburg	Plenum, Fraktion, Besuchergruppe, Trilog
16.12.	Landsberg	ADAC-Versuchszentrum
20.12.	Berlin	Geburtstagsempfang für Bundesaußenminister a.D. Klaus Kinkel

Ihre Gesine Meißner

Dezember 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit einer Pressekonferenz, Trilog-Verhandlungen, mehreren wichtigen Abstimmungen - u.a. zu Hafendienstleistungen und dem Eisenbahnpaket - und einer Besuchergruppe aus Norddeutschland hatte es diese letzte Plenarwoche des Jahres für mich wirklich in sich. Auch die Debatte zur deutschen PKW-Maut ist wieder mit voller Wucht entbrannt und wird mich auch nächstes Jahr weiter begleiten, genau wie die Diskussionen zum Emissionshandel. Vor allem die Abstimmungen zu den Hafendienstleistungen (nach 15 Jahren Verhandlungen) sowie zur Tiefseefischerei können - mit einigen Einschränkungen - als Erfolg eingeordnet werden.

Der diesjährige Sacharow-Preis ging an die beiden Jesidinnen Nadia Murad und Lamija Adschi Baschar aus dem Nordirak, wo sie beide 2014 im Alter von 21 bzw. 16 Jahren vom sogenannten Islamischen Staat (IS) entführt und versklavt wurden. Mit dem andauernden Krieg in Syrien, dem Flüchtlingsdrama, dem Brexit-Referendum und zunehmendem Populismus in Europa war 2016 ein schwieriges Jahr. Hoffen wir, dass es 2017 Lösungen gibt, die uns voranbringen.

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Organisation von Hafendienstleistungen (Schattenberichterstatte

15 Jahre hat es gedauert, bis man sich auf einen europäischen Rahmen für die Organisation von Hafendienstleistungen (z.B. Lotsen, Schleppen, Festmachen, Entladen) einigen konnte. Nach den gescheiterten Vorgängergesetzen - Hafepaket I und II - ist die dritte Auflage diese Woche in Straßburg angenommen worden. Man muss allerdings zugeben, dass es sich am Ende nur noch um ein „Hafepaketchen“ handelt. Umschlags-, Passagierdienste und Lotsen wurden von der Verordnung ausgenommen, für Schlepper und Festmacher gibt es Sonderklauseln. Statt weitgehender Marktöffnung für diese Dienste wurde ein Regelwerk entwickelt, das die heutige Praxis in den verschiedenen europäischen Häfen widerspiegelt. Die Häfen können also weiterhin nur einen Anbieter zulassen oder die Dienstleistungen selber durchführen. Aber das kann nicht mehr willkürlich geschehen, sondern nach den Regeln der neuen Verordnung. Nach einer mehrjährigen Hängepartie gibt es damit endlich Planungssicherheit im maritimen Sektor.

Gut ist allerdings der zweite Teil der Verordnung. Die finanzielle Transparenz zwingt Häfen in Zukunft offenzulegen, wenn und wofür sie öffentliche Gelder bekommen. Damit soll mehr Wettbewerbsgleichheit zwischen den europäischen Häfen geschaffen werden. Denn Häfen sind in Europa völlig unterschiedlich

organisiert: Häfen, die von Kommunen oder Regionen unterhalten werden oder völlig private Häfen. Jetzt bleibt nur zu hoffen, dass die Generaldirektion Wettbewerb in Kürze klare Regeln veröffentlicht, welche staatlichen Subventionen für Häfen erlaubt sind und welche man eigens genehmigen lassen muss.

4. Eisenbahnpaket (politischer Pfeiler)

Auch mit der Annahme des sogenannten politischen Pfeilers des Eisenbahnpakets konnte nach 4 Jahren ein langwieriges Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen werden. Hier ist meine Bilanz durchmischt. Als Liberale haben wir wie schon im Verkehrsausschuss gegen die neue Richtlinie zur Governance, also der Organisation des Eisenbahnmarktes, gestimmt. Statt einer klareren Trennung zwischen Netz und

Betreiber werden mehr Grauzonen geschaffen und nationale Monopole gestärkt. Aber gerade die Finanzströme müssen innerhalb eines integrierten Bahnunternehmens (Netz- und Bahnbetrieb unter einem Dach) strikt getrennt werden. Nationale Bahnen wie Deutsche Bahn und französische SNCF verteidigen weiterhin lieber ihre Monopolstellung als sich auf mehr Wettbewerb einzulassen. Wie soll sich die Eisenbahn erfolgreich gegen andere Verkehrsträger durchsetzen, wenn sie nicht mal bereit ist, Wettbewerb im eigenen Sektor stärker zuzulassen? Auch der verpflichtende Aufbau eines integrierten Ticketsystems für Bahnreisen wurde gestrichen. Kunden werden weiterhin im Internet nur für wenige Strecken ein durchgängiges Ticket für grenzüberschreitende Bahnfahrten buchen können.

Etwas besser fällt aus unserer Sicht das Ergebnis zur Verordnung über die Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge aus, also Bahnverkehre, die im Rahmen des öffentlichen Nahverkehrs von Kommunen oder Regionen bezahlt oder bezuschusst werden. Eigentlich sollte für diese Verkehre eine öffentliche Ausschreibung stattfinden, damit alle Bahnunternehmen, auch neue Anbieter, eine faire Chance haben, den Auftrag zu bekommen. Tatsächlich ist eine direkte Vergabe an ein bestimmtes Unternehmen aber weiterhin möglich, in der Regel das Unternehmen, das den Dienst schon seit Jahrzehnten durchführt. Diese Direktvergaben sollen erst mit langen Übergangsfristen auslaufen. Aber dank einer review clause, die die Liberalen in letzter Minute durchsetzen konnten, könnte die Kommission ab 2020 mit neuen Gesetzesvorschlägen eingreifen.

Blockade bei der Verordnung zur Tiefseefischerei überwunden

Die Tiefseefischerei gibt es noch nicht allzu lange. Erst seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gibt es überhaupt die technischen Möglichkeiten in einer Tiefe von mehreren hundert Metern auf Fischfang zu gehen. Die Tiefsee ist das größte Habitat der Welt und ein sensibles Ökosystem. Arten leben meist sehr lange, haben dafür aber weniger Nachkommen. Logisch daher, dass Bestände sich langsamer regenerieren. Leider gibt es bislang wenige verbindliche Regeln, um den Fischfang zu managen. Eine Lücke, die dringend geschlossen werden muss, um die Tiefsee

als Ressource und Ökosystem zu schützen. Die Verabschiedung der Verordnung zur Tiefseefischerei in EU-Gewässern des Nordostatlantiks ist ein Fortschritt beim Schutz der Fischbestände.

Durch das jetzt verabschiedete Gesetz wird die Schleppnetzfischerei unter 800 Metern verboten und Schutzzonen werden eingerichtet. Das ist ein Riesensfortschritt, denn vor allem die Schleppnetzfischerei führt zu Überfischung und schädigt den Meeresgrund durch die gewaltigen Netze nachhaltig. Dieser Punkt hilft, um den Schädigungen der Tiefsee Einhalt zu bieten. Arten, nach denen nicht gezielt gefischt wurde, müssen an Land gebracht werden, um das tatsächliche Ausmaß der Fischerei festzustellen und Überfischung zu vermeiden. Es ist bedauerlich, dass die Regeln nicht auch in internationalen Gewässern angewendet werden - das war unser eigentliches Ziel und muss es auch in Zukunft bleiben. Hoffentlich kann die EU mit gutem Beispiel vorangehen und andere Länder überzeugen, dass gehandelt werden muss.

Drei Jahre lang wurde die Verordnung von Frankreich, Spanien und dem Vereinigten Königreich im Rat verhindert. Das Europaparlament hat seine Position bereits 2013 verabschiedet, stets gedrängt die Blockade zu überwinden und sich als konstruktive Kraft gezeigt. Die Verabschiedung ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik und ein Erfolg, den sich das Parlament auf die Fahnen schreiben darf.

Digitale Kultur statt kulturelle Abschottung

Die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft hat dazu geführt, dass auch die Kultur- und Kreativwirtschaft in den letzten Jahren tiefgreifende Veränderungen erlebt hat. Diese Branche spielt nicht nur eine entscheidende Rolle für den Schutz und die Förderung der 3 000 Jahre alten kulturellen Vielfalt Europas, sondern sie ist auch ein Schlüsselement unserer europäischen Identität, unseres Zugehörigkeitsgefühls und unseres sozialen Zusammenhalts. Darüber hinaus leistet die Branche einen sehr wichtigen Beitrag zur Wirtschaft hinsichtlich Beschäftigung, Investition, Wachstum und Innovation. Die Branche schafft 12 Millionen Vollzeit Arbeitsplätze, was 7,5% der Gesamtbeschäftigung in der EU bedeutet - das ist 2,5 Mal mehr als die Automobilindustrie, und 5 Mal mehr als die Chemieindustrie.

In diesem Sinne war es mir sehr wichtig, dass am Dienstag im Plenum über den Initiativbericht des Europäischen Parlaments zu einer kohärenten Politik der EU für die Kultur- und Kreativwirtschaft abgestimmt wurde. Dieser Bericht, der zusammen vom Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und vom Ausschuss für Kultur und Bildung verfasst wurde, fordert die Kommission auf, einen umfassenden politischen Rahmen und angemessene Finanzierungsmöglichkeiten für die kulturellen und kreativen Industrien in Europa zu schaffen. Auch in diesem Bereich müssen wir unseren legislativen Rahmen den neuen Realitäten anpassen, um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Industrien anzukurbeln, und der Branche dabei zu helfen, ihre Wachstums- und Beschäftigungspotentiale im Digitalen Zeitalter zu entwickeln. Ich bin der Auffassung, dass dies ein entscheidender Schritt zur Anregung der Reindustrialisierung Europas sein kann.

Sacharow Preis 2016

Dieses Jahr im Dezember ist wieder der Sacharow Preis für geistige Freiheit verliehen worden. Der Preis ist nach dem russischen Dissidenten Andrei Sacharow benannt und wird seit 1988 jedes Jahr vom Europäischen Parlament an Menschen verliehen, die sich für Menschenrechte und Meinungsfreiheit einsetzen.

Der diesjährige Preis ging an die beiden Jesidinnen Nadia Murad und Lamija Adschi Baschar. Die jungen Frauen kommen aus dem kleinen Dorf Kocho im Nordirak, wo sie beide 2014 im Alter von 21 bzw. 16 Jahren vom sogenannten Islamischen Staat (IS) entführt wurden. Über Monate wurden sie vom IS als Sex-Sklavinnen missbraucht und gefoltert. Unter atemberaubenden Umständen gelang ihnen mit Hilfe Dritter die Flucht, während welcher Lamija Adschi Baschar schwer von einer Landmine verletzt wurde.

Nach der schwierigen Flucht schaffte sie es über ein Visum nach Deutschland, wo sie heute mit ihren Schwestern zusammen lebt. Auch ihre schweren Verletzungen durch die Landmine werden in einem deutschen Krankenhaus behandelt. Nadia Murad kam nach ihrer Flucht in ein Flüchtlingslager, wo sie von einem Programm für traumatisierte Flüchtlinge in Baden-Württemberg hörte. Auch sie gelangte also nach Deutschland. Heute reist sie als UN-Sonderbotschafterin für die Würde der Opfer von Menschenhandel durch die Welt und setzt sich für deren Rechte ein.

Bilanz der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft

Mit dem Abschluss des Jahres geht auch die derzeitige slowakische Ratspräsidentschaft zu Ende. Im Rat der Europäischen Union besteht ein halbjähriges Rotationsprinzip zwischen den Mitgliedstaaten. In der zweiten Jahreshälfte war es die Aufgabe der Slowakei, den Vorsitz im Rat einzunehmen, bevor ab Januar der Staffelstab an Malta übergeben wird. Das de-facto Oberhaus der europäischen Legislative ist zusammen mit dem Parlament für die Rechtssetzung der Europäischen Union zuständig.

Die slowakische Ratspräsidentschaft hat in der zweiten Jahreshälfte von 2016 einige wichtige Aspekte auf den Weg gebracht. In der Aussprache zwischen Parlament, Rat und Kommission, an welcher der slowakische Premierminister Robert Fico und EU Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker teilnahmen, wurde diesen Monat Bilanz gezogen.

Besondere Aufmerksamkeit wurde in der Bilanz auf die Erweiterung des europäischen Grenzschutzes Frontex, das wachstumsorientierte Budget für 2017, die erfolgreiche Unterzeichnung des Freihandelsabkommens CETA, sowie die Modernisierung der EU Handelsschutzinstrumente gelegt. Premierminister Fico mahnte außerdem zu Besonnenheit, was die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten angeht, und warnte vor einem Auseinanderdriften. Kommissionspräsident Juncker lobte die Arbeit unter der slowakischen Präsidentschaft bezüglich der Terrorismusbekämpfung und bezüglich Frontex. Nichtsdestotrotz war es während der slowakischen Ratspräsidentschaft nicht zu

übersehen, dass die gemeinsame europäische Politik allzu oft von nationale Interessen bestimmt wurde. Man hätte hier stärker auf eine europäische Linie drängen müssen, anstatt sich im 'Klein-Klein' der Nationalstaaten zu verstricken, so Pavel Telicka von der liberalen ALDE-Fraktion.

Martin Schulz verlässt das EU Parlament

Am 14. Dezember 2016 leitete Martin Schulz zum letzten Mal eine Sitzung des Europäischen Parlaments, da er ab dem nächsten Jahr in die deutsche Bundespolitik wechseln wird. Seit Januar 2012 war Schulz der Präsident des Europaparlaments, nachdem er aber schon seit 1994 Abgeordneter im Europäischen Parlament war. In seiner Abschiedsrede bezeichnete Martin Schulz seine letzte Sitzung als einen bewegenden Moment. Er habe es sich vor fünf Jahren zum Ziel gemacht, das Europäische Parlament sichtbarer, hörbarer und einflussreicher zu machen. Dies ist ihm innerhalb seiner Amtszeit zusammen mit den Europaabgeordneten definitiv gelungen. Schulz war ein engagierter Parlamentspräsident und ist ein leidenschaftlicher Europäer. Jetzt sind wir gespannt, wer seine Nachfolge übernimmt: Ein Italiener wie Antonio Tajani oder Gianni Pitella, unser belgischer Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt oder treten eventuell noch weitere Kandidaten an? Im Januar wissen wir mehr.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Neue Ausbildungsvorschriften in der Binnenschifffahrt (Berichterstatteerin)

Mein Bericht über die zukünftigen Ausbildungsvorschriften für Binnenschiffer hat nach der Abstimmung im Verkehrsausschuss Mitte November gehörig an Fahrt aufgenommen. Wir haben uns seitdem jede Woche mit der slowakischen Präsidentschaft getroffen, um an einem gemeinsamen Gesetzestext zu arbeiten. Bei einigen Punkten, wo Rat und Parlament eine ähnliche Position haben, ging es schnell voran. Bei anderen Punkten konnten wir uns auf Kompromisse einigen (z.B. Streckenkenntnisprüfung bei erhöhtem Unfallrisiko) und eine Reihe von Punkten ist weiterhin offen. Nach wie vor ist der Knackpunkt der Anwendungsbereich der Richtlinie. Sollen Mitgliedsländer, die keine Binnenschifffahrt haben, die neuen Regeln in ihre Gesetzgebung übernehmen müssen oder nicht oder nur teilweise? Allein weil man keinen befahrbaren Fluss hat (z.B. Malta), können dort doch Binnenschiffer ausgebildet werden. Dank der modernen Simulatoren braucht man dafür auch keinen Fluss vor der Haustür, wobei die eigentliche Fahrpraxis natürlich tatsächlich auf einem richtigen Schiff gesammelt werden muss. Anfang des Jahres wird Malta die Ratspräsidentschaft übernehmen und wir werden mit neuen Gesichtern weiter verhandeln. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir bald zu einer Einigung kommen.

Abstimmung über Emissionshandel: Paradox - Effizienteste Anlagen werden doppelt belastet

Am Donnerstag hat der Umweltausschuss Regelungen zur Verhinderung von Doppelbelastungen im Rahmen des Europäischen Emissionshandels abgelehnt. Sogenannte indirekte CO₂-Kosten, die durch den Einkauf von Strom entstehen, sollen künftig nicht mehr voll kompensiert werden können und sukzessive weiter eingeschränkt werden. Diese Forderungen führen folglich zu einer Doppelbelastung für Teile der Europäischen Industrie, vor allem im Bereich der energieintensiven Anlagen. In Deutschland stehen die klima-effizientesten Anlagen weltweit. Wenn diese künstlich weiter belastet werden, laufen wir Gefahr, dass sie im globalen Wettbewerb nicht standhalten können. Wir riskieren Jobs und schaden dem Klima, wenn die entsprechende Produktion künftig in Regionen stattfindet, wo Umweltschutzstandards bislang laxer sind. Die Forderung des Umweltausschusses sieht vor, dass die Strompreiskompensation auf 20 Prozent der Auktionserlöse gedeckelt und degressiv ausgestaltet werden soll. Das hat zur Folge, dass sogar die effizientesten Anlagen nicht voll kompensiert werden können und das Risiko für Carbon Leakage, also die Verlagerung der Produktion in Drittstaaten, steigt.

Der Entwurf umfasst weiterhin die Option, das Budget der kostenfreien Zertifikate um 5 Prozent zu erhöhen, um somit den sogenannten „sektorübergreifenden Korrekturfaktor“, also eine Kürzung aller Zertifikate, zu verhindern. Auch die abgestufte Zuteilung freier Zertifikate („Tiering“) konnte verhindert werden. Das sind positive Entwicklungen. Wir können nicht riskieren, dass Industrieanlagen in Europa geschlossen werden, weil sie gegen Billigimporte aus Drittstaaten verlieren. Das hilft dem Klima nicht, sondern schadet, da dort weniger strenge Klimaschutz-Auflagen existieren.

Der Berichtsentwurf muss vom Plenum des Europäischen Parlaments verabschiedet werden, bevor die Verhandlungen mit dem Rat aufgenommen werden. Die Abstimmung ist voraussichtlich für Februar vorgesehen.

Mal wieder: die deutsche PKW-Maut

Nachdem wir alle glaubten, vor der Bundestagswahl würde sich bei diesem Thema nichts mehr bewegen, kam Anfang November die überraschende Nachricht, Verkehrsminister Dobrindt und EU-Kommission stünden vor einer Einigung über die Modalitäten der deutschen PKW-Maut. Die Verkehrskommissarin Violeta Bulc hatte die Bundesregierung erst Ende September vor dem europäischen Gerichtshof verklagt, weil die PKW-Maut einseitig ausländische Fahrzeuge belastet und somit nicht mit Europarecht vereinbar wäre. Während des letzten Verkehrsministerrates am 1. Dezember stellten Dobrindt und Bulc dann gemeinsam die Lösung vor. Die Entlastung der deutschen Autofahrer bei der Kfz-Steuer richtet sich nicht mehr nach den Mautkosten, sondern wird nach der Umweltverträglichkeit des Fahrzeugs gestaffelt. Die unmittelbare Kompensation der Mautkosten durch die Kfz-Steuer ist damit aufgehoben. Wie die Mitgliedstaaten ihre Kfz-Steuer berechnen, fällt unter die Steuerhoheit einer jeden Regierung. Da könne die EU-Kommission nicht reinreden, so Bulc.

Man muss kein Verkehrsexperte sein, um zu sehen, dass das reine Augenwischerei ist. Dobrindt hat mit der 'Ausländer-Maut' Wahlkampf gemacht und erklärt auch heute noch großspurig, kein Deutscher würde durch die PKW-Maut zusätzlich belastet. Gleichzeitig soll die Maut aber jährlich 500 Millionen einbringen. Die können ja folglich nur von ausländischen Fahrzeugen kommen. Man kann es drehen, wie man möchte, die deutsche PKW-Maut ist ein Bürokratiemonster, intransparent und voraussichtlich weiter europarechtswidrig. Und widerspricht zudem noch dem Ziel von Verkehrskommissarin Bulc, die streckenabhängige Maut in der EU durchzusetzen: keine jährlichen Pauschalpreise für Vignetten, sondern jeder gefahrene Kilometer soll abgerechnet werden. Umso verwerflicher, dass Kommissionspräsident Juncker diesen faulen Maut-Deal wohl direkt mit der Bundesregierung eingefädelt hat. Das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wurde auf jeden Fall vorerst auf Eis gelegt. Als nächstes muss der überarbeitete Maut-Entwurf durch den Bundestag, danach wird nochmals europarechtlich überprüft. Österreich und die Niederlande haben schon angekündigt, gegen die Mautpläne klagen zu wollen.

Saubere Energie

Am 30. November hat die Kommission ihr „Winterpaket“ vorgestellt. Inhalt war eine Anzahl von Gesetzesvorschlägen und -Überarbeitungen, die das Ziel verfolgen, einen Übergang zu „sauberer“ Energie zu schaffen. So soll der Treibhausgas-Ausstoß reduziert werden oder Energie-Effizienz gesteigert werden. Diese Vorschläge wurden am Dienstagvormittag im Plenum diskutiert.

Um unabhängiger von Importen zu werden ist es wichtig, dass wir einen gestärkten EU- Strombinnenmarkt haben. Dazu muss allerdings der Netzausbau vorangetrieben werden. Generell ist der Vorschlag zu begrüßen. Einerseits wollen wir einen funktionierenden Energie-Binnenmarkt, andererseits auch saubere Energie. Nur muss man darauf achten, inwieweit sich neue Ziele auf bestehende auswirken. Zielkonflikte sollen verhindert werden. Bekanntermaßen stehen Energieeffizienz und CO₂Ausstoß nicht immer im Einklang. Ein verbindliches Energieeffizienz-Ziel von 30% halte ich für einen Fehler, da nicht klar ist, in wieweit sich ein solches Ziel auf den Emissionshandel auswirkt.

Außerdem ist ein genereller „Energie-Spar-Zwang“ auch nicht der richtige Ansatz. Die Fehler, die wir bei der Ökodesign-Richtlinie gemacht haben, dürfen sich nicht wiederholen. Viele wollen die Elektromobilität vorantreiben, auf den Straßen soll es mehr Elektro-Autos geben, weshalb wir einen höheren Strombedarf haben werden. Der soll wünschenswerterweise aus erneuerbaren Energiequellen kommen. Allerdings muss die Versorgung sichergestellt bleiben, weswegen wir Kohlekraftwerken kein grundsätzliches ‚Nein‘ erteilen sollten. Emissionsbenchmarks sollten deshalb so gestaltet sein, dass sie unter Einsatz bestverfügbarer Technologien erreichbar bleiben und für die Nutzung erneuerbarer Energien brauchen wir dringend eine Infrastruktur, um den Wind aus dem Norden und die Sonne aus dem Süden für den Verbrauch zugänglich zu machen.

Kritisch hingegen sehe ich den Vorschlag, dass die Kommission Hausbauern vorschreiben will, verpflichtende Ladestationen für Elektroautos in ihre Garagen zu bauen. Der Vorschlag ist zwar inzwischen auf Häuser mit mindestens zehn Wohneinheiten beschränkt, aber dennoch halte ich für eine gefährliche Tendenz. Diese Art der Bevormundung lehne ich ab.

Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und sechs weitere Mitgliedsstaaten ein

Die Kommission hat Ihre Ankündigung nun wahrgemacht und offizielle Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und sechs weitere Mitgliedsstaaten eingeleitet. Grund dafür sind die PKWEmissionen. Es ist gut, dass die Kommission endlich aufwacht. Ein Verfahren zu eröffnen, ist nur folgerichtig, das hätte schon früher stattfinden sollen. Schließlich haben wir im EMISUntersuchungsausschuss erhebliche Versäumnisse bei den Mitgliedstaaten, aber auch bei der Kommission bei der Durchsetzung der europäischen Abgasvorgaben festgestellt. Wir brauchen lückenlose Aufklärung, ob durch ein Vertragsverletzungsverfahren neue Elemente bekannt werden, bleibt allerdings abzuwarten.

Young Visitors Programme 2016

In der letzten Novemberwoche habe ich im Rahmen des Young Visitors Programme der liberalen ALDEFraktion im Europaparlament zwei engagierte politikinteressierte Besucher aus meinem Wahlkreis begrüßen können. Lars und Lena kommen aus Hamburg und waren diese Woche das erste Mal in Brüssel. Eine ganze Woche lang hatten die beiden die Chance sich die Europäische Union einmal ganz direkt bei uns im Parlament anzuschauen.

Innerhalb dieser Woche voller verschiedener Programmpunkte machten die beiden erste praktische Erfahrungen mit der EU-Politik. Angefangen bei Länderpräsentationen mit den 18 jungen Teilnehmer aus den anderen zehn vertretenen Mitgliedsstaaten der EU, über Team-Building im interkulturell europäischen Kontext, bis hin zu Arbeits- und Fragerunden mit Europaabgeordneten war alles dabei.

Das Young Visitors Programme ist eine Initiative, um politikinteressierten Schülern und Auszubildenden die Politik der EU näher zu bringen. Für mich ist es immer etwas ganz Besonderes gerade junge Menschen hier zu begrüßen. Diese früh für die europäische Idee zu begeistern und ihr Interesse an gesellschaftlicher Gestaltungskraft zu wecken, ist schließlich etwas enorm wichtiges. Dies tue ich innerhalb des Young Visitors Programmes immer wieder gerne. Ich hoffe ihr hattet ganz viel Spaß, Lars & Lena!

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer
- Demnächst im Trilog:, Tierarzneimittel/Antibiotikaresistenz, Quecksilberrichtlinie, EASA
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Sicherheit von Passagierschiffen

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

ALDE-Kongress in Warschau

Das diesjährige Treffen der liberalen Familie fand Anfang Dezember mit dem ersten Schnee in Warschau statt. Los ging die offizielle Eröffnung mit der Rede des Präsidenten Hans van Baalen gefolgt von den Kommissarinnen Cecilia Malmström, Violeta Bulc und Margrethe Vestager. Mit Polen als Gastgeberland gab es anschließend die Ansprache vom Gründer der polnischen liberalen Partei „Modern“ sowie unserem Kollegen Ryszard Petru, gefolgt von Taavi Roivas, dem früheren Estländischen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden der Reformpartei. Besonders beeindruckend fand ich die Rede von Kommissarin Vestager. Guy Verhofstadt, unser Fraktionsvorsitzender und der flammendste Redner im Europaparlament, beschloss die Eröffnungsveranstaltung mit einem leidenschaftlichen Appell für Europa, in Freiheit und werteorientiert.

In unserer Arbeitsgruppe haben wir uns mit verschiedenen Entschließungsanträgen befasst, unter anderem zur Antibiotikaresistenz, Kreislaufwirtschaft oder meiner eigenen Entschließung zum Thema Meeresmüll, welche zu meiner großen Freude ohne weitreichende Änderungen angenommen wurde.

Heftig diskutiert wurde auch am darauffolgenden Tag auf einer Podiumsdiskussion zum Thema „Connected Living“, in welcher die Wichtigkeit von Datenverbindungen für verschiedene Lebensbereiche, wie zum Beispiel Verkehr, Medizin oder bei der Kartographierung von Ozeanen im Mittelpunkt standen.

Es waren zwei volle, aber interessante Tage in der polnischen Hauptstadt.

"Gewalt dulden wir nicht!" - MiMi-Tagung in Berlin

Moderiert von den bekannten Journalistinnen Dunja Hayali und Christiane Meier, mitfinanziert vom Bundeskanzleramt, aufgelockert mit hochkarätigen kulturellen Beiträgen von Flüchtlingen und Migrantinnen und parallelen Workshops und mit einer Eröffnungsrede von Staatsministerin Özğuz fand in Berlin ein sehr gut besuchter Kongress zur Gewaltprävention bei Migrantinnen statt. Ich habe als Vertreterin des Europaparlaments über europäische Programme und

Finanzierungsmöglichkeiten berichtet, ein Landtagsabgeordneter aus Hessen über landespolitische Maßnahmen, eine Vertreterin der Bundesagentur für Arbeit über Integration in den Arbeitsmarkt, Forscherinnen und Psychotherapeuten über ihre Erfahrungen mit Problemen und Traumatisierung von Migrantinnen. Im Mittelpunkt standen aber die Frauen selber und das Leid, das sie erfahren mussten. In Europa sterben jedes Jahr 2500 Frauen in Folge sexualisierter Gewalt, laut Statistik hat jede dritte Frau Gewalterfahrung. Migrantinnen sind besonders gefährdet durch Zwangsverheiratung und "Ehrenmord", auch bei uns in Europa. Unsägliches erleiden Jesidinnen im Norden Iraks durch den IS: zwei Frauen berichteten davon, wie ihre männlichen Angehörigen erschossen und sie selbst mit ihren Schwestern - manche noch Kinder - als Sexsklavin mehrfach verkauft, misshandelt und gefangen gehalten wurden. Beiden gelang mit Helfern die Flucht nach Deutschland, wo sie medizinisch und psychologisch versorgt wurden. Eine der beiden wurde Profiboxerin und bietet jetzt Selbstverteidigungskurse an, die andere hat ein Buch geschrieben, um auf die Gräueltaten hinzuweisen. Ähnlich verfährt Nadia Murad, die als UN-Sonderbotschafterin versucht, die Situation ihrer Leidensgenossinnen zu verbessern und vom Europaparlament für ihren Einsatz diese Woche den Sakharov-Preis für Menschenrechte verliehen bekam (vgl. entsprechender Bericht).

Das Ethnomedizinische Zentrum (EMZ) in Hannover betreibt unter Leitung von Ramazan Salman nicht nur seit Jahren erfolgreich Gesundheitsbildung von Migranten mit Migranten (MiMi-Projekte), sondern kümmert sich jetzt auch mit Programmen in Deutschland und Österreich um Gewaltprävention bei Migrantinnen. Neben Betreuung der Frauen und Aufklärung der Bevölkerung gehören dazu Selbstverteidigungskurse, Selbstbewusstseinstaining, Sensibilisierung männlicher Migranten und umfangreiche Vernetzung mit Verbänden und Politik. Diese Tagung war ein wertvoller weiterer Baustein.

Häfen der Zukunft: Maritim 4.0

"Digitalisierung - Chancen und Herausforderungen für die Maritime Wirtschaft" war das Motto des Branchenforums in Berlin, zu dem die Bundesministerien für Wirtschaft und für Verkehr gemeinsam mit der Stadt Hamburg eingeladen hatten. Eingestimmt wurde dabei bereits auf die Nationale Maritime Konferenz in Hamburg im April 2017. Maritim 4.0 wird die Häfen entscheidend verändern: wenn zum "single window" (elektronischen Frachtpapieren im Hafen selbst) später mit eCMR alle Frachtpapiere entlang der Logistikkette digital erstellt werden und auch noch "intelligente Container" dazukommen, bringt das erheblich mehr Effizienz in den gesamten Warenverkehr. Aber auch Schiffswartung, Koordinierung der Arbeitsabläufe, Einteilung der Lotsendienste, Verkehrsströme, Energieverbrauch, Emissionsbelastung und vieles mehr können optimiert werden. Die maritime Wirtschaft hat mit Offshore-, Tide- und Wellenenergie und steigendem Frachtaufkommen erhebliches Wachstumspotential. Und Deutschland kann beim Schritt in die digitale Zukunft eine entscheidende Rolle spielen.

ADAC in Landsberg: Von Dummies, Crashtests und Manipulationen

Mit dem Technikzentrum in Landsberg am Lech verfügt der ADAC über einen einmaligen Standort. Mit hochspezialisierten Dummies - das Stück bis zu 350.000 € - werden jährlich 60 Crashtests an Autos aus der ganzen Welt durchgeführt, Kindersitze geprüft und damit entscheidende Erkenntnisse zur Verbesserung der Verkehrssicherheit gesammelt und weitergegeben. Bei meinem dreistündigen Besuch konnte ich aber noch viele weitere Details für meine Arbeit im Europaparlament erfahren. So werden von dort aus auf Testfahrten reale Abgaswerte mit der neuen RDE-Ausstattung (RDE = Real Driving Emissions) ermittelt, auf Landstraßen und auf Autobahnen mit bis zu 160 km/h und die Ergebnisse im ADAC-Ecotest veröffentlicht. Dass es technische Möglichkeiten gibt, den Kilometerstand beim Tacho zu manipulieren, hatten wir schon in Brüssel diskutiert - wie und mit welchen Geräten das funktioniert und was schon bei der Produktion für Mehrkosten von nur 1 € präventiv getan werden kann, weiß ich seit heute. Und dass mit im Internet leicht zugänglichen Apparaten schlüssellose ("keyless") Autos mühelos zu knacken sind, aber auch dort die Automobilhersteller vorbeugen können, wurde mir anschaulich demonstriert. Fazit: der Besuch hat sich mehr als gelohnt, ich bin jetzt für die kommenden Gesetze im "Road-Package" bestens vorbereitet und werde bestimmt mit den Landsbergern in Kontakt bleiben.

Bunt gemischte Besuchergruppe aus Norddeutschland

Wie jedes Jahr hat es mich besonders gefreut, eine bunt gemischte Besuchergruppe aus Niedersachsen, Bremen und Hamburg, FDP-Mitglieder und allgemein Interessierte, in Straßburg begrüßen zu dürfen. Der Dezember bietet sich besonders gut an, da es immer mit einem Rundgang auf dem schönen Weihnachtsmarkt in der Innenstadt verbunden werden kann. Bei einem gemeinsamen Abendessen - es gab Quiche und Entenkeule - konnte ich alle Fragen über die Arbeit in Brüssel und das Leben einer Abgeordneten in kleiner Runde beantworten. Am nächsten Tag stand eine Führung durch das Europaparlament, verbunden mit einem Besuch auf der Besuchertribüne im Plenarsaal, auf dem Programm. Es war gutes Timing, denn die Debatte drehte sich um die großen Themen, die die EU gerade beschäftigen, und alle Fraktionsvorsitzenden kamen zu Wort. Anhand der Fragen und Reaktionen hatte ich den Eindruck, dass es allen Beteiligten gefallen hat. Falls sie ebenfalls an einer solchen Reise teilnehmen möchten, wenden Sie sich bitte an mein Wahlkreisbüro, die Anschrift finden Sie auf Seite 13.

IV. Europa unter der Lupe

Was ist eigentlich der europäische Binnenmarkt?

Kern der Europäischen Union ist der Europäische Binnenmarkt, der auf dem freien Verkehr von Gütern, Kapital, Dienstleistungen und Personen innerhalb der Grenzen

der Europäischen Union basiert. Er überträgt, in anderen Worten, die Prinzipien des Nationalstaates auf die gesamte Europäische Union. Zusätzlich zu den 28 EU-Staaten sind noch Norwegen, Island und Liechtenstein im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), und die Schweiz durch bilaterale Verträge, der Europäischen Union verbunden. In dieser Hinsicht ist er der größte gemeinsame Markt der Welt. Obwohl einem die Europäische Union heute ohne die vier Grundfreiheiten, auf denen der Binnenmarkt basiert, fast unvorstellbar erscheint, existiert er in seiner jetzigen Form erst seit 1993 durch die Einheitliche Europäische Akte.

Durch die Harmonisierung der Wirtschaftsregulationen zwischen den Mitgliedstaaten fördert der Binnenmarkt gesunden Wettbewerb und EU-weite Marktintegration und bietet Verbrauchern, Unternehmern und Bürgern viele Vorteile.

Der freie Warenverkehr bedeutet, dass der Handel zwischen den Mitgliedsstaaten ohne Beschränkungen oder Diskriminierung, d.h. Zölle oder staatliche Maßnahmen, stattfinden kann. So kann zum Beispiel ein spanisches Unternehmen seine Produkte in Deutschland verkaufen, ohne sich Gedanken über Zölle und Abgaben an den EU-Binnengrenzen zu machen. Umgekehrt bedeutet das auch, dass Verbraucher in Deutschland die spanischen Produkte erwerben können, ohne dabei andere Bedingungen als in ihrem eigenen Land akzeptieren zu müssen. Ähnliches gilt für die Dienstleistungsfreiheit: jeder hat die Möglichkeit, Dienstleistungen innerhalb der EU anzubieten und dafür Geld zu fordern, aber auch sich europaweit das beste Angebot herauszusuchen. Diese Freiheit hat auch durch das Internet und die starke Digitalisierung der Wirtschaft neuen Schwung erhalten, und hat nationale bürokratische Hindernisse zum Teil noch mehr verringert.

Personenfreizügigkeit bedeutet die Freiheit, überall in der EU zu reisen, zu leben, zu lernen und zu arbeiten. Das heißt zum Beispiel, dass ein deutscher Staatsbürger nach Österreich ziehen kann, und sich dort eine Arbeit suchen darf, ohne jede Art von Aufenthalts- oder Arbeitsgenehmigung beantragen zu müssen. Freier Kapitalverkehr erlaubt Transaktionen von Geld und Wertpapieren in unbegrenzter Höhe innerhalb der EU. Das kann uns auch dabei helfen, Steuerhinterziehung und Geldwäsche gemeinsam besser zu bekämpfen. Die Einführung des Euro war ein großer Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung dieser Freiheit.

Trotz dieser vielen Errungenschaften besteht weiterhin in vielen Bereichen wie zum Beispiel Energie und Digitalisierung ein Bedarf für stärkere Harmonisierung, bevor wir einen voll funktionsfähigen EUBinnenmarkt erreichen. Andererseits sollten wir auch unsere Fortschritte anerkennen und schätzen. Jenseits des materiellen Wohlstandes und der kulturellen Bereicherung haben uns diese vier Freiheiten ermöglicht, über unsere nationalen Grenzen hinaus zu denken und eine greifbare europäische Identität zu entwickeln.

V. Terminvorschau

20.12.	Berlin	Empfang 80 Jahre Klaus Kinkel
9.1.	Goldenstedt	Rede Neujahrsempfang
10.-12.1.	Brüssel	Fraktion, Ausschüsse
16.-19.1.	Straßburg	Plenum, Fraktion
20.1.	Berlin	Programmkommission
20./21.1.	Berlin	Bundesvorstand Liberale Frauen

Ihre Gesine Meißner

2017

Januar 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Abgeordneten haben entschieden: der Italiener Antonio Tajani ist der neue Präsident des Europaparlaments. Nach vier Wahlgängen setzte sich der Kandidat der Europäischen Volkspartei mit Unterstützung der Liberalen durch. Der neue Präsident muss mithelfen, die EU wieder in ruhigere Fahrwasser zu führen, was dringend nötig ist. Das letzte Jahr hat Europa mit Flüchtlingsströmen, Terroranschlägen, Brexit-Votum und dem Erstarken populistischer antieuropäischer Bewegungen vor große Herausforderungen gestellt, und es ist noch nicht klar, wie sich die Weltpolitik durch die Wahl von Trump in den USA verändern wird.

Auch parteipolitisch gesehen wird das neue Jahr extrem wichtig: Es stehen Landtagswahlen im Saarland (März), Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (Mai) vor der Tür. Danach wird im September der Bundestag gewählt. Der FDP wird der Wiedereinzug gelingen, dessen bin ich mir sicher, denn wir Freie Demokraten bekommen viel Zuspruch von vielen Seiten. Aber bis dahin werde auch ich noch häufig bei Wahlkampfterminen gefordert sein.

Ich wünsche Ihnen alles Gute für 2017 und grüße Sie herzlich!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Antonio Tajani ist neuer EU-Parlamentspräsident

Am 17. und 18. Januar haben die 751 Europaabgeordneten den neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie die vierzehn Vizepräsidenten und auch die Quästoren gewählt.

Der 51. Präsident des Europäischen Parlaments heißt Antonio Tajani, ist ein 63-jähriger Italiener und Mitglied der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP). Er folgt auf Martin Schulz, der jetzt als SPD-Kanzlerkandidat in den Bundestagswahlkampf startet.

Somit geht ein langer und spannender Wahlkampf zu Ende, dessen Ausgang im Gegensatz zu den früheren EU-Präsidentschaftswahlen bis zum letzten Tag noch sehr offen blieb. Statt im Vorfeld schon Koalitionsstrategien mit den zwei großen Fraktionen, den Konservativen und den Sozialdemokraten, auszuhandeln, kandidierten diesmal 7 Kandidaten aller Fraktionen. Es blieb lange unklar, wer die notwendige Mehrheit bekommen würde.

Diese Konstellation war im Nachhinein auch deshalb eine Überraschung, weil in der Woche vor der Wahl eine Vereinbarung veröffentlicht wurde. Laut dieser hatten die Sozialdemokraten Unterstützung für einen konservativen Nachfolger zur Hälfte der Legislaturperiode – also zum jetzigen Zeitpunkt – zugesagt. Entgegen der Vereinbarung hatte sich allerdings der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Gianni Pittella, als Präsidentschaftskandidat seiner Fraktion aufstellen lassen.

Der Wendepunkt kam am Dienstagmorgen, als sich die Liberalen dafür entschieden, zusammen mit der Europäischen Volkspartei ein „offenes, konstruktives und proeuropäisches Bündnis“ zu schließen, das sich für die Reform Europas einsetzen würde. Diese Vereinbarung beinhaltet unter anderem Aussagen zu mehr Wahrung der Demokratie (Beispiel Ungarn), einem Konvent zur Reform der EU, einer besser abgestimmten Flüchtlingspolitik, neuen Instrumenten zur Behebung der Krise in der Eurozone, einer europäischen Verteidigungsunion, einem europäischen Nachrichtendienst und einer Einrichtung zur Bekämpfung des Terrorismus und internationaler Kriminalität. Um diese Ziele zu verwirklichen, haben die Liberalen sich bereit erklärt, statt des Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt, der bis Montagabend noch selbst Kandidat war, den Kandidaten der Europäischen Volkspartei, Antonio Tajani, zu unterstützen. Somit setzte sich nach vier Wahlgängen der ehemalige Verkehrs- und spätere Industriekommissar mit 351 zu 282 Stimmen gegen seinen Landsmann, den sozialdemokratischen Gegenkandidaten Gianni Pittella, durch.

Am nächsten Tag fand die Vizepräsidentschaftswahl statt. Es hat mich sehr gefreut, dass beide von den Liberalen aufgestellten Kandidaten hier erfolgreich waren. Alexander Graf Lambsdorff wurde in seinem Amt bestätigt und der Tscheche Pavel Telička neu zum Vizepräsidenten gewählt.

Schließlich wurden am Mittwochnachmittag fünf neue Quästoren gewählt. Die Quästoren beschäftigen sich mit den Verwaltungs- und Finanzaufgaben, die Abgeordnete und ihre Arbeitsbedingungen direkt betreffen. Auch hier konnte sich eine liberale Abgeordnete, Catherine Bearder aus Grossbritannien, erneut behaupten, was ich natürlich sehr begrüße.

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode werden wir uns noch stärker denn je zuvor dafür einsetzen müssen, Europa wieder zu einem Kontinent der Chancen machen. Ich bin hoffnungsvoll, dass wir mit der neuen Koalition auf dem richtigen Weg sind.

Malteser übernehmen EU-Ratsvorsitz

Vor 12 Jahren trat Malta der EU bei. Nun übernehmen sie erstmals den Vorsitz des Europäischen Rates für das erste Halbjahr 2017. Kommissionspräsident Juncker freute sich besonders über die neue Rolle und scherzte in seiner Rede, dass Maltas Rolle immer besonders sei, weil sie Luxemburg als kleinsten Mitgliedstaat abgelöst hätten – Malta hat weniger Einwohner als Hannover!

In seiner Eingangsrede ging der neue Ratsvorsitzende Joseph Muscat auf die wesentlichen Probleme ein, die er während seiner Amtszeit angehen möchte. Dabei ging es vor allem um die Sicherheit, Flüchtlinge und den Brexit.

Als Insel möchte Malta dabei gerade der Sicherung des Mittelmeeres seinen Stempel aufdrücken. Der Flüchtlingsstrom soll besser koordiniert, illegale Einreisen bekämpft und die Tragödien ertrinkender Flüchtlinge verhindert werden. Muscat betonte dabei, dass sich die Malteser auch nicht der Verantwortung entziehen wollen, die vorhandenen Flüchtlinge besser zu verteilen und auch selbst weitere aufzunehmen.

Neben der Flüchtlingsthematik war ein Kerngegenstand der Debatte allerdings der Brexit. Während die Rechtspopulisten einen guten Deal für die Briten bewarben, stellte der konservative EVP-Fraktionschef Weber klar, dass der Brexit für die Briten keine Rosinenpickerei nach Belieben wird. Ähnlich wie unser liberaler ALDE-Fraktionschef Verhofstadt ließ sich Weber nicht von den Drohungen der Premierministerin Theresa May einschüchtern. Das angedrohte Steuerdumping sei für die Briten als Mitglied der G8 und G20 gar nicht möglich.

Ein Randthema der Debatte waren die Äußerungen von Donald Trump, der den Brexit lobte und versicherte, dass auch weitere Mitgliedsstaaten austreten würden. Hier wurde eine starke Reaktion gefordert, denn wir würden ja schließlich auch nicht sagen, dass Kalifornien die USA verlassen wolle, wie Verhofstadt anmerkte.

Logistik in der EU: Absage an Mindestlohn für ausländische LKW-Fahrer

Mit mehr als 11 Millionen Beschäftigten und einem Beitrag von etwa 14 Prozent zur europäischen Wirtschaftsleistung ist der Logistiksektor das Rückgrat des europäischen Binnenmarkts. Der Sektor muss zukunftstauglich bleiben, um seiner wirtschaftlichen Bedeutung weiterhin gerecht zu werden. Deshalb hat das Parlament einen Initiativbericht über Logistik in der EU und multimodalen Verkehr in den neuen TEN-V-Korridoren verabschiedet. Hintergrund: Die Kommission wird voraussichtlich in diesem Jahr Gesetzesvorschläge zu diesem Thema präsentieren.

Der Bericht unterstreicht, dass Diskussionen über innereuropäische Grenzkontrollen nicht förderlich sind. Sie würden Güterströme massiv beeinträchtigen und Unternehmen viel Geld kosten. Zurecht wird darauf hingewiesen, dass es bei der Digitalisierung Raum für Verbesserungen gibt, denn komplizierte Verwaltungs- und Zollverfahren könnten vereinfacht werden. Deutschland hinkt hinterher, hat zum Beispiel den elektronischen Frachtbrief noch nicht eingeführt.

Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen im Logistiksektor erwähnt der Bericht, dass diese keinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeuten dürfen. Das ist ein Votum gegen die Ausweitung nationaler Mindestlöhne auf ausländische LKW-Fahrer, denn ein Flickenteppich bedeutet mehr Bürokratie, höhere Kosten, weniger Transparenz. Die Kommission muss reagieren, einer Fragmentierung des Binnenmarkts entschieden entgegenzutreten und digitale Technologien im Logistiksektor fördern.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Zugang zu Arzneimitteln verbessern (Schattenberichtsteratterin)

Dieser Initiativbericht sollte eigentlich zum Ausdruck bringen, dass sich das Parlament dafür einsetzt, Patienten mit seltenen oder schweren Krankheiten den Zugang zu Arzneimitteln zu erleichtern, Forschung und Innovation zu fördern und Bewertungskriterien für die Wirksamkeit neuer Arzneimittel voranzutreiben. Leider versuchen Grüne und Sozialdemokraten den Bericht dazu zu „missbrauchen“, die Pharmabranche unter Generalverdacht zu stellen, der reinen Profitgier zu beschuldigen oder Forderungen nach einheitlichen Preisfestsetzungen durchzuboxen. Unglücklich, wie ich finde. Solch negative Sprache habe ich im Parlament selten erlebt. Ich bin bei diesem Thema federführend für die Liberalen verantwortlich. Zusammen mit einigen Kollegen streben wir das Ziel an, eine sachliche Sprache zu finden, die den Initiativbericht ausbalanciert.

Mir liegt dabei besonders am Herzen, die Bedeutung von Innovation und Forschung zu unterstreichen. Man sollte nicht unterschätzen, welche Investitionen für Forschung nötig sind, wie teuer klinische Studien sind und wie viel Hürden für die Marktzulassung neuer Medikamente überwunden werden müssen. Der Preis eines Medikaments allein kann nicht ausschlaggebend für die Frage der Rückerstattung sein. Oftmals sind verschiedene neue Medikamente teurer als bereits lang verfügbare, dafür verkürzen sie aber eine Therapie erheblich oder werden vom Körper besser absorbiert. Dies kann zu Einsparungen bei Krankenhausaufenthalten führen, weshalb solche Aspekte ebenfalls Berücksichtigung finden sollten.

Der Bericht ist rechtlich nicht bindend und spiegelt lediglich die Meinung des Parlaments wieder. Im Umweltausschuss wird der Bericht am 31. Januar verabschiedet.

Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft - Abstimmung über das Abfallpaket: Ehrgeizige Ziele sind wichtig, aber schwächere Mitgliedstaaten müssen aufholen

Der Umweltausschuss des Parlaments verabschiedete diese Woche ein Paket zur Abfallgesetzgebung. Die Mitgliedsstaaten sollen künftig mehr Haushaltsabfälle wiederverwerten (Recycling). Die Trennung von Abfall, Sammlung und Wiederverwertung ist in der Tat wichtig. Nur so können Verbrennung und Deponierung verhindert und in der Zukunft beendet werden. Dies kann einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten und den Verbrauch von Rohstoffen senken. Allerdings sollte eine Änderung der Ziele nicht willkürlich erfolgen, sondern auf der Basis einer gründlichen Folgenabschätzung und unter Einbeziehung aller Umweltfaktoren. Wichtig ist allerdings auch, den Mitgliedstaaten auf die Sprünge zu helfen, die bei der Wiederverwertung von Abfällen weit hinter den Zielen liegen! Leider gibt es hier innerhalb der EU erhebliche Unterschiede.

Wir fordern konkret eine Verschärfung des Ziels für Recycling von Haushaltsabfall in der EU auf mindestens 70% bis 2030 im Vergleich zu 65%, die von der Kommission vorgeschlagen wurden. Gleichzeitig wurde der Vorschlag der Kommission bestätigt, die Methode für die Messung der erreichten Recyclingquote europaweit klarer zu regeln, um allzu freie Interpretation durch Mitgliedstaaten zu beenden. Die Ziele für Verpackungsmaterialien sollen ebenfalls verschärft werden. Das sind alles Punkte, die ich begrüße. Die Ermittlung der Recyclingquoten muss klarer geregelt werden, damit auch tatsächlich Recycling gemessen wird und nicht zum Beispiel Verbrennung. In der Vergangenheit haben manche Mitgliedstaaten, auch Deutschland, an dieser Stelle sehr „kreativ“ gearbeitet und bessere Recyclingquoten ermittelt als gerechtfertigt waren. Diese Klarstellung muss nun in der Verhandlung mit dem Rat verteidigt werden.

Forderungen nach einem Ziel für Bioabfallrecycling wurden nicht verabschiedet, dafür aber die verpflichtende Einführung von Bioabfall-Sammlung „an der Quelle“ in der EU. Staaten, in denen bislang keine getrennten Sammelsysteme bestehen, müssen diese einführen. In Deutschland wird biogener Abfall seit 1985 getrennt gesammelt.

Für mich besonders wichtig ist die Neuregelung zur Verringerung von Meeresmüll. Wir fordern, die Verschmutzung der Meere bis 2025 um 30% und 50% bis 2030 zu verringern. Das Meer ist als Lebensraum für Energie, Rohstoffe und Tourismus, aber auch aus klimapolitischer Sicht sehr bedeutsam. Es ist dringend erforderlich, dessen Verschmutzung zu reduzieren. Auch eine Reduzierung der Lebensmittelverschwendung will das Parlament erreichen (30% bis 2025 und 50% bis 2030) und fordert die Kommission auf, die Einführung eines entsprechenden Zieles zu analysieren und vorzubereiten.

Die Maßnahmen für die Umsetzung werden im Wesentlichen durch die Mitgliedstaaten entschieden, das Parlament gibt Empfehlungen hinsichtlich der zu treffenden Maßnahmen ab. Sobald die Mitgliedstaaten im Rat eine gemeinsame Position fassen, können die Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission im Trilog beginnen.

Audi stellt sich Anhörung im EU-Untersuchungsausschuss

Volkswagen ist mit 99,55% Anteilseigner der Audi AG. Der Diesel-Gate-Skandal traf daher auch Audi. Das Europäische Parlament hat das Unternehmen eingeladen, zu schriftlichen Fragen des Parlaments Stellung zu nehmen und sich diese Woche in einer Anhörung den Fragen des Untersuchungsausschusses zu stellen. Der Niedersachsen Jens Gieseke (CDU/EVP) fand zu Beginn der Anhörung warme Worte. Es sei vorbildlich, dass man, anders als Teile der Konkurrenz, sofort einer Anhörung zustimmte. Danach wurde es ungemütlicher. Eineinhalb Stunden wurden die Vertreter von Audi mit Fragen überhäuft.

Als Reaktion auf den Skandal hat Audi beteuert, dass sie das Vertrauen zurückgewinnen wollen, und eine neue Ausrichtung von Gas- und Elektro-Motoren vorgestellt. Diesel wolle man trotz aller Kritik aber nicht fallen lassen. Ein wichtiger Punkt der Anhörung waren die unterschiedlichen Abgasrichtlinien und Normen

zwischen der EU und den USA. Der liberale Vertreter Gerben-Jan Gerbrandy (D66/ALDE) – gemeinsam mit Jens Gieseke federführend im Untersuchungsausschuss - verwies auf die Ähnlichkeiten der beiden Motoren und fragte, ob denn der US-Motor, der deutlich strengeren Richtlinien unterworfen ist, auch die Grenzwerte in der EU einhalten würde. Es wurde bestätigt, dass auch ein US-Motor eines Audis die EU-Grenzwerte wohl nicht einhalten würde.

Letzten Endes stellt Audi klar, dass die notwendigen Schritte für eine Verbesserung unternommen wurden. Man hat den Forschungsschwerpunkt vom Diesel auf Gas-Hybride und Elektromobilität gelegt. Man hat die Compliance im Unternehmen gestärkt und will eine Unternehmenskultur etablieren, in welcher die Mitarbeiter Missstände und Widrigkeiten sofort melden. Der Ausblick für Audi als starken Vertreter der deutschen Autoindustrie ist also ein positiver.

Deutsche PKW-Maut schafft ein Bürokratiemonster und sorgt für Unruhe in Europa

Das Bundeskabinett hat diese Woche den überarbeiteten Gesetzentwurf zur Maut verabschiedet. Gemäß des beschlossenen Vorschlags sollen Autofahrer auf deutschen Bundesautobahnen und -straßen künftig Infrastrukturabgaben über eine elektronische Vignette bezahlen. Im Gegenzug sollen deutsche Fahrer besonders umweltfreundlicher Autos über die KfZ-Steuer entlastet werden. Wird das wie geplant umgesetzt, diskriminiert sie – wie viele vermuten - auf Grundlage von Nationalität und verstößt damit gegen geltendes EU-Recht. Zudem schafft der Beschluss ein Bürokratiemonster und selbst Bundesfinanzminister Schäuble hat Zweifel geäußert, ob durch die Maut mittelfristig ein Plus erwirtschaftet wird. Außerdem: Das auf Eis gelegte Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen Deutschland beim Europäischen Gerichtshof muss jetzt warten, bis der Bundestag über den Vorschlag entscheidet - das kann dauern. Dobrindt ließ zwar verlauten, dass in Zukunft verschiedene Mautsysteme miteinander verknüpft werden sollen. Da stellt sich mir die Frage, wann soll das geschehen und warum nicht gleich ein kohärentes System? Nein, stattdessen werden EU-weite Maßnahmen im Keim erstickt. Ein einheitlicher Ansatz mit gefahrenen Kilometern als Berechnungsgrundlage sollte aber das Instrument der Wahl sein. In einer Resolution schlägt der Verkehrsausschuss des Europaparlaments bessere und nicht-diskriminierende Lösungsansätze vor. Über diesen Text wird voraussichtlich Ende Februar im Plenum debattiert. Nachbarstaaten laufen zudem Sturm gegen den deutschen Vorschlag und erwägen zu klagen - keine gute Zeit für den reibungslosen Personenverkehr in der EU.

Drohnen, Digitalisierung, einheitlicher Luftraum – Flugverkehr muss zukunftsfähig bleiben

Das Europäische Parlament hat unter Federführung meines liberalen Kollegen Pavel Telicka einen Bericht zur Luftfahrtstrategie der EU ausgearbeitet, der den Kommissionstext in wichtigen Punkten ergänzt. Eine zentrale Forderung ist, sich

Innovationen im Luftverkehr nicht zu verschließen. Beispiel Drohnen: Allein in Deutschland gibt es bald 400,000 dieser Fluggeräte. Eine gute Integration in den Luftraum und eine angemessene Regulierung - wie zum Beispiel durch Drohnenführerscheine - ist notwendig und muss bei den Gesetzes-Verhandlungen im Bereich der Flugsicherheit beachtet werden. Allgemein gilt: Egal ob unbemannte Luftfahrzeuge oder private Luftwirtschaft - alles was fliegt, muss einen Platz in der Luft haben!

Flugverkehr und Luftfrachttransport können durch die Digitalisierung viel effizienter gestaltet werden. Daher fordere ich, dass sich die Kommission dieses Themas stärker annimmt. Das heißt aber auch, dass beim Thema Cybersecurity ganz neue Herausforderungen auf die Luftfahrt zukommen, auf die es zu reagieren gilt. Eine weitere Forderung: Der einheitliche europäische Luftraum muss zwingend vorangetrieben werden. Derzeit werden teilweise weite Umwege geflogen, was Ressourcen verschwendet, zu mehr Emissionen führt und längere Flugzeiten zur Folge hat. Bei Luftverkehrsabkommen mit Drittländern brauchen wir faire Spielregeln.

Die Luftfahrtstrategie steht im Zusammenhang mit der Überarbeitung der EU-Vorschriften im Bereich der Flugsicherheit sowie anderen Gesetzen zur europäischen Luftfahrt, die derzeit verhandelt werden.

Einigung bei Trilogverhandlungen zu Feuerwaffen

Kurz vor Weihnachten haben sich die europäischen Institutionen bei den Verhandlungen zur Feuerwaffenrichtlinie geeinigt - schneller als gedacht. Mir wäre es lieber gewesen, wenn man sich bei strittigen Punkten noch mehr Zeit genommen hätte. Somit bleiben Unklarheiten bestehen. Um ein Beispiel zu nennen: Was muss mit Feuerwaffen geschehen, die nach den neuen Maßstäben nur unzureichend deaktiviert wurden? Der Text ist immerhin deutlich entschärft im Vergleich zum Vorschlag der Kommission. Für Jäger wird sich demnach nichts ändern. Bei Sportschützen sieht es anders aus, denn hier gibt es einige Unklarheiten, zum Beispiel was Zulassungen für Wettbewerbe und die Nutzung halbautomatischer Waffen betrifft. Aus diesem Grund, werde ich genau hinschauen, welcher Text im Plenum letztendlich zur Abstimmung vorgelegt wird. Einem Generalverdacht gegen Sportschützen, der zu massiven Einschränkungen dieses sachgerecht durchgeführten Sports führt, werde ich keinesfalls zustimmen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz
- Demnächst im Trilog: Quecksilberrichtlinie, EASA
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Sicherheit von Passagierschiffen, Luftverkehrspaket

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Programmkommission, Liberale Frauen und Kinkels 80. Geburtstag

Seit dem letzten Newsletter war ich auch wieder häufig bei Parteiterminen im Einsatz. In der FDP Programmkommission für die Bundestagswahl bearbeite ich als stellvertretende Vorsitzende das Thema „Freiheit und Menschenrechte weltweit“, mache aber auch Vorschläge für Verkehr, Umwelt, Forschung und Meerespolitik, meine Themen im Europaparlament. Kürzlich traf sich der im Dezember neu gewählte Bundesvorstand der Liberalen Frauen (ich bin ja jetzt stellvertretende Bundesvorsitzende) auf Einladung unserer neuen Vorsitzenden Katja Grosch zur konstituierenden Sitzung in Erfurt und diskutierte ein ambitioniertes Arbeitsprogramm für 2017. Und noch im Dezember gab es in Berlin Grund zum Feiern: die FDP gab einen Empfang zum 80. Geburtstag unseres ehemaligen Parteivorsitzenden, Bundesaußenminister a.D. Dr. Klaus Kinkel. Das gute Verhältnis und der respektvolle Umgang zwischen Spitzenpolitikern verschiedener Parteien wurde dadurch deutlich, dass auch der amtierende Außenminister Frank Walter Steinmeier unter den Gästen war und Finanzminister Wolfgang Schäuble eine launige Rede auf seinen regionalen Landsmann hielt. Solche Termine machen Spaß!

Gelungene Integration: Neujahrsempfang in Goldenstedt

Auf Einladung von Bürgermeister Willibald Meyer, der mit 30 Jahren Amtszeit wohl einen einsamen Rekord hält, hielt ich eine Rede beim Neujahrsempfang der Gemeinde Goldenstedt in der vollbesetzten Festhalle. Beeindruckt haben mich nicht nur die fröhliche Stimmung, die Qualität des Blasorchesters und die Ehrungen für herausragendes ehrenamtliches Engagement, sondern auch die gute Integrationsarbeit und der Einsatz vieler Menschen vor Ort bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Wie gut das Zusammenleben bei einer echten Willkommenskultur funktionieren kann war daran zu merken, dass auch einige Flüchtlinge selbstverständlich zur Feier gekommen waren. An dieser Gemeinde können sich manch andere ein Beispiel nehmen!

Eine Woche im Europäischen Parlament – Bericht eines Schülerpraktikanten

In der letzten Woche hatte ich die Möglichkeit, ein Praktikum im Europa-Parlament bei Gesine Meissner und ihrem Team zu machen. Dieses Praktikum war eine einmalige Chance, einen Einblick in die komplexe Arbeit der EU zu bekommen, welche sich aus den Nachrichten nur erahnen lässt. Außerdem war es spannend zu der heutigen Zeit, in welcher die kuriosesten Dinge in der Politik innerhalb und außerhalb der EU passieren, direkt vor Ort und ein Teil des Geschehens zu sein. Dieses Praktikum gibt mir nicht nur einen weiteren Blickwinkel auf das spätere Berufsleben, es sind auch Erfahrungen, die einem in Erinnerung bleiben werden, und das Leben und Arbeiten in Brüssel wirkt gleichzeitig motivierend auf die noch verbleibende Schulzeit. Wie schon erwähnt habe ich mich im Mittelpunkt des

Prozesses, welcher hinter der Europäischen Union steckt, gefühlt. Dieses Gefühl wurde gleich durch die Einbindung in die Wochenplanung ausgelöst und durch das Miterleben von diversen Sitzungen und Ausschüssen weiter verstärkt. Die Ausschüsse behandelten nicht nur wichtige Themen, mit welchen sich die Mitgliedsstaaten im 21. Jahrhundert beschäftigen müssen, sondern sie waren auch immer interessant, da es jeden persönlich und unsere Zukunft betrifft. Als Beispiel wurden Themen wie erneuerbare Energien, die Flüchtlingsproblematik auf dem Mittelmeer und Diskriminierung angesprochen. Aber das wohl aufregendste Ereignis der ganzen Woche war, dass sich Audi einer Anhörung von dem Parlament gestellt hat und ich so einen deutlich detaillierteren Einblick in den Abgasskandal und die Zukunft der Automobilbranche bekommen konnte. Abschließend war das ganze Praktikum ein sehr prägendes Erlebnis, welches mir in Erinnerung bleiben und mich noch mehr mit Europa verbinden wird.

Geschrieben von Ole, Schüler des Katharineum-Gymnasiums in Lübeck

IV. Europa unter der Lupe

Die Außenbeauftragte der EU – eine echte europäische Außenministerin?

Europäische Außenpolitik ist ein Feld, das innerhalb der EU für viele Debatten und Auseinandersetzungen sorgt. Zwar wurde die EU-Außen- und Sicherheitspolitik über die Jahre schrittweise entwickelt, aber sie ist erst seit 2009 durch den Lissaboner-Vertrag zu einem vollwertigen Bestandteil des Aufgabenbereiches der Union geworden. Dies wurde zum einen durch die Einrichtung des Amtes des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik, des sogenannten Außenbeauftragten der EU, und zum anderen durch die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) bewerkstelligt. Ziel war es, die Doppelbesetzung der Außenpolitik durch Kommissar und Außenbeauftragten abzuschaffen und die Vertretung der EU außerhalb ihrer Grenzen auch physisch zu verstärken.

Die Außenbeauftragte der EU, zurzeit die ehemalige italienische Außenministerin Federica Mogherini, ist auch zur gleichen Zeit Vize-Präsidentin der Europäischen Kommission und Vorsitzende im Rat für Auswärtige Angelegenheiten, dem Außenministerrat der EU-Mitgliedstaaten. Die Rolle der Außenbeauftragten ist es, die Europäische Union nach außen zu vertreten und die gemeinsame Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik mitzubestimmen. Sie führt diese Aufgabe im Auftrag des Rates der EU durch und teilt sie aus diesem Grund auch mit dem Präsidenten des Europäischen Rates.

Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) ist der Außenbeauftragten der EU unterstellt. Er hat Botschaften, sogenannte Delegationen, in über hundert Drittländern und bei verschiedenen internationalen Organisationen, um dort die Interessen der EU sowie ihre Außenpolitik zu vertreten. Seine Mitarbeiter sind nationale Diplomaten sowie ehemalige EU-Beamte.

Trotz dieser konstitutionellen Stärkung fällt es der EU immer noch schwer, in außenpolitischen Fragen mit einer Stimme zu sprechen, eine Unfähigkeit, die sich momentan leider nur zu gut an den Beispielen Syrien oder Flüchtlings- und Migrationspolitik verdeutlichen lässt. Wie lässt sich das erklären? Eine offensichtliche Erklärung ist die Schwierigkeit für 28 Mitgliedsländer, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen. Andererseits liegt es daran, dass die Außenminister der Mitgliedstaaten ungern die Gestaltung der Außenpolitik an die EU abgeben wollen. Außerdem ist dieses Amt erst 2010 ins Leben gerufen worden und muss sich seine Legitimität erst noch verdienen sowie die Breite seiner Aufgaben genauer definieren.

Ein wichtiger Grund liegt aber auch auf der Ebene der bestehenden europäischen Entscheidungsstrukturen: die Außenbeauftragte kann zwar Vorschläge zur Außenpolitik machen und sie dem Rat präsentieren, doch die meisten Entscheidungen erfordern in der Außen- und Sicherheitspolitik die Zustimmung aller EU-Länder. Außerdem besteht die Pflicht für die Außenbeauftragte vor dem Parlament Bericht über ihre Arbeit zu erstatten. Dies führt notwendigerweise zu einer gewissen Schwerfälligkeit und einem eingeschränkten Aktionspotential. Zudem ist die europäische Nachbarschaftspolitik, EU-Erweiterung und Entwicklungshilfe weiterhin im Kompetenzbereich der Europäischen Kommission. Der Einflussbereich des Außenbeauftragten ist somit auch durch Ausschluss dieser Bereiche eingeschränkt.

V. Terminvorschau

27./ 28.1.	Hannover	BFA Umwelt
30.	1.-2.2. Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Miniplenium
30.1.	Brüssel	Meeresgruppe mit Kommissar Vella zu "Ocean governance"
1.2.	Paris	Podium „Euomaritime“ zu erneuerbaren Energien
6.2.	Berlin	FDP-Bundesvorstand
6.-8.2.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
7.2.	Brüssel	Meeresgruppe "Küsten-Kartierung"
13.2.	Burtenbach	Besuch Kögel Trailer GmbH
13.-16.2.	Straßburg	Fraktion, Plenum
16./ 17.2.	Saarbrücken	Termine Liberale Frauen
18.2.	Hannover	FDP-Landesvorstand

27. Januar 2017

Februar 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit drei ausführlichen Berichten zur „Zukunft der Europäischen Union“, dem Abschluss des viel diskutierten Freihandelsabkommens CETA der EU mit Kanada, der Abstimmung über den Emissionshandel und Reden von gleich zwei

Staatsoberhäuptern – dem österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen und dem kanadischen Premier Justin Trudeau – hatte es diese Straßburger Plenarwoche in sich.

Zunächst zur „Zukunft der EU“: klare Mehrheiten gab es für weniger Bürokratie und mehr Konzentration auf wichtige europäische Themen wie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eine Stärkung des gemeinsamen Binnenmarktes, eine echte gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik und eine Verringerung der Anzahl der Kommissare. Auch die Entscheidung für nur einen Sitz des Parlaments – im Moment pendeln wir ja zwischen Brüssel und Straßburg – fand erneut eine deutliche Mehrheit. Natürlich ist die Diskussion damit nicht abgeschlossen. Aber da eine Änderung des EU-Vertrages ansteht, sobald der Austritt Großbritanniens verhandelt wird, ist eine frühzeitige Positionsbestimmung in wichtigen Punkten mehr als sinnvoll.

Mehr zur Sitzungswoche und aus meiner aktuellen Arbeit finden Sie wie immer in meinem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Van der Bellen und Trudeau: Hoher Besuch in Straßburg

Am 14. Februar besuchte der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen das Europäische Parlament in Straßburg. Eine knappe Stunde sprach sich Van der Bellen klar für Europa und für die EU aus. Als geborener Wiener mit russischen Wurzeln sieht er sich als Kind Europas. Es sei heute nichts Besonderes ein Kind Europas zu sein, sondern eher der Normalfall, dass man mehrere Kulturen in der Familie vereint. Diese Entwicklung einer europäischen Identität sollte man nicht über Bord werfen, indem man sich Populisten wie Trump hingibt. Europa dürfe sich auch nicht einer "Verzweigung" oder der "Kleinstaaterei" hingeben. Europa muss Brücken statt Mauern bauen, denn Nationalismen lösen keine Probleme. Die Geschichte Europas habe schon gezeigt, dass der Weg von Trump eher die Probleme verstärkt und sogar neue schafft. Die europäische Idee sei etwas Großes, das aller Mühen wert sei, sie durchzusetzen und zu verteidigen. Sein Plädoyer für Europa beendete er mit der Rezitation eines Gedichtes von Sarah Williams "Though my soul may set in darkness, it will rise in perfect light; I have loved the stars too fondly to be fearful of the night" - die Sterne, die van der Bellen so liebe seien die Sterne der europäischen Flagge. Diese Sterne nähmen ihm die Angst vor den dunklen Bedrohungen für Europa. Und noch ein Zitat des Österreicher: „Es ist leicht, Europa zu zerstören, aber sehr mühsam, es wiederaufzubauen. Es geht auch ganz schnell, einen Baum zu fällen, aber es dauert lange, bis er wieder gewachsen ist.“

Auch der kanadische Premierminister Justin Trudeau war in seiner Rede Europa sehr wohlgesonnen. Trudeau, ein echter Polit-Star mit ungewöhnlicher

Vergangenheit als Boxtrainer, war extra angereist, um den Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada zu würdigen. In seiner englisch-französischen Rede betonte er, dass man die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen gemeinsam gestalten muss, anstatt Entwicklungen nur ausgesetzt zu sein, ohne sie selbst zu beeinflussen. An vielen kleinen Beispielen erläuterte er die Vorteile durch CETA für die Menschen beidseits des Atlantiks. Und er unterstrich die gemeinsamen Werte, die uns verbinden. Am Ende sagte er: „The best is yet to come“ - ein angenehmer Optimismus in Zeiten der Angstmacher und Schwarzmalers.

Europaparlament stimmt für CETA: Europa will stabile und regulierte Globalisierung

Diese Woche hat das Europäische Parlament dem ersten Freihandelsabkommen, das die EU mit einer anderen großen OECD-Wirtschaftsmacht geschlossen hat, mit deutlicher Mehrheit zugestimmt. Es ist ein eindeutiges Zeichen, dass die EU nach wie vor auf die Vorteile einer stabilen und regulierten Globalisierung setzt und den wachsenden Protektionismus der Populisten ablehnt.

Das Abkommen wird mehr Wachstum und Wohlstand für beide Partner schaffen. Europäische Unternehmen werden die günstigste Behandlung erhalten, die Kanada jemals einem Handelspartner gestattet hat. Sie werden auf dem kanadischen Markt unter gleichen Wettbewerbsbedingungen investieren und ihre Produkte und Dienstleistungen verkaufen können. Außerdem erlaubt es Europäern, durch die Mitgestaltung globaler Normen hohe Standards weltweit zu sichern.

Jedoch war der Weg zur Unterzeichnung des Abkommens kein leichter. Im Oktober hatte bereits der Widerstand der südbelgischen Region Walloniens gegen CETA das Abkommen fast zum Scheitern gebracht. Auch am Tag der Abstimmung demonstrierten hunderte Menschen vor dem Europaparlament, einige auch per Boot auf dem Ill, an dem die Gebäude des Straßburger Parlaments liegen. Letztlich bestätigte aber die Abstimmung (408 Stimmen dafür, 254 dagegen, 33 Enthaltungen), dass eine klare Mehrheit in Europa dieses Abkommen befürwortet. Aktuell arbeitet die EU an 18 weiteren Freihandelsabkommen (u.a. mit Japan, Mexiko und Indien).

Welche Vorteile bringt das Abkommen konkret? CETA wird Tarife für die meisten gehandelten Waren und Dienstleistungen abschaffen und gegenseitige Anerkennung der Zertifizierung vieler Produkten ermöglichen. 99% der Zölle verschwinden, wodurch Europäische Unternehmen eine halbe Milliarde Euro pro Jahr sparen könnten. Europäische Anbieter von Dienstleistungen, Seeverkehr, Telekommunikation, Umweltdienstleistungen oder sogar Buchhaltung erhalten den Zugang zum kanadischen Markt, was auch für europäische KMUs vorteilhaft ist. Insgesamt soll das Handelsvolumen zwischen beiden Partnern um 23 % steigen. Kanada wird seine öffentlichen Beschaffungsmärkte öffnen, die in Europa bereits Kanada geöffnet sind. Im Gegensatz zu den oft zitierten Ängsten werden die hohen Standards in Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz, und Arbeit in Europa nicht beeinträchtigt.

Außerdem werden Tarife in den Bereichen öffentliche Dienstleistungen, audiovisuelle und Verkehrsdienste sowie bei einigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Milchprodukten, Geflügel und Eier beibehalten. Sogar die 145 europäischen geografischen Angaben werden geschützt. Dasselbe gilt für die Bestimmungen des Regelungsrechts der Regierungen, die in keiner Weise eingeschränkt werden. Was die umstrittenen Maßnahmen für die Arbeitsweise der Schiedsgerichte angeht, soll die staatliche Kontrolle der Regierung über die Wahl der Schiedsrichter und die Transparenz weiterhin gewährleistet sein.

In Zeiten, wo unsere internationale Ordnung von Populisten und Globalisierungskritiker in Frage gestellt wird, finde ich es außerdem wichtig zu betonen, dass solche Abkommen auch engere menschliche Beziehungen ermöglichen und dabei Völkerverständigung fördern. Ergänzend an CETA wurde auch einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Kanada zugestimmt, die eine Zusammenarbeit in Bereichen wie Außen- und Sicherheitspolitik, Bekämpfung von Terrorismus, nachhaltige Entwicklung, Forschung und Kultur ermöglichen soll. Zukünftig werden Europäer und Kanadier nicht nur als Handelspartner enger zusammenarbeiten, sondern auch durch gemeinsame Werte und den Glauben an eine offene, demokratische, liberale Gesellschaft weitere Brücken bauen.

CETA könnte frühestens ab April 2017 in Kraft treten. Aber bis alle Vereinbarungen gelten, können noch ein paar Jahre vorbeigehen, da das Abkommen noch von allen nationalen Parlamenten ratifiziert werden muss.

Klimazölle beim Emissionshandel verhindert

Am Mittwoch hat das Plenum seine Position zum Emissionshandel, genauer gesagt zu „Maßnahmen zur Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und zur Förderung von Investitionen in CO₂-effiziente Technologien“ verabschiedet. Eine Forderung nach Zöllen auf Importe bestimmter Produkte wurde mehrheitlich abgelehnt. Dass begrüße ich, denn Handelsbarrieren aus Klimaschutzgründen aufzubauen ist absurd - damit macht man es sich zu einfach. Klima-Zölle wären wahrscheinlich nicht WTO-konform. Solche Zölle sind nicht realistisch, es werden schließlich nicht nur Rohstoffe importiert, sondern auch weiterverarbeitete Produkte, bei denen die Kalkulation des Zolls sehr komplex würde. Es ist gut, dass dies vom Tisch ist. Es wäre außerdem merkwürdig, am gleichen Tag, an dem wir das Freihandelsabkommen CETA verabschiedet haben, andererseits Handelsbarrieren durch Klimazölle aufzubauen.

Der Umweltausschuss hatte einen sogenannten „Carbon Border Adjustment Mechanism“ vorgeschlagen, um Importe von Produkten zu verteuern, bei deren Produktion viel CO₂ entsteht, und so das Risiko von Carbon Leakage zu verringern. Als Carbon Leakage wird die Gefahr bezeichnet, dass die Produktion in der EU durch CO₂-Abgaben teurer wird und ein Unternehmen die Produktion in nicht-EU-Staaten verlegt und die Waren dann importiert, um die Kosten zu senken. Dies würde zu Lasten der Europäischen Wirtschaft gehen und letztendlich zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Ich warne seit Jahren davor, dass einseitige EU-

Klimaschutzmaßnahmen diese Gefahr mit sich bringen. Handel ist global, weshalb es am wirkungsvollsten ist, auch Klimaschutz global zu betreiben.

Gleiches zeigt sich bei der Schifffahrt. Für den Fall, dass bis 2021 kein vergleichbares Instrument vorliege, seien für Emissionen durch Schifffahrten von und in Häfen der EU Zertifikate vorzuweisen. Diese Forderung ist enttäuschend. Den Verhandlungen auf internationaler Ebene vorzugreifen und mit der Einbeziehung ins EU-ETS zu drohen provoziert nur unnötig. Vielmehr sollte die IMO gestärkt werden, so dass sich diese wie vorgesehen bis zum Jahr 2023 auf ein gutes marktbasierendes Instrument einigen kann. Wir sollten eigentlich aus dem Bereich des Luftverkehrs unsere Lehren gezogen haben: Beides sind globale Verkehre, es muss also ein Instrument auf internationaler Ebene gefunden werden. Die Kommission hatte von einer Einbeziehung von Verkehrsträgern in den Emissionshandel abgesehen.

Erfreulich ist, dass es weiterhin möglich bleiben soll, bei der Stahlproduktion anfallende Rest-Gase, sogenannte Kuppelgase, zur Energieherstellung für die Stahlhütten zu nutzen, ohne dass hierfür Zertifikate vorgewiesen werden müssen. Wenn Rest-Gase weiter genutzt werden können anstatt nur verbrannt zu werden ist das ein guter Beitrag zur Kreislaufwirtschaft und sollte nicht damit „bestraft“ werden, dass noch mehr Zertifikate erworben werden müssen. Dadurch würde die Stahlproduktion nur unnötig verteuert und die Position gegenüber Billig-Importen geschwächt.

Der verabschiedete Text wird in den nächsten Monaten mit Rat und Kommission im Trilog verhandelt.

PKW-Maut: Rückerstattung über nationale Steuer bleibt europarechtswidrig

Das Thema Maut beschäftigt uns wieder verstärkt seit Ende des letzten Jahres. Damals hatte sich die Europäische Kommission entschlossen, das laufende Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland auf Eis zu legen und den neuen Maut-Plänen der Bundesregierung zuzustimmen. Laut dieser Pläne sollen alle Autofahrer auf deutschen Bundesautobahnen und -straßen künftig Infrastrukturabgaben über eine elektronische Vignette bezahlen. Im Gegenzug sollen deutsche Fahrer besonders umweltfreundlicher Autos über die KfZ-Steuer entlastet werden – teilweise soweit, dass sie sogar an der Maut „verdienen“. Hier wird auf Grundlage von Nationalität diskriminiert, denn die Rückerstattung gilt nur für deutsche Staatsangehörige. Damit wird gegen geltendes EU-Recht verstoßen. Zudem schafft der Beschluss ein Bürokratiemonster, und Zweifel an der Profitabilität kommen sogar aus den Reihen der Union, an der Spitze von Finanzminister Schäuble höchstpersönlich. Während der Plenardebatte in Straßburg stand die EU-Kommission vor allem wegen Inhalt und Zustandekommens des „HinterzimmerDeals“ in der Kritik, aber auch dafür, dass der Prüfauftrag beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) auf Eis gelegt wurde.

Verkehrskommissarin Violeta Bulc erklärte, dass es sich um ein sehr emotional aufgeladenes Thema sowohl in Deutschland als auch in dessen Nachbarstaaten

handele. Sie werde final bewerten, wenn der Gesetzgebungsprozess im Bundestag abgeschlossen ist (das kann dauern, mindestens bis zum Sommer!) und auch den EuGH dann prüfen lassen. Sie betonte, Grundlage einer Maut sei für sie das Verschmutzer- und Benutzerprinzip („user / polluter pays“). Es ist aber jetzt schon abzusehen, dass dieses Prinzip nicht wirklich die Grundlage des deutschen Vorschlags ist. Die Mautregelung ist keine gute Blaupause für ein europaweites System, denn sie ist nicht kilometerbasiert und viel zu bürokratisch. In Grenzgebieten wie der EUREGIO zwischen Niedersachsen und den Niederlanden, wo reger europäischer Pendelverkehr zur Arbeitsstätte und für Einkäufe herrscht, protestieren die Menschen grenzüberschreitend gemeinsam gegen die Maut. Das zeigt: dieser Gesetzesvorschlag ist auch mit dem europäischen Gedanken nicht vereinbar!

EU-Luftfahrtstrategie: In der Luft ist für alle Platz

Unter Federführung der Liberalen hat das Europaparlament den guten Kommissionsvorschlag zur zukünftigen Luftfahrtstrategie der EU in einigen wichtigen Punkten ergänzt: Es wird gefordert, dass neben Passagier- und Frachtflugzeugen auch Drohnen und Privatflugzeuge in die Luftfahrt integriert werden müssen. Außerdem brauchen wir in der EU adäquate Rahmenbedingungen, um Innovation im Luftverkehr zu fördern, zum Beispiel mit Bezug auf neue Treibstoffe – in Zukunft auch aus Algen? - für Flugzeuge. Wichtig: Wir brauchen dringend den einheitlichen europäischen Luftraum! Die Blockade im Rat zu dieser Regelung muss endlich überwunden werden – nicht einfach, da Spanien nicht will, dass Gibraltar als europäischer Flughafen gilt, und daher die Verhandlung boykottiert. Es ist aber nicht vertretbar, dass die Flugzeuge derzeit im Zickzackkurs über Europa fliegen müssen, das kostet Zeit und Geld, verschwendet Ressourcen und schadet der Umwelt. Die Luftfahrtstrategie steht im Zusammenhang mit der Überarbeitung der EU-Vorschriften im Bereich der Flugsicherheit, die derzeit mit Rat und Kommission verhandelt werden, sowie anderen Gesetzen zur europäischen Luftfahrt, bei denen bald Vorschläge der Kommission zu erwarten sind. Auch mit fairen Wettbewerbsbedingungen zwischen Flughäfen und Fluggesellschaften aus Europa und aus Drittstaaten (wie den Golfstaaten, die ganz andere Fördermöglichkeiten haben) werden wir uns noch in diesem Jahr befassen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Roam-like-at-home in Europa ab Juni 2017

Es ist ein wichtiger Durchbruch: vorletzte Woche verständigten sich der Europäische Rat und das Europäische Parlament auf 'Roam like at home'. Das bedeutet, dass Verbraucher ab dem 15. Juni 2017 im EU-Ausland für Telefonate, SMS und Surfen im Netz nicht mehr als zu Hause bezahlen werden müssen. Sogenannte Roaming-Gebühren werden dabei entfallen – endlich!

Denn diese Einigung forderten die Freien Demokraten im Europaparlament schon seit 2011. Sie wird Sicherheit für Anbieter und Verbraucher gleichermaßen schaffen. Durch die Kostenregulierung können Anbieter klar kalkulieren, Investitionen in Infrastruktur werden nicht gefährdet und kleinere Anbieter bleiben geschützt. Während die Europäische Union bereits seit 2007 allmählich die zugelassenen Gebühren senkte, mussten Verbraucher für die Durchleitung von Gesprächen oder einer SMS durch Auslandsnetze und für das Surfen im Internet vergleichbar hohe Preise bezahlen. Böse Überraschungen auf der Rechnung für Datenübertragung, zum Beispiel beim Urlaub in anderen EU-Staaten, sollte es mit dieser neuen Einigung nicht mehr geben. Die EU hält ihre Versprechen und schafft konkrete Verbesserungen für alle Bürger, Geschäftsleute und Touristen in der Union. Außerdem ist das ein wichtiger Schritt zur Komplettierung des digitalen Binnenmarkts.

Somit gehen langatmige und zähe Verhandlungen zu Ende. Schon im Jahre 2012 begann die damalige liberale Kommissarin für Telekommunikation, die Niederländerin Neelie Kroes, den Mobilfunkanbietern Druck zu machen. In 2016 legte die EU-Kommission endlich ihren Plan zur Neuregelung der AuslandsHandykosten vor. Obwohl dieser Vorschlag als Wegfall mit Einschränkungen der Roaming-Gebühren angekündigt wurde, stieß er auf Empörung der liberalen Mitglieder des Europäischen Parlaments, weil er als nicht weitgehend genug eingestuft wurde. Laut diesem Vorschlag hätten Anbieter kostenfreies Roaming nur mindestens 90 Tage pro Jahr im EU-Ausland gewähren müssen und seine ununterbrochene Nutzung wäre auf 30 Tage beschränkt worden. ALDE Fraktionschef Guy Verhofstadt und die liberalen Mitglieder forderten die Kommission auf, den Vorschlag zu überarbeiten.

Vor zwei Woche einigten sich nun der Rat und das Parlament auf Begrenzungen der Großhandelspreise für Datenübertragungen. Diese gelten für Kosten, die sich Anbieter von Datendiensten gegenseitig für die Nutzung der jeweiligen Netze berechnen. Die Begrenzungen liegen deutlich unter denen, die anfangs von der Kommission vorgeschlagen wurden – ein Erfolg!

Nach formeller Bestätigung des Berichts durch das Europäische Parlament und den Rat im Frühjahr sollte die Vereinbarung rechtzeitig zu den Sommerferien in Kraft treten

Treffen aus aller Welt: Friedrich-Naumann-Stiftung in Brüssel

Die auf alle Kontinente verteilten Vorstandsmitglieder der Friedrich-Naumann-Stiftung-für-die-Freiheit treffen sich regelmäßig zum Austausch über die aktuelle politische Lage und passende neue Bildungskonzepte und Kampagnen. Bei der kürzlichen Zusammenkunft in Brüssel mit dem Stiftungsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt nahm ich gemeinsam mit einigen deutschsprachigen Fraktionskollegen aus anderen Ländern an einem Abendessen teil - ich saß am Tisch der Repräsentanten aus Südostasien und Afrika. Wir sind im Europaparlament schon „weltweit“ aufgestellt, aber der direkte Einblick in die Arbeit in ganz anderen

Regionen der Erde und die dortigen gesellschaftlichen Entwicklungen liefert doch viele zusätzliche wertvolle Erkenntnisse.

Am Morgen danach trafen wir uns schon um 7.30 Uhr zu einem spanisch-sprachigen Frühstück mit Birgit Lamm, der Direktorin für Lateinamerika mit Hauptsitz in Mexico. Sie lieferte uns einen hervorragenden Überblick über die politische Lage in den einzelnen lateinamerikanischen Staaten, Probleme mit Korruption, Drogenhandel und Korruption, aber auch positive Entwicklungen wie das gerade neu verhandelte Freihandelsabkommen mit Mexiko. Da sich in unserer Fraktion insbesondere viele weibliche Kolleginnen für Lateinamerika engagieren, diskutierten wir - abgesehen von zwei männlichen Assistenten - in einer reinen Frauenrunde aus Spanien, Rumänien und Deutschland.

Searica: Veranstaltungen zur Kartierung, Blue Growth und internationale Meerespolitik

Meine „Meeresgruppe“, die Searica-Intergroup hat in den vergangenen Wochen gleich drei Konferenzen organisiert. Bei der Konferenz „Blue Science for Blue Growth“ ging es am 8. Februar um eine bessere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Die von Searica zusammen mit dem European Marine Research Network (Euromarine) organisierte Veranstaltung war mit 220 Teilnehmern ein voller Erfolg. Einen Tag zuvor am 7. Februar diskutierten Wissenschaftler von EU-geförderten Projekten über die Bedeutung einer besseren Kartierung von Europas Küsten. Zwar hat sich hier in den letzten Jahren einiges verbessert, aber noch immer stammt ein Großteil der Informationen und Karten aus dem 19. Jahrhundert und ist dementsprechend nicht mit den heutigen Anforderungen kompatibel. Weitere Informationen zu der Veranstaltung finden sich hier: <http://searica.eu/fr/evenements/conference/towards-a-eu-strategy-for-coastal-mapping>

Das Highlight des bisherigen Jahres war ein High-Level Meeting mit dem Kommissar für Maritime Angelegenheiten, Fischerei und Umwelt, dem Malteser Karmenu Vella, am 30. Januar. Bei der Veranstaltung diskutierten elf Europaabgeordnete mit dem Kommissar und ausgewählten Experten über die Bedeutung einer besseren internationalen Meerespolitik. Unter der Federführung von Karmenu Vella veröffentlichte die Europäische Kommission im November eine Strategie zur „Ocean Governance“, zu der nun im Europäischen Parlament ein Bericht erstellt werden soll. Dabei geht es auch darum, dass sich 60% der Ozeanoberfläche in internationalen Gewässern befinden. Angesichts von globalen Herausforderungen wie Meeressmüll und Überfischung ist es besonders wichtig, eine bessere Kooperation auf internationaler Ebene voranzubringen. Dabei sollen insbesondere die Erfahrungen der europäischen Ansätze einer Integrierten Meerespolitik sowie einer Maritimen Raumordnung (beide Themen habe ich federführend für das Parlament bearbeitet) eine zentrale Rolle spielen. Kommissar Vella war von der Searica-Veranstaltung derart angetan, dass er spontan anderweitige Termine absagte, um die abschließende Diskussion um mehr als eine halbe Stunde auszudehnen, und zudem anregte, eine weitere Veranstaltung zu diesem Thema zu organisieren. Ein ausführlicher Bericht zu der Veranstaltung findet sich hier:

https://ec.europa.eu/maritimeaffairs/content/high-level-meeting-international-ocean-governance-agendafuture-our-oceans_en

EU arbeitet an Maßnahmen zum Schutz der Arktis

Europa ist um einen nachhaltigen Schutz der Arktis bemüht. Zu diesem Zweck tagten Ende Januar die Ausschüsse für Umwelt und auswärtige Angelegenheiten, um sich auf drei wesentliche Punkte für eine integrierte EU-Politik zur Arktis zu einigen. Diese sind: Schutz und Erhaltung der Arktis in Zusammenarbeit mit den dort lebenden Menschen, den nachhaltigen Gebrauch von Ressourcen fördern und eine internationale Zusammenarbeit für die Arktis schaffen. Es wurde bekräftigt, dass eine gesunde Arktis von großer ökologischer und ökonomischer Bedeutung für ganz Europa ist. Durch die Schaffung von Rahmenbedingungen für EU-Maßnahmen und finanzielle Förderung, soll dies erreicht werden. Mit dem Bericht bezieht das Parlament auch Stellung zu der steigenden Anzahl russischer Truppen in dem Gebiet. Es sei wichtig, dass man auf der einen Seite mit Russland kooperiert und eine gemeinsame Lösung findet. Nur so kann man einen dauerhaften Schutz der Arktis garantieren. Auf der anderen Seite sei es kritisch zu betrachten, dass alte Militärbasen wieder eröffnet werden, um eine militärische Präsenz zu zeigen.

Die EU verpflichtet sich mit dem Bericht, bis 2030 die Schutzmaßnahmen für die Arktis umzusetzen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz; EASA, Quecksilberrichtlinie (Abstimmung im März)
- Demnächst im Trilog: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft
- Im Ausschuss: Sicherheit von Passagierschiffen, Luftverkehrspaket

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Urteil zur Elbvertiefung

Das Bundesverwaltungsgericht hat einen Planfeststellungsbeschluss zur Elbvertiefung in seiner jetzigen Form für rechtswidrig und nicht nachvollziehbar eingestuft. Gleichzeitig erklärten die Leipziger Richter jedoch, dass die Mängel nachträglich behoben werden könnten und die umstrittene Elbvertiefung damit grundsätzlich zulässig sei. Es ist gut, dass dem Unterfangen kein Riegel vorgeschoben wird, aber eine noch genauere Planung notwendig ist, denn die Elbvertiefung ist ein ständiger Stein des Anstoßes zwischen Hamburg und Niedersachsen und ein komplexes Thema: Einerseits führt eine Vertiefung nicht unbedingt dazu, dass alle Megaschiffe den Hafen befahren können - dafür sind einige mittlerweile einfach zu groß. Zudem müssen die negativen Auswirkungen zum Beispiel für Fischer und Obstplantagen berücksichtigt werden. Mit dem JadeWeserPort gibt es bereits einen Seehafen, der näher am Meer liegt und größere

Schiffe aufnehmen könnte - ebenso wie die holländischen Nordseehäfen. Hamburg dagegen ist unter anderem deshalb ein sehr beliebter Hafen, da er weit im Land liegt und es daher leichter ist, Waren weiterzuliefern. Deshalb bin ich überzeugt, dass jeder Hafen gerade bei steigendem Frachtaufkommen auf See seine wirtschaftliche Spezialisierung finden und zukunftsfähig sein wird.

Schon zum 2. Mal: Reden auf der Euromaritime in Paris

Alle zwei Jahre lädt der maritime Sektor zu einer großen Messe in Paris ein, der Euromaritime. Natürlich sind dort vor allem viele Franzosen als Teilnehmer vertreten. Die Aussteller kommen aber aus ganz Europa. Sogar Luxemburg ist regelmäßig mit einem großen Stand vertreten: das kleine Land hat zwar keine Küste, aber einen umfangreichen maritimen Wirtschaftssektor. Themen der Messe sind alle neuen Entwicklungen in der Schifffahrt und dem Zuliefersektor.

Ich war dieses Mal gleich für zwei Podien als Rednerin eingeladen. Bei der ersten Expertenrunde ging es um regenerative Energien aus dem Meer: Offshore-Wind-Anlagen, Wellen- und Tide-Energie, aber auch EU-geförderte Projekte, die beispielsweise Wellenenergie mit Aquakultur verbinden. In meiner Meeresgruppe „Searica“ beschäftigen wir uns regelmäßig mit diesen Themen, die alle zum „Blauen Wachstum“ gehören.

Das zweite Podium befasste sich mit Flüchtlingsströmen im Mittelmeer und Lösungen, um weitere Tragödien zu verhindern. Die Initiative „SOS Mediterranee“ von einem deutschen Kapitän mit internationalem Team und vielen Unterstützern ist ein vorbildliches Beispiel für gesellschaftliches Engagement. Die Organisation hat mit ihrem Schiff Aquarius schon viele Flüchtlinge vor dem Ertrinken gerettet. Ein Vertreter Frankreichs wies auf Aktivitäten seiner Regierung zur Verbesserung der Situation hin. Aus meiner Sicht gibt es aber grundlegende Hilfe nur durch gemeinsame europäische Aktivitäten: mit einem Unterstützungskonzept für Nordafrika und einer besser ausgestatteten europäischen Küstenwache (Beschlüsse dazu haben wir im letzten Jahr im Eilverfahren verfasst) und insbesondere einem umfassenden Asyl- und Einwanderungskonzept für die gesamte EU. In meinen Beiträgen habe ich geschildert, dass wir dieses Konzept schon vor vier Jahren als Parlament mit der Kommission in Brüssel entwickelt hatten, dies leider aber damals nicht beschlossen wurde, da viele Mitgliedstaaten ihre Mitwirkung verweigerten. Viele Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn die Regierungsvertreter im Rat sich damals anders verhalten hätten.

Liebe zum LKW seit mehr als 80 Jahren: Firma Kögel in Burtenbach

Die Firma Kögel ist prägend für den kleinen Ort Burtenbach in Baden-Württemberg: in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts begann Firmengründer Kögel hier mit dem Bau von LKW, und bis heute bietet der Betrieb viele Arbeitsplätze für die Menschen aus dem Umfeld. Neben dem Stammsitz gibt es mittlerweile auch ausgelagerte Betriebe an anderen Standorten. So werden die Rahmen für die LKW

heute in Tschechien gefertigt. Von Anfang an wurde Wert gelegt auf innovative Lösungen für den Güterverkehr, auch intermodal, also zum Umladen vom LKW auf die Bahn und umkehrt.

Ergebnis der Suche nach einem Konzept für mehr Ladevolumen, mehr Effizienz und eine bessere Ökobilanz ist der heute in Burtenbach produzierte verlängerte Sattelaufleger- Dieser LKW ist nur 1,30 m länger als die üblichen Fahrzeuge, die auf unseren Straßen unterwegs sind, fasst dafür aber 10 % mehr Volumen. Bei den „normalen“ LKW dürfen schon seit langem Ladungen sogar um 1,50 m hinten überstehen, ohne dass dies automatisch mehr Volumen bedeutet. Aus meiner Sicht stellt der verlängerte Sattelaufleger – neben dem Lang-LKW, der aber nicht auf allen Strecken eingesetzt werden kann - eine optimale Ergänzung für den flexiblen effizienten Warenverkehr auf der Straße dar. Wünschenswert wäre natürlich die Freigabe für den internationalen Einsatz im gesamten europäischen Binnenmarkt – daran arbeite ich!

Spannend fand ich, mal die einzelnen Produktionsschritte in den Werkshallen zu verfolgen, mit riesigen Tauchbecken und Trockenkammern allein für Korrosionsschutz und Farbgebung der Rahmen. Der Besuch hat sich gelohnt!

IV. Europa unter der Lupe

Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz

Obwohl die Schweiz ein Staat in der Mitte Europas ist, ist sie kein EU-Mitglied und hat auch keine Ambitionen eins zu werden. Dennoch bestehen zwischen der Schweiz und der EU zahlreiche bilaterale Verträge, die die Schweiz und die Europäische Union auf vielen Ebenen miteinander vernetzen: Die Schweiz befindet sich im Schengen-Raum, ist Mitglied im Europarat sowie in der Europäischen Freihandelsassoziation. Darüber hinaus gibt es zwei Pakete bilateraler Abkommen und ein Freihandelsabkommen.

Das Schweizer Volk hatte sich in zwei Volksentscheiden im Jahr 1997 und 2001 gegen den Start von Beitrittsverhandlungen als ersten Schritt zum EU-Beitritt mit jeweils einer drei-Viertel-Mehrheit ausgesprochen. Hingegen wurden die bilateralen Abkommen und das Freihandelsabkommen als positiv von der Bevölkerung betrachtet. Es scheint also klar zu sein, dass die Schweiz enge Beziehungen im wirtschaftlichen, aber nicht im politischen Bereich befürwortet.

Der erste Volksentscheid, der die wirtschaftlichen Beziehungen zementierte, fand in 1972 statt. Ziel war es, die Aufspaltung in zwei verschiedene Wirtschaftsgemeinschaften zu verhindern, indem tarifäre Handelshemmnisse für industrielle Erzeugnisse, die innerhalb der Freihandelszone erzeugt worden sind, abgebaut wurden. Mittlerweile kommen 62% der Schweizer Exporte in die EU und 80% der Importe aus der EU, weshalb dieses Abkommen für die Schweiz sehr wichtig gewesen ist.

Nachdem eine tiefere Integration der Schweiz durch eine Aufnahme in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1992 von der Bevölkerung abgelehnt wurde, musste die Zusammenarbeit in einem Paket bilateraler Abkommen weiter ausgearbeitet werden. Das Paket umfasste insgesamt sieben Abkommen und geht auf Themen wie Personenfreizügigkeit, Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Verkehr ein. Folgen dieser Abkommen sind, dass z.B. Staatsangehörige der EUMitgliedstaaten oder der Schweiz ihren Wohnsitz und Arbeitsplatz in dem jeweils anderen Staatsgebiet frei wählen durften.

2004 trat die Schweiz dem Schengener Abkommen und dem Dublin-Abkommen bei. Letzteres Abkommen regelt das Europäische Asylrecht, das seit Beginn der Flüchtlingskrise 2014 zur Bearbeitung ansteht. Trotz dieser Integration behält die Schweiz bestimmte Besonderheiten, so wie zum Beispiel die Wahrung des Schweizer Bankgeheimnisses. Die Zusammenarbeit zur Aufklärung von Betrugsfällen soll jedoch durch das Abkommen verstärkt werden.

Allgemein stehen die Schweiz und die Europäischen Union also in enger Zusammenarbeit, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Ob die Schweiz der Europäischen Union eines Tages beitreten wird, erscheint aber eher unwahrscheinlich – obwohl sie wohl die Aufnahmekriterien alle erfüllen würde. Es gibt in der Schweiz Befürworter eines solchen Beitritts, aber die Mehrheit schätzt besonders die Unabhängigkeit, Souveränität und die sogenannte Einzigartigkeit der Schweiz.

V. Terminvorschau

17.2.	Saarbrücken	Kunst trifft Politik
18.2.	Hannover	FDP-Landesvorstand
20.2.	Hannover	Forschungsgespräch Medizinische Hochschule
21.2.	Brunsbüttel	Lotsenfahrt Nord-Ostsee-Kanal
23.2.	Hamburg	Lotsenfahrt Hafen Hamburg
27.2.-2.3.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Plenum
27.2.	Brüssel	Offshore-Rede bei der ECSA
28.2.	Brüssel	Podium European Shipping Week
3.3.	Geesthacht	Küstenbeobachtungssystem COSYNA
4.3.	Hannover	LFA Europa
6.-9.3.	Brüssel	Fraktion, Ausschüsse
7.3.	Brüssel	SEARICA-Konferenz zu "Motorways of the Sea"
8.3.	Brüssel	Maritime-Innovationen-Roundtable
11.3.	Hannover	LFA Internationale Politik
13.-16.3.	Straßburg	Fraktion, Plenum, Besuchergruppe

17. Februar 2017

März 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

60 Jahre Römische Verträge gilt es in diesem Jahr zu feiern, im Straßburger Parlament hängt ein entsprechend großes Ankündigungsbanner und die Vorbereitung für die Feierlichkeiten laufen. Aber in die Freude über dieses Jubiläum mischt sich berechtigte Sorge über die Zukunft der Europäischen Union, die gerade viele Herausforderungen zu bewältigen hat. Die Verhandlungen zum „Brexit“ stehen mit dem für Ende März angekündigten Brief der britischen Premierministerin May unmittelbar bevor, noch „angereichert“ durch das angekündigte Referendum zum „Austritt vom Austritt“ der schottischen Regierungschefin Sturgeon.

Der Vormarsch der nationalistischen Europaskeptiker konnte zwar bei den Wahlen in den Niederlanden gebremst werden, aber jetzt blicken alle nach Frankreich, wo Marine le Pen auf Stimmenfang ist. Immerhin hat Trumps Wahlsieg zu mehr Besinnung auf die Errungenschaften der EU und mehr Willen zum Schulterschluss bei den Mitgliedstaaten geführt. Und die Kommission hat ihr Weißbuch zur Zukunft der EU vorgelegt.

Im Parlament ging es u.a. um Kreislaufwirtschaft und Waffenrecht - mehr dazu in diesem Newsletter.

Mit herzlichen europäischen Grüßen!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

60 Jahre Rom-Verträge: Starke Plädoyers für Europa

Zwei Wochen nach der Vorstellung des "Weißbuchs" der Kommission wurden die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum 60-jährigen Jubiläum der Rom-Verträge vorgestellt. Eigentlich sollte das Hauptaugenmerk auf einer neuen Erklärung zur Zukunft der EU liegen, doch nach den Ereignissen zwischen der Türkei und den Niederlanden kam niemand an diesem Thema vorbei. Parlamentspräsident Tajani (EVP), Kommissionspräsident Juncker (EVP) und auch der Ratspräsident Tusk (EVP) sprachen den Niederländern ihre Unterstützung aus: Wer eine europäische Demokratie angreife, greife alle europäischen Demokratien an. Zudem sei es unverständlich, dass Präsident Erdogan ausgerechnet dem marokkanisch-stämmigen Rotterdamer Bürgermeister, der in den Niederlanden als "Gesicht der Integration" bekannt ist, Faschismus vorwarf. Rotterdam sei die Stadt von Erasmus und solch ein Verhalten wolle man in Europa nicht akzeptieren. Ähnliche Reaktionen zeigte man zu den Nazivergleichen gegen die Bundesregierung. Unser liberaler Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt ging noch einen Schritt weiter und sagte, dass alle Reden und Auftritte türkischer Repräsentanten abgesagt werden sollten, bis nicht alle inhaftierten europäischen Journalisten in der Türkei wieder frei seien. Auch der liberale tschechische

Vizepräsident des Parlaments Pavel Telicka sagte, dass man die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden müsse und über eine alternative Partnerschaft nachdenken solle.

Wie soll also das zukünftige Europa aussehen? Mit dieser Frage hatte sich der europäische Rat beschäftigt und wollte daher auf drei wesentliche Aspekte eingehen: Freihandel und wirtschaftliche Beziehungen Europas, eine gemeinsame Strategie für Immigration und die Sicherung der Außengrenzen der EU.

Sowohl Tusk und Juncker als auch der extra angereiste italienische Premierminister Gentiloni hielten im Parlament starke Plädoyers für ein gestärktes und geeintes Europa. Dabei bekräftigten alle, dass ein Europa der zwei Geschwindigkeiten kein Europa der zwei Klassen sei. Tusk sagte dazu, wer alles einfach nur schnell machen will, sollte es alleine machen. Wer langfristig handeln wolle, müsse dies zusammentun. Auch der Fraktionsvorsitzende der Sozialisten Gianni Pitella sagte, dass Europa immer noch stark sei, selbst wenn es zerbrechlich und schwach wirke. Wenn es nun geeint sei, könnte man unvorstellbares erreichen. Europa muss sich mit all seinen Errungenschaften nicht verstecken. Wenngleich die momentane Jugendarbeitslosigkeit ein großes Problem ist, spiegeln Freiheit, Frieden und Solidarität in Europa die Ergebnisse der EU wider. Hierzu merkte meine Kollegin Gabi Zimmer von den Linken an, dass es die EU auch widerspiegele, dass weder Ratspräsident, Kommissionspräsident, Europaparlamentspräsident oder das eingeladene Staatsoberhaupt hier eine Frau seien. Man sollte die Verträge von Rom auch nutzen um diese Ungleichheit für die Zukunft anzugehen.

Eine breite Einigkeit bestand hingegen beim Thema, dass man mehr EU für die Einwanderungspolitik braucht. Beim Thema mehr EU meldete sich Verhofstadt erneut mit seinen Vorschlägen für einen europäischen Finanz- und Währungsminister und betonte ebenso, dass die EU eine gemeinsame Armee brauche. Es sei an der Zeit, dass sich Europa selbst verteidigen könne. Mit dieser Forderung konterte er auch die Kritik von Donald Trump. Ein weiterer Schwerpunkt sind die wirtschaftlichen Perspektiven der EU. Das Parlament fordert hier, dass die EU eine stärkere Rolle in der Globalisierung übernimmt. Nach CETA will die EU den freien und fairen Handel weiter fördern und empfängt daher nächste Woche den japanischen Premierminister Abe zu Gesprächen über ein Freihandelsabkommen. Wie geht es nun weiter? Zum Jubiläum der Römischen Verträge wollen die Vertreter der EU eine Erklärung unterschreiben, wie sie das Europa der Zukunft gestalten wollen. Diese sollen dann auch Aufschluss über die richtungsweisenden Entscheidungen der EU geben.

Änderung des Waffenrechts: Verhandlungsergebnis habe ich abgelehnt

Das Europaparlament hat das Verhandlungsergebnis zwischen den europäischen Institutionen für eine Richtlinie zur Änderung der Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen verabschiedet. Es legt fest, dass halbautomatische Waffen in Kombination mit Magazinen, die über eine bestimmte Kapazität verfügen, verboten werden. Zudem wird der Geltungsbereich des Gesetzes auf Waffen ausgeweitet, die dauerhaft unschädlich gemacht wurden. Sportschützen müssen nachweisen, dass

sie regelmäßig an Wettkämpfen teilnehmen, ohne dass spezifiziert wird, was 'regelmäßig' bedeutet, und bestimmte Magazine dürfen nicht mehr genutzt werden.

Unter dem Deckmantel der Terrorabwehr hat die Europäische Kommission durch die Hintertür Verbote eingeführt. Die Einschränkung des gesetzeskonformen Besitzes von Waffen ist eine Einschränkung der Freiheitsrechte. Es ist vollkommen unlogisch, dass dem illegalen Waffenbesitz auf Kosten legalen Waffenbesitzes begegnet werden soll. Statt die ungehinderte Zirkulation illegaler Waffen in der EU und den Terrorismus zu bekämpfen, wird der legale Waffenbesitz als Hauptproblem identifiziert. Neue Verbotskriterien für halbautomatische Waffen sollen in Kombination mit bestimmten Magazinen eingeführt werden, aber wie wird das in der Praxis kontrolliert? Statt Klarheit werden Grauzonen geschaffen. Menschen, die das Schießen sportlich ausüben, wird das Leben erschwert. Sportschützen und Jäger leisten durch ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit, im Umwelt- und Tierschutz einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft und sind völlig falsche Adressaten dieses Gesetzes. Sportschützen müssen jetzt nationale Regierungen für ihren Sport um Erlaubnis fragen. Einmal mehr wird ein altbekannter Fehler begangen: Mehr Regeln bedeuten nicht automatisch mehr Sicherheit.

Das Gesetz hätte durchaus Potenzial gehabt, eine Verbesserung bei der Terrorbekämpfung auf europäischer Ebene herbeizuführen. In einigen Ländern ist das nationale Waffenrecht unzureichend und müsste angepasst werden. Ein besserer Informationsaustausch zwischen Behörden über illegalen Waffenbesitz, klare Regeln für Deaktivierung und Umbau von Waffen und Bekämpfung der Schwarzmärkte hätten ebenfalls einen deutlichen Mehrwert gebracht und wären der richtige Weg gewesen.

Maut: Europaparlament lehnt Vorschlag der Kommission ab

Das Europäische Parlament hat festgestellt, dass die Abmachungen zwischen der deutschen Regierung und der Europäischen Kommission zur Maut europarechtswidrig sind. Die Maut, beziehungsweise deren Erstattung in Abhängigkeit von der Nationalität der Zahler, stellt eine unzulässige Diskriminierung dar und ist abzulehnen. Dies gehört zu den Kernpunkten der verabschiedeten Resolution über die Zustimmung der Europäischen Kommission zum überarbeiteten Plan Deutschlands, eine Straßenmaut einzuführen.

Das System von Minister Dobrindt würde zu viel Bürokratie führen und den Binnenmarkt beschädigen. Das kann nicht in Deutschlands Interesse sein, denn gerade in Deutschland profitieren viele Regionen von einem unkomplizierten täglichen Grenzverkehr. Es werden zudem immer neue Zweifel laut, ob das Projekt von Minister Dobrindt überhaupt Geld einbringt, da die Kosten für die Schaffung des notwendigen bürokratischen Apparats hoch wären und ja auch „Umweltboni“ bezahlt werden sollen. Mautsysteme sollten EU-weit zusammenarbeiten und gefahrene Kilometer als Berechnungsgrundlage gelten. Das wäre ideal. Fahrer sollten zukünftig zwar für die Nutzung von Straßen bezahlen sollen, aber nach dem „Nutzer- und Verschmutzer-Prinzip“. Das Parlament fordert die Kommission auf, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinie zur Eurovignette in diesem Jahr vorzulegen.

Kreislaufwirtschaft: Parlament bestätigt Verschärfung der Recyclingziele

Die europäischen Ziele für das Recycling von Abfall und Verpackungsmaterialien sollen verschärft werden und die Regeln zur Ermittlung der Quoten präzisiert. Dies bestätigte am Dienstag das Plenum des Europäischen Parlaments. Ich bin mit den Forderungen einverstanden, da die Trennung von Abfall, Sammlung und Wiederverwertung wichtig ist. Nur so können Verbrennung und Deponierung verhindert und in der Zukunft weitgehend beendet werden. Dies kann einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten und den Verbrauch von Rohstoffen senken. Allerdings sollte eine Änderung der Ziele nicht willkürlich erfolgen, sondern auf der Basis einer gründlichen Folgenabschätzung und unter Einbeziehung aller Umweltfaktoren. Wichtig ist allerdings auch, den Mitgliedstaaten auf die Sprünge zu helfen, die bei der Wiederverwertung von Abfällen weit hinter den Zielen liegen!

Kernforderung ist eine Verschärfung des Ziels für Recycling von Haushaltsabfall in der EU auf mindestens 70% bis 2030 im Vergleich zu 65%, wie von der Kommission vorgeschlagen. Gleichzeitig wurde der Vorschlag der Kommission bestätigt, die Methode für die Messung der erreichten Recyclingquote europaweit klarer zu regeln, um allzu freie Interpretation durch Mitgliedstaaten zu beenden. Die Ziele für Verpackungsmaterialien sollen ebenfalls verschärft werden. Das ist ein wichtiger Schritt, da die Ermittlung der Recyclingquoten klarer geregelt werden muss, damit auch tatsächlich Recycling gemessen wird und nicht zum Beispiel Verbrennung. In der Vergangenheit haben manche Mitgliedstaaten, auch Deutschland, an dieser Stelle sehr kreativ gearbeitet und bessere Recyclingquoten ermittelt als gerechtfertigt. Diese Klarstellung muss nun in der Verhandlung mit dem Rat verteidigt werden.

Als Präsidentin der Intergroup „Seas, Rivers, Islands und Coastal Areas“ ist mir weiterhin wichtig, dass die Verschmutzung der Meere bis 2025 um 30% und bis 2030 um 50 % verringert werden soll. Das Meer ist als Lebensraum, für Energie, Rohstoffe und Tourismus, aber auch aus klimapolitischer Sicht sehr bedeutsam. Es ist dringend erforderlich, dessen Verschmutzung zu reduzieren. Im Gesetz wird auch ein Ziel zur Verhinderung von Lebensmittelverschwendung (30% bis 2025 und 50% bis 2030) erwogen und die Kommission aufgefordert, die Einführung dieses Zieles zu analysieren und vorzubereiten.

Die Maßnahmen für das Erreichen der Ziele werden im Wesentlichen durch die Mitgliedstaaten entschieden, das Parlament gibt Empfehlungen ab. Sobald die Mitgliedstaaten im Rat eine gemeinsame Position fassen, können die Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission im Trilog beginnen.

Fischereipolitik: Weg frei für bessere Datensammlung

Das Europaparlament hat den Weg für ein einheitliches europäisches Verzeichnis für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor sowie für den Austausch von Informationen freigemacht. Wichtige Punkte sind, dass nicht

gewerbsmäßige Fischerei besser integriert werden soll, damit besser beobachtet werden kann, wie dies sich auf die Fischbestände auswirkt. Im Rahmen besserer regionaler Zusammenarbeit sollen nicht länger einzelne Treffen, sondern ein kontinuierlicher Prozess stattfinden, der für jedes Meeresgebiet von regionalen Koordinierungsgruppen geleitet wird. Es wird somit ein Ziel der Gemeinsamen Fischereipolitik umgesetzt, den Mitgliedstaaten und Regionen mehr Verantwortung zu übertragen und die Endnutzer besser in die Datenerhebung einzubinden.

Ab in die digitale Zukunft - breiteres Funkspektrum ermöglicht 5G Revolution

Die EU blickt in die digitale Zukunft - endlich. Bessere Koordinierung, Zugang zu wichtigen Funkfrequenzen und der Übergang zum 5G-Standard sollen ab 2020 den Zugang zu Breitbandinternet auch in ländlichen Gebieten ermöglichen. Dies sieht der Beschluss von Parlament und Rat zur Nutzung des 700-MHz-Frequenzbandes vor, der letzte Woche vom Parlament bestätigt wurde.

Schnelles Breitbandinternet und der 5G-Standard sind ein Schlüssel für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen. Außerdem bietet sie Nutzern auch in ländlichen Gebieten eine bessere und schnellere Netzanbindung und den Zugang an mehr Dienste und bessere Leistungen.

Das Internet der Dinge, Industrie 4.0, die Cloud und Mobilfunkdienste, aber auch vernetzte Autos und E-Verwaltung sollen sich durch die erhöhte Datenkapazität rascher entwickeln können. Der Beschluss sieht vor Frequenzen von 694 bis 790 MHz - das sogenannte 700-MHz-Band - für schnelle mobile Datenübertragung freizugeben, um zusätzliche Breitband-Kapazität und eine bessere Reichweite vor allem für ländliche und abgelegene Gebiete zu schaffen. Außerdem soll es eine EU-weite Einheitlichkeit bei der Zuteilung von Frequenzen geben und Zugangsbedingungen sollen harmonisiert werden, um Funkstörungen entlang der Grenzen zu beseitigen und Roaming zu vereinfachen. Darüber hinaus soll bis 2030 die Nutzung des Frequenzbandes unter 700 MHz langfristig für die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste gesichert werden. Die EU Mitgliedstaaten haben bis zum 30. Juni 2020 Zeit, das 700-MHz-Band für drahtlose breitbandige elektronische Kommunikationsdienste zugänglich zu machen. Sie können diese Frist bis zu zwei Jahre auf Grundlage gut begründeter Gründe verzögern.

Verordnung zu Quecksilber

Die Woche begann mit einer Debatte um die Quecksilber-Verordnung. Verabschiedet wurde das Verhandlungsergebnis zwischen Rat und Parlament. Ziel des Gesetzes ist, den Einsatz des bekanntermaßen hochgiftigen Quecksilbers bei Herstellungsprozessen und in Produkten zu reduzieren und eine sichere Abfallentsorgung zu erreichen. Ich finde es gut, dass künftig Dentalamalgam für Kinder, stillende Mütter oder Schwangere nicht mehr zum Einsatz kommen soll. Es soll auch überprüft werden, inwieweit es möglich ist, die Verwendung von Quecksilber bei Zahnbehandlungen ganz einzustellen. Leider ist ein Detail nicht

beachtet worden: Durch das in der Verordnung enthaltene Exportverbot wird die Herstellung von homöopathischen Arzneimitteln, in denen Quecksilber in geringen Mengen teilweise unentbehrlich ist, verkompliziert. Einige deutsche Hersteller produzieren auch in der Schweiz und führen die Arzneimittel dann wieder nach Deutschland ein. Ich habe mich zusammen mit Kollegen im Umweltausschuss dafür eingesetzt, dass der Export zur Verwendung in Homöopathika weiter möglich bleibt, doch das wollte der Rat nicht. Jetzt müssen Produktionsprozesse umstrukturiert werden, damit die entsprechenden Therapien auch in Zukunft möglich sind.

Eine europäische Strategie für die Arktis

Die Arktis steht vor großen sozialen, ökonomischen und umweltpolitischen Herausforderungen. Hierzu hat das Parlament am Mittwoch eine Entschließung in Form einer Strategie verabschiedet. Ich unterstütze diese Strategie, da sie die Bedeutung der Arktis in Bezug auf das Weltklima und den Schutz der Umwelt und der Ökosysteme unterstreicht. Allerdings ging der Bericht beim Thema Öl- und Gas-Bohrungen zu weit. Ein komplettes Verbot zu fordern wäre aus Sicht der Unabhängigkeit von russischen Importen ökonomisch und sicherheitspolitisch falsch, daher haben wir uns gegen ein solches Verbot positioniert. Die Strategie ist jedoch lediglich eine Stellungnahme und somit rechtlich nicht bindend.

Ein Jahr nach Brüsseler Anschlag - Parlament debattiert über europäische Sicherheitsstrategie

Kommenden Mittwoch jähren sich die Anschläge in der Brüsseler U-Bahn und am Flughafen zum ersten Mal, bei denen insgesamt 32 Menschen ums Leben kamen und mehr als 300 verletzt wurden. Anlässlich dieses Ereignisses debattierte das EU-Parlament einerseits über die künftige europäische Sicherheitsagenda, erinnerte andererseits aber auch an die Opfer und rief zu Solidarität mit den Angehörigen und den Verletzten auf.

Was sind also die Lehren, die es aus den Anschlägen der vergangenen Zeit zu ziehen gilt und was die Herausforderungen bei der stärkeren Einbindung der EU in die Sicherheitspolitik? Klar ist hier für uns, dass definitiv weitere Maßnahmen ergriffen werden sollten, um Europa endlich in die Lage zu versetzen, proaktiv zu handeln und nicht immer nur reagieren zu müssen. Die Bürger werden sich von Europa abwenden, wenn es beim Thema Sicherheit nur zusehen kann.

Insbesondere der Austausch von Daten zwischen nationalen Geheimdiensten muss hierbei ein zentrales Anliegen sein, wie ebenso die Stärkung einer europäischen Koordinierung der Sicherheitsbehörden und deren bessere grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Hierüber wurde im Parlament viel geredet, denn Kriminalität kennt bekanntlich keine Grenzen!

Klar ist für uns jedoch auch, dass wir für unsere Sicherheit nicht jeden Preis zahlen dürfen. Ich beobachte leider immer mehr die Tendenz, dass vorschnell Sicherheitsmaßnahmen vorgeschlagen werden, die allerdings keinen wirklichen

Nutzen mit sich bringen. Mehr Daten zu sammeln bedeutet nicht automatisch mehr Sicherheit! Gerade die vorgeschlagene Fluggastdatenspeicherung ist für mich wenig effektiv in der Bekämpfung des Terrorismus und obendrein noch ein massiver Eingriff in die Privatsphäre unbescholtener Bürger. Ähnliches gilt auch für das kürzlich verschärfte Waffenrecht der EU, das aus meiner Sicht sein Ziel verfehlt und keinen Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus darstellt.

Es müssen verhältnismäßige Maßnahmen ergriffen werden, statt in Aktionismus zu verfallen. Statt über das mögliche Ende des Schengen-Abkommens nachzudenken und damit eine der zentralen Errungenschaften der EU in Frage zu stellen, muss ein besserer Schutz der Außengrenzen erreicht werden. Ebenso sollte es Konsens sein, die Finanzierungsquellen des internationalen Terrorismus so schnell wie möglich auszutrocknen. Europa kann sicherheitspolitisch schon Einiges in Bewegung bringen, ohne massiv in die Grundrechte seiner Bürger einzugreifen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Verfügbarkeit von Arzneimitteln: Industriekritik statt konstruktiver Lösungen für Patienten

Den Initiativbericht des Parlaments über die Optionen der EU, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern hatten wir vor einiger Zeit im Ausschuss verabschiedet und er stand wieder am 2. März auf der Tagesordnung. Damit ist der Initiativbericht beschlossen. Bei der Abstimmung konnten wir noch einige „Schönheitskorrekturen“ vornehmen. Allerdings bin ich vom Ergebnis trotzdem eher enttäuscht. Der Bericht war eine Gelegenheit, konstruktive Lösungen zu erkunden, um die Verfügbarkeit bezahlbarer Arzneimittel auf der einen und die Innovationskraft der Hersteller auf der anderen Seite sicherzustellen.

Diese Gelegenheit wurde leider verpasst. Stattdessen wurde dieses wichtige Thema insbesondere von Grünen und Linken einseitig für Kritik an Pharmaherstellern missbraucht und auch noch gefordert, den Mitgliedstaaten die Preisgestaltung abzusprechen.

Die Preisgestaltung für Arzneimittel bleibt aber jedem einzelnen Mitgliedsstaat überlassen und ist keine Kompetenz der EU. Der Bericht enthält einige Passagen, die auf sogenanntes Pharmaindustrie-Bashing abzielen. Es wird leider zu oft vergessen, dass Forschung und Entwicklung sehr teuer sind und immer das Risiko besteht, dass neue Medikamente nicht wirken oder keine Zulassung bekommen. Das muss über erfolgreiche Neuentwicklungen gegenfinanziert werden. Gegen Eingriffe in nationale Kompetenzen bei der Preisbildung habe ich mich daher gewehrt. Es sind letztendlich auch die Pharma-Hersteller, die investieren und viel Geld in Entwicklung neuer Produkte stecken, immer mit dem Risiko, dass ein Medikament die klinischen Prüfungen, die sehr teuer und langwierig sein können, verfehlt oder keine Zulassung bekommt und somit umsonst investiert wurde.

Der Initiativbericht, der vom Plenum des Europäischen Parlaments verabschiedet worden ist, beinhaltet auch berechnete Forderungen nach Transparenz bei der Verwendung von öffentlichen Geldern, zur Vermeidung von Engpässen bei der Versorgung mit Medikamenten und zur Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zum Wohle der Patienten. Die Position des Parlaments ist allerdings nicht bindend.

Fünf Szenarien: Kommissionspräsident Juncker präsentiert „Weißbuch“ im Parlament

Mit Spannung erwartet kam es am 01. März im Plenum zur Generaldebatte über die künftige Ausrichtung der EU. Dabei standen insbesondere die Ankündigungen von Jean-Claude Juncker zum neuen Weißbuch der EU-Kommission im Fokus der Aufmerksamkeit. Er betonte mehrfach, dass es zukünftig darum gehen sollte, klarzumachen, was Europa leisten könne und was nicht. So müsse auch im Hinblick auf den Brexit auf eine gemeinsame Vision der anderen 27 Mitgliedstaaten hingearbeitet werden. Außerdem sollte doch endlich mit dem unnötigen „EU-Bashing“ aufgehört werden - eine Forderung die ich nur voll und ganz unterstützen kann!

Lange war auf das neue Weißbuch der Kommission gewartet worden, und schnell wurde klar, dass man sich auf Seiten der Kommission nicht für einen konkreten Weg entscheiden wollte. Stattdessen stellte Juncker fünf mögliche Szenarien für die Union vor. Von einem reinen „Weiter so“, bis zum derzeit viel diskutierten „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ bot er mehrere mögliche Szenarien an. Dabei deutete der Kommissionspräsident aber an, dass er den Rückzug der EU auf eine reine Wirtschaftsunion nicht akzeptieren werde. Auch die Option, sich auf einige wenige Politikbereiche zu konzentrieren und in diesen nachdrücklich mehr zu kooperieren, liegt auf dem Tisch, wie letztendlich auch die Möglichkeit, die Europäische Integration als Ganzes in allen Bereichen voranzutreiben.

Aus meiner Sicht hat es die Kommission hier verpasst, eine klare Richtung vorzugeben und stattdessen versucht, es allen Mitgliedsstaaten irgendwie Recht zu machen. So gesehen ist der Vorschlag für das neue Weißbuch ziemlich mutlos ausgefallen. Umso erleichterter bin ich, dass Jean-Claude Juncker keine Zweifel daran gelassen hat, dass er persönlich die Szenarien vorzieht, die eine stärkere politische Kooperation beinhalten. Gerade in diesen Zeiten ist es unerlässlich, für Europa einzustehen und seine Vorteile und Werte nach außen hin mutig zu verteidigen!

Starke Frauen für eine starke Gesellschaft

Es war nie so gut, eine Frau in Deutschland zu sein wie im Jahr 2017. Am internationalen Weltfrauentag am 8. März gab es deshalb viele Gründe zu feiern! In Deutschland liegt die Arbeitslosigkeit der Frauen unter der der Männer, die Frauen schneiden in der Schule besser ab, und der Frauenanteil im Bundestag sowie im Europaparlament liegt bei 37%. Auch hat Deutschland Möglichkeiten für die

Kinderbetreuung seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts stark ausgebaut, weshalb sich die Quote in diesem Zeitrahmen auch verdoppelt hat. Der Anteil der Väter, die in Deutschland Elternzeit nehmen, liegt bei etwa 27 Prozent, was im Vergleich zu anderen EU-Ländern sehr hoch ist. Beides treibt die Beschäftigungsquote der Frauen nach oben.

Trotz dieser Erfolge muss aber immer noch viel getan werden, bevor wir volle Gleichstellung zwischen Männern und Frauen erreichen. Denn wenn wir uns an das aktuelle Fortschrittstempo halten, kann es noch weitere 70 Jahre dauern, bis es zum Beispiel zu einer gleichen Bezahlung kommt. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in Deutschland stagniert und bleibt unter dem EU-Schnitt. Gleichstellungsfragen werden auch in Bereichen wie Verkehr, Digitales oder Verteidigung zu wenig angesprochen und bleiben ein Thema für Bereiche wie Soziales, Familie und Personalentwicklung. Laut Gleichstellungsindex des Europäischen Instituts für Geschlechtergleichstellung (EIGE) von 2015 beträgt die Gleichstellung der Geschlechter in der EU 52,9 von 100 Punkten, was nur einer Steigerung um 1,6 Punkte seit 2005 entspricht. Somit hat es fast keine Fortschritte in diesem Bereich gegeben! Es kommt noch schlimmer: Angaben von Eurostat zufolge hat sich das Geschlechtergefälle, das durchschnittlich in der EU bei 16,5 % liegt, in einigen Mitgliedstaaten in den letzten 5 Jahren sogar noch verstärkt. Es ist auch beschämend, dass es überhaupt noch zu frauenfeindlichen Äußerungen kommen kann.

In diesem Sinne freut es mich, dass das Europäische Parlament letzte Woche für drei Berichte gestimmt hat, die sich mit der Geschlechtergleichheit auseinandersetzen. Seit Gründung der EU ist die Gleichstellung von Männern und Frauen ein zentrales Anliegen unserer Anstrengungen und in den Verträgen verankert.

Einer der Berichte fordert, den Haushalt der EU proaktiver und gezielter zugunsten der Gleichstellung der Geschlechter einzusetzen. Denn obwohl Gleichstellung in mehreren EU-Programmen gefördert wird und das Thema Gegenstand von vielen Richtlinien ist, die von der EU erlassen worden sind, fehlt im 2014-2020 Haushalt eine klare Gender-Strategie mit konkreten Zielen und Maßnahmen. Für zu weitreichend halte ich allerdings die Forderung, Projektförderung grundsätzlich von Gleichstellungs-Kriterien abhängig zu machen.

Ein zweiter Bericht zum Stand der Gleichberechtigung in der EU fordert eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, z.B. mehr Vaterschaftsurlaub und Gesetzgebung, um geschlechtsspezifische Gewalt besser zu bekämpfen. Außerdem sollen unsere hart erkämpften sexuellen und reproduktiven Rechte und Gesundheit geschützt werden. Verstärkte Koordinierung verschiedener bereits auf EU-Ebene verfügbarer Instrumente ist dabei ein wichtiges Element.

Der dritte Bericht zielte darauf ab, Diskriminierung beim Zugang zu Waren oder Dienstleistungen aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Schwangerschaft und Mutterschaft zu beseitigen. Frauen werden beim Zugang zu Dienstleistungen wie dem Versicherungswesen oft benachteiligt, im öffentlichen Verkehr und Räumen kommt es zu Belästigungen und Frauen werden aufgrund von Schwangerschaft

benachteiligt. Wir müssen ein stärkeres Bewusstsein für Geschlechtergleichheit entwickeln.

Jenseits der Politikgestaltung bin ich der Meinung, dass wir auch im täglichen Leben aktiv auf gleiche Rechte für Männer und Frauen achten sollten, und dass auch Frauen sich gegenseitig mehr unterstützen und fördern sollten. In erster Linie geht es doch darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Frauen ebenso wie Männer, Mädchen wie Jungen ihr Leben selbst bestimmen, ihre Talente voll entfalten und sich nach eigenen Wünschen in die Gesellschaft einbringen können.

European Shipping Week: Redeauftritte zur Offshore-Windenergie und Hafeninfrastruktur

Alle zwei Jahre steht in Brüssel eine Woche lang alles im Zeichen der „Shipping Week“. Unter Schirmherrschaft des europäischen Reederverbands werden Workshops, Seminare, Diskussionen und Konferenzen rund um Themen organisiert, die den Sektor gerade bewegen. Besonders interessant ist ein halbtägiger Workshop am Ende der Woche, in dem Mitarbeiter der europäischen Institutionen mit Geschäftsleuten aus der Schifffahrt über die derzeitigen Herausforderungen sprechen. Ich war bei zwei Veranstaltungen aktiv: Zum einen habe ich über die Zukunft der europäischen Offshore-Windkraft diskutiert und dabei vor allem meine Erfahrungen als Berichterstatterin bei der maritimen Raumplanung einfließen lassen. Zum zweiten habe ich über die Balance zwischen nachhaltiger Schifffahrt und einer gesunden maritimen Wirtschaft gesprochen. Die Nachfrage in der Schifffahrt steigt rasant und wir müssen den Rahmen dafür setzen, dass es langfristig so bleiben kann. Dafür brauchen wir die richtigen Investitionen, zum Beispiel in der Hafeninfrastruktur, wenn es darum geht, Abfälle und giftige Flüssigkeiten von Bord zu schaffen. Hier gibt es selbst im vergleichsweise wohlhabenden Norden noch großen Nachholbedarf.

Searica-Event zu Motorways of the Sea

Nicht nur Straßen und Schienen verbinden den europäischen Wirtschaftsraum, auch die Schifffahrt spielt dabei eine wichtige Rolle. Deswegen gibt es nicht nur eine Initiative für die Entwicklung von Verkehrskorridoren quer über den europäischen Kontinent hinweg, sondern auch für die Schifffahrt, die sogenannten Motorways of the Sea (MoS). Am 7. März habe ich gemeinsam mit meinem französischen Kollegen und Vorsitzenden des Fischereiausschusses, Alain Cadec, eine Veranstaltung der SearicaIntergroup zu diesem Thema mit großer regionaler Relevanz organisiert. Häfen spielen eine sehr wichtige Rolle bei der Entwicklung und Anbindung peripherer Küstenregionen. Im Mittelpunkt stand hierbei die Atlantis-Initiative, welche eine engere Verknüpfung des englischen Hafens Liverpool mit dem französischen Brest und dem spanischen Leixos anstrebt. Vor 60 Teilnehmern diskutierten Vertreter der verschiedenen Häfen und Europaabgeordneten aus Madeira und Irland mit dem MoS-Koordinator Brian Simpson über den Aus- und Aufbau dieser Seeverkehrskorridore. Ich habe lange mit Brian Simpson in seiner früheren Funktion als Vorsitzendem des Verkehrsausschusses zusammengearbeitet

und so war die Veranstaltung eine gute Gelegenheit, sich in neuer Konstellation erneut über die Bedeutung der Schifffahrt auszutauschen. Als MoS-Koordinator betonte er dabei einerseits, dass die Mittel der EU begrenzt sind und es dementsprechend entscheidend von den Mitgliedstaaten selbst abhängt, in welche Häfen sie investieren wollen. Die EU kann hier nur unterstützend tätig werden, wenn es um eine bessere Zusammenarbeit der europäischen Häfen geht, wie im Fall der Atlantis-Initiative. Genau hier liegt aber das große Problem der maritimen Gemeinschaft. Während die nationalen Regierungen ein großes Interesse an einem Ausbau des Schienennetzes haben, da sie in der Regel Haupteigner der nationalen Bahnbetriebe sind, ist die Lage bei den Häfen deutlich komplexer. Einige sind teilprivatisiert, andere wiederum werden von den Städten selbst oder Regionen betrieben. Hinzukommt, dass es die europäischen Häfen nicht schaffen, mit einer Stimme zu sprechen. Die Häfen betrachten sich untereinander vorwiegend als Konkurrenten und außerdem gibt es ein großes Misstrauen zwischen Hafenbetreibern und Schiffseignern. So aber ist es kaum möglich, weitere Finanzmittel für diesen Bereich zu gewinnen, obwohl der Küstenhandel ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.

Podiumsdiskussion zur Innovation in der Binnenschifffahrt

Als Berichterstatteerin für Berufsqualifizierung in der Binnenschifffahrt und als Politikerin, die sich seit Längerem für den Sektor einsetzt, habe ich unter anderem mit dem Generaldirektor der Europäischen Kommission für Verkehr, dem Esten Henrik Hololei, zur Innovation im Binnenschifffahrtssektor Stellung bezogen. Fakt ist, dass in dem Sektor großes Potenzial schlummert, denn diese Verkehrsnetze sind nicht ausgelastet und es können große Mengen an Gütern relativ umweltschonend transportiert werden. Das ist ein großes Plus. Nur: Das muss nicht immer so bleiben. Auch in anderen Sektoren ist gewaltiges Innovationspotenzial und beispielsweise LKWs der Zukunft werden auch umweltfreundlicher. Das Problem im Binnenschifffahrtssektor ist, dass Schiffe - sobald einmal erworben - manchmal über 100 Jahre fahren können. Da kann man nachträglich schlecht innovative Anpassungen vornehmen. Umso wichtiger ist es, dass eine klare Strategie existierende Innovationen jetzt fördert, damit sich Unternehmen einstellen können und die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Ich mache mich dafür stark, dass vorhandene Gelder für diese Zwecke besser bereitgestellt werden, denn das passiert viel zu selten. Das Geld ist da, doch es muss richtig eingesetzt werden. Außerdem müssen die Potenziale des Sektors deutlich gemacht werden, denn zurzeit fristet er noch zu sehr ein Nischendasein. Laut Herrn Hololei sieht die Kommission das ähnlich, man darf gespannt sein, was sich bewegt.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz; EASA
- Demnächst im Trilog: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft
- Im Ausschuss: Sicherheit von Passagierschiffen, Luftverkehrspaket

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Besuchergruppe im EU-Parlament in Straßburg

Jedem Abgeordneten des Europäischen Parlaments steht es frei, Besuchergruppen ins Parlament einzuladen, um ihnen einen Einblick in die politische Arbeit und hinter die Kulissen des Parlaments zu gewähren. Während der "Straßburg-Woche" im März habe ich mit dem Leitungsteam meines ehemaligen Landtagskollegen Wolfgang Hermann aus Northeim eine besondere Besuchergruppe eingeladen, meinen politischen Alltag mitzuerleben. Nach einer Stadtführung durch Straßburg und einem kulinarischen Empfang in der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft haben wir gemeinsam mehrere Stationen im Parlament durchlaufen. Der Rundgang durch die wesentlichen Parlamentsgebäude endete für die Besuchergruppe in meinem – dafür eigentlich zu engen - Büro im Winston-Churchill-Gebäude (alle unsere Gebäude tragen ja die Namen großer Europäer). Es folgte ein kurzes Florgespräch auf englisch mit meinen niederländischen ALDE-Kollegen Matthijs van Miltenburg. Anschließend haben wir gemeinsam an der Fraktionssitzung teilgenommen, bei welcher die Positionen der ALDE zu den aktuellen Berichten und Abstimmungen diskutiert wurden. Unter der Leitung vom Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt wurden dann Themen wie Kreislaufwirtschaft, Lebensmittelverschwendung oder der Bericht zur Reformierung des Waffengesetzes und unsere Positionierung dazu behandelt. Nachdem die Fraktionssitzung abgeschlossen war, gab es in einem kleinen Tagungsraum im Louise Weiss Gebäude dann die Möglichkeit für Fragen und Anmerkungen rund um meine Arbeit im Parlament, bevor es auf die Besuchertribüne ging, um den Start der Plenarsitzung hautnah zu erleben. Fehlen durfte dann natürlich auch nicht das Foto vor den Flaggen der EU und ihren Mitgliedstaaten. Abgerundet wurde der Tag mit einem gemeinsamen Abendessen in einem typischen Straßburger Restaurant. Ich freue mich schon auf die nächste Besuchergruppe!

Geesthacht: Küstenbeobachtungssystem COSYNA und "Uhrwerk Ozean"

"Der Zustand unserer Meere und Ozeane ist an unseren Küsten erkennbar" - stimmt! Bei meinem Besuch der Helmholtzgesellschaft im Forschungszentrum Geesthacht ging es zunächst um das Küstenbeobachtungssystem COSYNA. Es gibt eine starke Wechselwirkung zwischen Land (auch über Flüsse und Bodeneinträge) und Meer. Dass die Gesundheit unserer Meere und Ozeane - die in keinem guten Zustand sind! - entscheidend durch unser Verhalten beeinflusst wird, ist zwar allgemein bekannt. Wenn wir aber mehr über die genauen Auswirkungen erfahren wollen, brauchen wir eine kontinuierliche Beobachtung und Auswertung der Veränderungen an unseren Küsten, sei es durch Klimawandel, Versauerung oder Verschmutzung. Konsequenzen aus den Erkenntnissen zu ziehen ist dann Aufgabe für die Politik und entsprechend oft Thema in meiner Meeresgruppe (www.searica.eu). Bei einem Rundgang durch die Hallen konnte ich nicht nur diverse Glider, Bojen und Messeinrichtungen bestaunen, sondern auch ein Spezial-Schnellboot für das Projekt "Uhrwerk Ozean". Das Geesthacher Institut forscht auch an den sich ständig

ändernden Meeresstrudeln, die für die künftige vermehrte Nutzung der Potentiale der Ozeane nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. So wird beispielsweise beim Bau eines neuen OffshoreWindparks immer auf Schweinswale und Vogelflug geachtet, nicht aber auf mögliche Auswirkungen auf Meeresstrudel - das muss sich ändern! Um darauf aufmerksam zu machen, hat die HelmholtzGesellschaft einen transportablen Pavillon bauen lassen, in dem man bequem vom Liegestuhl aus in der Kuppel über sich durch einen 15-Minuten-Film faszinierende Einblicke in das Innere der Meere bekommen kann. Jetzt überlege ich, ob ich den Pavillon nicht nach Brüssel "einladen" kann...

Beim besten Willen - ganz ohne Tierversuche geht es auch in Zukunft nicht!

Seit dem europäischen Bürgerbegehren "Stop Vivisection" 2015, das ein sofortiges Verbot aller Tierversuche forderte, stehe ich mit Wissenschaftlern aus der medizinischen Forschung in Kontakt. Kürzlich ließ ich mich vom Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Immunologie (DGfI) bei einem Treffen in der Medizinischen Hochschule in Hannover auf den neuesten Stand bringen. Dabei wurde deutlich: auch Wissenschaftler möchten weitgehend auf Tierversuche verzichten. Ganz ohne geht es aber sowohl bei der medizinischen Grundlagenforschung als auch bei der Forschung an neuen Therapien - für Menschen und für Tiere -- nach wie vor nicht. Geforscht wird weit überwiegend an Mäusen und Ratten, nur in wenigen Ausnahmefällen an anderen Tieren wie z. Bsp. Affen. Und im Gegensatz zur Verlautbarung von Tierversuchsgegnern sind die Erkenntnisse auf den Menschen übertragbar: so sind beispielsweise Forschungsergebnisse aus Versuchen an Mäusen zur Bekämpfung des schwarzen Hautkrebses nachweislich direkt in der Humanmedizin anwendbar. Wenn wir Fortschritte bei der Bekämpfung von Krebs, Aids, Herzkrankheiten bei Kleinkindern und anderen schweren Erkrankungen erreichen wollen, dürfen wir den Wissenschaftlern nicht den Weg dazu verbauen. Bei der Genehmigung von Tierversuchen ist Deutschland übrigens in der EU mit Abstand am strengsten, ganz zu schweigen von den USA, China oder anderen Drittstaaten. Im letzten Jahr wurde beispielsweise in einem Bundesland nur ein Tierversuch mit Mäusen genehmigt, bei 15% gab es Rückfragen und 83% der Anträge blieben unbeantwortet, während in Portugal Anträge zu Versuchen mit Menschenaffen oft nach nur einem Monat die Erlaubnis bekamen. Mir liegt das Wohl der Tiere auch sehr am Herzen. Gerade Deutschland hat aber eine lange Tradition auf dem Gebiet medizinischer Forschung mit großartigen Erkenntnissen, die Kranken zu Gute kamen und viele Leben gerettet haben. Ich setze mich dafür ein, dass Wissenschaftler auch in Zukunft zum Wohle der Menschen bei uns forschen und arbeiten können.

Archiv des Liberalismus - alles andere als langweilig!

"Archiv" klingt für mich ja irgendwie verstaubt, bürokratisch und nicht unbedingt interessant. Als ich kürzlich alte Aktenordner der Liberalen Frauen zum Liberalen

Archiv in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach brachte, wurde ich eines Besseren belehrt: dort befindet sich eine illustre Sammlung von "Give-aways" aus diversen Wahlkämpfen (Gummienten, Bierdeckel, gelbe aufschraubbare Staffeln - ich weiß noch, die waren bei uns in Niedersachsen vor der Landtagswahl 2003 im Einsatz), alte Wahlplakate aus den Anfangszeiten der F.D.P. (damals noch mit "Pünktchen") mit für unseren heutigen Geschmack ungewöhnlichen Motiven und Slogans, gelbe Kaffeekannen mit blauer 18 drauf aus dem "Guidomobil", Koalitionsverträge und Schriftstücke mit Randnotizen bekannter politischer Größen, aber natürlich auch jede Menge bewegliche Regalwände mit unzähligen Aktenordnern. Nach der Wiedervereinigung musste ein Extraraum angebaut werden für die umfangreichen Sammlungen der vielen Ortsverbände der LDPD. Schade, dass ich nur auf dem "Durchflug" war - in diesen geschichtsträchtigen Räumlichkeiten (noch dazu mit netter Aussicht übers bergische Land) wäre mir so schnell nicht langweilig geworden!

Einblicke ins Lotsenwesen auf Nord-Ostsee-Kanal und Elbe: jedes Revier ist anders!

Im Februar hatte ich endlich Zeit, die Arbeit eines Lotsen vor Ort kennen zu lernen. In Brunsbüttel empfing mich Kapitän Probst, Ältermann der dortigen Lotsenbrüderschaft. Bevor wir in der Schleuse aufs Schiff gingen, erfuhr ich bereits eine Menge über diesen speziellen Beruf: alle Lotsen müssen - nach heutigem Stand - ein Kapitänspatent besitzen und einige Jahre Erfahrung als Kapitän zur See vorweisen können, bevor sie die mehrmonatige Spezialausbildung für die jeweilige Einsatzregion absolvieren. Beim praktischen Einsatz als approbierter Lotse gibt es dann eine kontinuierliche Steigerung nach Schiffsgrößen - beginnend mit dem kleinsten Schiff -, bis die volle Einsatzfähigkeit vorliegt. Allerdings ist jeder Lotse nach absolvierter Ausbildung von Beginn an Vollmitglied der Lotsenbrüderschaft mit allen Rechten und Pflichten und auch gleicher Bezahlung. Die Brüderschaft hat ein gemeinsames Sozialsystem, in das alle einzahlen und das bei Krankheit, Altersversorgung oder Versicherungsfällen greift.

Da nicht nur in maritimen Berufen generell, sondern auch bei Lotsen Nachwuchsmangel herrscht, wird gerade das deutsche Seelotsgesetz überarbeitet mit dem Ziel, dass die Ausbildung auch unabhängig von einem Kapitänspatent erfolgen kann.

Eins gilt aber grundsätzlich: jedes der 7 Reviere an der deutschen Küste ist anders und erfordert eine maßgeschneiderte Ausbildung. So sind auf dem Nord-Ostsee-Kanal, den ich bei Mitfahrt bis Rendsburg auf einem Containerschiff kennenlernen durfte, besondere hydrographische Kenntnisse erforderlich. Denn im Gegensatz zu den "großen Schwestern" - Panama-Kanal und Suez-Kanal - gibt es auf dem Nord-Ostsee-Kanal Gegenverkehr: je nach Größe können sich bis zu 4 Schiffe gleichzeitig begegnen, das wirkt sich logischerweise deutlich auf die Strömung aus und erfordert großes Geschick bei dem verantwortlichen Lotsen.

Ein paar Tage später erlebte ich unter fachkundiger Begleitung von Ältermann Kapitän Grandorff beim letzten Elbabschnitt und Einfahrt in den Hamburger Hafen auf einem Autotransporter ganz andere Bedingungen. Schwierig waren hier weniger

die Strömungen als vielmehr der dichte Verkehr und der enge Wenderadius beim rückwärts "Einparken" an der vorgesehenen Liegestelle. Diese besonderen Herausforderungen erfordern bei großen Schiffen den Einsatz von 2 Lotsen, je einen an Backbord und einen an Steuerbord. Und die Elbe ist wegen unterschiedlicher Bedingungen ab Mündung in drei Reviere unterteilt: Elbe 1, Elbe 2 und Hafen Hamburg. Folglich sind wir auch vom Lotsenboot aus während der Fahrt über eine Außenleiter an Bord gegangen - bei ruhigem Wetter wie ich es vorfand sicherlich angenehmer als bei starkem Wind und entsprechendem Seegang.

Eine abschließende Bemerkung als Frauenpolitikerin: es spricht nichts dagegen, dass auch Frauen diesen Beruf ausüben. Tatsächlich sind in Deutschland aber vorläufig nur 2 Lotsinnen im Einsatz, beide auf der Elbe.

Ein medizinischer Informationsmanager im EU-Parlament? (Bericht von Thies Lorenz)

Diese Frage lag jedem auf der Zunge, der mich im Parlament nach meiner Ausbildung oder meinem Studium fragte. Was zunächst tatsächlich eher abwegig klingt, hat aber den Hintergrund, dass fast alle Vorschriften des Gesundheitssektors und der klinischen Forschung im EU-Parlament entschieden werden. Das schwarze Schaf unter den Praktikanten war ich damit allerdings keineswegs. Sogar Studenten der Kunstgeschichte gibt es bei Parlamentsabgeordneten.

Tatsächlich ist es aber so, dass es viele medizinisch relevante Fragen im Parlament gibt. Sei es für den Bericht zur Optimierung des Zugangs zu Arzneimitteln, der Gesundheitsgefährdung durch Cadmium in Düngemitteln oder auch der Benutzung von Quecksilberverbindungen in Zahnfüllungen. Darüber hinaus gibt es viele Veranstaltungen und Interessengruppen im Parlament, die sich mit medizinischen Themen befassen. Unter anderem konnte ich die "MEP heart group", die sich mit Herzkreislauferkrankungen beschäftigt, oder die "Brain, Mind and Pain"-Interessengruppe besuchen und an deren Veranstaltungen teilnehmen. Ein weiteres persönliches Highlight war eine Frühstücksveranstaltung mit dem maltesischen Gesundheitsminister Christopher Fearne, der die Herausforderungen und auch Möglichkeiten für die europäischen Gesundheitssysteme erörterte.

Für mich waren diese Veranstaltungen besonders reizvoll, da sie die Vielfältigkeit und einzelnen Facetten der EU aufzeigen. Dabei sind die politische und vor allem auch die inhaltliche Arbeit der EU eben weitaus mehr als nur 750 Politiker, die in einem Saal sitzen. Als Praktikant war aber auch genau dieser Saal ein besonderes Erlebnis. Von der Besuchertribüne aus die einzelnen Abgeordneten reden zu hören oder sie überhaupt zu finden, was bei einem so vollen Saal selbst mit Sitzplan nicht immer einfach ist, ist durchaus sehr spannend.

Gesine persönlich kennenzulernen hat viel Einblicke in die Arbeit der EU gewährt und auch viel Spaß gemacht. Ihre Aufgaben sind dabei genau so facettenreich wie die EU selbst. Teil der unterschiedlichen Ausschüsse oder auch bei den Veranstaltungen der Searica (Seas, Rivers, Islands, Coastal Areas) Intergroup zu sein, belebte das Praktikum ebenfalls ungemein.

Das Praktikum hat mir vor allem viel Verständnis gebracht - nicht nur Verständnis wie die EU auf den Gesundheitssektor einwirkt, sondern auch Verständnis für die EU und Europa selbst.

Gerade auch in Deutschland hat das Image der EU über die letzten Jahre in der allgemeinen Wahrnehmung gelitten. Wer allerdings eine Woche in Brüssel oder Straßburg miterlebt, wird schnell feststellen, dass die allgemeine Wahrnehmung der EU den realen Abläufen nicht gerecht wird.

Ich bin für die Erfahrungen, die Erlebnisse und die Menschen, mit denen ich zusammenarbeiten konnte und die ich kennenlernen durfte, sehr dankbar und hoffe alle irgendwann noch mal wiederzusehen.

IV. Europa unter der Lupe

Beratende Organe der EU

Die Europäische Union hat neben der Kommission oder dem Parlament Institutionen, die bei den Gesetzgebungsprozessen mitberaten.

Die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU, der sogenannte Ausschuss der Regionen, AdR, trägt dazu bei, den subnationalen Akteuren sowie Regionen, Bezirken, Gemeinden etc. im institutionellen System der EU eine Stimme zu geben. Ihre Sichtweise und Interessen in den Gesetzgebungsprozess mit einzubringen ist deshalb wichtig, weil 70% der EU-Regelungen auf regionaler Ebene umgesetzt werden. Damit sichergestellt wird, dass der AdR nicht übergangen wird, sind die anderen Institutionen verpflichtet den AdR vor einem Gesetzesvorhaben, das die Bereiche von regionalem oder lokalem Interesse berührt, zu konsultieren. Dazu beschließt der AdR Resolutionen oder Stellungnahmen im Plenum, in der er seine Meinung darstellt.

Die Arbeit des Ausschusses basiert auf drei Grundsätzen. Das ist zum einen das Subsidiaritätsprinzip, das im Übrigen für die gesamte Arbeit der Union gilt. Laut diesem Prinzip kann die EU nur tätig werden, wenn die Maßnahmen der Mitgliedstaaten nicht ausreichen und wenn die politischen Ziele besser auf der Gemeinschaftsebene erreicht werden können. Zudem soll die Arbeit transparent gestaltet werden, damit die Bürger sie verstehen und sich mit ihren Anliegen einfacher an die Institution wenden können. Darüber hinaus soll europäisch, national, regional und kommunal enger zusammengearbeitet werden.

Im europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWS) sind Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und andere Interessengruppen vertreten. Der Präsident repräsentiert die organisierte Bürgergesellschaft im politischen Gefüge der EU. In bestimmten von den EU-Verträgen vorgesehenen Fällen muss der Ausschuss von den anderen EU-Institutionen angehört werden und Stellung nehmen.

Parlament, Rat oder Kommission können den Ausschuss auch freiwillig konsultieren. Darüber hinaus kann er zu allen Themen der EU Stellungnahmen veröffentlichen. Diese werden auf den EWS-Plenartagungen mit einfacher Mehrheit angenommen. Die Mitglieder setzen sich genauso wie beim AdR zusammen. Die Mitglieder arbeiten zusammen in verschiedenen Fachgruppen, die nach Themen geordnet sind.

Beide Ausschüsse setzen sich jeweils aus 350 Mitgliedern aus allen Mitgliedstaaten der Union zusammen. Im Falle des AdR hat jedes Land eine der Einwohnerzahl entsprechende Anzahl an Sitzen. Die Mitglieder selbst sind Kommunal- und Regionalpolitiker und werden von den Regierungen der Mitgliedsländer vorgeschlagen, in Deutschland von den Landtagen. Den Mitgliedern steht ein Präsident vor, der aus deren Mitte für jeweils zwei Jahre gewählt wird und den Ausschuss leitet. Das Präsidium entwirft das politische Programm und erteilt Anweisung zur Umsetzung seiner Beschlüsse. Unklar ist hingegen, wer Mitglied im EWS werden kann. Zwar soll die Zivilgesellschaft repräsentiert werden, aber was genau darunter zu verstehen ist, ist nicht klar definiert. Allerdings gibt es auch hier eine Parallele zum AdR, denn die Mitglieder werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten vorgeschlagen.

V. Terminvorschau

20.3.	Bremerhaven	Uni-Vorlesung zur Lebensmittelgesetzgebung der EU, Besuch im Fraunhofer IWES
20.-23.3.	Brüssel	Ausschüsse, Besuchergruppe
23.3.	Hannover	"Brexit"-Diskussion Friedrich-Naumann-Stiftung
24.3.	Hannover	CEBIT-Rundgang, Rednerin im "Drohnen-Café"
24.3.	Braunschweig	FDP-Landesvorstand
25.-26.3.	Braunschweig	Landesparteitag und LVV mit Wahl der Bundestagsliste
27.-30.3.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
28.3.	Brüssel	SEARICA-Konferenz "Nordsee"
30.-31.3.	Brüssel	Teamklausur
3.-6.4.	Straßburg	Plenum, Fraktion
7.4.	Hannover	Handwerkskammer-Gespräch

20. März 2017

April 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

jetzt ist er da – der lang erwartete Brief aus London mit dem Ersuchen Großbritanniens, aus der EU auszutreten. Natürlich war dies der Tagesordnungspunkt mit der größten öffentlichen Aufmerksamkeit und den vollsten Sitzreihen im Parlament (mal abgesehen von den Abstimmungen, bei denen ja

Präsenzpflicht herrscht). Viel beachtet wurde auch der Antrittsbesuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit einer sehr proeuropäischen Rede.

Ich konnte diese Woche mit dem Abschlussbericht des Abgasuntersuchungsausschusses und der Bestätigung der Gesetzesprozesse für die Verordnungen zu Medizinprodukten und In-Vitro-Produkten zwei Kapitel schließen.

Und für alle, die gern nähere Einblicke in meine Arbeit erhalten möchten: Meine Halbzeitbilanz 2014-2017 ist da, in Druckform erhältlich über mein Wahlkreisbüro, digital zu finden auf meiner Homepage: [Link zur Halbzeitbilanz](#) .

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie frohe Ostertage!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Brexit offiziell eingeleitet: Parlament verabschiedet Resolution

Seit dem 29. März haben wir Gewissheit: Großbritannien hat durch ein offizielles Schreiben an Ratspräsident Donald Tusk den Austritt aus der Europäischen Union eingeleitet. Ich habe schon an vielen Stellen bekundet, wie sehr ich diesen Schritt bedaure, daran hat sich auch nach wie vor nichts geändert. Nun geht es für die EU darum, mit 27 Mitgliedstaaten näher zusammenzurücken und geschlossen in die Verhandlungen mit den Briten zu gehen, die vor dem Sommer 2019 abgeschlossen sein sollen.

Anlässlich dieser Situation debattierte das Parlament letzten Mittwoch etwa drei Stunden lang über die kommenden Verhandlungen. Auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und der EU-Chefverhandler für den Brexit, Kommissar Michel Barnier, hatten sich auf der Rednerliste eingetragen. Es wurde schnell klar, dass der Austritt eines solch großen Mitglieds zu massiven Verwerfungen in der EU führt und nicht nur Fragen zu den Kosten des Austritts oder zur Abwicklung der Verträge entstehen. Einige Abgeordnete sprachen an, dass durch den Brexit territoriale Konflikte in Europa wieder zur Realität werden könnten. Denn bereits jetzt ist klar, dass es um Gibraltar in Südspanien - das aber offiziell zum Vereinigten Königreich gehört - Streitigkeiten geben wird. Auch die Grenze zwischen Nordirland und Irland könnte wieder zum Konfliktherd werden, wenn man sich nicht so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch begibt. Für mich ist es kaum zu glauben, dass auf europäischem Boden wieder über solche Fragen diskutiert werden muss. In der Debatte vor der Brexit-Abstimmung war über diese Themen wenig berichtet worden. Erst jetzt werden allen die vollen Konsequenzen dieser Entscheidung der Briten klar.

Aus diesem aktuellen Anlass wurde mit den Stimmen von Christ- und Sozialdemokraten, Grünen und auch meiner liberalen Fraktion eine gemeinsame Resolution verabschiedet, in der das Parlament klarstellt, unter welchen Bedingungen es einem Austrittsabkommen 2019 zustimmen kann. Somit wird das

Parlament das letzte Wort über das Abkommen haben. Dadurch kann es seine Rolle als Vertretung der europäischen Bürger ausüben und sich für deren Interessen einsetzen. In der Resolution wird klargestellt, dass in den Verhandlungen unter anderem der künftige Status der EU-Ausländer in Großbritannien geklärt werden muss, ebenso wie die Zahlung der noch ausstehenden Verpflichtungen von Großbritannien an die EU. Einem Abkommen, das diese zentralen Punkte nicht zufriedenstellend klärt, wird das Europäische Parlament nicht zustimmen! Deshalb ist es umso erfreulicher, dass diese Position von allen Befürwortern der EU fraktionsübergreifend geteilt wird. Dies wird dem Parlament mit Chefverhandler Guy Verhofstadt, unserem ALDE-Fraktionsvorsitzenden, ein stärkeres Gewicht in den Verhandlungen geben.

Jetzt wird es darum gehen, mit den Briten gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten, die für beide Seiten zufriedenstellend ist. Es kann nicht das Ziel sein, die Briten für ihren Austritt „bestrafen“ zu wollen. Aber es ist gut, dass wir im Europäischen Parlament rote Linien für die Verhandlungen festgelegt haben, die wir nicht aufweichen werden. Großbritannien kann nicht alle Vorteile des Binnenmarktes und der Zollunion in Anspruch nehmen, ohne Mitglied zu sein und ohne die Freizügigkeit zu akzeptieren. Wir dürfen gespannt sein, wie gut die Verhandlungen ablaufen werden und werden dann in zwei Jahren hoffentlich einem guten Abkommen zustimmen können, das den Übergang für die betroffenen Bürger so reibungslos wie möglich gestaltet.

Deutliche Verbesserung der Patientensicherheit durch neue Medizinprodukte-Verordnungen

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat zwei Verordnungen über Medizinprodukte und In-VitroMedizinprodukte verabschiedet. Damit wird weitestgehend das Ergebnis der Verhandlung mit dem Rat vom 25. Mai 2016 bestätigt. Das Ergebnis ist zufriedenstellend und bietet eine deutliche Verbesserung der Patientensicherheit. Es wird den bürokratischen Aufwand minimieren und soll gleichzeitig Hindernisse für Innovationen vermindern.

Dennoch liegt die wichtige Implementierungsphase noch vor uns: Die Kommission muss nun dafür sorgen, dass das Gesetz zügig umgesetzt wird, damit Hersteller genügend Vorlaufzeit haben, um die neuen Anforderungen zu erfüllen. Dies gilt insbesondere für die Ausweisung der benannten Stellen. Die Kommission muss dringend Anforderungen festlegen, die für die benannten Stellen gelten, damit diese eingesetzt werden können und wiederum den Herstellern Klarheit geben, welche Kriterien für die Genehmigung erfüllt werden müssen.

Die wichtigsten Neuerungen im Detail:

- Regelungen für ästhetische Medizinprodukte: Diese fallen erstmalig in den Anwendungsbereich. So werden Brustimplantate künftig als Klasse-III-Medizinprodukt, also als Höchst-Risiko-Produkt eingestuft und unterliegen strengen Zulassungs-Anforderungen.

- Zulassung-Prüfverfahren für hohe Risikoklassen: Künftig müssen Medizinprodukte der hohen Risikoklasse III oder implantierbare Produkte der Klasse II b ein besonderes Verfahren ('Scrutiny Procedure') durchlaufen. Die benannten Stellen, in Deutschland TÜV oder DEKRA, die die Zulassung erteilen, müssen in diesen Fällen ein Expertenkomitee, welches der Kommission unterliegt, hinzuziehen.
- Wiederaufbereitung von Einmalprodukten: Die Mitgliedstaaten müssen die Wiederaufbereitung von Einmalprodukten erlauben. Die von Parlament und Rat geforderte 'Negativliste' – also eine Liste mit Produkten, die nicht für die Wiederaufbereitung geeignet sind, musste wegen Androhung der Kommission, im Nachhinein ein Veto einzulegen, fallen gelassen werden.
- Nanomaterialien und krebserregende Stoffe (CMRs): Künftig sollen Medizinprodukte, die Nanomaterialien enthalten, entsprechend Ihrem 'Freisetzungsrisiko' klassifiziert werden. Solche Produkte, von denen ein hohes oder mittleres Risiko ausgeht, dass Nanomaterialien im Körper freigesetzt werden, werden in die höchste Risikokategorie eingestuft, Produkte mit geringem Risiko in die mittlere Risikoklasse und Produkte, deren Risiko vernachlässigbar ist, in die geringe Risikoklasse. Der Einsatz von CMRs soll nach Möglichkeit vermieden werden. Sind diese Substanzen nicht zu vermeiden, können sie weiter eingesetzt werden, allerdings muss dies begründet werden. Ein Verbot konnte abgewendet werden.
- Haftbarkeit: Hersteller müssen mit der neuen Richtlinie sicherstellen, dass genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um im Schadensfall den Patienten zu entschädigen. Entscheidend für die Höhe der Sicherheit ist dabei die Risikostufe. Eine Zwangsversicherung ist vom Tisch.

Die Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union ist für den 5. Mai vorgesehen, das Gesetz tritt zwanzig Tage danach in Kraft. Ab dann gilt eine Übergangsfrist von drei Jahren, die es Herstellern oder Behörden ermöglicht, die neuen Vorschriften umzusetzen. Für diesen Zeitraum gelten weiterhin die bestehenden Vorschriften. Einige ausgestellte Zertifikate sind weiterhin gültig, aber maximal vier Jahre.

„Brüssel-TÜV“ wurde verhindert

Die Forderung nach einer Europäischen PKW-Überwachungsbehörde wurde diese Woche vom Plenum des Parlaments abgelehnt. Eine gute Entscheidung, wie ich finde. Die Forderung nach einer Europäischen Überwachungsbehörde war aufgekommen, als Betrugsfällen bei verschiedenen Herstellern bekannt wurden. Einige Abgeordnete hätten am liebsten gleich mit einer neuen europäischen Agentur geantwortet. Die brauchen wir aber nicht, schon gar keinen europäischen TÜV. Es würde völlig ausreichen, wenn die Kommission und die Ministerien der Mitgliedstaaten ihre Arbeit machen würden, was leider in der Vergangenheit durch

die Bank weg häufig nicht der Fall war. Fakt ist, dass 2007 im Trilog per Gesetz europäische Emissionsgrenzwerte für NOx etc festgelegt wurden, sich aber weder die Kommission noch die Regierungen der Mitgliedstaaten - alle haben das Gesetz ja unterschrieben und sich damit zur Einhaltung verpflichtet - darangehalten haben. Eine neue Agentur würde nur den Verwaltungsapparat der Kommission weiter aufblähen und Steuergelder kosten, ohne zusätzlichen Nutzen zu bringen. Eine PKWÜberwachungsbehörde war eine der Kernempfehlungen des rechtlich unverbindlichen Berichtes des Untersuchungsausschusses, der im März 2016 berufen wurde, um die Betrugsfälle bei der Abgasmessung von Dieselfahrzeugen aufzuklären.

EU bestätigt Ende von Daten-Roaming ab Sommer 2017

Eine gute Nachricht: Ab 15. Juni 2017 werden Verbraucher überall in Europa Daten zu den gleichen Kosten wie zu Hause aufrufen können. Roaming-Gebühren entfallen. Das ist der Kern des bereits im Februar erreichten Verhandlungsergebnis mit dem Rat über ‚Roam like at home‘, die das Plenum des Europäischen Parlaments jetzt bestätigt hat.

Dieser Erfolg ist ein Beweis dafür, dass die EU, insbesondere das Europaparlament, Versprechen hält. Durch die Deckelung der Tarife für Datenübertragungen profitieren Verbraucher von niedrigeren Preisen, Anbieter von Sicherheit bei Investitionen in Infrastruktur, und kleine Anbieter werden geschützt. Geschäftsleute und Touristen können zukünftig Europa bereisen, ohne sich um Ihre Telefonrechnung sorgen zu müssen. Es ist auch ein bedeutender Erfolg für die liberale Fraktion im Parlament, die sich von Anfang an für diesen Vorschlag stark gemacht hat.

Die sogenannten Großhandelskosten, die sich Anbieter von Datendiensten gegenseitig für die Nutzung der jeweiligen Netze berechnen, werden ab Juni dieses Jahres schrittweise reduziert. Ab 2022 werden sie auf einen gemeinsam vereinbarten und deutlich niedrigeren Preis begrenzt. So bezahlen Anbieter ab Juni 2017 nur noch €7.70 per GB, und dann ab 2022 nur noch €2.50 per GB. Somit haben Anbieter Zeit ihre Geschäftsmodelle anzupassen und gleichzeitig die Preise für den Endbenutzer niedrig zu halten. Bei Anrufen, liegt die Vereinbarung bei €0,032 gegenüber den €0,04, die von der Kommission vorgeschlagen wurde. Der Preis für SMS wird auf € 0,01 begrenzt, wie ursprünglich vorgeschlagen.

Parlament verabschiedet Bericht zur Frauenförderung auf dem Land

Ein Bericht zum Thema der Situation von Frauen in ländlichen Gebieten wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Obwohl ich kein Mitglied der beiden federführenden Ausschüsse (AGRI und FEMM) bin, ist es doch ein Thema, welches mir als „ländliches Gewächs“ am Herzen liegt. Gerade Frauen in ländlichen Regionen sind in einigen Mitgliedstaaten von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Folgerichtig habe ich auch dem Antrag zugestimmt.

Er sieht unter anderem vor, die Förderungsmöglichkeiten für Frauen in ländlichen Regionen zu verstärken und die Erwerbsquote der Frauen, die weit unter dem Niveau bei den Männern liegt, zu erhöhen und somit die vielen Potentiale besser nutzen zu können. Leider ist es noch immer so, dass die vielen „versteckten“ Arbeiten von Frauen nicht ausreichend berücksichtigt werden, was beispielsweise bei Ehefrauen von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe der Fall ist. Der Bericht regt an, den Ehefrauen in der Landwirtschaft europaweit einen beruflichen Status zuzuschreiben, damit auch diese von Leistungen wie Rentenansprüchen, Ausbildungsmöglichkeiten oder auch Mutterschaftsurlaub profitieren können.

Künftig soll die Gemeinsame Agrarpolitik der EU also auch geschlechterspezifische Aspekte berücksichtigen. Ziel soll es sein, Frauen voll am beruflichen Leben in ländlichen Gebieten teilhaben zu lassen, die massive Abwanderung in die Städte zu bremsen und das Lohn- und Rentengefälle zwischen den Geschlechtern abzubauen. Auch Betriebsgründungen durch Frauen sollen durch Mikrofinanzierungsinstrumente und Kreditvergabe erleichtert werden, sowie Berufs- und Familienleben leichter miteinander vereinbar sein. Um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, sollten definitiv mehr Frauen in die Erwerbstätigkeit gebracht werden. Natürlich profitiert auch unsere Wirtschaft von mehr gut ausgebildeten weiblichen Arbeitskräften. Die EU kann durch die gemeinsame Agrarpolitik ihren Teil dazu beitragen, dass auf dem Land diesbezüglich noch mehr und noch schneller Fortschritte gemacht werden. Abgelehnt habe ich allerdings den Antrag, alle Projektförderungen von der Gleichstellung abhängig zu machen, das geht meines Erachtens zu weit.

Bundespräsident Steinmeier zu Antrittsbesuch im Europäischen Parlament

Der vor gut zwei Wochen neu vereidigte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte sich das Parlament in Straßburg als Ort für seine erste Rede außerhalb von Deutschland ausgesucht. Vor vollen Rängen zeichnete er die Geschichte der Europäischen Union anhand seines eigenen Lebensverlaufes nach. Doch der Brexit zeige, so Steinmeier, dass der Weg der europäischen Union nicht vorgezeichnet und dass der Fortschritt der Union immer mit Anstrengungen und Mühen verbunden sei. Wer sich für Europa entscheide, entscheide sich auch immer für das Komplizierte und das Mühsame. Die europäische Vielfalt sei ein Abenteuer, aber eben auch anstrengend. Persönlich kann ich dies jeden Tag bestätigen, doch ich kann auch sagen, dass es sich auf jeden Fall lohnt.

Der Bundespräsident betonte die besondere Rolle Deutschlands für die EU, die eben kein Mittel zum Zweck eines bestimmten Landes sei, wie es US-Präsident Trump im Januar noch behauptet hatte. Zudem rief er Europa dazu auf, nicht zu schweigen, wenn etwa Universitäten in Ungarn von Schließung bedroht würden, wie es gerade in Budapest der Fall ist. Das Fundament für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wackele nicht nur außerhalb, sondern auch bereits innerhalb der europäischen Grenzen.

Steinmeier legte Wert auf die Feststellung, dass zur Demokratie auch der Streit gehöre. Doch unter guten Demokraten müsse man eben auch bereit sein, nicht nur andere zu überzeugen, sondern sich auch überzeugen zu lassen. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass auch stets die andere Seite Recht haben könne. Populisten, die die Welt in Schwarz und Weiß malten, sei entschiedener Widerstand entgegenzusetzen. Ich denke, dass der Bundespräsident hier einen guten Eindruck abgegeben hat und keinen Zweifel daran gelassen hat, dass ein überzeugter Europäer und Demokrat an der Spitze unseres Staates steht.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Searica: Veranstaltung zur Nordsee als Wirtschaftsraum

Die Nordsee ist einer der am stärksten ausgelasteten maritimen Wirtschaftsräume der Welt. Mit Hamburg, Rotterdam und Antwerpen liegen die drei größten Häfen des Kontinents im Nordseeraum, was eine besonders hohe Dichte an Schifffahrtsrouten zur Folge hat. Andererseits ist die Nordsee besonders gut geeignet für die Erzeugung erneuerbarer Energien, insbesondere aus der Windkraft. Gleichzeitig ist die Nordsee ein sehr sensibles Ökosystem, wie das faszinierende und komplexe Wattenmeer zeigt. Dementsprechend wichtig ist es, dass die vielen Anrainerstaaten bei der Entwicklung und dem Management dieser maritimen Region eng zusammenarbeiten. Außer Norwegen handelt es sich ausschließlich um EU-Staaten, anders als etwa im Mittelmeer oder im Schwarzen Meer. Dennoch gestaltet sich die Kooperation in der Nordsee besonders schwierig und wird von nationalen Alleingängen behindert.

Deswegen habe ich als Präsidentin der Searica-Intergroup in enger Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei der Europäischen Kommission am 28. März eine Konferenz ausgerichtet, bei der die Möglichkeiten einer besseren Kooperation diskutiert wurden. Vor rund 80 Teilnehmern wurden verschiedene Projekte vorgestellt, bei denen Kooperationen von lokaler über regionaler und nationaler bis hin zur europäischen Ebene im Mittelpunkt stehen. Dabei ging es um die mehrfach Nutzung von Windparkflächen, die Chancen von Aquakultur sowie dem möglichst effizienten Umgang mit Abfallprodukten aus der Fischverarbeitung.

Gerade auf Grund der Komplexität bietet die Nordsee ein enormes Potential einer engen Vernetzung verschiedener Akteure dieses Wirtschaftsraums. Dafür ist es aber wichtig, auf der Suche nach Partnerschaften und neuen Initiativen über die Grenzen und Hoheitsgebiete hinauszuschauen. Eine grenzübergreifende Vernetzung der Windparks kann regionale Überlastungen der Stromnetze verhindern, bessere Absprachen und Regelungen im Bereich der Fischerei sind nötig, um die Überfischung weiter zu reduzieren, und um die Innovationskraft dieses Wirtschaftsraums voll zu nutzen. Außerdem sind Investitionen nötig, die ein Staat alleine nicht leisten kann.

Auch hier wird aber der Brexit eine Rolle spielen: die Frage, wie bestehende und geplante Smart Grids und Kooperation von England und Schottland mit den anderen Nordseeanrainern künftig funktionieren werden, konnte keiner der Experten so richtig beantworten.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz, EASA, Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft;
- Demnächst im Trilog: Typengenehmigung;
- Im Ausschuss: Sicherheit von Passagierschiffen, Luftverkehrspaket, Strategie für emissionsarme Mobilität, Grenzüberschreitende Paketzustelldienste;

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Bremerhaven: Lebensmittelkennzeichnung und Rotorblätter

Jetzt kann man schon fast von einer Tradition sprechen: bereits zum 3. Mal habe ich für Studenten der Lebensmitteltechnologie auf Einladung von Professor Hauke Hilz (gleichzeitig Landesvorsitzender der FDP Bremen) eine Vorlesung über europäische Gesetzgebung insbesondere in diesem Bereich gehalten. Da wir zurzeit kein aktuelles Lebensmittelgesetz beraten, musste meine Verhandlung für die Ausbildung europäischer Binnenschiffer als Beispiel herhalten – zur Verdeutlichung des Vorgehens allemal geeignet und eigentlich passend zu einer Stadt an der Wesermündung. Neben bestehenden Regelungen zu Lebensmittelkennzeichnung, Lebensmittelzusatzstoffen und Herkunftsangaben von Frischfleisch waren aber wie immer auch allgemeine Fragen zur Arbeit im Europaparlament und aktuellen Themen Gegenstand der Diskussion.

Im Anschluss besuchte ich mit einer kleinen Delegation liberaler Stadtabgeordneter das Fraunhofer Institut IWES, wo Rotorblätter verschiedener Größe in Handarbeit hergestellt und Prototypen auf riesigen Prüfständen getestet werden. Die Produktionshalle erinnerte mich fast an eine Schneiderwerkstatt mit großen Rollen unterschiedlich dicker Folien, Bändern und anderem Zubehör, natürlich alles viel größer dimensioniert. Im "Rohbau" draußen auf dem Gelände konnten wir sehr gut die verschiedenen Materialien erkennen, die beim Korpus zum Einsatz kommen: gepresster Hartschaum, andere Leichtfaserstoffe und sehr viel Holz – nach Fertigstellung mit weißer Umhüllung nicht mehr sichtbar. Und beim Gruppenfoto wurden uns so recht die gigantischen Ausmaße der Rotorblätter für große Anlagen bewusst: wir passten locker zu dritt in den Blattansatz. Ein sehr lohnenswerter Termin!

"Brexit": Veranstaltung mit der Friedrich-Naumann-Stiftung

Erstmals hat unsere liberale Stiftung in Hannover gemeinsam mit der Europa-Union zu einem Diskussionsabend eingeladen. Der Saal in der Altstadt war voll, und das

lag sicher auch an dem Thema, denn es ging um den "Brexit". Nach ausführlichen sachkundigen Grußworten der Europa-Union, der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) und des Europäischen Informationszentrums (EIZ) war bereits viel zum Ablauf der anstehenden Verhandlungen, zu Terminen, Rechtslagen, Beteiligten und sich abzeichnenden Schwierigkeiten gesagt. Mein Part bestand darin, nicht nur die politische Diskussion im Europaparlament und die Vorbereitung von Stellungnahmen in den einzelnen Fachausschüssen wiederzugeben, sondern insbesondere auch Stimmungen auf den Fluren, die Betroffenheit britischer Abgeordneter und Mitarbeiter und die Auswirkung des Referendums auf unsere Arbeit zu beschreiben. Ein Referent der IHK zeigte detailliert wirtschaftliche und finanzielle Konsequenzen der anstehenden "Scheidung" auf. Großbritannien wird zwar selbst am meisten auch finanzielle Einbußen hinnehmen müssen, aber Deutschland ist aufgrund seiner traditionell umfangreichen wirtschaftlichen Beziehungen zum Inselstaat ebenfalls stark betroffen. Unseren Beiträgen folgte eine lebhaft Diskussions, und natürlich konnte bei einigen Fragen die Antwort von uns nur gemutmaßt werden, denn auch den Expertengruppen ist vieles noch unklar. Fazit: ein gelungener Abend, der vor allem auch die positive Einstellung des Publikums zur Zukunft der EU und die Bereitschaft zu entsprechender "Werbung" zeigte.

CEBIT: Digitale Welt und Drohnen-Café

Ein Rundgang über die CEBIT ist wie eine Reise in die Zukunft. Auch in diesem Jahr hatte die Messeleitung wieder ein fachlich passgenaues Programm für mich vorbereitet: Vernetztes Fahren mit Ökobilanz, Optimierung des Internethandels mit Cloud-Computing, Internet der Dinge, komplett autonomes Fahren, bargeldloses "Parken und Laden", Spezialladesäulen für E-Mobilität, Mikrodrohnen für Schadensermittlung an Brücken und Windrädern, ein bezahlbares (!) Elektroauto eines jungen Startup-Unternehmers und Drohnen jeglicher Größe, u.a. bereits im Einsatz zur Vermessung von Wäldern.

Im Anschluss nahm ich im Drohnen-Café an einer Diskussionsrunde teil und berichtete über die europäischen Regelungen zu "allem was fliegt": in der gerade im Gesetzgebungsverfahren befindlichen EASA-Verordnung wird u.a. der Einsatz von Drohnen – wirtschaftlich und privat – erstmals europaweit geregelt. Wichtig dabei ist, die richtige Balance zu finden zwischen Sicherheit und Freiheit – ein sehr liberales Thema. So wird beispielsweise durch "Geofencing" verhindert, dass Drohnen Start oder Landung der Linienflüge auf Flughäfen gefährden können. Auch wird es künftig Führerscheine/ Fluglizenzen und genaue Register für Drohnen geben, wobei da nach Größe der Drohne unterschieden wird. Natürlich muss auf Sicherheit geachtet werden, wenn der Luftraum immer „voller“ wird. Aber auch Besitzer von Modellflugzeugen oder „Spielzeugdrohnen“ haben ein Recht auf Ausübung ihres Hobbies - das sicherzustellen war und ist mir wichtig.

IV. Europa unter der Lupe

Die Europäische Zentralbank

Häufig wird vergessen, dass auch Deutschland eine der großen EU-Institutionen beheimatet. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich seit ihrer Gründung 1998 in Frankfurt am Main niedergelassen und wacht von dort als unabhängige Instanz über die europäische Geldpolitik.

Nötig wurde eine gemeinsame Geldpolitik durch die Einführung des Euro. Dieser wurde drei Jahre vor Einführung der Münzen und Scheine zur offiziellen Währung in den Mitgliedstaaten gemacht. Seitdem ist bei uns nicht mehr die Deutsche Bundesbank für die Kontrolle der Geldpolitik verantwortlich, sondern die EZB. Die Bundesbank bleibt aber im Rat der EZB vertreten und hat damit ein Mitspracherecht bei den Entscheidungen, ebenso wie alle anderen nationalen Zentralbanken.

Die Arbeit der Zentralbank besteht im Wesentlichen darin, die Geldmenge auf den europäischen Märkten zu regulieren. Dabei ist das primäre Ziel der EZB die Kontrolle der Inflationsraten, die nahe bei 2% im Jahr, aber nicht darüber liegen sollen. Zudem soll die Zentralbank auch eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung der Mitgliedstaaten fördern. Die EZB übt diese Aufgabe unabhängig von der Politik aus und ist damit nicht an Weisungen von politischen Entscheidungsträgern gebunden. Was auf den ersten Blick vielleicht undemokratisch erscheint, ist in Wahrheit ein Sicherheitsmechanismus, der Politiker daran hindern soll, ihre Wahlversprechen kurzfristig durch das Drucken von Geld zu finanzieren. Gerade Deutschland hat in der NS-Zeit mit politisch gebundenen Zentralbanken sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Mehrere Instrumente stehen der EZB für die Erfüllung ihrer Ziele zur Verfügung. Sie kann den Leitzins verändern, zu dem sich Geschäftsbanken frisches Geld bei der EZB leihen können. Ist dieser Zins niedrig, ist der Anreiz für Banken sehr hoch, sich auf diese Weise zu refinanzieren und die Geldmenge auf den Märkten steigt an. Dadurch sollen Investitionen angeregt werden, doch die Inflationsrate kann dann schnell ansteigen. Will die Zentralbank gegenteilige Effekte erreichen, wird sie den Leitzins erhöhen. Banken können ebenfalls zu einem gewissen Zins Geld bei der EZB über Nacht „parken“. Dieser Zins ist momentan allerdings negativ, sodass es die Banken Geld kostet, dies zu tun. Die EZB will damit die Banken ermutigen, Geld nicht zu horten, sondern mehr Kredite an private Investoren oder normale Kunden zu vergeben, damit Investitionen in Europa zunehmen.

Dieser Gedankengang ist gut nachvollziehbar, jedoch stellen die niedrigen Zinsen Sparer vor große Probleme, da ihre Anlagen kaum noch etwas einbringen. Lange war dies noch kein großes Problem, da auch die Inflation praktisch bei null lag. Doch jetzt, wo die Inflation wieder anzieht, werden niedrige Zinsen zum Problem. Sollte die EZB sich dafür entscheiden, die Zinsen wieder anzuheben, müssen Banken und Mitgliedstaaten aber darauf vorbereitet sein, denn momentan scheint das billige Geld zur Selbstverständlichkeit geworden zu sein. In den USA können wir beobachten, wie die dortige Zentralbank erfolgreich eine Wende eingeleitet hat, ohne die Märkte

aus dem Gleichgewicht zu bringen. Ein Ende der lockeren Geldpolitik ist also in Sicht und die Zinsen dürften auch wieder steigen.

V. Terminvorschau

19.4.	Malta	BlueMed-Konferenz
20.4.	Malta	Ministerkonferenz Meerespolitik
24.-27.4.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Miniplenium
24.-28.4.	Brüssel	Besucher "Young Visitors"
25.4.	Brüssel	Jurysitzung Europäischer Bürgerpreis
26.4.	Brüssel	SEARICA-Meereskonferenz mit Kommissar Vella
27.4.	Berlin	FDP-Bundeschvorstand
28.-30.4.	Berlin	FDP-Bundesparteitag
2.-4.5.	Brüssel	Ausschüsse, Bürgermeister zu Besuch
9.-11.5.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Trilog
15.-18.5.	Straßburg	Fraktion, Plenum, Besuchergruppe
18.5.	Straßburg	SEARICA-Konferenz
19.5.	Poole	Europäischer Tag der Meere

06. April 2017

Mai 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

gute Zeiten für Europa und auch gute Zeiten für Liberale! Alle Befürworter der Europäischen Union können aufatmen nach dem deutlichen Sieg von Emmanuel Macron über Marine le Pen bei den französischen Präsidentschaftswahlen. Es kommt also zu keinem „Frexit“, und der neue Präsident tritt erklärtermaßen an, um nicht nur Frankreich, sondern auch die EU zu reformieren. Dabei verdient er alle Unterstützung! Optimistisch stimmt mich unter anderem, dass meine ALDE-Kollegin Sylvie Goulard, eine enge Beraterin Macrons im Wahlkampf, mit dem Verteidigungsministerium ein wichtiges Ressort übernommen hat, auch im Sinne der Weiterentwicklung zu einer europäischen Verteidigungsunion.

Auch für uns Freie Demokraten läuft zur Zeit alles „rund“. Nach den 2-stelligen Ergebnissen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen steht die FDP jeweils in Koalitionsverhandlungen für die Regierungsneubildung. Gute Aussichten für den Wiedereinzug in den Bundestag im September, wenngleich auch diese Wahl erstmal erfolgreich bewältigt werden muss. Zur Vorbereitung fuhr ich mit meinem Team nach den Osterferien nach Berlin zum FDP-Bundesparteitag, um mit rund 660 anderen Delegierten aus ganz Deutschland das Wahlprogramm zu beraten und die

Kernpunkte abzustimmen. Mir war es natürlich wichtig, mein Leib-und-Magen-Thema Meerespolitik und „blaues Wachstum“ einzubringen, was erfreulicherweise geklappt hat.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie eine gute Woche und frohe Pfingsten!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

EU-Kommission bereitet Straßenverkehrspaket vor - Erste Debatten werden geführt

Am 31. Mai wird die EU-Kommission ein großes Gesetzespaket zum Thema Straßenverkehr vorlegen, das danach in die Verhandlungen von Parlament und Rat gehen dürfte. Sie reagiert in der Debatte damit auch auf eine Resolution des EU-Parlaments, in der wir einige Forderungen an die Kommission gestellt haben. Dazu gehört allerdings auch die Forderung nach einer europäischen Straßenagentur, gegen die ich mich klar aussprechen habe, da eine neue Behörde aus meiner Sicht nur unnötig viel Bürokratie verursacht und Geld kostet. Stattdessen sollten die Mitgliedsstaaten konsequent ihre Gesetze anwenden und selber für eine effiziente Aufsicht sorgen.

Innovationen im Mobilitätssektor müssen zugelassen werden, bevor sie durch zu viel Regulierung im Keim erstickt werden. Für alternative Antriebe muss die Infrastruktur geschaffen werden, damit diese auch überall zum Einsatz kommen können: Wir brauchen mehr Ladestationen für elektrische Antriebe sowie Wasserstoff und Flüssiggas, mit denen ebenfalls Fahrzeuge betrieben werden können. Dann kann auch der Straßenverkehr seinen Anteil zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens leisten. Und zu guter letzt muss auch die Attraktivität des Fahrerberufs gesteigert werden, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden, da es in der Branche große Nachwuchsprobleme gibt. Auch Frauen könnten von Verbesserungen in diesem Bereich profitieren, wenngleich ihr Anteil unter den Fahrern verschwindend gering ist.

Dieses Gesetz dürfte eines der wichtigsten Projekte in der EU-Verkehrspolitik werden und könnte neben der Decarbonisierung unsere Mobilität nachhaltig verändern. Es bleibt zu hoffen, dass es noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird, damit nicht die einzelnen Maßnahmen gestückelt werden können und es dadurch zu einer Zersplitterung des Binnenmarktes durch verschiedene nationale Regelungen kommt. Denn eigentlich ist das Straßenverkehrspaket eine optimale Gelegenheit, den Binnenmarkt ein gutes Stück voranzubringen.

Brexit: Plenum berät über Schlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs

Nach der schnellsten Sitzung des Europäischen Rats aller Zeiten (15 Minuten) Ende April zeigte auch das Parlament in Straßburg weitgehende Einigkeit mit der Position der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten. So muss im Falle des Brexits die EU geschlossener als je zuvor stehen, um Einigkeit zu demonstrieren und so die eigene Verhandlungsposition zu stärken. Dabei betonten einige Abgeordnete auch, dass die EU aus dem Brexit lernen müsse und besser erklären müsse, was sie tue und was nicht. Der Chefunterhändler für die EU in den Brexit-Verhandlungen, Michel Barnier, erinnerte die Parlamentarier an die wichtigsten Positionen, mit denen die EU in die Verhandlungen ab Juni gehe: Der Status von EUAusländern in Großbritannien müsse geklärt werden, die Grenze zwischen Irland und Nordirland müsse offen bleiben und Großbritannien müsse seine bereits zugesagten finanziellen Verpflichtungen einhalten. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker betonte, dass die auf dem Ratstreffen demonstrierte Einigkeit das Leitmotiv der EU bei den Verhandlungen darstellen müsse, die nach den britischen Parlamentswahlen im Juni beginnen werden. Von da an haben beide Seiten knapp zwei Jahre Zeit, ein Abkommen zu schließen, das für alle Beteiligten rechtliche Sicherheit schafft. Geschieht dies nicht, scheidet Großbritannien unkontrolliert aus der EU aus. Wir sollten dies verhindern, doch die EU darf ihre roten Linien in den Verhandlungen nicht überschreiten. Es muss klar bleiben, welche Vorteile die Mitgliedschaft in der EU bringt und welche Konsequenzen ein Austritt hat.

Aufgrund der letzten Wahlergebnisse betonte unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt – gleichzeitig Brexit-Verhandlungsführer des Parlaments -, dass der Brexit und die Verwirrung in Großbritannien den Menschen zeige, dass ein Austritt aus der Europäischen Union keine Lappalie sei und jetzt Vielen klar würde, dass eine Reform der EU besser sei als ein Austritt. Daher müssten die Verhandlungen eine Gelegenheit sein, über eine EU-Reform nachzudenken. Die Wahl von Emmanuel Macron zum französischen Staatspräsidenten könnte ein erster Schritt in diese Richtung gewesen sein.

Antrittsbesuch des neuen UN-Generalsekretärs Guterres in Straßburg

António Guterres ist seit dem 01. Januar 2017 als Nachfolger von Ban-Ki Moon im Amt und der erste EUStaatsbürger, der dieses Amt innehat. Am 17. Mai trat er nun in Straßburg vors Plenum, um die Rolle der Europäischen Union für das Ziel einer friedlichen Welt hervorzuheben. Das Engagement der EU bei Friedensmissionen, beim Bewältigen und Managen der Globalisierung und ihre Vorreiterrolle beim Klimaschutz mache aus ihr einen der wichtigsten Verbündeten der Vereinten Nationen. "Ein starkes und geeintes Europa ist ein Grundpfeiler für starke und wirksame Vereinte Nationen.", so Guterres.

Mehrfach lobte er das Engagement der EU in Krisengebieten und betonte trotz allem, dass wir eine der längsten Friedensperioden aller Zeiten durchleben würden, denn Kriege zwischen zwei Staaten seien bis auf wenige Ausnahmen ein Phänomen

der Vergangenheit. Nun gelte es aber, sich auf die heutigen modernen Formen von bewaffneten Konflikten einzustellen und dementsprechend zu reagieren. Dies könne nur durch eine Stärkung der Vereinten Nationen geschehen, und der EU komme eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung zu.

Ein zweiter wichtiger Punkt sei die Rolle der Vereinten Nationen beim Thema Menschenrechte. So müsse die EU mehr darüber nachdenken, legale Wege für Migration zu schaffen, um Schmugglern und Schleusern das Handwerk zu legen. Auch die Kooperation mit den afrikanischen Staaten sei hierbei von größter Wichtigkeit. Passend dazu sprach bereits am Tag zuvor der derzeitige Präsident der Kommission der Afrikanischen Union, Moussa Faki, zu uns im Plenum. Die Abgeordneten quittierten die Rede des Generalsekretärs mit stehendem Applaus, der uns alle wieder daran erinnerte, dass die EU viel mehr ist als nur eine Wirtschaftsunion, sondern eines der wichtigsten Friedensprojekte der Geschichte.

Parlament verabschiedet Forderungen gegen Lebensmittelverschwendung

Der Kampf gegen Lebensmittelverschwendung gehört zu den Prioritäten für meine Arbeit in diesem Mandat. Das Parlament verabschiedete einen Initiativbericht zu diesem Thema. Unter anderem darin enthalten ist die Forderung nach einer Definition und einer einheitlichen Messmethode von Lebensmittelverschwendung. Das ist sinnvoll, da zwar bereits eine Forderung zur Senkung der Lebensmittelverschwendung um 50% im Rahmen des Kreislaufwirtschaftspakets beschlossen wurde, jedoch unklar ist, wie diese genau gemessen und definiert wird.

Ebenfalls positiv ist, dass Akteure in der Lebensmittelkette, also zum Beispiel der Handel, als Teil der Lösung, nicht Teil des Problems gesehen werden sollen. So fordert das Parlament die Vereinfachung von Lebensmittelspenden. In einigen Mitgliedsstaaten ist es für den Handel leider einfacher, Lebensmittel wegzuworfen als zu spenden, da sie sonst besteuert würden. Auch spielen logistische Hürden, gerade im ländlichen Raum, eine Rolle. Diese Hindernisse zu beseitigen ist ein wichtiger Schritt. Der Vorschlag zu verpflichtenden Lebensmittelspenden ist vom Tisch. Ich glaube auch nicht, dass eine solche Forderung praxistauglich wäre.

Schaut man sich die Statistiken an, wird aber eines schnell klar: am meisten wird immer noch im Privathaushalt weggeworfen. Das Verbraucherverhalten ist demnach ausschlaggebend. Hier muss Aufklärung geleistet werden darüber, welche Bedeutung und welcher Wert Lebensmitteln zukommt und wie man z.B. durch sinnvolle Einkaufsplanung und Resteverwertung Verschwendung vermeiden kann. Letzten Endes liegt es in unser aller Verantwortung, bewusst mit Lebensmitteln umzugehen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt - Einigung in Sicht (Berichterstatteerin)

Begonnen habe ich mit der Arbeit an diesem Gesetz 2016 noch unter niederländischer Ratspräsidentschaft. Die ersten beiden Trilogie – also Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament – wurden unter slowakischer Ratspräsidentschaft geführt. Mit den Maltesern scheint jetzt der Durchbruch zu gelingen. Worum geht es bei dem Gesetzesvorschlag? Nun, die Ausbildung der Binnenschiffer soll europaweit vereinheitlicht werden, um eine bessere Arbeitnehmermobilität sicherzustellen. Bislang gibt es auf dem Rhein andere Qualifikationsschwerpunkte als auf der Donau für die Besatzung von Binnenschiffen, und in Finnland (wo es sogar schwimmende Saunen mit Außenbordmotor gibt) gelten noch andere Gesetze für die Qualifikation. Die Verhandlungen steckten bislang fest, weil verschiedene Mitgliedstaaten von dem Gesetz ausgenommen werden wollten: Malta, Zypern und Dänemark, weil sie gar keine schiffbaren Flüsse haben, andere Länder wie Schweden, Spanien oder Portugal, weil sie nicht mit dem Kanal- und Flussnetz der EU verbunden sind. Solange es die EU gibt – was hoffentlich noch sehr lange der Fall ist -, können wir aber nicht zulassen, dass jeder Mitgliedstaat von Fall zu Fall entscheiden kann, ob er bei einem Gesetz zur Arbeitnehmermobilität (einer der Grundpfeiler der EU) mitmacht oder nicht. Wahrscheinlich wird die Lösung jetzt darin liegen, dass alle Länder (mit Ausnahme der 3, die gar keine Binnenschifffahrt haben) das EU-Zertifikat anerkennen und auf ihren Binnengewässern zulassen, aber daneben jeweils weiterhin auch nur national gültige „Führerscheine“ ausstellen können. Demnächst mehr dazu.

Kommission und Mitgliedsstaaten beschließen Braunkohleausstieg durch die Hintertür

Sogenannte „BREF-Dokumente“ sind Schlussfolgerungen, die Emissionsgrenzwerte für Verbrennungsanlagen, wie zum Beispiel Kohlekraftwerke, festlegen. Diese Grenzwerte sollen nach der Industrieemissions-Richtlinie aufgrund der in der EU bestverfügbaren Technik abgeleitet werden. Am 28. April hat nun die Kommission ein solches Dokument für Quecksilber und NOx verabschiedet. Allerdings wurden während der Datenerhebung Fehler gemacht. Die Fehler wurden zwar korrigiert, allerdings wurden die Quecksilbergrenzwerte nicht den tatsächlichen Messungen angepasst. Das könnte nun dazu führen, dass die Grenzwerte für einige deutsche Kraftwerke schwer oder gar nicht zu erreichen sind und diese somit schließen müssen, sofern es keine Ausnahmeregelung gibt. Ich habe die verantwortlichen Kommissionsbeamten mehrfach auf diese Fehler aufmerksam gemacht. Allerdings hatte man seitens der Kommission kein Interesse, die Werte noch einmal zu überprüfen, und stattdessen auf den „formalen Prozess“ hingewiesen.

Es ist wichtig, den Anteil der fossilen Brennstoffe im Energiemix deutlich zu reduzieren. Allerdings sollten Beschlüsse dazu demokratisch und mit einer Debatte getroffen werden. Es ist nicht Aufgabe der Kommission, politische Entscheidungen durch ein technisches Mandat herbeizuführen. Der Energiemix ist nicht zuletzt Sache eines jeden Mitgliedsstaates. Deshalb stimmte der Umweltausschuss über einen entsprechenden Einspruch ab, bei dem aber die erforderliche Mehrheit nicht erreicht wurde. Jetzt liegt es am Rat, der in einer Frist von acht Wochen Einspruch erheben kann.

Wälder und Klimawandel: Verantwortung von Waldbesitzern muss in der Diskussion über „LULUCF“ im Vordergrund bleiben

Hinter dem Namen „LULUCF“ (Land-Use, Land-Use-Change and Forestry) verbirgt sich ein Gesetz über CO₂-Emissionen und CO₂-Reduzierung, die sich durch die Flächennutzung ergeben (zum Beispiel durch Forstwirtschaft). Aufgrund ihrer ökologischen Funktion tragen Wälder zur Eindämmung des Klimawandels bei. Demnach sollen sie stärker in die Klimapolitik der EU einbezogen werden. Dies ist richtig, allerdings müssen hierbei einige Aspekte berücksichtigt werden. Waldbesitzern darf dadurch kein höherer Bürokratieaufwand entstehen, ebenso sollen die Mitgliedsstaaten keine weiteren Berichtspflichten auferlegt bekommen. Nationale Akteure müssen in europäische Entscheidungen einbezogen werden. Die Forst-Referenzwerte müssen außerdem weiterhin national entschieden und nicht zentral durch die Kommission erlassen werden.

Generell setze ich mich dafür ein, dass die Rechte von Waldbesitzern und Nutzern geschützt werden. Waldbesitzer wissen am besten, wie nachhaltige Bewirtschaftung funktioniert, denn sie liegt in ihrem eigenen Interesse. Dazu brauchen wir keine zusätzlichen Managementpläne.

Meeresgruppe Searica: UNESCO-Absprachen und Einsatz für die Inselwelt

Zusammen mit der UNESCO haben wir Ende April eine Konferenz über eine bessere maritime Bildung organisiert. Mit dem Generaldirektor - sozusagen Staatssekretär des Kommissars - für Maritime Angelegenheiten und Fischerei der Europäischen Kommission, Joao Aguiar Machado aus Portugal, diskutierten rund 30 Abgeordnete und Vertreter maritimer Forschungseinrichtungen, NGOs und Unternehmen darüber, wie Ozeane besser in der öffentlichen Wahrnehmung verankert werden könnten. Als Ergebnis der Veranstaltungen habe ich gemeinsam mit sieben weiteren Mitgliedern unserer Intergroup einen Vorschlag über eine Anschubfinanzierung für die Einrichtung eines Zentrums für maritime Bildung in Brüssel eingereicht. Im Rahmen der anstehenden Budgetverhandlungen ist es möglich, vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Pilotprojekte zu finanzieren. Mit diesem Zentrum wäre es möglich, eine engere länderübergreifende Verknüpfung verschiedener zivilgesellschaftlicher Initiativen sowie Forschungs- und Bildungszentren zu ermöglichen. Nicht nur ist es entscheidend, noch mehr Wissen über unsere Ozeane zu generieren, sondern mindestens genauso wichtig ist es, die

nächsten Generationen möglichst frühzeitig über die große Bedeutung der Meere für das Klima, Wirtschaft, Rohstoffe und Energie, aber auch unsere Ernährung und Gesundheit aufzuklären.

In der letzten Straßburg-Sitzungswoche standen Inseln und ihre besonderen geografischen und infrastrukturellen Herausforderungen im Mittelpunkt einer Veranstaltung. Unter Leitung von 2 unserer Vizepräsidenten - Sofia Ribeiro (EPP) von den Azoren und Tonina Picula (S&D), ehemaliger kroatischer Außenminister - diskutierten insgesamt 9 weitere Abgeordnete und Mitglieder unserer Meeresgruppe mit Experten aus Wirtschaft, Regionalparlamenten und NGOs über Tourismus, Umweltschutz und Meeresgesundheit auf der europäischen Inselwelt, die ja mit den zur EU gehörigen KolonialAußenbereichen bis vor die Küste Lateinamerikas reicht. Natürlich ging es dabei auch um verkehrstechnische Anbindung und angemessene Versorgung mit EU-Finzen über den Regionalfonds.

Besuchergruppe aus Niedersachsen in Straßburg

Im Mai hat mich eine buntgemischte Besuchergruppe aus Niedersachsen – die größten Einzelgruppen waren mein Landfrauenvorstand und Senioren der Eisenbahnergewerkschaft - zur Plenarsitzung im Europaparlament in Straßburg besucht. Nach einem gemeinsamen Abendessen am Dienstagabend in einem klassischen elsässischen Restaurant am Straßburger Münster konnte es am nächsten Morgen losgehen. Das Programm startete mit einer kurzen Führung durch die Parlamentsgebäude, gefolgt von einem humorvollen Bericht eines Parlamentsmitarbeiters über die allgemeine Arbeitsweise dieser europäischen Institution. Anschließend konnte ich in kleiner Runde meine Arbeit im Parlament vorstellen und alle Fragen über das Leben einer Abgeordneten beantworten. Danach ging es auf die Besuchertribüne des Plenarsaals, wo gerade die Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates zu Brexit mit dem Beauftragten der EU-Kommission für die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich, Michel Barnier, und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, besprochen wurden. Nach einem gemeinsamen Gruppenfoto vor den derzeit noch 28 Flaggen der EU Mitgliedstaaten verabschiedete ich mich von allen, denn ich musste zur Ansprache des Generalsekretärs der Vereinten Nationen António Guterres zurück ins Plenum. Den Nachmittag verbrachte die Gruppe mit einer Stadtführung durch die Straßburger Altstadt bei sommerlichen Temperaturen. Am nächsten Morgen ging es dann wieder zurück nach Hannover.

Eine Woche Europa: Das ALDE Young Visitors Programme

Zweimal im Jahr laden mehrere Abgeordnete in der ALDE-Fraktion junge Leute aus ganz Europa ein, die sich dann das EU-Parlament und Brüssel für eine Woche lang genauer ansehen können. Ich nutze dieses Angebot seit einigen Jahren und ermögliche so jungen Leuten aus meinem großen Wahlkreis, sich dem Programm anzuschließen, was für sie auch die Gelegenheit bietet, andere Jugendliche aus ganz Europa kennenzulernen. Ende April waren die beiden 16-jährigen Chris Thale und Luis Moritz aus Osnabrück in Brüssel zu Besuch. Kaum angekommen, begann

für die beiden auch schon ein dicht gestaffeltes Programm, welches meine Kollegen aus der Fraktion für die insgesamt 20 Jugendlichen erarbeitet hatten. Darunter waren auch der Besuch einer Plenardebatte, eine Stadtführung durch Brüssel, viele Vorträge anderer Abgeordneter und auch ein Treffen mit verschiedenen Vertretern der Botschaften aus aller Welt in Brüssel. Auch wenn ich selbst natürlich nicht bei allen Aktivitäten mit dabei sein konnte, war es mir doch wieder wichtig, mir ein wenig Zeit zu nehmen und meinen zwei Besuchern Rede und Antwort zu stehen. Abgerundet wurde das Ganze dann noch durch ein gemeinsames Foto vor dem Fraktionssaal. Die nächste Auflage des Programms findet im kommenden Herbst statt. Auch dann werde ich wieder zwei interessierte junge Menschen nach Brüssel einladen!

Calenberger Bürgermeister zu Besuch in Brüssel

Fast schon traditionsgemäß habe ich Anfang Mai eine parteiübergreifende Gruppe von Bürgermeistern aus meiner Heimatregion Calenberger Land im Europäischen Parlament in Brüssel empfangen. Auf dem Programm standen u.a. eine Führung durch die Parlamentsgebäude, die Teilnahme an einer Ausschusssitzung nach Wahl sowie Gesprächsrunden mit verschiedenen Europaabgeordneten, auch meinen beiden Kollegen Burkhard Balz und Bernd Lange aus der Region, und mir. Abends haben wir uns dann in kleiner Runde zum Abendessen im europäischen Viertel getroffen und uns über die Schnittstellen zwischen Europapolitik und der täglichen Arbeit in Niedersächsischen Gemeinden ausgetauscht. Ich halte solchen regelmäßigen Austausch für sehr wichtig; denn schließlich werden europäische Entscheidungen für alle Menschen in der EU getroffen und wirken sich damit auch auf die kommunale Ebene aus.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Sicherheit von Passagierschiffen, Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz, EASA, Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft;
- Demnächst im Trilog: Typengenehmigung; Luftverkehrspaket,
- Im Ausschuss: Strategie für emissionsarme Mobilität, Grenzüberschreitende Paketzustelldienste, Aussetzung des Emissionshandels für den Luftverkehr („Stop The Clock“);

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Kreisparteitag in Poppenhagen

Sie fragen sich, wo Poppenhagen liegt? Nun, das ist ein Ort vor den Toren von Nienburg an der Weser. Der FDP-Kreisvorsitzende Heiner Werner hatte mich eingeladen, um beim Kreisparteitag und der Wahlkreismitgliederversammlung mit Wahl des Bundestagskandidaten einen aktuellen Bericht aus Europa zu geben. Gleichzeitig durfte ich auch die Ehrung eines langjährigen Kommunalpolitikers für 40

Jahre Mitgliedschaft mit vornehmen. Der im Anschluss an den Parteitag servierte (berühmte) Nienburger Spargel duftete zwar verlockend, aber da ich so viel unterwegs bin, habe ich dann doch den Abend mit meiner Familie verbracht.

Europäischer Tag der Meere in Poole

Seit 2007 gibt es die Integrierte Meerespolitik als festen Bestandteil der Europäischen Union, kurz danach wurde der „Europäische Tag der Meere“ auf den 20. Mai festgelegt. Nachdem ich 2009 den Fortschrittsbericht zur Integrierten Meerespolitik übernommen hatte und anschließend auch an allen entscheidenden weiteren Schritten wie dem „Blauen Wachstum“ und der maritimen Raumordnung beteiligt war, vertrate ich regelmäßig das europäische Parlament als Rednerin beim Tag der Meere, der jedes Jahr in einem anderen Küstenort stattfindet. Start war für mich 2010 Gijón in Nordspanien, die Teilnahme an der Abschlussrunde in Poole an der Südküste Englands war bereits mein 8. „Auftritt“. Nächstes Jahr lädt die bulgarische Stadt Burgas am Schwarzen Meer ein, aktuelle Entwicklungen von Meeresforschung und maritimer Wirtschaft zu diskutieren, 2019 folgt dann Lissabon. Da mir Meeresschutz und die nachhaltige Nutzung maritimer Ressourcen besonders wichtig sind, freue ich mich jedes Mal über neue Erkenntnisse und den Austausch mit der „maritimen Gemeinschaft“ beim Tag der Meere

Maritime Ministerkonferenz in Valletta/ Malta

Um Meerespolitik ging es auch bei der maritimen Ministerkonferenz auf Malta. Deutschland war vertreten durch den maritimen Koordinator, Staatssekretär Uwe Beckmeyer, den ich schon öfter getroffen habe. Auch hier war ich eingeladen als Vertreterin des europäischen Parlaments, insbesondere als Präsidentin der interfraktionellen Meeresgruppe Searica (www.searica.eu). Diskutiert wurden Energien aus dem Meer, blaue Biotechnologie, Kampf gegen Meeresverschmutzung, aber auch Chancen eines umweltfreundlichen nautischen Tourismus. Immer mehr Menschen entscheiden sich in den Ferien für eine Kreuzfahrt oder auch für Urlaub auf einem Boot. Zum Abschluss der Konferenz wurden die Ergebnisse in der „Erklärung von Valletta“ festgehalten und unterzeichnet.

TRAN-Delegation ins Baltikum

Alle Ausschüsse des Parlaments unternehmen regelmäßig Delegationsreisen innerhalb und auch außerhalb der EU, um sich über aktuelle Entwicklungen in dem jeweiligen Politikbereich zu informieren. In der vorigen Woche nahm ich gemeinsam mit sieben Kollegen anderer Fraktionen (die Reisen haben immer eine begrenzte Mitgliederzahl) an einer 3-tägigen Reise des Verkehrsausschusses nach Estland und Litauen teil. Von der schönen Altstadt Tallinn haben wir allerdings nichts gesehen, denn unser Programm führte uns zu den jeweiligen verkehrspolitischen Highlights. Spannend fand ich die Flugzeugwartung, bei der Maschinen unterschiedlicher Größe auseinandergenommen, Einzelteile sogar im Ultraschall auf

Funktionsfähigkeit überprüft werden und Materialien unterschiedlicher Art – auch von großen Ballen wie in einer Schneiderwerkstatt – für die Überarbeitung verwendet werden. Bis zu 3 Monate kann so eine Wartung dauern. Neben dem Besuch des Containerhafens stand natürlich im digitalen Musterland Estland auch neueste Technik auf dem Programm: mitten in der Stadt folgten wir einem etwa Rasenmähergroßen Transport-Roboter bei der sicheren Ampelüberquerung bis zur Auslieferung an dem Bestimmungsort, in diesem Fall der Außenstelle des Europaparlaments. Und im digitalen Showroom erfuhren wir alles über Unternehmensgründung per Mausklick in 3 Minuten, Steuererklärung in 5 Minuten, elektronische Wahlen und vieles mehr. Umso überraschender war dann das Einchecken im Hotel: Obwohl wir namentlich angemeldet und unsere Daten bereits übermittelt waren, mussten wir alle noch einen ausführlichen Bogen handschriftlich ausfüllen. Fazit: auch im digitalen Musterland gibt es noch viel zu verbessern! Erfreulich war für mich das Wiedersehen mit dem früheren liberalen Verkehrskommissar Siim Kallas, mit dem ich 2009 bis 2014 gut zusammen gearbeitet habe, im Rahmen eines Abendessens mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern des estnischen Transportsektors.

Hauptthema in Litauen, in Vilnius und Kaunas, war die „Rail Baltica“ als wichtiges Verbindungsstück der baltischen Staaten mit der EU im Eisenbahnnetz der transeuropäischen Verkehrskorridore – auch in Tallinn hatten wir schon ausführlich darüber gesprochen. Bis vor wenigen Monaten gab es noch keine Bahnverbindung vom Baltikum zu den europäischen Nachbarstaaten, daher findet dieses Projekt auch die volle Unterstützung aller Fraktionen im Verkehrsausschuss. Eine besondere Herausforderung liegt darin, dass Estland, Lettland und Litauen auch historische Handelsbeziehungen mit Russland und Weißrussland haben, die in Zukunft für sie Bedeutung behalten. Das europäische Schienensystem ist aber um einige Zentimeter schmaler als das ehemals sowjetische. Daher gibt es in Kaunas beispielsweise beide Gleisbreiten im Bahnhof, so dass Züge jeweils von beiden Seiten einfahren und dann Umladungen vorgenommen werden können.

70 Jahre FDP Niedersachsen

Am 28. Mai 1947 wurde der Landesverband der FDP Niedersachsen gegründet – Grund zum Feiern und Anlass für einen Festakt in einem der großen Kinosäle im ehemaligen Cinemaxx Nicolaistraße in Hannover. Die Einladung fand so großen Zuspruch, dass einige Gäste das Geschehen auf der Leinwand in einem benachbarten Saal verfolgen mussten.

Redner kamen nicht nur aus den Reihen der Freien Demokraten. So sprach Landtagspräsident Bernd Busemann (CDU) ein launiges Grußwort zum Jubiläum der „erfahrenen alten Dame“, mit der doch immer wieder zu rechnen ist und die bisweilen sogar als Braut umworben werden sollte. Werner M. Bahlsen, parteiloser Präsident des CDU-Wirtschaftsrates, erinnerte an die historische Bedeutung der FDP gerade für den Mittelstand. Fair, aber natürlich mit kleinen ironischen Seitenhieben ging es zu in einer moderierten Gesprächsrunde mit den Landtagsabgeordneten Anja Piel (Grüne), Reinhold Hilbers (CDU), Olaf Lies (SPD, Wirtschaftsminister) und Stefan Birkner, unserem FDP-Landesvorsitzenden.

Höhepunkt war die Festrede des FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner (Nachfolger des ebenfalls anwesenden Philipp Rösler). Lindner erinnerte an Ludwig Erhardt, „Erfinder“ der sozialen Marktwirtschaft, der zu Beginn nur von einer Partei bundesweit Unterstützung für seine Ideen fand, nämlich der FDP. Als er daraufhin eine Einladung der Liberalen erhielt, soll er gesagt haben: „Nein, ich gehe zur CDU, da werde ich mit meinen Ideen nötiger gebraucht.“

Die Geschichte der Liberalen in Niedersachsen zeigt Jahre erfolgreicher Mitgestaltung in der Regierung, insbesondere mit Wirtschaftsministern wie unserem Ehrenvorsitzenden Walter Hirche, aber auch mit dem für seine Bodenständigkeit und Weltoffenheit bekannten Europaminister Heinrich Jürgens, dessen Wahlspruch „wi könnt dat un wi mok dat“ (wir können das und wir machen das) legendär ist. Aber es gab auch außerparlamentarische Zeiten, „Bildungsurlaub“, wie Stefan Birkner es nannte. Erfolg hatten die Liberalen immer dann, wenn sie einig und geschlossen auftraten. Und besonderen Anteil an der erfolgreichen 70-jährigen Geschichte hat natürlich die engagierte Parteibasis, ohne die gar nichts geht.

IV. Europa unter der Lupe

Die Sache mit dem Lobbyismus...

Immer wieder werde ich gefragt, ob es stimmt, dass Lobbyisten soviel Einfluss haben auf unsere Entscheidungen in Brüssel. Klare Antwort: Ja, und ich halte das auch für richtig und wichtig! Entscheidend dabei ist allerdings, wie man Lobbyismus definiert. Der Begriff gründet ja darauf, dass Vertreter bestimmter Interessen vor den Türen des Plenarsaals, also in der Lobby, das Gespräch mit Abgeordneten suchen, um ihre Anliegen bzw. ihre Sicht der Dinge bezogen auf aktuelle politische Diskussionen und Gesetzesvorhaben vorzutragen. Das ist nicht nur in Brüssel gang und gäbe, das kenne ich auch schon aus dem niedersächsischen Landtag. Und woher sollen wir Politiker denn die Sichtweise Betroffener aus der Praxis kennen, wenn wir nicht mit ihnen reden? Industrie, größere Verbände und Regierungen unterhalten Büros in Brüssel, um nah am Geschehen zu sein. Dass das kein automatischer Vorteil gegenüber kleineren Vereinen oder NGOs ist, liegt an den „social media“, wo wir jederzeit erreichbar sind (beispielsweise mit einer gut organisierten e-mail-Kampagne gegen TTiP und CETA). Entscheidend ist dabei für mich, alle Seiten zu hören und nicht einseitig zu agieren. Einige Beispiele dazu:

- 1) Meine erste Gesetzgebung im Europaparlament, die ich federführend für die Liberalen bearbeitet habe, waren europäische Buspassagierrechte. Ich habe dazu der Reihe nach folgende Interessenvertreter in meinem Büro empfangen und mir ihre Sichtweise angehört: Busunternehmer, Busfahrergewerkschaft, Passagiervertreter, regionale Anbieter von Busverkehren usw. Danach habe ich versucht, eine angemessene Entscheidung zu treffen, um möglichst allen gerecht zu werden.
- 2) Nicht nur als Folge des Abgasuntersuchungsskandals bei VW, sondern schon vorher aus Gründen der Emissionsreduzierung durch den Straßenverkehr werden von Umweltschützern wie auch von Interessenvertretern der Elektromobilität E-Fahrzeuge als Lösung gewünscht und entsprechende

politische Vorgaben eingefordert. PKW-Hersteller und insbesondere die Gewerkschaft der Mitarbeiter aus der PKW-Produktion bitten uns dagegen händeringend darum, den Wechsel von Diesel- zu E-Fahrzeugproduktion nicht zu schnell vorzuschreiben, da damit einhergehend ein Arbeitsplätze-Abbau stattfinden wird – E-Autos sind weniger arbeitsintensiv als Diesel-PKW.

- 3) Demnächst kommt die sogenannte Regelung 868 zur Mitentscheidung ins Parlament. Dabei geht es um ungleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen europäischen Fluggesellschaften und z.B. denen aus den Golfstaaten wie Emirates, die nachweislich von den Scheichs finanziell stark unterstützt werden und damit Gesellschaften wie Lufthansa und KLM das Leben schwer machen können. Die Fluggesellschaften bitten uns daher darum, ihnen einen angemessenen „Vorsprung“ zu verschaffen und den anderen Airlines den Zugang zum europäischen Luftraum zu erschweren – im Interesse der Sicherung europäischer Arbeitsplätze. Flughäfen und die Luftverkehrsindustrie wie Airbus haben hingegen keinerlei Interesse, gut zahlende Kunden aus den Golfstaaten zu verprellen, da diese zur Sicherung der Auftragslage (Airbus) sowie der Auslastung (Flughäfen) und damit ihrer (auch europäischer!) Arbeitsplätze beitragen.
- 4) Um mir ein Bild zu machen von den Arbeitsbedingungen a) der Piloten und b) der Schiffslotsen und damit besser beurteilen zu können, ob a) Piloten (im Gegensatz zur mir vorgetragenen Einschätzung der Airlines) bessere Arbeitsbedingungen und mehr Pausen brauchen und b) sich Schiffslotsentätigkeit (im Gegensatz zur Einschätzung aus der maritimen Wirtschaft) schlecht zur Privatisierung eignet, habe ich Praxistage als Crewmitglied und als Lotsenbegleitung absolviert.
- 5) Wenn die Bundesregierung deutsche Abgeordnete auf deutsche Interessen bei gewissen Dossiers hinweist und Einsatz einfordert, ist das ebenso Lobbyismus wie der Hinweis aus Hannover an niedersächsische Abgeordnete, die Privilegierung im VWGesetz zu verteidigen.
- 6) Ein letztes Beispiel: in meiner Meeresgruppe SEARICA laden wir bei allen Themen sowohl Vertreter aus der Wirtschaft, den Ländern/Kommunen als auch von NGOs (nichtRegierungs-Organisationen) ein, um möglichst ausgewogene Lösungen zu ermitteln. Da treffen dann Reederverband, Werftengewerkschaft, Umweltverbände wie WWF und „Seas at risk“ mit Meeresforschern, Hafenbetreibern, der Windkraftbranche und Aquakultur zusammen und diskutieren, wie die Zukunft der maritimen Wirtschaft gesichert werden kann bei gleichzeitig höchstmöglichem Schutz mariner Biodiversität. So etwas ist aus meiner Sicht ausgewogener Lobbyismus. Am wenigsten werden wir übrigens von kleinen und mittelständischen Unternehmen (die die meisten Arbeitsplätze stellen) „lobbyiert“, daher versuche ich, möglichst viele Betriebsbesuche vor Ort einzurichten. Fazit: meines Erachtens können wir nicht auf einen vielseitigen Austausch verzichten – schließlich sind Abgeordnete nicht allwissend und brauchen Anregungen aus der Praxis. Entscheidend ist, unabhängig zu bleiben.

V. Terminvorschau

29.5.-31.5.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Plenum
29.-31.5.	Brüssel	Besucherguppe Frauenförderprogramm
1.6.	Wien	Rede bei der Jahrestagung der AESGP zum Thema Medizinprodukte
6.-8.6.	Brüssel	Fraktion
7.6.	Brüssel	Trilog Binnenschiffahrtsausbildung
8.6.	Essen	LFA Internationale Politik der FDP NRW
9.6.	Hannover	Gespräch Handwerkskammer
10.6.	Hannover	LFA Europa FDP Niedersachsen
12.5.-15.5.	Straßburg	Fraktion, Plenum,

29. Mai 2017

Juni 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Tod von Altbundeskanzler Helmut Kohl hat in allen Beiträgen und Würdigungen Europa in den Mittelpunkt gerückt. Kohl war nicht nur Wegbereiter der deutschen Einheit, sondern auch überzeugter Europäer und Mitinitiator des Euro. Er konnte gut mit den "kleinen" Mitgliedstaaten, brachte Verständnis auf für die eigenwilligen Sonderwege des Vereinigten Königreichs und pflegte gemeinsam mit Francois Mitterand die deutschfranzösische Freundschaft als starkes Fundament der EU. Diese Freundschaft und das Besinnen auf die Werte eines vereinten Europas könnten mit Emmanuel Macron und dem Wahlsieg seiner Bewegung "En Marche" auf ein neues Kapitel zusteuern.

Ich wünsche Ihnen eine erfreuliche Woche!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Im Fokus: Brexit, Trump und Besuch von der Elfenbeinküste

Traditionell gibt es Mittwoch vormittags im Straßburger Plenum immer eine Generaldebatte zu aktuellen Themen, die Europa bewegen und den Rat beschäftigen. Neben Kommentaren zum Wahlausgang in Frankreich standen hier vor allem zwei Ereignisse im Mittelpunkt: die Wahlen in Großbritannien und Trumps Ausstieg aus dem Klimaabkommen. In London hatte sich Premierministerin May durch vorgezogene Wahlen eine Stärkung ihrer Position und damit bessere Chancen bei den anstehenden Brexit-Verhandlungen erhofft. Das Gegenteil ist eingetreten:

ihre Partei musste starke Verluste hinnehmen, sie ist damit jetzt auf die wenigen betont konservativen Abgeordneten aus Nordirland angewiesen, um überhaupt mit Mehrheit regieren zu können. Natürlich freut mich sehr, dass die europaskeptischen UKIPs nicht mehr im Parlament vertreten sind und die Liberalen deutliche Gewinne verzeichnen konnten. Aber was bedeutet der Wahlausgang für den Brexit? Hat nicht die Bevölkerung damit quasi ein Zeichen gegen den Brexit gesetzt? Auch unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt fragte in seiner Rede, ob im Vereinigten Königreich jetzt noch alles so zu deuten ist wie vorher, selbst wenn das Ergebnis des Referendums natürlich nach wie vor dasselbe ist. Chefunterhändler Barnier unterstrich allerdings, dass in Brüssel alles vorbereitet ist für die Austrittsverhandlungen - heute soll es losgehen. Was Trump und seine Klimapolitik betrifft, hatte sich ja bereits abgezeichnet, was er von den Pariser COP21-Beschlüssen hält: nichts. Natürlich beschäftigt jetzt die EU die Frage, ob nach der Verabschiedung der USA aus dem Klimaabkommen in anderen Teilen der Welt - mit Europa als Vorreiter - ambitionierter vorgegangen werden muss, um die vereinbarten Klimaziele trotzdem zu erreichen. Das wird jetzt insbesondere in meinen drei Ausschüssen - Verkehr, Umwelt und Industrie/Energie - bei allen Gesetzgebungen eine Rolle spielen. Erfreulicherweise betreiben ja aber einige Staaten innerhalb der USA - beispielsweise Kalifornien - eine sehr klimafreundliche Politik und werden sich wohl auch von Präsident Trump nicht davon abbringen lassen. Parallel zu unserer Plenarwoche fand in New York - also quasi vor der Haustür des Präsidenten - die große UN-Ozeankonferenz statt, wo weitreichende Beschlüsse zur Statusverbesserung der Weltmeere gefasst wurden.

Eine willkommene Abwechslung von den hitzigen Debatten bot der Auftritt des Präsidenten der Elfenbeinküste, der sich mit einer beeindruckenden Rede an uns wandte. Ich finde es wichtig, durch Besuche afrikanischer Staatsoberhäupter immer wieder aktuelle Informationen über die jeweiligen Probleme und auch Erfolge dieses Kontinents mit durchaus großem Entwicklungspotential zu bekommen.

Ich erinnerte mich während der Rede an einen liberalen Kongress vor einigen Jahren in Elfenbeinküste. Wir besuchten eine der Produktionsstätten für Kakao, die Dank des Eingreifens der Präsidentengattin schon damals insofern nachhaltig waren, als Kinder nur außerhalb der Schulzeiten bei der Ernte eingesetzt werden durften. Verschifft wird der Kakao im Hafen von Abidjan - ein Hafen mit großem Areal, aber noch viel zu geringem Umschlag. Europas Einsatz zur Stärkung der Wirtschaft in den afrikanischen Staaten bleibt eine wichtige Aufgabe.

Staatsbeihilfen für und Besteuerung von Häfen

Als wir im letzten Jahr das "Port Package" mit Regelungen zu Dienstleistungen in Häfen abschlossen, geschah dies mit der Zusage der Kommission, die Vorgaben für Staatsbeihilfen wettbewerbsfreundlich zu gestalten. Im Mai gab die zuständige dänische liberale Kommissarin Vestager dann endlich bekannt, dass Häfen unter die Gruppenfreistellung fallen und Staatsbeihilfen für Investitionen dort genehmigungsfrei möglich sind, sofern sie nicht mehr als 150 Millionen Euro bzw. bei Binnenhäfen 50 Millionen pro Jahr betragen. Das betrifft auch Baggerarbeiten, wobei nicht zwischen Erstausbaggerung und Pflegearbeiten unterschieden wird. Genehmigungsfrei in unbegrenzter Höhe sind Staatsbeihilfen für Hafeninfrastuktur

wie Gleise und Zufahrtstraßen. Diese Entscheidung wurde sehr begrüßt, denn dadurch werden Investitionen unbürokratisch ermöglicht und die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen gestärkt.

Jetzt prüft die Kommission in einem nächsten Schritt, ob die nationale Besteuerung von Häfen sich mit dieser Regelung verträgt oder ob durch die Art der Unternehmenssteuer in einigen Staaten Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU vorliegen. In Deutschland betrifft die Überprüfung die Häfen von Hamburg und Bremen. Hoffentlich herrscht bald Klarheit, damit die maritime Wirtschaft in Ruhe weiterarbeiten kann.

Einsatz von Pestiziden auf Vorrangflächen

Kontrovers diskutiert wurde diese Woche ein Einspruch des Parlaments gegen einen Kommissionsbeschluss, der den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf sogenannten „Vorrangflächen“ verbietet. Vorrangflächen sind 5% der Anbauflächen von Betrieben mit Flächen größer als 15 Hektar, die als ökologisch ausgewiesen werden müssen. Diese Vorrangflächen sind allerdings keineswegs nur für organischen Anbau bestimmt. Das Verbot betrifft den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bei großkörnigen Leguminosen (zum Beispiel Ackerbohnen, Erbsen oder Linsen). Wir haben bei der Abstimmung gegen dieses Verbot gestimmt, da ein solches Verbot den Anbau von Eiweißpflanzen einschränken würde und somit mehr aus Drittstaaten importiert werden müsste. Leider haben wir die Abstimmung mit 13 Stimmen verloren. Dies wird sich zum Nachteil für den Anbau von Eiweißpflanzen auswirken.

Aussprache zu Glyphosat

Nachdem im vergangenen Jahr die Neuzulassung des Unkrautvernichters Glyphosat sehr kontrovers diskutiert wurde, gab es Dienstagnachmittag eine Anhörung der Kommission zum aktuellen Zulassungsstatus. Die Initiatoren der mündlichen Befragung bezogen sich auf Studien, die vom Hersteller Monsanto in Auftrag gegeben wurden und welche als Grundlage der Bewertung der Europäischen Lebensmittelagentur und der Europäischen Chemikalienagentur dienten. Es wurde damit also erneut – aus meiner Sicht zu Unrecht - die Unabhängigkeit der Europäischen Agenturen in Frage gestellt. Derzeit läuft das Verfahren über eine mögliche Verlängerung der Zulassung.

Kommissar Andriukaitis unterstrich, wie ich selbst auch immer wieder betone, die Rolle der Wissenschaft und verwies auf die Arbeit der Agenturen. Es gab unzählige Gutachten der Daten, auch sogenannte PeerReview-Studien, und die Agenturen sind sich einig, dass Glyphosat bei sachgemäßer Anwendung nicht krebserregend ist. Diesen Befund teilen andere Agenturen weltweit. Es ist deshalb wichtig, die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu respektieren und sich nicht von emotional geführten Debatten beeinflussen zu lassen. Dennoch bleibt den EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, Vorschriften für den Einsatz zu erlassen oder den Einsatz ganz zu verbieten.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt - Einigung in Sicht (Berichterstatteerin)

Seit gut einem Jahr arbeite ich federführend für das Parlament an der europäischen Ausbildung für Binnenschiffer, seit Herbst führen wir Gesetzesverhandlungen mit dem Rat. Die ersten beiden Trilogie letztes Jahr unter slowakischer Ratspräsidentschaft zeigten bereits, dass es nicht einfach wird, sich auf einen gemeinsamen Text zu einigen. Grund: fast die Hälfte der Mitgliedstaaten wollte aus unterschiedlichen Gründen vom Gesetz ausgenommen werden. Da es aber um die Anerkennung eines europäischen Zertifikats - quasi eines "Führerscheins" für die verschiedenen Berufsstände vom Matrosen bis zum Schiffsführer in der Binnenschifffahrt - und damit um Arbeitnehmermobilität geht, konnten wir dies nicht akzeptieren. Nach zahlreichen Treffen und informellen Gesprächen mit der maltesischen Ratspräsidentschaft zeichnet sich jetzt eine Lösung ab, die aber noch in einem für Ende Juni angesetzten Trilog bestätigt werden muss. Danach könnten drei Staaten von der Umsetzung in nationales Recht befreit werden: Malta und Zypern, weil sie gar keine Wasserstraßen haben, und Dänemark, weil der einzige Fluss Gudenå Naturreservat und ziemlich zugewachsen ist und daher nur von Kanus befahren werden kann. Alle anderen Staaten müssen das Gesetz umsetzen, zumindest was die Anerkennung der Ausbildungen angeht. Mehr dazu im nächsten Newsletter, denn dann haben wir voraussichtlich ein einvernehmliches Ergebnis.

CO2-Reduktion in der Luftfahrt - Stop the Clock (ALDE-Berichterstatteerin)

Bereits zum dritten Mal wird über einen Ausschluss von Flügen von und nach Drittstaaten aus dem Europäischen Emissionshandelssystem beraten. Die Kommission hat den Vorschlag gemacht, da sich im Gremium der internationalen Luftfahrtorganisation ICAO auf ein globales System zur CO2-Reduktion im Flugverkehr geeinigt wurde - eine Forderung, die ich seit langem im Europäischen Parlament vertrete. Vor einigen Jahren war die damalige Klimakommissarin Heedegaard unter massiven Druck geraten, da Airlines aus Drittstaaten sowie Drittstaaten selbst sich gegen die Klimaabgabe der EU geweigert hatten. Sie hätten beispielsweise für einen Flug von New York nach Frankfurt für die gesamte Strecke Zertifikate erwerben müssen, obwohl nur ein Bruchteil über europäischem Terrain liegt. Gegenmaßnahmen wurden provoziert - Annullierungen von Airbus-Bestellungen in Drittstaaten oder das Androhen des Entzugs von Überflugrechten über andere Länder. Die von uns befürwortete globale Lösung - CORSIA - ist nun vereinbart, und nun gilt es, für das ETS noch so lange eine Ausnahmeregelung zu schaffen, bis das weltweite System für alle Flüge Anwendung findet und umgesetzt wird, um letztendlich die europäische Insellösung ETS abzulösen. Diese Position vertrete ich sowohl als Berichterstatteerin der Liberalen im Verkehrsausschuss, der

eine Stellungnahme abgibt, sowie in den Diskussionen im Industrieausschuss und im federführenden Umweltausschuss.

Strategie für die Raumfahrt (Berichterstatte(r)in)

Die Kommission verfolgt mit Ihrem Vorschlag das Ziel, eine Europäische Strategie für Raumfahrt zu entwickeln - eine Initiative, die ich sehr unterstütze. Die EU hat einen Anteil von 21 Prozent in dem Sektor weltweit und etwa 230.000 Beschäftigte. Diese Position muss weiter ausgebaut werden.

Raumfahrttechnologie spielt eine große Rolle für den Transportbereich. Ich habe als Berichterstatte(r)in der Stellungnahme diesen Ansatz weiterverfolgt. Bei unserer Ausrichtung sollten wir einen technologieneutralen Ansatz fahren, weswegen ich der Meinung bin, dass alle Akteure in Entscheidungen einbezogen werden sollten. Die Raumfahrttechnologie wird künftig bei der Interoperabilität verschiedener Verkehrsträger und bei der Bewältigung eines wachsenden Verkehrsaufkommens durch intelligente Systeme unabkömmlich sein, ebenso beim Monitoring oder beim Luftverkehrsmanagement, auch bei illegalen Aktivitäten wie Verklappung von Abwasser auf See. In der Zukunft wird es noch mehr darauf ankommen, via Satellit Verkehrsströme zu verfolgen, zum Beispiel genaue Flugbewegungen. Da der Wettbewerb in diesem Sektor weltweit sehr stark ist, ist es für die EU umso wichtiger, Forschung und Entwicklung in dem Bereich zu unterstützen, der auch großes Potential für Arbeitsplätze bietet.

Saubere Energie für alle Europäer

Im Herbst 2014 einigte sich die EU, die Treibhausgasemissionen in Europa um mindestens 40 % bis 2030 zu reduzieren. Als Antwort auf das Pariser Übereinkommen COP 21 veröffentlichte die Kommission im November letzten Jahres ein umfangreiches Paket von Gesetzesvorschlägen unter dem Titel „Saubere Energie für alle Europäer“, das zur Umsetzung dieser vereinbarten Ziele für die Klima- und Energiepolitik beitragen soll.

Ziel dieser Maßnahmen ist es auch, dafür zu sorgen, dass die EU beim Übergang zu einem umweltfreundlichen Energiesystem wettbewerbsfähig bleibt und sogar eine Vorreiterrolle übernimmt. Außerdem soll es eine Chance für die Modernisierung der europäischen Wirtschaft sein. Das soll durch drei Kernziele erfolgen: 1) Energieeffizienz als oberste Priorität, 2) Führungsrolle der EU im Bereich der erneuerbaren Energien, und 3) ein faires Angebot für Verbraucher. Konkret soll Energieeffizienz bis 2030 um 30 % verbessert werden. Der Anteil an erneuerbaren Energien soll am allgemeinen Energieverbrauch um mindestens 27 % erhöht werden und die Preise sollen sich stärker am Markt orientieren. Wenngleich das Ziel für die EU insgesamt verbindlich ist, sind auf nationaler Ebene keine verpflichtenden Ziele vorgegeben. Außerdem soll der Strommarkt neu gestaltet, die Stromversorgung besser gesichert und ein Governance Rechtsrahmen geschaffen werden. Verbraucher und Unternehmen sollen eine aktivere Rolle in der Gestaltung des Energiemarktes und ihrer eigenen Energieversorgung einnehmen, unter anderem

durch die Einführung intelligenter Zähler. Energiearmut soll auch bekämpft werden. Die Maßnahmen betreffen alle Branchen im Zusammenhang mit Energie: Forschung und Innovation, Qualifikationen, Gebäude, Industrie, Verkehr, digitale Wirtschaft, Finanzen.

Ich begrüße diesen Gesetzesvorschlag, da ich davon überzeugt bin, dass wir unsere Energieversorgung im 21. Jahrhundert anders gestalten müssen. Allerdings bin ich der Auffassung, dass wir kein weiteres bindendes Ziel benötigen, wie zum Beispiel ein bindendes Energieeffizienz-Ziel. Wir haben in der EU den Emissionshandel. Ein weiteres verpflichtendes Ziel kann Zielkonflikte verursachen. Zudem ist das, was die Kommission vorschlägt, eher ein Verbrauchsminderungsziel. Es ignoriert Konjunktur, Wachstum und äußere Einflüsse. Hier benötigen wir Flexibilität. Mir ist es wichtig, dass dieser Gesetzesvorschlag das richtige Maß zwischen Klimaschutz und dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Industrie findet, denn ohne eine wettbewerbsfähige Industrie fehlt es uns auch an Kapital, um in innovative Technologien zu investieren und dabei energieeffizienter zu werden. In diesem Sinne ist es auch entscheidend, dass wir Investitionen auf mehreren Ebenen fördern, EU-Förderinstrumente wie das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizon 2020 effizient einsetzen und eine engere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Industrie ermöglichen. Dafür werde ich mich in dem Eigeninitiativ-Bericht ‚Accelerating Clean Energy Innovation‘, für den ich ALDE-Berichterstellerin bin, auch zukünftig einsetzen.

Es gibt nur eine Sache, die bei dieser Energiewende meines Empfindens zu wenig berücksichtigt wird: die potenzielle Energie, die aus dem Ozean kommen kann. Den Prognosen zufolge werden Wellenenergie und Gezeitenenergie über kurz oder lang 10 % der Energieversorgung von Europa ausmachen können. Ich setze mich dafür ein, dass auch diese Perspektive eingebracht wird.

Dienstleistungskarte e-card: Bessere Dienstleistungen durch weniger Bürokratie

Dienstleistungen machen zwei Drittel der Wirtschaftsleistung der EU aus und schaffen 90 % aller neuen Arbeitsplätze. Dennoch ist das Potenzial des Dienstleistungssektors im europäischen Binnenmarkt noch längst nicht erreicht. Grund dafür sind u.a. nationale Verwaltungshürden, regulatorische Hindernisse bei der grenzüberschreitenden Unternehmensgründung, mangelnde Kommunikation zwischen den Behörden der jeweiligen Mitgliedstaaten oder nationale Unterschiede in den Anforderungen für Versicherungen. Die Einführung einer neuen Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte, zusammen mit zwei anderen Maßnahmen des Dienstleistungspakets der Kommission, soll zur Bewältigung dieser Probleme beitragen. Dieser Vorschlag soll in einem ersten Schritt für Unternehmens- und Baudienstleistungen gelten und soll freiwillig bleiben. Sie soll es den Unternehmensdienstleistern erleichtern, die Verwaltungsformalitäten zu erfüllen, die für eine Dienstleistungstätigkeit im Ausland vorgeschrieben sind. Statt sich mit ausländischen Verwaltungsbehörden in einer Fremdsprache austauschen zu müssen, müssen die Dienstleister jetzt nur noch mit einem einzigen Ansprechpartner in ihrem Heimatland und in ihrer eigenen Sprache kommunizieren. Dieser

Ansprechpartner übernimmt die Verantwortung, Bewerbungsunterlagen und Anforderungen zu prüfen, und leitet sie erst dann an den Aufnahmemitgliedstaat weiter. Damit soll das Hin-und-Her zwischen den Behörden, was Zeit und Geld kostet, vermieden oder zumindest verringert werden. Außerdem soll dieses Verfahren elektronisch durchgeführt und alle Daten elektronisch erfasst werden. Damit können die Verwaltungskosten vermindert werden und die teure Zertifizierung der erforderlichen Dokumente fällt weg. Die elektronische Dienstleistungskarte soll auch die Anerkennung der Versicherungen im Heimatland erleichtern.

Natürlich bleibt der Aufnahmemitgliedstaat für die Anwendung seiner nationalen Vorschriften zuständig und behält das Recht, die Arbeitserlaubnis gegebenenfalls zu erteilen. Auch die Rechte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bleiben unberührt. Es ist auch wichtig zu unterstreichen, dass diese Karte keine regulatorische Harmonisierung der verschiedenen nationalen Vorschriften vorsieht.

Ich halte diesen Vorschlag für grundsätzlich hilfreich. Durch die Vereinfachung der bürokratischen Verfahren und der grenzüberschreitenden Unternehmensgründung können wir unseren Dienstleistungsbinnenmarkt wettbewerbsfähiger machen und damit auch eine höhere Auswahl und niedrigere Preise für die Verbraucher anbieten. Allerdings ist noch zu abzuwarten, in wie weit die Industrie dieses neue Verfahren auch wirklich nutzen wird. Stellungnahmen, die uns aus den betroffenen Bereichen bislang zugesandt wurden, beinhalten viele Kritikpunkte und Änderungswünsche.

Die ersten Abstimmungen finden im federführenden Binnenmarktausschuss sowie im Industrieausschuss im September statt.

Seminarreise politisch interessierter Frauen nach Brüssel

Ende Mai habe ich die Teilnehmerinnen des Frauenförderprogramms der Friedrich-Naumann-Stiftung nach Brüssel eingeladen. Ich freue mich immer besonders auf diese Besuchergruppe, denn sie besteht aus sehr interessierten und hochmotivierten Frauen aus ganz verschiedenen beruflichen Hintergründen, die Eines gemeinsam haben: Lust, unsere Gesellschaft anhand von liberalen Ideen voranzubringen. Das drei-Tage-Programm bestand dementsprechend aus vielen und hochrangigen Terminen. Zum Auftakt des Programms gab es ein Gespräch mit dem Leiter des Regionalbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung in Brüssel, Herrn Hans Stein, wo die Gruppe über die Arbeit der Stiftung erfuhr und so die ersten Eindrücke von der europäischen Hauptstadt sammelte. Als nächstes ging es zur Geschäftsstelle der ALDE-Partei, wo der Leiter der Abteilung für Politik, Philipp Hansen, über die grenzüberschreitende Arbeit der europäischen liberalen Partei berichtete und die Frauen mit wertvollen Ideen für den bevorstehenden Wahlkampf rüstete. Nach einem Gespräch über Verkehr und digitale Infrastruktur in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik trafen wir uns im Zentrum zum gemeinsamen Abendessen. In einem traditionellen Fischrestaurant auf der Place Ste. Catherine im historischen Zentrum Brüssels, erzählten wir in kleiner Runde, wie wir als Frauen den Liberalismus erleben und täglich mitgestalten.

Am nächsten Tag kamen die Frauen ins Europäische Parlament, wo sie sich mit drei liberalen Abgeordneten zu Außen-, Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik

austauschten: mit dem ehemaligen slowenischen Außenminister und Botschafter in Berlin Ivo Vajgl, meinem FDP-Kollegen aus BadenWürttemberg Michael Theurer und der österreichischen Vizepräsidentin der ALDE-Partei Angelika Mlinar.

Zusätzlich gab es auch Gespräche mit der Pressereferentin und einem Fraktionsreferenten der liberalen Fraktion im Parlament (ALDE). Nachmittags nahmen die Frauen an einer Sitzung des Verkehrsausschusses teil, wo es um den hochpolitisierten Vorschlag für ein Interrailticket ging. Der Tag endete mit einer Stadtführung, die vom europäischen Viertel bis runter in die Altstadt führte. Den letzten Vormittag verbrachte die Gruppe mit einem Besuch beim Hanse-Office, gefolgt von der Teilnahme an einer Fraktionssitzung der ALDE-Fraktion, wo gerade über einen Entschließungsantrag zur Bekämpfung des Antisemitismus debattiert wurde.

Ich hoffe, dass dieser Besuch die Frauen davon überzeugt hat, dass es sich lohnt, sich für eigene Ideen auch auf europäischer Ebene einzusetzen und sich untereinander zu unterstützen. Ich wünsche ihnen weiterhin alles Gute und freue mich auf ein Wiedersehen.

Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung

Anfang Juni hat eine Gruppe von Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung aus Deutschland, Estland, Griechenland und Ungarn die europäische Hauptstadt Brüssel besucht. Ich habe sie zum Auftakt des Programms namens „Europaforum: My Europe in the Age of Populism“ auf ein Mittagessen im Europäischen Parlament getroffen. Später trafen sich die Stipendiaten mit anderen Europaabgeordneten, besuchten die ALDE-Partei und nahmen an einer Sitzung meiner liberalen Fraktion im Parlament teil. Außerdem besuchten sie einen Workshop für Verhandlungssimulation. Ich hoffe, sie hatten einen interessanten Aufenthalt in Brüssel und wünsche Ihnen noch viel Erfolg für Ihre beruflichen Projekte.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Sicherheit von Passagierschiffen, Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz, EASA, Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft;
- Demnächst im Trilog: Typengenehmigung; Luftverkehrspaket,
- Im Ausschuss: Strategie für emissionsarme Mobilität, Grenzüberschreitende Paketzustelldienste, Aussetzung des Emissionshandels für den Luftverkehr („Stop The Clock“)

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Rede auf der Jahrestagung der Arzneimittelhersteller (AESGP) in Wien

Es ist immer wieder eine gute Gelegenheit zum Austausch, als Rednerin an einer Tagung des Europäischen Arzneimittelherstellerverbandes AESGP teilzunehmen, diesmal bei der Jahreshauptversammlung in Wien, auf welcher rund 500 Repräsentanten von Arzneimittelherstellern weltweit vertreten waren. Als Berichterstatterin der Liberalen sprach ich zur Medizinprodukte-Verordnung, welche sich derzeit in der Umsetzungsphase befindet. Besonders wichtig ist für die Hersteller, dass die Kommission möglichst rasch mit der Benennung der sogenannten „benannten Stellen“ beginnt, da diese wiederum das Genehmigungsverfahren für Medizinprodukte ausgestalten und die Kriterien liefern, die Hersteller bei der Beantragung erfüllen müssen. Es ist im Interesse Aller, und nicht zuletzt aller Patienten, eine schnelle Umsetzung der Verordnung zu garantieren, damit keine Engpässe bei der Versorgung entstehen.

Treffen mit den Unternehmensverbänden Niedersachsen in Brüssel

Wenn der UVN nach Brüssel kommt, ist ein Treffen zum Austausch über aktuelle Fragen für niedersächsische Abgeordnete quasi Pflicht, wenn es zeitlich einzurichten geht. Mit einigen Verbandsvertretern sprach ich schon beim Empfang des niedersächsischen Wirtschaftsministers - der kurioserweise in der Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen stattfand, da die niedersächsische Landesregierung durch den Abriss eines Nachbarhauses vorübergehend "lahmgelegt" war. Am nächsten Abend gab es ein Essen mit Kommissar Günter Öttinger, der - wie immer unterhaltsam und auf den Punkt gebracht - von seiner Arbeit und aktuellen Vorhaben der Kommission berichtete und für einen engagierten Weiterbau des "europäischen Hauses" warb. Als I-Tüpfelchen gab es für mich ein Wiedersehen mit gut bekannten Liberalen, denn neben der Unternehmerin Tanja Kühne gehörten auch Patrick Döring, MdB a.D. und Jörg Bode, MdL, zur Delegation.

Zwischenstopp auf der Heimreise: Diskussion über internationale Politik in Essen

Einen schönen Tagungsort hatte sich der Landesfachausschuss (LFA) Internationale Politik aus Nordrhein-Westfalen ausgesucht: ein Restaurant mit Seeblick am Fuß der Villa Hügel in Essen, Stammsitz der Familie Krupp. Wie immer bei solchen Treffen folgte auf meinen Bericht aus dem Parlament im allgemeinen und aus meinen Ausschüssen im Besonderen eine ausgiebige Diskussion zu sehr unterschiedlichen Themen: Wahlen in Mexico, Krise in Venezuela, Emissionsgrenzwerte für Kohlekraftwerke, Kreislaufwirtschaft, Stahlindustrie, Energieeffizienz, Natura 2000.....Das Wechseln zwischen den Themenfeldern kenne ich ja aber nicht nur wegen meiner diversen Zuständigkeiten, sondern auch von früheren LFA-Treffen.

Auf jeden Fall war dies ein sehr interessanter und intensiver Zwischenstopp, bevor ich per Zug meine Heimfahrt fortsetzte.

Handwerkskammer Hannover: Meisterbrief und duale Ausbildung

Wann immer die Kammern ein europapolitisches Anliegen haben, laden sie die Abgeordneten ihres Wahlkreises zum Gespräch. Bei den Handwerkskammern gibt es zur Zeit Gesprächsbedarf über die ecard (s.o.) und vor allem über die Dienstleistungsrichtlinie. Die europäischen Grundfreiheiten sollen die freie Mobilität für Menschen, Waren, Dienstleistungen und Finanzen innerhalb der EU garantieren. Im Bestreben, den Binnenmarkt noch "gängiger" zu machen, gibt es immer wieder Vorschläge aus der Kommission zur "Harmonisierung" von Ausbildungen und Abschlüssen - so auch dieses Mal. Die Idee ist ja auch im Prinzip gut und richtig, die Frage ist nur jedes Mal, was als Basismodell für die Harmonisierung gewählt wird. Unsere duale Ausbildung gilt zwar auch im Ausland als Erfolgsmodell und der Meistertitel steht für Qualität. Da die meisten Staaten aber andere Ausbildungssysteme haben und empfindlich reagieren, wenn ihnen etwas "übergestülpt" werden soll, gerät unser Modell immer wieder in Gefahr, einer Nivellierung zum Opfer zu fallen. Dies gilt es nun zu verhindern.

IV. Europa unter der Lupe

Der „Trilog“ - Verhandlungsrunden mit Parlament, Rat und Kommission

Über jeden Gesetzesvorschlag der Kommission berät das Parlament, indem es Änderungsvorschläge einbringt. Dazu wird der Vorschlag formell an das Parlament übermittelt. Zuerst wird dann festgelegt, welcher Ausschuss sich mit dem Vorschlag federführend befasst. Innerhalb eines Ausschusses wird dann der Vorschlag an eine Fraktion „versteigert“. Dies geschieht nach einem ausgeklügelten Punktesystem, nach Fraktionsgröße gestaffelt. Die Fraktion, die die meisten Punkte bietet und die Federführung über den Vorschlag erhält, stellt den Berichterstatter. Er (oder sie) erstellt eine Liste an Änderungsvorschlägen zum Kommissionsvorschlag, den sogenannten „Bericht (des Ausschusses)“. Darüber hinaus bestimmt er den Zeitplan, führt die Verhandlungen mit anderen Fraktionen und den anderen Institutionen. Er ist für diesen Vorschlag verantwortlich für das Parlament. Andere Fraktionen benennen ebenfalls jeweils eine/n verantwortlichen Abgeordneten, die sogenannten Schattenberichterstatter (oder auch „Berichterstatter der Fraktionen“). Sie sind erste Ansprechpartner für den Berichterstatter, wenn er mit den Fraktionen verhandelt. Außerdem erstatten sie ihrer eigenen Fraktion jeweils Bericht über den Fortgang des Gesetzgebungsprozesses.

Zusammen mit den „Schatten“ begleitet der Berichterstatter den Prozess durch den Ausschuss bis zur Plenarabstimmung. Dann werden durch das Verhandler-Team des Parlaments (Berichterstatter und Schattenberichterstatter) die Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission aufgenommen, um sich auf einen finalen Gesetzestext zu einigen. Diese Verhandlungen werden „Trilog“ genannt, da alle 3

europäischen Institutionen – Rat, Kommission und Parlament – vertreten sind. Arbeitspapier ist ein sogenanntes „4-Spalten-Dokument“, in dem jeweils nebeneinander Paragraph für Paragraph die Texte der Kommission, des Parlaments und des Rates der Fachminister aufgeführt sind. Die 4. Spalte ist eigentlich die entscheidende: da wird – falls die Texte nicht identisch sind, was häufig der Fall ist – vermerkt, ob es einen Kompromisstext gibt und wie der lauten könnte oder ob dieser Punkt für einen der Verhandlungspartner eine „rote Linie“ darstellt, falls die eigene Position nicht übernommen wird. Für den Rat verhandelt ein Team der jeweiligen Ratspräsidentschaft – bis Ende Juni also Malteser, ab 1. Juli ein Team aus Estland. Die Esten sitzen jetzt immer schon dabei, damit sie informiert sind, falls das Gesetz von ihnen weiter verhandelt werden muss.

Meine Verhandlung zur Binnenschifffahrt wird voraussichtlich noch mit dem maltesischen Team erfolgreich beendet werden können. Es kommt aber auch immer wieder vor, dass es gar keine Einigung gibt – in dem Fall wird der gesamte Vorschlag an die Kommission zurück geschickt. Diese Gesetzesprozesse können sehr langwierig sein und mehrere Jahre dauern. Wenn das Verfahren erfolgreich abgeschlossen werden kann, wird es offiziell vom Parlament und vom Rat beschlossen und von allen Mitgliedstaaten unterzeichnet. Innerhalb einer festgelegten Frist – meist ca. 3 Jahre – muss dann diese europäische Regelung in nationales Recht umgesetzt und angewandt werden. Etwa 80 % unserer deutschen Gesetze haben ihren Ursprung in der EU – unser Alltag ist also „europäisch“.

V. Terminvorschau

19.-22.6	Brüssel	Ausschüsse, Rede BDI, deutsch-irische Studentengruppe
20.6.	Brüssel	Veranstaltung "Maternal health of refugees"
22.6.	Brüssel	Offshore-Konferenz der Meeresgruppe SEARICA
26.-29.6	Brüssel	Fraktion, IHK-Nordic-Talk, Frauen-Business-Netzwerk
27.6.	Brüssel	Trilog Qualifizierung von Binnenschifffern
30.6.	Rostock	Besichtigung der Hybrid-Fähre Rostock-Gedser
1.7.	Kassel	Liberale Frauen, geschäftsführender Bundesvorstand
3.-6.7.	Straßburg	Fraktion, Plenum
6.7.	Herrenberg	Quartal Liberal
8.7.	Köln	Liberale Frauen, Bundesvorstand

19. Juni 2017

Juli 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

dieses Mal schreibe ich Ihnen nicht direkt nach der Plenarsitzung in Straßburg, sondern nehme die letzte Brüsseler Sitzungswoche vor unserer Sommerpause mit dazu.

Die Plenarwoche in Straßburg stand ganz im Zeichen der kürzlich verstorbenen Simone Veil - zu Recht: diese große Europäerin und Frauenrechtlerin hat die Entwicklung der EU entscheidend geprägt. Als Jüdin, die Auschwitz überlebt hat, setzte sie sich für Versöhnung auf Basis von Rechtsstaatlichkeit und Werten ein. Als französische Gesundheitsministerin stritt sie für die Entkriminalisierung der Abtreibung. Simone Veil war die erste Präsidentin des Europäischen Parlaments und später Vorsitzende der liberalen Fraktion - daher nahm auch unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt die Ehrung in der Feierstunde des Parlaments vor.

Weitere wichtige Themen waren der G20-Gipfel und die Übergabe der Ratspräsidentschaft von Malta an Estland. Die in diesem Bereich vorbildlichen Esten setzen in den nächsten Monaten ganz auf Digitalisierung - wir dürfen gespannt sein!

Ich wünsche Ihnen schöne Sommerwochen und melde mich wieder nach unserer Parlamentspause.

Alles Gute!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Übergabe der Ratspräsidentschaft von Malta an Estland

Das kleinste Land der EU beendet seine erste Ratspräsidentschaft und kann auf eine erfolgreiche Zeit zurückblicken. Aufgrund der eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten durch die Größe des Landes ist das Erreichen bestimmter Ziele besonders wertzuschätzen.

Konfrontiert mit dem Brexit-Referendum schaffte es Malta, die 27 EU Staaten zusammen zu halten und die Ängste eines Auseinanderfallens zu relativieren. Auch die Unterschriften zur Abschaffung von Roaming-Kosten wurden innerhalb der letzten 6 Monate erreicht. Die Verhandlungen zum Thema öffentliches W-Lan und Copyright-Reformen wurden vorangebracht. Beim Thema Energie wurde ein Rahmen bis 2030 entworfen, der Energieeffizienz und Gebäudeenergieeffizienz umfasst. Gesundheit, Handel, Sicherheit und Gerechtigkeit, Migration und Landwirtschaft waren Bestandteile der Verhandlungen der letzten 6 Monate.

Ich persönlich möchte auch meinen Dank an die Malteser aussprechen, da ich auf mehreren Gebieten (Transport, Maritimes, Klima und Umwelt) eng mit ihnen zusammengearbeitet habe und wir erfreuliche Ergebnisse erzielen konnten. Hierbei beziehe ich mich erstens auf die interministerielle Konferenz auf Malta mit Kommissar Karmenu Vella. Die Themen waren „blaues Wachstum“ (nachhaltiges Wachstum im gesamten maritimen Sektor), die Weiterentwicklung der Wirtschaftskraft im Mittelmeerraum, sowie maritimer Tourismus.

Zweitens danke ich für die Unterstützung und den starken Einsatz von Präsidentin Marie-Louise Coleiro Preca, die sich dem Thema Muttergesundheit bei Flüchtlingsfrauen gezielt angenommen hat (s.S. 8). Auch im maritimen Bereich konnte ich immer auf maltesische Unterstützung bauen, wobei hier das Thema Berufsausbildung in der Binnenschifffahrt hervorzuheben ist, was Malta aufgrund fehlender Binnengewässer eigentlich nicht betrifft. Trotzdem konnte sich ihr Verhandlungsteam auch gegen kritisierende, größere Staaten durchsetzen und trug einen großen Teil dazu bei, dass die Arbeitnehmermobilität durch eine Angleichung von Zertifikaten eindeutig verbessert wurde.

Die Übergabe der Ratspräsidentschaft von Malta mit 430.000 Einwohnern an Estland mit 1,3 Mio. Einwohnern lief nicht so unspektakulär ab, wie erwartet. Durch die lautstarke Kritik von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über fehlenden Respekt der Mitglieder des Europaparlaments - aufgrund der Abwesenheit von vielen Abgeordneten - geriet die Veranstaltung in die Schlagzeilen. Die Kritik wurde von Parlamentspräsident Antonio Tajani zurückgewiesen, da parallel 77 weitere Besprechungen stattfanden, bei denen der Großteil der Abgeordneten anwesend sein musste.

Der Ministerpräsident Estlands, Jüri Ratas, verwies bereits auf den Schwerpunkt der estnischen Ratspräsidentschaft: „Das digitale Europa und der freie Datenverkehr“. Hierbei ist Estland einer der Vorreiter, denn fast alle Behördengänge können dort online erledigt werden. Weitere Ziele und Themen sind schnelleres Internet (5G), mehr Zusammenarbeit bei Sicherheit und Verteidigung, die Energieunion, sowie der Kampf gegen den Klimawandel.

Fischereitourismus als Alternative zum traditionellen Fischfang

Der Großteil des Fischereisektors hängt fast vollständig von traditionellen Arten des Fischfangs ab. Angesichts der Tatsache, dass sich die Situation der traditionellen Fischerei zunehmend verschlechtert, ist das problematisch. Das liegt zum Beispiel daran, dass sich Fischereigründe verlagern, nicht besonders ergiebig sind und der Fischerberuf an Attraktivität verliert. Deshalb können sich immer mehr vom Fischfang lebende Gemeinden nicht mehr auf die klassische Fischerei allein verlassen.

Damit sich die Gemeinden erholen und existenzfähig bleiben, müssen neue Lösungen gefunden werden. Eine Methode ist fischereibezogener Tourismus, denn europäische Küstengebiete, insbesondere am Mittelmeer, aber auch am Atlantik, an der Ostsee und am Schwarzen Meer, gehören schon jetzt zu den beliebtesten Touristenzielen. Bootsausfahrten mit oder ohne Fischfang, die von Fischern in ihren

Fischereifahrzeugen angeboten werden, gehören wohl zu den größten Attraktionen, die Touristen angeboten werden können.

Das ist prinzipiell eine gute und richtige Idee, allerdings müssen einige Punkte beachtet werden. Es ist wichtig, dass es die Schwierigkeiten mit Fischbeständen nicht verschärft, denn in manchen Regionen wie der Ostsee macht die Freizeidfischerei bereits einen großen Anteil der Fangquoten aus. Außerdem muss dafür gesorgt werden, gemeinsame Regeln für die Sicherheit der Schifffahrt und die hygienisch-sanitären Auflagen für Fahrzeuge zu schaffen. Zu guter Letzt muss der Verwaltungsaufwand - also Genehmigungs- und andere bürokratische Verfahren - verringert werden. Abschließendes Fazit: Alles in allem eine gute Initiative, bei der man aber Vorsicht walten lassen muss.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Neue Ausbildungsvorschriften in der Binnenschifffahrt (Berichterstatterin)

Nachdem Ende des letzten Jahres schon zwei Trilogie mit der slowakischen Präsidentschaft stattgefunden hatten, wurde es etwas ruhig um meinen Bericht über die zukünftigen Ausbildungsvorschriften für Binnenschiffer. Hintergrund war der ungelöste Streit um den Anwendungsbereich der Richtlinie. Mitgliedstaaten ohne oder mit nur wenigen Wasserwegen wollten von der Richtlinie ausgenommen werden. Das Parlament argumentierte, es sei nicht entscheidend, ob es in einem bestimmten Land Binnenschifffahrt gibt oder nicht. Es geht ja bei dem Gesetzestext zur Ausbildung nicht um Flüsse, sondern um Menschen, die aus diesem Land (eventuell anderswo) in der Binnenschifffahrt arbeiten möchten.

Den Durchbruch brachte erst ein Gespräch in kleinem Kreis, zu dem ich die maltesische Präsidentschaft und Vertreter von Mitgliedstaaten mit und ohne Wasserwege eingeladen hatte. Am Ende stand wie immer ein Kompromiss, mit dem alle leben konnten. Staaten, die überhaupt keine schiffbaren Wasserwege haben, sind von der Richtlinie grundsätzlich ausgenommen (z.B. Zypern, Malta). Staaten, deren Binnenwassernetz nicht mit den Nachbarländern verbunden ist (z.B. Finnland, Portugal), müssen nur einen Teil der Artikel anwenden. Damit konnten wir sicherstellen, dass diese Staaten die neuen EUZeugnisse und Qualifikationen auf ihrem Gebiet akzeptieren, auch wenn sie nicht bereit und ohne dass sie gezwungen sind, ihre eigene Ausbildung nach den neuen gemeinsamen Regeln umzustellen. Die Kommission half, eine juristisch wasserfeste Formulierung für diesen Kompromiss zu finden und der gordische Knoten war gelöst.

Nun brauchte es nur noch ein technical meeting am 20. Juni und einen abschließenden Trilog am 27. Juni, um alle restlichen offenen Punkte zu klären. Einige Forderungen musste ich als Verhandlungsführerin für das Parlament natürlich am Ende aufgeben, aber dafür konnte ich einige Zukunftsthemen für den Sektor durchsetzen: Binnenschiffer, die mit Fahrgästen zu tun haben, müssen in Zukunft

Englischkenntnisse nachweisen. Das war mein Vorschlag, denn diese Personen sind im Notfall für Evakuierung und Versorgung der Passagiere verantwortlich. Die Kommission verpflichtet sich außerdem, an einer Umstellung auf elektronische Dokumente für die Binnenschifffahrt zu arbeiten. Ziel ist, dass Binnenschiffer wie LKW-Fahrer eine digitale Fahrerkarte besitzen, auf der ihre verschiedenen Qualifikationen gespeichert sind und auch Arbeits- und Fahrzeiten aufgezeichnet werden. Das erleichtert den Informationsfluss zwischen allen Beteiligten, erschwert Betrügereien und hilft auch der Wasserschutzpolizei bei ihren Kontrollen. Deutschland konnte hingegen eine lange Übergangsfrist für Schiffer erwirken, die auf Fähren beschäftigt sind. Auch wenn das Parlament skeptisch gegenüber dieser Sonderregelung für Fähren war, schien sie mir am Ende nachvollziehbar. Rentner, die heute in ihrer Freizeit auf kleinen Fähren arbeiten, verlieren somit nicht gleich ihre Fahrerlaubnis, weil es für sie zu aufwendig ist, sich nach den neuen EURegeln nachzuqualifizieren.

Diese Woche hat der Transportausschuss das Verhandlungsergebnis aus dem Trilog bestätigt. Jetzt werden die Sprachjuristen jede einzelne Zeile unseres englischen Textes nochmals überprüfen, damit am Ende ein juristisch sauberer und sprachlich korrekter Gesetzestext steht, der dann in alle 24 Amtssprachen übersetzt wird. Ende Oktober kann das Plenum dann voraussichtlich den finalen Text annehmen.

International Ocean Governance (ALDE-Berichterstatterin)

Im vergangenen November hat die Europäische Kommission eine gemeinsame Mitteilung zum Thema International Ocean Governance veröffentlicht. Das Dokument ist die bisher wichtigste maritime Initiative in diesem Mandat. Hinter dem etwas sperrigen Titel versteckt sich das Vorhaben, Meerespolitik auf internationaler Ebene voranzubringen. In Europa hat sich hier nach der Einführung der Integrierten Meerespolitik (IMP) von 2007 viel getan. Höhepunkt war die Verabschiedung einer Richtlinie zu einer europaweiten Einführung einer maritimen Raumordnung, für die ich 2014 Berichterstatterin des Europäischen Parlaments war.

Der Großteil der Ozeane befindet sich nicht unter nationaler Gerichtsbarkeit, sondern ist international. Probleme wie Meeresmüll, illegale Fischerei oder Piraterie, aber auch neue Entwicklungen wie der Abbau von Bodenschätzen in der Tiefsee bedürfen dementsprechend dringend eines globalen Ansatzes. Außerdem sind viele Länder und Regionen noch nicht in der Lage, Ansätze wie den einer maritimen Raumordnung umzusetzen. Deswegen ist es wichtig, dass die EU im Rahmen einer internationalen aber auch transregionalen Kooperation etwa mit Staaten in Afrika und Asien eng zusammenarbeitet, um ein besseres Management der natürlichen Ressourcen zu erzielen.

Unter Präsident Trump hat sich zudem die USA als eine der führenden maritimen Nationen weitgehend aus der internationalen Kooperation im Bereich Umweltschutz oder Forschung zurückgezogen. Dementsprechend ist es wichtiger denn je, dass die EU diese Lücke füllt und sich für eine bessere Koordinierung nationaler und regionaler Meerespolitik auf globaler Ebene einsetzt.

Das Europäische Parlament arbeitet dazu gerade an einem Initiativbericht, der zudem einen engen Bezug zu den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung der UN herstellt. Bei diesen ist mit Ziel Nummer 14 erstmals ein eigener Bereich zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Ozeane vorhanden. Bedauerlicherweise gibt es im Europäischen Parlament keinen maritimen Ausschuss. Deswegen sind die Kompetenzen auf den Umwelt-, den Transport- sowie den Fischereiausschuss aufgeteilt. Als maritime Koordinatorin im Transportausschuss sowie als Schattenberichterstatterin im Umweltausschuss ist es mir besonders wichtig, den ganzheitlichen Ansatz einer International Ocean Governance zu erhalten und sich nicht auf einzelne Themen wie Schiffsemissionen zu fokussieren. Vielmehr kann eine konsequente Meerespolitik sektoren- und politikbereichsübergreifend funktionieren und muss dementsprechend Aspekte des Umweltschutzes, der maritimen Forschung und der nachhaltigen Entwicklung einer "blauen Wirtschaft" sowie eine internationale Kooperation verbinden.

Ende September werden die Berichte in den jeweiligen Ausschüssen abgestimmt und im Oktober kommt es dann zur Abstimmung im Straßburger Plenum.

Aussetzen, nicht draufsatteln: Emissionshandel für den Luftverkehr („Stop The Clock“)

Der EU-Emissionshandel für den internationalen Luftverkehr soll für weitere drei Jahre ausgesetzt werden, damit auf globaler Ebene ein System zur Reduzierung von Treibhausgasen implementiert werden kann. Der Umweltausschuss hat damit in der Abstimmung diese Woche einen Vorschlag der Kommission bestätigt.

Aus meiner Sicht ist das der einzig richtige Weg. Sinn des Vorschlags ist es allein, die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel auszusetzen, um ein globales System zur Emissionsreduzierung umzusetzen. Darüber hinaus verabschiedeten die Abgeordneten des Ausschusses Forderungen zur Gestaltung des Emissionshandels nach Ende der Aussetzung, zum Beispiel zur Reduktion der Zertifikate.

Vorschriften für den Emissionshandel nach 2021 sind jedoch völlig überflüssig. Ziel ist es, im

Luftverkehrsbereich den Emissionshandel durch das globale Offsetting-System ‚CORSIA‘ abzulösen. Das System ist mit dem EU-Emissionshandel nicht kompatibel und sollte auch in der politischen Diskussion nicht vermischt werden.

Die Kommission hatte im Jahr 2012 die bereits beschlossene Einbeziehung des Luftverkehrs in den EU-Emissionshandel ausgesetzt, da Drittstaaten mit heftigen Gegenmaßnahmen, wie dem Entzug von Überflugrechten, gedroht hatten. Die Maßnahme hätte Fluggesellschaften verpflichtet, für die gesamte Flugstrecke von und nach Drittstaaten Zertifikate vorzuweisen.

Gleichzeitig hatte die Zivilluftfahrtorganisation ICAO an einer globalen Lösung zur CO₂-Reduktion gearbeitet, welche im vergangenen Jahr beschlossen wurde und nun umgesetzt werden muss. Die Aussetzung der Einbeziehung des Luftverkehrs in den EU-Emissionshandel soll die Umsetzung dieses globalen Abkommens

ermöglichen. Das Plenum wird über den Vorschlag voraussichtlich im Herbst abstimmen.

Anhörung zu Auswirkungen des Brexit für die Luftfahrt

Die Anhörung hinsichtlich des Zusammenspiels Brexit und Luftfahrt wurde mit Spannung erwartet. Das Event hat bestätigt, was ohnehin klar war: Der Brexit wird ein Gang ins Ungewisse, an dessen Ende es wohl auf allen Seiten mehr Verlierer als Gewinner geben wird. Das gilt besonders für die globale und eng vernetzte Luftfahrtbranche, denn hier hat der europäische Binnenmarkt extreme Vorteile geschaffen. Vor 25 Jahren wurde der Binnenmarkt für diese Branche komplettiert, seitdem ist der grenzüberschreitende Flugverkehr für Personen und Güter sprunghaft gestiegen, mit allen Vorteilen, die sich daraus ergaben: bessere Verbindungen, günstigere Angebote, mehr Auswahl.

Sollte es zum Brexit kommen droht folgendes: Großbritannien wäre nicht länger Teil des Open Sky Abkommens. Das heißt Flugzeuge aus dem britischen Luftraum kämen nicht aufs Festland. Für die Briten würde es bedeuten, dass ihre Reise- und Transportmöglichkeiten extrem eingeschränkt wären. Für Unternehmen aus Drittstaaten - wie amerikanische Airlines - hätte es zur Folge, dass das Drehkreuz London-Heathrow unnütz wäre. Dort wurden in der Vergangenheit Investitionen in Milliardenhöhe getätigt, die nicht von heute auf morgen (z. Bsp. nach Frankfurt) umgelagert werden könnten, zumal die großen europäischen Flughäfen schon gut ausgelastet sind.

Unternehmen wie Ryanair und Easyjet würde ihre Flieger aus Großbritannien abziehen. Kunden, die bereits Dienstleistungen gebucht haben, könnten sich nicht sicher sein, ob diese wirklich geleistet werden können. Auch für die EU wären die Konsequenzen spürbar. Der Tourismus würde schrumpfen, so wird in Malta mit einem Rückgang des BIP von über 2% und in Spanien mit einem Rückgang von rund 0,3% des BIP gerechnet, da Reisen aus UK stark abnehmen. Die Situation für (Nord)Irland wäre ebenfalls unklar, da diese britischen Luftraum nutzen. Vertreter der Industrie plädierten dafür so schnell wie möglich einen verlässlichen Rechtsrahmen zu schaffen - zum Beispiel in Form eines Luftfahrtabkommens wie es sie bereits mit anderen Partnern (USA, Kanada etc.) gibt.

Einzig die britische Abgeordnete Foster von den Tories versuchte etwas Optimismus zu verbreiten. Es klang aber eher wie Zweckoptimismus, zumal sie den Ryanair-Chef O'Leary bat seine Flugzeuge in England zu lassen, da man ihn ansonsten „vermissen würde“. Davon lässt sich ein abgezockter Geschäftsmann eher nicht beeindrucken. Auch ich stellte einige Fragen, zum Beispiel wie ein zukünftiges Abkommen gestalten werden könnte, ob die Luftfahrt aus den Verhandlungen rausgenommen werden könnte und was die zu erwartenden Konsequenzen für die Lufthansa wären. Auf meine Fragen bekam ich nur vage Antworten, was beweist, dass die Ungewissheit überwiegt.

Gesetzespaket zum Straßenverkehr

Zwei Jahre nach der Ankündigung eines umfassenden Verkehrspaketes stellte die Kommission nun ihre Pläne vor. Das Paket besteht aus mehreren Gesetzesvorschlägen, bezieht sich speziell auf

Straßentransport und versucht in erster Linie die Arbeitnehmersituationen zu verbessern und anzupassen. Hierzu gehören Änderungen der Lenk- und Ruhezeiten, mit denen ich mich als liberale Schattenberichterstatterin auseinandersetzen werde, aber auch Regelungen zur Entsendung von ArbeitnehmerInnen im Transportgewerbe. Es geht ebenfalls um einen Rahmen für das Mautsystem auf Europas Autobahnen, sowie Regelungen der Kabotage, was das Erbringen von Transportdienstleistungen innerhalb eines Landes durch ein ausländisches Verkehrsunternehmen bedeutet.

Die von mir zu bearbeitenden Lenk- und Ruhezeiten sind Fahrpersonalrechte, die nun durch Veränderungen in Artikel 8 flexibilisiert werden sollen. Somit würde es den Fahrern ermöglicht, über ihre freien Tage nach Hause zu fahren, anstatt oftmals kurz vor Erreichen des Zieles, durch bestehende Regelung, ihren LKW abstellen zu müssen, um diese „Freizeit“ in einem Hotel in der Nähe der Autobahn zu verbringen. Ich werde mich hierfür einsetzen, da ich der Überzeugung bin, dadurch den Beruf des LKWFahrers attraktiver zu machen. Es ist einer der größten Kritikpunkte, dass Familie und Beruf nicht vereinbar sind.

Die Änderung der Kabotageregelung beinhaltet einerseits eine Erweiterung auf beliebig viele Fahrten innerhalb von 5 Tagen in der Woche, wobei diese nun stärker kontrolliert werden sollen, denn jede Kabotagefahrt ist nun als Entsendung der Fahrer/innen zu werten, was Bestimmungen mit sich bringt. Bisher waren drei solcher Fahrten wöchentlich erlaubt und eine Kontrolle konnte nicht sichergestellt werden. Im Mobilitätspaket enthalten sind auch Bestrebungen die Eurovignettenrichtlinie zu verändern und somit den Staaten einen Rahmen für die strikt Entfernungs-abhängige Maut vorzugeben. Umso verwunderlicher fand ich es, dass die Kommission vor kurzem ihre Blockadehaltung gegen den deutschen Maut-Alleingang aufgegeben hat.

Comic-Wettbewerb der Friedrich-Naumann-Stiftung

Am 12.Juli durfte ich ein weiteres Mal bei der Preisverleihung der Friedrich-Naumann-Stiftung für den besten Comic zum Thema „Reanimate Europe“ anwesend sein. Wie schon vor zwei Jahren war ich positiv beeindruckt von den verschiedenen Blickwinkeln und kreativen Beiträgen zu einem Thema, welches uns alle beschäftigen sollte.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte ist der Wunsch nach schnellen, zusammengefassten News Grund dafür, dass sich mit wichtigen Themen nicht eigenständig auseinandergesetzt wird. Comics, ob kritisch oder belustigend, fordern den Leser unweigerlich dazu auf, sich selber mit einem Thema zu beschäftigen und das Gelesene zu deuten. Anders als bei kurzen Headlines nimmt jeder Leser individuellen Bezug auf die eigene Situation und hat einen besonderen Blickwinkel.

Ich habe mich sehr gefreut, vor diesem bunten Publikum zu sprechen, welches aus ganz Europa angereist war, um an der Preisverleihung teilzunehmen. Die deutsche Magdalena Kaszuba gewann ein sehr enges Rennen um den 1. Preis. Sie überzeugte die Jury und auch mich durch eine Bildergeschichte, die sich von den anderen durch den ausschließlichen Gebrauch von Bildern absetzte. Das belgische Comic Strip Center stellte seine sehr passenden Räumlichkeiten zur Verfügung und wird auch weiterhin die 7 Comics der Finalisten ausstellen.

Gesundheit von geflüchteten Müttern und anderen schutzbedürftigen Frauen

Die Gesundheit von Mutter und Kind ist nicht nur in den Entwicklungsländern ein kritisches Anliegen, sondern auch in Europa. 1 von 10 Frauen in der EU haben in den ersten Monaten ihrer Schwangerschaft keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten. In 2015 lag die Anzahl an mütterlichen Todesfällen bei fast 1 800. Das hat leider auch mit der geringen Aufmerksamkeit zu tun, der diesem Thema zuteilwird.

Deshalb habe ich Ende Juni eine Veranstaltung zum Thema Gesundheit von geflüchteten Müttern in Zusammenarbeit mit dem Women Political Leaders Global Forum im Europäischen Parlament veranstaltet. Die Präsidentin von Malta, Marie-Louise Coleiro Preca, hat die Schirmherrschaft übernommen. Andere Sprecher waren u.a. der maltesische Gesundheitsminister Christopher Fearne und der EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Vytenis Andriukaitis. Ziel dieser Veranstaltung war es, den Aktionsaufruf vorzustellen, der im Rahmen der maltesischen Ratspräsidentschaft im Frühjahr in Valletta vereinbart worden war. Die Veranstaltung konnte so einen Beitrag dazu leisten, dieses wichtige Thema an die Öffentlichkeit zu bringen.

E-Dienstleistungskarte (ALDE-Schattenberichterstatteerin)

Dienstleistungen machen zwei Drittel der Wirtschaftsleistung der EU aus und schaffen 90 % aller neuen Arbeitsplätze. Dennoch ist das Potenzial des Dienstleistungssektors im europäischen Binnenmarkt noch längst nicht erreicht. Deshalb ist das neue Dienstleistungspaket und insbesondere die elektronische Dienstleistungskarte - für die Stellungnahme des Industrieausschusses bin ich Berichterstatteerin - von großer Bedeutung für die europäische Wirtschaft.

Wie ich schon letztes Mal in meinem Newsletter berichtete, halte ich diesen Kommissionsvorschlag für grundsätzlich positiv. Durch diese elektronische Dienstleistungskarte, die noch dazu freiwillig ist, werden bürokratische Verfahren und grenzüberschreitende Unternehmensgründung vereinfacht und niedrigere Preise für Verbraucher angeboten. Außerdem betrachte ich es als eine Chance, den europäischen Binnenmarkt weiterhin auszubauen und wettbewerbsfähiger zu

machen. Inzwischen haben sich die Berichterstatter des Industrieausschusses schon zweimal getroffen und Gespräche mit der Industrie laufen.

Nun zum Zeitplan: Die erste Aussprache zur Stellungnahme im Industrieausschuss sollte Anfang September stattfinden und die Änderungsanträge Mitte September eingereicht werden. Auch im federführenden Binnenmarktausschuss werden im September die ersten Aussprachen und im Dezember die Abstimmungen stattfinden.

Space SatCom Konferenz

Ende Juni habe ich an einer Konferenz zum Thema Satelliten- und terrestrische Technologien teilgenommen. Dabei ging es um die Frage, wie diese neuen Technologien den Verkehrssektor nutzen und zugleich fördern können. Die Veranstaltung hat sich zudem mit dem Vorschlag der Kommission zu diesem Thema beschäftigt, der kostengünstige Lösungen zur Verbesserung der Konnektivität für die Menschen und die Wirtschaft in Europa durch Sattelitentechologie erreichen will. Der Verkehrsausschuss hatte im Juni zum Bericht des Parlaments eine Stellungnahme verabschiedet, für die ich Schattenberichterstatterin der Liberalen war. Es war mir ein wichtiges Anliegen deutlich zu machen, dass die neuen Satellitentechnologien den Land-, See-, Luft- und Raumverkehr intelligenter, sicherer und nachhaltiger machen können.

My adopted Soldier / Mein adoptierter Soldat: irisch-deutsches Schülerprojekt

Das europäische Friedensprojekt entwickelt sich nicht von alleine, sondern hängt vom kontinuierlichen Austausch zwischen Europäern aller Altersstufen und Nationalitäten ab. Es war mir deshalb eine Freude, das Deutsch-Irische Projekt ‚My adopted Soldier/ Mein adoptierter Soldat‘ zusammen mit meiner irischen liberalen Kollegin Marian Harkin zu unterstützen. Das Projekt brachte erstmals 15 Schüler aus Nordirland und Irland mit 15 Schülern der Liebigsschule aus Frankfurt a.M. in Brüssel zusammen. Jede/r Beteiligte hatte einen im 1. Weltkrieg in Frankreich gefallenen Soldaten aus dem eigenen Land ‚adoptiert‘, dessen Lebensgeschichte recherchiert und dann einander vorgestellt. Das Ziel dieses Projektes ist zweifach: einerseits soll es die Erinnerung an den Krieg bei einer jungen europäischen Generation, die den Krieg nicht kennt, fördern; auf der anderen Seite geht es darum, Freundschaften über Grenzen hinweg zu ermutigen. Ein wertvoller und origineller Beitrag zum europäischen Frieden!

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz, EASA, Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft;
- Demnächst im Trilog: Typengenehmigung;
- Im Ausschuss: Strategie für emissionsarme Mobilität, grenzüberschreitende Paketzustelldienste;

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Besuch des Combinant Terminal im Hafen Antwerpen

Als Transportpolitikerin ist es mir immer wichtig, nicht nur von meinem Schreibtisch aus zu arbeiten, sondern die Dinge auch vor Ort zu sehen. Deswegen habe ich auch gerne zugesagt, als der europäische Verband für Kombinierte Straße-Schiene Verkehre (UIRR) mich eingeladen hat, einen Straße-SchieneUmlade-Terminal in der Nähe von Brüssel zu besichtigen. Der Combinant Terminal ist eine sehr moderne Anlage im Hafen von Antwerpen mit Platz für fünf Züge, die dort mit Containern oder Sattelaufliegern beladen werden, welche von LKWs gebracht oder abgeholt werden. Sehr beeindruckend war, in 25m Höhe auf einem Kran mitzufahren, der die Container in Zentimeterarbeit anhebt, stapelt oder verlädt. Und das alles in einem erstaunlichen Tempo. Kein Wunder, dass die Kranfahrer vor Ort extra für diese Aufgaben ausgebildet werden müssen. Der Combinant Terminal ist ein gutes Beispiel für ein reibungsloses Zusammenspiel von verschiedenen Verkehrsträgern. Auch wenn die Anbindung für die Züge nicht ideal ist: Der belgische Schienennetzbetreiber Infrabel weigert sich seit Jahren, ein zweites Gleis für den Schienengüterverkehr innerhalb des Antwerpener Hafens zu bauen, und die Strecke ist auch nicht elektrifiziert. Das bedeutet, es sind immer wieder Züge im Terminal blockiert, weil das Gleis nicht frei ist, und die Züge müssen bei Ankunft im Hafen erst mal auf eine Diesellok wechseln.

Insel mit großen Plänen: 1 x Samsø und zurück

Eine Familienfeier hat mich kürzlich für ein Wochenende nach Samsø gebracht. Mein erster Eindruck: eine idyllische sonnenreiche dänische Ostsee-Insel mit sehr leckeren kleinen Kartoffeln und einer großen Auswahl an Obst und Gemüse - aber mit aufwändiger Anbindung an "Europa". Um die Nachmittagssitzungen am Montag in Brüssel zu erreichen, musste ich in aller Herrgottsfrühe aufstehen, per Auto quer über die Insel zum Hafen fahren, die erste Fähre nach Kalundborg nehmen, dann den Zug nach Kopenhagen und schließlich den Flug Kopenhagen-Brüssel. Im Flieger traf ich einen Kollegen aus Nordschweden, der noch früher aufstehen musste und neben einer längeren Autofahrt schon Flüge nach Stockholm und von dort in die dänische Hauptstadt hinter sich hatte. Mit meinem Heimatort im ländlichen Umfeld Hannovers bin ich ganz schön zentral und dadurch privilegiert!

Aber jetzt zu der "Insel mit großen Plänen": Samsø als Naturparadies beabsichtigt, Vorzeige-Region für Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft und erneuerbare Energien zu werden und startet dieses Jahr mit entsprechenden Projekten. So soll das gemähte Gras vom Golfplatz in die Biogasanlage wandern. Das dort erzeugte Biogas geht in das Stromnetz, anfallende Reststoffe gelangen wieder als Dünger auf den Golfplatz. Aus Kohlabfällen sollen die Wirkstoffe gegen Darmkrebs extrahiert und an die pharmazeutische Industrie geliefert werden. Biogas für die Fähren der (nahen) Zukunft soll aus Abwasser, Haushaltsmüll und Abfallprodukten aus der Landwirtschaft gewonnen werden - und vieles mehr ist in Planung. Interessante Perspektiven!

Per Hybridfähre von Rostock nach Gedser

Von den Reedereien in Nord- und Ostsee können Südeuropäer viel über umweltfreundliche Schifffahrt lernen. Seit dem 1. Januar 2015 gilt in der "SECA-Zone" im Norden der Schwefelemissionswert 0,1 %. Um das einzuhalten, erfolgt der Schiffsantrieb entweder mit Flüssiggas - LNG - oder Batterie-gestützt und mit "Scrubbern", die den Schwefel aus dem Schiffsdiesel binden, wie bei den Hybridfähren von Scandline auf den Strecken Puttgarden-Rødby (der "Vogelfluglinie") und Rostock-Gedser. Die Vielzahl von Batterien (kanadischen Ursprungs) unter Deck lädt sich zum Teil während der Fahrt wieder auf. Im geschlossenen Flüssig-Scrubber-System wird der Schwefel aus dem Schweröl, das als Schiffsdiesel Verwendung findet, zunächst gebunden und dann in mehreren Durchläufen (erst an Bord, dann in Tankanlagen im Hafen von Gedser) wieder herausgefiltert. Das danach saubere Wasser gelangt wieder in die Ostsee. Scandlines Ziel in ca. 2 Jahren ist die 0-Emissionen-Fähre, ganz ohne Schiffsdiesel. Zu erkennen sind die Hybridfähren auch an dem, was aus dem Schornstein kommt: rein weißer Dampf.

Beeindruckt bin ich immer wieder von der Geschwindigkeit des Ent- und Beladens der riesigen viel genutzten Fähren, das in 15 Minuten erfolgt, damit der 2-Stunden-Takt pünktlich eingehalten werden kann. Nur während der Nacht gibt es größere Pausen - dann werden auch Batterieladen und Scrubberwasserlöschen eingeschoben.

"Quartal liberal" in Herrenberg

Auf dem Rückweg von Straßburg führte mich ein landschaftlich schöner Abstecher quer durch den Schwarzwald in das romantische Fachwerk-Städtchen Herrenberg zum "Quartal liberal". Bundestagskandidat Florian Toncar, MdB a.D., hatte mich eingeladen, gemeinsam mit ihm den Wahlkampf zu eröffnen und aus dem EP zu berichten, Thema "Der ländliche Raum - ein wichtiger Lebens- und Wirtschaftsraum in Europa". Als bekennende Vertreterin des ländlichen Raums - aufgewachsen auf einem Bauernhof, Mitglied bei den Landfrauen seit dem Abitur und jetzt mit Acker und Wald direkt vorm Küchenfenster - bin ich dem gern nachgekommen.

48 % der Fläche der Bundesrepublik Deutschland werden land- und forstwirtschaftlich genutzt, 58 % unserer Bevölkerung wohnen in ländlich strukturierten Landkreisen, mit 32,8 % Waldfläche (Finnland 73, Schweden 68%) ist Deutschland dennoch der größte Schnittholzproduzent Europas - nachhaltig, denn es wird weniger entnommen als wieder aufgeforstet. Die Digitalisierung wird auch Menschen in entlegenen Regionen ganz neue Möglichkeiten eröffnen, am Wirtschaftsleben teilzunehmen. Wasser, Boden und Luft sind „freie Güter“ von allgemeinem Interesse – das spiegelt sich auch in der Umweltgesetzgebung wider -, für die Landwirtschaft sind sie notwendige Wirtschaftsgüter, mit denen sie schon aus eigenem Interesse sorgfältig umgehen. Viele Gründe, um in der Politik sich nicht nur um die Städte der Zukunft Gedanken zu machen, sondern bei allen Strategien und

gesetzlichen Rahmen immer auch den ländlichen Raum im Auge zu behalten - für mich eine wichtige Richtschnur!

Bleibasierte Batterien für Hybridfahrzeuge: Werksbesuch bei Johnson Controls

Emissionsarme Autos und LKWs mit Hybridantrieb sind ohne entsprechende Batterien nicht denkbar. Wie die Herstellung der Batterien in einem mehrstufigen Prozess erfolgt, konnte ich bei einem Werksbesuch im Norden Hannovers bei Johnson Controls sehen – ausgestattet mit Mundschutz, Handschuhen, Werkskittel und Schutzbrille. Denn bei der Produktion finden unter anderem Blei und Schwefelsäure Verwendung, daher sind Arbeitsschutzbestimmungen von allen einzuhalten, die sich in den Hallen aufhalten. Wie sehr auf die Sicherheit der Mitarbeiter geachtet wird, davon konnte ich mich bei dem Rundgang überzeugen.

Da ich noch nie eine so große Batterie von innen gesehen hatte, fand ich die Einblicke sehr spannend – noch dazu, weil in dem Werk alle Materialien inklusive Plastikhülle hergestellt werden. Bleikugeln (viel recyceltes Material wird verwendet) werden in Bleimöhlen geschmolzen, in Walzen zu dünnen stabilem „Blech“ geformt, das dann in einem Stanzvorgang weiterbearbeitet wird. Die einzelnen gestanzten Platten (für PKW ca. 8x10 cm groß) werden dann mit dünnen teigartigen Platten umhüllt, in das Batteriegehäuse geschichtet, ins Säurebad getaucht, mit Deckel versehen, geladen, Qualitäts-geprüft, etikettiert und ausgeliefert – klingt einfach, ist aber ein komplexer Prozess.

Anlass meines Besuchs war die Sorge des Herstellers (und auch des niedersächsischen Wirtschaftsministers, der mich angeschrieben hatte), dass die gerade diskutierte europäische Umwelt-Gesetzgebung zu gefährlichen Substanzen (Blei gehört dazu) und die Überarbeitung der BatterieRichtlinie negative Auswirkungen auf die Produktion haben könnte. Ich konnte aber versichern, dass die verwendeten Bleiverbindungen auch in Zukunft eine Ausnahmegenehmigung erhalten sollen – ich werde mich auch dafür einsetzen, dass das so bleibt. Das ist wichtig, da es keine Alternativen zu den verwendeten Stoffen gibt.

IV. Europa unter der Lupe

Wie wird man eigentlich Assistent/in im Europäischen Parlament?

Viele Wege führen nach Rom: Dieser oft verwendete Spruch trifft auch auf die Frage zu, wie man parlamentarische/r Assistent/in im Europaparlament in Brüssel wird. Es gibt nämlich nur wenig feste Regeln, die es einzuhalten gilt: Bewerber benötigen ein abgeschlossenes Studium beziehungsweise mehrjährige Berufserfahrung. Kenntnisse der englischen und französischen Sprache sind bis zu einem gewissen Grad ebenfalls vorzuweisen. Das ist auch in eigenem Interesse, da viele

Arbeitsabläufe in diesen Sprachen getätigt werden. Diese Anforderungen – Studium und Fremdsprachenkenntnisse – werden übrigens nicht an Abgeordnete gestellt, die wissenschaftlichen Mitarbeiter müssen also in gewisser Weise „klüger“ sein als – offiziell – ihre Chefs, die Europaabgeordneten. Übrigens muss man nicht zwangsweise EU-Bürger sein, um im Parlament beschäftigt zu werden, sondern kann auch aus einem Land außerhalb der EU stammen.

Manche Assistenten werden als Mitarbeiter angestellt, nachdem sie einige Monate als Praktikanten in Abgeordnetenbüros mitgearbeitet haben. Das hat den offensichtlichen Vorteil, dass sich Chef und Kollegen ein Bild über Arbeitsweise und Persönlichkeit verschaffen können und auch ergründet werden kann, ob die „Chemie“ stimmt. Das ist wichtig, denn wir arbeiten im europäischen Parlament auf vergleichsweise engem Raum miteinander, da die Gebäude nicht mit der Zahl der Mitgliedsstaaten und entsprechend immer mehr Abgeordneten und Assistenten mitgewachsen sind. Andernfalls kann man natürlich auch direkt über eine Stellenausschreibung und ein erfolgreiches Bewerbungsgespräch eingestellt werden.

Der Bildungshintergrund der Assistenten ist vielseitig. Natürlich haben viele Bewerber einen Abschluss mit europapolitischem, juristischem oder wirtschaftlichem Hintergrund. Es gibt aber genauso Bewerber mit Abschlüssen in natur-, kulturwissenschaftlichen oder soziologischen Studiengängen. Entscheidend ist die Fähigkeit, in mehreren Sprachen wissenschaftlich zu arbeiten und damit über das passende „Werkzeug“ zu verfügen, um die Abgeordneten erfolgreich „briefen“ zu können. Die Inhalte der verschiedenen Gesetzgebungen in den einzelnen Ausschüssen kann man lernen – das gilt sowohl für die Assistenten als auch für die Abgeordneten. Im Laufe der Jahre erfolgt dann eine Spezialisierung zu Themen, die im Studium niemals vorkamen – man lernt also kontinuierlich dazu.

Als Mitarbeiter muss man nicht unbedingt das entsprechende Parteibuch besitzen. Viele Mitarbeiter sind keiner Partei zugehörig. Es kommt sogar vor, dass Assistenten im Laufe ihrer Karriere für Abgeordnete unterschiedlicher Fraktionen arbeiten - alle Fraktionen und Abgeordnete handhaben das individuell. Entscheidend ist absolute Loyalität – und natürlich sollten die politischen Vorstellungen nicht zu weit auseinanderliegen.

Da die Arbeitsverträge ja jeweils maximal für eine Legislaturperiode – also 5 Jahre – abgeschlossen werden, bewerben sich einige Assistenten vor Ablauf auf Positionen außerhalb des Parlaments, häufig bei „Lobbyisten“, deren Verbände sie aus der politischen Zusammenarbeit kennen. Auch die Bewerbung um einen Posten in der Verwaltung des Parlaments – vergleichsweise einer Verbeamtung – oder als „policy advisor“ (Fachreferent der Fraktion) sind möglich. Oder, wie im Fall meines niederländischen liberalen Abgeordnetenkollegen Jan Huitema, man kandidiert beim nächsten Mal (ausgestattet mit umfangreicher Erfahrung als Assistent) selbst für das Parlament!

V. Terminvorschau

20.-22.7.	Ravensburg, Konstanz, Friedrichshafen	Wahlkampftermine/ anschl. Sommerpause
25.8.	Kirchhorst	Hoffest FDP Region Hannover
28.8.-31.8.	Brüssel	Ausschüsse
29.8.	Brüssel	Sommerempfang der deutschen Ärzteschaft
2.9.	Hannover	Landesvorstand
4.-7.9.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
11.-14.9.	Straßburg	Plenum, Fraktion
17.9.	Berlin	Bundesparteitag

14. Juli 2017

September 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Sommerpause des Europaparlaments war für mich nicht nur geprägt durch Termine im Rahmen des Bundestagswahlkampfes, sondern auch durch die überraschende Wende der Mehrheitsverhältnisse im niedersächsischen Landtag und die dadurch vom Januar auf den 15. Oktober vorgezogenen Landtagswahlen. Das bedeutet für meinen kleinen Ortsverband Wennigsen zunächst Wahlkampf nonstop, aber dafür dann auch Aussicht auf eine ruhigere Advents- und Weihnachtszeit. Am 15. Oktober wird übrigens auch bei unseren österreichischen Nachbarn gewählt.

Die Arbeit in Brüssel startete nach der Pause gleich mit einer Fülle paralleler Ausschusssitzungen und Gesetzesverhandlungen, bis Ende des Jahres unter der Ratspräsidentschaft von Estland. In der Straßburger Plenarwoche beschäftigten uns u.a. der Eier-Skandal, die Klage gegen die Slowakei wegen Nichterfüllung der schon sehr gering angesetzten Quote zur Aufnahme von Flüchtlingen, ein Update der BREXITVerhandlungen und die turnusmäßige Rede des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zur „Lage der Union“. Dieses Mal gab es gleich 2 Einstimmungen, denn auch Parlamentspräsident Antonio Tajani gab seinen – wenn auch wesentlich kürzeren – Ausblick auf die Zukunft Europas.

Viel Freude beim Lesen!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

State of the Union

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker machte in seiner diesjährigen mit Spannung erwarteten Rede zur „Lage der Union“ fünf Vorschläge, um ein noch stärkeres und demokratischeres Europa zu schaffen.

Er forderte weitere Freihandelsabkommen der EU unter anderem mit Mexiko, Australien und Neuseeland, Investitionen in innovative Produkte für eine stärkere wettbewerbsfähigere Wirtschaft sowie, dass sich Europa an vorderster Front gegen den Klimawandel engagiert. Im Kampf gegen terroristische Propaganda und Cyberangriffe schlug er die Errichtung einer europäischen Internetsicherheitsagentur vor. In Bezug auf die Zuwanderung betonte er unter anderem die Notwendigkeit eines legalen Migrationssystems mit einer europäischen Bluecard – wäre es nach der Mehrheit des Europaparlaments gegangen, hätten wir das längst, die Mitgliedstaaten haben das leider blockiert.

Junckers wie er es nennt „persönlichem, sechsten Szenario“ liegen die Gedanken der Freiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit zugrunde, auch der Solidarität zwischen dem Westen und dem Osten Europas. Wörtlich sagte er: „Wir müssen mit beiden Lungenflügeln atmen, dem rechten und dem linken, sonst gerät Europa in Atemnot.“ Er will den Euro auch in den ärmeren Ost-Ländern einführen. Auch sprach er sich für eine inklusivere EU hinsichtlich eines Beitritts Rumäniens und Bulgariens (bei Erfüllung der Kriterien auch Kroatiens) zum Schengen-Raum aus. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei hält er dagegen auf absehbare Zeit für ausgeschlossen.

Ihm schwebt außerdem eine weitere neue Behörde, zuständig für den europäischen Arbeitsmarkt, vor - er nennt es verrückt, dass es demgegenüber schon seit Jahren eine europäische Bankenbehörde gibt. Ich kann einer EU-Arbeitsmarktbehörde wenig abgewinnen, eher schon dem auch von ihm vorgeschlagenen EU-Finanzminister in Personalunion mit dem gegenwärtig für Finanzen zuständigen Kommissar. Bezüglich des Austritts Großbritanniens aus der EU lautet Junckers Botschaft „Brexit ist nicht alles“, auch wenn der 29. März 2019 ein für die EU und Großbritannien trauriger Tag werde.

Bei der Umsetzung der Ideen fordert er Mut und Kühnheit, aber auch Geduld und Kompromissbereitschaft - und vor allem, dass der innerhalb des letzten Jahres gewonnene Schwung, die „Gunst der Stunde“, dazu genutzt wird.

Diesem „Now or never“ bei Visionen und Ambitionen schließt sich Guy Verhofstadt, Vorsitzender meiner ALDE-Fraktion, an. Dazu gehöre für ihn zum Beispiel, das Dubliner Übereinkommen durch eine neue Regelung abzulösen und eine europäische Demokratie mit einer transnationalen Liste zu schaffen.

Während einige rechte Abgeordnete ein zentralistisches und undemokratisches Europa kritisierten und Grüne und Linke von Juncker gerne mehr zum Klimaschutz

gehört hätten, überwog insgesamt auch bei den Vorsitzenden der übrigen Fraktionen die Zustimmung zu dieser optimistischen zukunftsgerichteten Rede.

ETS für Luftfahrt: Globale Lösung ist der einzige Weg, EU-Ansatz muss endgültig beendet werden (Redebeitrag)

Der Flugverkehr zwischen Drittstaaten und der EU soll erneut bis 2021 aus dem Emissionszertifikatehandel (ETS) ausgenommen werden. Bis dahin soll das weltweite System zur Emissionsreduzierung im Flugverkehr ‚CORSIA‘ eingeführt werden. Diese Regelung wurde am Mittwoch vom Plenum des Europäischen Parlaments verabschiedet. Leider greift der Ansatz zu kurz. Flugverkehr ist global, deshalb muss es auch Ziel sein, ein einziges System weltweit zur Reduzierung von Treibhausgasen einzuführen. CORSIA soll den Europäischen Emissionshandel für den Luftverkehr ablösen. Die Aussetzung jetzt nur bis 2021 zu begrenzen halte ich für nicht zielführend. Das sorgt nur für Unmut bei den Verhandlungspartnern bei der internationalen Luftfahrtorganisation ICAO. Sollte es bei der Umsetzung zu Verzögerungen kommen und CORSIA nicht ab 2021 voll funktionsfähig sein, würde das ETS vollumfänglich für Flüge von und nach Drittstaaten gelten. Die Befürworter der zeitlichen Begrenzung argumentieren, dass so Druck auf die ICAO ausgeübt werden soll, damit das System schneller Anwendung findet. Dass Drittstaaten sich aber nicht durch die EU unter Druck setzen lassen und Gegenmaßnahmen parat halten, haben wir bereits 2012 gesehen. Damals hatte die Kommission kleinlaut weichen müssen, da z.B. China gedroht hatte, Bestellungen bei Airbus zu streichen, Russland Europäischen Fluggesellschaften verbieten wollte, ihr Terrain zu überfliegen und die USA ihren Fluggesellschaften per Gesetz untersagt hat, am ETS teilzunehmen – ein außenpolitisches Debakel. Seitdem findet der Emissionshandel nur für Flüge innerhalb der EU Anwendung. Aber auch dies sollte durch das globale System abgelöst werden, denn weltweite Emissionseinsparung hilft dem Klima am meisten.

Für den Zeitraum nach 2021 verabschiedete das Plenum mehrheitlich auch Forderungen für Flüge innerhalb Europas, zum Beispiel, dass der sogenannte lineare Korrekturfaktor Anwendung findet, der die Zertifikate-Menge reduziert. Ein europäisches System zusätzlich zu einem internationalen System führt aber zum Nachteil Europäischer Fluggesellschaften. Beide Systeme sind zudem nicht kompatibel. Der einzig effektive Weg ist aus meiner Sicht ein globales System ab 2021, wie von der ICAO geplant.

Die Kommission hatte 2012 die Einbeziehung der Drittstaaten auf Grund des Drucks aus Drittstaaten ausgesetzt, um ein globales System der ICAO einzuführen. Der Entwurf wird nun mit den Mitgliedsstaaten verhandelt.

Fipronil – der „Eier-Skandal“

In einer Sondersitzung des Umweltausschusses nahm Andriukaitis, lithauischer Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Stellung zum Fipronil-

Skandal. Dabei schilderte er den genauen Ablauf der Geschehnisse während der Sommerpause sowie die einzelnen Maßnahmen, die die Kommission ergriffen bzw. geplant hat.

In den anschließenden Kommentaren der Parlamentsmitglieder wurde mehrfach kritisiert, dass die Kommission erst viel zu spät aktiv geworden sei. In der Tat liegt viel Zeit zwischen der Entnahme der ersten Stichproben im September 2016 und der Notifizierung der Kommission am 20. Juli 2017. Allerdings hat die Kommission ab diesem Zeitpunkt sofort gehandelt, sodass ich mich der Kritik nicht anschließen möchte. Vielmehr verzögerte Belgien, indem es zunächst einen „normalen“ und keinen von der Kommission koordinierten Fall einreichte, dessen Adressat nun eben nicht die Kommission ist, den Prozess.

Einige linke Abgeordnete forderten ein vollständiges Verbot von Fipronil. Dem muss ich widersprechen. Ich halte die bestehende gesetzliche Regelung, die den Einsatz von Fipronil in Geflügelbetrieben verbietet, für völlig ausreichend. Denn an anderer Stelle, beispielsweise zur Milbenbekämpfung bei Haustieren, kann der Stoff unproblematisch verwendet werden, da dabei nicht die Gefahr droht, dass er in die Nahrungskette gelangt. Dort auf ihn zu verzichten, wäre vielmehr mit neuen Gefahren verbunden. Ein vollständiges Verbot schösse somit über das verfolgte Ziel hinaus und wäre sogar schädlich. Dass es trotzdem zu dem Skandal kommen konnte, d.h. Betriebe illegal Fipronil auch in Geflügelbetrieben einsetzen, heißt also nicht, dass die gesetzlichen Regelungen verbesserungsbedürftig sind, sondern allenfalls die Kontrollmechanismen und die Zusammenarbeit der nationalen Behörden.

Der Kommissar betonte mehrfach, dass zu keiner Zeit eine Gesundheitsgefahr für Verbraucher bestand, da dazu Mengen an Fipronil eingenommen werden müssten, die sich durch normalen Konsum an Hühnerprodukten faktisch nicht erreichen lassen. Ich finde, das sollte man bei der gesamten Debatte nicht aus den Augen verlieren.

„Dieselgate“ - versuchter Abgesang auf die Dieseltechnologie (Redebeitrag)

Die Dieseltechnologie wurde bei uns eingesetzt, um die selbstgesteckten Ziele zur Reduzierung der CO₂Emissionen zu erreichen, denn allein mit dem Verbrennungsmotor war dies nicht möglich. An andere Emissionen wie Stickoxide hat man dabei nicht gedacht. Mittlerweile gibt es seit fast 10 Jahren schon ein europäisches Gesetz mit Vorgaben für Partikel wie Nox, an die sich allerdings niemand der Unterzeichner gehalten hat – weder die EU-Kommission noch die Regierungen der Mitgliedstaaten noch die Autoindustrie. Der „Dieselskandal“ von VW in den USA war dann wie ein Weckruf, der öffentlich machte, wie hoch die wirklichen Emissionen im Straßenverkehr sind. Mittlerweile werden Tests zur Abgasmessung im realen Gebrauch auf der Straße, die sogenannten „Real-driving-emissions“, eingeführt. Dass die gesamte Dieseltechnologie deswegen in Verruf gekommen ist und Fahrverbote erwogen werden, ist weit über das Ziel hinausgeschossen.

Einig war man sich bei der von den Grünen beantragten Plenardebatte in Straßburg zum „Dieselgate“ und manipulierter Software, dass es sich um einen Skandal für Umwelt, Politik und Verbraucher handelt. Die Forderungen dagegen waren vielfältig: sie reichten von abschreckenden Strafen für die Automobilindustrie, einer besseren Marktaufsicht, besserer Rechtsdurchsetzung durch die Einführung von Sammelklagen und Klagerechten für NGOs, neuen Leitlinien der Kommission für Hard- und Software bis hin zu Fahrverboten in Innenstädten, einem vollständigen Verbot des Verbrennungsmotors und einer konsequenten Wende zur E-Mobilität.

Ich hingegen denke, dass sich viel Verbesserung bereits durch intelligente Verkehrslösungen erreichen ließe. Staus verursachen in Europa täglich einen wirtschaftlichen Verlust von 1 Milliarde € und natürlich auch viele Emissionen. Auch E-Mobilität ist dann negativ belastet, wenn man bedenkt, dass der Kobaltabbau im Kongo für Batterien zum Teil in Kinderarbeit erfolgt. Die Lösung liegt in einem Technologieoffenen Mix moderner umweltfreundlicherer Antriebe bei Einhaltung der beschlossenen Grenzwerte.

Istanbul Convention – Keine Gewalt gegen Frauen (Redebeitrag)

In Straßburg fand eine Aussprache zum Beitritt der EU zur Istanbul Convention, dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, statt. Die beiden Berichterstatterinnen D'Allones Bonnefoy und Corazza Bildt unterstrichen die Bedeutung der Konvention als erstes rechtsverbindliches Übereinkommen dieser Art. Auch ich möchte, wie viele Parlamentsmitglieder in der Aussprache es getan haben, dazu aufrufen, dass möglichst viele Mitgliedstaaten es ratifizieren. Wie meine Kollegin von der ALDE, die Wienerin Angelika Mlinar, betonte, sind Frauenrechte niemals selbstverständlich. Das zeigen die zahlreichen Berichte über Gewalt gegen Frauen, nicht bloß in Familien, nicht bloß in bestimmten Kulturkreisen, sondern gesellschaftsübergreifend. Als umfassendes Übereinkommen regelt die Konvention teilweise auch Bereiche, die streng genommen in den Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten fallen. Das sehe ich aber nicht als Grund an, sie nicht zu ratifizieren. Vielmehr setzt die Konvention ein Zeichen für Frauen, und damit für die Hälfte der Gesellschaft, das es zu unterstützen gilt.

In meinem Redebeitrag berichtete ich von dem deutschen Projekt zur Gewaltprävention bei geflüchteten Frauen, Kindern und Migrantinnen. Dazu später mehr.

Entschließungsantrag zum Walfang in Norwegen

Das Europäische Parlament hat am vergangenen Dienstag mit überwältigender Mehrheit Norwegen aufgefordert, kommerziellen Walfang zu beenden und staatliche Subventionen für den Wirtschaftszweig einzustellen. Auch forderten die Europaabgeordneten die Europäische Kommission dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, dass kein Walfleisch mehr durch europäische Häfen ein- und ausgeführt

werden darf. Teile des in Norwegen gefangenen Walfleisches werden trotz bestehender Verbote international exportiert, insbesondere nach Japan. Damit schickt das Europäische Parlament direkt im Anschluss an die Parlamentswahl am vergangenen Sonntag ein Signal an die künftige Regierung in Oslo, die international weitgehend geächtete Praxis eines kommerziellen Walfangs möglichst schnell zu beenden. Mit Norwegen, Japan und Island betreiben nur noch wenige Länder trotz des Verbots der Internationalen Walfangkommission (IWC) von 1986 weiterhin kommerziellen Walfang, indem sie sich Ausnahmeregelungen zu Nutze machen. Während in der Öffentlichkeit oftmals Japan im Vordergrund steht, ist aber Norwegen die größte Walfangnation und fängt mehr Tiere als die beiden anderen Ländern zusammen.

Wälder und Klimawandel: Reduzierung von CO2 in der Forstwirtschaft

Über das Thema „LULUCF“ (Land-Use, Land-Use-Change and Forestry) berichtete ich bereits. Ich habe mich bei der Diskussion dafür eingesetzt, dass das Potenzial der Wälder zur Eindämmung des Klimawandels genutzt werden soll, andererseits nicht zusätzliche bürokratische Hürden für Waldbesitzer geschaffen oder in die Bewirtschaftung von Privatwald eingegriffen wird.

Die Forst-Referenzwerte konnten zwar im Sinne eines Kompromisses nicht ganz den Mitgliedsstaaten überlassen werden, es ist aber gelungen, sie im Vergleich zum Kommissionsvorschlag auf einen wesentlich aktuelleren Zeitraum anzupassen (2000-2012). Der angenommene Vorschlag ist flexibel genug, um die regionalen Gegebenheiten europäischer Wälder zu berücksichtigen.

Mit dem heute abgestimmten Ergebnis können nun die Verhandlungen mit dem Rat im Trilog aufgenommen werden.

Eine wettbewerbsfähige Weltraumwirtschaft ist eine Chance für Europa (ALDE-Berichterstatterin)

Der europäische Weltraumsektor ist im Aufwind. Raumfahrtprogramme und die damit verbundenen Dienstleistungen sind in unterschiedlichen Bereichen entscheidend, unter anderem zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Unterstützung der Grenz- und Seeüberwachung, zur Gewährleistung der Sicherheit kritischer Energieinfrastrukturen, aber auch um Telekommunikation, moderne Landwirtschaft und Fischerei zu ermöglichen. Die entsprechende Mitteilung der Kommission ‚Eine Weltraumstrategie für Europa‘ bestätigte diese Woche das Plenum des Europäischen Parlaments durch einen Eigeninitiativbericht. Er unterstützt das Engagement der Kommission, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorteile des Weltraums zu maximieren, den Einsatz von Weltraumtechnologien zu erhöhen, und die Rolle Europas in dem Bereich zu stärken.

Ganz besonders wichtig sind Weltraumtechnologien für die Verkehrsbranche, wenn es darum geht, Land-, See-, Luft- und Raumverkehr intelligenter, integrierter, sicherer und nachhaltiger zu gestalten. Das haben wir auch in der Stellungnahme

des Verkehrsausschusses, für die ich Berichterstatterin war, zur Geltung gebracht. Durch Satellitendaten und Geolokalisierung gibt es viele neue Innovationsmöglichkeiten in den Bereichen Sicherheit, Umwelteffizienz, Datenstreaming, Navigation, Such- und Rettungsdienste sowie Verkehrsüberwachung und -management. Bedeutend sind die Weltraumtechnologie- und Dienstleistungen auch für die Gestaltung und Betreuung einer umfassenden und internationalen Meerespolitik.

Allerdings ist die Erfüllung dieses Potentials immer noch sehr abhängig von Forschung und Innovation, weshalb es wichtig ist, die EU-Forschungsrahmenprogramme Weltraumforschung zu fördern und die Beteiligung von KMU und Start-ups an Weltraumaktivitäten und weltraumbezogener Forschung anzuregen. Außerdem brauchen wir einen wettbewerbsfähigen europäischen Raumfahrtsektor, unter anderem durch eine erhöhte Nutzung der existierenden EU-Weltraumprogramme Galileo, EGNOS und Copernicus.

Kostenloses Internet im ländlichen Raum beschleunigt die digitale Wende

6000 bis 8000 Gemeinden in der EU sollen in den nächsten drei Jahren kostenfreien, öffentlichen Internetzugang über Funk anbieten. Dies wird von der EU mit geplanten 120 Millionen Euro gefördert. Den entsprechenden Vorschlag der Kommission bestätigte heute das Plenum des Europäischen Parlaments. 120 Millionen Euro sind nicht viel, aber ein erster Schritt, um die Vernetzung im ländlichen Raum und die digitale Wende in Europa voranzutreiben. Die Verordnung rückt die Digitalisierung in den Vordergrund. Durch kostenlosen Internetzugang in Rathäusern, Parks, Krankenhäusern oder Bibliotheken werden kleine Kommunen ermutigt, mehr digitale Leistungen wie zum Beispiel E-Verwaltung oder E-Gesundheit anzubieten und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft anzukurbeln. Davon sollen vor allem der ländliche Raum und abgelegene Gemeinden profitieren.

Wichtig ist, dass diese Initiative zu keiner Dauerfinanzierung wird, sondern einen Anreiz für mehr Investitionen in die Entwicklung von WLAN im ländlichen Raum schafft, auch um die digitale Kluft zu überwinden. Allerdings ist ein hochleistungsfähiges Breitbandnetz Voraussetzung für den Erfolg dieser Initiative, und davon sind wir in Deutschland noch weit entfernt.

Die Initiative ist Teil der Überarbeitung der EU-Telekommunikationsregeln einschließlich neuer Maßnahmen, um den wachsenden Bedarf nach schnellem Internetzugang zu decken und die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken. Kommunalbehörden in Regionen, in denen ein ähnliches öffentliches oder privates Angebot noch nicht existiert und die öffentliches WLAN anbieten möchten, können sich über einen einfachen und unbürokratischen Prozess bewerben. Zuschüsse sollen die Anschaffung von notwendiger Technik erleichtern, während die laufenden Kosten von den Kommunen getragen werden sollen.

An welchen Orten WLAN ausgebaut werden soll können die Kommunen dann selbst entscheiden. Außerdem wird darauf geachtet, dass die Vergabe geografisch ausgewogen ist und auch besonders entlegene Regionen berücksichtigt werden. Die ersten Ausschreibungen sollen Ende 2017 oder Anfang 2018 veröffentlicht werden.

Mehrjahresplan für die Fischerei in der Nordsee

In Straßburg stand die zukünftige Bewirtschaftung von rund 70 Prozent der Nordseefänge auf der Tagesordnung. Die Abstimmung über den sogenannten Mehrjahresplan zur Bewirtschaftung der Nordseebestände wurde ein ganz klares Votum für eine konsequente Umsetzung der im vergangenen Mandat beschlossenen Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP). Nach dem Mehrjahresplan für die Ostsee gelang es insbesondere durch den Einsatz meiner liberalen ALDE-Fraktion, für die Parlamentsposition Fangquoten festzusetzen, die eine dauerhafte und nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände der Nordsee sicherstellen. Damit stattete das Plenum die Berichterstatterin Ulrike Rodust aus Schleswig-Holstein mit einem sehr starken Verhandlungsmandat für die anstehenden Gespräche mit dem Europäischen Rat im Trilog aus. Traditionell versuchen die Mitgliedsstaaten dann für die verschiedenen Fischarten höhere Fangquoten auszuhandeln, weshalb eine ambitionierte Parlamentsposition so wichtig ist.

Die Bedeutung des Abstimmungsergebnisses reicht aber über die Nordsee hinaus. Sollte sich die heutige Ausrichtung in den anstehenden Verhandlungen verteidigen lassen, hat das eine Signalwirkung auf die kommenden Mehrjahrespläne für die hinsichtlich einer Überfischung besonders problematischen Meere Europas, den Atlantik und das Mittelmeer. Gleichzeitig kann so noch vor dem Brexit eine deutliche europäische Position gefunden werden, die dann Teil der Verhandlungen für eine zukünftige Bewirtschaftung der Nordsee nach dem Austritt Großbritanniens sein wird, da die Regelungen auch Vorgaben für Drittstaaten wie Norwegen und dementsprechend in Zukunft auch das Vereinigte Königreich enthalten.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Brexit – ein Überblick

Zehntausende protestierten am Wochenende im Londoner Regierungsviertel gegen den Brexit. Dennoch wurde diesen Montag mit einer klaren Mehrheit vom britischen Unterhaus das Gesetz angenommen, welches die Geltung von EU-Recht in Großbritannien nach dem Brexit beenden soll und die Übertragung von mehr als 12.000 EU-Vorschriften aus allen Lebensbereichen in nationales Recht vorsieht.

Doch der Weg bis zum Ausstieg Großbritanniens aus der EU ist noch lang. Auch nach drei Verhandlungsrunden sind die „Scheidungs“-Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, sodass mit „Phase 2“, den Gesprächen über die künftigen

Beziehungen noch lange nicht begonnen werden kann. Dabei müsste zwischen der EU und Großbritannien in etwa einem Jahr eine Einigung vorliegen, wenn diese bis März 2019 ratifiziert sein soll. Momentan erscheint jedoch sogar ein Scheitern der Verhandlungen möglich. Folge wäre ein ungeregeltes Ausscheiden Großbritanniens aus der EU – mit unüberschaubaren Folgen für beide Seiten. So dringt die Regierung in London darauf, mit häufigeren Verhandlungsrunden den Stillstand zu überwinden, wofür sich auch Brüssel offen zeigt.

Guy Verhofstadt, der Vorsitzende meiner ALDE-Fraktion, welcher vor einem Jahr zum Chefunterhändler des Europäischen Parlaments für die Austrittsverhandlungen ernannt wurde, hob in der letzten Fraktionssitzung hervor, welche drei Grundsatzfragen es nun vor allem zu klären gelte: die nach künftigen Rechten von EU-Bürgern in Großbritannien und Briten in der EU, die nach finanziellen Verpflichtungen Großbritanniens gegenüber der EU sowie die Zukunft der nordirischen Grenze. Gerade letztere wird zum Teil als wegweisend für das künftige wirtschaftliche Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien angesehen.

Unverbindliche Energieeffizienzziele

Das Einsparen von Energie ist sinnvoll und trägt zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei. Deshalb unterstützten wir auch den Kommissionsvorschlag für eine Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie, um Europa bis 2030 energieeffizienter zu machen. Allerdings kritisiert die FDP im Europäischen Parlament seit langem, dass wir zur CO₂-Reduktion bereits das Instrument des Emissionshandels haben. Ein zusätzliches verbindliches Ziel zur Energie-Effizienz könnte kontraproduktiv sein und Zielkonflikte verursachen. So können unrealistische Ziele dazu führen, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die Anforderungen rechtzeitig zu erfüllen, diese aber nicht nachhaltig sind. Im Bereich Klimaschutz und Energieeffizienz würde dies dem eigentlichen Ziel, unsere Wirtschaft in jedem Sinne nachhaltiger zu machen, nur schaden. Deshalb fordern wir ein unverbindliches Ziel von 30 Prozent.

Darüber hinaus setzt Effizienz stets Verbrauch und Leistung ins Verhältnis. Der Kommissionsvorschlag aber beschränkt sich auf eine Verbrauchsminderung. Wachstum und Innovation werden dabei außen vor gelassen. Wachstum sollte durch klimapolitische Ziele nicht in diesem Maße eingeschränkt werden. Deshalb habe ich im federführenden Industrieausschuss entsprechende Änderungsvorschläge eingebracht. Der Umweltausschuss hat sich bei der Abstimmung in der vergangenen Woche für ein verbindliches Ziel von 40 Prozent und zusätzlich nationale Ziele für die Mitgliedsstaaten ausgesprochen. Das lehnt die FDP ab. Zudem würden die Mitgliedsstaaten im Rat dieser Forderung zu Recht sowieso nicht zustimmen.

International Ocean Governance (ALDE-Berichterstatterin im ENVI und TRAN)

Derzeit wird sowohl im Transport- (TRAN) als auch im Umweltausschuss (ENVI) über einen Initiativbericht zur Internationalen Meerespolitik diskutiert. Dabei geht es darum, wie sich die Europäische Union auf der globalen Bühne mit ihren Erfolgen in

der Meerespolitik einbringen kann. Seit seiner Vorstellung 2007 hat die EU mit dem sektorenübergreifenden ganzheitlichen Ansatz der Integrierten Meerespolitik (IMP) erhebliche Erfolge feiern können. Allerdings bleiben die Herausforderungen einer nachhaltigen Nutzung der Meere erheblich, wie das zunehmende Problem der Verschmutzung der Ozeane durch Plastik zeigt. Ein effektives Management in den nationalen Hoheitsgewässern ist bereits eine große Herausforderung.

Eine grenzübergreifende Zusammenarbeit in den europäischen Meeresbecken, insbesondere dem Mittelmeer mit seinen vielen Anrainerstaaten, gestaltet sich noch schwieriger. Eine fast unlösbare Herausforderung stellen aber die rund 60 Prozent der Ozeane dar, die sich außerhalb der nationalen Hoheitsgebiete befinden und damit eine gemeinsame Ressource darstellen. Verschmutzung durch gigantische Müllstrudel sind hier genauso ein Problem wie Überfischung, aber auch die Regulierung des Abbaus von Rohstoffen, etwa durch den sich zunehmend entwickelnden Tiefseebergbau. Zwar gibt es bereits eine Vielzahl von Regelungen, wie das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS), oder Institutionen wie die internationale Meeresbodenbehörde (ISA) sowie die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO). Allerdings zeigt die Erfahrung, dass ein ambitioniertes Management auf internationaler Ebene, erst recht für internationale Gewässer, zwar erstrebenswert, aber sehr problematisch und langwierig ist. Hier kann die EU als Akteur einen wichtigen Beitrag leisten, um mit europäischen Maßstäben internationale Standards zu setzen. Deswegen wird in dem Bericht einerseits diskutiert, wo in Europa noch Handlungsbedarf besteht, um dann andererseits auf internationale Ebene ein Beispiel setzen zu können. Als Schattenberichterstatterin in beiden Ausschüssen begleite ich die Verhandlungen über einen ambitionierten Bericht besonders intensiv. Für mich steht dabei eine umfassende Strategie zur Bekämpfung der Verschmutzung der Meere, insbesondere durch Plastikmüll, und die internationale Einführung einer maritimen Raumplanung, wie sie in Europa seit 2014 vorgeschrieben ist, im Vordergrund sowie die Ausstattung der Europäischen Kommission mit einem umfangreicheren Mandat auf globaler Ebene.

Forderung nach verpflichtenden Ladestationen für Elektroautos bei Gebäuden geht eindeutig zu weit

Die EU-Kommission sieht in ihrem Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie für Energie-Effizienz von Gebäuden unter anderem vor, jedes kommerzielle Gebäude und jedes Wohnhaus, an dem größere Renovierungsarbeiten vorgenommen werden, bei mehr als 10 Parkplätzen, verpflichtend mit einer Ladestation für Elektroautos auszustatten. Als Liberale lehne ich diesen Vorschlag eindeutig ab. Obwohl ich die Förderung von Elektro-Mobilität als eines von vielen Fortbewegungsmittel unterstützte, halte es nicht für richtig, einem Hauseigentümer in diesem Maße etwas vorzuschreiben. Für welche Antriebstechnologie sich ein Autofahrer entscheidet, bleibt ihm selbst überlassen, weshalb auch entsprechende Ladestationen nicht vorgeschrieben werden sollten. Eine solche Verpflichtung würde darüber hinaus auf Unverständnis stoßen und reguliert viel zu weit in die Entscheidungsfreiheit der Bürger hinein.

Bei der Abstimmung letzte Woche im Umweltausschuss wurde diese Forderung auch auf meine Initiative hin insoweit abgeschwächt, dass sie einerseits nur noch Gebäude betreffen, die nicht bewohnt werden. Andererseits müssen diese nicht mit einer Ladestation als solcher versehen werden, sondern nur noch beim Neubau oder bei der Renovierung mit den entsprechenden Kabelschächten ausgestattet werden.

ALDE-Seminar zu selbstfahrenden Schiffen

Die Entwicklung von selbstfahrenden Autos ist in aller Munde. Wir kennen auch U-Bahnen, die ohne Fahrer unterwegs sind. Doch über automatisiertes Fahren von Schiffen hört man wenig. Deswegen haben meine liberalen Kollegen letzte Woche im Transportausschuss ein paar Experten zu dem Thema ins Parlament eingeladen. Gerade Binnenschiffe könnten sich z.B. in Kanälen mit Sensoren am Ufer orientieren. In Norwegen wird nun das erste Schiff gebaut, das ohne Crew völlig autonom 60 km durch einen Fjord fahren soll. Es navigiert mit Hilfe von GPS, Radar-, Kamera- und Sensorsystemen und soll Düngemittel von einer Fabrik zum Hafen von Larvik im Süden Norwegens transportieren. Gesteuert wird alles von einer Einsatzzentrale an Land. Man erwartet, dass sich solche vollautomatisierten Schiffe eher für kurze oder küstennahe Strecken lohnen. Dann kann man zur Not schnell einen Techniker an Bord schicken, wenn die Systeme nicht richtig funktionieren. Auch braucht man stabile und leistungsfähige Datenverbindungen, um Schiffe aus der Entfernung steuern zu können.

Sperrung der Rheintalstrecke zwischen Rastatt und Baden-Baden

Am 12. August musste der Zugverkehr auf der sogenannten Rheintalstrecke zwischen Karlsruhe und Basel abrupt gestoppt werden. Wegen Bauarbeiten an einem Bahntunnel sind bei Rastatt die Gleise eingesunken. Bei den Bohrungen für den neuen Tunnel, der direkt unter den Gleisen verlaufen soll, hat der Boden nachgegeben, es kam zu einem Erdbeben und Wassereintritt. Die Arbeiten für die Stabilisierung des Tunnels und der Gleise sind kompliziert und man geht davon aus, dass die Strecke bis in den Oktober hinein geschlossen bleibt.

Das ist natürlich sehr ärgerlich für alle Reisenden. Bahnkunden müssen in Baden-Baden beziehungsweise in Rastatt in Busse umsteigen und können erst nach der Baustelle mit dem Zug weiterfahren. Wenn alles gut läuft, verzögert sich die Reise derzeit um circa eine Stunde. Noch schlimmer als die Passagiere trifft die Sperrung allerdings den Güterverkehr. Die Rheintalstrecke ist eine der Hauptverkehrsadern Europas, ein sogenannter transeuropäischer Korridor. Waren, die an den belgischen und holländischen Häfen aus Übersee ankommen, werden am Rhein entlang in die Schweiz und nach Italien transportiert. An einem normalen Tag passieren 170 bis 200 Frachtzüge diese Strecke. Und für die schweren Container und Tanks gibt es kein Umsteigen in den Bus. Mögliche Umleitungsstrecken sind nicht genügend ausgebaut und können nur wenige kurze Züge aufnehmen. Frachtunternehmen sagen, dass sie derzeit nur 10% ihrer Züge auf der Strecke fahren lassen können.

Das bringt natürlich enorme finanzielle Verluste für alle Beteiligten. Die Transportunternehmen, die nichts transportieren können, die Kunden, die ihre Ware nicht bekommen, die Unternehmen, deren Produktionszyklen wegen fehlender Lieferungen gestört sind. Einige Logistikunternehmen, die auf Schienentransporte zwischen Italien und Deutschland spezialisiert sind, haben inzwischen Existenzsorgen. Denn ihre Kunden wandern ab und lassen ihre Waren in Zukunft lieber per LKW transportieren. Das ist flexibler und deswegen oft zuverlässiger als per Zug.

Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit durch Macron?

Auf Einladung der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) und der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft (EPG) nahm ich mit drei deutschen Kollegen (CDU, SPD und Linke) an einer Abendveranstaltung in Straßburg teil. Es ging um die Frage, wie sich die von jeher für die EU wichtige deutsch-französische Zusammenarbeit zwischen den neuen Regierungen in Paris und Berlin entwickeln wird. Einigkeit bestand darüber, dass der freundschaftliche Start der Beziehungen zwischen Emmanuel Macron und Angela Merkel (der wohl auch künftigen Kanzlerin) nicht nur zu mehr Innovation und wirtschaftlichem Aufschwung beitragen kann, sondern auch zu einer Reform der Europäischen Union. Wie diese Erneuerung aber im Detail aussehen wird, darüber gingen die Meinungen sehr auseinander.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Bodenseetour: Blaufelchen, altes Getreide und Truthahnfolie

Haben Sie schon mal frisch gebackenes Brot aus Emmer probiert? Ich hatte dazu erstmals Gelegenheit bei meiner Wahlkampftour Ende Juli am Bodensee, organisiert von der Kreisvorsitzenden Elke Bass. Wir besichtigten einen bäuerlichen Familienbetrieb an der Grenze zur Schweiz, der mit dem Anbau alter Getreidesorten wie Emmer und Dinkel und Backtagen mit Ab-Hof-Verkauf aktuelle Verbraucherwünsche bedient und sich gutem Zulauf erfreut. Bei der Feldrundfahrt berichtete der Hofeigentümer auch über die Probleme für die Landwirte im Grenzbereich der Schweiz, die sich unlauterem Wettbewerb ausgesetzt sehen, da die Schweizer Kollegen nicht an EU-Vorgaben gebunden sind oder - soweit es sie eigentlich auch betrifft - sich nicht daranhalten. Ein Thema für Brüssel! Vorstellungen und Wünsche zur Zukunft der Landwirtschaft und des ländlichen Raums standen im Mittelpunkt von zwei Diskussionsveranstaltungen bei den Landfrauen. Ich gehöre selber dem Landfrauenverband seit meinem Abitur an, wohne direkt am Acker und achte immer darauf, dass bei der künftigen politischen Ausrichtung nicht nur Politik für die Ballungszentren gemacht wird, sondern auch Infrastrukturversorgung und Rahmenbedingungen für ländliche Regionen bedacht werden. Aus meiner Sicht bietet die Digitalisierung - vorausgesetzt, die Breitbandversorgung wird entscheidend vorangetrieben - sehr gute Möglichkeiten, Wohnen und Arbeiten in dörflicher Gemeinschaft zukunftssicher zu machen.

Natürlich ging es am Bodensee auch um Tourismus und Fischerei. Vertreter kleiner Beherbergungsbetriebe und Campingplätze klagten über die Einführung einer Tourismuscards "von oben herab", die Betreibern und Gästen das Leben schwermacht und sich eventuell mit EU-Regeln nicht verträgt. Und die Bodenseefischer - unter ihnen auch der Präsident der Schweizer Organisation - sorgen sich um die von der Landesregierung geplante Aquakultur im Bodensee mit Netzgehegen. Der Bestand an Blaufelchen, typischer und beliebter Bodenseefisch, ist in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen. Die Fischer sehen die Ursache dafür vor allem darin, dass der Bodensee - großes Trinkwasserreservoir - so stark "gereinigt" wurde, dass jetzt zu wenige Nährstoffe für die Fische enthalten sind. Schon geringe Phosphatzufuhr könnte für vermehrtes Wachstum von Plankton und Algen sorgen und damit ausreichend Nahrung für die Blaufelchen und den künftigen Bestand sicherstellen - für mich absolut einleuchtend. Netzgehege mit Fütterung "von außen" könnten die Wildfische verdrängen und das natürliche Gefüge des Sees beeinträchtigen. Aquakultur am Ufer des Sees wäre die wahrscheinlich bessere Lösung, dafür setzen sich auch die Bodenseefischer ein.

Und nun wollen Sie wissen, was es mit der Truthahnfolie auf sich hat? Nun, wir besuchten auf unserer Rundtour mit dem örtlichen Bundestagskandidaten Tassilo Richter nicht nur Bauernhöfe, Fischer und eine Spedition direkt an der Schweizer Grenze, sondern auch einen Familienbetrieb, der sich ganz innovativer Folienproduktion verschrieben hat. Dort gibt es nicht nur Klarsichtfolie, die garantiert gerade abschneidet und sicher in der Handhabung ist (alle haben es ausprobiert), sondern auch kompostierbares 1x-Geschirr aus Zuckerrohr. Und wenn der Herbst und damit der Thanksgiving-Day naht, werden Extraschichten eingelegt, um übergroße Bratschläuche für Truthähne/Puten herzustellen, die bei den Amerikanern reißenden Absatz finden. So kann ein Betrieb im beschaulichen Baden-Württemberg zum Gelingen von Familienfeiern in den USA beitragen!

Gewaltprävention für geflüchtete Frauen, Kinder und Migrantinnen

Seit meiner Amtszeit als Sozialausschussvorsitzende im niedersächsischen Landtag schätze und begleite ich die Arbeit des Ethnomedizinischen Zentrums Hannover (EMZ). Dessen äußerst ideenreicher Geschäftsführer Ramazan Salman bietet dort und mittlerweile in vielen anderen deutschen Städten „Gesundheitsbildung von Migrantinnen mit Migrantinnen“, die sogenannten MiMi-Projekte, an, für die er mehrfach ausgezeichnet wurde. Auch dem Weltwirtschaftsforum in Davos gehört er mittlerweile als erfolgreicher Sozialunternehmer an.

Vor zwei Jahren wurde im EMZ das Konzept „Gewaltprävention geflüchteter Frauen, Kinder und Migrantinnen“ entwickelt, mehrere Mediatorinnen dafür ausgebildet und in der Folge Kurse und Beratungen deutschlandweit durchgeführt. Dieses von der Bundesregierung geförderte Projekt war im letzten Jahr Gegenstand eines Kongresses in Berlin, am 8. September folgte eine ausgebuchte Konferenz in Hamburg. Beide Tagungen habe ich als Vertreterin des Europaparlaments mit einem Grußwort begleitet und durch die Reden und Gesprächsrunden viele neue Impulse für meine Arbeit mitnehmen können. Besonders gut finde ich, dass neben der Arbeit mir betroffenen Frauen jetzt auch Männer unterschiedlicher kultureller Herkunft in

speziellen Maßnahmen sensibilisiert werden, Frauenrechte zu respektieren und sich dem engagierten Einsatz gegen Gewalt gegen Frauen anzuschließen.

IV. Terminvorschau

17.9.	Berlin	Bundesparteitag der FDP
19.9.	Klein Wanzleben	Klein Wanzlebener Saatzucht, Bioethanol und Futtermittel
19.9.	Hannover	Gespräch mit dem Landesapothekerverband
21./22.9.	Tallin	Kongress zur Finanzierung der EU-Verkehrsinfrastruktur
23.9.	Wennigsen	Wahlkampfstand
25.-28.9.	Brüssel	Ausschüsse, Besuchergruppe, externe Fraktionssitzung
25.9.	Brüssel	Gastgeberin einer Konferenz des Europäischen Logistik-Forums (ELP)
30.9.	Hannover	FDP-Landesfachausschuss Wirtschaft, Arbeit, Verkehr
2.-4.10.	Straßburg	Plenum, Fraktion, Besuch des Jugendparlaments Wennigsen
5./6. 10.	Malta	Rede auf der Internationalen Meereskonferenz "Our Ocean"

15. September 2017

Oktober 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

die FDP hat es geschafft und ist nach vier schwierigen Jahren außerparlamentarischer Opposition wieder im Bundestag vertreten! Für mich als Liberale (seit über 30 Jahren) ist das natürlich ein Grund zu besonderer Freude. Ein Schock war allerdings das starke Abschneiden der AfD, die in Sachsen sogar stärkste Kraft werden konnte. Diesen nationalen Rechtsruck zu bekämpfen und die Menschen in Deutschland vom Wert eines gemeinsamen Europas zu überzeugen ist jetzt Aufgabe für uns alle.

Die Bundestagswahl war auch Thema bei unserer auswärtigen Fraktionssitzung in SpaFrancorchamps (in Reichweite der Formel-1-Rennstrecke). Viele ALDE-Kollegen zeigten sich besorgt, weil nun auch in Deutschland Rechtsnationale im Parlament sitzen. Bemerkenswert war auch, dass die FDP in der europäischen Presse als europaskeptisch wahrgenommen wird. Dabei teilen die Freien Demokraten weit überwiegend die Reformvorstellungen Macrons, uns trennt vor allem die Frage des Eurozonenbudgets.

Für uns Niedersachsen geht nach dem 24.9. der Wahlkampf weiter, denn am 15.10. wird der Landtag - vorzeitig - neu gewählt. Positiv: dadurch ist die Vorweihnachtszeit Wahlkampf-frei.

Aber zunächst zu den aktuellen Ereignissen und Beschlüssen.

Herzliche Grüße, mittlerweile wieder aus Brüssel!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Verbesserung verpasst: Keine Kriterien für Endokrine Disruptoren

Am Mittwoch hat das Plenum mit 13 Stimmen Mehrheit Kriterien zur Bestimmung von Endokrinen Disruptoren, also Stoffen, die sich schädigend auf das Hormonsystem auswirken, abgelehnt. Das ist schade, da Endokrine Disruptoren in vielen Substanzen (Pflanzenschutzmittel, Weichmacher u.a.) enthalten sind, daher in vielen Gesetzen eine Rolle spielen und die Kommission schon lange Kriterien zu deren Bestimmung hätte veröffentlichen sollen. Die Chance auf Klarheit darüber, wie künftig in der Gesetzgebung damit umgegangen werden soll, hat man sich damit leider verspielt. Formell lautete der Einwand zwar, die Kommission hätte mit ihrem Vorschlag ihr Mandat überschritten. Das war aber meines Erachtens nur vorgeschoben: in Wirklichkeit stand die Absicht dahinter, beim Einschränken von Substanzen mit Endokrinen Disruptoren nicht risikobasiert vorzugehen, sondern so viele wie möglich zu verbieten. Ich vertrete aber die Ansicht, dass ein Pauschalverbot unrealistisch ist, weil oftmals keine Alternativen vorhanden sind. Außerdem macht es einen Unterschied, ob man den Stoffen kurz oder lang ausgesetzt ist. Leider konnte sich eine differenzierte Herangehensweise nicht durchsetzen. Die Kommission hat bereits angekündigt, im Falle einer Ablehnung keinen neuen Vorschlag zu machen. Das ist schlecht für die Menschen in Europa, da der Vorschlag durchaus einige Verbote nach bestimmten Kriterien vorsah und damit gesundheitsfördernd gewesen wäre.

Annullierung tausender Ryanair-Flüge im Herbst/Winter

Die Kommission nahm im Parlament Stellung zu mehreren tausend gestrichenen Flügen bei der irischen Fluglinie Ryanair. Ryanair hatte vor zwei Wochen 2100 Verbindungen für September und Oktober annulliert. Auch im Winterflugplan sollen bis März 2018 weitere 18 000 Flüge ausfallen. Nach eigenen Angaben fehlt Ryanair die nötige Besatzung für die Flüge, denn es wurden Fehler bei der Aufstellung der Dienstpläne gemacht, sodass etliche Piloten ihre gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten ohne Flugausfälle nicht einhalten können.

Laut Ryanair haben zwar 98 Prozent der im September und Oktober betroffenen Passagiere ihr Geld zurückbekommen oder sind auf andere Flüge umgebucht worden. Allerdings hat Ryanair seine Kunden nicht über alle Optionen aufgeklärt. Im Falle einer selbstverschuldeten Annullierung der Airline sehen die Europäischen Flugpassagierrechte weit mehr vor als nur eine Rückerstattung des Kaufpreises oder die Umbuchung auf einen anderen Ryanair-Flug. Dem Kunden müssen ebenfalls geeignete Verbindungen anderer Fluggesellschaften angeboten werden, auch wenn diese um ein Vielfaches teurer sind als der ursprüngliche Ryanair-Flug. Alle entstandenen Kosten für zusätzliche Übernachtungen und Verpflegung müssen von der Airline getragen werden. Bei kurzfristigen Annullierungen hat man oft zusätzlich Anspruch auf eine Kompensation von 250 bis 400 Euro je nach Länge des Fluges. Ryanair hat seinen Kunden ganz einfach die billigste Variante angeboten. Zum Glück hat die irische Civil Aviation Authority Ryanair letzte Woche dazu gezwungen, die betroffenen Passagiere endlich umfassend aufzuklären.

In der Debatte wurde deutlich, dass zwar die rechtliche Stellung der Fluggäste in der EU so stark wie nirgendwo sonst ist, es demgegenüber aber erhebliche Mängel bei der Um- und Durchsetzung dieser Rechte gibt. Dafür sind in erster Linie die Mitgliedstaaten mit ihren Beschwerdestellen für Passagiere zuständig. Insbesondere bei der Aufklärung der Passagiere über ihre Rechte besteht Verbesserungsbedarf. Wenig hilfreich ist leider, dass die Überarbeitung der Flugpassagierrechte seit Jahren von den Mitgliedstaaten im Rat blockiert wird. Dies ist insbesondere auf den Streit zwischen Spanien und Großbritannien um den Flughafen von Gibraltar - laut Spanien kein EU-Flughafen - zurückzuführen.

Verbesserte Vorschriften für die Schiffssicherheit

Letzte Woche wurde im Plenum auch ein Gesetzespaket zur Sicherheit von Seeschiffen verabschiedet. Es geht um die sichere Bauweise von Schiffen und um aktuelle Passagierlisten. Denn z.B. beim Fährunglück der „Norman Atlantic“ 2014 im Mittelmeer wussten die Rettungskräfte nicht genau, wer und wie viele Menschen an Bord waren. Für die Organisation der nötigen Rettungsmaßnahmen ist das natürlich fatal. Auch für die Bestimmung der Opferzahlen und Benachrichtigung der Angehörigen braucht man zuverlässige Informationen, wer genau an Bord ist. In Zukunft müssen aktuelle Passagierlisten spätestens 15 Minuten nach Abfahrt elektronisch übermittelt werden. So können auch Passagiere, die spontan ein Fährticket kaufen, noch berücksichtigt werden. Es geht auch um regelmäßige Inspektionen von RoRo-Fähren, also Fähren, auf die LKWs und PKWs direkt auffahren können. Diese Schiffe sind besonders gefährdet, denn durch die großen Ladeluken können leicht große Mengen an Wasser eindringen und die großflächigen Autodecks fluten. Das Schiff verliert die Stabilität und sinkt sehr schnell. Das wurde der „Estonia“ zum Verhängnis, die 1994 auf dem Weg von Tallinn nach Stockholm 852 Menschen in den Tod riss. Die neue Richtlinie legt nun fest, für welche Kontrollen der Flaggenstaat (dort wo das Schiff registriert ist) zuständig ist und welche Kontrollen am Hafen stattfinden.

Jugendparlament zu Gast

Das Jugendparlament meiner Heimatgemeinde Wennigsen war letzte Woche zu Gast in Straßburg. Die Jugendbürgermeisterin Rebekka Theis und sieben weitere Mitglieder des insgesamt aus elf Mitgliedern bestehenden Parlaments kamen genau rechtzeitig für eine turbulente Plenardebatte über den Brexit. In ausführlichen Gesprächen konnten wir über ihre Sicht auf die Europäische Union und meine Arbeit als Europaabgeordnete sprechen. Mir war die Einladung des Jugendparlaments ein wichtiges Anliegen, schließlich ist diese tolle Einrichtung bestens geeignet, das politische Interesse der nächsten Generation zu wecken und ihre aktive Beteiligung an der Demokratie zu fördern. Letztlich war der Austausch mit den 15- bis 18-jährigen Teilnehmern auch für mich sehr spannend, schließlich brachten die Jugendlichen einen erfrischend anderen Blick auf die Politik und viele Fragen mit.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates

In der Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates ging es vor allem um vier große Themen: Migration, Digitalisierung, Verteidigung und EU-Außenbeziehungen - es gaben in dieser sehr gemischten Debatte aber auch viele Redner den ein oder anderen Kommentar zur deutschen Bundestagswahl oder zur Lage in Katalonien ab. Immer wieder wurde hervorgehoben, wie stark die Flüchtlingsströme schon zurückgegangen sind. Deswegen ist natürlich noch lange nicht alles einfach gut, aber das Problem wird angegangen, oder, wie Guy Verhofstadt, Vorsitzender meiner ALDE-Fraktion, sagte, „die Vorschläge liegen auf dem Tisch“. Es bestehe kein Grund, sich weiter zu beklagen über die unzureichenden Dublin-Regeln, den Mangel an rechtlichen Migrationsmöglichkeiten und die schlechte Verwaltung an den Außengrenzen. Gerade in der Migrationspolitik könne der Rat eine entscheidende Rolle spielen.

Außerdem äußerte Verhofstadt den Wunsch an den Rat, die Arbeit für eine Reform der Union weiter aufzugreifen. Die Anfang des Jahres verabschiedeten Vorschläge für Europa und die Reden von Juncker und Macron seien ein wichtiges Signal, vor allem 18 Monate vor der nächsten Europawahl, vor der Europa noch viel zu sehr einem „Soufflé“ gleiche, ohne Struktur und zu sehr in seinem „business as usual“ gefangen. Auch im Dauerkampf gegen den Populismus und Nationalismus ist eine klare Vision für Europa entscheidend.

Im Hinblick auf die digitale Agenda, bereits Kernstück der Gespräche in Tallinn, wurden Datenschutz, sowohl on- als auch offline, Breitbandausbau und Urheberrechte als wichtige Themen genannt und ein gemeinsames europäisches Vorgehen gefordert.

Im Bereich der Verteidigungspolitik wurden Leitlinien für eine ständige strukturierte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene als Ziel hervorgehoben - dies stimmt überein mit der Forderung der FDP nach einer europäischen Verteidigungsunion. Bei den Außenbeziehungen wurde insbesondere über das Verhältnis zur Türkei gesprochen und in diesem Zusammenhang, aber auch darüber hinaus der Union zu

wenig Ehrgeiz bei der Stärkung und Durchsetzung von Menschenrechten vorgeworfen.

Einig war man sich, dass vieles jetzt angepackt werden muss und nicht erst 2019 - und dass, wie auch Juncker in seiner Rede es forderte, der momentane Rückenwind für Europa genutzt werden muss. Dabei müssen Parlament, Rat und Kommission gut zusammenarbeiten.

Plenardebatte zum Stand der Dinge beim Brexit

Kommissionspräsident Juncker eröffnete die Plenardebatte zum Brexit, indem er sie in den Zusammenhang des redenreichen vergangenen Monats stellte: nach seiner eigenen Rede zur Lage der Union sprach der französische Präsident Macron an der Pariser Sorbonne-Universität seine Vision für Europa aus - während es in Premierministerin Mays Rede in Florenz vielmehr um Trennung ging.

Zwar ist in die Verhandlungen der EU mit Großbritannien etwas mehr Schwung gekommen, allerdings weiter ohne nennenswerte Ergebnisse. Neu ist vor allen Dingen, dass die Briten inzwischen die Notwendigkeit einer Übergangsphase und das Bestehen finanzieller Verpflichtungen anerkennen.

Guy Verhofstadt bedauerte, dass eine Entschließung des Parlaments angenommen werden muss, die keine ausreichenden Fortschritte benennen kann. Seinen Ausführungen zu den drei (eng zusammengehörenden) Schlüsselthemen - Irland, Bürgerrechte und Zahlungsverpflichtungen - schließe ich mich voll an. Mich bewegt insbesondere, dass nach dem mit Hilfe der EU hergestellten Frieden nach langem Religionskrieg zwischen Iren und Nordiren heute ein reger Pendelverkehr über die kaum merkbare Grenze stattfindet und auch Produkte mit Siegel für Gesamtirland vermarktet werden. Dieses friedliche Miteinander steht jetzt auf dem Spiel. Bezüglich der zentralen Frage nach der künftigen Grenze zu Nordirland betonte Verhofstadt entsprechend, dass das Karfreitagsabkommen der Region Frieden gebracht habe und es absolute Priorität haben müsse, dass es nicht wieder zu Gewalt kommen dürfe. Das Abkommen stehe auf schwachen Füßen und müsse unbedingt auch nach dem Brexit gewahrt werden. Dazu sollte es an das Austrittsabkommen angeschlossen werden. Was die Bürgerrechte der Briten in der EU und der EU-Bürger in Großbritannien angeht, forderte er vor allem Sicherheit für die Bürger, die in jedem Fall wissen sollten, woran sie sind und deren Rechte deshalb am besten sofort anzuerkennen seien. Zur Frage der Zahlungen stellte er kurz klar, dass 27 Mitgliedstaaten nicht zahlen müssen, was 28 beschlossen haben.

Insgesamt kritisierte er, wie auch viele andere in der Debatte, dass Großbritannien nach wie vor zu wenig Klarheit und Geschlossenheit an den Tag legt. Die EU hingegen steht in den meisten Fragen eng beisammen - vor allen Dingen darin, dass die Zukunft der EU in Europa selbst und nicht im Brexit liegt.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Gemischte Besuchergruppe aus dem Norden

Wie Sie wissen, laden wir immer wieder Interessenten mit ganz unterschiedlichem Hintergrund aus meinem großen Wahlkreis (6 Bundesländer!) ins Europaparlament ein. Ende September hatten wir eine illustre Gruppe in Brüssel zu Gast, in der sich Wanderfreunde aus Braunschweig, der Hamburger Männerchor Adolphina und Guttempler zusammenfanden. Besonders gefreut hat mich als begeisterte Musikerin das Abschiedsständchen des Männerchors.

Neuester Streich der Kommission: Absurde Vorschriften zur Zubereitung von Pommes Frites

Es hört sich an wie ein schlechter Scherz. Aber der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat mehrheitlich strenge Auflagen für die gastronomische Herstellung von Pommes Frites gebilligt, um den Acrylamid-Gehalt von Lebensmitteln zu senken. Die Regelungen gelten zum Beispiel für Imbisse und Restaurants. Nach dem Salzgehalt im Brot, Krümmungsgrad von Gurken und Glühbirnenverbot reguliert die Kommission nun den Bräunungsgrad von Pommes Frites. Für mich ist das, wie für viele EU-Bürger auch, nur schwer nachvollziehbar. Dass die Kommission Vorschriften zur Zubereitung von Pommes Frites erlässt, halte ich für absurd. Aus meiner Sicht führt das eher zu mehr Skepsis gegenüber der EU. Wir sollten außerdem auch auf die Verantwortung von Gastronomen vertrauen. Es sollte allgemein bekannt sein, dass verbrannte oder zu stark gegrillte oder frittierte Lebensmittel ungesund sind. Mehr Aufklärung zu gesunder Ernährung auch bei der Ausbildung von Gastronomen wäre sinnvoll. Alle Menschen sollten in der Lage sein, selbstverantwortlich eine ausgewogene Ernährung zu erreichen. Acrylamid kann auch beim Zubereiten von Bratkartoffeln zuhause entstehen und ich möchte nicht auch noch vorgeschrieben bekommen, wie ich am eigenen Herd zu kochen habe. Deshalb lehnte ich die Vorschriften ab. Leider fand dies keine Mehrheit.

In einem delegierten Rechtsakt legt die Kommission Maßnahmen zur Minderung des Acrylamid-Gehaltes in Lebensmitteln fest. Pommes Frites sollten demnach vor der Zubereitung 30 Minuten bis 2 Stunden in Wasser eingeweicht werden. Auch soll die Frittier-Temperatur von 175 Grad nicht überschritten werden und insgesamt so gering wie möglich gehalten werden. Abgesehen davon, dass das kaum kontrollierbar ist, bleibt die karzinogene Wirkung von Acrylamid umstritten. Sollten die Mitgliedstaaten nicht noch ein Veto einlegen, tritt mit der Entscheidung des Umweltausschusses der von der Kommission vorgeschlagene Rechtsakt in Kraft.

Veranstaltung der „Friends of Fehmarnbelt“

Wie jedes große Infrastrukturprojekt wird der geplante Tunnel unter dem Fehmarnbelt zwischen Puttgarden und Rødby von vielen Seiten kritisiert: braucht

man nicht, zu teuer, schlecht für die Zugvögel etc. Vor allem auf der deutschen Seite ist das Projekt umstritten und zahlreiche Klagen und Einwände sind noch immer in Bearbeitung. Dem wollten die „Friends of Fehmarnbelt“ etwas entgegensetzen. So kamen am 26. September zahlreiche Unterstützer der sogenannten „Festen Fehmarnbelt-Querung“ im Parlament zusammen. Auch ich bin überzeugt, dass wir diesen Engpass auf einer der Hauptverbindungsstrecken zwischen Skandinavien und Südeuropa beseitigen müssen. In Dänemark haben die langen Brücken über den Großen Belt und den Øresund gezeigt, wie durch die neuen schnellen Verkehrsverbindungen Wachstum geschaffen wird und Regionen zusammenwachsen. Ich denke auch, dass ähnlich wie beim Eurotunnel die Fähren trotz Tunnel weiterhin ihre Kunden haben werden. Wer die teure Tunnelmaut nicht zahlen möchte und es nicht eilig hat, nimmt gerne die Fähre. LKW-Fahrer können die Überfahrt für eine ihrer obligatorischen Pausen nutzen. Mit mir auf dem Podium saß Bernd Buchholz, der neue FDP-Minister für Wirtschaft und Verkehr aus Schleswig-Holstein. Er sagte, die neue Jamaika-Koalition in Kiel hätte ein klares Bekenntnis für die Fehmarnbelt-Tunnel abgegeben.

Zur Lage in Katalonien: Wer Spanien verlässt, verlässt die Europäische Union.

Diese Botschaft wurde in der kurzfristig angesetzten Debatte zur Lage in Katalonien am 4. Oktober nochmals deutlich. Nachdem bei dem umstrittenen Unabhängigkeitsreferendum in Katalonien am 1. Oktober nach Angaben der Regionalregierung 90 Prozent der Teilnehmer - bei rund 40 Prozent Wahlbeteiligung - für die Unabhängigkeit gestimmt hatten, steht nun eine Unabhängigkeitserklärung Kataloniens konkret im Raum. Die Redner im Parlament appellierten an die Regionalregierung, sich diesen Schritt gut zu überlegen. Denn Katalonien verlässt bei einer Abspaltung von Spanien auch die EU, den Schengen-Raum und die Eurozone. Dass dies auf Jahre hin für die Region wirtschaftliche und gesellschaftliche Unsicherheit und unkalkulierbare Risiken schafft, ist klar.

Da kann der Aufruf zum Dialog nicht oft genug wiederholt werden. Nur auf diesem Weg, so betont auch Guy Verhofstadt, Vorsitzender der ALDE-Fraktion, lässt sich die tiefe Kluft, die das Land - und selbst die Fraktionen im Parlament wie unsere, in der sich Befürworter und Gegner der Unabhängigkeit finden - spaltet, überwinden. Zwar weist Verhofstadt mit Blick auf die spanische Geschichte und die enorme Entwicklung Spaniens seit Ende der Franco-Diktatur zurecht darauf hin, dass niemand Spanien Nachhilfe in Sachen Demokratie geben muss. Dennoch die Warnung: am Ende seien es die Antieuropäer, die von einer Spaltung profitierten. Es sei keine Schande, von dem eigenen Standpunkt abzurücken, sondern vielmehr eine Stärke guter Politiker, Kompromisse anzustreben.

König Felipe VI. hat nicht dazu beigetragen, zwischen den Fronten zu vermitteln, im Gegenteil. In seiner Fernsehansprache stellte er sich einseitig hinter die spanische Regierung. Den überharten Einsatz der Polizei mit über 800 Verletzten am Tag des Referendums erwähnt er mit keinem Wort.

Verfassungsrechtlich gesehen war das Referendum in der Tat illegal. Dies hatte auch zuvor das spanische Verfassungsgericht erklärt, da das spanische Grundgesetz keine solchen Referenden vorsieht. Auch aus Artikel 1 Ziffer 2 der UN-Charta, der das Recht der Selbstbestimmung der Völker statuiert, ergibt sich nichts anderes. Der Artikel ist in Bezug auf die Katalanen gar nicht anwendbar, sondern muss vielmehr vor dem Hintergrund der Dekolonisierung gesehen werden. Der ursprüngliche Sinn war es, die Selbstbestimmung von ursprünglich selbstständigen Völkern stärken, nicht, die Loslösung von historisch bei Staatsgründung zu dem Staatsgebiet gehörenden Einheiten zu legitimieren.

Doch trotz dieser klaren Rechtslage - durfte die Polizei Menschen mit Schlagstöcken und Gummigeschossen an der Stimmabgabe hindern? Für mich eindeutig nein. Wie passt das zu den Bürger- und Menschenrechten in der EU? War das noch verhältnismäßiger Einsatz von Gewalt, wie ihn Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans in dieser Situation für notwendig erklärt? Jedenfalls ist seiner Aussage, es handele sich in erster Linie um eine innere Angelegenheit Spaniens, heftig zu widersprechen. Denn die Zukunft Spaniens und die Abwägung zwischen der Souveränität bestehender Staaten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker betrifft ganz Europa. Da liegt es in diesen Tagen nahe, wie vielfach geschehen, im Zusammenhang mit einer Spaltung Spaniens an die Bedeutung der Einheit Deutschlands für Europa zu erinnern.

Macrons Rede zu Europa

Am 26. Oktober hielt der französische Präsident Macron an der Pariser Sorbonne-Universität eine Grundsatzrede zu Europa. Wie Kommissionspräsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union machte er zahlreiche Vorschläge, wie Europa in nahezu allen Bereichen enger zusammenrücken könnte.

In der Verteidigungspolitik und im Kampf gegen Terrorismus forderte er eine europäische Interventionstruppe, einen gemeinsamen Verteidigungshaushalt, eine gemeinsame Sicherheitsdoktrin, eine europäische Staatsanwaltschaft für Terrorismusverfahren und eine europäische Akademie zur Aus- und Weiterbildung von Geheimdienstagenten. Auch ein europäischer ziviler Katastrophenschutz zur Stärkung des Solidaritätsgefühls schwebt ihm vor.

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise hält er eine europäische Einwanderungsbehörde, den Ausbau der europäischen Grenzpolizei, EU-weit gemeinsame Rückführungsverfahren für abgelehnte Asylbewerber und europäische Ausbildungsprogramme für anerkannte Flüchtlinge für sinnvoll. Zur Finanzierung solle eine EU-Finanztransaktionssteuer beitragen.

„Wir brauchen ein gestärktes Budget im Herzen von Europa, im Herzen der Eurozone“, sagte er, und sprach sich aus für eine Reform der Eurozone in Gestalt eines gemeinsamen Haushalts und eines europäischen Finanzministers zur besseren Koordinierung der wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

Gleichzeitig will Macron die bürokratischen Strukturen in Brüssel verschlanken, angefangen bei der aus seiner Sicht zu großen EU-Kommission. Das alles soll die Menschen, und langfristig auch wieder Großbritannien, von der EU überzeugen.

Die FDP teilt in vielen Punkten die Visionen Macrons, will aber kein Eurozonenbudget. Dennoch: die Chance, mit gemeinsamem Vorgehen Frankreichs und Deutschlands die EU zu reformieren, muss ergriffen werden.

Bericht zur Tourismuskonferenz

Am 27. September, dem Welttourismustag, fand im Europäischen Parlament eine Tourismuskonferenz statt, um über Herausforderungen und Chancen der Tourismusindustrie in Europa zu diskutieren.

Parlamentspräsident Antonio Tajani hielt eine wegweisende Eröffnungsrede. Eine wettbewerbsfähige Tourismusindustrie wird neue Arbeitsplätze in Europa schaffen, davon 20 % für junge EU-Bürger unter 25. Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in Südeuropa, wo teilweise etwa die Hälfte der jungen Menschen keinen Job finden, könnte ein wachsender Tourismus also helfen, Probleme zu lösen.

Tajani sprach auch über weltweit neu entstehende Tourismuskonzepte, die den Wettbewerb in Europa anfachen. In den 90er Jahren zog es noch 50 % der weltweiten Touristen nach Europa, heute sind es noch 40 %, bis 2030 wohl nur noch ca. ein Drittel. Dennoch steigen die Touristenzahlen für Europa jedes Jahr an (von 1,1 Billionen heute bis zu etwa 2 Billionen 2030), da immer mehr Menschen reisen, vor allem aus Asien. Um diese neuen Touristen wird Europa mit anderen Orten wetteifern.

Europa sieht sich dabei vor allem folgenden Herausforderungen gegenüber: der Digitalisierung, dem Zugang zu finanzieller Förderung, dem Bedarf an Weiterbildungsmöglichkeiten sowie an nachhaltigen Konzepten. In Sachen Tourismusförderung geht es oft aber nur stückweise voran, weil die Konkurrenz in der Branche weltweit wächst. Tajani betonte, dass sich die EU, um diese Herausforderungen zu meistern, auf folgende Bereiche konzentrieren muss: die Förderung von EU-Investitionen, um das Geschäftsklima zu verbessern, mehr Trainingsangebote im Tourismussektor, eine Strategie in der Digitalisierung sowie insgesamt mehr Zusammenarbeit auf EU-Ebene, um Europa international wettbewerbsfähiger zu machen.

Der Rest der Debatte baute auf Tajanis Rede auf und bestand aus drei Diskussionsrunden, welche sich mit den oben genannten Themenschwerpunkten auseinandersetzten.

Daten schützen und Innovation befördern

Die Privatsphäre der Nutzer in der elektronischen Kommunikation soll in Zukunft besser geschützt werden und Datenschutzregeln sollen für die digitale Welt modernisiert werden. Dies ist Kern einer Stellungnahme zur Verordnung zum Schutz

personenbezogener Daten, die letzten Montagabend vom Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie angenommen wurde.

Ich begrüße die Initiative der Kommission, sich mit diesem Zukunftsthema zu beschäftigen. Nach der Datenschutz-Grundverordnung ist es höchste Zeit, den Datenschutz bei klassischen und neuen Kommunikationsdiensten dem digitalen Zeitalter anzupassen. Wir brauchen eine ausgewogene Lösung, die gleichzeitig die Privatsphäre des Nutzers achtet und damit sein Vertrauen in die digitale Wirtschaft bestärkt und innovative Geschäftsmodelle nicht abwürgt.

Ziel dieser neuen Verordnung ist, das seit 2002 bestehende Datenschutzgesetz an den technologischen Fortschritt anzupassen und moderne Datenschutzregeln für die neuen Kommunikationstechnologien wie WhatsApp, Messenger oder Internettelefone zu schaffen. Außerdem sollen Privatsphäre-Einstellungen beim Tracking, die bis jetzt über sogenannte Cookies erfolgen, präzisiert werden. Das neue Regelwerk soll EU-weit vereinheitlicht werden und die in 2018 in Kraft tretende Datenschutz-Grundverordnung, die EU-weite Regeln für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten schafft, ergänzen.

Außerdem ist das Vertrauen des Nutzers für eine erfolgreiche Digitalisierung unserer Industrie entscheidend. Nutzerfreundliche Anweisungen über Datenschutz und digitale Kompetenzen sind deshalb wichtig, damit Bürger informierte Entscheidungen über die Verwendung ihrer Daten treffen können.

Die Verordnung sollte noch diesen Monat im federführenden Ausschuss abgestimmt werden. Die Kommission hofft, dass die Verordnung noch in diesem Jahr von Parlament und Rat verabschiedet wird, damit sie ab Mai 2018 gemeinsam mit der Datenschutzgrundverordnung angewendet werden kann.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Klein Wanzleben: Biosprit aus Zuckerrüben

Auf Einladung der Nordzucker-AG habe ich den Bioethanol-Standort in Klein Wanzleben / Sachsen-Anhalt besucht. Dort wird seit Jahren aus Zuckerrüben der erneuerbare Anteil für Biosprit produziert, und zwar sehr erfolgreich. Es wäre durchaus möglich, noch mehr Biodiesel in Umlauf zu bringen und den Absatz dieses Bioethanol der ersten Generation zu steigern. Da es jetzt aber noch „bessere“ Biokraftstoffe der zweiten Generation gibt, wird die erste Generation weniger geschätzt. Aus meiner Sicht brauchen wir - zumindest noch für eine längere Übergangszeit - beides, wenn wir generell mehr alternative Energien nutzen wollen.

Apothekerverband besorgt über Versandhandel

Seit meiner Zeit als Sozialausschussvorsitzende im Niedersächsischen Landtag treffe ich mich regelmäßig zum Austausch mit dem Apothekerverband. Beim letzten Gespräch äußerten sich die Verbandsvertreter besorgt über den zunehmenden Wettbewerb durch Versandapotheken, die den niedergelassenen Apothekern besonders im ländlichen Raum das (Über-)Leben erschweren. Viele - nicht nur junge - Patienten bestellen Medikamente mittlerweile im Internet und verzichten auf Beratung. Sowohl aus Sicht der FDP als auch des EuGH ist gegen diese Praxis nicht generell etwas einzuwenden. Entscheidend sind dabei passende Rahmenbedingungen, die einen fairen Wettbewerb und damit ein Nebeneinander beider Angebote ermöglichen - Arbeitsauftrag für Abgeordnete im Bundestag und im Europaparlament.

„Our Ocean“: Ozeankonferenz auf Malta

Das Aufgebot und entsprechend die Sicherheitsvorrichtungen bei der 2. internationalen Ozeankonferenz nach der UN-Konferenz im Juni in New York waren beachtlich: royale Vertreter wie Königin Nūr von Jordanien, Prinz Charles und Fürst Albert von Monaco waren genauso der Einladung der EU nach Malta gefolgt wie Staatsoberhäupter, Fachminister, Meeresforscher, UN, UNESCO, Klimaexperten, Meeresschützer und Spitzen der internationalen maritimen Wirtschaft. Die EU-Kommission als Gastgeber schickte neben dem maltesischen Meereskommissar Karmenu Vella mit der Italienerin Federica Mogherini und dem Niederländer Frans Timmermans ihre beiden hochrangigsten Vizepräsidenten.

Überdeutlich wurde: bei kontinuierlich wachsender Weltbevölkerung sind die Ressourcen (Nahrung, Energie, Rohstoffe) unserer Meere für das Leben künftiger Generationen auf unserem „blauen Planeten“ unverzichtbar. Voraussetzung dafür sind gesunde Ozeane. Da gibt es viel zu tun: die Hälfte der Korallenriffe - "Kinderstube" für viele Meeresbewohner und Bollwerk an den Küsten gegen Naturgewalten - ist bereits irreparabel durch Übersäuerung und Erwärmung geschädigt; sollte die Erwärmung 2 °C übersteigen, werden alle Korallen zerstört. Stürme wie Hurrikan Irma nehmen zu, Inselparadiese im Pazifik drohen zu verschwinden. Nur durch gemeinsame internationale Anstrengung kann dies noch verhindert werden. Von den vielen beeindruckenden Rednerinnen und Rednern möchte ich drei besonders hervorheben: 1) Prinz Charles nannte den Erhalt der Biodiversität entscheidend für unser Leben und mahnte, wenn wir jetzt nicht reagieren als verantwortungsvolle Gesellschaft, werden künftige Generationen uns nicht verzeihen. 2) Königin Nūr bezeichnete die Gesundheit der Ozeane als entscheidend für die Sicherung des Friedens in der Welt. 3) Der ehemalige US-Außenminister John Kerry sorgte für Heiterkeit als er sagte, am Tag von Trumps Wahl zum Präsidenten sei er in der Arktis gewesen und habe kurz überlegt, dort zu bleiben. Und er versicherte, dass sich nach Trumps Ausstieg aus dem

Klimaabkommen von Paris in den USA viele Menschen zusammengeschlossen haben und heute gut 80 % der US-Bevölkerung zu den Klimazielen stehen.

Zu der Konferenz waren hundert junge Menschen aus aller Welt eingeladen, die unterschiedliche Ideen und Projekte zur künftigen Nutzung und dem Schutz der Ozeane entwickelt und diese am ersten Tag der Konferenz in der Universität von Valletta vorgestellt haben. Es wurden für sie auch zu einer Podiumsdiskussion Gesprächspartner eingeladen - darunter auch ich als Präsidentin der Meeresgruppe im Europaparlament. Dadurch hatte ich Gelegenheit, nicht nur viele der jungen Meeres-„Aktivisten“ (z.B. aus Peru, Indien, aber auch Belgien und Irland) kennen zu lernen, sondern auch meine Mitdiskutanten, so den Präsidenten der Seychellen und die Fischereiministerin aus Indonesien. Als bereits mir gut Bekannte waren auch Kommissar Vella und die schwedische Ministerin Isabella Lövin (ehemals Europaabgeordnete) mit dabei.

Stimmungsvoll war der Abschluss: Kommissar Vella rief Daniela, Sprecherin der hundert jungen Gäste, und seinen Enkel auf die Bühne und versprach beiden, dass alle Anwesenden das Meer für die junge Generation schützen und erhalten werden. Folgekonferenzen: 2018 auf Bali, 2019 in Oslo und 2020 in Palau.

IV. Europa unter der Lupe

Der Europäische Gerichtshof - Hüter der Verträge und Motor europäischer Integration

Der Europäische Gerichtshof (EuGH), höchstes Gericht der Europäischen Union, wird dieses Jahr 65. Von Beginn seiner Tätigkeit an trug er durch seine Rechtsprechung dazu bei, die tragenden Grundsätze der europäischen Rechtsordnung verbindlich herauszuarbeiten. Er verstand sich stets als „Motor der europäischen Integration“ und betrieb hierfür in großem Umfang Rechtsfortbildung. Seine eigentliche Aufgabe ist jedoch gem. Art. 19 Abs. 1 S. 2 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) die Sicherung und Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung der europäischen Verträge.

So können bzw. müssen die nationalen Gerichte dem EuGH Fragen hinsichtlich der Auslegung der Verträge oder der Gültigkeit eines europäischen Gesetzgebungsaktes vorlegen. Neben diesen sog. Vorabentscheidungsverfahren ist der EuGH für Vertragsverletzungsverfahren zuständig. Darin prüft er, ob ein von der Kommission verklagter Mitgliedstaat seinen sich aus dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ergebenden Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

Nicht zu verwechseln ist der EuGH in Luxemburg mit dem in Straßburg sitzenden Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), der die Einhaltung der Verpflichtungen aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sicherstellen soll.

Verwechslungsgefahr besteht auch innerhalb der Gerichtsorganisation, da die Aufgaben inzwischen auf drei Ebenen wahrgenommen werden: neben dem „Gerichtshof“ (EuGH) gibt es das „Gericht“ (EuG), welches 1989 als zweites autonomes Rechtssprechungsorgan der Europäischen Union zur Entlastung des EuGH geschaffen wurde. Daneben gibt es noch die „Fachgerichte“, die dem EuG

beigeordnet werden können, um in bestimmten Sachbereichen die ihnen zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden.

Dem EuGH gehört je ein Richter aus jedem Mitgliedstaat an. Da die Mitgliedstaaten die Richter selbst bestimmen und bei der Wahl somit nationale Interessen eine Rolle spielen können, werden zum Teil Zweifel an der Unabhängigkeit der Richter geäußert. Auch die kurze Amtszeit und die Möglichkeit zur Wiederwahl werden kritisiert.

Eine wichtige Rolle spielen die acht Generalanwälte, welche die Entscheidungen des Gerichtshofs vorbereiten. Die Einrichtung von Generalanwälten stammt aus dem französischen Recht. Sie sind nicht Vertreter einer der beiden Parteien, sondern sollen als eine Art „Gerichtsgutachter“ ihren Vorschlag unabhängig und neutral entwickeln. Der EuGH ist an diese Vorschläge nicht gebunden, in der Praxis folgt er ihnen jedoch in etwa dreiviertel aller Fälle. Außerdem sind die Schlussanträge der Generalanwälte zum Verständnis der oft knappen Urteile des EuGH sehr hilfreich.

Traditionell ist Französisch die interne Arbeitssprache des EuGH. Verfahrenssprache kann aber jede Amtssprache der Europäischen Union sein. Alle Verfahrensdokumente werden vom gemeinsamen Übersetzungsdienst des EuGH und des EuG in die Verfahrenssprache sowie ins Französische übersetzt.

Interessant ist schließlich auch das Verhältnis zwischen Bundesverfassungsgericht (BVerfG) und EuGH. Im Grundsatz handelt es sich um ein Kooperationsverhältnis, das jedoch, insbesondere im Bereich des Grundrechtsschutzes, Grenzen kennt. Dort behält sich das BVerfG prinzipiell vor, als letzte Instanz Recht zu sprechen und EU-Recht und Rechtsprechung zu ignorieren, falls der europäische Grundrechtsschutz das laut Grundgesetz erforderliche Schutzniveau unterschreiten sollte. Auch überprüft das BVerfG in bestimmten Fällen mögliche Kompetenzüberschreitungen der EU-Organe. So wurde es im Zuge der europäischen Staatsschulden- und Finanzkrise mehrfach angerufen, einzelne Maßnahmen der Eurorettungspolitik zu kontrollieren.

Doch wichtige EuGH-Entscheidungen gibt es in allen Bereichen, vom Studium im EU-Ausland, der Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt, dem Wehrdienst für Frauen, bis hin zu „Grünem Strom“, Tabakwerbung, Bananen-Import und dem deutschen Reinheitsgebot bei Bier.

V. Terminvorschau

9.-11.10.	Brüssel	Ausschüsse, Konferenzen zu medizinischer Forschung und maritimer Raumordnung
12.-13.10.	Tallinn	Konferenz zu Küstenregionen
16.-19.10.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Luftfahrtkonferenz
20.-21.10.	Wittenberg	Teamklausur, Betriebsbesuch
23.-26.10.	Straßburg	Fraktion, Plenum, Pressekonferenz zur Zeitumstellung
26.10.	Wennigsen	FDP-Ortsverband

27.10. Hamburg Aurubis AG, Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

10. Oktober 2017

Oktober II 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

während in Berlin die Koalitionsverhandlungen für ein mögliches „Jamaikabündnis“ begonnen haben, neu gewählte Bundestags-Abgeordnete ungeduldig auf ein Büro und ihre Zuordnung zu Ausschüssen warten und der normale Parlamentsbetrieb dort wohl erst Anfang des Jahres wieder beginnen wird, hatten wir Europaabgeordnete in Straßburg „business as usual“ mit vielen aktuellen, immer wiederkehrenden Debatten zu Themen wie „Brexit“, Flüchtlinge, Türkei, Katalonien. Für mich brachte die Woche eine Premiere insofern, als ich das erste Mal an der traditionellen Phoenix-Morgenrunde am Dienstag teilgenommen habe, wo auch der Rechtsruck bei Wahlen in Österreich und Tschechien eine Rolle spielte.

Als Niedersächsin freue ich mich über das gute Abschneiden der Freien Demokraten bei der vorgezogenen Landtagswahl am 15. Oktober. Da aber weder der Wahlsieger SPD noch die CDU mit nur einem Koalitionspartner eine stabile Regierungsmehrheit erreichen kann, müssen wir uns auch in Hannover auf längere Verhandlungsrunden mit noch unbekanntem Ausgang einstellen.

Noch ein Satz zu Österreich: Glückwunsch an unsere Freunde von NEOS, die zum zweiten Mal in Folge Zugewinne verzeichnen konnten und weiter dem Parlament als liberale Kraft angehören!

Beste Grüße, mittlerweile wieder aus Deutschland!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Key Debate in Straßburg: Klare Prioritäten, langsame Umsetzung

Bei der Schlüsseldebatte im Plenum letzten Dienstag in Straßburg ging es wie stets um die großen Themen: dieses Mal standen vor allem der Brexit, die Reform der EU und die künftige Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, Cybersicherheit im digitalen Zeitalter, die Zukunft Afrikas und die europäische Türkei-Politik im Vordergrund.

EU-Ratspräsident Tusk lobte die Einigkeit der 27 in den Brexit-Verhandlungen – die ab jetzt in jedem Plenum auf die Tagesordnung kommen - und betonte die

territoriale, kulturelle und politische Gemeinschaft, welche die EU-Staaten zusammenhält. Er kündigte an, dass zur künftigen Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nächsten Februar ein Sondergipfel veranstaltet werden solle. Im Grundsatz müsse aber gelten: weniger Länder, weniger Mandate.

Unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt wies außerdem zurecht darauf hin, welche strukturellen Mängel endlich beseitigt werden müssen: das Einstimmigkeitsprinzip der Mitgliedstaaten, welches verantwortlich ist für die Blockade vieler Projekte - ein ähnlich schnelles Reagieren wie es die USA in der Finanzkrise an den Tag legten sei beispielsweise wegen der Einstimmigkeitshürde in der EU nie möglich gewesen - sowie die zahlreichen Opt-In-, Opt-Out- und Ausnahmeregeln. Ein solches „Europa à la carte“ dürfe es nicht mehr geben. Insgesamt macht er deutlich, wie weit Europa im Moment noch von einem „Superstaat“ und von den „hochfliegenden“ Plänen Macrons und Junckers entfernt ist. Noch müssen in der Tat erst in mancher Hinsicht Rahmen und Instrumente geschaffen werden, um die Umsetzung der vielen ambitionierten Ideen angehen zu können.

Dass Worten auch Taten folgen müssen, äußerte auch Kommissionspräsident Juncker in Bezug auf Afrika und auf ein digitales Europa. Beim Brexit betonte er den Willen zur Einigung: keine Einigung sei keine Option.

Einig war man sich, dass es eine Übergangsphase und insgesamt klare Unterschiede zwischen der Position Großbritanniens vor und nach dem Ausscheiden geben muss. Ziel muss es außerdem sein, weiteren Bruchlinien, die sich in Europa abzeichnen, so etwa in Spanien, künftig frühzeitig etwas entgegenzusetzen, indem man den Abgehängten genug Aufmerksamkeit widmet. Was die Türkei anbelangt, sieht kaum einer mehr Perspektiven für eine EU-Mitgliedschaft. Die Beitrittsbeihilfen, die jeder Anwärterstaat erhält, sind zu kürzen (eigentlich müssten sie ganz wegfallen) und der Weg für eine Partnerschaft ohne Beitritt muss ausgestaltet werden.

Mord an Daphne Caruana Galizia: Presse- und Meinungsfreiheit weltweit verteidigen

Der Mord an der maltesischen Journalistin Daphne Caruana Galizia war auch im Plenum in Straßburg Thema. Die mutige Journalistin ist bei ihren Recherchen zu Geldwäsche, Steuerhinterziehung und organisierter Kriminalität nicht davor zurückgeschreckt, mit dem Finger auf einflussreiche Regierungsmitglieder und Vertreter des Rechtsstaats zu deuten. Dass sie für dieses wichtige Engagement mit dem Leben bezahlen musste, wirft dunkle Schatten auf den Zustand von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie unter der Regierung Muscat.

Ich denke, dass der Rechtsstaat als solcher sehr stark in Gefahr ist, wenn systemkritische Stimmen wie die von Daphne Caruana Galizia zum Schweigen gebracht werden. Deshalb muss dieses Verbrechen rückhaltlos aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Daran wird sich die Regierung Muscat messen lassen müssen.

Für mich als Freie Demokratin ist klar, dass allen Menschen, die aufgrund von Meinungsäußerungen bedroht, inhaftiert, gequält oder getötet werden, unsere Solidarität gelten muss. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist ein Grundrecht, das es weltweit zu verteidigen gilt.

Auslöser Hollywood: sexuelle Belästigung und sexueller Missbrauch in der EU

Anlässlich der in den USA gestarteten weltweiten Kampagne unter dem Schlagwort „#MeToo“, bei der sich zahlreiche Frauen in aller Welt zu sexueller Belästigung und sexuellem Missbrauch äußern, fand am Mittwoch im Parlament eine Debatte zu dem Thema statt. Ein Entschließungsantrag zum Abschluss der Aussprache wurde am Donnerstag mit großer Mehrheit angenommen.

Wir sind das erste Parlament in Europa, das darüber spricht - und das ist auch nötig, denn sexuelle Belästigung gibt es auch hier. Vorgesetzte, die ihre Machtpositionen ausnutzen, gibt es überall. Natürlich ist die Situation auch manchmal umgekehrt - allerdings ist bei Frauen die Wahrscheinlichkeit, Opfer sexueller Belästigung zu werden, fünf Mal größer als bei Männern. Eine von drei Frauen in Europa ist laut Statistik betroffen. Dementsprechend viele Geschichten wurden erzählt, seit nach den Missbrauchsvorwürfen gegen Hollywood-Mogul Weinstein mit der #MeToo-Bewegung dazu aufgerufen wurde, das Schweigen zu brechen und als Frau aufzustehen und zu sagen „Ich auch“ und „Es reicht“. Dazu sollte die Debatte den betroffenen Frauen Mut und Kraft geben, da viel zu oft Fälle aus Scham und Angst totgeschwiegen werden. Denn letzteres ist das eigentliche Problem, da - auch heute bereits vorgesehene - Sanktionen überhaupt nichts nützen, solange es nicht auch die nötigen Instrumente und offiziellen Wege für Frauen gibt, ohne Konsequenzen oder eine demütigende Situation fürchten zu müssen, einen Vorfall zunächst einmal zu melden. Daran muss nun effektiv gearbeitet werden. Freiwillige und Profis in diesem Bereich sind zu stärken, es muss vor allem verstanden werden, dass es sich bei sexueller Belästigung nicht um eine private Angelegenheit handelt. Auch hiermit zusammenhängende Probleme, zum Beispiel Zwangsheiraten oder der Missbrauch in Flüchtlingslagern, dürfen nicht vergessen werden. Vielfach wurde eine Nulltoleranz gegenüber männlichem Dominanzverhalten und einer „Macho-Kultur“ gefordert.

Ich halte bei dieser Frage den Beitritt zur Istanbul Convention für einen wichtigen Schritt und hoffe, dass die Männer sich ebenso wie die Frauen für einen Trend zum neuen Hashtag „NotMe“, den meine österreichische ALDE Kollegin Angelika Mlinar vorschlug, einsetzen. Im Plenum haben sich vor allem Frauen zu Wort gemeldet. Besonders eindringlich fand ich aber den Beitrag eines Mannes, des hessischen Abgeordneten Udo Bullmann. Er nannte eine Voraussetzung für Veränderung: weniger Dominanzverhalten und dafür mehr Wertschätzung und Respekt. Ich stimme ihm voll und ganz zu!

Pressekonferenz zur Abschaffung der Zeitumstellung

Ich hoffe, Sie haben die Zeitumstellung am letzten Wochenende gut überstanden? Leider geht das ja lange nicht allen Menschen so. Viele reagieren mit Schlaflosigkeit und Kreislaufstörungen, der Biorhythmus gerät durcheinander, kranke Menschen brauchen manchmal Monate für die Anpassung, Unfälle häufen sich. Die jährliche Umstellung von Winter- auf Sommerzeit und zurück wurde ursprünglich in erster Linie eingeführt, um Energie zu sparen. Studien zeigen aber, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde, dagegen aber viele der oben beschriebenen negativen Effekte eingetreten sind. Die Europäische Kommission – zuständig ist in diesem Fall die Verkehrskommissarin Violeta Bulc – will nichts unternehmen, da sie befürchtet, dass mit offizieller Abschaffung der Zeitumstellung die einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Lösungen einführen und damit ein „Uhrenchaos“ im europäischen Binnenmarkt auslösen könnten. Ich halte das für vorgeschoben, es könnte doch die Regel gelten, dass alle sich auf eine Uhrzeit einigen müssen – mal abgesehen von den Zeitzonen, die ja auch jetzt gelten. Aus meiner Sicht läge die größte Schwierigkeit darin, ob wir uns dauerhaft für Winterzeit oder Sommerzeit entscheiden, denn da gehen die Meinungen sehr auseinander. Aber das ist sicher lösbar!

Im Europaparlament haben wir zu mehreren Abgeordneten aus verschiedenen Ländern gemeinsam mit führenden Vertretern von Bürgerinitiativen gegen die Zeitumstellung (in Frankreich gibt es allein zwei!) eine gut besuchte Pressekonferenz zum Thema veranstaltet. Ändern konnten wir dadurch allerdings noch nichts, weitere Aktivitäten sind erforderlich – und geplant.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Besuch der ONE-Jugendbotschafter

Am 17. Oktober, dem Internationalen Tag zur Bekämpfung der Armut, haben uns fünf Jugendbotschafter von ONE besucht. ONE ist eine internationale Kampagnenorganisation, die sich dafür einsetzt, extreme Armut und vermeidbare Krankheiten zu beenden, insbesondere in Afrika. Die sehr junge Gruppe hat anschaulich und absolut fundiert argumentiert und uns dargelegt, warum das EU-Parlament sich bei dem bevorstehenden Beschluss über das EU-Haushaltsbudget für eine Erhöhung der Mittel für Entwicklungshilfe einsetzen muss - und gegen die von Rat und Kommission vorgeschlagene Kürzung. Die Bevölkerung Afrikas wird sich bis 2050 auf 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln, von denen die Hälfte unter 25 sein wird. Das sind zehn Mal so viele Jugendliche wie in der EU, und wenn es gelingt, dieses Potenzial zu nutzen und diese Generation gut auszubilden, kann Afrika der Motor für weltweites Wachstum überhaupt werden. Wenn nicht, stehen der Kontinent und die Welt vor einem riesigen Problem. Der Kampf gegen Hunger und für Bildung ist daher der Schlüssel für eine gute Zukunft weltweit - und ein solides Entwicklungsbudget eine sichere Investition in unsicheren Zeiten. Es war beeindruckend, wie sehr die jungen ONE-Botschafter sich engagieren, mit welcher

Professionalität sie das Gespräch mit uns geführt haben, und welche Erfolge, auch in Berlin, die Organisation bereits erzielt hat.

Alle Jahre wieder: LUX Film- Preis

Zum elften Mal finden die LUX Filmtage im Europäischen Parlament statt. Jedes Jahr sehen die MEPs die Filme der drei Finalisten und wählen ihren Favoriten. Jeder der Filme handelt in irgendeiner Weise von Europäischer Identität und soll auf künstlerischem Weg emotionale und kulturelle Grenzen überwinden und neue Brücken bauen.

Einer der drei Filme dieses Jahr, BPM (Beats per Minute) von Robin Campillo, spielt im Frankreich der 90er-Jahre und begleitet eine Gruppe junger Aktivisten, die dafür kämpfen, dass AIDS, damals auf dem Höhepunkt, als Thema ernst genommen wird. Der zweite Film, Sami Blood von Amanda Kernell, handelt von einem jungen Mädchen, das dem indigenen Volk der Sámi angehört. Im Schweden der 1930er-Jahre wird sie aufgrund ihrer kulturellen Identität mit vielen Einschränkungen und ethnischen Vorurteilen konfrontiert, welche der Film porträtiert.

In Valeka Grisebach's Film Western, der in der heutigen Zeit am Rande Osteuropas spielt, geht es um ökonomischen Kolonialismus und Fremdenfeindlichkeit.

Der Gewinner des Preises wird dieses Jahr am 14. November im Straßburg vom Parlamentspräsident Antonio Tajani bekanntgegeben. Der Tag ist dem LUX-Preis gewidmet und es wird in Straßburg zahlreiche Aktivitäten geben, die mit dem Preis zu tun haben.

Öffentliche Anhörung zu den Monsanto Papers und Glyphosat

Am 11. Oktober fand im Parlament eine von Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss organisierte öffentliche Anhörung zu den Monsanto Papers und zu Glyphosat statt. Die Monsanto Papers legen nahe, dass Monsanto, gewissermaßen als „Ghostwriter“, vermeintlich unabhängige wissenschaftliche Fachpapiere (ab-)schrieb - deshalb ist auch von einem „Copy Paste-Skandal“ die Rede. Die so veröffentlichten Studien sollten belegen, dass vom Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat keine erheblichen Gesundheitsgefahren ausgehen.

Die European Food Safety Authority (EFSA) und die European Chemicals Agency (ECHA) bewerteten Glyphosat genauso wie das Bundesamt für Risikoforschung (BfR) bei sachgemäßer Anwendung als sicher. Die International Agency for Research on Cancer (IARC) stufte den Stoff dagegen als „wahrscheinlich karzinogen für Menschen“ ein. Der Kommission wurde vorgeworfen, blind auf die Bewertungen von EFSA und ECHA vertraut zu haben. Die Risikobewertung von Glyphosat ist gerade besonders aktuell, weil am 15. Dezember die EU-Zulassung für den Stoff abläuft. Während einige Mitgliedsstaaten klar gegen eine Lizenzverlängerung sind, hat sich das Parlament für eine Verlängerung von sieben Jahren ausgesprochen.

Im Rahmen der Anhörung wurde immer wieder mehr Transparenz gefordert, um das Vertrauen in Expertenbewertungen zurückzugewinnen. Diese Forderung richtete sich vor allem an die EFSA - diese dagegen wies alle Vorwürfe zurück, lobte ihr umfangreiches Bewertungsverfahren und wies darauf hin, dass alle ihre Dokumente öffentlich zugänglich seien. Monsanto selbst hatte sich geweigert, an der Anhörung teilzunehmen, woraufhin den Monsanto-Lobbyisten ihre Zugangsausweise zum Parlament entzogen wurden. Lediglich Prof. Kirkland, der für Monsanto viele der Bewertungen durchführte, war anwesend. Er entgegnete den „Copy-Paste“-Vorwürfen, dass er einen Ruf zu verlieren habe und seriös und unabhängig arbeite.

Insgesamt war die Debatte lebhaft, viele Europaabgeordnete fühlten sich in ihrer kritischen Haltung zu Glyphosat bestärkt. Einer der Redner brachte das politische Dilemma auf den Punkt: entweder man behält den Stoff trotz der Warnungen der IARC bei oder man lässt ihn nicht mehr zu und ist dann mit Problemen bei der Schädlingsbekämpfung konfrontiert.

So wird Glyphosat zum Beispiel verwendet, um das Schienennetz der Deutschen Bahn von Unkraut freizuhalten. Nur so kann die Sicherheit im Schienenverkehr garantiert werden - denn bei zu starkem Bewuchs wird das Schotterbett so fest, dass sich die Gleise darin nicht mehr bewegen können. Tragfähige Alternativen zu Glyphosat für diesen Zweck gibt es nicht - allenfalls den Einsatz anderer Mittel, die aber noch nicht so gut erforscht sind wie Glyphosat und außerdem viel toxischer und damit gefährlicher. Die Bahn ist in Deutschland der größte Einzelverbraucher von Glyphosat. Dass vom Ende der Zulassung auch solche Bereiche betroffen wären, sollte bei der Debatte unbedingt mitbedacht werden.

Mein Kommentar zu der ganzen Debatte: Ich halte es für äußerst bedenklich, dass Wissenschaftlern zunehmend misstraut wird und stattdessen Entscheidungen emotional und mit „Bauchgefühl“ getroffen werden. Wozu haben wir – auf nationaler wie auf europäischer Ebene – Agenturen wie EFSA, ECHA und BfR, wo Wissenschaftler aus Universitäten verschiedener Länder zusammentreffen, um einen bestimmten Wirkstoff auf seine Bedenklichkeit hin kritisch zu überprüfen und entsprechende Empfehlungen an die Politik auszusprechen? Wo wären wir und welchen Fortschritt hätten wir heute, wenn Wissenschaftlern in der Vergangenheit immer soviel Misstrauen entgegengebracht worden wäre und lieber Verbote als Zulassungen ausgesprochen worden wären? Und dann wird von vielen ein wichtiger Grundsatz von Paracelsus vergessen: sola dosis facit venenum – allein die Dosis macht das Gift.

„The Future of Medical Research” - Eine gelungene Veranstaltung

Am 10. Oktober 2017 fand im Europäischen Parlament ein von mir initiiertes Symposium zum Thema „The Future of Medical Research” statt. Dort hat ein Expertengremium zur Notwendigkeit von Tierversuchen in der medizinischen Forschung berichtet.

Die fünf anwesenden Professoren von verschiedenen deutschen Universitäten gaben einen sehr anschaulichen Überblick über das Thema. Weil in den Medien meist Tierschützer die Debatte anstoßen, haben Tierversuche in der Öffentlichkeit

oft ein schlechtes Image, sodass es hilfreich war, einmal die differenziertere Perspektive der Wissenschaft kennen zu lernen.

Oft sprechen Statistiken eine klare Sprache: so wurden beispielweise 99,15 Prozent der 2014 in Deutschland verwendeten Tiere zum Verzehr genutzt und demgegenüber nur 0,35 Prozent für Tierversuche, davon die meisten Mäuse und Ratten (72,8 Prozent). Es handelt sich also um eine nur sehr geringe Menge an Tieren, wenn man bedenkt, dass sie einen wichtigen Beitrag für die Forschung leisten. Denn manches lässt sich nur herausfinden, indem Auswirkungen auf einen vollständigen, lebenden Organismus getestet werden, da dieser um einiges komplexer ist als die Summe seiner Teile. Die Ergebnisse sind dabei durchaus übertragbar, da Menschen 99 Prozent ihrer Gene mit Mäusen gemeinsam haben. Andere Forschungsmethoden gibt es zwar, aber diese sind schlicht noch nicht so weit entwickelt, dass sie Tierversuche vollständig ersetzen können. Tierversuche haben in fast allen medizinischen Durchbrüchen des letzten Jahrzehnts, insbesondere bei der Behandlung von Krankheiten, eine entscheidende Rolle gespielt. Deutschland ist zudem eines der Länder mit den höchsten Tierwohl-Standards und legt großen Wert auf die Einhaltung des 3R-Prinzips. Danach muss sichergestellt werden, dass sofern alternative Testmethoden existieren, diese anstatt Tierversuchen angewandt werden (Replacement), damit weniger traditionelle Tierversuche nötig sind (Reduction), wobei insgesamt die Belastung der zu Forschungszecken gehaltenen Tiere vermindert und ihre Lebenssituation verbessert werden muss (Refinement). Das alles zeigt sehr deutlich, dass es zu einfach ist, Versuche mit Tieren einseitig abzulehnen. Noch hängt die Zukunft medizinischer Forschung - deshalb auch allgemeines Lob für den bewusst nicht zu plakativ gewählten Titel unserer Veranstaltung - eben unter anderem von Tierversuchen ab. Dies erkannte zum Beispiel auch eine Teilnehmerin an, die bei dem Thema vor der Veranstaltung eher gespalten war.

Eine Vertreterin der Kommission berichtete zudem über den momentanen Stand der europäischen Gesetzgebung im Bereich Tierversuche. Bei der 2010 in Kraft getretenen Tierversuchsrichtlinie geht es momentan noch darum, die Umsetzung in den Mitgliedstaaten zu überprüfen und - bei erheblichen nationalen Unterschieden - weiter zu harmonisieren. Solche gibt es zum Beispiel bei der Dauer der Zulassung einer beantragten Tierstudie: während eine solche in Belgien durchschnittlich nach weniger als einem Monat erteilt wird, sind es zum Beispiel in Würzburg elf Monate. Auch wer kurzfristig mit schwarzen statt weißen Mäusen forschen will (für das Tierwohl völlig ohne Belang), muss für eine solche Änderung in Deutschland lange auf eine Genehmigung warten. Das hemmt natürlich unnötig das Vorankommen der Wissenschaft. Da die gesetzlichen Grundlagen aber vor 2019 nicht überarbeitet werden und Ende des Jahres lediglich eine erste Bestandsaufnahme vorgenommen wird,, müssen die Forderungen der Professoren nach Verbesserungen noch warten.

Für unsere Veranstaltung erhielten wir durchweg positives Feedback: viele der Anwesenden wünschten sich, dass es mehr derartige Gelegenheiten zum sachlichen Austausch über das Thema Tierversuche gibt. Eine eventuelle Folgeveranstaltung in breiterem Rahmen für nächstes Jahr wäre wünschenswert und wird von mir angestrebt.

Das „Mobility Package“ (ALDE-Berichterstatterin für Lenk- und Ruhezeiten)

Das Mobilitätspaket zur Reformierung des Straßengüterverkehrs ist gerade im Verkehrsausschuss das große Thema, das uns vorrausichtlich noch bis Ende des Mandats beschäftigen wird. Es ist mit sieben Gesetzgebungsvorschlägen recht umfangreich und einige dieser Gesetzestexte sind sehr umstritten. Dazu gehört die Anwendung der Entsenderichtlinie auf LKW-Fahrer, die in einem anderen Land Landung aufnehmen oder abladen. Wenn am Ende eines Monats festgestellt wird, dass sie mehr als drei Tage in diesem Mitgliedstaat zugebracht haben, müssen sie für die gesamte Aufenthaltszeit in diesem Land den nationalen Mindestlohn bekommen. Wenn man bedenkt, dass sechs Arbeitsstunden als ein Tag zählen, ist ein LKW-Fahrer, der regelmäßig in Europa unterwegs ist, da schnell drüber. Nur reine Transittouren sind ausgenommen.

Hintergrund ist natürlich, dass deutsche Fuhrunternehmen Schwierigkeiten haben, mit ost- und mitteleuropäischen Unternehmen zu konkurrieren, bei denen das Lohnniveau niedriger ist. Doch der bürokratische Aufwand wird auch für deutsche Unternehmen beträchtlich. Sie müssen für die Be- und Entladeländer jedes Mal vor Grenzübertritt eine Entsendemeldung für ihre Fahrer machen, selbst wenn die Drei-Tages-Grenze am Ende des Monats gar nicht erreicht wird und der ausländische Mindestlohn überhaupt nicht anfällt. Aber auf diese Weise können die jeweiligen Behörden die Einhaltung der Mindestlohnvorschriften kontrollieren. Es ist absurd, wir arbeiten im Transportausschuss ständig daran, dass der grenzüberschreitende Verkehr reibungslos läuft, und jetzt werden neue Barrieren eingezogen. Dieser Mindestlohnflickenteppich für europäische LKW-Fahrer passt weder zum EU-Binnenmarkt noch zum Ziel der „better regulation“.

Doch auch andere Gesetzestexte bergen Zündstoff, z.B. die Lenk- und Ruhezeiten, die ich für meine Fraktion als Schattenberichterstatterin betreue. Die Kommission will verbieten, dass LKW-Fahrer die regelmäßige Wochenruhezeit (45 Stunden nach maximal sechs Arbeitstagen) in der Fahrerkabine verbringen. Das soll Fuhrunternehmen zwingen, ihre Fahrer ordentlich unterzubringen oder die Routen so zu planen, dass die Fahrer für die Wochenruhezeit wieder zu Hause sind. Das Verbot setzt allerdings voraus, dass es genügend Unterkünfte in Autobahnnähe gibt, wo auch die LKWs Platz haben und sicher abgestellt werden können. Niemand wird mit seinem 40-Tonner über Land fahren und ihn vor einem idyllischen Landgasthof parken.

Auch bei den neuen Vorschriften für die Straßenbenutzungsgebühren sind noch einige harte Nüsse zu knacken. Nach Vorstellung der Kommission sollen die Autobahnvignetten nach und nach abgeschafft werden. Stattdessen soll man pro gefahrenem Kilometer zahlen. Das gilt übrigens nicht nur LKWs. Auch PKWs und leichte Nutzfahrzeuge sollen in Zukunft Maut zahlen.

Zurzeit finden zu den einzelnen Gesetzgebungsvorschlägen Anhörungen im Verkehrsausschuss statt. Die Berichterstatter werden Ende Januar ihren Berichtsentwurf vorstellen. Im Sommer nächsten Jahres soll die Parlamentsposition angenommen werden und dann können die Trilogverhandlungen mit dem Ministerrat

beginnen. Parallel führe ich jede Menge Gespräche, um mir ein Bild zu machen. So hat mich eine Gruppe des Deutschen Logistik - und Speditionsverbandes kürzlich eingeladen, mal einen Tag im LKW mitzufahren. Mal sehen, ob ich Zeit finde, das Angebot anzunehmen.

Mehr Zeit für globale Lösung zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes im Luftverkehr

Der Flugverkehr zwischen Drittstaaten und der EU soll bis 2023 aus dem Emissionszertifikate-Handel ausgenommen werden, drei Jahre länger als ursprünglich vom Europäischen Parlament gefordert. Bis 2021 soll das weltweite System zur Emissionsreduzierung im Flugverkehr ‚CORSA‘ eingeführt werden. Das System ist das Ergebnis von langwierigen Verhandlungen bei der Internationalen Luftfahrtbehörde ICAO, welche der UN angeschlossen ist. Die EU beabsichtigt dieses globale System überprüfen, um den eigenen Emissionshandel anzupassen. Diese Regelung wurde letzte Woche zwischen Europäischem Parlament und den Mitgliedstaaten der EU im Rat vereinbart.

Flugverkehr ist global, deshalb müssen Emissionen von Flugzeugen weltweit geregelt werden. Eine globale Regelung sollte den europäischen Emissionshandel für den internationalen Luftverkehr ablösen. Darauf sollten wir uns konzentrieren. Isolierte Europäische Lösungen können wir uns im Wettbewerb nicht leisten und sie werden von Drittstaaten nicht akzeptiert. Dass Drittstaaten sich nicht durch die EU unter Druck setzen lassen und Gegenmaßnahmen parat halten, haben wir bereits 2012 gesehen. Damals hatte die Kommission kleinlaut weichen müssen. Die Aussetzung bis 2023 ist eine Verbesserung, konsequent wäre es gewesen auf die zeitliche Limitierung ganz zu verzichten, so wie es die Kommission vorgeschlagen hatte.

Innerhalb Europas gilt weiterhin das Ziel, Emissionen aus dem Flugverkehr im Rahmen des 30%-Reduktionsziels zu senken und die Menge verfügbarer Zertifikate für den Flugverkehr jährlich zu senken. Der Europäische Emissionshandel ist mit der angestrebten globalen Lösung jedoch nicht kompatibel und eine zusätzliche Belastung für Unternehmen. Der einzig effektive Weg ist ein globales System ab 2021, wie von der ICAO geplant, sowohl für Flüge von und nach Drittstaaten, als auch innerhalb der EU.

Die Einigung im Trilog wird formell noch von Rat und Parlament bestätigt. Die Abstimmung im Plenum des Parlaments ist für November vorgesehen.

Konferenz zu Luft- und Raumfahrt in der EU

Wie jedes Jahr hat mich Monika Hohlmeier, Vorsitzende der Intergroup „Sky and Space“ (in der ich auch Mitglied bin), zu ihrer Konferenz über die Zukunft der europäischen Luft- und Raumfahrt eingeladen. Die Entwicklung geht wie überall hin zu umweltfreundlicheren Flugzeugen und mehr Digitalisierung sowohl in der Luft als auch am Boden. In meinem Panel wurde auch darüber gesprochen, wie man die

europäischen Flugsicherungen optimieren kann, indem ihre Systeme miteinander kommunizieren. Dafür wird mit dem sogenannten SESAR-Programm neue Technik entwickelt und schrittweise eingeführt, die sogar weltweit Käufer findet. Da wir uns gerade auf die Budgetverhandlungen für den kommenden Finanzrahmen nach 2020 vorbereiten, ging es auch um die zukünftigen EU-Gelder für Forschung und Entwicklung, von denen natürlich auch die europäische Luftfahrt profitiert und weiterhin profitieren möchte.

Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation: eine entscheidende Zukunftsfrage

Letzte Woche haben wir über das Verhandlungsmandat des Innenausschusses für die Verordnung zum Schutz personenbezogener Daten abgestimmt. Nach der Datenschutz-Grundverordnung, die im Mai 2018 in Kraft treten soll, ist das Ziel dieses neuen Regelwerkes, das seit 2002 bestehende Kommunikationsdatenschutzgesetz an den technologischen Fortschritt anzupassen und moderne Datenschutzregeln für die neuen Kommunikationstechnologien wie WhatsApp, Messenger oder Internettelefone zu schaffen.

Es ist generell sicher richtig, dem Nutzer mehr Kontrolle über seine Daten zu geben. Letztendlich ist das Vertrauen des Nutzers für eine erfolgreiche Digitalisierung unserer Industrie ja entscheidend. Allerdings ist die Frage sehr komplex, weil viele Unternehmen kostenlose Inhalte momentan nur gegen die kostenlose Nutzung unserer Daten für Tracking und Werbezwecke anbieten. Es könnte beispielsweise darauf hinauslaufen, dass man sich als Nutzer zukünftig entscheiden muss, ob man die Datennutzung akzeptiert oder für Inhalte bezahlt. Andererseits könnte es auch Anreize für neue Geschäftsmodelle darstellen. Es muss in jedem Falle dafür gesorgt werden, dass dieses neue Regelwerk zu einer ausgewogenen Lösung für Nutzer und zukunftsorientierte Unternehmen beiträgt. Die bevorstehenden Trilogverhandlungen und die Umsetzung der Verordnung werden daher entscheidend sein.

Konferenz zur Maritimen Raumordnung

Am 11. und 12. Oktober fand in Brüssel eine große Konferenz zum Thema Maritime Spatial Planning for Blue Growth statt. Als Berichterstatterin der Richtlinie zur Einführung einer maritimen Raumordnung in den Mitgliedstaaten war ich vor den 150 Teilnehmern als Eröffnungsrednerin eingeladen. Gemeinsam mit dem Kommissar für maritime Angelegenheiten, Karmenu Vella, und dem früheren liberalen Europaabgeordneten und heutigem belgischen Staatssekretär zuständig für die Nordsee, Philippe de Backer, ging es mir in der Eröffnung darum, die Bedeutung einer Planungssicherheit für maritime Investitionen hervorzuheben. Die Konferenz war seit der Verabschiedung der Richtlinie 2014 die erste große Zusammenkunft von maritimen Raumplanern aus den Mitgliedstaaten sowie Vertretern der verschiedenen Sektoren und NGOs. Auch wenn es sich dabei auf den ersten Blick um ein sehr technisches Thema handelt, steht für mich maritime Raumplanung im Mittelpunkt der Frage, wie wir es schaffen können, unsere Meere und Ozeane nachhaltig wirtschaftlich zu entwickeln und gleichzeitig zu schützen. Gerade weil einige

Mitgliedstaaten Probleme haben, die Richtlinie umzusetzen, ist es wichtig sich regelmäßig auszutauschen, um von anderen Ländern zu lernen, was bei denen gut und was nicht wirklich funktioniert hat. Leider konnte ich nur kurz an der Konferenz teilnehmen, da im Anschluss bereits mein nächster maritimer Einsatz anstand und ich gemeinsam mit Kommissar Karmenu Vella nach Tallinn weiterreisen musste.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Tallinn: Europäischer Meeres- und Fischereifonds

Die estnische Ratspräsidentschaft hatte nach Tallinn eingeladen, um eine Bestandsaufnahme über bisherige Erfahrungen mit dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) vorzunehmen und Empfehlungen für die künftige Ausrichtung des Fonds einzuholen. Neben dem zuständigen estnischen Minister und unserem maltesischen Meereskommissar Karmenu Vella durfte ich die Konferenz mit einer Rede aus der Sicht des Europaparlaments und insbesondere meiner Meeresgruppe SEARICA eröffnen. Ich wies vor allem daraufhin, dass auch in Zukunft ein Teil der Mittel für Integrierte Meerespolitik und damit ein nachhaltiges „blaues Wachstum“ vorgesehen werden muss. Nur durch Absprache aller Akteure in der maritimen Wirtschaft mit Wissenschaftlern und Vertretern der Küstenregionen und sorgfältigem Umgang mit dem Meer und seiner Biodiversität können wir die Zukunft der Fischerei – eines der ältesten Gewerbes – sicherstellen.

Interessant war für mich am Rande der Konferenz die Begegnung mit 3 Studenten aus Estland, Brasilien und den USA, die sich ganz einer nachhaltigen maritimen Politik verschrieben haben und an Projekten in verschiedenen Ländern arbeiten.

Wittenberg: Teamklausur und Besuch eines Agrarbetriebs

Da mein Wahlkreis ganze sechs Bundesländer umfasst, kann ich natürlich nicht immer vor Ort sein. Deswegen nutzen wir unsere halbjährlichen Teamklausuren immer dazu, eine weitere Ecke meines großen Wahlkreises zu besuchen. So hat sich das gesamte Team Meißner letzte Woche in Sachsen-Anhalt getroffen, denn im Jahr des 500. Reformationsjubiläums bot sich die Lutherstadt Wittenberg als Ziel an. Passend dazu hatten wir eine Stadtführung und ein Luthermahl, ein Abendessen im Stil des 16. Jahrhunderts mit großen Fleischplatten und viel Kohl. Der morgendliche Besuch auf dem Agrarbetrieb von Andreas Petzold, mit 300 Milchkühen, Schweinen und Ackerbau zeigte eindrucksvoll, wie sich die ehemaligen LPGs an den heutigen Markt angepasst haben. Aber es blieb auch genügend Zeit für den eigentlichen Zweck der Teamklausur, unsere interne Planung für die nächsten sechs Monate.

Hamburg: Kupferproduktion, maritime Wirtschaft und Meeresschutz

Bei der Aurubis-AG im Süden Hamburgs kann man Kupferproduktion und Recycling in großem Umfang auf dem weitläufigen Betriebsgelände bestaunen. Ich habe das

Unternehmen bereits zum zweiten Mal besucht, allerdings erstmals mit einer ausführlichen Werksbesichtigung. Kupfer ist zu 100 % recycelbar und damit besonders wertvoll für die Industrie, gerade wo heute Kreislaufwirtschaft eine immer größere Rolle spielt. Kupferhaltiger Elektroschrott wird bei Aurubis ebenso für die Herstellung unterschiedlich starker Kupferdrähte – beispielsweise für die Oberleitung der Bahn – verwendet wie angeliefertes Rohmaterial.

„Abfallprodukte“ sind stark gepresste und gebrochene Steine für die Bühnen-Befestigung an der Küste, feinkörniger Schotter für Sandstrahl-Gebläse und Wärme, mit der ab 2018 ein Teil der Hamburger Hafencity beheizt wird.

Beim anschließenden Besuch des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie konnte ich nicht nur die unverbaute Sicht auf Hafen, Landungsbrücken und Elbphilharmonie genießen, sondern auch viele meiner aktuellen Themen mit der Leiterin Monika Breuch-Moritz und ihrem Team diskutieren: Maritime Raumordnung, blaues Wachstum in der maritimen Wirtschaft mit Offshore-Windparks und Tideenergie, Neuerungen in der Schifffahrt, Zustand von Nordsee und Ostsee, Auffangeinrichtungen an Häfen und vieles mehr. Am Schluss des intensiven Austauschs wurde mir ein besonderes „Schmankerl“ präsentiert: historische Atlanten aus vorigen Jahrhunderten mit künstlerisch illustrierten Seekarten – viele davon noch nicht nach Kompass ausgerichtet, sondern aus der Sicht eines Schiffs mitten auf See.

Bremerhaven: Expeditionen ins Eis – Besuch der Polarstern

Schon häufiger habe ich bei Konferenzen rund ums Meer Frau Professor Karin Lochte getroffen und die Einladung erhalten, doch mal das deutsche Forschungsschiff, den Eisbrecher Polarstern zu besichtigen, wenn er mal wieder in Bremerhaven vor Anker liegt. An ihrem letzten offiziellen Tag als Chefin des AlfredWegener-Instituts (AWI) vor Übergabe an ihre Nachfolgerin Professor Antje Boetius und Eintritt in den Ruhestand hatte ich das Vergnügen, von einer Delegation unter ihrer Leitung gemeinsam mit liberalen Parteifreunden aus Bremerhaven nun diese Besichtigung vornehmen zu können. Eins schon vorweg: der Besuch hat sich absolut gelohnt!

Die ´Polarstern`, seit 35 Jahren als deutsches Polar-Forschungsschiff in Betrieb und also etwas in die Jahre gekommen, liegt dieses Mal länger als sonst in Bremerhaven, da umfangreiche Renovierungsarbeiten erforderlich sind. Trotzdem geht aber der Betrieb an Bord weiter, denn viele vorbereitende Arbeiten können auch vor Anker erledigt werden, und natürlich müssen auch die Arbeiten überwacht und begleitet werden. Am 20. Dezember startet dann wieder eine längere Expedition in die Antarktis.

Die ´Polarstern` fährt bei ihren Touren Richtung Arktis und Antarktis nie exakt die gleiche Strecke, sondern weicht jedes Mal etwas ab, um jeweils neue Erkenntnisse über die Beschaffenheit des Meeresbodens zu erhalten und so nach und nach die Kartographie zu vervollständigen. Aber das ist nur einer von vielen Bereichen, an denen die die Forscher – 55 passen an Bord neben der 43-köpfigen Besatzung –

arbeiten. In Trocken- und Nasslabors werden Proben aus Wasser und Eis analysiert und in Aquarien oder anderen Vorrichtungen aufgehoben. zahlreiche Arbeitsplätze stehen für mitgebrachte Laptops zur Verfügung, Bildschirme in den Kabinen dienen weniger Spielfilmen aus mitgebrachten DVDs als vielmehr der Betrachtung aktuellen Materials, und der Kapitän und seine Offiziere werden selbstverständlich über die neusten Erkenntnisse informiert. Ein vielseitig ausgestatteter OP an Bord und eine angeschlossene kleine Krankenstation stehen nicht nur der jeweiligen Besatzung zur Verfügung, sondern wurden auch schon – kostenlos – für dringende Fälle im jeweiligen Einzugsbereich der Polarstern insbesondere auf der Südhalbkugel genutzt, nach dem Motto „In der Antarktis helfen sich alle gegenseitig“.

Von den hochinteressanten Präsentationen und kurzen Filmen im Anschluss an die Besichtigung des großen Schiffes möchte ich vor allem ein Projekt erwähnen: in Zusammenarbeit mit der DLR (deutschen Luft- und Raumfahrt) und der Helmholtz-Gemeinschaft, zu der ja auch das AWI zählt, wurde mit ROBEX erstmals der Einsatz autonomer Vehikel in extraterrestrischen Gebieten für Forschungszwecke sowohl in der Tiefsee als auch auf dem Mond inklusive gemeinsamem Erfahrungsaustausch erprobt. Fortsetzung erwünscht!

IV. Terminvorschau

1.11.	Wennigsen	Musicon
1.11.	Hildesheim	“Car Multimedia” bei Bosch
4.11.	Nijmegen	D66-Konferenz, grenzüberschreitender Verkehr
6.-9.11.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
10.11.	Laatzen	Dialog „Kirche trifft Politik“
13.-16.11.	Straßburg	Plenum, Fraktion
17.11.	Ronnenberg	DRK-Kinder-und-Jugend-Stiftung
18.11.	Hannover-Kronsberg	FDP-Landesvorstandsklausur

31. Oktober 2017

November 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

fast zwei Monate hat es gedauert, aber jetzt sind wir seitens FDP wieder zu dritt im Europaparlament nach meiner intensiven Phase als "Einzelkämpferin". Nachdem meine bisherigen Kollegen Alexander Graf Lambsdorff und Michael Theurer am 24. 9 in den Bundestag gewählt wurden, mussten diverse Formalien erledigt werden, bis Nadja Hirsch und Wolf Klinz, die beiden nächsten auf unserer Bundesliste zur Wahl 2014, nachrücken konnten. Gut, dass beide als ehemalige MdEP die europäische Ebene schon kennen, so kann jetzt "geordnet" weitergearbeitet werden.

In Deutschland sind das Jamaika-Aus und die offene Frage nach einer neuen stabilen Regierung Thema. Als Optimistin hatte ich gehofft, es gäbe eine Lösung in den Sondierungsgesprächen; aber aufgrund mangelnder Vertrauensbasis und zahlreicher offener Punkte nach wochenlangen Verhandlungen war der Abbruch wohl die beste Konsequenz. Natürlich gibt es jetzt Besorgnis auf europäischer Ebene, dass die langwierige Regierungsneubildung in Berlin den von Macron angestoßenen Erneuerungsprozess der EU verzögern könnte. Vorübergehend hat diese Sorge sogar das Dauerthema Brexit überlagert, zu dem es jetzt in den Ausschüssen diverse Hearings gibt, um die Folgen für alle Sektoren besser einschätzen zu können und Möglichkeiten einer Neuaufstellung auszuloten. Ich werde Sie weiter auf dem Laufenden halten.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Adventszeit und grüße Sie herzlich!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Paradise Papers - „Transparenz ist unser schärfstes Schwert“

Am Dienstagmorgen wurde im Parlament über die „Paradise Papers“ debattiert. Auf den ersten Blick mag es positiv erscheinen, dass die meisten der enthüllten Steuerpraktiken zumindest nicht illegal sind. Aus Sicht der EU-Kommission und vieler der Redner macht es das aber umso schlimmer - Grundtenor der Debatte deshalb: die bestehenden Gesetzeslücken müssen geschlossen werden.

Für Geheimniskrämerei soll künftig kein Platz mehr sein. Ein Vorschlag ist die zeitnahe Erstellung einer schwarzen Liste mit den Ländern, die als Steueroasen fungieren. „Hüterin“ dieser Liste will die Kommission sein. Voraussetzung ist aber, dass der Begriff der Steueroase endlich klar definiert wird. Auch die Einführung des sogenannten „Country-by-Country reporting“, das Unternehmen verpflichten soll, genau nach Ländern aufzuschlüsseln, wo ihre Gewinne erwirtschaftet wurden (und damit die Steuern anfallen), soll für mehr Transparenz sorgen. Daneben, so die Kommission, sei aber auch mehr Konvergenz, d.h. eine europaweite Harmonisierung der bestehenden Berechnungsgrundlagen nötig. Auch Sanktionen, die Unternehmen dort treffen, wo es weh tut, also am Geldbeutel, wurden gefordert.

In den letzten Jahren gab es bereits zahlreiche Gesetzgebungsvorhaben zur Bekämpfung von Steuervermeidung und Geldwäsche. Das Problem ist aber, dass sich mit den Gesetzen auch stets die Steuervermeidungspraktiken weiterentwickeln. Ich denke, dass es schwer zu verhindern sein wird, dass Unternehmen sich auch weiter am Rande der Legalität bewegen, um ihre Steuerlast so gering wie möglich zu halten. Das ist auch wirtschaftlich nachvollziehbar - und sollte doch nicht in einem Maße „Praxis“ sein, dass die Gesellschaft zunehmend das Vertrauen in ein Steuersystem verliert, in dem geschickte Steuervermeidung ein Wettbewerbsfaktor ist und der damit verbundene Schaden für die Volkswirtschaft in Kauf genommen wird. Der politische Wille, etwas gegen wirklich „aggressive“ Steuerplanung zu unternehmen, ist daher zu begrüßen.

Zurecht wurde außerdem die Frage aufgeworfen, warum es nicht die zuständigen Steuerfahndungsbehörden, sondern stets Journalisten - man denke an die auf Malta ermordete Daphne Caruana Galizia - sind, die entscheidende Informationen liefern. Eine Erklärung ist sicher, dass diese bereits globaler zusammenarbeiten, als die nationalen Behörden. Auch daran muss sich etwas ändern. Zu hoffen ist in jedem Fall, dass es keinen Gewöhnungseffekt gibt und es nach "Luxemburg Leaks", "Bahama Leaks", "Panama Papers" und nun den "Paradise Papers" nicht eine weitere lange Liste von Enthüllungen braucht, damit tatsächlich etwas passiert.

Schlüsseldebatte: Wie steht es um Rechtsstaat und Demokratie in Polen?

Kurz gesagt: nicht gut. Mit 432 Ja-Stimmen und 152 Nein-Stimmen wurde im Plenum in Straßburg über den Entschließungsantrag abgestimmt, der die polnische Regierung verurteilt. Die Debatte selbst war hitzig und die Vorwürfe vielfältig: der polnische Abgeordnete Legutko sprach von einer „anti-polnischen Kampagne“, zu der die Medien in Europa ihren Teil beitragen und von mangelnder Dialogbereitschaft der EU-Kommission.

Kommissions-Vizepräsident Timmermans dagegen beklagte, dass die polnische Regierung seit Monaten keine Einladung annehme und währenddessen mit ihrer Justizreform den Rechtsstaat untergrabe. Die Gleichschaltung der Medien und den Machtmissbrauch der politischen Regierung beschrieb auch Lewandowski, ein weiterer polnischer Abgeordneter und ehemaliger Kommissar, der die Gefahr sieht, dass das Land Polen und seine Regierung immer weiter auseinanderdriften. Er fürchte nicht um Ruf und Geld Polens, das sich nach dem langen Aufbau seiner Demokratie in so kurzer Zeit auf internationaler Bühne kompromittiert habe, sondern um die Sicherheit und die Zukunft der polnischen Bürger.

Dass es Polen gelang, zwei Diktaturen aus eigener Kraft abzuschütteln und das Herz der Demokratie in Osteuropa zu bilden, betonte auch Guy Verhofstadt, Vorsitzender meiner ALDE-Fraktion. Er hätte es nicht für möglich gehalten, dass die Regierung nun zulässt, dass Neonazis durch Warschau marschieren, nur 300 Kilometer von Auschwitz entfernt. „Die polnische Regierung hat den Verstand verloren“ sagte er, und forderte, Artikel 7 der EU-Verträge anzuwenden, also die Mitgliedschaft Polens in der EU auszusetzen. Das wäre ein starkes Zeichen und ein Signal an die polnische Regierung, dass es Grenzen gibt, die in einer europäischen Wertegemeinschaft nicht überschritten werden dürfen. Vielleicht lässt sich so Bewegung in die verfahrenen Situation bringen - denn Ziel muss im Prinzip weiter der Dialog zwischen der EU und Polen bleiben. Das gilt nicht nur um der polnischen Bevölkerung willen, sondern auch, worin ich mich Frans Timmermans anschließe, weil die Rechtsstaatlichkeit eines Mitgliedsstaates letztlich das gesamte Gefüge der EU betrifft.

Mehr Fahrzeugsicherheit als zentrales Thema

Am Montag fand in Straßburg eine Aussprache zum Bericht „Rettung von Menschenleben: Mehr Fahrzeugsicherheit in der EU“ statt.

Verkehrsunfälle sollen irgendwann der Vergangenheit angehören. Doch auch wenn Europas Verkehr einer der sichersten der Welt ist und sich die Zahl der Unfallopfer seit 1992 halbiert hat, gibt es noch immer jeden Tag 70 Verkehrstote. Sind Fahrerassistenzsysteme die Lösung? Dafür spricht, dass an 92 Prozent aller Unfälle menschliches Verhalten mit schuld und bei 72 Prozent sogar hauptursächlich ist. Deshalb wird Systemen wie dem automatischen Notbremssystem, einem Spurhaltesystem sowie intelligenten Geschwindigkeitsassistenten großes Potenzial zugeschrieben, EU-Bürger besser zu schützen - und letztlich auch die Gesundheitssysteme zu entlasten.

Allerdings müssen die neuen Systeme wirklich marktreif sein, bevor sie zur Anwendung kommen - und für den Verbraucher auch erschwinglich. Das lässt sich am besten dadurch erreichen, dass moderne Technologie möglichst flächendeckend verbaut wird. Auch Steueranreize und Versicherungsprämien für eine Autoaufrüstung wurden von meinen liberalen Kollegen vorgeschlagen. Denn die besten Systeme helfen nichts, wenn der Preis die meisten vom Kauf abschreckt.

Neben der Überarbeitung der Verordnung über die allgemeine Fahrzeugsicherheit und der Verordnung zur Sicherheit der Fahrzeuginsassen arbeitet die Kommission auch an der Verordnung zum Schutz von Fußgängern - denn diese sind, zusammen mit den Radfahrern, die Verletzlichsten im Straßenverkehr. So soll beispielsweise endlich ein System gegen den toten Winkel entwickelt werden.

Mit neuen Systemen allein ist aber nicht geholfen, auch das Bewusstsein der Fahrer muss, z.B. durch Schulungen, auf Probleme wie Telefonieren und sonstige Kommunikation am Steuer sowie die Gefahren des Fahrens unter Alkohol-, Drogen- oder Medikamenteneinfluss gelenkt werden. Es ist wichtig, dass Ärzte bei der Verschreibung von Medikamenten an ihre Patienten auch als mögliche Autofahrer denken, was offenbar häufig nicht geschieht. Und zuletzt sind natürlich auch die Qualität der Straßen, der Infrastruktur und die schnelle Verfügbarkeit von Hilfe bei einem Unfall von Bedeutung. Wichtiger ist es aber, dafür zu sorgen, dass Unfälle möglichst gar nicht erst passieren.

Das zweite Mobilitätspaket: Umweltschutz im Fokus

Fahrzeuge sollen nicht nur sicherer werden, sondern auch umweltfreundlicher. Während in Bonn die UNKlimakonferenz stattfand, wurde in Straßburg das zweite Mobilitätspaket von der Kommission vorgestellt. Denn der Verkehrssektor nimmt eine Schlüsselposition bei der Bewältigung des Klimawandels ein: er macht fünf Prozent des europäischen Bruttoinlandsproduktes aus, aber auch ein Viertel der Treibhausgasemissionen. Nach dem Haus ist für viele das Auto der zweithöchste Ausgabenposten. Das Paket soll deshalb den Übergang zu emissionsarmen und emissionsfreien Fahrzeugen beschleunigen. Es stützt sich auf drei Pfeiler: neben der

Förderung saubererer Fahrzeuge sollen die Verkehrssysteme verbessert (mehr kombinierte Verkehre Lkw/Zug, mehr Fernbusse, mehr intelligente Verkehrsführung, weniger Staus) und mehr Ladestationen für alternative Treibstoffe geschaffen werden.

Ein wichtiger Teil des vorgestellten Pakets sind neue Grenzwerte für die CO₂-Emissionen von PKW und neuen leichten Nutzfahrzeugen. Hier schlägt die Kommission eine pauschale Verringerung von 15% bis 2025 und 30% bis 2030 vor. Das geht aus meiner Sicht entschieden zu weit. Erstens liegt die letzte Revision von CO₂-Grenzwerten noch nicht lange zurück (die nächste Grenzwert-Schwelle ist 2021 zu erreichen), außerdem ist 2025 zu nah, als dass eine erneute Reduzierung innerhalb eines Lebenszyklus eines Fahrzeugs realistisch wäre. Zwar sollten CO₂-Emissionen reduziert werden, allerdings dürfen wir nicht vergessen, dass dieses Ziel nicht isoliert zu sehen ist. Um den CO₂-Flottendurchschnitt zu erreichen, brauchen wir Diesel-Autos, da diese im Vergleich zum Benziner weniger CO₂ ausstoßen. Dafür ist deren Partikel-Ausstoß höher. Ein Technologie-Wechsel zu E-Autos wäre zwar wünschenswert, kann aber mit dem Stand der Technik und zu vergleichbaren Preisen nicht erreicht werden. Nicht jeder kann sich ein EAuto leisten. Wir sollten daher darauf achten, dass angestrebte Ziele erreichbar bleiben.

Das Aufladen von E-Autos muss erleichtert werden und es braucht europaweite Standards für die entsprechenden Stecker. Doch wir müssen technologieneutral sein und gleichzeitig an vielen Stellschrauben drehen. Innovationen gibt es auch bei Rohstoffen (Algensprit kann in Zukunft vielleicht Flugzeuge fliegen), Verkehrssystemen (durch Platooning können mehrere Fahrzeuge miteinander vernetzt in Kolonne fahren) und im Fernbus- und öffentlichen Personennahverkehr (Umstellung der Flotte auf E-Fahrzeuge). Bei der E-Mobilität stellt sich natürlich die Frage, wo die benötigte Energie herkommt. Insbesondere in Deutschland, wo der Atomausstieg beschlossen ist und die Laufzeit von Kohlekraftwerken ausläuft, sollte diese Frage zunächst beantwortet werden. Schließlich bringt es nicht viel, wenn dann Strom aus den EU-Nachbarländern importiert werden muss.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Astronaut auf Parlamentsbesuch

ESA-Astronaut Thomas Pesquet hat am 7. November das Parlament besucht. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Parlamentspräsident Antonio Tajani, danach hatte Pesquet das Wort. Nach seiner sechsmonatigen Weltraummission Proxima lernte er nun eine für ihn noch neue Sphäre, das EUParlament, kennen. Gebannt haben alle seinem Bericht über seinen ersten Einsatz und den Alltag im All zugehört. Er zeigte dazu ein Video, das die Vorbereitung auf die Mission, die zahlreichen an Bord durchzuführenden Versuchsreihen, die bis in den letzten Handgriff vorher geprobt „Außen“-Einsätze, die wenigen freien Minuten zur Betrachtung der Erde und das Leben mit der Schwerelosigkeit dokumentierte - einschließlich Pesquet beim Saxophon-Spielen an Bord der Raumstation. Danach beantwortete der

„Rundumnaturwissenschaftler“ - denn das muss man sein, um als ESA-Astronaut zu arbeiten - die zahlreichen technischen aber auch persönlichen Fragen von Studenten der Universität Nîmes. Besonders interessant war auch sein Hinweis, dass es üblich ist, sich als Europäer gegenüber seinen russischen und amerikanischen Arbeitskollegen auf der Raumstation als europäischer Astronaut einer bestimmten Nationalität, im Falle Pesquets der französischen, vorzustellen - im All gibt es also in gewisser Weise schon mehr eine „europäische Identität“ als auf der Erde.

LUX Film Prize - „The winner is ... “

Am 14. November wurde in Straßburg der LUX-Preis verliehen. Über die nominierten Filme habe ich im letzten Newsletter berichtet: ihnen allen liegen das Konzept der Vielfalt und gesellschaftliche Themen zugrunde, die Europa beschäftigt haben und noch immer beschäftigen. BPM (Beats per Minute) porträtiert, wie Aktivisten in Paris der 90er Jahre im Kampf gegen AIDS versuchten, Politik und Pharmaindustrie wachzurütteln. In Western geht es im weitesten Sinne um Arbeitnehmermobilität, Wirtschaftsmigration und das Aufeinanderprallen verschiedener Kulturen. Von letzterem handelt auch Sami Blood, der die Diskriminierung der Sámi in Schweden beschreibt. Parlamentspräsident Antonio Tajani machte es spannend: er eröffnete die Verleihung und dankte allen, die sich für den LUX-Preis eingesetzt haben und dafür, dass die Filme ein besseres Verständnis europäischer Probleme ermöglichten. Die europäische Film- und Kulturindustrie sei von großer Bedeutung und dürfe nicht den Wettbewerb gegen amerikanische Hollywoodproduktionen verlieren - an der Vielsprachigkeit Europas solle es nicht scheitern, Untertitel für die nominierten Filme gebe es deshalb in allen Amtssprachen. Als die beiden Siegerinnen auf der Bühne standen, gab es aber trotzdem nicht gleich eine Verdolmetschung: denn die beiden Protagonistinnen von Sami Blood bedankten sich für den Preis zunächst auf Sámi. Ihre Botschaft: Sprache und Kultur der Sámi leben. Dass ihre Kultur nicht erloschen ist, unterstrichen die traditionellen Gewänder der beiden. Der Preis für den Film von Amanda Kernell wurde von ihnen auch als Ehrung der älteren Sámi-Generation verstanden. Den zweiten Platz belegte BPM, Western landete auf dem dritten Platz.

Energieeffizienz-Richtlinie: Nötige Flexibilität fehlt

Die EU soll bis 2030 um 40% energieeffizienter werden. Außerdem soll es zusätzliche verbindliche nationale Ziele für die Mitgliedsstaaten geben. Das sieht die überarbeitete Energieeffizienz-Richtlinie vor, die diese Woche vom Industrieausschuss nur sehr knapp mit 33 zu 30 Stimmen verabschiedet wurde. Die Kommission hatte ursprünglich 30% Energieeffizienzziel vorgeschlagen.

Das mag sich zunächst gut anhören, ist aber bei genauerer Betrachtung eine unrealistische und zu unflexible Forderung. Das Einsparen von Energie ist sinnvoll

und trägt zur Reduzierung des CO₂Ausstoßes bei. Allerdings ist ein zusätzliches verbindliches Ziel zur Energie-Effizienz und damit Emissionsreduktion kontraproduktiv, denn es steht im Konflikt zum Emissionshandel. Der Emissionshandel ist das Instrument zur Emissionsreduktion und soll es auch bleiben. Ein verbindliches Energieeffizienz-Ziel vernachlässigt Wirtschaftswachstum oder besondere geographische oder klimatische Gegebenheiten. Was die Kommission in Wirklichkeit vorgeschlagen hat, ist ein Einspar- bzw. Reduktionsziel. Effizienz setzt aber Verbrauch und Leistung ins Verhältnis. Wenn Wirtschaft wächst, wird mehr Energie verbraucht. Hier wäre mehr Flexibilität nötig gewesen.

Ein entsprechender Antrag zur Forderung nach mehr Flexibilität, den ich mitunterzeichnet habe, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Ausschuss fordert außerdem verbindliche Ziele für die Mitgliedsstaaten. Der Gesetzesvorschlag dürfte im Januar im Plenum abgestimmt werden, wobei man auf die Mehrheit dort gespannt sein darf. Danach werden voraussichtlich die Verhandlungen mit dem Rat aufgenommen.

Emissionshandel: Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit sichern

Man hätte es nicht vermutet: Bei der Reform des Emissionshandels gibt es eine Einigung. Bis zu 46% freie Zuteilung, kein sektorübergreifender Korrekturfaktor, Kompensation indirekter Kosten durch die Mitgliedsstaaten, 2,2% linearer Reduktionsfaktor sowie realistische Benchmarks sind wesentliche Elemente des Kompromisses zwischen Rat und Parlament. Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat dieses Ergebnis am Dienstag verabschiedet.

Es ist ein ausgewogenes Ergebnis, insbesondere in Anbetracht der Vorschläge, die auf dem Tisch lagen. Über einen wirkungsvollen Emissionshandel erreichen wir Klimaschutz und gewährleisten gleichzeitig die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Industrie. Dass es zu Verschärfungen kommen würde, war abzusehen. Jedoch haben wir einen Kompromiss, mit dem man leben kann.

Zum Schutz vor sogenanntem „Carbon Leakage“ sollen in der vierten Handelsperiode, also 2021-2030, 43% der Zertifikate frei zugeteilt werden, wenn ein Sektor von einem solchen Risiko betroffen ist. Um zu vermeiden, dass die Gesamtmenge der Zertifikate bei Knappheit verringert wird („sektorübergreifender Korrekturfaktor“), kann die Menge der freien Zertifikate um bis zu drei Prozent erhöht werden. Das Parlament forderte ursprünglich fünf Prozent. Somit wird eine zusätzliche Verknappung, insbesondere bei der freien Zuteilung verhindert. Das ist wichtig, da die europäische Industrie im globalen Wettbewerb steht. Auch Klimaschutz muss weltweit unterstützt werden. Mit gutem Beispiel vorangehen ist richtig, aber wenn Europa zu weit voranschreitet, wird der Wettbewerb verzerrt. Industrielle Wertschöpfung findet dann dort statt, wo Regeln laxer und Kosten niedriger sind. Dem Klima hilft das gar nichts. Industrie schafft Arbeitsplätze und sorgt für Wohlstand in Europa. Deshalb ist es wichtig, deren Erfordernisse zu berücksichtigen.

Welche dieser Sektoren freie Zuteilung erhalten, wird unter Bezugnahme der Handels- und Emissionsintensität ermittelt. Weiterhin besteht die Möglichkeit der

qualitativen Bewertung. Indirekte CO₂Kosten, die durch den Einkauf von beispielsweise Strom entstehen, da hier die CO₂-Kosten auf den Verbraucher umgelegt werden, können durch die Mitgliedsstaaten weiterhin im Rahmen der BeihilfeRichtlinien kompensiert werden. So sollen energieintensive Energien nicht doppelt belastet werden.

Leider ist Sonderregulierung zu Gasen, die bei bestimmten Produktionsprozessen als Abfallprodukt entstehen und zur Energiegewinnung genutzt werden können (sogenannte Kuppelgase) nicht enthalten. Energiegewinnung aus Kuppelgasen ist im Sinne der Kreislaufwirtschaft. Das sollte gefördert werden – nicht bestraft. Daher dürfen solche Anlagen nicht als Energieerzeuger gelten und sollten auch keine Zertifikate kaufen müssen.

Das Plenum des Parlaments wird den Kompromisstext voraussichtlich Ende Februar verabschieden.

KIC Startup Dinner: für ein Europa der Innovation

Innovationförderung im Bereich Energie ist entscheidend, um unseren Energiekonsum zu verringern, wirtschaftlichen Erfolg nachhaltig zu sichern und unsere Umwelt besser zu schonen. Aber wie geht das konkret? Wie können wir sicherstellen, dass Europa auch in der Zukunft ein Kontinent für Innovation bleibt? Diese Frage, sowie der Bericht ‚Schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie‘, für den ich für die ALDE Schattenberichterstatterin bin, waren die Themen einer Abendveranstaltung, die ich zusammen mit dem Vorsitzenden des Industrieausschusses und ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek veranstaltet habe. Zusammen mit Vertretern der Kommission und Verbänden haben wir uns darüber ausgetauscht, mit welchen Instrumenten wir Innovation in Europa unterstützen können.

In erster Linie sollten wir dafür zu sorgen, dass Europa für Forscher und Erfinder attraktiv bleibt. Unsere Köpfe sind nämlich das wertvollste, was wir in Europa haben. Außerdem müssen wir den Vermarktungsprozess von Ideen und Patenten beschleunigen. Hier hinkt Europa verglichen mit anderen Weltregionen noch weit zurück. Außerdem braucht Europa eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Industrie, damit Ideen auch in der Praxis umgesetzt werden können. Und letztlich ist es wichtig, einen besseren Überblick über und einen besseren Zugang zu den vielfältigen jedoch hochkomplexen EU-Fördermöglichkeiten zu schaffen.

**EU-Ausbildungszeugnis
(Berichterstatterin)**

modernisiert

Binnenschifffahrt

Nach gut 1,5 Jahren ist nun mein Bericht zur Ausbildung in der Binnenschifffahrt abgeschlossen. Das Plenum hat den Text mit überwältigender Mehrheit bestätigt,

den ich Ende Juni nach schwierigen Verhandlungen mit dem Ministerrat ausgehandelt hatte. Nach der Annahme im Europaparlament wird die neue Richtlinie voraussichtlich im kommenden Verkehrsministerrat Anfang Dezember nochmals bestätigt und kann daraufhin in Kraft treten. Die Mitgliedstaaten haben dann vier Jahre Zeit, die neuen Bestimmungen umzusetzen.

Heute gibt es nämlich einen Europäischen Flickenteppich aus nationalen und regionalen Qualifikationen von Binnenschiffern in vielen verschiedenen Sprachen. Die Wasserschutzpolizei kann bei der Vielzahl der Zeugnisse nicht mehr wirksam überprüfen, ob das Personal an Bord über die nötigen Kenntnisse verfügt.

Das ist ein Problem, wenn man sich zum Beispiel den dichten Verkehr auf dem Rhein anschaut. Einen Unfall mit einem Tankschiff mitten in Köln möchte niemand erleben. Mit europaweit einheitlichen Ausbildungsstandards und Zeugnissen für Matrosen, Vollmatrosen, Steuerleute und Schiffsführer wird die Binnenschifffahrt sicherer werden.

Der größte Streitpunkt bei der neuen Richtlinie war der Anwendungsbereich. Hier haben wir eine praktikable Lösung gefunden, mit der ich sehr zufrieden bin. Länder ohne schiffbare Binnengewässer wie Malta, Zypern und Dänemark bekommen eine Ausnahmeregelung. Das Gleiche gilt für Staaten, die nicht mit den Binnenwasserstraßen Europas verbunden sind, zum Beispiel Finnland und Portugal. Dennoch werden die neuen EU-Ausbildungszeugnisse zukünftig überall in Europa gelten. Bisher darf ein RheinMatrose mit seinem Zeugnis nämlich nicht automatisch auf der Donau fahren. In Zukunft ist das möglich. Auch der Zugang für Quereinsteiger aus der Seeschifffahrt oder anderen maritimen Berufen wird erleichtert. Der Sektor hat nämlich ein akutes Nachwuchsproblem, das durchschnittliche Alter der Binnenschiffer liegt heute bei 55 Jahren.

Europas Flüsse bieten noch viel ungenutztes Potenzial für den Güterverkehr und auch Flusskreuzfahrten sind beliebt wie nie. Deswegen freue ich mich besonders, als Berichterstatterin für die neuen Ausbildungsstandards zur Modernisierung des Sektors beizutragen. Auch der Sektor selber hat nach der Abstimmung in Straßburg Präsenz gezeigt. Die Binnenschiffer und die Binnenhäfen haben in einem Schiff, das vor dem Parlamentsgebäude ankerte, Verkehrskommissarin Violeta Bulc und Parlamentsmitgliedern erklärt, was der Sektor bis 2030 für eine nachhaltige Entwicklung braucht.

Intelligente Verkehrssysteme

Die Digitalisierung revolutioniert nach und nach alle Lebensbereiche und wird auch den Transportsektor stark verändern. Der Verkehrsausschuss nimmt nun Stellung zur Strategie der Kommission für Kooperative Intelligente Verkehrssysteme (C-ITS). Es geht um automatisierte Fahrzeuge und die dafür benötigte Infrastruktur. Denn automatisierte Fahrzeuge werden in der Lage sein, mit anderen Fahrzeugen, Ampeln und sonstigen Verkehrsvorrichtungen zu kommunizieren. Durch die automatisierten Systeme können einige Unfälle vermieden werden und die Verkehrssicherheit wird sich erhöhen. Auch Emissionen können verringert werden, denn die Systeme fahren gleichmäßiger und dadurch sparsamer. Zugleich wird die vorhandene Verkehrsinfrastruktur besser genutzt, denn die Systeme brauchen

weniger Sicherheitsabstand. LKWs fahren zum Beispiel im sogenannten „Platooning“ eng digital aneinandergeschlossen im Konvoi, gesteuert durch Sensoren.

Das automatisierte Fahren birgt allerdings auch Gefahren. Es muss natürlich sichergestellt werden, dass niemand von außerhalb in das Computersystem eingreifen kann und das Fahrzeug sozusagen „fernsteuert“. Cybersecurity ist deswegen ein wichtiges Thema. Datenschutz genauso. Der Fahrer sollte immer Herr/Frau der Daten sein, die er und sein Fahrzeug am laufenden Band generieren. Er muss einwilligen, wenn diese Daten weitergeleitet werden für zusätzliche Dienstleistungen zum Beispiel.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Laatzen: Kirche trifft Politik

Eine gute Idee, dachte ich gleich, als ich vor einigen Monaten die Einladung zum Diskussionsabend "Kirche trifft Politik" erhielt, um aus "Europa" zu berichten (zwei Bundestagsabgeordnete waren schon vor mir da). Der Kirchenkreis Laatzen-Springe, südlich von Hannover, möchte durch dieses Format zum Demokratieverständnis beitragen und Politikverdrossenheit aktiv entgegenwirken. Als "Aufhänger" für die Themenreihe haben sie die Seligpreisungen aus der Bergpredigt gewählt. Mein Abend stand unter dem Motto "Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden." Diskutiert haben wir nicht nur Angriffe auf die Meinungs- und Pressefreiheit mit Repressalien gegen Oppositionelle und Journalisten in totalitären Staaten, sondern auch den Mord an der maltesischen Journalistin Daphne Caruana Galicia. Aber es ging auch um die Frage, ob Politiker "an allem Schuld" sind, wie manche gern sagen, und wie wir alle gemeinsam für eine bessere Zukunft arbeiten können. Ein lohnender Abend!

Hildesheimer Wald: Mobilität der Zukunft

Dass Bosch für mehr steht als Haushaltsgeräte, ist wohl mittlerweile bekannt. Allein im Bereich Car Multimedia verzeichnet das Unternehmen 5422 Patente pro Jahr weltweit - 22 pro Tag. 1600 Mitarbeiter sind im Einsatz für zentrale Forschung an 12 Standorten, u.a. in Bangalore/ Südindien, Palo Alto und Moskau. Entwickelt wurde dabei auch eine „innovative brake disc“, die den Abrieb und damit den Feinstaub deutlich verringert - 30 % des Feinstaubes auf der Straße kommt bislang von den Bremsen. Als Konsequenz zum Dieselskandal wurden 60.000 Mitarbeiter geschult in einem Produktentwicklungs-Codex.

Am Standort Hildesheim - idyllisch gelegen auf einer Waldkuppe außerhalb der Stadt - nehmen Zukunftsvisionen für Mobilität Gestalt an. Bei meinem lange geplanten Besuch erhielt ich Einblick in die Arbeit der verschiedenen Teams in der Entwicklungsabteilung. Fahrerassistenzsysteme, autonomes Fahren, „connected digital mobile communication“, „connected maps“, Berechnen und Programmieren der dafür erforderlichen Infrastruktur und Module - alles wichtig für mehr Sicherheit,

Effizienz, Umweltfreundlichkeit und Komfort auf der Straße. Leider war zu wenig Zeit für eine Testfahrt - sollte ich bei Gelegenheit mal nachholen!

Nijmegen: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Was hat EUREGIO, eins der ältesten grenzüberschreitenden Projekte in der EU, den Menschen in den Niederlanden und Deutschland gebracht? Haben wir schon in allen entscheidenden Bereichen einen funktionstüchtigen europäischen Binnenmarkt? Welche Verbesserungen wünschen sich alle Beteiligten? Um diese Fragen ging es bei einem Seminar des Europäischen Liberalen Forums (ELF) auf Initiative von D66, die derzeit mit der VVD, der anderen liberalen Partei der Niederlande (beide Mitglied der ALDE), in einer Regierungskoalition zusammenarbeiten. Ich war als Sprecherin für europäische Verkehrsinfrastruktur eingeladen. Fazit der gut besuchten Veranstaltung in Nijmegen, bei der sich Plenum und Arbeitsgruppen abwechselten: alle Seiten haben von dem grenzüberschreitenden Regionsansatz profitiert. Fehlende Bahnverbindungen verhindern allerdings bislang eine noch bessere Kooperation gerade im Wissenschaftsbereich und die Mobilität von Studenten. Auch wenn die EU hier Alltag ist: die Menschen wünschen sich noch "mehr Europa" - gut so!

Stuttgart: Mitgliederversammlung der Liberalen Frauen

Am Tag gegen Gewalt an Frauen - passend zu unserem Engagement für die Ratifizierung der Istanbulkonvention durch die Bundesregierung - trafen sich liberale Frauen aus allen Teilen Deutschlands zur Bundesmitgliederversammlung in Stuttgart-Degerloch, mit Ausblick auf das Trainingsgelände der Stuttgarter Kickers. Wir starteten mit zwei Kurzreferaten: die Vorsitzende der AG Digitales, Mitglied im Vorstand des Deutschen Frauenrates, berichtete, über die Arbeit nicht nur zum Thema Digitalisierung und Industrie 4.0, sondern generell über Initiativen des deutschen Frauenrates. Judith Skudelny - liberale Powerfrau mit Mehrfachfunktion als MdB, Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg und dort auch Landesvorsitzende der Liberalen Frauen - gab Einblick in die Startphase der neuen Bundestagsfraktion, die Hintergründe zum Scheitern der Jamaika-Sondierungsgespräche und strategische Wege für Frauen in aussichtsreiche politische Funktionen.

Erfreuliches bot der Bericht unserer Bundesvorsitzenden Katja Grosch aus Thüringen: wir haben überall Mitgliederzuwachs, einige Landesverbände sind mit neuem Vorstand und frischen Ideen neu durchgestartet, Auftritt in und Austausch über Social Media funktionieren gut. Wermutstropfen: der von uns sehr begrüßte Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Bundestag hat dort mit zum Sinken des Frauenanteils beigetragen. Mit einem Frauenanteil von 22,5 % (18 von 80 MdB) ist noch viel Luft nach oben, da gibt es Handlungsbedarf. Christian Lindner hat nach der Bundestagswahl versprochen, den Erneuerungsprozess der Liberalen fortzusetzen und gesagt "die FDP muss partizipativer und weiblicher werden" - nehmen wir ihn beim Wort! Laden wir ihn doch gleich zu unserer nächsten Mitgliederversammlung

am 16. Juni nach Erfurt ein, um gemeinsam den Weg zu diesem Ziel aufzuzeigen und festzulegen!

IV. Terminvorschau

1-3.12.	Amsterdam	ALDE-Kongress
4.12	Venedig	Ocean-Literacy-Konferenz
4.-7.12	Brüssel	Fraktion, Ausschüsse
11.-14.12.	Straßburg	Fraktion, Plenum, Besuchergruppe

1. Dezember 2017

Dezember 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

dieser letzte Newsletter 2017 läutet gleichzeitig die Weihnachtspause des Europaparlaments ein. Einige Termine in unseren „Wahlkreisen“ stehen noch an, aber dann geht es erst wieder in der 2. Januarwoche in Brüssel weiter. Alle Abgeordneten – auch die, die weit entfernt von Brüssel und Straßburg zu Hause sind – können sich damit auf ein ausführliches Zusammensein mit Familie und Freunden freuen.

Im nächsten Jahr werden wir anknüpfen an die vielen offenen Fragen: Wer wird Deutschland regieren? Wie geht es weiter mit dem Brexit? Findet Macron die richtigen Partner für seine Vision einer gründlichen Reform der EU? Schaffen wir es endlich, eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik zu beschließen oder führt die neue österreichische Regierung zu einem Schulterschluss mit Osteuropa, der zumindest einen Verteilungsschlüssel verhindert? Können wir auch ohne Trump die Klimaziele erreichen?

Mehr dazu im nächsten Jahr. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein friedliches gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2018!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Die venezolanische demokratische Opposition erhält den Sacharow-Preis

Der Sacharow-Preis, der nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten Andrei Sakharov benannt wurde, wird jedes Jahr vom Europäischen

Parlament verliehen. 1988 gegründet, sollen dadurch Einzelpersonen und Organisationen geehrt werden, die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen. Letztes Jahr ging er an Nadia Murad und Lamiya Aji Bashar, zwei Yezidische Aktivistinnen aus dem Irak.

Dieses Jahr wurde der Preis an die venezolanische demokratische Opposition verliehen, in Anerkennung ihres mutigen und unnachgiebigen Kampfes gegen das Regime von Nicolas Maduro. Das Land erlebt seit Monaten eine massive wirtschaftliche und politische Krise. Die steigende Inflation hat dazu geführt, dass Millionen von Venezolanern um Lebensmittel oder Medikamente kämpfen, während seit Beginn des Jahres mehr als 120 Menschen bei Straßendemonstrationen gegen die Maduro Regierung ums Leben gekommen sind. 75% der Venezolaner haben in den letzten 12 Monaten unfreiwillig 10 Kilo abgenommen.

An der Preisverleihung nahmen sowohl Julio Borges, Vorsitzender der Nationalversammlung, als auch Antonio Ledezma, Bürgermeister von Caracas, und auch mehrere Vertreter der fast 300 politischen Gefangenen teil.

Fortschritte bei den Brexit-Verhandlungen

Am 8. Dezember gab es endlich einen Fortschritt bei den Brexit-Verhandlungen. Michel Barnier, der Chefunterhändler für die EU, und die britische Premierministerin Theresa May haben sich endlich über die Rahmenbedingungen für den EU-Austritt Großbritanniens geeinigt. Bei der Aussprache dazu vergangene Woche im Plenum machte Barnier klar, dass die EU bei ihren drei Grundbedingungen nicht kompromissbereit war:

- Das Vereinigte Königreich muss den finanziellen Verpflichtungen nachkommen, die es noch als EU-Mitglied eingegangen ist.
- EU-Bürger, die heute in England leben, und britische Bürger, die heute in der EU wohnen, behalten auch nach dem Austritt alle Rechte (z.B. Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Zugang zur Krankenversicherung oder zum Rentensystem).
- Es muss eine Sonderlösung für die Grenze zwischen Irland und Nordirland gefunden werden.

Theresa May hat in allen Punkten weitreichende Zusagen gemacht, die nun in einem Austrittsabkommen fixiert werden. Dementsprechend haben wir als Abgeordnete in unserer Resolution zu dem Thema auch empfohlen, nun in die zweite Phase der Verhandlungen einzutreten und die zukünftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU klären.

Das wird eine Mammutaufgabe, wie sich schon nach mehreren Anhörungen allein im Transportausschuss herausgestellt hat. Dort haben wir die konkreten Auswirkungen des Brexit auf Luftfahrt und Landverkehr diskutiert. Wir sind innerhalb Europas durchgängige Verbindungen gewohnt. Verkehre zwischen der EU und Großbritannien nach dem Brexit müssen aber erst grundsätzlich erlaubt werden und bleiben zusätzlich kompliziert, weil eine EU-Außengrenze überschritten wird.

Es geht also nicht nur um mehrere Stunden Wartezeit für einen Laster in Calais, weil langwierige Zollvorschriften und andere Formalitäten für Exporte in Drittstaaten anfallen. Es geht darum, ob der Laster überhaupt auf die Kanalfähre fahren darf, ob

der Führerschein des Fahrers in Großbritannien gültig ist, ob der LKW mit EU-Kennzeichen auf den britischen Straßen fahren darf. Es geht für Flugpassagierrechte nicht nur um langwierige Passkontrollen beim Abflug. Es geht darum, ob überhaupt ein Flieger von Frankfurt nach London fliegen darf, da das Vereinigte Königreich dann nicht mehr zum europäischen Luftraum gehört, ob die Pilotenlizenzen gegenseitig anerkannt werden, ob die Maschinen als verkehrssicher eingestuft werden. Diese ganz grundsätzlichen Fragen wurden bisher durch EU-Recht abgedeckt und müssen nun neu vertraglich geregelt werden.

Ich bin zuversichtlich, dass wir praktikable Lösungen finden werden. Beide Seiten haben ein großes Interesse an einem funktionierenden Personen- und Warenverkehr zwischen Großbritannien und dem Rest der EU. Aber wie auch immer diese Lösungen aussehen werden, so einfach wie heute wird es nie mehr werden.
CO₂- Emissionszertifikate-Handel im Luftverkehr

Bis 2021 soll das weltweite System zur Emissionsreduzierung im Flugverkehr 'CORSIA' eingeführt werden. Die Internationale Zivilluftfahrtorganisation ICAO mit Sitz in Washington DC arbeitet dazu noch die Details aus. Die EU beabsichtigt, den aktuellen europäischen Emissionshandel an das zukünftige globale System anzupassen. Heute müssen Fluggesellschaften für innereuropäische Flüge Emissionszertifikate kaufen. Flüge von/nach Drittstaaten bleiben weiter ausgenommen. Mitte Oktober hatten sich Parlament und Rat dazu im Trilog auf einen gemeinsamen Gesetzestext geeinigt, der letzte Woche vom Plenum bestätigt wurde.

Ich kämpfe schon seit Jahren für diese weltweite Lösung zur Reduzierung von CO₂-Emissionen in der Luftfahrt. Flugverkehr ist global, deshalb müssen Emissionen von Flugzeugen auch weltweit geregelt werden. Das globale System sollte den europäischen Emissionshandel für den internationalen Luftverkehr ablösen. Isolierte europäische Lösungen können wir uns im internationalen Wettbewerb nicht leisten und sie werden auch von Drittstaaten nicht akzeptiert. Das haben wir 2012 gesehen, als die EU Drittstaaten die europäische Lösung aufzwingen wollte. Statt Emissionszertifikate für ihre Flüge nach Europa zu kaufen, drohten USA, Russland oder China mit Handelskrieg. Damals hatte die Kommission kleinlaut weichen müssen.

Nach der neuen Regelung soll der Flugverkehr zwischen Drittstaaten und der EU noch bis 2023 aus dem Emissionszertifikate-Handel ausgenommen bleiben, drei Jahre länger als ursprünglich von der Mehrheit des Europäischen Parlaments gefordert. Besser wäre gewesen, ganz auf die zeitliche Limitierung zu verzichten. Innerhalb Europas gilt weiterhin das Ziel, Emissionen aus dem Flugverkehr um 30% zu senken und die Menge verfügbarer Zertifikate für den Flugverkehr jährlich zu reduzieren.

Strategie für emissionsarme Mobilität Letzte Woche ist im Plenum eine Stellungnahme zur emissionsarmen Mobilität angenommen worden. Das Europaparlament reagiert damit auf die Mitteilung "Eine europäische Strategie für emissionsarme Mobilität", die die Kommission am 20. Juli 2017 veröffentlicht hat. Darin geht es um verschiedene Ansätze, klima- und gesundheitsschädliche Emissionen bei allen Transportträgern zu reduzieren. In Europa verursacht der Verkehrssektor derzeit ein Viertel der CO₂-Emissionen und einen Großteil der Luftverschmutzung in städtischen Ballungsgebieten.

Die Mehrheit der Europaabgeordneten sprach sich auch dafür aus, schrittweise alle PKWs abzuschaffen, die CO₂ ausstoßen. Ich halte allerdings nichts davon, per Gesetz eine Technologie völlig zu verbieten. Der Verbrennungsmotor kann klimafreundlich sein, wenn er zum Beispiel mit CO₂-neutralen synthetischen Kraftstoffen angetrieben wird. Ein Elektroauto, das mit Kohlestrom fährt, hilft dem Klima hingegen wenig. Deswegen ist es gut, dass im Text des Parlaments auch gefordert wird, bei der Bewertung der Umweltfreundlichkeit von Fahrzeugen einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen. Es kommt darauf an, wieviel CO₂ und sonstige Schadstoffe bei der Herstellung, der Nutzung und der Entsorgung des Fahrzeugs erzeugt werden.

Schade ist, dass der Beitrag von Lang-LKWs zum Klimaschutz wieder aus dem Text entfernt wurde. Sie können mit weniger Fahrten mehr Volumen transportieren und sparen damit Kraftstoff und Emissionen. Das macht den Straßengüterverkehr effizienter und umweltfreundlicher, wird aber aus ideologischen Gründen immer wieder als EU-weite Lösung abgelehnt.

“Vollendung” des europäischen digitalen Binnenmarkts in Sicht?

Ein europäischer digitaler Binnenmarkt ist in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Vorhaben der FDP, aber auch der europäischen Liberalen geworden. Es gibt aber noch viele Baustellen, an denen man arbeiten muss, bevor so ein Markt wirklich entstehen kann. Deshalb hat die Kommission eine Reform der 1993 verabschiedeten Kabel- und Satellitenweiterleitungsrichtlinie vorgeschlagen. Damit soll die Vergabe von Online-Rechten für Fernseh- und Radiobeiträge innerhalb der EU vereinfacht werden. Heute ist es nämlich so, dass ein Fernsehproduzent in jedem EU-Mitgliedstaat, in dem er seine Produktion zeigen will, die Lizenz für den Online-Bereich extra verhandeln muss (selbst wenn es schon eine Lizenz für die Fernsehübertragung gibt). Das ist aufwendig und kostet Geld. Durch die Einführung des Ursprungslandprinzips für Online könnten Lizenzen für Online direkt mit der Beantragung der generellen Lizenz im EU-Ausland verhandelt werden.

Dieser Vorschlag hat auch innerhalb der liberalen Fraktion für eine ausführliche teils kontroverse Debatte gesorgt. Es wird befürchtet, dass die Kreativen in Europa unter solch einer Lösung leiden würden, weil sie nicht mehr die Zusatzerlöse aus ausländischen Lizenzeinnahmen bekommen und so nicht mit den großen amerikanischen Unternehmen konkurrieren könnten. Daher hat der Rechtsausschuss auch vorgeschlagen, dass diese Vereinfachung nur für Nachrichten und andere Sendungen der Allgemeinbildung gelten sollte.

Natürlich ist es wichtig, Urheberrechte und Löhne für Kreative zu sichern. Einige Juristen sehen aber im Kommissionsvorschlag dafür keinerlei Gefährdung, sondern eher bessere Chancen für europäische- auch kleine - Akteure. Der amerikanische Anbieter Netflix ist bis jetzt das einzige Unternehmen in der EU, das über die Ressourcen verfügt, um diesen komplexen, teuren und aufwändigen Prozess der Lizenzerwerbung in jedem einzelnen Mitgliedstaat durchzumachen und somit Inhalte in der gesamten EU online zu zeigen. Meiner Meinung nach würden die neuen Maßnahmen sowohl einen Schritt in Richtung eines wahrhaftigen digitalen

Binnenmarktes bedeuten, als auch zur Förderung der grenzüberschreitenden europäischen Kultur beitragen und einen Wettbewerb europäischer Anbieter mit Unternehmen wie Netflix erleichtern.

Nicht nur deshalb, sondern auch, weil aus meiner Sicht bei der komplexen Materie noch mehr Diskussionsbedarf bestand, habe ich mit der Hälfte der ALDE im Plenum dagegen gestimmt, dem Rechtsausschuss mit dem Beginn der Trilogverhandlungen zu beauftragen. Allerdings hat die Mehrheit des Parlaments dem Rechtsausschuss das Trilogmandat erteilt, weshalb der weniger ehrgeizige Vorschlag jetzt mit dem Rat verhandelt wird. Die Zukunft des europäischen digitalen Binnenmarktes wird uns aber noch in vielen weiteren Debatten beschäftigen.

Die Omnibus-Verordnung: Endlich weniger Bürokratie in der Landwirtschaft?

Bei der Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 hat sich die Kommission auch vier Rechtsakte aus dem Agrarbereich vorgenommen und Vorschläge zur Verbesserung bei der Förderung einzelner Bereiche vorgeschlagen. Parlament und Rat - also die Fachminister der Mitgliedstaaten - haben sich ebenfalls damit befasst, jetzt liegt eine einvernehmliche Lösung für den Rest dieser Förderperiode vor.

Einigkeit bestand bei der Debatte im Parlament: ab 1.1.2018 gibt es Vereinfachungen und damit weniger Bürokratie, mehr Flexibilität und mehr Rechtssicherheit durch genauere Definitionen beispielsweise der Begriffe "aktiver Landwirt", "Dauergrünland" und "Ackerstatus". Die Position der Landwirte in der Lebensmittelkette wurde gestärkt, ein besseres Risikomanagement wird jetzt möglich, insbesondere Junglandwirte profitieren von mehr Flexibilität. Es gibt mehr Optionen beim "Greening", so darf künftig auf Dauergrünland auch Elefantengras angebaut werden (gut geeignet, um Bodenerosion zu verhindern), auf ökologischen Vorrangflächen ökologische Honigpflanzen (gut für die Bienen) und mehr Eiweißpflanzen (Erhöhung von 0,7 auf 1,0). Bleibt zu wünschen, dass sich die Umsetzung in der Praxis bewährt.

Abschlussbericht des Untersuchungsausschuss Geldwäsche, Steuervermeidung/-hinterziehung

Als Reaktion auf die Panama Papers hatte das Europaparlament einen Untersuchungsausschuss zu Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung (PANA) eingerichtet. Die vertraulichen Unterlagen des panamaischen Offshore-Dienstleisters Mossack Fonseca, die im April 2016 von einer Journalistengruppe veröffentlicht wurden, bezeugen legale Strategien von Steuervermeidung, aber auch Steuerhinterziehungs- und Geldwäschedelikte.

Nachdem der Untersuchungsausschuss 18 Monaten getagt, einige fact-finding-missions unternommen und mehrere wissenschaftliche Gutachten in Auftrag gegeben hat, wurde letzte Woche in Straßburg der Abschlussbericht angenommen. Es handelt sich um eine Reihe konkreter Empfehlungen, wie man die

EUGesetzgebung anpassen kann, um Geldwäsche und Steuervermeidung und -hinterziehung zu erschweren: zum Beispiel durch eine gemeinsame Definition von „Steueroasen“, besseren Informationsaustausch zwischen den Behörden, die Regulierung sogenannter „Intermediäre“ und einen besseren Schutz von Whistleblowern. Klar wurde auch, dass das Problem nicht bei Steuertricksereien aufhört. Denn wer Gelder an den Finanzämtern vorbei in dubiose Kanäle schleust, finanziert damit am Ende bisweilen Terrorismus und Drogenhandel. Für die FDP hat Michael Theurer die Arbeiten des PANAAusschusses begleitet, bevor er im September in den Bundestag gewählt wurde.

ORF-Sendung "Inside Brüssel"

Während der Plenartagung in Straßburg habe ich für die Liberalen zusammen mit drei anderen Europaabgeordneten – David MacAllister (CDU), Reinhard Bütikofer (Grüne) und dem österreichischen Sozialdemokraten Eugen Freund - an einer Fernsehdebatte des Österreichischen Rundfunks teilgenommen. Gastgeber war Korrespondentenchef Roland Adrowitzer, der mit uns über eine Vielzahl von aktuellen Themen diskutierte. Anfangs ging es um Brexit und um die Frage, wie es mit den Austrittsgesprächen weitergehen soll, nachdem letzte Woche zum ersten Mal erfolgreich eine Vereinbarung zwischen der EU und Theresa May zustande gekommen ist. Die künftige „weiche“ Grenze zwischen Irland und Nordirland ist ja zum Beispiel noch ein strittiger Punkt, für den niemand eine juristisch valide Lösung parat hat – einer der Gründe, warum ich persönlich ein „Exit vom Brexit“ nach wie vor für möglich halte.

Danach diskutierten wir über die Regierungsbildungen in Österreich und Deutschland. Während in Österreich mittlerweile eine türkis – blaue Bundesregierung steht, ist in Deutschland nach dem Abbruch der Sondierungsgespräche für die Jamaika-Koalition noch Vieles offen. Als letztes Thema besprachen wir US-Präsident Donald Trumps jüngste Entscheidung, Jerusalem als alleinige Hauptstadt Israels zu erklären und in der Folge die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen. Diese Entscheidung schadet nicht nur dem stagnierenden Friedensprozess durch eine neue Welle von tödlicher Gewalt, sondern heizt auch den ohnehin schon wachsenden Antisemitismus an, sowohl vor Ort als auch hier in Europa.

ALDE-Weihnachtsfeier

Die traditionelle ALDE-Weihnachtsfeier war für mich dieses Jahr noch spannender als üblich, da ich zusammen mit vier Kolleginnen an der Weihnachtsshow als Spice-Girl teilgenommen habe. Wir fünf – international besetzt mit Großbritannien, Spanien, Niederlande, Estland und Deutschland - haben den Hit „Stop“ mit einem ALDE-Text umgedichtet und dazu gesungen und getanzt, was mit nur einer Stunde Probe eine echte Herausforderung darstellte, aber gut geklappt hat. Jedes Jahr gibt es solche unterhaltsamen Einlagen von einigen Abgeordneten, zur Freude der Akteure und der gesamten liberalen Familie. Nach der traditionellen wie immer launigen Eröffnungsrede unseres Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt gab es das

Weihnachtsmenue. Als „Zwischengang“ vor dem Dessert kam dann der Unterhaltungsteil, neben unserem Showact mit einer äußerst gelungenen Parodie unseres Fraktionsvorsitzenden durch einen niederländischen Assistenten. Die Feier endete wie immer mit Tanz zu Live-Musik
“Überstunden“ insbesondere für unsere Teams!

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Treffen liberaler Verkehrsminister im Vorfeld des Ministerrats

Zum wiederholten Mal durfte ich kürzlich in Brüssel als Vertreterin der ALDE-Fraktion an einer besonderen Transportrunde teilnehmen. Sofern zeitlich möglich, setzen sich die liberalen Verkehrsminister - derzeit aus Finnland, Tschechien, Slowenien, Estland und Belgien - mit der ebenfalls liberalen slowenischen Verkehrskommissarin Violeta Bulc vor dem Treffen mit ihren 23 Kollegen aus den anderen Mitgliedstaaten bei einem Frühstück zusammen, um die aktuellen Dossiers durchzusprechen und möglichst eine gemeinsame Linie festzulegen. Moderiert wird die Sitzung jeweils von Timmy Dooley aus Irland, gerade im Amt bestätigter Vizepräsident der ALDE-Partei und auch mit Verkehrspolitik vertraut. Federführend war dieses Mal die estnische Ministerin, da Estland die Ratspräsidentschaft innehat (noch bis Ende des Jahres).

Themen waren die Mobilitätspakete I und II mit Lenk- und Ruhezeiten, dem angestrebten europaweiten Mautsystem, Arbeitsbedingungen von LKW-Fahrern und anderem mehr. Und auch hier wurde wieder deutlich: Entscheidend für die inhaltliche Positionierung eines Ministers/ einer Ministerin sind neben der parteilichen Zugehörigkeit auch immer - teilweise sogar noch mehr - die länderspezifischen Besonderheiten. So gibt es im dünnbesiedelten großflächigen Finnland eine völlig andere Verkehrssituation und damit auch andere Anforderungen als im kleineren und bevölkerungsreicheren Belgien. Wie in den meisten Bereichen zeigt sich auch hier: wir haben in der EU "Einheit in Vielfalt".

Schon zum zweiten Mal: "Danube-Transport-Day" in Brüssel

Auf Initiative einer rumänischen Transport-Kollegin von der sozialistischen Fraktion S&D fand nach 2016 auch in diesem Herbst eine Donaukonferenz im Europaparlament statt, ich nahm erneut als Rednerin teil. Neben verschiedenen regionalen Meeresstrategien (Ostsee-, Nordsee-, Schwarzmeer-, Atlantik-Strategie) hat die europäische Kommission auch eine Donaustrategie ins Leben gerufen. Dabei geht es darum, die Menschen aus dem Donauraum - Wirtschaftstreibende ebenso wie Kommunalpolitiker, Umweltverbände und Bürgerinitiativen - an einen Tisch zu holen, um gemeinsam einvernehmlich Konzepte für die künftige Entwicklung ihrer Region zu entwerfen und zu beschließen. Im Falle der Donau ist das gar nicht so einfach, gibt es doch unter den Anrainerstaaten neben EU-Mitgliedern auch einige "Drittstaaten", in denen teilweise andere "Spielregeln" gelten.

Neben touristischen Konzepten lag der Fokus der diesjährigen Veranstaltung insbesondere auf dem Schiffsverkehr. Diskutiert haben wir sowohl die Ausstattung der Schiffe - viele im Familienbesitz - mit umweltfreundlichen Antrieben, aber auch notwendige Investitionen in die Infrastruktur wie beispielsweise Anhebung von Brücken und die bessere durchgängige Schiffbarmachung des gesamten Flusses. Ein Nadelöhr liegt mit dem Abschnitt Straubing-Vilshofen beispielsweise in Bayern und damit in deutscher Zuständigkeit. Ziel der Donaustrategie ist es, langfristig eine Verbindung vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer sicherzustellen, die den Menschen entlang des Flusses Arbeitsplätze und damit wirtschaftliches Wachstum bringt. Die Donaustrategie wird auch bei der künftigen Ratspräsidentschaft - im ersten Halbjahr 2018 ist Bulgarien an der Reihe - eine zentrale Rolle spielen.

HIV als Thema einer Konferenz und in der Luftfahrt

Aids ist mittlerweile keine tödliche Krankheit mehr, sondern medizinisch gut einstellbar. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, dass HIV-Infektionen auf dem Rückzug sind und keinerlei Aufmerksamkeit mehr bedürfen. Dabei ist der Anstieg von Neuinfektionen keineswegs gebannt, insbesondere in Osteuropa und in Afrika. Im Vorfeld des Weltaidstages - immer am 1. Dezember - fand daher eine Konferenz statt, in der gemeinsam mit dem litauischen Kommissar Andriukaitis, selber Arzt und für Gesundheitsthemen zuständig, aktuelle Erfordernisse in der medizinischen Betreuung von HIV-Infizierten und der Status Quo in den einzelnen Mitgliedstaaten diskutiert wurden. Gastgeber der Konferenz waren zwei Kollegen der S&D-Fraktion - ein Schwede und eine Italienerin - und ich für die ALDE. Natürlich muss auch weiter auf Aufklärung und Prävention gesetzt werden, darüber waren wir uns einig. Und wir müssen Lösungen dafür finden, dass es nach wie vor zu Ausgrenzung und Diskriminierung von Aids-Positiven kommt.

Das ist auch der Hintergrund beim Fall eines Piloten, dem von der europäischen Behörde für Luftverkehrssicherheit EASA untersagt wurde, eine Pilotenausbildung zu beginnen, weil er angab, dass er HIV-positiv ist. Der britische Rundfunk hat mich dazu interviewt. Meines Erachtens und auch nach Einschätzung der Experten bei der Konferenz gibt es heute bei medizinisch richtig eingestellten Patienten keinen Grund für berufliche Einschränkung. Wahrscheinlich müssen die der Entscheidung zu Grunde liegenden Vorschriften einfach aktualisiert werden - eine Aufgabe für den Verkehrsausschuss, dem nachzugehen.

Kreislaufwirtschaft: Wettbewerb besonders kreativer junger Startups

Bei der Marke Nestle/Nespresso denken Sie wahrscheinlich genau wie ich eher an die Werbung mit George Clooney als an Kreislaufwirtschaft. Auch wirkt diese materialintensive Kaffeezubereitung mit Metallkapseln ja nicht gerade umweltfreundlich. Um diesem Image entgegen zu wirken, hat das Unternehmen jetzt nicht nur Produkte (beispielsweise Taschenmesser) mit recyceltem Kapselmateriale entwickelt, sondern auch einen Wettbewerb für junge Unternehmer/ Startups für besonders kreative Ideen in der Kreislaufwirtschaft ausgelobt. In einem Seminar in

Brüssel wurden nicht nur Anforderungen an und richtige Rahmenbedingungen für Innovationen in der Kreislaufwirtschaft diskutiert, sondern auch sechs Produkte/Beiträge jeweils von einem Europaabgeordneten als "Paten" vorgestellt. Ich wurde als Umweltpolitikerin zu meinen Vorstellungen von Abfallvermeidung und Wiederverwendung recycelter Materialien befragt und gehörte mit zur Runde der Juroren, die dann über die beste Idee abstimmen konnten.

Folgende Beiträge standen zur Bewertung:

- Decafe aus Spanien mit aus Kaffeesatz hergestellten Tassen und anderen Gegenständen.
- FoodCloud aus Irland, einem Netzwerk zwischen Supermärkten und den Organisatoren, bei dem überschüssige Lebensmittel nicht weggeworfen, sondern in mittlerweile 3200 Läden an Bedürftige ausgegeben werden.
- Pangloss Labs aus Frankreich: in einem gemeinsam von Unternehmern vor Ort errichteten Zentrum werden innovative Ideen für Kreislaufwirtschaft entwickelt.
- Vegea aus Italien: Aus Abfallprodukten bei der Weinherstellung entstehen Biomaterialien für Kleidung, Möbel und Autozubehör.
- Velosophy aus Schweden: für jedes verkaufte E-bike wird ein Fahrrad an ein 10-14 Jahre altes Mädchen in Entwicklungsländern, insbesondere Afrika, gespendet.
- Brodei Neill aus England kreiert Inneneinrichtung aus Plastikmüll im Ozean.

Mein Favorit war die letzte Idee, aber gewonnen haben die E-bikes aus Schweden.

Besuchergruppen im November/Dezember

Die letzten Wochen habe ich in Brüssel und Straßburg wieder ganz unterschiedliche Besuchergruppen empfangen:

Ende November kamen die sogenannten „Young Visitors“, eine Gruppe von Jugendlichen zwischen 16 und 21 Jahren aus mehreren europäischen Ländern, für eine Woche nach Brüssel. Organisiert wird das Programm von meinen ALDE-Kolleginnen Sophie In't Veld (D66/ Niederlande) und Angelika Mlinar (NEOS/ Österreich). Jede/r ALDE-Abgeordnete kann ein bis zwei interessierte Jugendliche einladen. Ich hatte dieses Mal zwei junge Damen von der Ursulaschule in Osnabrück dabei, wo ich Anfang des Jahres meine Arbeit im Europaparlament vorgestellt hatte. Der Kontakt kam über meinen FDP-Kollegen Matthias Seestern-Pauly zustande, der dort vor seiner Wahl in den Bundestag als Politiklehrer tätig war.

Zeitgleich kam der Landesfachausschuss Außen-, Sicherheitspolitik und Europa der FDP Sachsen-Anhalt nach Brüssel. Zusammen mit ihrem Vorsitzenden Kai Gleißner verbrachten die zehn Damen und Herren trotz stürmischen Winterwetters eine erlebnisreiche Woche in Europas Hauptstadt, in der viele aktuelle europapolitische Themen behandelt wurden. Den Abschluss bildete eine Konferenz zur länderübergreifenden Terrorbekämpfung mit Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht.

Auch eine Gruppe von Volontären mehrerer Zeitungen aus NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz informierte sich im Europaparlament über meine Arbeit, und letzte Woche fand wie jedes Jahr unsere traditionelle Besucherreise nach Straßburg mit Besuch des Weihnachtsmarkts statt. Ich freue mich über jede Besuchergruppe, da bislang alle Brüssel oder Straßburg mit neuer Begeisterung für Europa verlassen haben.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

ALDE-Kongress: Treffen der liberalen Familie in Amsterdam

Der diesjährige Kongress der europäischen liberalen Partei „ALDE Party“ fand Anfang Dezember in Amsterdam statt. Abgesehen vom kalten und nebligen Wetter war der Kongress eine schöne Gelegenheit, sich mit den anderen europäischen liberalen Schwesterparteien – wie immer auch aus nicht-EU-Ländern wie Weißrussland, Ukraine und Aserbaidschan - auszutauschen und unsere Prioritäten für das kommende Jahr zu setzen. Außerdem wurde der Präsident der ALDE-Partei Hans van Baalen, Parlamentskollege aus den Niederlanden (VVD), für zwei weitere Jahre wiedergewählt. Der niederländische Premier Mark Rutte, der luxemburgische Premier Xavier Bettel sowie die liberale dänische Kommissarin Margrethe Vestager zählten unter anderem zu den hochrangigen Rednern des Kongresses. Auch Christian Lindner schaffte es gerade noch rechtzeitig nach Amsterdam, um ein kurzes Grußwort zu sprechen, trotz der schlechten Wetterbedingungen, die ihn Stunden lang am Flughafen aufgehalten hatten.

Während des Kongresses habe ich zusammen mit der neuen niederländischen Verkehrsministerin und ehemaligen Kollegin im Europaparlament Cora van Nieuwenhuizen und der EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc, die sich leider verspätete, an einem „Roundtable for Mobility“ teilgenommen. Hauptthema der Debatte war die Mobilität von morgen angesichts der neuen technologischen Fortschritte und der wachsenden klimapolitischen Herausforderungen.

Ich freue mich schon auf die Vorbereitung der Europawahlen 2019, die nächstes Jahr während des ALDEKongresses stattfinden soll. Es sollen dann zum ersten Mal europaweite Wahllisten erstellt werden. Das ist eine aufregende Neuigkeit für die europäische Politik und ich bin gespannt auf die Auswirkungen.

Ocean Literacy Konferenz in Venedig

Dank der erfolgreichen Arbeit meiner Meeresgruppe SEARICA steht seit Oktober die Finanzierung für ein Pilotprojekt im Bereich Ocean Literacy. Dabei geht es darum, wie Wissen über die Meere und Ozeane an Kinder, aber auch die breite Öffentlichkeit vermittelt werden kann. Als Initiatorin dieses Pilotprojekts war ich am 4. Dezember für eine Konferenz über Ocean Literacy ins UNESCO-Büro nach Venedig geladen. Das Projekt wurde von Anfang an in enger Kooperation mit der UNESCO geplant, da die Organisation in diesem Bereich sehr aktiv ist.

Am Vorabend der Konferenz fand eine Begehung der beeindruckenden San Lorenzo Kirche statt. Die Kunstsammlerin Francesca von Habsburg renoviert derzeit das ehemalige Kirchengebäude, um dort in zwei Jahren ein dem Ozean gewidmetes Kunst- und Kulturzentrum zu eröffnen. Diese Verbindung von Kunst und Bildung spielte auch auf der Konferenz selbst eine große Rolle. Dort stellte Francesca von Habsburg ihre vielen weltweiten Kunstprojekte mit maritimen Bezug vor. Während sich meine Rede auf einen europäischen Beitrag zum Konzept von Ocean Literacy konzentrierte, steuerte Peter Thomson als UN-Sondergesandter für die Ozeane eine globale Perspektive bei. Peter Thomson kommt selbst von den Fidschi-Inseln und hat daher Probleme wie Meeressmüll und Klimawandel aus nächster Nähe erlebt.

Es ist unsere Aufgabe, diese Herausforderungen konsequent anzugehen. Das kann aber nur geschehen, wenn wir die breite Bevölkerung in dieses Vorhaben einbeziehen. Genau hier spielt der Ansatz einer maritimen Bildung eine ganz wichtige Rolle und deshalb setze ich mich dafür ein, dass dies eine der maritimen Prioritäten der nächsten Jahre wird.

IV. Terminvorschau

22.12.	Hamburg	Besuch Eurogate
8.1.	Potsdam	Meerespolitisches Gespräch im IASS
8 -11.1.	Brüssel	Fraktion, Ausschüsse
15.-18.1.	Straßburg	Fraktion, Plenum
21.1.	Hannover	FDP-Neujahrsempfang

19. Dezember 2017

2018

Januar 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Jahr 2018 startet mit Warten: in Berlin wird es noch einige Zeit dauern, bis Deutschland als größter Mitgliedstaat der Europäischen Union wieder eine stabile Regierung hat. Und darauf warten schon mit Ungeduld alle EU-Institutionen - Parlament, Kommission und Rat. Denn viele halten dieses neue Jahr für Richtungsweisend für die Zukunft Europas.

Wird Emmanuel Macron genügend Unterstützung finden für seine ehrgeizigen Reformvorschläge? Welche Rolle wird die Bundesregierung dabei spielen - kommt es zu einer neuen starken deutsch-französischen Allianz? Am Montag wurde der Jahrestag der 55-jährigen deutsch-französischen Freundschaft gefeiert, aber die Beziehungen waren nicht immer gleich gut. Merkel und Macron haben große Sympathien füreinander, aber können sie sich über die Zukunft des Europäischen Finanzsektors einigen? Und dann der Brexit: wird es eine vernünftige Lösung für den Brexit geben und wie wird sich das für alle anderen auswirken? Die nächsten Monate werden es zeigen...

Ich wünsche Ihnen ein erfolgreiches Jahr 2018!

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

International Ocean Governance (ALDE-Berichterstatterin)

Am 16. Januar wurde in Straßburg über einen Bericht zur internationalen Meerespolitik abgestimmt. Ich habe mich als Schattenberichterstatterin sowohl im Transport- als auch im Umweltausschuss sehr für diesen Bericht engagiert, schließlich ist das Thema nicht nur für mich ein Herzensanliegen, sondern auch hochaktuell. Drängende Probleme wie Meeresmüll, illegale Fischerei oder die Auswirkungen des Klimawandels können nur gemeinsam auf globaler Ebene angegangen werden. 60 Prozent der Ozeane liegen außerhalb von nationalen Hoheitsgewässern, auch da ist internationale Zusammenarbeit erforderlich. Der Bericht fordert die Europäische Kommission auf, weltweit Partnerschaften mit Staaten einzugehen, um diese beim Aufbau einer maritimen Agenda zu unterstützen. Die EU muss sich auf internationaler Ebene als Vorreiter im Bereich Meerespolitik etablieren, genug Erfahrung dafür hat sie auch.

Leider war der portugiesische Berichterstatter der konservativen EVP-Fraktion mit seiner Aufgabe überfordert. Ihm gelang es nicht, einen wirklich stimmigen sachgerechten Bericht zu produzieren, weshalb ich mich im Vorfeld sehr für einige Streichungen in Bezug auf die Einschränkungen von wirtschaftlichen Aktivitäten im

Meer eingesetzt habe. Statt rigoros Aktivitäten zu verbieten, geht es um die Frage, wie ein wirtschaftliches Wachstum der maritimen Wirtschaft ökologisch nachhaltig gestaltet werden kann. Als Initiativbericht hat dieses Papier zwar keine legislative Wirkung, ist aber symbolisch ein wichtiges Dokument, um die Prioritäten der nächsten Jahre festzulegen. Wieder einmal ist deutlich geworden, dass wir unbedingt einen maritimen Ausschuss im Europäischen Parlament brauchen, um endlich richtige meerespolitische Kompetenz aus einer Hand aufbauen zu können. Die gesplittete Zuständigkeit auf verschiedene Ausschüsse wird der Komplexität des Themas in keiner Weise gerecht.

Energieeffizienz: EU-Parlament stimmt für einen ambitionierten Kompromiss

Ein verbindliches Energieeinsparungsziel von 35% und unverbindliche Einzelziele für die Mitgliedstaaten sind die wesentlichen Elemente der überarbeiteten Energieeffizienzrichtlinie, die das Plenum des Europäischen Parlaments mit breiter Mehrheit verabschiedet hat. Ursprünglicher Kommissionsvorschlag war ein verbindliches 30% Energieeinsparungsziel, der federführende Industrieausschuss forderte 40%.

Jedoch ist dieser breite Konsens im Parlament für viele Mitgliedstaaten und Wirtschaftsakteure noch ambitioniert und schmerzhaft. Das Einsparen von Energie ist sinnvoll und trägt zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei. Allerdings ist ein zusätzliches verbindliches Ziel zur Energie-Effizienz und damit Emissionsreduktion kontraproduktiv, denn es steht im Konflikt zum Emissionshandel. Der Emissionshandel ist das eigentliche Instrument zur Emissionsreduktion und soll es auch bleiben. Ein verbindliches, festes Energieeffizienz-Ziel vernachlässigt Wirtschaftswachstum oder besondere geographische oder klimatische Gegebenheiten. Hier wäre mehr Flexibilität wünschenswert. Ein entsprechender Änderungsantrag ist leider abgelehnt worden.

Allerdings hat sich das Parlament für Flexibilität bei der Erreichung der Nationalziele ausgesprochen. Es soll ermöglicht werden, Anrechnungen bei der Energieeinsparung vornehmen zu können, zum Beispiel von vor 2020 erreichten Einsparungen oder auch von positiven Effekten durch Maßnahmen zum Klimaschutz. Das ist gut, da es zumindest teilweise eine Doppelbelastung ausschließen kann. Der Standpunkt des Parlaments wird nun mit Kommission und Rat im Trilog verhandelt.

Erhaltung der Fischereiressourcen und Schutz von Meeresökosystemen

Am gleichen Tag wurde über technische Maßnahmen in der europäischen Fischerei entschieden. Ein Bericht, der nicht nur technisch war, sondern auch sehr politisch. Insbesondere das Thema der Elektrofischerei ließ die Emotionen hochkochen. Es war nicht leicht, über deren Ausweitung in der Nordsee zu entscheiden, schließlich gibt es schlüssige Argumente sowohl dafür als auch dagegen. Diese vor allem von niederländischen Fischern betriebene Technik sorgt für einen deutlich effizienteren

Fischfang. Dadurch kommt es zu erheblichen Einsparungen beim Benzinverbrauch der teilweise stark veralteten Schiffe. Gleichzeitig spielt aber die Frage eine Rolle, ob das marine Ökosystem durch diese Fangmethode geschädigt wird. Hierzu gibt es leider noch keine ausreichenden Erkenntnisse, um ein endgültiges Urteil zu treffen. Dementsprechend habe ich mich für eine Beibehaltung der bisherigen Praxis eingesetzt, bei der nur ein kleiner Teil der Flotte so fischen darf. Allerdings konnten sich die Gegner dieser Fangmethode durchsetzen. Ein gutes Beispiel dafür, dass wir einfach noch mehr Forschungsgelder im maritimen Bereich brauchen.

Gleichzeitig war die Abstimmung nicht nur ein Votum über Elektrofischerei, sondern es geht um die Details der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP), die seit 2014 in Kraft ist. Nicht nur die einzelnen Fangquoten sind dabei entscheidend, sondern auch die Art wie gefischt wird. Bereits im letzten Mandat habe ich mich hier mit meinen liberalen Kollegen im Fischereiausschuss für ambitionierte Ziele eingesetzt. Mit meinem finnischen liberalen Kollegen Nils Torvalds habe ich mich auch letzte Woche wieder für strengere Vorgaben bei den Fangmethoden starkgemacht. Nur wenn wir endlich nachhaltiger fischen, kann sichergestellt werden, dass auch die kommenden Generationen von den Fischgründen unserer Meere profitieren können. Es ist ökologischer und wirtschaftlicher Irrsinn, unsere Meere weiter derart leerzufischen. Nur wenn wir die richtige Balance finden und sich die Bestände erholen lassen, kann Fischerei wieder ein profitabler Wirtschaftszweig werden.

Wechsel der Newcomer: auf Estland folgt Bulgarien

Alle sechs Monate gibt es im Europaparlament eine offizielle "Staffelübergabe", denn jede Ratspräsidentschaft währt nur ein halbes Jahr. Ratspräsidentschaften sind durchaus beliebt, geben sie doch dem jeweiligen Mitgliedstaat die Gelegenheit, sich mit allen Vorzügen und Errungenschaften ins beste Licht zu rücken, durch viele europaweite Veranstaltungen für gute Auslastung heimischer Hotels und Tagungszentren zu sorgen und durch den Abschluss Zukunfts-weisender Gesetzesvorhaben und Beschlüsse unter eigener Federführung europäische Geschichte zu schreiben. Als kurioseste Ratspräsidentschaft empfand ich in meiner bisherigen Zeit als Abgeordnete die belgische: damals gab es wegen langandauernder Streitigkeiten bei der Regierungsneubildung nur eine kommissarische Interimsregierung (wie derzeit bei uns). Die EU-erfahrenen belgischen Beamten gaben sich aber alle Mühe, uns dies keinesfalls merken zu lassen, und so lief ihre Ratspräsidentschaft sogar besonders problemlos und erfolgreich.

Vom Sommer bis Jahresende gab sich Estland die Ehre - zum ersten Mal, denn so lange sind die Esten ja noch gar nicht in der EU. Eine Ratspräsidentschaft ist - neben Sichtbarkeit und Ehre - auch mit viel Arbeit und zusätzlicher Belastung neben den normalen nationalen Regierungsgeschäften verbunden, da kann bei mangelnder Erfahrung auf EU-Ebene auch einiges schiefgehen - tat es aber nicht. Estland - bekanntermaßen europäisches Vorzeigeland, wenn es um unbürokratische elektronische Abläufe geht (angeblich Unternehmensgründung im Netz in 5 Minuten und Steuererklärung in 10, falls nicht zu kompliziert) - hat sich besonders um Fortschritte bei der europäischen Digitalen Agenda verdient gemacht. Übrigens: die

sehr gut erhaltene Altstadt von Tallinn, der estnischen Hauptstadt, ist immer eine Reise wert! Auch gut kombinierbar mit Helsinki, nur einen maritimen Katzensprung entfernt.

Jetzt also Bulgarien und damit ein weiterer Neuling, was Ratspräsidentschaften angeht. Kommissionspräsident Juncker wies in seiner Begrüßungsrede auf die Bedeutung der nächsten Monate für die künftige Entwicklung der Europäischen Union hin und wünschte dem bulgarischen Premier Borissov eine glückliche Hand. Borissov selbst sprach von seiner Absicht, bei der gemeinsamen Migrationspolitik entscheidend voran zu kommen - ein wichtiges Anliegen gerade auch für das südosteuropäische Bulgarien, in das viele Flüchtlinge auf dem Weg über die Türkei gelangen. Aus den Fraktionen kam neben guten Wünschen vielfach das Anliegen, dass Bulgarien während der Ratspräsidentschaft die Korruption zu Hause besser in den Griff bekommen soll. Ich persönlich bin gespannt auf den europäischen Tag der Meere in Burgas am Schwarzen Meer.

Die Plastikstrategie der EU

Jede Sekunde gelangen 700 kg Plastik in die Weltmeere. Wenn das so weitergeht, wird es 2050 mehr Plastik als Fisch in den Ozeanen geben - keine schöne Vorstellung, vielmehr eine Aufforderung an uns alle zum Gegensteuern. Die europäische Kommission hat daher in den letzten Jahren ein "Paket" - also mehrere Gesetze - zur Kreislaufwirtschaft auf den Weg gebracht. Es sollen mehr nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien Anwendung finden, möglichst viel recycelt und Müllberge weitgehend vermieden werden.

In der letzten Plenarwoche stellte die Kommission nun ihre Plastik-Strategie vor, und zwar sehr "hochrangig": Vizepräsident Frans Timmermans, Vater eines Umweltaktivisten und Meeresschützers und daher auch familiär involviert, wies vor allem auf die großen Umweltbelastungen durch Plastik aller Art, insbesondere Mikroplastik, und die Dringlichkeit gemeinsamer Aktionen hin. Der finnische Vizepräsident Jyrki Katainen stellte Möglichkeiten vor, wie Europa mit Innovationen weltweit vorangehen und auch mit neuen Ansätzen wirtschaftlich profitieren könnte.

Ich habe in meinem Redebeitrag einige positive Beispiele benannt. So gibt es bereits NaturkosmetikHersteller, die Produkte ganz ohne Mikroplastik auf den Markt bringen. Der langjährige BILD-Journalist Malte Biss, als Familienvater sehr an einer intakten Umwelt für künftige Generationen interessiert, hat "umgesattelt" und kümmert sich jetzt gemeinsam mit seiner Frau, einer Unternehmerin, mit FLUSTIX um die Entwicklung eines Verbrauchersiegels für plastikfreie Produkte. Einige Textilfirmen produzieren mittlerweile Fleece-Artikel ohne Mikroplastik. Es gibt Läden, wo alle Produkte lose eingekauft werden können, Firmen entwickeln Verpackungen und sogar Kleidung aus Holzfasern. Kürzlich war ich als Jurorin in Brüssel bei einem Wettbewerb für Jungunternehmer (vgl. Bericht im entsprechenden Newsletter), wo umweltfreundliche Ideen prämiert wurden und auch eine junge Frau unter den Nominierten war, die Möbel aus Plastikmüll aus dem Meer herstellte.

Die Entwicklung von Plastik als Material hat viel zur Erleichterung unseres Alltags beigetragen, und Plastikprodukte galten lange als äußerst erstrebenswert. Sie sind

ja auch praktisch und zum Teil sehr lange haltbar. Nur gibt es mittlerweile dieses kaum noch zu kontrollierende Müllproblem - noch erheblich mehr in Asien als bei uns, aber wir sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Wir können nicht einfach so weitermachen, wenn sogar die Strände unbewohnter Inseln im Pazifik von Plastikteilen übersät sind und sich ein fast Kontinent-großer Müllberg im Ozean gebildet hat. Wichtig ist, möglichst viele Menschen über diese bedrohliche Entwicklung zu informieren. Darum arbeite ich mit Kollegen meiner Meeresgruppe SEARICA daran, die G7-Ausstellung über Plastikmüll im Meer nach Brüssel zu holen - dazu mehr, wenn alles positiv entschieden ist.

Auch im Europaparlament gibt es einigen Verbesserungsbedarf. So stehen in allen Sitzungen immer kleine Plastikflaschen an jedem Platz. Wir wollen anregen, das System durch Wasserspender oder vielleicht große Glasflaschen und Gläser am Saaleingang zu ersetzen. In unserer Sandwichbar werden Sandwiches nach Wahl frisch belegt und in Papiertüten ausgehändigt - aber vorher noch schnell in Klarsichtfolie gewickelt, was absolut unnötig ist; auch dies sollten wir als Abgeordnete versuchen zu ändern.

Und was können Sie als Beitrag leisten? Nun, beispielsweise Plastikstrohhalm bei Getränken ablehnen, immer einen Stoffbeutel beim Einkaufen dabei haben und damit Plastiktüten vermeiden - und Ihnen fällt bestimmt noch viel mehr ein!

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Neue CO₂-Grenzwerte für PKW und neue leichte Nutzfahrzeuge

Die Kommission zieht weiter die Daumenschrauben an für europäische Hersteller von neuen PKW und leichten Nutzfahrzeugen, also Vans und Sprinter zum Beispiel. Diese sollen noch weniger CO₂ ausstoßen: bis 2025 soll der Ausstoß um 15 Prozent reduziert werden, bis 2030 um 30 Prozent bezogen auf den Grenzwert von 2021 (95g CO₂/km für PKW und 147g CO₂/km für leichte Nutzfahrzeuge). Da PKW und leichte Nutzfahrzeuge 73% des CO₂-Ausstoßes im Transport ausmachen, ist die CO₂-Reduktion natürlich durchaus sinnvoll. Jedoch sollte diese in realistischen Zeiträumen geschehen - 2025 ist hinsichtlich der Produktzyklen von Autoherstellern sehr kurz. Außerdem wirkt die Kommission auf eine Bevorzugung von Elektroautos hin. Aus meiner Sicht ist das zu einseitig. Wir brauchen alternative Antriebe, aber müssen unbedingt technologieneutral bleiben. Weder sehe ich das Ende von Verbrennungsmotoren in absehbarer Zeit, noch halte ich eine einseitige Bevorzugung von Elektroautos mit den zweifelhaften Herstellungsprozessen der Batterien für automatisch umweltfreundlich. Wenn diese nämlich mit Atomstrom oder Strom aus Kohlekraftwerken angetrieben werden, hilft das der Umwelt wenig. Hier brauchen wir eine gerechtere Berechnungsgrundlage. Man muss die CO₂-Emissionen der gesamten Produktion der Antriebsenergie einbeziehen. Nur den Ausstoß am PKW zu messen greift zu kurz. Außerdem sollten beispielsweise Biokraftstoffe nicht vernachlässigt werden, da diese als erneuerbare Energien ebenso umweltfreundlich sind.

Meine Meeresgruppe SEARICA

Das Jahr 2018 hat für die Searica-Intergroup sehr erfolgreich begonnen. Als Präsidentin richtete ich am 10. Januar eine Konferenz aus, zu der auch der maltesische Kommissar für maritime Angelegenheiten, Karmenu Vella, eingeladen war. In einer sehr spannenden Konferenz diskutierten Vertreter aus Industrie und Wissenschaft, aber auch NGOs und Regionalregierungen über ihre Maßnahmen und Ideen, die Meere und Ozeane nachhaltiger zu entwickeln. Besonders interessant war die Präsentation von Sky. Der Fernsehsender hatte eine Tour in Großbritannien organisiert, bei dem mit einem zehn Meter langen Wal aus Plastikflaschen auf die zunehmende Verschmutzung der Meere aufmerksam gemacht wurde. Die Menge Plastik, aus der der Wal besteht, entspricht dem, was pro Sekunde in den Ozeanen endet. Solche Beispiele verdeutlichen die Ausmaße der Problematik und erinnern uns daran, dass eine Änderung nur über unser Konsumverhalten passieren kann. Mit knapp 200 Teilnehmern war die Veranstaltung sehr gut besucht und damit ein gutes Vorzeichen für ein erfolgreiches maritimes Jahr.

Verordnung für fairen Wettbewerb bei Fluggesellschaften

Die EU arbeitet an einem wirksamen Instrument gegen unfairen Wettbewerb für europäische Fluggesellschaften. Hintergrund sind die Klagen der traditionellen EU-Airlines wie Lufthansa oder Air France. Sie haben Mühe, im Wettbewerb gegen die Fluggesellschaften aus den Golfstaaten wie Emirates oder Qatar Airways zu bestehen, welche immer mehr Marktanteile auch in Europa erobern. Einige Airlines aus Drittstaaten - so der Vorwurf - verschaffen sich durch staatliche Subventionen oder andere Vergünstigungen unlautere Wettbewerbsvorteile.

Deswegen wird die Beschwerdeprozedur für solche Fälle nun überarbeitet. Das bisherige Instrument hat sich nämlich als unbrauchbar erwiesen und wurde bisher nie angewendet. Die neuen Regeln orientieren sich an bewährten Praktiken zur Beilegung von Anti-Dumping-Streitigkeiten mit Drittstaaten. Als die Kommission zu dem Schluss kam, dass China Solarpanel in Europa zu Dumpingpreisen verkauft - also billiger als die Produktionskosten - , wurden die chinesischen Solarpanels mit Strafzöllen belegt. Auch Airlines aus Drittstaaten müssen in Zukunft Strafzahlungen oder andere Strafmaßnahmen befürchten, wenn die Kommission ihnen nachweisen kann, dass sie zum Beispiel durch staatliche Subventionen ihre Ticketpreise künstlich niedrig halten.

Dabei geht es allerdings auch viel um Abschreckung. Denn man muss bei jedem Handelsstreit genau abwägen, wie groß der Schaden für die europäische Wirtschaft und die europäischen Verbraucher insgesamt ist. Die europäische Luftverkehrswirtschaft besteht nämlich nicht nur aus Fluggesellschaften. Für Flughäfen oder Flugzeugbauer sind die außereuropäischen Airlines wichtige Kunden. Auch sie sorgen für Arbeitsplätze in der EU. Kleinere Mitgliedstaaten ohne eigene Fluggesellschaft sorgen sich um ihre internationalen Flugverbindungen. Falls eine verklagte Airline als Folge des Streites ihren Flugverkehr nach Europa einstellt, fallen dort etliche Flugverbindungen weg. Deswegen muss die Kommission bei ihrer Untersuchung immer auch „das Europäische Interesse“ berücksichtigen und nicht jede mutmaßliche Wettbewerbsverzerrung wird zwangsläufig untersucht oder

bestraft werden. Im März soll der Transportausschuss seine Position zu der neuen Verordnung abstimmen.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Potsdam: Ozeanforschung am Griebnitzsee

Mein erster meerespolitischer Termin des neuen Jahres hat mich am 8. Januar nach Potsdam zum Institut for Sustainability Studies (IASS) geführt. In einem äußerst interessanten Austausch mit dem dortigen Forscher und Ökonom Thorsten Thiele ging es um die Auswirkungen von Klimawandel, aber auch darum, wie Meerespolitik aus einer finanzpolitischen Perspektive betrachtet werden kann. Mir war es ein besonderes Anliegen, mich einmal mit einem Ökonom über maritime Themen auszutauschen. Gleichzeitig war der Termin ein guter Einblick in die zukünftigen Herausforderungen, zwischen wirtschaftlichen Anreizen und umweltpolitischen Bedenken abzuwägen. Es ist klar, dass es hier kein Patentrezept gibt, aber nur wenn wir Wirtschaft, Wissenschaft und Politik besser miteinander vernetzen, können wir diese Herausforderung meistern.

IV. Terminvorschau

22.-25.1.	Brüssel	Ausschüsse
29.1.-1.2.	Brüssel	Fraktionssitzung, Ausschüsse
5.-8.2.	Straßburg	Fraktion, Plenum
9.2.	IGS Garbsen	Podium „Wohin steuert Europa?“
10.2.	Hannover	FDP-Landesvorstand
13.-15.2.	Italien	Reise des Verkehrsausschusses

23. Januar 2018

Februar 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

während in Deutschland die Verhandlungen über eine erneute „GroKo“ einen vorläufigen Abschluss gefunden haben und damit – vorausgesetzt, die Basis der SPD stimmt zu – nach der Bundestagswahl im September in Berlin wieder eine stabile Regierung in Aussicht steht, beschäftigt sich die europäische Ebene bereits mit den Modalitäten zur nächsten Wahl, der Europawahl im Frühjahr 2019. Dabei geht es nicht nur um Spitzenkandidaturen und transnationale Listen, sondern auch um die Frage, was mit den voraussichtlich freiwerdenden Sitzen der britischen Abgeordneten nach dem Brexit wird. Der zweimalige Wechsel von Winter- auf Sommerzeit und zurück ist vielleicht nicht das brennendste Thema in Europa, beschäftigt aber seit Jahren viele Menschen in der EU und zahlreiche

Bürgerinitiativen in verschiedenen Mitgliedstaaten. Jetzt hatten wir das Thema endlich mal wieder auf der Tagesordnung.

Dieses und andere aktuellen Themen – wie beispielsweise noch in dieser Legislaturperiode anstehende Gesetzesvorhaben und Überarbeitungen – finden Sie in meinem Februar-Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen und herzliche Grüße aus „Europa“!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Die Abstimmung über die Zeitumstellung

Der Verkehrsausschuss, in dessen Kompetenz die Zeitumstellung aufgrund der Fahrplananpassungen fällt, brachte am 8. Februar eine Resolution in das Parlament ein, welche die Zeitumstellung abschaffen sollte. Leider wurde der Antrag durch einen Änderungsantrag der CDU/EVP-Abgeordneten abgeschwächt, sodass jetzt die Kommission lediglich aufgefordert wird, die heutige Praxis der Zeitumstellung zu überprüfen.

Ich bedauere sehr, dass das Europaparlament diese einmalige Chance vergeudet hat, der Kommission ein klares Signal zu senden. Seit Jahrzehnten kämpfe ich mit einigen Kollegen für ein Ende der Zeitumstellung, und nun haben wir erstmals einen Text mit einer klaren Aufforderung an die Kommission ins Plenum gebracht. Dieser fand leider keine Mehrheit. Dabei hat die Sommerzeit das eigentliche Ziel verfehlt: Die erwarteten Stromeinsparungen sind nicht eingetreten. Was am hellen Abend gespart wird, wird am kalten Morgen und bei mehr Freizeitaktivitäten am Abend verbraucht. Wer Solarenergie nutzt, zahlt sogar dazu, da morgens die Sonne noch zu schwach ist und die Energie dann anderweitig bezogen werden muss. Die Unfälle, die am Abend aufgrund von mehr Tageslicht vermieden werden, häufen sich im morgendlichen Berufsverkehr bei Dämmerlicht, Opfer sind vermehrt müde Kinder und Jugendliche. Man muss Regelungen wieder abschaffen, die nachweislich ihren Zweck nicht erfüllen und sogar negative Effekte auslösen. Denn etliche Menschen leiden körperlich an der Zeitumstellung: nach einer Langzeitstudie der DAK gibt es 25% mehr Herzinfarkte, 12% mehr Depressionen, 15% mehr Krankmeldungen nach der Umstellung auf die Sommerzeit, dazu massive Probleme für chronisch Kranke. Auch Haus- und Nutztiere bringt die Verschiebung um eine Stunde völlig aus dem Tritt, Kühe geben 10% weniger Milch, die Wildunfälle häufen sich. Die Erklärung dafür ist einfach: alle Lebewesen richten ihre innere Uhr nach dem Tag- und Nachtrhythmus der Erde und damit nach dem Sonnenstand aus. Für entsprechende Erkenntnisse aus der Chronobiologie wurde sogar der Nobelpreis für Medizin verliehen. Auch finanziell ist die Sommerzeit teuer: höhere Gesundheitskosten, Umstellungskosten bei Fahrplänen, schlechtere Leistungen in Schule und Beruf durch Konzentrationsmängel. Russland hat sogar deutliche Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt beobachtet und entsprechend die Sommerzeit wieder abgeschafft. 73% der Deutschen möchten die Sommerzeit einstellen. Wir

bekommen bei jeder Zeitumstellung hunderte von Mails dazu. Weltweit haben bislang 140 Staaten die Sommerzeit eingeführt, 50% aber mittlerweile aus oben genannten Gründen wieder abgeschafft. Die Schweiz wartet nur darauf, gemeinsam mit den Nachbarländern zur Normalzeit zurückzukehren und damit dem Wunsch von 80% ihrer Bevölkerung zu entsprechen.

Klar ist aber auch, dass wir ein europaweites Regime beibehalten müssen. Es soll nach der Abschaffung der Zeitumstellung kein Zeit-Chaos ausbrechen, wo jeder Mitgliedstaat für sich selber über Sommer/Winterzeit entscheidet. Und ich weiß, dass viele Menschen im Zweifelsfall lieber dauerhaft die Sommerzeit als die Winterzeit hätten, weil dann die Sommerabende noch länger sind. Wissenschaftlich spricht allerdings alles für die Winterzeit, die frühere „Normalzeit“. Ich fände es wichtig, zunächst die 2malige Umstellung abzuschaffen – mal sehen, ob uns das nach dem Prüfauftrag gelingt.

Die Zukunft Europas

In der Reihe „Zukunft Europas“ mit Regierungschefs einzelner Mitgliedstaaten wurde am 6. Februar 2018 im Plenum eine grundlegende Debatte durch den kroatischen Premierminister Andrej Plenković angestoßen. Die Rede des leidenschaftlichen Befürworters der europäischen Union handelte von den Verbesserungen, die für Kroatien nach dem Beitritt in die EU 2013 folgten, und seinen Wünschen und Zielen für die weitere Zusammenarbeit zwischen Kroatien und der Union. Er verdeutlichte, dass die EU und die Mitgliedsstaaten eng zusammenarbeiten müssen, um aktuelle Herausforderungen, wie die Einwanderung, den Klimawandel und den Terrorismus zu meistern. Nur durch tiefgehende zwischenstaatliche Zusammenarbeit könne gegen den Populismus und die Euroskepsis in der Union vorgegangen werden. Zudem drehte sich die Debatte um Fragen der Demokratie und der Legitimation der europäischen Institutionen. Im Zentrum stand dabei der Wunsch der Gleichbehandlung der Mitgliedsstaaten und der Bürger/innen, sowie der Wunsch den Menschen Europas wieder verstärkt die Vorteile der Union aufzuzeigen. Die Idee der Transnationalen Listen und der Spitzenkandidaten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wurde ebenso lebhaft diskutiert wie die Frage bezüglich der Gestaltung des Haushalts der nächsten Jahre. Durch die Reform der Listen und das Beibehalten der Spitzenkandidaten sollte die europäische Politik für die Bürger/innen noch greifbarer gemacht werden und somit für mehr Demokratie in der EU sorgen. Die Transnationalen Listen wurden von der ALDE-Fraktion unterstützt, da sie dazu beitragen können, europäische Themen länderübergreifend zu diskutieren und die Union in eine vereinte Zukunft zu führen.

Der Haushalt soll sich laut den Abgeordneten an den Zielen und Ambitionen der Union orientieren. Laut dem kroatischen Premier bedeutet dies einen Fokus auf die Wirtschaftsentwicklung, die Gleichberechtigung der Mitgliedsstaaten und der verschiedenen Arbeitskräfte, sowie auf aktuelle Anforderungen wie den demografischen Wandel, Klimaziele und erforderliche Investitionen in Forschung und Infrastruktur. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vertrat zudem die Meinung, dass in Zukunft intelligente Einsparungsmöglichkeiten genutzt werden müssen und hierzu auch Vorschläge von der Kommission vorgebracht werden.

Diese Debatte war auch nach drei Stunden nicht zu Ende, denn dieses Thema beschäftigt uns in Brüssel, Straßburg und den Mitgliedsstaaten täglich und wir alle arbeiten daran, die EU auch in Zukunft erfolgreich zu gestalten. Deshalb wurde am darauf folgenden Sitzungstag die Diskussion wieder aufgenommen. Wir stellten uns die Frage, wie das Parlament nach dem Brexit gestaltet werden könnte und wie 2019 gewählt werden soll. Hauptsächlich ging es um die Frage, wie die durch den Brexit freigewordenen Sitze in Zukunft genutzt werden können. Es wurde in der Debatte viel von „die Chance nutzen“ gesprochen, und genau hierfür entschieden wir Abgeordneten uns auch. Als Resultat der Abstimmung wird es ab 2019 nur noch 705 Sitze im Plenum geben, was zu einer Reduzierung der Kosten und zu einer Entlastung des Budgets führen wird. Zudem werden Spitzenkandidaten und Spitzenkandidatinnen bei der kommenden Wahl den Bürger/innen wieder ein Gesicht bieten, was wiederum zu mehr Verbundenheit mit der Wählerschaft führen soll. Abgelehnt wurden allerdings leider die transnationalen Listen, welche dazu dienen sollten, neben den nationalen Kandidaten und Kandidatinnen mit einer zweiten Stimme auch europäische Vertreter/innen zu wählen. Die Neuerungen sind dennoch als ein Erfolg zu werten, da durch den Brexit nun die Möglichkeit für grundlegende Umstrukturierungen geschaffen wurde, die den Weg zu einem effizienteren Parlament ebnen können.

Entschließung zur Impfskepsis in der EU (Berichterstatterin der Liberalen)

Haben Sie einen aktualisierten Impfpass? Wurden und werden in Ihrer Familie Kinder gemäß ärztlicher Empfehlung bei den jeweiligen Untersuchungen geimpft? Schutzimpfungen haben in Europa dazu geführt, dass viele Infektionskrankheiten ausgerottet oder zurückgedrängt wurden. Allerdings lassen sich gegenwärtig Tendenzen erkennen, dass vermehrt Skepsis gegenüber der Notwendigkeit von Impfungen herrscht und zögerlicher mit Schutzimpfungen umgegangen wird. Dies liegt auch an Fehlinformationen. Einige Krankheiten – nicht nur Masern – sind in der Folge wieder vermehrt aufgetreten mit negativen Folgen nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Gesundheitskosten. Um dem entgegenzuwirken, hat das Parlament in einer Debatte die Kommission aufgefordert, Aufklärungskampagnen über den Sinn von Impfungen zu starten und damit zum Rückgang der Impfraten beizutragen. Derzeit verhandeln wir im Unterausschuss, der auch für Gesundheit zuständig ist, einen entsprechenden Entschließungstext.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Mobilitätspaket für den Straßengüterverkehr (Schattenberichterstatterin)

Die Arbeiten zum ersten Mobilitätspaket gehen in die nächste Runde. Nachdem alle Berichterstatter Ende Januar ihre Berichtsentwürfe im Verkehrsausschuss vorgestellt haben, können nun bis 20./21. Februar Änderungsanträge für die sieben Berichte eingereicht werden. Ich konzentriere mich dabei hauptsächlich auf die

Gesetzestexte, bei denen ich Schattenberichterstatlerin, also federführend für die liberale Fraktion ALDE bin.

Bei den Vorgaben für die Lenk- und Ruhezeiten müssen die spezifischen Fahrprofile der Reisebusse besser berücksichtigt werden. Die Regeln sind nämlich für LKW-Fahrer ausgelegt, die so schnell wie möglich ihre Waren durch Europa transportieren wollen. Reisebusse fahren aber höchstens am An- und Abreisetag eine längere Strecke. Am Urlaubsziel angekommen, unternimmt die Reisegruppe dann nur kleinere Ausflüge in die Umgebung und der Busfahrer hat während der Besichtigungen ohnehin lange Pausen. Auch bei den Ausnahmen von der Tachographenpflicht kämpfe ich schon seit Jahren um eine praktikable Regelung. Es müssen heute immer noch Fahrzeuge einen Tacho einbauen, die nur gelegentlich oder nur kleinere Strecken fahren. Für diese Unternehmen ist der Tacho eine bürokratische Schikane und trägt nicht zur Verkehrssicherheit bei.

Für die Eurovignette-Richtlinie bin ich Schattenberichterstatlerin für die Stellungnahme im Umweltausschuss. Die Liberalen unterstützen dabei weitestgehend die Herangehensweise der Kommission. Alle Nutzer sollten für die Straßenbenutzung bezahlen, auch PKW und leichte Nutzfahrzeuge. Und statt Vignettenlösungen, also die Zahlung eines Pauschalbeitrags, sollte pro Kilometer abgerechnet werden. Auf lange Sicht denke ich, sollten alle Steuern auf Fahrzeuge abgeschafft werden und der Fahrer zahlt ganz einfach jeden gefahrenen Kilometer, egal auf welcher Straße er unterwegs ist. Allerdings sind Straßenbenutzungsgebühren nur akzeptabel, wenn die Einnahmen wieder zurück in die Infrastruktur fließen. Deshalb habe ich vorgeschlagen, dass Gebühren für die Straßenbenutzung „zweckgebunden“ wieder in das Straßennetzwerk investiert werden müssen. Gebühren für externe Kosten, z.B. Luftverschmutzung und Lärm, sollten für umweltfreundlichen Transport eingesetzt werden, etwa für den besseren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

Zu diesen Themen passte Ende Januar auch der Besuch einer Gruppe von Transportunternehmern aus Baden-Württemberg, den die IHK Reutlingen jedes Jahr organisiert. Die Unternehmer konnten aus der Praxis von den konkreten Problemen mit Formularen und Kontrolleuren vor Ort berichten und Anregungen für sinnvolle Verbesserungen geben.

Alternative Antriebe für LKW

Man denkt bei alternativen Antrieben immer zuerst an PKW, aber auch LKW müssen umweltfreundlicher werden und auf emissionsärmere Kraftstoffe umstellen. Dazu habe ich Ende Januar auf einer Veranstaltung in der norwegischen Botschaft gesprochen. Denn ich habe im letzten Mandat für die Liberalen die Richtlinie über den Aufbau von Ladestationen für alternative Kraftstoffe betreut. Dort haben wir u.a. festgelegt, dass bis 2025 zumindest entlang der Transeuropäischen Verkehrskorridore LKW-Tankstellen für Erdgas (LNG) entstehen sollen. LNG-Fahrzeuge stoßen nämlich kaum Schwefel- und Stickoxidemissionen aus und zudem weniger CO₂-Emissionen. Die Kommission hat allerdings kürzlich in einem

Zwischenstandsbericht festgestellt, dass die Mitgliedstaaten noch weit davon entfernt sind, die zugesagten Ladestationen bis 2025 bereitzustellen.

Elektromobilität ist auf den ersten Blick nichts für LKW, denn sie bräuchten riesige Batterien, um ihre Ladung fortzubewegen. Interessant ist daher die Idee der sogenannten eHighways. Das sind Autobahnabschnitte, die mit Oberleitungen versehen sind, an die Trucks ähnlich wie Züge „andocken“ können. Wenn die Oberleitung endet, fahren die LKW mit Hybridmotor einfach mit dem Dieselmotor weiter. Das Konzept von elektrifizierten Autobahnen hört sich erstmal absurd an, ist aber auf den zweiten Blick gar nicht so unrealistisch. Man benutzt Systeme, die sich bereits im Schienenverkehr bewährt haben, hat aber durch den Hybridmotor weit mehr Flexibilität als ein Zug. Für einige vielbefahrene Straßenabschnitte könnten sich die Kosten für die Aufstellung der Oberleitungen lohnen. Siemens führt in Schweden bereits einen Feldversuch durch. Weitere Teststrecken sind in Schleswig-Holstein, Hessen und Baden-Württemberg geplant. Dadurch würde zwar keine Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene erfolgen. Aber bei dem erwarteten Anwachsen der Frachtverkehre wird auch die Straße effektiver und gleichzeitig umweltfreundlicher genutzt werden müssen, denn zusätzliche Schieneninfrastruktur im erforderlichen Maße zu bauen ist teuer und wird so schnell auch nicht möglich sein. Ich bin der Meinung, wir sollten als Politiker heute keine einseitigen technischen Lösungen vorgeben, sondern sehen, welche Technologien sich in der Praxis durchsetzen und das durch einen flexiblen Rahmen ermöglichen.

Projekt Europaparlament: Bericht eines Schülerpraktikanten

Mein Name ist Leve Asmussen und ich habe ein einwöchiges Praktikum im Büro der Abgeordneten Gesine Meißner absolviert. Ich bin 16 Jahre alt und besuche derzeit die 11. Klassenstufe des Katharineums zu Lübeck, eines Gymnasiums in Schleswig-Holstein, über das auch dieses Praktikumsprogramm organisiert wurde. In der Woche vom 22.01. bis zum 26.01.2018 habe ich die Möglichkeit erhalten im Europäischen Parlament in Brüssel dieses zu absolvieren. Am ersten Tag wartete ich zusammen mit einigen Klassenkameraden, die ebenfalls auf verschiedene Büros verteilt am Programm teilnahmen, am Haupteingang. Ich war unbeschreiblich aufgeregt. Der mich abholende Assistent teilte mir jedoch zu meinem großen Erstaunen bereits bei der Begrüßung mit, dass ich ihn duzen solle. Später wurde mir erklärt, dass sich das ganze Büro von Frau Meißner untereinander und übrigens ohne die Abgeordnete auszuschließen duzt. Zu Beginn meines ersten Tages wurde ich dann durch das unglaublich große Gebäude geführt. Auch wenn mich die Menge an gleichförmigen Fluren, Ausschusssälen und Fahrstühlen zuerst verwirrte, so verstand ich doch relativ schnell das System hinter der kryptisch erscheinenden Raumnummerierung. Nachdem die Abgeordnete Meißner mittags im Parlament ankam, besuchte ich mit ihr die ganze Woche lang viele verschiedene Ausschüsse und auch einige Treffen mit

Interessenvertretern. Insbesondere letzteres stellte sich als unspektakulärer heraus, als ich erwartet hatte, da die verschiedenen Vertreter sehr sachlich erklärten, mit welchen Teilen von Gesetzesvorschlägen sie nicht einverstanden waren und dann logisch darlegten, warum ihre Branche aus dem Reglement ausgenommen werden sollte. Von den Ausschüssen andererseits hatte ich mir vor dem Praktikum absolut keine Vorstellung gemacht, sie erwiesen sich aber als sehr interessante Sitzungen,

bei denen es mir mehr als einmal schwer fiel allen Vorträgen zu folgen. Ich hatte außerdem noch die Gelegenheit einem Trilog zu folgen, also der finalen Phase der europäischen Gesetzgebung, in der sich Rat, Kommission und Parlament hinter verschlossenen Türen beraten und letzte Änderungen vornehmen, bevor das Gesetz dann verabschiedet wird. Auch wenn das Procedere dabei auf mich etwas langwierig wirkte, war es dennoch sehr spannend so etwas Exklusives aus der Nähe zu erleben. Aber ganz besonders gut hat mir der Umgang im Büro gefallen, da ich mich von allen Mitarbeitern sehr freundlich behandelt fühlte, wozu auch das Duzen eine Menge beigetragen hat. Alles in allem lässt sich sagen, dass ich von diesem einwöchigen Praktikum hellauf begeistert bin und mir gut vorstellen kann, später einen Arbeitsplatz im Parlament anzustreben.

Überarbeitet: Zulassung von Human- und Tierarzneimitteln

In Europa erfolgt die Zulassung von Arzneimitteln zentral bei der Europäischen Arzneimittelbehörde EMA in London (sollte es zum Brexit kommen, wird die EMA nach Amsterdam verlegt). Derzeit gibt es für Arzneimittel für Menschen und Tiere denselben gesetzlichen Rahmen. Da der Markt für Tierarzneimittel jedoch fragmentiert ist, hat die Kommission vorgeschlagen, ein separates Zulassungsverfahren einzurichten, um schneller und unbürokratischer den Zugang zu diesen Arzneimitteln zu ermöglichen. Einer der Hauptknackpunkte ist die angestrebte Bekämpfung der Antibiotikaresistenz in der Tierhaltung. Ein sehr wichtiges Thema, wie ich finde. Antibiotika in der Viehzucht können keine gute Tierhaltepraxis ersetzen, vorbeugend dürfen sie auch nicht mehr eingesetzt werden. Ganz verbieten kann man sie allerdings nicht, bei akuten Erkrankungen in Beständen ist ihr Einsatz alternativlos. Letztendlich gehört auch immer den Tierärzten ein Maß an Verantwortung zugeschrieben.

Das zweite, eher technische Gesetz, welches ich momentan in Trilogen für die ALDE mitverhandele, ist das zu den Humanarzneimitteln, aus dem die Tierarzneimittelzulassung abgekoppelt wird.

Emissionshandel: Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit sichern

Die zähen Verhandlungen zum Emissionshandel hatten bereits im November letzten Jahres einen Abschluss gefunden. Nun wurde der Gesetzesentwurf noch formal vom Plenum angenommen. Kernpunkte sind: Bis zu 46% freie Zuteilung, kein sektorübergreifender Korrekturfaktor, Kompensation indirekter Kosten durch die Mitgliedsstaaten, 2,2% linearer Reduktionsfaktor sowie realistische Benchmarks.

Wir haben ein ausgewogenes Ergebnis erreicht. Über einen wirkungsvollen Emissionshandel erreichen wir Klimaschutz und gewährleisten gleichzeitig die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Industrie. Dass es zu Verschärfungen kommen würde war abzusehen. Jedoch haben wir jetzt einen Kompromiss, mit dem man leben kann. Dass damit nicht jeder zu 100 Prozent zufrieden ist, ist die Natur des Kompromisses.

Zum Schutz vor sogenanntem „Carbon Leakage“ - Abwanderungen von Produktionsstätten und damit Arbeitsplätzen aus der EU - sollen in der vierten Handelsperiode, also 2021-2030, 43% der Zertifikate frei zugeteilt werden, wenn ein Sektor von einem solchen Risiko betroffen ist. Um zu vermeiden, dass die Gesamtmenge der Zertifikate bei Knappheit verringert wird („sektorübergreifender Korrekturfaktor“), kann die Menge der freien Zertifikate um bis zu drei Prozent erhöht werden. Das Parlament forderte ursprünglich fünf Prozent. Das ist deshalb wichtig, da die europäische Industrie im globalen Wettbewerb steht. Auch Klimaschutz muss weltweit unterstützt werden. Mit gutem Beispiel vorangehen ist richtig, aber wenn Europa zu weit voranschreitet, wird der Wettbewerb verzerrt. Industrielle Wertschöpfung findet dann dort statt, wo Regeln laxer und Kosten niedriger sind. Dem Klima hilft das gar nichts. Industrie schafft Arbeitsplätze und sorgt für Wohlstand in Europa. Deshalb ist es wichtig, deren Erfordernisse zu berücksichtigen.

Welche dieser Sektoren freie Zuteilung erhalten, wird unter Bezugnahme der Handels- und Emissionsintensität ermittelt. Weiterhin besteht die Möglichkeit der qualitativen Bewertung. Indirekte CO₂Kosten, die durch den Einkauf von beispielsweise Strom entstehen, da hier die CO₂-Kosten auf den Verbraucher umgelegt werden, können durch die Mitgliedsstaaten weiterhin im Rahmen der BeihilfeRichtlinien kompensiert werden. So sollen energieintensive Produktionen nicht doppelt belastet werden.

Leider konnte sich eine Sonderregulierung zu Gasen, die bei bestimmten Produktionsprozessen als Abfallprodukt entstehen und zur Energiegewinnung genutzt werden können (sogenannte Kuppelgase), nicht durchsetzen. Ich hatte im Umweltausschuss für einen entsprechenden Änderungsantrag gekämpft. Energiegewinnung aus Kuppelgasen ist voll im Sinne der Kreislaufwirtschaft. Das sollte gefördert werden – nicht bestraft. Daher dürfen solche Anlagen nicht als Energieerzeuger gelten und sollten auch keine Zertifikate kaufen müssen.

Der Gesetzesentwurf gilt für die Handelsperiode 2021-2030 und muss noch formal vom Rat verabschiedet werden. Dies wird in den kommenden Monaten geschehen.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Vulkane, Häfen, U-Bahnkunst: Verkehrsausschussreise nach Italien

Kommt sie nun oder kommt sie nicht, die Brücke von Messina zum italienischen Festland?

Das beziehungsweise der Wunsch, dass die Brücke unbedingt bald gebaut werden soll, war Thema bei jedem unserer Termine auf Sizilien. Drei Tage waren wir mit einer kleinen Delegation von Abgeordneten des Verkehrsausschusses mit Dolmetschern und Sekretariatsbetreuung unterwegs im Süden Italiens. Erstes Ziel war Sizilien, genauer gesagt Catania mit Besuch des Flughafens, Empfang beim Bürgermeister der Stadt mit dem Elefanten als allgegenwärtiges Symbol und Gesprächen im Hafen mit der dortigen Port Authority. Der Hafen von Catania hat neben dem Hafen von Augusta die größten Flüchtlingsströme zu bewältigen, Daneben werden dort natürlich aber auch Waren – gerade landwirtschaftliche Produkte von der Insel - verschifft, Passagierschiffe steuern verschiedene Ziele an

und auch Kreuzfahrtschiffe tauchen bisweilen dort auf. Mit der für Häfen sehr wichtigen Hinterlandanbindung gibt es einige Probleme: der Bahnanschluss muss erst noch gebaut werden, kann aber ohnehin nicht so viel Fracht aufnehmen, da das Bahnnetz im gebirgigen Sizilien keine große Rolle spielt. Flüsse gibt es nicht, daher bleibt für den Weitertransport meist nur die Straße. Und die ist häufig überfüllt, denn Tourismus spielt auf ganz Sizilien und natürlich auch in der an Sehenswürdigkeiten reichen zweitgrößten Stadt der Insel eine große Rolle. Am nächsten Tag stand der Hafen von Augusta auf dem Programm, noch südlicher als Catania gelegen, Hauptumschlagpunkt für Flüssigtransporte, wichtiger Kreuzfahrterminal und – wie bereits erwähnt – seit einigen Jahren der Hafen Siziliens mit dem größten Zustrom von Flüchtlingen und Migranten. Für die Bewältigung dieser Zusatzaufgabe gibt es Unterstützung sowohl vom Innenministerium aus Rom als auch aus der Europäischen Union.

Apropos EU: der Hafen von Augusta gehört zum Kernnetz der europäischen Infrastruktur und liegt am skandinavisch-mediterranen Korridor, der sich vom Norden Finnlands bis nach Malta erstreckt. Verkehrsprojekte, die an einem der insgesamt 9 Korridore quer durch Europa und damit im Kernnetz liegen, können auf Antrag der nationalen Regierungen mit EU-Geldern aus Brüssel anteilig gefördert werden. Aus diesem Infrastrukturtopf wünschen sich die Sizilianer auch finanzielle Unterstützung für den Bau einer Brücke von Messina zum italienischen Festland. Sie verwiesen immer wieder auf den Brenner-Basis-Tunnel und die feste Fehmarn-Belt-Querung, zwei bereits geplante und teilweise schon im Bau befindliche Großprojekte am selben Korridor. Das Problem liegt hier in Rom: selbst wenn wir in Brüssel aus europäischer Sicht die Anbindung an Sizilien durch eine feste Brücke für sinnvoll erachten, können hierfür keine Gelder bewilligt werden, solange die Regierung in Rom dieses Projekt nicht für Italien beantragt.

Von Sizilien flogen wir vorbei am Ätna nach Neapel und damit zum nächsten Vulkan, dem Vesuv, der sich Schnee-bedeckt über der Stadt präsentierte. Verkehrsprojekte in Neapel sind ungleich besser finanziert als die von uns besichtigten auf Sizilien – kein Wunder, da Neapel als wichtiger Knotenpunkt von Italiens Norden zum Süden viel mehr im Fokus der nationalen Regierung und auch der italienischen Wirtschaft steht. Dort gibt es nicht nur einen großen Flughafen und einen wichtigen Hafen für Containerumschläge und Passagierfahrten zu beliebten Ferieninseln wie Ischia und Capri, sondern auch Bahnstrecken, die zur Zeit für Hochgeschwindigkeitszüge ausgebaut werden und einige Kilometer vom Zentrum entfernt bereits mit einem hypermodernen großzügigen Bahnhof von einer Meisterarchitektin versehen wurden. Ziel ist es, später in wenigen Stunden von Mailand über Rom und Neapel bis nach Bari fahren zu können.

Neapel ist stolz auf seine antiken Stätten wie Pompeji und seine Bedeutung als Kulturstadt und zeigt dies auch in Gebäuden des Verkehrssystems. So werden Reisende am Flughafen von einer Statue der Göttin Nike empfangen und können in den Wartehallen auch Hermes und andere Gestalten der römischen und griechischen Mythologie bewundern. Eine U-Bahnstation ist ganz zeitgenössischen Kunst gewidmet mit vielen Fresken, Mosaiken, an die Nähe zum Meer erinnernden Lichtinstallationen und architektonischen Besonderheiten. Herausforderung ist zur Zeit die Erweiterung der bislang nur über eine Linie verfügenden U-Bahn, gar nicht so einfach wegen der direkten Lage am Meer und der dichten Bebauung (Neapel zählt zu den am dichtesten besiedelten Städten Europas).

Alle, die dieses vollgepackte Programm absolviert haben, konnten sich davon überzeugen, dass europäische Gelder im Süden Italiens für sinnvolle Verkehrsprojekte eingesetzt werden – das war ja auch das Ziel der Reise.

IV. Terminvorschau

19.-22.2	Brüssel	Ausschüsse, Trilog, Konferenz „Blue Growth“
26.1.-1.3.	Brüssel	Ausschüsse, Miniplenium, Fraktion
2.3.	Hemmingen	Europa-Vortrag
5.-8.3.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Konferenz „Maritime Raumordnung“
09.3.	Hannover-Vahrenwald	Regionsparteitag
10.3.	Hannover	FDP-Landesvorstand
12.-15.3.	Straßburg	Fraktion, Plenum
19.-22.3.	Brüssel	Fraktion, Jugendkarlspreis
22.3.	Neuss	3M-Werksbesichtigung

19. Februar 2018

März 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl hat Deutschland endlich eine neue Regierung – lang erwartet nicht nur von uns, sondern auch von Europa. Denn nachdem Emmanuel Macron schon vor einiger Zeit ambitionierte Pläne für die Zukunft der EU präsentiert hat und wir im Straßburger Plenum diese reihum mit Regierungschefs der Mitgliedstaaten diskutieren, war klar, dass eine starke deutsch-französische Achse entscheidend für die Umsetzung von Reformen sein würde. Folgerichtig führte auch die erste Reise unseren neuen Außenminister Maas nach Paris und Merkel traf sich gleich nach erneuter Wahl zur Kanzlerin mit Macron – der übrigens im April ins Straßburger Plenum kommen wird. Wichtige Entscheidungen für mich: wir haben die endgültige Zusage der Stadt Brüssel bekommen und werden die Plastik-Ausstellung der G7 im April vorm Europaparlament für 10 Tage präsentieren können, begleitet von hochrangigen Konferenzen (u.a. wird der Produzent von „Blue Planet“ da sein), Events mit Schulklassen und Jugendlichen, alles gemeinsam mit der Kommission, die auch Gelder bewilligt hat. Und dann wurde ich erneut zur Berichterstatteerin eines Gesetzes ernannt und darf die Hafenauffangrichtlinie federführend für das Parlament bearbeiten und später im Trilog verhandeln. Das Thema hat auch viel mit Gesundheit der Meere zu tun und liegt mir daher sehr am Herzen.

Herzliche Grüße, jetzt wieder aus Brüssel!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Konstituierende Sitzung des PEST-Untersuchungsausschusses

Wie Sie sicherlich mitbekommen haben, wurde in letzter Zeit viel über den Unkrautvernichter Glyphosat diskutiert. Nachdem nun die Zulassung für Glyphosat durch die EU Kommission um weitere 5 Jahre verlängert wurde, kamen im Parlament Zweifel an der Unabhängigkeit der prüfenden Sachverständigen auf.

Am 12. März wurde deshalb ein Sonderausschuss zur Überprüfung der EU-Genehmigungsverfahren für Pestizide eingesetzt. Der Ausschuss beschäftigt sich nicht nur mit dem Unkrautvernichter Glyphosat, obwohl der Fokus ganz klar auf diesem Pestizid liegt. Den EU-Agenturen für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und Chemikalien (ECHA) wurden in Zusammenhang mit dessen Zulassung - aus meiner Sicht zu Unrecht - von einigen Abgeordneten Interessenskonflikte vorgeworfen. Es ist wichtig, Entscheidungen transparent und nachvollziehbar zu treffen. Für ebenso wichtig halte ich es jedoch, unseren zuständigen Agenturen, also der EMA (Europäische Arzneimittelagentur), EFSA und ECHA Vertrauen in gewissenhafte Arbeit entgegenzubringen. Wir können nicht jede wissenschaftliche Entscheidung, die dort getroffen wird, aus politischer Motivation in Frage stellen. Damit untergraben wir langfristig unsere eigenen Instrumente und schüren letztendlich Misstrauen bei den Bürgern/Bürgerinnen gegenüber der EU. Weder Kommission noch Parlament oder gar der Pestizid-Ausschuss können wissenschaftlich fundierte Empfehlungen über Zulassung bestimmter Stoffe, Substanzen oder Chemikalien treffen. Das muss Aufgabe der Agenturen bleiben – als Entscheidungshilfe für die Politik - und wir sollten die Arbeit der damit befassten Wissenschaftler respektieren und verteidigen, anstatt sie zu hinterfragen.

Abgesehen davon wiederhole ich gerne, wie wichtig effizienter Pflanzenschutz für Landwirte ist. Das wird in diesem Zusammenhang nämlich gerne mal außer Acht gelassen. Eine Alternative zum gezielten Pestizideinsatz ist vermehrtes Pflügen, was sich jedoch schädlich auf das Bodenleben auswirkt. Auch die Bahn benötigt Glyphosat zur Sicherung des Gleisbetts – der sogenannten Gleisbett-Vegetationspflege.

Bislang bekannte Alternativen wären viel schädlicher für die Umwelt. Leider haben die europäischen Staatsbahnen dies nicht in die öffentliche Debatte eingebracht und erst sehr spät Positionspapiere dazu verschickt. Dabei ist bei Verzicht durch Verkrautung und Streuströme die Sicherheit des Bahnbetriebs gefährdet – das hat das zeitweise Verbot von Glyphosateinsatz in der Region Hannover deutlich gezeigt.

Wir sollten darauf vertrauen, dass unsere EU-Agenturen die Pestizide unabhängig und gut prüfen. Die Agenturen wurden von Kommission und Parlament genau dafür geschaffen. Wenn ein bestimmter Wirkstoff zugelassen werden soll, werden Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern am Sitz der jeweiligen Agentur - bei der EFSA ist das Parma/ Italien - zusammengerufen, um eine Empfehlung für die Politik auszuarbeiten. Wir sollten uns bei unserer Ausschussarbeit auf unsere eigentliche Aufgabe konzentrieren: gute und effiziente Gesetzgebung, die Forschung und Entwicklung stärkt und gleichzeitig uns allen hohe Standards bei Lebensmitteln

gewährleistet. Sollten dafür am Jahresende Verbesserungsvorschläge als Ergebnis der Arbeit im Sonderausschuss vorliegen, wäre das ein positives Ergebnis.

Key Debate: Brexit

Wie wird in der Zukunft das Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich aussehen? In der vergangenen Straßburgwoche wurde der Brexit durch die abzustimmende Entschließung des Parlaments erneut in den Fokus gerückt. Am Dienstag diskutierten wir im Rahmen der sogenannten „Schlüsseldebatte“ mit dem Rat, der Kommission und dem Chefunterhändler für den Brexit Michel Barnier.

Kernaussagen waren, dass der Schutz und die Rechte der Bürger/innen am wichtigsten sind und EUBürger/innen in dem Vereinigten Königreich genauso wenig benachteiligt werden dürfen wie britische Staatsbürger/innen bei uns.

Zudem wurde, ganz besonders auch von unserem ALDE-Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt – Brexit-Chefverhandler des Parlaments - deutlich gemacht, dass es nun an der Zeit für konkrete Vorschläge und Handlungen der britischen Premierministerin Theresa May ist. Wir sollten seiner Meinung nach endlich Abstand von schönen Reden und dem Wiederholen der immer gleichen Phrasen nehmen und endlich Lösungen schaffen. Wichtig war allerdings allen Beteiligten, ausgenommen den Populisten, dass es zu keinem Rosinenpicken kommen darf. Es kann schlussendlich nicht das Resultat der Verhandlungen sein, dass Großbritannien als Drittstaat zwar Rechte wie Norwegen, aber nur die Verpflichtungen wie Kanada besitzt, so Guy Verhofstadt. In der Debatte wurde zudem deutlich, wie wichtig es der EU ist, dass ein faires Abkommen geschlossen wird, welches dann auch Kooperationen in Bereichen wie dem Freihandel, der Sicherheit oder der Außenpolitik ermöglicht.

Gefordert wurde von den Abgeordneten nun, dass Theresa May klare Vorschläge und eine klare Strategie hervorbringt, da auch Barnier betonte, dass von EU Seiten her noch jegliche Zusammenarbeitsform mit einem Drittstaat möglich ist. Wir müssen uns wahrscheinlich damit abfinden, dass wir nicht zum Status Quo zurückkehren werden, der Brexit Konsequenzen haben wird und nun klare und faire Verhältnisse für alle Bürger/innen und alle beteiligten Akteure geschaffen werden müssen.

Zu den Vorbereitungen gehört auch die Planung, in Großbritannien ansässige EU-Institutionen zu verlegen. So wurde im Umweltausschuss, der ja auch für Gesundheit zuständig ist, gerade die Verlegung der Europäischen Arzneimittelagentur EMA nach Amsterdam diskutiert, und dann wurde die Kommission beauftragt, ein neues Referenzlabor für die Newcastle-Krankheit zu finden. Zum Brexit gehören also diverse Einzelentscheidungen.

Teure Paketpreise behindern den grenzüberschreitenden Online-Handel

Pakete ins Ausland zu verschicken ist bis zu fünfmal teurer als wenn das Paket im Land bleibt. Das ist für Privatpersonen ärgerlich und ein echtes Problem für den Online-Handel, der heutzutage die meisten

Pakete verschickt. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen können bei den Postdienstleistern keine Rabatte aushandeln. Die Kunden müssen die hohen Lieferkosten selber tragen und bestellen somit lieber bei inländischen Anbietern. Das behindert den grenzüberschreitenden Online-Handel und passt damit nicht zum europäischen Binnenmarkt.

Daher haben wir letzte Woche nach Abschluss der Trilog-Verhandlungen eine Verordnung über grenzüberschreitende Paketzustelldienste angenommen. Wir wollen die Preise für Pakete ins EU-Ausland nicht vorschreiben. Aber es ist gut, dass die neue Verordnung mehr Preistransparenz schafft und die nationalen Regulierungsbehörden in Zukunft besser gegen Monopole und Marktmissbrauch bei grenzüberschreitenden Paketdiensten vorgehen können. Die Verordnung soll mehr Transparenz in den europäischen Paketmarkt bringen, die nationalen Aufsichtsbehörden stärken und Paketpreise vergleichbarer machen.

Grundqualifikation und Weiterbildung von Berufskraftfahrern

Letzte Woche wurde in Straßburg eine Richtlinie über die Grundqualifikationen und die Weiterbildung von Berufskraftfahrern (vor allem von LKWs und Bussen) angenommen. Dadurch sollen nicht nur Standards aktualisiert, sondern auch die Sicherheit auf den europäischen Straßen verbessert werden. Viel zu viele Menschen sterben immer noch im Straßenverkehr. Die Aus- und Fortbildung der Fahrer soll daher verbessert werden. Praktisches Training bleibt wichtig, aber die Ausbildung muss sich in Zukunft an neue Technologien wie autonomes Fahren anpassen. Ein weiterer Punkt ist die gegenseitige Anerkennung von Grundqualifikationen und Weiterbildung zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Dies wurde auch in der Diskussion im Plenum noch einmal betont. Ich bin zufrieden, dass das Parlament bei der Gesetzgebung seinen Vorschlag durchsetzen konnte, auch umweltfreundlicheres Fahren zu fördern.

Zölle auf Importe in die USA für Stahl und Aluminium

Am Mittwoch diskutierte das Europäische Parlament die Entscheidung der USA, Zölle auf europäische Aluminium- und Stahlimporte zu verhängen. Die Tatsache, dass sowohl der finnische Vize-Präsident der Kommission, Jyrki Katainen, sowie auch die schwedische liberale Kommissarin Cecilia Malmström, zuständig für Handel, bei der Aussprache anwesend waren, zeigt, wie wichtig dieses Thema in den EU Institutionen genommen wird.

Bei der Debatte waren sich fast alle Abgeordneten über die Parteigrenzen hinweg einig, dass Strafzölle keinem Land auf Dauer weiterhelfen werden. Insbesondere die langjährige, historisch begründete Partnerschaft Europas mit den USA profitiert von einem offenen Handel. Meine liberalen Kollegen, aber auch andere Abgeordnete verdeutlichten in ihren Stellungnahmen, dass nicht nur europäische Industrien und Arbeitsplätze negativ von diesen Zöllen betroffen sein werden, sondern dass auch US-amerikanische Arbeitsplätze gefährdet werden. Wie die Mehrheit im Europäischen Parlament unterstütze auch ich deshalb das Vorgehen der Europäischen Kommission. Sie wird angemessen, im Rahmen der bestehenden

internationalen Regeln der Welthandelsorganisation (WTO), auf die Entscheidung der USA reagieren und auch das Schiedsgericht der WTO anrufen. Gleichzeitig gilt es jedoch einen Handelskrieg zu vermeiden, der langfristig allen Beteiligten schaden wird und der - wie Frau Malmström in der Debatte richtig anmerkte - leichter zu verlieren als zu gewinnen ist. In einer immer globaleren und vernetzteren Welt profitieren alle Beteiligten, wenn sie als Partner in einer offenen Weltwirtschaft interagieren.

Einrichtung eines europäischen Verteidigungs-Industrie-Programms

Beschlossen wurde im Plenum auch die Aufnahme der Trilogverhandlungen mit Kommission und Rat über die Einrichtung eines Entwicklungsprogramms für die Verteidigungsindustrie. Ziel dieses Programms ist es, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit, aber auch die Unabhängigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie zu fördern. Es ist das erste Mal, dass die EU eine konkrete Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung vorschlägt, also ein Pilotprogramm. Durch das Programm sollen Projekte unterstützt werden, die von mindestens drei Unternehmen in mindestens drei Mitgliedstaaten getragen werden. Es ist eine Laufzeit von 2 Jahren vorgesehen (2019-2020) und eine Finanzierung von 500 Millionen €, wobei 10 % der Mittel für KMU-Projekte verwendet werden sollen. Wichtig ist dabei, Standardisierung und Kompatibilität der Technologien europaweit zu erreichen und darauf zu achten, dass das geistige Eigentum möglichst in Europa bleibt.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Lenk- und Ruhezeiten (Schattenberichterstatterin)

Am 21. Februar endete die Frist zur Einreichung von Änderungsanträgen für die Revision der Lenk- und Ruhezeiten für Kraftfahrer. Wie erwartet haben sich viele Abgeordnete beteiligt und nun liegen uns knapp 500 Änderungsvorschläge für die neue Verordnung vor. Der niederländische Berichterstatter Wim van de Camp muss daraus nun Kompromisse basteln, die für eine Mehrheit der Fraktionen akzeptabel sind. Damit werden wir uns die nächsten Wochen in den sogenannten „shadow meetings“ beschäftigen. Van de Camp hat bei unserem ersten Treffen letzte Woche in Straßburg angedeutet, dass er bei den wichtigsten Punkten nicht wesentlich von seiner bisherigen Linie abweichen möchte, z.B. verbringen der wöchentlichen Ruhezeit in der Fahrerkabine nur auf ausgestatteten Rastplätzen. Die Sozialdemokraten haben sich intern noch auf keine Positionen festgelegt. Vor Ostern werden noch zwei shadow meetings stattfinden, wo der Berichterstatter auch die ersten Kompromissvorschläge vorstellen wird.

HTA: Gesetz zur Bewertung von Gesundheitstechnologien (Schattenberichterstatterin)

Es ist offiziell, meine Fraktion hat mich am Mittwoch zur liberalen Berichterstatterin für dieses neue, sehr technische, aber auch wichtige Gesetz gemacht. Die Kommission hatte Ende Januar den Gesetzesvorschlag auf den Tisch gelegt. Es geht darum, dass Hersteller von Medikamenten und Medizinprodukten eine einmalige Nutzenbewertung für den Europäischen Markt durchführen sollen. Das dient dazu, zu bewerten, welches Medikament oder welche Therapie effizienter, schneller, verträglicher oder einfacher ist als vergleichbare. Bis jetzt müssen diese Nutzenbewertungen für Medikamente in jedem EU-Mitgliedsland einzeln durchgeführt werden. Die jeweiligen Anforderungen und Kriterien weichen voneinander ab und in einigen wenigen Mitgliedsländern gibt es gar keine Nutzenbewertung. Für Medizinprodukte gibt es die Nutzenbewertung in dieser Form noch nicht.

Das Ziel des Gesetzesvorschlags leuchtet zunächst auch ein. Aus Herstellersicht ist es natürlich eine enorme Vereinfachung, wenn man für ein Medikament neben der bereits zentralisierten Zulassung bei der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) auch nur eine anstatt mehrere Nutzenbewertung durchführen muss – wir haben schließlich einen EU-Binnenmarkt. Es spricht also einiges dafür.

Dennoch muss der Vorschlag auch kritisch geprüft werden. Die Mitgliedsstaaten leiten von den Ergebnissen der Nutzenbewertung ab, wie ein Medikament erstattet wird. Das ist natürlich an die jeweiligen Gesundheitsbudgets der Mitgliedsstaaten gebunden. Die Entscheidung darüber ist ausschließlich Sache der Mitgliedsstaaten, denn bei Finanzangelegenheiten hat in diesem Fall die EU keine Kompetenz. Hier muss also scharf getrennt werden. Außerdem darf eine Vereinheitlichung nicht dazu führen, dass Standards in den Mitgliedsstaaten abgeschwächt werden. Patienten müssen ihre Therapien und Behandlungen weiterhin erstattet bekommen.

Ich habe für die Liberalen unlängst das Gesetz für Medizinprodukte mitverhandelt. Hier hat man sich bewusst gegen eine zentralisierte Zulassung entschieden. Wir müssen nun auch abwägen, in wieweit eine zentrale Nutzenbewertung sinnvoll ist und für welche Produktklassen.

In einem ersten Meinungsaustausch in dieser Woche werden wir sehen, wo die Schwerpunkte und Befindlichkeiten meiner Kollegen liegen und welche Einschätzung sie teilen. Ich freue mich sehr darauf, an diesem wichtigen Gesetz zu arbeiten.

Fahrgastrechte im Schienenverkehr

Ob bei Reisen oder dem täglichen Pendeln zur Arbeit, die Bahn sollte bei der Wahl des Transportmittels für alle eine gute Alternative sein. Eindeutige und umfassende Fahrgastrechte gehören dazu. Momentan beschäftigen wir uns im Parlament mit einer Überarbeitung der bestehenden Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr. Die Verordnung regelt zum Beispiel Entschädigungszahlungen bei Verspätung, Hilfe für

Personen mit Behinderung oder eingeschränkter Mobilität und Beschwerdeinstrumente. Ziel der Überarbeitung ist es, das Interesse der Fahrgäste stärker zu schützen, wobei man aber auch die Eisenbahnunternehmen nicht für alles in die Verantwortung nehmen kann. Viele Bahnhöfe haben z.B. kein Personal, das bei großer Verspätung warme Getränke reichen könnte wie am Flughafen.

Besonders problematisch sind die Passagierrechte bei Fahrten mit unterschiedlichen Bahnunternehmen. Vor allem bei grenzüberschreitenden Reisen kann man häufig kein durchgängiges Ticket kaufen. Man bucht mit der Deutschen Bahn bis nach Köln und muss ein zweites Ticket für die Weiterreise mit dem Thalys nach Paris kaufen. Verpasst man den Thalys in Köln, weil die deutsche Bahn Verspätung hat, hat man keinen Anspruch auf Entschädigung und kann froh sein, wenn man auf den nächsten Thalys aufspringen darf. Die Passagierrechte werden hier ausgehebelt, denn sie gelten bisher nur für das einzelne Ticket und nicht die ganze Reise. Das muss sich ändern. Der Bankkunde darf nicht dafür büßen, dass die europäischen Bahnen es nicht schaffen, gemeinsame Tickets zu verkaufen – ein Ziel, das wir als Abgeordnete im Interesse der Passagiere gegen den Widerstand der Staatsbahnen hartnäckig verfolgen.

Der Brexit und die Auswirkungen auf die Schifffahrt in Europa

Die Brexit-Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien sind in die zweite Phase eingetreten: die Klärung der zukünftigen Beziehungen. Auch im Verkehrsausschuss setzen wir uns mit den sektorspezifischen Auswirkungen des Brexits auseinander. Nachdem im vergangenen Jahr bereits Anhörungen zu Luftfahrt und Landverkehr stattgefunden haben, lag der Fokus am 20. Februar auf der Schifffahrt. Vertreter von Reedereien und Häfen wurden von uns Abgeordneten zu ihrer Einschätzung der zukünftigen Situation befragt.

Aufgrund seiner Insellage ist die Schifffahrt für Großbritannien von besonderer Bedeutung. Entscheidend werden die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen EU und Großbritannien sowie neue Handelsbeziehungen der Briten mit Drittstaaten sein. Je nachdem wie diese ausfallen, wird sich auch der tatsächliche Warenverkehr verändern.

Probleme werden wahrscheinlich durch längere Zollkontrollen entstehen, wenn Großbritannien ein Drittstaat wird. Die Häfen von Calais und Dover haben uns erklärt, dass heute jede zweiminütige Verzögerung bei der Abfertigung von LKWs einen Rückstau von 27 km zur Folge hat. Die Kanalhäfen wünschen sich deshalb Abkommen, auch um langwierige Hygiene-Kontrollen beim Transport von Lebensmitteln zu vermeiden. Die Häfen bemühen sich heute schon um zusätzliche Flächen, wo die neuen Formalitäten für LKWs und Waren vor und nach der Verschiffung abgewickelt werden können. Ich war allerdings erstaunt, dass der Verband der britischen Häfen glaubt, dass sich die zusätzliche Belastung in Grenzen halten und man die Situation durch gute Vorbereitung meistern werde. Ich persönlich bin davon nicht überzeugt.

SEARICA-Meereskonferenz: Reaching Across Sea Spaces

Als Vorsitzende der parlamentarischen, fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe „Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (SEARICA)“, welche sich mit den europäischen Meeren, Flüssen, Inseln und Küstenregionen beschäftigt, veranstaltete ich vergangene Woche erneut eine Konferenz. Dieses Mal ging es um die Umsetzung der Richtlinie zur Maritimen Raumordnung, die ich 2014 als Berichterstatterin mit auf den Weg gebracht habe. Durch diese EU-Richtlinie sollen Konflikte zwischen den Akteuren bei der Nutzung des Wirtschaftsraums Meer reduziert, Investitionen angeregt und länderübergreifende Kooperationen forciert werden, und das kombiniert mit dem Schutz der Umwelt. In der Veranstaltung „Reaching Across Sea Spaces“ wurde das „Bonus Baltspace Project“ vorgestellt, welches das Ziel hatte, Wege zur optimalen Umsetzung der Richtlinie in der Ostsee zu erforschen und bestehende Hindernisse herauszufinden. Für diese Ergebnisse haben die Wissenschaftler/innen des „Bonus Baltspace Project“ die letzten drei Jahre Befragungen durchgeführt. Sie fanden dabei unter anderem heraus, dass eine grenzübergreifende Kooperation von allen Beteiligten als sinnvoll angesehen wird und eine noch bestehende Herausforderung die begrenzten Ressourcen der zuständigen Behörden darstellen. Die beteiligten Akteure müssen ihre Kapazitäten daher für eine erfolgreiche Umsetzung der Richtlinie weiter ausbauen. Solche Evaluierungen durch Wissenschaftler/innen sind für mich sehr wichtig, da die Gesetzgebung nicht mit der Verabschiedung endet, sondern die Umsetzung schlussendlich über den Erfolg entscheidet und wir das darum auch verfolgen sollten.

Weltfrauentag

Der 8. März bot Anlass dazu, über die Frauen dieser Welt nachzudenken und sich aktiv für ihre Rechte einzusetzen. Frauen werden weltweit immer noch Opfer von Ausbeutung, sexueller Belästigung und einer ungleichen wirtschaftlichen Stellung. Ich persönlich setze mich seit langem für eine Frauenquote ein, welche - zumindest für eine Übergangszeit, bis ein vollständiger gesellschaftlicher Wandel vollzogen ist - zu einer stärkeren Repräsentanz von Frauen in der Wirtschaft beitragen kann. In den Tagen rund um den Weltfrauentag fanden in Brüssel verschiedenste Veranstaltungen der Fraktionen statt. Die ALDE organisierte beispielsweise in der letzten Woche eine Veranstaltung in Brüssel zur Frage, wie sich Frauen in Führungspositionen behaupten können und mit welchen Schwierigkeiten sie dabei zu kämpfen haben. Außerdem posierten ALDE-Abgeordnete – Männer wie Frauen – in T-Shirts mit der Aufschrift „This is what a feminist looks like!“ für Fotos und wiesen mit dieser Aktion gerade auch in den „social media“ auf die Rechte von Frauen hin.

Wir müssen alle kontinuierlich und gemeinsam daran arbeiten, für Mädchen und Frauen die gleichen Chancen wie für Jungen und Männer zu schaffen. Dafür setzte ich mich aktiv ein, aktuell auch als stellvertretende Bundesvorsitzende der liberalen Frauen. Unter dem Motto „Press for Progress“ wurde dazu aufgerufen, den Fortschritt voranzutreiben und sich mit dem Erreichten noch nicht zufriedenzugeben. Auch in Deutschland gibt es da noch viel zu tun: wenn es um die Lohnlücke

zwischen Männern und Frauen und gleichen Lohn für gleich Arbeit geht, sind wir beispielsweise fast Schlusslicht in Europa. Der deutsche Equal-Pay-Day fand am 18.3. statt, unsere Nachbarstaaten sind damit schon lange durch.

Vollendung des europäischen Energiebinnenmarkts: Vorhaben von gemeinsamem Interesse

Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit, aber auch Wettbewerb, Energieeffizienz und Klimaschutz sind die Ziele der europäischen Energiepolitik, mit der wir uns im Industriausschuss beschäftigen. Die sogenannten Vorhaben von gemeinsamem Interesse gehören zu den Instrumenten, mit denen wir diese Ziele erreichen können. Es handelt sich hier um eine Liste grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte, die von der Kommission alle zwei Jahre verfasst wird. Diese Projekte sollen dazu dienen, die Energienetzinfrastruktur von jeweils mindestens zwei Mitgliedstaaten zu verbinden und dadurch die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarkts voranzubringen. Projekte, die es auf diese Liste schaffen, profitieren u.a. von einem beschleunigten Genehmigungsverfahren, einer schnelleren Umweltverträglichkeitsprüfung und einer Aufteilung der Investitionskosten unter den beteiligten Mitgliedstaaten. Außerdem besteht die Möglichkeit, über die ‚Connecting European Facility‘ (CEF), einen Fond zur Förderung von transeuropäischer Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation und Energie, finanzielle Unterstützung zu erhalten (bis zu €5.35 Billionen).

Die Liste von 2017 umfasst 173 Vorhaben, davon 110 in den Bereichen Stromversorgung und intelligente Netze, die die Integration von erneuerbarer Energien und deren Transport über große Entfernungen ermöglichen soll. Außerdem stehen Gas- und Ölversorgungsprojekte, aber auch zum ersten Mal vier Kohlendioxidnetze-Projekte auf der Liste.

Trotz eines Einspruches der Grünen und Linken im Parlament, die die weitere Finanzierung fossiler Energieprojekte kritisieren, wurde die neue 2017 Liste genehmigt. Somit kann der europäische Energiebinnenmarkt weiter ausgebaut werden. Bis wir ihn komplett erreicht haben, gibt es aber noch viel zu tun.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: Tierarzneimittel, Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (RED II), Energieeffizienz, Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation
- Demnächst im Trilog: Sitz der EMA, Monitoring CO₂ und LKW, ACER, Governance der Energieunion, Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich
- Im Ausschuss: HTA, CO₂ für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Wasserqualitäts-Richtlinie, Plastikstrategie, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ENISA, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten, Entsendung, Maut,

Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Fairer Wettbewerb im Luftverkehr, Bahnpassagierrechte, Manipulierte Tachostände

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Maritimes Forum Nordost in Rostock

Insgesamt 6 Stunden Autofahrt (Zug wäre erheblich länger und komplizierter gewesen) für 3 Stunden Konferenz - ganz schön viel, aber es hat sich für mich definitiv gelohnt. "Wirtschaftsraum Meer - Nachhaltigkeit und die Chance für innovative Verbundprojekte" war das Thema des maritimen Forum Nordost in Rostock. Für mich sind solche Tagungen immer willkommene Gelegenheit, mich auf den neusten Stand zum jeweiligen Themenfeld zu bringen und gleichzeitig weiter mit den Experten aus meinem großen "Wahlkreis" zu vernetzen und auszutauschen. Gleichzeitig kann ich mir dabei ein Bild darüber machen, wie europäische Gesetzgebung vor Ort wirkt und ob die Umsetzung so erfolgt wie geplant.

Das Thema dieser Konferenz passte nicht nur sehr gut zu den Aktivitäten meiner Meeresgruppe SEARICA und zu den Vorbereitungen auf die Plastikausstellung, sondern auch zu europäischen Gesetzgebungen wie der Fischereireform und der Richtlinie zur Maritimen Raumordnung, an denen ich als Abgeordnete mitgearbeitet habe. Im Einzelnen ging es um Meeresmüll in der Ostsee (und auch weltweit), nachhaltige Meeresfischerei und die Rolle der Technik zur Reduzierung der Umweltauswirkungen, Beifang in der Fischerei und maritime Forschungsförderung auf nationaler und europäischer Ebene. Die Referenten kamen vom Leibniz-Institut für Ostseeforschung (IOW) in Warnemünde, das Thünen-Institut für Ostseefischerei und die nationale Kontaktstelle "Schifffahrt und Meerestechnik" waren mit dem Direktor /Leiter vertreten.

Einige Erkenntnisse: für alle Nicht-Vegetarier empfiehlt sich Fisch mit deutlichem Abstand als nachhaltigstes Nahrungsmittel vor Geflügel, Schwein und Rind. Elektrofischen - in der Ostsee verboten - muss noch weiter erforscht und sollte daher in geringem Maß weiter erlaubt werden, kann aber in bestimmten Fällen auch in Hinsicht auf Schutz der Biodiversität Vorteile gegenüber herkömmlicher Fischereitechnik haben. Deutschland ist hinsichtlich Wirtschaftlichkeit der Fischerei - bezogen auf Einsatz und Ertrag - schlechter als andere Staaten wie beispielsweise Frankreich. Die Bedeutung von Meeresforschung für unsere Zukunftsgestaltung wird zunehmend erkannt und findet Entsprechung bei der Finanzierung von Projekten, national und europäisch. Und die Verschmutzung durch Plastikpartikel auch in der Ostsee ist - wenngleich erheblich geringer als in asiatischen Gewässern - deutlich höher als man aufgrund der "Fundstücke" am Strand vermuten würde.

Fazit: sofern es zeitlich passt, werde ich beim nächsten Event des Maritimen Clusters wieder dabei sein!

IV. Terminvorschau

19.-22.3.	Brüssel	Ausschüsse, Besuch	Bürgerschaftsfraktion
Hamburg			
20.3.	Brüssel	Konferenz „Gesunde Nahrung aus dem Meer“, Jury Jugendkarlspreis	
21.3.	Brüssel	IHK Nord „Nordic Talking“	
22.3.	Neuss	Werksbesichtigung 3M	
9.-19.4.	Brüssel	PlastikLab – Ausstellung der G7 vor dem Europaparlament	
9.-12.4.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion	
9.4.	Brüssel	Highlevel-Roundtable „Mission Plastic free Ocean“	
10.4.	Brüssel	Eröffnungskonferenz PlasticLab mit Kommissar Moedas und James Honeyborne (Produzent „Blue Planet II“)	
11.4.	Brüssel	SEARICA-Meereskonferenz „Plastik auf Inseln“	
13.4.	Lauenau	Besuch des EDEKA-Zentrallagers	
14.-15.4.	Hannover	FDP-Landesparteitag	
16.-19.4.	Straßburg	Fraktion, Plenum	
20.4.	Hannover	Energiepolitisches Gespräch	
23.4.	Wien	ELF-Forum „Mobility and Infrastructure“	
23.-25.4.	Brüssel	Ausschüsse	
25.-27.4.	Ljubljana	Ten-T-Days	

19. März 2018

April 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

letzte Woche Dienstag befand sich Straßburg quasi im „Ausnahmestand“: Präsident Emmanuel Macron kam zu Besuch ins Europaparlament. Wir hatten noch nie so viel und so eifriges Polizeiaufgebot im großen Umkreis ums Parlament. Seine Rede und die folgende Diskussion mit dem Parlament stellten auch eindeutig den Höhepunkt der Sitzungswoche dar. Daneben beschäftigte uns natürlich der Einsatz chemischer Waffen in Syrien – auch darauf ging Macron ein, indem er dieses Vorgehen der dortigen Regierung scharf verurteilte.

Die Woche davor in Brüssel stand für mich ganz im Zeichen der lang erwarteten Ozeanplastik-Ausstellung, und die begleitenden Konferenzen hielten mein ganzes Team in Atem.

Was war noch? Die niedersächsische FDP startet einen gründlichen Reformprozess, begonnen auf dem Landesparteitag „Willkommen auf dem neuen Weg“ in Hannover, bei dem wir auch den noch amtierenden Juli-Bundesvorsitzenden Konstantin Kuhle MdB mit über 90 % als neuen Generalsekretär wählten. Und in Brüssel beginnt

langsam der Endspurt für europäische Gesetzgebungen dieser Amtsperiode – die Ratspräsidenten von aktuell Bulgarien, dann Österreich und Anfang nächsten Jahres Rumänien bekommen jede Menge zu tun. Dazu später mehr.

Viele Spaß beim Lesen und herzliche Grüße!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Debatte mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Zukunft der EU

Dienstag war der französische Präsident Emmanuel Macron im Europäischen Parlament in Straßburg zu Gast, um mit uns Abgeordneten über die Zukunft Europas zu diskutieren. Er war damit der vierte europäische Staats- und Regierungschef, der auf Einladung des Parlaments zu diesem Thema sprach.

In seiner Rede betonte der Präsident, dass die europäische Demokratie die beste Chance für Europa sei und dass es einer neuen europäischen Souveränität bedürfe – quasi als „Nabelschau der ersten Stunde“, wie er es nannte. Die europäische Demokratie müsse strukturierte, aber lebhaft Debatten um konstruktive Lösungsansätze führen. Unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt hielt wie gewohnt eine emotionale und feurige Rede wofür er als erster Applaus von Emmanuel Macron erhielt. Er kritisierte die mangelnde gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik, die Schwäche der EU und das mangelnde Tempo aufgrund oft absurder Einstimmigkeitsprinzipien. Außerdem forderte er zu mehr Mut und einem Neuaufbruch auf.

In seiner Antwort auf die Reden der Fraktionsvorsitzenden verwies Präsident Macron unter anderem auf die Notwendigkeit von nationaler und europäischer Terrorismusbekämpfung, Afrikahilfen, Solidarität innerhalb sowie an den Grenzen der EU und auf die Reform des Asylsystems in Richtung des deutschen Systems, welches effektiver sei als das französische. Des Weiteren bekannte er sich zu der langfristigen Eingliederung der Balkanstaaten in die EU, unter der Bedingung, dass zuerst eine vertiefte Integration der EU stattfinde. Er befürwortete ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, welches schon heute Realität sei, die Weiterentwicklung des Spitzenkandidatensystems und einen gemeinsamen Datenschutz auf europäischer Ebene. Chemiewaffen dürften nicht geduldet werden und der IS müsse weiterhin energisch bekämpft werden. Ein Aufbau eines neuen Syrien bedürfe jedoch auch Gesprächen mit Russland. Präsident Macron warb ebenfalls für einen autonomen Energiemix in der EU zu dem auch Kernkraft, Kohle oder Diesel gehören. Erneuerbare Energien müssen weiterentwickelt werden und eine Energieabhängigkeit, beispielsweise von Russland durch Nordstream 2, müsse vermieden werden. Es gab sehr viel Anerkennung für den proeuropäischen Kurs des französischen Präsidenten, aber auch kritische Nachfragen und Anmerkungen, sodass eine lebhaft und produktive Diskussion entstand, die fast eine Stunde

länger dauerte als angesetzt – auch weil der Präsident sich viel Zeit für ausführliche und detaillierte Antworten nahm.

Mein Fazit: Emmanuel Macron ist ein charismatischer wie auch pragmatischer Visionär, der unsere Unterstützung verdient und den wir für die Zukunft der EU brauchen!

Parlament verabschiedet ausgewogene Recyclingziele

Nach langer Verhandlungszeit haben Rat und Parlament sich endlich auf ein Gesetzespaket zur Kreislaufwirtschaft einigen können. Dieses umfasst unter anderem realistische Recyclingziele, präzisierte Methoden zur Ermittlung der Recyclingquoten und den Auftrag zur Reduzierung von Meeresmüll. Das Plenum des Parlaments hat das Paket am Mittwoch verabschiedet.

Die Vermeidung von und – soweit nicht möglich - Trennung von Abfall, Sammlung und

Wiederverwertung sind wichtig, denn nur so können Verbrennung und Deponierung verhindert und in der Zukunft weitgehend beendet werden. Dies kann einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten und den Verbrauch von Rohstoffen entscheidend senken. Wichtig ist allerdings auch, den Mitgliedstaaten auf die Sprünge zu helfen, die bei der Wiederverwertung von Abfällen weit hinter den Zielen liegen! Der Text sieht eine Recyclingquote von Haushaltsabfall in der EU von 65% bis 2035 vor. Das ist die Quote, die die Kommission ursprünglich vorgeschlagen hatte. Zwar hatte das Parlament mehr gefordert, aber letztendlich ist es besser, realistische Ziele zu haben als zu überambitionierte, die dann nicht erfüllt oder schöngerechnet werden. Letzteres soll durch eine bessere Methode für die Messung der erreichten Recyclingquote verhindert werden. Die Methode regelt die Quotenbestimmung europaweit klarer, um allzu freie Interpretation durch Mitgliedstaaten zu beenden. Schließlich soll tatsächlich Recycling gemessen werden und nicht zum Beispiel Verbrennung. In der Vergangenheit haben manche Mitgliedstaaten, auch Deutschland, an dieser Stelle sehr kreativ gearbeitet und bessere Recyclingquoten ermittelt als gerechtfertigt waren.

Besonders freut mich, dass das Paket außerdem den Auftrag an die Mitgliedsstaaten enthält, Meeresmüll in ihren Vorsorgemaßnahmen zur Müllbeseitigung aufzugreifen. Zusätzlich sollen sie sich das Ziel setzen, die Vermüllung der Ozeane durch ambitionierte Maßnahmen zu stoppen. Eine meiner Forderungen, Stoffe, die mehrfach recycelt werden können, zu fördern, wurde in den Gesetzestext übernommen und unterstreicht somit den Gedanken.

Der Entwurf muss noch formal vom Rat angenommen werden und wird voraussichtlich im Mai im Plenum des Parlaments unterzeichnet.

Key Debate: Aussprache mit dem Rat und der Kommission und die Entlastung der EU Agenturen

Die Plenarsitzung in Straßburg am 18. April bot wie immer die Möglichkeit, mit dem Europäischen Rat und der Kommission über die Tagung des Europäischen Rates vom 22./23. März 2018 zu sprechen.

Nach den Statements der beiden Präsidenten der Institutionen konnten sich zuerst die Fraktionsvorsitzenden äußern und im Anschluss wir Abgeordneten. Herr Tusk präsentierte die

Ergebnisse der Tagung des Rats und äußerte sich dabei unter anderem zu dem Fall Skripal und dem Umgang mit russischen Diplomaten in der Union, sowie über Chemiewaffen und darüber, dass diese auf keinen Fall ohne Konsequenzen eingesetzt werden dürfen. Zudem sprach er seine Unterstützung für die Schritte der Kommission im Umgang mit den amerikanischen Strafzöllen aus. Junker ergänzte anschließend die wichtige Rolle der Westbalkanstaaten und die Relevanz einer engen Zusammenarbeit mit ihnen. Im Anschluss sprach sich unser ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt erneut für die Wahrung der Bürgerrechte beim Brexit aus und er forderte zudem den Rat dazu auf, endlich Ungarn und Polen auf die Agenda setzen.

Der zweite wichtige Punkt auf der Tagesordnung war die Entlastung der Haushalte 2016 der verschiedenen EU Agenturen, wie beispielsweise der Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) oder der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA). Bei der Aussprache zu der EMSA habe ich mich sehr positiv über diese Agentur geäußert, da ich bei der Prüfung als Berichterstatterin feststellen konnte, dass sie wirtschaftlich gearbeitet hat und zudem neue Programme entwickeln konnte. Die EMSA ist auch zuständig für die Verhütung von Meeresverschmutzung, für Flugsysteme zur Meeresüberwachung und für die internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung der Flüchtlingsströme im Rahmen der europäischen Küstenwache. Das Parlament darf mit über das Budget entscheiden und deshalb haben wir als Abgeordnete eine wichtige Kontrollfunktion über die Arbeit der Agenturen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Die Meereswochen in Brüssel

Am 9. April starteten für mein Team und mich zwei spannende Wochen: nach mehrmonatigen Verhandlungen und Unterschriftensammlung war es uns mit tatkräftiger Unterstützung der Kommission und des Konsortiums Deutsche Meeresforschung (KDM) gelungen, die internationale G7-Ausstellung „Ocean Plastics Lab“ nach den ersten Stationen Turin und Paris nach Brüssel zu holen -

eine Ausstellung mit dem Ziel, Wissenschaft greifbar zu machen und die Problematik des Plastikmülls im Meer verständlich und interaktiv zu vermitteln. Vom 9. - 19. April befanden sich die Container der Ausstellung deutlich sichtbar direkt vor dem Europaparlament und waren auch für die Öffentlichkeit mit sachkundiger Führung durch Studentinnen und Studenten da.

In den Containern wurden zum Beispiel typische Abfälle ausgestellt, um dann genau zu erfahren, wie lange dieses Plastik braucht um sich zu zersetzen und ob es später schwimmt oder auf den Meeresboden sinkt. Erstaunt hat mich, dass am häufigsten Zigarettenfilter im Meer landen, was vermutlich daran liegt, dass diese häufig einfach nur auf die Straße geworfen werden. Es ging auch um das Thema Wiederverwertung - alles absolut passend für die aktuelle Debatte und Gesetzgebung zu Abfall- und Kreislaufwirtschaft und die europäische Plastikstrategie. Die gesamte Ausstellung sprach jeden Besucher und jede Besucherin direkt an, da einem klar vor Augen geführt wurde, was wir alle durch unsere Müllproduktion in den Meeren bewirken. Denn Plastik hat zwar unser Leben erleichtert und ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken, aber mit teilweise verheerenden Folgen: der Plastikteppich allein im Pazifik ist 1,6 Millionen km² groß - eine Fläche entsprechend Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal und BeNeLux zusammen! Plastik im Meer stellt eine Gefahr dar für Vögel und Tiere und landet in Mikroteilen auch auf unserem Teller. Mittlerweile ist das Thema ja auch in allen Medien präsent.

Die Ausstellung passte zur Zeit ganz besonders gut, da die europäische Kommission erst vor kurzem ihre Plastikstrategie verabschiedet hat. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, die Umwelt vor Verschmutzung durch Kunststoffe zu schützen und gleichzeitig Wachstum und Innovation in der EU voranzutreiben. Ausgangslage sind dafür unter anderem, was auch sehr eindrücklich im „Ocean Plastic Lab“ ausgestellt wurde, die Tatsachen, dass 85% der Abfälle an Stränden aus Kunststoffen bestehen und nur 5% des Wertes von Verpackungsmaterial aus Kunststoff in der Wirtschaft verbleiben. Die Plastikstrategie steht somit also auch im direkten Zusammenhang mit der aktuellen Debatte um die Kreislaufwirtschaft. Ein Ziel ist beispielsweise bis 2030 alle Kunststoffverpackungen auf dem EU-Markt recyclingfähig zu machen. Ich bin sehr froh, dass dem Problem des Plastikmülls in unseren Meeren endlich genug Aufmerksamkeit zukommt, um tatsächlich Verbesserungen zu erreichen. In meinem nächsten Newsletter werde ich Ihnen noch mehr über die neue Plastikstrategie berichten können.

Neben dieser Ausstellung richtete meine fraktionsübergreifende Meeresgruppe „SEARICA“ (www.searica.eu) drei Konferenzen aus. Den Auftakt machte eine Diskussionsrunde mit hochrangigen Vertretern aus Wissenschaft, internationaler und regionaler Politik, Wirtschaft und Industrie und NGOs in kleinem Rahmen zum Thema „Mission: Plastic Free Ocean“. Wir bereiten nämlich gerade auch den nächsten europäischen Forschungsrahmen vor, der nach neuen effizienteren Kriterien mit sogenannten "Missions" gestaltet werden soll. Professorin Mazzucato, Beraterin der Kommission, hält für möglich, dass durch eine "Mission:Plastic free Ocean" und entsprechenden Maßnahmen eine Reduzierung von 90 % des Plastikeintrags in das Meer und zeitgleich eine Halbierung des bereits im Ozean befindlichen Plastiks bis 2025 erreicht werden kann. Das klingt sehr ambitioniert, wurde aber heftig bezüglich Machbarkeit diskutiert und mit weiteren Vorschlägen zur

Umsetzung bedacht. Angereist war für die Runde auch die 17jährige Indonesierin Melati Wijsen, mittlerweile international bekannte Gründerin der Kampagne Bye Bye Plastic Bags, welche sich die Abschaffung von Plastiktüten auf Bali als Ziel gesetzt hat.

Am Dienstag fand dann die Eröffnungskonferenz des „Ocean Plastics Lab“ statt. Der Sitzungssaal im Parlament war mit fast 200 Teilnehmern mehr als "ausgebucht", neben allgemein Interessierten, Umweltverbänden und vielen Vertretern des maritimen Sektors war auch das Parlament gut vertreten, 11 weitere Kollegen hatte ich in die Konferenzen eingebunden, viele Assistenten waren unter den Teilnehmern. Auf dem Podium saß unter anderem Michael Meister, der parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, das die Ausstellung größtenteils finanziert hat - es war seine erste Auslandsreise seit Amtsantritt. Großes Medieninteresse erregten James Honeyborne, Executive Producer der auch schon bei uns im Fernsehen gezeigten BBC Serie „Blauer Planet 2“ mit Sir Richard Attenborough, und die beiden jungen Aktivistinnen Melati Wijsen und Olga Mironenko. Olga ist Wissenschaftlerin und Unternehmerin und nicht nur ausgezeichnet als "Green Talent" und zur Zeit stationiert im Geomar in Kiel, sondern auch Gründerin eines Startups, das aus Plastikmüll aus dem Ozean Möbel herstellt. Das Highlight des Tages bot dann die gemeinsame Besichtigung der Ausstellung mit der offiziellen Eröffnung bei strahlend schönem Wetter.

Zur Abrundung fand am Mittwoch eine weitere große Konferenz mit einem speziellen Fokus auf Inseln statt. Vertreter aus europäischen Inselregionen wie Zypern, Mallorca, Madeira und Sardinien sowie NGOs und politische Akteure befassten sich mit den Schwierigkeiten, die durch Plastikmüll auf Inseln entstehen. Die Konferenz beschäftigte sich explizit mit der Kreislaufwirtschaft und dem nachhaltigen Tourismus, da gerade sehr beliebte und häufig besuchte Ferienregionen eine Lösung finden müssen, um sinnvoll mit dem Müll umzugehen. Mallorca sprach zum Beispiel darüber, dass die Menge an Müll in den Sommermonaten enorm zunimmt und die Touristen - selbst auch mit Verursacher - natürlich klares Wasser und saubere Strände erwarten.

Alles in allem waren die „Meereswochen“ ein enormer Erfolg! Mein Ziel, die Menschen auf das Problem der Verschmutzung der Meere durch Plastik aufmerksam zu machen, wurde voll und ganz erfüllt. Die erste Woche brachte wichtige Akteure zusammen, um auf politischer und auf Unternehmensebene Möglichkeiten zu schaffen für eine Zukunft ohne Plastikmüll in den Meeren. Da zeichnen sich auch neue Geschäftsmöglichkeiten ab mit alternativen Produktreihen, Wiederverwertung (es gibt inzwischen auch Textilien aus Plastikmüll), Filtern für Häfen und Waschmaschinen und vieles mehr. In der zweiten Woche der Ausstellung konnten zudem über 600 Schülerinnen und Schüler durch die Container geführt werden und somit als junge Generation noch mehr über die Problematik lernen und Ideen mitnehmen, wie sie selbst die Meere schützen können.

Lenk- und Ruhezeiten von Kraftfahrern (Schattenberichterstatteerin)

Die „shadow meetings“ für das Mobility Package sind gerade in vollem Gange. Auch für die Revision der Lenk- und Ruhezeiten für Kraftfahrer gab es schon mehrere Treffen auf Abgeordneten- und Assistentenebene. Ausgehend von den 494 Änderungsanträgen hat der niederländischen EVP-Berichterstatteer Wim van de Camp eine Reihe von Kompromissen vorgeschlagen. Es scheint eine Mehrheit dafür zu geben, dass auch leichte Nutzfahrzeuge ab 2,4 t einen Tachographen führen müssen. Damit soll verhindert werden, dass Fahrer von kleinen Fahrzeugen, die Gütertransporte durchführen, bis zur Übermüdung am Steuer sitzen können. Das Übernachten in der Fahrerkabine während der wöchentlichen Ruhezeit soll nur noch auf zertifizierten Parkplätzen mit ausreichend Sanitäreinrichtungen und Sicherheitsvorkehrungen möglich sein. Und der Verkehrsausschuss wird weiter auf eine möglichst schnelle Nachrüstung für LKWs ohne die neuen „smart tachographs“, die ab diesem Sommer für Neufahrzeuge verpflichtend sind, bestehen. Denn dieser Tacho mit Satellitenverbindung zeichnet alle 3 Stunden die Position des Fahrzeugs auf und Betrügereien bei den Lenk- und Ruhezeiten sind sehr viel schwieriger als bei den Vorgängermodellen. Mir ist wichtig, dass es mehr Flexibilität und damit praktikablere Lösungen für Reisebusse oder im Straßenbau gibt. Bis zum Sommer werden wir wohl die Parlamentsposition abschließen und dann im September mit den Trilogverhandlungen beginnen können.

SEARICA: meerespolitische Veranstaltungen im März

Die Konferenzen, die meine Intergroup SEARICA in der dritten Märzwoche veranstaltete, beschäftigten sich mit dem Potential, welches die Meere für die Menschen mit sich bringen und wie man dieses nutzen kann. Das Thema des 20. März lautete „Europe, the Ocean and Feeding the World“. Grundlage für die Veranstaltung bot ein Bericht von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des „Scientific Advice Mechanism“ der Europäischen Kommission. Dieser zeigt die enorme Bedeutung der Ozeane für die Nahrungsmittelproduktion auf. Gemeinsam mit dem zuständigen Kommissar für Umwelt, Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Karmenu Vella, diskutierten Wissenschaftler, Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Vertreter von NGOs und Industrie das Potential von Algen aber auch nachhaltiger Fischerei, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Da Algen einen sehr eigenen Geschmack haben, wird derzeit diskutiert, daß vielleicht eine Eingewöhnungsphase mit Algen-Smoothies oder Algenbier denkbar wäre – eine Vorstellung, die insbesondere passionierten Bierliebhabern wohl wenig gefallen dürfte. Wie die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ganz deutlich machten, muss allerdings darauf geachtet werden nicht zu viel aus dem Meer zu entnehmen, sondern es muss ein Gleichgewicht bestehen, dass das sensible Meeressystem nicht zerstört. In der zweiten Diskussionsrunde ging es deshalb auch um die wirtschaftlich, soziale und ökologisch sinnvolle Nutzung der Meere und den Schutz des sensiblen Ökosystems.

Am darauf folgenden Tag ging es um marine „blaue“ Biotechnologie. Es wurde wieder deutlich, welche Möglichkeiten durch die Nutzung des Meeres entstehen können und welche Technologien hierbei entwickelt und angewandt werden. Diese

eher junge Technologie hat ihre Zukunft noch vor sich, auch wenn bereits zigtausende derart produzierte Medikamente und Kosmetika auf dem Markt sind. Sie kann aber ein wichtiger Wirtschaftsfaktor werden, wie das Beispiel der Bretagne zeigt, wo Universitäten, Forschungseinrichtungen, Wirtschaft und Politik diesen Bereich gemeinsam voranbringen.

Alles in allem waren es zwei sehr spannende Tage, bei denen ich sehr viel über eine neue und innovative Nutzung unserer Meere mitnehmen konnte.

Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (Berichterstatteerin)

Lange habe ich auf diesen Gesetzesvorschlag, der gut zu meiner maritimen Ausrichtung passt, gewartet und die Kommission bei jeder Gelegenheit gefragt, wann die neue „Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen“ endlich veröffentlicht wird. Inzwischen ist es soweit und ich freue mich sehr, dass ich sogar als Berichterstatteerin des Parlaments dafür benannt wurde. Diese Richtlinie ist nämlich ein Element, das helfen soll, Meeresmüll zu vermeiden. Seit Jahren setze ich mich mit SEARICA dafür ein, wie Sie schon auf den vorherigen Seiten dieses Newsletters lesen konnten. Die Kommission hat den neuen Richtlinienvorschlag etwas zurückgehalten, um ihn zusammen mit der Plastikstrategie herauszugeben. Ein Großteil des (Plastik)Mülls in den Ozeanen wird zwar über die Flüsse ins Meer gespült. Aber je nachdem in welcher Gegend man sich befindet, werden auch bis zu 50 % des Meeresmülls von Schiffen über Bord geworfen. Besonders ausrangierte und dann im Wasser umhertreibende „Geisternetze“ werden so hin und wieder entsorgt und können zur tödlichen Falle für viele Meeresbewohner werden.

Die Überlegung ist ganz einfach. Wenn man die Schiffe in den EU-Häfen verpflichtet, allen Müll abzugeben und das zu einem attraktiven Preis, landet weniger – natürlich möglichst gar nichts - im Wasser. Die Idee ist, dass die Müllabgabe automatisch in die Hafengebühren eingerechnet wird. Wenn jeder ohnehin dafür bezahlen muss, spart man auch nichts, wenn der Müll im Meer entsorgt wird. Sowohl Häfen als auch Reeder scheinen dieses neue Konzept, das bisher nur in den Ostseehäfen üblich ist, zu unterstützen. Ich bin allerdings gerade noch dabei, mir ein Bild über die Situation vor Ort in den Häfen zu machen und führe viele Gespräche. Bis Mitte Juni muss ich meinen Berichtsentwurf fertigstellen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- **Im Trilog:** Tierarzneimittel, Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (RED II), Energieeffizienz, Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation
- **Demnächst im Trilog:** Sitz der EMA, Monitoring CO2 und LKW, ACER, Governance der Energieunion, Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich
- **Im Ausschuss:** HTA (Gesundheitstechnologien – Schattenberichtserstatteerin), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ENISA, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten, Entsendung, Maut,

- Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Fairer Wettbewerb im Luftverkehr, Bahnpassagierrechte, Manipulierte Tachostände
- Voraussichtlich noch vor der Sommerpause zu erwarten: Gesetze zur Plastikstrategie, CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm Single Window (elektronische Hafentrachtpapiere), SPC Waver (Patentschutz für Arzneimittel)

III. Terminvorschau

23.4.	Wien	ELF-Mobility-Forum
23.-25.4.	Brüssel	Ausschüsse
24.4.	Brüssel	SEARICA Inselkonferenz
25.-27.4.	Ljubljana	Ten-T-Days (europäische Verkehrsnetze)
27.-28.4.	Sofia	ALDE-Council
2.-3.5.	Brüssel	Fraktion, Plenum
3.5.	Frankfurt a.M.	Grußwort Jubiläum IKW
7.-9.5.	Norwegen	Energie-Reise des Industrieausschusses
11.-13.5.	Berlin	Bundesparteitag
14.-17.5.	Brüssel	Ausschüsse
21.-23.5.	San Sebastian	Externe Fraktionsklausur
24.5.	Brüssel	Ausschüsse
24.-26.5.	Helgoland	Meerespolitische Teamklausur
28.-30.5.	Straßburg	Fraktion, Plenum, Besuch nds. Landtagsfraktion
30.5.-1.6.	Burgas	Europäischer Tag der Meere
2.6.	Berlin	Bundesfachausschuss Verkehr

23. April 2018

Mai 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

neben der andauernden Diskussion zum Brexit und dem Austausch mit Regierungschefs über die Zukunft Europas (zuletzt Bettel/ Luxemburg und Michel/Belgien) beschäftigt uns natürlich auch der Ausgang nationaler Wahlen in den Mitgliedstaaten der EU. Sorgen bereitet allen die neue Regierung in Italien, wo sich zwei sehr gegensätzliche europakritische Parteien verbündet und den Wählern jede Menge versprochen haben, was gar nicht finanzierbar ist - nicht gerade geeignet, um die Stabilität Europas zu befördern. Positiver ist die Wahl in Slowenien zu bewerten: die stärkste Partei stellen zwar auch dort Europakritiker, aber sie haben - trotz aktiver Unterstützung von Victor Orban aus Ungarn - nicht dazugewonnen und können auch keine Regierung stellen, da sie kaum Verbündete finden werden. Die vier liberalen Parteien (fast schon Tradition in Slowenien, dass die Liberalen sich in verschiedenen Bewegungen engagieren) verfügen aber zusammen über deutlich mehr Sitze und könnten damit wieder eine Regierung

bilden, wenn sie sich mit einer der anderen Parteien in einer Koalition zusammenschließen. Spannende Zeiten im Vorfeld der nächsten Europawahlen 2019! Und im Parlament läuft langsam der Countdown für diverse Gesetze bzw. Novellierungen - mehr dazu in diesem Newsletter.

Viele Spaß beim Lesen und herzliche Grüße aus Brüssel!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Aussprache mit dem belgischen Premierminister Charles Michele zur Zukunft der EU

Auf Einladung des Europäischen Parlaments stellte Premierminister Charles Michel seine Idee für eine starke und realistische EU dem Brüsseler Miniplen am Donnerstag, den 3. Mai, vor. Der Liberale verdeutlichte dabei wie wichtig es für die EU sei ihren Mehrwert aufzuzeigen. Gerade aufgrund der aktuellen Vertrauenskrise in die politischen Institutionen und die Medien sei es wichtig, dass die EU sich auf ihre Hauptpfeiler zurückbesinne: Frieden, Sicherheit, Wohlstand, Recht, Freiheit und Demokratie. Natürlich immer unter der Berücksichtigung der Subsidiarität, welche aber eine Zusammenarbeit der Parlamente nicht ausschließe. Europa müsse, laut Michel, in folgenden drei Feldern arbeiten: Wohlstand, Sicherheit und Europäischen Werten.

Die EU müsse Wohlstand herstellen, indem sie beispielsweise die Bankenunion vorantreibe, den Binnenmarkt verwirkliche und am Freihandel festhalte und diesen erweitere, welcher unter den richtigen Bedingungen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt bringe. In Punkto Sicherheit betonte Michel, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantiert werden müsse. Dafür seien die Sicherung der EUAußengrenzen, mehr Kooperation zwischen den nationalen Behörden und einer europäischen Verteidigung innerhalb der NATO notwendig. Im Bereich Migration verwies Michel darauf, dass Migrationsbewegungen zur Menschheitsgeschichte gehören. Dieser Herausforderung sei mit Humanität und Entschlossenheit zu begegnen - dafür müsse die EU ein legales, organisiertes Migrationssystem etablieren. All diese Vorhaben können nur auf der Basis der Europäischen Werte geschehen. Michel mahnte an, dass das Problem nicht bei einer fehlenden Existenz dieser Werte sondern der Anwendung dieser durch Mitgliedsstaaten liege. Deshalb forderte er, dass sich jeder Mitgliedsstaat auf seine jeweilige Anwendung der Grundrechte überprüfen lassen müsse.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen forderte Michel ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Eine Überarbeitung der Verträge sei seiner Meinung nach kurzfristig und mittelfristig nicht notwendig. Es solle kein „Europa a la carte“ geschaffen werden, sondern Rückschritte vermieden und Staaten nicht gegen ihren Willen zu einem bestimmten Verhalten gezwungen werden. Weiterhin nahm er Bezug auf die am Vortag verabschiedete Budgetplanung der EU: Sie müsse diese genauso streng und gewissenhaft vornehmen, wie sie dies von ihren Nationalstaaten verlange.

In der anschließenden Debatte wurde besonders dieser Punkt gerade von den rechten Parteien aufgenommen: Das Budget der EU, welches 1,1% des BIPs der EU entspricht, sei viel zu hoch, Finanzen sollen Teil der nationalen Souveränität bleiben. Darauf antwortet unser ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt, dass die EU dieses Budget benötige. Die aktuellen Krisen bräuchten nicht weniger, sondern mehr Europa. Das höhere Budget bedeute, dass auf der nationalen Ebene Geld eingespart werde. In vielen Politikbereichen, wie zum Beispiel der Europäischen Verteidigung, wäre es ineffizient, dass 28 Mal Geld ausgegeben werde.

Es ist schön, dass mit Charles Michel eine liberale und realistische Vision für Europa gezeichnet werden konnte. Ganz besonders hat mir sein noch hinzugefügter Appell an die Verteidigung der Pressefreiheit gefallen, passend am Tag der Pressefreiheit.

Anhörung von Mark Zuckerberg vor dem Europäischen Parlament

Am Dienstagabend, den 22.05.2018 musste sich der Konzernchef von Facebook für seinen Umgang mit Nutzerdaten vor dem Europäischen Parlament verantworten - der amerikanische Senat hatte im April bereits eine stundenlange Anhörung mit dem jungen Gründer durchgeführt. Hintergrund ist der Datenskandal mit der britischen Firma Cambridge Analytica, bei dem diese sich auf illegale Weise Zugang zu den Nutzerdaten verschafft haben. Die Fraktionsführer der europäischen Parteien hatten die Möglichkeit, in einer Fragerunde Mark Zuckerberg mit den Fragen und Bedenken der europäischen Bürger zu konfrontieren.

Bereits zu Beginn räumte Mark Zuckerberg große Versäumnisse ein: „Wir haben nicht genug getan, um den Missbrauch von Facebook zu verhindern. Das betrifft falsche Nachrichten, die Beeinflussung von Wahlen und Missbrauch. Wir sind unserer Verantwortung nicht gerecht geworden.“ Mit einer reinen Entschuldigung wollte sich jedoch keine Fraktion zufriedengeben. So wurden viele kritische Fragen gestellt, die von der praktischen Anwendung des europäischen Datenschutzes bei Facebook bis hin zur Rolle des Konzerns im internationalen Terrorismus, über Fake-Accounts, Cyberbullying und Falschnachrichten reichten. Die Antworten sollten demnach über vage Lippenbekenntnisse hinausgehen, wie unser ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt in seiner Frage klarmachte: "Mr Zuckerberg has apologised tens of times, but the people have had enough, as the petition initiated by Avaaz, which I today handed to Mr Zuckerberg, highlights."

Zu einer wirklich konkreten Beantwortung der Fragen kam es allerdings nicht, was besonders dem Frageformat geschuldet war. In einem ersten Block hatten die Fraktionsführer die Möglichkeit gesammelt ihre Fragen zu formulieren, die dann im nächsten Block von Zuckerberg beantwortet werden sollten. Raum für Rückfragen war demnach nicht vorhanden und das Frage-Antwortverhältnis lag schließlich bei 60 zu 30 Minuten. Der Facebook-CEO versprach eine vollständige Anwendung europäischer Datenschutzregeln gemäß der neuen Verordnung, die nur drei Tage später in Kraft treten würde, und eine Besserung Facebooks in allen Bereichen. Trotzdem beantwortete er nicht alle Fragen, sondern nur ausgewählte, welches Guy Verhofstadt auch später völlig zurecht als „Cherry-Picking“ bezeichnete. Aufgrund

der allgemeinen Unzufriedenheit über die vielen unbeantworteten Fragen versprach Zuckerberg eine schriftliche Beantwortung, auf die wir Parlamentarier gespannt warten.

Ich begrüße Zuckerbergs Entscheidung sich den Parlamentariern zu stellen, auch wenn ich enttäuscht über das Format der Anhörung bin. So wie ich es für wichtig erachte, den Unternehmen Freiheit und Entfaltung in Europa zu ermöglichen, kann dies nicht auf Kosten der Freiheit und der Rechte von Nutzern erfolgen. Es ist daher notwendig, in naher Zukunft und immer wieder den Datenschutz von Bürgerinnen und Bürgern in Europa zu überprüfen und zu gewährleisten.

Plenardebatte zum „Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027 und Eigenmittel“

In Straßburg wurde im Plenum der Vorschlag der Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen (im EU Jargon auch MFF) diskutiert. Der für Finanzen zuständige Kommissar Günther Oettinger stellte diesen dem Parlament vor. Im Finanzrahmen sieht die Kommission ein Gesamtvolumen von 1,114% des Bruttonationaleinkommens der EU vor. Entscheidende Überlegungen, so Oettinger, seien die Forderungen nach neuen Prioritäten gewesen: Priorität im Vorschlag seien Migration, Grenzschutz, verstärkte Investitionen in Forschung, Innovation und Erasmus Plus. Auf der anderen Seite sei der Brexit und damit das Ausscheiden eines Nettozahlers der EU zu bedenken. Um dies abzufangen, sieht die Kommission zwei Maßnahmen vor: Kürzungen im Agrar- und Kohäsionsetat und eine Erhöhung der Einzahlungen durch die Mitgliedsstaaten.

Im Parlament herrscht zwischen den Fraktionen, aber auch innerhalb der Fraktionen Uneinigkeit zum vorgeschlagenen Finanzrahmen. Insgesamt fordert das Parlament eine Erhöhung des Gesamtvolumens auf 1,3% des EU Bruttonationaleinkommens. Jedoch ist die Frage nach dem „Wie“, also der Verteilung der Mittel entscheidend. Für Linke und S&D sind Kürzungen im Agrar- und Kohäsionssektor inakzeptabel, sie fordern noch einen höheren Gesamtetat. Dieser wird jedoch von den Konservativen abgelehnt. Der polnische konservative Abgeordnete Jan Olbrycht forderte im Zuge dessen den Rat auf, sich für ein Zukunftsszenario der EU zu entscheiden, da dies auch für den Finanzrahmen entscheidend sei. Die S&D legte währenddessen einen stärkeren Fokus auf die Fiskalpolitik und die Erhöhung der Kapazitäten in diesem Bereich - die Krisen in der Eurozone und die aktuelle Situation in Italien zeigten, dass die Kapazitäten und eine Reform der Eurozone dringend notwendig seien.

In der ALDE wird der MFF-Vorschlag seit einiger Zeit heftig debattiert. Es gibt Stimmen für und gegen Kürzungen, entscheidend für uns Liberale ist aber die Qualität der Regelungen für die Ausgaben des Geldes. Die liberale Position ist, dass die Ausgaben in Erasmus Plus, Forschung, der Außengrenzverwaltung und den Eigenmitteln höher sein müssen. Mein französischer liberaler Kollege Jean Arthuis fügte der Debatte ein wichtiges Handlungsprinzip zu: Immer dann, wenn auf der EU-Ebene Zahlungen gebündelt und Vorteile von Skaleneffekten genutzt werden können und durch diese Effizienzsteigerung nationale Zahlungen reduziert werden können, kann das EU Etat gerechtfertigt erhöht werden.

Auch ich spreche mich für einen verantwortungsvollen und effizienten Umgang mit dem Geld der EUBürger aus. Dabei sollte es sich jedoch um pragmatische und nicht um ideologische Lösungen handeln.

Wenn durch die europäische Bündelung von Geldern in bestimmten Bereichen insgesamt Einsparungen gemacht werden können, ist das zu begrüßen. Gleichzeitig dürfen der Brexit und seine Konsequenzen für das EU Budget nicht ausgeblendet werden. Aus meiner Sicht sollten die europäischen Gelder vor allem effizienter ausgegeben werden, zum Beispiel nach den Kriterien des Programms „Connecting Europe Facilities“: Projekte, die zum Ausbau der Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Digitalisierung und Energie gefördert werden, müssen a) nachweislich einen europäischen Mehrwert haben, b) planungsreif sein und c) kontinuierlich Fortschritte zeigen - sonst muss nach dem Prinzip „use it or lose it“ Geld zurückgezahlt werden. Der Haushalt der EU könnte damit viel mehr Positives bewirken.

Aussprache mit dem luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel zur Zukunft der EU

Der luxemburgische Premier folgte seinem liberalen Kollegen Charles Michel um seine Vision für Europa vorzustellen. Anders als Michel besuchte Bettel das Parlament in Straßburg, ein Parlament, das für ihn neben den anderen Parlamenten in Luxemburg und Brüssel großen Symbolcharakter besitzt, wie er sagte.

Als Gründerstaat ist Luxemburg einer der ersten Unterstützer eines Europa mit nationaler Souveränität gewesen. Nun müssen die Mitgliedsstaaten den Weg zur EU beschleunigen, dort, wo es die Bürger unterstützen. Bettel bezieht sich dabei auf Macrons Idee zur Durchführung von Bürgerbefragungen - auch Bettel legt viel Wert auf einen Bürgerdialog. Denn ein Aspekt der Krise derzeit sei, dass die Vorteile der EU als Selbstverständlichkeit hingenommen würden. Für Bettel ist die Tatsache, dass nach dem Brexit die in Luxemburg lebenden Briten die luxemburgische Staatsangehörigkeit beantragt hätten ein klares Zeichen, dass man die Vorteile dieses Bündnisses auch in Zukunft genießen wolle. Zu den Vorteilen gehöre auch die Chancengleichheit. Es müsse eine EU der gleichen Chancen für alle soziale Gruppen geben, die religiöse oder auch sexuelle Orientierung dürfe dabei keine Rolle spielen.

Die EU sei jedoch nicht nur nach innen, sondern auch nach außen ein wichtiger Akteur. Internationale Konflikte und der Klimawandel können nicht national gelöst werden. Weiterhin begrüßt Bettel die Bemühungen der Kommission zur Schaffung eines freien und offenen Welthandels, durch den die Bürger am Wohlstand teilhaben können. Der Binnenmarkt bilde das Fundament der EU und sei direkt mit dem Euro verbunden. Die Währungsunion ließe sich nicht isoliert von der Währungsunion betrachten. In beiden Bereichen wäre eine Vertiefung notwendig, wie die Bankenunion, die Luxemburg aktiv vorantreiben wolle.

Die Abgeordneten zielten in der Fragerunde besonders auf den Schengenraum und Steuerdumping ab. In der Frage um die Aufnahme von allen EU-Mitgliedern in den

Schengener Raum verwies Bettel auf die Kriterien, die erfüllt werden müssen, um diesem Raum beizutreten. Sobald diese erfüllt seien, spräche nichts dagegen die betreffenden Länder in den Schengenraum aufzunehmen. Bettel wies in seiner Antwort den Vorwurf des Steuerdumpings von sich und möchte den Steuerwettbewerb nicht verschärfen. Allerdings sprach er sich für eine gewisse Harmonisierung im Binnenmarkt aus, welches auch den steuerlichen Bereich einschließe.

Ich konnte Xavier Bettel in vielen Punkten zustimmen und denke auch, dass die Europawahl eine Chance und die Pflicht darstellt, Wählerinteressen abzufragen, um diese bestmöglich zu vertreten. Weiterhin stimme ich ihn zu, wenn er sich für den Binnenmarkt und die Bankenunion ausspricht. Um jedoch einen fairen Wettbewerb innerhalb Europas zu garantieren, muss es auch im Bereich Steuern ähnliche Bedingungen geben. Welche Bekenntnisse hier in der Zukunft Luxemburg machen wird, bleibt spannend.

Neu: 3. Mobilitätspaket

Nachdem während der letzten Jahre im Transportbereich eher wenig Gesetzgebungsvorschläge aus der Kommission kamen, liefert die slowenische liberale Verkehrskommissarin Violeta Bulc zum Ende der Legislaturperiode nun alle versprochenen Projekte ab. Schade nur, dass wir vor den Wahlen kaum noch Zeit haben werden, diese Gesetze abzuschließen. Der Transportausschuss arbeitet aber unter Hochdruck, um bis zu den Wahlen eine Parlamentsposition festzuzurren.

Das 1. Mobilitätspaket aus dem Mai 2017 beschäftigt sich mit neuen Regeln für den Straßengüterverkehr. Was muss man vorweisen für eine Lizenz für internationale Transporte? Welchen Lohn bekommen die Fahrer, wenn sie durch Europa fahren? Dürfen Fahrer während ihrer Wochenruhezeit in der Kabine schlafen? Die entsprechenden Gesetze zur Eurovignette, zu Lenk- und Ruhezeiten (mein „Schattenbericht“), Entsendung von LKW-Fahrern und Kabotage haben wir mittlerweile im Verkehrsausschuss abgestimmt. Als nächstes kommt die Abstimmung im Plenum, und sobald der Rat der Verkehrsminister sich auf eine Position geeinigt hat, können die Verhandlungen im Trilog starten.

Das 2. Mobilitätspaket vom November 2017 kümmert sich mehr um Umweltaspekte des Straßenverkehrs. Welche CO₂-Grenzwerte für PKWs und leichte Nutzfahrzeuge ab 2025? Wie wird der kombinierte Verkehr modernisiert, wo die LKWs von der Straße auf die Schiene und wieder zurückwandern?

Bei dem 3. Mobilitätspaket, das Verkehrskommissarin Bulc letzte Woche in Straßburg vorstellte, geht es nun um Digitalisierung und Sicherheit im Straßenverkehr. Fortschrittliche Sicherheitssysteme wie Notbrems- und Spurhalteassistent sind zukünftig Pflicht für neue PKWs. Diese Fahrzeuge sollen auch schon die nötigen Sicherheitssysteme für automatisiertes Fahren an Bord haben. Frachtpapiere von LKWs sollen digital gehandhabt werden und können somit besser zirkulieren, als wenn man immer auf die Papiere warten muss, die der Fahrer mitbringt. Erstmals schlägt die Kommission auch CO₂-Grenzwerte für LKWs vor.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge

Die Qualität der Luft, die wir in unseren Städten und auf dem Land einatmen, wird durch Straßenverkehr stark belastet. Deshalb begrüßen wir den Kommissionsvorschlag, durch die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge zur Verbesserung der Luftqualität beizutragen.

Allerdings ist saubere Mobilität nicht nur Elektromobilität. Es gibt eine Vielfalt von sauberen Antriebstechnologien, die heute schon verfügbar sind und die in Zukunft weiterentwickelt werden. Außerdem stoßen Elektroautos zwar keine gesundheitsschädlichen Abgase aus, werden aber häufig nicht mit „grünem“ Strom angetrieben, und der Herstellungsprozess der Batterien ist auch nicht unbedingt nachhaltig. Wir sollten dem technologischen Fortschritt durch einen zu starken Fokus auf Elektromobilität deshalb nicht vorbeugen. Die Vielfalt von sauberen Technologien sollte geradezu ein Markenzeichen Europas in der Wende zur sauberen Mobilität werden.

Als Schattenberichterstatterin für die Stellungnahme des Industrienausschusses werde ich mich dafür einsetzen, die Definition eines sauberen Fahrzeuges so technologieneutral wie möglich zu gestalten. Somit haben alle sauberen Antriebstechnologien eine Chance, sich im fairen Wettbewerb zu entwickeln und dem Ziel ‚saubere Luft‘ realistisch beizutragen.

Neue CO₂-Grenzwerte für PKW und neue leichte Nutzfahrzeuge

Ende letzten Jahres hat die Kommission vorgeschlagen, den maximal erlaubten Ausstoß für CO₂ von PKWs und leichten Nutzfahrzeugen (also zum Beispiel kleine Liefer- oder Umzugswagen) verbindlich um 15 Prozent bis 2025 zu reduzieren. Bis 2030 soll der Flottendurchschnitt der Hersteller um 30 Prozent sinken. Beides bezieht sich jeweils auf die für 2021 geltenden Grenzwerte von 95 Gramm CO₂/km für PKW und 147 Gramm CO₂/km für leichte Nutzfahrzeuge. Besonders emissionsarme Fahrzeuge sollen bei der Berechnung des Flottenziels mehrfach angerechnet werden, wobei diese weniger als 50 Gramm CO₂/km ausstoßen dürfen.

Generell ist es zu begrüßen, im Straßenverkehr weniger CO₂ auszustoßen. Allerdings ist mir nicht verständlich, warum wir ein Zwischenziel für 2025 benötigen. Es würde völlig ausreichen, nur ein Ziel für 2030 zu haben. Ein zusätzliches 2025-Ziel berücksichtigt nicht die langen Produktplanungszyklen von Autoherstellern. Viele Planungen für die Entwicklungen der nächsten Jahre sind bereits in der Umsetzungsphase. Hier ist ein wenig Flexibilität nötig. Leider fordern Parlamentarier für 2030 utopische Reduktionsziele von etwa 70 Prozent. Einige wollen sogar bis 2030 den Verbrennungsmotor verbieten. Das halte ich für illusorisch. Der Verbrennungsmotor wird auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Fragwürdig, aus meiner Sicht sogar falsch ist die vorgeschlagene einseitige Bevorzugung der Elektromobilität. Nur Elektroautos sollen im Vorschlag ganz angerechnet werden können. Alternativen, wie der Plug-in-Hybrid, nur halb oder weniger. Wir müssen auch daran denken, dass sich nicht jeder ein teures Elektroauto leisten kann.

In meinen Änderungsanträgen setze ich mich dafür ein, dass auch alternative Antriebe, wie Hybride oder Wasserstoffantriebe besser berücksichtigt werden. Außerdem habe ich bei Elektrofahrzeugen eine Begünstigung gefordert, die an deren Reichweite geknüpft ist. Und wenn schon der Ausbau der Elektromobilität vorangetrieben werden soll, dann muss auch dafür gesorgt werden, dass die entsprechende Lade-Infrastruktur vorhanden sein muss. Ansonsten müssen wir unsere Zielvorgaben nochmals überdenken. Auch hierzu habe ich einen Antrag eingebracht.

Wenn wir über Elektromobilität reden, müssen wir uns auch früher oder später die Frage stellen, wie wir CO₂-Emissionen messen. Was nämlich gegenwärtig Usus ist, ist die sogenannten Auspuffemissionen zu messen. Wir sollten ganzheitlicher messen, also woher kommt der Strom oder welche Emissionen fallen bei der Produktion von Batterien an. Es wäre verfehlt, wenn wir uns einreden, wir fahren Autos ohne Emissionen, wenn diese mit Kohlestrom fahren.

Wir sehen einer sehr komplexen und hitzigen Debatte entgegen und ich hoffe, dass es trotz aller Ideologien noch möglich sein wird, eine vernünftige Diskussion zu führen und praxistaugliche Lösungen zu finden.

Single Use Plastics

Am 28. Mai stellte die Europäische Kommission ihren Vorschlag zur Einschränkung der Verwendung von Einwegkunststoffprodukten vor. Bemerkenswert war die Begründung der Europäischen Kommission für die ambitionierten Ziele bei der Verringerung der Meeresabfälle. Dementsprechend stehen die zehn Kunststoffprodukte im Mittelpunkt, die am häufigsten an Europas Stränden und im Meer gefunden werden, von Wattestäbchen über Einweggeschirr bis zu Zigarettenfiltern und Plastiktüten. Hinzu kommen im Meer treibende Fischnetze, welche ein erhebliches Problem darstellen, da sie auch ohne Fischer weiter "aktiv" bleiben.

Neben Verboten einzelner Produkte, für die es bereits problemlos Alternativen gibt, steht dabei auch eine Verpflichtung der Hersteller, sich finanziell an den Kosten der Abfallbewirtschaftung zu beteiligen. Außerdem zielt die Kommission darauf ab, bis 2025 90 Prozent der Einweg-Getränkeflaschen einzusammeln, um sie so recyceln zu können.

Die ambitionierten Vorschläge der Kommission sind sehr zu begrüßen und ich werde mich nun im Parlament für eine zügige Umsetzung dieser Ziele einsetzen. Plastik ist ein sehr praktisches und haltbares Material, das wir in Bezug auf die Einwegprodukte

aber leider falsch verwenden. Dadurch verbrauchen wir nicht nur unnötig viele Ressourcen und verschenken derzeit zu oft die Möglichkeit einer Wiederverwertung, sondern verursachen letztlich eine Verschmutzung der Umwelt mit einem Material, das bis zu 450 Jahre im Meer erhalten bleibt, mit katastrophalen Folgen für die maritime Biodiversität. Dementsprechend setze ich mich auf europäischer Ebene für eine "Mission: Plastic Free Ocean" ein.

Besuchergruppen im Mai/Juni

Die letzten Wochen konnte ich wieder mehrere Besuchergruppen im Europaparlament empfangen. Nachdem ich für die FDP-Fraktion aus dem niedersächsischen Landtag schon zweimal eine Informationsreise nach Brüssel organisiert hatte, kamen meine ehemaligen Kollegen letzte Woche nun für zwei Tage nach Straßburg. Nach einer recht turbulenten Fraktionssitzung konnten sie Kommissarin Violeta Bulc in Plenum bei der Vorstellung des 3. Mobilitätspaket sehen.

Zeitgleich war auch eine weitere Gruppe aus Niedersachsen und Hamburg zu Gast. Sie hatte ebenfalls Glück mit dem Besuch des Plenums und konnte dem Luxemburger Premierminister Xavier Bettel bei seiner Debatte zur Zukunft Europas zuhören. Bei einem Spaziergang nach dem Abendessen zum Bus trafen sie per Zufall Kommissarin Bulc, die alle freundlich begrüßte.

Diese Woche ist eine Gruppe junger liberaler Damen in Brüssel. Das sogenannte Women Empowerment Programm der Friedrich-Naumann-Stiftung bietet ein umfassendes Training für Frauen, die sich noch stärker in der FDP engagieren möchten. Wir organisieren jedes Jahr ein 3tägiges Brüssel-Programm für die Damen, wobei sie die Funktionsweise der EU und die wichtigsten liberalen Ansprechpartner vor Ort kennenlernen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- **Im Trilog:** Tierarzneimittel, Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (RED II), Energieeffizienz, Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation, Monitoring CO2 und LKW, Sitz der EMAACER
- **Demnächst im Trilog:** Governance der Energieunion, Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr
- **Im Ausschuss:** HTA (Gesundheitstechnologien – Schattenberichterstatte(r)in), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ENISA, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Fairer Wettbewerb im Luftverkehr, Bahnpassagierrechte, Gesetze zur Plastikstrategie. Demnächst werde ich meinen Bericht zur Revision der Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen abgeben.

- Voraussichtlich noch vor der Sommerpause zu erwarten: CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm, Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere), SPC Waver (Patentschutz für Arzneimittel)

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Europäisches Verkehrsnetz: Thema in Wien und Ljubljana

Alle, die mal einen Vortrag von mir über meine Arbeit im Europäischen Parlament gehört oder mich dort besucht haben, kennen den bunten „Metroplan“ der EU: eine Übersicht über die neun Hauptverkehrskorridore quer durch Europa, die alle Hauptstädte und Hauptwirtschaftsregionen miteinander netzartig verbinden und damit der freien Mobilität für Menschen, Waren und Dienstleistungen - also auch einem gut funktionierenden Binnenmarkt - dienen. Mir gefällt dieser Plan auch deshalb besonders gut, weil er die Zusammengehörigkeit Europas zeigt. Natürlich sind diese neun Korridore nicht alle gleichermaßen gut „in Schuss“: es gibt viele Baustellen, auch Baulücken - so war bis vor wenigen Monaten das Baltikum per Bahn nicht mit dem Rest der EU verbunden - und erheblichen Verbesserungsbedarf, häufig besonders im grenzüberschreitenden Verkehr. Daher war auch in dieser Förderperiode 2014-2020 drei Mal soviel Geld für Infrastrukturprojekte im Topf als vorher. Wir Verkehrspolitikern sind natürlich dafür, dass auch in der nächsten Periode 2021-2027 genügend europäische Fördermittel zur Co-Finanzierung bereitgestellt werden.

Dies war Thema bei einem Workshop in Wien, zu dem ich als Rednerin von den österreichischen Liberalen NEOS in ihre Diskussionswerkstatt eingeladen war. Natürlich spielten hier besonders die Verbindungen zu Österreichs Nachbarstaaten eine Rolle, wie auch das Großprojekt Brenner-Basis-Tunnel, das eine erhebliche Zeiteinsparung und auch eine deutliche Verbesserung der Lärm- und Umweltsituation in der Urlaubsregion Alpen mit sich bringen wird.

Das gesamte transeuropäische Netz mit optimierten Zukunftsvisionen wird jährlich auf den sogenannten „Ten-T-Days“ diskutiert. Dieses Jahr fand es in Ljubljana statt - zur Freude unserer Verkehrskommissarin Violeta Bulc, die dadurch ausnahmsweise Mal mehrere Tage am Stück in ihrer Heimatstadt verbringen konnte (wenn auch meist dienstlich eingespannt).

Liberales Familientreffen: ALDE-Council in Sofia

Sogar zwei Mal pro Jahr trifft sich der Rat der europäischen liberalen Partei ALDE, dem ich anhöre. Die ALDE-Partei hat wesentlich mehr nationale Mitgliederparteien als die ALDE-Fraktion, auch über die Grenzen der EU hinweg. So gehören auch liberale Parteien aus Aserbeidschan, der Ukraine, Russland oder Weißrussland dazu. Der Rat dient vor allem der Vorbereitung des jährlich an verschiedenen Standorten stattfindenden ALDE-Kongresses, zu dem alle Mitglieder

(sofern als Delegierte gewählt) kommen und aktuelle Beschlüsse fassen können. Aber auch Gäste sind natürlich immer willkommen! Besonderes Highlight war dieses Jahr die Ehrung von Sir Graham Watson, langjähriges Mitglied des Europäischen Parlaments und auch fünf Jahre Fraktionsvorsitzender der ALDE. Nächstes „Großfamilientreffen“ ist Ende des Jahres beim ALDE-Kongress in Madrid.

Europäischer Tag der Meere in Burgas

Am 31. Mai und 1. Juni fand im bulgarischen Burgas die jährliche Konferenz anlässlich des Europäischen Tages der Meere (EMD) statt. Es war bereits mein neunter Besuch und Rednereinsatz beim EMD, der jedes Jahr in einem anderen Mitgliedstaat stattfindet. Dieses Jahr ging es zum ersten Mal an das Schwarze Meer, wo passenderweise eine neue Kooperationserklärung der Anrainerstaaten unterschrieben wurde.

Dominierende Themen waren die Maritime Raumordnung, die ich 2014 als Berichterstatterin für das Europäische Parlament begleitet habe, die Verschmutzung der Meere sowie die Auffangeinrichtungen für Müll in Häfen, für die ich derzeit Berichterstatterin bin.

Als Präsidentin der Searica-Intergroup im Europäischen Parlament war ich gleich an drei Diskussionsrunden beteiligt. Dabei ging es um die maritime Raumordnung im Mittelmeer, die anstehenden Entscheidungen über die Finanzierung der zukünftigen Meeres- und Forschungspolitik sowie die Rolle der Ozeane in den anstehenden Europawahlen 2019. Ich bin sehr dafür, dass Meerespolitik mehr denn je im Fokus steht, denn zur Europäischen Union gehört flächenmäßig deutlich mehr Meer als Land. Damit ist der „blaue Teil“ der EU streng genommen der größte Wahlkreis - und für den setze ich mich über nationale Grenzen hinweg ein.

III. Terminvorschau

04. - 08.06	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Meereskonferenz
04. - 06.06	Brüssel	Besucherguppe Frauenförderprogramm
11.06	Straßburg	Vortrag europäische Seniorenpolitik
11.-14.06.	Straßburg	Fraktion, Plenum
16.06.	Erfurt	Bundes-Mitgliederversammlung Liberale Frauen
18.06	Bremerhaven	Vorlesung Lebensmittelgesetzgebung
18.-21.06.	Brüssel	Ausschüsse

6. Juni 2018

Juni 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

keine leichten Zeiten für Europa! Erstmals hat Italien das Einlaufen eines Schiffes mit afrikanischen Flüchtlingen verweigert. Die „Schwesterparteien“ CDU und CSU

der Regierung in Berlin sind sich so uneinig wie noch nie, Seehofer fordert die Kanzlerin heraus, Ausgang ungewiss. Merkel will und braucht einen Erfolg oder zumindest sichtbaren Fortschritt hin zu einer europäischen Lösung für die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik - wobei im Rat keine Annäherung in Sicht ist. Und im Internet droht eine Zensur - die Abstimmung im Rechtsausschuss unseres Parlaments beschert uns täglich tausende Protest-E-Mails.

Hier nun der Bericht zu meinen aktuellen Arbeitsbereichen, dieses Mal nicht direkt nach der Straßburgwoche und insgesamt zum vorletzten Mal vor der Sommerpause des Europaparlaments.

Herzliche Grüße!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Ratsvorbereitung im Europäischen Parlament in Straßburg

Am Dienstag, den 12. Juni ging es in der Plenardebatte in Straßburg sehr hitzig zu. So musste der Rat dem Parlament Auskunft über derzeitige Diskussionen und Ergebnisse liefern. In der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Sicherung der Außengrenzen und Investitionen in den digitalen Sektor habe es demnach Fortschritte im Rat gegeben. Andere Themen ständen nun auf der Agenda, wie die Bankenunion, der Europäische Stabilitätsmechanismus sowie der Brexit. Allerdings konnte in der Frage um die Reformierung des Dublin-Verfahrens bisher keine Einigkeit erzeugt werden. Laut der Dublin-Verordnung ist das Land für die Bearbeitung von Asylanträge verantwortlich, auf dem Flüchtlinge das erste Mal europäischen Boden betreten. Konsequenz der Dublin-Verordnung war, dass besonders die Mittelmeerländer stark belastet worden sind, während andere EU-Staaten kaum oder gar nicht betroffen waren. Schon in der letzten Legislaturperiode kam es zum Bedauern des Parlaments wegen einer Blockade im Rat zu keiner Einigung über die Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Mitgliedsstaaten, und Dublin blieb bestehen. Im November letzten Jahres hatten wir im Parlament erneut einen Vorschlag zur Reform der Dublin-Verordnung gemacht, um zu einer solidarischeren Lösung zu kommen. Die Diskussion über diesen Vorschlag wurde schlussendlich immer wieder vom Rat vertagt.

Dass es im Rat noch immer zu keinen Fortschritten zur Reformierung der Dublin-Verordnung gekommen war stieß im Parlament bei vielen Seiten auf Unverständnis. Denn Handlungsbedarf ist da, wie wir nun wieder in Italien beobachten konnten. Der italienische Innenminister Matteo Salvini verweigerte einem Flüchtlingsboot die Einreise nach Italien, sodass es zwei Tage vor den Grenzen auf offener See ausharren musste. Währenddessen stritten sich öffentlich Frankreich und Italien um die Verantwortung für die Flüchtlinge, bis Spanien dieses Debakel beendete und die Flüchtlinge einreisen ließ. Die anhaltende Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten führt zu einer Stagnierung in der Frage um die Verteilung von Flüchtlingen. Denn das Vertagen der Entscheidung im Rat bringt solche Situationen hervor, wie wir sie in Italien beobachten können. So betont der Niederländer Frans Timmermans, 1.

Vize-Präsident der Europäischen Kommission: „Es stehen nicht nur Menschenleben auf dem Spiel, sondern unsere Menschlichkeit an sich.“ Recht hat er!

Ich bin davon überzeugt, dass die Mitgliedsstaaten statt einer gegenseitigen Schuldzuweisung lieber ihre Energien bündeln und diese für die Arbeit an gemeinsamen europäischen Lösungen nutzen sollten. Unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt wurde dazu sehr deutlich: Wenn es zu keiner Entscheidung im Rat kommt, kann dieser laut Artikel 265 Lissabonner Vertrag vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden, denn er käme seiner gesetzgeberischen Funktion nicht länger nach. Ein gegenseitiges Blockieren sehen wir auf der Bundesebene zwischen der CDU und CSU. Wir haben im Parlament eine Grundlage für die Reformierung von Dublin geboten, jetzt liegt es an den Mitgliedsstaaten. Ich finde es inakzeptabel, dass es zu solchen Situationen für Flüchtlinge kommt, wie es nun vor Italien der Fall war: Die Regierungen müssen ihre Streitigkeiten beenden und es ist allerhöchste Zeit zu einer europäischen Lösung zu kommen.

Einjähriges Bestehen der Unterzeichnung der Istanbul-Konvention durch die EU

Nachdem die EU vor genau einem Jahr die Istanbul-Konvention unterzeichnet hat, haben wir am 13. Juni im Plenum in Straßburg eine erste Bilanz gezogen. Laut Statistik hat eine von drei Frauen ab 15 Jahren körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren müssen, nur aufgrund ihres Geschlechtsmerkmals. Die Konvention soll Frauen vor Gewalt schützen und deshalb rechtlich bindend wirken. Bisher haben alle EUMitgliedsstaaten die Konvention unterschrieben und doch haben zehn EU Staaten diese noch nicht ratifiziert, darunter die Bundesrepublik. Warum nicht?

Gestoßen wird sich an der Definition von Mann und Frau, bei der das Geschlecht ein soziales Konstrukt sei. So sprechen die rechtspopulistischen Kräfte in den Reihen des Parlaments von „Geschlechterwahnsinn“ und lenken den eigentlichen Fokus der Konvention von der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf die Genderdebatte. Das ist fatal, da damit genau denen in die Karten gespielt wird, die traditionelle, soziale oder kulturelle Zugehörigkeiten als Rechtfertigung für Gewalt gegen Frauen verwenden. Es ist fatal, weil die Rechtspopulisten keine Alternativen erarbeiten, einbringen und etwas an der inakzeptablen Lebensrealität vieler Frauen verändern. Dabei ist der Schutz von Frauen eine Angelegenheit von Frauen und Männern gleichermaßen betont Frans Timmermans, Vizepräsident der Europäischen Kommission: „Ich bin ein Sohn, ein Ehemann und Vater von zwei Töchtern. (...) ich finde es absolut inakzeptabel, dass meine Frauen nicht besser geschützt werden.“

Derzeit wird an einen Verhaltenskodex gearbeitet, der sich aus der Konvention ableiten soll. Meine österreichische ALDE-Kollegin Angelika Mlinar begrüßt die Fortschritte, die in diesen Verhandlungen gemacht werden, mahnt aber auch die fehlende Ratifizierung bestimmter Mitgliedsstaaten an. Dem kann ich mich nur anschließen. Es ist unerlässlich, dass sich Frauen in Europa und auf der ganzen Welt auf ihre körperliche Unversehrtheit berufen können - Machtdemonstrationen durch Gewalt an Frauen dürfen in unserer aufgeklärten Welt keinen Platz haben.

Schließlich handelt es sich bei Frauenrechten um Menschenrechte und um nicht weniger als das.

Aussprache mit dem niederländischen Premierminister Mark Rutte zur Zukunft der EU

In der Reihe über Visionen zur Zukunft Europa fügte sich nun Mark Rutte in die Kette der liberalen Staatsoberhäupter ein mit seiner Rede am Mittwoch den 13. Juni in Straßburg vor dem Europäischen Parlament. Auch er betonte wie seine liberalen Vorgänger, dass die EU dort ansetzen sollte, wo sie auch Mehrwert schaffen könne. Rutte halte es mehr mit Goethe's „In der Beschränkung zeigt sich der Meister“ statt einer immer engeren Union.

Für Rutte bedeute die EU eine Bereitstellung von Sicherheit, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit. Betrachte man die aktuellen internationalen Herausforderungen ließe sich aber ganz klar eine Verschiebung von Macht im multilateralen System erkennen: Russlands Abkapslung von Europa, der Konflikt in Syrien, das Aufsteigen von Wirtschaftsmächten wie Indien und China, aber auch die letzten großen Entscheidungen der USA. Auch deshalb appelliert Rutte daran, die Freundschaft und Allianz mit den Amerikanern nicht aufzugeben, auch wenn der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen und das Iran-Abkommen zu nuklearen Waffen sowie die Einführung von Strafzöllen auf Stahl und Aluminium diese gerade belasten. Die Beziehung zu den USA könne nicht für selbstverständlich genommen werden und man müsse versuchen, so eng wie möglich zusammen zu arbeiten. Um diese Herausforderungen zu meistern sei allerdings Einigkeit notwendig. Einigkeit könne, so Rutte, nicht geschaffen werden indem man einfach in mehr und mehr Bereichen aktiv werde, sondern nur dadurch, dass man sehr gute Politik in wenigen, aber wichtigen Bereichen, mache. Zuerst waren das der Binnenmarkt und die internationale Handelspolitik, danach kam die Währungsunion und der Euro und nun kamen Themen wie Migrationspolitik, die Kontrolle der Außengrenzen und die gemeinsame Sicherheit sowie nun der Klimawandel hinzu. Diese neuen Prioritäten sollen ernst genommen werden. Europa müsse sich für die nächste Migrationskrise vorbereiten.

Schließlich bedeute eine Diskussion über eine Zukunft Europas auch eine Diskussion über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027. Der Brexit bedeute logischerweise eine Reduzierung des Budgets und keine Erhöhung. Innerhalb dieses Budget sollten große Staaten mehr zahlen, jedoch nicht disproportional. Für Rutte ist es klar, dass neue Prioritäten auch im Budget widerspiegelt werden müsse, jedoch bedeute dies, dass Landwirtschaft und Strukturfonds nicht 70% des Budgets darstellen können.

Unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt gibt Mark Rutte in verschiedenen Punkten Recht, betont aber: „Es geht nicht darum, ob wir mehr von der Europäischen Union oder weniger von der Europäischen Union brauchen. Wir brauchen die Europäische Union, darum sollte es gehen,“ und fügt hinzu „ich mag Ihre Formulierung: Ziel ist eine immer perfektere Union (...), eine effektivere Union.“. Auch ich bin der Meinung, dass es sich bei der Höhe des Budgets um keine

Grundsatzfrage, sondern nach einer Frage nach dem „Wie“ handelt. Es muss nachweisbar sein, dass die Investitionen effektiv, planungsreif, nachhaltig und mit europäischem Mehrwert getroffen werden. Insofern stimme ich meinen liberalen Kollegen zu: Ja zu einer EU, die sichtbare Erfolge bringt auf Gebieten wie Luftreinhaltung, die allen Europäern gleichermaßen zu Gute kommt, und Zurückhaltung in Bereichen, die sich nicht für eine Gesetzgebung auf europäischer Ebene eignen und besser in nationaler Kompetenz bleiben sollten.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (Berichterstatteerin)

Nachdem ich die letzten Monate Informationen gesammelt und Gespräche geführt habe, habe ich planmäßig Mitte Juni meinen Berichtsentwurf zur „Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen“ fertiggestellt. Mein englischer Text wird jetzt in alle Amtssprachen übersetzt und am 10. Juli im Verkehrsausschuss vorgestellt. Im Großen und Ganzen unterstütze ich den Kommissionsvorschlag, vor allem das Herzstück der neuen Richtlinie: eine automatische Gebühr für Haushaltsmüll und Plastik für jedes Schiff, das einen EU-Hafen anläuft. Die Idee ist simpel. Wenn jeder ohnehin die Müllabgabe bezahlen muss, spart man auch nichts, wenn der Müll im Meer entsorgt wird. Die Müllgebühren sind gestaffelt nach Art des Schiffes. Ein Kreuzfahrtschiff mit 3000 Passagieren bezahlt natürlich mehr als ein Containerschiff mit 20 Mann Besatzung.

Ich würde auch gerne die Regeln verschärfen, welche Abwasser Schiffe ins Meer leiten dürfen. Vor allem die Rückstände aus sogenannten nassen Scrubbern, mit denen Schwefel aus den Abgasen gefiltert wird, machen mir Sorgen. Die Abgasreinigung bringt nichts, wenn die Rückstände aus den Scrubbern im Meer abgelassen werden und die Schwefelkonzentration als Folge im Wasser ansteigt. Die EU sollte auf UNEbene für ein Verbot dieser Praxis kämpfen bzw. Mitgliedstaaten sollten sie in ihren Hoheitsgewässern verbieten, wie schon in Deutschland und Belgien der Fall. Ich habe ebenfalls vorgeschlagen, dass die Häfen auch genügend Einrichtungen für die Entsorgung von Ballastwasser vorsehen. Diese Wassertanks, die für die Stabilität des Schiffes nötig sind, können Tierchen und Bakterien aus fernen Gewässern enthalten, die für die lokale Meeresumwelt schädlich sind.

Außerdem möchte ich, dass Fischer den Müll, der sich während ihrer Arbeit in den Netzen verfängt, umsonst am Hafen abgeben können. Für die Entsorgung sollen hier nicht die Hafennutzer zahlen, sondern die Hersteller der Produkte oder die öffentliche Hand. Schließlich leisten die Fischer einen Dienst an der Allgemeinheit, wenn sie ihren „Müll-Beifang“ oder sogar aktiv „gefischten“ Müll an Land bringen. An anderer Stelle möchte ich die Fischer allerdings mehr in die Pflicht nehmen. Sie müssen eigentlich melden, wenn ein Netz auf See verloren geht. Netze können reißen oder abtreiben. Alte Netze werden aber auch hin und wieder kostengünstig auf See entsorgt. Diese umhertreibenden Fischernetze werden zur tödlichen Falle

für viele Meeresbewohner und sind auch ein Sicherheitsrisiko für Schiffe. Deswegen habe ich die Meldepflicht für verlorene Netze in meinen Berichtentwurf aufgegriffen und konkretisiert.

Wir müssen das Problem Meeresmüll an der Wurzel packen. Eine automatische Müllgebühr soll ja nicht dazu führen, dass die Schiffe bergeweise Müll produzieren, weil sie dafür nicht extra bezahlen müssen. Deswegen sollen Schiffe, die an Bord und beim Einkauf nachweislich Müll vermeiden, mit einer reduzierten Müllgebühr belohnt werden. Ich setze mich außerdem für einige bürokratische Erleichterungen für kleine Häfen ein. Kleine Freizeithäfen sollen zum Beispiel nicht alle fünf Jahre einen Abfallbewirtschaftungsplan erstellen müssen, um nachzuweisen, dass sie genügend Kapazitäten für die angelieferten Abfälle bereitstellen.

Schnellerer Zugang zu Gesundheitstechnologien HTA (ALDE-Berichterstatterin)

Wie ich bereits berichtete, bin ich von der ALDE zur Berichterstatterin unserer Fraktion zum Thema „Health Technology Assessment“ – kurz HTA – ernannt worden. HTA ist die Bewertung des Zusatznutzens beispielsweise eines Medikaments. Ist ein neues Medikament für eine bestehende Diagnose vorhanden, muss dieses einem HTA unterzogen werden, damit der Zusatznutzen gegenüber der bestehenden Vergleichstherapie nachgewiesen wird. So wird in jedem Mitgliedsstaat der EU entschieden, ob ein Arzneimittel von der Krankenversicherung erstattet wird. Diese Prozedur muss in jedem EU Mitgliedsstaat separat durchgeführt werden, wohingegen die eigentliche Zulassung (also die Sicherheits- und Wirksamkeitsprüfung) zentral bei der Europäischen Arzneimittelagentur (derzeit noch in London) erfolgt. Es liegt also nahe, die klinische Bewertung des Zusatznutzens ebenfalls nur einmalig durchzuführen. Entscheidungen über Erstattungen ist Sache der Mitgliedsstaaten. Deshalb ist es mir besonders wichtig, in der Debatte darauf zu achten, dass wir klinische und ökonomische Bewertung klar voneinander trennen.

Dennoch halte ich es für sinnvoll, hier eine Vereinfachung anzustreben und eine klinische Bewertung zentral nur noch einmal statt 28 bzw. 27 Mal durchzuführen.

Deutschland und viele andere Mitgliedsstaaten sehen das sehr skeptisch, da sie meinen, dass dadurch zu weit in die nationalen Gesundheitssysteme eingegriffen wird. Um dem entgegenzukommen habe ich einen Antrag eingereicht, dass die Mitgliedsstaaten ein wenig mehr Flexibilität haben, indem sie einige (wenige) zusätzliche Bewertungen durchführen können.

Ich habe weiterhin Änderungen eingereicht, dass Medizinprodukte aus dem Gesetz ausgenommen werden, da die Anwendung derer sich von Arzneimitteln wesentlich unterscheidet. Ob Sie eine Tablette in Frankreich, Deutschland oder Bulgarien einnehmen, ist relativ egal – der Effekt bleibt der gleiche. Bei Medizinprodukten – Herzschrittmachern oder künstlichen Herzklappen etwa – hängt der Erfolg größtenteils von einer Reihe von Faktoren (Spezialisierung des Arztes, des Personals) ab, die einen Vergleich als solchen schwierig machen. Außerdem

erstatten die Mitgliedsstaaten unterschiedlich – die meisten legen kein HTA zu Grunde, sondern haben andere Systeme. Man würde ihnen demzufolge ein verbindliches System überstülpen, quasi „umsonst“, da die Erstattungsmuster anders sind.

Ich freue mich auf diese Debatte, da wir im Parlament die Möglichkeit haben, eine starke Gesetzgebung für Arzneimittel zu schreiben und damit dem Rat und den Mitgliedsstaaten insoweit entgegenkommen können, dass wir deren Skepsis in unserer Stellungnahme zumindest zum Teil ausräumen.

Konferenz mit KAGIDER: Future of Work and the Role of Women Entrepreneurship

Auf die liberalen Frauen im letzten Monat folgte nun - zum 4. Mal für mich als Gastgeberin - eine Veranstaltung in Kooperation mit KAGIDER, der Vereinigung türkischer Unternehmerinnen, dieses Mal zur Rolle von Unternehmerinnen in einem von Digitalisierung und Automatisierung geprägten Arbeitsmarkt.

Laut Experten in Studien werden bis 2025 50% der heutigen Jobs aufgrund von künstlicher Intelligenz wegfallen, dafür werden neue Berufe und Arbeitsmodelle entstehen. Auch werden in den nächsten Jahren 90% aller Berufe eine digitale Dimension haben und der Arbeitsmarkt wird sich stark verändern. Gleichzeitig sind Frauen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) unterrepräsentiert: ICT-Studiengänge werden von vier Mal mehr Männern als von Frauen studiert. Wie kann es zu so einer Ungleichheit kommen und wie können es Frauen schaffen in dieser Umgebung erfolgreiche Unternehmen aufzubauen?

Unternehmerinnen wie Ufuk Artan und Heike Schmidt (vom Verband deutscher Unternehmerinnen VDU) berichteten von einer zu geringen Förderung von Frauen in diesem männerdominierten Bereich. Vorurteile wie auch Rollenbilder und eine zu geringe Förderung schränkten die Frauen ein, diese Bereiche für sich zu entdecken und ihre eigenen Unternehmen dort zu gründen. Die Essenz der Veranstaltung war klar: Frauen müssen selbstbewusst erzogen, gefördert werden, sich ihrer Stärken bewusst sein und aktiv diese Zukunftsbereiche nach eigenen Vorstellungen mitgestalten. Dafür ist auch ein gut funktionierendes Frauennetzwerk mit erfolgreichen Vorbildern als „Role-Models“ und Mentorinnen absolut erstrebenswert. Frauen haben viele Talente und beste Voraussetzungen als Unternehmerinnen und auch für Führungspositionen. Wie war doch gleich das Motto der VDU-Gründerin? „Wenn mir ein Mann einen Platz in der Straßenbahn anbietet, lehne ich dankend ab und frage stattdessen nach einem Platz im Aufsichtsrat.“

Donauforum 2018: Konstanz am Schwarzen Meer als Tor zum Atlantik?

Schon in der vorigen Wahlperiode hatte ich mit Silvia Ticau, einer rumänischen Kollegin im Verkehrsausschuss, von der immensen Möglichkeit gesprochen die Donau als europäische Verbindung per Schiff von Konstanz bis nach Rotterdam

oder sogar bis zum Atlantik zu nutzen. Seit 2014 sitzt mit Claudia Tapardel, ihre rumänische Nachfolgerin, im Parlament, und sie spinnt diesen Faden engagiert weiter und hat dafür vor drei Jahren sogar ein Donauforum ins Leben gerufen, das sich jährlich trifft. Da ich überzeugt davon bin, dass eine stärkere Nutzung unserer Binnenschiffahrtswege nicht nur möglich, sondern auch sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch absolut sinnvoll wäre, nehme ich gern regelmäßig als Rednerin an diesen Foren teil.

Dieses Mal stand der Hafen von Konstanza im Mittelpunkt der Betrachtung: auch mit Hilfe europäischer Gelder wird dort die Kapazität gerade erheblich erweitert. Das hat auch damit zu tun, dass die Chinesen mit der Wiederbelebung der Seidenroute per Bahn eine schnellere Alternative zum üblichen Seeweg schaffen wollen, dabei aber auch Schifffahrtswege über das kaspische Meer und das Schwarze Meer einplanen. Folgerichtig war auch der Betreiber eines Hafens in Georgien auf der östlichen Seite des Schwarzen Meers bei der Konferenz, um die mögliche Rolle seines Hafens bei einem neuen Verkehrsweg darzustellen. Natürlich ist es - selbst für den Fall einer künftig durchgängigen Schiffbarkeit der Donau - unvorstellbar, große Containerschiffe auf diesen Weg zu schicken, aber das Schwarze Meer bietet ja auch andere „Ausgänge“. Kleinere Einheiten wären durchaus denkbar für den Frachtverkehr per Binnenschiff. Ich finde solche Überlegungen wichtig. Denn bei wachsendem Warenverkehr weltweit müssen wir alle denkbaren Transportwege in Betracht ziehen - nicht nur Straße und Schiene, sondern auch Wasserwege.

Die Tiefsee - „deeper than blue“

Haben Sie die Serie „Der blaue Planet“ im Fernsehen verfolgt? Dort wurde uns die geheimnisvolle Welt der Ozeane und der Tiefsee nähergebracht. „Tiefer als blau“ war der Zusatz der Konferenz über die Tiefsee in Brüssel, zu der mein Parlamentskollege und SEARICA-Vizepräsident Ricardo Serrao Santos von den Azoren - selber Meereswissenschaftler - eingeladen hatte. Die Azoren liegen sehr exponiert mitten im Atlantik weit vor den Küsten des europäischen Kontinents, die Bewohner dort leben mit und von dem Ozean. In der Konferenz ging es um Artenvielfalt, Schutz der marinen Biodiversität und den Lebensraum Tiefsee, aber auch um Meeresbergbau - ist er möglich und nötig, wenn ja in welchem Ausmaß, um einerseits den Bedarf an Rohstoffen für unsere Industrie zu decken, ohne andererseits das Meer zu sehr aus dem „Gleichgewicht“ zu bringen?

Ich durfte bei der hochinteressanten Veranstaltung das Schlusswort sprechen. Mein Fazit: Wenn es eines Tages zur „Ernte“ der in mehreren 1000 Metern auf dem Meeresboden liegenden Manganknollen kommen sollte, muss dies in vorher international abgestimmter und wissenschaftlich fundierter Weise erfolgen. Wir wissen bei weitem mehr über den Weltraum als über die Tiefsee. Rein theoretisch könnte man zwar einen Teil der Manganknollen, die die für uns so wertvollen seltenen Erden erhalten, „einfach wie Kartoffeln ernten“, wie man mir vor Jahren bei einem Besuch in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover erklärte - nur, dass diese Ernte nicht auf einem Acker an der Erdoberfläche, sondern halt mehrere Kilometer tief in überwiegend unbekanntem Terrain stattfinden würde. Und niemand kann bislang sagen, welche Folgen so eine „Ernte“ auf die Meereswelt als Ganzes hätte. Denn im Gegensatz zu einem Abbau

an Land, wo Auswirkungen regional begrenzt bleiben, ist der Ozean ein Gesamtsystem. Daher wacht auch die Internationale Meeresboden-Behörde über alle Schritte in Richtung eines Tiefseebergbaus.

Aber vielleicht hat ja die aktuell diskutierte Kreislaufwirtschaft zur Folge, dass wir wesentlich umfangreicher als bisher recyceln und damit gar keinen zusätzlichen Bedarf an Rohstoffen haben?

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- **Im Trilog:** Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation, Sitz der EMA, ACER
- **Demnächst im Trilog:** Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr
- **Im Ausschuss:** HTA (Gesundheitstechnologien – Schattenberichterstatteerin), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ENISA, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Bahnpassagierrechte, Gesetze zur Plastikstrategie. mein Bericht zur Revision der Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen, CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm, InvestEU Programm 2021-2027, Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere)
- Voraussichtlich noch vor der Sommerpause zu erwarten: SPC Waver (Patentschutz für Arzneimittel)

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Bundesmitgliederversammlung der Liberalen Frauen in Erfurt

Thüringens Hauptstadt zeigte sich nicht nur von seiner sonnigsten Seite, sondern auch noch in Feierlaune, als wir uns zur Mitgliederversammlung der Liberalen Frauen im zum Kloster gehörenden schönen Neubau trafen: das Altstadtfest lockte neben uns viele Besucher aus der näheren und fernerer Umgebung an. Katja Grosch, unsere alte und neue Bundesvorsitzende, hatte mit ihren Damen ein rundum stimmiges Programm organisiert mit Klosterführung auf den Spuren Martin Luthers, Mittagsimbiss im idyllischen Kreuzgang und der Versammlung in einem zwar modernen Saal, aber umgeben von lauter ehrwürdigen alten Büchern. Kein Wunder, dass wir auch inhaltlich tiefschürfend diskutierten - wobei natürlich die Kampagne „Die FDP soll weiblicher werden“ breiten Raum einnahm. Aber neben den Wahlen (an dieser Stelle nochmal herzlichen Glückwunsch an alle Gewählten!) standen auch andere Themen auf der Tagesordnung wie Einführung der Widerspruchslösung bei Organspenden oder eine Reform der Ausbildung in der

Physiotherapie, unterstützt durch eine Kammer auf Landes- und später auf Bundesebene.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung fand noch eine Veranstaltung zur Abschaffung des § 219a in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung und des Thüringer Landesfrauenrats statt.

Alle Jahre wieder: Vorlesung über Lebensmittelgesetzgebung in Bremerhaven

Seit ein paar Jahren besuche ich regelmäßig den aktuellen Jahrgang Lebensmitteltechnologie unseres Parteifreundes und Bremer Landesvorsitzenden Professor Dr. Hauke Hiltz in Bremerhaven, um über aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen zu berichten. Das geschieht im Rahmen der Einheit „europäische Gesetzgebung“. Hauke Hiltz hat dann jeweils schon das Prinzip der Verhandlungsabläufe zwischen den drei Institutionen Kommission, Parlament und Rat in Brüssel erläutert. Meine Aufgabe besteht darin, „Butter bei die Fische“ zu tun (wie man norddeutsch sagt) und das Ganze durch praktische Beispiele mit Leben zu füllen. Da ging es dieses Mal um Lebensmittelkennzeichnung, Hygieneverordnung, den Bräunungsgrad von Pommes Frites (eine aus meiner Sicht deutlich über das Ziel hinausgeschossene Regelung) und Eindämmung von Lebensmittelverschwendung als Teil der Abfall- und Kreislaufwirtschaft, aber auch um „artfremde“ Themen wie die Qualifizierung für Binnenschiffer, zu denen ich aber anschauliche Beispiele aus den damaligen Trilog-Verhandlungen liefern könnte.

Diese Ausflüge in die Hochschulwelt sind für mich nicht nur interessant, weil ich durch die Diskussion mit den Studentinnen und Studenten jedes Mal Anregungen oder neue Sichtweisen bekomme. Ich bin auch deswegen immer wieder gern dabei, weil das eine gute Möglichkeit ist jungen Menschen den Wert der EU näherzubringen.

IV. Terminvorschau

25. - 28.06.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
26.06.	Brüssel	SEARICA-Konferenz zu Lärm im Meer
27.06	Brüssel	SEARICA-Konferenz zu sauberen Schiffsmotoren
28.06	Brüssel	Drohnen-Konferenz
30.06.	Berlin	Bundesfachausschuss Gesundheit
2. - 5.07.	Straßburg	Fraktion, Plenum
9. - 12.07.	Brüssel	Ausschüsse

26. Juni 2018

Juli 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Special Envoy on maritime policy“ / Sondergesandte für Meerespolitik – das bin ich seit dieser Woche, benannt von dem Präsidenten des Europaparlaments Antonio Tajani. Ich soll als seine Beraterin in maritimen Angelegenheiten fungieren und ihn und damit das Parlament bei internationalen Konferenzen vertreten. So eine Funktion gab es noch nie, und ich freue mich natürlich sehr darüber, da diese Berufung auch eine Anerkennung für mein langjähriges Engagement für die nachhaltige Entwicklung der Meeresressourcen und den Schutz des Ozeans ist (später mehr dazu).

Vor der Sommerpause gab es aber natürlich auch sonst viele Themen, die uns beschäftigt haben: die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens EU-Japan, die vorläufige Zurückweisung weiterer Verhandlungen zur Urheberrechtsreform, Besuch von gleich zwei Staatsoberhäuptern – aus Polen und Österreich -, die Ablehnung des Mobilitätspakets, und meine Meeresgruppe SEARICA war auch wieder aktiv.

Bei mir stehen in den nächsten Wochen Termine im Wahlkreis an, insbesondere mit Hafenbesuchen, da ich jetzt neben der Hafenauffangrichtlinie auch noch die Verordnung zu „Single window“, der elektronischen Bearbeitung von Frachtpapieren in Häfen, bearbeite. Dazwischen steht dann auch bei mir der Sommer-Urlaub an.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer und melde mich wieder im September!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Österreichischer Ratsvorsitz - Agenda und Aussprache mit Bundeskanzler Sebastian Kurz

In der letzten Straßburg-Woche vor der Sommerpause konnten wir gleich zwei Regierungschefs im Plenarsaal empfangen: Zum einen den polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki, über den ich gleich noch genauer berichten werde. Zum anderen den österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz, welcher die Agenda des österreichischen Ratsvorsitzes für die nächsten sechs Monate vorstellte.

Dieser gab sich ambitioniert und betont weltoffen vor dem europäischen Parlament: Der Ratsvorsitz hat als Ziel Brückenbauer zu sein. Trotzdem stellt er den Ratsvorsitz unter das Motto „ein Europa, das schützt“. Doch was genau meint Kurz damit? Er nennt drei Prioritäten, an denen er arbeiten möchte: Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration, ein Europa als Vorreiter in der Digitalisierung und Automatisierung und eine aktive Nachbarschaftspolitik.

Für den Kampf gegen illegale Migration sieht Kurz einen stärkeren Fokus auf Sicherung der Außengrenzen und Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Im Bereich Digitalisierung und Automatisierung geht es Kurz besonders um Wettbewerbsfähigkeit. In diesem Zusammenhang begrüßt er den Vorschlag der Kommission zu einer Ausgleichsteuer für Internet-Giganten. Bezogen auf die Nachbarschaftspolitik ist Kurz wichtig, besonders dem westlichen Balkan eine europäische Perspektive zu geben und diesen Staaten den Weg in die Europäische Union zu ebnen. Sein Ratsvorsitz soll sich laut Kurz besonders den großen und nicht den kleinen Fragen widmen. Dazu nimmt Guy Verhofstadt, Fraktionsvorsitzender der ALDE Stellung: „Es ist ein bisschen anders der Präsident des Europäischen Rates als der Bundeskanzler von Österreich zu sein. Was Du als Ratspräsident machst, ist komplett anders. Du musst Brücken bauen und Kompromisse machen und du musst auch schwere Kompromisse finden.“ - Deswegen darf laut Verhofstadt nicht nur illegale Migration Thema sein, sondern Kurz müsse auch den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) vorantreiben. Oder um es mit Jean-Claude Junckers Worten zu sagen: „Auf den Tisch des Hauses gehören positive Verhandlungen, charmantgetriebene Lösungsansätze. Auf den Teller gehört nicht nur Wiener Schnitzel.“

Und so fragt die Fraktion der Sozialisten (S&D), wie es nun im bilateralen Verhältnis von Deutschland und Österreich aussieht, wo doch CDU und CSU einen Kompromiss aushandeln wollen, der unter anderem Transitzentren vorsieht, die Flüchtlinge an der Grenze zu Österreich zurückschicken sollen. Hierzu wollte Kurz noch keine Aussage treffen, da es sich um keine in der Koalition mit der SPD konsolidierte Regierungsposition handele. Bezogen auf EU-Innengrenzen äußert Kurz jedoch: „Ich verspreche Ihnen, das wir als österreichischer Ratsvorsitz alles in unserer Macht stehende tun werden, um langfristig sicherzustellen, dass es wieder ein Europa ohne Grenzen nach innen geben wird.“ Auf dieses Versprechen gab es spontanen Applaus - meine Kollegen und ich werden ihn beim Wort nehmen. Denn spätestens in sechs Monaten wird sich Sebastian Kurz erneut dem Europäischen Rat vorstellen müssen und darlegen, ob sowohl in den großen als auch in den kleinen Fragen Kompromisse erzeugt werden konnten. Mit dem Brexit, dem MFF und der Reformierung des Europäischen Asylsystems hat Österreich erst einmal alle Hände voll zu tun - ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

Die Zukunft der EU aus der Sicht des polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki

Am nächsten Tag kam nun der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki der Einladung des Parlaments nach, seine Vision zur Zukunft der EU vor dem Straßburger Plenum zu teilen. Es war eine besondere Situation: In der Vergangenheit war Polen immer wieder von der EU ermahnt worden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzuhalten, Auslöser waren die polnischen Verfassungsreformen 2016.

Deshalb war es keine Überraschung, dass Morawiecki bereits zu Beginn klarstellte: Das Christentum habe Europa entscheidend geprägt und erst die Vielfalt auf dem Kontinent ermöglicht. Diese existiere immer unter der Respektierung nationaler Identitäten und bedeute auch, dass die Nationalstaaten ihre Gesetze selbst

gestalten. Europa ist immer noch dabei sich weiterzuentwickeln, meint Morawiecki, allerdings darf es nicht die Augen vor der heutigen Situation verschließen, die eine ganz andere ist als in den 70ern und 80ern oder noch davor. Denn es sei eine Reaktion auf die Krisen entstanden, die er „demokratisches Erwachen“ nennt: Die Menschen wollen wieder selbst entscheiden, denn sie trügen das Gen der Freiheit in sich. Selbst wenn die Integration eine tolle Sache sei, könne diese nicht weiter vorangetrieben werden, wenn die europäischen Bürger nicht dieser Auffassung seien.

Morawiecki fordert deshalb eine Erneuerung des Gesellschaftsvertrags: Die EU müsse den Bürgern Sicherheit und wirtschaftlichen Wohlstand zurückgeben, so wie es zuvor abgemacht war. Um dies zu erreichen nennt er drei Punkte: Die Union 4.0, zu der ein vertiefter Binnenmarkt gehört, Sicherheit und eine Union der Bürger, die diese z.B. auch vor global agierenden Konzernen schützt. Der Binnenmarkt müsse vollendet werden und die Produktivität erhöht, sodass die EU wettbewerbsfähig bleiben könne. Gerade in dem Dienstleistungssektor sieht Morawiecki Nachholbedarf: Während dieser 70% aller Güter in der EU ausmache, würden nur 25% EU-weit gehandelt werden. Auch die aktuell diskutierte Beschneidung der Mittel in der Kohäsionspolitik im MFF sieht Morawiecki kritisch: Dies würde nur mehr Ungleichheiten schaffen. Stattdessen müssten auf nationaler Ebene die Steuersysteme „Schlupflochdicht“ gemacht werden und effektive Rechtslösungen für Steuerbetrüger und Steuervermeider gefunden werden. Auch Monopole im digitalen Sektor sollen bekämpft werden und Investitionen strategisch erfolgen, besonders um saubere Technologien zu fördern und CO2 zu reduzieren.

In Punkto Sicherheit plädiert Morawiecki für die Pläne einer Europäischen Verteidigungsunion und begrüßt die neusten Vorhaben der Kommission. Hierzu gehöre aber auch der Ausbau von Cybersecurity und der Schutz von Außengrenzen, um den europäischen Bürgern Sicherheit zu bieten. Schließlich müsse die EU auch in den Herkunftsländern von Flüchtlingen aktiv werden und einen Marshall-Plan für Afrika erstellen. Eine Union der Bürger beinhaltet laut Morawiecki auch eine ambitionierte Sozialpolitik. Automatisierung, Künstliche Intelligenz, Digitalisierung: all dies führe zu einer Verschiebung von Arbeit zum Kapital - hier müsse die EU aktiv werden und den Bürger vor global agierenden Unternehmen schützen, gerade aus dem digitalen Sektor.

Die Rückfragen aus dem Plenum waren meistens nicht auf Morawieckis Vision als solche, sondern auf Polen als Mitgliedsstaat in der EU gerichtet. Von vielen Seiten kam Kritik zu den Reformen in Polen und immer wieder die Frage, ob Polen noch die Werte der EU wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit teile. ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt drückte dies so aus: „Eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft bedeutet europäisches Territorium und europäische Interessen mit europäischen Leben zu verteidigen. Das ist nur möglich unter einer Bedingung: dem Teilen von Werten wie demokratische Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit, die Regeln des Spiels nun einmal. Die EU ist mehr als ein Binnenmarkt (...), es ist eine Wertegemeinschaft.“ Ich möchte Guy Verhofstadt zustimmen. Die EU hat deutlich mehr zu bieten und ich bin sicher, dass Polen hier in Zukunft eine wichtige Rolle spielen kann, wenn sie sich auf unsere europäischen Werte zurückbesinnen. Europa wird, wie Premier Morawiecki selbst sagt, auch geopolitisch eine immer wichtigere Rolle für jeden Mitgliedstaat spielen. Hinter dem

Zweck und Mehrwert der Union liegen jedoch Werte, die jedes Land respektieren muss.

Die jüngsten Erklärungen des Innenministers Italiens zu Sinti und Roma und Minderheitenrechte in der EU

Vor kurzem sorgte der italienische Innenminister Matteo Salvini erneut für Empörung. Gegenüber dem Fernsehsender Telelombardia kündigte er an, beim nächsten Zensus Sinti und Roma separat erfassen zu wollen, mit Konsequenzen: Sinti und Roma ohne italienische Staatsbürgerschaft wolle er ausweisen, die mit italienischer Staatsbürgerschaft müsse man „unglücklicherweise behalten“. Die separate Erfassung einer Volksgruppe durch eine Zählung erinnerte viele an dunkle Zeiten des letzten Jahrhunderts. Nach der Etablierung der Achse Rom-Berlin zwischen den faschistischen Regimen unter Mussolini und Hitler wurde die „ethnische Säuberung“, wie sie die Deutschen nannten, auch in Italien vollzogen.

Deshalb fordert der italienische grüne Abgeordnete Marco Affronte eine klare Positionierung des Europäischen Parlaments zu diesen Äußerungen. Denn nun sperren, so Affronte, die Mitgliedsstaaten ihre Grenzen und schauen weg. Affronte mahnt: „Europa hat seinen Kompass verloren.“ Wenn das Parlament nicht das europäische Grundprinzip „Einheit in Vielfalt“ ansprache wären Grundwerte in der ganzen EU gefährdet. Deshalb fordere er eine einvernehmliche Ratsposition gegenüber Salvini innerhalb von 24 Stunden.

Die Reaktionen der anwesenden Ratsvertreterin und der liberalen tschechischen Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung Věra Jourová fällt ähnlich aus: Roma in Europa leben häufig immer noch in Armut und sozialer Ausgrenzung. Genau deshalb hat die Kommission vor sieben Jahren eine Strategie zur Integration von Roma aufgesetzt die sich auf vier Bereiche fokussiert: Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnraum. Mit zehn bis zwölf Millionen Roma stellt diese Volksgruppe die größte Minderheit in Europa. Auch deshalb hat die Kommission im Rahmen ihrer Strategie rechtliche, politische und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung erfolgt national und wird aufgrund der unterschiedlichen Integrationsprobleme laut Jourová „sehr individuell“ angegangen. Trotzdem muss sie feststellen: Gerade im Bereich der Online-Gewalt nehmen Roma häufig den Platz von Flüchtlingen ein und werden Opfer von Hassreden.

Meine schwedische ALDE-Kollegin Cecilia Wikström betont, dass sie schockiert ist von den Entwicklungen in Italien und diese ihr „Angst bereiten“. Auch sie fühle sich erinnert an die „dunkelsten Zeiten der Geschichte“. Sie sieht auch den Europarat in der Verantwortung, auf dieses Verhalten zu reagieren. Auch mich empört Herr Salvinis Verhalten: In Europa und ganz besonders in der EU gelten für alle Menschen die Grundrechte, welche absolut und unantastbar sind. Ein solches Aufhetzen gegen eine ethnische Volksgruppe hat in unserer EU keinen Platz, das sollte Salvini als Minister von Italien, einer der Gründerstaaten der EU, klar sein. Wir werden genau beobachten, ob er seinen Worten auch Taten folgen lässt. Dann müsste dies rechtlich überprüft werden.

Ablehnung des Mobilitätspakets (ALDE-Berichterstatterin)

Nachdem wir im Verkehrsausschuss Anfang Juni mühselig eine Position abgestimmt hatten, hat das Plenum alle TRAN-Berichte zum 1. Mobilitätspaket abgelehnt und zurück an den Ausschuss verwiesen. Das war ziemlich frustrierend für alle, die seit Monaten an diesen Themen gearbeitet haben, um mehrheitsfähige Kompromisse zu finden. Es ist vor allem die ungelöste Frage, wann LKW-Fahrer als entsendete Arbeitnehmer gelten, die das Parlament spaltet. Als entsendeter Arbeitnehmer müsste man den LKW-Fahrer nach den nationalen Tarifen vor Ort bezahlen. Nach der TRAN-Position würden LKWFahrer im internationalen Verkehr von der Entsendung ausgenommen, weil man davon ausgeht, dass sie sich jeweils nur wenige Stunden in einem anderen Land aufhalten. Diese Position fand allerdings im Ausschuss nur eine ganz knappe Mehrheit. Deswegen war es nicht verwunderlich, dass sie ebenfalls mit knapper Mehrheit im Plenum gekippt wurde. Obwohl es eine Mehrheit dafür gab, einem LKW-Fahrer, wenn er im Monat mehr als zehn Tage in einem bestimmten Land verbringt, den dortigen Mindestlohn zu bezahlen, wurde der Bericht zur Entsendung am Ende abgelehnt. In der Konsequenz wurden auch die Lenk- und Ruhezeiten und die Kabotage-Vorschriften an den Ausschuss zurückverwiesen, obwohl viele der Hauptpunkte angenommen wurden. Mich hatte gefreut, dass bei den von mir für die ALDE bearbeiteten Lenk- und Ruhezeiten vieles angenommen wurde, was ich für mehr Praxisnähe eingebracht hatte: mehr Flexibilität für Busfahrer und Straßenbauer, Befreiung der Handwerker von der Tachographen-Pflicht im Umkreis von 150 km vom Unternehmensstandort, Vorschläge der Kommission zur Einbeziehung autonomen Fahrens u.a.. Ich hoffe, dass die Mehrheit sich bei der nächsten Abstimmung wiederholt.

Die Koordinatoren des Verkehrsausschusses werden nach der Sommerpause entscheiden, wie weiter verfahren wird. Aber ich hoffe, dass wir auf den sinnvollen Punkten, die wir bisher einbringen konnten, aufbauen können und im Herbst doch noch einen mehrheitsfähigen Text im Plenum einbringen können. Die am 1. Juli neu angetretene österreichische Ratspräsidentschaft hat auch angekündigt, am 1. Mobilitätspaket weiterzuarbeiten. Aber auch dort bleibt abzuwarten, ob sich schnell Fortschritte erzielen lassen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Konferenz zu Drohnen

Hin und wieder organisiere ich Veranstaltungen im Europaparlament, aber die Konferenz zum Thema Drohnen Ende Juni war besonders hochkarätig besetzt. Die Kommissarin Violeta Bulc hat sich extra Zeit genommen, uns ihre Sicht auf die zukünftige Entwicklung des Drohnenmarktes in Europa vorzustellen. Sie selber plant als studierte IT-Spezialistin im November eine große Konferenz zu Drohnen in Amsterdam. Auch der Chef der Europäischen Luftfahrtsicherheitsagentur Patrick Ky hat uns die sicherheitstechnischen Aspekte von Drohnen erklärt.

Zivile Drohnen sind ein extrem spannendes Thema, weil sie sehr viele sinnvolle Anwendungen haben. Es war zum Beispiel ein Vertreter anwesend, der Drohnen für den schnellen Transport von Spenderorganen zwischen Krankenhäusern benutzen möchte. Andere Drohnen düngen große Felder oder inspizieren Industrieanlagen und Eisenbahninfrastruktur auf Sicherheitslecks – daher war auch der Chef der Europäischen Eisenbahnen Libor Lochman da. Dieser zunehmende Drohnenverkehr muss in der Luft natürlich organisiert werden, wie uns die Deutsche Flugsicherung erläuterte. Ko-Organisator der Konferenz war die Drone Alliance Europe, ein Verband von Drohnenherstellern.

SEARICA - Unterwasserlärm

Ende Juni fanden gleich zwei Veranstaltungen meiner Meeresgruppe SEARICA statt. Am 26 Juni ging es dabei um das Thema des Unterwasserlärms, das bisher sehr wenig Aufmerksamkeit bekommen hat, da es nur schwer zu veranschaulichen ist. Die durchaus dramatischen Auswirkungen konnten die rund 40 Teilnehmer bei der Vorführung des Films Sonic Sea im Rahmen der Konferenz nachvollziehen. Geräusche und Lärm reichen im Meer oft tausende Kilometer weit. Am Beispiel eines Wal- und Delphinsterbens zeigte der Film, wie die Sonaraktivitäten der amerikanischen Marine die Gehörgänge und letztlich das Gehirn der Tiere so schädigten, dass diese auf der Flucht vor der Geräuschquelle qualvoll am Strand verendeten. Ein anderes großes Problem ist die Auswirkung seismischer Tests bei der Suche nach Öl- und Gasvorkommen. Hierbei werden im Sekundentakt Explosionen verursacht, die eine Geräuschkulisse verursachen, die es Meeressäugern unmöglich macht zu kommunizieren.

Gleichzeitig zeigte eine auf der Konferenz vorgestellte Studie, dass Fischbestände teilweise kollabieren, da viele Kleinstlebewesen die Tests nicht überleben, wodurch den Fischen die Nahrungsgrundlage fehlt. Insgesamt gesehen sorgt aber vor allem das inzwischen stark angewachsene Verkehrsvolumen auf den Weltmeeren für eine erhebliche Geräuschkulisse.

Gemeinsam mit dem portugiesischen Abgeordneten und SEARICA-Vizepräsidenten Ricardo Serrao Santos und Experten der Europäischen Kommission, des International Fund for Animal Welfare aber auch Kapitän Wolfram Guntermann von Hapag Lloyd wurde diskutiert, wie eine Anpassung von Schifffahrtsrouten, Drosseln der Geschwindigkeit aber auch Schutz- und Ruhezone eine wichtige Rolle dabei spielen können, mit geringen ökonomischen Auswirkungen das Wohlbefinden der Lebewesen im Meer erheblich zu verbessern.

SEARICA - Green Shipping

Gleich am nächsten Tag beschäftigten wir uns dann innerhalb der Intergroup mit „Green Shipping“, also der Dekarbonisierung der Schifffahrt, mit einigen „Wiederholungstätern“ vom Tag zuvor als Referenten.

Gerade die Schifffahrt ist ein Sektor, in dem CO₂ ein ernstes Thema darstellt. So präsentierte uns Christine Berg von der Generaldirektion Mobilität und Verkehr der

Kommission, dass die internationale Schifffahrt im Jahr 2012 allein für 2,2% aller CO₂-Emissionen weltweit verantwortlich war. Schaut man in die Zukunft, wird das Bild noch einmal kritischer: bleibt alles so wie es ist, kommen - abhängig von den Entwicklungen in Wirtschaft und Energie - Schätzungen auf eine Steigerung von 20 bis 210% zwischen 2020 und 2050. Was kann also getan werden, um den Schiffsektor emissionsärmer zu machen?

Auf diese Frage gibt es verschiedene Antworten und das ist auch gut so! Ich persönlich glaube, dass es oftmals gewinnbringender ist an unterschiedlichen Stellschrauben zu drehen, statt sich auf eine Lösung starr festzulegen. So erklärte Valentine Willmann von der Organisation HyER (European Association for Hydrogen and fuel cells and Electromobility in European Regions) das Potential von Wasserstoff und Brennstoffzellen und die notwendige Infrastruktur, die dafür geschaffen werden soll. Aber auch eine Optimierung der Beschleunigung und Schnelligkeit der Schiffe kann entscheidende Beiträge zur Reduzierung von Emissionen bieten. Wenn Häfen den optimalen Weg in den Hafen angeben, bzw. große Containerschiffe in einem Zuge be- und entladen, kann dies unnötige Strecken und damit CO₂-Ausstoß vermeiden. Eine weitere Alternative zum Diesel soll auch flüssiges Erdgas (kurz LNG) bieten. Dieses findet immer mehr Anwendung im Schiffsektor und kann einen Teil zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen beitragen. Alles in allem ist es beeindruckend, wie viele Möglichkeiten uns schon heute durch die Technologie geboten werden - hier wird uns sicher in den nächsten Jahren noch einiges erwarten.

Europaforum der Naumann-Stipendiaten

Man kann es schon beinahe eine Tradition nennen, dass die Naumannstipendiaten zusammen mit Vertretern liberaler Partner zu Besuch in das Parlament kommen, um aktuelle europäische Themen zu diskutieren. Ins Leben gerufen wurde dieses Format von meinem Assistenten und Altstipendiaten Klaas de Boer, der in Absprache mit der Friedrich-Naumann-Stiftung und der stipendiatischen Organisation der Stiftung einen bunten Strauß an Themen zusammengestellt hat: Handelskrieg mit Trump, Fake-News, Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um nur ein paar zu nennen.

Ich selbst konnte die Stipendiaten wie schon bei den Besuchen zuvor bei einem Mittagessen treffen und Einblicke zum Leben eines Parlamentariers und in meine Arbeit bieten. Besonders interessierte die Stipendiaten meine Arbeit zu Plastik im Meer, was mich sehr freute, da der Ozean bekanntlich meine große Leidenschaft ist. So war es erneut schön, junge und engagierte Menschen im Parlament zu empfangen!

Ernennung zur Sondergesandten für Meeresspolitik

Meeresspolitik ist ein weitreichendes Feld. Es umschließt sowohl die Probleme von Plastikverschmutzung im Meer und die vom Klimawandel verursachte Abnahme des Sauerstoffgehalts als auch das Potential des Ozeans als Transportweg und Quelle

von Energie, Rohstoffen und Nahrung. Im Europäischen Parlament ist Meerespolitik allerdings über verschiedene Ausschüsse verteilt.

Daher hat mich der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani zur Sondergesandten für Meerespolitik ernannt, um ihn in diesem Politikfeld zu beraten. Der Ozean ist geographisch gesehen der größte europäische Wahlkreis, aber ohne Wähler. Jetzt hat er endlich eine Stimme im Europäischen Parlament. Das ist eine großartige Chance und ich werde mich dafür einsetzen, dass die Bedeutung des Ozeans für unser Wohlergehen und die Zukunft des Planeten weiter anerkannt wird.

Ich freue mich darauf, eng mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments zusammenzuarbeiten, um eine ambitionierte meerespolitische Agenda zu entwerfen. Die EU ist in vielen Bereichen bereits ein Vorreiter, aber die großen Herausforderungen wie Plastikverschmutzung und Klimawandel machen weitere Handlungen unabdingbar.

Gerade der Müll im Meer ist für viele Bürgerinnen und Bürger der EU ein wichtiges Thema. Das Europäische Parlament zeigt mit der Ernennung einer Sondergesandten für Meerespolitik, dass ihre Sorgen und Interessen auf europäischer Ebene Gehör finden. In den nächsten Monaten werde ich eng mit Politikern, Bürgern und Interessensvertretern zusammenarbeiten, um eine weitreichende Meerespolitik in Europa aber auch weltweit voranzubringen. Einen Schwerpunkt wird dabei die Jugend für maritime Bildungsprojekte ausmachen, denn nur so kann sichergestellt werden, dass auch sie von dem größten Lebensraum der Erde profitieren wird.

Als Sondergesandte bin ich dafür zuständig, den Parlamentspräsidenten persönlich über Entwicklungen der Meerespolitik zu informieren, ihn bei Konferenzen und anderen Veranstaltungen zu vertreten sowie bei der Ausarbeitung von politischen Positionen im Bereich der Meerespolitik bis zum Ende des Mandats zu unterstützen.

Seit 2009 arbeite ich als Europaabgeordnete im Bereich der Meerespolitik. 2010 war ich Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für eine Integrierte Meerespolitik (IMP), 2014 für Maritime Raumordnung (MRO) und derzeit bin ich Berichterstatterin für die Richtlinie zu Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände. Außerdem bin ich seit 2014 Präsidentin der Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (Searica) des Europäischen Parlaments.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:** Sitz der EMA, ACER, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr
- **Demnächst im Trilog:** ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich)
- **Im Ausschuss:** HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatterin), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ENISA, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package

(Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Bahnpassagierrechte, Gesetze zur Plastikstrategie. mein Bericht zur Revision der Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen, CEF (Europäische Infrastruktur-förderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm, InvestEU Programm 2021-2027, Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere – ALDE-Berichterstatterin)

II. Aus Deutschland und aller Welt

Besuch des EDEKA-Lagers in Lauenau

Wann immer ich mit dem Auto in den letzten 9 Jahren nach Brüssel unterwegs war, kam ich daran vorbei - jetzt war ich zu einem Besuch im EDEKA-Lager in Lauenau, direkt neben der Autobahn. Spannend war dabei nicht nur der Rundgang durch die einzelnen sehr unterschiedlich temperierten Hallen - wir haben insbesondere den Kühlsektor inspiziert, ausgerüstet mit warmen Jacken, ungewöhnlich im Hochsommer. Entscheidend für die Qualität der Tiefkühlprodukte und der Frischwaren ist natürlich eine garantiert ununterbrochene Kühlkette mit entsprechend konstanter angemessener Temperatur. Das erfordert einen hohen Energieeinsatz und stellt einen hohen Kostenfaktor dar. Es wurde daher viel zur Verbesserung der Energieeffizienz unternommen. Die Abwärme des Kühlbereichs wird zum Heizen und für Warmwasserproduktion genutzt, aber es bleibt immer noch eine Menge über.

Beeindruckend fand ich den relativ hohen Prozentsatz an gehörlosen Menschen, die im Lager eingesetzt sind. Um im Team kommunizieren zu können, haben sich einige der anderen Kollegen schon mit Gebärdensprache beschäftigt. Auf meine Frage, wie die gehörlosen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter denn im Falle von Alarm oder Gefahr informiert werden können, bekam ich eine sehr schlüssige Antwort: ein Gerät in der Hosen- oder Jackentasche "informiert" durch Vibration.

Im Gespräch erfuhr ich, dass in einigen EDEKA-Märkten jetzt auch ein Beitrag zur Reduzierung von sonst vorgeschriebenen Plastikfolien an Wurst- und Käsetheke geleistet wird, der den Hygienevorschriften entspricht: als Kunde kann man ein mitgebrachtes Behältnis auf ein Tablett stellen, das dann hinter die Theke gereicht wird, dort wird das Behältnis gefüllt und wieder zurückgegeben. Lobenswert!

Maritime Termine in Hamburg: Ozeandekade und Schiffsmüllentsorgung

Meines Erachtens gibt es wenige Arbeitsplätze mit so lohnenswerter Aussicht: Elbphilharmonie, Landungsbrücken und ein Großteil des Hamburger Hafens liegen der Präsidentin des Bundesamts für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) quasi "zu Füßen". Wie schon bei meinen früheren Besuchen kam ich aber kaum dazu, die vielen Schiffsbewegungen zu beobachten, dazu gibt es immer viel zu viel Interessantes für mich zu besprechen. Thema waren dieses Mal meine aktuelle Arbeit als Berichterstatterin an der Richtlinie für Hafenauffangvorrichtungen und als

Schattenberichterstatterin an der Verordnung "Single Window", durch die jetzt europaweit verpflichtend die elektronische Abfertigung der Frachtpapiere eingeführt werden soll. Häfen stehen zwar unter der Verantwortung der jeweiligen Bundesländer und liegen nicht in der Zuständigkeit des Bundes, aber im BSH laufen viele Informationen und Fäden zusammen und es gibt dort langjährige für mich wertvolle Erfahrungen mit der praktischen Auswirkung von Gesetzen.

Mit der Präsidentin Monika Breuch-Moritz verbindet mich aber auch das Engagement für den Ozean: sie ist als Vizepräsidentin der IOC (Intergovernmental Oceanographic Commission) maßgeblich an der Vorbereitung der Ozeandekade der UNESCO (Start ab 2020) beteiligt und ist daher mit vielen Menschen und Organisationen vernetzt, die ich auch regelmäßig treffe.

Nach diesem sehr spannenden Austausch ging es nach Wilhelmsburg - zunächst zu einer vorbereitenden Gesprächsrunde in der Behörde für Umwelt und Energie, die für die Hafenauffangvorrichtungen zuständig ist und auch die ordnungsgemäße Durchführung der Schiffsmüllbeseitigung überwacht. Danach konnten wir im Hafen an Bord eines Containerschiffs sehen, wie das Ganze praktisch abläuft: ein Entsorgungsschiff hatte längsseits am Containerschiff festgemacht. Nach Ausfüllen und Hin- und Herreichen der erforderlichen Formulare (abgefasst in Deutsch und Englisch) mit Angabe der geplanten Art und Menge der zu entsorgenden Materie (in diesem Fall Ballastwasser und Schlick) wurde der mit einem Tank auf der "Barge" verbundene Schlauch (Durchmesser ca. 10 cm) auf das Schiff befördert und dort mittels MARPOLgenormtem Verbindungsteil montiert. Per Funk wurde dann die Crew im Bauch des Containerschiffes verständigt, dass der Entsorgungsvorgang starten kann. Uns wurde erklärt, dass die schlammige Flüssigkeit optimal auf 60 Grad erhitzt sein soll, damit auch wirklich alles fließt und sich nichts im Schlauch festsetzt. Nach einer halben Stunde war das Ganze erledigt, das entsprechende Formular ausgefüllt und abgezeichnet und die Barge konnte wieder ablegen. Interessant war für mich auch, kurz mit der Crew des Entsorgungsschiffes zu sprechen, gerade nachdem ich mich vor einiger Zeit mit der Ausbildung von Binnenschiffern beschäftigt habe. Auf diesem Gefahrgutschiff sind immer 2 Mann im Einsatz, und zwar 14 Tage am Stück jeweils rund um die Uhr - natürlich auch mit Zeit zum Schlafen. Da sich ja aber die Entsorgungseinsätze nach Häufigkeit der Aufträge und Einlaufen und Liegezeiten der Schiffe richten, sind die Arbeitszeiten sehr unterschiedlich. Es gibt auch auftragsfreie Zeiten, die dann zur Deckpflege und für vor- und nachbereitende Arbeiten genutzt werden. Nach 14 Tagen gibt es 14 Tage frei und die nächste Crew kommt in den Einsatz.

Die Entsorgung von Festmüll, die an Land erfolgt, konnten wir aus Zeitgründen nicht mehr verfolgen. Ein Blick in die verschiedenen Tonnen - jeweils gedacht für getrennte Aufbewahrung von Papier, Glas, Plastik und Speiseabfällen und entsprechend beschriftet - zeigte aber, dass für eine vernünftige Abfallwirtschaft mit Recycling doch noch viel "Luft nach oben" ist: die Tonne "Glas" enthielt beispielsweise alles andere als erwartet, nämlich Müllbeutel und Müll jeder Art statt Glas. Da ist es verständlich, dass die Entsorgungsunternehmen in so einem Fall alles zusammenkippen und verbrennen. Anders sieht es nach Aussagen unserer Gesprächspartner zum Beispiel bei Kreuzfahrtschiffen aus, auf denen die Mülltrennung meist gut funktioniert, so dass auch Recycling statt Verbrennen möglich ist.

IV. Terminvorschau

18. 8.	Hannover	FDP-Landesvorstand	
28. 8.	Neustrelitz	Besuch des DLR	
29. 8.	Stralsund	Ozeaneum und Hafen	30. 8. Soltau Rede beim Festakt „125 Jahre Gymnasium Soltau“
3.-6. 9.	Brüssel	Fraktion, Ausschüsse	
4.9.	Rotterdam	Hafenauffangvorrichtungen, Single Window	
5.9.	Brüssel	SEARICA: Ostsee-Konferenz	
7. 9.	Hemmingen	Europa-Vortrag	
10.-13. 9.	Straßburg	Fraktion, Plenum	

20. Juli 2018

September 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

auf diesen ersten Newsletter nach der parlamentarischen Sommerpause mussten Sie etwas länger erwarten, da ich aufgrund vieler Termine gleich nach der Plenarwoche in Straßburg einfach nicht dazu gekommen bin. Dafür können Sie hier jetzt vielfältige Themen verfolgen: die mehrheitliche Entscheidung, ein Strafverfahren gegen die Regierung Viktor Orbans zu eröffnen, überraschende Aussicht auf ein baldiges Ende der Zeitumstellung, Entwicklung bei den Gesetzgebungen zur Schiffsabfallbeseitigung, zu Einmal-Plastik und zum Urheberrecht.

Interessante Einblicke hatte ich bei meiner Sommertour und dem Besuch verschiedener europäischer Häfen als verantwortliche Abgeordnete für Schiffsabfälle. Europäische Gesetzgebung versucht immer, nach dem Motto „one size fits all“ gleiche Regelungen für alle Regionen der EU aufzustellen. Allerdings unterscheiden sich Gegebenheiten vor Ort doch teilweise sehr stark, und ich halte nichts von Vorschriften, bei denen von vornherein klar ist, dass sie nicht überall praktikabel sind.

Der Countdown für die Gesetzgebung in dieser Legislaturperiode läuft, daher häufen sich die Termine dazu. Die österreichische und ab Januar die rumänische Ratspräsidentschaft hat alle Hände voll zu tun. Mal sehen, was wir noch erfolgreich fertig verhandeln können.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Herbst!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Mit der EU aus der Krise - Debatte mit Alexis Tsipras

In der Reihe der europäischen Staats- und Regierungschefs, die im Straßburger Plenum zur Zukunft der EU sprechen, war der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras zu Gast. Vor drei Wochen hatte er das Ende des achtjährigen fiskalischen Unterstützungsprogrammes in Griechenland angekündigt, nun beschrieb er die aktuelle Situation seines Landes voller Zuversicht und Hoffnung. Griechenland versuche weiterhin sein Bestes, um die Flüchtlingsströme zu bewältigen, während andere Länder Absperrungen und Barrieren gebaut haben. In den letzten drei Jahren erlebe sein Land ein Wirtschaftswachstum von 2,5%, die Arbeitslosigkeit sei um 7% gefallen. Der Ministerpräsident nahm das EU-Rettungsprogramm als ein Beispiel dafür, dass europäische Zusammenarbeit und Solidarität funktionieren können.

Unser belgischer ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt mahnte allerdings, dass die EU für die nächste Finanzkrise nicht vorbereitet ist, auch wenn Griechenland stabilisiert werden konnte. Denn die griechische Krise sei nur ein „kleines Problem“ verglichen mit dem, was noch auf die EU zukommen könnte. Dennoch habe die EU noch immer nicht die erforderlichen Instrumente und Institutionen, um eine eventuelle nächste Krise bewältigen zu können. Momentan hätte man nur die Europäische Zentralbank (EZB) mit Präsident Mario Draghi. Was wir brauchen sei eine Bankenunion, ein gemeinsames Eurozonenbudget und einen Europäischen Finanzminister – Vorschläge, die die Freien Demokraten so nicht alle teilen.

Lage der Union - Jean-Claude Juncker mahnt zur Einigkeit

Wie jedes Jahr hielt der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, im September vor dem Plenum seine Rede zur Lage der Union. Es war wohl das letzte Mal, denn Juncker tritt als Kommissionspräsident 2019 ab. Er forderte die Europäische Union auf, mehr Stärke und Einigkeit zu zeigen. Zunächst wies er auf die zurückliegenden Erfolge der EU hin: Zehn Jahre nach der Finanzkrise im Herbst 2008 hat die Europäische Wirtschaft 12 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen – niemals haben so viele Männer und Frauen in Europa gearbeitet. Er lobte die globale Verantwortung Europas im Zusammenhang mit der Verteidigung des Pariser Klimaschutzabkommens und der Finanzhilfe für Griechenland. Dabei forderte Juncker Europa zu einem stärkeren Zusammenhalt auf, da die Situation in der Welt heute nicht mehr berechenbar sei. Europa soll als internationaler Partner ein souveräner Akteur sein. Besonders osteuropäische Länder mahnte der Kommissionspräsident zu mehr Solidarität bei der Bekämpfung der humanitären Katastrophe in Syrien. Junckers Aufruf: „Vereint als Europäer sind wir eine Kraft, mit der man rechnen muss.“

Man brauche auch eine stärkere Förderung der Europäischen Verteidigungspolitik: Auf alte Allianzen sei immer weniger Verlass. Mit einem „European Defence Fund“ und einer besseren Zusammenarbeit in Gesamteuropa könne man gegen den

Terrorismus und andere externe Bedrohungen kämpfen. Dabei sollten Grenzkontrollen, die im Zuge der Flüchtlingswelle 2015 von einigen Mitgliedsstaaten eingeführt wurden, wieder fallen. Diese symbolisieren einen inakzeptablen Rückschritt für Europa. Lösung sei eine ausgewogene Migrationsreform mit einer verstärkten europäischen Grenz- und Küstenwache, die Weiterentwicklung der europäischen Asyl-Agentur, die Beschleunigung der Regelungen für die Rückkehr irregulärer Migranten sowie mehr legale Wege für Einwanderer und Schutzbedürftige nach Europa. Durch 10 Millionen Arbeitsplätze in Afrika und weitere Investitionen in den nächsten 5 Jahren sollen das Bündnis der Kontinente gestärkt und in der Folge Fluchtursachen bekämpft werden.

Mehrheit für Strafverfahren gegen Ungarn unter Viktor Orbán

Am Dienstag der Plenarwoche hat sich der ungarische Premierminister Viktor Orbán ein weiteres Mal einer hitzigen Debatte im Europäischen Parlament gestellt. Dabei ging es wie schon die letzten Male um den zweifelhaften Umgang der Regierung Orbáns mit den europäischen Grundwerten und den schleichenden Abbau des Rechtsstaates. Doch diesmal lag eine Resolution auf dem Tisch, die die Einleitung eines sogenannten Verfahrens nach Artikel 7 der EU-Verträge forderte. Am Ende dieses Strafverfahrens könnte der Entzug des Stimmrechts für Ungarn in der EU stehen. Orbán war allerdings weniger gekommen, um die Bedenken der Abgeordneten zu zerstreuen, denn um seine eigenen Anhänger zu mobilisieren. Er konnte sich denn auch über Zuspruch der europakritischen Parteien wie der polnischen PiS oder der deutschen AfD freuen. Natürlich stellt seine Partei Fidesz auch die überwältigende Zahl der ungarischen Europaabgeordneten, was für ihn eine deutliche Legitimierung seiner Europapolitik durch die ungarische Bevölkerung darstellt. Jede Nation und jeder Mitgliedstaat habe das Recht, sein Leben in seinem eigenen Land zu organisieren. Dazu gehöre auch die Entscheidung, mit wem man zusammenleben wolle. Das ist natürlich gegen muslimische Einwanderer gerichtet, aber auch mit Personenfreizügigkeit und Minderheitenschutz in der EU nicht wirklich kompatibel. Unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt stellte dann auch fest, dass Ungarn heute nicht mehr der EU beitreten können würde, da das Land unter Orbán die Beitrittskriterien nicht mehr erfülle. Es gehe in der Kritik allerdings nie um das ungarische Volk, dass Orbán durch die Vorwürfe beleidigt sehe, sondern immer nur um die Regierungspolitik Orbáns.

Spannend war, wie sich die Konservativen bei der Abstimmung über eine Einleitung des Strafverfahrens verhalten würden, denen Orbáns Partei Fidesz angehört. Die EVP-Fraktion hatte Orbán bisher immer geschützt. In der namentlichen Abstimmung wurde allerdings deutlich, dass sich immer mehr konservative Abgeordnete von der ungarischen Regierung distanzieren. Die nötige Zweidrittel-Mehrheit konnte mit den Stimmen etlicher Konservativer, darunter auch viele CDUler, erreicht werden. Die CSU-Abgeordneten hielten Orbán die Treue, obwohl ihr Parteifreund Manfred Weber, der EVP-Fraktionsvorsitzende (und vielleicht künftige Kommissionspräsident), sich gegen ihn gestellt hatte. Er hatte die nicht vorhandene Kooperationsbereitschaft Orbáns kritisiert. Die ungarische Regierung hat inzwischen gegen die Abstimmung beim Europäischen Gerichtshof geklagt, weil nach ihrer Rechtsauffassung die Enthaltungen anders gewertet hätten müssen. Doch auch

wenn das deutliche Abstimmungsergebnis im EU-Parlament bestätigt würde, ist die tatsächliche Einleitung des Strafverfahrens noch in weiter Ferne, denn auch die Mitgliedstaaten müssten sich dafür aussprechen.

Das neue EU-Urheberrecht: Scheinlösung?

Schon seit über einem Jahr wird die Urheberrecht-Richtlinie im Rechtsausschuss des Europaparlaments debattiert - ein Zeichen dafür, wie wichtig dieses Thema ist, aber auch, wie herausfordernd es ist, einen ausgewogenen Vorschlag zu finden. Nachdem das Plenum den ersten Entwurf im Juli an den zuständigen Ausschuss zurückverwiesen hat, wurde bis zur letzten Minute an Kompromissvorschlägen gearbeitet.

Leider mit einem - aus meiner Sicht wie auch nach Auffassung vieler Freier Demokraten – unzureichenden Ergebnis. Allerdings prallten die Meinungen bis zuletzt aufeinander, in den meisten Fraktionen gab es verschiedene Abstimmungslinien.

Bei dem Vorschlag geht es darum, das Urheberrecht dem digitalen Zeitalter anzupassen. Da Filme, Zeitungen, Musik oder auch Bücher zunehmend online konsumiert und gekauft werden, muss darauf geachtet werden, dass Künstler, Verlage und Musikproduzenten für ihre Werke angemessen vergütet werden. Da die klassischen Vergütungskanäle zunehmend wegfallen (z.B. gedruckte Zeitungen), stellt sich zurecht die Frage, wie Künstler oder Verleger in der neuen digitalen Welt weiterhin finanziell überleben können. Der Vorschlag, der jetzt dem Rat vorliegt, sieht vor, dass Plattformen künftig für die Verwendung von Inhalten zahlen müssen. Auch wenn diese Idee grundsätzlich richtig ist, wird vergessen, dass das Internet vielen Künstlern erst die Möglichkeit gegeben hat, sich an ein breiteres Publikum zu wenden und die klassischen Musikproduzenten zu umgehen, welche häufig Monopolstellungen im Markt hatten. Zudem wären viele Künstler ohne Plattformen wie YouTube gar nicht erst bekannt geworden. Ähnliches gilt für Schriftsteller und Journalisten. Auch ein strenges Leistungsschutzrecht ist eine Scheinlösung. Das in Deutschland eingeführte Leistungsschutzrecht hat Journalisten und Verlagen bis heute nicht mehr Einkommen garantiert.

Ein anderer kritischer Punkt sind die automatischen Upload-Filter. Sie sollen die heutige Praxis ersetzen, wonach urheberrechtliche Inhalte erst nach einer entsprechenden Anzeige von Plattformen runtergenommen werden. Mit Upload-Filtern besteht aber die Gefahr, dass auch legale Inhalte oder Parodien, sogenannte ‚Memes‘ herausgefiltert werden. Für die Meinungsfreiheit im Internet ist das alarmierend. Zudem bin ich überzeugt, dass der Gesetzgeber keine technischen Lösungen vorgeben soll, da sich Technologien heutzutage schneller ändern, als neue Gesetze verabschiedet werden können. Statt das Rad neu zu erfinden, sollten bestehende Regeln besser durchgesetzt werden.

Auch wenn das freie Internet mit der Abstimmung noch lange nicht „tot“ ist (wie in mehreren 1000 Mails an uns geäußert), wird der Vorschlag seinem Ziel, die Kultur im digitalen Zeitalter zu retten, nicht gerecht. Allerdings ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, denn der abgestimmte Text geht erstmal in die Trilogverhandlungen mit

dem Rat. Danach muss das Parlament noch einmal im Plenum abstimmen, ob es den ausverhandelten und sicher nochmals veränderten Text annimmt.

Eine europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft

Plastik hat unser Leben seit 60 Jahren wesentlich erleichtert und ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken, sei es im Haushalt, in der Industrie oder im Krankenhaus. Kunststoffe sind aber auch außerhalb ihrer eigentlichen Verwendung allgegenwärtig. Sie befinden sich im Boden, im Wasser, als schwimmende Müllinseln in den Ozeanen, an unbewohnten Stränden, im Eis der Arktis, auf dem Meeresgrund und über Fische und Meeresfrüchte sogar in unserem Essen.

Mehr als 380 Millionen Tonnen Plastik werden jährlich weltweit produziert. In Europa wird weniger als ein Drittel recycelt und gerade einmal 6 Prozent in neuen Produkten wiederverwertet. In Form von Plastikflaschen, Verpackungen, Zigarettenfiltern oder Fischnetzen landen Millionen Tonnen im Meer, wo ihre Zersetzung bis zu 450 Jahre dauert, teilweise mit verheerenden Folgen.

Das Europäische Parlament hat deswegen am 13. September in einem Initiativbericht die Kommission aufgefordert, ambitionierte Maßnahmen vorzustellen, um dieses Problem im Rahmen einer Europäischen Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft anzugehen. Dabei geht es um die Art und Weise, wie Kunststoffprodukte in der EU entworfen, hergestellt, verwendet und wiederverwendet werden. Neben umweltpolitischen Argumenten gibt es auch finanzielle Anreize. Derzeit geht der Wirtschaft der Wert von Kunststoffverpackungen zu 95% verloren, was zu jährlichen Verlusten von 70 bis 105 Mrd. Euro führt. Eine innovative und nachhaltige Kunststoffindustrie hat das Potential, Wachstum und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen und gleichzeitig die Treibhausgasemission der EU zu senken sowie den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu reduzieren.

Als Sondergesandte des Präsidenten des Europäischen Parlaments für Meerespolitik und meerespolitische Sprecherin der FDP im EP habe ich mich dabei besonders dafür eingesetzt, dass wir mehr Forschungsprojekte, alternative Produktlinien und konsequente Anwendung der Kreislaufwirtschaft brauchen. Innovation und Startups spielen hier eine wichtige Rolle – vom Upcycling zu Möbeln bis zur Entwicklung neuer Filtersysteme und Technologien zur Säuberung der Meere. Insbesondere die Forderung einer übergreifenden „Mission: Plastic Free Ocean“ war mir ein Anliegen, die erfreulicherweise eine Mehrheit im Parlament gefunden hat.

Ist das Ende der Zeitumstellung gekommen?

Seit ich im Europaparlament bin, setze ich mich für die alte FDP-Forderung nach dem Ende der Zeitumstellung ein. Alle europäischen Länder haben im vergangenen Jahrhundert Sommerzeitregelungen eingeführt, um Energie zu sparen, vor allem in Kriegszeiten oder während der Ölkrise in den 1970er Jahren. Ab 1980 hat die Europäische Union nach und nach Rechtsvorschriften erlassen, um die

unterschiedlichen nationalen Regelungen für Zeitumstellung einander anzugleichen. Heute zeigen Studien allerdings, dass die Energieeinsparungen allenfalls marginal sind. Was abends gespart wird, weil es länger hell ist, wird morgens verbraucht, weil es kalt und länger dunkel ist. Haushalte mit Solarpanels müssen Strom zukaufen, weil die Sonne morgens noch nicht scheint. Gleichzeitig beklagen sich viele über die Störung des Biorhythmus und negative Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier.

Nachdem wir im Europaparlament im Februar in einer Resolution die Kommission dazu aufgefordert hatten, die Notwendigkeit der Zeitumstellung zu überprüfen, hat diese eine Online-Umfrage durchgeführt. Es gingen 4,6 Millionen Antworten ein – so viele Antworten wie noch nie bei einer sogenannten öffentlichen Konsultation. 84% der Befragten sprachen sich dabei für die Abschaffung der Zeitumstellung aus. Danach ging alles ungewöhnlich schnell. Inzwischen haben wir einen Gesetzesvorschlag der Kommission zum Ende der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellungen auf dem Tisch. Die letzte verbindliche Umstellung auf die Sommerzeit würde demnach am Sonntag, den 31. März 2019 erfolgen. Danach müssen die Mitgliedstaaten entscheiden, ob sie zukünftig die Sommerzeit oder die Winterzeit anwenden wollen. Die Hoffnung ist natürlich, dass sich Nachbarländer auf eine Variante einigen, um keine zusätzlichen Zeitverschiebungen innerhalb der EU zu schaffen.

Jahrelang habe ich jedes Mal vor der Zeitumstellung unzählige Beschwerden von Bürgern über ihre gesundheitlichen Beeinträchtigungen bekommen. Nun beschwerten sich die Verfechter der Zeitumstellung: wie könne man auf Grundlage einer Online-Umfrage einen Beschluss fassen, an der zwar ungewöhnlich viele Bürger teilgenommen haben, die aber keinesfalls repräsentativ sei für die 500 Millionen Bürger der EU, zumal dreiviertel der Umfrageteilnehmer Deutsche waren. Ich finde es allerdings durchaus legitim, dass die Kommission auf Grundlage dieses Stimmungstests einen Gesetzgebungsvorschlag herausbringt. Es ist damit ja auch noch nichts entschieden. Wie jede Richtlinie wird dieser Vorschlag nun von den Mitgliedsstaaten und dem Europaparlament geprüft. Wir werden uns damit demnächst im zuständigen Verkehrsausschuss beschäftigen, denn die Zeitumstellung fällt auch wegen der Auswirkungen auf Fahrpläne in unser Ressort.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Nutzenbewertung von Gesundheits-Technologien (ALDE-Berichterstatlerin)

In der außerordentlichen Sitzung des Umweltausschusses am Donnerstag in Straßburg war es endlich soweit. Das lang verhandelte Kompromisspaket zum Bericht über die Nutzenbewertung von Arzneimitteln wurde verabschiedet. Wenn ein Arzneimittel zugelassen wird, muss in den EU-Mitgliedsstaaten jeweils eine Nutzenbewertung durchgeführt werden, damit diese entscheiden können, ob die Krankenkassen es bezahlen oder nicht. Ist ein Medikament effizienter oder

„besser“ als das herkömmliche oder die Standardtherapie, wird dieses neue Medikament erstattet.

Die Entscheidung über die Erstattung, also die ökonomische Nutzenbewertung, ist laut EU-Verträgen Sache der Mitgliedsstaaten. Die EU darf nicht über die Gesundheitsbudgets der Mitgliedsstaaten entscheiden. Dieses Subsidiaritätsprinzip muss gewahrt werden. Andererseits kann eine wissenschaftliche Bewertung desselben Medikaments nicht je nach Mitgliedsstaat voneinander abweichen. Deshalb ist es überflüssig, diese Bewertung 27 bzw. 28 Mal – wobei das gar nicht alle Mitgliedstaaten vornehmen - in der EU durchführen zu lassen. Das bindet Ressourcen der Behörden und der Hersteller, die anders besser eingesetzt werden können. Deshalb waren wir uns im Parlament fraktionsübergreifend einig, dass eine zentrale Nutzenbewertung hier sinnvoll ist.

Allerdings greifen ökonomische und wissenschaftliche Bewertung eng ineinander. Deshalb war es uns wichtig, den Mitgliedsstaaten mehr Flexibilität zuzugestehen. So kann ein Mitgliedsstaat noch zusätzliche Studien anfordern, jedoch nicht solche, die schon zentral vorgelegt worden sind (sodass keine Dopplung entsteht).

Außerdem konnten wir uns auf einen Kompromiss bei der Frage um Medizinprodukte einigen, also vom Herzschrittmacher bis zum Skalpell, dem wohl kontroversesten Thema in diesem Berichtsentwurf. Ich hatte mich dafür eingesetzt, Medizinprodukte vorerst nicht im Anwendungsbereich zu lassen. Ich berichtete bereits in einem früheren Newsletter darüber. Neben vielen praktischen Schwierigkeiten hätte eine Einbeziehung den ohnehin schon enormen Verwaltungsaufwand, der mit der Zentralisierung der klinischen Bewertung einhergeht, noch mehr erhöht. Die EU-Mitgliedsstaaten haben, im Gegensatz zu Arzneimitteln, unterschiedliche Vergütungssysteme für Medizinprodukte, weshalb eine zentrale Nutzenbewertung keinen Mehrwert bringt. Der Kompromiss war also, dass man den Anwendungsbereich auf Hochrisikoprodukte mit noch weiteren Kriterien einengt.

Außerdem hat das Parlament Vorschläge zur bei bislang freiwilliger Zusammenarbeit bereits bewährter Methodik gemacht, da dies die Kommission nicht in ihrem Vorschlag vorgesehen hatte.

Das Interesse am Thema im deutschen Gesundheitssektor ist groß, ich war daher als Referentin bei Konferenzen zum Thema in Brüssel und Frankfurt/Main eingeladen.

Ich bin leider wenig optimistisch, dass wir in diesem Mandat noch Trilog-Verhandlungen mit dem Rat aufnehmen können. Dort gestalten sich die Diskussionen wesentlich schwieriger. Eine Stellungnahme des Rates ist nicht vor nächstem Jahr zu erwarten, und Mitte April beendet das Parlament die Arbeit in dieser Legislaturperiode – dann kommt Wahlkampf, Wahl und Fraktionsneubildung.

Überambitioniert: Neue CO2-Grenzwerte für PKW, leichte und schwere Nutzfahrzeuge

Der Umweltausschuss hat in Straßburg in einer Sondersitzung Forderungen für die Flottengrenzwerte der CO₂-Emissionen von PKWs und leichten Nutzfahrzeugen verabschiedet. Das Ergebnis ist aus meiner Sicht nicht realisierbar und daher enttäuschend: Die von der Kommission vorgeschlagenen Reduktionsziele von -15% in 2025 und -30% in 2030 wurden verschärft auf -20% in 2025 und -45% in 2030. Wie ich bereits berichtete wäre das ursprünglich vorgeschlagene Ambitionsniveau bereits sehr anspruchsvoll und sicher nur mit Technologie-Umbrüchen zu erreichen. Komplette Technologie-Umbrüche auf etwa Elektroautos sind derzeit illusorisch, da die Technologie insbesondere im Langstreckenverkehr noch nicht marktreif ist. Andererseits ist sie teuer und es mangelt vorläufig noch an Infrastruktur. Deshalb hatte ich in meinen Änderungsanträgen auch Vorschläge für mehr Flexibilität gemacht (ein unverbindliches 2025-Ziel und Mehrfachanrechnung für Elektroautos, wenn sie eine bestimmte Reichweite haben, sowie alternative Antriebe). Ich denke, es ist besser, sich realistische Ziele zu setzen als solche die nicht erreichbar sind. Das Ergebnis könnte mit knappen Mehrheiten im Plenum Anfang Oktober noch einmal korrigiert werden – sicher ist dies jedoch nicht.

Gleichzeitig diskutieren wir Flottengrenzwerte für schwere Nutzfahrzeuge, also LKWs und Busse. Die Kommission hat hier die gleichen Reduktionsvorgaben (-15%/-30%) gemacht. Auch hier zielt der Vorschlag ganz klar in Richtung Elektromobilität. Das wäre zwar wünschenswert, aber anders als bei PKWs steckt die Technologie für Elektro-LKWs noch in den Kinderschuhen, weshalb mir nicht klar ist, wie solch ein ambitioniertes Niveau erreicht werden soll. Und genauso wie bei PKWs müssen die Zielvorgaben an die Lade-Infrastruktur gekoppelt sein. Wenn diese nicht vorhanden ist, können keine Elektroautos fahren bzw. keine alternativen Antriebe genutzt werden. Ich habe entsprechende Vorschläge im Umwelt- und im Verkehrsausschuss eingebracht und setze mich generell weiter für Technologieneutralität ein.

Der Zusammenhang zwischen dem Golfstrom und Klimawandel

Als Präsidentin der Searica-Intergroup habe ich am 4. September zusammen mit dem Meteorologischen Institut Dänemarks sowie dem Konsortium Deutsche Meeresforschung eine Frühstücksdiskussion über die Verlangsamung des Golfstroms als Konsequenz des Klimawandels organisiert. Vor rund 50 ausgewählten Teilnehmern diskutierten dabei Wissenschaftler mit Vertretern der Kommission, aber auch Industrie und NGOs über Forschungsergebnisse der vergangenen Jahre. Diese zeigen teilweise dramatische Veränderungen in dem für Europa zentralen Austausch von warmen und kalten Wassermassen durch eine Verlangsamung und Verlagerung des Golfstroms. Diese Zirkulation ist von großer Bedeutung für die einzelnen Ökosysteme, um die Wassertemperatur stabil zu halten. Die Veränderung kann zu kälteren Wintern bei uns und wärmeren Temperaturen an der nordamerikanischen Küste führen, aber auch zu einem geringeren Salzgehalt des Ozeans. Gleichzeitig verdeutlichte die vorgestellten und von der EU geförderten Forschungsprojekte aber auch, wie wichtig marine Forschung für andere Bereiche

sein kann. So ist es mittels Langzeitstudien zu Veränderungen der Wassertemperatur möglich, Temperaturschwankungen von einem Jahr zum nächsten vorauszusagen.

Dementsprechend setze ich mich gerade zusammen mit den anderen Mitgliedern der Searica-Intergroup in den derzeitigen Diskussionen um das Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ nach 2020 für mehr Meeresforschung mit ausreichender Finanzierung ein.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:** Sitz der EMA, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ACER, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr
- **Demnächst im Trilog:** ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich), HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Trinkwasserqualitäts-Richtlinie
- **Im Ausschuss:** Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatterin), CO2 für schwere Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, ENISA, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Bahnpassagierrechte, Gesetze zur Plastikstrategie. mein Bericht zur Revision der Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen, CEF (Europäische Infrastruktur-förderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm, InvestEU Programm 2021-2027, Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere – ALDE-Berichterstatterin)

II. Aus Deutschland und aller Welt

Hafenbesuche: Hamburg, Kiel, Lübeck, Stralsund, Rotterdam, Lissabon

Wie geplant habe ich die Sommerwochen dazu genutzt, mehrere Häfen zu besuchen, um mir vor Ort anzuschauen, wie dort mit der Entsorgung von Schiffsabfällen umgegangen wird. Als Berichterstatterin für die neue Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen sind mir in zahlreichen Gesprächen in Brüssel unterschiedlichste Anliegen dazu vorgetragen worden. Die Kommission möchte durch möglichst einheitliche Bestimmungen europaweit erreichen, dass keine Abfälle mehr im Meer landen und alles im Hafen entsorgt wird, und das auch noch mit möglichst wenig Bürokratie. Meine Skepsis, dass das nicht so einfach sein könnte, hat sich bewahrheitet: je nach Größe und Ausstattung der einzelnen Häfen und Art des Schiffsverkehrs variiert die Annahme und Weiterbearbeitung von Schiffsabfällen stark, auch wenn alle an internationale MARPOL-Vorschriften der IMO (Internationalen Maritimen Organisation) gebunden sind. Es beginnt damit, dass Abfalltrennung an Bord zwar vorgeschrieben ist, aber gerade bei Containerschiffen

in der Regel nicht passiert. Recyclet werden kann aber nur, was getrennt – und im Falle Plastik nicht etwa „kontaminiert“ durch Verpackung von Fleisch oder anderen frischen Lebensmitteln – angeliefert wird, der Rest wird verbrannt. Eine vorbildliche Ausnahme stellen die Häfen in Amsterdam und Rotterdam dar, wo große Unternehmen den vermischten Müll sortieren und in gut 180 verschiedene Kategorien trennen, die dann möglichst recyclet werden.

Während flüssiger Abfall/Schlamm in Hamburg von Entsorgungsschiffen mit verschiedenen Tanks direkt am Schiff abgesaugt und später an Land entsorgt wird, geschieht dies in Lissabon fast ausschließlich über Tankwagen am Kai. Kiel hat eine neue Grauwasseranlage, die größere Volumina annehmen und passend zur Kapazität ins städtische Abwassernetz einleiten kann. Lübeck ordert Entsorgungsunternehmen regelmäßig aus Kiel, Stralsund kooperiert mit Rostock und ist von dem größeren Nachbarhafen abhängig. Lissabon hat mit 4 ½ m Tidehub zu „kämpfen“ und klagt über häufige falsche Angaben der einlaufenden Schiffe über Art und Menge des erwarteten Abfalls.

Mal sehen, wie wir eine harmonisierte europäische Lösung finden, die in der Praxis überall umsetzbar ist. Inzwischen ist auch die Arbeit in Brüssel an den Hafenauffangeinrichtungen weitergegangen. Ich versuche gerade, aus den 271 Änderungsanträgen ein paar Kompromisse zu basteln, die für eine Mehrheit der Schattenberichtersteller tragbar ist. Nach dem ersten. Shadow-Meeting Anfang September wird das nächste am 25. September stattfinden.

Wahlkreistermine mit Meeresbezug: DLR Neustrelitz, Ozeaneum Stralsund

Meeresbezug beim Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR) in Neustrelitz, fernab von der Küste in Mecklenburg-Vorpommern? Klar, dort beschäftigt man sich mit Satelliten, Raumfahrt und Wetterbeobachtung. Es ist das „Echtzeit-Datenzentrum für Ionosphärenwetter“. Und kürzlich hat eine Schülersauswahl verschiedener Schulen 9 Minuten mit Alexander Gerst von der Raumstation ISS sprechen können – 9 Minuten, da genauso lange die ISS auf ihrer 90-minütigen Umlaufbahn von uns aus über Funk erreichbar ist. Aber nicht nur der Weltraum wird vom DLR-Standort aus „bedient“, sondern auch die maritime Sicherheit: Die EMSA in Lissabon erhält die Satelliten-Informationen über Schiffsbewegungen in europäischen Gewässern aus Neustrelitz, und es gibt viele weitere Bezüge über Datentransfer zum maritimen Bereich.

Das großzügig angelegte Ozeaneum in Stralsund hat sich zum Publikumsmagneten gemausert und bietet mit gut erklärten Exponaten und großen Aquarien mit Meerestieren aus aller Welt umfassende Einblicke in Vielfalt und Geheimnisse der Ozeane, aber auch unserer heimischen Meeresbecken. Da der Direktor als Walforscher sich dafür eingesetzt hat, kann man in einer riesigen Halle von bequemen Liegen aus lebensgroße Nachbildungen aller Walarten bestaunen und halbstündlich erklärt bekommen. Genug spannende Informationen für einen eintägigen Familienausflug!

Schuljubiläum: Von Soltau in unbekannte Welten

125 Jahre Gymnasium Soltau – als der Direktor mich fragte, ob ich einen Festvortrag als Ehemalige halten könnte, habe ich ohne zu Zögern gerne zugesagt. Da die Schule sehr europäisch ausgerichtet ist und sich derzeit mit den Schwerpunkten „alle Welt“ und „Weltraum“ beschäftigt, passte auch vieles zu meiner Arbeit als Abgeordnete. Ich berichtete über meinen beim Abitur keineswegs geplanten Weg in die Europapolitik und mein dortiges Engagement für „unbekannte Welten“ wie die Tiefsee und den für Digitalisierung so wichtigen Weltraum. Grüße bestellen konnte ich auch von Professor Martin Visbeck vom Geomar in Kiel – auch ein „Ehemaliger“ und als Wissenschaftler weltweit mir Ozeanbeobachtungen im Rahmen des europäischen Projekts AtlantOs beschäftigt. Schon ein eigenartiger Zufall, dass gleich zwei Absolventen eines ländlichen Gymnasiums jetzt in Brüssel am gleichen für die Lüneburger Heide „exotischen“ Thema arbeiten.

Jetzt drücke ich die Daumen, dass die Schüler dort auch bald mit Alexander Gerst einen „Weltraumchat“ abhalten können: sie haben das zwar gewonnen, aber bislang noch nicht realisieren können. Vielleicht klappt es im Oktober?

Paris, München, Hannover: Großes Interesse an „Plastik im Meer“

„Mers en danger“ / „Meere in Gefahr“ lautete der Titel einer internationalen Konferenz im Palais du Luxembourg, dem Senat in Paris. 150 Teilnehmer waren der Einladung der liberalen Senatorin Nathalie Goulet gefolgt, darunter Botschafter verschiedener europäischer Staaten, eine Delegation aus dem Libanon und 2 Schulklassen. Aufgezeichnet und moderiert von EURONEWS, diskutierten wir Aktivitäten der Vereinten Nationen, von Städten wie Tripolis, Paris und Marseille und im europäischen Parlament zur Bewältigung und Vermeidung von Plastikeintrag im Meer.

„Mikroplastik überall“ stand bei der Veranstaltung von Liberal International in München im Fokus. Im Gespräch mit der dortigen Vorsitzenden Cecile Prinzbach und bei der anschließenden Diskussion berichtete ich von der Plastikstrategie und dem aktuellen EU-Gesetzentwurf zu Einmalplastik, aber auch von der Bedeutung der Ozeane für Klima, Ernährung, Energie, Handelswege, blaue Biotechnologie, Tourismus und das „blaue Wachstum“ als Zukunftsbereich ganz allgemein. Die gleichen Themen in komprimierter Form diskutierte ich mit Jungen Liberalen aus Niedersachsen im Landtag in Hannover.

Immer neue Aufgaben: die „emsige“ EMSA in Lissabon

Seit 2002 gibt es sie in Lissabon am Ufer des Tejo, die Europäische Maritime Sicherheits-Agentur EMSA. Eingerichtet wurde sie, um – wie es der Name sagt – über die Sicherheit auf See zu wachen. Da Aktivitäten rund ums Meer immer weiter zunehmen, hat man der EMSA immer mehr neue Aufgaben übertragen, und das ohne adäquate Aufstockung bei Personal und Finanzen. Aktuell unter anderem bei der EMSA angesiedelt: Meeresverschmutzung, Offshore-Plattformen, die

europäische Küstenwache in Zusammenarbeit mit Frontex, Beobachtung krimineller Aktivitäten auf See wie illegaler Fischfang oder Schmuggel und operative Geschäfte wie das „European single window“, elektronische Kommunikation im Schiffsverkehr. Bei unserem Besuch mit einer kleinen Delegation des Verkehrsausschusses haben wir nicht nur aktuelle Gesetzgebung wie Schiffsmüllbeseitigung diskutiert, sondern auch den zentralen Überwachungsraum besucht. Auf Bildschirmen und zusätzlich einer riesigen Wand können Schiffsbewegungen und andere Aktivitäten in Echtzeit per Satellit beobachtet werden. Per Touchscreen sind die einzelnen Schiffe zu identifizieren und können bei Fehlverhalten an die Küstenwache oder den nächsten Bestimmungshafen gemeldet werden. Das hat unter anderem schon bewirkt, dass „Umweltsünden“ wie Verklappung auf See deutlich zurückgegangen sind. Gut für den Ozean und alle, die am Meer Urlaub machen!

Europawahl im Blick: erste Aktivitäten zur Kandidatenaufstellung

Die Wahl zum nächsten europäischen Parlament findet zwar erst vom 22. bis 26. Mai 2019 statt, aber die Vorbereitungen laufen bereits an. Wahlprogramme werden entwickelt, Interessen zur Kandidatur bekundet und erste Überlegungen zu möglichen Listen angestellt. Mit Ausnahme von CDU/CSU haben alle Parteien Bundeslisten, aber natürlich gibt es auch ein „Ranking“ auf Landesebene. In Niedersachsen bewerben sich bei den Freien Demokraten gleich vier Kandidaten um Platz 1 der Landesliste, ähnlich wie in anderen Landesverbänden. Im Oktober und November wird in Landesvertreterversammlungen die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, auf einer Bundesvertreterversammlung erfolgt dann die Entscheidung über die Bundesliste. Da ich nicht wieder kandidiere, kann ich das ganze entspannt verfolgen – aber natürlich werbe ich dafür, dass beim nächsten Mal mehr als 3 engagierte Liberale ins Europaparlament gewählt werden und freue mich auf einen engagierten Wahlkampf.

IV. Terminvorschau

24.-27.9.	Brüssel	Ausschüsse, Besuchergruppe
25.9.	Brüssel	Meereskonferenz SEARICA zu Nachwuchskräften
	für die Blaue Wirtschaft	
28.9.	Hannover	Europäisches Jugendforum im Landtag
29.9.	Berlin	BFA Umwelt
1.-4.10	Straßburg	Fraktion, Plenum, Besuchergruppe
4.10.	Frankfurt/M	Europäische Verbraucherpolitik für den Alltag vor Ort
8.-10.10	Brüssel	Ausschüsse
11.-14.10.	Dominikanische Republik	RELIAL-Kongress

24. September 2018

Oktober 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

da im Oktober traditionell 2 Plenarsitzungen in Straßburg stattfinden, berichte ich hier entsprechend "doppelt". Beide Straßburg-Wochen waren für mich insofern besonders, als mich beim ersten Mal gute Freunde und beim zweiten Mal Mitschüler aus meiner Abiklasse nebst Ehepartnern besucht haben.

Inhaltlich geht der Gesetzes-Countdown weiter, die Sitzungsdichte nimmt stetig zu, denn alles soll möglichst noch bis Gründonnerstag - letzter Plenumstag und damit letzte Möglichkeit, etwas abzustimmen - fertig werden. Und dabei soll auch noch Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen...

Erfreulich für uns Freie Demokraten war der Wiedereinzug in den bayrischen Landtag nach der außerparlamentarischen Durststrecke. Jetzt sind wir gespannt auf den Ausgang der Hessen-Wahl. Und in den einzelnen Bundesländern werden nach und nach die Spitzenkandidaten für unsere Bundesliste zur Europawahl gekürt, in Niedersachsen läuft sich mein ehemaliger Landtagskollege Jan-Christoph Oetjen als mein Nachfolger warm. Sorge bereitet uns allen, dass beim Brexit keine Lösung in Sicht ist und der Sondergipfel im November abgesagt wurde. Dazu mehr in diesem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Nutzenbewertung von Gesundheitstechnologien (ALDE Schattenberichterstatterin)

In meinem letzten Newsletter berichtete ich über das Thema ausführlich. Bis auf ein paar Klarstellungen und Korrekturen ist eine Verbesserung des Textes mit breiter Mehrheit im ersten Oktoberplenium verabschiedet worden. Es liegt nun am Rat, einen Vorschlag zu verabschieden, der als Verhandlungsgrundlage mit dem Parlament dient. Dies ist realistisch nicht vor Mitte 2019 zu erwarten, sodass in dieser Wahlperiode kein Ergebnis mehr zu erwarten ist.

Untragbar: Parlamentsstandpunkt zu CO2-Flottenstandards für PKWs, leichten Nutzfahrzeugen und LKW

Bis auf die Tatsache, dass das Parlament „nur“ 40 Prozent anstatt 45 Prozent CO2-Reduktion in 2030 fordert, hat sich leider nichts geändert. Mit knappen Mehrheiten bestätigten eine Koalition von Grünen, Sozialdemokraten, ein großer Teil der ALDE Fraktion und Linken die Forderungen des Umweltausschusses, auch die Quote für Elektroautos. Obgleich der Parlamentsbeschluss auf tönernen Füßen ruht, wird nun

hier als nächstes mit dem Rat verhandelt. Die FDP hat aus bekannten Gründen im Plenum gegen den Berichtsentwurf gestimmt.

Parallel dazu laufen die Diskussionen über die Flottenstandards von LKWs. Hier hat der federführende Umweltausschuss inzwischen seinen Standpunkt verabschiedet. Das Ergebnis ist ähnlich bestürzend wie unrealistisch. Demnach sollen LKWs bis 2025 20% und bis 2030 35% weniger CO₂ emittieren. Außerdem fordert der Umweltausschuss hier ebenfalls eine Quote für Elektro-LKWs. Anders als bei PKWs und Kleintransportern sind wir jedoch bei LKWs weit davon entfernt, eine marktfähige und rentable Alternative mit Elektro-LKWs zu haben. Die Technologie-Neutralität, die ich in der Debatte um die CO₂-Reduktion seit langem fordere, ist leider nicht berücksichtigt worden. Würde der Straßenverkehr in den EU-Emissionshandel einbezogen werden, stellte sich die Frage nach der Technologie nicht, da diese nicht politisch vorgegeben werden muss. Sollten diese unverhältnismäßigen Forderungen oder Quoten im Plenum mehrheitsfähig sein, wird die FDP auch hier gegen den Bericht stimmen.

Debatte mit dem Premierminister Jüri Ratas aus Estland

Am 3. Oktober sprach der estnische Ministerpräsident Jüri Ratas in der Plenardebatte über die Zukunft Europas. In seiner Eröffnungsrede, in der er Deutschland zum 20-jährigen Jubiläum des Mauerfalls und des Deutschen Einheitstages gratulierte, ging es um die europäische Einheit und darum, wie die gemeinsamen Werte und die Grenzenlosigkeit Europas durch aktuelle Themen stark bedroht werden.

Deshalb nannte der estnische Premierminister drei Bereiche, in denen ein zukünftiges Europa seine Bemühungen verstärken sollte: Erstens, die Wahrung der Einheit in Europa, zweitens, die Stärkung des Einflusses der EU auf den Weltmarkt und drittens, die Verbesserung von Europas innerer und äußerer Sicherheit. Die zunehmend komplizierten Brexit-Verhandlungen und der aufkommende Populismus bedrohen die Einheit Europas und unsere gemeinsamen Ziele. Ratas wiederholte die Worte des irischen Sängers Bono: Europa sei 'viel mehr als nur ein geographisches Gebiet'. Hiermit betonte er die Einzigartigkeit der Vielfalt Europas.

Die Rede von Ratas wurde für ihre Vision eines vereinten Europas, das auf gemeinsamen Werten und Einigkeit basiert, sowie für die Warnung vor Cyber- und konventionelle Sicherheitsbedrohungen gelobt. Die Nachbarschaft zu Russland führt dazu, dass Estland an vorderster Front kollektive Sicherheitsmaßnahmen an den Außengrenzen und gegen Cyber-Verstöße fordert. Schließlich war es eines der ersten Länder der Welt, das von einem vollständigen Cyberangriff betroffen war. Dies wurde vom ALDE-Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt nochmal unterstrichen: Die baltischen Staaten seien die erste Linie "gegen Wladimir Putins Russland" und bräuchten deswegen dringend Unterstützung eines vereinten Europas. Verhofstadt forderte Ratas und die Abgeordneten auf, eine glaubwürdige und starke Außenpolitik und Verteidigung zu schaffen, um die Sicherheit an den europäischen Grenzen zu gewährleisten.

Brexit darf keinen Engpass für Patientenversorgung in der EU auslösen

Weniger Zulassungsstellen für Medizinprodukte durch den Brexit und erhöhte Sicherheitsanforderungen an die Medizinprodukte-Verordnung könnten einen Engpass in der medizinischen Versorgung von Patienten in der EU auslösen. Diese Bedenken habe ich in der Debatte um eine mündliche Anfrage an die Kommission zur Implementierung der Medizinprodukte-Verordnung, die im Mai 2020 Anwendung finden soll, geäußert.

Um Patienten in der EU künftig mehr Sicherheit zu bieten, müssen Hersteller mehr Medizinprodukte zu höheren Standards bei sogenannten ‚benannten Stellen‘ – in Deutschland etwa der TÜV – zertifizieren lassen. Allerdings sind diese schon jetzt überlastet und es gibt tendenziell immer weniger in der EU. Mit dem Brexit fallen zusätzliche benannte Stellen weg. Das ist besorgniserregend, da bis jetzt ist keine einzige benannte Stelle designiert worden, um gemäß der neuen Verordnung zu zertifizieren. Mit dem Brexit fallen weitere 7 von 58 benannte Stellen weg. Es ist absehbar, dass 2020 nicht alle Medizinprodukte zertifiziert werden können und damit grundlegend Engpässe bei der Patientenversorgung entstehen. Knie- oder Hüftgelenke dürften nicht mehr implantiert werden, Skalpelle oder andere Standard-Instrumente könnten nicht mehr eingesetzt werden. Die Kommission muss handeln, notfalls in Form einer Verlängerung des Anwendungsdatums.

Die neue Medizinprodukte-Verordnung gilt seit 2017 und ist eine Überarbeitung der 25 Jahre alten Medizinprodukte-Richtlinie. Sie erneuert grundlegende Sicherheitsanforderungen für alle Medizinprodukte, vom Skalpell über Herzschrittmacher oder Kniegelenke. Ich finde es sehr wichtig, dass die Medizinprodukte-Verordnung zügig umgesetzt wird. Dazu gehört auch, dass in der Umsetzungsphase die benannten Stellen schnell arbeitsfähig sind. Nur so können sich Hersteller auf die Zertifizierung vorbereiten. Es muss mit allen Mitteln vermieden werden, dass OP-Instrumente wegen administrativer Schwierigkeiten nicht mehr zu Verfügung stehen. Eine Änderung des Anwendungsdatums wäre theoretisch einfach machbar.

Gastrede von Klaus Iohannis, Präsident Rumänien

Am 23. Oktober war auch der rumänische Präsident Klaus Iohannis im Europäischen Parlament in Straßburg zu Gast. Die Zukunft Rumäniens sei eng mit der Zukunft der Europäischen Union verbunden.

Er rief wie gewöhnlich zur Einheit, trotz aller Vielfalt, in Europa auf und zur Zusammenarbeit bei Grenzsicherheit, Cybersecurity, Digitalisierung, Migration und den Kampf gegen Populismus. Vor allem in der Digitalisierung des Binnenmarktes und bei der Entwicklung digitaler Sicherheitssoftware und Maßnahmen spielt Rumänien eine Vorreiterrolle. Aus diesem Grund rief Iohannis hier zur Zusammenarbeit auf. Iohannis bekundete auch seine Hoffnungen auf den Beitritt Rumäniens zur Schengen-Zone während Rumäniens erster Präsidentschaft des Rates von Europa.

Während seiner Rede thematisierte Iohannis allerdings nicht das augenfälligste Problem Rumäniens, nämlich die Unsicherheit des rumänischen Rechtsstaates und die anhaltende Korruption. Stattdessen wies er auf die wachsende pro-Europa Meinung unter rumänischen Jugendlichen und die wachsende Unterstützung für die Union in ganz Europa hin. Obwohl viele Abgeordnete im Plenum den rumänischen Präsidenten und seinen Optimismus lobten, wurde auch an die internen Probleme in seinem Land appelliert. Die Zukunft Rumäniens, die eng mit der Europäischen Union verbunden ist, braucht auch eine Veränderung in Rumänien selbst. Dort sollte die Rechtsstaatlichkeit garantiert werden und die bestehende Korruption schnellstmöglich bekämpft werden.

Das Verschwinden des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi

Das Verschwinden des saudischen Journalisten Jamal Kashoggi am 2. Oktober ist natürlich auch im Europaparlament ein großes Thema. Viele betrachten sein Verschwinden nicht als Zufall, wenn man seine umstrittene Vergangenheit als Hauptkritiker des saudischen Regimes bedenkt. Diese angeblich außergerichtliche Tötung von Khashoggi ist aber nicht nur ein Mord an einem unschuldigen Journalisten, sondern auch ein Angriff auf grundlegende Menschenrechte wie die Presse- und Meinungsfreiheit.

Deswegen hielt die Hohe Vertreterin für Außenpolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Federica Mogherini am 23. Oktober, eine Rede zum Mord an Khashoggi. Sie verurteilte den Mord, indem sie sagte: „Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Redefreiheit stärken den Staat, statt ihn zu schwächen“. Durch eine fraktionsübergreifende Resolution gab es eine eindeutige Unterstützung für die Position von Mogherini und es kam zu einer kollektiven Verurteilung der Verletzung der Redefreiheit in Saudi-Arabien. Der Aufruf, eine transparente, unabhängige und gründliche Untersuchung der Fakten durchzuführen, wurde ebenfalls begrüßt. In der Resolution fordert das Parlament das Einfrieren von Vermögenswerten und ein Waffenembargo.

Zulassung von Tierarzneimitteln (ALDE Schattenberichterstatterin)

Ab sofort haben wir ein neues Gesetz, das die Zulassung von Tierarzneimitteln regelt. Tier- und Humanarzneimittel waren bis jetzt in einem Verfahren festgeschrieben. Da aber Tierarzneimittel in anderer Form und Menge verabreicht werden als Medikamente in der Humanmedizin, ist es sinnvoll, dies gesetzlich getrennt zu regeln. So soll der Zugang zu Arzneimitteln für Tiere schneller möglich sein.

Insbesondere wurde das Thema der Antibiotikaresistenz diskutiert, welches mir auch sehr am Herzen liegt. Niemand möchte, dass wir Antibiotika über unser Essen zu uns nehmen und so Resistenzen entwickeln. Die prophylaktische Vergabe von Antibiotika soll in Zukunft nur noch in Ausnahmefällen und für einzelne Tiere erlaubt sein, nicht pauschal für ganze Herden. Antibiotikavergabe darf keine gute Tierhaltung ersetzen. Deshalb ist es gut, dass die prophylaktische Vergabe stark eingeschränkt wird und auch sachkundig von Tierärzten vorgenommen werden soll.

Die Kommission wird außerdem eine Liste mit allein für Menschen vorbehaltene Antibiotika erstellen.

Der Text, der eine Einigung zwischen Rat und Parlament ist, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Sobald der Rat formal noch zustimmt, tritt das Gesetz nach Veröffentlichung in Kraft.

Situation in Venezuela

Die weitere Verschlechterung der humanitären und politischen Situation in Venezuela wurde in Straßburg besprochen. Mogherini forderte in einer zusätzlichen Rede die Wiederherstellung politischer Rechte und die Freilassung politischer Gefangener in der Bolivarischen Republik von Venezuela. Da diese Krise größtenteils politisch hervorgerufen wurde, sei die einzige richtige Lösung auch "politisch".

Die humanitären Bedürfnisse der Flüchtlinge sind auch von zentraler Bedeutung für die Lösung der Krise in Venezuela. Fast 3 Millionen Menschen sind bereits aus Venezuela in die Nachbarländer geflohen; unter ihnen viele die eine doppelte Staatsbürgerschaft mit europäischen Ländern teilen. Europas humanitäre Hilfe übersteigt bereits 35 Millionen Euro, aber diese Krise erfordert mehr als nur finanzielle Unterstützung. Ein wichtiger Vorschlag Mogherinis ist darum, eine "Kontaktgruppe" - mit den benachbarten lateinamerikanischen Staaten - zu schaffen. Diese Initiative könnte dazu beitragen, eine „freundliche“ Umgebung zu entwickeln, um den politischen Dialog mit Venezuela zu vereinfachen. Solch ein Dialog sollte den Schwerpunkt auf den Schutz der Grundrechte in Venezuela und den Aufbau eines stabilen demokratischen Staates legen. Zudem wurden auch Sanktionen gegen Maduro und die Ölindustrie in Venezuela gefordert.

Verbot von Plastikprodukten

Es vergeht kaum ein Tag ohne schockierende Erkenntnisse über die Verbreitung von Mikro- und Makroplastik in unseren Ozeanen, aber auch in unserem Körper. Das Europäische Parlament hat deswegen am Mittwoch mit überwältigender Mehrheit für einen Maßnahmenkatalog gestimmt, um dieses Problem schrittweise in den Griff zu bekommen. Dabei geht es um Wegwerfprodukte aus Plastik. Diese machen 70% der 4.8 bis 12 Millionen Tonnen Plastikabfälle aus, die jährlich ins Meer gelangen. Wissenschaftler gehen davon aus, dass sich derzeit insgesamt rund 150 Millionen Tonnen in den Ozeanen angesammelt haben. Wenn es so weitergeht, könnte 2050 mehr Plastik den Ozean verschmutzen als dort Fische schwimmen. Um dieses Horrorszenario abzuwenden, habe ich mich in den vergangenen Jahren sehr für dieses Thema in Brüssel engagiert. Dabei konnte ich erfreulicherweise feststellen, wie sich immer mehr Abgeordnete für das Thema interessierten und engagierten.

Für mich ist das Thema Plastikmüll im Meer ein gutes Beispiel dafür, dass wir in Brüssel eben nicht weit weg von den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern sind.

Innerhalb kürzester Zeit hat die Kommission einen Vorschlag für Maßnahmen in Bezug auf die zehn am häufigsten an Stränden gefundenen Einwegkunststoffartikel erarbeitet. Das Parlament hat diesen Vorschlag in dieser Woche noch entscheidend verbessert. Die Maßnahmen sehen vor, dass Plastikartikel wie Einweggeschirr, Wattestäbchen oder Strohhalme bis 2021 vom Markt genommen werden sollen oder durch ein anderes Material als Plastik ersetzt werden. Auch soll der Verbrauch von Artikeln wie Sandwich- oder Burgerboxen bis zu 25 Prozent reduziert werden. Bis 2025 sollen dazu 90 Prozent von Artikeln wie Einweggetränkeflaschen reduziert werden. Das Parlament hat die Liste der Kommission noch um Tabakprodukte ergänzt. Dabei geht es um Zigarettenstummel, die in großem Maße weggeworfen werden, obwohl sie neben Plastik noch viele weitere Schadstoffe enthalten, die ein Problem für die Umwelt darstellen.

Als Liberale geht es mir bei diesen Maßnahmen nicht darum, bestimmte Artikel zu verbieten, sondern Innovation anzukurbeln. Die Kreislaufwirtschaft ist eine große Chance für Start-Ups. Die europäische Industrie sollte globaler Vorreiter in Bezug auf die Herstellung von Alternativen zu billigen Plastikprodukten werden, die oftmals unter fragwürdigen Bedingungen in Asien produziert werden. Das Plastikzeitalter, das derzeit die marine Flora und Fauna bedroht, kann nicht durch Verbote und Politik allein beendet werden, sondern durch Innovation und ein verändertes Konsumverhalten. Deswegen ist mir neben der Stärkung von Innovation und Forschung gerade die Aufklärung der Konsumenten besonders wichtig. Plastik ist ein sehr wichtiges Material, das aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken ist. Allerdings ist es ökonomisch wie ökologisch nicht nachhaltig, Einwegprodukte aus einem Material zu produzieren, das bis zu 450 Jahre im Ozean überdauert.

Bevor die Maßnahmen endgültig in Kraft treten, stehen noch die Verhandlungen zwischen dem Parlament und dem Europäischen Rat an. Es sieht allerdings gut aus, dass diese noch vor der kommenden Europawahl abgeschlossen werden können.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (Berichterstatte(r)in)

Anfang Oktober wurde mein Bericht zu Hafenauffangeinrichtungen für Müll von Schiffen im Verkehrsausschuss abgestimmt. Dabei wurden alle Kompromisse angenommen, die wir mit den Schattenberichterstatte(r)ern ausgehandelt hatten. Der Verkehrsausschuss hat mehrheitlich für eine 100% indirekte Gebühr für Plastikmüll von Schiffen gestimmt, das heißt, die Müllabgabe soll automatisch mit den Hafengebühren eingezogen werden. Schiffe müssen zukünftig auch an jedem Hafen ihren Müll abgeben, es sei denn, sie können genügend geeigneten Lagerraum für Abfall und Abwasser an Bord nachweisen. Wenn jedes Schiff ohnehin beim Einlaufen in den Hafen für die Müllentsorgung zahlen muss, gibt es keinen finanziellen Anreiz mehr, Müll ins Meer zu kippen. Im Trilog müssen wir aber noch den schwierigen Punkt klären, wie Häfen mit unvorhersehbar großen Müllmengen einzelner Schiffe umgehen. Zusatzkosten für Schiffe sollten die Ausnahme bleiben. Sonst besteht die Gefahr, dass alles, was extra kostet, wieder im Ozean endet.

Wichtig ist auch, dass Fischer, in deren Netzen Müll als Beifang landet, diesen Müll kostenfrei am Hafen abgeben können, statt ihn wieder über Bord zu werfen.

Deswegen rufen wir alle Mitgliedstaaten auf, sogenannte 'Fishing for Litter' Programme aufzulegen, aus denen die Entsorgung von gefischtem Müll finanziert wird. Schätzungen zufolge wird zwar ein Großteil des Plastikmülls über Flüsse und Küstenstreifen ins Meer gespült. Aber auch jedes Schiff, egal ob Fähre, Handelsschiff, Fischerboot oder kleine Yacht muss dazu beitragen, die Meere müllfrei zu halten. Das Plenum hat diese Woche nun auch das Mandat für Trilogverhandlungen bestätigt. Somit können wir wie geplant Anfang November mit der österreichischen Ratspräsidentschaft die Verhandlungen starten. Der Rat hat bereits im Juni eine Allgemeine Ausrichtung verabschiedet.

SEARICA: Die richtige Ausbildung für die Blaue Wirtschaft

Damit das blaue Wachstum in Zukunft weiter so erfolgreich bleibt, ist es wichtig, jungen Menschen die richtige Ausbildung zu ermöglichen. Oft sind Studiengänge eher traditionell ausgelegt mit einem Fokus auf beispielsweise die Naturwissenschaften, Ingenieurswesen oder Wirtschaft. Für Jobs in der Blauen Wirtschaft benötigt man allerdings ein multidisziplinäres Wissen aus vielen verschiedenen Bereichen. Um über dieses Missverhältnis zwischen den Bedürfnissen von Politik und Wirtschaft in einer sich verändernden Welt und dem typischerweise traditionelleren Ansatz zur Ausbildung von Hochschulabsolventen innerhalb des Universitätssystems zu diskutieren, kamen Wissenschaftler, Industrievertreter aber auch Studenten zusammen.

Von den Studenten wurde betont, dass vor allem die Durchführung von Praktika eine sehr wertvolle Erfahrung ist, da praktische Erfahrungen gemacht werden, die im Studium sonst nicht erlernt werden. Seitens der Wissenschaftler wurde auch anerkannt, dass einige Lehrinhalte tatsächlich veraltet, bzw. nicht sehr relevant für einen Beruf in der Blauen Wirtschaft sind. Als Leiter einer Aquakultur-Farm reicht ein reines Biologie-Studium beispielsweise nicht aus. Man benötigt auch das Wissen von Ingenieuren, Wirtschaftswissenschaftlern und Ozeanografen. Deshalb konnte man sich darauf einigen, dass sogenannte „T-Studenten“ ideale Voraussetzungen für einen Beruf in der Blauen Wirtschaft haben: ein „TStudent“ hat eine professionelle Vertiefung in einer Fachrichtung, aber gleichzeitig ein breites Wissen in anderen Fachbereichen.

Schlechte Nachrichten für den Patentschutz? Aufhebung zusätzlicher Patente für Arzneimittel (ALDE Schattenberichterstatlerin)

Viel wurde befürchtet, jedoch hat sich die Kommission in dieser Frage recht nüchtern gegeben. Aber von vorn. Wenn ein neues Arzneimittel erforscht und zugelassen ist, erhält es in der EU zehn Jahre Patentschutz. Weitere fünf Jahre („SPC“) sind möglich, da sich manchmal Untersuchungen und Versuche nicht vorhersehen lassen und somit länger dauern. Danach können Generikahersteller Billigversionen dieser teuren Arzneimittel produzieren, da der Patentschutz abgelaufen ist.

Die Kommission schlägt nun vor, für den Export in nicht EU Staaten die Produktion von Generika noch während des SPCs zu erlauben. Ihre Begründung, es sei

schließlich besser, innerhalb der EU die günstigen Generika herzustellen als in Drittstaaten wie Asien oder Indien, ist nicht ganz von der Hand zu weisen, da dies auch Arbeitsplätze schafft. Allerdings ist es auch ein gefährliches Signal an Drittstaaten wie die USA, die Forschungsstandorte in der EU haben, wenn der Patentschutz geschwächt wird. Die EU braucht forschende Industrie und deren Investitionen. Man muss deshalb sehr behutsam mit Zugeständnissen umgehen. Ich glaube, es wäre falsch, das sogenannte „Stockpiling“ zu legalisieren, also während des Patentschutzes für den Europäischen Markt produzieren zu dürfen, damit an Tag 1 nach Patent-Ablauf der Markt mit Generika bedient werden darf. Auch bin ich strikt gegen die Praxis des „Launch at Risk“, also die Produktion trotz bestehender Patente unter Inkaufnahme von Sanktionen (oder NichtAhndung). Ebenso lehne ich es ab, die Aufhebung für erteilte oder beantragte Schutzzertifikate zu erlauben.

Derzeit sind erste Verhandlungsrunden mit meinen Kollegen aus den anderen Fraktionen im Umweltausschuss angesetzt, um sich auf Kompromisse zu einigen. Federführend befasst sich der Rechtsausschuss mit dem Thema, aber ich bin bereits mit den dort betrauten Kollegen in Gesprächen.

InvestEU: ein neues Investitionsprogramm für Europa (ALDE Schattenberichterstatterin)

Seit der Finanzkrise in 2008 hat sich die europäische Wirtschaft schon erheblich verbessert. Arbeitslosigkeit sinkt und die Investitionen steigen. Dennoch gibt es in Europa nach wie vor eine beträchtliche Investitionslücke. Deshalb hatte die Kommission 2014 einen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), den sogenannte ‚Juncker Plan‘, geschaffen. Der Einsatz einer EU-Haushaltsgarantie soll öffentliche und private Investitionen in der EU mobilisieren und dadurch Marktversagen begegnen und Investitionslücken schließen.

Der Erfolg von EFSI hat die Kommission dazu ermuntert, diese Initiative durch ein ähnliches Programm namens InvestEU nach 2021 bis 2027 fortzuführen. Ähnlich wie EFSI, soll InvestEU durch eine EU-Haushaltsgarantie zusätzliche Investitionen in Höhe von 650 Mrd. EUR mobilisieren. Das Programm unterstützt Investitionen in 4 Bereichen: nachhaltige Infrastruktur; Forschung, Innovation und Digitalisierung; kleine und mittlere Unternehmen sowie soziale Investitionen und Kompetenzen. Anders als bei EFSI aber sollen regionale und nationale Förderbanken und internationale Finanzinstitutionen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank direkten Zugang an EU-Geld haben. Außerdem wird InvestEU die Vielzahl der derzeit verfügbaren EU-Finanzierungsinstrumente unter einem Dach zusammenführen, wodurch die Finanzierung von Investitionsprojekten durch die EU einfacher, effizienter und flexibler wird. Schließlich soll InvestEU noch mehr als EFSI darauf abzielen, die politischen Ziele der EU durch diese Investitionen umgesetzt werden.

Als Schattenberichterstatterin der Liberalen für die Stellungnahme des Industrieausschusses achte ich besonders darauf, dass Investitionen in innovative Projekte fließen und dass KMUs einen vereinfachten Zugang zu Finanzierung haben.

Die genaue Zusammensetzung dieses Programms wird momentan noch im Ausschuss besprochen und die Stellungnahme des Industriausschusses wird Anfang November abgestimmt.

Wie können wir unsere Ozeane wirtschaftlich und gleichzeitig nachhaltig nutzen?

Dieser spannenden Frage widmete sich eine Gesprächsrunde am 16. Oktober im Norwegen Haus. Durch den globalen Bevölkerungsanstieg und das stetige Wirtschaftswachstum sind unsere terrestrischen Ressourcen erschöpft. Aus diesem Grund wächst das Interesse am Ozean: Seine reichen Ressourcen können uns unter anderem bei der Strom- und Nahrungsversorgung helfen und gleichzeitig Jobs schaffen. Dabei betonen Sigi Gruber und Felix Leinemann, beide von der Kommission, dass Nachhaltigkeit der Leitfaden des Blauen Wachstums ist. Das Blaue Wachstum, die nachhaltige Nutzung von ozeanischen Ressourcen für das Wirtschaftswachstum, hat großes Potential. Neue Industriesektoren beinhalten zum Beispiel die innovative Aquakultur, die Kreislaufwirtschaft, blaue Biotechnologie oder die Algenproduktion.

Selbst von Wissenschaftlern wird schon vorgeschlagen, dass eine Verhaltensänderung hin zum Algenkonsum ökologisch nachhaltig und wirtschaftlich vertretbar ist. Dies hilft zum Beispiel überfischte Fischpopulationen zu schützen und ist für die Ernährung auch gesund. Um das Blaue Wachstum noch weiter zu fördern benötigen wir noch mehr Forschung und Innovationen. Aus diesem Grund ist es sehr erfreulich, dass der Ozean besondere Beachtung im neuen Horizon Europe, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der Europäischen Kommission, Beachtung findet.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:** Mein Bericht zur Revision der Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ACER, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr, ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich)
- **Demnächst im Trilog:** HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, Clean Vehicles, Gesetze zur Plastikstrategie
- **Im Ausschuss:** Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDEBerichterstatterin), CO2 für schwere Nutzfahrzeuge, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Bahnpassagierrechte, CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm, InvestEU, Programm 2021-2027, Maritime

II. Aus Deutschland und aller Welt

BBC Kent Breakfast Interview über den Brexit

Am 18. Oktober hatte ich die Gelegenheit, meine Ansichten zum Europäischen Brexit-Gipfel am 17. Oktober zu teilen. Während eines kurzen Interviews für BBC Radio Kent Breakfast unterstrich und wiederholte ich meine Position über den Brexit, nämlich, dass eine zweite Abstimmung erlaubt werden sollte, die den Briten eine Chance gibt, den Brexit rückgängig zu machen.

Ich hoffe, dass die Verhandlungen unter den europäischen Staats- und Regierungschefs und im Europäischen Parlament, noch zu einem vorteilhaften Abkommen führen können. Die Konsequenzen eines ‚No-deals‘ würden nämlich unter Umständen den Transportsektor nach und aus Großbritannien schwer treffen. Ohne Abkommen wird beispielsweise der Transport, sei es touristischer oder kommerzieller Transport, ab dem 29. März nahezu unmöglich werden.

Dies würde zweifellos zusätzliche schwerwiegende Nebenwirkungen für die gesamte Wirtschaft in unserem Binnenmarkt verursachen.

Santo Domingo: Konferenz des Liberalen Netzwerks Lateinamerika (RELIAL)

Es war für mich nicht die erste RELIAL-Konferenz, in früheren Jahren hatte ich schon in Panama, Mexiko und Buenos Aires teilgenommen. Dieses Mal trafen meine beiden ALDE-Kolleginnen Renate (Rumänien), Izaskun (Spanien/ Baskenland) und ich Liberale aus ganz Lateinamerika auf Einladung der FriedrichNaumann-Stiftung in der Dominikanischen Republik. Es ist immer wieder spannend, bei so einer Gelegenheit neue Bekanntschaften zu schließen und natürlich aktuelle politische "Updates" über die Lage in den einzelnen Ländern zu bekommen. Berichtet wurde aus allen Ländern, aber im Fokus standen natürlich besonders Venezuela und Honduras. Auch die Wahlen in Brasilien bereiten vielen Sorge: dort sind traditionell sehr viele (oft mehr als 20) kleine Fraktionen im Parlament vertreten, 10 % kann schon zur größten Gruppe reichen, und das macht die Regierungsbildung alles andere als einfach und wenig vorhersehbar.

Neben den Länderberichten standen auch Podiumsdiskussionen an. Ich durfte bei einer Runde über "Verteidigen der Freiheit in Netzwerken" die europäische Ebene vertreten und aus der Arbeit im Parlament aber auch in der Europäischen Union berichten. Schön war es, aber auch anstrengend - und ohne Jetlag geht so ein Trip über nur 4 Tage in verschiedenen Zeitzonen und Klimabedingungen nicht.

IV. Terminvorschau

29.-30.11.	Bali	Our Ocean Kongress
5.-8.11.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Trilog
8.-10.11.	Madrid	ALDE-Kongress
11.11.	Berlin	Freiheitskonvent Europe
12.-15.11.	Straßburg	Plenum, Fraktion
17.11.	Hannover	FDP-Landesvorstand
19.-22.11.	Brüssel	Ausschüsse
19.11.	Brüssel	FNF-Jubiläum

26. Oktober 2018

November 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

spannende Zeiten für Europa: Angela Merkel besucht das Parlament in Straßburg und spricht über ihre Vorstellungen von der Zukunft der Europäischen Union, Macrons Bewegung En Marche kündigt eine mögliche Zusammenarbeit mit der liberalen Fraktion ALDE nach der Europawahl an, Gesetzesberatungen laufen auf Hochtouren – alles soll noch bis April fertig verhandelt werden. Und dann richtet sich der Blick immer öfter nach London. Ich habe schon vor mehreren Monaten im Freundeskreis und im Parlament meine Vermutung geäußert, dass der BREXIT im letzten Moment noch abgesagt wird, nicht nur weil ich eine unverbesserliche Optimistin bin, sondern auch weil sich keine vernünftige Lösung für die diversen Probleme zeigt – wäre doch schön, wenn es so käme!

Befremdlich und besorgniserregend finde ich den Europa-Parteitag der AfD, auf dem fremdenfeindliche, nationalistische und teils menschenverachtende Töne zu hören sind. Bitte gehen Sie alle im Mai zur Wahl und wählen Sie pro-europäisch! Mein persönliches Highlight war die Ozeankonferenz auf Bali – dazu mehr in diesem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (ALDE Berichterstatterin)

Der Zeitplan für meinen Bericht über die Entsorgung von Schiffsmüll in europäischen Häfen ist eng getaktet. Wir haben Anfang November mit den Trilogern (Beratung der 3 Institutionen Kommission, Parlament und Rat) unter meiner Leitung als Berichterstatterin begonnen, diese Woche findet das zweite Treffen statt und wir hoffen, bis Ende des Jahres – quasi „unterm Christbaum“ - fertig zu werden. Danach geben die Österreicher ihre Präsidentschaft ab und es ist immer einfacher, die

Verhandlungen mit einem Team abzuschließen. Ungefähr die Hälfte des Textes wurde im 1. Trilog durchgesprochen und wir haben uns in vielen weniger problematischen Punkten schon geeinigt. Die größten Knackpunkte hebt man sich allerdings bis zum Ende auf. Der Rat muss vor allem noch sehen, wie er auf einige neue Vorschläge, die wir als Parlament in unsere Position geschrieben haben, reagiert. Es geht zum Beispiel darum, dass Tanks, in denen besonders klebrige Substanzen wie Paraffin transportiert werden, obligatorisch im Hafen ausgewaschen werden sollen. Heutzutage können die Schiffe diese Tanks auf offener See selbst ausspülen mit dem Ergebnis, dass die klebrigen Reste an europäischen Stränden landen. Auch möchte das Parlament, dass alle Mitgliedstaaten sogenannte Fishing-for-litter Fonds einrichten, also Geld bereitstellen für die Entsorgung von Müll, den Fischer in ihren Netzen aus dem Wasser ziehen. Wenn dieser unerwünschte Beifang am Ende die Müllgebühren für Fischer im Hafen steigen lässt, besteht die Gefahr, dass sie alles wieder über Bord werfen, und das kann ja niemand wollen. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass wir da eine Einigung finden.

Praxisferne CO2-Vorgaben für LKW

Im Anschluss an die letzte Plenarsitzung in der wir bereits überzogene Grenzwerte für PKW abgestimmt hatten, hat jetzt das Parlament CO2-Ziele für schwere Nutzfahrzeuge beschlossen. Leider wurden auch hier zwar wünschenswerte, aber zu ambitionierte und nicht realisierbare Grenzwerte mit knappen Mehrheiten angenommen. Die schärferen Zielvorgaben sind meiner Meinung nach praxisfern und im vorgegebenen Zeitraum nicht erreichbar. Zusammen mit den indirekten Quoten für Elektro-LKWs werden den Speditionen Elektroautos per Gesetz vorgeschrieben. Dies entspricht nicht den Regeln der Sozialen Marktwirtschaft und ist auch kein technologieneutrales Vorgehen, das meines Erachtens viel angebrachter wäre. Hier wird nur davon ausgegangen, was aus dem Auspuff rauskommt, statt den gesamten Lebenszyklus eines Fahrzeugs inklusive Produktion zu betrachten, was für die Erreichung der Klimaziele viel wichtiger wäre.

Die LKW-Hersteller sollen nun die CO2-Emissionen für schwere Nutzfahrzeuge im Durchschnitt um 20 Prozent bis 2025 und mindestens 35 Prozent bis 2030 senken. Die Kommission hatte ursprünglich 15 Prozent bis 2025 bzw. 30 Prozent bis 2030 vorgeschlagen, wobei das 2030-Ziel in Abhängigkeit einer Überprüfung zu bestätigen war. Laut des Parlamentsbeschlusses darf nun der 2030-Wert nur nach oben korrigiert werden. Beide Zielvorgaben sind zu ambitioniert, zumal die Daten zur Berechnung des Flottengrenzwertes für 2025 noch nicht vorliegen. Die Hersteller wissen also noch gar nicht, welchen Flottendurchschnitt sie 2025 erfüllen müssen. Diese Daten werden wohl erst 2021 vorliegen. Schon deshalb sind die Forderungen utopisch. Weiterhin schreibt der Entwurf eine Quote durch die Hintertür vor - nach der Definition von emissionsarmen Fahrzeugen ist das Ziel nur mit Elektro-LKWs zu erreichen. Die Technologie für die Langstrecke ist allerdings noch nicht verfügbar. Natürlich müssen wir Emissionen reduzieren. Dafür wäre es aber sinnvoller, den Straßenverkehr in den EU-Emissionshandel einzubeziehen. So sparten wir uns die Technologie-Debatte und hätten ein marktbasierendes System nach Verursacherprinzip. Ebenso würden im Güterbereich die Verkehrsträger in fairem Wettbewerb zueinanderstehen. Die Flottenanteile von emissionsarmen LKWs - per

Definition also Elektro-LKWs - sollen ab 2025 mindestens 5 Prozent, ab 2030 20 Prozent betragen.

Außerdem enthält der Gesetzesentwurf überzogene Strafzahlungen. Bei nur einem Gramm CO₂ mehr als erlaubt könnten die Strafen eine Höhe von der Hälfte des Jahresgewinns eines Herstellers ausmachen – eine absolut maßlose Forderung. Zwar wurde in der Abstimmung die Höhe leicht abgeschwächt, aber das Ausmaß ist vergleichbar. Wir FDP-Abgeordneten haben aus diesen Gründen gegen den Vorschlag gestimmt.

Die angenommene Parlamentsposition wird nun mit dem Rat und der Kommission im Trilog verhandelt, wobei einige Änderungen zu erwarten sind. Dem Ergebnis müssen Parlament und Rat noch zustimmen.

Debatte mit Bundeskanzlerin Angela Merkel

Am 13. November war Kanzlerin Angela Merkel mit einer Rede über die Zukunft Europas und anschließender Diskussion mit dem Parlament an der Reihe. Merkel hat sich während ihrer bisherigen Amtszeit als starke Europäerin mit Führungskompetenz gezeigt und wurde mit standing Ovationen begrüßt. Ihr Diskurs drehte sich um den Appell für ein friedliches und vereintes Europa, basierend auf den europäischen Werten von Solidarität, Toleranz – die Seele Europas und ein unverzichtbarer Grundwert, wie sie betonte - und Verantwortung. Mit dem 100-jährigen Gedenken an das Ende des Ersten Weltkriegs ist es ein beängstigender Gedanke, dass der wachsende Populismus und Nationalismus eine ähnliche Atmosphäre schaffen kann wie vor hundert Jahren. „Nationalismus und Egoismus dürfen nie wieder eine Chance in Europa haben“, sagte Merkel. Europa darf nicht in die Falle der Fragmentierung gelangen, sondern muss seine Zukunft selbst und gemeinsam in die Hand nehmen. Mit den Themen europäische Armee, wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der EU und der Notwendigkeit einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik traf sie auf breite Zustimmung im Parlament, löste damit aber auch lautstarke Zwischenrufe der Europagegner aus. Ihre Reaktion: „Machen Sie nur weiter, so etwas kenne ich ja auch aus dem Bundestag.“

Eine europäische Armee ist für Merkel eine einzigartige Möglichkeit, um die Mitgliedstaaten zusammenzubringen. Ihr Vorschlag ist es, eine zur NATO komplementäre europäische Armee zu formen und ein europäisches Äquivalent des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu entwickeln. Mit diesem Vorschlag schloss sie sich dem französischen Präsidenten Macron an, der während des 100-jährigen Gedenkens des Ersten Weltkrieges in Paris bereits die Notwendigkeit für eine europäische Armee erwähnte. Auch die FDP spricht sich seit langem für eine europäische Armee aus mit einheitlichen waffentragenden Systemen, was nicht nur effektiver, sondern auch viel billiger wäre.

Zusätzlich unterstrich Merkel die Rolle Europas, eine stabile und starke innovative Ökonomie innerhalb der globalen Wirtschaft zu sein. Ein finanziell starkes Europa sei auch ein politisch starkes Europa. Dabei rief sie die Mitgliedsstaaten auf, Verantwortung für Europa zu nehmen und nationale Alleingänge zu vermeiden. Es muss weiter an der Bankenunion gearbeitet werden, um wirtschaftliche Einheit zu

versichern. Diese Einheit benötigt Europa in einer Welt, in der man sich nicht länger auf die Vereinigten Staaten verlassen kann und in der Zweifel am Einfluss wachsender Wirtschaftsmächte wie China entstehen. Finanzielle Instabilität und Wirtschaftskrisen der jüngsten Vergangenheit haben jedoch dazu beigetragen, dass Mitgliedstaaten sich im Stich gelassen gefühlt haben. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben jetzt den Auftrag, das Vertrauen in die Union wiederherzustellen und sich für ein einheitliches, wirtschaftlich starkes Europa einzusetzen.

Am Ende kam Merkel zum Thema Einwanderung und Flüchtlinge. Sie gab zu, dass ihre Ambition, die Flüchtlingsfrage in 2015 alleine zu lösen, falsch war und sie viel zu lange damit gewartet hat, sich mit anderen Mitgliedstaaten abzustimmen. Die Folge waren ein fragmentierter europäischer Ansatz, zeitweise neue Grenzkontrollen und der Anstieg von Populismus und Nationalismus. Merkel rief erneut die Mitgliedsstaaten auf, keinen Alleingang einzugehen, sondern eine gemeinsame und einheitliche Asylpolitik zu entwerfen. Ihre Betonung auf Solidarität und Toleranz wiederholte sie hier nochmal. Das Wohl der Flüchtlinge und die Interessen unserer Partnerländer und Nachbarn dienen letztendlich auch unserem Wohl und unserem Interesse. Dazu gehört es auch, Afrika gemeinsam zu stärken und zu unterstützen, notfalls auch mit Waffenlieferung. Wörtlich sagte sie: „Wenn wir afrikanischen Staaten und Völkern gegen ihre terroristischen Feinde helfen wollen, darf das nicht bei der Ausstattung mit Schuhen enden.“

Auch zum Abschluss ihres Auftritts erhielt Merkel standing Ovationen, sicher auch, weil sie versucht hat, die vielen Fragen der Abgeordneten zumindest kurz zu beantworten. Mich hat vor allem das Eingeständnis einer Fehleinschätzung bei der Flüchtlingsfrage beeindruckt – wer gibt schon gern so etwas öffentlich zu? Es bleibt jedoch die Frage, ob ihre Appelle nicht zu spät kommen. Die Rolle, die unser Land jetzt in der Zukunft Europas spielen wird, wirft weiterhin auch Fragen auf. Dazu äußerte sich unser ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt, indem er Merkel daran erinnerte, welche Verantwortung Deutschland als einflussreiches Land in europäischen Angelegenheiten hat und immer haben wird. Merkel und Deutschland müssen jetzt einen "europäischen Sprung vorwärts" machen, indem sie sich weiter mit der pro-europäischen Haltung Frankreichs verbünden und die wichtigsten und tiefsten europäischen Ideale erneut durchsetzen; Ideale, die in den Jahren der deutschen Einigung so lebendig waren, jetzt aber riskieren, in den Hintergrund zu verschwinden. Der europäische Traum muss wiederbelebt werden. Darin muss Deutschland eine Vorreiterrolle nehmen.

Ansprache von Cyril Ramaphosa, Präsident der Südafrikanischen Republik

Der südafrikanische Präsident besuchte das Europäische Parlament in Straßburg und machte in seiner Rede sehr deutlich, wie wichtig die gute afrikanisch-europäischen Beziehungen für Südafrika und den gesamten afrikanischen Kontinent ist. Gleich zu Beginn der Rede würdigte er Nelson Mandela als außerordentliche Persönlichkeit, die die Apartheid in Südafrika beendet hat. Man müsse sich an großartige Persönlichkeiten und ihre Visionen und ihre demokratischen Werte

erinnern, besonders jetzt, wo rechtspopulistische Parteien unsere Gesellschaft bedrohen.

Afrika hat mit ethnischen Konflikten, Unterentwicklung, politischen Unruhen und Krieg um Ressourcen zu kämpfen. Dies führt zu starker Armut, hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Ungleichheit. Da dies auch die Ursachen für die starke Migration von Afrika nach Europa sind, ist es wichtig, diese Probleme gemeinsam anzugehen. Dank verschiedener Abkommen und Initiativen zwischen der EU und Afrika ist es möglich, an Themen wie Handel, Klimawandel, Bildung und Gesundheit zu arbeiten, um so jungen Afrikaner Perspektiven zu geben und ihr Leben im Heimatland zu verbessern. Zudem hat Ramaphosa stolz erzählt, dass ausländische Unternehmen Interesse zeigen, in Afrika zu investieren und Standorte dort aufzubauen. Trotz vieler Probleme hat Afrika den großen Vorteil, viele natürliche Ressourcen und eine sehr junge Bevölkerung zu haben. 60% der Bevölkerung ist unter 25 Jahre alt und es gibt gute Universitäten, an denen junge Leute gut ausgebildet werden. Dieses Potential haben auch Europa und andere Investoren erkannt. Das wirtschaftliche Wachstum bringt natürlich auch Frieden und Sicherheit mit sich.

Beim Thema Landbesitz zeigte sich der Südafrikanische Präsident sehr optimistisch und positiv. Noch seit der Kolonialzeit ist die Landfrage zwischen ethnischen Gruppen oft ungelöst. Dazu kommt, dass ausländische Investoren Land in Afrika pachten, wodurch die lokale und einheimische Bevölkerung benachteiligt wird. Cyril Ramaphosa beharrte allerdings darauf, dass eine Lösung basierend auf demokratischen Werten gefunden werden kann.

Seine Ansprache war gezeichnet von Dankbarkeit gegenüber der EU für ihre langjährige Freundschaft, Hilfe und Unterstützung bei der Bekämpfung der Apartheid und dem Wiederaufbau des südafrikanischen Landes.

Verleihung des Lux-Filmpreises

Seit 2007 wird der Lux Film Preis vergeben. Die Filme beleuchten Themen, die in der europäischen öffentlichen Debatte im Mittelpunkt stehen. Das Parlament ist der Ansicht, dass das Kino als kulturelles Massenmedium eine ideale Plattform für Diskussionen und Reflexionen über Europa und seine Zukunft ist. Gewonnen hat der Film „Woman at War“. Es geht um Halla, eine fünfzigjährige unabhängige Frau. Aber hinter den Kulissen einer ruhigen Routine führt sie als leidenschaftliche Umweltaktivistin ein Doppelleben und kämpft gegen die örtliche Aluminiumindustrie in Island. Es gelingt ihr auch, die Verhandlungen zwischen der isländischen Regierung und dem Unternehmen über den Bau einer neuen Aluminiumhütte in den Bergen zu stören. Aber gerade als sie mit der Planung ihrer größten und kühnsten Operation beginnt, erhält sie einen unerwarteten Brief, der alles ändert. Ihr Antrag auf Adoption eines Kindes wurde endlich angenommen und in der Ukraine wartet ein kleines Mädchen auf sie. Bevor sie allerdings Mutter wird, beschließt sie, einen letzten Angriff zu planen, um der Aluminiumindustrie einen lähmenden Schlag zu versetzen. Dass dieser Film ausgewählt wurde, passt zur starken Fokussierung der Mehrheit des Parlaments auf umweltpolitische Probleme.

Den zweiten Platz belegte der zweite Film „Styx“, der eigentlich der Favorit meines Teams war. In dem Film geht es um die erfolgreiche und engagierte Rike, die sich ihren Lebenstraum erfüllt, indem sie alleine mit ihrem Segelboot nach Acension Island im Atlantik aufbricht. Nach einem Sturm befindet sie sich in der Nähe eines angegriffenen Fischerbootes. Etwa hundert Menschen ertrinken. Rike folgt dem Seerecht und benutzt Funkgeräte, um um Hilfe zu bitten. Da ihre Bitte nirgendwohin geht, muss sie eine bedeutsame Entscheidung treffen.

Den dritten Platz belegte „The other side of everything“. Es geht um Srbijanka Turajlić, Professorin an der Universität Belgrad und eine wichtige politische Persönlichkeit im Kampf gegen den serbischen Diktator Slobodan Milošević in den 1990er Jahren. Srbijanka ist die Mutter der Filmemacherin Mila Turajlić. In ihrem Film porträtiert Mila Turajlić ihre Mutter als Aktivistin gegen das kommunistische Land.

Das Saubere-Energie-Paket: eine große Chance, auch für "blaue" Energie – doch es kommt auf die Umsetzung an

Bis 2030 soll die EU um 32,5 Prozent energieeffizienter werden und gleichzeitig soll 32 Prozent unseres Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen stammen. Eine Governance-Strategie auf europäischer Ebene wird dafür sorgen, dass diese Ziele in allen Mitgliedstaaten erfüllt und eingehalten werden. Das ist das Ergebnis von den Trilogverhandlungen zu den Energieeffizienz- und Erneuerbaren-Energien-Richtlinien sowie zur Verordnung über das Governance-System der Energieunion, die in der November- Plenarwoche in Straßburg bestätigt wurden.

Ich finde es folgerichtig und sinnvoll, nach 2020 ambitioniertere Ziele für 2030 zu setzen. Wir müssen energieeffizienter werden und die Entwicklung erneuerbarer Energien fördern. Es muss allerdings auch darauf geachtet werden, dass dieser Wandel technologieneutral erfolgt - denn nur so können wir sicherstellen, dass sich die beste Technologie durchsetzt und sich die unterschiedlichen Regionen anhand ihrer Möglichkeiten und Potenziale entwickeln. Gerade für Küstenregionen hat das Meer durch Offshorewind, Wellen, Tidehub und Unterschiede zwischen Salz- und Süßwasser viel an "blauer" Energie zu bieten. Die Produktion von Energie aus forstwirtschaftlichen Abfällen und Lebensmittelresten stellt für landwirtschaftliche Regionen eine ebenso große Chance dar und trägt zur Kreislaufwirtschaft bei. Allerdings ist der Ausbau einer passenden Infrastruktur die zentrale Voraussetzung für den Ausbau von erneuerbaren und alternativen Energien – die Energie muss beim Verbraucher und Produzenten auch ankommen. Da müssen die Mitgliedstaaten noch deutlich mehr tun. Darauf hatten wir auch im neulich abgestimmten Bericht zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe hingewiesen.

Somit bringen wir drei wichtige Vorschläge des Gesetzgebungspakets „Saubere Energie für alle Europäer“ voran, ein Paket, das den europäischen Energiemarkt nachhaltiger, wettbewerbsfähiger und innovativer machen soll. Weitere Gesetzesvorschläge des Pakets werden in den nächsten Plenarsitzungen abgestimmt.

Reform der Bahnpassagierrechte

Wir haben letzte Woche auch unsere Position zur Revision der Bahnpassagierrechte angenommen. Das Parlament möchte nicht nur die bisher moderaten Kompensationszahlungen im Bahnverkehr anheben (50 % des Ticketpreises ab 1 Stunde Verspätung, 75 % ab 90 Minuten, 100 % ab 120 Minuten). Wir haben in unserer Position vor allem eine Schwachstelle behoben, die uns schon lange beschäftigt: Passagiere, die für eine Bahnstrecke mehrere Tickets kaufen müssen, sollen die gleichen Rechte bekommen wie Besitzer eines durchgehenden Tickets. Bisher gilt das Recht auf Weiterbeförderung und Kompensationszahlungen bei Verspätung nämlich nur pro Ticket und nicht unbedingt für die gesamte Reise. Das ist ungerecht. Der Passagier hat nämlich überhaupt keinen Einfluss darauf, wie Bahngesellschaften untereinander kooperieren und wie viele Tickets er für eine Strecke kaufen muss, gerade bei Fahrten über Grenzen hinweg. In Zukunft sollte jeder Passagier, wenn er wegen Verspätung einen Anschluss verpasst hat, einfach den nächsten passenden Zug nehmen dürfen – egal, ob er eine Reservierung hat und egal, welche Bahngesellschaft den Zug betreibt.

Die Passagierrechte sollten unserer Meinung nach auch für Bahnen im Nahverkehr gelten, die bisher ausgenommen sind. Wobei die Kompensationszahlungen für Verspätungen allerdings erst ab einem Ticketpreis von 5 € greifen würden. Außerdem sollte man als Passagier mit Behinderung anders als heute auch ohne Voranmeldung in großen Bahnhöfen Hilfe bekommen. Das Europaparlament setzt damit sechs Monate vor den Europawahlen ein starkes Zeichen, wie man konkret die Bahnpassagiere besserstellen könnte. Mit dieser Position wird das neue Parlament nach den Europawahlen die Trilogverhandlungen starten, wenn der Ministerrat hoffentlich auch zu einer gemeinsamen Linie gefunden hat.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

SEARICA: Für nachhaltige Maritim- und Küstentourismus Gemeinschaften

Diese Searica Veranstaltung Anfang November wurde ausnahmsweise nicht von mir, sondern von meinem Vize-Präsidenten Tonino Picula, ehemaliger Außenminister aus Kroatien, geleitet. Das Mittelmeer ist eines der beliebtesten Urlaubsziele und die Mittelmeerländer hängen stark vom Tourismus ab. Wie Tonino Picula erklärte, kommt jeder 5. € aus der Tourismusbranche. Nichtsdestotrotz funktioniert der Tourismus auch auf Kosten der Umwelt: 13 Millionen Touristen jedes Jahr hinterlassen ihre Spuren. Zahlen belegen, dass ein einzelner Tourist während seines Urlaubs 3x mehr Wasser verbraucht und 15x mehr Müll generiert als ein Einheimischer. Deswegen ist es wichtig, dass Städte und Küstengemeinden einen effektiven Managementplan haben. Es gibt zum Beispiel schon ein Europäisches System für Tourismusindikatoren. Mit diesem System können Städte und Küstengemeinden sehen, wie nachhaltig sie im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden sind. Andererseits kann man mit dem System auch überwachen, ob sich

die Umweltleistung einer Stadt oder Gemeinde im Laufe der Zeit verbessert. Global gesehen ist der Tourismus die drittgrößte Industrie der Welt. Deswegen haben alle zugestimmt, dass nachhaltiger Tourismus eine immer wichtigere Rolle auf der politischen Agenda spielt.

European Maritime Single Window (Schatten-Berichterstatterin)

Derzeit wird im TRAN-Ausschuss das europäische einheitliche Fenster für den Seeverkehr oder „European Maritime Single Window“ (EMSW) diskutiert. Es ist Teil des dritten Mobilitätspakets für mehr Digitalisierung im Transportsektor. Dabei geht es um die Formalitäten, die Schiffe beim Ein- und Auslaufen von Häfen einhalten müssen. Noch sind sie von Hafen zu Hafen sehr unterschiedlich: unterschiedliche Formulare, unterschiedliche benötigte Informationen, unterschiedliche Übertragungswege. Ganz zu Beginn meiner Zeit im Europaparlament 2010 hat man mit der Richtlinie über Meldeformalitäten von Schiffen schon versucht, das Leben der Reeder mit einheitlichen Vorgaben zu vereinfachen. Doch wie sich in der Praxis rausgestellt hat, waren die Vorgaben nicht genau genug und haben die Situation nicht verbessert, außerdem waren sie freiwillig und nicht verpflichtend. Wenn ein Schiff heute vor dem Einlaufen beispielsweise die Liste seiner Besatzungsmitglieder durchgeben muss, kann es allein dafür mehrere Varianten geben: erst Vor- oder Nachname, beim Geburtsdatum Punkt, Binde- oder Schrägstrich zwischen den Zahlen etc. De facto müssen die Kapitäne die Informationen für jeden Hafen neu anpassen, auch wenn die Besatzung sich gar nicht geändert hat. Es gibt also erheblichen Spielraum für weitere Vereinfachung und eine Verringerung des Verwaltungsaufwands für die Reedereien. Auf nationaler Ebene wurde Einiges durch die Vorgängergesetzgebung schon erreicht, aber gerade für Schiffsverkehre zwischen Mitgliedstaaten muss man nachbessern.

Ich habe dieses Problem schon seit Jahren verfolgt und freue mich, dass wir die Arbeit an diesem Vorschlag nun begonnen haben. Mitte Januar soll die Position des Verkehrsausschusses stehen. Denn auch hier muss es schnell gehen, wenn wir den Gesetzestext noch vor den Europawahlen abschließen wollen, dann unter der Ratspräsidentschaft Rumäniens. Die Mitgliedstaaten einigen sich hoffentlich im Dezember auf eine gemeinsame Position.

EMMA Konferenz über die europäische Binnenschifffahrt

Am Dienstag, dem 6. November, hatte ich Gelegenheit, an einer Podiumsdiskussion über die Zukunft des europäischen Seeverkehrs und der Binnenschifffahrt teilzunehmen. Ausgangspunkt war das Projekt EMMA, das sich mit der Verbesserung des europäischen Seeverkehrs und der Binnenschifffahrt innerhalb Europas beschäftigt.

Der Diskussion gingen mehrere Vorträge über Beispiele und Programme zur Erleichterung und Entwicklung der Binnenschifffahrt voraus, die von Finanzierungsinitiativen über Infrastrukturänderungen bis zur Entwicklung neuer Software für die Verbreitung von Informationen unter den Verladern reichten. Es gibt

bereits Projekte in ganz Europa, von Schweden bis Polen und auch schon im Hamburger Hafen, die Binnenschifffahrt und Fluss-Seeschifffahrt in eine innovative Richtung schicken können. Leider lassen nationale und europäische Rechtsvorschriften hier noch etwas zu wünschen übrig. Durch Überbesteuerung, -regulierung und -beschränkungen und das Fehlen eines einheitlichen Ansatzes über Schifffahrt auf Flüssen und Seen ist der Fortschritt langsam und Privatinvestitionen für die Binnenschifffahrt sind schwer zu sichern.

Ohne eine ordnungsgemäße Verkehrsinfrastruktur, Gesetzgebung und Zugänglichkeit kann der europäische Binnenmarkt nicht funktionieren. Als Mitglied des Transportausschusses konzentrierte ich mich in meinem Vortrag auf bestehende Vorschriften der europäischen Kommission und was sich noch ändern muss, um das vollständige Potenzial des Transports per Binnenschiff für den europäischen Binnenmarkt zu nutzen. Zum Beispiel müssen meiner Meinung nach mehr umweltfreundliche Schiffe und Digitalisierung eingesetzt werden.

MetalleProKlima - Wie können wir das Investitionsklima Europas für eine kohlenstoffarme Industrie verbessern?

Als nächstes gab es am Mittwoch, dem 7. November, eine Podiumsdiskussion über die Förderung der kohlenstoffarmen Industrie, die von Metalle Pro Klima veranstaltet wurde.

Dieses engagierte Panel bot mir die Gelegenheit, mit einigen Experten vor Ort über die angekündigte Langfriststrategie zur Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2050 mit der Europäischen Kommission zu diskutieren. Die Kommission will mit ihrer angekündigten Strategie eine nachhaltigere Entwicklung in der Industrie anregen. Auch hier gab es einige Beispiele von erfolgreichen Initiativen aus der Industriewelt. Die Hauptfrage in dieser Debatte war, wie wir das Investitionsklima in Europa für neue Technologien und eine kohlenstoffarme Industrie weiter verbessern können.

Neue nachhaltige und umweltfreundliche Technologien gibt es schon massenweise. Bis jetzt fehlt aber ein vernünftiger Rahmen, um den Gebrauch dieser neuen Technologien anzuregen und einen wettbewerblichen Markt für sie herzustellen. Dies muss mit stabilen Preisen auf dem Energiemarkt und der Schaffung von Vorteilen für die Industrie in der internationalen Umgebung verbunden werden.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:** Mein Bericht zur Revision der Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ACER, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr, ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich), CO₂ für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, CO₂ für schwere Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Gesetze zur Plastikstrategie
- **Demnächst im Trilog:** HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), Trinkwasserqualitäts-Richtlinie

- **Im Ausschuss:** Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatterin), Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm, InvestEU, Programm 2021-2027, Maritime Single Window (elektronische Hafentraktpapiere – ALDE-Berichterstatterin)

II. Aus Deutschland und aller Welt

Bali: Internationales Prominententreffen bei der Our Ocean Konferenz

Nach Malta und der EU im letzten Jahr war dieses Mal Indonesien Gastgeber der 5. Konferenz "Our Ocean" - ein Format, das der ehemalige amerikanische Außenminister John Kerry begründet hat. Viele Prominente wie Leonardo die Caprio und Angelina Jolie setzen sich mittlerweile für die Meeresgesundheit ein, aber auch "gekrönte" Häupter wie Königin Nur von Jordanien, Prinz Charles und Fürst Albert von Monaco - die beiden letztgenannten waren auch bei der Konferenz in Nusa Dua im Süden Balis als Redner wieder mit von der Partie. "Our Ocean" ist mittlerweile wie ein großes Familientreffen der globalen maritimen Szene, und wie bei internationalen Treffen üblich, gibt es auch jeweils Tische mit Schildern der jeweiligen Delegation. Ich durfte als Sondergesandte des Parlamentspräsidenten für Meerespolitik gemeinsam mit unserem maltesischen Meereskommissar Karmenu Vella, mit dem ich sehr eng zusammenarbeite, die Europäische Union vertreten und saß entsprechend zwischen "Ethiopia" und "Fidji" - von den Fidschi-Inseln kommt übrigens der Sondergesandte für Meerespolitik der Vereinten Nationen. Die Konferenz war mit hohen Sicherheitsvorkehrungen versehen, schon allein der vielen Regierungsvertreter Indonesiens wegen - Regierungschef, Außenministerin, Fischereiministerin, dazu kamen dann noch Minister und Staatschefs insbesondere aus Ozeanien. Aber auch Deutschland war prominent vertreten mit der Umweltministerin Svenja Schulze, die ich bei der Gelegenheit kennenlernen konnte.

Diskutiert wurden wieder viele Themen rund ums Meer mit jeweiligen Updates: Blaues Wachstum - also generell das Potential der maritimen Wirtschaft für die Zukunft mit Aquakultur, blauer Biotechnologie, Meeresenergie und Rohstoffen aus dem Ozean; Überfischung und Wege zu einer nachhaltigen Fischerei; umweltfreundlichere Schiffe und Möglichkeiten, den wachsenden Kreuzfahrttourismus für Biodiversität und Bewohner der besuchten Städte verträglich zu gestalten; die Notwendigkeit, mehr marine Schutzzone einzurichten; Klimawandel und Meeresspiegelanstieg - eine Bedrohung insbesondere für Inseln im Pazifik; und natürlich Meeresverschmutzung und Plastikmüll, in Asien - auch dem mittlerweile gut erschlossenen Bali - ein Riesenproblem. Traditionell gab es am Ende jedes Themenblocks wieder "Commitments": dabei haben Vertreter der jeweiligen Staaten oder auch große Unternehmen die Möglichkeit, in 1 Minute Zusagen abzugeben für finanzielle Unterstützung, neue Gesetzgebung, neue Projekte, Ausweisung von weiteren Meeresschutzzone (hier hat Indonesien viel versprochen)

oder andere Vorhaben. Bei der nächsten Konferenz - 2019 richtet Norwegen "Our Ocean" in Oslo aus - wird dann von der Umsetzung und den Erfolgen berichtet, also ein Anreiz für alle Staaten und Unternehmen, dann gut dazustehen.

Parallel zur eigentlichen Konferenz fand wie schon im letzten Jahr neben einer großen maritimen Ausstellung auch eine Jugendkonferenz statt. Für mich gab es daher ein Wiedersehen mit engagierten jugendlichen Meeresschützern aus Europa, USA, Brasilien und Australien - und natürlich auch aus Bali: für die Plastikausstellung im April in Brüssel hatte ich ja Melati Wijssen eingeladen, und jetzt waren auch ihre jüngere Schwester Isabel und viele Freunde und Mitstreiter dabei. Die beiden Schwestern - mittlerweile 15 und 17 Jahre "jung" - haben vor 5 Jahren gemeinsam mit einigen Mitschülern die Initiative "Bye bye Plastic bag" gegründet und sich vorgenommen, sich für ein plastikfreies Bali einzusetzen, was sie auch sympathisch und energisch betreiben. Bei der großen Plastikverschmutzung in Asien ist es zwar bis dahin noch ein langer Weg, erschwert dadurch, dass es dort - auch auf Bali - kein funktionierendes Abfallsystem gibt, vieles wird "wild" entsorgt und verbrannt. Positive Beispiele wie das Ressornt des bayrischen Wurstproduzenten Magnus Bauch im Norden der Insel, der mangels öffentlicher Einrichtung eine eigene Kläranlage gebaut hat und auch den Abfall vernünftig entsorgt und bearbeitet, finden hoffentlich bald Nachahmer. Immerhin ein Erfolg: am 1.1.2019 tritt in Indonesien ein Gesetz in Kraft, das den Verbrauch von Plastiktüten und anderen Einmalprodukten entscheidend eindämmen soll - noch nicht so ambitioniert wie in der EU, aber ein großer Schritt nach vorn. Gut für die Menschen vor Ort, die Touristen, aber natürlich auch für den Ozean und alle Meeresbewohner!

Madrid und Berlin: Europawahl im Fokus

Die Wahl zum Europäischen Parlament findet zwar erst im Mai nächsten Jahres statt, aber natürlich laufen die Vorbereitungen dafür schon auf vollen Touren. So trafen sich beim ALDE-Kongress in Madrid Delegierte der europäischen liberalen Parteien, um das Manifesto - also das Wahlprogramm - zu diskutieren und zu beschließen und sich über Spitzenkandidaturen Gedanken zu machen. Da die Akzente in den nationalen Europawahlprogrammen durchaus unterschiedlich sind, war es gar nicht so einfach, einen Text zu formulieren, in dem sich alle wiederfinden. Drei Themen waren besonders brisant und wurden deswegen in gesonderten Arbeitsgruppen behandelt: Klimaschutz, Migration und Verteidigung. Klimaschutz ambitioniert mit hohen Forderungen zu formulieren fällt natürlich den Staaten leichter, die wenig Industrie haben, wo Produktionsbeschränkungen sich also nicht negativ auf Arbeitsplätze auswirken können. Bei der Verteidigung gibt es deutliche Unterschiede beispielsweise zwischen den Freien Demokraten, die schon lange eine europäische Armee anstreben, und den Niederländern, die dieses absolut ablehnen. Und bei Migration, Asyl und Einwanderung - die Arbeitsgruppe habe ich für unsere FDP-Delegation verhandelt - sind bekanntermaßen die Osteuropäer viel weniger offen als die Skandinavier oder wir Deutschen. Und zum Thema Spitzenkandidat: die ALDE hat beschlossen, dieses mal mit einem Team aus Spitzenpolitikern verschiedener europäischer Länder anzutreten. Die Zusammensetzung ist noch nicht bekannt, aber in jedem Fall soll die dänische Kommissarin Margrethe Vestager (für viele eine Wunschkandidatin) dazugehören. Und nachdem Macron und sein Team während des Kongresses bekannt gegeben haben, dass sie sich eine

Zusammenarbeit mit der ALDE wünschen, könnte auch ein/e Kandidat/in von En Marche dem Team angehören. Es bleibt spannend!

Freiheitskonvente in Berlin finden bereits seit einigen Jahren zu unterschiedlichen Themen statt. Dieses Mal ging es um Europa - mit einer leidenschaftlichen Rede unserer FDP-Spitzenkandidatin und Generalsekretärin Nicola Beer, einer Gesprächsrunde unter anderem mit dem Präsidenten der Europäischen Investitionsbank EIB Werner Hoyer, dem Begründer von "Pulse of Europe" und einer Politikerin unserer österreichischen Partnerpartei NEOS, und drei anschließenden Workshops. Teilnehmen und mitdiskutieren können alle interessierten Parteimitglieder und die Veranstaltung ist immer gut besucht. Natürlich waren auch viele Kandidatinnen und Kandidaten da, die sich für das nächste Europäische Parlament bewerben. Ich werde nach insgesamt 16 Jahren als Parlamentarierin - erst Landtag, dann Europaparlament - ja nicht wieder antreten. Aber bis zum Ende des Mandats bleibe ich natürlich voll im Einsatz und werde Ihnen entsprechend weiter berichten!

Langenhagen: Besuch bei UPS

Möglichst früh morgens sollte ich kommen, hatte man mir gesagt, und es hat sich gelohnt: so konnte ich beobachten, wie eine ganze Armada brauner UPS-Sprinter schnell und fachkundig beladen wurde, bevor dann nahezu zeitgleich sich alle Fahrzeuge in verschiedene Richtungen in Bewegung setzten, um die fristgerechte Auslieferung zu beginnen. Beladen wird nach einem ausgeklügelten Computergestützten System, das ein effizientes Ausladen nach Stadtteilen oder Ortschaften ermöglicht. UPS Langenhagen setzt mittlerweile einige E-Fahrzeuge ein und benutzt gerade zur Auslieferung in Hannover auch EFracht-Bikes. Die meisten Mitarbeiter haben feste Touren, nur wenige sind „Springer“. Beeindruckt hat mich das positive Betriebsklima, das in einer Art großem „Morgenkreis“ vor Besteigen der Fahrzeuge deutlich wurde – und auch, dass einige Frauen unter den Fahrern waren. UPS würde gern mehr Frauen einstellen, da sie mit ihren Fahrerinnen gerade in stressigen Hochdruckphasen durch die Bank weg positive Erfahrungen gemacht haben, bekommt aber – noch - zu wenig Bewerbungen.

IV. Terminvorschau

19.-22.11.	Brüssel	Ausschüsse, Trilog
19.11. (FNF)	Brüssel	Grußwort Jubiläum Friedrich-Naumann-Stiftung
20.11.	Brüssel	FNF-Podium zur Zukunft Europas
21.11.	Brüssel	2 Meereskonferenzen
23./24.11.	Berlin	BFA Internationales
26.11.	Berlin	Termine im Bundestag
26.-29.11.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Plenum
29.-30.11.	Brüssel	AG Europa der Fraktionsvorsitzendenkonferenz
30.11.	Burgwedel	Liberales Grünkohlessen
1.12.	Hannover	LFA Europa

3.-6.12.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Trilog
5.12.	Brüssel	2 Meereskonferenzen
10.-13.12	Straßburg	Fraktion, Plenum, Besuchergruppe
14.12.	Wennigsen	Gespräch mit NaBu-Landesvorsitzendem

19. November 2018

Dezember 2018

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die letzte Plenarwoche dieses Jahres war überschattet vom Terroranschlag auf dem Straßburger Weihnachtsmarkt. An dem Abend war das Parlament lange geschlossen, die Abgeordneten wurden im Plenarsaal versammelt und nach vielen Stunden nach draußen gebracht. Ich war mit Besuchern im Zentrum, dazu mehr im Newsletter. Unser Sonderausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus gab in der Woche seinen Abschlussbericht, in dem mehr und bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefordert wird.

Theresa May hat die Abstimmung zur Brexit-Vereinbarung verschoben, niemand kann zur Zeit sagen, wie es weitergeht mit der EU und dem Vereinigten Königreich. In der letzten Woche gab es gleich zwei 70-Jahr-Feiern: international zum Bestehen der Menschenrechtscharta, in Deutschland zum „Geburtstag“ der Freien Demokraten. Und im Europaparlament gab und gibt es stundenlange Trilogsitzungen, um Gesetze noch in dieser Legislaturperiode fertig zu verhandeln. Ich konnte „mein“ Gesetz zur ordnungsgemäßen Abgabe von Schiffsmüll in Häfen erfolgreich abschließen.

Das Europaparlament hat sich in die Weihnachtspause verabschiedet. Mir gibt das Gelegenheit, Liegegebliebenes aufzuarbeiten und mich mit meiner Familie auf das Weihnachtsfest vorzubereiten.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie friedliche harmonische Feiertage und dann einen guten Start in das Jahr 2019!

Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Lars Løkke Rasmussen zur Zukunft Europas

In der Debatte um die Zukunft Europas hatte am 28. November während des „Miniplenums“ der liberale dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen die Möglichkeit, seine Vorstellung zu präsentieren. Er bezeichnete Dänemark als einen der proeuropäischsten Staaten Europas. Dänemark habe viele wichtige europäische Verträge umgesetzt. Allerdings ist Dänemark auch dafür bekannt, den Vertrag von

Maastricht im Jahr 2015 abgelehnt zu haben, und die Dänen haben sich geweigert, den Euro als Einheitwährung einzuführen. Nichtsdestotrotz ist Europa ein alltäglicher Teil der dänischen Gesellschaft, auch weil alle europäischen Reformen durch öffentliche Debatten und mit öffentlichem Diskurs besprochen werden.

Dänemark profitiert sehr vom europäischen Binnenmarkt. Trotzdem gibt es Grenzen zur Freizügigkeit des Binnenmarktes und Rasmussen rief zu strengeren Regeln auf. Vor allem die Initiative der Kommission zur Vereinheitlichung des Arbeitslosengeldes in Europa sei katastrophal für Dänemark. Alle skandinavischen Länder haben nämlich im Vergleich zum Durchschnitt Europas ein sehr hohes soziales Wohlfahrtsystem mit Schutzmechanismen vom ersten Arbeitstag an, gedacht vor allem zum Schutz der einheimischen Bevölkerung.

Trotz dieser grundlegenden Unterschiede lobt Rasmussen die Zusammenarbeit in Europa, wovon auch Dänemark profitiert. Bei Migrationspolitik, Klimawandel und Digitalisierung fordert er einen gemeinsamen Ansatz und mehr Zusammenarbeit in Europa: „Wir können alles gemeinsam am besten lösen“.

Beim Thema Migration sprach er sich für bessere Lebensbedingungen in Afrika aus, um die Fluchtursache zu bekämpfen, aber auch für die bessere Sicherung des EU-Außengrenze. Zum Thema Klimapolitik unterstrich er, dass Dänemark als starker Befürworter der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen seine erneuerbaren Energiequellen bereits verdreifacht hat.

Rasmussens deutliche Forderung nach Reformen der Europäischen Union bei gleichzeitig verstärktem Zusammenwachsen zeigen meiner Meinung nach den Weg, den Europa gehen muss. Er äußerte die Ansicht, dass Reform und Wandel der Europäischen Institutionen entschieden besser sind für die europäischen Bürger und die Welt als der Versuch von Rechtspopulisten, Europa aufzuteilen oder gar zu desintegrieren. Unser Alde-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt lobte die Vision des liberalen dänischen Premiers.

Zyprischer Präsident Nicos Anastasiades zur Zukunft Europas

Auch der Zyprische Präsident sprach im Europäischen Parlament über die Zukunft Europas. Am Morgen nach dem Anschlag in der Straßburger Innenstadt verurteilte er die Tat aufs Schärfste und gedachte der Opfer und deren Familien.

Zypern trat 2004 der EU bei. Für das Land war dieser Schritt ein Meilenstein, um Stabilität und Wohlstand zu fördern. Der Präsident stellte vier Fragen, an denen sich die EU für die Zukunft orientieren sollte: Was für ein Europa wollen wir? Was muss getan werden, um Europa zu verbessern? Was sind die Ursachen des Populismus und wie gehen wir damit um? Wie geht Europa mit den Ungleichheiten innerhalb der EU um? Vor allem mit dem bevorstehenden Brexit muss die EU klare Antworten auf diese Fragen finden, um ein Scheitern zu verhindern.

Ein großes Thema seiner Ansprache war die Wirtschaftskrise, mit der Zypern seit 2013 zu kämpfen hatte. Als Präsident gelang es ihm, sein Land durch die Krise zu

führen. Er verpflichtete sich, grundlegende Reformen durchzuführen, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau ermöglichten. Erfolge traten sogar früher ein als erwartet und waren deutlich spürbar: Zypern erlebte den höchsten Rückgang an Arbeitslosigkeit, und eine positive Wachstumsrate von knapp 4% konnte festgestellt werden. Zypern trat auch internationalen Märkten wieder bei und der Präsident berichtete von einem Überschuss im Staatshaushalt.

Der Konflikt zwischen türkischen und griechischen Zyprioten wurde auch thematisiert. Nach Jahren des Konfliktes sind mittlerweile gute Kontakte zwischen dem Norden und dem Süden entstanden, wodurch auch die Wirtschaftskrise überwunden werden konnte. Nichtsdestotrotz wird die Türkei dafür kritisiert, sich von der EU zu entfernen und grundlegende Menschenrechte außer Acht zu lassen. Der spanische ALDE Abgeordnete Javier Nart betonte, dass Zypern nicht in zwei Gemeinschaften geteilt werden sollte, sondern als ein Land geeint sein muss.

Vergabe des Sacharow-Preises

Durch die jährliche Verleihung des Sacharow-Preises will das europäische Parlament das Bewusstsein für Verletzungen von Menschenrechten, Presse- und Meinungsfreiheit fördern. Geehrt wird jeweils der im Europaparlament favorisierte Vorschlag einer oder mehrere Personen, die sich weltweit für diese Werte einsetzen, oft unter Gefahr der Inhaftierung oder sogar mit Einsatz ihres Lebens. Dieses Jahr ging der Preis an Oleg Sentsov. Der Ukrainische Regisseur erhielt den Preis für seine Unterstützung in der humanitären Hilfe für ukrainische Demonstranten 2014. Auch zum Ende der Revolution mit dem Exil von Janukowitsch unterstützte er den Widerstand gegen die russische Besetzung der Krim und wurde am 11. Mai 2014 dafür verhaftet. Seitdem leidet er unter verschiedenen Formen der Folter, falschen Anschuldigungen wegen Terrorismus und Unterdrückung durch russische Gerichte und Behörden und wurde letztendlich zu 20 Jahren Gefängnis in Sibirien verurteilt.

Trotz seiner Unterdrückung und trotz aller Widrigkeiten setzt er sich dennoch weiter für Redefreiheit und die Freiheit der ukrainischen Bevölkerung ein. Im Mai 2018 trat er im Gefängnis in den Hungerstreik, um die Welt auf die Lage politischer Gefangener und russischer Dissidenten aufmerksam zu machen. Obwohl er seinen Streik aus gesundheitlichen Gründen aufgeben musste, hat seine Aktion dazu geführt, dass die ganze Welt auf die Ukraine und die Aggression von Russland blickt.

Meinungsfreiheit, Rede- und Pressefreiheit bilden die Basis einer starken und gesunden Demokratie. In immer mehr Fällen in Europa und der Welt werden Journalisten und Dissidenten dauerhaft unterdrückt und Repressalien ausgesetzt. Darum setzt die Verleihung dieses Preises an Oleg Sentsov ein starkes Signal für Redefreiheit und Menschenrechte.

Horizont Europa: wir brauchen eine Mission ‚Healthy Ocean‘

In der Dezember-Plenarwoche haben wir die Parlamentsposition zu Horizont Europa verabschiedet. Als Nachfolgeprogramm von Horizont 2020 soll Horizont Europa europäische Forschungs- und Innovationsprojekte für den Zeitraum von 2021 bis 2027 finanzieren, und zwar nach Vorschlag der Kommission mit höherem Budget als bisher.

Die klare Zustimmung des Parlaments sendet ein starkes Signal an die Mitgliedstaaten. Wir fordern sogar einen Anstieg der Ausgaben für Forschung und Innovation auf 120 Milliarden € statt der von der Kommission vorgeschlagenen 100 Milliarden. Forschung und Innovation sind das Herzstück der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und der Schlüssel, um Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Statt auf nationale Einzelinteressen muss das EU-Budget der Zukunft noch stärker auf den europäischen Mehrwert der Ausgaben achten.

Die Liberale Fraktion hat sich dabei vor allem dafür eingesetzt, dass Horizont Europa weiterhin auf Exzellenz als Auswahlkriterium setzt und auch für Partner offenbleibt, die nicht aus EU-Mitgliedstaaten kommen. Forschung soll weder eine neue Kohäsionspolitik werden noch darf sie an den Grenzen der EU enden.

Als Sondergesandte des Präsidenten des Europäischen Parlaments für Meerespolitik hätte ich mir allerdings einen stärkeren Fokus auf maritime Forschung gewünscht, entsprechende Anträge hatte ich auch eingereicht. Die Meere und Ozeane sind unsere Zukunft und gerade Deutschland hat exzellente Forschungsinstitute. Mit Blick auf die anstehenden Trilogverhandlungen zwischen der Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat setze ich mich jetzt dafür ein, dass die „Mission: Healthy Ocean“ beschlossen wird, die sich Themen wie den Auswirkungen des Klimawandels auf die Meere und der Verschmutzung durch Plastik widmet.

Da die Finanzierung des Programms allerdings vom Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) abhängt, ist noch nicht klar, ob die im Januar beginnenden Verhandlungen noch vor der Europawahl im Mai abgeschlossen werden können.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (Berichterstatterin)

Auch wenn wir nach der kurzen Nacht nach den Straßburger Anschlägen alle hundemüde waren, haben wir wie geplant unsere letzte Trilogsitzung durchgezogen. Die Verhandlungen, die ich als Berichterstatterin mit der Kommission und der österreichischen Ratspräsidentschaft geleitet habe, begannen um 15.00 und zogen sich mit kleinen Unterbrechungen bis 22.00 hin. Doch am Ende konnten wir auf eine Einigung für die neue Richtlinie zur Abgabe von Schiffsmüll in Häfen anstoßen. Das

Verhandlungsergebnis muss nun noch von Parlament und Ministerrat offiziell bestätigt werden. Aber das ist meist nur eine Formalie.

Wir konnten in letzter Minute noch einige Punkte durchsetzen, die der Rat seit Wochen blockiert hat, auch wenn am Ende teilweise nur „Kann-Bestimmungen“ herauskamen. So „können“ Häfen zum Beispiel finanzielle Anreize setzen, um Reeder zu ermuntern, besonders klebrige Rückstände in ihren Laderäumen wie Paraffin ordnungsgemäß im Häfen auswaschen zu lassen. Hier werden die internationalen Regeln der IMO (internationale Maritime Organisation) zwar im nächsten Jahr restriktiver, aber in bestimmten Gewässern wird es weiterhin möglich sein, dass die Tanks auf See ausgespült werden und die klebrigen Klumpen dann an unseren Stränden landen. Bei Inspektion von kleineren Schiffen unter 300 gt „können“ sich die Mitgliedstaaten an das europäische Überwachungssystem halten oder ihr eigenes System aufstellen. Eine verpflichtende Bestimmung haben wir allerdings auch noch reinverhandeln können. Schiffen, die sich durch ein besonders umweltfreundliches Müllmanagement an Bord auszeichnen, „müssen“ die Häfen eine reduzierte Müllgebühr gewähren.

Insgesamt können wir mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein. Wenn in Zukunft jedes Schiff automatisch beim Einlaufen in den Hafen für die Müllentsorgung zahlen muss, gibt es keinen finanziellen Anreiz mehr, Müll ins Meer zu kippen. Schiffe müssen zukünftig auch an jedem Hafen ihren Müll abgeben, es sei denn, sie können genügend geeigneten Lagerraum für Abfall und Abwasser an Bord nachweisen. Schätzungen zufolge wird zwar ein Großteil des Plastikmülls über Flüsse und Küstenstreifen ins Meer gespült. Aber auch jedes Schiff, egal ob Fähre, Handelsschiff, Fischerboot oder kleine Yacht muss dazu beitragen, die Meere müllfrei zu halten.

Wichtig ist auch, dass Fischer, in deren Netzen Müll als Beifang landet, diesen Müll kostenfrei am Hafen abgeben können, statt ihn wieder über Bord zu werfen. Deswegen rufen wir die Mitgliedstaaten auf, sogenannte 'Fishing for Litter' Programme aufzulegen, aus denen die Entsorgung von gefischtem Müll finanziert wird – einige Länder praktizieren das bereits mit Erfolg. Der Rat hat sich allerdings gegen eine verpflichtende Einführung dieser Programme gestraut.

Dafür hat das Parlament eine Revisionsklausel für Richtlinie 2005/35/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 7. September 2005 über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen für Verstöße durchgesetzt, die dringend an die aktuellen internationalen IMO Standards angepasst werden muss. Außerdem liefert diese Richtlinie die nötigen Instrumente, um auf See zu überwachen, ob unerlaubte Substanzen und Abfälle von Schiffen ins Meer geleitet werden.

Tiertransporte (ALDE-Berichterstatterin)

Im Verkehrsausschuss bin ich Schattenberichterstatterin für eine Stellungnahme zur Umsetzung einer Verordnung, die seit 2005 gilt. Darin sollen vernünftige Bedingungen für Tiertransporte garantiert werden, vor allem für Transporte zu Schlachthäusern. Immer wieder gibt es allerdings Berichte über unerträgliche

Zustände bei diesen Transporten von Schlachtvieh. Trotz verbesserter Vorschriften für Fahrzeuge und tierärztliche Untersuchungen bestehen in der EU nach wie vor erhebliche Lücken im System, die das Durchsetzen der Vorschriften und Sanktionen für Misshandlungen behindern. Viele plädieren daher für eine neue Verordnung mit strengeren Regeln. Dabei liegt die Ursache vielmehr bei den Mitgliedstaaten, die das Gesetz aus dem Jahre 2005 nicht richtig umsetzen und zudem die volle Autonomie bekamen, ihr eigenes Sanktionssystem einzuführen, was nicht überall funktioniert.

Tierschutzorganisationen fordern ein Verbot für den Transport von lebenden Tieren außerhalb Europas, da man dort die EU-Regeln nicht mehr garantieren kann. Auch soll die Transportdauer laut des grünen Berichterstatters auf maximal acht Stunden begrenzt werden und auf vier Stunden für Schlachtvieh. Wichtiger als die Dauer des Transports ist für mich allerdings die tiergerechte Ausstattung der Fahrzeuge und die Versorgung der Tiere unterwegs, das bestätigen auch die Tierärzte. Das Ein- und Aussteigen verursacht für die Tiere nämlich den meisten Stress. Die Stundenbegrenzung scheint aber nicht immer umsetzbar. Tiere, die aus Zuchtzwecken oder für Wettbewerbe transportiert werden, sind sehr teuer und werden ohnehin die bestmögliche und schonendste Beförderung bekommen, obwohl auch diese Transporte lange dauern können. Bei Schlachtvieh ist eine Stundenbegrenzung wünschenswert, doch vier Stunden reichen gerade in Flächenländern wie Bayern oft nicht aus, da es nicht überall Schlachthöfe gibt. Der Tiertransporter muss ja meist mehrere teilweise kleine Höfe anfahren, um dort einzelne Tiere einzuladen. Fahrten und Ladevorgänge kosten gerade in entlegenen Gebieten Zeit. Fazit: noch wichtiger als die Dauer ist die Qualität der Transportfahrzeuge.

SEARICA: Plastik und Biodiversität im Mittelmeer

In den letzten zwei Wochen hatte ich gleich zwei Veranstaltungen meiner Meeresgruppe SEARICA (www.searica.eu). Beide Male ging es ums Mittelmeer, ein Mal um Plastikverschmutzung, das andere Mal um Biodiversität.

Für die erste Konferenz sind sogar Abgeordnete und Minister aus nordafrikanischen Staaten angereist. Das war schon etwas Besonderes, zeigt aber auch die Bedeutung des Themas für den gesamten Mittelmeerraum. Das Plastikproblem ist nordafrikanischen Ländern durchaus bewusst und es werden auch vor Ort Aufräumaktionen organisiert. Nichtsdestotrotz haben diese Länder noch mit anderen Problemen zu kämpfen, die die Reduzierung des Plastikkonsums erschweren. So erklärte eine Abgeordnete aus dem marokkanischen Parlament, dass ein Plastikverbot ja Konsequenzen für die Plastikindustrie als wichtiger Arbeitgeber hat. In einem Land mit hoher Jugendarbeitslosigkeit und einer schwachen Wirtschaft ist es nicht förderlich, einen großen Industriezweig einzuschränken. Nichtsdestotrotz hat Marokko Plastiktüten ab 2016 verboten. Der Repräsentant aus dem Libanon erzählte, dass sein Land mit der Flüchtlingskrise kämpft und seitdem die Müllberge um 15% gestiegen sind. Zudem fehlen den Ländern oft die finanziellen Ressourcen oder Infrastrukturen, um den Müll ordentlich zu sammeln und zu entsorgen. In Ägypten wird deshalb der Müll vom „informellen“ Sektor gesammelt. Es wäre

allerdings auch wirtschaftlich besser, diesen Sektor besser zu organisieren und zu koordinieren. Auch Ägypten plant, Plastiktüten zu verbieten.

In der zweiten Veranstaltung ging es geografisch auch um das Mittelmeer, aber dieses Mal um den Schutz der Biodiversität. Das Mittelmeer bedeckt zwar weniger als 1% der Erdoberfläche, ist aber außerordentlich divers und das Zuhause von vielen Arten, die nur im Mittelmeer vorkommen. Aus diesem Grund wird das Mittelmeer oft „biodiversity hotspot“ genannt, um zu verdeutlichen, wie einzigartig die Artenvielfalt ist. Gleichzeitig ist das Mittelmeer extremen Einflüssen ausgesetzt. In Marokko leben 61% der Bevölkerung entlang der Küste. Die Anrainerstaaten des Mittelmeers sind beliebte Urlaubsziele, sodass der ökologische Zustand des Mittelmeers deutlich gelitten hat in den letzten Jahren, auch durch massiven Anstieg der Müllberge gerade in der Saison durch Touristenströme. Deshalb haben sich einige Mittelmeerstaaten zu einer Gemeinschaft zum Schutz der Biodiversität im Mittelmeer zusammengetan, um gegen die Verschlechterung des Umweltzustandes anzukämpfen. Am Ende der Konferenz wurde eine Einigung unterschrieben, in der sich die Staaten dazu verpflichten, das Mittelmeer besser zu schützen. Besonderer Wert wurde hierbei auf Meeresschutzgebiete und den Schutz von Fischbeständen gelegt.

Konferenz zu Forschung und Innovation in unserem täglichen Leben

Am 27. November war ich Sprecherin auf einer hochrangigen Konferenz im Brüsseler Plenarsaal zum Thema "Forschung und Innovation in unserem täglichen Leben". Natürlich nutzte ich die Gelegenheit, für eine nachhaltige Nutzung der Ozeane und dafür nötige Forschungsmittel zu werben.

Das Plastikproblem ist mittlerweile ja so bekannt, dass sich ein großer Teil der Forschung und Innovationen auf dieses Thema konzentriert. Denn es gibt noch viele offene Fragen: Wie genau verhält sich Plastik im Meer? Wie reichert sich Plastik in der Nahrungskette an? Kann Plastik in Zellen eindringen? Einige Projekte, die versuchen Antworten auf diese Fragen zu geben, wurden vorgestellt. Eines davon war PLASTOX: Dieses Projekt untersucht die Einflüsse von Mikroplastik auf den menschlichen Organismus, die Nahrungskette und die Umwelt.

Auch beim Thema biologisch abbaubarem Plastik gehen die Meinungen auseinander. Fest steht, dass Bioplastik in der jetzigen Form nicht im Meer abbaubar ist. Aus diesem Grunde müssen wir Forschung und Innovationen fördern, damit alternative Ressourcen zur Plastikherstellung genutzt werden können.

Ich war beeindruckt von den Beispielen über die Wiederverwendung von recyceltem Plastikmüll aus dem Meer zu Fasern und dann einer eigenen Produktionslinie für Kleidung für alle Altersklassen. Spannend war auch die Vorstellung eines nachhaltigen Fährschiffes. Das Meer bietet enorme Möglichkeiten für umweltfreundliche Produkte, beispielsweise auch Algen als Rohstoff für Plastikersatz. Umso wichtiger ist es, die Forschungsmittel aufzustocken, auch für eine „Mission: saubere Ozeane.“

Auswirkungen eines „No-Deal Brexit“ im Verkehrs- und Tourismussektor

Man braucht eigentlich keine Studie, um zu ahnen, dass der Brexit schwerwiegende Folgen für die Verkehrsverbindungen zum Vereinigten Königreich haben wird. Großbritannien ist eng in die europäischen Verkehrs- und Tourismusnetze, -verträge, -gesetze und -vereinbarungen eingebettet, so dass die Folgen eines „No-Deal-Brexits“ katastrophal sowohl für Europa als auch für Großbritannien wären. Das ist das Ergebnis der Studie, die uns Anfang Dezember im Transportausschuss präsentiert wurde.

Alle Verkehrsvereinbarungen mit Ausnahme von Eisenbahn und konventionellen Autobahnen müssten neu verhandelt werden. Dies ist ein Prozess, der Monate, wenn nicht Jahre dauern kann. Während dieser Zeit müsste Europa alle Flüge von und nach Großbritannien stoppen, die gesamte Schifffahrt in britischen Gewässern aussetzen und neue Grenzkontrollen und Besteuerung des grenzüberschreitenden Verkehrs auflegen. In Anbetracht der Tatsache, dass das Vereinigte Königreich 14% des europäischen BIP ausmacht und mehr als 50 Millionen Briten im Jahr geschäftlich oder privat in die Europäische Union reisen, hätte das nicht nur Konsequenzen für unseren Handel, sondern auch für den Tourismus. Es wurden allerdings schon einige Vorbereitungen eingeleitet. Die Häfen sowohl im Vereinigten Königreich als auch auf dem europäischen Festland haben bereits private Vereinbarungen untereinander und mit den nationalen Regierungen getroffen. Gleichzeitig wird Großbritannien bei Luft- und Schifffahrt auch weiterhin die internationalen Standards der Vereinten Nationen einhalten, an die sich auch die Europäische Union hält. Auf dieser gemeinsamen Grundlage könnte man neue Verkehrsbeziehungen aushandeln.

Es versteht sich jedoch von selbst, dass ein „No-Deal“ das bei weitem ungünstigste Ergebnis des Brexits wäre. Es versteht sich ebenso, dass die Europäische Union und das Vereinigte Königreich in den kommenden Jahren so schnell wie es geht ein bestmögliches Ergebnis für beide Seiten verhandeln müssen. Ich habe immer behauptet (und gehofft), dass der Brexit wegen der vielen ungelösten Probleme wohl noch rückgängig gemacht wird, am besten durch ein zweites Referendum. Das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das besagt, dass Artikel 50 des Vertrags von Lissabon rückgängig gemacht werden kann, ist ein erster Schritt in diese Richtung. Es ist jedoch Sache von Theresa May und des britischen Unterhauses, da die übrigen europäischen Staats- und Regierungschefs eindeutig erklärt haben, dass der Brexit-Deal nicht neu verhandelt werden kann, egal wie viel politische Turbulenzen dadurch in Großbritannien ausgelöst werden. Doch es ist klar, einen No-Deal, wünscht sich niemand.

Terrorismus vor dem Hintergrund des 70. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Wie Sie sicher alle in den Medien verfolgt haben, gab es am 11. Dezember in der Elsassischen Hauptstadt Straßburg einen Terroranschlag auf dem Weihnachtsmarkt,

bei dem drei Menschen ums Leben kamen und viele verletzt wurden. Im Rahmen der Plenarwoche des Europäischen Parlaments war ich am Abend mit einer Besuchergruppe im Zentrum von Straßburg zum Abendessen, in unmittelbarer Nähe des Weihnachtsmarktes.

Dieser Terroranschlag traf Europa ins Herz. Straßburg ist nicht nur Sitz des Europäischen Parlaments, sondern auch eine Stadt, wo viele verschiedene Kulturen und Religionen zusammenkommen, ein Beispiel für das friedliche europäische Zusammenleben. Dass der Anschlag an einem Tag nach dem 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen stattgefunden hat, macht den Vorfall umso tragischer. Eine große Herausforderung in Europa ist die gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus als Bedrohung unseres Alltags in Freiheit mit stabilen demokratischen Strukturen durch grenzüberschreitenden Informationsaustausch bei gleichzeitigem Schutz unserer Daten und der Privatsphäre.

Am 10. Dezember 1948 haben die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet. Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums veranstaltete das Europaparlament Ende November die Menschenrechtswoche. Ein hochrangiges Panel mit den Kommissaren Federica Mogherini und Michel Barnier erinnerte daran, welche Fortschritte seit 1948 erzielt worden sind. Zur Zeit der Ratifizierung gab es weltweit noch keine festliegenden Grundrechte. Meinungsfreiheit war nur eine Theorie, Verweigerung von Schutz und Asyl war alltäglich. Diese Erklärung hat seitdem zu einer wesentlichen Verbesserung des Lebensstandards und der Rechte der Bürger in Europa beigetragen. Redefreiheit und Menschenrechte sind zu zentralen europäischen Werten geworden, sowohl innerhalb der EU als auch in der Ausübung ihrer Außenpolitik.

Auch die diesjährige Vergabe des Sacharow-Preises für geistige Freiheit an den ukrainischen Filmemacher und Schriftsteller Oleg Sentzov, der in Sibirien inhaftiert ist und eine 20-jährige Haftstrafe verbüßt, macht deutlich, dass wir weiterhin für Redefreiheit kämpfen müssen und sie niemals als selbstverständlich betrachten sollten.

Wiederkehrende Terroranschläge haben in Europa in den letzten Jahren für Verunsicherung gesorgt. Manche glauben, dass eine Verschärfung von Maßnahmen wie Vorratsdatenspeicherung eine schnelle Lösung gegen Terror und Kriminalität sei. Dabei besteht aber die Gefahr, dass Grundrechte Sicherheitsüberlegungen geopfert werden, ohne mehr bewirken zu können. Fluggastdatenspeicherung hätte keinen der bisherigen Terroranschläge verhindern können, da alle Attentäter auf dem Landweg unterwegs waren. Als Liberale bin ich fest davon überzeugt, dass es eine der Hauptaufgaben des Staates ist, die Freiheit und Grundrechte aller Bürger zu gewährleisten. Sicherheit erfordert nicht nur Gefahrenbekämpfung, sondern auch die Erhaltung unserer Rechte, unseres Pluralismus und unserer Redefreiheit. Der Anschlag in Straßburg macht deutlich, dass bessere Koordinierung und Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden innerhalb der EU und konsequenteres Handeln bei Kenntnis von Gefährdungen notwendig ist, um den Terror zu bekämpfen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:** Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ACER, ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, CO2 für schwere Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Gesetze zur Plastikstrategie
- **Demnächst im Trilog:** HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, 9. Forschungsrahmenprogramm, CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung)
- **Im Ausschuss:** Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatterin), Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), InvestEU, Programm 2021-2027, Maritime Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere – ALDE-Berichterstatterin)

III. Aus Deutschland und aller Welt

Berlin: Bundesfachausschüsse

Neben den insgesamt 39 Sitzungswochen pro Jahr – 12 in Straßburg, 27 in Brüssel – sind wir Europaabgeordnete natürlich auch immer mal wieder in Berlin, um uns bei bundesweiten Sitzungen mit den Kollegen aus Landtagen und Bundestag zu aktuellen Themen auszutauschen. Wir haben übrigens auch vom Bundestag gestellte Büroräume in Berlin, die wir dann nutzen, und alle MdEPs bekommen einen Hausausweis des Deutschen Bundestages. Alle sowohl im Bundestag als auch im Europaparlament vertretenen Parteien haben außerdem – je nach Wahlergebnis und Fraktionsstärke – einen oder mehrere Sitze im Europaausschuss des Bundestages. In der letzten Legislaturperiode von 2009 bis 2014 war ich daher neben der Arbeit im Europaparlament auch Mitglied eines Bundestagsausschusses, in dieser Wahlperiode nimmt mein Berliner Kollege Wolf Klinz diese Funktion wahr.

In den letzten Wochen habe ich an zwei FDP-Sitzungen im Berliner Reichstag teilgenommen: der bundesweiten Arbeitsgruppe der Sozialpolitiker und dem Bundesfachausschuss Internationale Politik und Europa. Mit den Sozialpolitikern gab es u.a. einen Austausch über die Widerspruchslösung bei der Organspende (in den Niederlanden seit langem gültige Rechtslage) und die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt, die sich nicht nur in anderen Mitgliedstaaten der EU, sondern auch bei uns schwierig gestaltet. Beim Bundesfachausschuss standen neben meinem Bericht aus dem Europaparlament aktuelle Themen wie die Ukraine und natürlich auch das Europawahlprogramm auf der Tagesordnung.

Europäische Weihnachtsbräuche

Wussten Sie schon, dass der Weihnachtsmann aus Nordfinland stammt? Zumindest die Finnen sind fest davon überzeugt, jedes Jahr kommt daher ein Zug aus Nordfinland und fährt unter großem Hallo im Bahnhof von Helsinki ein. Der Weihnachtsmann, der mit dem Schlitten durch die Luft fliegt und die Geschenke durch den Schornstein abwirft (wie in Frankreich und Großbritannien), ist Überlieferung zu Folge eine „Kreuzung“ aus dem skandinavischen Jultomte, einem finsternen Wald-Gesellen aus vorchristlicher Mitwinter-Zeit, und dem heiligen Nikolaus von Myrha, der der Legende nach einer armen Familie einst durch den Schornstein Geld hat zukommen lassen, um den Kindern eine Zukunft zu ermöglichen. Der Tannenbaum ist eigentlich ein Heide, da in vorchristlicher Zeit Tannenzweige zur Abwehr böser Geister, die in rauen Wintertagen ihr Unwesen treiben, Häuser und Stallungen schmückten. Die Krippe dagegen stammt aus Italien: Franz von Assisi hat zum besseren Verständnis der Weihnachtsgeschichte einfach die in der Bibel beschriebenen Geschehnisse im Freien nachgespielt.

Irgendwann hielten dann sowohl das Krippenspiel als auch der Weihnachtsbaum Einzug in die Kirchen, Baum und Krippe auch in die Wohnzimmer. In Spanien gibt es in der Vorweihnachtszeit die große Weihnachtslotterie „El Gordo“, die bis zur Auslosung der vielen Gewinne die Adventszeit übertönt. In Irland stellen Familien auf dem Land in der heiligen Nacht eine Kerze ins Fenster als Einladung für einsame Menschen draußen, herein zu kommen und gemeinsam zu singen und zu feiern. In Polen wird in manchen Familien in der Vorweihnachtszeit noch – wie im Mittelalter überall üblich – gefastet bzw. weniger gegessen, und Heiligabend gibt es dann „12 Kostbarkeiten“ und Extra-Futter fürs Vieh. Dies sind nur einige Beispiele, wie Europäer Advent und Weihnachten feiern. Auch hier haben wir in der EU also „Einheit in Vielfalt“ - feiern zu gleicher Zeit, aber mit sehr unterschiedlichen Bräuchen. Nur eins eint uns: „Stille Nacht“ wird überall gesungen, in allen Sprachen.

IV. Terminvorschau

19.12.	Hamburg	Maritime Gespräche	beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie
7.-10.1.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion	
10.1.	Hamburg	Neujahrsempfang	Deutsche Meeresstiftung
11.-12.1.	Brüssel	Bundesfachausschuss Umwelt	
14.-17.1.	Straßburg	Fraktion, Plenum	
18.1.	Tornesch	FDP-Neujahrsempfang	
19.1.	Gummersbach	Klausurtagung Liberale Frauen	
20.1.	Hannover	FDP-Neujahrsempfang	

17. Dezember 2018

2019

Januar 2019

Liebe Leserin, lieber Leser,

zunächst wünsche ich Ihnen ein gutes Jahr 2019 voller Gesundheit, Zufriedenheit und mit vielen schönen Ereignissen!

Politisch ist dieses Jahr für Europa äußerst turbulent gestartet: der Brexit hält uns weiter in Atem. Nachdem Theresa May die Zustimmung zum mit der EU ausgehandelten Brexit-Abkommen deutlich im Unterhaus verweigert wurde, sie aber das Misstrauensvotum politisch „überlebt“ hat und nun weiter am Zug ist, eine Lösung vorzuschlagen, ist weiterhin ungewiss, ob die Europäische Union bald nur noch 27 Mitgliedstaaten haben wird oder ob das Vereinigte Königreich am Ende doch (vorerst?) weiter dazugehört wird. Mir wäre die letzte Variante am liebsten, sie wäre auch aus meiner Sicht am besten für die Wirtschaft und die Menschen. Aber viele erwarten, dass es doch zur „Scheidung“ kommt.

Der „Countdown“ mit Gesetzesverhandlungen, die noch vor der Europawahl abgeschlossen werden sollen, läuft weiter. Bis Mitte April reiht sich für uns eine Sitzungswoche an die nächste. Es ist auch mein „Countdown“ als Europaabgeordnete, da ich ja nicht wieder kandidiere. Aber bis dahin bin ich noch voll dabei und werde weiter in Newslettern aus meiner Arbeit berichten.

Viel Spaß beim Lesen!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Britisches Parlament stimmt gegen Austrittsabkommen

Nach zweieinhalb Jahren war es endlich soweit. Am 15. Januar stimmte das britische Unterhaus über das Brexit-Austrittsabkommen ab, welches zwischen der britischen Premierministerin Theresa May und den europäischen Staatschefs ausgehandelt worden war. So wie es jetzt aussieht, wird das Vereinigte Königreich am 29. März 2019 die EU ohne ein Abkommen verlassen, anstatt unter abgestimmten Bedingungen für beide Seiten auszutreten. Das Resultat der Abstimmung über das Austrittsabkommen wurde mit überdeutlicher Mehrheit abgelehnt.

Das überrascht mich und zahlreiche Europaabgeordnete nicht, denn schon lange gab es das Gerücht, dass im Vereinigten Königreich die Wettbüros keine Wetten auf das Ergebnis dieser Abstimmung eingingen. Das reichte als Indiz dafür, dass die ständige Unentschlossenheit innerhalb der regierenden konservativen Partei der

Tories und der Mangel an parteiübergreifenden Gesprächen mit den Sozialisten im britischen Parlament nur zu einer negativen Abstimmung führen konnte.

Was bedeutet das für die Briten? Darauf gibt es keine deutliche Antwort. May wird zwar noch immer vom House of Commons unterstützt und trägt weiter das Mandat, um das Austrittsabkommen zu verhandeln. Ihr wurde nun aber die nahezu unmögliche Aufgabe auferlegt, noch vor dem 29. März einen mehrheitsfähigen "Plan B" vorzuschlagen. Niemand weiß wie dieser Plan B aussehen soll, oder wie die britische Premierministerin überhaupt ein neues Abkommen verhandeln will. Die EU hat nämlich bereits deutlich gemacht, dass sie nicht von ihren Positionen abweichen wird, und das britische Parlament ist sich deutlich uneins darüber was es eigentlich will oder braucht. Dort wird nämlich konsequent auf alle Absprachen und Alternativen, die die Premierministerin vorlegt, nur „Nein“ gestimmt, ohne dabei neue Vorschläge vorzulegen. Ein weiterer Beweis dafür, dass der Brexit in Großbritannien zu einer tiefen Spaltung geführt hat.

Was bedeutet das für uns? Die Chance auf den gefürchteten No-Deal wächst. In manchen Ländern, so wie in Belgien und Deutschland, werden auch schon die nötigen Vorbereitungen getroffen. Wenn Sie sich an meinen letzten Newsletter erinnern, verfolge ich einen Bericht von Experten über die Folgen eines No-Deals für den europäischen Transport- und Tourismussektor. Es wurde sichergestellt, dass es Vorkehrungen gibt, die den grundlegenden Transport zwischen Europa und Großbritannien weiterhin erlauben. So erfordert der Brexit aber dann mehr Regeln für Schiffszertifizierer, mehr dazu in Teil zwei des Newsletters. Nichtsdestotrotz wären die Folgen eines Austritts ohne Abkommen, auch in anderen Sektoren, katastrophal für den gesamten europäischen Kontinent. Ganz zu schweigen von der Unsicherheit, in der sich britische Bürger in Europa und europäische Bürger in Großbritannien derzeit befinden.

Eins ist deutlich: die britischen Abgeordneten müssen sich ihrer Verantwortung bewusst werden und parteiübergreifend miteinander reden, um zu einer gangbaren Lösung zu kommen. Wir wollen auch vermeiden, das Brexit Problem mit in die nächste europäische Legislaturperiode zu nehmen.

Ich habe immer behauptet, dem britischen Volke sollte selber eine Abstimmung über das Austrittsabkommen erlaubt werden. Eine Umfrage von Politico zeigte am 17 Januar, dass es in Großbritannien mehr Unterstützung dafür gibt als je zuvor, um in der Europäischen Union zu bleiben – die erste Unterstützung war ja gleich nach dem Referendum die Queen mit ihrem „europäischen“ Hut. Ein zweites Referendum könnte dem britischen Volk Gelegenheit zu einer erneuten Abstimmung in der Angelegenheit zu geben, jetzt wesentlich besser informiert. Im europäischen Parlament wird auch die Alternative diskutiert, den Brexit abzuwenden, indem Artikel 50 rückgängig gemacht wird oder indem dieses zweite Referendum erlaubt wird. Das wäre nicht nur meine Lieblingslösung, sondern gut sowohl für die Briten als auch für die EU, also für uns alle.

Übergabe Ratspräsidentschaft an Rumänien

Am 1. Januar startete das neue Amt für die Präsidentschaft des Europäischen Rates. Österreichs Führung, die wegen der Arbeitseffizienz hoch gelobt wurde, aber

auch ihre Kritik verdient, soll nun von einer rumänischen Präsidentschaft übernommen werden. Während der Plenarwoche in Straßburg hatte ich Gelegenheit, die letzte Ansprache des österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz als Vorsitzendem der österreichischen Ratspräsidentschaft zu verfolgen und die erste Rede der rumänischen Ministerpräsidentin Viorica Dăncilă zu hören.

Die Rumänen, erstmals in diesem Amt, werden in den kommenden sechs Monaten die Dossiers von Österreich übernehmen. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans bat darum, die mehr als 240 legislativen Vorschläge, die dem Rat und dem Parlament noch vorliegen, noch vor der nächsten europäischen Wahl zu verhandeln. Die rumänische Ministerpräsidentin eröffnete ihre neue Ratspräsidentschaft mit einer Rede voller ehrgeiziger Ziele, indem sie Fortschritte in Sicherheit, Multilateralismus, Wirtschaft und Wohlstand versprach und die Förderung von europäischen Werten weltweit. Kurz gesagt, ein Europa, das auf allen Ebenen auf mehr Zusammenhalt hinarbeitet.

An Ambition gibt es also keinen Mangel unter den Rumänen. Einige kontroverse Positionen werden jedoch schwer zu lösen sein. Zum einen führte die Position der Vorgänger der Rumänen zu dem Vertragswerk der Vereinten Nationen über Migration dazu, dass Österreich und einige andere europäischer Länder sich aus dem Pakt zurückzogen, oder ihren eigenen Vorbehalt in den Text einbrachten, was Europa in Sache Migration nur weiter gespalten hat. Es wird deshalb eine Herausforderung für Rumänien, den Europäischen Rat von einem gemeinsamen Migrationskonzept zu überzeugen. Rumänien zeigte sich schon solidarisch, indem es am 9. Januar einige Migranten, die vor der maltesischen Küste gestrandet waren, aufnahm.

Dabei herrscht im Europäischen Parlament wegen der Lücken im rumänischen Rechtssystem einige Skepsis gegenüber dieser Präsidentschaft. Kontinuierliche Anklagen wegen Korruption bedrohen die Legitimität Rumäniens. Ich frage mich, wie Rumänien die europäischen Werte und das Prinzip des Rechtsstaats verteidigen will, wenn diese schon seit langem in Rumänien unter Druck stehen? Unser Fraktionsvorsitzender der ALDE, Guy Verhofstadt warnte sogar davor, dass die rumänische Regierung sich in einer ähnlichen Situation befindet wie Ungarn vor sechs Monaten. Gegen Ungarn wurde im September 2018 ein Strafverfahren nach Artikel 7 aufgerufen. Eine Maßnahme, die antidemokratische Reformen des Rechtsstaats in Europa bestraft, indem es das Stimmrecht entsprechender Nation im Europäischen Rat entzieht. Allerdings fehlt noch die Zustimmung des Rats zum Verfahren gegen Ungarn.

Nur die Zeit kann zeigen, wie gut die erste rumänische Präsidentschaft in der Geschichte der Europäischen Union ausgehen wird. Aber eins ist klar, in dieser Ratspräsidentschaft geht es um mehr, als nur eine Vorreiterrolle einzunehmen im Verhandeln neuer Gesetzgebungen. Rumänien will sich als starkes und solidarisches Mitglied der Europäischen Union aufstellen und damit einen Identitätsbruch mit seiner kontroversen Geschichte zu Stande bringen. Ich warte mal gespannt ab, was diese nächste Präsidentschaft für Fortschritte und Trilogverhandlungen bringen wird. Erschwerte Bedingung: da die Arbeitsphase vor Wahlkampf und Europawahl nur bis zum 18.4. dauert, bleibt wenig Zeit.

Spanischer Präsident Pedro Sánchez Pérez-Castejón zur Zukunft Europas

Zu dieser Plenumswoche war der spanische Premierminister Pedro Sanchez Perez-Castejon nach Straßburg eingeladen, um seine Vision zu der Zukunft Europas vorzustellen. Da er direkt nach der Brexit Debatte sprach, beteuerte er zunächst sein Bedauern zu dem Brexit, da niemand daran etwas gewinne, sondern alle etwas verlieren. Auch er würde Großbritannien weiterhin in der EU willkommen heißen.

Zum Thema Gleichberechtigung deutete Pedro darauf hin, dass Spanien das Land mit den meisten Frauen in der Regierung sei und dass sich das Land stark für die Gleichberechtigung einsetze. Er fordert auch eine Gleichstellungsstrategie in der EU: Anpassung der Gehälter, gleiche Jobchancen und mehr Frauen in der Forschung – ich stimme ihm voll zu. Wie auch seine Vorgänger unterstützt er die Europäische Armee, um bei Verteidigung und Sicherheit voranzukommen und ein ernst zu nehmender militärischer Akteur in der Welt zu werden.

Besonders erfreulich war, dass er auch die Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gegenden erwähnte. Das städtische Europa dürfe sich nicht von dem ländlichen Europa abwenden. Dies ist eine große Herausforderung, wenn man sich überlegt, wie die Mieten in Städten steigen, wo die attraktiven Arbeitsplätze liegen und wie die Infrastruktur in einigen Gegenden ausgebaut ist. Als Anrainerstaat des Mittelmeers sind Migration und die Flüchtlingskrise für Spanien große Themen. Der spanische Regierungschef erfuhr viel Lob von meinen Kollegen und auch von Vize Präsident Timmermanns für seinen Kurs, Flüchtlinge in sein Land zu lassen, als andere Länder ihre Häfen dichtgemacht haben, wie im Falle der Aquarius. Man kann allerdings auch nicht leugnen, dass die Flüchtlingsdebatte Europa gespalten hat und dem Nationalismus Aufschwung gegeben hat. Diese Spaltung ist die größte Schwäche im Moment, wovon nur die Euroskeptiker profitieren. Deshalb ist es an der Zeit, entschlossen zu sein, um den verloren gegangenen Schwung wieder zu gewinnen. Mir hat die Rede des spanischen Regierungschefs sehr gut gefallen – wir brauchen mehr führende Europäer mit diesen Zukunftsideen!

20 Jahre Euro

Mit der Einführung des Euros wurde eine einheitliche europäische Währung geschaffen, die zahlreiche Vorteile mit sich bringt. Für uns als Bürger ist der größte Vorteil natürlich, dass wir ohne Geld zu tauschen problemlos in den Urlaub innerhalb der EU fahren können. Für die EU bedeutet die Einführung des Euro aber auch, den Binnenmarkt weiterzuentwickeln. Die Wettbewerbsfähigkeit wuchs, wodurch auch die europäische Wirtschaft leistungsfähiger wurde. Global gesehen wurde die EU dank des Euros auch attraktiv für Geschäftstätigkeiten mit Drittländern. So ist der Euro mittlerweile zur zweitstärksten Währung der Welt geworden. Nichtsdestotrotz kam es mit dem Euro auch zu der Wirtschaftskrise 2009. Während der Jubiläumsfeier im Europäischen Parlament wurde der Euro allerdings als widerstandsfähig beschrieben, da er Menschen über die Krise hinweg geschützt hat.

InvestEU: gute Aussichten für die blaue Wirtschaft (Schatten-Berichterstatterin)

Das Europäische Parlament hat im Januar ein starkes Zeichen für die Stärkung der maritimen Wirtschaft gesetzt. Mit der Schaffung von InvestEU, Nachfolgeprogramm vom sogenannten ‚Juncker Plan‘, sollen mittels Darlehen und EU-Garantien gezielt öffentliche und private Investitionen mobilisiert werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Investitionslücke in Europa zu reduzieren.

Eine wichtige Änderung im Vergleich zum Juncker Plan ist, dass InvestEU in Zukunft auch die maritime Wirtschaft fördern wird, worüber ich mich als Sondergesandte für Meerespolitik des Europäischen Parlamentspräsidenten besonders freue. In den vergangenen Jahren ist der Ozean mit seinem enormen Potential immer stärker in den Fokus gerückt. Ob als Quelle von Nahrungsmitteln und Rohstoffen oder für die Energiegewinnung, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Meere sind noch lange nicht ausgereizt. Investitionen in Meerestechnologien sind aber kostspielig und langfristig, dementsprechend ist eine Finanzierung oft schwierig. Gemeinsam mit Kollegen aus europäischen Küstenregionen habe ich daher als ALDE-Berichterstatterin im ITRE einen Änderungsantrag eingereicht, der Projekte zur Entwicklung einer nachhaltigen „blauen Wirtschaft“ explizit in die Förderung von Invest EU aufnimmt. Dass der Antrag während der Plenartagung im Januar angenommen wurde, ist ein großer Erfolg. Innovative Projekte, junge Unternehmer und Bildungsprogramme können dadurch einfacher gefördert werden.

Ich hoffe sehr, dass die Mitgliedstaaten in den anstehenden Verhandlungen diesem Abschnitt zustimmen werden. Gerade Deutschland mit seiner sehr aktiven Meeresforschung kann von den neuen Regularien profitieren.

Kritischer ist allerdings die vorgeschlagene Ausnahme für einmalige Beiträge von Mitgliedstaaten vom Euro-Stabilitätspakt, dem regelbasierten Rahmen für die Koordinierung und Überwachung der nationalen Finanzpolitiken in der EU. Der wertvolle Beitrag von InvestEU zu Wachstum und Arbeitsplätzen in der EU sollte nicht durch Ausnahmeregelungen vom Euro-Stabilitätspakt untergraben werden. Das kann zu unsolider Haushaltspolitik führen und würde damit den Zielen von InvestEU entgegenlaufen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Textpassage in den weiteren Verhandlungen gestrichen wird.

Zulassungsverfahren der EU für Pestizide – Ergebnis des Untersuchungsausschusses

Der Bericht über das Zulassungsverfahren für Pestizide in der EU wurde in Straßburg mit großer Mehrheit angenommen. Die Nachfrage nach sicheren Lebensmitteln wächst stark und zudem muss auch sichergestellt werden, dass Landwirte unter sicheren Bedingungen ihre Lebensmittel produzieren können. Die EU-Regulierungen zur Lebensmittelsicherheit gehören schon zu den strengsten weltweit, aber es gibt immer noch Luft nach oben, diese Regulierungen zu überarbeiten.

Die wissenschaftliche Grundlage, auf denen die Zulassungsverfahren basieren, wurde im dafür eingerichteten Untersuchungsausschuss, dem ich stellvertretend angehörte, viel diskutiert. Bei einem sensiblen Thema wie diesem sind wissenschaftlich neutrale und unparteiliche Ergebnisse wichtig, wie wir sie vom Bundesamt für Risikoforschung (BfR) und von der Europäischen Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bekommen. Wissenschaftliche Studien, die von bestimmten Industrien in Auftrag gegeben wurden, können somit also nicht akzeptiert werden. Dafür haben sich die Co-Rapporteurs Lins und Staes auch eingesetzt. In ihrem Bericht plädieren sie für Transparenz, damit Bürger nachvollziehen können, wo ihre Lebensmittel herkommen und wie sie behandelt wurden. Zuletzt setzt der Bericht noch einen Schwerpunkt auf Innovationen, denn auch die Landwirtschaft kommt ohne Innovationen und Digitalisierung kaum noch aus. Deshalb soll ein Budget für die Landwirtschaft unter dem neuen Forschungsprogramm Horizon Europe zu Verfügung stehen. In einer digitalisierten Landwirtschaft kann der Einsatz von Glyphosat noch zielgerichteter dosiert und damit weiter reduziert werden.

Mit ist bei der sehr emotional und meist wenig wissenschaftlich basierten geführten Debatte über Glyphosat als bekanntestes Pestizid immer wichtig zu erwähnen, dass dies auch von der Bahn zur Gleisbett-Vegetationspflege eingesetzt wird und damit für die Sicherheit des Bahnverkehrs vorläufig unverzichtbar ist.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Mobilitätspaket für fairere Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr (Schatten-Berichterstatlerin)

Es ist das umstrittenste Gesetzespaket, das ich während meiner zehn Jahre im Verkehrsausschuss je erlebt habe. Es geht um neue Sozialvorschriften für LKW-Fahrer, die die Arbeitsbedingungen der Fahrer verbessern sollen und somit gleichzeitig den Wettbewerbsvorteil der Niedriglohnländer in Osteuropa verringern. Die meisten Fraktionen sind völlig gespalten je nachdem, ob die nationalen Unternehmen von den neuen Regeln profitieren würden oder nicht. Daher ist am 10. Januar ein weiterer Versuch gescheitert, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen. Im Verkehrsausschuss wurden alle Kompromisstexte zur Entsendung von LKW-Fahrern und zu Lenk- und Ruhezeiten, abgelehnt.

Überraschenderweise bekam allerdings der neue Vorschlag meines bayrischen SPD-Kollegen Ismail Ertug zur Kabotage eine Mehrheit. Jetzt sind alle etwas ratlos, wie man mit diesem Abstimmungsergebnis umgehen soll. Nachdem im Juli alle drei Dossiers im Plenum durchgefallen sind, wurden sie an den Verkehrsausschuss zurücküberwiesen mit dem Auftrag, eine mehrheitsfähige Position zu erarbeiten. Das ist letzte Woche nicht gelungen. Dabei hatten alle drei Berichterstatter akzeptable Kompromisstexte vorgelegt. Die ALDE hatte sich entschieden, diese zu unterstützen und gegen alle Alternativen zu stimmen, um endlich voranzukommen. Es ist schade,

dass die meisten anderen Abgeordneten nicht bereit waren, ihre Ursprungspositionen aufzugeben.

Der Druck, sich zu einigen, hat sich erhöht, seit sich die Verkehrsminister in einer langen Nacht Anfang Dezember zu einer gemeinsamen Position durchgerungen hatten. Die rumänische Ratspräsidentschaft steht bereit, um mit den Trilogverhandlungen zu starten. Doch es bleiben nur noch wenige Monate bis zur Europawahl. Die TRAN Koordinatoren (Sprecher der Fraktionen im Verkehrsausschuss) entscheiden nun voraussichtlich diese Woche, ob es nach dem Abstimmungsdesaster im Verkehrsausschuss eine neue Abstimmung im Plenum geben wird und welche Texte dort vorgelegt werden sollen.

European Maritime Single Window (Schatten-Berichterstatterin)

Im Schatten des 1. Mobilitätspakets sind Anfang Januar mehrere andere Gesetzgebungsvorschläge problemlos durch den Verkehrsausschuss gelaufen. Darunter das europäische einheitliche Fenster für den Seeverkehr oder „European Maritime Single Window“ (EMSW). Es ist Teil des dritten Mobilitätspakets für mehr Digitalisierung im Transportsektor. Dabei geht es um die Formalitäten, die Schiffe beim Ein- und Auslaufen von Häfen erledigen müssen. Noch sind diese von Hafen zu Hafen sehr unterschiedlich: unterschiedliche Formulare, unterschiedliche benötigte Informationen, unterschiedliche Übertragungswege. Die Kommission möchte nun ein System erarbeiten, dass alle Mitgliedsländer für diese Hafeninformationen benutzen sollen. Kernpunkt der neuen Richtlinie ist ein sogenannter „gemeinsamer Datensatz“, d.h. Mitgliedsstaaten müssen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt melden, welche Daten sie für ihre Häfen brauchen. Danach können nur in Ausnahme-/Notfällen noch zusätzliche Daten erhoben werden. Die Reeder können ihre Datensätze somit für mehrere Häfen verwenden und müssen sich nicht bei jedem Hafen wieder neu an die jeweiligen lokalen Anforderungen anpassen. Da die Positionen nicht sehr umstritten sind, sollten wir wahrscheinlich bis Ende Februar zu einer Einigung mit dem Ministerrat kommen.

Brexit erfordert neue Regeln für Schiffszertifizierer (Schatten-Berichterstatterin)

Die EU ist dabei, die Gesetzgebung an den nahenden Brexit anzupassen. Darunter fällt auch eine Verordnung über die Überprüfung von Gesellschaften, die sich im Auftrag eines Mitgliedstaates um die Zulassung von Schiffen kümmern. Bisher muss nämlich der Mitgliedsstaat, der eine Gesellschaft als erstes für den EU-Markt vorgeschlagen hat, sich auch um die regelmäßige Überprüfung dieser Gesellschaft kümmern. Großbritannien ist daher für zwei große Schiffszertifizierer zuständig, darunter Lloyd's Register. Diese Rolle kann Großbritannien nach dem Brexit aber nicht mehr übernehmen. Damit könnte Lloyd's Register nicht mehr auf dem EU-Markt tätig sein. Nur gibt es hunderte laufende Verträge mit Mitgliedstaaten und Schiffsbesitzern. Die Lösung ist daher, dass zukünftig jeder Mitgliedstaat, auf dessen Gebiet Lloyd's operiert, gemeinsam mit der Kommission die Überprüfung der

Gesellschaft vornehmen kann. Auch hier werden wir uns schnell im Trilog einigen können. Zumal die Zeit drängt, falls der Brexit tatsächlich Ende März vollzogen wird.

Bundesfachausschuss Umwelt in Brüssel

In der ersten Sitzungswoche und rechtzeitig vor dem Europaparteitag habe ich die Gelegenheit genutzt, den Bundesfachausschuss Umwelt der FDP nach Brüssel einzuladen. In gewohnter Manier hatten wir zwei spannende Tage mit hochkarätigen Rednern. Am Freitag tagte der Ausschuss im Europäischen Parlament. Die Bereichsleiterin Umwelt der Ständigen Vertretung Deutschlands, Dr. Louisa Rölke eröffnete die Vortragsreihe. Sie berichtete über die Rolle der Ständigen Vertretung in den EU-Gesetzesvorhaben und im Rat. Bereits hier kamen einige Fragen zum Thema Luftqualität auf, welche Veronica Manfredi, Bereichsleiterin Direktorin Lebensqualität, Generaldirektion Umweltpolitik der Europäischen Kommission nach ihrem einführenden Vortrag versuchte zu beantworten. In der Diskussion, die für diesen Beitrag auf Englisch stattfand, mangelte es nicht an Kritik seitens der Teilnehmer an der EU Luftqualitätspolitik. Es ist auch schwierig, nachzuvollziehen, weshalb im innerstädtischen Straßenverkehr strengere Feinstaubgrenzwerte herrschen als bei der Anzahl an Partikeln, denen man zuhause am Gasherd ausgesetzt ist. Als letzte Rednerin überzeugte Sigi Gruber, Referatsleiterin Maritime Ressourcen, Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission die Teilnehmer davon, wie wichtig es ist, seitens der EU den Verbrauch von Plastik zu reduzieren, um die Vermüllung der Meere einzudämmen und somit die Aufnahme von Mikroplastik in den menschlichen Organismus zu verringern. Auch hier herrschten trotz fortgeschrittener Stunde großes Interesse und rege Diskussionsbereitschaft. Am Samstag stand neben den internen Beratungen noch der Vortrag von Bernhard Dietrich, Leiter Umweltkonzepte Lufthansa Group, der extra aus Frankfurt angereist war, auf dem Programm. Thema war die Umsetzung von CORSIA, des globalen Klimaschutzabkommens des Luftverkehrs. Auch hier wurde rege diskutiert. Ich habe mich sehr über das Interesse, die spannenden Vorträge und die vielseitig eingebrachte Expertise gefreut.

Neue CO2-Grenzwerte für PKW beschlossen

Bereits kurz vor Weihnachten konnten sich Parlament und Rat im Trilog auf neue Reduktionsziele für den CO₂-Ausstoß von PKW für den Zeitraum ab 2025 einigen. Diese liegen für 15 Prozent weniger Ausstoß bezogen auf die Grenzwerte von 2021. Dies entspricht dem Vorschlag der Kommission. Das Parlament hatte in seinem Standpunkt 20 Prozent Reduktion gefordert. Für 2030 soll die Reduktion 37,5 Prozent betragen. Die Kommission hatte hier 30 Prozent vorgeschlagen, das Parlament forderte 40 und einige Abgeordnete sogar noch utopischere Werte von 50 oder 70 Prozent. Die Forderung nach 50 Prozent Reduktion wurde auch von zahlreichen deutschen SPD-Abgeordneten erhoben. Zwar ist das beschlossene Reduktionsziel weniger ambitioniert als das, was das Parlament gefordert hat. Allerdings ist es immer noch sehr, wenn nicht zu ambitioniert. Ein solches Ziel wird nicht ohne einen Technologie-Umbruch zu Elektroautos zu erreichen sein. Das wird sicherlich mit Stellenabbau bei den Auto-Herstellern einhergehen, wie etwa bereits

kurz nach dem Beschluss von VW verkündet wurde. Ich setze mich immer dafür ein, dass die Entwicklung technologie-neutral erfolgt, Elektromobilität ist nicht die einzige und nicht immer die beste Lösung.

Immerhin erfreulich ist, dass die Quote von Tisch ist. Ursprünglich waren Strafzahlungen für nicht verkaufte Elektroautos vorgesehen. Spannend wird es noch einmal im Jahr 2023, wenn das 2030-Ziel und andere Aspekte der Regulierung überprüft werden sollen.

Der Gesetzesentwurf wird formal in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses bestätigt werden.

Das Plenum des Europäischen Parlaments muss danach seine Zustimmung erteilen. Da die FDP die Einbeziehung des Straßenverkehrs in den Emissionshandel und somit die Abschaffung der CO₂-Grenzwerte fordert, der Emissionshandel den deutlich technologie-neutraleren Ansatz liefert und generell marktbasiert ist, haben wir in der Vergangenheit gegen jede Verschärfung der Ziele gestimmt. Da eine Revision des Emissionshandels zurzeit nicht zur Debatte steht, hätten wir den Zielen, die die Kommission vorgeschlagen hat, zustimmen können, jedoch nicht deren Verschärfung.

Einwegplastik: Trilog erfolgreich beendet

Dass Plastik, vor allem Einwegplastik, ein Riesenproblem ist, wissen wir. Gerade deswegen freue ich mich sehr, dass das Europäische Parlament und der Rat eine Einigung in Bezug auf die drastische Reduzierung von Einweg-Plastikartikeln gefunden hat. Die Einigung aus den frühen Morgenstunden des 19. Dezember 2018 zeigt, dass die EU eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit in den Griff zu bekommen versucht.

Mit der neuen Regelung werden bestimmte Wegwerfprodukte aus Kunststoff vom Markt genommen, da es bereits Alternativen zu diesen Produkten gibt. Dazu gehören beispielsweise Einwegbesteck, Strohhalme, oder Luftballonstöcke. Diese Produkte können alternativ aus Bambus, Algen oder aus pflanzlichen Proteinen hergestellt werden. Produkte, die noch nicht aus alternativen Materialien hergestellt werden können, sollen im Verbrauch deutlich reduziert werden. Die Richtlinie setzt auch strengere Vorschriften für Produkte und Verpackungen fest, die zu den zehn am häufigsten vorkommenden Müllteilen gehören, die an europäischen Stränden gefunden werden. Dazu gehören beispielsweise Plastikflaschen, Plastiktüten und Verpackungen von Süßigkeiten oder Eis, aber auch verlorene Fischernetze.

Neben den Schäden für die Umwelt hat die Verschmutzung der Meere und Küsten mit Plastikartikeln auch enorme wirtschaftliche Folgen. Allein in der EU werden die Folgekosten etwa für den Fischerei- und Tourismussektor auf 259 bis 695 Millionen Euro jährlich geschätzt.

Die Ursachen des Problems sind die schlechte Müllentsorgung in vielen Entwicklungsländern aber auch in europäischen Küstenregionen sowie die falsche Verwendung eines derart haltbaren Materials wie Plastik für den einmaligen Gebrauch. Die bisherige Nutzung und äußerst geringe Wiederverwertung von Plastik

ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch falsch. Die Einigung über eine drastische Reduzierung der Einwegartikel aus Plastik sollte daher als eine Chance für Innovation und Startups verstanden werden.

Denn mit einer konsequenten Umsetzung der Richtlinie durch die Mitgliedstaaten hat die EU die Chance, nicht nur Vorreiter für einen konsequenten Schutz der Meere zu werden, sondern auch bei der Produktion neuer, nachhaltiger Materialien für den Kaffeebecher zum Mitnehmen oder die Salatschale im Supermarkt.

Filmabend im EP: A Rose in Winter

Auf Initiative unseres österreichischen EVP-Kollegen Lukas Mandl luden der ungarische S&D-Abgeordnete Peter Niedermüller und ich zu einem fraktionsübergreifenden besonderen Filmabend ein, sogar zu einer Premiere. Gezeigt wurde der Film „A Rose in Winter“ über das Leben von Edith Stein, der engagierten Philosophin, Frauenrechtlerin, Jüdin und Christin, geboren 1891 in Breslau. Nicht nur aus religiöser Überzeugung, sondern auch um politisch etwas zu bewirken trat sie zum katholischen Glauben über, wurde Nonne und versuchte mit einem dringenden Appell an Kirchenvertreter und letztlich den Papst die christliche Kirche dazu zu bewegen, Hitler Einhalt zu gebieten und die Judenverfolgung / den Holocaust zu beenden. Edith Stein starb 1942 in Auschwitz und wurde 1989 von Papst Johannes Paul II. Heiliggesprochen.

An den Film schloss sich eine intensive Diskussion mit dem Regisseur Joshua Sinclair und den beiden Hauptdarstellerinnen an, darunter Anja Kruse, die Ediths Schwester Erna spielt. Ein sehr intensiver und beeindruckender Abend.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:** Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ACER, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr, ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich), CO2 für schwere Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Maritime Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere – ALDE-Berichterstatterin)
- **Demnächst im Trilog:** HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, 9. Forschungsrahmenprogramm
- **Im Ausschuss:** Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDEBerichterstatterin), Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), InvestEU, Programm 2021-2027,

III. Aus Deutschland und aller Welt

Hamburg - „Insiderblick“ aufs Meer

Waren Sie schonmal im Dockland am Altonaer Fischereihafen? Besonders die obere Etage des gläsernen, wie ein Kreuzfahrtschiff gebauten Gebäudes direkt an der Elbe bietet einen Paradeblick auf Schiffe und Hafenleben. In diesem sehr passenden Ambiente hatte die Deutsche Meeresstiftung, deren Mitglied ich bin, gemeinsam mit der Nordakademie zum Neujahrsempfang eingeladen.

Neben der launigen Rede des „Hamburgers des Jahres 2018“, Wirtschaftssenator a.D. Frank Horch, beeindruckte der Extremschwimmer Andre Wiersig mit einem spannenden Bericht und einem faszinierenden Kurzfilm über sein ausgefallenes Hobby. Als „Offshore-Schwimmer“ ist er dabei, die „7 Channels“ zu schaffen – vergleichsweise dem Achttausender-Programm der Extrembergsteiger. Regeln: die Schwimmer dürfen nur mit Badehose bekleidet sein, schwimmen ohne Haikäfig – daher auch oft bei Nacht, wenn die Tiere weniger aktiv sind – und ohne Pause, begleitet und im Wasser gepflegt von einem Versorgungsschiff. 4 der 7 Etappen hat Wiersig bereits erfolgreich durchschwommen, darunter die längste von 44 km bei Hawaii. Was noch fehlt ist beispielsweise die Meerenge zwischen der Nord- und Südinsel Neuseelands.

Ähnlich wie Andre Wiersig erlebt auch die Standup-Paddlerin Bettina Kohl den Ozean „naturnah“. Beide lieben das Meer, sehen seine Schönheit, aber auch die Bedrohung durch Verschmutzung und engagieren sich daher aktiv für den Meeresschutz. Bettina Kohl erstellt gerade eine Dokumentation und hat dafür sowohl Andre Wiersig als auch mich interviewt. Ich bin sehr gespannt auf das Ergebnis!

Tornesch – Elvis und Europa

Was hat denn Elvis Presley mit Europa zu tun, mal davon abgesehen, dass er in Deutschland als GI stationiert war? Nun, die FDP Tornesch, die traditionell den Neujahrsempfang für die gesamte Gemeinde ausrichtet, hatte dieses Mal zwei Akteure eingeladen: den Entertainer und schwungvollen Elvis-Interpreten JPKing zum „Anheizen“ und mich als Motivatorin für die anstehende Europawahl. Nachdem durch den ersten Musikblock alle bereits bei bester Laune waren, konnte ich meine Rede mit Anekdoten aus 10 Jahren in Brüssel in fröhlicher Stimmung halten. Dafür hat sich der Weg gelohnt, auch wenn Tornesch in Schleswig- Holstein und damit für mich vom Deister aus nicht gerade um die Ecke liegt.

Hannover – Der größte FDP-Kreisverband lädt ein

Der dritte Neujahrsempfang war für mich quasi ein Heimspiel und fand in einem der ältesten Gebäude Hannovers statt, im Festsaal des alten Rathauses, einem wunderschönen Backsteinbau. Jedes Jahr am 2. Sonntag im Januar lädt der über 1000 Mitglieder starke Kreisverband Region Hannover der FDP ein, um Rückblick auf das politische Jahr zu halten und das neue „einzuläuten“. Festredner war dieses

Mal mein ehemaliger Landtagskollege und designierter Nachfolger Jan-Christoph Oetjen. Sein Thema war – natürlich! - die Zukunft der Europäischen Union, notwendige Reformen und sein Programm für die anstehende Wahlperiode. Jan-Christoph muss noch am nächsten Sonntag in Berlin auf einen aussichtsreichen Platz der FDP-Kandidaten-Liste gewählt werden, aber ich bin sehr zuversichtlich, dass ihm das gelingen wird und wünsche ihm dafür alles Gute!

IV. Terminvorschau

21.1.-4.2.	Brüssel	Ausschüsse, Trilogie
22.1.	Brüssel	Searica Treffen mit Clean Energy, Raumfahrtkonferenz
23.1.	Brüssel	FDP-Neujahrsempfang
24.1.	Brüssel	Searica Meereskonferenz „Fit for the Future“
25.1.	Wennigsen	Veranstaltung „Umwelt und Ozean“
27.1.	Berlin	Bundesvertreterversammlung
28.1.-31.1.	Brüssel	Ausschüsse, Miniplenium, Fraktion
30.1.	Brüssel	Searica Meereskonferenz „Banking on the blue economy“
4.2.-7.2.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Trilog
7.2.	Essen	Energiekonferenz
11.2-14.2.	Straßburg	Fraktion, Plenum

21. Januar 2019

Februar 2019

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Europawahl rückt spürbar näher, in den meisten europäischen Ländern stehen die Kandidaten bereits fest. Wir haben auf der FDP-Bundesvertreterversammlung Ende Januar in Berlin unser Wahlprogramm beschlossen und die Kandidatenliste gewählt. Mein Einzugsbereich, der Norden, ist mit der Hamburgerin Svenja Hahn (Vorsitzende der europäischen liberalen Jugend LYMEC) auf Platz 2 und meinem niedersächsischen Nachfolger Jan-Christoph Oetjen auf Platz 5 stark vertreten. Und erste Termine für Podiumsdiskussionen im Vorfeld der Wahl stehen längst fest.

Ein Thema hat in den letzten Wochen besonders junge Menschen in Europa beschäftigt und zu einem wahren Email-Ansturm bei uns Abgeordneten geführt: die Urheber-rechtsreform. Letzte Woche in Straßburg stand nach einem 12 ½-stündigen Verhandlungsmarathon das Trilog-Ergebnis fest. Zum Schutz geistigen Eigentums im Internet ist darin auch ein Upload-Filter vorgesehen, der einer Zensur gleichkommt. Selbst wenn dieser Filter noch im Trilog „abgemildert“ wurde, halte ich ihn für den falschen Weg und werde im Aprilplenium dem Ergebnis nicht zustimmen.

In Atem hält uns weiter der Brexit. Um den Zusammenbruch beispielsweise im Verkehr durch einen befürchteten „harten Brexit“ zu vermeiden, sind wir gerade dabei, im Schnellverfahren kurze Gesetze zu verabschieden, die vorübergehende Lösungen bieten. Dazu mehr in diesem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Internationaler Holocaust-Gedenktag

Am 27. Januar organisierte das Europäische Parlament eine offizielle Gedenkfeier für den Holocaust und die Befreiung der Konzentrationslager von Auschwitz nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist unsere Aufgabe als Europäer, den Holocaust nicht zu vergessen, sondern stattdessen alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Wiederholung zu verhindern. Gerade jetzt, wo in vielen Ländern der Europäischen Union Antisemitismus deutlich zunimmt, sind wir besonders gefordert.

Charlotte Knobloch, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland und ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Jüdischen Kongresses und des World Jewish Congress, sprach während der Gedenkfeier vor dem Brüsseler Plenum. In einer ernüchternden Rede darüber, wie weit die EU seit ihrer Gründung und seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gekommen ist, erinnerte sie uns daran, dass die Bekämpfung des Antisemitismus nicht nur für die Rechte der Juden wichtig sei, sondern auch für die Verteidigung der Demokratie in der Europäischen Union als Ganzes. Europa stützt sich auf Werte wie Toleranz, Frieden und Gleichheit. Als Europäer haben wir darum die kollektive Verantwortung, Menschen aus allen Lebensbereichen zu schützen. Antisemitismus gehört einfach nicht mehr in dieses Zeitalter.

Finnischer Premierminister Juha Sipilä zur Zukunft Europas

Am 31. Januar, während des „Mini-Plenums“ in Brüssel, wurde unsere Debatte über die Zukunft Europas diesmal von dem liberalen finnischen Ministerpräsident Juha Sipilä eingeleitet. Unser liberaler Kollege aus dem Norden beschrieb in deutlichen Worten, welchen Weg die Union in den kommenden Jahren gehen sollte. Mit der Benennung von fünf entscheidenden Politikfeldern, in denen europaweit mehr Zusammenarbeit erforderlich ist, gab er bereits einen Vorgeschmack auf die finnische EU-Ratspräsidentschaft ab Juni dieses Jahres. Europa müsse auf eine europäische Einheit der Werte hinarbeiten, eine umfassende Migrationspolitik herstellen, eine Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit versichern, den europäischen Binnenmarkt stärken und kollektiv den Klimawandel angehen.

Sein Fokus lag dabei auf dem Stichwort "Implementierung", also Umsetzung beschlossener Maßnahmen, an der es immer wieder mangelt. Die Europäische Union ist in vielen Bereichen ein Vorreiter, vom wirtschaftlichen Wohlstand über die

Bekämpfung des Klimawandels bis hin zum Einsatz für Menschenrechte. Alle Programme müssen aber kontinuierlich der Entwicklung angepasst und dann gemeinsam befolgt werden.

Die Unterstützung der fundamentalen europäischen Werte Menschenrechte, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Diskriminierungsfreiheit, die heutzutage durch Populismus und Nationalismus bedroht werden, will Sipilä auch wieder vorantreiben. Er betonte darum als erstes die Umsetzung des Vorschlags, das europäische Budget (den MFR) an die Einhaltung europäischer Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Respekt vor Menschenrechte zu knüpfen. Das bedeutet, dass Länder, wie in diesem Fall zum Beispiel Ungarn und Polen, die gegen die grundlegendsten Werte der EU verstoßen, dafür sanktioniert werden können. Da der Finnische Premierminister Teil der liberalen Familie ist, überrascht mich diese Aussage nicht. Ich würde mir eine breite Unterstützung dieser Haltung durch alle europäischen Staatschefs wünschen.

Beeindruckt waren viele beim Auftritt des finnischen Premierministers davon, dass der größte Teil seiner Rede sich auf Klimawandel und Umwelt fokussierte. Er forderte nach mehr Forschung von 'carbon sinks'-Methoden, mit denen CO₂-Emissionen eingefangen und biologisch gebunden werden können. Er versprach auch, sich für die Energieunion und den Ausbau alternativer Energien einzusetzen, wobei er auch Bioenergie aus fortwirtschaftlichem Abfall einbezog. Und für die finnische Ratspräsidentschaft kündigte er an, die für Gastgeschenke vorgesehene Summe einzusetzen, um einen Ausgleich für die Emissionen zu leisten, die seine Regierung durch vermehrte Flüge von und nach Brüssel in dieser Zeit verursacht. Eine gute Idee!

Für seine Rede über Europas Einheit und die stärkere Betonung europäischer Werte erhielt er viel Applaus. Erfrischend waren nicht nur seine Ideen, sondern auch seine Haltung im Parlament: Bei der Beantwortung von Fragen, sprach er die jeweiligen Abgeordneten direkt an und blieb keine Antwort schuldig.

Besserer Verbraucherschutz bei Lebensmitteln durch sichere Wasseraufbereitung
Strenge Qualitätskriterien bei der Wiederaufbereitung von Abwasser für den Einsatz in der Landwirtschaft sollen künftig dafür sorgen, dass Lebensmittel noch sicherer werden. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf Mikroplastik im Abwasser. Hier soll die Kommission harmonisierte Messmethoden erstellen. Mikro-plastik gelangt beispielsweise durch Körperpflegemittel, Waschmittel oder Textilfasern in das Abwasser.

Da Wasser insbesondere in Gebieten mit langen Trockenperioden knapp ist und viele Lebensmittel aus genau solchen Gebieten, zum Beispiel Spanien oder Portugal, in unsere heimischen Supermärkte geliefert werden, ist es umso wichtiger, dass man durch den Einsatz von aufbereitetem Wasser ressourcenschonend Landwirtschaft betreiben kann. Aber auch hierzulande sollte ressourcenschonend mit Wasser umgegangen werden. Es ist gut, dass die Wiederverwendung von Wasser in der Landwirtschaft vorangetrieben wird und dazu einheitliche Qualitätskriterien aufgestellt werden. Wir Verbraucher müssen uns schließlich darauf verlassen können, dass beispielsweise Tomaten aus Spanien auch in Zukunft nicht mit Mikro-plastik, Keimen oder Bakterien verseucht sind.

Der Vorschlag des Parlaments, der diese Woche im Plenum in 1. Lesung verabschiedet wurde, muss nun mit dem Rat verhandelt werden. Dies ist allerdings nicht mehr während dieser Wahlperiode zu erwarten.

Italienischer Premierminister Giuseppe Conte zur Zukunft Europas

Am 12. Februar sprach der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte vor dem Europäischen Parlament über seine Vision für die Zukunft Europas. Seine Rede stand im Kontrast zu den der anderen betont proeuropäischen Staatschefs. Er startete zunächst gar nicht schlecht und benannte klar, was in Europa fehlt und in welche Richtung man gehen sollte: Die Institutionen sollten sich bemühen, zugänglicher zu werden und den Menschen Europa näher zu bringen. Gleichzeitig sollte mehr Gleichheit gefördert und die Einbeziehung aller Regionen in Politik und Wirtschaft sichergestellt werden. Einverstanden. Sein Beitrag ging jedoch weit über die Einschätzung der Zukunft Europas hinaus und mündete in einem klaren Angriff auf Europa als Ganzes, der auf zweifelhaften Fakten und populistischen Idealen basierte.

Zu Beginn seiner Rede sagte der italienische Ministerpräsident, dass seine Regierung darauf ziele Europa "wach zu schütteln". Er sagte, das Projekt Europas sei "im Stillstand", indem es sich in den letzten Jahren auf "rein Prozedurales" beschränke. Europa benötige auch einen neuen Ansatz. Conte forderte eine Politik mit Fokus auf Solidarität für alle Mitgliedsstaaten und Regionen.

Sein Treffen mit den Führern einer politischen Protestbewegung wie den Gilets Jaunes, die Annullierung von Investitionsabkommen mit Frankreich und die Umgehung eines europaweiten Ansatzes bei Krisen, wie die Schließung der Grenzen für Migranten und der Alleingang bei den Wirtschaftsreformen bedeuten aber, dass Italien weit davon entfernt ist, dem eigenen Rat zu folgen. Die Richtung, in der die heutige italienische Regierung geht zeigt, dass Italien heute ein Produkt des stellvertretenden Ministerpräsidenten Matteo Salvinis und seiner populistischen Partei, der Lega Nord, ist. Deren Weg bricht die wirtschaftliche Erholung Italiens nach der Krise systematisch ab und zerstört das europäische Erbe des Landes. Infolge dieses Populismus stößt Italien mit anderen Mitgliedstaaten wie Frankreich oder den europäischen Institutionen aneinander. Noch dazu ist die Außenpolitik kritisch, da Italien seine Grenzen für Migranten schließt und andererseits die Arme für eurokritische Osteuropäische Regierungen und für Russland öffnet. Die Liste des "schlechten Benehmens" kennt kein Ende.

Die Rolle Italiens in Europa und der Europäischen Union hat sich in den letzten 20 Jahren dramatisch verändert. Italien war früher einer der prominentesten Unterstützer Europas. Die florierende Wirtschaft stärkte die G7 der Europäischen Union, und die politische Affinität machte das Land zu einem starken internen und externen europäischen Spieler. Ich kann die Worte unseres ALDE-Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt nur teilen, wenn er sagt, "es schmerzt, diese politische Degeneration Italiens zu sehen". Europa braucht zwar dringend Änderung und muss näher an die Menschen heranrücken, aber so nicht. Populismus ist keine Lösung. Populismus zerstört nur unser europäisches Erbe. Die EU muss durch Zusammenarbeit reformiert werden. Das ist die wirkliche Lösung.

Mehr Forschung für die medizinische Verwendung von Cannabis

Cannabis spielt in der Schmerztherapie eine große Rolle und erleichtert das Leiden vieler Patienten: sei es zur Behandlung von generellen Schmerzen, Multipler Sklerose, der Linderung von Symptomen von psychischen Störungen wie Psychosen, des Tourette-Syndroms und von Epilepsie, Alzheimer, Arthritis, Asthma, Krebs, Morbus Crohn und Grünem Star, um nur einige zu nennen. Das Plenum des Parlaments hat am Mittwoch eine Entschließung verabschiedet, die den Einsatz und die Forschung im Bereich der Verwendung von Cannabis in der Medizin weiter vorantreibt. Zusätzlich hat die FDP einen Antrag unterstützt, der die Mitgliedsstaaten auffordert, die Debatte zur Legalisierung von Cannabis zu befördern. Leider wurde dieser Antrag mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Übergangsregeln für Flug- und LKW-Verkehr im Fall des Hard Brexit

Der Brexit nähert sich: in weniger als zwei Monaten will das Vereinigte Königreich die Europäische Union offiziell verlassen. Es ist zurzeit nicht absehbar, ob man sich bis dahin noch auf ein Austrittsabkommen einigen wird, das beiden Verhandlungspartnern nochmals zwei Jahre Zeit lässt, um die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien neu zu regeln. Ein 'Hard Brexit' würde den abrupten Abbruch des Flug- und LKW-Verkehrs zwischen Großbritannien und der EU bedeuten. Die Kommission hat daher ein Gesetzgebungspaket vorgeschlagen, um die negativen Auswirkungen eines ungeordneten Brexits abzufedern. Die Verordnungsentwürfe zu Luftverkehr, Luftverkehrssicherheit und Straßengüterverkehr sollen nur für einen Übergangszeitraum von 9-12 Monate gelten. Voraussetzung ist allerdings, dass Großbritannien der EU dieselben Rechte einräumt.

Das sind allerdings Regeln, um den völligen Stillstand zu verhindern. Sie stellen nur ein Mindestmaß an Verkehrsverbindungen sicher und sind nicht vergleichbar mit der heutigen Situation. Denn auch hier gilt: Großbritannien verlässt den europäischen Binnenmarkt und verliert damit auch seine Vorteile. Um Flug-Passagiere nicht unnötig zu enttäuschen, hat das Parlament allerdings eine Deckelung der Flugpassagierzahlen auf dem Niveau von 2018 wieder gestrichen. Am Ende kann niemand entscheiden, welcher geplante Flug von und nach Großbritannien jetzt im Nachhinein wieder gestrichen werden soll, wenn alle Tickets schon verkauft sind. Nachdem das Parlament nun seine Position angenommen hat, werden in den nächsten Tagen die Trilog-Sitzungen zu den drei Verordnungsvorschlägen stattfinden. Das Verhandlungsergebnis soll im März vom Plenum bestätigt werden, so dass die Übergangsregeln bereit sind, falls es Ende März zu einem ungeordneten EU-Ausstieg Großbritanniens kommt.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

SEARICA: Forschung und Entwicklung für den europäischen maritimen Sektor

Mitte Januar ging es in der ersten Konferenz meiner Meeresgruppe SEARICA in diesem Jahr um Forschung und Entwicklung im europäischen maritimen Bereich. Dem europäischen Wassersektor gehören Forschungsinstitute, Industrien, Universitäten, Organisationen und Beobachter an.

Wenn man bedenkt, dass 50% der Europäer in Küstengebieten, an Flüssen und Seen leben, wird klar, dass der Wassersektor eine sehr wichtige Rolle auch in Bezug auf Arbeitsmöglichkeiten und die Wirtschaft spielt. 5,4 Millionen Jobs wurden schon im maritimen Sektor geschaffen, der 3,4% des europäischen BIP ausmacht. Der Wassersektor trägt erheblich zum globalen Handel und zur Förderung von Meeresressourcen und maritimen Aktivitäten bei.

Die maritime Wirtschaft hat sich ambitionierte Ziele gesetzt: bis 2050 soll der Schiffstransport komplett dekarbonisiert werden. Dieses Ziel ist noch ambitionierter als das, welches von der Internationalen Maritimen Organisation vorgegeben wurde. Dank innovativer Technologien an Bord und durch kosteneffiziente Umrüstungsprogramme sollen Schiffe energieeffizienter werden und nur noch von sauberen Energiequellen gespeist werden. Das Null-Emissionen-Ziel bis 2050 stellt gute Geschäftsmöglichkeiten für die Forschung, Entwicklung und Innovation dar. Die gute Nachricht ist, dass es schon Null-Emissionen-Schiffe gibt. Dies sind allerdings bislang alles kleine bis mittelgroße Passagier- und Frachtschiffe. Die Herausforderung ist es, die Technologien auf die großen Langstreckenschiffe zu übertragen, um die Emissionen weiterhin zu reduzieren. Eine weitere Zielsetzung bis 2050 ist, keine Unfälle, Störfälle oder verlorene Containerfracht auf Schiffen mehr zu verbuchen.

Der maritime Sektor zeigt jedoch nicht nur wirtschaftliches Interesse. Auch der Umweltschutz spielt eine wichtige Rolle, denn wirtschaftliches Wachstum ist nur mit gesunden Meeren und Wasserwegen zu erreichen. Der Vorsitzende der ‚Waterborne Technology Platform‘ betonte, dass der Sektor sich mithilfe aller verfügbaren Kapazitäten für den Meeresschutz stark macht. Dies geschieht beispielsweise durch den Einsatz von Drohnen, um Umweltveränderungen zu beobachten.

SEARICA: In die Blaue Wirtschaft investieren

In der zweiten Searica Konferenz dieses Jahr widmeten wir uns der Blauen Wirtschaft. Es ist bekannt, dass die Blaue Wirtschaft großes Potenzial hat, uns in der Zukunft mit Energie, Rohstoffen und Nahrung zu versorgen. Doch vieles ist leichter gesagt als getan: im Bereich der Meeresenergien fehlen beispielsweise 90-230 Millionen Euro Investment, um die Nachfrage nach erneuerbaren Energien aus dem Meer decken zu können. Das Innovationstempo in der blauen Wirtschaft ist niedriger

als erwartet und besonders die Kommerzialisierung erfolgreicher Innovationen ist relativ langsam.

Ein wesentlicher Grund dafür sind die noch sehr limitierten Finanzierungsmöglichkeiten. 65% der relevanten Investments wurden in den letzten fünf Jahren gegründet, die anderen 35% in den letzten 3 Jahren. Dies spricht aber auch dafür, dass die Blaue Wirtschaft dynamisch und attraktiv ist und sich auch in Zukunft schneller weiterentwickeln wird. Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, wie man Investitionen in die Blaue Wirtschaft vereinfachen kann. Deshalb kann die Einführung einer Plattform für Investitionen in die Blaue Wirtschaft hilfreich sein, um so den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern.

Nicht nur aus diesem Grund habe ich mich gefreut, dass Marcella Hansch und Tilman Flöhr vom Pacific Garbage Screening an dieser Searica Veranstaltung teilgenommen haben. Marcella Hansch hat als Architektin gemeinsam mit Maschinenbauern in Aachen eine Technologie entwickelt, um Plastik aus dem Meer zu entfernen. Durch eine schwimmende Plattform sollen Plastikpartikel an der Wasseroberfläche gefiltert werden und so zur Lösung des Plastikproblems beitragen. Als Initiatorin eines Startups konnte sie deshalb sehr gut schildern, was es bedeutet, ein solches Projekt auf die Beine zu stellen. Die finanzielle Hürde ist die größte Herausforderung, da es extrem schwierig ist, Investoren zu finden. Aus ihrer Sicht ist die Investitionsplattform dringend nötig, da sie Lösungen für die finanziellen Probleme junger Start-ups bringen kann.

Ende der Zeitumstellung in Sicht

Der Transport-Ausschuss beschäftigt sich derzeit erneut mit dem Thema der Abschaffung der Zeitumstellung. Ich bin davon überzeugt, dass das Hin- und Herschalten der Uhr alle 6 Monate beendet werden muss und setze mich seit langem dafür ein. In einer Anhörung am 21. Januar wurde der Mythos, die Sommerzeit spare Energie, mit einer Studie widerlegt. Die Vermutung, dass zusätzliches Sonnenlicht am Morgen besser für die Verkehrssicherheit ist, scheint ebenso un schlüssig. Dort machen unterschiedliche Gewohnheiten beim Fahren, die Qualität der Infrastruktur und künstlichen Beleuchtung den echten Unterschied. Außerdem zeigt die Statistik, dass es in den ersten Wochen nach Umstellung auf die Sommerzeit vermehrt am frühen Morgen zu Verkehrsunfällen kommt, von denen Kinder und Jugendliche betroffen sind.

Das wichtigste Gegenargument der Zeitumstellung ist für mich die Störung des menschlichen Biorhythmus. Professor Dario Acuna-Castroviejo von der Universität Granada hat die negativen Auswirkungen der monatlichen Änderung der Beleuchtung auf unseren biologischen Rhythmus erforscht. Er erläuterte wie auch eine Zeitumstellung von nur einer Stunde unsere „zirkadiane Uhr“ durcheinanderbringt, ein Begriff, der von einer mit Nobelpreisen ausgezeichneten Forschung von 2017 geprägt wurde und unsere biologische Verbundenheit im Zusammenspiel mit unserer Exposition zu Licht bezeichnet. Dieser zirkadiane Rhythmus, den jeder Mensch hat, reguliert aber nicht nur unseren Schlafrythmus, sondern auch unseren Blutdruck, die Melatonin-Abscheidung und

hat Einfluss auf unser Immunsystem. Wenn dieser Rhythmus gestört wird, kann das negative Auswirkungen auf unsere Gesundheit haben und bringt in vielen Fällen sogar psychologische Risiken mit sich mit.

Nicht nur im Verkehrsausschuss gibt es derzeit kontroverse Diskussionen, ob die Zeitumstellung abgeschafft werden soll. Viele können die gesundheitlichen Beeinträchtigungen nicht aus persönlichem Erleben nachvollziehen und halten sie daher für übertrieben. Andere fürchten ein Zeitzonen-Chaos, wenn in Zukunft jeder Mitgliedstaat selber entscheiden soll, ob er nun permanent die Sommer- oder die Winterzeit einführt. So ist es im Kommissionsvorschlag vorgesehen, denn das ist Kompetenz der Mitgliedstaaten. Natürlich hofft man auf eine Koordinierung der Mitgliedstaaten untereinander, um die Abläufe im Binnenmarkt nicht zu stören. Aber ich bin überzeugt, dass diese Absprache genauso erfolgen würde wie bei der Einführung der Zeitumstellung. Wenn andererseits Länder wie Russland und China die Zeitumstellung wieder abgeschafft haben, weil die Nachteile gegenüber den Vorteilen überwiegen, sollte die EU diesem Beispiel folgen.

Trilog-Verhandlungen im Schnelldurchlauf: European Maritime Single Window, Schiffszertifizierung nach Brexit und maximale Maße und Gewichte von LKWs (Schatten-Berichterstatlerin)

Die Zeit drängt, das Mandat neigt sich dem Ende zu und viele Gesetzgebungsverfahren sollen noch abgeschlossen werden. Deswegen finden die letzten Wochen am laufenden Band Trilog-Sitzungen statt. Ich habe seit meinem letzten Newsletter allein drei Trilogie abgeschlossen. Es handelte sich um neue Gesetze, die alle nicht sonderlich umstritten waren, so dass die Verhandlungen relativ schnell über die Bühne gingen.

Bei der Verordnung zum European Maritime Single Window wurde Anfang Februar nach nur zwei Sitzungen eine Trilog-Einigung erzielt. Es geht um neue Regeln über die Formalitäten, die Schiffe beim Ein- und Auslaufen in EU-Häfen durchlaufen müssen. Die notwendigen Informationen z.B. über Crew und Ladung sollen in Zukunft in einem europaweit einheitlichen Format elektronisch übermittelt werden. Auch die Menge und Art der abgefragten Informationen wird vereinheitlicht. Das erspart den Schiffen einen Menge Aufwand, da nicht mehr für jeden Hafen einzeln Formulare ausgefüllt werden müssen, sondern die Informationen einfach für den Folgehafen weiterverwendet werden können.

Die Verordnung zur Anpassung der Schiffszertifizierungsgesellschaften an den Brexit wurde sogar in nur 30 Minuten abgehandelt. Dabei musste nur ein Paragraph der bestehenden Gesetzgebung geändert werden, damit britische Schiffszertifizierer weiter auf dem europäischen Markt arbeiten können. Viele Mitgliedstaaten und auch Reeder haben nämlich laufende Verträge mit diesen Gesellschaften zur technischen Überprüfung ihrer Schiffe. Diese Verträge vorzeitig zu kündigen, hätte hohe Vertragsstrafen bedeutet. Am Ende wäre es für die Reeder kostengünstiger gewesen, ihre Schiffe unter einer Nicht-EU-Flagge fahren zu lassen, als die Vertragsstrafen zu bezahlen. Um das Ausflagen und eine weitere Schwächung der

europäischen Flaggen zu verhindern, hat man daher lieber die Gesetzgebung angepasst.

Auch im Trilog zur Richtlinie über die maximalen Abmessungen und Gewichte von LKWs ging es nur um die Änderung eines Paragraphen. Hier haben wir uns immerhin 1,5 Stunden darüber gestritten, wann die neuen Regeln zu aerodynamischen Fahrerinnen in Kraft treten sollen. Windschnittige LKWs sparen nämlich Benzin und erlauben gleichzeitig eine bessere Sicht für die Fahrer, dienen damit auch der Verkehrssicherheit. Vor allem abbiegende Fahrradfahrer sollen so besser erkannt werden. Das Parlament möchte diese neue Generation von LKW-Kabine so schnell wie möglich auf der Straße sehen und hatte eine Frist von 6 Monaten vorgeschlagen. Der Ministerrat will den Fahrzeugbauern noch 1,5 Jahre Zeit geben, die neuen Kabinen zu entwickeln. Hintergrund ist, dass bisher erst einige Firmen die neuen Modelle entwickelt haben. Gerade bei der Verhandlung von Fristen geht es immer zu wie auf dem türkischen Basar. Am Ende haben wir uns auf eine Einführung bis zum 1. September 2020 geeinigt – zu mehr waren die Mitgliedstaaten unter rumänischer Verhandlungsführung nicht bereit.

Klima und Satelliten - 11. Konferenz zur europäischen Weltraumpolitik

Sie haben sicherlich schon oft bei mir gelesen, dass wir mehr über den Weltraum wissen als über die Ozeane auf unserem eigenen Planeten und das hier Aufholbedarf besteht. Daher war ich sehr erfreut, am 22. Januar als Meerespolitikerin zur 11. Konferenz über europäische Weltraumpolitik eingeladen worden zu sein. Das Thema des Panels war, was Satelliten und die europäische Weltraumpolitik zum Schutz unserer Umwelt und der Ozeane beitragen können. Meine Botschaft als Sondergesandte des Präsidenten des Europäischen Parlaments für die Meerespolitik bestand aus zwei Teilen: einerseits müssen wir Satelliten zur Überwachung und Erforschung unserer Ozeane nutzen und andererseits ein wettbewerbsfähiges offenes Umfeld schaffen, in dem alle Interessengruppen zur Erforschung unseres Planeten und des Weltraums Beiträge leisten können.

Beim ersten Thema ging es um Satellitensysteme und europäische Raumforschungsprojekte wie Copernicus und Galileo, mit denen ich mich in der Vergangenheit nicht nur im Verkehrsausschuss, sondern auch als Berichterstatterin für integrierte Meerespolitik und maritime Raumordnung sowie in mehreren Konferenzen von SEARICA beschäftigt hatte. In meinem Newsletter vom September 2018 habe ich über meinen Besuch im Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR) Neustrelitz berichtet. Satelliten und Erdbeobachtung bieten detaillierte Lagebilder und können alle Schiffsbewegungen genau verfolgen. Das DLR Neustrelitz liefert die Daten an die Europäische Agentur für Sicherheit auf See EMSA in Lissabon, die damit beispielsweise Umweltsünder auf See entdecken und verfolgen kann.

Das Potenzial unserer Satellitensysteme für Sicherheit, Umwelt und Meeresforschung ist noch lange nicht ausgeschöpft. Indem wir Unternehmen und Start-ups den Zugang zu durch Satelliten erhaltenen Weltraumdaten erleichtern, schaffen wir gleichzeitig ein erstmalig weltweit wettbewerbsfähiges Umfeld für die

Weltraumforschung. Dies wird bereits in anderen Forschungsbereichen ermöglicht und kann nur Vorteile haben. Regierunqsdienste verfolgen zum Beispiel während Katastrophen Live-Satellitenbilder, um ihre Notfalleinsätze zu koordinieren, und sie überwachen damit auch die Auswirkungen des Klima-wandels auf unsere Küsten. Die riesige Anzahl an Daten und Bildern stellt jedoch häufig eine Überlastung dar, wodurch die Koordination erschwert werden kann. Krisenreaktionen in Echtzeit sind oft noch zu langsam und die Abmessung von Veränderungen unserer Umwelt werden zu spät entdeckt. Um diese Verarbeitungsprobleme zu lösen und gleichzeitig den vollen Nutzen unserer Raumfahrtprogramme zu erreichen, brauchen wir einen unabhängigen und innovativen europäischen Raumfahrtsektor. Als Sondergesandte setze ich mich nicht nur dafür ein, dass der Schutz der Ozeane gewährleistet wird, sondern auch dafür, dass das wirtschaftliche Potenzial unserer Ozeane durch Forschung und Daten gestützte Innovation voll erschlossen und nachhaltig ausgeschöpft werden kann.

Europas Fortschritt beim Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030

Europa spielt eine führende Rolle bei der Erreichung einer nachhaltigeren Zukunft. Im Januar fand eine hochrangige gemeinsame Anhörung mit den Ausschüssen für Entwicklung und Umwelt über die Fortschritte der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten bei der Erreichung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung 2030 statt. Diese Anhörung begann mit zwei Vorträgen von Experten der Europäischen Union und von den Vereinten Nationen, die die Fortschritte Europas dokumentierten und die nächsten Schritte skizzierten. Es folgte danach eine Rede des weltbekannten Ökonomen Jeffrey Sachs. Zwei Dinge wurden während dieser Studie klar:

Zum einen sind wir weit davon entfernt, die Ziele für nachhaltige Entwicklung voll zu erreichen. Derzeit übernehmen einige Regierungen mehr Verantwortung als andere, und die Regionen beziehen ihre Bevölkerungen nicht genügend ein. Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung sollten auf allen Ebenen Bestandteil der gesamten europäischen Politik werden. Gesetzt wird auf 'Governance': Bessere Umsetzung.

Andererseits nimmt Europa eine klare Führungsrolle bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung ein. Der Entwicklungsökonom Jeffrey Sachs lobte die EU für ihre Fortschritte. Gleichzeitig malte er aber ein düsteres Szenario für die Zukunft der globalen Zusammenarbeit im Nachhaltigkeitsbereich. Er forderte mehr Aktionen auf europäischer Ebene und eine noch stärkere Führungsrolle weltweit, um globale Nachhaltigkeit zu erreichen. Gerade nach dem Ausstieg Donald Trumps aus dem Pariser Klima-abkommen und damit dem Fehlen der USA bei einer ambitionierten Entwicklung ist Europa mehr gefragt denn je.

Bei der Debatte im Straßburger Plenum zu der Strategie für ein nachhaltiges Europa habe ich besonders auf die Bedeutung gesunder Ozeane sowohl für das Klima als auch für die Nutzung der Meeresressourcen für die wachsende Weltbevölkerung hingewiesen.

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen bieten ein breites Spektrum, um eine nachhaltige Zukunft für die nächsten Generationen zu erreichen. Weitere Informationen dazu finden Sie hier: <https://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/>

Schwänzen für das Klima

Wie Sie sicher in den Medien verfolgt haben, wurde die Aufmerksamkeit während der letzten Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Katowice vor allem an Greta Thunberg gerichtet. Greta, enttäuscht über das mangelnde politische Engagement in Europa und weltweit, schwänzt die Schule einmal pro Woche, um vor dem schwedischen Parlament für das Klima zu protestieren. In ganz Europa, vor allem aber in Belgien, hat sich dieser Trend unter dem Hashtag #FridaysforFuture durchgesetzt und zu einem größeren Phänomen wöchentlicher Proteste (jeden Freitag) geführt. Am 27. Januar protestierte sogar eine Menge von ca. 70.000 Menschen in Brüssel, darunter vor allem viele Jugendliche. Das unsere Jugend sich derartig mit Klimaschutzaktionen beschäftigt ist beeindruckend und gleichzeitig ein Appell an uns europäische Politiker und auch nationale Regierungen. Schon während des letzten European Youth Events kam es zu intensiven Diskussionen mit den Jugendlichen über die Themen, die sie am meisten bewegen, und auch da spielte der Klimawandel eine große Rolle. Wir müssen diese Anliegen ernst nehmen und gemeinsam mit der Jugend Szenarien für eine lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten entwickeln und umsetzen.

Eine arbeitsreiche Woche im Europaparlament - Wochenbericht von Schülerpraktikant Josha Gerke

Im Januar hatte ich das Vergnügen, ein fünftägiges Praktikum im Europäischen Parlament bei der Abgeordneten der ALDE-Fraktion Gesine Meissner absolvieren zu dürfen. Ermöglicht wurde dieses Praktikum von meiner Schule, dem Katharineum zu Lübeck.

Es ging nach meiner Ankunft am Montag schon schnell los zu der ersten Trilogverhandlung. Thema dieses Trilogs war das sogenannte European Maritime Single Window Environment, worin es um Formalitäten für Schiffe beim Ein- und Auslaufen von Häfen geht. Es war sehr spannend zu sehen, wie die Vertreter des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission und des Europäischen Rates miteinander verhandelt haben. Direkt danach bin ich in den Verkehrsausschuss gegangen. Dort ging es um die sehr umstrittene Zeitumstellung. Durch die vielen neuen Argumente und Ansichten der Abgeordneten hat sich meine Meinung zur Zeitumstellung verändert. Sie hat einen negativen Einfluss auf unsere Gesundheit und behindert außerdem den Binnenmarkt der Europäischen Union. Daher bin ich der Meinung, dass man die Zeitumstellung abschaffen sollte und sich gemeinsam mit allen Mitgliedsstaaten der EU auf die Winter- oder die Sommerzeit einigen sollte. Am Abend bin ich zu einem weiteren Trilog gegangen. Diesmal war das Thema der Brexit. Am Ende dieser Trilogverhandlung haben alle begonnen zu jubeln, da sich die Politiker auf eine gemeinsame Lösung geeinigt haben und der Trilog somit beendet war.

Am Dienstag musste ich bereits um 8:45 Uhr beim Parlament sein, da um 9:00 Uhr der Verkehrs-ausschuss begann. In der Sitzung wurden im Wesentlichen drei Themen angesprochen: Zuerst wurde über das Mobility Package gesprochen. Beim Mobility Package geht es um die Problematik der ungleichen Arbeitsbedingungen von LKW-Fahrern in Ost- und Westeuropa. Das zweite angesprochene Thema war die Regelung des Britischen Flugverkehrs im Falle eines Brexits. Wenn Großbritannien aus der Europäischen Union austreten würde, müsste der gesamte Britische Flugverkehr lahmgelegt werden, da dieser im Moment noch europäischen Regeln unterliegt. Zum Ende der Sitzung hat die rumänische Verkehrsministerin ihre Vorstellungen und Ziele für die nächsten 6 Monate vorgestellt. Sie ist sehr optimistisch für die Zukunft und bekam von den Abgeordneten viel Unterstützung. Nach einer kurzen Pause ging es dann weiter in den ENVI-Ausschuss, welcher für Gesundheit und Umwelt zuständig ist. Dort stellte die Rumänische Gesundheitsministerin auch ihre äußerst optimistischen Ziele vor. Sie will unter anderem die Antibiotikaresistenz stark bekämpfen und die Impfquote erhöhen. Außerdem will sie daran arbeiten, einen universellen Zugang zu Medikamenten zu gewährleisten. Die Abgeordneten waren mit den Zielen grundsätzlich einverstanden. Allerdings waren einige der Meinung, dass die Ziele für so einen kurzen Zeitraum übertrieben sind und haben deswegen nach einem konkreten Zeitplan gefragt, bei dem deutlich wird, wie man alle Probleme in so kurzer Zeit bewältigen will. Am Abend sind wir zu einer Space Conference im Egmont Palast gegangen. 8 verschiedene Redner, darunter auch Gesine Meissner, informierten über das Programm Copernicus. Copernicus ist ein Programm, welches mithilfe von Satellitenbildern Informationen zu bestimmten Dingen wie beispielsweise den Plastikmengen im Ozean geben kann. Es war ein sehr interessanter Abend und sehr besonders, mal im Egmont Palast gewesen zu sein.

Am Mittwoch musste ich erst um kurz vor 10 da sein, weil der erste Ausschuss erst um 10 Uhr begann. Im ITRE-Ausschuss, also dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie begann die Sitzung mit einer schnellen Abstimmung. Als die Abstimmung vorbei war leerte sich der Saal deutlich und es wurde mit dem Thema Zeitumstellung fortgefahren. In seiner Stellungnahme sagte der Berichterstatter, dass man genau überlegen muss, worauf man sich einigt und dass man auf keinen Fall überhastete Entscheidungen treffen darf. Die Schattenberichterstatter schlossen sich alle der Meinung des Berichtstatters an und fügten lediglich einzelne Punkte hinzu. Die Kommission wurde von den Abgeordneten scharf kritisiert, da die Kommission die Zeitumstellung als nicht besonders wichtig betrachtet und einen größeren Fokus darauflegen sollte, da die Zeitumstellung ein umstrittenes Thema ist und eine Entscheidung große Auswirkungen auf den europäischen Binnenmarkt hat. Der nächste Punkt auf der Tagesordnung war das European Youth Event. Drei Personen dieser Organisation stellten dort ihre Ansichten zu verschiedenen gesundheitlichen Fragen und diskutierten anschließend mit den Abgeordneten darüber. Die Abgeordneten bedankten sich bei den drei Personen und betonten, wie wichtig es sei, sich bereits in jungen Jahren in der Politik zu engagieren und lobten sie für ihren Einsatz. Um 18:00 Uhr bin ich mit zwei weiteren Praktikanten zum Neujahrsempfang der FDP gegangen. Meine Aufgabe war es, Kopfhörer an Gäste zu verteilen, die kein Deutsch gesprochen haben. Gegen 19:00 Uhr trafen Christian Lindner, Spitzenkandidat der FDP, und Margrethe Verstaeger ein und hielten eine kurze Rede zur Zukunft Europas und über die kommenden Europawahlen. Danach

gab es bei netten Gesprächsrunden noch leckere Häppchen und Getränke. Es hat mich sehr gefreut, dass Ich bei diesem Event dabei sein durfte und Christian Lindner sehen konnte.

Am Donnerstag war im Vergleich zu den drei vorherigen Tagen sehr wenig los. Die einzige Veranstaltung an diesem Tag war das Searica Event, bei dem Gesine Meissner Präsidentin ist. Diese Organisation setzt sich für den Schutz der Weltmeere ein. Bei dem Event ging es um die Ziele des sogenannten Waterborne Sektor. Man will unter anderem die Digitalisierung vorantreiben und zukunftsorientiert denken und handeln um den Klimawandel zu stoppen. Viele Ziele sind sehr groß und nehmen daher auch viel Zeit in Anspruch. Das Jahr 2050 wird daher für viele Ziele als Orientierung genommen.

Da am Freitag keine Ausschusssitzungen mehr stattfinden, stand am Freitag Büroarbeit an. Das fünftägige Praktikum verging wie im Flug und ich bin sehr dankbar für die vielen tollen neuen Einblicke die Ich zur Politik in der Europäischen Union bei Gesine Meissner und Ihrem Team sammeln durfte und bin stolz, an diesem Praktikum teilgenommen zu haben.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:**

Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich), CO2 für schwere Nutzfahrzeuge, Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstat-terin), CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), Über-gangsregeln für Flug- und LKW-Verkehr im Fall des Hard Brexit, 9. Forschungsrahmenprogramm,

- **Demnächst im Trilog:**

HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, In-vestEU Programm 2021-2027,

- **Im Ausschuss:**

Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatterin), Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schatten-bericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Finanzierung nachhaltiger Investitionen,

III. Aus Deutschland und aller Welt

Wennigsen - Im Dialog mit den Grünen: ‚Meeresschutz statt Plastikschnitz‘

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen in meiner Heimatgemeinde Wennigsen fragte mich im letzten Herbst, ob wir nicht einmal gemeinsam das Thema „Plastikbelastung der Meere“, das mich ja sehr umtreibt, an einem Diskussionsabend behandeln sollten. Ich fand die Idee sehr gut, und so kam es zu einem Grünen Dialog, gemeinsam veranstaltet mit unserem FDP-Ortsverband. Den Input gab ich mit einer PowerPoint-Präsentation über die Belastung der Meere mit Plastikmüll, Erkenntnisse aus den Konferenzen in meiner Meeresgruppe und europäische Gesetzgebung als

Konsequenz, um das Problem in den Griff zu bekommen. Die umweltpolitische Sprecherin der Grünen aus dem Landtag berichtete dann über die Belastung der Nordsee – die Fraktion der Grünen hatte dazu eine Anfrage im niedersächsischen Landtag gestellt und eine ausführliche Antwort bekommen.

Im Anschluss ergab sich eine rege Diskussion, auch darüber, was wir alle selbst tun können, um die Belastung der Umwelt mit Plastikabfall zu vermeiden. Viele nutzen in Wennigsen beispielsweise bereits die Möglichkeit, beim EDEKA-Markt Aufschnitt und Käse in mitgebrachte Behälter einfüllen zu lassen, um so die dünnen Plastikfolien einzusparen. Einigkeit bestand darüber, dass nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa mehr recycelt und dann auch in neuen Produkten wiederverwertet werden sollte, da ist noch viel Luft nach oben. Denn die Vorstellung, dass die Nachwelt später von unserer Zeit als dem „Plastikzeitalter“ spricht, gefällt niemandem.

IV. Terminvorschau

18-21.2	Brüssel	Ausschüsse, Besuchergruppe „Empowering Women“
25.-28.2	Brüssel	Ausschüsse 26.2 Brüssel SEARICA-Konferenz “Seegrass”
4.-7.3.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Jury Jugendkarlspreis
6.3.	Brüssel	SEARICA-Konferenz „Maritime Schutzzonen“
7.3.	Brüssel	SEARICA-Treffen mit dem Generalsekretär der IMO
8.3	Hemmingen	Podiumsdiskussion zum Klimawandel in der KGS
8.3.	Laatzen	FDP-Abendveranstaltung „Das Problem mit dem Plastik“
11.-14.3.	Straßburg	Fraktion, Plenum, Besuch von Jungbauern aus Niedersachsen
15.3	Sylt	Besuch des Alfred-Wegner-Instituts

18. Februar 2019

März 2019

Liebe Leserin, lieber Leser,

die vorige Woche stand mit den täglichen abendlichen Abstimmungen im Londoner Unterhaus sehr im Zeichen des Brexit, sowohl im Plenum, als auch in den Fraktionen. Da niemand einen „Hard Brexit“ will, deutet viel auf eine Verlängerung – aber die kann es seitens der EU nur geben, wenn klar ist, in welche Richtung das Vereinigte Königreich sich zu bewegen bereit ist, ob es ein zweites Referendum gibt oder ob die Briten wirklichendgültig die EU verlassen werden.

Wie erstrebenswert eine Mitgliedschaft in der EU sein kann, zeigte sich bei meiner Diskussion mit jungen Leuten aus Serbien und Montenegro, die ein Tourismusseminar im Schwarzwald mit einem Abstecher ins Straßburger Parlament verbanden.

Besonders für mich in der Woche war der Besuch einer Journalistin unseres Regionalsenders Radio Leinehertz. Grund: „mein“ Gesetz zur Schiffsmüllabgabe wurde abgestimmt und erhielt eine große Mehrheit – das Trilogergebnis vom Dezember wurde damit bestätigt. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Internationaler Frauentag 2019: #BalanceforBetter

Der Internationale Frauentag 2019 hat auch nicht vor dem Europäischen Parlament haltgemacht und das ist auch gut so! Dieses Jahr hatte der Frauentag das Thema „BalanceforBetter“. Damit ging der Aufruf einher, eine unterschiedliche Behandlung aufgrund des Geschlechts zu verhindern und auszubalancieren.

Ungleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit, die gläserne Decke für Vorstandsposten und die Unterrepräsentation in Parlamenten sind die Probleme, denen Frauen sich tagtäglich in ihrem Berufsleben stellen müssen. Auch im Europäischen Parlament sind nur 36.1% (aber immerhin mehr als im Bundestag!) der Abgeordneten weiblich. Auch wenn die ALDE-Fraktion mit 45,6% Frauen deutlich über dem Durchschnitt liegt, dürfen wir dieses Thema nicht ignorieren. Als ehemalige Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen und Mitglied des ALDE Gender Networks vertrete ich unter dem Motto „Better the balance, better the world“ die Ansicht, dass es zumindest vorübergehend eine geschlechterbezogene Quote für die Besetzung von Stellen und öffentlichen Ämtern geben sollte. Das mag zunächst nicht nach einem originär liberalen Ansatz klingen, doch nachdem ich nun viele Jahre politisch aktiv bin, scheint mir eine vorübergehende Quote die einzige Möglichkeit zu sein, die herrschenden Strukturen zu durchbrechen und für Frauen noch besser zugänglich zu machen.

Slowakischer Ministerpräsident Peter Pellegrini zur Zukunft Europas

Vor dem Plenum in Straßburg sprach dieses Mal der slowakische Ministerpräsident Peter Pellegrini über seine Visionen für das zukünftige Europa. Er verdeutlichte in seiner Rede, dass die Slowakische Republik sich dem westeuropäischen und transatlantischen Werteraum zugehörig fühle und dass er den Beitritt in die EU 2004 als eine Heimkehr nach Europa betrachte. Mittlerweile sei die Slowakei ein vollwertiges Mitglied der EU-Familie und gehöre sogar zu den Ländern mit dem größten BIP-Wachstum.

Als Stärke der Union sieht Pellegrini die regionale Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. So zum Beispiel die Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich oder die Zusammenarbeit der Visegrád-Gruppe, der die Slowakei zurzeit vorsitzt. Besonders stehe dabei für ihn der Dialog im Vordergrund, durch den die kulturellen Unterschiede überbrückt würden. Ein Mangel an Kommunikation sei dagegen Nährboden für Fake News.

Als Herausforderungen sieht Pellegrini vor allem den Klimawandel und die Industrie 4.0, die als Antwort auch Regierungen 4.0 bräuchte, die sich der Technik nicht verschließen und den Fortschritt befördern. Außerdem würden Veränderungen der europäischen Gesellschaft – unter anderem die Alterung der Gesellschaft und die zunehmenden regionalsozialen Unterschiede – dazu führen, dass die Einheit in Europa geschwächt würde. Unter diesem Gesichtspunkt sei es nicht verwunderlich, dass die Einwanderung aus Drittstaaten zu Spannungen geführt habe.

Die Antwort auf diese und weitere Probleme sei die Stärkung Europas als eine Einheit. In vier Punkten benannte Pellegrini seine Vision für Europa, durch welche die Einheit gestärkt werde.

Die Union solle erstens geeint, wohlhabend und sicher sein. Um eine stärkere Einheit zu erreichen müsse man die Ost-West-Spaltung hinter sich lassen und die Unterschiede überbrücken, zum Beispiel durch die Entsendung der Arbeitnehmer und gegenseitige Anerkennung im Lebensmittelbereich. Für ein wohlhabendes Europa müsse man den Wohlstand besser verteilen. Pellegrini sieht hier einen gemeinsamen europäischen Mindestlohn als einen wirksamen Weg an. Ich stehe einem solchen Mindestlohn aufgrund der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den verschiedenen Mitgliedstaaten und der Gefahr des Abrutschens in die vermehrte Schwarzarbeit in den wirtschaftlich schwächeren Ländern ablehnend gegenüber.

Zweitens solle die Union entsprechend ihrer wirtschaftlichen Kraft global relevanter werden. Dies sei durch eine strukturiertere Zusammenarbeit, unter anderem in dem Bereich der Sicherheit, zu ermöglichen. Drittens müsse die Union an ihrer Glaubwürdigkeit arbeiten und nur Ziele formulieren, die auch tatsächlich umsetzbar seien. Gerade gegenüber der Jugend müsse die EU ehrlich sein, ihnen kein Leben ohne Probleme versprechen und deutlich machen, dass die EU nicht weit entfernt, sondern für sie da ist, um ein Abdriften in antieuropäische Haltungen zu verhindern.

Zum Letzten müsse die EU sich um ihre eigene Zukunft kümmern und eine europäische Strategie für die Mitte dieses Jahrhunderts entwickeln. Dabei solle sie keine Angst vor Themen wie der Digitalisierung und Automatisierungen haben.

Alles in allem habe ich die Rede von Peter Pellegrini als eine Rede wahrgenommen, die Mut machte. Mut, dass die europäischen Staaten als Einheit stärker sind und Mut, dass diese Einheit bestehen bleibt, wenn wir uns dafür einsetzen. Mit dem Satz „Für Menschen mit einer starken Entschlossenheit und Ausdauer gibt es nichts, was sie nicht erreichen können.“ beschrieb Pellegrini das EU-Beitrittsverfahren der Slowakischen Republik. Ich möchte diesen Satz gern auf alle EU-Mitgliedstaaten

übertragen und die Menschen dazu ermutigen, sich mit Entschlossenheit und Ausdauer gegen ein Auseinanderbrechen unserer Einheit einzusetzen

Luft-, LKW- und Bahnverkehr nach dem BREXIT

Nachdem das Unterhaus am vorigen Dienstag wieder gegen den ausgehandelten BREXIT-Deal stimmte, scheint ein No-Deal-Szenario immer wahrscheinlicher. Ein Szenario, das mir große Sorge bereitet und das nicht nur, weil ich den BREXIT an sich sehr bedaure, sondern auch weil ein ungeordneter BREXIT fatale Folgen haben könnte, die sich direkt auf die Bürger der EU auswirken. So zum Beispiel der abrupte Abbruch des Flug-, LKW- und Bahnverkehrs. Als Verkehrspolitische Sprecherin der FDP in Europa freue ich mich mitteilen zu können, dass die EU nun für diesen Fall vorgesorgt hat und die Übergangsverordnungen für den Verkehr im Plenum unter großer Zustimmung angenommen wurden. Die Verordnung über den Güterverkehr gilt bis zum 31. Dezember 2019 und die Regelungen über den Luftverkehr sogar 12 Monate. Diese werden jedoch nur ein Mindestmaß an Verbindungen gewährleisten und mit der jetzigen Situation nicht vergleichbar sein. Sie werden lediglich einen totalen Stillstand verhindern können. Sollte es jedoch wider Erwarten dazu kommen, dass Theresa May eine Mehrheit erlangt und ein Austrittsabkommen in Kraft tritt, gelten die Vorschriften des Abkommens.

Des Weiteren wurden in diesem Gesetzespaket Vorkehrungen getroffen, die das Verbleiben von Erasmus+-Studierenden in Großbritannien und die Weiterführung der EU-Förderprogramme zur Sicherung des Friedensabkommens mit Nordirland nach einem ungeordneten BREXIT ermöglichen.

Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle (Berichterstatlerin)

Im Verkehrsausschuss war ich seit Anfang 2018 Berichterstatlerin für eine Initiative der Kommission, die die Müllentsorgung an Häfen neu reguliert. Eine Aufgabe, die mich als Sondergesandte des Parlaments für Meerespolitik besonders gefreut hat und der ich mich mit Hingabe gewidmet habe.

Am 13. März kam es im Plenum in Straßburg zum Abschluss dieser Richtlinie und sie wurde fast einstimmig angenommen! Durch die Richtlinie werden Schiffe in Zukunft in jedem Hafen, in den sie einlaufen, eine „Flatrate-Müllgebühr“ zahlen. Durch diese obligatorische Gebühr gibt es keine finanziellen Anreize mehr den eigenen Müll im Meer zu entsorgen. Von der Müllabgabe sind lediglich die Schiffe befreit, die ausreichend Lagerplatz an Bord für ihre Abfälle nachweisen können.

Ich finde es wichtig, dass Fischer, die freiwillig oder unfreiwillig Müll in ihren Netzen fangen, diesen kostenfrei in den Häfen abgeben können. Auch diese Maßnahme würde verhindern, dass der Abfall wieder über Bord geworfen wird. Das Parlament hat sich dafür eingesetzt, die Entsorgung des gefischten Mülls über sogenannte „Fishing for Litter“ Programme zu finanzieren, über die Müllbeutel zur Verfügung gestellt und die Entsorgungskosten übernommen werden. Der Rat hat sich jedoch gegen die verpflichtende Einführung dieser Programme ausgesprochen.

Dennoch bin ich der Überzeugung, dass durch diese Richtlinie ein wichtiger und wirksamer Schritt für sauberere Meere gegangen wurde und freue mich über die breite Zustimmung, die der Initiative entgegengebracht wurde.

Klimadebatte im Plenum im Beisein von „Fridays for Future“-Gruppen

Am Mittwoch stand eine Debatte zum Klimawandel auf der Tagesordnung, interessiert verfolgt auf der Besuchertribüne von Schülerinnen und Schülern aus den umliegenden Regionen Frankreichs und Deutschlands, die sich in der Bewegung „Fridays for Future“ engagieren. Ich finde es sehr wichtig, den Klimawandel, internationale Beschlüsse dazu und den Stand der entsprechenden Umsetzung immer wieder zu diskutieren. Leider wurde weder in der kurzen Debatte (ich hatte leider keine Redezeit) noch in den von den Fraktionssprechern vorbereiteten Resolutionen die Bedeutung des Ozeans für unser Klima angesprochen, obwohl es seit COP 21 in Paris regelmäßig Meeresforen auf Klimakonferenzen gibt. Das hat mich zu folgender Pressemitteilung bewegt:

Kein Klima ohne Ozeane

"Das Europäische Parlament wollte diese Woche eine starke Botschaft für mehr Klimaschutz und eine moderne und klimaneutralere Wirtschaft senden. Leider wurden wieder einmal die Ozeane vergessen. Die Diskussion um den Klimawandel ist weiterhin zu sehr auf Auswirkungen und Gegenmaßnahmen an Land fokussiert, dabei sind die Ozeane die wahre Lunge des Planeten. Jeder zweite Atemzug kommt aus dem Meer", mahnt Gesine Meißner, umwelt- und meerespolitische Sprecherin der FDP-Delegation im Europäischen Parlament.

"Bisher wurden die Auswirkungen des Klimawandels vorwiegend von den Ozeanen aufgefangen, mit dramatischen Konsequenzen. Die Ozeane werden weltweit wärmer und versauern. Die Folge sind absterbende Korallenriffe, reduzierte Fischbestände und ein veränderter Golfstrom. Wir können den Klimawandel nicht wirklich angehen, solange wir nicht berücksichtigen, wie wichtig die Ozeane als Stabilisator des globalen Klimasystems sind. Das Meer hat es in diesen Diskussionen traditionell schwer, weil es kein Wahlkreis ist. Das muss sich dringend ändern," fordert Meißner weiter.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

SEARICA: Algen - Ein Meer voller Möglichkeiten

Am 26. Februar war ich ein weiteres Mal Gastgeberin einer Konferenz der SEARICA Meeresgruppe. Dieses Mal zum Thema Algen. Gemeinsam mit meinem Kollegen Ricardo Serrão Santos von den Azoren habe ich Experten des Netzwerkes Phycomorph empfangen, welches zur Reproduktion und Entwicklung von Algen forscht und in Kürze ein umfassendes Dokument mit Empfehlung für den Anbau von

Algen, Richtlinien zum Verbraucherschutz und dem positiven Einfluss von Algen auf die menschliche Gesundheit veröffentlichten wird.

Ob in Kosmetikprodukten, als Nahrungsmittel oder als Plastikersatz, der Markt für Algen ist vielfältig und vor allem groß: 8,1 Milliarden € werden weltweit pro Jahr in diesem Sektor erwirtschaftet und der Markt ist sogar dabei zu wachsen. Doch obwohl die maritime Flora in Europa weltweit die größte Artenvielfalt besitzt, ist Europa derzeit noch Schlusslicht, denn weniger als 1% der Algenproduktion findet in europäischen Gewässern statt, während 97% in Asien erwirtschaftet wird. Das soll sich ändern!

Zum einen soll durch die Erforschung der Entwicklung und der Krankheiten von Algen die Produktion verlässlicher gestaltet werden. Auf der anderen Seite soll der Konsument durch ein vielfältigeres Angebot, standardisierte Wörter für die Geschmacksrichtungen von Algen und standardisierte Zertifikate angesprochen werden, denn 82% der Algenproduktion werden für Nahrungsmittel verwendet. Gerade als Lebensmittel haben Algen auch viel zu bieten. Mit vielen Mineralstoffen und Vitaminen wie B12 sind sie vor allem für Schwangere und Vegetarier oder Veganer eine willkommene Kost.

Eine Kultivierung der Algenproduktion birgt allerdings auch ökologische Risiken. So setzt sich Phycomorph dafür ein, auf offener See nur heimische Algenarten anzubauen, um die invasive Verbreitung einer nichtheimischen Art zu verhindern und so die Artenvielfalt in unseren europäischen Gewässern zu sichern. Die Kultivierung von Algen in Farmen auf dem Festland soll jedoch einen Schritt weitergehen. Auch nichtheimische Arten sollen angebaut werden, um somit die Nachfrage dieser Arten zu stillen. Dafür sollen europaweit Biobanken erstellt werden, um den Zugang zu besonders effizienten Algenstämmen zu gewährleisten.

Algen sind darüber hinaus nicht nur förderlich für unsere Gesundheit, sondern gleichzeitig auch exzellente Klimaschützer! Eine Tonne Algen bindet 120kg CO₂ und mindert somit Effekte auf die Klimaerwärmung. Außerdem verbessern Algen die Wasserqualität und führen zu mehr Fischen in unseren Ozeanen.

SEARICA: Wirtschaftliche Vorteile aus Maritimen Schutzzonen

In der vierten Meereskonferenz dieses Jahres ging es um die Vorteile von sogenannten Marine Protected Areas (MPAs), also Wasser- und Küstenschutzzonen.

Errichtet werden MPAs natürlich zum Schutz der Ozeane und Küstenregionen und der Biodiversität in diesen Regionen. Wie eine Studie der Europäischen Kommission jedoch zeigt, bieten MPAs nicht nur ökologische, sondern auch wirtschaftliche Vorteile und das auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Zum einen wird die lokale Fischerei gestärkt, da durch das Verbot von bestimmten Fischernetzen oder industrieller

Befischung die Fischstämme wieder wachsen und die lokalen Fischer so höhere Erträge erreichen. Des Weiteren wird durch die „Marke“ Marine Protected Area ein

Urlaubsort aufgewertet und bekommt neue Aufmerksamkeit. Das hat zur Folge, dass der lokale Tourismus immens gestärkt wird. Und auch das eigene Management von MPAs bietet viele Jobmöglichkeiten. So haben sich in vielen MPAs neue Management-Modelle durchgesetzt, in denen lokale Unternehmer Teilhaber werden und sich durch ihr Mitbestimmungsrecht für die Regionen einsetzen. Das hat zur Folge, dass nicht nur MPAs die Wirtschaft stärken, sondern die Wirtschaft auch die MPAs stärkt.

Und nicht nur wirtschaftliche, sondern auch persönliche Vorteile lassen sich aus MPAs gewinnen, denn wie Julia Vera Prieto von dem Ökotourismus-Anbieter Wildsea Europe proklamierte, ist das Meer der Ort, der uns Menschen am glücklichsten macht.

C-ITS: automatisiertes und vernetztes Fahren (Berichterstatte(r)in)

Ich bin seit Anfang des Mandats verantwortlich für alle Rechtsakte, die für die Umsetzung der Richtlinie zu Intelligenten Transportsystemen von 2010 nötig sind. Das Parlament muss diesen sogenannten delegierten Rechtsakten nämlich jedes Mal zustimmen. Bisher war das auch nie ein Problem. Nun hat die Kommission einen Rechtsakt vorgelegt, der innerhalb des Parlaments umstritten ist. Es geht darum, welche Technologie für die Kommunikation über kurze Strecken zwischen den Fahrzeugen und zwischen Fahrzeug und Infrastruktur benutzt werden kann. Bisher ausgereift und einsatzfähig ist nur ein WLAN-basiertes System. Die Telefongesellschaften wollen mit ihrer 5G-Technologie allerdings auch in diesen Markt einsteigen und kritisieren, dass der Rechtsakt ihre Technologie behindern würde. Einige Abgeordnete hatten ebenfalls die Befürchtung, dass mit 5G eine Zukunftstechnologie ausgeschlossen werden würde. Inzwischen hat die Kommission die Revisionsklausel des Rechtsakts etwas überarbeitet, damit neue Technologien leichter aufgenommen werden können, sobald sie ausgereift sind. Somit scheint nun eine Mehrheit der Abgeordneten im Verkehrsausschuss mit dem Text einverstanden. Es wäre auch sehr schade und aus meiner Sicht ein Fehler, wenn die marktreife WLAN-Technologie weiter auf ihren flächendeckenden Einsatz warten müsste und Europa damit hinterherhinkt.

Grüner Wasserstoff: eine industriepolitische Chance für Europa

Die Energiewende stellt keiner mehr in Frage. Bis 2030 soll 32% unserer Energie aus erneuerbaren Quellen stammen und Treibhausgas-Emissionen um mindestens 40% verringert werden. Darauf hat man sich auf EU-Ebene geeinigt. Die Frage, anhand welcher Maßnahmen wir diese Ziele erreichen, steht aber immer noch offen. Ein technologieoffener Ansatz ist daher absolut notwendig.

Als Industriestandort ist es wichtig, dass Deutschland ausgewogene und durchdachte Maßnahmen ergreift, um seine Industrie nachhaltig zu entkarbonisieren, ohne sie dabei zu schwächen. „Grüner“ Wasserstoff, der mit erneuerbarem Strom produziert wird, bietet eine gute Chance dazu.

Vor diesem Hintergrund fand Anfang März in der Landesvertretung Brandenburg das zweite EU H2-Wirtschaftsgespräch mit dem Leitthema „Rechtssichere nationale Umsetzung der RED II als nationale Wasserstoffindustrie 2019“ statt. Neben dem Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg, Dr. Prof. Jörg Steinbach, waren auch Vertreter der Industrie und der Politik geladen.

Während des Beitrages wurde klar, dass die benötigten Technologien im industriellen Maßstab schon marktreif sind und man nur noch auf die notwendigen Rahmenbedingungen für den Markthochlauf warte. Als Politiker ist es unsere Aufgabe, die regulatorischen Voraussetzungen auf europäischer und nationaler Ebene zu schaffen, um dies auch zu ermöglichen.

Diskussionsrunde zu personalisierter Medizin

Mit meiner belgischen ALDE-Kollegin Lieve Wierinck habe ich die Kooperation „BBMI-ERIC“ ins Europäische Parlament eingeladen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, Abgeordneten und Interessierten das weltweit erste System zur Standardisierung in der klinischen Forschung vorzustellen und ihre Arbeit an einem Katalog von Stichproben zu präsentieren. Dadurch soll mehr Forschung an seltenen Krankheiten

und die Behandlung durch personalisierte Medizin vorangetrieben werden. Als Berichterstatterin der Liberalen der Richtlinie für In-Vitro-Medizinprodukte war mir am wichtigsten zu betonen, dass eine schnelle Umsetzung der Richtlinie unabdingbar ist, damit die benannten Stellen schnellstmöglich neue Produkte zertifizieren können. Mit ungefähr 80 Teilnehmern war die Veranstaltung sehr gut besucht.

Verkehrsausschuss für Ende der Zeitumstellung

Der Verkehrsausschuss hat Anfang März für ein Ende der halbjährlichen Zeitumstellung gestimmt. Allerdings soll das jetzige Regime erst 2021 abgeschafft werden und nicht schon im Herbst 2019, wie im Kommissionsvorschlag vorgesehen. Zusätzlich soll ein Koordinierungsmechanismus für die Mitgliedstaaten eingerichtet werden, damit die Zeitzonen innerhalb Europas kohärent bleiben. Die EU kann nämlich nur die Zeitumstellung abschaffen, den Mitgliedstaaten aber nicht vorschreiben, ob sie in Zukunft Sommer oder Winterzeit einführen. Falls trotzdem ein Zeitzonen-Chaos droht, kann die Kommission die Abschaffung der Zeitumstellung noch verschieben. Ende März muss das Plenum die Position des Verkehrsausschusses noch bestätigen. Im Ausschuss haben allerdings mehrere Abgeordnete gegen eine Abschaffung der Sommer-/Winterzeit gestimmt.

Ich setze mich seit Jahren für das Ende der Zeitumstellung ein, denn viele Menschen und auch Nutztiere leiden körperlich unter der Umstellung. Auf der anderen Seite wird eigentlich kein Strom gespart: Was abends eingespart wird, wird morgens mehr verbraucht. Länder wie China und Russland sind auch wieder zur einheitlichen Zeit zurückgekehrt, denn sie sahen mehr Negatives als Positives in der Zeitumstellung. Die EU sollte es ihnen nachmachen!

Jugendkarlspreis 2019

Auch dieses Jahr durfte ich wieder Jurymitglied der nationalen Vorauswahl des Jugendkarlspreises sein. Der Preis zeichnet Jugendliche für die Arbeit in Projekten aus, die ein europäisches Verständnis wecken und eine europäische Identität stärken.

Aus Deutschland standen 19 tolle Projekte zur Auswahl, von denen fünf in die engere Auswahl gekommen sind. Darunter das Projekt „BEST Aachen“, das Jugendlichen aus mehreren Ländern einen interkulturellen Austausch ermöglicht. Außerdem war der Verein „SeaWatch“ in der engeren Auswahl. „SeaWatch e.V.“ überzeugte vor allem durch ihr unglaubliches Engagement und weil sie es geschafft haben, Jugendliche aus 18 Ländern zu ermutigen, sich für die Seenotrettung Geflüchteter einzusetzen. Ein weiteres Projekt, das die Jury begeistern konnte, war die Internetkampagne „Buildup 2019“ der Organisation „Treffpunkt Europa“. In der Kampagne haben Jugendliche Erklärvideos rund um das Thema EU erstellt und auf mehreren Social-Media-Kanälen hochgeladen. Diese Kampagne wurde ins Leben gerufen, um Aufmerksamkeit für die anstehenden Europawahlen zu gewinnen, und konnte bereits über 1300 Follower auf Twitter erreichen.

Ein Projekt, das allgemein viel Beifall findet, ist das Engagement der Bewegung „Fridays for Future“, in der Schüler aus ganz Europa um die 16-jährige Greta Thunberg für einen verantwortlichen Umgang mit dem Klima und der Umwelt demonstrieren. Dieses Engagement halte ich für besonders lobenswert, weil wir keine zweite Chance für einen nachhaltigen Umgang mit unserem Planeten haben werden und die Schüler aus eigener Motivation und selbst organisiert für ihre Zukunft kämpfen. Allerdings sollte dies nicht während des Unterrichts stattfinden, höchstens als Lehrstoff.

Der erste Platz ging aber an das Projekt „Die Villa – Leipzig Junior Team“. In der „Villa“ in Leipzig kommen Jugendliche aus ganz Europa zusammen und bringen Schülergruppen die EU und ihre Funktionsweise durch interaktive Workshops näher. Dieses Projekt überzeugte uns in besonderer Weise, weil Jugendliche aus vielen Ländern zusammenkommen und nicht nur Studierende, sondern auch Auszubildende und Schüler beteiligt sind. So sind wir als Jurymitglieder der Ansicht, dass durch dieses Projekt ein europäisches Verständnis in besonderer Weise entwickelt wird. Wir beglückwünschen „Die Villa“ und sagen: weiter so!

Für „Die Villa“ geht es am 28. Mai in die Endrunde nach Aachen, wo sie mit den Erstplatzierten aus den anderen 27 EU-Mitgliedstaaten auf den Sieg und ein Preisgeld von 7500€ hoffen.

Women-Empowerment-Programm zu Besuch in Brüssel

Im Rahmen des Women-Empowerment-Programms der Friedrich-Naumann-Stiftung hatte ich vom 18.03. bis zum 20.03. in Brüssel 18 Frauen zu Besuch. Was all diese Frauen gemeinsam haben? Sie engagieren sich politisch oder wollen dies in Zukunft

tun. Es ist mir wichtig, liberale Frauen darin zu bestärken, ihr Anliegen auf allen politischen Ebenen einzubringen. Denn ich stelle immer wieder fest, dass Frauen ihr Engagement als gesellschaftlich einstufen, aber übersehen, dass sie tatsächlich politisch aktiv sind. Ich habe daher seit 2009 immer wieder speziell Frauengruppen in das Europaparlament eingeladen, damit sie auch diese Seite der Politik kennenlernen.

In ihrer Zeit in Brüssel haben die Frauen einen Einblick in die Ausschussarbeit, die Parteiarbeit der ALDE und die Arbeit der ALDE-Fraktion erhalten. Darüber hinaus habe ich mit ihnen über ihre eigene politische Arbeit und meine Arbeit als Abgeordnete gesprochen. Dabei habe ich sie durch meinen eigenen politischen Werdegang dazu ermutigt, sich weiter zu engagieren und sich alle politischen Positionen zuzutrauen.

Weltkongress gegen die Todesstrafe

Am 27. Februar wurde der 7. Weltkongress gegen die Todesstrafe unter dem Motto „Abolition Now“ im Parlament in Brüssel eröffnet. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini und der Vize-Präsident des Europäischen Parlaments, mein tschechischer ALDE-Kollege Pavel Telička, verdeutlichten in ihren Eröffnungsreden die Position der EU, die die Todesstrafe unter allen Umständen ablehnt. In der Bekämpfung der Todesstrafe ist die EU nicht nur in ihrer Menschenrechtspolitik aktiv, sondern auch in ihrer Handelspolitik. Denn in der 2017 gegründeten Alliance for Torture-Free Trade schließt die EU zusammen mit Argentinien und der Mongolei den Handel von Gütern aus, die für Folter oder Hinrichtungen genutzt werden können.

Neben weiteren bekannten Sprechern wie dem UN-Generalsekretär António Guterres und dem Papst, die sich per Videobotschaft zugeschaltet gegen die Todesstrafe aussprachen, kamen auch weniger bekannte Persönlichkeiten, wie Ndume Olatushani zu Wort, der zu Unrecht 28 Jahre in einer Todeszelle in den USA verbrachte. Im Laufe der Veranstaltung wurde dabei immer wieder die Unumkehrbarkeit der Todesstrafe verdeutlicht. Besonders im Hinblick auf die zahlreichen Fehlurteile und die meist rassistisch, frauenfeindlich oder religiös motivierten Urteile sprachen sich die Politiker, Künstler und Zeugen gegen die Todesstrafe aus.

In 106 Staaten der Erde ist die Todesstrafe bereits vollständig abgeschafft – darunter natürlich alle Mitgliedstaaten der EU – und diese Zahl wird stetig größer. Doch gibt es immer noch 52 Staaten, in denen die Todesstrafe besteht und auch durchgeführt wird. Im Kontext des Weltkongresses kündigten die Justizminister von Gambia, Sri Lanka und Marokko an, in ihren Ländern Schritte für die Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:** SPC-Waiver (Ergänzende Schutzsertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien, ALDE-Berichterstatteerin ENVI)

- **Demnächst im Trilog:** HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatteerin), Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, InvestEU Programm 2021-2027
- **Im Ausschuss:** Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schatten-bericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Finanzierung nachhaltiger Investitionen

III. Aus Deutschland und aller Welt

Region Hannover: Klimarunde und Plastikdebatte

Im Rahmen einer Reihe naturwissenschaftlicher Projekte hatte die KGS Hemmingen zu einer Debatte über Klimawandel ins vollbesetzte Forum der Schule eingeladen. Das Format war interessant: 4 Schüler (2 Mädchen und 2 Jungen) hatten in einem größeren Team Fragen vorbereitet, die uns 4 Politikern von 4 Parteien aus Stadt, Region, Bund und Europa gestellt wurden. Eine gute Idee, durchaus nachahmenswert!

Am Abend desselben Tages war ich von den Liberalen in Laatzen eingeladen zu einem Vortrag über „Das Problem mit dem Plastik“. Hier spielte natürlich die Meeresverschmutzung eine große Rolle, aber auch die Frage, wie wir verhindern können, als „Plastikzeitalter“ in die Geschichte einzugehen. Es geht ja nicht darum, Plastik zu verbannen – es hat unser Leben erheblich erleichtert und ist aus unserem Alltag kaum wegzudenken, gerade im Krankenhaus ist es auch zum Teil unersetzlich. Aber das Vermeiden von Einwegartikeln aus Plastik ist möglich (vgl. aktuelle europäische Gesetzgebung), es gibt auch für einige Produkte alternative Rohstoffe, z.B. bestimmte Algenarten. Wir recyceln nur 30 % des Plastiks, wiederverwendet werden nur knapp 7 % - da ist noch viel Luft nach oben! Und natürlich müssen wir Müll und Eintrag in Flüsse und Meere vermeiden und mehr im Sinne einer Kreislaufwirtschaft handeln.

Sturm-umtost: meerespolitische Teamklausur auf Sylt

Dass bei meiner maritimen Ausrichtung auch meine letzte Teamklausur Meeresbezug hatte, wundert sicher niemanden. Vom Team des Alfred-Wegener-Instituts (AWI) in List erfuhren wir viel über Küstenschutz, Steinbewuchs am Nordseegrund, heimische und pazifische Austern und vieles mehr. Sehr spannend fand ich die Simulation des Klimawandels mit Erwärmung auf 1,5°C oder – worst case – 3°C in einer Versuchsreihe in 12 Tanks. Und dann ging es bei Starkregen und heftigen Windböen mit dem Forschungsschiff des AWI raus aufs Meer, wo wir nicht nur lernten, wie man fachgerecht Austern mit dem Messer knackt, sondern vor allem die Vielfalt der Meerestiere des Wattenmeers mit einem großen Kescher „gefischt“ und gezeigt bekamen. Natürlich wurde alles – Einsiedlerkrebse, Seesterne, Austern, Muscheln, Krabben und kleine Fische – anschließend wieder ins Meer befördert.

Zum Abschluss besuchten wir noch das sehr sehenswerte „Naturgewalten Sylt“-Haus, in dem sehr interaktiv die Entstehung des Wattenmeeres und vieles über die Nordseeregion gezeigt wird.

IV. Terminvorschau

18.-21.3.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion	
19.3.	Brüssel	1. Meereskonferenz des gesamten Europaparlaments	
20.3.	Brüssel	SEARICA-Konferenz „ResponSEable and Marina“	
20.3.	Berlin	FDP-Frauenrunde	
21.3.	Brüssel	ALDE-Wahlkampfauftakt	
22.3.	Berlin	Europawahlvorbereitung in der Bundesgeschäftsstelle	
23/24.3.	Hildesheim	FDP-Landesparteitag	
25.-28.3	Straßburg	Plenum, Fraktion,	Besucherguppe
	Wirtschaftsgymnasium	Syke	
27.3.	Paris	UNESCO- AtlantOS Symposium	
29.3.	Hamel	Veranstaltung zur Meerespolitik	
1.-4.4.	Brüssel	Ausschüsse, Miniplen	
3.4.	Brüssel	SEARICA-Konferenz „Valuing Marine Ecosystem Services“	
8.-11.4.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion	
9.4.	Brüssel	SEARICA-Konferenz „Maritime Achievements and Future Challenges“ (letzte SEARICA-Konferenz)	
15.-18.4.	Straßburg	Plenum, Fraktion	

18. März 2019

März II 2019

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Brexit war in der letzten Woche mal wieder das dominierende Thema – kein Wunder, schließlich sollte er eigentlich am 29. März vollzogen werden. Wie Sie wissen, geht es in die Verlängerung, allerdings maximal bis zum 22. Mai. Ich hoffe ja nach wie vor auf ein Exit von Brexit.....

Hunderte von Emails, Anrufen und Briefen haben wir in den letzten Wochen bekommen in Sache europäischer Reform des Urheberrechts. Das „freie Internet“ ohne Zensur und Uploadfilter ist nicht nur Wunsch vieler Jugendlicher, sondern auch von Startups, Journalisten, Unternehmern, Wissenschaftlern und Vertretern des Kreativsektors. Nun liegt die Abstimmung vor – für viele (auch für mich) nicht zufriedenstellend.

Vom 18. bis 20. März waren für mich „Ocean days“, gekrönt durch die 1. große internationale Meereskonferenz im Plenarsaal des Parlaments mit über 1000 Teilnehmern und „gewebstreamed“, also im Netz übertragen.

Und dann läuft weiter der Countdown – für diese Amtsperiode generell und besonders für alle, die wie ich nicht wieder kandidieren. Die Abstimmungen häufen

sich, vieles soll noch vor der Wahl erledigt und auf den Weg gebracht werden. Und dann wird nach 20 Jahren das Parlamentsgebäude renoviert – dummerweise beginnend ausgerechnet in meinem Stockwerk, so dass ich mit meinem Team mein Büro schon bis Mitte April geräumt haben und einen Behelfsarbeitsplatz einnehmen muss, vor Ende des Mandats am 1. Juli. Ruhiger Ausklang ist anders... Auch sonst ist noch viel los bei meinen Themen, hier wieder aktuell kommentiert.

Viel Spaß beim Lesen!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Historische Abstimmung für Ende der Zeitumstellung

Die Abgeordneten haben letzte Woche mit deutlicher Mehrheit für ein Ende der Zeitumstellung gestimmt und sind damit dem Vorschlag des Transportausschusses gefolgt. Demnach soll die Zeit letztmalig im Herbst 2021 umgestellt werden. So können auch Fahrpläne etc. mit genügend Vorlauf angepasst werden. Bis dahin sollen die Mitgliedstaaten entschieden haben, ob sie in Zukunft die Sommer- oder Winterzeit beibehalten wollen. Das sollte in enger Abstimmung mit den Nachbarländern geschehen, um ein Zeitzonen-Chaos innerhalb der EU zu vermeiden.

Die Vorteile der Umstellung auf Sommerzeit haben sich in der Praxis nicht bewährt. Was abends an Strom gespart wird, weil es länger hell ist, wird morgens für Heizung und Licht wieder verbraucht, weil es länger dunkel ist. Unfälle, die man abends wegen längerer Helligkeit vermeidet, passieren dafür morgens, wenn die Kinder zur Schule gehen. Zusätzlich leiden viele Menschen und Nutztiere teilweise über Wochen an den Folgen der Zeitumstellung, weil ihr Biorhythmus durcheinander gerät. Chronobiologen wurden für entsprechende Erkenntnisse mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Länder wie China und Russland haben nach einigen Jahren die Zeitumstellung wieder abgeschafft, weil sie mehr geschadet als genutzt hat. Warum sollte Europa das nicht ebenfalls tun? Deswegen ist es ein historischer Schritt, dass zwei Drittel der Europaabgeordneten für ein Ende der Zeitumstellung gestimmt haben.

Ich engagiere mich, seit ich im Europaparlament bin, in einer überfraktionellen Arbeitsgruppe, die sich seit Jahren für die Abschaffung der Zeitumstellung einsetzt. Auf Initiative dieser Gruppe wurde die Kommission im Februar 2018 mit einer Parlamentsresolution aufgefordert, die Praxis der Zeitumstellung zu überprüfen. Nach einer öffentlichen Konsultation, an der 4,6 Millionen Bürger teilnahmen und sich 84% für ein Ende der Umstellung aussprachen, hat die Kommission im September 2018 einen entsprechenden Gesetzesvorschlag veröffentlicht. Der Ministerrat hat sich dazu bisher noch nicht positioniert. Weitergehen in Trilogverhandlungen kann es also erst mit dem neuen Parlament.

CO2-Flottengrenzwerte zu PKW und neue leichte Nutzfahrzeuge

Am Mittwoch hat das Parlament dem Trilogergebnis zu den neuen CO2-Flottengrenzwerten für PKW und neue leichte Nutzfahrzeuge zugestimmt. Bereits kurz vor Weihnachten konnten sich Parlament und Rat auf neue Reduktionsziele für den CO2-Ausstoß ab 2025 einigen. Diese liegen bei 15 Prozent weniger Ausstoß bezogen auf die Grenzwerte von 2021. Dies entspricht dem Vorschlag der Kommission. Das Parlament hatte in seinem Standpunkt 20 Prozent Reduktion gefordert. Für 2030 soll die Reduktion 37,5 Prozent betragen. Die Kommission hatte hier 30 Prozent vorgeschlagen, das Parlament forderte 40 und einige Abgeordnete sogar noch utopischere Werte von 50 oder 70 Prozent. Die Forderung nach 50 Prozent Reduktion wurde auch von zahlreichen deutschen SPD-Abgeordneten erhoben. Zwar ist das beschlossene Reduktionsziel weniger ambitioniert als das, was das Parlament gefordert hat. Allerdings ist es immer noch sehr, wenn nicht zu ambitioniert. Ein solches Ziel wird nicht ohne einen Technologie-Umbruch zu Elektroautos zu erreichen sein. Das wird sicherlich mit Stellenabbau bei den Auto-Herstellern einhergehen, wie etwa bereits kurz nach dem Beschluss von VW verkündet wurde.

Die Elektro-Quote – d.h. die verbindliche Vorgabe, wie hoch der Anteil von E-Autos in der Produktion eines Autobauers sein muss - ist erfreulicherweise vom Tisch. Spannend wird es noch einmal im Jahr 2023, wenn das 2030-Ziel und andere Aspekte der Regulierung überprüft werden sollen.

Die FDP fordert seit langem die Einbeziehung des Straßenverkehrs in den Emissionshandel und somit die Abschaffung der CO2-Grenzwerte, da der Emissionshandel den deutlich technologieneutraleren Ansatz liefert und generell marktbasiert ist. Darum haben wir in der Vergangenheit gegen jede Verschärfung der Ziele gestimmt. Da eine Revision des Emissionshandels zurzeit aber nicht zur Debatte steht, hätten wir den Zielen, die die Kommission vorgeschlagen hat, zustimmen können, jedoch nicht deren Verschärfung. Bei der Abstimmung am Mittwoch haben wir Freien Demokraten uns im Europäischen Parlament enthalten, während alle großen Fraktionen dem Gesetz zugestimmt haben, inklusive aller Abgeordneten von CDU/CSU und SPD.

Chance auf eine zielführende EU-Urheberrechtsreform leider versäumt

Letzten Dienstag war es endlich soweit: trotz der vielen Protestaktion der Bürger, aber auch der Aufrufe der Politiker, den verhandelten Text wieder zu überdenken, ist der Gesetzesvorschlag zur Reform des EU-Urheberrechts durch das Europäische Parlament angenommen worden.

Zwar war eine Reform des EU-Urheberrechts längst fällig, allerdings hätten wir Freien Demokraten sie uns anders erhofft als die, die jetzt in Kraft treten wird. Ein reformiertes Europäisches Urheberrecht sollte dafür sorgen, dass geistiges Eigentum besser geschützt wird, ohne dabei die Presse- und Meinungsfreiheit zu gefährden. Im digitalen Zeitalter ist Urheberrecht eine notwendige Voraussetzung zur nachhaltigen Förderung kreativer Tätigkeit und Kultur. Gleichzeitig ist das Internet ein wertvolles Medium zum Ausdruck der Meinungsfreiheit. Trotz der

teilweise guten Maßnahmen, die die jetzige Reform mit sich bringen wird, stellt Artikel 13 (in der Abstimmung Art. 17) dieses Gleichgewicht jedoch in Frage. Auch wenn Upload-Filter im Artikel nicht explizit erwähnt sind, werden Plattformen durch das neue Haftungsregime quasi dazu gezwungen eine Infrastruktur zu installieren, wonach Inhalte bereits vor der Veröffentlichung auf Online-Plattformen geprüft werden müssen. Da es fast unmöglich ist, legale und illegale Inhalte im Internet automatisiert zu unterscheiden, besteht eine Zensurgefahr. Das ist für die Freien Demokraten eine rote Linie.

Trotz der unglücklichen Abstimmung - aber auch das ist Teil einer Demokratie - hat die energische Diskussion rund um dieses Thema in den letzten Woche auch etwas Positives bewirkt: es hat wieder mal gezeigt, dass das Interesse für europäische Politik bei vielen Bürgern und Bürgerinnen sehr präsent ist, wenn sie damit konfrontiert werden. Außerdem ist es ein Aufruf an Politiker in Deutschland und in Europa, sich mit dem Thema Digitalisierung in der Zukunft noch mehr auseinander zu setzen. Es ist längst kein einfaches Zukunftsthema, sondern bezeichnet, spaltet und bewegt unsere Gesellschaft schon heute.

Plenum bestätigt Gesetz zu Einweg-Plastik: EU setzt Zeichen gegen Vermüllung der Meere

Am Mittwoch hat das Parlament das Gesetz zur Reduzierung von Einweg-Plastik mit großer Mehrheit angenommen. Damit setzen wir ein klares Zeichen gegen die Vermüllung der Meere. Die Ansammlung von Plastikmüll in den Meeren hat ein bedrohliches Ausmaß angenommen, das den Lebensraum Ozean - 70 % unseres Planeten - massiv gefährdet. Plastik hat unser Leben erleichtert und ist aus dem Alltag kaum wegzudenken, aber mit zum Teil gravierenden Folgen. Gerade die EU als wichtiger Plastikproduzent und -konsument ist mit in der Verantwortung. Plastik reichert sich zunehmend in der Nahrungskette an und gefährdet so letztlich unsere Gesundheit. Über 150 Millionen Tonnen Plastik verschmutzen derzeit die Weltmeere. Neben den Schäden für die Umwelt hat die Verschmutzung der Meere und Küsten mit Plastikartikeln auch enorme wirtschaftliche Folgen. Allein in der EU werden die Folgekosten etwa für den Fischerei- und Tourismussektor auf 259 bis 695 Millionen Euro jährlich geschätzt.

Die Ursachen des Problems sind die schlechte Müllentsorgung sowohl in vielen Entwicklungsländern als auch in europäischen Küstenregionen sowie die nicht sinnvolle Verwendung eines derart haltbaren Materials wie Plastik für den einmaligen Gebrauch. Die bisherige Nutzung und äußerst geringe Wiederverwertung von Plastik ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch falsch. Die Einigung über eine drastische Reduzierung der Einwegartikel aus Plastik sollte daher als eine Chance für Innovation und Startups verstanden werden. Schon heute gibt es erste Alternativprodukte hergestellt aus Algen oder anderen pflanzlichen Rohstoffen. Mit einer konsequenten Umsetzung der Richtlinie durch die Mitgliedstaaten hat die EU die Chance, nicht nur Vorreiter für einen konsequenten Schutz der Meere zu werden, sondern auch bei der Produktion neuer, nachhaltiger Materialien für den Kaffeebecher zum Mitnehmen oder die Salatschale im Supermarkt.

Dass die Produzenten zu einer besseren Aufklärung der Verbraucher verpflichtet werden ist gut. Dass sie aber auch für das Aufsammeln weggeworfener Einwegprodukte zahlen sollen, halte ich für überzogen.

Das Parlament hat das Trilogergebnis zum Gesetz bestätigt. Jetzt muss der Rat noch formal dem Gesetzesentwurf zustimmen. Dies wird für April erwartet.

EntschlieÙung zu „Dieselgate“

Immer noch sind viele Bürgerinnen und Bürger über den Skandal bei den Abgasmessungen zu recht verärgert. Das Plenum des Parlaments hat hierzu diese Woche eine EntschlieÙung verabschiedet. In dieser Resolution ging es vor allem darum, wie die Rückholaktionen in den EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt werden sollen, sowie um zukünftige Marktüberwachungskriterien der Mitgliedsstaaten. Der EntschlieÙungsantrag ist rechtlich nicht bindend.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und StraÙburg

Spitzenteam der ALDE Partei vorgestellt

Anders als die meisten anderen europäischen Parteienfamilien hatten sich die Liberalen entschieden, nicht einen einzelnen Spitzenkandidaten, sondern ein Spitzenteam für die Europawahl zu nominieren. Am 21. März war es endlich soweit, das 7köpfige Team wurde in Brüssel der Öffentlichkeit vorgestellt. Darunter bekannte und erwartete Gesichter wie unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt und die beiden liberalen Kommissarinnen Margrethe Vestager (Dänemark) und Violeta Bulc (Slowenien). Dazu kamen liberale Parteiführer aus Ländern, wo der Liberalismus stark unter Druck steht, wie Italien (Emma Bonino) und Ungarn (Katalin Cseh). Mit Luis Garicano von der spanischen Ciudadanos und Nicola Beer wurden zwei nationale Spitzenkandidaten mit ins Team geholt, von denen man gute Wahlergebnisse für die Liberalen erwartet. Besonders erfreulich ist der große Frauenanteil, mit fünf Frauen und zwei Männern.

Die europäischen Konservativen haben mit Manfred Weber von der CSU einen Deutschen nominiert. Die europäischen Sozialisten setzen auf den sehr charismatischen Niederländer Frans Timmermans, der als Vize-Kommissionspräsident bisher Jean-Claude Juncker zur Seite stand. Die Grünen treten mit einer traditionellen Doppelspitze an: Ska Keller (Deutschland) und Bas Eickhout (Niederlande). Die Parteienfamilie, die am besten in den Europawahlen abschneidet, kann ihre/n Spitzenkandidaten/in als Kommissionspräsidenten/in vorschlagen.

„Ozean-Tage“ in Brüssel: Ocean Dialogue mit jungen Wissenschaftlern

Montag bis Mittwoch der vorletzten Woche standen für mich ganz im Zeichen der Meerespolitik. Es begann gleich Montag Nachmittag mit einer Teilnahme an den

sehr gut besuchten "Ocean-Dialogues" im Zentrum von Brüssel. Junge (und auch einige ältere) Wissenschaftler und "Meeresaktivisten" aus ganz Europa trafen sich zu einer 2-tägigen Ideenwerkstatt mit vielen interaktiven Workshops. Leitthema war "Ocean literacy", also Wissen über den und Interesse am Ozean, ausgehend von den Erfahrungen in verschiedenen Projekten wie Marina und ResponSEable (später mehr dazu). Warum sind Ozeane wichtig für uns? Wie können wir Menschen für das Meer und seinen Schutz begeistern? Welche Aktionen / Veranstaltungsformen bieten sich an? Was hat sich bewährt, was nicht? 10 Ozean-Botschafter stellten die Ergebnisse Dienstag Vormittag vor - und zogen dann mit ihren Ausstellungswänden weiter in das Europaparlament, denn dort gab es jetzt die

1. Ozeankonferenz im Plenarsaal: "Oceans - The Future of the Blue Planet"

Mehr als 1000 Besucher (darunter auch Schulklassen) im vollbesetzten Hemicycle und auf der Tribüne, Übertragung per Webstream in ganz Europa, internationale hochrangige Referenten, darunter Parlamentspräsident Antonio Tajani, Meereskommissar Karmenu Vella, Wissenschaftskommissar Carlos Moedas, die Vizepräsidentin der Europäischen Investitionsbank (EIB), 2 junge Vertreter der belgischen Klimamärsche - die 1. Ozeankonferenz des Parlaments, für die ich mehrere Monate hartnäckig gekämpft hatte, war ein voller Erfolg. Unter Beteiligung von vielen Abgeordneten, Wissenschaftlern wie Peter Herzig vom GEOMAR, des IOC-UNESCO, Vertretern aus Verbänden, NGOs und der maritimen Wirtschaft wurden Strategien für die Zukunft des größten Teils unseres blauen Planeten diskutiert. Es war eigentlich wie bei meinen vielen SEARICA-Konferenzen, nur viel größer, übersetzt in alle europäischen Sprachen - und vor allem unübersehbar mit Stelltafeln überall in den Fluren angekündigt. Ein schöner Abschluss kurz vor Mandatsende!

Erfolgreiche Projekte: Marina und ResponSEable

Wieder als SEARICA-Konferenz und ausschließlich - wie meistens - auf englisch befassten wir uns abschließend am Mittwoch mit dem Ergebnis von zwei EU-geförderten Projekten. Bei Marina ging es um "Responsible Research and Innovation", verantwortliche Forschung und Innovation im maritimen Sektor - aber auch darum, dies im Schulterschluss mit der Gesellschaft vorzunehmen und dadurch breites Interesse und Verständnis zu erreichen. Letzteres war und ist auch ein Ziel von ResponSEable, dem Projekt mit dem schönen Untertitel "Meeresschutz - unsere kollektive Verantwortung, unser gemeinsames Interesse" (protecting the ocean - our collective responsibility, our common interest). In Veranstaltungen zu unterschiedlichsten Themen (ähnlich SEARICA) wie Mikroplastik, Meeresenergie, Ballastwasser, Fischerei und Aquakultur wurden nicht nur Inhalte vermittelt, sondern auch darauf geachtet, was in welcher Form beim Publikum das meiste Interesse weckt und die größte Begeisterung auslöst. Natürlich wird mit jeder Konferenz die "Meeresfamilie" größer - und das ist gut so, denn nicht nur ich bin überzeugt: die Ozeane sind wichtig für unsere Zukunft. Und wenn wir es schaffen, dass die Menschen die Meere kennen- und lieben lernen, werden sie auch pfleglich mit dieser größten Ressource unseres Planeten umgehen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Demnächst im Trilog (aber wohl erst nach der Europawahl):**
HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin),
Trinkwasserqualitäts-Richtlinie
- **Im Ausschuss:**
Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten -
Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Finanzierung nachhaltiger
Investitionen

III. Aus Deutschland und aller Welt

Hildesheim: Klima, Urheberrechte, Frauennetzwerk

Beim Landesparteitag der Freien Demokraten Niedersachsen standen dieses Mal zwei Themen besonders im Fokus: Klimawandel und Urheberrechte. Der Klimaantrag gab einen Fahrplan für uns Liberale vor, wie wir in Niedersachsen (und darüber hinaus) dazu beitragen können, die jeweils auf den Klimakonferenzen vereinbarten Ziele zu erreichen. Denn unabhängig von den „Klimamärschen“ der Jugendlichen in der „Fridays for future“-Bewegung prägen Überlegungen zur Einsparung von Emissionen, Energie und Abfall sowie neue ressourcenschonendere Produktionen und mehr Recycling mittlerweile zu Recht viele politische Debatten. Und da die Abstimmung zum Trilogergebnis über die Copyrightreform in Straßburg unmittelbar bevorstand, gab es nicht nur eine von den Julis organisierte wie immer plastisch in Szene gesetzte Demonstration (alle mit blauem Klebestreifen über dem Mund) gegen eine Internetzensur, sondern auch einen von unserem Hannoveraner Europakandidaten Niklas Drexler formulierten Entschließungsantrag zum Thema, den ich mit unterzeichnet hatte und der mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Mit ausgelöst durch die breit angelegte Debatte „die FDP soll weiblicher werden“ hatte unsere Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der Liberalen Frauen Ulla Ihnen erstmals zu einem Frauennetzwerktreffen eingeladen. Wir hatten einen lebhaften Erfahrungsaustausch, und am Schluss war klar: solche Treffen werden wir jetzt regelmäßig abhalten.

Paris: AtlantOS-Konferenz bei der UNESCO

Vom 7. Stock der UNESCO hat man einen hervorragenden Panorama-Blick auf Paris, nicht nur auf den nahe gelegenen Eiffelturm, sondern auch in der Ferne auf Sacre Coeur. Nicht sehen kann man von dort aus natürlich den atlantische Ozean - aber um den ging es in dieser Konferenz, zu der die IOC (Intergovernmental Oceanographic Commission) der UNESCO gemeinsam mit der Europäischen Kommission eingeladen hatte.

Vorgestellt wurden die bisherigen Ergebnisse des von der EU geförderten Projektes AtlantOS (Laufzeit April 2015 bis Juni 2019). Ziel ist es, gemeinsam eine integrierte

Ozeanbeobachtung ausgehend vom Nordatlantik zu entwickeln und in eine globale Strategie einzubinden. Unter der Leitung von Professor Martin Visbeck aus dem GEOMAR in Kiel arbeiten 62 Forschungsinstitute unter Einbeziehung von Unternehmen gemeinsam mit der EU-Kommission an einer kontinuierlichen Verbesserung der Datenlage. 18 Länder sind beteiligt, 13 aus der EU. Da mittlerweile der gesamte Atlantik einbezogen wird, waren bei der Konferenz neben Kanada mit Argentinien, Brasilien und den kapverdischen Inseln auch Vertreter der Südhalbkugel dabei. Ich war eingeladen, um das Ganze aus der Sicht des Europäischen Parlaments zu kommentieren, von unseren SEARICA-Aktivitäten zu berichten und Ausblick auf den nächsten Forschungsrahmenplan Horizon Europe zu geben. Denn natürlich muss es mit der Ozeanbeobachtung weitergehen!

Hameln: Brexit, Reform der EU und Plastikmüll

Eigentlich sollte ich eine Powerpoint-Präsentation zur Bedeutung der Meere und über Plastikmüll zeigen und diskutieren - nach einem kurzen allgemeinen Teil zur aktuellen Lage der EU. Die Schwerpunktsetzung der lebhaften Runde verlief dann genau andersrum. Zu Beginn stellte der erst 18jährige Hamelner FDP-Kandidat Moritz Mönkemeyer sich und seine Ideen für die Zukunft der Europäischen Union vor. Ich ging kurz auf die Vorteile der EU und aktuelle Politik ein - Brexit, Copyright, Digitalisierung etc.. Es schloss sich dann eine ausführliche Diskussion an über Glühbirnenverbot, Gurkenkrümmung (wobei die Gurken seit 2008 wieder frei wachsen dürfen), Lobbyismus, Bürokratie durch DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) und andere "Brüsseler" Regelungen. Und viele Fragen kamen auf, zum Beispiel: Warum bekommt jedes Land automatisch 1 Kommissar/in? Wann hört der Reisezirkus zwischen Brüssel und Straßburg endlich auf? Warum klappt es noch nichtmal in Deutschland mit dem digitalen Netzausbau? Der Abend verlief dadurch zwar anders als geplant. Aber gerade im Vorfeld der Europawahl finde ich es gut, neben den Vorteilen und Errungenschaften der EU auch auf die durchaus vorhandenen und bekannten Schwächen hinzuweisen und mögliche Änderungen zu diskutieren. Denn natürlich kann man Europa noch "besser machen" und reformieren, das wollen auch wir Liberalen im nächsten Mandat. Und ganz am Schluss ging es dann doch noch ums Meer.

IV. Terminvorschau

1.-4.4.	Brüssel	Ausschüsse, Miniplenium, Pressekonferenz
3.4.	Brüssel	SEARICA-Konferenz: Valuing Marine Ecosystem Services
8.-11.4.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
9.4.	Brüssel	SEARICA-Konferenz: Maritime Achievements and Future Challenges (letzte SEARICA-Konferenz)
15.-18.4.	Straßburg	Plenum, Fraktion

1. April 2019

April 2019

Liebe Leserin, lieber Leser,

dies ist tatsächlich schon mein vorletzter Newsletter! Da ich ja nicht wieder kandidiere, waren die vergangenen Wochen geprägt von Abschieden, letzten Sitzungen der Ausschüsse, der Fraktionen und des Plenums, Family-Photos, Farewell-Drinks und Austausch privater Kontaktdaten mit Abgeordneten, die man gern wieder treffen möchte. Natürlich gab es auch jede Menge Abstimmungen von Trilogergebnissen und Parlamentspositionen zu Gesetzen, bei denen die Ratsposition noch aussteht oder aus Zeitgründen keine Trilogie mehr begonnen werden konnten. Im Europaparlament werden ja – anders als im Bundestag und in den Landtagen – Gesetze nach der Wahl vom neuen Parlament und der neuen Kommission in der Regel weiter verhandelt, wie auch hier bei einigen Texten beschrieben.

Die verrückte Geschichte mit dem Brexit geht, wie Sie sicher verfolgt haben, in die Verlängerung – was bedeutet, dass die Briten voraussichtlich an der Europawahl teilnehmen werden. Das bedeutet auch, dass alle Überlegungen hinsichtlich Verkleinerung des Parlaments und mehr Sitzen für die kleinen Staaten (falls die britischen Sitze wegfallen) wie auch Finanzplanungen (mit oder ohne GB?) sich zunächst erledigt haben.

Für mich war der Abschluss meiner Arbeitsphase nach 10 Jahren im Europaparlament und insgesamt fast 17 Jahren Abgeordnetentätigkeit nochmal sehr intensiv und kämpferisch, aber auch schön. Einige Termine liegen noch vor mir (s. Terminvorschau), aber am 2. Juli überlasse ich dann einem neuen hoffentlich großen FDP-Team das Feld – und freue mich auf alles, was danach kommt. Aber dazu später in meinem nächsten, dann wirklich letzten Newsletter, nach der Europawahl.

Viel Spaß beim Lesen – und bitte am 26. Mai wählen gehen, am besten FDP!
Ihre Gesine Meißner

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Endlich eine Parlamentsposition zum Mobility Package I (ALDE-Berichterstatterin)
Es war ein langes Gezerre um die Abstimmung des 1. Mobilitätspaket (Entsendung und Lenk- und Ruhezeiten von LKW-Fahrern sowie Kabotageregeln für LKWs). Seit der missglückten Abstimmung im Verkehrsausschuss Mitte Januar versuchten einige Abgeordnete mit allen Tricks der Geschäftsordnung ein neuerliches Votum im Plenum zu verhindern. Als das Paket dann endlich Ende März auf der Plenaragenda stand, musste Parlamentspräsident Tajani es am Vorabend der Abstimmung wieder absetzen: zu viele Änderungsanträge (1625), zu viele Anträge zu split und separate votes. Der Transportausschuss hatte die Masse an Änderungsanträgen daraufhin in einem fünf Stunden dauernden Abstimmungsmarathon ohne großen Erfolg zu filtern versucht. Am Ende konnte die Plenarabstimmung Anfang April durchgezogen

werden. Die immer noch über 1000 Änderungsanträge wurden schließlich als Blöcke abgestimmt. So etwas habe ich in meinen 10 Jahren im Europaparlament noch nicht erlebt.

Auch wenn ich mich freue, dass wir es vor Mandatsende noch geschafft haben, eine Parlamentsposition zum Mobilitätspaket zu verabschieden, bin ich enttäuscht, dass die berechtigten Anliegen der Busunternehmen bei diesem Kompromiss auf der Strecke geblieben sind. Auf Druck der S&D mussten die entsprechenden Passagen, die Reisebusfahrern etwas mehr Flexibilität bei den Lenk- und Ruhezeiten eingeräumt hätten, weichen. Dabei hatten sie bei letzten Abstimmungen im Juli-Plenum eine breite Mehrheit gefunden. Es gibt allerdings eine explizite Aufforderung an die Kommission, eigene Lenk- und Ruhezeiten für Busse zu erarbeiten. Das ist mehr als überfällig, denn es ist völlig klar, dass der Transport von Gütern per LKW nicht mit Passagierreisen per Bus verglichen werden kann. Da müssen eigene Regeln her – eigentlich hatte die Kommission schon vor sieben Jahren eine Überprüfung versprochen. Verkehrskommissarin Bulc hat mir persönlich zugesichert, dies jetzt zur Chefsache zu machen und die Arbeiten dazu sofort und noch unter ihrem Mandat zu beginnen.

Erfreulich ist, dass die Handwerker die benötigte Flexibilität bei der Tachographenpflicht bekommen haben. In der Parlamentsposition wurde der Radius, in dem Handwerker keinen Fahrtenschreiber führen müssen, von 100 auf 150 km erweitert – auch dafür haben wir seit sieben Jahren gekämpft. Werkverkehre und Baustellenfahrzeuge sind völlig ausgenommen. Das ist eine große Erleichterung für diese kleinen Betriebe, die ja gar keine Transportunternehmen sind.

Die Kompromisse, auf die sich eine Mehrheit im Parlament am Ende einigen konnte, sind inhaltlich nicht sehr weit von der Ratsposition entfernt. Daher wird im neuen Mandat zügig mit den Trilogverhandlungen begonnen werden können.

Für mehr Straßenverkehrssicherheit – Weg frei für kooperative intelligente Verkehrssysteme (Berichterstatteerin)

Delegierte Rechtsakte sind in der Regel unproblematisch. Es sind relativ technische nachgeordnete Gesetzgebungen der Europäischen Kommission, bei denen das Europaparlament aber ein Vetorecht hat. Anfang April hat allerdings der Einspruch gegen einen delegierten Rechtsakt überraschenderweise eine Mehrheit im Verkehrsausschuss bekommen. Es geht um den Einsatz von kooperativen intelligenten Verkehrssystemen (C-ITS), die Fahrzeuge miteinander vernetzen. Dabei kam es zu einem großen Streit, welcher Technologie man den Vorrang geben sollte: WLAN oder Mobilfunk.

Diese Frage hat sich ehrlich gesagt für mich gar nicht gestellt. Denn es gibt heute nur eine einzige marktreife und verfügbare C-ITS Technologie und die benutzt WLAN. Deswegen hat die Kommission den delegierten Rechtsakt auch auf diese Technologie ausgelegt. WLAN hat auch unbestreitbare Vorzüge: es ist im Vergleich zu Mobilfunk kostengünstig, da man dafür weder Sendemasten noch einen Vertrag mit einem Mobilfunkanbieter braucht. Man braucht lediglich einen Chip, der wird in der EU produziert und kostet 1 Euro. Damit können Fahrzeuge direkt miteinander

kommunizieren und sich vor Gefahren warnen, theoretisch auch Fußgänger und Radfahrer. Warum sollen wir noch Jahre warten, bis die Mobilfunktechnologie solche Dienste anbieten kann? Wenn es soweit ist, wird sie sofort in den EU-Rechtsrahmen aufgenommen werden und ihren Markt finden. Bis dahin können WLAN basierte C-ITS-Systeme schon etliche Menschenleben gerettet und auch zu weniger Staus und damit weniger Emissionen geführt haben. Auf Dauer werden wir beide Systeme einander ergänzend brauchen, WLAN und 5G.

Ich bin sehr froh, dass am Ende die Vernunft gesiegt und sich das massive Lobbying der Allianz von Telekommunikationsgesellschaften und Premiummarken einiger Automobilhersteller nicht durchgesetzt hat. Viele andere, z.B. alle Zulieferer, alle Mautbetreiber und andere Automobilhersteller wie VW, MAN oder Renault waren für Sofortstart mit WLAN. Es geht auch überhaupt nicht darum, Mobilfunktechnologien aus einem Marktsegment auszuschließen oder den überall einvernehmlich geforderten Aufbau von 5G-Netzen zu sabotieren. Es geht darum, einen europäischen Rechtsrahmen für C-ITS-Systeme zu schaffen, der Rechtssicherheit gibt, damit sich heute schon verfügbare Systeme verbreiten können. Am Ende hat sich eine Mehrheit der Abgeordneten dieser Sichtweise angeschlossen und das Veto gegen den delegierten Rechtsakt bekam nicht die nötige absolute Mehrheit von 376 Abgeordneten.

Gesunde Ozeane im Vordergrund des neuen EU-Forschungsprogramms

Als Liberale verstehe ich Forschung und Innovation als das Herzstück der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und als Schlüssel, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Deshalb freue ich mich, dass wir in der letzten Plenarsitzung dem partiellen Trilogergebnis zu Horizont Europa, dem Nachfolgeprogramm von Horizont 2020 zugestimmt haben. Dadurch sollen europäische Forschungs- und Innovationsprojekte für den Zeitraum von 2021 bis 2027 finanziert werden.

Wir Liberalen haben uns dabei vor allem dafür eingesetzt, dass Horizont Europa weiterhin auf Exzellenz als Auswahlkriterium setzt und für Partner offen bleibt, die nicht aus EU-Mitgliedstaaten kommen. Forschung soll weder eine neue Kohäsionspolitik werden noch darf sie an den Grenzen der EU enden.

Als Sondergesandte des Präsidenten des Europäischen Parlaments für Meerespolitik hätte ich mir allerdings einen allgemein stärkeren Fokus auf maritime Forschung gewünscht, denn die Meere und Ozeane sind unsere Zukunft. Gerade für Deutschland mit seinen exzellenten Forschungsinstituten wäre dies eine große Chance gewesen. Ich freue mich aber besonders, dass die ‚Mission Healthy Ocean‘ im neuen Programm vorgesehen ist und finanziert werden soll. Diese „Mission“ soll sich gezielt Themen wie den Auswirkungen des Klimawandels auf die Meere und der Verschmutzung durch Plastik widmen.

Die offenstehenden Punkten - Budget, Brexit und das Thema delegierte Rechtsakte - sollen erst im nächsten Mandat final ausgehandelt werden. Da ist mir besonders wichtig, dass die Ausgaben für Forschung und Innovation ansteigen – wie vom

zuständigen Kommission Oettinger vorgeschlagen und vom Europaparlament unterstützt - und der Rat es schafft, ein starkes europäisches Budget zu verteidigen statt sich auf nationale Einzelinteressen zu fokussieren.

Formalitäten für Schiffe an EU-Häfen (ALDE-Berichterstatterin)

Mit Annahme der Verordnung zur Einrichtung eines Single-Window-Umfelds für den europäischen Seeverkehr hat sich für mich ein Kreis im Europaparlament geschlossen. Als ich vor 10 Jahren meine Arbeit im Verkehrsausschuss aufnahm, wurde gerade das Vorgängergesetz von meinem belgischen Fraktionskollegen Dirk Sterckx abgeschlossen. Einige Jahre später musste man feststellen, dass die Richtlinie zur freiwilligen Digitalisierung der Frachtpapiere auf nationaler Ebene nicht die erhoffte Wirkung hatte. Die Formalitäten, die Schiffe beim Ein- und Auslaufen an Häfen zu erledigen haben, blieben ein einziger Flickenteppich. Jeder Mitgliedstaat und jeder Hafen hat seine eigenen Regeln und Formulare, sofern elektronisch überhaupt schon etwas erledigt werden kann. Daher brauchen Reeder und Schiffsbesatzungen heute zum Teil mehrere Stunden, um alle nötigen Informationen für die Behörden an Land zusammenzustellen, bevor sie in einen Hafen einlaufen: Crewlisten, Zollformalitäten, Gefahrgüter an Bord, Informationen für Gesundheitsbehörden etc.

Daher mussten wir nachsteuern. In Zukunft wird es einen festen Datensatz geben, der an allen Häfen in der EU abgefragt wird. Vor allem werden diese Daten auch im selben Format übermittelt, so dass Reeder nicht jedes Mal dieselben Informationen in unterschiedliche Formulare eintragen müssen. Mit der neuen Verordnung wird aber nicht nur der Bürokratiewahnsinn für Schiffe abgeschafft, sondern auch der Informationsfluss zwischen den Häfen und mit anderen relevanten Behörden verbessert. Wenn ich zurückblicke, haben wir in diesem Mandat viel für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Häfen erreicht. Zu Beginn der Legislaturperiode wurde das lang blockierte Port Package beschlossen und erst kürzlich ein verbessertes System zur Handhabung von Schiffsmüll an Häfen, bei dem ich Berichterstatterin war.

Erstmals Grenzwerte für CO2 Emissionen von LKWs (schweren Nutzfahrzeugen) verabschiedet – eine ambitionierte Zielsetzung

Erstmalig werden in der EU verbindliche CO₂-Grenzwerte auch für schwere Nutzfahrzeuge, also LKW, Busse und Trucks, gelten. Demnach müssen Hersteller von schweren Nutzfahrzeugen bis 2025 die Flottenemissionen um 15% senken, bis 2030 um verbindliche 30%, jeweils im Vergleich zu 2019. Besonders emissionsarme Fahrzeuge können begünstigend angerechnet werden, das heißt wenn ein Fahrzeug weniger als einen bestimmten Wert emittiert, kann der Hersteller sich das Fahrzeug doppelt auf seine Flotte anrechnen lassen und so seinen CO₂-Zielwert besser erreichen. Eine Verschärfung der Emissionsziele sowie eine höhere Quote, die das Parlament ursprünglich forderte, konnten verhindert werden. Zwar ist das im Trilog erzielte Ergebnis realistischer als die Forderungen, die der Umweltausschuss des

Parlaments beschlossen hatte. Man darf aber nicht vergessen, dass es sich hier um die erste CO2-Regulierung für schwere Nutzfahrzeuge überhaupt handelt. Es hilft dem Klima nicht, wenn wir überzogene Forderungen stellen, die im Nachhinein nicht eingehalten werden. Darüber hinaus sind wir weit davon entfernt, den Güterverkehr auf der Straße zu elektrifizieren. Hier fehlt es an Infrastruktur. Und wenn LKWs nur noch Elektrobatterien transportieren, ist das zweckentfremdet.

Durch die strengen Vorschriften werden Hersteller Elektrofahrzeuge auf den Markt bringen müssen. Ich habe mich aber stets gegen einseitige Technologie-Vorschriften gewehrt. Statt Technologieumbrüche zu erzwingen und politisch vorzugeben, halte ich es für sinnvoller, die Wahl der besten Technologie den Herstellern und deren Kunden zu überlassen und nur das Reduktionsziel europäisch festzulegen. Die Einbeziehung des Straßenverkehrs in den EU-Emissions-Zertifikate-Handel wäre der bessere Weg. So würde einerseits das Verursacherprinzip zur Anwendung gelangen, andererseits würde man Wettbewerb mit anderen Verkehrsträgern, wie beispielsweise dem Flugzeug, fairer gestalten. Anders als beim PKW ist bei schweren Nutzfahrzeugen die Kraftstoffeffizienz oberstes – wenn nicht sogar einziges – Kriterium für die Kaufentscheidung. Die Hersteller sind also allein durch die Nachfrage gezwungen, den Kraftstoffverbrauch der LKW kontinuierlich zu senken.

Der Kompromisstext, den das Plenum des Parlaments verabschiedet hat, muss noch formal vom Rat bestätigt werden.

Patentschutz für Arzneimittel: Aufweichung sendet das falsche Signal

Künftig sollen Generika-Hersteller, also Hersteller, die ein bestimmtes Arzneimittel nicht selbst entwickelt, sondern nach Patentablauf „kopiert“ haben, unter bestimmten Voraussetzungen bereits vor Ablauf des Patents die Kopie in der EU herstellen dürfen. Der Text, auf den sich Rat und Parlament geeinigt haben und den das Plenum am letzten Mittwoch mehrheitlich gebilligt hat, sieht vor, dass Generika-Hersteller Arzneimittel, die für den Export bestimmt sind, bereits vor Ablauf des Schutzzertifikats des originären Produkts in der EU produzieren dürfen. Außerdem soll die Produktion auch für den EU-Markt vorher möglich sein, jedoch lediglich für die Lagerung bis zum Markteintritt am „Tag 1“ nach Ablauf des Patents. Dadurch soll die Generika-Industrie, deren Medikamente um ein Vielfaches billiger sind, in der EU gestärkt werden.

Ich sehe beides jedoch kritisch. Zwar ist das Argument, dass auch Generika-Hersteller Arbeitsplätze schaffen und diese besser innerhalb als außerhalb der EU anzusiedeln sind, nicht von der Hand zu weisen. Jedoch verweise ich schon seit langem darauf, dass wir in der EU forschende Arzneimittelindustrie benötigen. Deutschland ist ein Forschungsstandort! Obendrein gibt es ohne Forschung auch keine neuen Wirkstoffe, sprich auch keine Generika. Deshalb ist es aus meiner Sicht nicht richtig, Generikaherstellern zu erlauben, für den Tag des Markteintritts vor Patent-Ablauf zu produzieren. Dieses sogenannte „Stockpiling“ mag zwar ökonomisch keine großen Auswirkungen haben, jedoch untergräbt es die Glaubwürdigkeit der EU im Patentschutz.

Als Berichterstatterin der Liberalen für die Stellungnahme des Umweltausschusses habe ich mich erfolgreich auch dafür eingesetzt, dass die Praxis des „Launch at Risk“, also die bewusste Inkaufnahme einer Patentverletzung durch das Inverkehrbringen trotz Patents, künftig nicht mehr möglich sein soll.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

SEARICA-Abschlusskonferenz mit Kommissar Karmenu Vella

Meine größte Passion und damit auch mein „politischer Fußabdruck“ ist ja eindeutig die Meerespolitik, die ich mit vielen Aktivitäten weiterentwickeln und begleiten konnte. Als ich die überfraktionelle Gruppe SEARICA (Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas, www.searica.eu) Ende 2014 in der jetzigen Form als Ausschuss-übergreifende Diskussionsplattform für alle Themen rund ums Meer eingerichtet habe, konnte ich nicht absehen, dass diese Intergroup so erfolgreich sein würde. In mehr als 50 Veranstaltungen seit Anfang 2015 mit mehr als 5000 Teilnehmern (wenn wir immer große Räume hätten buchen können, wären es noch mehr gewesen) haben wir sowohl neue maritime Technologien, „blaue“ Energie, emissionsarme Schiffe, maritime Schutzzonen, die Veränderung des Golfstroms, die Klimarelevanz der Ozeane, Meeresforschung, Algen als Rohstoff für die Weltbevölkerung der Zukunft, Aquakultur und vieles mehr mit einem gemischten Forum aus Industrie, Forschung, Regionen, Kommissionen und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) diskutieren können. Auch die Plastikausstellung „OceanPlasticsLab“ im April 2018 vorm Brüsseler Europaparlament mit über 8000 Besuchern in 10 Tagen geht ja auf unser Konto, genauso wie die große Ozeankonferenz am 19. März, über die ich im letzten Newsletter berichtet hatte. Dass ich für dieses Engagement mit dem Titel „Sondergesandte des Parlamentspräsidenten für Meerespolitik“ ausgezeichnet wurde, hat mich natürlich sehr gefreut.

Am 9. April hieß es nun für mich auch von dieser Arbeit Abschied nehmen mit einer letzten großen sehr gut besuchten Konferenz, die fast wie ein Familientreffen war: neben unserem maltesischen Meereskommissar Karmenu Vella, der uns immer sehr unterstützt hat, waren mit Professor Martin Visbeck vom Geomar in Kiel, Sieglinde Gruber von der Forschungskommission und vielen regionalen und Wirtschafts-Vertretern langjährige Wegbegleiter als Referenten da, die mit uns gemeinsam Zukunftsvisionen für Meeresschutz und maritime Wirtschaft und damit die Integrierte Meerespolitik (IMP) entwickelt haben. Nicht nur als Erinnerung an ausscheidende Mitglieder, sondern auch als Werbung für das neue Europaparlament haben wir eine bebilderte Broschüre über die geleistete Arbeit erstellt. Denn nicht nur für mich steht fest: die Arbeit von SEARICA muss weitergehen!

Ich werde in Zukunft auf jeden Fall den Ozeanen treu bleiben und mich weiter engagieren – in welcher Form und Funktion steht noch nicht fest. Aber vielleicht kann ich beim nächsten Mal schon mehr dazu verraten. Zunächst werde ich im Mai das Parlament wie schon in den vergangenen Jahren beim Europäischen Tag der Meere in Lissabon vertreten.

III. Terminvorschau

26.-28.4.	Berlin	FDP-Bundesparteitag
29.4.	Barsinghausen	Europa-Speeddating
4.5.	Nienburg	Meerespolitik auf der Weser
6.5.	Frankfurt/Main	meerespolitische Wahlkampftermine
7.5.	Hannover	Europa der Zukunft
15.5.	Cascais	EISAP Konferenz
16.-17.5.	Lissabon	Europäischer Tag der Meere
26.5.		EUROPAWAHL
28.-29.5.	Brüssel	Delegationsleiter-Treffen
13.-14.6.	Brüssel	Treffen mit der neuen FDP-Delegation
1.-2.7.	Straßburg	Fraktion, Plenum

24. April 2019

Mai 2019

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem letzten Newsletter als Abgeordnete im Europäischen Parlament geht es um Termine, die ich seit dem offiziell letzten Arbeitsplenum wahrgenommen hatte, und dann natürlich um das Ergebnis der Europawahl. Besonders erfreulich: die hohe Wahlbeteiligung und die starken Zugewinne bei der liberalen Fraktion - noch ALDE, demnächst wohl mit neuem Namen. Mehr dazu auf den nächsten Seiten.

Mein persönliches Fazit gegen Ende des Mandats: es waren 10 spannende, intensive und ereignisreiche Jahre, für die ich sehr dankbar bin. Ich habe es immer als Privileg empfunden, Deutschland und insbesondere meine norddeutsche Heimatregion für die FDP vertreten zu dürfen, gemeinsam mit Menschen aus verschiedenen Kulturen für ein starkes Europa mit guten Lebensbedingungen zu arbeiten und dabei jeden Tag etwas Neues zu lernen. Eine unschätzbare Hilfe dabei war mein super engagiertes Team - Sophie Trampf, Klaas de Boer, Lars Ritter, Marie Alter in Brüssel und Kirsten Zander in Wennigsen, ohne die ich die vielfältigen Aufgaben gar nicht hätte bewältigen können, daher ein großer Dank an sie. Ihnen danke ich für Ihr Interesse an meiner Arbeit. Auf meiner Homepage www.gesine-meissner.de können Sie demnächst verfolgen, wie mein weiteres Engagement für Meerespolitik aussehen wird.

Ich freue mich auf mehr Zeit für meine Familie, Freunde und Musik.

Alles Gute für Sie - und bleiben Sie Europa gewogen!

Ihre Gesine Meißner

Aus Deutschland und aller Welt

Europa hat gewählt

Was mich sehr gefreut hat ist die deutlich höhere Wahlbeteiligung als bei den letzten Wahlen zum EP - Europa ist mehr im Fokus, das ist gut. Weniger erfreulich ist natürlich der Zuwachs am rechten Rand bei den Europegegnern, allerdings hätte es noch schlimmer kommen können. Als Reaktion darauf erwarte ich ein noch stärkeres Zusammenrücken der proeuropäischen Kräfte als es schon 2014 nach der Wahl mit Erstarken des rechten Rands und später dem Brexit-Referendum der Fall war. Nicht verständlich ist für mich, dass die Satire-Formation "Die Partei" jetzt sogar mit zwei Abgeordneten vertreten ist. Martin Sonneborn mag ein guter Satiriker sein, konnte aber als Fraktionsloser genau so wenig bewegen wie der Abgeordnete der NPD.

Der deutliche Zuwachs bei den Liberalen - insbesondere durch En Marche und die LibDems, aber auch durch die Rumänen mit dem ehemaligen EU-Kommissar Ciolos an der Spitze - und auch bei den Grünen (insbesondere durch die deutschen Grünen) kompensiert etwas die Verluste bei EVP und S&D und macht den Block der Proeuropäer spannender. Die GroKo in Brüssel hat ausgespielt, und das tut meines Erachtens einer an inhaltlichen Ergebnissen orientierten Politik mit Mehrheiten über die Fraktionen hinweg (eigentlich die im EP übliche Arbeitsweise) gut. Für die Freien Demokraten hatte ich eigentlich mit einem deutlicheren Zuwachs gerechnet, für mich waren mindestens 7 Sitze das Ziel. Erfreulich gerade auch für mich als langjährige Frauenpolitikerin ist, dass wir mit Nicola Beer und Svenja Hahn gleich 2 Frauen an der Spitze haben, so etwas gab es bei der FDP noch nie. Zusammen mit den beiden Abgeordneten der Freien Wähler (schon im letzten Mandat hatten wir ja eine deutsche Delegation aus FDP und Ulrike Müller von den FW) besteht die neue deutsche Delegation zwar dann aus 7 statt bislang 4 MdEPs, aber es wird in der neuen Fraktion noch größere nationale Delegationen geben, neben der französischen und der britischen zB auch die spanische und rumänische. Natürlich freue ich mich, dass mein niedersächsischer Nachfolger Jan-Christoph Oetjen, wie ich Vertreter des ländlichen Raumes, mit dem ich 2003 im Landtag gestartet war und den ich sehr gut kenne und schätze, auf Platz 5 ins EP einziehen wird. Gespannt dürfen wir auf die Verteilung der Top-Jobs sein: m.E hat bei der jetzigen Konstellation Margrethe Vestager durchaus gute Chancen, die neue Kommissionspräsidentin zu werden. Sie ist der Star der bisherigen Kommission, tough und unerschrocken, verfolgt konsequent einen Kurs europäischer Werte - und eine Frau an der Spitze der Kommission ist einfach mal dran, sie wäre die Idealbesetzung.

Die Fraktionsbildungen - viele kleine Koalitionsverhandlungen - sind seit gestern in vollem Gange. Als noch amtierende FDP-Delegationsleiterin war ich bislang in der ALDE dabei, werde mich jetzt aber zurückziehen und lediglich als Beraterin für die „Neuen“ fungieren, bis sich alle richtig eingewöhnt haben. Die liberale Fraktion besteht zur Zeit aus 108 Mitgliedern, und eventuell kommen noch andere dazu, Gespräche dazu laufen. Heute wurde Nicola Beer in das achtköpfige ALDE-Team gewählt, das mit den anderen Fraktionen die wichtigsten Positionen verhandeln wird

und in dem auch liberale Regierungschefs (zur Zeit haben wir acht in Europa) vertreten sein werden.

Da mich viele fragen, ob mir denn der Abschied nicht schwerfällt und was ich in Zukunft machen werde, jetzt zu mir persönlich: 17 Jahre Abgeordnetendasein - erst im Landtag als Sozialausschussvorsitzende, dann 10 Jahre im EP - sind aus meiner Sicht genug. Ich habe bereits 2014 nach der Wahl unserem Landesvorsitzenden Stefan Birkner gesagt, dass ich 2019 nicht wieder antreten werde, und es "fühlt sich auch absolut richtig an". Es waren arbeitsreiche, spannende und sehr erfolgreiche Jahre. Ich bin dankbar dafür, dass ich meine Partei und Niedersachsen so lange auf verschiedenen parlamentarischen Ebenen vertreten konnte. Und das Europaparlament ist für mich das demokratischste überhaupt, weil es dort nicht Regierung und Opposition und das ungeschriebene Gesetz "die Regierung hat immer Recht und die Opposition hat immer Unrecht" gibt, sondern jeweils mit wechselnden Mehrheiten basierend auf den überzeugendsten Sachargumenten Beschlüsse gefasst werden.

Und was kommt jetzt für mich? Nun, persönlich freue ich mich darauf, mehr zu Haus sein zu können und mehr Zeit für meine Familie, meine beiden Enkelinnen und zum Musizieren zu haben. Ich werde aber auf jeden Fall weiter international auf dem Gebiet der Meerespolitik aktiv bleiben, für die ich mich schon seit 2009 im EP eingesetzt habe. Wie alle, die meinen Newsletter regelmäßig gelesen haben, wissen, habe ich dort ja eine eigene sehr erfolgreiche Fraktions-übergreifende Meeresgruppe (www.searica.eu) gegründet und mir damit den erstmals verliehenen Titel "Sondergesandte des Parlamentspräsidenten für Meerespolitik" verdient. In dieser Funktion durfte ich das EP auf internationalen Konferenzen vertreten, konnte im EP in Brüssel (auch erstmals) eine große Ozeankonferenz im Plenum zur Zukunft unseres blauen Planeten initiieren, die internationale Ausstellung "OceanPlasticsLab" für 10 Tage nach Brüssel vors Parlament holen und ein großes Netzwerk aufbauen. Ich habe Anfragen aus Deutschland und auch international, mich auf diesem Gebiet weiter zu engagieren, insbesondere für Meeresschutz und Meeresforschung, und das werde ich auch tun. Wie und wo genau wird gerade verhandelt. Unterwegs sein werde ich also auch in Zukunft, aber deutlich weniger.

Berlin: ein Eisbär beim Bundesparteitag

Unsere JuLis haben doch immer gute Ideen für kreative Aktionen: passend zur Klimadebatte später in der Halle tapste ein ‚Eisbär‘ vor Polar-Kulisse durch schmelzendes Eis. Die JuLi-Vorsitzende Ria Schröder und unsere Juli-Spitzenkandidatin für Europa Svenja Hahn (beide aus Hamburg), gleichzeitig Vorsitzende der europäischen liberalen Jugend LYMEC und jetzt gewählte MdEP, machten in kurzen engagierten Reden klar, dass dringend etwas passieren muss für Klima und Meere. Mir hat es sehr gefallen, dass diese Themen - neben der Wahl des neuen Bundesvorstandes - so zentral diskutiert wurden. Auch unsere neue Generalsekretärin Linda Teuteberg sprach sich in ihrer beeindruckenden Bewerbungsrede mit vielen historischen Bezügen zum Liberalismus für einen starken Klimaschutz aus. Für Freie Demokraten ist klar: statt immer neuer Grenzwerte, die dann oft nicht ausreichen oder eingehalten werden, und immer neuer Verbote setzen wir auf Emissionshandel für alle Sektoren als zentrales Element, das sowohl europäisch als auch global greifen kann. Auch Forschung und

Innovation sollten eine entscheidende Rolle spielen, mit neuen Materialien, Produktionen, Technologien und flexiblen Rahmenbedingungen für Kreativität und Startups. Leider wird das Thema Klimaschutz bislang kaum bei der FDP verortet - daran müssen wir arbeiten.

Barsinghausen: Europa-Speeddating

Gelungene Premiere im benachbarten FDP-Ortsverband: die Barsinghäuser hatten gleich drei Politiker eingeladen und an verschiedenen Tischen zu parallelen Gesprächsrunden platziert. Die Gäste konnten sich für ein Thema entscheiden, dort debattieren, und nach einiger Zeit wurde gewechselt. Unser Hannoveraner Spitzenkandidat für Europa Niklas Drexler sprach und diskutierte über die Zukunft der EU, Björn Försterling (MdL) über frühkindliche Bildung und ich über Meerespolitik und Plastikmüll. Das Ganze stand unter dem Oberthema „Europa fängt am Deister an - wie gestalten wir unsere Chancen?“. Dieser „Versuchsballon“ erwies sich als sehr erfolgreich, zog viele Interessierte an und wird sicher Nachahmer finden.

Hannover: Preisverleihung #EchtJetztEuropa

Wettbewerbe zu Ideen über Europa von Schulklassen und Jugendlichen verdienen einfach jede Aufmerksamkeit von uns Politikern, finde ich. Daher hatte ich mich auch sofort bereit erklärt, bei #EchtJetztEuropa als Jury, unterstützt von meiner Praktikantin Hannah, und später als Laudatorin mitzumachen. Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 7-10 aus ganz Niedersachsen konnten sich beteiligen und in kurzen Videos - nicht länger als 2 Minuten, was gar nicht so einfach ist (aber der Redezeit im Europaparlament entspricht) - ihre Vorstellungen zur EU kreativ darstellen. Die ersten drei Platzierten in drei verschiedenen Kategorien waren zur Preisverleihung nach Hannover-Kleefeld eingeladen, um die von TUI und Nordmedia gesponserten Preise entgegenzunehmen. 1. Preis war jeweils eine Reise nach Brüssel für die gesamte Klasse. Als Laudatoren fungierten neben mir zwei Vertreter der niedersächsischen Landesregierung: Europaministerin Birgit Honé und Kultusminister Grant Hendrik Tonne. Die vielseitigen ideenreichen Beiträge umfassten Pantomime, Gesang, Essenskultur, bekannte Gebäude, Sprachen der EU und vieles mehr. Besonders gut gefiel mir ein Beitrag, in dem Jugendliche geschminkt in verschiedenen EU-Flaggen aus großen Würfeln turmartig Werte, Vorteile und auch Schwächen der EU darstellten. Natürlich überwogen ganz klar die Vorteile!

Nienburg: Meerespolitik auf der Weser

So hatte ich es im letzten Newsletter angekündigt. Genau genommen fand diese politische Weserfahrt zum Thema „Wann wird die Weser wieder natürlich?“ zwischen Stolzenau und Minden statt und es ging vor allem um die Wasserrahmenrichtlinie und den Fischbestand. Aber selbstverständlich kam in meinem Part auch die Einheit von Flüssen und Meer als „blauer Teil“ unseres Planeten vor. Von uns Referenten

wurde die Wasserqualität am Beispiel Weser aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet: von mir europäisch, vom NABU unter Umweltaspekten, vom Landvolk agrarpolitisch und vom Fischereiverband bezogen auf den Fischbestand - eine spannende Mischung mit reger Diskussion im Anschluss. Einigkeit bestand darüber, dass die Wasserqualität zwar verbessert ist, aber der vorgesehene „gute Zustand“ des Flusses noch nicht erreicht wurde. Erstaunt hat mich, dass Fischtreppe an der Weser noch deutlich Mangelware sind und daher an Turbinen regelmäßig Fische - insbesondere Aale - „geschreddert“ werden. Da muss dringend etwas geschehen!

Frankfurt: Krone-Fisch und Straßenwahlkampf

„Krone-Fisch bietet den Steinbachern frostige Jobs“ titelte einst die Frankfurter Neue Presse einen Bericht über dieses Familienunternehmen im Taunus vor den Toren Frankfurts. Bei Fisch würde man nicht unbedingt auf diesen Standort in Deutschland kommen - produziert wird aber auch nicht dort, sondern echt europäisch in Polen, Litauen, Dänemark, Irland, den Niederlanden, der Türkei (naja, nicht ganz europäisch) und Mecklenburg-Vorpommern. In der maximal 3°C kalten Halle warten dann leckere Fischkonserven und verpackte Räucherfische - neben Lachs vor allem Forelle und Hering - auf Abruf und internationalen Vertrieb über den Hub Frankfurt/Main und finden sich in so ziemlich allen Kühlregalen unserer Supermärkte wieder. Natürlich ging es bei diesem Betriebsbesuch, der vom FDP Kreisverband Frankfurt organisiert wurde, auch um Fischqualität, („Listerien gibt's bei Krone nicht“), sichere Fischbestände und europäische Fischereipolitik. Und es gab Kostproben für uns - lecker! Im Anschluss trafen der hessische Spitzenkandidat Thorsten Lieb (leider hat es für ihn auf Platz 6 knapp nicht gereicht fürs EP) und ich uns in anderer Besetzung in Frankfurt Nordend zum Straßenwahlkampf. Da ich keine Gelegenheit versäume, habe ich dort insbesondere über Meerespolitik und deren Bedeutung für Europa informiert - ein Thema, das uns Liberalen immer gar nicht zugetraut wird. Nicht nur deshalb werde ich ja in Zukunft „dranbleiben“.

Hannover: Europa-Talk am Maschsee

Bei sonnigem, wenn auch kühlem Wetter trafen wir uns auf Einladung der Hannoveraner Liberalen in der „Insel“ am Südende des Maschsees, um für ein „modernes, optimistisches Europa“ zu werben. Bei der grandiosen Aussicht von der idyllisch gelegenen Terrasse fiel es uns gar nicht so leicht, reinzugehen und zu diskutieren - aber es wurde dann ein sehr abwechslungsreicher Abend. Das lag auch am Veranstaltungsformat: nach meinem Resumée über 10 Jahre als Europaabgeordnete und Wünschen für die Zukunft sprach mein Nachfolger Jan-Christoph Oetjen (mittlerweile ja gewählt als MdEP) über „ein Europa, das funktioniert“. Und dann wurde es international und verdolmetscht, denn Isabelle Négrier von La République en Marche gab größtenteils auf Französisch Reformvorschläge zum Besten: „Wir wollen populär sein, nicht populistisch“. Ein rundum gelungener Abend, und am Schluss gab es noch ein Glas Wein - je nach Vorliebe aus Deutschland oder Frankreich.

Cascais: Schifffahrt der Zukunft

Die EISAP, eine Organisation von Reedern unter portugiesischer Flagge, hatte im Vorfeld des Europäischen Tag der Meere zu einer Schifffahrtskonferenz nach Cascais, direkt am Atlantik vor den Toren Lissabons, eingeladen. Meine Rolle bestand darin, über Fortschritte hinsichtlich umweltfreundlicher und sicherer Schiffe durch europäische Gesetzgebung in den vergangenen Jahren zu berichten und aufzuzeigen, wie wir uns als Europaparlament weitere Verbesserungen in der Zukunft wünschen. Gerade beim Schiffsantrieb gibt es vielversprechende Alternativen zum alles andere als umweltfreundlichen Schiffsdiesel: LNG (Flüssiggas), Landstrom im Hafen, Wasserstoff, aber auch bewegliche rotierende Säulen an Deck, die Windenergie nutzen. Für die letztgenannte Variante brauchen die Häfen nicht nachzurüsten, aber LNG und Landstrom geht nicht ohne die passende Infrastruktur in Häfen. Der Aufbau ist im Gang, aber aus meiner Sicht noch viel zu langsam.

Lissabon: Europäischer Tag der Meere

Ein weiteres Jubiläum für mich zum Abschied: zum 10. Mal nahm ich am Europäischen Tag der Meere teil, immer als Referentin, dieses Mal gleich drei Mal, unter anderem - wie immer in den letzten Jahren - in der Eröffnungsrunde mit Ministern des Gastgeberlandes und dem zuständigen Kommissar Karmenu Vella. Ich genieße dieses große internationale Familientreffen jedes Mal, tausche mit „alten“ Bekannten fachliche „latest news“ aus und werde auf jeden Fall mit Vielen von ihnen in Verbindung bleiben. Karmenu Vella, den ich sehr schätze, wiederholte gleich zu Beginn, was er schon bei der "Our Ocean"-Konferenz 2018 in Valletta/Malta mit Blick auf seinen Enkel und ein junges Mädchen gesagt hatte: "It is not our Ocean, it is their Ocean." Dann zeigte er die Fortschritte in diesem Mandat bei der Meerespolitik auf: Ocean Governance, die Umsetzung der Maritimen Raumordnung in der EU und Ausweitung als "best practise" auf internationale Gewässer, sogar Zielüberschreitung bei der Ausweisung von Meeresschutzzonen, Gesetze zur Reduzierung von Einwegplastik und zur Abgabe von Schiffsmüll und ein deutliches Wachstum bei der "blauen Wirtschaft", die noch viel weiteres Potential hat. Häufige Erwähnung fanden auch zwei Projekte, für die ich mich mit den SEARICA-Kollegen im Parlament stark eingesetzt habe: das Pilotprojekt "Ocean Literacy" (Ozeankompetenz/ Wissen über Ozeane) und die Forschungs-Mission "Healthy Ocean" mit zentraler Bedeutung und guter finanzieller Ausstattung im nächsten Forschungsrahmenplan. Auch die in Vorbereitung befindliche UN-Dekade für Meeresforschung und Ozeankompetenz 2021 bis 2030 wurde oft erwähnt und wird mit Spannung erwartet. Die Auftaktveranstaltung dazu wird 2020 in Deutschland stattfinden unter Federführung des Bundesforschungsministeriums. Den Abschluss des "European Maritime Day" bildete eine Vorstellung der besonderen Art: Francesca von Habsburg, als Francesca Thyssen-Bornemisza international bekannte Kunstexpertin und Galeristin, "bearbeitet" den Ozean aus künstlerischer Sicht. So wurde im Frühjahr in Venedig eine von ihr zum Meereskunst - und Konferenzcenter umgebaute zweischiffige Kirche der Öffentlichkeit präsentiert. In Lissabon lud die Künstlerin zu einer Sound-Installation ein, in der sie sowohl Walgesang und Kommunikation von Meeresbewohnern als auch Unterwasserlärm visuell und akustisch erlebbar machte - wobei am Ende die vorher verteilten Ohrstöpsel bei vielen Besuchern zum Einsatz kamen. Wussten Sie, dass sich

Geräusche unter Wasser erheblich stärker und weiter verbreiten als in der Luft? Wir hatten uns im Parlament in der SEARICA-Konferenz "Deep sea noise" bereits damit beschäftigt. Der Versuch, den Unterwasserlärm, der vom für den Welthandel wichtigen und noch anwachsenden internationalen Schiffsverkehr verursacht wird, durch technologischen Fortschritt zu reduzieren, ist eine der vielen Zukunftsaufgaben in der maritimen Welt. Zum nächsten Europäischen Tag der Meere wird im Mai 2020 die irische Hafenstadt Cork einladen - der Termin steht schon in meinem Kalender, dann aber außerparlamentarisch. Und hier enden meine Berichte aus dem Parlamentsleben in Brüssel und Straßburg - mit einem maritimen Schlusskapitel. Ich finde, das passt gut.

29. Mai 2019